HANDBOUND
AT THE

UNIVERSITY OF
TORONTO PRESS

(20)

I

HG
D

Die Deutsche Revolution

—

Erster Band

November 1918 — Februar 1919

Verlag von Felix Meiner in Leipzig

64

Deutscher Geschichtskalender

Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland

Begründet von

Karl Wippermann

Herausgeber: Dr. Friedrich Purlitz

Der Europäische Krieg

in aktenmäßiger Darstellung

Ergänzungsband:

Die deutsche Revolution

176827
12. 12. 24

Verlag von Felix Meiner in Leipzig

R. Y. GERRANS,
WORCESTER COLLEGE,
OXFORD.

Inhalt.

Die deutsche Revolution.

Seite

Einleitung, Ausbruch der Revolution . . . . . 1—6

Die letzten Sitzungen des Reichstags . . . . . 7—23

Änderungen der Reichsverfassung und der Verfassung für Elsaß-Lothringen 7

Die Abdankung Kaiser Wilhelms II. . . . . . 23—35

Ausrufung der Republik im Reich und in Preußen . 35—65

Die weitere Entwicklung der Revolution . . . . 153—324

Russisches Geld für die deutsche Revolution . . . 394—402

Der Aufmarsch der Parteien zur deutschen Nationalversammlung . . . . . 327—390

Deutschnationale Volkspartei 329

Deutsche Vaterlandspartei 332

Christlich-demokratische Volkspartei 333

Deutsche Soziale Mittel-Gruppe 345

Bayrische Volkspartei 346

Deutsche Volkspartei 348

Nationaldemokratische Partei Deutschlands 357

Württembergische Bürgerpartei 358

Fortschrittliche Volkspartei 361

Deutsche demokratische Partei 362

Deutsch-hannoversche Partei 377

Allgemeine Demokratische Partei für Sachsen 379

Sozialdemokratie 380

Unabhängige Sozialdemokratische Partei 385

Spartakusbund 390

Die deutsche Nationalversammlung . . . . . 481—581

Das Wahlgesetz 481

Der Ausfall der Wahlen 483

Zusammentritt der Nationalversammlung 489

Präsidentenwahl 495

Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt 498

Eberts Wahl zum Reichspräsidenten 513

Das Programm der neuen Regierung 519

Neuwahl des Präsidenten 530

Dritter Nachtragsetat auf 1918 541

Seite

Das neue Waffenstillstandsabkommen 550
Interpellation Dr. Heinze über Denkschrift, betr. Verhandlungen der Waffenstillstandskommission 554
Diätengesetz 569
Vertrauensvotum für die Reichsregierung 571
Erste Beratung des Entwurfs zu einer Reichsverfassung . . 573
Gesetzentwurf über Bildung einer vorläufigen Reichswehr . . 573
Übergangsgesetz 578

Die Bildung der neuen Reichsregierung 579

Das Deutsche Reich und Preußen 35—151, 153—324, 403—434, 582—603

Vertretertag der Frontsoldaten 190
Der Reichstag und die neue Regierung 195
Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte 201
Loslösungsbestrebungen in Preußen 259, 424, 596
Rheinland 259
Posen und Oberschlesien 262, 424, 596

Die übrigen deutschen Staaten 65—151, 270—324, 434—480, 603—654

Bayern 65, 270, 434, 603
Sachsen 93, 296, 444, 619
Die Wendenbewegung 449, 627
Württemberg 116, 307, 452, 628
Baden 131, 317, 463, 632
Hessen-Darmstadt 140, 319, 467, 634
Mecklenburg 144, 319, 468, 637
Sachsen-Weimar 145
Oldenburg 145, 469, 637
Braunschweig 145, 320, 469, 638
Sachsen-Meiningen 146, 320
Sachsen-Altenburg 147, 475, 644
Sachsen-Koburg-Gotha 147, 475, 645
Anhalt 148, 320, 645
Schwarzburg-Rudolstadt 149
Schwarzburg-Sondershausen 475
Waldeck 149
Reuß ä. L. 646
Reuß j. L. 149, 647
Schaumburg-Lippe 149
Lippe 149, 476, 646
Bremen 149, 321, 476, 647
Hamburg 150, 323, 478, 650
Lübeck 653
Elsaß-Lothringen 151, 324, 480
Hohenzollern 151

Die deutsche Revolution.

Am Ende der ersten Novemberwoche 1918 bricht in Deutschland eine große innere Revolution aus, die, von München ausgehend, am 9. November zur Abdankung Kaiser Wilhelms führt und weiter zur Folge hat, daß bis zum Ende des Monats in allen deutschen Bundesstaaten die republikanische Staatsform eingeführt wird. Als letzter deutscher Fürst legt König Wilhelm von Württemberg am 30. November die Krone nieder.

Den äußeren Anstoß zu dieser gewaltsamen Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands gibt die Marine. In dieser hat sich bereits, wie aus den Reichstagsverhandlungen vom 9. Oktober 1917 hervorgeht, im Sommer 1917 eine Agitation geltend gemacht, die ihren Ausgangspunkt in der russischen Revolution vom März desselben Jahres hat und von Reichstagsabgeordneten der unabhängigen Sozialisten gefördert wird. Energisches Einschreiten und schwere Bestrafungen dämmen die Bewegung zwar ein, haben sie aber, wie sich später zeigt, nicht vollkommen unterdrücken können, sodaß sie, von den Bordverhältnissen begünstigt, im geheimen weiter um sich greift.

Im Heere tritt diese Bewegung weit weniger in Erscheinung. Zwar machen sich in einzelnen Regimentern, die lange im Osten gestanden haben und im Laufe der großen Frühjahrsoffensive 1918 nach dem Westen befördert werden, Anzeichen bemerkbar, daß die Truppen teilweise von russischen revolutionären Ideen angesteckt sind, und auch der junge Ersatz, der den an der Westfront stehenden Divisionen zugeführt wird, steht erklärlicherweise nicht mehr moralisch auf der früheren Höhe. Die älteren Kampftruppen bewahren jedoch vollständig die Disziplin und halten die schweren Abwehrkämpfe, in die am 18. August die Offensive umgeleitet werden muß, mit größtem Heldenmut und zähester Ausdauer aus. Beeinträchtigt wird ihre Stimmung jedoch durch zwei Umstände: durch die Erkenntnis, daß es den Amerikanern trotz der deutschen Unterseeboote doch gelungen ist, eine beträchtliche Truppenmacht nach dem westeuropäischen Festlande zu schaffen, und der deutsche Unterseebootkrieg also in dieser Hinsicht versagt hat, und durch die immer zunehmende Zahl der Klagen der Frauen aus der Heimat über unzureichende Ernährung. Hinzu kommt noch, daß die Verbandsmächte Panzerwagen (Tanks) in großer Anzahl verwenden, deren Erscheinen bei den deutschen

Truppen anfangs eine gewisse Verblüffung hervorruft, weil sie auf die Abwehr dieser Tanks nicht eingeübt sind. In sehr kurzer Zeit lernen aber die Deutschen gegen die Tanks erfolgreich anzukämpfen.

Eine weitere Komplikation erfährt die Lage dadurch, daß am 24. September die oberste Heeresleitung an die Leitung der politischen Angelegenheiten des Reiches die Mitteilung gelangen läßt, sie halte mit Rücksicht auf die militärische Lage unverzüglich die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen für notwendig. Wie sich später herausstellt, ist dieser Schritt übereilt gewesen; die Heeresleitung erklärt selbst, sie habe sich über die Voraussetzungen getäuscht. Der Fehler ist jedoch nicht mehr gutzumachen, da der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden in der Nacht zum 6. Oktober bereits durch Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten Wilson das Ersuchen hat gelangen lassen, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen.

Dieser Schritt führt der auf Unbotmäßigkeiten gerichteten Bewegung unter den deutschen Streitkräften neue Nahrung zu. Es mehren sich die Fälle, in denen sich Urlauber weigern, an die Front zurückzufahren, oder in denen sie zu spät zurückkehren, um so der Bestrafung zugeführt und damit aus der Kampflinie entfernt zu werden. Unter den Angehörigen der Marine zeigt sich die Gärung am stärksten und führt gegen Ende des Monats Oktober zu einer vollständigen Lahmlegung der deutschen Flotte, deren Eingreifen in die Operationen in Flandern damit unmöglich gemacht wird. Die Räumung der flandrischen Küste durch die Deutschen hat dem Feinde eine breitere Basis gegeben, von der aus der deutsche rechte Flügel schwer bedrängt wird. Um ihn zu entlasten, soll ein Vorstoß der deutschen leichten Seestreitkräfte erfolgen, und zwar insbesondere der Torpedofahrzeuge und Unterseeboote, die die Zufahrtswege von der Themse her stören und feindliche Transportschiffe angreifen sollen. Der Hochseeflotte ist dabei die Aufgabe zugedacht, eine Bereitschaftsstellung einzunehmen, da mit dem Auslaufen der englischen Flotte zu rechnen ist, die erfahrungsgemäß von allen deutschen Operationen etwa sieben Stunden später Kenntnis hat. In die deutschen Pläne selbst sind außer dem Chef der Hochseeflotte nur noch zwei Admirale eingeweiht, dagegen keine anderen Offiziere, nicht einmal die Kommandanten der einzelnen Schiffe.

Diese Absicht wird von Kapt. z. See a. D. Persius bestritten, der im „Berl. Tagebl." am 21. Dezember schreibt: „Unverfälscht alte Reichsmarineamtsunwahrhaftigkeit bringt es fertig, den Grund zum Ausbruch der Empörung auf der Flotte zu vertuschen, zu entstellen. Es heißt „die Flotte sollte nur auslaufen, um den rechten Flügel unserer Heere an der flandrischen Küste zu unterstützen" — Nun, dann hätte sich die britische Flotte schwerlich die Gelegenheit, unsere Flotte, die ohne Hilfe durch die Geschütze

auf Helgoland hätte kämpfen müssen, anzugreifen, entgehen lassen. Es wäre zu der großen Schlacht gekommen, die ein nutzloses Hinopfern unserer Leute gewesen wäre. Ansprachen von Kommandanten u. a. m., die mittlerweile bekannt geworden sind, und viele Einzelheiten besagen einwandfrei, daß es sich um ein Auslaufen der Flotte zur Schlacht gehandelt hat. Es bestätigt sich somit alles das, was unsere Matrosen befürchteten."

Am 28. Oktober kommt es auf dem zum 3. Geschwader gehörenden Linienschiff „Markgraf" zu den ersten größeren Unbotmäßigkeiten. Die Mannschaften verweigern das Ankerlichten und besetzen die Gangspills, sodaß das Schiff nicht auslaufen kann. Am 30. Oktober werden Linienschiffe von Kiel durch den Nordostseekanal nach Cuxhaven und von dort nach der Jade (Schillig-Reede) gezogen, wo sich nach und nach die gesamte deutsche Flotte versammelt. Als die Besatzungen der Großkampfschiffe dort kleine Kreuzer und Minenleger mit Minen an Deck bemerken, verbreitet sich wie ein Lauffeuer unter den Mannschaften das Gerücht, es handle sich um einen Angriff auf die englische Flotte, die sich mit allen ihren Einheiten in der Nordsee aufhalte. Dieses falsche Gerücht verursacht große Erregung unter den Mannschaften, die von den unruhigen Elementen unter ihnen geschickt ausgenutzt wird, indem sie es so hinstellen, als handle es sich bei der geplanten Unternehmung um einen Verzweiflungsakt der deutschen Flotte, der unbedingt zu ihrer Vernichtung führen müsse und lediglich zur Befriedigung des Ehrgeizes einiger Fanatiker dienen könne, dagegen den sofortigen Abbruch aller durch den deutschen Notenwechsel mit Wilson geschaffenen Beziehungen bedeute. Von den Besatzungen einzelner Schiffe wird folgende Entschließung aufgestellt:

„Greift der Engländer uns an, so stellen wir unseren Mann und verteidigen unsere Küsten bis zum äußersten, aber wir selbst greifen nicht an. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht, andernfalls wird Feuer ausgemacht."

In Befolgung dieser Entschließung verweigern am 30. und 31. Oktober auf verschiedenen Schiffen die Wachen das Ankerlichten, und die Heizerwachen reißen die Feuer unter den Kesseln heraus, sodaß kein Dampf aufgemacht werden kann. Auf anderen Schiffen verweigern die Mannschaften das Aufbringen der Kohlentakelage. Die geplante Unternehmung kann infolgedessen nicht stattfinden, und die einzelnen Verbände gehen wieder auf ihre alten Liegeplätze oder ihren Vorpostenplatz. In Wilhelmshaven wird auf dem Linienschiff „Großer Kurfürst" ein großer Teil der Mannschaften wegen Unbotmäßigkeiten durch 250 Mann vom 2. Seebataillon verhaftet, was jedoch erst geschehen kann, nachdem querab von dem Linienschiff sich Zerstörer klar zum Feuern hingelegt haben. Die Verhafteten werden teils nach Wilhelmshaven, teils nach Oslebshausen bei Bremen gebracht. Das 3. Geschwader wird zur Erholung nach Kiel befohlen.

Auf dem zu diesem Geschwader gehörenden Linienschiff „Friedrich der Große" werden ebenfalls Verhaftungen vorgenommen und erfolgen Massenbestrafungen. Das führt Sonntag, 3. November, zur Einberufung einer großen Versammlung von Marineangehörigen auf den großen Exerzierplatz in Kiel. In dieser werden aufrührerische Reden gehalten und die Befreiung der Verhafteten gefordert. Um diese zu erzwingen, begibt sich ein mehrere tausend Mann starker Zug unter Vorantragung von roten Fahnen in die innere Stadt. Bevor er jedoch nach der Marine-Arrestanstalt gelangen kann, wird er von einer Abteilung Applikanten und Maaten aufgehalten. Da die wiederholte Aufforderung zum Auseinandergehen erfolglos bleibt, wird zunächst mit Platzpatronen, dann scharf geschossen. 8 Personen werden getötet, 29 verwundet, worauf die Menge die Flucht ergreift. Der Führer der Marineabteilung wird durch einen Steinwurf am Kopfe schwer verwundet.

Diese an sich wenig bedeutenden Vorgänge bilden die Einleitung zur deutschen Revolution, denn die Bewegung greift am folgenden Tage auf die ganze Marine über. Auf allen Fahrzeugen wird die rote Flagge gehißt. Auf dem Linienschiff „König", das im Dock liegt und noch die Kriegsflagge führt, kommt es zu einem Feuergefecht zwischen den die Flagge verteidigenden Offizieren und der Besatzung, wobei der Kommandant des Schiffes und ein anderer Offizier getötet, die übrigen Offiziere mehr oder weniger schwer verwundet werden. Mittags sind die Matrosen vollständig Herren der Schiffe, wie des ganzen Hafens. Offiziere, die sich nicht fügen wollen, werden mißhandelt und von Bord vertrieben. In kurzer Zeit steht auch die ganze Garnison von Kiel auf seiten der aufständischen Matrosen. Eine Abteilung des Wandsbecker Husaren-Regiments Nr. 15, die gegen Kiel in Marsch gesetzt wird, muß umkehren, weil der führende Offizier einsehen muß, daß mit seiner geringen Macht nichts auszurichten ist.

Ein Erlaß des Gouverneurs von Kiel vom 4. November fordert die aufständischen Matrosen auf, ihre Wünsche zu äußern. Infolgedessen treten die Abordnungen der Matrosen zu einer Versammlung im Gewerkschaftshause zusammen und stellen folgende Forderungen auf:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Preßfreiheit.
3. Unterlassung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch die Vorgesetzten.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden in die Kasernen.
6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Arbeiter- und Soldatenrat festgesetzt.
9. fehlt ....

10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.
11. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.
12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzigen Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle übrigen haben ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.
14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen. Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehl des Soldatenrates.

Diese Forderungen werden dem Gouverneur durch eine Abordnung der Matrosen überbracht und von ihm gutgeheißen. Die Matrosen verpflichten sich, ihren Dienst wieder aufzunehmen und Gehorsam zu üben. Sie verpflichten sich auch insbesondere zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und gestehen zu, daß jedermann, der bei Plünderungen betroffen wird, auf der Stelle standrechtlich zu erschießen ist.

Am folgenden Tage, 5. November, erklären die Kieler Arbeiter, den allgemeinen Ausstand und bilden Arbeiterräte, denen sich Soldatenräte der dortigen Marineteile anschließen.

Von Kiel aus springt die Bewegung auch nach Lübeck und Hamburg über. In Hamburg kommt es abends nach einer Rede des Reichstagsabgeordneten Dittmann und Annahme einer Entschließung, die die vom Arbeiter- und Soldatenrat in Kiel aufgestellten Forderungen voll billigt und die Hamburger Arbeiter zum sofortigen Sympathiestreik auffordert, vor der Kaserne zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, wobei auch Schüsse fallen und drei Personen verwundet werden. Schon am Nachmittage sind Kriegsfahrzeuge unter der roten Flagge in den Hamburger Hafen eingelaufen, ebenso in Lübeck, wo der Soldatenrat folgenden Aufruf erläßt:

„Seit heute abend ist Lübecks Macht in unseren Händen. Wir erklären hiermit, daß mit unserer Sache den Kameraden an der Front wie hier in der Heimat gedient ist. Es mußte mit den korruptiven Zuständen und der militärischen Diktatur von gestern gründlich aufgeräumt werden. Der Zweck unserer Sache ist sofortiger Waffenstillstand und Friede. Wir bitten die Bevölkerung Lübecks, größte Ruhe zu bewahren. Es wird von uns nichts unternommen, was die Betriebe zur Aufrechterhaltung der Ordnung stören könnte. Es geht alles seinen alten Gang. Wir erwarten von der Bevölkerung bereitwillige Mitwirkung. Wir können feststellen, daß diese Umwandlungen der militärischen Dinge in Lübeck unblutig verlaufen sind und hoffentlich weiter verlaufen werden. Wir warnen vor Ausschreitungen. Plünderungen und Diebstahl werden mit dem Tode bestraft. Die Lebensmittelverteilung bleibt in den Händen der Zivilverwaltung.

Der Soldatenrat."

Am nächsten Tage, 6. November, kommt es zum allgemeinen Ausstand auf den Hamburger Werften. Als die abrückenden Arbeiter durch den Elbtunnel ziehen, tritt ihnen militärischer Wider-

stand entgegen. Es wird mit Maschinengewehren geschossen, 9 Tote bleiben auf dem Platze. Die Arbeiter veranstalten dann eine große Kundgebung auf dem Heiliggeistfelde. Waffenläden werden geplündert, die Waffenkammer am Lunapark in Altona wird von Soldaten gestürmt und ausgeraubt.

In Bremen kommt die aufrührerische Bewegung am selben Tage zum Ausbruch. Den Anlaß gibt dort die Überführung von mehreren hundert Wilhelmshavener Marinemannschaften wegen von ihnen begangener Insubordination in die Bremer Strafanstalt Oslebshausen, wo sie zum Teil nur ungenügend bekleidet ankommen. Die Arbeiterschaft der nahe gelegenen Werft der Aktien-Gesellschaft Weser erzwingt unter Androhung von Streik und Gewalt ihre Freilassung. Danach desertieren auf dem Bremer Hauptbahnhof ein Wilhelmshavener Transport und weitere 100 Mann Marinearrestanten, die nach einem Gefangenenlager bestimmt sind. Diese Mariner sowie auch solche aus Oslebshausen rücken gegen Abend zu den Garnisonkasernen, wo die Garnison sofort auf ihre Seite tritt. Es folgen Verhandlungen zwischen Soldaten- und Matrosen-Vertretern mit dem Garnisonkommando, die zu einer Vereinbarung führen, wonach die neue militärische Gewalt in Bremen auf eine Kommission übergeht, bestehend aus dem Garnisonältesten, zwei Offizieren und vier Vertretern der Mannschaften. Von dieser Kommission wird die gesamte militärische Gewalt in der Stadt in die Hände genommen, Waffen und Munition müssen übergeben werden, die Kleiderkammern werden geöffnet, die Militärarrestanten befreit. Die Offiziere behalten Achselstücke und Waffen: sie bleiben Vorgesetzte im Dienst, und Ausschreitungen werden von der neuen militärischen Gewalt standrechtlich bestraft. Gleichzeitig bildet sich ein Arbeiterrat. Zu irgendwelchen Ruhestörungen kommt es nicht.

Auch in anderen Städten, so Hannover, Köln, Magdeburg, Braunschweig, Leipzig und Dresden lodert die Flamme der Empörung auf und bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte, sodaß bis zum 9. November ganz Nordwest- und Mitteldeutschland in Händen von Arbeiter- und Soldatenräten ist.

Einen ausgesprochen politischen Charakter erhält die Bewegung, die bis dahin in der Hauptsache als eine Militärrevolution angesprochen werden kann, dadurch, daß in der Nacht vom 7. zum 8. November es in München nach einer großen Kundgebung der unabhängigen Sozialdemokraten zu ernsten Unruhen, zur Vertreibung der königlichen Familie und zur Ausrufung der Republik kommt. Am nächsten Tage (9. November) folgt darauf der Verzicht Kaiser Wilhelms auf den Thron.

Die letzten Sitzungen des Reichstags.

Am **22. Oktober** beginnt der deutsche Reichstag die erste Lesung des Gesetzentwurfs über Abänderung der Reichsverfassung und über Abänderung des Gesetzes, betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers.

Reichskanzler Prinz Max von Baden leitet die Debatte mit folgenden Ausführungen ein:

„Meine Herren! Seitdem ich zum erstenmal zu Ihnen sprach, sind in Verfolgung der Friedensaktion, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan. Zunächst kam Präsident Wilsons Gegenfrage. Unsere unzweideutige bejahende Antwort hat zu einer erneuten Anfrage des Präsidenten geführt. Unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden.

Meine Herren! Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit der größten Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich eine dem Ernst der Stunde entsprechende Beschränkung auferlegen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angeredet worden. Diese Tatsache gibt den Äußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses eine sagen:

Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage: „Rechtsfriede oder Gewaltfriede"? auf den Höhepunkt geführt.

Es handelt sich um den Gesinnungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgefochten werden müßte. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimmen, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, in dem sie alle die angesammelten Leidenschaften des Hasses und der Rachsucht auf dem Boden unserer deutschen Heimat befriedigen können. Auf der anderen sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: ehe irgend eine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechts gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Übereinkunft den Frieden zu erhalten oder — auf die gegenwärtige internationale Lage angewandt — ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die seelischen Gewalten nennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abmessen. Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen. Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten rüsten: darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Äußersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die

deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eintrat. Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht erfüllt, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung weggefegt.

Aber, meine Herren, auch die zweite Möglichkeit müssen wir heute schon in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nur ein Friede auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt, was bedeutet der für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat — nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen — dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben.

Ja, meine Herren! Es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite. Für unsere Machtstellung soll nicht mehr gelten, was wir für Recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern als Recht anerkannt wird. Eine schwere Überwindung für das stolze und sieggewohnte Volk! Denn die Rechtsfrage macht nicht halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden. Die Sätze, die wir für uns als maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes.

Meine Herren! Mir ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschfeindliches Tribunal bedeuten würde, das die Rechtsfragen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eigener Interessen entscheiden würde. Wenn dem so wäre — warum scheuen dann gerade die extremen Machtpolitiker in dem Verbande das Verhandlungszimmer wie der Schuldige das Gericht? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich aufraffen. Die Errichtung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen.

Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geist wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Verharren wir innerlich auf der Basis des internationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann, meine Herren, gibt es für uns keinen Wiederaufbau und Erneuerung, dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lahmlegen würde. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir dieser Idee nicht widersprechen, uns dieser Idee unterwerfen, nicht mit innerem Vorbehalt, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst und mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbteil sind.

Meine Herren, wir brauchen nur auf die Zeit von zwei Generationen zurückzugreifen, um alle notwendigen moralischen Triebfedern für die neue Entwicklung vorzufinden. Sind aber einmal diese Menschheitsziele unser,

so wird uns die Zusammenarbeit der Nationen zu der großen befreienden Aufgabe. Ich möchte mir hier meine Worte zu eigen machen, die ich am 19. Februar sagte: „Der große Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große menschliche Kraftquellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht anderer Völker in unser nationales Leben aufnehmen." Wenn ich heute in dieser schweren Stunde den Völkerbundsgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann.

Kein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam gehen wird. Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zu weiterem Kampfe aufrufen, oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr von alten Wegen bedeutet.

Damit bin ich zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung Rechenschaft schuldig bin.

Meine Herren! Ich habe Ihnen schon am 15. Oktober die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Reichskanzler zu führen gedenke, und die dem Programm der Mehrheitsparteien entsprechen. Durch diese Grundsätze geleitet, habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freiheitliche Zustände herbeiführen sollen. Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung so weit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gesichert ist.

Dem Reichstag liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien sollen, die hier noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichstagsmandat zu verlieren. Das ist unerläßlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und der obersten Reichsbehörde so fest bleiben soll, wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Änderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörden Stellvertreter des Reichskanzlers werden. In Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne zugleich ein Ressort übernommen zu haben. Wir sind überzeugt, daß sich dieser neue Weg als Zubringer wertvoller, bisher brachliegender Volkskräfte nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar für das Parlament erweisen wird. Der Aufstieg der geborenen Führer aus andern freien Berufen wird dadurch nicht versperrt. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Bekräftigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof bedarf, da kein Kanzler oder Staatssekretär im Amte bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. Ich halte es aber doch für nützlich, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine neue Einrichtung bekräftigt und verbürgt wird, und ich hoffe deshalb, dem Reichstag das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können.

Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichslanden zur natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen hat ein Elsässer übernommen, ein Elsässer ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiter führende Männer aus der Zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine neue Regierung aufstellen und es der Öffentlichkeit darlegen wird.

Der zweite Entwurf, der die Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsweise. Er will, daß der Reichstag als die berufene Volksvertretung bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation, bei den Fragen von Krieg und Frieden ein volles Mitbestimmungsrecht hat. Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehungen zu den anderen Mächten. Die Bürgschaft könnte verstärkt werden, wenn auch die Bündnisverträge der neuen Bestimmung unterworfen würden. Auch zu einer Erweiterung der Volkskraft wird die Reichsregierung gern die Hand bieten, wenn der Völkerbund praktische Gestalt gewinnt. Solange darüber noch kein Weltrecht besteht, würde Deutschland durch eine einseitige innere Bindung in Nachteil geraten. Hat aber der Völkerbund alle geheimen und Sonderbündnisse und vertraulichen Abreden beseitigt, so wird der Artikel 11 auch in dieser Richtung ausgebaut werden können.

Der Kriegszustand hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheit zur Folge gehabt. Ihre völlige Wiederherstellung wird uns der Friede bringen. Die außerordentlichen Vollmachten der Kriegszeit sind noch nicht entbehrlich, sie können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgeübt werden, der für die Ausführung dem Reichstag verantwortlich ist. Unbillige Härten sollen dadurch vermieden werden. Die Anordnung des Kaisers, die ich am 5. Oktober verkündete, ist inzwischen ergangen und umfaßt nicht allein die Maßnahmen auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens und der Beschränkung der persönlichen Freiheit, sondern sie erstreckt sich auf die gesamte Tätigkeit der vollziehenden Gewalt, auch auf das Arbeitsgebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Stimmt der lokale Militärbefehlshaber nicht mit der zivilen Verwaltungsbehörde überein, so ist unverzüglich die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuholen, und dieser kann keine Entscheidung oder Anordnung treffen, der ich selbst oder durch meinen Vertreter nicht zugestimmt habe. Als mein Vertreter hierfür ist der Staatssekretär Gröber in Aussicht genommen. Da der Obermilitärbefehlshaber außerdem die Befugnis erhalten hat, mit meiner Zustimmung allgemeine Grundsätze festzulegen, so ist dafür gesorgt, daß der Belagerungszustand in dem Geiste gehandhabt wird, in dem ich die Leitung der Reichsgeschäfte übernommen habe.

Auf meinem Programm vom 5. Oktober stand auch die Begnadigung von Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, besonders im Zusammenhange mit Arbeitseinstellungen, Straßenkundgebungen und ähnlichen Vorfällen verurteilt worden sind. Eine weitgehende Amnestie für diese Verurteilten ist vom Kaiser bei sämtlichen Bundesregierungen angeregt worden und in der Ausführung begriffen. Bis jetzt haben Verurteilte in großer Zahl ihre Freiheit schon wiedergewonnen. Manchen von ihnen konnte die Regierung erst nach Überwindung schwerer vaterländischer Sorge die Freiheit wiedergeben, aber die Überzeugung von der Heilkraft einer Politik des Vertrauens hat den Ausschlag gegeben.

Allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich aufgezählt habe, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen einmütig zugestimmt und haben sich damit auf den Boden der von mir und meinen Mitarbeitern vertretenen neuen Regierungsform gestellt. Ich weiß, daß ein Rückblick auf die politische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen sehr verschiedene Stimmungen bei Ihnen auslöst. Dem einen wird es als der ungestüme und unbesonnene Lauf auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem anderen als das zögernde Tasten nach der neuen Staatsform. Beide Stimmungen mögen ihren Ausdruck finden: das ist das Recht und die Aufgabe der Opposition, die wir gerade für die Unabhängigkeit des Parlaments brauchen. Wer frei von der Verantwortung ist, der ist frei in der Kritik. Beiden gegenüber stelle ich für die Regierung der Reichstagsmehrheit fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziel als auch in der Art, in der wir ihm nachstreben, völlig einig sind.

Das Ziel, dem wir nachstreben, ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes. Mir und meinen Mitarbeitern steht dieses Ziel als Leitstern unverrückbar vor Augen. Gewiß, einzelne Mitglieder der Regierung gingen ursprünglich von verschiedenen Ausgangspunkten aus, aber sie verfolgen dieses gemeinsame Ziel mit derselben Treue, und deshalb haben sich unsere Wege auch immer mehr einander genähert. Das deutsche Volk sitzt seit langem im Sattel, nun soll es reiten. Unser Volk hatte zwar längst eine Reihe von Reformen, um die es manche seiner politisch reifen Nachbarn beneidet haben. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war sogar in mehr als einer Hinsicht vorbildlich auch für andere Völker. Das Reichstagswahlrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt, und der Reichstag, der so frei gewählt war, besaß stets das politische Machtmittel der Budgetbewilligung. Aber das deutsche Volk machte von seiner Macht in den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch. Wer eine Meistergeige geschenkt erhält, ist noch kein Meister des Geigenspiels, er muß seine Fähigkeit erst üben. Auch das deutsche Volk hat sein Instrument nicht immer mit voller Kraft zu spielen verstanden, weil es die eingesetzten Gewalten gern gewähren ließ. Seine Hauptkraft zeigte sich in großen Einzelleistungen außerhalb der Politik. Nicht die Willkür der eingesetzten Gewalten, sondern der Mangel an politischem Willen im Volk erhielt Deutschland so lange als Obrigkeitsstaat.

Seit dem Juli 1917 besteht der Entschluß politischer Verantwortung, und Ende September 1918 kam er zum Durchbruch. Jetzt soll dieser gesetzliche Form erhalten. Darin liegt die Gewähr für den Bestand und den Ausbau des neuen Systems. Wirksam ist hierfür die entscheidende Wandlung in der Charakterentwicklung des deutschen Volkes, die nach allen Leistungen dieses Krieges, nach allen großen Taten und großen Opfern unausbleiblich geworden war. Darin liegt eine bessere und realere Garantie als in irgendwelchen Gesetzesparagraphen. Hieraus ergibt sich für mich eine klare Marschroute für alle unsere Maßnahmen. Wir dürfen nicht um des Auslandes willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Reformen greifen, hinter denen nicht unsere eigene Überzeugung steht und die nicht Ausdruck unserer Eigenart und Geschichte sind. Raubt man dem neuen System diesen wichtigen Charakter, so nimmt man ihm den Stempel der Unwiderruflichkeit, ohne die dieses neue System, das jetzt seine erste Probe ablegt, aber nicht bestehen kann. Der gewaltige Ruf, den Fichte in schwerer Zeit an das deutsche Volk richtete, ergeht auch an uns: „Erhaltet euch als Volk für die Aufgaben in der Welt, die nur ihr lösen könnt, denn jedes Volk hat Aufgaben, die ihm vor anderen gestellt sind.

Es liegen noch Schätze in der Tiefe unseres Volkes, die nur die neue Freiheit heben kann. Die Stunden im Leben der Deutschen, die als die Zeiten der größten Niedergeschlagenheit erschienen, sind noch immer Geburtsstunden neuen Geistes gewesen.

Um unsere Eigenart recht zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können. Vor dem Tore steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapferen, die uns gegen eine Übermacht verteidigen und die wir gegen unberechtigte Anklagen verteidigen. Man soll nicht glauben, daß man unser Heer beleidigen kann, ohne unserem Volke an die Ehre zu greifen. Schlimme Einzeltaten und -maßregeln hat es in jeder Armee gegeben; aber gerade der Geist des Volksheeres lehnt sie ab. Als das Wort gesprochen wurde, daß der Geist des Roten Kreuzes gerade so gut zu einem rechten Heere gehört, wie der Offensivgeist, kam überwältigende Zustimmung aus den Kreisen der Armee. Unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer. Sie kämpfen mit der Sorge um die Heimat, mit dem Gedanken an den Frieden; aber sie halten stand. Wir danken ihnen; wir vertrauen ihnen; wir rufen ihnen zu: die Heimat läßt euch nicht im Stich. Was nur ein Volk euch geben kann, das soll euch werden!"

Abg. **Herold** (Ztr.): Wir stimmen den bedeutsamen Ausführungen des Reichskanzlers vollkommen zu. Das deutsche Volk hat seine Geschicke selbst in die Hand genommen. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Die vorliegenden Gesetzentwürfe halten wir nicht für genügend. Jeder Krieg, ob Verteidigungs- oder Abwehrkrieg, muß hinfürder von der Zustimmung des Reichstags abhängen. Mit Entrüstung weisen wir den Vorwurf unmenschlicher Handlungen, der gegen unser Heer gerichtet wird, zurück. Verwüstungen entsprechen nicht dem deutschen Charakter und deutscher Sitte. — Abg. **Ebert** (Soz.): So sehr wir bemüht sind, optimistisch zu bleiben, so müssen wir doch sagen, herrliche Zeiten werden es nicht, denen wir entgegengeführt worden sind. Wir billigen die Antwort der Regierung auf die Wilsonschen Gegenfragen. Den uneingeschränkten U-Bootkrieg haben wir von jeher bekämpft. Das Selbstbestimmungsrecht wird sich das deutsche Volk nie wieder entwinden lassen. Der 5. Oktober ist der Geburtstag der deutschen Demokratie. Das deutsche Volk will und wird frei sein. Die Gesetzentwürfe zur Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Wir sind von jeher Gegner von Geheimverträgen gewesen. Sie haben immer eine recht verhängnisvolle Rolle gespielt. Hat der Reichstag bei der Ernennung und Verabschiedung des Reichskanzlers mitzusprechen, dann erst ist die parlamentarische Regierungsform gesichert. Die absolutistische Stellung des Großen Generalstabs ist nicht mehr haltbar. Auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr. Nur Freiheit kann uns die Wunden heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. Deutschland muß frei werden oder untergehen. Untergehen soll in Preußen nur die konservative Parteiherrschaft. Die unheilvollen Schäden der Militärpolitik müssen beseitigt werden. Der Fall Liebknecht ist durch die Freilassung erledigt. Die übermäßig hohen Strafen in den besetzten Gebieten müssen aufhören. Die grausamen Urteile gegen finnische sozialdemokratische Abgeordnete sollten nicht vollzogen werden. Den Frauen müssen politische Rechte verliehen werden. Schiedsgerichte, Völkerbund und Abrüstung sind die sichersten Bürgschaften für einen dauernden Frieden. Wir bekennen uns genau wie am 4. August 1914 zur Landesverteidigung, solange es nottut. Wenn die Gegner uns knechten wollen, so rufen wir ihnen zu: jede Knechtschaft hat ein Ende. — Abg. Dr. **Naumann** (Fortschr. Volksp.): Unser Dank und Gruß gilt unserm Heer, das gerade jetzt große Leistungen

vollbringt. Während sie draußen Helden erster Klasse sind, gelten sie daheim noch als Staatsbürger dritter Klasse. Jetzt will der Reichskanzler die Nation nicht blind zum Verhandlungstisch führen. Auch mit dem alten Grundsatz des blinden Vertrauens soll also gebrochen werden. Die deutsche Regierung hat in diesem Krieg der Einheitlichkeit entbehrt. Das hat das deutsche Volk in den Ruf der Unehrlichkeit gebracht. Unehrlich war es aber nicht, nur unorganisiert. Es waren auch in der Regierung stets zwei Richtungen gegeneinander: Bethmann Hollweg und Tirpitz. Der Weg zur Volksseele stand nicht im Assessorexamen. Der Zusammenbruch des alten Systems ist der Übergang zum neuen Anfang. Der neuen Entwicklung darf von keiner Seite ein Hemmnis entgegengestellt werden. Das oberste Gesetz für die neue Regierung muß sein: Zweideutigkeiten müssen vermieden werden. Wir werden wieder zu Füßen unserer Großväter sitzen müssen, um bei ihnen zu lernen. Die Zerstörung einer solchen Nation der Arbeit und des Denkens, wie die deutsche ist, ist nicht möglich, aber mit uns in Frieden zu leben, das geht, wenn unsere Gegner es wollen. — Abg. Dr. **Stresemann** (natl.): Der Friedensschritt der Regierung wird von uns gebilligt. Unser Heer leistet in dem Augenblick, wo es nicht zu siegen vermag, Übermenschliches. Das Blut, das noch weiter vergossen wird, kommt nicht auf unser Haupt. Von einem Verrat Bulgariens möchte ich nicht sprechen. Die Geschichte wird später lehren, wie weit der Friede von Bukarest da mitspricht. In Österreich ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Deutsch-Österreich war stets ein sicherer Hort deutschen Empfindens und wird es bleiben. Daß Graf Tisza sich vom Bündnis losgesagt hätte, trifft nicht zu. Ungarn wird niemals eine Tat der Untreue gegen Deutschland begehen. Wir haben an einen deutschen Sieg geglaubt und schämen uns dessen nicht. Nach den beispiellosen Erfolgen unserer Truppen hatten wir ein Recht dazu. Hätte Bismarck eine so starke Arbeiterpartei für sich gehabt, die gewillt gewesen wäre, in die Regierung einzutreten, er wäre der erste gewesen, der sich diese Kräfte gesichert hätte. Bittere Empfindungen müssen in uns aufsteigen, wenn wir jetzt hören, was bei Anschaffung von Tanks und U-Booten hätte geleistet werden können, und daß wir nicht alle Kräfte ausgenutzt haben. Zusammengebrochen ist das ganze System der Geheimräterei. Wir sind Monarchisten geblieben, und wir sind überzeugt, daß wir der Monarchie am besten nützen, wenn wir an der Neuordnung der Dinge tatkräftig mitarbeiten. Wenn das Geschick unseren Untergang beschlossen hat, so kann er nur so sein, daß wir vor der Geschichte bestehen können. Wir müssen den Platz nach innen und außen behalten, der uns nach unseren Leistungen und nach der Geschichte zukommt. — Abg. Graf **Westarp** (kons.): Wir sehen in der neuen Entwicklung nicht einen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung. Aus dem monarchischen ist ein parlamentarisches Reich geworden nach den Grundsätzen der Westländer. Die Regierung wird lediglich zum Vollzugsausschuß des Reichstages. Sie schädigt unser Heer gerade in der jetzigen schwersten Zeit, wo die Tätigkeit des Generalstabs unter die Einwirkung des Reichstags gestellt wird. Wir lehnen die Verantwortung für die Folgen der Entwicklung ab, wie wir die vorliegenden Verfassungsänderungen nicht mitmachen. Die Regierung Bethmann Hollwegs hat nicht unter unserem Einfluß gestanden, sondern unter dem der Sozialdemokratie. Wir werden unsere Aufgaben auch weiterhin erfüllen in dem Vertrauen darauf, daß die Zeit kommen wird, in der die konservativen Anschauungen eine gerechtere Würdigung finden werden. Der Charakter unserer Stellung in der Opposition ist gerade jetzt wesentlich verschärft worden durch eine Kundgebung aus Regierungskreisen, durch den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Übernimmt der

Reichskanzler die Verantwortung für diese Tätigkeit seines Mitarbeiters? Das Friedensangebot war nicht zweckmäßig und auch nicht notwendig. Auch wir wünschen von Herzen den Frieden. Das deutsche Volk kann und will nicht zur Kapitulation gezwungen werden. Deutschland ist auch nicht bereit, Bedingungen anzunehmen, die mit seiner Ehre und mit den Grundsätzen des Gerechtigkeitsfriedens unvereinbar sind und die Zukunft und Sicherheit des Reiches nicht sichern. Wir müssen festhalten an der Unversehrtheit des Reichsgebietes auch im Osten. Deshalb weisen wir mit Entschiedenheit die unerhörten Ansprüche der Polen zurück. Wir sind pessimistisch und glauben, daß wir auch durch die neue Antwort zur Fortsetzung des Kampfes gezwungen sein werden. Unser Heer muß durch Zuführung neuer menschlicher und moralischer Kräfte gestärkt werden. Wir beantragen die Aufbesserung der Mannschaftslöhnung und der Offiziersgehälter. Ruft die Regierung das Volk zur Fortsetzung des Kampfes auf und macht es ihm klar, worum es geht, so stehen wir hinter ihr. Keinen Frieden der Kapitulation, keinen schmachvollen Frieden werden wir annehmen wollen und brauchen.

23. Oktober. Der Deutsche Reichstag setzt die Debatte vom Tage vorher fort.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Nach der letzten Tagung hat sich die Weltrevolution stürmisch entwickelt. Alte Reiche stürzen. Die Türkei existiert nicht mehr in ihrem alten Stand. Ein neues Araberreich ist entstanden. Bulgarien hat Frieden geschlossen. Österreich-Ungarn wird seinem Beispiel folgen müssen. Deutschland hat sein Spiel verloren. Das Programm Helgoland-Bagdad ist zusammengebrochen. Das deutsche Volk fühlt sich belogen und betrogen. Die Friedensresolution sollte endlich begraben sein. Mit den Grundsätzen Wilsons paßt sie nicht zusammen. Sie ist dehnbar, denn auch der Friedensvertrag von Bukarest und der von Brest-Litowsk soll in ihren Rahmen passen. Die gestrige Rede des Reichskanzlers hat ebenso enttäuscht wie die erste. Die Note ist unklar und zu unbestimmt, als daß man von ihr einen Waffenstillstand erwarten könnte. Von der neuen Regierung stammt dieses neue Friedensangebot nicht; sie hat es von ihrer Vorgängerin übernommen. Hindenburg und Ludendorff haben das Waffenstillstandsangebot gefordert gegenüber dem Bestreben, die nationale Verteidigung, das heißt die Verschärfung des Krieges, zu organisieren. Niemand im Hause kann annehmen, daß wir später einen besseren Frieden werden erhalten können als heute. Die Ostpolitik Deutschlands ist zusammengebrochen. Was haben da noch deutsche Truppen in Polen und im Baltikum zu suchen? Überall rollen die Kronen über die Straßen. Da sollen in Deutschland allein die Träger vieler Kronen und Krönlein bleiben? Im Innern hat die Zensur auch unter dem neuen Regime keine Änderung erfahren. Wir verlangen weitestgehende Amnestie. Mit einer teilweisen Begnadigung sind wir nicht zufrieden. Wir werden für die Vorlage eintreten, wonach Abgeordnete in die Regierung eintreten können. Die ganze Verfassung muß geändert werden. Für Wilson sind wir keineswegs begeistert. Sein Friede wird doch die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht ändern, und schließlich werden die Regierungen doch gemeinsam die russische Revolution bekämpfen. Die nordschleswigsche Frage sollte gelöst werden, ehe sie zum Friedensproblem wird. Die Wünsche der Polen sind nicht gerecht. Nicht nach sprachlichen und politischen Grenzen muß die Landeszugehörigkeit festgesetzt werden, sondern nach dem freien Willen der Bevölkerung. — Vizekanzler **v. Payer**: Es ist kein Ausfluß von Kapitalismus und Torheit, wenn in diesen Tagen das deutsche Volk sich für

den schlimmsten Fall rüstet, daß es mit seiner Vernichtung bedroht wird. Das ist Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk, und es entspricht auch dem menschlichen und vaterländischen Empfinden. Unsere innerpolitische Reform hat sich ruhig, fast geschäftsmäßig vollzogen. Kann es einen besseren Beweis für die politische Schulung des deutschen Volkes geben? Eine Koalitionsregierung war nicht möglich. Wir wären dann nach innen und außen nicht einig. Hinsichtlich der Reformen im Innern wären wir sogar recht uneinig, und da ist Einigkeit nötig, soll das Reich bestehen. Wir brauchen im Innern Vertrauen und nach außen sogar bei unseren Feinden. Wir können deshalb niemand in unserer Regierung brauchen, der mehr für einen Gewaltfrieden als für einen Rechtsfrieden ist. Eine klare Scheidung zwischen Vergangenheit und Gegenwart tut not. Wir brauchen, um bestehen zu können, eine unzweideutige, ehrliche und gerade Politik. Diese allein kann uns weiterbringen. Den Herren von der Rechten wird es unangenehm sein, daß sie, die jahrzehntelang die Regierung bildeten, der neuen Regierung nicht angehören können. Sie werden dem Vaterlande mit einer lonalen Opposition dienen. Die Note ist jetzt in den Händen der Vereinigten Staaten. Wir warten auf die Antwort. Es wäre gefährlich, sich in Auseinandersetzungen darüber einzulassen. Ein Vertrauensvotum des Reichstags kann der neuen Regierung nur angenehm sein. — Abg. **Stychel** (Pole): Der Grundsatz muß beseitigt werden: „Wo der Deutsche Fuß gefaßt hat, das bleibt deutscher Boden". Wilson ist der Wohltäter der Menschheit. Er schützt die natürlichen Menschenrechte. Das Schwert muß in die Scheide gesteckt und mit dieser in die Ecke gestellt werden. Bei der Feststellung der polnischen Bevölkerung dürfen die zugewanderten Einwohner nicht mitgezählt werden. Man hat es nicht verstanden, das deutsche Polen so einzurichten, daß die Polen sich wohlfühlen. Ausnahmegesetze, Ausnahmebehandlung, brutale Worte von der Regierung, Beamtenschikanen machten den Polen zum nichtgleichberechtigten Bürger des Staates. Wir sehen dem Rechtsfrieden vertrauensvoll entgegen, aber es muß auch jede Gewalt aus der Vergangenheit ausgeschlossen bleiben. — Abg. Graf **Posadowsky-Wehner** (Deutsche Fr.): Die Trennung der vollziehenden und der gesetzgebenden Gewalt ist die unbedingte Grundlage des konstitutionellen monarchischen Systems. Ich hoffe, daß bei uns die Minderheit sich prinzipieller Kritik enthält und nur von Fall zu Fall und sachlich und unparteiisch die Maßregeln der Regierung beurteilen wird. Das Stellvertretungsgesetz wird eine wesentliche Änderung der Stellung des Reichskanzlers zum Bundesrat und den Einzelregierungen mit sich bringen. Deutschland muß nach außen als geschlossener Bundesstaat auftreten. Es geht nicht an, daß sächsische und bayrische Gesandte neben dem deutschen Gesandten irgendwo sitzen. Die Ausbildung unserer Diplomaten muß verändert werden. Wenn wir Elsaß-Lothringen verlieren, so trifft den deutschen Arbeiter der schwerste Schlag. Zweidrittel unseres Eisenbahnbedarfs decken wir aus Lothringen. 6—7 Millionen Menschen leben von dieser Industrie. Auch die Kaliproduktion von Mülhausen ist von großer Bedeutung. Am größten aber ist unser militärisches Interesse an Elsaß-Lothringen. Bisher haben wir noch kein Jena in diesem Kriege erlebt. Sorge ein jeder dafür, daß nicht der Geist von Jena Platz greife! Der Unterseebootkrieg müßte fortgesetzt werden. Wenn unser Versuch, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, nicht Erfolg hat, so müssen wir uns darauf vorbereiten, weiterzukämpfen für unsere Ehre und unsere Zukunft. — Abg. Dr. **Ricklin** (Els.): Der Reichskanzler hat es unterlassen, auch nur mit einem Wort darauf hinzudeuten, was die Einführung der Reformen in Elsaß-Lothringen für die deutsche Regierung bedeutet, was

sie davon erwartet oder damit bezweckt. Es wird aber die Annahme berechtigt sein, daß sie mit dieser Aktion eine Einwirkung auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen im deutsch-völkischen Sinne erwartet. Wir halten es für unsere Gewissenspflicht, dem deutschen Volke die volle Wahrheit zu sagen, um keine trügerischen Hoffnungen aufkommen zu lassen. Diese Wahrheit lautet: Alles das, was jetzt in Berlin und von der neuen Regierung in Straßburg unternommen werden wird, wird in dem Stadium, in das die elsaß-lothringische Frage eingetreten ist, keine wesentliche Einwirkung auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen ausüben können. Durch die Annahme der 14 Punkte Wilsons ist die elsaß-lothringische Frage eine internationale Frage geworden, deren Lösung dem Friedenskongreß zu übertragen ist. Das vom Reichskanzler gebrauchte Wort, daß die Rechtsfrage nicht halt an unsern Landesgrenzen machen wird, stützt unsere Auffassung. Da wir sicher annehmen, daß dem von sehr großen Teilen in Elsaß-Lothringen beanspruchten Recht, selbst über ihr politisches Schicksal zu entscheiden, Rechnung getragen werden wird, müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung in Elsaß-Lothringen vorgreifen würde. Ein Eingreifen in die Verfassungsentwicklung, die man bei uns vorhat, schließt aber eine solche Präjudizierung der freien Willensäußerung ein. Jedenfalls ist sie geeignet, die öffentliche Meinung zu verwirren. Nachdem die elsaß-lothringische Frage auf das internationale Gebiet übergegangen ist, halten wir unser empfangenes Mandat, dem Lande politische Autonomie zu geben, für überholt. Wäre die Autonomie früher gewährt worden, dann wäre viel Unheil und vielleicht auch dieser Krieg verhindert worden. — Abg. **Hansen** (Däne): Ich fordere als der Vertreter der dänischen Bevölkerung im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des § 5 des Friedensvertrags zu Prag und damit bei dem bevorstehenden Friedensschluß die endgültige Lösung der nordschleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

24. Oktober. Im deutschen Reichstage werden die Verfassungsvorlagen in erster und zweiter Lesung erledigt.

Staatssekretär Dr. **Solf**: Im Einverständnis mit dem Generalgouverneur in Brüssel hat der spanische Gesandte im Haag Villalobar am 18. Oktober gemeinschaftlich mit den Vertretern der französischen Interessen, dem niederländischen Geschäftsträger van Vollenhoven, dann mit dem Vertreter des Ernährungsamts in Belgien Bree eine Reise nach Cambrai und Valenciennes gemacht. Sie haben anerkannt, daß die deutsche Militärbehörde alles in ihrer Macht stehende getan hat, um sowohl das Los der Flüchtlinge als auch das Los der Bewohner der Städte, die dem Bombardement ausgesetzt sind, zu lindern. Sie haben festgestellt, daß die deutschen Behörden sich redlich bemüht haben, der Bevölkerung vor Plünderung Schutz zu gewähren und ihre Ernährung sicherzustellen.

Die Regierung ist von verschiedenen Seiten gefragt worden, ob sie die Grundsätze des Programms Wilsons ehrlich durchzuführen beabsichtige. Die Regierung weist jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurück. Nachdem sie in ihrer Antwort an den Präsidenten sich auf den Boden seiner Botschaften gestellt hat, ist sie auch entschlossen, demgemäß zu handeln. Was Elsaß-Lothringen und Polen anbetrifft, so ist ohne weiteres klar, daß wir, da dieses Land unter den 14 Punkten des Wilsonschen Programms angeführt ist, mit der Erledigung beider Fragen durch die Friedensverhandlungen einverstanden sind. Wenn Abg. Hansen behauptet, daß wegen der nordschleswigschen Frage aus dem Prager Frieden noch heute ein positiver Rechtsanspruch bestünde auf eine

Volksabstimmung, so muß die Regierung diese Auffassung als irrtümlich ablehnen. Der Prager Friede schuf endgültige völkerrechtliche Ansprüche lediglich zwischen den Vertragsteilen, und diese Ansprüche sind im Jahre 1878 durch die Vereinbarungen aufgehoben. Auch liegt seitens der dänischen Regierung eine Anerkennung dieser Aufhebung durch den sogenannten Optanten-Vertrag vom Jahre 1907 vor.

Abg. Ricklin hat dann ein recht herbes Urteil gefällt über die in Elsaß-Lothringen eingeleitete Neugestaltung der Dinge. Dem elsaß-lothringischen Volk soll das Recht werden, die Angelegenheiten des Landes nach seinem Willen zu regeln. Es entspricht dieses Vorgehen den Bestrebungen, die die Mehrheit, aus denen die jetzige Regierung hervorgegangen ist, auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn Ricklin und seiner parteipolitischen Freunde, auch unter Zustimmung der übrigen reichsländischen Abgeordneten verfolgt hat. Die Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, diese Bestrebungen alsbald nach ihrer Konstituierung in die Tat umzusetzen. Einer anderweitigen Lösung der elsaß-lothringischen Frage wird durch die gegenwärtige Lösung in keiner Weise vorgegriffen.

Der Redner der Polen hat es unternommen, mit dem Punkt 13 des Wilsonschen Programms weitgehende Ansprüche für den künftigen polnischen Staat zu begründen. Demgegenüber erkläre ich: die deutsche Regierung hat das Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegensätze und Kriege entstehen lassen. Wenn der Redner der polnischen Fraktion erraten läßt, daß er zum Beispiel Danzig, eine unzweifelhaft deutsche Stadt mit 2 bis 3 Prozent polnischer Bevölkerung, für Polen beansprucht, so setzt er sich in schreienden Gegensatz zu den Grundsätzen des Präsidenten selbst, der nur Gebiete unzweifelhaft polnischer Bevölkerung mit dem unabhängigen Polen vereint sehen will. An keiner Stelle des Programms ist gesagt, daß unbestreitbar deutsche Bevölkerungsteile Polen zugewiesen werden sollen. Eine derartige Auslegung des Satzes vom freien, gesicherten und zuverlässigen Zugang zur See würde nicht liegen im Sinne einer internationalen Rechtsvereinbarung, sondern im Sinne territorialer Eroberung volksfremden Landes. Das, meine Herren, widerspricht dem vom Präsidenten Wilson verkündeten Recht der Selbstbestimmung der Völker. Ich kann dem Redner der Polen nicht verhehlen, daß das Rechtsgefühl des deutschen Volkes durch jede gewaltsame Auslegung der neuen völkerrechtlichen Grundsätze auf das schwerste verletzt wird, und gewaltsam sind die Ansprüche auf Landstriche, die durch Geschichte, ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse lebensnotwendig mit dem Deutschen Reiche verbunden sind. Die deutsche Regierung wird bei Behandlung dieser Fragen sich mit aller Entschiedenheit jeder Vergewaltigung der Polen sowie der Deutschen und jeder Lösung widersetzen, die das Zusammenleben der beiden benachbarten Völker unmöglich machen und zu neuem Haß und zu neuen Konflikten führen müßte.

Wenn der Redner der Polen Ersatzansprüche aus den Kriegsjahren herleitet und in scharfer Form Kritik geübt hat an gewissen Maßregeln der preußischen Regierung, so brauche ich ihn nur daran zu erinnern, was Deutschland mit Gut und Blut für die Befreiung Polens getan hat.

(Abg. **Korfanty** ruft: Geraubt, geplündert haben sie. Großer Lärm. Abg. Dr. **Werner**-Gießen ruft Korfanty „Lump" zu. Abg. **Sosinski** stürzt sich drohend auf den Abgeordneten Dr. Werner. Beide werden schließlich von weiteren Abgeordneten auseinander gebracht. Abg. Korfanty wird zur Ordnung gerufen.)

Das demokratische Deutschland, dessen historische Stellung zu der polnischen Frage auch den Polen bekannt ist, hat den ernsten und ehrlichen Willen, mit dem polnischen Volke in einem dauernd friedlichen und freundnachbarlichen Verhältnis zu leben. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn beide Seiten es ehrlich erstreben. — Kriegsminister **Scheüch**: In unserem Heer und Volk sind Kräfte genug vorhanden, um uns zu nachhaltigem Widerstand fähig zu machen. Diese Kräfte zu heben und zu stärken ist meine Aufgabe. Wir müssen sie der Kampffront zuführen. Das wird meine vornehmste Aufgabe werden. Zu dieser Aufgabe bitte ich um Ihr Vertrauen. Die Sorge, daß nicht genug Munition vorhanden sei, trifft nicht zu. Die Munitionsherstellung ist in ständigem Steigen begriffen, noch in den letzten Monaten. Panzerwagen haben wir schon vor dem Kriege gehabt, aber nicht zu Angriffszwecken. In der Tankabwehr ist Gutes geleistet worden. Ich bitte Sie, hier und draußen mitzuhelfen und Kräfte im Lande verfügbar zu machen, die wir brauchen, um sie dem Heer zuzuführen. Es handelt sich darum, dem Vernichtungswillen der Feinde den deutschen Kampfwillen entgegenzusetzen. — Abg. **Noske** (Soz.): Unser Volk verzweifelt nicht an der Zukunft. Es wird seine Zustände im Innern zu formen wissen. Die Polen sollten nicht immer Kritik üben. Sie sollten anerkennen, daß viele Tausende unserer besten Soldaten auf polnischer Erde ruhen und daß die polnische Freiheit mit deutschem Blut bezahlt worden ist. Auf Danzig können wir nicht verzichten. Deutsche und Polen sind aufeinander angewiesen. Die Einverleibung der deutschen Kolonien wäre unvereinbar mit einem Rechtsfrieden. Die Nachwelt wird es nicht fassen, daß das kleine Deutschland sich gegen die ganze Welt behaupten konnte. Auch unsere Feinde können uns die Achtung nicht verweigern. Jetzt kämpfen wir für unsere nackte Existenz. — Staatssekretär **Trimborn**: Der Erlaß des früheren Kriegsministers, wonach Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften nicht gestattet werden sollen, ist aufgehoben worden. Das Programm für Zensur und Belagerungszustand wird streng durchgeführt. — Abg. **Krebs** (kons.): Die Polen würden durch die Verbandsmächte niemals ihre Befreiung vom russischen Joche erfahren haben. Die äußerste Linke sollte nicht zum Regieren herausgesucht werden, sondern zu Ämtern, von denen sie etwas versteht. — Vizekanzler **v. Payer**: Das Einbeziehen der Konservativen in die Regierung war ganz ausgeschlossen. Ihre Politik erachten wir als verkehrt. Früher waren die Konservativen durchaus damit einverstanden, wenn ganze Parteien von der Regierung ausgeschlossen wurden. Meine gestrige Rede hätte auch gehalten werden müssen, wenn keine konservative Rede vorangegangen wäre. — Abg. **Ledebour** (Unabh. Soz.): Dem Staatssekretär a. D. Grafen Posadowsky ist seine Rede nicht so zu verdenken wie dem aktiven Kriegsminister. General Ludendorff und auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg hätten schon früher und nicht erst plötzlich im September voraussehen müssen, daß es nicht weiter ginge. Das Volk mußte rechtzeitig aufgeklärt werden. Demgegenüber hat Kriegsminister Scheüch den Standpunkt vertreten, daß der Krieg weitergeführt werden könne. Wir wollen nicht einzelne Personen bekämpfen, sondern gleich das ganze monarchische System beseitigen. Den Polen ist namentlich hinsichtlich ihrer Muttersprache bitter Unrecht getan worden. Polen darf aber nicht so weitgehende territoriale Ansprüche erheben, wie es geschehen ist, auf Litauen, Weißrußland, Wolhynien usw. Die polnischen Ansprüche auf Ostpreußen müssen fallen, Ostpreußen würde in der Luft hängen. — Vizekanzler **v. Payer**: In dieser schweren Schicksalsstunde des Reiches ist eine solche Rede, wie die des Abgeordneten Ledebour, geeignet, dem Vaterlande schweren Schaden zuzufügen. Die erwähnte Kundgebung des Kaisers an

den Zaren liegt, wie die „Iswestija“ selbst sagen, 22 Jahre zurück. Solche Schriftstücke sollten heute nicht mehr auf die Goldwage gelegt werden. Man sollte bedenken, daß der Kaiser sich mit aller Entschlossenheit auf den Boden der neuen Verhältnisse gestellt hat. — Kriegsminister **Scheüch**: Was ich über die Tankfrage gesagt habe, widerspricht keineswegs dem, was General v. Stein gesagt hat. Wir haben wohl ein Modell gehabt, aber nicht die Zahl wie die Feinde. Jetzt, wo wir einer Neuregelung der Dinge entgegengehen, wäre es ein schwerer Fehler, neue Schwierigkeiten hervorzurufen.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird die Aussprache geschlossen, aber auf Antrag des Abgeordneten Gröber (Ztr.) die zweite Lesung begonnen.

Abg. Dr. **Zehnter** (Ztr.): Wir beantragen, daß Art. 11 der Reichsverfassung folgende Fassung erhält:

„Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstags erforderlich. Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstags.“

Staatssekretär **Trimborn**: Die Reichsleitung stimmt dieser Anregung zu. Sie behält sich vor, für die Zeiten zwischen den Legislaturperioden besondere Vorkehrungen zu treffen.

Das Gesetz wird mit dieser Änderung angenommen.

Sodann wird über die Vertrauenskundgebung für den Reichskanzler abgestimmt. Es stimmen von 268 Abgeordneten 193 dafür, 52 dagegen, 23 enthalten sich der Abstimmung. Das Vertrauensvotum ist somit angenommen.

25. Oktober. Der deutsche Reichstag beginnt die dritte Lesung der Verfassungsänderungen:

Abg. **Korfanty** (Pole): Das deutsche Volk schätzen und achten wir, obgleich uns das preußische System stets bedrückte. Jetzt ist der Zusammenbruch des Staates Preußen gekommen, und diese Stunde ist gleichzeitig die Geburtsstunde aller unterdrückten Völker, auch des polnischen. Danzig ist unzweifelhaft eine deutsche Stadt. Wenn es, wie wir hoffen, polnisch wird, so wird es das Schicksal vieler Minderheiten teilen. — Präsident **Fehrenbach**: Sie verwechseln den deutschen Reichstag mit dem künftigen Friedenskongreß. Es ist nicht angängig, daß Sie die Loslösung deutscher Gebiete besprechen. — Abg. **Schulz**-Bromberg (bei keiner Fraktion): Seit 8 Tagen wird hier über Abtretung deutscher Gebiete gesprochen, als wenn es sich um große deutsche Gebiete und Millionen von Einwohnern handelte. Alle Deutschen in der Ostmark erheben flammenden Protest dagegen, auch nur ein Stück Land abzutreten. Unter der vielgeschmähten preußischen Verwaltung ist Polen eine Stätte des Wohlstandes und der Kultur geworden. — Abg. **Gothein** (Fortschr. Volksp.): Für mich war das Schmerzlichste die Erklärung der Elsaß-Lothringer. Wir verdanken das der wahnsinnigen Politik, die trotz unseres dauernden Verlangens den Elsaß-Lothringern die Autonomie verweigerte. Auch in bezug auf die Polen hat lediglich eine törichte Politik das Auftauchen der Lostrennungsbestrebungen zuwege gebracht. — Staatssekretär **Trimborn**: Wenn es richtig ist, daß der Nachdruck der Stuchelschen

Rede in Polen nicht gestattet wurde, so muß das mißbilligt werden. — Abg. **Schlee** (natl.): Wir können den Polen so viel Rechte geben, wie wir wollen, Deutsche werden sie nie werden. Wir haben nur zu fragen, was uns Deutschen nützt. Das deutsche Volk hat noch Kraft in sich, es braucht nur Führer. Die polnische Freiheit kennen wir. Wenn ihr fremdes deutsches Land haben wollt, kommt und holt es euch, wir werden euch mit blutigen Köpfen heimschicken. — Abg. Dr. **Cohn** (Unabh. Soz.): Die Ansprüche der Polen sind übertrieben. Schon nach der ersten Marneschlacht war der Krieg verloren. Trotzdem hat man jedem Zustandekommen des Friedens entgegengearbeitet. Ludendorff hat im September nach Berlin telegraphiert, es möge sofort eine verhandlungsfähige Regierung gebildet werden, damit mit Wilson ein Waffenstillstand vereinbart werden könne, da der Bestand der Front nur noch für kurze Zeit gewährleistet werden könne. Heute ist von Hindenburg ein Telegramm eingetroffen, Heer und Flotte lehnten sich dagegen auf, diesen Waffenstillstand zu schließen. Die Klagen über das persönliche Regiment sind so alt wie die Regierung des jetzigen Kaisers. Es gibt kein Ausweichen vor der Frage: Krieg mit den Hohenzollern oder Friede ohne die Hohenzollern. Der Militarismus ist das stärkste Friedenshindernis, das beseitigt werden muß, sei es bei der Krone oder in der Stelle der obersten Heeresleitung. Auf den Weltimperialismus wird die Weltrevolution folgen, die ihn überwinden wird. Wir reichen unseren Freunden jenseits der Grenze in diesem Kampfe die Hand. — Abg. **Rühle** (wild): Wir lehnen jeden Frieden ab, der ein kapitalistischer Friede wird. Dem Wohl und den Interessen der Arbeiterklasse kann solch ein Friede nicht dienen. Der Kaiser muß abdanken. Der Ordnungsruf wird den Kaiser vor dem Strafgericht nicht retten. Helfen kann nur die Revolution.

Damit schließt die Aussprache. Das Gesetz wird angenommen, ebenso in allen drei Lesungen das Gesetz über Änderung der Verfassung Elsaß-Lothringens (Beseitigung der Vorschrift, daß bei Rangerhöhung Mandatsverlust eintritt).

26. Oktober. Der deutsche Reichstag beendet die dritte Lesung der Verfassungsänderungen, wozu die Mehrheitsparteien folgenden Antrag eingebracht haben:

Die Reichsverfassung wird wie folgt abgeändert. 1. Im Art. 11 werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt: Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich. Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

2. Im Art. 15 werden folgende Absätze hinzugefügt: Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausführung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt. Der Reichskanzler und sein Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

3. Im Art. 17 werden die Worte gestrichen: „welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt".

4. Im Art. 53 Abs. 1 wird folgender Satz eingefügt: „Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung von Offizieren und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers."

5. Im Art. 64 Abs. 2 (Ernennung von Höchstkommandierenden eines Kontingents usw.) werden im ersten Satz hinter dem Worte „Kaiser" die Worte eingeschaltet „unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers".

6. Im Art. 66 werden folgende Absätze 3 und 4 hinzugefügt: „Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Regelung ihres Kontingents verantwortlich."

Der Antrag wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte gegen die Stimmen der Konservativen für zulässig erklärt.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Fortschr. Volksp.): Sämtliche Anträge entsprechen dem, was der Verfassungsausschuß bereits im Frühjahr 1917 beschlossen hat. Wir setzen an die Stelle der rein platonischen, moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers die rechtliche Verantwortlichkeit. Das ist eine Änderung, die seit 1869 im Reichstag gefordert worden ist. Damals haben sich die Freikonservativen auch auf diesen Boden gestellt. Gewiß, Fürst Bismarck hat sich gegen die Anträge gestellt, aber er hat seinen Irrtum eingesehen. In seiner Rede auf dem Markte in Jena 1892 ist er gewissermaßen bahnbrechend für das jetzige Vorgehen der Mehrheitsparteien aufgetreten. Er hat in seiner Rede gesagt, daß er die Rechte des Reichstags viel zu eng gezogen habe gegenüber den Rechten der verbündeten Regierungen. Wir folgen also nicht dem Feind, sondern den besten Überlieferungen des Reichs. Auch Gneist hat mit Recht gesagt, daß die Festlegung der rechtlichen Verantwortlichkeit des leitenden Ministers des Reichs die Vollendung des Rechts und die Krönung des ganzen verfassungsmäßigen Werkes ist. Bisher hatten wir nicht geglaubt, daß es notwendig sein würde, in die Verfassung hineinzuschreiben, daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung das Vertrauen des Reichstags bedürfe. Wir glaubten, daß die politische Macht notwendig sei. Nunmehr haben wir uns aber von der Notwendigkeit überzeugt, auch etwas Selbstverständliches in die Verfassung hineinzuschreiben. In Zukunft sollen auch alle Handlungen der Militärgewalt von unzweifelhaft politischer Bedeutung unter die Verantwortung des Reichskanzlers fallen. Nach unserer Meinung fällt unzweifelhaft unter die Kontrolle des Reichstags und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, wenn der Träger der Reichsgewalt zum Durchmarsch der Truppen durch ein neutrales Land auffordert oder wenn aus dem feindlichen Ausland die Zurückführung der männlichen Arbeitskräfte befohlen oder wenn ein unbeschränkter U-Bootkrieg befohlen wird. Alles dies sind Handlungen der Regierungsgewalt, die unzweifelhaft von großer politischer Bedeutung sind und daher unter den Art. 15 Abs. 2 der Verfassung fallen. Rein militärische Fragen ohne politische Bedeutung fallen nicht darunter. Auf Bayern finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Wir wollen mit unseren Anträgen auch die Ausnahmestellung des Militärkabinetts beseitigen, die wir seit 50 Jahren aufs schärfste bekämpfen. Das Militärkabinett soll wieder eine rein persönliche Abteilung und unter die verfassungsmäßige Verantwortung des Kriegsministers gestellt werden. Im Volk besteht eine tiefe Sehnsucht nach einer neuen Zeit. Für diese neue Zeit wollen wir jetzt die Bahn freimachen. — Abg. **List-Eßlingen** (natl.): Es ist auch notwendig, daß alle Zweige der ausübenden Gewalt dem Einfluß der Regierung untergeordnet werden. Das nationale Interesse gebietet ferner, die Veränderungen so schnell wie möglich geltendes Recht werden zu lassen, damit im Ausland jeder Vorwand für eine Fort-

setzung des Krieges, der sich gegen die Machthaber in Deutschland und nicht gegen das deutsche Volk angeblich richtet, wegfällt. Wir stimmen den Anträgen zu. — Abg. v. Graefe (kons.): Diese Verfassungsänderung, die vorgenommen wird, um Wilson zu beruhigen, ist nur ein Stück des Schwanzes, der dem Reichshund abgeschlagen werden soll. Wie ist es in einem Fall, in dem unsere Flotte plötzlich angegriffen wird? Soll die Regierung dann auch erst die Zustimmung des Reichstags abwarten? Und wenn die Legislaturperiode abgelaufen ist, muß man da erst die Neuwahlen abwarten? Der Reichskanzler ist auch preußischer Ministerpräsident. Durch die Verfassungsänderung wird der föderative Charakter des Reiches vollkommen beseitigt. Die vorgeschlagenen Änderungen sind in Spezialfragen vollkommen unklar, ein Ergebnis der überstürzten Gesetzmacherei. Sie bedeuten die Beseitigung der Kommandogewalt und die Schaffung eines Schattenkönigtums. Auch sozialdemokratisch organisierte Soldaten denken anders über ihr Verhältnis zum obersten Kriegsherrn, als Sie annehmen. Wird der Fahneneid geändert und auf die Verfassung abgelegt, woran soll der Soldat dann noch glauben? Wir machen eine solche Gesetzmacherei nicht mit. — Staatssekretär Gröber: Die Reichsleitung wird für die Annahme dieser Anträge im Bundesrat eintreten. Sie sind weit mehr politischer als militärischer Natur. Was die Gegenzeichnung bei Beförderung, Verabschiedung usw. von Militärpersonen betrifft, so hat die bayrische, die sächsische und die württembergische Regierung schon ihre Zustimmung erklärt. In dem persönlichen Treueverhältnis zwischen Heer und Kriegsherrn wird keine Änderung eintreten. Die sächsischen und die württembergischen Offiziere, deren Ernennung schon jetzt gegengezeichnet ist, lassen sich von niemandem in ihrer Treue zum obersten Kriegsherrn übertreffen. Ein Zusammensturz des ganzen Gebäudes unseres Heerwesens ist nicht zu befürchten. — Abg. Landsberg (Soz.): Durch diese Anträge wird die Regierungsgewalt in entscheidenden Punkten in die Hände des Volkes gelegt. Die Anträge stellen in bezug auf Gegenzeichnung bei der Ernennung von Offizieren nur den Zustand wieder her, wie er bis 1861 bestanden hat. Daß auch in einem parlamentarisch regierten Lande der König nicht ohne Einfluß zu sein braucht, hat Eduard VII. bewiesen. Wir haben den besten Glauben an unser Volk. Es wird sich wieder aufrichten. Wir verlegen den Staat in das Volk. Keiner von uns will einen Frieden der Schmach, der nationalen Zertrümmerung, jeder will das Beste einsetzen, um von Deutschland ein namenloses Unglück abzuwenden. Bricht die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, dann sind wir nur noch Objekt der Friedensverhandlungen, und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Inland der Bürgerkrieg tobt. Die Mehrheit des Reichstags ist gewillt und kräftig genug, der Freiheit des deutschen Volkes eine Gasse zu bahnen. — Abg. Bernstein (Unabh. Soz.): Wir wollen einen Völkerbund schaffen, nicht einen Bund der Staaten. Damit entfallen auch alle Schwierigkeiten und Streitereien über die Abgrenzung der einzelnen Staatengebilde. Je radikaler wir vorgehen, desto besser wird der Friede. Es kann keine verbrecherischere Handlung begangen werden, als dies von den Herren der Rechten und ihren Organen geschieht, den Frieden zu hintertreiben und das deutsche Volk darüber zu täuschen, was auf dem Spiele steht, wenn der Friede nicht zustande kommt. — Kriegsminister Scheüch: Wir können nichts in den Anträgen finden, was das feste Gefüge unseres Heeres erschüttern könnte. Besonders kann das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizier durch die Anträge nicht berührt werden. Die deutsche Mannestreue wird auch in Zukunft die beste Stütze unseres Heeres sein.

Die Abänderungsanträge der unabhängigen Sozialdemokraten, die die Aufhebung der Ersten Kammern usw. fordern, werden dem Verfassungsausschuß überwiesen. Die Mehrheitsanträge werden sodann in den Einzelabstimmungen wie auch bei der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Mitglieder der Deutschen Fraktion angenommen.

Damit schließt die letzte Sitzung des deutschen Reichstags unter dem Kaiserreich.

Die Abdankung Kaiser Wilhelms II.

Bereits Ende Oktober taucht bei Erörterung des Notenwechsels zwischen Deutschland und Amerika in der deutschen Presse der Gedanke auf, ob nicht in der Person des Kaisers selbst eine Erschwerung der Verhandlungen erblickt werden könnte, und ob nicht bei einem Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen bessere Friedensbedingungen zu erzielen sein würden.

Am 24. Oktober sagt z. B. die „Frkft. Ztg." in einem Leitaufsatz über das „alte Regime" u. a.: „Man hat das brave deutsche Volk für eine ganz gefährliche Gesellschaft gehalten, die die Welt bedrohe. Und dies erhielt immer neue Nahrung dadurch, daß unser Machtaufstieg, der zum Schweigen verpflichtet hätte, mit Reden und Einmischungen begleitet wurde. Es liegt nahe, hier auch an den Kaiser zu denken. Er hat es sicherlich gut gemeint und seine stark religiöse Natur bürgt allein schon dafür. Er hat sicherlich nicht auf den großen Krieg gesteuert, in den man schließlich mehr hineingerutscht, als gegangen ist. Aber alles ändert nichts daran, daß er sich durch das, was er in den 30 Jahren seiner Regierung gesprochen und getan hat, zum Symbol des alten Regimes gemacht hat, und es muß ausgesprochen werden, daß im deutschen Volke die Stimmung gegenüber dem Kaiser nicht so ist, wie er wohl glauben mag. Weite Kreise lassen keinen Zweifel darüber, daß sie es dankbar empfunden hätten, wenn er bei der radikalen Umwandlung der inneren und äußeren Politik, welche eingeleitet ist, persönliche Konsequenzen gezogen hätte, vor allem um seiner selbst willen. Im übrigen ist die Lage so, daß das Volk das alte Regime bis zum Halse satt hat, womit auch diejenigen, die dem alten Geiste noch anhängen, noch rechnen müssen."

Aber diese Erwägungen verstummen wieder, nachdem bekannt geworden ist, daß am

28. Oktober der Kaiser das am selben Tage vom Bundesrat angenommene Gesetz über die Verfassungsänderungen vollzogen und gleichzeitig folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet hat:

„Eurer Großherzogl. Hoheit lasse ich in der Anlage den mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878, zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten tritt jetzt eine neue

Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften haben sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Überzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der verbündeten Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit meinen hohen Verbündeten bei in dem festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst im Volke.

So möge die Neuordnung alle guten Kräfte frei machen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, den 28. Oktober 1918.

gez. Wilhelm I. R.
Max, Prinz von Baden."

Der Erlaß räumt jedoch keineswegs alle Schwierigkeiten aus dem Wege. Scheidemann legt in einer Eingabe an den Reichskanzler ausführlich dar, daß der Verzicht des Kaisers auf den Thron unerläßlich sei, und der „Vorwärts" stellt gleichzeitig den Rücktritt des Kaisers als erstrebenswertes Ziel hin. Das Zentrum der gegen das Verbleiben des Kaisers gerichteten Bewegung liegt aber offenbar in Bayern, wo nicht nur sozialdemokratische Kreise ein lebhaftes Interesse an einem Thronwechsel im Reiche zeigen.

Bemerkenswert ist die Haltung, die in dieser Frage die englische Presse einnimmt. Sie erblickt in dem Erlaß des Kaisers über die Verfassungsänderungen den Willen des Monarchen, auch weiterhin an der Spitze der Regierung zu stehen. „Daily Telegraph" schreibt: „Dieser Erlaß scheint der Ausdruck des persönlichen Wunsches des Kaisers zu sein, zu bleiben."

„Times" sagen: „Das Kaisermanifest sieht nicht danach aus, als ob der Kaiser alle Hoffnung, die Herrschaft weiter zu behalten, aufgegeben habe."

„Daily Chronicle" meint: „Der Erlaß berührt nicht nur innere deutsche Fragen. Daß der Kaiser in dem Erlaß das alte Regierungssystem lobt, beweist, wie ungeeignet er ist, an der Spitze eines Deutschlands zu bleiben, das ein loyales Mitglied des Völkerbundes sein möchte. Die Änderungen der Befugnisse des Reichstags genügen noch immer nicht. Der Reichstag hat weniger Befugnisse als irgendeine andere gesetzgebende Körperschaft in Europa."

Wenige Tage vorher hat dasselbe Blatt der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß mit dem deutschen Kaisertum ein weiteres Stück Autorität und eines der letzten Bollwerke gegen den andrängenden europäischen kulturgefährdenden Bolschewismus verloren ginge.

Von der französischen Presse wird dagegen die Kundgebung des Kaisers allgemein als die Vorrede zu seiner Abdankung angesehen. „Temps", „Débats" und „Echo de Paris" fügen aber sogleich hinzu, das sei ein Ereignis der deutschen innern Politik, das keinen Einfluß auf die Entschlüsse des Verbandes ausüben könne. Das „Journal des Débats" bemerkt, Deutschland müßte die Verfassung der Schweiz annehmen, um Vertrauen einzuflößen.

Brennend wird die Frage der Abdankung des Kaisers dadurch, daß am

6. November der sozialdemokratische Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten einmütig nach mehrstündiger Beratung folgende Entschließung annehmen:

„Fraktion und Parteileitung fordern, daß der Waffenstillstand ohne jede Verzögerung durchgeführt werde. Die Fraktion und der Parteiausschuß fordern weiter die Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit der Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergangen haben. Sie fordern unverzüglich Demokratisierung der Regierung, sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Fraktion und der Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage fordern."

Minister Dr. Drews berichtet dem Kaiser im Großen Hauptquartier über die Forderungen der Sozialdemokraten, die erklären, wenn der Kaiser nicht abdanke, so würden die unabhängigen Sozialisten die Thronfrage aufwerfen und die Einführung der Republik fordern. Die Regierungssozialisten würden dann gezwungen sein, Schulter an Schulter mit den unabhängigen Sozialisten zu kämpfen. Der Kaiser erklärt jedoch, daß er mit Rücksicht auf die verworrene innere Lage freiwillig unter keinen Umständen seinen Platz verlassen werde; er könne Deutschland im Augenblick des Friedensschlusses unmöglich der Entente ausliefern. Seine Abdankung würde eine völlige Anarchie und ein Überhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge haben. Für solche furchtbaren Zustände wolle er nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht abdanken.

Am **7. November** bespricht darauf die sozialdemokratische Parteileitung nochmals die Gesamtlage und beauftragt den Staatssekretär Scheidemann, dem Kanzler folgendes Ultimatum zu stellen:

Die sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für heute aufgehoben werden;
2. Polizei und Militär zur äußersten Zurückhaltung angehalten werden;
3. daß die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird;

4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird;

5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis 8. November mittags bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Dies Ultimatum wird dem Reichskanzler noch am selben Tage, nachmittags 5 Uhr, zugestellt.

Auch die bürgerlichen Parteien nehmen zu der Weigerung des Kaisers, zusammen mit dem Kronprinzen freiwillig der Krone zu entsagen, Stellung. Das Zentrum sieht gegen eine geringe Minderheit nach Lage der Dinge den Rücktritt des Kaisers als die einzige Möglichkeit an, der bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Auch die Nationalliberalen und die Fortschrittler befassen sich mit demselben Gegenstand und kommen zu der gleichen Auffassung. Dagegen sind die Konservativen andrer Meinung. In einem Beschluß des konservativen Parteivorstandes heißt es über die Kaiserfrage:

„Die konservative Partei erblickt in dem Inhaber der Krone den Träger der monarchischen Staatsform, unter der Preußen und mit ihm Deutschland groß und zu einem Hort und Schützer der deutschen Kultur geworden ist, und wird ihm die Treue bewahren. Die Partei hält an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches unverbrüchlich fest."

Noch am selben Tage bietet unter diesen Umständen der Reichskanzler dem Kaiser seine Entlassung an, da auch er die Abdankung des Kaisers für notwendig halte und nicht Kanzler bleiben könne, wenn der Herrscher andrer Ansicht sei. Der Kaiser bittet darauf den Prinzen Max, einstweilen die Geschäfte als Reichskanzler weiter zu führen, bis der endgültige Beschluß des Kaisers erfolge, der in kürzester Zeit zu erwarten sei. Am

9. November mittags liegt die Entscheidung vor, die vom Reichskanzler sofort durch folgenden amtlichen Erlaß verkündet wird:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen. Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden."

Die gesamte deutsche Presse nimmt natürlich zur Abdankung des Kaisers in längern Artikeln Stellung, wobei das Urteil über die geschichtliche Bedeutung dieses Aktes und die Persönlichkeit Wilhelms II. je nach der Parteizugehörigkeit der Organe begreiflicherweise sehr verschieden ist.

Der Berliner „Lok.-Anz." schreibt: „Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Geschichtsforschung sein, in das wahrheitsverhüllende Labyrinth dieser Geschichtsfälschung mit der Fackel der unbestochenen Forschung hineinzuleuchten und nachzuweisen, daß die Weltgeschichte, wenn sie beanspruchte, sich auch in dem Ereignis des heutigen Tages als Weltgericht zu offenbaren, einen grausamen, furchtbaren Justizmord begangen hat."

Auf denselben Ton ist die „Kreuzztg." gestimmt: „Uns fehlen die Worte, um das auszudrücken, was uns in dieser Stunde bewegt. Unter der Wucht der Ereignisse endete die 30jährige Regierungszeit unsers Kaisers, der stets das Beste für sein Volk gewollt hat."

Die „Berl. N. Nachr." sagen: „Wie so oft im Leben Kaiser Wilhelms, scheint auch diese seine letzte Regierungshandlung zu spät zu kommen, um die Wirkung auszulösen, die von ihr erwartet wurde."

Die „Germania" faßt den historischen Sinn der endlich erfolgten Abdankung dahin zusammen, sie gebe dem deutschen Volk die Bahn frei, seine Zukunft in jeder Beziehung so zu gestalten, wie es selbst es für richtig finden würde. Aus dieser Absicht folge von selbst der Thronverzicht des Kronprinzen, folge vor allem die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung, deren Wahl alsbald in die Wege geleitet werde.

Die „Köln. Volksztg." schreibt: „Damit ist wohl auch das deutsche Kaiser-Reich in seiner bisherigen Gestalt zu Grabe gegangen. Nahezu 48 Jahre hatte es bestanden, bewundert und auch beneidet von Völkern der Erde. Dies ist das schmerzlichste, was wir durchleben.

Es ist eine Erfahrung der Geschichte, daß das unglückliche Ende eines Krieges die Regierenden stürzt. Diesem ehernen Gesetz ist auch Kaiser Wilhelm II., ist auch das Haus Hohenzollern unterlegen. . . . Sein Rücktritt ist für uns die logische Folge aus den politischen Ereignissen, denen die Sozialdemokraten beider Richtungen den letzten Stoß versetzt haben."

Die „Köln. Ztg." äußert sich: „Unser aller Gedanken laufen in diesem Augenblick weltgeschichtlichen Geschehens an einem Punkte zusammen, unser aller Fühlen einigt sich an der Stelle, von der bisher der Pulsschlag unseres nationalen Lebens ausgegangen war. Und unsere Teilnahme wendet sich dem zu, der seinem Volk und Lande mit diesem Entschluß ein Opfer gebracht hat, das berufen ist, das Schlimmste von uns zu wenden. Möge es nicht vergeblich gebracht sein! Der Größe der Tat entspricht die Höhe des Sinnes, aus dem sie geboren ist. Deutschland groß zu machen war das Streben seines Lebens gewesen: Deutschlands Dasein ungefährdet zu erhalten ist das letzte Wert Wilhelms II. Dank ihm auch dafür!

Und Achtung vor solchem Mannesmut und solcher Treue im Dienst am Reich! Vor solcher Zurückstellung des eignen Interesses hinter das Wohl des Ganzen! Mit wehem Herzen und umflortem Gemüt stehen wir vor der leergewordenen Stätte, der er eine Zier gewesen drei Jahrzehnte lang, würdig der besten einer langen Ahnenreihe, würdig auch des Amtes, zu dem das Schicksal ihn berufen. Ein Kaiser auch in seinem Fall!"

Im „Dresd. Anz." liest man: „In den ersten Regierungsjahren hätte ein aufrichtiges Bekenntnis des Volkes zu anderen Grundsätzen, als der Kaiser sie hegte, vielleicht einen nützlichen Eindruck gemacht. Der Kaiser lebte sein Leben fernab von der Wirklichkeit, und er überhörte durch die Schuld seiner Ratgeber im Jahre 1914, als ein Herz und ein Pulsschlag das Volk bewegte, wie wir früher bereits einmal schrieben, die Mahnung des Schicksals.

Damals mußte sich der Wandel der konstitutionellen Zustände vollziehen auf dem Höhepunkt eines gegenseitigen Vertrauens. Einmal versäumt, konnte die Verfassungsfrage, wie wir nunmehr gesehen haben, nur als Machtfrage gelöst werden, wobei dieses Mal das Königsrecht nicht wie im Zwiste mit Bismarck die stärkere Kraft gewesen ist."

Das „Leipz. Tageblatt" bedauert, daß der letzte Entschluß des Kaisers „so verspätet kam, daß er mit einer wirklich nicht mehr vornehmen, kaum noch würdigen Hast veröffentlicht werden mußte. Jetzt ist der Eindruck da, daß der Monarch widerstrebend beiseite gedrängt worden ist, und nun ist, so glauben wir, kein Dank in der Seele des Volkes, weil eben kein freier und vor allem kein rechtzeitiger Entschluß gefunden worden ist. Irrtum bis zuletzt, schwerer, verhängnisvoller Irrtum. Wir wünschten, wir könnten etwas anderes bei dieser Gelegenheit sagen. Aber der Kaiser hat es auch denen, die seinen Enkel halten wollten, selber schwer gemacht. Es ist das alte Lied: Wenn Bestrebungen, die stärker sind als die Gegenwirkungen, gehemmt werden, so verschärft jede Verzögerung ihren Charakter."

Die „Münch. Neuest. Nachr." urteilen: „Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß die Umgestaltung unserer inneren Verhältnisse und der Zusammenbruch der durch vier Jahre mit teilweise unverantwortlichen Mitteln aufrechterhaltenen Kriegspolitik den Rücktritt des Mannes unvermeidlich gemacht haben, an dessen Amt nun einmal die ungeheure Verantwortung haftete. Wir haben nie an dem Willen Kaiser Wilhelms gezweifelt, das deutsche Volk einer gesegneten Zukunft entgegenzuführen, aber wir haben die Wege, die er einschlug, oft genug mißbilligen müssen und haben mit tiefer Sorge gesehen, daß die Einflüsse, denen er ausgesetzt war, sich in einer Richtung bewegten, die von den Anschauungen der gewaltigen Volksmehrheit weitab führte.

Das deutsche Volk soll alsbald Gelegenheit haben, in einer Nationalversammlung über seine Zukunft zu entscheiden. Unendlich Schweres liegt hinter uns; die kommenden Zeiten stellen uns vor Aufgaben, die nicht leichter sein werden. Es gilt, alle Kräfte zusammenzuhalten, um das deutsche Volk, von dem das Bayernvolk ein unzertrennlicher Teil ist, einer neuen, gesicherten Entwicklung entgegenzuführen."

Das „Berl. Tagebl." sagt in seinem Leitaufsatz: „Wer dem Kaiser nie die Rosen, die aus den Gärten von Byzanz stammen, dargebracht hat, wird in diesem Augenblick gern darauf verzichten, auf die Schwelle, über die er hinausschreitet, nur Beschuldigungen zu streuen. Er hat dreißig Jahre lang regiert, und er ist das Opfer von Eigenschaften geworden, die ein Teil seiner Natur waren und von fatalen Persönlichkeiten zugunsten falscher Ziele ausgebeutet worden sind. Man kann ihn nicht mit wenigen Worten und Strichen zeichnen, denn sein Wesen ist sehr gemischt, und es geht in ihm vieles, was unvereinbar scheint, durcheinander und nebeneinander her. Er schien, wie ein moderner Mensch, überall Wissen und Berührung zu suchen, und er war doch offenbar überzeugt, Gott habe ihn und sein Haus zu Sendboten, zu Vollstreckern seines Willens gewählt.... Er schrieb, daß der Wille des Königs das oberste Gesetz sei, er nannte die Adligen »die Edelsten« der Nation. Aber er war doch, wenn die Zeitumstände es gebieterisch forderten, zu Konzessionen, zur Hergabe alter historischer Requisiten bereit. Wir haben gesehen, wie er der Umwandlung Preußens durch das gleiche Wahlrecht zustimmte und wie er zuletzt, in den Tagen der Not, auf die mittelalterliche Glorie verzichtete, die ihm, wie er meinte, vom Gottesgnadentum kam."

Die „Frkf. Ztg." schreibt: „Was gestern noch als ein ungeheurer Schritt nach vorwärts erschien, ist heute schon überholt, übertroffen. Der Kaiser und der Kronprinz haben am Samstag dem Thron entsagt. Aber was vor

vier, vor zwei Wochen noch, wäre es aus eigenem freien Entschluß erfolgt, als eine entscheidende Erleichterung der bis zum Bersten gespannten inneren Lage gewirkt hätte, das geht heute, wo nur der Zwang es herbeiführte, unter in dem Wirbel eines noch viel größeren Geschehens. Allenthalben in den deutschen Einzelstaaten stürzen die Throne."

Von österreichischen Blättern sei die Wiener „Reichspost" angeführt, die schreibt:

„Die Entschließung des Kaisers war unausweichlich geworden. Wenn ein Mann von der starken Persönlichkeit und dem tiefen Verantwortlichkeitsbewußtsein Kaiser Wilhelms einen solchen Entschluß reifen läßt, so ist dies allein schon ein Zeugnis dafür, daß es eine andere Wahl nicht mehr gab. Dennoch wird jeder, der nicht der Meinung ist, daß die Geschicke der Völker von kleinen Menschen geleitet werden müßten, dieses Ende eines großen Herrschers beklagen. Wer sagen wollte, daß ihn die Schuld an den traurigen Geschehnissen treffe, die jetzt wie ein schweres Fieber den Leib Deutschlands durchzucken, und daß er deshalb dieses Schicksal verdient habe, der müßte sich entschließen, jedem menschlichen Tatendrang, jedem Wunsch, das eigene Volk zur Größe zu führen, Fesseln anzulegen."

Die französische Presse äußert sich sehr haßerfüllt. Der „Figaro" schreibt u. a.: „Zweifellos besaß Wilhelm II. eine gewisse geistige Rührigkeit, die mit einer reelleren physischen Beweglichkeit verbunden war. Diese geistige Rührigkeit war indes nur das krankhafte Bedürfnis, sich in alle Fragen, militärische oder politische, soziale oder literarische, religiöse oder künstlerische, hineinzumischen, mit dem geheimen Wunsche, sich vor sich selbst zu betätigen und anderen einzureden, daß kein Fach ihm fremd sei und er sich nötigenfalls in jedem einzelnen hervorzutun fähig sei.

In Wirklichkeit verfügte dieser vordringliche und eitle Monarch auf keinem Gebiete über tiefes Wissen. Unfähig, einem Gegenstande auf den Grund zu dringen, und zu unbescheiden, um zu glauben, daß dies nötig sei, hat er im Laufe seiner ganzen Regierung sich mit allem befaßt, ohne jemals irgend etwas zu verstehen."

Oberstleutnant Thompson führt im „Petit Journal" aus: „Der Herrscher, der soeben in einem Meere von Blut, das er vergossen hat, untergegangen ist, wird in der Geschichte, selbst wenn man ihn nur als »Kriegsherrn« betrachtet, eine ziemlich armselige Gestalt bleiben. Wilhelm II. hatte von seinen Vorfahren die Leidenschaft für sein Heer geerbt, das er gewiß fürchtenswert gemacht hatte. Aber er hatte einen noch verderblicheren Einfluß auf den Oberbefehl, den er nur nominell ausübte und der in Wahrheit in Friedens- wie in Kriegszeiten in der Hand des Chefs des Großen Generalstabes lag. . . . Eitel und vor allem voller Furcht, daß er in Schatten gestellt werden könnte, duldete er in seiner Umgebung niemals starke Charaktere. Wie er sich mit Bismarck und Bülow überworfen hatte, so ließ er Bernhardi und Hindenburg in Ungnade fallen. Er ist in weitem Maße verantwortlich für die strategischen Fehler, die dem Oberkommando zur Last fallen."

„Matin" verlangt Bestrafung des Kaisers: „Wilhelm II. muß büßen, damit seine Bestrafung in den zukünftigen Zeiten eine feierliche Warnung bleibt für alle diejenigen, denen der Zufall der Geburt oder das Vertrauen der Völker die gefährliche Macht gegeben hat, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Übrigens werden auch seine Helfershelfer büßen müssen, und alle wird die Züchtigung treffen. Warum sollte also der größte Schuldige unbestraft bleiben? Schließlich wird Deutschland mit seinem Gelde und seiner Arbeit bezahlen, bis alle seine Schulden getilgt sein werden. Die Gerechtigkeit verlangt es, denn die ganze Nation hat den Raubkrieg gewollt, der mit dem endgültigen Zusammenbruch beendet worden ist."

Ähnlich äußern sich im „Journal des Débats" Auguste Gauvain, der sagt: „Unser Sieg mußte notwendig den Sturz der besiegten Regierungen, die den Krieg entfesselt und ihr Land zum Abgrund geführt haben, nach sich ziehen. Die deutschen Völker ziehen trotz ihrer traditionellen Anhänglichkeit an ihre Dynastien jetzt aus alledem natürlicherweise die logische Konsequenz. Warum sollten wir dies bedauern? Sollen wir etwa das Schicksal der Wittelsbacher und der Hohenzollern beklagen? Die einen sind seit zwei Jahrhunderten die Pest Europas gewesen; die andern, die ihre Krone und den besten Teil ihres Gebiets Napoleon I. verdanken, haben sich im Jahre 1870, wie im Jahre 1914 erbittert auf Frankreich gestürzt. Und es sollten sich Franzosen finden, um sie zu bedauern und zu beklagen? Im übrigen mögen sich die deutschen Bundesstaaten als Republiken erklären oder ihre Dynastien bewahren: ihre Verantwortlichkeit uns gegenüber bleibt vollständig bestehen. Die neuen Republiken müssen uns ebenso zahlen wie die alten Monarchien."

Die englischen Blätter, soweit sie reaktionär sind, hetzen auch bei dieser Gelegenheit maßlos gegen Deutschland. Die Londoner „Morning Post" ist enttäuscht, weil es noch nicht zum Blutvergießen in Deutschland gekommen ist, und dieses Blatt sagt: „Hinter dieser ganzen ungewöhnlichen, unblutigen Umwälzung in Deutschland steckt ein Schwindel!" Im übrigen meint das Blatt: „Wir kämpfen nicht gegen eine Autokratie oder gegen eine Demokratie, sondern gegen Deutschland, das stets das gleiche bleibt, einerlei welche Gestalt es annimmt."

„Daily Chronicle" führt im Leitaufsatz aus: „Die Abdankung Wilhelms II. und seines Sohnes, eines seiner schlimmsten Mitschuldigen, hat eine überragende symbolische Bedeutung, denn die Hohenzollern-Monarchie war in Europa der Schlußstein des militaristischen Gewölbes. Neben ihrer ungeheuerlichen Mißachtung von Freiheit und Gerechtigkeit erschienen selbst die alten Dynastien der Habsburger und Romanoffs nur wie Außenwerke des Despotismus. Jede Rede, die der ehemalige Kaiser von seiner Thronbesteigung bis Mitte des Sommers 1918 hielt, stellte eine anmaßende Betonung seiner Stellung dar. Aber der Kaiser war mehr als ein Erzsymbol, er war auch ein Erzschurke. Einige andere entthronte Autokraten, wie Ludwig XVI. oder Nikolaus II., stehen in der Geschichte als nicht unliebenswürdige Gestalten da, deren schlimmster Fehler ihre Schwachheit war. Wilhelm II. aber war in dem beherrschten Deutschland wirklich souverän, und für Deutschlands abstoßende Verbrechen trägt kein lebender Mensch mehr und unmittelbarere Verantwortung als er. Ohne seine persönliche Zustimmung hätte der Krieg nie ausbrechen und dessen Bosheit nicht noch durch den Einfall in Belgien verdoppelt werden können."

„Daily News" meinen, wenn Deutschland die Demobilmachung geregelt vollziehe, dann sei es seiner Rettung sicher. Auf den Verbündeten ruhe indes die schwere Verantwortung, die neue Welt herzustellen, gemeinschaftlich mit einem Volke, das nun den richtigen Weg eingeschlagen habe.

Der „Manchester Guardian" schreibt: „Die Gründer des Völkerbundes finden nun ihre Aufgabe unendlich erleichtert, da Deutschland sich zu einer demokratischen Republik formiert hat. Nunmehr können die Völker, wenn sie wollen, den Frieden auf der festen Grundlage der Gerechtigkeit aufbauen."

Die „Nation" erinnert an die Worte des Präsidenten Wilson, daß ein demokratisches Deutschland, wie es nun entstanden sei, einen Weltfrieden, der aus dem Völkerbund hervorgehe, möglich mache. „Nur muß man sich davor hüten, daß der Sozialismus nicht den Vorwurf erheben könne, alles Gerede über den Völkerbund sei nur Maske gewesen."

Die italienische Presse ruft dem Kaiser als dem Urheber des Krieges Verwünschungen nach und bezeichnet zur Rechtfertigung ihrer maßlosen Ansprüche das deutsche Volk als Mitschuldigen Wilhelms II. „Corriere della Sera" vergleicht Wilhelm mit dem dritten Napoleon und schließt, die Niederlage könne das deutsche Volk, dessen tiefe Lebenskraft und Naturkraft Achtung gebieten und zur Weltharmonie nötig seien, nicht vernichten, doch überwiege heute noch im Weltgewissen der Eindruck der deutschen Schuld. „Secolo" vermeidet es, das deutsche Volk direkt anzugreifen, und sagt, die Gewalt und Willkür müsse nunmehr aufhören, das Gottesgnadentum müsse der menschlichen Vernunft weichen, die geschichtliche Entwicklung müsse, von dynastischen Ansprüchen befreit, nur von der Kultur der Arbeit getragen werden.

Unter den holländischen Blättern urteilt der „Nieuwe Rotterd. Courant" folgendermaßen: „Der Kaiser fällt nicht wegen bestimmter Eigenschaften seiner Person, nicht wegen bestimmter Taten, die er auf dem Gewissen hat, sondern als Symbol, als System des imperialistisch-militaristischen Systems, das Deutschland zu einer gewissen Größe gebracht, aber auch in den Krieg und ins Verderben gestürzt hat. War der Kaiser ein Kriegsfürst? Er hat sich mehrfach einen Friedensfürsten genannt und meinte das gewiß auch aufrichtig. Er wollte sicher lieber den Frieden als den Krieg. Seine Lebensaufgabe sah er in der Größe Deutschlands, bewahrt durch die Schärfe des deutschen Schwertes."

Aus der Reihe der dänischen Blätter sei die Kopenhagener „Politiken" erwähnt, die ausführt: „Der Militarismus in Deutschland ist durch den doppelten Druck von außen und von innen zerschmettert worden, er wird nie wieder auferstehen. Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir mit Freuden die alte Zeit ins Grab sinken sehen, daß wir auch für Dänemark lichte Hoffnungen bezüglich der neuen Zeit hegen, deren schwache Umrisse sich am Horizont abzeichnen. Wir denken uns als Nachbar eines großen freien Volkes, für das jede alte Rechnung aus der Welt geschafft ist und mit dem wir immer stärker die nahe Verwandtschaft fühlen, gleichzeitig damit, daß unsere Bewunderung für seine große Tüchtigkeit nicht durch alten Ärger und Bitterkeit gehemmt wird. Mit größtem Interesse verfolgen wir, wie Deutschland sein neues Dasein aufbaut. Die Hauptrichtlinien zeichnen sich deutlich ab. Sie führen direkt zu der breiten Demokratie, zu der Volksrepublik, die der Sympathie der Umwelt sicher sein wird, solange sie sich von bolschewistischem Terrorismus fernhält."

Nicht ohne Interesse sind die Äußerungen ukrainischer Blätter. „Kiewskaja Mysl" schreibt: „Während der ganzen Zeit seiner Regierung und des Krieges hat Wilhelm II. viel getan, um die Kraft der Organisation und der Geschlossenheit in Deutschland zu erhalten. Und tatsächlich hat das Deutsche Reich in diesem Kriege eine außerordentliche Macht bewährt. Der Sturz des Thrones erfolgt nicht infolge der Schwäche, Auflösung und Untauglichkeit der Staatsregierung, wie es in Rußland der Fall war: der deutsche Thron stürzte trotz seiner Festigkeit, weil er mit der stärkeren von der amerikanischen Demokratie geschaffenen imperialistisch-bürgerlichen Macht zusammenstieß."

In „Rußkij Golos" (Kiew) wird ausgeführt: „Das lang Erwartete und trotzdem unwahrscheinlich Erscheinende ist eingetreten: Wilhelm II. und der Kronprinz haben abgedankt. Deutschland wird seine konstituierende Versammlung haben. Man hat uns so lange und so oft gesagt, daß die kaiserliche Gewalt Ausdruck des deutschen Nationalbewußtseins sei, daß auf diesem Gedanken die deutsche Disziplin beruhe — daß wir uns schwer vorstellen können, daß für Deutschland jetzt dieselben geschichtlichen Gesetze

gelten sollen wie für die anderen zivilisierten und entwickelten Staaten. Wenn wir in den tragischen Vorgängen in Deutschland nur die Zeichen des Übergangs zu einer höheren Stufe der zivilisierten Existenz sehen könnten, würde die Abdankung des Kaisers nur schrankenlose Freude hervorrufen. Aber die Erinnerung an unsere eigenen Erfahrungen, die hinter uns liegen, beschattet dies Gefühl mit Angst."

10. November. Der Kaiser überschreitet beim Bahnhof Holländisch Eischdam-Limburg die holländische Grenze und begibt sich nach Amerongen bei Maarn (Gelderland), wohin ihm am 28. November die Kaiserin folgt. Der Kronprinz begibt sich nach der Insel Wieringen am Eingang zur Zuider Zee.

Am **28. November** verzichtet Wilhelm II., um aufgetauchten Mißverständnissen über seine Abdankung zu begegnen, in einer staatsrechtlich einwandfreien Urkunde auf seine Rechte an der Krone Preußens und der damit verbundenen deutschen Kaiserkrone. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

„Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und die Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, Hungersnot und Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.

gez. Wilhelm."

Am **1. Dezember** errichtet auch der bisherige deutsche Kronprinz aus demselben Grunde eine solche Urkunde, die lautet:

„Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die mir, sei es auf Grund der Thronentsagung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem anderen Rechtsgrunde, zustehen mögen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift.

Gegeben in Wieringen am 1. Dezember 1918.

gez. Wilhelm."

11. November. Der Kronprinz verabschiedet sich von seiner Armee mit folgendem Heeresbefehl:

„Nachdem S. M. der Kaiser den Oberbefehl niedergelegt hat, bin auch ich durch die Verhältnisse gezwungen, nun, da die Waffen ruhen, von der Führung meiner Heeresgruppe zurückzutreten. Wie immer bisher, so kann ich auch heute meinen tapfern Armeen und jedem einzelnen Mann nur aus tiefstem Herzen danken für ihren Heldenmut, für ihre Opferfreudigkeit und Entsagung, mit der sie allen Gefahren ins Auge gesehen und alle Entbehrungen willig für das Vaterland ertragen haben in guten und bösen Tagen. Mit den Waffen ist die Heeresgruppe nicht besiegt. Hunger und bittere Not haben uns bezwungen. Stolz und hocherhobenen Hauptes kann meine Heeresgruppe den mit dem besten deutschen Blut erkämpften Boden Frankreichs verlassen. Ihr Schild und ihre Soldatenehre sind fleckenlos und rein. Ein jeder sorge, daß sie es bleiben hier und später in der Heimat. Vier lange, schwere Jahre durfte ich mit meinen Armeen sein in Sieg und Not, vier lange Jahre gehörte ich mit ganzem vollen Herzen meinen getreuen Truppen. Tief erschüttert scheide ich heute von ihnen und neige mich vor der gewaltigen Größe ihrer Taten, die die Geschichte einst in flammenden Worten den spätern Geschlechtern künden wird. Nun steht zu euern Führern treu wie bisher, bis ihr Befehl euch freigeben kann für Weib und Kind, für Heimat und Herd. Gott mit euch und eurem deutschen Vaterland!

Der Oberbefehlshaber, Wilhelm,
Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen."

13. November. Die preußische Regierung erläßt eine Bekanntmachung, wonach sämtliche zum preußischen Kronfideikommißvermögen gehörigen Gegenstände mit Beschlag belegt werden und die Verwaltung dem preußischen Finanzminister übertragen wird. Das nicht zum Kronfideikommißvermögen gehörige, im Sondereigentume des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Am **30. November** erfährt diese Verordnung folgende Ergänzung:

„§ 1. Die Bekanntmachnng der preußischen Regierung vom 13. November 1918, betreffend Beschlagnahme des preußischen Kronfideikommißvermögens, wird mit Rücksicht darauf, daß die Zugehörigkeit der einzelnen Vermögensgegenstände zum Kronfideikommißvermögen und zum Sondervermögen des preußischen Königshauses zweifelhaft erscheint, dahin ergänzt, daß auch sämtliche Gegenstände, die zum Sondervermögen sowohl zum Privateigentum wie zum Fideikommißbesitz des vormaligen Königs von Preußen, des königlichen Hauses und seiner Mitglieder gehören und in Preußen befindlich sind, vorläufig mit Beschlag belegt werden. Die Verwaltung wird dem preußischen Finanzministerium übertragen.

§ 2. In Ausübung der Eigentums- und Verfügungsrechte an dem Gesamtvermögen des vormaligen preußischen Königshauses, sowohl des Kronfideikommißvermögens wie des im § 1 bezeichneten Sondervermögens wird der vormalige König, das vormalige königliche Haus und seine Mitglieder einstweilen durch das Finanzministerium oder die von ihm beauftragte Behörde mit voller rechtlicher Wirkung vertreten. Aus den in Beschlag genommenen Gegenständen und deren Erträgen sind mit Ausschließung der Rechnungslegung an den vormaligen König, das vormalige königliche Haus und seine Mitglieder die Kosten der Beschlagnahme und der Verwaltung einschließlich der Gehälter, Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung der Beamten und Angestellten zu bestreiten. Das Finanzministerium

ist ermächtigt, aus den Erträgen für den Unterhalt des vormaligen Königs und der Mitglieder des vormaligen königlichen Hauses angemessene Beträge festzusetzen und zu zahlen. Verfügungen des vormaligen Königs, des vormaligen königlichen Hauses und seiner Mitglieder über die der Beschlagnahme unterliegenden Gegenstände, welche nach der Veröffentlichung der Beschlagnahme ergangen sind, sind ohne rechtliche Wirksamkeit. Zahlungen und Leistungen, welche der Beschlagnahme zuwider erfolgen, sind als nicht geschehen zu erachten. Zuwiderhandlungen unterliegen den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Für den vormaligen König und die Mitglieder des vormaligen königlichen Hauses kann vom Finanzministerium ein Pfleger bestellt werden."

Der Geheime Justizrat, bei dem die Mitglieder des Königshauses ihren persönlichen Gerichtsstand haben, wird aufgehoben.

23. November. Der vormalige Kaiser Wilhelm II. erteilt seinem zweiten Sohn, dem Prinzen Eitel Friedrich, folgende Vollmacht:

„Mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse und meinen Aufenthalt im Auslande, sowie bei der derzeitigen Abwesenheit meines ältesten Sohnes, des Kronprinzen, beauftrage ich meinen zweiten Sohn, den Prinzen Eitel Friedrich von Preußen, mich in meinen Funktionen als Oberhaupt des königlich-preußischen, brandenburgischen und fürstlich-hohenzollernschen Hauses in allen Familien- und Vermögensangelegenheiten im vollen Umfange zu vertreten, mit der Ermächtigung, sich im Falle seiner Behinderung durch einen seiner Brüder vertreten zu lassen und zu einzelnen Akten auch einen anderen geeigneten Bevollmächtigten zu bestellen.

Gegeben Amerongen, den 23. November 1918.

Wilhelm."

1. Dezember. Prinz Heinrich von Preußen erläßt in der „Kreuzzeitung" vom Herrenhaus Hemmelmark bei Eckernförde folgende Kundgabe an alle Familienmitglieder des königlich preußischen Hauses:

„Durch den Erlaß unseres Königs vom 28. November 1918 aus Amerongen sind alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine ihres Treueides entbunden. Formell sind also auch wir in Offizier- oder Beamtenstellen befindlichen Angehörigen des preußischen Königshauses von diesem Treueid entbunden. Nicht nur steht es nunmehr einem jeden frei, sich im Staatsdienst nach besten Kräften zu betätigen, sondern es wird dies zur Pflicht gegen das Vaterland, das uns geboren und dem wir mit vollster Hingabe bis auf den heutigen Tag dienten. Auch handeln wir im Sinne unsers Königs, welcher in seinem Thronverzicht vom 28. November ausdrücklich auf eine Mitarbeit zum Wohle unseres Vaterlandes hinweist. Als Senior der zurzeit in Preußen und dem Reiche wohnhaften Mitglieder des preußischen Königshauses erkläre ich hiermit, daß trotz der Neuordnung im Reich und in Preußen, die ich unter dem Druck der Verhältnisse anzuerkennen gezwungen bin, ich bestrebt sein werde, einer geordneten gesetz- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber anderseits mich persönlich bis an mein Lebensende an die Person unseres Königs als gebunden erachte und alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schaden von ihm abzuwenden, ihn als mein alleiniges Oberhaupt restlos anerkenne. Indem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des königlich preußischen Hauses hiermit zur Kenntnis bringe, erhoffe ich von diesen eine gleiche Gesinnung."

Am **4. Dezember** übermittelt dagegen Prinz Adalbert von Preußen dem „Berl. Lokalanzeiger" aus Kiel nachstehende Erklärung:

„Die Kundgebung des Prinzen Heinrich an alle Familienmitglieder des Hohenzollernhauses, die mir lediglich durch die Zeitungen zur Kenntnis kommt, zwingt mich für meine Person zu nachstehender Erklärung: Am 20. November habe ich mich durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert zur Verfügung der jetzigen Reichsregierung gestellt. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Prinzen Heinrich sehe ich allein in dieser die Obrigkeit, die mit allen meinen Kräften zu unterstützen ich für meine vornehmste Pflicht halte.

Kiel, 4. Dezember 1918. gez. Adalbert, Prinz von Preußen."

Die Ausrufung der deutschen Republik.

Preußen.

8. November. Angesichts der gespannten Lage im Innern reichen der Reichsschatzsekretär Graf Roedern und der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts v. Waldow ihre Entlassung ein, ebenso nimmt der Oberbefehlshaber in den Marken Generaloberst v. Linsingen seinen Abschied.

Am selben Tage tritt das gesamte preußische Ministerium zurück. Der Vizepräsident Dr. Friedberg wird mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Die Minister Dr. Drews, Dr. Schmidt, v. Eisenhardt und Hergt erbitten ihre Entlassung. Das Abschiedsgesuch des Ministers v. Breitenbach liegt bereits seit längerer Zeit vor. Justizminister Dr. Spahn und Handelsminister Fischbeck erklären sich zum Eintritt in das neue Ministerium bereit, das aus je zwei Vertretern der Mehrheitsparteien bestehen soll.

Am **9. November** früh bricht in Berlin der allgemeine Ausstand aus, was zur völligen Einstellung der Arbeit in sämtlichen Betrieben führt. In den frühen Morgenstunden geht zuerst das 4. Jägerbataillon, das aus seinem Standort Naumburg nach Berlin gezogen worden ist, um befürchtete Unruhen zu unterdrücken, zu der sozialistischen Bewegung über, ihm folgen das Alexander-Garde-Regiment und dann rasch nacheinander die gesamten Garde-Regimenter und alle übrigen, zurzeit in Berlin stehenden Truppen. Es bildet sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, dem als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Ebert, Braun, Wels und Eugen Ernst nebst zwölf Vertrauensleuten der Fabriken angehören.

Vormittags 10 Uhr beginnen die Verhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Gruppen über die Bildung einer neuen Regierung im Reich und in Preußen. Für die alte sozialistische Partei werden diese von Ebert, Scheidemann und Dr. David geführt, für die Unabhängigen durch Ledebour, Vogtherr, Dittmann. Man kommt über-

ein, daß die beiden Parteileitungen mit den Arbeiter- und Soldatenräten gemeinsam um 12 Uhr zusammentreten sollen. Auf Wunsch der unabhängigen Sozialdemokraten werden die Verhandlungen jedoch noch hinausgeschoben.

Etwa gegen 1 Uhr wird die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen Wilhelm bekanntgegeben, und im Anschluß daran verkündet Scheidemann von einem Fenster des Reichstags aus die deutsche Republik mit etwa folgenden Worten:

„Das monarchische System ist zusammengebrochen. Ein großer Teil der Garnison hat sich uns angeschlossen. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die große deutsche Republik! Ebert bildet eine neue Regierung, der alle sozialdemokratischen Richtungen angehören. Dem Militäroberbefehlshaber ist der Abg. Göhre beigeordnet, der die Verordnungen mit unterzeichnen wird. Nichts darf den großen Sieg, den wir errungen haben, stören. Sorgt für Ruhe und Ordnung und Sicherheit." Scheidemann schließt dann mit einem Hoch auf die Republik.

Um 3 Uhr begeben sich Ebert, Scheidemann, Braun und die Mitglieder des Arbeiterrats Prolat und Heller in die Reichskanzlei, um dem Reichskanzler mitzuteilen, sie hielten die Bildung einer sozialistischen Regierung für notwendig, da diese allein imstande sei, Deutschland zu retten. Prinz Max bittet hierauf Ebert, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen.

Der neue Reichskanzler Ebert erläßt noch am selben Tage folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:

„Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden, und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte euch alle um eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Elend für alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend, verlaßt die Straßen, sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.
Ebert."

An alle Behörden und Beamten ergeht gleichzeitig folgender Aufruf des Kanzlers:

„Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten. Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.
Ebert."

Am Nachmittag kommt es in der Reichskanzlei zu einer Besprechung mit den Unabhängigen Oskar Cohn, Dittmann und Vogtherr, an der auch wieder die Arbeiterratsmitglieder Prolat und Heller teilnehmen. Man spricht über die Grundsätze der neuen Regierung und ihre Zusammensetzung, wobei sich eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung ergibt.

Am Abend ändert sich das Bild. In den Verhandlungen mit den Unabhängigen treten jetzt Karl Liebknecht und E. Barth in den Vordergrund. Es wird jetzt vorgeschlagen, ein Kabinett aus drei Sozialdemokraten, Haase, Liebknecht und Barth, zu bilden, dessen beide Vorsitzende gleichberechtigt sein sollen. Der Gedanke einer konstituierenden Nationalversammlung, die auf Grund des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter zu wählen ist, wird abgelehnt, Gesetzgebung

Verwaltung und Rechtsprechung sollen in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte gelegt werden. Aber auch unter diesen Bedingungen und den weiteren, wie sie aus dem unten wiedergegebenen Schreiben ersichtlich sind, wollen die Unabhängigen nur drei Tage in der Regierung bleiben. Die Größe der Meinungsverschiedenheiten ergibt sich aus dem folgenden Schreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Vorstand der Unabhängigen:

„Berlin, den 9. November 1918,
abends 8½ Uhr.

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen.

Sie fordern:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.

Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.

Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.

4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen.

Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituante für erforderlich.

5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.

Dieser Forderung stimmen wir zu.

6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

Abends ½10 Uhr wird im großen Sitzungssaale des Reichstags die erste Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates eröffnet. Barth als Vorsitzender begrüßt den siegreichen Aufstand des Berliner Proletariats und huldigt dem Verhalten der Berliner Garnison, die sich auf die Seite des Volkes gestellt und den fast unblutigen Sieg der Revolution herbeigeführt habe. Es wird beschlossen, am folgenden Tage (10. November) in den Fabriken Arbeiterräte wählen zu lassen, und zwar soll auf je 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen ein

Mitglied des Arbeiterrats entfallen. Kleinere Betriebe sollen sich zur Wahl eines Mitglieds des Arbeiterrats vereinigen. Ebenso sollen sich alle Soldaten in ihren Kasernen und Lazaretten zur Wahl der Soldatenräte versammeln. Auf ein Bataillon bzw. eine Formation entfällt ein Mitglied des Soldatenrates. Nachmittags 5 Uhr sollen die gewählten Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch zur Wahl der provisorischen Regierung zusammentreten.

Der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat erläßt noch am selben Tage folgenden Aufruf:

„Bürger! Arbeiter! Zur wirksamen Durchführung der revolutionären Bewegung ist Ordnung und Ruhe nötig.

Die Bevölkerung wird dringend gebeten, Straßenaufläufe zu unterlassen und nach Eintritt der Dunkelheit die Straße zu meiden.

Die Groß-Berliner Magistrate arbeiten in Übereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Groß-Berliner Schutzmannschaft hat sich in den Dienst des Volkes gestellt.

Lebensmittelautos und städtische Autos dürfen nicht angehalten werden.

Die Lebensmittelversorgung Groß-Berlins darf nicht gestört werden. Die Lebensmittelvorräte und Lebensmittelkartenverteilungsstellen unterstehen dem Schutze des Volkes. Sämtliche gemeinnützige Einrichtungen, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Sparkassen und andere öffentliche Kassen, ebenso die Verkehrsmittel werden ebenfalls dem Schutze des Volkes unterstellt.

Der Volksausschuß zum Schutze der gemeinnützigen Einrichtungen von Groß-Berlin wird diese Einrichtungen durch Beauftragte beschützen. Die geschützten Einrichtungen werden durch Plakate kenntlich gemacht.

Die Beauftragten sind mit roten Armbinden mit dem Aufdruck „Volksausschuß" versehen. Sie führen außerdem Legitimationskarten. In ihrer Tätigkeit werden sie durch Abgeordnete des Arbeiter- und Soldatenrats unterstützt.

Die Bürgerschaft wird gebeten, die Beauftragten des Volksausschusses in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Bevollmächtigte des Reichskanzlers und des Ministers des Innern.

Paul Hirsch.

Der Volksausschuß.

Eugen Ernst. Sassenbach. Leid.

Der Soldatenrat.

Baumann. Gelberg. Herthel.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

Körsten."

Äußerlich verläuft der Tag ruhig. Gegen 6 Uhr abends kommt es jedoch in der Umgebung des Schlosses, auf dem am Nachmittag durch Karl Liebknecht die rote Fahne gehißt worden ist, zu einem Feuergefecht, das durch Schüsse aus dem Marstallgebäude hervorgerufen worden ist und mehrere Tote als Opfer fordert. Ein ernsterer Kampf entspinnt sich vor der Universität und der Bibliothek, wobei ebenfalls eine Anzahl Personen getötet werden.

Der „Vorwärts“ schreibt über die Ereignisse des Tages in einem mit der Überschrift „Kein Bruderkampf!“ erscheinenden Aufsatz: „Einen Sieg hat das deutsche Volk und insbesondere auch das Berliner Proletariat errungen, der ohne Beispiel in der ganzen Geschichte dasteht. Selbst die Ereignisse von 1848 verblassen, gemessen an dem gewaltigen Umsturz, der sich am 9. November 1918 vollzogen hat. In unserer gestrigen Extra-Abendausgabe, die wir den meisten unserer Leser noch zustellen konnten, haben wir an dieser Stelle die Bedeutung des ersten Revolutionstages ausführlich gewürdigt.

Heute gilt es nicht, sich hemmungslosem Jubel hinzugeben, sondern es heißt, für die Zukunft zu sorgen und zu schaffen. Aufgabe über Aufgabe drängt sich an die Arbeiter- und Soldatenregierung heran. Die neue Volksregierung soll nach außen den Frieden schließen, nach innen die Volksernährung organisieren, die Demobilmachung von zehn Millionen Soldaten in geordnete Bahnen bringen, das Wirtschaftsleben organisieren und unendlich andere Dinge mehr, von denen jedes einzelne von höchster Bedeutung ist. Alle haben bis zum äußersten zu tun, alle arbeiten bis zur Erschöpfung, und doch fehlt es allenthalben noch an Händen und Gehirnen.

Und doch können und werden wir die Aufgabe lösen. Dazu aber ist eins unumgängliche Voraussetzung: daß die Arbeiterklasse einig und geschlossen bleibt. Ohne das geht es nicht! Wenn Gruppe gegen Gruppe, Sekte gegen Sekte arbeitet, dann entsteht das russische Chaos, der allgemeine Niedergang, das Elend statt des Glückes.“

Schon gestern ist von einzelnen kleinen Gruppen, oft unter unbekannter und unverantwortlicher Führung, der Versuch gemacht worden, eigene Wege zu gehen und die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates zu durchkreuzen. Das ist die schwerste Versündigung an der Arbeiterschaft, die überhaupt denkbar ist. Das Werk, das von der großen Masse der Arbeiterschaft getragen wird, darf nicht durch kleine Minderheiten zerstört werden. Alle solche Versuche müssen an dem gesunden Sinn und an der entschlossenen Ablehnung der Arbeiterschaft scheitern, oder die Arbeiterschaft selber wird scheitern.

Der gestrige Sieg des Volkes über das alte System ist nur mit geringem Blutvergießen bezahlt worden. Soll nun der Welt nach solchem herrlichen Triumph das Schauspiel einer Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft in sinnlosem Bruderkampf geboten werden?

Das darf nimmer geschehen! Der gestrige Tag hat in der Arbeiterschaft das Gefühl für die Notwendigkeit innerer Einheit hoch emporlodern lassen! Aus fast allen Städten, aus ganzen Ländern, aus ganzen Bundesstaaten hören wir, daß alte Partei und Unabhängige sich am Tage der Revolution wieder zusammengefunden und zu der alten geschlossenen Partei geeint haben. In Bayern ist diese Einigung für den ganzen Staat vollzogen. Dort gibt es keine Parteispaltung mehr! Soll Berlin dahinter zurückstehen?!

Die Einigung muß auch hier durchgeführt werden! Sie muß! Es geht um Wohl und Zukunft der ganzen Arbeiterklasse. Und wenn auch noch so viel Verbitterung sich eingefressen hat, wenn auch der eine Teil dem andern manches aus der Vergangenheit vorwirft, und umgekehrt, ein Tag wie der gestrige ist groß und überwältigend genug, um all das vergessen zu machen.

Das Versöhnungswerk darf nicht an einigen Verbitterten scheitern, deren Charakter nicht stark genug ist, um alten Groll überwinden und vergessen zu können. Liegt doch solcher Groll den Massen selber vollkommen fern, ist doch auch gestern zwischen Arbeiter und Arbeiter die Einigkeit fast instinktiv hergestellt worden. Kein Führer darf das hemmen. Gibt es unter

ihnen solche, mit denen die Einigung nicht gemacht werden kann, dann muß sie gemacht werden ohne sie! An keiner Personenfrage darf ein Werk von so ungeheurer Bedeutung scheitern.

Die alte sozialdemokratische Partei erstrebt die Einigung mit aller Kraft auch unter eigenen Opfern. Sie weiß sich in diesem Bestreben eins mit dem gesunden Instinkt der Arbeiterschaft, deren große Masse es nie begreifen würde, wenn man gestern Schulter an Schulter auf der Barrikade gestanden hat, daß man sich morgen auf der Barrikade gegenüberstehen sollte. Die sozialdemokratische Partei verfolgt in ihrem Streben dabei keinerlei eigennützige Ziele, sie ist nur ganz durchdrungen von dem Gedanken, daß das Werk der Rettung aus dem Abgrund, in den uns der überwundene Imperialismus gestürzt hat, nur von einer einmütigen und geschlossenen Arbeiterschaft ausgeführt werden kann.

Die Bruderhand liegt offen — schlagt ein!"

Demgegenüber stellt die sog. Spartakus-Gruppe, d. i. der unter Führung des am 21. Oktober infolge der Amnestie aus dem Zuchthause entlassenen Dr. Karl Liebknecht stehende äußerste linke Flügel der Sozialdemokratie, in seinem Organ „Die rote Fahne" folgende Forderungen auf:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen. Bewaffnung des Volkes. Alle Soldaten und Proletarier behalten ihre Waffen.

2. Übernahme sämtlicher militärischen und zivilen Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.

3. Übergabe aller Waffen und Munitionsbestände sowie aller Rüstungsbetriebe an den Arbeiter- und Soldatenrat.

4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Ersetzung des militärischen Gehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.

6. Beseitigung des Rechtsstandes und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung. Übernahme der Regierung durch den Berliner Soldaten- und Arbeiterrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrats.

7. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten über ganz Deutschland, in deren Händen ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegt. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.

8. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten. Unsere Parole lautet: Einheitliche soziale Republik Deutschland.

9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialen Bruderparteien des Auslandes.

10. Sofortige Rückberufung der russischen Botschaft nach Berlin.

Am **10. November** kommt die Einigung der beiden sozialistischen Parteien zustande, und die neue Regierung wird gebildet. Eine von Dittmann geführte Abordnung der unabhängigen Sozialisten erscheint in der Reichskanzlei mit folgendem Schriftstück:

„An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei einer.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett (in das jede Partei drei Mitglieder entsendet) nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der Konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.
gez. Haase."

Damit erklären sich die drei von der alten sozialdemokratischen Partei bestimmten Regierungsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg einverstanden, und die Einigung zwischen den beiden sozialdemokratischen Gruppen ist damit vollzogen. Die neue Regierung besteht somit aus Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase, Dittmann und Barth. Sie tritt sofort in Funktion; ihr erstes Werk ist die Unterzeichnung der vom Marschall Foch gestellten Waffenstillstandsbedingungen.

Der „Vorwärts" schreibt dazu: „Wir alle, Arbeiter und Soldaten, das ganze Volk, müssen uns geschlossen hinter die neue Regierung stellen. Wir wollen die Einigkeit aller Sozialisten, wollen Frieden, Freiheit, Brot! Brausend klinge diese Parole durch Berlin. Berlin, ganz Deutschland kämpft den schwersten Kampf um sein Leben. Es muß siegen im Zeichen der sozialistischen Einigkeit.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen, daß die Arbeit spätestens Dienstag früh wieder aufgenommen wird. Nun jeder wieder an seinen Platz, Genossen, jeder in seinem Kreise für Aufklärung im Sinne der neuen Ordnung sorgend! Das rote Deutschland muß zeigen, was es zu leisten imstande ist!"

Gleichzeitig ergeht folgender Aufruf an das Heimatheer:

„Der Waffenstillstand steht vor der Türe, der Friede wird ihm folgen, der Augenblick naht, wo das Blutvergießen ein Ende hat.

Auch in der Heimat ist trotz der tiefgreifenden Umwälzungen Blutvergießen fast ganz vermieden worden. Die Männer der neuen Regierung

erklären, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden sollten. Darum muß auch das Feldheer und das Heimatheer mit allen Kräften mitwirken. Nur dann kann eine ordnungsmäßige Zurückführung des Feldheeres und Entlassung der Mannschaften stattfinden.

Nur dann kann auch die Ernährung von Volk und Heer wieder gesichert werden. Der Bürgerkrieg muß vermieden werden.

Alle militärischen Dienststellen haben ihre Dienstgeschäfte unverändert weiterzuführen.

Die Bildung von Soldatenräten und die Beteiligung dieser Soldatenräte an der Abwicklung des Dienstes ist bei allen Formationen durchzuführen.

Ihre Hauptaufgabe ist, bei der Einrichtung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes mitzuwirken und das engste Einvernehmen zwischen Mannschaften und ihren Führern herzustellen.

Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder bei gemeinen Verbrechen oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Ebert — Scheüch
Reichskanzler. — Kriegsminister.

Göhre
Mitglied des Reichstags."

Die innere militärische Leitung übernimmt ein Soldatenrat, der folgenden Aufruf erläßt:

„Kameraden! Wir haben gemeinsam im Felde gestanden und geblutet. Gemeinsam werden wir Deutschland einer glücklichen Zukunft entgegenführen. Haltet unserem Volke und seiner Aufgabe unbedingte Treue. Wir arbeiten Hand in Hand mit den Arbeitern und ihrer Regierung.

Ihr erhaltet in kurzer Zeit regelmäßige Befehle.

Der Soldatenrat.
J. A.: Beerfelde, Denecke, Steinicke, Gelberg, Lempert, Barth, Cohen, Höche, Baecker, Bernhagen, Strobel, Bergmann, Hans Paasche."

Weitere Aufrufe des Reichskanzlers warnen die Arbeiter- und Soldatenräte vor Eingriffen in den Bahnbetrieb und die Bahnverwaltung, sowie die Bevölkerung vor Plünderung ruhender oder auf dem Transport befindlicher Verpflegungs- und Futtermittel, die für das Feldheer bestimmt sind. Ferner wird angeordnet, daß am Dienstag, 12. November, früh in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Auf den Straßen von Berlin kommt es an einzelnen Stellen zu erneuten Schießereien, deren Urheber nur in seltenen Fällen zu ermitteln sind. Namentlich am Bahnhof Friedrichstraße, auf dem größten Teil der Linden, den benachbarten Teilen der Friedrichstraße, sowie am Schloß und am Reichstagsgebäude wird geschossen.

Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

„Mitbürger! Noch immer wird an einzelnen Stellen der Stadt auf Organe der gegenwärtigen Reichsleitung und Bürger in Zivil und Waffenrock geschossen. Es geht das Gerücht, daß die Schüsse von Personen ausgehen, die glauben, das alte Regiment verteidigen zu sollen. Demgegenüber

wird festgestellt, daß bereits vor Tagen von allen militärischen Stellen, insbesondere auch dem Oberkommando in den Marken, befohlen ist, mit allen Mitteln die gegenwärtige Reichsleitung zu unterstützen und die Ruhe unbedingt zu wahren. Dieser Befehl wird hiermit noch nachdrücklich wiederholt. Es wird ferner das Gerücht verbreitet, daß Truppen im Anmarsch auf Berlin seien, um die alten Zustände wiederherzustellen. Demgegenüber wird festgestellt, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort ist.

Berlin, den 10. November 1918.

Für das Oberkommando in den Marken:
v. Lettow. gez. Schöpflin, M. d. R.

Die Berliner Presse aller Parteien drückt ausnahmslos den Wunsch nach Erhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit aus.

Die „Kreuzztg." erklärt: „Alle Elemente des Volkes, die an dem Staat und der Gesellschaftsordnung festhalten wollen, werden geschlossen zusammengehen müssen, um, wenn möglich, ein Chaos zu verhindern. Die Konservativen müssen die Saat ausstreuen, aus welcher dereinst den kommenden Geschlechtern des deutschen Volkes ein besseres Los erwachsen soll, als es uns und unseren Kindern beschieden ist."

Die „Dtsch. Tagesztg." sagt: „Nach Lage der Dinge können wir mit dem Vorschlage, so rasch wie möglich Wahlen vorzunehmen für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung, die die künftige Staatsform des deutschen Volkes feststellen soll, nur einverstanden sein. Die Regierungsgewalt kann dauernd nur von einer Regierung ausgeübt werden, die ihr Mandat von dem auf ordnungsmäßigem Wege einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen des deutschen Volkes empfangen hat."

Die „Tägl. Rundschau" bemerkt: „Es wäre falsch, die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte bisher bolschewistisch zu nennen. Man hat das Eigentum geschont, ist der Gewalt nach Möglichkeit aus dem Wege gegangen und war ehrlich bestrebt, Ordnung und Disziplin aufrecht zu erhalten. Der Aufforderung Eberts zur Mitarbeit der Andersgesinnten, um das Volk vor Bruderkrieg, Hungersnot und Anarchie zu bewahren, wird Folge zu leisten sein."

Die „Germania" schreibt: „Für Deutschland heißt jetzt die Parole entweder eine den Alliierten und Neutralen sympathische Demokratisierung, die ihm bald wieder eine mindestens erträgliche Stellung im Staatenkonzern und gewiß auch Brot und Rohstoffe sichern wird, oder Bolschewisierung, die es noch mehr als der Krieg von der Außenwelt isolieren, dem größten Elend preisgeben und zweifellos auch ein bewaffnetes Vorgehen hervorrufen würde."

Das „Berl. Tagebl." schreibt, jeder, der die Gefahren der Stunde erkenne, würde der Regierung Ebert volle Unterstützung leihen. Alles, was Ebert in seinem Aufruf an die Bevölkerung sagte, sei wahr und klug. Die Nationalversammlung werde frei und souverän entscheiden, ob Deutschland eine Republik werden oder in welcher Form es zukünftig neue Wege beschreiten solle.

Die französische Presse beurteilt die deutsche Revolution mit bemerkenswerter Zurückhaltung. In der „Action française" vom 15 November schreibt Jacques Bainville: „Die Linien des neuen Deutschland zeichnen sich mit wachsender Deutlichkeit ab. Das deutsche Volk scheint begriffen zu haben, was seine neuen Leiter zuwege brachten. Sie haben ihm zunächst das Ende des Krieges erwirkt. Sie haben Wilhelm II. abgesetzt und sich auf den Boden der Demokratie gestellt. Doch sie haben nicht an den Staat gerührt.

Dieser deutsche Staat, dem gerade die Sozialisten einen besonderen Kultus geweiht hatten, bleibt am Leben, und er wird sogar noch stärker werden. Hindenburg, Groener, Batocki, Dernburg und Tausende von anderen Dienern des kaiserlichen Regimes haben das sogleich gesehen. Die Geschichte hat vielleicht kein auffälligeres Beispiel von Anpassungsfähigkeit zu verzeichnen."

„Oui" vom 16. November sagt u. a.: „Die Nachrichten aus Berlin erwecken entschieden den Eindruck, daß die sozialistische Diktatur unter Eberts Auspizien sich als ein Regime der Ordnung und Staatserhaltung darstellt. Diese Weisheit der Sozialdemokratie, die ja zu erwarten war, ist für uns eine Garantie und zugleich eine Gefahr. Eine Garantie in dem Sinne, daß Deutschlands Organisation, die Voraussetzung seines Reichtums, unversehrt bleibt, wenn es vor dem Bolschewismus entschieden bewahrt wird; dann wird sich unser Faustpfand nicht in Anarchie auflösen.

Die Gefahr aber besteht dabei in der Beibehaltung des deutschen militärischen Zentralstaates, dessen Existenz für Europa seit mehr als einem halben Jahrhundert eine dauernde, unerträgliche Bedrohung ist. Die ideale Lösung der deutschen Frage wäre die Bildung einer gewissen Anzahl unabhängiger, gesonderter Republiken gewesen. Die Ereignisse nehmen jedoch, wie zu erwarten war, einen ganz anderen Verlauf."

In der „Bataille" begrüßt der bekannte Führer der französischen Syndikalisten L. Jouhaux die deutsche Revolution. „Dieses Ereignis" — so schreibt er — „erfüllt mein Herz mit Freude, denn es bedeutet das Ende der furchtbaren Qual und die Morgenröte der Versöhnung der Völker. Mit der deutschen Revolution wird der Gedanke der Völkergemeinschaft, nach der wir stets gestrebt und an dem wir auch in den drückendsten Tagen niemals verzweifelten, zur Wirklichkeit werden. Wer könnte leugnen, daß das demokratische Deutschland würdig ist, in die Gesellschaft der Nationen einzutreten? Gedenken die Anhänger der Gewalt in der plötzlichen Trunkenheit des Sieges den Krieg zu verlängern, indem sie ihn gegen die werdende Demokratie in Deutschland weiterführen? Nein, das werden wir ihnen nicht erlauben."

Der Leitartikel des „Temps" vom 11. November führt aus: „Der Krieg ist zu Ende. Es stürzt der Kaiser, der an ihm schuld ist, der Kronprinz, der ihn verlangt, und der Reichstag, der für ihn gestimmt hat. Die zukünftige Staatsform wird in die Hände einer kommenden Konstituante gelegt, wie in Rußland nach der Abdankung Nikolaus' II. Die Zerstörung des alten preußischen Staatsgebäudes kann eine Bürgschaft für den Frieden werden. Aber es ist notwendig, daß das gesamte durch die Hohenzollern verkörperte System bis auf seine Grundfesten abgetragen wird. Die Abdankung Wilhelms II. ist kein Schluß, sie kann nur der Anfang seiner Strafe und der Beginn der Erneuerung Deutschlands sein. Wer wird das Werk weiterführen?"

Von englischen Blättern äußert der „Manchester Guardian" sich folgendermaßen: „1870 begann man die Lehre von »Blut und Eisen« anzunehmen. Der preußische Gedanke besaß das Prestige ungeheuren Erfolges, und diesem Erfolge verband sich Deutschlands wissenschaftliche Vormachtstellung auf vielen Gebieten. Der Gedanke der Menschlichkeit trat zurück vor dem Staatsgedanken. Aber man fühlte, daß es so nicht ewig weitergehen konnte. Das Preußentum ist äußerlich und innerlich vernichtet. Anarchie scheint vor der Türe zu warten. Aber sie ist stets nur ein vorübergehendes Übel. Die Katastrophe dieses Krieges ist nur den großen Pestheimsuchungen zu vergleichen. Denen, die für das große Ziel gefallen sind, wollen wir ein Denkmal setzen in Gestalt einer Welt, die frei von militärischem Zwange ist und eine allgemeine Gerechtigkeit zur Religion macht."

Die Londoner „Times“ jubeln: „Wohl mag Lloyd George fragen, ob die Welt jemals Zeugin eines dramatischeren Urteils gewesen sei, als die Tragödie, der wir jetzt beigewohnt haben. In ein paar Wochen ist das Werk eines halben Jahrhunderts zunichte gemacht worden. Deutschland setzte sein ganzes Vertrauen auf die »Realpolitik« der Hohenzollern, auf die Politik, die gemischt war aus Verschlagenheit, brutaler Gewalt und gierigem Ehrgeiz und in diesem Hause seit Jahrhunderten herkömmlich war, auf die Politik, die ihren Gipfelpunkt zu erreichen schien in den Triumphen Bismarcks und Moltkes. Sie ist ihm in seiner Hand zerbrochen und hat zu seinem Untergang geführt. Der preußische Militarismus besteht nicht mehr.“

Die „Nation“ schreibt: „Die volle Flut der Revolution ist über Deutschland gekommen. Die augenblickliche Frage für uns und den Frieden und die Zukunft der Welt ist: wo wird sie haltmachen? Noch können wir es nicht wissen, denn die Antwort auf diese Frage hängt ab von dem Verlauf der Handlungen, für den wir selbst uns entscheiden ... Es heißt, daß die deutsche Revolution bis jetzt verhältnismäßig unblutig gewesen ist. Auch die russische Revolution ist anfangs verhältnismäßig unblutig gewesen, und es muß ein entschiedener Optimist von der gefährlichsten Sorte sein, der sich mit dieser Versicherung zufrieden gibt. Wir tun das nicht, sondern müssen festhalten an dem Satze, daß eine Revolution, die von einer Minderheit durchgeführt wird, früher oder später blutig und anarchistisch werden muß.“

In der Nummer vom 23. November schreibt dasselbe Organ: „Soweit wir sagen können, ist die deutsche Revolution ein charakteristisch deutsches Stück Arbeit. Alle Beiworte, die typisch sind für die deutsche Tätigkeit, passen auf sie. Die Revolution ist sichtlich ruhig, klar und planmäßig gewesen. Die Beamten sind hart an der Arbeit in ihren gewohnten Arbeitszimmern. Die Anordnungen der neuen Polizeipräsidenten scheinen so unnachgiebig, so eingehend und so bestimmt zu sein wie die der alten. Und doch ist es nicht etwa die alte Firma unter einer neuen Bezeichnung. Das wunderbare Element der ganzen Sache liegt in der offenbaren Tatsächlichkeit des Wechsels in der Auffassung. Plötzlich und ernstlich scheint die ganze Bevölkerung von Deutschland begriffen zu haben, daß sie schändlich getäuscht worden ist, eingewickelt in einen riesigen Schwindel, und daß keine Zeit zu verlieren ist, um sich von der unsinnigen, bösen Vergangenheit zu trennen.“

„Daily Chronicle“ vom 9. November führt aus: „Nur bis zu einem gewissen Punkte ist der Verlauf der deutschen Revolution dem der russischen ähnlich, doch erwarten wir nicht, daß sich dies auf Einzelheiten erstrecken wird. Die Deutschen sind keine Russen, und die deutsche Gesellschaft ist ein viel festeres Bauwerk als die russische. Deutschland besitzt eine sehr große Mittelklasse und eine gutgebildete, machtvoll organisierte Arbeiterklasse. Rußland hat keine von beiden, und das ist der Hauptgrund, daß die Revolution schließlich einen so ruhigen Verlauf nahm. Während das Beispiel Kiels Norddeutschland in Bewegung gesetzt hat, tat Österreich dasselbe in Süddeutschland. Wir bezweifeln, daß die revolutionäre Bewegung schließlich die deutsche Einigkeit oder die deutsche Gesellschaft auflösen wird. Doch mag das Ende das Verschwinden aller Fürstenthrone sein.“

Von italienischen Blättern schreibt die Turiner „Stampa“ vom 13. November u. a.: „Der Sturz der Hohenzollern und der anderen kleinen Fürsten zeigt, daß der Waffenstillstand nur eine schon eingetretene Tatsache sanktioniert. Ein Land, das eine solche Revolution durchmacht, während seine Heere vom Feinde über die zu Unrecht überschrittenen Grenzen zurückgetrieben werden, hat schon von selbst aufgehört zu kämpfen. Die ihm noch verbleibenden Energien braucht es für die innere Erneuerung, für die Be-

strafung der Schuldigen. Die Schuld, die die Geschichte den Leitern Deutschlands nicht vergeben wird, ist die, geglaubt zu haben, die Welthegemonie erringen und die Barrieren der Nationen ohne Achtung der Nationalitäten um wirtschaftlicher Interessen willen einreißen zu können."

Im Leitartikel der „Italia" vom 12. November heißt es: „Die Verdammung des deutschen Militarismus, die früher schon vom Verband ausgesprochen wurde, wird nun mit verdoppelter Wucht vom deutschen Volke ausgesprochen werden.

Es wäre ein Wunder, wenn die deutsche Einheit noch gerettet werden könnte. Das kann uns gleich sein, denn wir wollen nur, daß Deutschland jede Möglichkeit genommen wird, wieder zu den Waffen zu greifen, aber es kann uns nicht gleichgültig sein, falls im Herzen Europas der Bolschewismus um sich greift. Wir können daher am Tage des Zusammenbruches des imperialistischen Deutschlands den Wunsch aussprechen, daß das deutsche Volk sich zu einer geordneten und ruhigen Demokratie finden möge."

Zuversichtlich gestimmt ist die skandinavische Presse. So schreibt „Verdens Gang" (Christiania): „Die Aufrufe der deutschen Regierung und der A.- und S.-Räte beweisen, daß in Deutschland eine gute politische Kultur und Disziplin herrschen, die für Deutschlands und Europas Zukunft Gutes versprechen. Die kopflose Form in sozialer Umwälzung, die in Rußland Verwirrung schuf und Klassenhaß statt Verständnis hervorrief, wird augenscheinlich in Deutschland nicht nachgemacht. Das neue deutsche Gemeinwesen kann also, wenn nicht Dummheiten von den Reaktionären oder den äußersten Sozialisten gemacht werden, noch auf Verständnis und Einigung unter den Bürgern aufgebaut werden."

Die Kopenhagener „Politiken" äußert sich: „Mit praktischem Sinn und, soweit man sehen kann, mit zunehmendem Glück arbeitet Deutschlands provisorische Regierung daran, Ordnung und Festigkeit in der Reichsleitung zustande zu bringen. Zwei schwere Aufgaben hat die Regierung in erster Linie zu lösen: schnellmöglichst Frieden und Ernährung für die Bevölkerung zu schaffen. Keine dieser Aufgaben wird die Regierung lösen können, wenn sie nicht Zustimmung und Hilfe von allen Parteien, von allen Klassen und Teilen der Bevölkerung findet. Die Erkenntnis dessen, daß es jetzt eine zwingende Notwendigkeit ist, zusammenzustehen, dringt aber auch durch. Der schwere Ernst der Lage schafft ein einiges Volk. Die Arbeiter- und Soldatenräte sehen ein, daß sie nicht eigenmächtig auftreten können, sondern den Bestimmungen der obersten Reichsbehörden Respekt entgegenbringen müssen."

„Morgenblad" (Christiania) vom 17. November schreibt: „Die revolutionäre Entwicklung in Deutschland scheint das Beste für die Zukunft des Landes und der Welt zu versprechen. Die Revolution siegte leicht und vollständig, aber sie muß kurz sein. . . . Lange schwankte die Wage. Die letzten Tage scheinen aber für Deutschland und für die ganze Welt die Entscheidung gebracht zu haben. Deutschland hat sich ernstlich zusammengenommen, um die ernsten Zeiten bestehen zu können. In dem Willen, ihr Land heil durch alle Schwierigkeiten und Gefahren zu führen, scheinen sich alle Parteien zu treffen. Die bürgerlichen Parteien haben sich den Forderungen der Sozialisten gebeugt. Diese zeigen eine Mäßigung, wie man es kaum erwartet hätte."

Als Beispiel russischer Blätter sei die „Prawda" angeführt, die sich vernehmen läßt: „Wir begrüßen den Sieg unserer Brüder in Deutschland, wir senden ihnen die heißesten Wünsche, aber zugleich erwarten wir von ihnen Festigkeit und Entschlossenheit. Das deutsche Volk, das fast 4½ Jahre Krieg ausgehalten hat, muß jetzt den Bürgerkrieg, den Revolutionskrieg aushalten — einen anderen Ausweg gewährt ihm die Geschichte nicht. Die

deutschen Arbeiter und Soldaten, die in vier Jahren das Lob der Gewalt und der Verbandsgewalt verdient haben für ihre Tapferkeit, werden diese Eigenschaft noch mehr im Revolutionskrieg, im Bürgerkrieg, zeigen, im Kriege nicht für die Unterjochung anderer Völker, sondern für die Befreiung aller Werktätigen, für die Niederwerfung der Kapitalistenschaft, für die volle Durchsetzung des Sozialismus."

In der „Züricher Post" ist zu lesen: „Keine einzige von den großen politischen Parteien wollte die Revolution; auch die unabhängige Sozialdemokratie, vielleicht mit Ausnahme von zwei oder drei ihrer Führer, erblickte ihre wichtigste Aufgabe in der Beschwichtigung der schließlich nicht mehr zu übersehenden Sturmzeichen. Aber es hat sich in Deutschland so gut wie in Rußland gezeigt, daß die großen Revolutionen nicht in Fraktionssitzungen beschlossen werden, sondern dort und in dem Augenblick ausbrechen, wo »der Geist wehet«. Und diesen Geist hatten die gewiegten und vereidigten Kenner der öffentlichen Meinung ganz erheblich unterschätzt.

Aus einer Matrosenmeuterei, deren unmittelbarer Anlaß den unheilbaren Wahnsinn der alten Gewaltpolitik in grellstem Lichte zeigte, ist die deutsche Revolution geworden wie im März 1917 aus Hungerkrawallen in Petersburg die russische. Unruhen solcher Art hat es auch in Deutschland während des Krieges und sogar im Frieden gegeben. Wenn sie zur Revolution führen, so muß diese in der Luft gelegen haben, muß die Zeit der Erfüllung reif gewesen sein."

11. November. Die Staatssekretäre und die Chefs der Reichsämter werden mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Am selben Tage findet im Zirkus Busch die erste Sitzung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats statt, die folgende Proklamation gutheißt:

„An das werktätige Volk!

Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war.

Der vielgerühmte, der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel ihren Siegesmarsch angetreten und hat sich siegreich durchgesetzt.

Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt. Die Träger der Krone sind ihrer Macht entkleidet.

Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik. Sofort haben sich die Gefängnis-, Arrest- und Zuchthausmauern für die wegen politischer und militärischer Verbrechen Verurteilten und Verhafteten geöffnet. Die Träger der politischen Macht sind jetzt Arbeiter- und Soldatenräte. In allen Garnisonen, in denen keine Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, wird sich die Bildung solcher Räte rasch vollziehen. Auf dem flachen Lande werden sich Bauernräte zu demselben Zwecke bilden.

Die Aufgabe der provisorischen Regierung, die von dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlin bestätigt ist, wird in erster Linie sein, den Waffenstillstand abzuschließen und dem blutigen Gemetzel ein Ende zu machen.

Sofortiger Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen wird, er ist besser als die Fortsetzung des ungeheuren Massenschlachtens.

Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem Reifegrad seiner wirtschaftlichen und politischen Organisation ohne starke Erschütterung durchführbar.

Sie ist notwendig, um aus den blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, um die wirtschaftliche Versklavung der Volksmassen, den Untergang der Kultur zu verhüten.

Alle Arbeiter, Kopf- und Handarbeiter, welche von diesem Ideal erfüllt sind, welche aufrichtig für seine Verwirklichung eintreten, sind zu seiner Mitarbeit berufen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist von der Überzeugung durchdrungen, daß in der ganzen Welt sich eine Umwälzung in der gleichen Richtung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht, daß das Proletariat der anderen Länder seine ganze Kraft einsetzen wird, um eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluß des Krieges zu verhindern.

Er gedenkt mit Bewunderung der russischen Arbeiter und Soldaten, die auf dem Wege der Revolution vorangeschritten sind, er ist stolz, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten ihnen gefolgt sind und damit den alten Ruhm, Vorkämpfer der Internationale zu sein, wahren. Er sendet der russischen Arbeiter- und Soldatenvereinigung seine brüderlichen Grüße.

Er beschließt, daß die deutsche republikanische Regierung sofort die völkerrechtlichen Beziehungen zu der russischen Regierung aufnimmt, und erwartet die Vertretung dieser Richtung in Berlin. Durch den entsetzlichen, über vier Jahre währenden Krieg ist Deutschland auf das fürchterlichste verwüstet. Unersetzliche materielle und moralische Güter sind vernichtet. Aus diesen Verwüstungen und Zerstörungen neues Leben hervorzurufen, ist eine Riesenaufgabe.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist sich dessen bewußt, daß die revolutionäre Macht Verbrechen und Fehler des alten Regimes und der besitzenden Klassen nicht mit einem Schlage gutmachen, daß sie den Massen nicht sofort eine glänzende Lage verschaffen kann. Aber diese revolutionäre Macht ist die einzige, die noch retten kann, was zu retten ist. Die sozialistische Republik ist allein imstande, die Kräfte des internationalen Sozialismus zur Herbeiführung eines demokratischen Dauerfriedens auszulösen.

Es lebe die deutsche, sozialistische Republik!"

In diesen Arbeiter- und Soldatenrat, der bis zum Zusammentritt einer Reichskonferenz sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Führung der Geschäfte übernehmen soll, werden als Vertreter der Unabhängigen Sozialisten gewählt: Barth, Müller, Eckhardt, Wegmann, Neuendorf und Ledebour; als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei: Heller, Gühlich, Rusch, Bügel, Hiob und Mayntz. Als Vertreter der Soldaten werden gewählt: Molkenbuhr, Beerfelde, Gerhardt, Hertel, Lempert, Haase, Balz, Barthusch, Bergmann, Köhler, Echtmann und Wimpel.

Nach dieser Versammlung tritt das Reichskabinett (Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase, Dittmann, Barth) zusammen und konstituiert sich als Körperschaft mit gleichen Rechten als Rat der Volksbeauftragten. Den Vorsitz führen Ebert und Haase. Für die Bearbeitung der Dienstgeschäfte der Reichsregierung wird nachfolgende Ge-

schäftsverteilung vorgesehen: Ebert: Inneres und Militärisches, Haase: Äußeres und Kolonien, Scheidemann: Finanzen, Dittmann: Demobilisierung, Verkehrswesen, Rechtspflege, Volksgesundheit, Landsberg: Presse und Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur, Barth: Sozialpolitik.

Am selben Tage ernennt der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats zu Mitgliedern des Volkskabinetts für Preußen: Paul Hirsch und Heinrich Ströbel als Vorsitzende, ferner Otto Braun, Eugen Ernst, Rudolf Hoffmann. Ein sechstes Mitglied tritt noch hinzu.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Landwirtschaftsministeriums werden Otto Braun und Adolf Hofer, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der inneren Verwaltung Paul Hirsch und Max Eichhorn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Finanzministeriums Dr. Albert Südekum, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Kultusministeriums Adolf Hoffmann und Konrad Haenisch beauftragt.

12. November. Der Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht folgenden Aufruf:

„An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerungen in Wort und Schrift sind frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnung wird außer Kraft gesetzt, ebenso das Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung der Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. — Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. — Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. — Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie

die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. — Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Proportionalwahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmungen noch erfolgen werden, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, 12. November 1918.

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth."

Am selben Tage richtet der Rat der Volksbeauftragten folgendes Telegramm an die oberste Heeresleitung:

„Die Volksregierung ist von dem Wunsche beseelt, daß jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plan vor sich geht. Falls einzelne Trupps willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not muß die Folge sein.

Die Volksregierung erwartet von euch strenge Selbstzucht, um unermeßlichen Schaden zu verhüten. — Wir ersuchen die oberste Heeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitiges Verständnis aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Bedingung.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimmen in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften.

5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnungen. Gleiche Feldzulagen für Offiziere und Mannschaften.

6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr und zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Berlin, 12. November.

Ebert. Haase. Scheidemann. Dittmann. Landsberg. Barth."

Ein ähnliches Telegramm richtet die Regierung an den Staatssekretär der Marine. In dem Telegramm werden die Matrosen aufgefordert, unbedingten Gehorsam zu leisten, Beschädigungen an Schiffen und Material zu unterlassen und an der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen mitzuarbeiten.

Das Große Hauptquartier wird von Spaa nach Homburg v. d. H. verlegt.

13. November. Die Regierung der Republik Preußen veröffentlicht folgendes Programm, das jedoch von den beiden einzigen bürgerlichen Ministern, Fischbeck und Dr. Spahn, nicht unterzeichnet ist:

„An das preußische Volk!

Preußen ist wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum freien Staat geworden.

Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln.

Über die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlsystem.

Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung hat eine vorläufige Regierung, die getragen ist vom Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten des Staates und der Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen worden.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule. Schaffung der Einheitsschule. Befreiung der Schule von aller kirchlichen Bevormundung. Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung der Gutsbezirke. Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper.

Raschester Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste und schwere Zeit, in der die neue Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und materiellen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch

einmütiges Zusammenstehen des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, zwar nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt auf das schwerste bedroht.

Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrechterhalten bleibt.

Darum steht zusammen, helft mit zum Wohl des Ganzen!

Berlin, den 13. November 1918.

Die preußische Regierung.

Hirsch. Ströbel. Braun. Eugen Ernst. Haenisch. Adolf Hoffmann.

14. November. Da eine Pressemitteilung über die Ressortverteilung in der Reichsleitung zu Irrtümern Anlaß gegeben hat, so wird amtlich bekanntgegeben, daß die Einteilung in bestimmte Ressorts nur eine Verteilung des Arbeitsstoffes innerhalb der Reichsregierung, im besonderen zur Erledigung der Eingänge bedeutet, aber keinesfalls einen Ersatz oder eine Aufhebung der Staatssekretariate. Die bisherigen Staatssekretariate behalten vielmehr nach dem Willen der Reichsleitung ausdrücklich und uneingeschränkt ihre Arbeitsgebiete und erledigen die ihnen gegebenen Aufgaben nach der generellen Anweisung der Reichsregierung.

Nach dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden: Auswärtiges Amt Dr. Solf, Reichsschatzamt Schiffer, Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Dr. Koeth, Kriegsernährungsamt Emanuel Wurm, Reichsarbeitsamt Bauer, Kriegsministerium Scheüch, Reichsmarineamt v. Mann, Reichsjustizamt Dr. Krause, Reichspostamt Rüdlin.

Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt Dr. David, Kriegsernährungsamt Robert Schmidt, Reichsarbeitsamt Giesberts. Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt Karl Kautsky, Reichsschatzamt Eduard Bernstein, Reichswirtschaftsamt Dr. Erdmann (Köln), Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Büchner und Schumann, Reichsarbeitsamt Jäckel, Kriegsministerium Göhre und Däumig, Reichsmarineamt Noske und Vogtherr, Reichsjustizamt Dr. Oskar Cohn.

Staatssekretär Erzberger soll gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten.

Wegen der Besetzung des Reichsamtes des Innern schweben noch Verhandlungen.

Der Bundesrat übt seine verwaltungsrechtlichen Befugnisse einstweilen weiter aus.

Von der preußischen Regierung wird in einer von den Ministern Dr. Breitscheid (Inneres) und Dr. Südekum (Finanzen) unterzeichneten Verordnung vom selben Tage darauf hingewiesen, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben worden sind, in Kraft bleiben und von jedermann zu beobachten sind, wie auch jedermann im ungestörten Genuß der ihm dadurch gewährten Rechte verbleibt. Danach besteht für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Entrichtung der bisherigen Steuern und Abgaben unverändert fort.

An die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas richtet der Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats folgenden Aufruf:

„Vier Jahre lang schied der Weltkrieg die Völker in zwei feindliche Lager. Millionen von Menschenleben sind vernichtet! Kulturgüter ohne Zahl fielen der Zerstörung anheim. In allen Völkern lebt die brennende Sehnsucht nach Frieden. In Deutschland waren es die Militärkaste und die herrschenden Gewalten, die uns in den Krieg hineintrieben und die in unersättlicher Eroberungsgier vom Frieden nichts wissen wollten. Mit eisernem Zwange hielt die Militärdiktatur das deutsche Volk im Innern im Bann. Unter unsäglichen Opfern und Verfolgungen hatten die zu leiden, die den Kampf für Frieden und Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Der Übermut und die Herrschsucht der Herrschenden drohte das deutsche Volk der vollständigen Vernichtung zu überliefern. In letzter Stunde raffte es sich auf und warf das unerträgliche Joch von sich. Arbeiter und Soldaten waren es, die in wenigen Tagen der fluchbeladenen Hohenzollernwirtschaft und dem ganzen dynastischen System Deutschlands ein Ende machten. Arbeiter und Soldaten waren es, die die Militärdiktatur zerschmetterten und die Regierung beseitigten, die die Verantwortung für die Kriegspolitik Deutschlands trug.

Arbeiter und Soldaten sind es, die die Freiheit Deutschlands erkämpften. Arbeiter und Soldaten sind es, die dringend Frieden haben wollen. Die anderen Völker haben von dem freiheitlichen Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen in Deutschland für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein allen ersprießlicher Wirtschaftsverkehr und ein auf dem dauernden Frieden und wirklicher Freiheit aufgebauter Völkerbund ist das Ziel der deutschen Arbeiter und Soldaten.

Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente so harte Waffenstillstandsbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Wir bitten sie, bei ihren Regierungen selbst zu wirken, daß deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und politischer Ohnmacht zu verurteilen. Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede,

der da kommt, ein Friede brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberungen und Unterdrückungen werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freiheitlichen Entwicklung läßt.

Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas habt oft versprochen, daß solcher Friede Euer Ziel sei. Laßt jetzt Euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Tretet dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen, glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht, ein Friede, der ein künftiges Völkermorden unmöglich macht.

Als Vertreter des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte erheben wir unsere Stimme und bitten Euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch Eure Regierungen nicht zu einem Sklavendasein verurteilt wird. Wir haben uns unsere Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter sitzen.

Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats.
Molkenbuhr. Rich. Müller."

15. November. Die preußische Regierung verordnet in Übereinstimmung mit einem Beschlusse des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats: Das Abgeordnetenhaus wird hierdurch aufgelöst; das Herrenhaus wird beseitigt.

Hiergegen ergehen (am 28. November) von den Präsidenten beider Häuser folgende Protesterklärungen:

„Nach Zeitungsnachrichten hat die revolutionäre preußische Regierung in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Vollzugsrates des A.- u. S.-Rates von Berlin am 15. November die Beseitigung des Herrenhauses verordnet. Der Regierung wie dem Vollzugsrat steht eine gesetzgebende Gewalt, die das geltende Verfassungsrecht für den preußischen Staat zu ändern vermöchte, nicht zu. Namens des Gesamtvorstandes des Herrenhauses lege ich gegen die geplanten Maßregeln hierdurch Verwahrung ein.

gez. Graf von Arnim-Boitzenburg, Präsident des Herrenhauses."

An Stelle des verstorbenen Präsidenten Grafen Schwerin-Löwitz protestiert der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Dr. Porsch gegen die Auflösung des Abgeordnetenhauses durch folgende Bekanntmachung:

„Am 16. dieses Monats, abends ist im »Reichs- und Staatsanzeiger« eine Bekanntmachung der preußischen Regierung veröffentlicht worden, welche erklärt: »Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst.« Diese Erklärung entbehrt vollständig der gesetzlichen Unterlage. Eine Korrespondenz mit Mitgliedern des Abgeordnetenhauses verschiedener Parteien hat mir widerspruchslos gezeigt, daß dieselben diese Auffassung teilen und sich noch als im Besitz des ihnen durch die Wahl übertragenen Mandats erachten. Ich erhebe deshalb, vielfachem Verlangen nachkommend, gegen die ausgesprochene Auflösung des Abgeordnetenhauses hiermit entschiedenen Widerspruch."

Am selben Tage erläßt die Reichsregierung folgende Bekanntmachung über ihr finanzielles Programm:

„Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung:

1. Wir beabsichtigen nicht, eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen.

2. Wir beabsichtigen nicht, die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen auf das schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen.

3. Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten, der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert. Haase."

21. November. An die heimkehrenden Soldaten richtet die Reichsregierung folgende Kundgebung:

„Kameraden! Die deutsche Republik heißt euch von Herzen willkommen in eurer Heimat! Ihr seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem ihr nichts zu sagen hattet, in dem eine Handvoll von Gewalthabern Macht und Besitz unter sich verteilt hatten. Ihr durftet nur schweigen und kämpfen, während Hunderttausende neben euch schweigen und sterben mußten. Heute kommt ihr ins eigene Land zurück, in dem künftighin niemand etwas zu sagen und zu bestimmen hat, als das Volk selbst, in das ihr euch nun wieder eingliedert. Die Revolution hat den Bann gebrochen: ihr und wir, Deutschland ist frei. Unsere sozialistische Republik soll als freieste in den Bund der Völker treten. Ihr findet aber nicht nur alle politischen Rechte, die euch bisher vorenthalten waren, die Heimat soll auch wirtschaftlich euer Besitz und Erbe werden, in dem euch nach unserem Willen keiner mehr ausbeuten und knechten soll. Die Reichsregierung, die das Vertrauen eurer Kameraden und der Arbeiter berufen hat und trägt, will euch Arbeit schaffen, Schutz bei der Arbeit und erhöhte Einkommen aus der Arbeit, Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Steuerung der Wohnungsnot, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe: alles ist im Werden, ist zum Teil schon Gesetz! Kommt und seid willkommen als die Männer, welche die Träger der neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen. Gewiß, ihr findet bei uns Knappheit an Nahrungsmitteln, an allen wirtschaftlichen Gütern. Im Lande herrschen Not und Entbehrung, helfen kann uns nur gemeinsame Arbeit, solidarisches Handeln. Nur ein Deutschland, das eine gesicherte, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unseren bisherigen Gegnern das erreichen, was ihr seit vier Jahren erkämpft und ersehnt habt: den Frieden!

Rat der Volksbeauftragten.
Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Barth."

23. November. Die deutschen landwirtschaftlichen Verbände erlassen folgenden Aufruf:

„An die Landbevölkerung! Ihr habt die Aufrufe, die euch zur Bildung von Bauernräten (Orts-, Gemeinde-, Wirtschafts-Ausschüssen und dgl.) auffordern, zur Kenntnis genommen. Vielerorts hat man diesem Rufe schon Folge geleistet. Es muß erwartet werden, daß die gesamte Landbevölkerung sich schleunigst dieser Aufgabe widmet und zum Wohl des Vaterlandes mitarbeitet. Die Aufgaben dieser Körperschaften sind zahlreich, und nicht überall ist man sich über den Wirkungskreis klar. Die unterzeichneten Verbände geben nachstehend Richtlinien für die Tätigkeit bekannt, die ihr auszuüben berufen seid. Wir erwarten, daß im Interesse der ungehinderten Durchführung der Volksernährung in der Übergangszeit von allen »Bauern- und Landarbeiterräten« dementsprechend gehandelt wird. Dieser Name soll aussprechen, daß im Hauptberuf selbständige Landwirte und Arbeiter in diesen Räten gleichberechtigt sind. Auch die Mitarbeit der nichtlandwirtschaftlichen Landbevölkerung ist dringend erwünscht. Ein »Bauern- und Landarbeiterrat« ist in jeder selbständigen Gemeinde zu wählen. Gutsbezirke sind in der Regel einer benachbarten Gemeinde anzugliedern. Jeder Rat muß aus mindestens sechs Personen bestehen und zu gleichen Teilen aus den Kreisen der im Hauptberuf selbständigen Landwirte und Arbeiter bzw. der nichtlandwirtschaftlichen Landbevölkerung gebildet werden. Für den Bereich jeder untern Verwaltungsbehörde ist an deren Sitz ein »Kreis- (Bezirks- u. dgl.) Bauern- und Landarbeiterrat« zu bilden. Die unterzeichneten Körperschaften bilden einen Zentral-Bauern- und Landarbeiterrat in Berlin, der Anweisungen und Ratschläge erteilt. Aufgabe der »Bauern- und Landarbeiterräte« ist Unterstützung der zuständigen Behörden durch erstens Mitwirkung und Beratung bei Erfassung und Schutz der vorhandenen Lebensmittel, bei der Regelung ihrer Ablieferung an die bezugsberechtigten Stellen und bei der Bekämpfung des Schleichhandels; zweitens Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe, Förderung der Erzeugung, insbesondere durch Sicherung von Saatgut und Steigerung des Anbaues, Wiederaufbau der Viehzucht, Förderung des Genossenschaftswesens; drittens Mitwirkung bei der Aufnahme der entlassenen Kriegsteilnehmer und der Beschaffung von Arbeit und Wohnung für diese gemäß den Bestimmungen der Demobilmachungsbehörde; viertens gegenseitige Hilfe beim Schutz von Personen und Eigentum. Volksgenossen! Die Not der Zeit fordert die Zusammenfassung aller Kräfte zur Erhaltung der Volkswirtschaft. Alles Trennende hat zurückzutreten. Angesichts der großen Aufgaben tue jeder seine Pflicht. Die Stunde verlangt es gebieterisch.

Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft. Deutscher Landwirtschaftsrat. Bund der Landwirte. Vereinigung der deutschen Bauernvereine. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft. Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften. Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte. Deutscher Bauernbund. Deutscher Landarbeiterverband. Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands. Allgemeiner Schweizer-Bund für Deutschland. Hauptverband der landwirtschaftlichen Güterbeamtenvereinigungen Deutschlands. Verband der preußischen Landkreise."

23. November. Das preußische Justizministerium erläßt folgende allgemeine Verfügung über die Gewährung von Straffreiheit:

„1. Nach Ziffer 6 des Reichsgesetzes vom 12. November (R.-G.-Bl. S. T 303) ist für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt; die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren sind niedergeschlagen. Nähere Ausführungsanordnungen der Reichsleitung sind noch zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, die Strafvollstreckung wegen Straftaten, deren politischer Charakter unbedenklich erscheint, alsbald zu unterbrechen und neue Vollstreckungsmaßnahmen wegen solcher Taten nicht mehr einzuleiten. Die Strafverfolgungsbehörden haben Verfahren wegen Beschuldigungen der in Rede stehenden Art nicht mehr zu betreiben und Anträge auf Aufhebung anstehender gerichtlicher Termine zu stellen.

2. Auch wegen nicht politischer Straftaten ist ein Reichsgesetz über die Gewährung von Straffreiheit zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, die Vollstreckung von Strafen, die nicht schwerer sind als drei Monate Gefängnis, nicht mehr einzuleiten und die bereits angetretenen Strafen von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu unterbrechen.

Berlin, 23. November. Der Justizminister Dr. Spahn."

25. November. In Berlin tritt eine Reichskonferenz der deutschen einzelstaatlichen Regierungen zusammen, die teilweise einen recht bewegten Verlauf nimmt. Besonderes Aufsehen erregen die Angriffe des bayrischen Ministerpräsidenten Eisner gegen die Staatssekretäre Dr. Solf und Erzberger und seine an dem Rat der Volksbeauftragten geübte Kritik.

Nicht vertreten sind Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz und Schwarzburg-Sondershausen. Für die anderen Bundesstaaten sind folgende Vertreter anwesend: Preußen: die Minister Hirsch und Ströbel; Bayern: Ministerpräsident Eisner, Gesandter Muckle, Ministerialdirektor v. Kohl, Ministerialrat Dr. Rohmer, Oberregierungsrat Glinz und Dr. Schnetzle; Sachsen: die Minister Lipinski und Dr. Gradnauer; Württemberg: die Minister Heimann, Crispin und Hildenbrand; Baden: Ministerpräsident Geiß und Minister Dr. Haas; Hessen: Ministerpräsident Ullrich und Exzellenz v. Biegeleben; Mecklenburg-Schwerin: Staatsminister Sivkovich und Starosson; Oldenburg: Scheer, Kuhnt, Hug, Jantzen; Braunschweig: Präsident Merges, Gesandter Boden, Schutz und Eckart; Sachsen-Meiningen: Staatsminister v. Türcke; Sachsen-Altenburg: Minister Pell, Staatsrat Mehnert und Netzschke; Sachsen-Coburg und Anhalt: Heine, Vorsitzender des Staatsministeriums; Schwarzburg-Rudolstadt: Emil Hartmann und Geh. Staatsrat Werner, Vorsitzender des Staatsministeriums; Waldeck und Reuß ä. L.: Oberländer und Drechsler, Mitglieder der Landesregierung; Reuß j. L.: Ministerpräsident v. Franken und Staatsrat Vetterlein; Schaumburg-Lippe: Schrader und Lorenz Stadthagen, Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates; Lippe-Detmold: Geh. Staatsrat Werner, Clemens Becker und Prof. Dr. Neumann-Hofer, alle drei für den Volks- und Soldatenrat, sowie Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Ernst für das Staatsministerium; Lübeck: Bürgermeister Fehling; Bremen: Sievekking; Hamburg: Minister Sievekking (falls die anderen Herren verhindert sind); Schleswig-Holstein: Kirchhöfer vom 53er Ausschuß der Marine.

Die Verhandlungen werden eröffnet durch eine Ansprache des Vorsitzenden **Ebert**, der ausführt: „Die Arbeit, die uns hier vereint, ist von

allergrößtem Interesse für unser Land und Volk. Als wir die politische Macht übernahmen, standen wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an Stelle der Monarchie die sozialistisch-republikanische Staatsform gesetzt worden, in der die Volksbeauftragten die Exekutive haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind: schnellster Friede und Sicherung des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht bald wegfallen, hat dies die allerschlimmsten Folgen. Die Rettung heißt: Prämilinarfriede. Inzwischen muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau einsetzen; denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos ohne Brot und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reiches gestellt werden. Die Kohlenförderung muß auf der Höhe gehalten werden. Die Solidarität muß sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist eingeleitet, ohne Experimente und nicht für einzelne Fabriken. Sie erstreckt sich auf ganze Gruppen nach genauen Studien und unter Sicherung der wirtschaftlichen Werte. Nun heißt es, Arbeit zu schaffen. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen der Reichsleitung und den Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigster Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Vorerst muß ein Provisorium für das Verhältnis zwischen den Einzelstaaten und dem Reich geschaffen werden, was jetzt unsre Aufgabe ist.

Staatssekretär Dr. **Solf** erklärt, in Deutschlands Lage sei die einzige Rettung eine entschieden pazifizistische Politik und damit die Eindämmung des Imperialismus. Allerdings herrsche auch in Amerika Siegesstimmung. Amerikas Forderung sei, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werde, sonst drohe es mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei die Antwort Wilsons eingegangen, welche die Versorgung in Aussicht stelle, wenn die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werde. In England habe die hochfahrende Siegesstimmung gesiegt. Selbst Lansdowne und Henderson seien verstummt. Lord Cecils Rücktritt könne man wohl auf seine Stellung zum Völkerbund zurückführen, die der unseren entspreche. Auch in England werde von Deutschland eine gesicherte Mehrheitsregierung verlangt. Herrsche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich Siegestaumel an der Tagesordnung. Es scheine fast, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern hoffe durch Förderung des Separatismus das Reich zu zerstören. Er setze alle Hoffnung auf die heutige Versammlung, die drei Beschlüsse unbedingt fassen müsse: 1. die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterstellt sein, die die Einzelstaaten nicht anerkennen; 2. die Auslandsvertretung darf nur der Reichsregierung obliegen; 3. für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem zentral gelegenen Ort zu tagen hat, muß ein möglichst naher Zeitpunkt festgelegt werden.

Staatssekretär **Erzberger** berichtet über den Entschluß des Kriegskabinetts vom 8. November, dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. Die Waffenstillstandsverhandlungen hätten zu dem Ergebnis geführt, daß Elsaß-Lothringen entgegen den von Foch mitgeteilten Bedingungen nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet worden sei. In einzelnen Punkten (Erstreckung der Räumungsfrist, Verminderung der abzuliefernden Lastkraftwagen auf die Hälfte, Regelung der Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Präliminarfrieden) sei eine Milderung erreicht. In der Lebensmittelfrage sei am 24. November zum erstenmal ein entgegenkommend gehaltenes Telegramm von Clémenceau eingetroffen. Redner verspricht sich auch viel

von der Ankunft Hoovers in England, zweifelt aber entschieden an der Möglichkeit, die Räumungsfristen innezuhalten, und befürchtet, die Verbandsmächte suchten einen Grund, um in Deutschland einzurücken. Hieraus ergebe sich nach seiner Ansicht die dringende Notwendigkeit eines Präliminarfriedens. Im Falle einer Verzögerung befürchte er Nachteile durch längere Besetzung der linksrheinischen Gebiete und durch Verwirklichung der polnischen Ansprüche in Posen und Oberschlesien schon während des Waffenstillstandes.

Eisner: Die Referate von Solf und Erzberger ließen wirklich nichts davon merken, daß inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan habe. Sicherlich wollten wir den Frieden, aber ihn erreichten wir nur durch völlig unkompromittierte Männer. Solf halte Verhandlungen mit Wilson für angebracht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die anderen unserer Gegner für minderwertig erklärte. Er könne die Tätigkeit dieser beiden Männer nicht anders als Gegenrevolution nennen. Er kenne die Verbandsmächte nicht aus Zeitungen, sondern aus persönlichen Berichten. Ihre Forderungen seien: 1. mit Männern zu verhandeln, die nicht zum alten System gehören. Clémenceau habe erst neulich erklärt, die Waffenstillstandsbedingungen gelten nicht dem deutschen Volke, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen, ihm müßten auch die bloßgestellten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Volksverrats angeklagt werden sollten. Solf, Erzberger und ihresgleichen seien für alle Zeiten erledigt. Die zweite Forderung der Verbandsmächte sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu sehen, die das Vertrauen der Massen genießen. Wir brauchten eine Reichsregierung, die ohne Hemmung eine demokratische und soziale Politik betreibe. Eisner schlägt die Einführung eines provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrates vor, das alle Verhandlungen mit dem Verbande führe. Nur auf Grund dieses seines Vorschlages könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern bekämpfe, der aber stärker sei denn je.

Heine-Anhalt setzt sich für Erzberger ein, der immer ein Mitkämpfer gegen den Militarismus gewesen sei. Die Verbandsmächte seien gegen das deutsche Volk und nicht gegen einen einzelnen Unterhändler.

Ebert bittet um die Erlaubnis, den Gesandten Deutsch-Österreichs Ludo Hartmann vorstellen zu dürfen, der als Gast der Versammlung beiwohnen werde.

Hartmann dankt für die freundliche Begrüßung und betont, es dürfe kein Präjudiz sein, wenn er heute als Gast hier weile. Er fühle sich schon völlig zugehörig.

Geitner-Gotha findet die Verteidigung Heines erklärlich, da Erzbergers Sünden auch Heines Sünden seien. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Friede lieber als der Sozialismus? Wir müssen für die Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns eine feindliche Besetzung zuziehen. Uns steht das Volk über dem sogenannten Vaterland, und dem Volke kann nur der Sozialismus helfen.

Lipinski-Sachsen erklärt, Solf wolle im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hintanstellen, wogegen schärfste Verwahrung einzulegen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Zentralstelle. Die Nationalversammlung könne zurückgestellt werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen worden seien. An eine Einberufung des Reichstags sei nicht zu denken, denn er sei mit dem alten Regime gefallen. Die sächsische Regierung wolle zur einheitlichen deutschen Republik

kommen, und zwar unter Anschluß von Deutsch-Österreich). Alles andere sei als Provisorium zu betrachten. Eine Aufschiebung des Sozialismus zugunsten des Friedens dürfe unter keinen Umständen stattfinden.

Beigeordneter im Auswärtigen Amt **Kautsky** unterstützt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Pazifizismus sei allerdings die Aufgabe, die Männer der Regierung dürften aber nicht von einstigen Kriegshetzern getrieben werden. Er bedauert, daß die noch nicht festgenommen seien, die durch die eben veröffentlichten bayrischen Berichte so schwer bloßgestellt worden seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen.

Ullrich-Hessen erklärt, der Kapitalismus müsse liquidiert werden, aber jetzt handle es sich um den Frieden. Unkompromittierte Leute zu seiner Herbeiführung seien gut, aber selbst in den Unabhängigen schwer zu finden. Das Reich müsse bleiben, aber eine Berliner Diktatur gefährde es aufs schwerste. Man wolle nicht von Berlin los, sondern mit Berlin gemeinsam arbeiten. Daß die Regierung die alten Männer zum Teil im Amte behalte, wäre doch selbstverständlich, ebenso wie die Beibehaltung mancher Bundesratsmitglieder als Informatoren der Einzelstaaten. Süddeutschland sei für größte Beschleunigung der Nationalversammlung. In Bayern seien die Wahlen zur Landesversammlung auf den 5. Januar festgelegt, Württemberg beeile sich ebenfalls, und in Hessen werde der Termin Mitte Januar sein. Gegen das von Eisner vorgeschlagene Präsidium hätte er nichts einzuwenden.

Bernstein wendet sich gegen die Auffassung, als wenn man erst den Sozialismus durchführen und dann zum Frieden kommen müßte. Unser weitverzweigtes Volkswirtschaftsleben sei unmöglich in ganz kurzer Zeit zu sozialisieren. Die wichtigste Frage sei die, so schnell wie möglich zum Frieden zu kommen. Er betrachte es als Unglück, daß Persönlichkeiten mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt seien, die stark belastet seien und sich in den Methoden des alten Systems zu sehr befangen gezeigt hätten. Die Waffenstillstandsbedingungen wirkten seiner Ansicht nach auf die zivilen Verhältnisse nicht so zerstörend, wie allgemein angenommen werde. Er wünscht schließlich, Männer zu den Verhandlungen zu schicken, die einmal das Vertrauen der Gegenseite genießen, andererseits sich auf die Mehrheit des Volkes stützen, die ihren Willen wiederum nur durch die Nationalversammlung geltend machen könne.

Heymann-Württemberg erklärt: In der Forderung nach unkompromittierten Männern sind wir alle einig; ebenso erscheint Solfs Feststellung richtig, daß für den Abschluß des Friedens eine unangefochtene Zentralgewalt nötig ist. Den Frieden brauchen wir nach der überwiegenden Ansicht sobald wie möglich. Die A.- und S.-Räte haben die Revolution geschaffen und bestehen daher mit Recht. Württemberg steht durchaus auf dem Boden der Reichseinheit.

Landsberg führt aus, Eisner wolle unkompromittierte Männer als Friedensunterhändler, erkläre aber selbst, daß es fraglich sei, ob diese weitere Milderungen erzielen könnten. Die zweite Forderung Eisners, daß die Regierung vom Mehrheitswillen getragen sei, unterstütze er völlig; das hieße aber nichts anderes, als die schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

Die Nachmittagssitzung wird durch den Volksbeauftragten **Barth** eingeleitet, der die Konstituante für notwendig erklärt, aber vorerst die Arbeiter- und Soldatenräte als Parlament berufen will. Die Diktatur wolle niemand verlängern, und zu der Frage, ob Nationalversammlung oder Friedensparlament, könne man sich erst äußern, wenn sie gestellt würde.

Präsident **Merges**-Braunschweig wendet sich scharf gegen eine Gegenrevolution, die schuld sei, wenn ein Tropfen Blut fließe und gegen die Kerenski-Taktik der Regierung. Die Diktatur müsse so lange sein, bis sie sozialistisch umgestaltet sei. Die Regierung müsse vom Volkszorn weggefegt werden. Sie gehöre nicht auf ihren Platz.

Ebert verweist darauf, daß die Regierung vom Vertrauen der Parteien und der Arbeiter- und Soldatenräte getragen sei und daß an dem angeblichen Befehl des Generals Sixt v. Armin, den der Vorredner angeführt habe, nicht ein Wort wahr sei.

Crispin-Württemberg warnt vor übertriebener Hetze gegen den scheinbaren Bolschewismus, erklärt sich aber uneingeschränkt für die Nationalversammlung. Er wünscht eine wirklich gute Presseabteilung der Regierung und wünscht einen Gerichtshof für die Schuldigen am Krieg, nicht zur Bestrafung, sondern zur Feststellung.

Eisner warnt vor Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung. Er bezeichnet die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte als Grundlage der künftigen Arbeit. Die Nationalversammlung müsse die Krönung des Gebäudes, nicht seine Grundlage sein. Die Regierung sei rein sozialistisch umzuformen, das Auswärtige Amt mit unbelasteten Männern zu besetzen und schließlich ein Präsidium zu wählen, das Deutschland vertrete und mit den Verbandsmächten verhandle.

Ebert verwahrt sich gegen Angriffe auf die Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch sei, und dagegen, daß man mit Redensarten über die große Arbeit der Volksbeauftragten hinweggehe.

Nach Erklärungen **Erzbergers**, welcher den Imperialismus der Feinde beleuchtet, und Ausführungen **Lauffenburgs**-Hamburg über die Beteiligung des Bürgertums an der Volksvertretung nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Kraft verliest Ebert die eingegangenen Anträge.

In der weiteren Debatte protestiert **Haas**-Karlsruhe gegen jede Diktatur von Berlin und erklärt die Nationalversammlung für das einzige Mittel gegen den Separatismus.

Scheidemann unterstreicht Eisners Ansicht, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, und wendet sich gegen das Klassenparlament, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer wären. Er nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwirnsfäden. Wir brauchten keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt würden, und für jede Partei eine Wählerliste für das ganze Reich.

Dr. **Graduauer**-Sachsen schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage.

Beigeordneter **Herzfeld** spricht für die unbedingte Beibehaltung der Arbeiter- und Soldatenräte, bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter **Haase** weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerlichen bereit erklärten. Scheidemanns Vorschlag billigt er nicht und betont die Schwierigkeiten, z. B., ob in den okkupierten Gebieten frei abgestimmt werden könnte, und wie es in Posen gehandhabt werden solle. Die Nationalversammlungen in den Bundesstaaten bittet er zurückzustellen. Zwischen Solf und den Volksbeauftragten herrschten allerdings Meinungsverschiedenheiten, welche die heutige Rede noch vertiefte. Unverantwortliche Einflüsse gegen die sozialistische Republik dulde die Reichsregierung nicht.

Nach kurzer Schlußantragdebatte, in der Minister **Hirsch** bedauert, nicht im Namen Preußens gegen die Loslösung preußischer Gebietsteile protestieren zu können, wird auf Vorschlag Eberts folgendes Resumee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung der konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf schleunige Herbeiführung des Präliminarfriedens hinzuarbeiten.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche Lage erstatten Staatssekretär **Wurm** vom Reichsernährungsamt, Staatssekretär **Koeth** vom Demobilisationsamt und Staatssekretär **Müller** vom Reichsarbeitsamt Referate. Müller warnt vor allem vor unberechtigten Eingriffen in den feinen Apparat des Geld- und Kreditwesens und schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird:

„Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat."

Staatssekretär **Schiffer** vom Reichsschatzamt weist auf gesetzlose Finanzzustände des Reiches hin. Eine zu lange Dauer dieses rechtlosen Zustandes müßte zum Zusammenbruch der Finanzen führen. Daher fordert er aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung. Er entwickelt ein großes Finanzprogramm, in dem schärfste Bekämpfung der Steuerscheu, große Kriegsgewinnsteuer und Besteuerung der Mehrgewinne, sowie Vermögensabgabe enthalten sind.

Auf die Ausführungen von Ecker-Braunschweig verliest Staatssekretär **Koeth** die neueste Verordnung gegen die Weiterführung der Kriegsaufträge, und nach 9 Uhr spricht

Ebert das Schlußwort: Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit. Sozialismus ist Arbeit! Er appelliert dann an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre Erziehung zur Selbstzucht durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik eine staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Unter lebhaften Bravorufen dankt er und schließt er die Reichskonferenz.

Am selben Tage (24. November) erläßt der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der obersten Heeresleitung folgenden Aufruf:

„An die Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat!

Kameraden und Arbeiter! Nach heißem Ringen kehren unsere tapferen Brüder in die Heimat zurück, nicht als Sieger, aber auch nicht als Geschlagene. Jahrelang haben sie einer furchtbaren Übermacht widerstanden und Unvergleichliches vollbracht. Der Willkomm in der Heimat soll daher nicht weniger herzlich sein. Zeigt unseren Kameraden, daß das neue Vaterland ihre Taten zu würdigen und ihre großen Leiden zu achten weiß. Dann aber muß man überall bemüht sein, die heimkehrenden Kämpfer nicht durch nicht böse gemeinte, aber immerhin als kränkend empfundene Maßnahmen im Sicherheitsdienst zu behelligen. Den versprengten Kameraden sind nach wie vor nur Waffen und Munition abzunehmen, geschlossenen Truppenkörpern aber sind die Waffen unter allen Umständen zu belassen. Alle etwa hieran geknüpften Befürchtungen entbehren jeglicher Berechtigung, denn wir wissen aus Verhandlungen mit den Vertretern von Soldatenräten des Feldheeres, daß die Fronttruppen uneingeschränkt auf dem Boden der aus unserer staatlichen Umwälzung hervorgegangenen Regierung Ebert-Haase stehen. Mit den Arbeitsbrüdern in der Heimat will auch das Feldheer die Demokratisierung und Sozialisierung unseres Landes. Deshalb erhebt es aber auf das schärfste Einspruch gegen alle Bestrebungen, die dahin führen, das Zustandekommen der von der jetzigen Regierung geplanten Nationalversammlung zu hintertreiben. Die Feldtruppen wollen über den weiteren Ausbau des Reiches mitentscheiden! Das Feldheer will den Frieden und den geordneten Aufbau des neuen Reiches und lehnt den Gedanken ab, den Sieg über die bisherigen Diktatoren zur Erreichung einer neuen Diktatur zu mißbrauchen, weil diese den ersehnten Frieden vereiteln und das deutsche Volk dem Hungertod preisgeben könnte.

Kameraden und Arbeiter! Aus tiefstem Herzen dankt euch das Feldheer für eure befreienden Taten in der Heimat. Ihr habt die langerstrebte Verjüngung Deutschlands durchgeführt und den heimkehrenden Brüdern die Vorbedingungen für ein glücklicheres Dasein geschaffen. Wo aber der Versuch gemacht werden sollte, unter Ausschaltung des Feldheeres und aller von dem arbeitenden Volke stets verlangten Demokratie über den endgültigen Ausbau des Vaterlandes zu beschließen, bitten wir, jenem Bestreben euch mit allen Mitteln zu widersetzen!

Kameraden und Arbeiter! Wir setzen unser Vertrauen in euch und grüßen euch mit einem Hoch auf das neue Vaterland!"

An alle Soldatenräte des Feldheeres erläßt der Vollzugsausschuß des Soldatenrates der obersten Heeresleitung folgende Kundmachung:

„Kameraden! Noch leidet das neue Reich an den Rückwirkungen der glänzend geglückten Umwälzung, und schon drohen unserer verjüngten Heimat neue Gefahren. Während wir die Waffen aus der Hand zu legen gewillt sind, will das neuerstandene Polen unsere augenblickliche Lage mißbrauchen; unstreitig deutsches Land soll dem großen deutschen Vaterlande entrissen werden. Unser aller Rechtsempfinden empört sich gegen den Gedanken, daß unter Mißachtung der Wilsonschen Friedensgrundsätze kerndeutsche Brüder und Landesteile gewaltsam abgetrennt und einer polnischen Fremdherrschaft unterstellt werden sollen. Kameraden! Mögen solche Ansichten laufen, wie sie wollen, uns warnt diese Erscheinung vor Zwietracht und Auflösung. Einig und geschlossen müssen wir uns um unsere vom Vertrauen des werktätigen Volkes getragene Reichsregierung scharen, nur

dann wird diese das Maß an Einfluß erlangen, um einen Völkerfrieden aufzubauen, der das deutsche Volk schützt vor nationaler Zerreißung und auch ihm das Recht auf Selbstbestimmung sichert."

27. November. Der preußische Justizminister Dr. Spahn tritt zurück. Über die Zusammensetzung der preußischen Regierung wird amtlich folgendes bekanntgegeben: Innerhalb der preußischen Regierung (Staatsministerium) bilden Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann und Dr. Rosenfeld das politische Kabinett.

Die Besetzung der Einzelministerien ist folgende: Handel: Fischbeck. Beigeordneter: Hué (die zweite Stelle ist noch nicht besetzt). Krieg: Scheüch. Unterstaatssekretär: Göhre. Öffentliche Arbeiten: Hoff. Beigeordnete: Paul Hoffmann, Brunner. Inneres: Hirsch, Dr. Breitscheid. Beigegeben: Eugen Ernst. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Adolf Hoffmann, Hänisch. Finanzen: Dr. Südekum, Simon. Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Hofer. Justiz: Dr. Rosenfeld, W. Heine.

Am selben Tage wird vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Verfügung erlassen:

1. Die geistliche Ortsschulaufsicht in Preußen ist von heute ab aufgehoben.
2. Die bisherigen Inhaber bleiben so lange im Amt, bis ihre Befugnisse durch die Kreisschulinspektoren übernommen werden.
3. Die Übernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein.

Bayern.

7. November. Auf der Theresienwiese in München findet nachmittags eine große Kundgebung der Sozialdemokraten beider Richtungen statt, wobei Abg. Auer, Redakteur Kurt Eisner u. a. Ansprachen halten. Im Anschluß daran wird folgende Resolution angenommen:

„Infolge des Zusammenbruchs aller mit Deutschland verbündeten Staaten und durch den Zusammenbruch des militärischen Geistes, der den Krieg verschuldet hat, ist Deutschland trotz der ungeheuren Opfer seines Volkes in die schwerste Notlage versetzt. Das deutsche Volk weiß sich eins mit allen Völkern Europas in dem Willen, die Zukunft der Welt durch einen allgemeinen Bund des Rechts und der Freiheit sicherzustellen, und sieht der Erfüllung des vom Präsidenten der amerikanischen Union verkündeten Weltfriedens mit Vertrauen entgegen."

Die Entschließung stellt dann folgende Forderungen auf: „Sofortiger Abgang des Kaisers und Thronverzicht des Thronfolgers; Vereidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung; Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes noch entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staate hemmen; Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung

und völlige Demokratisierung der Verwaltungs-Organisation; sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei der Heimbeförderung der Truppen verbürgen; Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten; umfassende soziale Fürsorge-Maßnahmen für die Notleidenden, Arbeitslosenversicherung und achtstündigen Arbeitstag."

Zum Schluß erklärt die Entschließung: „Nur durch rascheste Erfüllung dieser Forderungen kann den durch den wahnwitzigen Krieg heraufbeschworenen politischen und sozialen Zersetzungsgefahren gesteuert, dem Volksstaate und der Volksregierung eine für das deutsche Volk und für die Weltkultur segensreiche Entwicklung gesichert werden.

Alle Teilnehmer geloben feierlich, die Durchführung dieser Forderungen mit Rat und Tat, nach bestem Wissen und Gewissen, wo es nottut auch um den Preis persönlicher Opfer, zum Wohle des Ganzen zu fördern; im Geiste der politischen, sozialen Verantwortung und Selbstzucht. Besonnenheit, Energie und der eigenen Kraft bewußte Ruhe sind die einzig den Erfolg verbürgenden Kampfmittel der aufsteigenden Arbeiterklasse.

Der Beschluß ist von der Parteileitung sofort der bayrischen Regierung zuzuleiten."

Nach dieser Kundgebung bildet sich ein großer Zug, der sich in die Stadt begibt und dessen Teilnehmer vor der königlichen Residenz wiederholt in die Rufe „Hoch der Friede! Hoch die Republik! Nieder mit dem Kaiser!" ausbrechen. Die Residenzwache wird von der Volksmenge entwaffnet, mehrere Waffengeschäfte werden gewaltsam geöffnet und ausgeraubt. In fast allen Kasernen gibt es stürmische Auftritte, indem die Umziehenden die dort befindlichen Soldaten herausholen und zum Anschluß veranlassen, während Zivilisten aus den Kammern Uniformstücke, Stiefel und Gewehre rauben. Die Insassen des Militärgefängnisses an der Dachauer Straße werden gewaltsam befreit. Das Landtagsgebäude wird von den Anhängern des neuen Regimes militärisch besetzt, im Saale der Abgeordnetenkammer versammeln sich unter Führung Kurt Eisners eine Anzahl Sozialdemokraten und wählen einen Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern mit Kurt Eisner als erstem Vorsitzenden. Dieser erläßt folgenden Aufruf:

„Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchener Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtage konstituiert.

Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.

Eine neue Zeit hebt an. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes auch die

Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterungen zu erledigen, bevor die feindlichen Heere die Grenze überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und die Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Anforderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen.

Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter und Bürger Münchens, vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet. Helft alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwälzung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlosen, wilden Mordens verabscheuen wir neues Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahret die Ruhe und wirket mit an dem Aufbau der neuen Welt!

Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayrische Republik! Es lebe der Friede! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern.
Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner."

An die ländliche Bevölkerung Bayerns wird gleichzeitig folgender Aufruf gerichtet:

„Die schweren Schicksalsschläge, die unser Vaterland seit Kriegsausbruch getroffen, haben zu gewaltigen Umwälzungen in der Hauptstadt des Vaterlandes geführt.

Unter dem Drucke der drohenden Invasion habt ihr selbst nach dem Zustandekommen eines baldigen Friedens unter allen Umständen und mit allen Mitteln verlangt. Diesem Verlangen haben wir Rechnung getragen.

In der Nacht zum 8. November hat sich ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat im Landtage konstituiert. Eine Volksregierung, die das Vertrauen der Massen besitzt, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so rasch wie möglich einberufen werden.

Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat betrachtet es als die erste und größte Aufgabe, dem Volke den heißersehnten Frieden zu bringen, und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Verhandlungen getreten.

Noch ist aber die Gefahr nicht vorüber. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat lehnt es zwar ab, die nationale Verteidigung durchzuführen, er wird aber unter allen Umständen den Grenzschutz aufrecht erhalten, damit Leben und Eigentum der bayerischen Bevölkerung geschützt und erhalten bleibt.

Zu diesem Zwecke werden alle notwendigen militärischen Maßnahmen durchgeführt werden, und ihr könnt mit Ruhe und Sicherheit der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern wird alles tun, die Selbstauflösung der Heeresverbände zu verhindern, damit Zustände wie in Österreich und Tirol, wo heimkehrende Soldaten plündern und Kulturwerte zerstören, unmöglich werden.

Bauern! Die Lebensmittel in den Städten sind durch verkehrte Maßnahmen der bisherigen Militär- und Zivilverwaltung knapp. Wir fordern euch auf, die neue Regierung sofort durch rege Lebensmittellieferung in die Städte zu unterstützen, denn nur dadurch ist diese in der Lage, die Massen zu beherrschen und Hungerkrawalle mit unausbleiblichen, unseligen Folgen für das flache Land hintanzuhalten.

Beamte, Bürgermeister und Gendarmen!

An euch ergeht die Aufforderung, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande zu sorgen und die Amtsgeschäfte in der bisherigen Form auszuführen.

Nicht zerstören wollen wir, sondern wieder aufbauen, und wir wollen allen Volksgenossen ohne Unterschied des Standes eine sichere Existenz schaffen, eine Existenz, die es jedem möglich macht, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat
Kurt Eisner.
Ludwig Gandorfer."

Die Mitglieder der bisherigen Regierung führen einstweilen die Amtsgeschäfte weiter. Das Königspaar begibt sich in der Nacht zum 8. November im Automobil nach Wildenwart.

8. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat in München hält seine zweite Sitzung ab, die vom Vorsitzenden Kurt Eisner mit folgenden Ausführungen eröffnet wird:

„Meine Herren! Wir haben in den letzten Tagen in wenig Stunden gezeigt, wie man Geschichte macht, wie man Tatsachen revolutionär für alle Zukunft schafft. Keiner von Ihnen wird heute, welche Anschauung er immer haben mag, des törichten Glaubens sein, daß der Strich, den wir in einer friedlichen Erhebung unter die gesamte Vergangenheit des bayrischen Staatslebens gemacht haben, jemals wieder aufgehoben werden könnte. Und wenn Sie vielleicht den Eindruck gehabt haben, daß diese radikale Umgestaltung der bayrischen Verfassung und des gesamten Lebens etwas anarchistischen Eindruck machen könnte, so ist auch das nur ein Mißverständnis des Augenblicks.

Selbstverständlich, in jeder Auflösung zeigen sich die Zuckungen der Vergangenheit, und wenn wir heute manche Vorgänge beklagen, die sich in den letzten Stunden und Tagen ereignet haben, so sind es gerade diese betrüblichen Vorkommnisse, die scharfe Anklage erheben gegen die Erziehung, die in der Vergangenheit die bayrische Bevölkerung genossen hat. Denn nicht aus unserem neuen Geist sind jene Ausschreitungen entstanden, sondern aus der Erziehung und Verbildung von gestern.

Und wenn, verehrte Anwesende, wir ohne Organisation diese gewaltige Umwälzung herbeigeführt haben, so ist es ganz selbstverständlich, daß heute noch nicht die Organisation des neuen Staates jene bureaukratische Glätte

haben kann, in der sich nichts mehr reibt. Es war ein Stück überraschende Strategie, mit der wir das alte Bayern aus den Angeln gehoben haben. Niemand hat vor zwei Tagen noch dergleichen für möglich gehalten, und niemand hielte heute es für möglich, daß Einrichtungen jenes uns jetzt als graueste Vergangenheit erscheinenden Gestern wieder auferstehen können. Bayern ist gestern ein Freistaat geworden und wird ein Freistaat bleiben.

Meine Herren! Bei denen, die mitgeholfen haben an dieser Umgestaltung von Grund auf, spielten zwei Erwägungen mit: wir waren uns bewußt, daß es der letzte Augenblick war, um durch Schaffung einer Volksregierung, die von dem Vertrauen der breiten Massen der Bevölkerung getragen sei, zu verhüten, daß unser Land in den Abgrund unrettbarer Wirrnis geschleudert würde. Wenn wir abgerufen worden wären und gewartet hätten, bis die nationale Verteidigung alle Bänder unseres Staatslebens gelöst hätte oder bis die Kapitulation und Demobilisierung in Bayern ein ähnliches Schauspiel hervorgerufen hätte wie in Österreich, dann wären diese katastrophalen Ereignisse geschehen unter einer völlig ohnmächtigen Regierung, der niemand Vertrauen gezollt hätte. Wenn es uns aber gelang, den tiefsten Willen der Massen in der neuen Regierung zusammenzufassen, dann konnten wir hoffen, und ich spreche dies zuversichtlich aus, daß noch vor der Katastrophe, die uns bevorstehen kann, das bayrische Volk gelernt hat, durch Selbstregierung, durch Demokratie in Fassung und Ruhe die neuen furchtbaren Ereignisse zu überwinden.

Dann eine zweite Erwägung: Der amerikanische Präsident hat in seiner vorletzten Note in deutlichen Worten kundgegeben, daß er nicht gesonnen sei, mit dem, was man heute in Berlin Volksregierung nennt, einen Verständigungsfrieden zu schließen, sondern daß es sich bei einer solchen Regierung nur um Kapitulation handeln könne. Wenn aber nun in Bayern eine revolutionäre Regierung ersteht, deren treibende Kräfte von Anfang des Krieges an in einsamer und gefährlicher Opposition die deutsche Kriegspolitik bekämpft haben, so können wir vertrauen, daß eine solche Regierung bei dem amerikanischen Präsidenten einen anderen Eindruck erweckt und mildere Stimmung auslösen kann, als wenn er es zu tun hat mit einer Regierung, die alle Verantwortlichkeiten der Vergangenheit mit übernommen hat. Es liegt mir fern, in unwürdiger, feiger Art um die Gunst unsrer Gegner buhlen zu wollen. Aber ich weiß, daß man uns, den treibenden Kräften der neuen Umwälzung, wenigstens Vertrauen schenkt. Wir haben niemals die gemeinsame Sache der Internationale geschädigt; deswegen vertraue ich, daß diese uns einen milderen Frieden für Deutschland erwirken kann, als wenn hier noch jenes System herrschte, das mitschuldig war an dem Ausbruch des größten aller Verbrechen der Weltgeschichte.

Bayern ist ein freier Staat. Das bayrische Volk genießt die freieste Selbstbestimmung. Eine konstituierende Nationalversammlung wird in Zeiten ruhigerer Entwicklung die endgültige Verfassung Bayerns festlegen. Heute herrschen in diesem Parlament die elementaren Triebkräfte der breiten Volksmassen selbst. In dieser heutigen Sitzung wird es uns obliegen, nun die neue Entwicklung zu ordnen. Wir werden Ihnen vorschlagen, eine Regierung zu bestätigen, einer Regierung Ihr Vertrauen zu schenken, die dann Ihnen verantwortlich jederzeit die Geschäfte Bayerns führen wird. Diese Regierung ist nicht einseitig gedacht nach den Vorschlägen und den Verständigungen, die inzwischen stattgefunden haben. Sie wissen, daß beinahe seit Kriegsbeginn die sozialistischen Arbeitermassen in heftigem Kampfe der Meinungen gegeneinander standen. Dieser Kampf gehört, für Bayern wenigstens, der Vergangenheit an. Denn die Massen

haben Bayern befreit, und auch die Richtung, die Menschen wie mich bekämpft hat, akzeptiert diese Befreiung als eine unabänderliche revolutionäre Tatsache, und damit sind wir nicht durch ein Kompromiß, sondern innerlich zusammengewachsen. Ich hoffe, daß unser bayrisches Beispiel über unsere Grenzen hinaus wirken wird.

Zum Schlusse möchte ich Ihnen die Namen derer nennen, die die provisorische Regierung bilden werden. Wir haben mit einer Ausnahme, obwohl manches dagegen sprach, die alte Teilung der Ministerien beibehalten. Wir haben nur ein neues Ministerium geschaffen, das schon längst in der Luft lag, ein Ministerium für soziale Angelegenheiten. Der Grund, warum wir die nicht ganz glückliche Teilung der Ministerien beibehalten haben, ist der, daß wir den Beamten, auf deren freudige Beihilfe und Mitwirkung wir rechnen, daß wir diesen Beamten, deren Los in der Demokratie sicher ganz anders sein wird als bisher, nicht erschweren wollten, sich in die neuen Zustände hineinzufinden. Die Namen, die wir Ihnen vorschlagen, sind:

Das Ministerium des Äußern und damit das Präsidium übernimmt als Symbol des revolutionären Ursprungs dieser Regierung der, der vor Ihnen jetzt steht.

Für das Vizepräsidium und für das Kultusministerium ist Hoffmann in Aussicht genommen.

Das Ministerium für militärische Angelegenheiten — wir werden kein Kriegsministerium haben, sondern ein Ministerium für militärische Angelegenheiten —, soll Roßhaupter übernehmen; es ziemt sich für die demokratische Regierung, daß ein Zivilist die Leitung der militärischen Angelegenheiten übernimmt.

Das Ministerium des Innern, heute eine der wichtigsten Angelegenheiten, wird, wenn Sie einverstanden sind, Auer übernehmen. Ich höre Widerspruch und »Nein«, aber, wenn wir entschlossen sind, den Weg gemeinsam zu gehen, so ist auch das ein Symbol. Darum empfehle ich Ihnen die Wahl Auers.

Den Verkehr soll ein Mann übernehmen, der einst in einer der lächerlichsten politischen Komödien in diesem Hause versank, Heinrich v. Frauendorfer.

Das Justizministerium wird mit einem bewährten Sozialpolitiker — das ist kein Widerspruch, die Justiz ist wohl als eine Form der Sozialpolitik zu betrachten — besetzt, mit Herrn Timm.

Die undankbarste aller Aufgaben soll, und daran ist vielleicht eine Abneigung gegen die Professoren mit schuld, Herrn Professor Jaffé zufallen, nämlich das Finanzministerium.

Endlich wird — wieder als eine Fanfare des revolutionären Ursprungs dieser Regierung — ein an der Erhebung beteiligter Mann, ein einfacher Arbeiter ohne Amt und Würden, Herr Unterleitner, das neue Ministerium für soziale Verhältnisse übernehmen.

Eine Stellung, die in dieser gärenden Zeit sehr wichtig ist, die Polizeiobrigkeit der Hauptstadt der neuen Republik, wird in den Händen wieder eines Arbeiter- und Soldatenrates liegen, in den Händen des Herrn Steiner, der schon seit gestern eine segensreiche Tätigkeit als Aufsicht im Polizeipräsidium versieht. Er gehört zu den tüchtigsten und charaktervollsten Personen unserer revolutionären Erhebung.

Sie sehen, wir sind nicht einseitig. Wir haben weder Richtungen bevorzugt, noch haben wir bürgerliche Fachmänner ausgeschlossen. Ich möchte glauben, daß dieses Ministerium sich zu einer Körperschaft entwickeln wird, in der alle Männer Platz haben, gleich, welcher Vorbildung und Herkunft,

in der alles tätig sein kann, was uns nach Charakter, Wissen, Energie, Gesinnung fruchtbare Arbeit leisten kann. Ich bitte Sie, zu uns, die wir in stürmischer Zeit dieses Opfer bringen, Vertrauen zu haben, in einer Zeit, in der wir Ihnen kein Paradies versprechen können, in der alle Verhältnisse verzweifelt erscheinen. Ich sage also: schenken Sie uns und unserem vergänglichen und provisorischen Ministerium das Vertrauen, das wir um der Sache willen verdienen, nachdem wir uns bereitgefunden haben, an diese Stelle zu treten, wenn Sie damit einverstanden sind Wir gehen dunklen Tagen entgegen, vielleicht den furchtbarsten Tagen, die seit Jahrhunderten uns beschieden gewesen sind. Aber ich bin der festen Überzeugung, daß aus diesem Meer von Blut und Zerrüttung dennoch eine neue Welt, eine hellere und reichere und freiere Welt erstehen wird, und die politische Umwälzung, die wir hier erlebt haben, und die wir verteidigen — wir haben dazu einen Soldatenrat, der diese neue Freiheit verteidigen wird —, ich sage, daß diese politische Umwälzung ein Vorklang ist auf jene soziale Umgestaltung, die nach dem Frieden die heiligste und unaufschiebbarste Angelegenheit internationaler Arbeit sein wird.

Damit begrüße ich das erste Parlament der bayrischen Republik und bitte Sie, Vorschläge zu machen für die Konstituierung des Präsidiums."

Auf Vorschlag Auers werden gewählt zum Präsidenten: Franz Schmitt, zum ersten Vizepräsidenten Fritz Schröder, zum zweiten Vizepräsidenten Dr. Quidde, als erster Schriftführer Vogel (Fürth), als zweiter Schriftführer Gandorfer, als dritter Schriftführer Schiefer, als vierter Schriftführer Körner (Ludwigshafen). Die vorgeschlagenen Minister werden einstimmig, Auer wird mit überwiegender Mehrheit gewählt.

Präsident Schmitt verliest dann folgende Proklamation, die im Namen der neuen Regierung so bald wie möglich veröffentlicht werden soll:

„An das bayrische Volk! Berufen durch die Not des Volkes, hat die unterzeichnete Volksregierung die Leitung der demokratischen und sozialen Republik Bayern übernommen. Die neue Regierung stützt sich auf die Mitarbeit des gesamten bayrischen Volkes, das nunmehr zur Durchführung der weitgehendsten demokratischen, politischen und sozialen Aufgaben berufen ist.

Unser Programm werden wir baldigst gesondert bekanntgeben. Worauf es in dieser Stunde ankommt, ist, daß die strengste Ordnung gesichert und gewährleistet wird. Jeder Bürger unseres Landes soll seiner gewohnten Arbeit nachgehen. Stadt und Land müssen einig in diesem Streben zusammenwirken.

Die Umwälzung ist vollzogen. Die friedliche Entwicklung muß das weitere Ziel sein. Alle Bürger haben die Pflicht, hierin mitzuwirken, und das Morgenrot der neuen Friedenszeit mit ihren gewaltigen Kulturaufgaben darf nicht verdunkelt werden, darf nicht in einem Chaos innerer Zerrissenheit untergehen.

Jeder, der die neue Ordnung zu eigenen Zwecken mißbraucht, sich an Plünderung und Raubzügen beteiligt, ist ein Feind des Volkes. Gegen Plünderer und raubende Personen werden die schärfsten Maßregeln ergriffen. Unsere gesamte Soldatenmacht hat die strengste Weisung, die Sicherheit jedes Bürgers und des Eigentums zu schützen.

Alle bisherigen Beamten bleiben in ihren Stellungen. Die Beamten und die Armee werden auf die neue Regierung vereidigt.

Wir sind uns der großen Verantwortung bewußt, die wir übernehmen, und kennen insbesondere die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage. Die städtische Bevölkerung muß selbstverständlich die Ernährungsschwierigkeiten würdigen; es wird alles geschehen, um sie zu bewältigen. Wir hoffen dabei auf verständnisvolle Mitwirkung des gesamten Bauernstandes.

Unsere Soldaten sind angewiesen, den Grenzschutz auf das strengste durchzuführen, damit Heim und Herd unseres bayrischen Volkes vor einbrechender Plünderung gesichert sind.

Kein Gegensatz zwischen Stadt und Land soll uns künftig trennen, vielmehr soll entschlossenes Zusammenarbeiten aller Volks- und Berufsschichten unseren neuen Volksstaat zum Blühen und Gedeihen bringen.

Die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Schluß des unseligen Weltkrieges stellt uns vor große Aufgaben. Die weitestgehende soziale Fürsorge wird sofort eingreifen. Die Unternehmer haben mit den Arbeitern das gleiche Interesse, keine Erschütterung der Volkswirtschaft, kein regelloses Durcheinander entstehen zu lassen.

Organisatorisches, friedliches, freiheitliches Zusammenarbeiten ist unsere Richtschnur. Wir appellieren an jeden Bürger, uns hier zu unterstützen. Die Soldaten in die Kasernen, die Arbeiter in die Betriebe! Jedem Staatsbürger obliegt die Arbeitspflicht.

München, den 8. November 1918.

Die provisorische Regierung
der demokratischen und sozialen Republik Bayern."

Eisner teilt noch mit, daß das Parlament in kurzer Zeit auch einen Bauernrat haben werde, in den auf seinen Vorschlag Dr. Schlittenbauer und Dr. Heim eintreten sollen.

In Nürnberg, Regensburg, Bamberg, Bayreuth, Rosenheim, Passau und anderen bayrischen Städten geht ebenfalls die Gewalt an örtliche Arbeiter- und Soldatenräte über.

9. November. Die vorläufige Regierung erläßt folgende Kundgebung:

„Im Namen des bayrischen Volksstaates! Die Vollzugsgewalt ist durch die Beschlüsse der provisorischen Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in die Hände des Ministeriums des bayrischen Volksstaates übergegangen.

Keinerlei Verfügungen haben mehr Rechtskraft, die nicht vom Ministerium ausgehen. Alle Beschränkungen der letzten Tage hinsichtlich der bürgerlichen Freiheiten sind aufgehoben.

Militärische Angelegenheiten unterstehen dem Ministerium der militärischen Angelegenheiten.

Wir ersuchen die Bevölkerung Münchens, in der bisher gewohnten Weise ihre Tätigkeit fortzusetzen, und die Soldaten, mit ihren Angelegenheiten sich an das Ministerium der militärischen Angelegenheiten zu wenden.

In wenigen Tagen wird alles seinen geregelten Gang gehen.

Das provisorische Ministerium des bayrischen Volksstaates
Kurt Eisner."

10. November. Die Regierung bittet den Schweizerischen Bundesrat in Bern telegraphisch, die nachstehende Kundgebung an den Präsidenten Wilson, die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens zu übermitteln und sie zugleich in der Schweizer Presse zu verbreiten:

„An die Regierungen und Völker Amerikas, Frankreichs, Englands und Italiens!

An die Proletarier aller Länder!

Das bayrische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und von endgültigem Erfolg gekrönten revolutionären Erhebung alle und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. Bayern hat sich als Volksstaat proklamiert. Das ganze Volk begrüßt jubelnd seine Erlösung. Die anderen Staaten Deutschlands folgen in unaufhaltsamem Drange unserem Beispiel und begründen damit zum erstenmal eine wirkliche innere Einheit Deutschlands.

In diesem Augenblick stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein.

Wie verstünden wir die Empfindungen, die die alliierten Mächte veranlaßten, solche Bedingungen zu stellen, wenn sie damit die Schuldigen treffen würden. Die deutschen Autokraten und Militaristen verdienen keine Schonung. Jetzt aber hat das Volk sich befreit, und die Bedingungen, die ihm jetzt auferlegt werden, bedeuten seine Vernichtung. Werden die Forderungen aufrechterhalten, so gehen wir Zuständen entgegen, die keine menschliche Phantasie sich vorstellen kann. Eine anarchistische Auflösung aller Verhältnisse, die gerade die bayrische Revolution durch die Schaffung eines in sich gefestigten Volksstaates verhindern wollte, würde die notwendige Folge sein, und die Herrschaft zuchtlos sich auflösender Millionenheere würde eine geistige und sittliche Verwilderung, eine politisch-soziale Besessenheit herbeiführen, die auch in das Gebiet der Sieger verheerend übergreifen würde.

Das darf nicht geschehen. Die demokratischen Völker dürfen nicht wollen, daß die revolutionäre Schöpfung der deutschen Demokratie durch die Schonungslosigkeit der Sieger vernichtet wird. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergeßt in der Schöpfung der neuen Welt den Haß, der in der alten erzeugt worden ist. Der Völkerbund, der das gemeinsame Ideal der Menschheit geworden ist, kann niemals werden, wenn er beginnt mit der Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer Kultur. Wir beschwören Euch, die Regierungen wie die Völker, in einer Tat erhabener Selbstüberwindung die für alle verhängnisvolle Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen. Dieses schwere Werk würde die erste Handlung des neuen Völkerbundes sein und ihn damit begründen.

Die alliierten Demokratien dürfen nicht vergessen, wieviel stumm ertragene Opfer unzähliger namenloser Deutschen seit Beginn dieses Krieges in klarer Erkenntnis der Schuld gebracht worden sind, und die Regierungen der alliierten Mächte dürfen nicht die Verantwortung vor den proletarischen Massen übernehmen, die Internationale in dem Augenblick wieder zu zerstören, wo sie sich innerlich zusammengefunden hat. Das Schicksal der Menschheit liegt in den Händen der Männer, die jetzt verantwortlich sind für die Herbeiführung des Friedens und die Neugestaltung der zerrütteten Völker.

München, den 10. November 1918.

Das Ministerium des bayrischen Volksstaates
Kurt Eisner."

Am selben Tage wendet sich Kronprinz Rupprecht durch Funkspruch von Brüssel aus an die vorläufige bayrische Regierung, um von ihr Aufschluß zu erhalten, wie er am schnellsten seine Rückkehr nach Bayern bewerkstelligen könne. Der Funkspruch lautet:

„Seine Majestät der König von Bayern ist an der Erklärung seines freien Willens behindert. In meiner Eigenschaft als Kronprinz von Bayern lege ich Verwahrung ein gegen die politische Umwälzung, die ohne Mitwirkung der Gesamtheit des bayrischen Volkes und der gesetzgebenden Gewalten vor sich gegangen ist. Bayerns Volk und sein seit Hunderten von Jahren mit ihm verbundenes Fürstenhaus haben Anspruch darauf, daß über die künftige Staatsform durch eine konstituierende Nationalversammlung entschieden wird, die aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist. Selbstverständliche Voraussetzung ist, daß den bayrischen Soldaten im Felde die Möglichkeit eröffnet wird, ihre Stimme abzugeben. Ich richte an die derzeitige bayrische Regierung die Frage, ob sie gewillt ist, nach diesen Grundsätzen zu verfahren und wie allen bayrischen Soldaten so auch den im Felde stehenden Mitgliedern des Hauses Wittelsbach ungehinderte Rückkehr und freie Meinungsäußerung zu gewährleisten."

Eine Antwort der Regierung auf diesen Funkspruch erfolgt nicht.

11. November. Das Ministerium für militärische Angelegenheiten läßt folgende Mitteilung verbreiten:

„Mit Genehmigung des Ministers für militärische Angelegenheiten gebe ich nachstehendes bekannt: Die Not des Landes zwingt alle Staatsbehörden, insbesondere auch die Militärbehörden, zur Ermöglichung der Versorgung des Feld- und Besatzungsheeres und der geregelten Demobilmachung unter Wahrung ihrer Gesinnung und Überzeugung im Interesse der Gesamtheit sich rückhaltlos und aufrichtig in den Dienst des Volksstaates zu stellen. Der Treueid der Offiziere setzt hierzu eine Genehmigung des Königs voraus. Der Versuch, diese zu erhalten, scheiterte an dem Umstand, daß der König zurzeit nicht auffindbar ist. Eine weitere Verzögerung hätte die schlimmsten Folgen für das Land.

Im Einverständnis mit dem Herrn Minister richte ich daher an alle Angehörigen des Besatzungsheeres die Bitte, entsprechend der gestern ergangenen Aufforderung ihre bisherigen Dienstaufgaben weiter zu erfüllen. Die Befugnisse der Soldatenräte hinsichtlich Besetzung der Offiziersstellen werden baldigst geregelt werden. Bis zur Regelung der Stellung der Regierung des Volksstaates Bayern zu den übrigen Teilen des deutschen Volkes haben wir uns entschlossen, auf das Tragen der deutschen Kokarde zu verzichten und vom 12. November ab den Dienst in Uniform zu versehen.

gez. Frhr. v. Speidel."

12. November. Der Soldatenrat München erläßt folgende Verfügung:

„Soldaten! Am 12. November treten gemäß übereinstimmendem Beschluß des Soldatenrates Münchens und des Ministers für militärische Angelegenheiten Roßhaupter auch die bisherigen Offiziere und sämtliche Beamte ihren Dienst wieder an. Soldaten! Die Demobilmachung beginnt nun in den nächsten Tagen. Die Offiziere kommen in guter Absicht und auf Befehl des Ministers Roßhaupter, um die vielen Hunderttausende von Kameraden der Front zu versorgen und in die Heimat zu entlassen! Die Offiziere kommen nicht als Eure Vorgesetzte wie früher, sondern sie kommen als Soldaten, die

zum Wohle unseres Volkes arbeiten wollen. Ihr seid nicht verpflichtet, die Offiziere zu grüßen, weder in noch außer Dienst. Was auch von den Offizieren angeordnet wird, kann nur im Einverständnis mit einem von Euch gewählten Kasernenrat angeordnet werden. Seid überzeugt, daß Euer Soldatenrat aufs strengste darüber wachen wird, daß die Offiziere ihre Befugnisse nicht überschreiten. Der Soldatenrat München ermahnt die Offiziere, sich in jedem Augenblick des neuen Geistes des freien Volksstaates Bayern bewußt zu bleiben, die Achselstücke abzulegen und nach einmal vollzogener Tatsache ebenso fruchtbare Arbeit zu leisten, wie sie Tag und Nacht seit dem Sieg der Revolution von den Soldaten zur Sicherung der Ordnung geleistet worden ist. Soldaten! In der allernächsten Zeit werdet Ihr hören, wie Euer Soldatenrat Eure unveräußerlichen Rechte gesichert hat. Habt Vertrauen in uns! Den freien Volksstaat kann uns niemand mehr entreißen!"

Am selben Tage stellt eine Bekanntmachung der Regierung fest, daß die Presse und der telephonische und telegraphische Verkehr vollständig frei ist und keinerlei Zensur ausgeübt wird. Das einzige amtliche und kontrollierte Presseorgan der Regierung des Volksstaats Bayern sei das Süddeutsche Korrespondenz-Bureau.

Weiter wird amtlich erklärt: Die Regierung des Volksstaates Bayern beabsichtigt nicht, in irgendeiner Weise eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben oder von Vorräten an Geld oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots irgendwelcher Art vorzunehmen.

Zur Beruhigung der Beteiligten wird ferner wiederholt bekanntgegeben, daß alle Gehaltsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten, sowie die Pensionsansprüche der Beamten und ihrer Hinterbliebenen völlig unberührt bleiben.

13. November. König Ludwig III. verzichtet auf den Thron durch folgende Erklärung, die er der neuen Regierung übersendet:

„Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayern war stets mein höchstes Streben.

Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treue-Eides.

Anif, den 13. November 1918.

Ludwig."

Auf diese Kundgebung wird noch am selben Tage folgende Antwort erteilt:

„Der Ministerrat des Volksstaates Bayern nimmt den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere

Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern:

Kurt Eisner,

Auer, v. Frauendorfer, Jaffé, Roßhaupter, Timm, Unterleitner."

Die „Münch. N. Nachr." schreiben dazu: „Der König außer Landes, flüchtig vor den Unruhen, die am Abend des 7. November über das Land hinzubrausen begannen und die Errichtung des Volksstaats Bayern gebracht haben. Auf Schloß Anif, einem Besitztum des Grafen Ernst Moy, das am Nordfuß des Unterbergs im Krongut Salzburg inmitten eines kleinen Sees liegt, verzichtet Ludwig III. auf die Herrschergewalt der Wittelsbacher, die 738 Jahre als Herzoge und Könige über die bayrischen Lande geherrscht haben. Am 12. Dezember 1912 war er seinem Vater in der Regentschaft gefolgt, am 5. November 1913 hatte er als König den Thron seiner Vorfahren bestiegen, dem er, dem Gebote der Stunde weichend, heute entsagt.

König Ludwig hat sein Geschick nicht selbst verschuldet. Er fällt eben mit der Zeit, die Königskronen nicht mehr kennt. Weder am Völkerkrieg noch an der Beschleunigung dessen, was kommen mußte, nachdem das Volk reif und mündig zur Selbstregierung geworden zu sein glaubte, hat er durch sein persönliches Verhalten irgendeine Schuld. Beim Ausbruch des Völkerkrieges tat er nichts weiter als seine selbstverständliche abgegrenzte Pflicht, und was morsch war und überlebt an den Einrichtungen der deutschen Staaten, hat er für seinen Teil als Erbe übernommen; niemals hat er Forderungen des Volkes nach Neuerungen für seine Person irgendwelchen Widerstand geleistet."

Am selben Tage ergeht folgender Aufruf an die Armee des Volksstaates Bayern:

„Die politischen Errungenschaften der letzten Tage sollen in tiefgreifenden Änderungen der Armee ihren Ausdruck finden. Das Verhältnis der Soldaten zu den Führern wird auf Vertrauen und Gehorsam aufgebaut. Die Manneszucht in der Truppe wird durch die Selbsterziehung und die gegenseitige Einwirkung der Mannschaften gestützt. Im Einverständnis mit den in München tagenden provisorischen Soldatenräten wird bekanntgegeben:

Nach demnächst ergehenden näheren Anordnungen werden bei allen Truppenteilen Kasernenräte, bei allen Lazaretten Lazaretträte gebildet; diese wählen aus ihrer Mitte für den Bereich der Division usw. einen Soldatenrat. Die Gesamtheit der Soldatenräte findet ihre Zusammenfassung in einem Vollzugsausschuß. Dieser wiederum ordnet Bevollmächtigte in das Ministerium für militärische Angelegenheiten ab, die mit dem Minister für militärische Angelegenheiten in innigster Fühlung zusammenarbeiten. Im künftigen Parlament werden die Soldatenräte in angemessenem Umfang vertreten sein. Die Kasernen-, Lazarett- und Soldatenräte, sowie der Vollzugsausschuß gehen aus allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl hervor. Jeder Soldat nimmt an der Wahl eines Kasernen- oder Lazarettrates teil und wird durch diesen vertreten.

Die Aufgabe aller Kasernen-, Lazarett- und Soldatenräte ist, die persönlichen Interessen jedes Einzelnen und der von ihnen vertretenen Gesamtheit wahrzunehmen.

Der Soldat richtet künftig alle Bitten, Urlaubsgesuche und Beschwerden unmittelbar und ohne Einhaltung eines Dienstweges an seinen Kasernen-

oder Lazarettrat, dem auf die Verbescheidung der Bitten und Beschwerden ein weitgehender Einfluß eingeräumt wird. Die Gesamtheit der Truppe hat das Recht, durch ihren Kasernenrat die Enthebung solcher Führer im Rang von Subalternoffizieren und Unteroffizieren zu beantragen, die das Vertrauensverhältnis zwischen Dienstgraden und Mannschaften ernstlich und nachhaltig stören. Diesen Antrag wird der Minister für militärische Angelegenheiten nach Anhörung des Vollzugsausschusses verbescheiden.

Persönlichkeiten, die das besondere Vertrauen der Truppe genießen und dazu befähigt sind, können durch die Kasernen- und Lazaretträte zur Berufung in Stellen von Dienstgraden vorgeschlagen werden. Die Kasernen- und Lazaretträte wirken bei der Ausübung der Disziplinarstrafbefugnis gegenüber allen durch sie vertretenen Soldaten mit. Ihr Einspruch gegen eine Disziplinarbestrafung schiebt den Vollzug der Strafe auf. Der Soldatenrat gilt als Berufungsinstanz. Damit soll die Truppe in sich selbst Zucht und Ordnung aufrecht erhalten.

Dem Kasernen- und Lazarettrat steht eine Mitwirkung beim Erlaß der auf den inneren Dienst, die Unterkunft, den Menage- und Kantinenbetrieb und die soziale Fürsorge für die Mannschaften bezüglichen Anordnungen zu. Ebenso sind die Soldatenräte zur Mitwirkung auf diesen Gebieten im Geschäftsbereich des Generalkommandos und Divisionskommandos, die Bevollmächtigten des Vollzugsausschusses zur Mitarbeit im gleichen Umfange im Ministerium für militärische Angelegenheiten berufen.

Das Vorgesetztenverhältnis besteht nur im Dienst. Außer Dienst besteht kein Grußzwang. Die Formen des militärischen Grußes werden neu geregelt.

Bis das staatsrechtliche Verhältnis des bayrischen Volksstaates zu den übrigen Teilen des deutschen Volkes festgesetzt ist, wird keine deutsche Kokarde getragen. Die Offiziere verrichten ihren Dienst in Uniform. Bis zur Neuregelung der Uniformierungsfrage werden die bisherigen Gradabzeichen weiter getragen.

Soldaten-, Kasernen- und Lazaretträte, die bereits bestehen, bleiben in Tätigkeit, soweit nicht die in Aussicht stehenden näheren Bestimmungen Änderungen bedingen.

Anordnungen jeder Art, die von einzelnen örtlichen Soldatenräten getroffen wurden, treten sofort außer Kraft, wenn sie mit den vorstehenden Bestimmungen im Widerspruch stehen.

Die neuen Rechte der Soldaten schließen ernste Pflichten in sich. Ihrer muß sich jeder einzelne bewußt sein, vor allem jeder, der einem Rat angehört. Nur strenge Selbstzucht in der Truppe macht es möglich, daß die Armee die großen Aufgaben erfüllt, vor denen sie steht: Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Landes, Schutz der Grenzen gegen schädliche Einwirkungen von außen, geordnete Rückführung der Feldarmee und ihre geregelte Demobilisierung.

Die Erfüllung dieser Aufgaben setzt voraus, daß jeder unberechtigte Eingriff der Kasernen-, Lazarett- und Soldatenräte, sowie des Vollzugsausschusses in rein dienstliche Angelegenheiten der Kommandobehörden, zumal in Grenzschutz- und Demobilmachungsangelegenheiten strengstens vermieden bleibt. Jede Überschreitung der Befugnis kann schwersten Schaden für die Sache nach sich ziehen.

Soldaten! Der demokratische Gedanke verlangt, daß jeder Volksgenosse nach seinen Leistungen und seinem Wert als Mensch geschätzt wird. Auch der Führer, von dem Ihr Vertrauen verlangt und der für Euch sorgen soll, hat Anspruch, von Euch als Mensch und Kamerad geachtet zu werden, wenn er seine schweren Pflichten erfüllt.

Seid Euch bewußt, daß Ihr berufen seid, die Rechte, die Euch nunmehr zustehen, zu bewahren! Ihr müßt beweisen, daß Ihr reif seid für ein Heerwesen, das als eine Erziehungsschule des Volkes für Geist und Körper in künftiger Friedenszeit neu aufgebaut werden soll, damit es sich harmonisch einfügt in das Ganze eines demokratischen Volksstaates.

Dazu muß jeder auf seinem Platz sein Bestes für das Wohl des Landes leisten; wer seinen Platz verläßt, verletzt seine Pflicht, versündigt sich schwer am Vaterlande, an seinen Kameraden und seinen Mitbürgern.

München, 13. November 1918.

Der Ministerpräsident: gez. Kurt Eisner.
Der Minister für militärische Angelegenheiten: gez. Roßhaupter.
Der Vollzugsausschuß des Soldatenrats für Bayern: gez. F. Sauber."

Der frühere Kammerpräsident v. Fuchs erläßt am gleichen Tage folgende Erklärung:

„In der Nacht vom 7. zum 8. November 1918 wurden die gesetzlichen Gewalten durch die revolutionäre Umwälzung beseitigt. Das Landtagsgebäude wurde mit Gewalt in den Besitz des Arbeiter- und Soldatenrates gebracht. Der Präsident der Kammer der Abgeordneten hat am 8. November 1918, vormittags 8 Uhr, versucht, seiner Pflicht an Ort und Stelle zu genügen; er wurde zuerst mit Gewalt verhindert, das Gebäude zu betreten; es bedurfte der Vermittlung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, um ihm Einlaß in das Haus zu verschaffen. Der Eintritt in den Sitzungssaal, in dem bereits der Arbeiter- und Soldatenrat tagte, wurde ihm trotz seines Protestes verweigert. Der Landtag besteht unzweifelhaft gesetzlich noch heute; eine Auflösung gemäß den Bestimmungen der Verfassung ist nicht erfolgt, kann bei Beseitigung der verfassungsmäßigen Gewalten auch nicht geschehen. Die Vertretung der Kammer der Abgeordneten muß daher gegen die gewaltsame Störung der Arbeit der gesetzlichen Volksvertretung feierlich Verwahrung einlegen. Der Zeitpunkt dieser Erklärung ist bedingt durch technische Schwierigkeiten und Verhältnisse, die nicht in der Person des Unterfertigten liegen.

v. Fuchs, Präsident der Kammer der Abgeordneten."

14. November. Die königliche Familie begibt sich nach St. Bartholomä am Königsee.

15. November. Die Regierung erläßt folgende, das Programm des neuen Ministeriums darstellende Kundgebung:

„An das bayerische Volk! Bayern ist befreit. Ungeahnte Kräfte regen sich, um an dem Werk des Aufbaues des neuen Volksstaates mitzuhelfen. Alles, was an verkümmerter Kraft, hoffnungsloser Sehnsucht, in dumpfem Groll schlummerte, sieht jetzt, daß fortan für jeden Raum ist, an der Arbeit der Gemeinschaft sich zu betätigen. Das Leben gewinnt endlich Sinn und Zweck.

Kaum eine Woche ist seit der stürmischen Erhebung vergangen, und schon ist Ruhe und Ordnung überall hergestellt, und nur eine kaum mehr zu bändigende Ungeduld erfüllt alle Seelen, an der Neuorganisation zu wirken und zu schaffen.

Die revolutionäre Regierung des Volksstaates Bayern ist zu dem großen Versuch entschlossen, die Umwandlung des alten Elends in die neue Zeit in vollkommener verbürgter Freiheit und in sittlicher Achtung vor den menschlichen Empfindungen durchzuführen und damit ein Vorbild zu geben für die Möglichkeiten einer Politik, die auf Vertrauen zu dem Geist

der Massen, auf der festen und klaren Einsicht in die Notwendigkeiten und Mittel der Entwicklung auf der freimütigen Offenheit und Wahrhaftigkeit beruht. Ferdinand Lassalles Mahnung, daß man in der Politik aussprechen müsse, was ist, beherrscht unser Tun. Wir wollen in unbeirrbarer Entschlossenheit diesen gänzlich ungewohnten Weg gehen, obwohl wir uns bewußt sind, daß noch niemals eine Regierung in schwierigeren Zeiten ihr Amt übernommen hat, daß wir verhängnisvoll belastet sind mit einem fluchwürdigen Erbe, das mit dem Zusammenbruch des verfallenen Systems nicht zugleich ausgetilgt ist.

Die revolutionäre Regierung des Volksstaates Bayern buhlt nicht um die Gunst des Volkes. Sie unterstellt sich der freiesten Kritik. Sie will nur nach ihren Handlungen beurteilt sein. Schon beginnt nach der ersten Überraschung ein Teil der Presse, die mehr schuld an der Katastrophe Deutschlands hat, als irgendeine andere Institution, zu beweisen, daß sie von dem Geiste der jungen Zeit noch unberührt ist. Wir werden auch diesem Treiben, diesem läppischen Unsinn die uneingeschränkte Freiheit gewähren, in dem ruhigen und festen, verachtenden Gefühl von Männern, die sich klar darüber sind, daß sie vor der Geschichte ihre Handlungen zu verantworten haben und verantworten können. Wir beabsichtigen nicht, die Presse unmittelbar oder mittelbar geheim zu beeinflussen. Wir werden kein Regierungsblatt haben. Was wir der Öffentlichkeit mitzuteilen haben, wird mit deutlicher Kennzeichnung der Herkunft veröffentlicht werden. Aber auch auf diesem Gebiete haben wir die Zuversicht, daß sich eine innere Reinigung und Erneuerung des Pressewesens vollziehen wird und damit die Presse ihrem heiligen Berufe wiedergegeben wird, dem sie sich so schmählich entfremdet hat. Dann erst wird sie das Vertrauen des Volkes gewinnen und ein Werkzeug schöpferischer Arbeit werden.

Die ersten Handlungen der revolutionären Regierung haben bedeutsame Erfolge gezeitigt. Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Unser Appell an das Weltgewissen blieb nicht ungehört. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden erheblich gemildert. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen. Amerika verheißt dem besiegten Feind, durch Versorgung mit Lebensmitteln den furchtbaren Übergang zu erleichtern. Wir hoffen, daß es uns auch gelingen wird, die Zufuhr von Rohstoffen zu gewinnen. Wir haben heute die Zuversicht, daß dank unserer ebenso revolutionären wie besonnenen Politik unser in jener Note an die Entente ausgesprochener Gedanke der Erfüllung entgegenreift, daß der Völkerbund in der gemeinsamen Arbeit der Feinde an der Überwindung der Kriegszerstörungen sich bilden müsse.

Wenn wir auf das Vertrauen der feindlichen Mächte rechnen, so betrachten wir es um so mehr als unsere Aufgabe, auch innerhalb der deutschen Stämme eine innige Gemeinschaft vorzubereiten. Wir glauben und wollen, daß eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutsch-österreichischen Republik unaufschiebbar ist. Wir sind ferner der Meinung und entschlossen, diese nationale Politik mit fester Hand durchzuführen, daß die Selbstbestimmung Bayerns innerhalb des Ganzen erhalten und gesichert werden muß. Wenn wir das Ziel erreichen wollen, daß die Vereinigten Staaten von Deutschland, die Österreich einschließen, die einzige mögliche Lösung des nationalen Problems sind, so werden wir in nächster Zukunft eine zweckmäßigere Gliederung der deutschen Staaten durchzuführen haben, die ohne jede Vorherrschaft eines einzelnen Staates und ohne Antastung der Freiheit

und Selbständigkeit Bayerns auch die notwendigen Maßnahmen vernünftiger Einheit trifft. So wird für das deutsche Volk auch in nationaler Hinsicht eine glücklichere Zukunft beginnen.

In der inneren Politik Bayerns streben wir die rascheste Durchführung einer nicht nur formellen, sondern lebendig tätigen Demokratie an. Bevor noch die konstituierende Nationalversammlung, die so schnell wie möglich nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten einberufen werden soll, zusammentritt, muß diese Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der öffentlichen Einrichtung erreicht werden können. Wir suchen auch hier auf neuen Wegen vorwärtszukommen. Neben dem provisorischen Zentralparlament und dem in der Regierung verkörperten revolutionären Vollzugsausschuß sollen alle einzelnen Verbände und Berufe der Bevölkerung ihre eigenen Angelegenheiten in voller Öffentlichkeit erörtern können. Wir wollen die bisherigen Organisationen parlamentarisieren. Neben den beratenden Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, die die Richtung des neuen Staates sowohl im Volk wie im Parlament wie in der Regierung anzeigen müssen, wollen wir der Gesamtheit der Bevölkerung die Möglichkeit und die Gewähr geben, ihre Interessen, soweit sie nicht dem Nutzen der Gesamtheit entgegen sind, durchzusetzen. Das Deutsche Theater zu München soll der Sitz dieses Nebenparlamentes sein. Beamten-, Lehrer- und Privatangestelltenorganisationen, die freien Berufe, das Handwerk, der Handel und die Industrie, alle sollen sich zu Räten zusammenfinden und in diesen freien Parlamenten ihre Angelegenheiten unabhängig und selbständig erörtern, ihre Wünsche und Anregungen sowohl im Zentralparlament wie in der Regierung zur Geltung bringen. Vertreter dieser Organisationen werden in einer durch die unüberwindliche Raumnot des Landtages notwendig begrenzten Zahl auch in der provisorischen Nationalversammlung Wort und Stimme haben.

Die auf diese Weise verbürgte tätige Demokratisierung des ganzen Volkes muß in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Reformen ihr praktisches Ergebnis finden. Wir halten es für notwendig, hinsichtlich unserer unveränderten sozialistischen Ziele keine Zweifel zu lassen. Wir sprechen aber in vollkommener Offenheit aus, daß es uns unmöglich erscheint, in einer Zeit, da die Produktivkräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie in den Besitz der Gesellschaft sofort überzuführen. Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist. Es ist die Auffassung von Karl Marx, daß die Wirtschaft dann in den Besitz der Gesellschaft übergeführt werden muß, wenn die Produktivkräfte sich so gewaltig entwickelt haben, daß sie die zu enge Hülle der kapitalistischen Ordnung sprengen.

Ferner scheint es uns unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation durchzuführen. Wir glauben also, daß erst nach dem Frieden, wenn der einige Völkerbund der Weltdemokraten sich gebildet hat, durch den entscheidenden Einfluß der in neuer Macht auferstandenen proletarischen Internationale, in gemeinsamer Arbeit der Völker der Erde die unerläßliche Sozialisierung durchgeführt werden kann. Aber wir sind ebenso überzeugt, daß schon jetzt bei der Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, bei der Aufrichtung des heillos zerrütteten Finanz- und Steuerwesens der sozialistische Geist fruchtbar gemacht werden kann. Wir halten endlich drei große Probleme sozialer Erneuerung bereit zu schneller Erledigung: den Großgrundbesitz, die städtische Bodenfrage, das Bildungs- und Erziehungswesen.

Ganz besondere Hoffnungen hegen wir für die Entwicklung des bayrischen Bauernstandes. Ein neues Geschlecht freier, auf eigener Scholle arbeitender Bauern wird erstehen und in Gemeinschaft mit der werktätigen Bevölkerung der Städte an dem allgemeinen Besten mitarbeiten.

Schließlich seien aus dem Arbeitsplan der einzelnen Ressorts in kurzen Strichen die unmittelbar durchzuführenden Absichten der neuen Regierung angedeutet.

Das Ministerium des Innern wird vor allem die Lebensmittelversorgung sichern und vervollkommnen. Vollständige Erfassung, unbedingt gerechte Verteilung der Lebensmittel, Förderung der Produktion, Unterbindung des Schleichhandels. Sofortige Verwendung der in den Militärdepots vorhandenen Gegenstände zum Gebrauch der Bevölkerung sowohl in den Städten wie auf dem Lande. Rücksichtslose Bekämpfung des Wuchers für Gebrauchsgegenstände. Abbau der Preise. Vereinfachung der Verwaltung. Umgestaltung der Gendarmerie in ein bürgerliches Institut.

Eine der wichtigsten Aufgaben der revolutionären Regierung ist die Organisation der Demobilisierung, für die sofort alle Vorbereitungen getroffen wurden, um die aus ihr erwachsenden schwersten Gefahren nach Möglichkeit zu unterbinden. Auf dem Gebiete der Industrieförderung ist die so lange verzögerte Elektrisierung der Wasserkräfte, deren Unterlassung für uns jetzt so ernste Folgen hat, sofort begonnen werden.

Kultusministerium. Die Regierung wird die volle Freiheit der Religionsgesellschaften und die Ausübung ihres Kultus gewährleisten. Die akademische Lehrfreiheit wird gesichert und durch Demokratisierung der Zustrom neuen Blutes ermöglicht werden. Das gesamte Schulwesen soll einheitlich als Bildungsanstalt für alle ohne Unterschied der sozialen Herkunft ausgestaltet werden. Wir fordern gleiche Freiheit für die Schule, wie für die Kirche, Schaffung eines Volksschulgesetzes mit fachmännischer Schulaufsicht, Neuregelung der Gehalts- und Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer, Übernahme der Volksschullasten auf den Staat, Reform der Lehrerbildung, Änderung im Schulbetrieb, Heranziehung der Schüler zur Mitarbeit in der Gestaltung der Praxis ihres Schullebens, Verbreitung der Wissenschaften durch das ganze Volk, Heranziehung der breiten Massen zur Kunst.

Justizverwaltung. In der Justizverwaltung wird eine weitgehende Freilassung und Niederschlagung von Verfahren in allernächster Zeit durchgeführt werden. Schärfstes Vorgehen gegen gewinnsüchtige Ausnützung der Notlage des Volkes. Das Zivil- und Strafrecht soll nach sozialen Grundsätzen neu aufgebaut und durchgeführt werden.

Finanzministerium. Die Neuordnung des Finanzwesens ist von ausschlaggebender Bedeutung für die kommende Umgestaltung aller wirtschaftlichen Verhältnisse. Die ungeheuren Kosten des Krieges und des Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft erfordern derart große Mittel, daß demgegenüber das bisherige System versagen muß.

Wir werden deshalb sowohl im Reiche wie in den Bundesstaaten und den Gemeinden zu einem einheitlichen Steuersystem kommen müssen, das, in weitestgehendem Maße nach sozialen Grundsätzen geregelt, die leistungsfähigen Schultern belastet.

Militärische Angelegenheiten. Die Demokratisierung der Armee, die Mitbestimmung der Soldaten, ist schon in den ersten Tagen des jungen Staates in Angriff genommen worden und wird unverzüglich zur Durchführung gelangen. Auch die Militärgerichtsbarkeit soll sofort demokratisiert werden. Eine umfassende Amnestie für alle militärischen Vergehen und Verbrechen steht bevor.

Verkehrswesen. Im Verkehrswesen wird die Beseitigung des ungesunden Wettbewerbes im Eisenbahnverkehr angebahnt. Die Vereinfachung des Eisenbahnbetriebes durch die Verringerung der Wagenklassen soll möglichst bald durchgeführt werden. Die Aufhebung der Portofreiheiten im Post-

verkehr und der Gebührenfreiheiten im Telegraphen- und Telephonverkehr ist eingeleitet. Zum Teil steht sie unmittelbar bevor. Die Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephontarife sollen im Sinne weitgehender Vereinfachung umgestaltet, die großstädtischen Wohnungsverhältnisse durch weitere Ausgestaltung des Vorortverkehrs gefördert werden.

Soziale Fürsorge. In dem neugeschaffenen Ministerium für soziale Fürsorge wird ein Plan umfassender Arbeitsbeschaffung für die entlassenen Kriegsteilnehmer ausgearbeitet. Straffste staatliche Zentralisation der Arbeitsvermittlung zur Beherrschung des Arbeitsmarktes. Umfassende Arbeitslosenunterstützung. Achtstundentag. Ausbau des Arbeiterschutzes. Großzügige Organisation des Wohnungswesens. Ausschaltung privater Bodenspekulation, umfassende Bereitstellung von Notstandswohnungen während der Übergangszeit.

Ein reiches Feld der Betätigung wird endlich das Gebiet des Handwerkes, des Kunsthandwerkes, der Kunst bilden.

Landwirtschaftsministerium. Die bäuerlichen landwirtschaftlichen Angelegenheiten, die in dem neuen Bauernrat ihre Vertretung finden, werden zur Bildung eines landwirtschaftlichen Ministeriums führen, in dem die Bauern vertreten sein müssen.

Die lebendige Teilnahme aller Volksglieder, insbesondere auch Frauen, Arbeiterinnen, Bürgerinnen und Bäuerinnen, soll nicht nur durch die erwähnten Nebenparlamente erreicht werden, sondern auch durch die ständige persönliche Verbindung der Organisationen mit der revolutionären Regierung.

So fordern wir das bayrische Volk auf, in rüstiger und fruchtbarer Arbeit trotz aller Ungunst der Verhältnisse Bayern zu einem Land umzugestalten, in dem jeder frei atmen kann und jeder, der arbeitet, schaffend beglücktes Leben gewinnt.

München, 15. November 1918

Regierung des Volksstaates Bayern
Kurt Eisner.

16. November. Zur Aburteilung von Zivil- und Militärpersonen, die bei der Verübung von Mord, Totschlag, Notzucht, Plünderung, Einbruchdiebstahl oder Brandstiftung auf frischer Tat betroffen werden, werden Volksgerichte eingesetzt, die in der Besetzung von 2 Berufsrichtern und 3 Laienrichtern auf Grund der allgemeinen strafrechtlichen Vorschriften entscheiden.

Ferner wird über die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Militärgerichte eine Verordnung erlassen, die u. a. folgendes bestimmt:

Die Regimentsgerichte bestehen künftig aus drei Richtern, und zwar aus einem Offizier als Vorsitzendem und zwei Angehörigen des Mannschaftsstandes als Beisitzern. Die Richter werden vom Soldatenrat gewählt. Die Divisionsgerichte bestehen aus fünf Richtern, und zwar aus einem Offizier als Vorsitzendem, drei Angehörigen des Mannschaftsstandes und einem richterlichen Militärjustizbeamten. Der Offizier und die Angehörigen des Mannschaftsstandes werden vom Soldatenrat gewählt. Die Korpsgerichte bestehen aus sieben Richtern, und zwar aus einem Offizier als Vorsitzendem, vier Angehörigen des Mannschaftsstandes und zwei richterlichen Militärjustizbeamten. Der Offizier und die Angehörigen des Mannschaftsstandes werden vom Soldatenrat gewählt.

Ist der Angeklagte ein Offizier, so tritt in den Regiments- und Divisionsgerichten an die Stelle eines Angehörigen des Mannschaftsstandes ein weiterer Offizier, in den Korpsgerichten treten an die Stelle zweier Angehöriger des Mannschaftsstandes zwei weitere Offiziere.

18. November. Der Pazifizist Prof. Dr. Foerster wird zum einstweiligen bayrischen Gesandten in Bern ernannt.

19. November. Der Minister des Innern richtet einen Aufruf an die bayrische Bauernschaft, worin es u. a. heißt:

„Brot und Kartoffeln sind die Säulen unserer Lebensmittelversorgung. Brechen diese Säulen, dann stürzen Ruhe und Ordnung. Leib und Leben, Hab und Gut der Bauern stehen auf dem Spiel. Wenn die Bauern restlos ihrer Lieferpflicht genügen, können sie eine solche Entwicklung verhindern. Jede Erübrigung in Brot und Kartoffeln ist an die amtlichen Aufkäufer abzugeben. Die Städte brauchen Fleisch, Eier, Fett und Milch; verbessern die Bauern die Lebensmittelversorgung in den Städten, vermindern sie die ihnen selbst drohende Gefahr, die vor allem auch dann entstehen würde, wenn die Soldaten während der Demobilisierung nicht ausreichend ernährt werden könnten. Wenn der unheimliche Schleichhandel mit Fett ausgerottet wird, kann dem Volke soviel Fett gegeben werden, wie es braucht. Den Schleichhandel müssen die Bauern ausrotten. Den Schleichhändler soll der Bauernrat abfassen.

Milchnot ist Kindertod! Welcher ehrliche bayrische Bauer könnte zusehen, wenn das heranwachsende Geschlecht elend zugrunde geht? Die Regierung erhofft sich von dem Verständnis der Bauern hier mehr als von hartem Zwang. Dieser müßte erst eintreten, wenn der Aufruf wirkungslos bliebe.

Hilfe vom Auslande sollten sich weder Bauer noch Verbraucher zu viel erhoffen. Was aus Übersee kommt, wird Bayern schwer erreichen. In Norddeutschland wie in österreichischen Ländern ist die Not größer als bei uns. Bayern ist in der Ernährung auf Bayern allein angewiesen.

Die Förderung der Produktion wird das Ministerium mit aller Energie betreiben. Von den Konsumenten wird erwartet, daß sie begreifen, daß man bei so großer Knappheit nicht aus dem Vollen schöpfen kann und darf, daß darum die Aufrechterhaltung unserer staatlichen Lebensmittelversorgung in diesen Zeiten eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Mundraub begeht, wenn jeder nimmt und kauft, was er will, und sich nicht mehr an die Vorschriften, an die Markenabgabe halten will. Soldaten und Zivilpersonen, die Lagerhäuser plündern, Lebensmittelvorräte aus Häusern und Kellern rauben, sind rücksichtslose Egoisten, verbrecherische Räuber. Ein solches Verhalten ist vollständig undemokratisch, ist ein Faustschlag gegen den neuen Geist, der nach dem Willen der neuen Regierung das Volk beseelen soll. Was sich in den großen Lagern und Vorratshäusern befindet, ist kein Privateigentum, es gehört dem Staate. Die Vorräte gehören dem Volke in seiner Gesamtheit.

Die gesamte neue Regierung erwartet von allen Verbrauchern wahre und tiefe Erkenntnis dieser Verhältnisse; erwartet von ihrem vaterländischen Sinn glatte, widerstandslose Einfügung in den Apparat unserer Lebensmittelversorgung."

20. November. Der Präsident der Kammer der Abgeordneten v. Fuchs richtet an die Ministerien des Innern und an das Verkehrsministerium folgendes Protestschreiben:

„Das Verkehrsministerium hat verfügt, daß die für die Mitglieder der beiden Kammern des früheren Landtags ausgestellten Eisenbahnfreikarten mit Samstag, dem 23. ds. Mts. ihre Gültigkeit verlieren. Gegen diese Maßnahme lege ich im Namen der Abgeordnetenkammer als deren Präsident feierlich Verwahrung ein. Der Landtag ist bisher von den verfassungsmäßigen Gewalten nicht aufgelöst worden; ebensowenig ist die in der Verfassungsurkunde festgelegte Beratungsfrist abgelaufen. Der Landtag besteht also gesetzlich noch fort. Ich kann daher die Verfügung des Verkehrsministeriums als rechtswirksam nicht anerkennen."

21. November. Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für den Volksstaat Bayern" veröffentlicht folgende von sämtlichen Ministern gezeichnete Verordnung:

„Die bisher durch Verfassung, Gesetze und Verordnungen dem König persönlich vorbehaltenen Entscheidungen und Verfügungen werden von den Ministern innerhalb ihrer Geschäftskreise erlassen. Die Sanktion der Gesetze und die Ausübung des Begnadigungsrechtes in Fällen der Todesstrafe sind dem Ministerrate vorbehalten."

Die Verwaltung der vormaligen königlichen Zivilliste wird unter der Amtsbezeichnung „Verwaltung des ehemaligen Kronguts" dem Staatsministerium der Finanzen unterstellt.

Am selben Tage wird eine weitgehende Amnestie erlassen.

Darnach werden alle Verfahren wegen politischer Vergehen und Verbrechen, für die nicht das Reichsgericht in erster Instanz zuständig ist, niedergeschlagen und alle wegen solcher Straftaten erkannten Strafen erlassen. Für Kriegsteilnehmer sind alle Straftaten wegen militärischer Vergehen und Verbrechen, die nicht aus ehrloser Gesinnung begangen sind, ferner alle Strafverfahren wegen bürgerlich-rechtlicher Übertretungen und Vergehen, sowie wegen bürgerlich-rechtlicher, von Personen unter 21 Jahren verübter Verbrechen des Diebstahls und Betrugs niedergeschlagen. Alle gegen Kriegsteilnehmer wegen Verbrechen sonst noch anhängigen Strafverfahren sollen einzeln darauf geprüft werden, ob die Niederschlagung möglich ist. Weiter sind alle gegen Kriegsteilnehmer von den Militärbefehlshabern verhängten Disziplinarstrafen, alle von den Militärgerichten wegen militärischer, nicht aus ehrloser Gesinnung begangener Vergehen oder Verbrechen erkannten zeitigen Freiheitsstrafen, einschließlich der Zuchthausstrafen, und alle von den Militärgerichten und bürgerlichen Gerichten erkannten Geldstrafen, sowie Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren Gefängnis erlassen. Die Erkenntnisse müssen bis zum 21. November ergangen, brauchen aber erst am 21. Dezember rechtskräftig zu sein.

Zugunsten der Frauen und Witwen von Kriegsteilnehmern sind alle Strafverfahren wegen Straftaten, die mit keiner schwereren Strafe als Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht sind, niedergeschlagen, und ebenso sind ihnen alle Strafen bis zu einem Jahre Gefängnis und alle Geldstrafen erlassen. Außerdem werden für die gesamte Bevölkerung alle Strafverfahren wegen Übertretungen und alle Strafverfahren wegen sonstiger Straftaten, sofern diese infolge der Kriegsverhältnisse aus Not und nicht aus Gewinnsucht begangen sind, niedergeschlagen und jedermann aus dem Volke alle Strafen bis zu 3000 Mark und bis zu sechs Monaten Gefängnis erlassen. Jugendliche erhalten für alle Freiheitsstrafen, deren noch nicht vollstreckter Teil zwei Jahre nicht übersteigt, eine Bewährungsfrist von zwei Jahren; Verhaftete werden auf freien Fuß gesetzt.

An diesen Begünstigungen soll der gemeinschädliche Kriegswucher keinen Anteil haben. Deshalb sind von den Begnadigungen anhängige Strafverfahren und rechtskräftig erkannte Strafen wegen Höchstpreisüberschreitung, übermäßiger Preissteigerung, Preistreiberei, Schleichhandels und Kettenhandels ausgenommen; das Strafverfahren kann niedergeschlagen oder die Strafe erlassen werden, wenn besondere Gründe dafür sprechen.

23. November. Zur Wahrung der Rechte des Landtags richtet Kammerpräsident v. Fuchs an das Gesamtministerium des Volksstaates Bayern folgende Eingabe:

„Im Namen der Kammer der Abgeordneten stelle ich das dringende Verlangen, der gesetzlichen, durch das Volk gewählten Vertretung des Landes, die am 8. November l. J. dem Zwange der Gewalt weichend an der Fortsetzung ihrer Arbeiten verhindert wurde, die Möglichkeit zu gewähren, ihre verfassungsmäßigen Arbeiten unverzüglich wieder aufzunehmen. Für den Fall der Ablehnung dieses Verlangens muß die gesetzliche Volksvertretung die Verantwortung für die Folgen ihrer Ausschaltung in einer Zeit der drohenden Anarchie und der äußersten Lebensmittelnot, die nur durch die Hilfe des ganzen Landes, insbesondere der bäuerlichen Bevölkerung, vermieden werden kann, ablehnen." Die Eingabe schließt mit dem Ersuchen um sofortige Antwort.

Ferner geben die beiden Kammerpräsidenten v. Fuchs und Dr. v. Casselmann und die Fraktionsvorsitzenden Held (Ztr.) und Giehrl (Ztr.), Dr. Hammerschmidt (lib.) und Dr. Müller-Hof (lib.), sowie Beckh (kons.) an die Staatsregierung eine Erklärung ab, die zunächst auf die bereits eingeleitet gewesenen Schritte der Kammer zur Parlamentarisierung der Regierung und zur Reform des Wahlgesetzes hinweist und gegen die Verhinderung der Fortarbeit der Kammer Protest erhebt.

Unter Zurückstellung aller parteipolitischen, konfessionellen, sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze erklären die Genannten namens ihrer Parteigenossen, wenn die provisorische Regierung ihr Programm der lebendig tätigen Demokratie durchführe, die neue provisorische Regierung durch ihre Mitarbeit fördern zu wollen. Andernfalls wollten sie sich aber rücksichtslos gegen alle Bestrebungen wenden, die durch Terrorismus über das Vaterland das namenlose Elend des Bürgerkrieges heraufbeschwören würden. Sie wüßten, daß in diesem Falle ihr Ruf an alle Kreise sich machtvoll auswirken würde; denn das bayrische Volk denke über diese Frage einheitlich. Die Regierung möge also ihr Wort von der vollen Freiheit zur schleunigen Vorbereitung der Nationalwahlen einlösen und den Platz räumen, sobald das Volk durch die Nationalversammlung selbst seine Geschicke in die Hand genommen habe. Inzwischen müßten alle gesetzgeberischen Maßnahmen unterbleiben, die die Zustimmung der Volksvertretung erheischen.

26. November. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat des provisorischen bayrischen Nationalrates fordert die schleunigste Einsetzung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich zur Untersuchung und Aburteilung derjenigen Personen, die durch ihr verbrecherisches Treiben den Weltkrieg herbeigeführt, sowie die Beendigung

des Krieges durch einen Verständigungsfrieden vereitelt und somit den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet haben. Ferner verlangt er strengste Bestrafung aller jener, die auf betrügerische Weise sich während des Krieges bereichert haben.

Am selben Tage sendet das Ministerium des Aeußern nachstehendes Telegramm an den bayrischen Gesandten in Berlin zur Übermittlung an das Auswärtige Amt:

„Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.

Kurt Eisner."

Während dies von der offiziösen Korrespondenz Hoffmann in der „Bayr. Staatsztg." veröffentlichte Telegramm den Abbruch der Beziehungen zwischen München und Berlin bereits als vollzogen hinstellt, wird er in folgendem, von den „Münch. Neuest. Nachr." abgedruckten Schreiben des bayrischen Gesandten in Berlin Dr. Muckle dem Rat der Volksbeauftragten erst angedroht:

„Es hat sich gezeigt, daß die führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes immer noch vom Geiste des alten Systems beherrscht sind und so, getreu den Methoden dieses Systems, im höchsten Maße die Interessen Deutschlands schädigen. Unsere Lage ist augenblicklich so, daß wir, versagt uns die Entente ihre Beihilfe, in kürzester Zeit in den Abgrund einer fürchterlichen Hungersnot versinken. So ist es dringend geboten, daß die Entente mit Männern verhandelt, die nicht mit den Makeln des alten Systems behaftet sind, und denen sie volles Vertrauen entgegenbringen kann. Daß die Entente nicht an eine Vernichtung des deutschen Volkes denkt, zeigt die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, uns mit Nahrungsmitteln zu versehen. Um so reichlicher wird aber sicherlich diese Beihilfe fließen, je mehr die führenden Männer Deutschlands Vertreter eines neuen, vertrauenerweckenden Geistes sind, und auch von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird der Rücktritt der Vertreter einer Zeit verlangt, über die ein furchtbarer Richterspruch schon gefällt ist. Sollte diesen Vorstellungen kein Gehör geschenkt werden, so wird die bayrische Regierung die Beziehungen zum Auswärtigen Amt abbrechen."

Der Bruch Eisners mit dem Auswärtigen Amt wird von der öffentlichen Meinung Bayerns nicht verstanden und von der gesamten Presse heftig bekämpft.

Die sozialdemokratische „Münchener Post" nimmt nicht nur ihre Parteigenossen David und Scheidemann, sondern auch die Staatssekretäre Erzberger und Solf in Schutz und erinnert daran, wie sich Erzberger des Ansturmes der Zentrumspresse zu erwehren hatte, weil er für die Anbahnung eines Verständigungsfriedens und für die Begründung eines Völkerbundes stritt, und daß Solf dem General Ludendorff immer als Gegner der Gewaltpolitik verdächtig erschien.

Nachdrücklichen Einspruch erheben die „Münchner Neuest. Nachr." gegen die Annahme, daß Eisner und der Münchner Vollzugsausschuß etwa

die Stimme Bayerns widergäben. Die ehrlich auf dem Boden des Volksstaates stehende Bevölkerung Bayerns — ohne Frage die große Mehrheit — sei gewillt, dem gegenwärtigen Leiter der Reichspolitik das unendlich schwierige Werk des Friedensschlusses auch weiterhin anzuvertrauen und in der Geschlossenheit des Reiches für immer festzuhalten. Was Eisner in den letzten Tagen unternehme, sei nicht viel anderes als persönliches Regiment; er treibe Wasser auf die Mühlen der Reaktion.

Die „München-Augsburger Abendztg." ist nicht unbedingt für den Staatssekretär Solf und fordert eine Säuberung des Auswärtigen Amts, ohne sich aber mit dem brüsken Vorgehen Eisners, dessen auswärtige Politik dem Blatte recht problematisch erscheint, einverstanden zu erklären.

Der „Bayrische Kurier", der schon seit einigen Tagen mit steigender Heftigkeit die Person Eisners bekämpft, fragt nach den Erfolgen Eisners, die ihn zur Führung unserer Auslandspolitik berechtigten. Man könne nicht plötzlich neue Männer berufen, denen die Vorgeschichte der Verhandlungen unbekanntes Land sei. Eine Erfüllung der Eisnerschen Verlangen würde die Hinausschiebung des Friedens bedeuten. Kein Mensch in Bayern kenne die Namen des Münchner Soldatenrates, obwohl er jetzt schon seit drei Wochen tatsächlich regiere. Im Anschluß an die Drohung des „Corriere della Sera" mit der Besetzung Münchens durch italienische Truppen verlangt der „Bayrische Kurier" von der Revolutionsregierung Bayerns einen Sonderfrieden.

27. November. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München sendet nachstehends Telegramm an den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin:

„Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republiken mit Entrüstung die unerhörte Tatsache, daß noch immer die kompromittiertesten Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann den entscheidenden Einfluß besonders in der auswärtigen Politik ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt."

28. November. Der Professor der Handelshochschule München Artur Weiß wird in vorübergehender Eigenschaft zum Gesandten des Volksstaates Bayern bei der tschecho-slowakischen Republik in Prag bestellt.

Am selben Tage hält im Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat Ministerpräsident **Eisner** eine lange Rede, worin er sich mit den gegen ihn erhobenen Angriffen und Vorwürfen beschäftigt und seine Stellung zur Nationalversammlung erneut darlegt. Er führt u. a. aus:

„Das Volk weiß, daß wir eine Demokratie schaffen wollen, die fester verwurzelt ist und breiter ausgedehnt, als die irgendeines Volkes der Welt. Das ist mehr, als wenn später wieder das übliche Parlament eingeführt wird. Heute haben wir die Demokratie. Wenn unsere Organisation heute weiter ausgedehnt ist, wird die Nationalversammlung einziehen. Aber ich möchte betonen, daß wir noch nicht einmal Frieden haben, dazu große

Lebensmittelnot und keine Rohstoffe. Der Ruf nach der Nationalversammlung im Reiche wie in den einzelnen Staaten ist nur diktiert dadurch, daß man hofft, die lebendigen, unmittelbaren Teilnehmer der Massen wieder auszuschalten. Statt der Massen sollen die früheren Machthaber wieder ihr angenehmes Dasein führen. Der alte Parlamentarismus hat wesentlich dazu beigetragen, uns in diese Lage zu bringen. Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte müssen sich konsolidieren, müssen die Grundlage aller parlamentarischen Tätigkeit bilden. Die Nationalversammlung kann nicht zu Anfang sein, sondern nur das letzte Ergebnis. Soweit die Leute arbeiten, müssen wir sie in der vorläufigen Nationalversammlung vertreten sein lassen. Die Grundlage der Macht besteht bis zur endgültigen Nationalversammlung in der Grundlage der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Was wir sonst heranziehen, soll nur arbeiten. Es soll sich gewöhnen, sich bereit zu zeigen, mitzuarbeiten nach den sozialistisch-demokratischen Gedanken, die wir ihnen weisen. Wir brauchen sie, ihre fachmännische Tätigkeit, aber politische Richtung, politische Macht räumen wir ihnen nicht ein, solange wir hier überhaupt an der Regierung sitzen, solange Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte kräftig sind."

Der Ministerpräsident geht dann auf die Kritik ein, die ihm seine Veröffentlichung aus den Geheimakten und sein Vorgehen gegen Berlin eingetragen hat, und sagt u. a.: „Sie wissen, daß ich veröffentlicht habe, was Lerchenfelds Vertreter, der Herr von Schön, schrieb. Er setzte in aller Gemütlichkeit auseinander, wie man beabsichtigt, den Weltkrieg zu entfesseln. Ich hoffte dadurch, die Konterrevolution in die Luft sprengen zu können. Ich habe diese Arbeit fortgesetzt mit den Vertretern der deutschen Republik Aug in Aug. Ich hatte das Glück, neben Erzberger und Solf zu sitzen, und ich habe den Herren die Wahrheit gesagt. Ich erwartete, daß sie verschwinden werden. Als das auch noch nicht half, erklärte ich, daß ich mit Solf und den Seinen überhaupt nicht mehr verhandle, und das ist mein bitterer Ernst. Der Haß gegen Berlin wächst, nicht gegen den Berliner Arbeiter, aber gegen Berlin als das Hauptquartier des Weltkrieges. Ich wünsche dringend, daß die Zersetzung Deutschlands nicht zu einer endgültigen Auflösung führt, daß wir zusammenbleiben werden, und ich bin fest überzeugt, daß wir zusammenbleiben. Ich bin auch fest überzeugt, daß zunächst einmal die einzelnen Staaten ihr eigenes Haupt haben, bis wir wieder zusammen aktionsfähig werden. Man kann nicht mit dem alten System weiterarbeiten. Den Eindruck, den Berlin jetzt gibt, kann ich so zusammenfassen, daß unter dem Druck des langen Krieges, durch den Erschöpfungszustand, die elenden Ernährungsverhältnisse beinahe die ganze Bevölkerung so zerrüttet ist, daß überhaupt keine Entschlußkraft sich mehr findet. Fast möchte man sagen, es wird dort geschlafen, geträumt, aber nicht gehandelt. Deshalb war es meine Absicht, von hier aus, wo wir vielleicht unter dem Einfluß der Höhenluft noch frischer und kräftiger sind, frische Luft nach Berlin zu importieren. Was im Auswärtigen Amt sitzt, ob Alldeutsche oder jene, die für den Verständigungsfrieden gewirkt haben, sind Vertreter des alten Regimes, und in ihrer Hand liegt noch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung. Das Spiel, das im November 1918 getrieben wird, ist nicht minder ruchlos, als das vom Juli und August 1914. Man schart sich um das Banner der Nationalversammlung. Die verbrecherische Politik, die uns den Weltkrieg brachte und uns in den Abgrund gestürzt hat, versucht heute noch einmal Haß und Zorn des deutschen Volkes gegen die Entente zu schüren. Ich habe mir Mißfallen zugezogen dadurch, daß ich eine Note gegen Hindenburg erlassen habe. Ich wußte aber genau, was ich tat. Heute bin ich aus dem Auswärtigen Amt antelephoniert worden,

man hat mir mitgeteilt, daß der alte Generalissimus Hindenburg sehr betrübt und verletzt wäre durch diesen gänzlich unerwarteten Angriff. Es ist festgestellt, daß auch diese Kundgebung, die den Namen Hindenburg trägt, aus dem Auswärtigen Amt in Berlin, wenn nicht von selbst herausgegangen, so doch von diesem veranlaßt ist. Ich habe dem Generalissimus Hindenburg telephonisch sagen lassen, er sei ein Opfer der Berliner Politik geworden, und man hat versprochen, daß man künftig im Hauptquartier in politischen Dingen noch vorsichtiger sein würde als bisher. Wenn ich als Minister des Äußern erklärte, daß ich mit dem Berliner Auswärtigen Amt nicht mehr verkehre, so bedeutet das, daß dort das Nest ist, das ausgeräuchert werden soll, wenn wir zum Frieden kommen wollen. In Berlin ist aber keine Regierung, die Frieden schließt. Auch keine Nationalversammlung, die von dort ausgeht, wird das können. Was notwendig ist, das ist, daß die Massen sich rühren und ihrerseits zum Frieden kommen. Bis dahin wird München allerdings Vorort von Deutschland sein müssen.

Scheidemann ist an jedem anderen Platz der geeignete Mann. Er darf aber nicht an der hervorragenden Stelle sitzen, die berufen ist, die Friedensverhandlungen zu führen. Dr. David wäre ein ausgezeichneter Kultusminister in Preußen. Er ist gerade der schwarze Mann bei der Entente, von dem alle Regierungspublikationen stammen, die die Unschuld Deutschlands beweisen sollen. Wir müssen neue Wege suchen. Das ist meine auswärtige Politik, die ich durchsetzen werde mit allen Kräften und rücksichtslos und die ich erst dann aufgeben werde, wenn sie gescheitert ist, was ich nicht annehme. Wir brauchen eine tatkräftige revolutionäre Regierung in Berlin.

Wir haben nur noch für wenige Monate Lebensmittel. Wir haben keine Rohstoffe, keine Kohlen, keine Baumwolle. Ich bitte und beschwöre Sie, helfen Sie uns doch wenigstens, daß wir den Versuch machen, zu irgendeiner Verständigung mit der Entente zu kommen. Wir sind weit entfernt davon, die Entente anzuwinseln und anzubetteln. Wir widerstreben aber auch allen Forderungen, die uns demütigen und zugrunde richten würden. Alle Völker auch in der Entente wollen den Frieden, auch dort wollen die Soldaten zur Heimat. Auch dort will man zu neuen Zuständen kommen wie bei uns. Das ist das gemeinsame Interesse der Völker.

Man verbreitet die Nachricht, alles gehe durcheinander, man behauptet, auch ich sei für sofortige Einberufung der Nationalversammlung eingetreten. Damit will man meinen Namen mißbrauchen, um gegen die angebliche Diktatur des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Sturm zu laufen. Nachdem ich eine Erklärung abgegeben habe, daß das nicht wahr ist, behauptet man, ich sei überhaupt Gegner der Nationalversammlung. So geht es von einem Tag zum anderen. Man ruft auf zur Wahrung der Selbständigkeit Bayerns gegenüber Berlin. Ich tue es; am nächsten Tage bekämpft man mich, daß ich Bayern vom Reich loslösen möchte. Ich sehe das Heil Deutschlands in der Kraftentfaltung der Glieder. Berlin ist weder wirtschaftlich, noch politisch gegenwärtig aktionsfähig. Was sollen wir also in Bayern machen? Wir müssen doch zunächst versuchen, uns selbst zu helfen. Trotz der Preßtreibereien hat die bayrische Politik in kurzer Zeit Ansehen gewonnen. Durch Funkspruch aus Lyon wurde mir bestätigt, daß meine Veröffentlichung gegen Berlin genau die vorausgesehene Wirkung gehabt hat.

Das deutsche Volk ist gleichberechtigt im Rate der Völker. Ich habe erst jüngst einem Vertreter der Entente erklärt: Ihr habt eine falsche Meinung von Deutschland, wir sind keine Sklaven. Das wichtigste ist

daß das Vertrauen zu uns wiederhergestellt wird. Wir müssen deshalb mit der Entente so verhandeln, als ob nie Krieg gewesen wäre. Wenn uns das nicht gelingt, dann gehen wir zugrunde.

Der Militarismus ist zusammengebrochen. Wir haben in der Schweiz gesehen, daß auch die Miliz den Weg zum Militarismus findet. Deswegen möchte ich für die kommenden Friedensverhandlungen die Anregung bringen, daß die Armee nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt beseitigt und nur noch von Polizeitruppen die Sicherheit im Lande gewährleistet wird."

Minister des Innern **Auer**: Es wäre zu wünschen, daß der Gedanke der allgemeinen Abrüstung auch von den anderen Völkern so aufgenommen wird wie bei uns. Für jeden Beobachter steht fest, daß die Stimmung heute anders ist als am 11. November. Allmählich setzt eine sehr böse Agitation ein, und dabei werden Andersdenkenden die unlautersten Motive unterschoben; so wird der Geist der Selbstzerfleischung ins Volk hineingetragen. Wir müssen unsere Handlungen so einrichten, daß jede Handlung zu jeder Zeit vor dem strengsten Richter jede Prüfung verträgt. Unsere Handlungen sind nicht Privathandlungen, sondern sie sind Handlungen für das gesamte Volk. Darum müssen wir alles, was wir machen, in vollster Öffentlichkeit machen. Wir müssen die Öffentlichkeit über unser Tun auch bis zum Kleinsten unterrichten. Das halte ich für das beste Mittel, um die Winkelzüge zu durchkreuzen, die von der Reaktion beabsichtigt sind. Wir müssen jede Geheimtuerei vermeiden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein ernsthafter Mann sich in den Dienst des Volksstaates mit Hintergedanken stellt und daß seine Handlungen derart wären, daß sie die Öffentlichkeit zu scheuen haben. Es handelt sich um Landesangelegenheiten, um Angelegenheiten des ganzen Volkes, und darum muß auch das Volk in allen Gebieten des Landes wissen, was vorgeht, und es muß die Möglichkeit geschaffen werden, nicht nur das Volk zu informieren, sondern, daß auch die Mitbestimmung des Volkes bei allen Dingen herbeigeführt wird.

Eine Diktatur kann und darf es in einem freien Volksstaat nicht geben. Wir befinden uns noch in der Revolution, und wer glaubt, daß die Revolution vorüber ist, der gibt sich einer gefährlichen Täuschung hin. Die Reaktion ist überrascht, sie ist geschwächt, aber nicht vollständig erschöpft. Es ist selbstverständlich, daß Dinge vorkommen, die keinem von uns gefallen. Das können wir nicht sofort beseitigen. Im früheren Staatswesen sind täglich und stündlich Dinge vorgekommen, die uns innerlich auf das tiefste empört haben. Das möchte ich namentlich dem Bürgertum sagen, das jetzt über alles räsoniert, was ihm nicht gefällt. Das Bürgertum mit antisozialdemokratischer Auffassung kann wohl mit dem bisherigen Verlauf der Umwälzung zufrieden sein. Was ich hier im Auge habe, das ist, daß ein Bruder-

krieg vermieden werden muß. Eine Diktatur würde zweifellos zum Verhängnis für das ganze Volk führen; darüber sind wir einig. Sie muß vermieden werden, sonst ist die Freiheit des Volkes gefährdet. Nach kurzer Zeit würde die Diktatur nach der anderen Seite einsetzen, und das möchte ich dem bayrischen Volk ersparen.

Es muß auf einheitliches und möglichst geschlossenes Zusammenarbeiten hingewirkt werden. Dieses einheitliche Arbeiten ist nur möglich, wenn einer vom andern weiß, was er tut; denn das ist die Voraussetzung für das gegenseitige Vertrauen. Ohne Vertrauen kann keine Regierung mit Erfolg wirken, denn die Bajonette gehen unter Umständen auch durch die dickste Hose. Das Sitzen auf den Bajonetten ist gefährlich; das hat die frühere Regierung kennen gelernt. Wenn es früher Differenzen gegeben hat, so sind diese, soweit es die Arbeiterbewegung betrifft, zurückzustellen über den großen Dingen und Problemen, vor denen wir stehen, die wir lösen müssen und die noch lange nicht gelöst sind.

Wenn wir mit der Entente eine Verständigung erreichen, die ich sehnlichst wünsche, dann glaube ich doch berechtigt zu sein, aussprechen zu dürfen, daß in erster Linie doch wir Deutschen uns unter uns verständigen müssen.

Heute besteht für jeden die Arbeitspflicht, und jeder muß sich nicht nur dieser Pflicht unterwerfen, sondern er hat mit Disziplin für das Gesamtinteresse zu wirken. Sonst gehen wir unter. Wir müssen alle Kräfte anspannen, wenn wir uns als selbständiges Volk über Wasser halten wollen.

Plünderungen, Übergriffe von einzelnen müssen verhindert werden. Hier haben Sie mitzuhelfen! Wir müssen verhindern, daß Anarchie und Korruption sich bei uns breitmachen können. Ich spreche es rückhaltlos aus: Anzeichen hierfür sind vorhanden, und die werden in mir den allerschärfsten Gegner haben.

Wir haben die Regierung in einem völlig bankerotten Staat übernommen, der wirtschaftlich nicht mehr zerrüttet sein kann, als er ist, in einer Ernährungslage, wie sie schlimmer nicht geschildert werden kann. Trotzdem glaube ich sagen zu können, daß wir in der Ernährung jetzt so weit sind, daß für die nächste Zeit nichts zu befürchten ist. Nach Mitteilungen der letzten Tage besteht Aussicht, daß wir unsere Bestände etwas vermehren können. Der Appell an die Landwirtschaft, die Besprechungen mit den Genossenschaften haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt.

Wir müssen alles tun, was zum Frieden führt, und Sie als Soldaten haben jetzt Friedensarbeit zu leisten. Der Friede bedeutet Freiheit und Brot für Bayern, das ein untrennbares Glied des Deutschen Reiches ist. Der Friede wird aber

nicht gefördert, wenn wir uns im Lande selbst zerfleischen, wenn wir statt zur Festigung zur Zerrüttung und Zersetzung beitragen. Je geschlossener wir sein werden, desto näher kommen wir zum Frieden. Diese Zerrüttung können Sie verhindern. Wir müssen aufbauen, denn bei dem tiefen Stand unserer ganzen Wirtschaft geht es nicht mehr weiter. Wirken Sie also in diesem Sinne im ganzen Lande! Damit helfen Sie dem Lande, damit leisten Sie die beste Friedensarbeit! Wir in Bayern sind aktionsfähig! Sorgen wir durch ernstes Zusammenwirken, daß wir aktionsfähig bleiben.

Meine Herren! Ich sprach eben von Gerüchten, die Lebensmittelnot sei nicht so groß. Die öffentlichen Berichte lassen keinen Zweifel, daß, wenn wir nicht sofort Lebensmittel von der Entente bekommen, wir untergehen, verhungern. Wir haben Lebensmittel höchstens bis Ende März, und dieses Quantum reicht nur aus, um auch während dieser Zeit langsam den Hungertod vorzubereiten. Dadurch erkennen Sie am besten, welcher verbrecherische Wahnsinn dazu gehört, heute noch gegen die Entente Kundgebungen zu machen, und das alles nur von einer kleinen Horde Menschen, die um ihre Existenz fürchten. Von hier aus ist das Notwendigste zu tun. Ob es gelingt, weiß ich nicht, aber wir haben keinen anderen Weg, wir müssen zum Frieden kommen. Ich appelliere an dieser Stelle an die Völker der Entente, wir kommen nicht als Bittsteller, nicht als Bettler, wir kommen als Menschen, die das Bewußtsein haben, daß wir aufgeräumt haben hier in Bayern mit den Verantwortlichen des alten Systems. Wir kommen mit reinen Händen. Die Völker der Entente mögen vergessen und gemeinsam mitarbeiten an dem Aufbau der neuen Welt. Auch über die Grenzen hinaus soll nun das folgende Wort klingen. Man fürchtet sich drüben vor dem Bolschewismus wie auch bei uns. Die Furcht ist dadurch entstanden, daß wir Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet haben, daß wir das russische Beispiel in dieser Hinsicht nachgeahmt haben. Aber wir haben weder die russischen Methoden angewendet, noch haben wir solche zum Ziele. Einen russischen Bolschewismus gibt es in Deutschland nicht. Ich möchte glauben, mit vielleicht der Ausnahme einiger Phantasten, daß auf dem russischen Wege das Ziel nicht erreicht werden kann, das uns vorschwebt, die Demokratie und die sozialistische Gesellschaft.

Die Produktion in dem Augenblicke zu vergesellschaften, wo sie vollständig zerrüttet ist, geht nicht an. Ich habe im Berliner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat diesen Gedanken auch entwickelt und habe einmütige Zustimmung gefunden. Wir sind hier viel radikaler als in Berlin; nur reden sie dort manchmal radikaler. Wir wollen eine neue Gesellschaft aufbauen, aber nicht durch Mord, nicht unter

der Diktatur des Säbels, sondern durch Arbeit und unmittelbare schöpferische Tätigkeit. Wir wollen den Wiederaufbau Deutschlands im Interesse der Gesamtheit so rasch wie möglich zu Ende bringen, und dazu müssen uns die Völker helfen.

30. November. Der Landes-Soldatenrat tritt in München zu einer Sitzung zusammen, in der Ministerpräsident **Eisner** ebenfalls die politische Lage bespricht und namentlich der Presse scharfe Vorwürfe macht, die ständig den Schrei nach der Nationalversammlung erhebe. Dann fährt er fort:

Meine Veröffentlichungen aus den Geheimakten der bayrischen Gesandtschaft müssen dem Blödesten beweisen, wem wir den Krieg verdanken. Durch die Presse läuft der Unsinn, daß wir damit der Entente neue Waffen in die Hand gegeben hätten. Aber die Entente weiß doch das alles längst. Das deutsche Volk muß doch aber endlich wissen, wem es Krieg und Zusammenbruch verdankt. Im Auswärtigen Amt herrscht bleicher Schrecken über meine Veröffentlichung. Dort sitzen eben noch die alten Leute mit dem ganzen Apparat, im Haag, in Bern, in Stockholm; und dort sind noch die Herde der Korruption und Verblödung. Und dort wird noch die öffentliche Meinung gemacht. Ich habe den Herren des alten Systems gesagt; Ihr seid ohnmächtig, Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen zu führen. Das galt vor allem für Erzberger, der erst die Sozialdemokraten und Protestler erschießen lassen wollte und dann Alldeutscher war und schließlich die große Wandlung vollzog. Ich sagte ihm, ich sei im Besitze der bayrischen Akten, und in diesen Akten seien einige interessante Mitteilungen auch über ihn. Da senkte er den Kopf, wurde rot und schwieg. Können wir erwarten, daß solche Männer bei der Entente Vertrauen finden? Es ist eine Verwegenheit, ein Irrsinn, solche Männer ins feindliche Lager zu schicken. Im Auswärtigen Amt sitzt Karl Kautsky, ein Mann, der das größte Vertrauen findet, aber Solf gibt seine Noten und Protestkundgebungen hinaus ohne Kautsky. Nützen kann da nur die Ausräucherung des Auswärtigen Amts.

Die Diplomatie hat uns in den Weltkrieg geführt, das können wir auch machen, dazu gehört nichts. Aber über den Weltkrieg hinüberzukommen, das erfordert Mut, Geist, Wissen und Entschlossenheit. Herr Solf will günstige Friedensbedingungen, günstige Waffenstillstandsbedingungen von der Entente erhalten, und er richtet sich mit seinem Gesuch nicht an die Völker, nicht an die Regierungen der Entente, sondern an den Präsidenten Wilson. Damit beleidigt er alle Mächte, indem er sein Vertrauen nur diesem einen Mann schenkt und das alte Treiben fortsetzt. Die Herren haben den Krieg gemacht, die Herren sind schuldig an der Weiterführung des Krieges, die Herren haben sich während der ganzen Zeit dem größten wahnsinnigen Militarismus gefügt, auf diesen Herren lastet die Blutschuld. Alle Männer, die im Auswärtigen Amt sitzen, gehören weg, mit Ausnahme unserer Vertrauensleute.

Sachsen.

21. Oktober. Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Fräßdorf und Sindermann werden vom Minister des Innern Grafen Vitzthum v. Eckstädt zur Besprechung von Neuordnungsfragen empfangen. Am Nachmittage desselben Tages hält die sozial-

demokratische Fraktion des Landtags eine Sitzung ab, um auf Grund des Berichtes der beiden genannten Abgeordneten zu den schwebenden Fragen der inneren Neuordnung Stellung zu nehmen. Die Fraktion erklärt, daß sie einem Landtagswahlrechte nach dem Antrag Dr. Seyfert (allgemeines Wahlrecht mit zwei Zusatzstimmen, die aber nicht durch Bildung oder Besitz bedingt sein dürfen) nicht mehr zustimmen könne, sondern die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Wahlen zur sächsischen Volksvertretung fordern müsse. In der Frage der Reform der Ersten Kammer werde der grundsätzliche Standpunkt der Abschaffung dieser Kammer aufrecht erhalten. Weiter wird erklärt, die Fraktion habe starke Bedenken gegen die derzeitigen Inhaber der Ministerposten mit Ausnahme des Justizministers Dr. Heinze. Am

22. Oktober findet infolgedessen unter Vorsitz des Königs und in Gegenwart des Kronprinzen eine Sitzung des Gesamtministeriums statt, deren Hauptgegenstand die künftige Gestaltung der Regierung bildet. Der König behält sich seine Entscheidung vor.

23. Oktober. Kultusminister Dr. Beck und Finanzminister v. Seydewitz reichen ihre Entlassung ein, die am

25. Oktober vom König genehmigt wird. Auch die übrigen Staatsminister stellen ihre Ämter zur Verfügung. Der König versichert sie jedoch sämtlich seines Vertrauens. Die Besprechungen der Fraktionen untereinander und der Vertreter der Mehrheitsparteien mit der Regierung werden fortgesetzt, wobei die Mehrheitsparteien erklären, daß sie an der neuen Regierung mitzuwirken bereit seien, jedoch nicht mit dem Minister des Innern Grafen Vitzthum v. Eckstädt. Am

26. Oktober reicht daher auch dieser seine Entlassung ein, die vom Könige angenommen wird. Gleichzeitig wird Justizminister Dr. Heinze zum vorsitzenden Staatsminister und Minister des Äußern, Ministerialdirektor Dr. Schroeder zum Finanzminister, Ministerialdirektor Dr. Koch zum Minister des Innern und der Gesandte in Wien v. Nostitz-Wallwitz zum Minister des Kultus und des öffentlichen Unterrichts ernannt.

Über die Umgestaltung der Regierung und die Vorgänge, die dem Rücktritt der drei Minister vorausgegangen sind, weiß die „Sächs. Staatsztg." folgendes mitzuteilen: „Nachdem S. M. der König sich dahin entschieden hatte, eine engere Verbindung seiner Regierung mit der Volksvertretung herzustellen, hatte der hierfür zuständige Minister des Innern ein Programm ausgearbeitet, das die Zustimmung S. M. des Königs fand. Um S. M. dem König auch in persönlicher Beziehung alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, hatten sämtliche Staatsminister S. M. ihr Amt zur Verfügung gestellt. Nachdem nun im Verlaufe der Beratung die Herren Staatsminister Dr. Beck und v. Seydewitz sich dem vom Minister des Innern ausgearbeiteten Programm nicht allenthalben anzuschließen vermochten und auf ihrer Entlassung bestanden, hatte der Staatsminister Graf Vitzthum

von S. M. den Auftrag erhalten, wegen der weiteren Ausführung des Programms und der persönlichen Zusammensetzung der Regierung mit der Volksvertretung Fühlung zu nehmen. Hierbei schien es geboten, zunächst die Wünsche der Mehrheitsparteien kennen zu lernen. Die mit diesen Parteien geführten Verhandlungen führten nach verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer nahezu völligen Einigung über das Programm und über die Besetzung der Regierung. Insbesondere sollte in sachlicher Beziehung das Wahlrecht für die Zweite Kammer auf dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht mit der Verhältniswahl aufgebaut, bei der Reform der Ersten Kammer aber gewissen Wünschen der Landtagsmehrheit Rechnung getragen werden. Für die Zusammensetzung der Regierung wurde der Grundsatz anerkannt, daß die einzelnen Ressortministerien an sich auch durch Mitglieder des Parlaments besetzt werden könnten, daß aber hiervon zurzeit abgesehen werden solle, um die verschiedenen Ressorts nur von völlig eingearbeiteten Kräften verwalten zu lassen. Hierbei kam der Wille S. M. des Königs zum Ausdruck, auch als Fachminister nur solche Minister zu berufen, gegen deren Ernennung seitens der Mehrheit des Parlaments kein ausdrücklicher Widerspruch erhoben werde. Nachdem hierüber in der Besprechung vom 24. Oktober allenthalben Einverständnis erzielt und die weitere Vorberatung über die geschäftliche Verschiebung unter den einzelnen Ressortministerien einem von S. M. zu berufenden Staatsrat vorbehalten worden war, erklärten die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Sitzung vom 25. Oktober, daß ihre Fraktion und der Vorstand der Partei den Eintritt in eine Regierung, welcher der Staatsminister Graf Vitzthum angehöre, ablehnen müßten. Im übrigen fanden alle Vorschläge die endgültige Billigung der Mehrheitsparteien. Der Staatsminister Graf Vitzthum hat S. M. dem König darauf empfohlen, den erzielten Ausgleich nicht an seiner Person scheitern zu lassen, und gebeten, ihn aus allen seinen Ämtern zu entlassen. S. M. der König hat dieser Bitte in Gnade entsprochen, dem Minister Grafen Vitzthum unter dem Ausdruck des Dankes für die ihm und dem Staate geleisteten Dienste die Rautenkrone verliehen und den Staatsminister Dr. Heinze unter Belassung in der Stellung des Justizministers gleichzeitig zum Minister des Äußern und zum vorsitzenden Staatsminister ernannt."

29. Oktober. Der König beruft einen Staatsrat, der die Regierung in den ihm vom König zugewiesenen Angelegenheiten beraten und sich zusammensetzen soll aus den Mitgliedern des Gesamtministeriums, den Präsidenten der beiden Kammern, je sieben Mitgliedern beider Kammern und für einzelne Angelegenheiten zu berufenden außerordentlichen Mitgliedern.

30. Oktober. Der Staatsrat tritt zusammen und faßt folgende Beschlüsse:

1. Die Verfassung ist alsbald dahin zu ändern, daß eine Anzahl von Ministern ohne Portefeuille in das Gesamtministerium eintreten kann.
2. Dabei ist Vorsorge zu treffen, daß die Ernennung zum Minister künftig kein Erlöschen der Mitgliedschaft in einer der beiden Kammern zur Folge hat.
3. Die Minister ohne Portefeuille sollen weder Staatsdienereigenschaft haben noch festen Gehalt beziehen. Sie erhalten Aufwandsentschädigung neben ihren Landtagsdiäten. Wohnsitz in Dresden soll nicht gefordert werden, ebensowenig das Ausscheiden aus dem Berufe.

4. Der Staatsrat empfiehlt, zurzeit vier Minister ohne Portefeuille aus den Vertrauensleuten der Zweiten Kammer zu ernennen.

5. Späterer Beratung soll vorbehalten bleiben, ob und wie den Ministern ohne Portefeuille besondere Arbeitsgebiete überwiesen werden sollen.

1. November. Ein diesen Beschlüssen entsprechender Gesetzentwurf über veränderte Zusammensetzung des Gesamtministeriums wird von beiden Kammern angenommen und noch am selben Tage vom König vollzogen. Gleichzeitig werden die Abg. Fräßdorf (Soz.), Günther (Fortschr.), Heldt (Soz.) und Nitzschke (natl.) zu Staatsministern ohne Portefeuille ernannt.

Damit ist die Parlamentarisierung der Regierung erfolgt. Die Wirkung dieser Beschlüsse bleibt jedoch hinter den Erwartungen zurück, denn die revolutionäre Bewegung greift am

8. November auch auf das Königreich Sachsen über, und zwar zuerst auf Leipzig. Dort sieht sich das Generalkommando, ohne daß es zu Blutvergießen kommt, in ganz kurzer Zeit zur Kapitulation genötigt. In den Kasernen wird ein Soldatenrat gewählt, und aus der Parteileitung der unabhängigen Sozialdemokratie bildet sich ein vorläufiger Arbeiterrat. In seinem Auftrage treten Redakteur Lipinski und Reichstagsabgeordneter Geyer in Verbindung mit dem Soldatenrat und verhandeln gemeinsam mit dem Soldatenrat mit den Offizieren des Generalkommandos. Aus dem Soldatenrat und dem Arbeiterrat wird je ein engerer Ausschuß gewählt, die zusammen die eigentliche Macht in die Hände nehmen. Die Post wird besetzt und die Polizei entwaffnet.

Auf die Nachricht von dem Erfolge der revolutionären Bewegung in Leipzig machen sich noch am selben Abend die gleichen Bestrebungen auch in Dresden und Chemnitz und im Anschluß daran auch in den übrigen größeren und kleineren Garnisonstädten Sachsens geltend. In Dresden bildet sich in der Nacht zum

9. November ein vorläufiger Soldaten- und Arbeiterrat, der die Leitung der gesamten Geschäfte der Garnison Dresden in seine Hände nimmt. Die Insassen des Militär- und Festungsgefängnisses werden, soweit sie nicht wegen gemeiner Verbrechen in Haft sind, befreit, das Offizierkasino des Grenadier-Regiments Nr. 101 wird demoliert. Die königliche Familie verläßt noch in der Nacht Dresden und begibt sich nach Moritzburg und von da (am 18. November) nach Sibyllenort bei Breslau.

Im Laufe des Tages bildet die unabhängige Sozialdemokratie einen Exekutivausschuß, der sich ebenfalls als Arbeiter- und Soldatenrat konstituiert und die tatsächliche Gewalt aus den Händen des in

der vorhergehenden Nacht gebildeten Arbeiter- und Soldatenrates übernimmt. Dieses Exekutivkomitee stellt folgende Forderungen auf: sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, vollständige Pressefreiheit, Abschaffung der Monarchie und der Ersten Kammer, Unterstellung der militärischen unter die Zivilgewalt, sofortige Entlassung aller Gefangenen einschließlich der Dirnen, sofortige Einleitung der Friedensverhandlungen.

Während die Beratungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Gruppen bzw. den beiden Arbeiter- und Soldatenräten stattfinden, begeben sich bereits größere Trupps der Unabhängigen nach dem Generalkommando und bringen dieses in ihre Gewalt. Ebenso besetzen sie das Telegraphenamt, das Postamt, das Polizeipräsidium und das Rathaus. Auch der neue Arbeiter- und Soldatenrat verpflichtet sich auf dem Generalkommando schriftlich, die militärische Gewalt unter den gleichen Bedingungen zu übernehmen, wie es der erste Soldatenrat getan hat. Vor allem verpflichtet er sich dazu, jedes Blutvergießen zu vermeiden, jedes Plündern zu verhindern, Personen und Eigentum zu schützen, die Lebensmittelversorgung in der bisherigen Weise zu belassen und sämtliche militärischen Dienststellen und Behörden im Betriebe zu lassen.

Spät abends kommt dann zwischen beiden sozialdemokratischen Gruppen eine Einigung dahin zustande, daß ein vereinigter revolutionärer Arbeiter- und Soldatenrat geschaffen wird, in dem sich die Angehörigen beider sozialistischen Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

10. November. Im Zirkus Sarrasani zu Dresden findet eine vom vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat einberufene Versammlung zur Aussprache über die politische Umwälzung in Sachsen statt. Abg. Fleißner (Unabh. Soz.) gibt als Einleitung eine Übersicht über die Umsturzbewegung in Dresden und stellt fest, daß die Geschlossenheit der revolutionären Richtung in Sachsen gesichert sei. Er teilt weiter mit, zuerst sei ein Arbeiterrat gebildet worden, dann aber ein Arbeiter- und Soldatenrat, den man aber nicht als solchen habe anerkennen können. Darauf sei eine Art Soldatenrat mit behördlichem Einschlag zustande gekommen, und erst dann sei man an die unabhängigen Sozialdemokraten herangetreten. Beide sozialistische Gruppen hätten sich gegenseitig Zugeständnisse gemacht, sodaß sie nun auf einheitlicher Linie ständen. Der nunmehr gebildete Vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat sei die rechte Vertretung: er habe noch in der Nacht die Republik für Sachsen ausgerufen und folgende Proklamation vorbereitet:

„An das sächsische Volk! Der König ist seines Thrones entsetzt. Die Dynastie Wettin hat aufgehört zu existieren.

Die Erste Kammer ist aufgelöst. Auch die Zweite Kammer besteht nicht mehr. Die Staatsministerien, die im Einverständnis mit dem Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat die Geschäfte provisorisch weiterführen, haben sofort Neuwahlen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen auszuschreiben. Es lebe die soziale Republik Sachsen!"

Noch während dieser Versammlung erscheinen die beiden Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates und des Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates Schwarz und Rühle beim Minister des Innern Dr. Koch und erklären ihm, daß die bisherigen Minister ihres Amtes enthoben seien. Sie bitten aber Dr. Koch, im Hinblick auf die Notwendigkeit der Weiterführung der Staatsmaschine, namentlich bezüglich der Kohlen-, Nahrungsmittelversorgung usw. sein Amt vorläufig weiter zu behalten. Das lehnt Dr. Koch mit Hinweis darauf ab, daß das gesamte Ministerium einen einheitlichen politischen Auftrag habe und daß er sich infolgedessen mit den anderen Ministern solidarisch erklären müsse. Dr. Koch erklärt sich aber bereit, die Beamten aufzufordern, unter Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrates die Geschäfte in der bisherigen Weise weiterzuführen. Voraussetzung sei dabei natürlich, daß die Beamten nicht politisch in eine Zwangslage gebracht würden.

Nach der Versammlung zieht ein Trupp Soldaten und Zivilisten nach dem Schlosse und hißt auf dem Turme eine rote Flagge.

12. November. Der Minister des Innern erläßt folgenden Aufruf:

„In Dresden hat sich ein Vereinigter revolutionärer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Er hat sich in den Besitz sämtlicher Machtmittel des Staates gesetzt. Die Garnison ist von Anfang an auf seine Seite getreten.

Die Abgesandten des vereinigten Arbeiter- und Soldatenrates haben dem unterzeichneten Minister erklärt, daß sie trotz aller von ihnen geplanten politischen Umwälzungen zweierlei aufrecht erhalten wollen: die öffentliche Sicherheit und die Versorgung des Landes mit Ernährungsmitteln und Rohstoffen.

Die Erhaltung der Ordnung und Ernährung im Lande ist in der Tat das wichtigste Gebot der Stunde. Bricht dies eine oder andere zusammen, so wird das Elend des ohnehin hart geprüften sächsischen Volkes und Landes unabsehbar werden. Dies zu verhüten, muß der gemeinsame Wunsch aller redlich Gesinnten sein, gleichgültig, welchem Stand und welcher Partei sie angehören.

Das Land vor Unordnung und Hungersnot zu bewahren, ist nur möglich, wenn die Staatsmaschine, insbesondere aber alle Behörden und die Dienststellen im Ministerium des Innern, in Tätigkeit bleiben, wenn alle Beamten, unbeirrt durch die politischen Ereignisse, unentwegt ihre Pflicht tun und wenigstens die laufenden Geschäfte erledigen.

Im Einverständnis mit dem Gesamtministerium richte ich an alle Beamten und Angestellten im Bereich des Ministeriums des Innern die dringende Aufforderung, auf ihrem Posten auszuharren und ihre Pflicht

wie bisher zu erfüllen. Ganz besonders wende ich mich mit diesem Ersuchen an diejenigen Beamten, denen die schwierige Aufgabe der Lebensmittelversorgung des Landes obliegt.

Mehr als je muß in diesen schweren Tagen das Wort gelten: Über alles das Vaterland. Der Minister des Innern. gez. Dr. Koch."

13. November. Dem Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden geht folgendes Schreiben zu:

„Dresden, 13. November 1918.

An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden, Ständehaus.

Auf die heute früh mündlich an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß Seine Majestät der König auf den Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun.

Der Minister des Innern. Dr. Koch."

Der „Dresd. Anz." schreibt zum Thronverzicht des Königs: „Der letzte König von Sachsen stand in seinen Lebensanschauungen und in seinen Neigungen dem demokratischen Wesen schon nahe. Ihm war seine Stellung ein Amt, das er sicher nicht begehrt hätte, wenn es ihm nicht nach den geltenden Bestimmungen zugefallen wäre. Er hat immer nur die Dienstpflichten dieses Amtes nach bestem Wissen und Können erfüllt, aber die Ehrenrechte und die Würde des Königsamtes niemals stark betont, jedenfalls niemals stärker, als notwendig war. Wir möchten glauben, daß es auch seinem schlichten Wesen zu danken ist, wenn sich die Umwälzung in Sachsen in so glatter, fast geschäftsmäßiger Ruhe vollzogen hat, und es ist wohl die schönste Anerkennung, zugleich vielleicht auch das schönste persönliche Bewußtsein, daß ihm keine gehässige oder sonst übelwollende Gesinnung nachfolgt."

14. November. Das Gesamtministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

„S. M. der König hat dem Throne entsagt. Vor vollzogener Abdankung hat der König den Staatsministern die erbetene Entlassung aus seinen Diensten bewilligt, ihnen dabei aber die zum Wohl des Landes etwa gebotene Fortführung der Geschäfte anheimgestellt. Er hat weiter alle Offiziere und Beamte, Geistliche und Lehrer des ihm geleisteten Treueides entbunden und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß auch sie der veränderten Regierungsform ungeachtet fortfahren möchten, dem Vaterlande mit all ihren Kräften zu dienen.

Im Interesse der öffentlichen Ordnung, deren Versagen unnennbares Elend nach sich ziehen müßte, sind wir an unserem Teile bereit, die uns anvertrauten Ministerien weiter zu verwalten, insoweit und solange uns dazu die Möglichkeit bleibt. Aber auch für den Fall unseres endgültigen Ausscheidens bitten wir alle, die im Dienste des Heeres, im unmittelbaren oder mittelbaren Dienst von Staat und Gemeinde, Kirche und Schule stehen, auf ihrem Posten auszuharren und ihre Berufspflichten auch fernerhin mit

aller Gewissenhaftigkeit zu erfüllen. Die Sicherung und Förderung des Gemeinwohls sei nach wie vor und in den schweren Wochen und Jahren, die unser warten, mehr denn je Richtschnur für unser Tun und Lassen.

Die Minister
der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegs, der Finanzen, des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts:
Dr. Heinze, v. Wilsdorf, Dr. Schroeder, Dr. Koch, v. Nostitz-Wallwitz."

Am selben Tage veröffentlichen die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz folgenden Aufruf an das sächsische Volk:

„Das kapitalistische System hat seinen Zusammenbruch erlebt. Die bürgerliche monarchische Regierung ist gestürzt. Das revolutionäre Proletariat hat die öffentliche Gewalt übernommen. Sein Ziel ist die sozialistische Republik. Verwirklichung des Sozialismus heißt: Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche; Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerken, Rohstoffen, Banken, Maschinen, Verkehrsmitteln usw., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Übernahme der Produktion durch das Proletariat. Aufgabe der sozialistischen Regierung ist, die Revolution fortzusetzen und zu steigern bis zur völligen Überwindung der herrschenden bürgerlichen Klasse. Verwirklichung der Republik heißt: absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse, Beseitigung der Knechtschaft in jeder Form, allgemeine Volksbewaffnung zum Schutze der Errungenschaft der Revolution, Abschaffung aller Arten des arbeitslosen Einkommens, Trennung der Kirche vom Staat, Abschaffung aller bürgerlichen Gerichte. Die republikanische Regierung Sachsens hat die besondere Aufgabe, die Liquidierung des sächsischen Staates herbeizuführen und die einheitliche sozialistische deutsche Republik zur Tatsache zu machen.

Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz.
Schwarz, Neuring, Fleißner, Rühle, Geyer, Lipinski, Seger, Heckert, Mälzer, Fellisch."

Das „Leipz. Tagebl." schreibt dazu: „Der Aufruf soll offenbar für Sachsen dasselbe sein wie der Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk. Er hat vorwiegend wirtschaftlichen Inhalt und weist die Endziele der sächsischen Bewegung auf. Er ist aber nicht widerspruchsfrei. Erst heißt es: Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche, dann aber: Übernahme der Produktion durch das Proletariat. Ist das Proletariat die Gesellschaft? Kann es überhaupt allein die Produktion, auch ihre Leitung, übernehmen? Weiterhin heißt es: absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse, also eine Klassenherrschaft, Ablösung einer herrschenden Klasse durch eine andere, nicht durch die Gesamtheit, und gleich

darauf wiederum: Beseitigung der Knechtschaft in jeder Form; als ob die absolute Herrschaft des Proletariats nicht auch eine Knechtschaft für die anderen wäre!"

Am gleichen Tage (14. November) veröffentlichen die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig, Dresden und Chemnitz folgenden Protest:

„Gegen die von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen über die Heeresdisziplin, wonach das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers zu den Mannschaften bestehen bleibt und die Soldatenräte nur beratende Stimme bei Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen haben sollen, protestieren wir auf das entschiedenste, weil wir darin eine Preisgabe wichtiger revolutionärer Errungenschaften zum Nachteil des Proletariats sehen. Wir fordern die Reichsregierung auf, jene Bestimmungen sofort aufzuheben und zu veranlassen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Bestimmenden auch in dieser Frage sind.

Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte
von Leipzig, Dresden und Chemnitz."

Die konservative Fraktion der Zweiten Kammer beschließt am selben Tage folgende Erklärung:

„Die Revolution der letzten Tage hat über das alte Deutschland und über das alte Sachsen gesiegt. Das Gebot der Stunde ist heute Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, Fernhaltung des Bolschewismus und des allgemeinen Chaos und Sicherung der Volksernährung. Wir bitten unsere Freunde, unbeschadet ihrer politischen Auffassung, hieran mitzuarbeiten. Die weitere Entwicklung des Staates wird von der konstituierenden Nationalversammlung bestimmt werden. Wir erwarten, daß die Wahlen hierzu ohne Verzug stattfinden, sobald die Demobilisierung beendet sein wird."

15. November. Die Bevollmächtigten des Arbeiter- und Soldatenrates erklären den Ministern, daß für ihre fernere Tätigkeit kein Raum vorhanden sei, da beabsichtigt sei, die sämtlichen Ministerien politisch und verwaltungsmäßig selbst zu übernehmen. Damit erledigt sich die Bereitwilligkeit der Minister zur vorläufigen Weiterführung ihrer Geschäfte. Die Minister bitten, es möchten auch in Zukunft die Beamten ungeschmälert im vollen Bezuge ihrer Gehälter, Pensionen und Wartegelder belassen werden, da nur auf diese Weise schwere Bedrängnis abgewendet und die Arbeitsfähigkeit erhalten werden könne. Es werden beruhigende Erklärungen erteilt.

Im Anschluß an diese Besprechung werden die Ministerien sofort der neuen Regierung übergeben, die sich aus folgenden Volksbeauftragten zusammensetzt: Lipinski: Inneres und Äußeres, Geyer: Finanzen, Fleißner: Militärwesen, Schwarz: Arbeitsministerium, Dr. Gradnauer: Justiz, Buck: Kultus und Unterricht.

Am selben Tage treten die sächsischen Gesandten in Berlin v. Nostiz-Drzewiecki und in München v. Stieglitz zurück.

Über die neue Regierung schreibt die „Dresdener Volksztg".: „Aus dieser Zusammensetzung ersieht man, daß die radikale Richtung, die für den bekannten Aufruf in erster Linie verantwortlich ist, die wichtigsten

Stellen besetzt hat. Doch ist wenigstens äußerlich die Parität gewahrt. Bei Besetzung der Regierung kam in Betracht, daß die erwähnte Richtung, die sich hauptsächlich aus Unabhängigen und Spartakusleuten zusammensetzt, durch die in den ersten Stunden der Revolution zustande gekommene Besetzung der wichtigsten Posten in den Arbeiter- und Soldatenräten der Städte Dresden, Chemnitz und Leipzig eine überwiegende Mehrheit in den entscheidenden Beratungen hatte, obwohl sie höchstwahrscheinlich weder bei den Arbeitern im Lande, noch in den drei Großstädten über eine solche verfügte. Zum Teil ist das Überwiegen der Richtung Rühle-Lipinski darauf zurückzuführen, daß in Chemnitz und Dresden, wo die alte Partei die erdrückende Mehrheit hat, die Genossen in dem Bestreben, eine Einigung herbeizuführen, sich mit den Unabhängigen auf eine paritätische Besetzung der Arbeiter- und Soldatenräte geeinigt, in Leipzig aber, wo die Unabhängigen herrschten, diese nicht nur eine solche Zusammensetzung, sondern jede Vertretung unserer Parteigenossen und des Gewerkschaftskartells abgelehnt haben. Auf die Bestrebungen unserer Partei, zur besseren Sicherung der Revolution und ihrer Errungenschaften eine Einigung herbeizuführen, antworteten die Leipziger Unabhängigen mit dem Terror. Darauf ist ihr jetziges Übergewicht in den neuen Stellen und auch bei der Besetzung der Regierung zurückzuführen."

16. November. Das Gesamtministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung über die Befugnisse der A.- und S.-Räte:

„Die Übernahme der Geschäfte durch die neue Regierung hat eine Änderung der Zuständigkeit der behördlichen Organisationen zunächst nicht zur Folge. Insbesondere bleibt die bestehende Über- und Unterordnung der Behörden bis auf weiteres unberührt. Die nachgeordneten Behörden erhalten bindende Verfügungen ausschließlich von den zuständigen Ministerien. Örtliche Arbeiter- und Soldatenräte haben keine Befugnis, den Behörden Befehle zu erteilen, die mit den Verordnungen der vorgesetzten Behörde in Widerspruch stehen.

Über die Befugnisse der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte wird eine für die nächste Woche in Aussicht genommene Versammlung entscheiden, zu der Abgeordnete der Arbeiter- und Soldatenräte des ganzen Landes zusammentreten. Bis dahin beschränkt sich die Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte auf die Kontrolle der einzelnen Verwaltungsbehörden bei der Durchführung der von der Zentralbehörde erhaltenen Verordnungen. Ihre Vertreter sind daher bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen. Die Form wird sich bei gemeinsamer Zusammenarbeit leicht finden lassen. Das Ziel ist unbedingtes Fernhalten jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Zu allen Sitzungen der Bezirksausschüsse sind Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates zuzuziehen, der für den Ort des Sitzes der Behörden zuständig ist. Es ist erwünscht, daß bei jeder Kreis- und Amtshauptmannschaft ein Vertreter des örtlichen zuständigen Arbeiter- und Soldatenrates ständig als Kontrollorgan betätigt ist.

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse gegenüber den ordentlichen Gerichten und den Verwaltungsgerichten sicherzustellen, ist in jedem Falle bis zum Erlaß weiterer Gesetze festzustellen, daß die Beschlüsse in der von dem geltenden Gesetz vorgeschriebenen Form zustande gekommen sind. Eine Zuziehung von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte zu den Sitzungen der Kreisausschüsse erscheint nicht als erforderlich.

Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte haben für die Teilnahme an den Sitzungen Anspruch auf Vergütung. Dieselbe beträgt für

die Stunde 2 Mark bis zum Höchstbetrage von 15 Mark für den Tag. Eine Verfügung über die Kassen der staatlichen Behörden und Gemeinden steht den Arbeiter- und Soldatenräten nicht zu.

In den Anschriften, Unterschriften, Schriftköpfen usw. hat die Bezeichnung der Behörden als „Königlich" zu unterbleiben. In Vordrucken ist sie zu streichen. Statt Königreich Sachsen ist zu setzen Republik Sachsen. Vorhandene Siegel, Stempel, Verschlußmarken mit dem sächsischen Wappen und der Bezeichnung Königreich Sachsen, Königliche Kreishauptmannschaft usw. sind vorläufig weiter zu verwenden, soweit nicht die alte Bezeichnung, z. B. an Gummistempeln usw., leicht geändert werden kann.

Anträge auf Verleihungen von Titeln und tragbaren Ehrenzeichen, auch des Feuerwehrabzeichens und der Lebensrettungsmedaille, haben zu unterbleiben. Solche Verleihungen sind abgeschafft.

Alle Behörden und Beamten werden erneut aufgefordert, ihre amtliche Tätigkeit zur Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse weiterzuführen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt gewahrt bleiben. Die politische Gesinnung und Betätigung ist für die Beamten frei. Ein Gewissenszwang wird nicht ausgeübt werden. Insbesondere sind keine ehrenwörtlichen Erklärungen über Betätigung einer bestimmten politischen Gesinnung zu fordern, doch wird gegen passiven Widerstand im Amte sowie gegen jede Tätigkeit oder Versuche von Beamten, die Ergebnisse der Revolution gewaltsam zu beseitigen, unnachsichtlich eingeschritten.

Dresden, 16. November 1918.

Das Gesamtministerium:
Lipinski, Geyer, Dr. Gradnauer, Schwarz, Buck, Fleißner."

18. November. Die neue Regierung erläßt folgenden Aufruf an das sächsische Volk:

„Das imperialistisch-militaristische System ist unter den Wirkungen des völkermordenden und kulturvernichtenden Weltkrieges zusammengebrochen. Ein neues Zeitalter ist im Werden, indem sich der Übergang von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung vollzieht. Die Monarchie ist beseitigt. Die öffentliche Gewalt ist in die Hand der Arbeiterklasse übergegangen. Die Aufgabe der neuen Regierung geht dahin, das Land über die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage hinwegzuführen, die demokratischen Errungenschaften sicherzustellen und wirtschaftliche Umgestaltungen nach sozialistischen Grundsätzen zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse braucht nicht nur politische Rechte, sondern ebenso die Befreiung aus ökonomischer Bedrückung, die in vollem Umfang nur der Sozialismus bringen kann. Die neue sächsische Regierung erstrebt die Beseitigung der veralteten bundesstaatlichen Verfassung und die Einordnung Sachsens in die einheitliche großdeutsche Volksrepublik, an die auch Deutsch-Österreich seinen Anschluß vollziehen möge. Den einzelnen Teilgebieten des neuen Großdeutschlands soll weitgehende Selbstverwaltung und Schutz der Kulturinteressen gesichert werden.

Die Regierung will in Übereinstimmung mit der neuen Reichsleitung wirken. Sofern Anordnungen der Reichsleitung unseren Beifall nicht finden, werden wir unsere Auffassung dagegen geltend machen. Die von der Reichsleitung mit Gesetzeskraft erlassenen Verfügungen werden wir für Sachsen durch Vorschriften ergänzen, denen gleichfalls Gesetzeskraft zukommt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die Träger der revolutionären Bewegung, haben die Aufgabe, die sozialistische Volksregierung zu schützen und zu kontrollieren. Ihre Zuständigkeit in den einzelnen Orten wird ein un-

verzüglich zusammentretender Landesrat der Arbeiter und Soldaten umgrenzen. Mit Beendigung der Demobilmachung und mit Friedensschluß soll an Stelle des stehenden Heeres die Volkswehr treten.

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit wird gewährleistet. Die Beschränkungen im Vereins- und Versammlungsrecht sind gefallen. Die Pressefreiheit ist in vollem Umfange gesichert. Die Gesindeordnung ist aufgehoben; an ihrer Stelle gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag.

Die Arbeiterschutzbestimmungen für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei Beginn des Krieges aufgehoben wurden, sind wieder in Kraft gesetzt. Der achtstündige Maximalarbeitstag soll am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft treten. Unternehmer, die dieser Vorschrift nicht Folge leisten, haben strenge Bestrafung zu gewärtigen. Um die Arbeitsgelegenheit zu steigern, läßt die Regierung in den einzelnen Verwaltungszweigen feststellen, welche Arbeiten unmittelbar in Angriff genommen werden können. Sie ist bemüht, Rohstoffe für die Aufnahme der Arbeit freizumachen.

Die Sicherstellung der Volksernährung ist in unserem Lande besonders schwierig. Die Regierung wird die Interessen Sachsens an Reichsstelle mit größtem Nachdruck vertreten. Sie wird mit den schärfsten Mitteln gegen unberechtigte Zurückhaltung von Lebensmitteln, gegen Wucher und gewerbsmäßigen Schleichhandel einschreiten. Die Wohnungsnot soll durch Bereitstellung von Wohnungen und durch schleunigen Bau neuer Wohnungen bekämpft werden. Die Trennung der Kirche vom Staat ist durchzuführen. Den Religionsgemeinschaften wird volle Freiheit gewährt. Die Schule ist von politischer und kirchlicher Bevormundung zu befreien. Die Volksschule ist unter fachmännischer Aufsicht zur Einheitsschule auszugestalten. Bildungs- und Kunstinstitute sollen gefördert werden. Krongut ist für staatliche Zwecke, insbesondere für Volksbildung und Volksgesundheitswesen, zur Verfügung zu stellen. Die Verkehrsmittel, insbesondere die Eisenbahnen, sollen mit möglichster Beschleunigung ausgebaut und weiter ausgedehnt werden. Die Landwirtschaft bzw. Produktion bedarf der sorgsamsten Pflege zur Überwindung der ihr zugefügten Kriegsschäden. Die Rechtspflege ist zu modernisieren und zu demokratisieren. Es wird alsbald eine weitgehende Amnestie erfolgen, vornehmlich für Personen, die aus Notlage sich gegen Gesetze oder Kriegsverordnungen vergangen haben. Zur Deckung der Ausgaben sind die großen Vermögen und Einkommen, vor allem die Kriegsgewinne heranzuziehen. Die Beseitigung jedes auf Ausbeutung beruhenden Einkommens ist zu erstreben, desgleichen die Vergesellschaftung der dazu geeigneten kapitalistischen Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr.

Verwaltungsreformen grundsätzlicher Art bleiben vorbehalten. Für die Gemeinden ist volle Selbstverwaltung durchzuführen. Die bestehenden Gemeindevertretungen können zunächst im Amte bleiben. Für die Erneuerung der Gemeindevertretungen werden nähere Anweisungen demnächst erfolgen. Für die bisher ungünstig besoldeten Beamten und Staatsarbeiter wird sobald als möglich zum Ausgleich der bestehenden Teuerungsverhältnisse eine gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse erfolgen.

Zur Überleitung aus dem Kriege zum Friedensstand und zum neuen Aufbau des Wirtschaftslebens bedarf es des Aufgebots aller Kräfte. Vornehmlich haben die Organisationen der Arbeiterklasse ihr Äußerstes einzusetzen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Nur so kann das Gespenst des Hungers gebannt und eine bessere Zukunft angebahnt werden. Schwer ist die Not der Zeit. Jeder tue seine Pflicht. Ist die gefahrvolle Über-

gangszeit überstanden, dann wird das deutsche Volk vermöge der unvergänglichen Kräfte, die in ihm leben, in demokratisch-sozialistischer Entwicklung sich zu neuer Blüte entfalten. Vorwärts! Aufwärts!"

Dies weitschichtige Regierungsprogramm erfährt in dem Organ der Mehrheitssozialisten, der „Dresd. Volksztg." eine Kritik, worin es u. a. heißt:

„Die neue Regierung sagt nicht, daß sie keine Volksvertretung haben will. Völlig unerklärlich bleibt aber, daß diese wichtige Frage offen gelassen wird. Man kann Notwendigkeiten nicht dadurch beseitigen, daß man sie mit Schweigen übergeht. Gewiß hat man nicht die Absicht gehabt, den Kopf vor unabwendbaren Entscheidungen in den Sand zu stecken. Aber offenbar ist versucht worden, Streitfragen, über die keine Übereinstimmung zu erzielen war, unberührt zu lassen. Daraus aber kann leider geschlossen werden, daß die Regierungsmaschinerie an der entscheidenden Stelle öfter an einen toten Punkt kommen wird. Das ist aber in der heutigen Zeit der freiheitlichen Neugeburt unerträglich. Es erscheint uns nötig, auf diesen bedenklichen Punkt aufmerksam zu machen, um Abhilfe zu ermöglichen, die keinen Aufschub verträgt."

Am selben Tage tritt im Ständehaus zu Dresden eine Konferenz der Parteivertreter der unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens zusammen. Sie nimmt zunächst Stellung zur allgemeinen politischen Lage, wobei die Frage der Konstituante und der Einberufung der Internationale von den Vertretern eingehend besprochen wird. Beschlossen wird:

1. beim Parteivorstand die sofortige Einberufung eines Parteitages zu beantragen, um ihm die Auffassung der sächsischen Vertreter mitzuteilen, daß sie die Frage der Einberufung einer Konstituante gegenwärtig nicht für spruchreif halten,

2. daß sie Schritte des Parteivorstandes zur Einberufung der Internationale für unverzüglich notwendig halten,

3. daß die Agitation für die unabhängige Sozialdemokratie mit allen Kräften geführt werden muß.

19. November. Das Justizministerium veröffentlicht folgende Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen:

I. Erlassen sind die von sächsischen bürgerlichen Gerichten bis zum heutigen Tage rechtskräftig erkannten Strafen wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, ferner wegen Vergehen in bezug auf die Religion (§§ 166, 167 StGB.), wegen Beleidigung in den Fällen der §§ 196, 197 StGB., wegen einer mittels der Presse begangenen oder in dem Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 oder in dem Vereinsgesetz vom 19. April 1908 unter Strafe gestellten strafbaren Handlung.

Die Strafverfolgung bei sächsischen bürgerlichen Behörden wegen solcher bis zum heutigen Tage begangenen Straftaten ist niedergeschlagen.

II. Im übrigen sind die von den sächsischen bürgerlichen Gerichten bis zum heutigen Tage rechtskräftig erkannten Strafen erlassen, wenn die erkannte Strafe nur in Verweis, Haft, Festungshaft bis zu drei Monaten einschließlich, Gefängnis bis zu drei Monaten einschließlich oder Geldstrafe bis 600 Mark einschließlich allein oder in Verbindung miteinander besteht.

III. Hinausgehend über Nr. II wird Straferlaß bewilligt a) den Kriegsteilnehmern, b) den Ehefrauen und Witwen von solchen, c) den als kriegsbeschädigt anerkannten, also unter Gewährung von Rente entlassenen ehemaligen Kriegsteilnehmern, d) Personen, zugunsten deren die Strafvollstreckung infolge der Kriegsverhältnisse, z. B. wegen Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienste oder in der Heeresindustrie oder in der Landwirtschaft, seit mindestens zwei Jahren aufgeschoben oder unterbrochen gewesen ist.

1. Den Kriegsteilnehmern werden die vor oder während der Kriegsteilnahme von sächsischen bürgerlichen Gerichten bis zum heutigen Tage rechtskräftig erkannten Strafen erlassen, sofern die einzelne Strafe oder ihr noch zu vollstreckender Teil nur in Verweis, Geldstrafe bis zu 3000 Mark einschließlich, Haft, Festungshaft bis zu 1 Jahr einschließlich oder Gefängnis bis 1 Jahr einschließlich allein oder in Verbindung miteinander besteht.

2. Den Ehefrauen und Witwen von Kriegsteilnehmern, den als kriegsbeschädigt entlassenen ehemaligen Kriegsteilnehmern und den unter d genannten Personen werden die bis zum heutigen Tage von sächsischen bürgerlichen Gerichten rechtskräftig erkannten Strafen erlassen, sofern die einzelne Strafe oder ihr noch zu vollstreckender Teil nur in Verweis, Haft, Geldstrafe bis 1500 Mark einschließlich, Festungshaft bis 6 Monaten einschließlich oder Gefängnis bis 6 Monaten einschließlich allein oder in Verbindung miteinander besteht.

Bei den Ehefrauen und Witwen betrifft der Erlaß die vor oder während der Kriegsteilnahme des Mannes erkannten Strafen, bei den als kriegsbeschädigt entlassenen ehemaligen Kriegsteilnehmern die Strafen für Verfehlungen, die binnen der Frist eines Jahres nach der Entlassung von den Fahnen verübt worden sind, bei den Personen unter d die Strafen, deren Vollstreckung ausgesetzt worden ist. Der Erlaß ist bei den Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsteilnehmern und den unter d genannten Personen ausgeschlossen, wenn der Verurteilte vor oder nach der Bestrafung, welche den Erlaß betrifft, wegen eines Verbrechens oder Vergehens bestraft worden ist, das nicht unter I fällt.

IV. Weiter wird zugunsten der Teilnehmer an dem Kriege (III, a) die Niederschlagung von Strafverfahren bei bürgerlichen Behörden verfügt, soweit die Strafverfahren vor dem heutigen Tage und vor oder während der Einberufung zu den Fahnen begangene Übertretungen oder Vergehen oder nach §§ 244, 264 StGB. strafbare Verbrechen zum Gegenstande haben.

Bei Verbrechen tritt die Niederschlagung nur ein, wenn der Täter zur Zeit der Tat noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hat und es sich um den ersten strafbaren Rückfall handelt.

V. Ist in den Fällen II und III auf eine höhere Strafe erkannt, und ergibt sich nach den Feststellungen des Urteils, daß die Straftat unter dem Drucke der Kriegsnot begangen ist, so sind die Akten dem Justizministerium zur Herbeiführung einer Begnadigung vorzulegen.

VI. Ausgenommen von der Amnestie (Nr. I, II bis V) sind Vergehen nach der Verordnung vom 7. März 1918 gegen den Schleichhandel oder nach der Verordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preistreiberei, Verbrechen und Vergehen im Amte, sowie Vergehen des Verrats militärischer Geheimnisse; von der Niederschlagung (Nr. IV) überdies Vergehen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle.

Ferner sind von der Amnestie alle Verfehlungen ausgenommen, sofern die Straftat eine Gefährdung der behördlichen Verkehrsregelung (Rationierung) mit Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeizuführen geeignet ge-

wesen ist und die rechtskräftig erkannte Strafe in Freiheitsstrafe von mehr als einer Woche oder in Geldstrafe von mehr als 300 Mark besteht.

VII. Die zur Ausführung erforderlichen weiteren Anordnungen werden im Justizministerialblatt verkündet.

Der Volksbeauftragte für Justiz:
Dr. Gradnauer."

Am selben Tage treten in Dresden die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz zusammen, um einen Landes-Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden.

Nach dem von Leipzig herrührenden Plane soll jede der Kreishauptmannschaften Leipzig, Chemnitz und Dresden durch zehn Abgeordnete im Landes-Arbeiter- und Soldatenrat vertreten sein, während die Kreishauptmannschaften Bautzen und Zwickau ohne Vertretung bleiben sollen. Aus diesen beiden Bezirken liegen Proteste gegen dieses Verfahren vor, und die Vertreter der alten sozialdemokratischen Partei beantragen darauf, auch aus den Kreishauptmannschaften Bautzen und Zwickau je zehn Vertreter herbeizuziehen, wenigstens für die künftigen Sitzungen. Von unabhängiger Seite und darauf folgender Vorschlag gemacht:

„Die heutige Konferenz konstituiert sich als Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte für Sachsen.

Die Kreishauptmannschaften sind nach folgendem Modus vertreten: Dresden 10 Vertreter, Leipzig 10 Vertreter, Chemnitz 8 Vertreter, Zwickau 6 Vertreter, Bautzen 4 Vertreter.

In den Bezirken Dresden, Chemnitz, Zwickau, Bautzen ist die Parität zu beachten."

Die Vertreter der alten Partei verlangen daraufhin, daß die Parität auch für Leipzig gelte; wenn von den Räten in den übrigen Kreishauptmannschaften verlangt werde, daß sie die Zahl ihrer Vertreter halb zu halb auf beide Parteirichtungen verteilen, dann sei es unverständlich, warum Leipzig davon ausgenommen sein solle. Falls die Leipziger Unabhängigen aber nicht in die Parität willigen wollten, möge man sie auch für die anderen Kreishauptmannschaften nicht vorschreiben, sondern die Frage offen lassen, um spätere Klärung zu ermöglichen, und daher den betreffenden dritten Absatz streichen.

Der letztere Vorschlag wird mit 17 gegen 13 Stimmen angenommen. Absatz 3 wird also gestrichen, während Absatz 1 und 2 angenommen wird.

Darauf erklären die Unabhängigen, daß ihnen nun ein Zusammenarbeiten unmöglich erscheine. Auch ein weiteres Diskutieren wird von den Unabhängigen für zwecklos erklärt.

Trotzdem kommt es noch zu einer längeren Aussprache, in der die Vertreter der alten Partei einen letzten Versuch machen, eine Einigung und die Arbeitsfähigkeit der Zentrale herbeizuführen. Da die ersten beiden Absätze des von den Unabhängigen gemachten Vorschlages angenommen, mithin auch die Konstituierung der Zentrale beschlossen worden ist, so erklären sich die Vertreter der alten Partei damit einverstanden, daß in die Arbeiten eingetreten werde; sie beantragen aber, die Zusammensetzung der Zentrale für die Zukunft in folgender Weise zu regeln:

„An Stelle des gestrichenen dritten Absatzes soll bestimmt werden, daß sofort im Lande die Arbeiter- und Soldatenräte ihre Abgeordneten zur Zentrale nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht unter Anwendung der Verhältniswahl wählen sollen, nachdem auch die sofortige endgültige Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte nach demselben Wahlrecht erfolgt ist."

Gegen diesen Antrag stimmen die Unabhängigen; mit 17 gegen 13 Stimmen wird er angenommen. Darauf verlassen die Unabhängigen die Sitzung mit der Drohung, daß nun die Dinge über die Köpfe der Mehrheitssozialisten hinweg ihren Lauf nehmen würden.

Gegen dieses Verfahren nimmt der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei einmütig folgende Entschließung an:

„Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Sachsens weist darauf hin, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in den Kreishauptmannschaften Bautzen und Zwickau aufs äußerste darüber verstimmt sind, daß sie keine Vertretung in dem Landes-Arbeiter- und Soldatenrat erhalten sollen. Da diese Verstimmung sehr begreiflich und der Wunsch nach einer Vertretung des ganzen Landes bzw. aller Kreishauptmannschaften berechtigt ist, legt der Landesvorstand der maßgebenden Exekutive der Arbeiter- und Soldatenräte dringend nahe, eine der Volkszahl ihrer Bezirke entsprechende Anzahl von Vertretern der Kreishauptmannschaften Bautzen und Zwickau zuzuziehen oder den Arbeiter- und Soldatenrat auf neuer Grundlage so zusammenzusetzen, daß alle Teile darin vertreten sind."

Am gleichen Tage (19. November) treten die internationalen Kommunisten aus dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresdens nach scharfen Zusammenstößen mit den Sozialisten beider Richtungen aus und legen alle ihre Ämter nieder. Sie erklären in einem Manifest, die Revolution enthülle sich täglich mehr als ein großangelegtes und von den bürgerlichen Regierungen gewolltes und vorbereitetes Täuschungsmanöver zu dem Zweck, die kapitalistische Gesellschaft vor dem drohenden Untergang zu retten. Die Sozialisten beider Richtungen beteiligten sich daran und versuchten, den Kommunismus zu ersticken, der die einzige wirkliche Gefahr für den Kapitalismus sei. Die Kommunisten wollen nunmehr die revolutionäre Bewegung weiterführen, steigern und vollenden, mit anderen Worten, sie wollen eine neue Revolution herbeiführen.

20. November. Die Handelskammern, kaufmännischen und industriellen Verbände und Angestelltenorganisationen Sachsens richten nach eingehenden Verhandlungen an alle sächsischen Industriellen und Kaufleute, sowie an deren Vereine nachstehenden Aufruf:

„In Reih und Glied mit allen Volksgenossen haben unsere Angestellten in dem nunmehr hinter uns liegenden Weltkriege ihre volle Schuldigkeit getan. Ihnen mit verdanken wir den Schutz unserer Heimat. Tausende unserer Mitarbeiter sind gefallen, Tausende kehren verwundet zurück. Alle Heimkehrenden aber beseelt die Hoffnung auf angemessen bezahlte Berufsarbeit, als Grundlage wirtschaftlichen Daseins. Diese berechtigte Erwartung zu erfüllen, sehen die sächsischen Arbeitgeber als ihre vornehmste Aufgabe an. Die unterzeichneten Körperschaften und Verbände richten an alle Industriellen und Kaufleute die dringende Forderung, die nachstehenden Forderungen auch unter Zubutzen zu verwirklichen.

Wir erwarten von allen Beteiligten:

a) Wiedereinstellung der Angestellten, mit denen bei Kriegsausbruch ein Vertragsverhältnis bereits bestand. Besondere Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten, auch hinsichtlich ihres Arbeitsplatzes.

b) Keine Kündigung der gegenwärtig beschäftigten Angestellten, außer wenn die Kündigung zur Erfüllung der Wiederanstellungsverpflichtung unbedingt erforderlich ist.

c) Angemessene Bezahlung. Unbeschadet des Grundsatzes der individuellen Entlohnung und der Beachtung der noch zu vereinbarenden Mindestgehälter ist daran festzuhalten, daß wenigstens für diejenigen Angestellten, die im Frieden bis zu 5000 Mark Jahresgehalt hatten, als Untergrenze das Anderthalbfache des Gehalts gelten soll, das für den Angestellten oder für die in Betracht kommende Arbeitsleistung im Juli 1914 gezahlt worden ist. Die Zulagen in den Gehaltsstufen über 5000 Mark unterliegen besonderer Vereinbarung. Soweit höhere Gehälter gezahlt werden, darf keine Minderung vorgenommen werden.

d) Achtstündige Arbeitszeit und völlige Sonntagsruhe. Mindestens zweistündige Mittagspause.

e) Anerkennung der Berufsverbände und Benutzung ihrer Arbeitsnachweise.

f) Freiwilliger Verzicht auf die Anwendung der offenen und geheimen Wettbewerbsabrede.

Um Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der vorstehenden Punkte zu schlichten, werden wir für jeden Handelskammerbezirk einen paritätisch besetzten Schlichtungsausschuß unter einem unparteiischen Vorsitzenden errichten. Mit allem Nachdruck wiederholen wir unsere Aufforderung an alle sächsischen Arbeitgeber, die Erfüllung dieses Aufrufs auch mit geldlichen Opfern zu ermöglichen. Wir wollen mit Taten, nicht mit Worten danken.

Die unterzeichneten Angestelltenverbände richten an alle kaufmännischen und technischen Angestellten das eindringliche Ersuchen, innerhalb und außerhalb ihrer Arbeitsstätten mit allen körperlichen und geistigen Kräften für die Überführung der Volkswirtschaft in den Friedenszustand und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu wirken. Sie erklären, daß die Angestellten sich nach wie vor als Mitarbeiter ihrer Arbeitgeber betrachten und wie bisher bereit sind, im Rahmen des sächsischen Handels und der sächsischen Industrie ihr Wissen und Können für den Wiederaufbau Deutschlands einzusetzen.

Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zittau.
Verband sächsischer Industrieller, Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller, Zentralverband des deutschen Großhandels, Bezirksgruppen Chemnitz, Dresden, Leipzig.
Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Landesausschuß Sachsen, Deutscher Technikerverband, Arbeitsgemeinschaft weiblicher Verbände, Bezirk Sachsen."

22. November. Auf Grund reichsgesetzlicher Verordnung vom 12. November 1918 muß bis spätestens den 1. Januar 1919 die allgemeine achtstündige Arbeitszeit durchgeführt werden. Für die Republik Sachsen wird folgende besondere Verordnung erlassen:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte darf in fabrik- oder handwerksmäßig betriebenen Unternehmungen, Betriebswerkstätten von Staats- und Gemeinde-Unternehmen und im Handelsgewerbe 48 Stunden nicht übersteigen.

Soweit es sich um Arbeiter und Angestellte handelt, die nicht unter die genannten Kategorien fallen, sind die zuständigen Berufsorganisationen

(Gewerkschaften und Angestelltenverbände) berechtigt, Anträge auf Einführung der 48stündigen Maximal-Arbeitszeit beim Arbeits- und Wirtschaftsministerium einzureichen.

2. Trotz Verkürzung der Arbeitszeit darf eine Verminderung des Verdienstes oder Gehaltes gegenüber dem Verdienste oder Gehalte bei bisheriger, in den einzelnen Industriezweigen oder sonstigen Betrieben geltender Normal-Arbeitszeit nicht erfolgen.

3. Neu in Beschäftigung Tretende erhalten mindestens den Verdienst oder Gehalt eines gleichwertigen Arbeiters (Arbeiterin) oder Angestellten (Angestellte).

4. Für Aussetz-Tage muß der volle Lohn oder Gehalt gezahlt werden.

5. Entlassungen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten dürfen bis zur endgültigen Regelung der gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge nicht erfolgen. Mit dem Eintritt der gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge sind Entlassungen nur möglich, wenn eine vorhergehende vierzehntägige Kündigung erfolgt ist. Der früheste Termin der Kündigung ist der Tag, an dem die gesetzliche Arbeitslosenfürsorge in Wirksamkeit tritt.

Soweit seit 9. November 1918 Entlassungen bereits erfolgt sind, muß den Entlassenen eine Entschädigung in Höhe eines Zweiwochen-Verdienstes nachgezahlt werden. Haben Entlassene anderwärts Arbeit gefunden, so ist ihnen nur für die arbeitslosen Tage Entschädigung zu zahlen.

6. Ausnahmen über Arbeitszeit, Lohnhöhe, Gehälter, Entlassungen und das Inkrafttreten dieser Verordnung sind nur zulässig, wenn solche mit den zuständigen Berufsorganisationen (Gewerkschaften, Angestelltenverbänden) in Verbindung mit den Arbeiter- und Soldatenräten vereinbart werden. Solche Vereinbarungen sind sofort den Gewerbeinspektionen anzuzeigen.

7. Werkvereine (sogenannte gelbe Organisationen) gelten nicht als Berufsorganisationen.

8. Unternehmer, die grob fahrlässig, absichtlich oder böswillig gegen vorstehende Verordnung verstoßen, gewärtigen Bestrafung und Entziehung des Verfügungsrechtes über ihre Betriebe.

9. Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte, die mit dieser Verordnung in Widerspruch stehen, treten außer Kraft.

10. Diese Verordnung tritt am 25. November 1918 in Kraft.

Dresden, den 22. November 1918.

Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium.

Volksbeauftragter Schwarz.

23. November. Über die Neuwahl der Stadtverordneten und Gemeinderäte ergeht folgende Bekanntmachung des Gesamtministeriums:

„Für die Wahl der Stadtverordneten und Gemeinderäte wird das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Stimmrecht aller Männer und Frauen eingeführt, die Deutsche sind, das 20. Lebensjahr vollendet haben und am Tage des Abschlusses der Wahllisten im Gemeindebezirk ihren wesentlichen Wohnsitz haben.

Personen des Soldatenstandes sind wahlberechtigt.

Der Bezug von Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln hat auf das Wahlrecht keinen Einfluß.

Die Wahlen finden nach dem Grundsatz der Verhältniswahl mit gebundenen Listen statt.

Niemand hat in der Gemeinde mehrfaches Stimmrecht, weder juristische noch physische Personen oder Personenvereine haben Anspruch auf Sondervertretung im Gemeinderate. Wählbar sind alle Wahlberechtigten. Die Zahl der zu Wählenden wird durch Ortsgesetz festgesetzt. Vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung sind, soweit vorstehend nichts anderes bestimmt ist, die für das Reichstagswahlrecht geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Die Form der Wahllisten kann ortsgesetzlich anders geregelt werden. Das Verfahren der Verhältniswahl regelt sich nach den Bestimmungen in §§ 10 bis 15 des Reichsgesetzes vom 24. August 1918 (R.-G.-Bl. Seite 1079). Wahlkommissar ist in Städten mit revidierter Städteordnung ein Mitglied des Stadtrats, im übrigen der Bürgermeister oder Gemeindevorstand. Das Recht der Gewählten zur Ablehnung oder Niederlegung des Amtes richtet sich nach den bisherigen Vorschriften. Im übrigen werden die Bestimmungen der Gemeindeordnungen über Zusammensetzung und Wahl der Stadtverordneten und Gemeinderäte aufgehoben.

In besonders kleinen Landgemeinden, wo die Bildung eines Gemeinderates undurchführbar erscheint, kann durch Ortsgesetz bestimmt werden, daß die Gemeindevertreter in Wegfall kommen. An die Stelle des Gemeinderates treten dann alle stimmberechtigten Gemeindemitglieder.

Der Wahltag muß ein Sonntag sein. Die Wahlzeit kann nur auf die Tagesstunden von 10 bis 6 Uhr festgelegt werden. Eine kurze Wahlfrist ist zulässig. Die zur Ausführung erforderlichen ortsgesetzlichen Bestimmungen sind ohne Verzug zu erlassen.

Die Neuwahlen müssen in sämtlichen Gemeinden spätestens bis zum 31. Dezember 1918 durchgeführt sein. Diese Bekanntmachung hat Gesetzeskraft und Geltung bis zum Erlaß eines Reichsgemeindewahlgesetzes.

Dresden, den 23. November 1918.

Das Gesamtministerium:

Buck. Fleißner. Geyer. Gradnauer. Lipinski. Schwarz."

23. November. Für Militärpersonen und Personen des Heeresgefolges ergeht folgender Amnestie-Erlaß:

„1. Es werden allen Militärpersonen und Personen des Heeresgefolges, die bis einschließlich 9. November 1918 von militärischen Disziplinarstellen und militärischen Gerichten des 12. A.-K. und stellv. 12. A.-K. verhängten disziplinarischen und gerichtlichen Strafen erlassen, soweit die Strafe oder der noch zu vollstreckende Teil nur in Verweis, Geldstrafe bis zu 150 Mark, Freiheitsstrafen bis 6 Monaten, sowie in Nebenstrafen, die noch nicht vollstreckt sind, besteht. Bei mehreren Strafen entscheidet die Gesamtstrafe.

Außerdem werden ohne Rücksicht auf die Strafhöhe von der Erlassung erfaßt: Alle Zuwiderhandlungen gegen den III. bis VI., XI. Abschnitt und die §§ 139, 141, 144 des Militärstrafgesetzbuches: Unerlaubte Entfernung und Fahnenflucht, Selbstbeschädigung und Vorschützen von Gebrechen, Feigheit, strafbare Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung, Falschmeldung, Wachvergehen, Entweichenlassen von Gefangenen, unvorsichtige Behandlung von Waffen, rechtswidriger Waffengebrauch, Trunkenheit, Mißbrauch des Beschwerderechtes.

2. Niedergeschlagen werden alle gegen Militärpersonen und Personen des Heeresgefolges bei Gerichten des 12. und stellv. 12. A.-K. anhängig gewordenen oder anhängig werdenden Strafverfahren wegen der bis zum 9. November 1918 begangenen strafbaren Handlungen, wenn entweder keinerlei höhere Strafe zu erwarten ist, als die in 1, erster Absatz angegebenen, oder wenn es sich um Straftaten von der in 1, zweiter Absatz bezeichneten Art handelt.

3. Wenn in Fällen, die von der Amnestie unter 1 und 2 nicht erfaßt werden, eine Amnestie angemessen erscheint, ist der unterzeichneten Stelle Bericht zu erstatten.

4. Die Ausführung der Amnestie liegt ob:

1. bei gerichtlichen Strafen dem Militärgericht erster Instanz;
2. bei Disziplinarstrafen dem Truppenteil."

24. November. Die Neuwahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden ergeben einen glänzenden Sieg der Mehrheitssozialisten, die 117566 Stimmen erhalten, während auf die Unabhängigen nur 8440 Stimmen entfallen. 2414 Stimmen sind ungültig. In Leipzig siegen dagegen die Unabhängigen.

26. November. Zur Ausführung der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 und der sächsischen Verordnung über die achtstündige Arbeitszeit vom 22. November 1918 ergeht folgende weitere Verordnung:

1. Für die Republik Sachsen muß, soweit nicht bereits geschehen, die Erwerbslosenfürsorge mit Montag, dem 25. November 1918 in Wirksamkeit treten. Gemeinden, die mit der Erledigung der Vorarbeiten noch im Rückstande sind, haben erstmalig am Sonnabend, dem 30. November 1918 die Erwerbslosenunterstützung in der Gestalt von Vorschüssen in Höhe des nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortslohnes auf Antrag auszuzahlen. Hierbei ist eine Wartezeit von einer Woche für die Erwerbslosen, mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer, zugrunde zu legen.

2. Die Erwerbslosenunterstützung ist auch an solche Arbeiter und Angestellte zu zahlen, die im Widerspruch mit Ziffer 5 der Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums, betreffend die Maximalarbeitszeit vom 22. November 1918, ohne Einhaltung einer vierzehntägigen Kündigung und ohne weitere Gewährung des Lohnes für diese Zeit entlassen worden sind. Die Gemeinden haben in diesen Fällen im Einvernehmen mit den Berufsorganisationen und den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten festzustellen, ob die Unternehmer nach ihrer wirtschaftlichen Lage tatsächlich außerstande waren, den Entlassenen den Lohn auf 14 Tage weiterzuzahlen. Ergibt sich, daß die Unternehmer hierzu in der Lage sind, so haben sie die Erwerbslosenunterstützung an die Gemeinden zurückzuzahlen, unbeschadet ihrer Verpflichtung, den überschießenden Teil des Lohnes an den Entlassenen noch auszuzahlen.

Ergibt die Feststellung, daß Unternehmer grob fahrlässig, absichtlich oder böswillig gegen die Verordnung vom 22. November 1918 verstoßen haben, so sind, gleichviel, ob die vorerwähnte Rückzahlung geleistet worden ist oder nicht, die Gemeinden verpflichtet, dem Arbeits- und Wirtschaftsministerium unter Beifügung der Unterlagen Anzeige zu erstatten.

3. Der früheste Termin der Kündigung im Sinne des § 5 der Verordnung vom 22. November 1918 ist Montag, 25. November 1918.

Dresden, 26. November 1918.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.
Volksbeauftragter Schwarz."

27. November. In Dresden findet die erste öffentliche Versammlung des Soldatenrates und des neugewählten Arbeiterrates von Groß-Dresden statt.

Nach einer kurzen Eröffnungsrede Neurings wird zunächst das Präsidium gewählt, das aus fünf Köpfen besteht. Erster Vorsitzender wird auf Grund einstimmiger Wahl der frühere Vizepräsident Fräßdorf. Den Ausschußmitgliedern wird eine Sitzungsentschädigung, die für die Stunde 2 Mark bis höchstens 14 Mark täglich betragen soll, zugebilligt. Es sollen wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags, Sitzungen stattfinden, die bis auf besondere Fälle öffentlich sein sollen.

Nach weiteren geschäftlichen Regelungen regt Dr. Gradnauer an, eine Zentralgewalt aller sächsischen Arbeiter- und Soldatenräte zu schaffen, die für das ganze Land bindende Entschlüsse und Verordnungen erlassen könne, um so endlich Ordnung und Einheitlichkeit herbeizuführen. Er erinnert an den Vertretertag der Arbeiter- und Soldatenräte von Chemnitz, Leipzig und Dresden vom 19. November, der durch die Unnachgiebigkeit der Leipziger Vertreter in der Paritätsfrage gescheitert sei. Den Bemühungen Gradnauers und Heldts bei Haase in Berlin ist es gelungen, ein gewisses Einlenken der Leipziger Autokraten zu erreichen. Durch die Rede Gradnauers wird eine sehr erregte Auseinandersetzung zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten entfaltet, an der sich in der Hauptsache Lipinski, Uhlig, Nitzsche, Geyer und Fleißner beteiligen. Die Ausführungen der unabhängigen Sozialdemokraten lassen klar erkennen, daß sie unter allen Umständen versuchen wollen, die Mehrheit in dem Landesrat zu erreichen, ohne aber das Volk durch Wahl nach seiner Meinung zu befragen. Schließlich einigt man sich dahin, daß Leipzig seine bisherigen Vertreter in den Landesrat entsenden soll, für Chemnitz und Zwickau paritätische Zusammensetzung und für Dresden das Verhältnis der neuen Wahlen gelten sollen, während Bautzen einen Vertreter nach einem beliebigen Wahl- oder Ernennungsverfahren bestimmen könne.

Das Arbeitsgebiet des Landesrats umreißt ein einstimmig angenommener Antrag dahin, daß er bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die dringenden Aufgaben zu erledigen hat, die die Regierung für unaufschiebbar hält. Noch einmal drohen die Geister aufeinander zu platzen, als Grötzsch einen Antrag für möglichst baldige Wahlen zur Nationalversammlung einbringt. Nach kurzer, aber heftiger Aussprache wird der Antrag Grötzsch mit allen gegen 12 Stimmen angenommen.

Am selben Tage erläßt das Gesamtministerium folgende Bekanntmachung über die weitere Tätigkeit der Gemeindevertretungen bis zu deren Neuwahl und über die Befugnisse der A.- und S.-Räte:

1. Zur Bekämpfung der steigenden Gefahren, die der Volkswirtschaft und der Nahrungsmittelversorgung drohen, ist eine geordnete Fortführung der behördlichen Geschäfte unbedingt erforderlich.

Die bisherigen Gemeindeverwaltungen müssen daher so lange bestehen bleiben, bis nach der Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 28. November 1918 auf Grund von Neuwahlen die neuen demokratischen Gemeindevertretungen zusammengetreten sind.

Den örtlichen A.- und S.-Räten kann eine Befugnis zur vorzeitigen Auflösung der Gemeindevertretungen nicht eingeräumt werden. Ihnen stehen nur die Kontrollrechte zu, die durch die Revolution auf sie übergegangen und in der Verordnung des Gesamtministeriums vom 18. November 1918 über die Fortführung der Dienstgeschäfte näher bestimmt sind. Stellen sich Gemeindevertretungen, denen vorläufig noch ihre Befugnisse belassen sind, der Durchführung der Anordnungen der Volksbeauftragten entgegen, so

haben die A.- und S.-Räte das Recht der Beschwerde beim Volksbeauftragten für das Ministerium des Innern, der das Nötige verfügen wird. Die Entschließung muß unbedingt den Volksbeauftragten an den Zentralstellen vorbehalten bleiben.

2. Die Neuordnung der Bezirksausschüsse und Bezirksversammlungen erfolgt organisch mit der Verwaltungsreform. Bis dahin ist gemäß der Verordnung vom 18. November 1918 auch bei diesen Körperschaften nur die Kontrolle durch Zuziehen von Mitgliedern des am Sitz der Amtshauptmannschaft gebildeten A.- und S.-Rates auszuüben.

3. Ebenso haben alle Eingriffe in die bestehende Ordnung von Kirche und Schule so lange zu unterbleiben, als die Neuordnung der Verhältnisse, die vorbereitet wird und u. a. die Trennung der Kirche vom Staat bringen soll, nicht gesetzlich durchgeführt ist.

Insbesondere haben die A.- und S.-Räte keine Befugnis zur Entsetzung von Richtern, Lehrern und Beamten. Beschwerden gegen solche Personen werden die Volksbeauftragten unverzüglich und unter Vorbehalt der Entschließung über vorläufige Amtsentsetzung prüfen.

Gesamtministerium."

28. November. Der vorläufige Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens wird durch folgende Bekanntmachung auf den 3. Dezember einberufen:

„Die Entwicklung der Revolution, die Gegenströmung und die Not der Stunde gebieten die Berufung des provisorischen Landesrats der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens für Dienstag, den 3. Dezember, vormittags 11 Uhr nach dem Saale der ehemaligen Ersten Ständekammer im Landtagsgebäude zu Dresden. Die am 19. November abgehaltene erste Sitzung des Landesrats billigte einstimmig, daß der Landesrat aus den A.- und S.-Räten der Kreishauptmannschaften gebildet werden soll. Es entfallen auf die Kreishauptmannschaften Bautzen 4, Chemnitz 8, Dresden 10, Leipzig 10 und Zwickau 6 Vertreter. Der provisorische Landesrat soll nur die dringenden Aufgaben erledigen, die die Regierung für notwendig hält. Den Kreishauptmannschaften Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau steht das Recht zu, die seitherigen Vertreter zu entsenden. Dem Kreise Bautzen wird überlassen, nach eigenem Ermessen Vertreter zu delegieren. Die Tagesordnung der Landesratssitzung umfaßt:

1. Bericht der Regierung.
2. Die Reichskonferenz der A.- und S.-Räte.
3. Die Aufgaben der örtlichen A.- und S.-Räte.

Wir ersuchen um Beschickung der Landesratssitzung.

Dresden, den 28. November 1918.

Die Volksbeauftragten:

Buck, Fleißner, Geyer, Gradnauer, Lipinski, Schwarz."

Mehrfache Wünsche aus der Mitte der Gemeinden haben das Gesamtministerium veranlaßt, die Bekanntmachung vom 23. November 1918 über die Wahlen zu den Gemeindevertretungen in einigen Punkten abzuändern. Sie wird deshalb aufgehoben. An ihre Stelle tritt folgende Bekanntmachung:

Für die Wahlen der Stadtverordneten und Gemeindevertreter wird das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Stimmrecht aller Männer und

Frauen eingeführt, die Deutsche sind, das 20. Lebensjahr vollendet haben und am Tage des Abschlusses der Wählerlisten im Gemeindebezirk ihren wesentlichen Wohnsitz haben.

Personen des Soldatenstandes sind stimmberechtigt.

Der Bezug von Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln hat auf das Stimmrecht keinen Einfluß.

Die Wahlen finden nach dem Grundsatze der Verhältniswahl mit gebundenen Listen statt.

Niemand hat in einer Gemeinde mehrfaches Stimmrecht. Weder juristische noch physische Personen oder Personenvereine haben Anspruch auf Sondervertretung im Gemeinderate.

Wählbar sind alle Stimmberechtigten.

Die Zahl der zu Wählenden wird durch Ortsgesetz festgesetzt.

Das Verfahren der Verhältniswahl regelt sich nach den Bestimmungen in §§ 10 bis 15 des Reichsgesetzes vom 24. August 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1079). An Stelle der Bestimmungen in §§ 7 bis 9 dieses Gesetzes tritt ortsgesetzliche Regelung. Auch im übrigen sind vorbehältlich späterer gesetzlicher Regelung die für das Reichstagswahlrecht geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit vorstehend nichts anderes bestimmt ist. Jedoch können Fristen und Formen, die das Reichstagswahlrecht vorschreibt, durch Ortsgesetz abweichend geregelt werden.

Wahlkommissar ist in Städten mit revidierter Städteordnung ein Mitglied des Stadtrates, im übrigen der Bürgermeister oder Gemeindevorstand.

Das Recht des Gewählten zur Ablehnung oder Niederlegung des Amtes richtet sich nach den bisherigen Vorschriften. Im übrigen werden die Bestimmungen der Gemeindeordnungen über Zusammensetzung und Wahl der Stadtverordneten und Gemeinderäte aufgehoben.

In besonders kleinen Landgemeinden, wo die Bildung eines Gemeinderates undurchführbar erscheint, kann durch Ortsgesetz bestimmt werden, daß die Gemeindevertreter in Wegfall kommen. An die Stelle des Gemeinderates treten dann alle stimmberechtigten Gemeindemitglieder.

Der Wahltag muß ein Sonntag sein. Die Wahlzeit umfaßt die Tagesstunden von 9 bis 8 Uhr. Ihre Abkürzung durch Ortsgesetz ist zulässig.

Die zur Ausführung dieser Bekanntmachung erforderlichen ortsgesetzlichen Bestimmungen sind ohne Verzug zu erlassen. Wo zurzeit die Stadtverordneten oder der Stadtgemeinderat oder der Gemeinderat aufgelöst sind, ist in Städten mit revidierter Städteordnung der Stadtrat, im übrigen der Bürgermeister oder der Gemeindevorstand befugt, die erwähnten ortsgesetzlichen Bestimmungen nach gutachtlichem Gehör von Vertretern bestehender örtlicher Arbeiter- und Soldatenräte zu erlassen.

In allen Gemeinden müssen die Neuwahlen spätestens am 9. Februar 1919 stattfinden. Frühere Wahlen sind zulässig.

Die Stadtverordneten und Gemeindevertreter, die sich zurzeit im Amte befinden, haben dieses bis nach Durchführung der Neuwahlen fortzuführen.

Diese Bekanntmachung hat Gesetzeskraft und Geltung bis zum Erlaß eines Reichsgemeindewahlgesetzes.

Dresden, am 28. November 1918.

Das Gesamtministerium.

Buck, Fleißner, Geyer, Gradauer, Lipinski, Schwarz.

Württemberg.

6. November. Sämtliche Minister reichen ihre Entlassung ein. Der König nimmt von dem Gesuch Kenntnis und ersucht die Minister, ihre Ämter bis zu der in Aussicht genommenen Neubildung des Staatsministeriums weiter zu verwalten.

7. November. Der König enthebt den Präsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten Dr. Frhr. v. Weizsäcker, den Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens Dr. v. Fleischhauer und den Staatsminister der Justiz Mandry ihrem Ansuchen gemäß ihrer Ämter und betraut den Oberregierungsrat Liesching, Mitglied der Zweiten Kammer, mit den Geschäften des Präsidenten des Staatsministeriums, des Staatsministers der Justiz und des Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten, Politische Abteilung, den Regierungsdirektor Dr. v. Hieber, Mitglied der Zweiten Kammer, mit den Geschäften des Staatsministers des Kirchen- und Schulwesens, den Generalstaatsanwalt Dr. v. Kiene, 1. Vizepräsidenten der Zweiten Kammer, mit den Geschäften des Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, und den Privatdozenten Dr. Lindemann, Mitglied der Zweiten Kammer, mit den Geschäften des neu zu errichtenden Ministeriums für Demobilisation. Der Staatsminister des Innern Dr. v. Köhler und der Staatsminister der Finanzen Dr. v. Pistorius werden in ihren bisherigen Ämtern bestätigt.

8. November. Das Rücktrittsgesuch des Kriegsministers v. Marchtaler wird gleichfalls genehmigt.

Der Arbeitsausschuß der sozialdemokratischen Partei und der Vereinigten Gewerkschaften geben eine Erklärung aus, worin unter Hinweis, daß eine deutsche Nationalversammlung unter Einschluß Deutsch-Österreichs zur Schaffung einer neuen Verfassung zusammentreten soll, folgende Forderungen aufgestellt werden:

Die Durchführung der republikanischen Staatsverfassung. — Allgemeines, gleiches, geheimes, direktes Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde auf der Grundlage der Verhältniswahl für alle über 20 jährigen Staatsangehörigen. — Abschaffung der Ersten Kammer und aller auf Besitz und Geburt beruhenden Vorrechte. — Neuwahl der Parlamente. — Schleunige Herbeiführung des Friedensschlusses, Abrüstung und Auflösung des stehenden Heeres. — Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur. — Freilassung aller aus politischen und disziplinären Gründen inhaftierten Zivil- und Militärpersonen. — Aufhebung der Hilfsdienstpflicht. Durchführung aller von den Gewerkschaften verlangten Maßnahmen für die Übergangswirtschaft, sowie des sozialistischen Programms von Partei und Gewerkschaften. — Tilgung der Kriegsschulden durch restlose Erfassung der Kriegsgewinne und große allgemeine Vermögensabgabe.

Unterzeichnet ist die Erklärung u. a. von den sozialdemokratischen Abg. Heymann, Keil, Mattutat.

9. November. Der König und das Ministerium erlassen folgenden Aufruf:

„Das neue Ministerium, das sich auf dem Vertrauen der bewährten Volksvertretung aufbaut, ist gebildet und hat die Regierung übernommen. Der König hat in Übereinstimmung mit diesem neuen Ministerium die Einberufung einer konstituierenden Versammlung angeordnet. Sie soll durch allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahl der württembergischen Staatsangehörigen über 24 Jahre beiderlei Geschlechts gebildet werden. Ihre Aufgabe soll sein, unserm Staat eine den Bedürfnissen der neuen Zeit genügende Verfassung zu geben. Der König spricht aus, daß seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung sein wird, wie er auch bisher seine Aufgabe einzig darin erblickt hat, dem Wohl und dem Wunsche seines Volkes zu dienen. Wir richten an das ganze Volk die dringende Mahnung und Bitte, in diesen Tagen der schweren Not des Vaterlandes Besonnenheit zu bewahren, um Ruhe und Ordnung zu schaffen, die unser Volk vor dem tiefsten Elend, vor den Gefahren der Hungersnot und dem Einbruch der Feinde in unser Land bewahren werden.

(gez.) Wilhelm. Liesching. Kiene. Lieber.
Lindemann. Pistorius. Koehler."

Im Augenblick der Vereidigung des Ministeriums Liesching finden auf dem Schloßplatze zu Stuttgart Kundgebungen der Sozialdemokratie beider Richtungen und der vereinigten Gewerkschaften statt, wobei Abg. Keil der Hauptredner ist und hervorhebt, daß in wenigen Tagen schon in ganz Deutschland die soziale Republik bestehen werde. Es schließt sich ein Demonstrationszug durch die Stadt an. Währenddessen dringen Soldaten in das königliche Palais ein, erklären den König für abgesetzt und verlangen, daß die königliche Standarte niedergeholt und die rote Flagge gehißt werde. Dies verweigert der König, läßt jedoch die Hausstandarte niederholen und begibt sich dann nach Schloß Bebenhausen. Im Laufe des Tages bildet sich ein Arbeiter- und Soldatenrat und abends eine neue vorläufige Regierung, die folgenden Aufruf erläßt:

„An das württembergische Volk! Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen. Die Republik ist erklärt.

Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab, und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.

Seine nächste Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General v. Ebbinghaus mit seinem Offizierkorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung.

Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.

Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen.

Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder aufzunehmen.

Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Ämter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsorgane.

Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorsorge getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat.

Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun.

Freies Versammlungs- und Vereinsrecht ist für alle Zivil- und Militärpersonen gewährleistet.

Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet.

Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Stockungen eintreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sämtlicher Erwerbsschichten aufs nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbieten brüderlichen Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen, dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeiführen zu helfen.

Stuttgart, 9. November 1918.

Die provisorische Regierung:

Vorsitz: Blos. Crispien. Auswärtiges: Blos. Inneres: Crispien. Arbeitsministerium: Lindemann. Finanzen: Talheimer. Kult: Heymann. Justiz: Mattutat. Kreig: Schreiner.

10. November. Das Ministerium Blos-Crispien wird vom Arbeiter- und Soldatenrat bestätigt.

11. November. Im „Staatsanzeiger" erscheint folgende Kundgebung der vorläufigen Regierung:

„Das am 8. November gebildete parlamentarische Gesamt-Ministerium hat seine Entlassung erbeten und erhalten.

Die Mitglieder der neuen Regierung haben die Geschäfte übernommen, und die gesamte öffentliche Gewalt liegt von nun ab in den Händen der provisorischen Regierung.

Die provisorische Regierung hat ihr in der Kundgebung vom 9. November gegebenes Versprechen erfüllt, geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranzuziehen, ohne Rücksicht auf deren politische oder religiöse Gesinnung. Es sind in die Regierung neu eingetreten die Herren Baumann für das Ernährungswesen, Kiene für die Justiz, Liesching für die Finanzen.

Das Verkehrswesen bleibt dem Ministerium des Auswärtigen unterstellt. Die obersten fachmännischen Leiter bleiben für die Eisenbahnen der Präsident der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Staatsrat Stieler, für das Postwesen der Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen Metzger.

Diese Gestaltung der Dinge ist erfolgt im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Nur Verfügungen, die von der Regierung und den zuständigen Ministerien ausgehen, haben Rechtskraft. Die bisher von anderen Stellen abgegebenen Ausweise verlieren sofort ihre Gültigkeit.

Alle Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch besondere Verfügung der Regierung geändert oder aufgehoben werden. Dies gilt insbesondere für alle die Bewirtschaftung der Lebensmittel regelnden Vorschriften.

Der Sicherheitsdienst wird von den bisherigen staatlichen und gemeindlichen Organen unter Mitwirkung von Soldaten ausgeübt. Die Soldaten folgen ausschließlich den Anordnungen des Leiters des Kriegswesens.

Eine ausgedehnte Amnestie wird in den allernächsten Tagen gewährt.

Die Umwälzung ist vorläufig vollzogen. Die friedliche Entwicklung muß das weitere Ziel sein. Pflicht aller Volksgenossen ist es, hierbei mitzuwirken und die gewaltigen Kulturaufgaben zu fördern, die nach den Zerstörungen des Weltkriegs vor uns stehen.

In erster Linie muß die strengste Ordnung gesichert werden, um die Städte und Industriegebiete vor dem Hungertode zu schützen. Das Land hat alle Veranlassung, eine geordnete Verpflegung der Städte und der zurückkehrenden Truppenmassen sichern zu helfen, da nur so ein regelloses Hinwegströmen über das platte Land mit allen seinen schlimmen Folgen verhindert werden kann.

Die schon heute herrschende Not wird durch das Zurückfluten Hunderttausender von Soldaten ins ungeheure gesteigert. Diese unerhörte Zwangslage nötigt zu sofortigen scharfen und weitgehenden Maßnahmen.

Der Ausgang des Krieges und nicht die politische Umgestaltung in Württemberg zwingt zu unvermeidlichen weiteren Einschränkungen.

Unternehmer und Arbeiter, Handwerker und Bauern müssen jeder Erschütterung der Volkswirtschaft, jedem regellosen Durcheinander mit allen Kräften vorbeugen!

Planmäßiges organisatorisches, friedliches und freiheitliches Zusammenarbeiten ist unsere Richtschnur. Setze jeder seinen Dienst und seine Arbeit in gewohnter Weise fort!

Die Soldaten in die Kaserne!
Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieb!
Die Beamten auf ihren Posten!
Die Handwerker in die Werkstatt!
Die Bauern an ihre Arbeit!
Für jeden Bürger gilt die Arbeitspflicht!

Die provisorische Regierung:
Blos. Baumann. Crispien. Heymann. Kiene. Liesching.
Lindemann. Schreiner.

Am selben Tage erfolgt eine Umbildung der bisherigen rein sozialistischen Regierung durch Aufnahme von drei Vertretern bürgerlicher Parteien in die provisorische Regierung. Damit tritt eine Beruhigung in bürgerlichen Kreisen ein. Von der bisherigen Regierung bleiben die Vertreter der Sozialisten Blos, Heymann, Dr. Lindemann und Schreiner, sowie der Vertreter der Unabhängigen Crispien. Als Vertreter der bürgerlichen Parteien treten in die Regierung ein Liesching (Volkspartei), Kiene (Zentrum) und Baumann (nationalliberal).

Am gleichen Tage erläßt der Aktionsausschuß der vorläufigen Arbeiterräte in Stuttgart folgenden Aufruf:

„Arbeiter! Beamte! Der provisorische Arbeiterrat hat den von ihm eingesetzten Aktionsausschuß beauftragt, die Neuwahlen zum Arbeiterrat durchzuführen.

Die Wahlen werden auf folgender Grundlage vorgenommen:

1. Wahlberechtigt sind alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Beamte beiderlei Geschlechts.

2. Auf 180 bis 500 Beschäftigte einen Delegierten, jede weiteren 500 ebenfalls einen Delegierten.

3. Betriebe unter 100 Personen melden sofort die Arbeiterzahl dem Aktions-Ausschusse des Arbeiterrats im Landtagsgebäude, Ausschußzimmer 1.

4. Die Wahlen in Betrieben mit über 100 Beschäftigten werden in den Betrieben vorgenommen, alle übrigen in den vom Aktions-Ausschuß einzuberufenden Versammlungen, die den einzelnen Betrieben noch bekannt gegeben werden.

5. Die Wahlen finden unter der Kontrolle des Aktions-Ausschusses statt.

Die Beamten und Angestellten werden ersucht, durch legitimierte Vertreter Dienstag nachmittags von 4 bis 8 Uhr mit dem Aktions-Ausschuß des Arbeiterrats in Verbindung zu treten.

Die Arbeiter-Ausschüsse werden gebeten, sich sofort mit dem Aktions-Ausschuß wegen des Zeitpunktes der Wahlen in Verbindung zu setzen.

Die Wahlen sind spätestens bis Freitag zu vollziehen.

Der Aktions-Ausschuß der provisorischen Arbeiterräte:
i. A.: Unfried. Schimmel. Zehner."

Gleichzeitig erlassen Rektor und Senat der Universität Tübingen folgende Erklärung an die Studentenschaft:

„Kommilitonen! In des Vaterlandes schwerster Stunde richten wir an Euch ein ernstes Wort. Von außen haben die Feinde uns überwunden, sie wollen unsere Vernichtung. Im Innern löst die alte Ordnung sich auf; und eine neue will sich erst bilden. Die Dinge sind in raschem Fluß, jeder Tag, jede Stunde kann Neues, Schweres bringen. Da gilt es, daß ein jeder von uns seine Pflicht kenne und ganz erfülle.

Kommilitonen! Wie immer Ihr die Wandlung, die sich vollzogen hat und noch vollzieht, empfinden möget, Eure erste Pflicht ist jetzt, ruhig zu sein. Das müßt Ihr schon um unserer Hochschule willen, der Ihr es schuldig seid, alles zu vermeiden, was ihr Schaden bringen könnte. Dringend bitten wir Euch: gebt keinen, auch nicht den kleinsten Anstoß dazu, daß die Zustände eine weitere Verschärfung oder Verwicklung erfahren. Auch dem Vaterlande dient Ihr am besten, wenn Ihr jetzt volle Ruhe und kaltes Blut bewahrt. Nur so könnt auch Ihr Euer Teil dazu beitragen, daß die Ereignisse bald wieder in friedliche Bahnen einlenken.

Kommilitonen! Eure oberste Pflicht ist heute keine andere als an jedem Tag. Sie heißt: Arbeiten! Bleibt bei der Arbeit, unverdrossen und unermüdet wie sonst. So werdet Ihr am besten dazu wirken, daß in die werdende neue Zeit recht viel von dem hinübergerettet werde, was an dem untergehenden Alten gut und schön war: deutscher Fleiß, deutsche Zucht und deutscher Geist."

Am selben Tage (11. November) erlassen die Fortschrittliche Volkspartei, die Zentrumspartei und die Nationalliberale Partei Württembergs folgenden Aufruf:

„An die Männer und Frauen Württembergs! Die Bedingungen des Waffenstillstandes sind eingetroffen und angenommen. Sie sind von einer

furchtbaren Härte, von einer drückenden Schwere, die wir verwinden und überwinden müssen. Wir erwarten, daß die Reichsregierung ihre Zusage erfüllt und schnellstens dem deutschen Volk den Frieden bringt. Die deutsche Nationalversammlung ist es, welche Wegrichtung und die Form zu bestimmen hat, in welcher das neue Deutschland regiert wird. Sie muß schleunigst gewählt werden und zusammentreten. Notwendig ist, daß die in die Heimat zurückkehrenden Truppen in Reich und Land von ihrem Bürgerrecht Gebrauch machen können und an den Wahlen teilnehmen.

In Württemberg hatte das Ministerium Liesching die Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung angeordnet. Durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl der württembergischen Staatsangehörigen über 24 Jahre beiderlei Geschlechts soll der Wille des Landes erkundet werden. Feierlich hat die Proklamation vom 9. November erklärt, daß die Verfassung den Bedürfnissen der neuen Zeit genügen muß und auf demokratischer Grundlage stehen soll. Wir richten an die provisorische Regierung die Aufforderung, sich zu den Rechten der konstituierenden Landesversammlung zu bekennen. Wir fordern sie auf, nicht nur Vereins- und Versammlungsfreiheit, sondern auch Pressefreiheit zu gewährleisten. Wir Württemberger haben nicht jahrelang im Reichs- und Landtag auf die Abschaffung der militärdiktatorischen Zensur gedrängt, um in den ersten Tagen des Freistaats einer noch schärferen und unerträglichen Beraubung der Pressefreiheit unterworfen zu werden.

Der König hat ausgesprochen, daß seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung sein wird. Diese loyale Erklärung entspricht der streng konstitutionellen Denkweise, welche der König während seiner ganzen Regierungszeit bekundet hat. Die konstituierende Landesversammlung, welche Volk und Heer, Männer und Frauen mit den Abgeordneten ihres Vertrauens beschicken werden, wird über die Zukunft unseres engeren Vaterlandes entscheiden. Wir, die unterzeichneten politischen Parteien Württembergs, erklären:

Wir sind fest gewillt und entschlossen, an dem Aufbau unseres Staates mitzuwirken. In die provisorische Regierung sind aufgenommen drei Vertreter der Mehrheitsparteien im Landtag und Reichstag. Wir sind daher bereit, die provisorische Regierung mit allen Kräften zu unterstützen, und rufen die Volksgenossen auf, dasselbe zu tun, solange das jetzige Regiment die Ordnung verbürgt, unsere bürgerlichen Freiheiten hochhält und Sicherheit der Person und des Eigentums mit kräftiger Hand schützt und verteidigt. Es darf keine Nebenregierung geduldet werden, welche die Verfügungen der Ämter durchkreuzt. Der Bolschewismus bedeutet den Ruin unserer Heimat.

Notwendig vor allem ist die ausreichende Ernährung des Volkes durch kluge und energische Erfassung und Bewirtschaftung der Lebensmittel. Die Sicherheit ist nur verbürgt durch bereitwillige Mitwirkung von Erzeugern und Verbrauchern. Den Gewerbetreibenden, den Bauern und den Arbeitern muß Verdienst und Arbeit erhalten und beschaffen werden. Wenn die Teuerung sich noch steigert und Hungersnot und Erwerbslosigkeit sich allenthalben verbreiten, so stürzt Stadt und Land ins Elend und Verderben. Wir richten an das Eisenbahnpersonal die dringende Bitte, wie seither mit aller Hingabe bis zum äußersten den geregelten Verkehr aufrecht zu erhalten. Das heimkehrende Heer, welches in furchtbarer Kriegszeit mit unvergleichlichem Heldenmut Deutschlands Grenzen geschützt hat, soll in der Heimat keinen Herd des Aufruhrs und der Verwirrung, sondern eine Stätte der friedlichen Ordnung finden!

Alle Männer und Frauen des Landes rufen wir auf zur geschlossenen Einigkeit! Von der Tatkraft aller hängt die Zukunft des Staates, seine Wirtschaft, seine Entwicklung und Freiheit und Leben eines jeden ab."

13. November. Der Vorsitzende der vorläufigen württembergischen Regierung Blos wendet sich mit folgender Erklärung an das württembergische Volk:

„Die deutsche Revolution hat sich vollzogen, und das Volk hat die Bahn für eine freiheitliche Neugestaltung der Dinge freigemacht. Überall bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte und sozialdemokratische Regierungen, um das große Werk der sozialen und wirtschaftlichen Neugestaltung Deutschlands gemeinsam in großem Stil durchzuführen. Die neue württembergische Regierung wird sich mit aller Entschiedenheit den andern neuen Regierungen in Deutschland, namentlich der Reichsregierung in Berlin, anschließen und gleichen Schritt mit ihnen halten. Sie wird mit den Arbeiter- und Soldatenräten bei diesem großen Werke einmütig zusammenwirken. Sie werden es nur bestens fördern, indem sie die Wünsche und Interessen des arbeitenden Volkes nachdrücklich zur Geltung bringen.

Die tiefgreifenden sozialen Reformen, die in Angriff zu nehmen sind, können nicht ohne engen Zusammenschluß mit den anderen Regierungen durchgeführt werden. Die große Nationalversammlung, die von der Reichsregierung einberufen werden soll, wird endlich die Einheit Deutschlands, die 1848 nicht erreicht werden konnte, zustande bringen. Die württembergische Landesvertretung wird dem Lande eine neue Verfassung bringen, die der historischen Entwicklung und der Eigenart des Landes entspricht. Das Zusammenwirken dieser beiden Körperschaften wird unserem Volke die politische und soziale Neugestaltung schaffen, die in den Forderungen der Zeit begründet sind.

Die großen politischen, sozialen, finanziellen und sonstigen Maßregeln, deren wir bedürfen, erfordern Zeit. Im Augenblick nehmen die Sorge für die Volksernährung und die mit dem Rückmarsch der Armee verbundenen Schwierigkeiten die Regierung in erster Linie in Anspruch. Die württembergische Regierung wird in kürzester Frist eine umfassende, in Vorbereitung befindliche Amnestie durchführen. Den Beschluß der Reichsregierung, betreffend die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, wird sie gleichfalls so rasch wie möglich zur Durchführung bringen. Der württembergische Gesandte in Berlin hat sein Amt niedergelegt. Die Geschäfte werden dort provisorisch fortgeführt, und es wird für einen geeigneten Ersatz gesorgt werden, damit die Verbindung mit der Reichsregierung gewahrt bleibt, nachdem Reichstag und Bundesrat, wie es scheint, zurzeit außer Wirksamkeit getreten sind. Die gegenwärtige Entwicklung der Dinge wird zu einem bisher nicht gekannten Zustand der Freiheit und Wohlfahrt des gesamten Volkes führen, wenn sie nicht durch Uneinigkeit gestört wird."

14. November. Finanzminister Liesching veröffentlicht im „Staats-Anz." einen Erlaß, worin es heißt:

„Die Umwälzungen der letzten Tage haben auch in Württemberg zur Bildung einer neuen, provisorischen Regierung geführt. Sie hat die Aufgabe, die Geschäfte des Landes weiterzuführen, bis eine aus allgemeinen, in tunlichster Zeitkürze vorzunehmenden Wahlen hervorgegangene Landesversammlung, die über die neue Verfassung des Landes zu beschließen hat, zusammengetreten ist.

Ich habe in dieser Regierung die Leitung des bisherigen Finanzministeriums mit allen diesem Ministerium bisher zustehenden Rechten und

zugewiesenen Pflichten übernommen und dieses Amt am 11. November angetreten. Die gegenwärtige Zeit ist eine überaus ernste. Die kommenden Tage und Wochen werden bei dem Zurückfluten ungezählter Truppen bei den jetzt schon bestehenden Schwierigkeiten der Ernährung und der Beförderung von Gütern aller Art, insbesondere von Kohlen, uns für die Aufrechterhaltung der Ordnung ungeahnte Schwierigkeiten bringen. Da ist es Pflicht aller bisherigen Beamten, auf ihren Posten auszuharren und in altgewohnter Pflichttreue und altbewährter Arbeitswilligkeit und Aufopferung daran mitzuhelfen, den Gang der Staatsmaschine möglichst in Betrieb zu halten und so daran mitzuwirken, daß das Schlimmste von unserem Land ferngehalten wird.

Ich erwarte daher von sämtlichen Angehörigen der mir unterstellten Verwaltung, daß sie ihre Pflicht auch unter der neuen Leitung aufs pünktlichste erfüllen. Auf der anderen Seite bin ich gewillt, den mir unterstellten Behörden Schutz gegen das Eingreifen unbefugter Stellen zu gewähren. Es ist im Interesse der aufs äußerste angespannten Finanzen des Landes notwendig, daß die Einnahmen des Staates weiterfließen, doch sollen bei Beitreibung von Steuern Härten vermieden werden."

15. November. Der „Staats-Anz." veröffentlicht folgenden allgemeinen Amnestie-Erlaß:

I. Erlassen werden alle von bürgerlichen Gerichten und Behörden Württembergs bis zum heutigen Tage rechtskräftig erkannten und noch nicht vollstreckten Strafen einschließlich der rückständigen Kosten, sofern die erkannte Strafe höchstens in Gefängnis bis zu einem Jahr, Festungshaft bis zu einem Jahr, Haft, Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder in Verweis, allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen besteht.

Strafen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen erkannt worden sind, werden ohne Rücksicht auf Art und Höhe der Strafe nachgelassen. Als politisch sind nicht nur die Verbrechen und Vergehen gegen §§ 80 bis 111 des Reichsstrafgesetzbuchs, sondern auch alle Straftaten anzusehen, die aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen verübt sind, ohne Rücksicht darauf, unter welchem rechtlichen Gesichtspunkt die Verurteilung erfolgt ist.

Ausgenommen von der Amnestie sind:

a) Strafen, die wegen Preiswuchers, vorsätzlicher Höchstpreisüberschreitung, Ketten- oder Schleichhandels in Höhe von mehr als zwei Wochen Gefängnis oder mehr als fünfhundert Mark Geldstrafe, allein, nebeneinander oder in Verbindung mit Nebenstrafen erkannt sind; b) Strafen wegen Landstreicherei und Gewerbsunzucht, neben welcher zugleich auf Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt ist; c) Freiheitsstrafen jugendlicher Personen, welchen bedingter Strafaufschub zuteil geworden ist; d) Strafen, die wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle (Steuerstrafen) erkannt worden sind.

Zuchthausstrafen, hinsichtlich welcher den Verurteilten bedingter oder einfacher Strafaufschub zum Zweck des Eintritts in das Heer gewährt worden ist, sind in Gefängnisstrafen von gleicher Dauer umgewandelt. Strafen, die nach ihrer Art oder Höhe auf Grund der vorstehenden Bestimmungen nicht erlassen sind, insbesondere auch Zuchthausstrafen, können durch Einzelgnadenerlaß der zuständigen Ministerien, denen in den geeigneten Fällen Einzelvorschläge zu unterbreiten sind, nachgelassen werden. Eine allgemeine Herabsetzung dieser Strafen ist in Aussicht genommen. Wegen

der Löschung der erlassenen Strafen im Strafregister sind Anordnungen im Benehmen mit den Regierungen der anderen Bundesstaaten in Aussicht genommen.

II. Niedergeschlagen werden alle in erster Instanz bei bürgerlichen Gerichten und Behörden Württembergs anhängig gewordenen oder noch anhängig werdenden Untersuchungen wegen solcher Straftaten, die bis zum heutigen Tage begangen und mit keiner schwereren Strafe bedroht sind als mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, Festungshaft bis zu fünf Jahren, Haft oder mit Geldstrafen, allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen. Untersuchungen wegen politischer Verbrechen und Vergehen in oben bezeichnetem Sinne werden, soweit nicht das Reichsgericht in erster Instanz zuständig ist, ohne Rücksicht auf Art und Höhe der angedrohten Strafe niedergeschlagen.

Von der Niederschlagung ausgenommen sind:

a) Untersuchungen wegen Preiswuchers, Höchstpreisüberschreitung, Ketten- und Schleichhandels; b) Untersuchungen wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle (Steuersachen). — Doch können hinsichtlich der hiernach ausgenommenen Strafsachen in den geeigneten Fällen Einzelanträge auf Niederschlagung den zuständigen Ministerien unterbreitet werden.

Eine Amnestie betr. militärgerichtlich erkannter Strafen und militärgerichtlich schwebender Untersuchungen in noch weiter gehendem Umfang wird im Anschluß hieran besonders erlassen.

Blos. Baumann. Crispien. Heymann. Kiene. Liesching. Lindemann. Schreiner.

Am selben Tage legt der bisherige Leiter des Kriegswesens Schreiner sein Amt nieder. An seine Stelle wird durch Entschließung der vorläufigen Regierung Vizefeldwebel Ulrich Fischer zum Minister des Kriegswesens ernannt.

Ebenfalls am 15. November fassen die Zentrumsfraktion der Zweiten Kammer des württembergischen Landtags und der Landesvorstand der württembergischen Zentrumspartei in einer gemeinschaftlichen Versammlung in Stuttgart folgenden Beschluß:

1. Die Versammlung empfiehlt, die gegenwärtige Regierung im Reich und im Land in ihren Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, zur Volksernährung und zur Demobilmachung zu unterstützen, soweit diese Maßnahmen allen Teilen des Volkes gerecht werden. 2. Die Versammlung fordert zur Durchführung dieser Maßnahmen a) die Schaffung örtlicher Volksräte, welche aus allen Berufsständen und allen politischen Parteien zusammengesetzt werden sollen; b) die Errichtung freiwilliger Volkswehren (Bürgerwehren). 3. Die Versammlung verlangt die alsbaldige Ausschreibung der Wahlen zu einer verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

16. November. Rektor und Senat der Technischen Hochschule Stuttgart richten folgenden Aufruf an die Studentenschaft:

„Eine tiefgehende Umwandlung unseres öffentlichen Lebens hat sich vollzogen. Es gilt, unter den so geschaffenen Verhältnissen an dem Aufbau eines neuen Deutschland mitzuwirken. Wie bisher wird auch fernerhin das wirtschaftliche Leben eine der wichtigsten Grundlagen unseres Volkstums bilden. Den Technischen Hochschulen, die vor anderen berufen

sind, die geistigen Arbeitskräfte für diese Entwicklung heranzubilden, sind damit unabsehbar große Aufgaben gestellt. Jetzt mehr denn je darf ihr Betrieb durch die Zeitereignisse nicht unterbrochen werden. Die aus dem Feld zurückkehrenden Kommilitonen sollen ihre Hörsäle geöffnet, ihre Lehrgänge in voller Tätigkeit finden. Halte darum ein jeder, unbeschadet seiner politischen Meinung oder Betätigung, an der von ihm selbst gewählten Arbeit fest! Und möge der Geist der Pflichterfüllung, den unser Volk in vier Kriegsjahren so glänzend bewährt hat, auch in der friedlichen Zukunft, die wir nahe vor Augen sehen, das Werk unserer Hände fördern!"

Der Kabinettschef des Königs richtet an den Vorsitzenden der vorläufigen Regierung Blos folgende Zuschrift:

„Unter Bezugnahme auf die Kundgebung des Königs vom 9. ds. Mts., wonach seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung der staatsrechtlichen Verhältnisse Württembergs sein werde, hat der König mich zu folgender Mitteilung ermächtigt: Um der provisorischen Regierung die Weiterführung der Geschäfte im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit des Landes zu erleichtern, will er alle diejenigen, die ihm in ihrem Diensteid Treue und Gehorsam geschworen haben, von den hierdurch seiner Person gegenüber eingegangenen Verpflichtungen entbunden haben."

17. November. Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs tritt in Stuttgart zusammen. Der Vorsitzende der vorläufigen Regierung Blos teilt darin mit, daß die Vorbereitungen für die Wahlen zur Landesversammlung demnächst eingeleitet und so gefördert werden sollen, daß die gesetzgebende Landesversammlung spätestens Anfang Februar werde zusammentreten können. Finanzminister Liesching verbreitet sich über finanzielle Fragen, namentlich soweit sie die Soldatenräte berühren. Auch Abg. Keil richtet eine Ansprache an die Versammlung. Die Beratungen selbst drehen sich in der Hauptsache um Organisationsfragen. Es wird ein Aktionsausschuß gebildet, der dem in drei Wochen wieder zusammentretenden Landes-Soldatenrat eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten und inzwischen die nötigen organisatorischen Vorbereitungen treffen soll. Der Soldatenrat lehnt mit allen gegen eine Stimme „Die rote Fahne" als sein amtliches Organ ab; er will die Errungenschaften der Revolution wahren und will auf unblutigem Wege die Fortführung der Umwälzung, die Erhaltung der Republik. Er lehnt die Extreme von rechts und links ab und will alle Kreise des Volkes zu ihrem Rechte kommen lassen. Er ist sich klar, daß ohne Handwerker, ohne Beamte, ohne Bauern die Staatsmaschine nicht im Gang gehalten werden kann, und er verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß der Regierungsapparat nicht ohne bürgerliche Mithilfe in Gang gehalten werden kann. Der Soldatenrat bekennt sich zum Reichsgedanken und lehnt jede Art von Partikularismus ab.

Am selben Tage nimmt ein in Stuttgart abgehaltener Parteitag der unabhängigen Sozialdemokraten Württembergs

einen Antrag des Ministers des Innern Crispien an, der die Einberufung eines Parteitages fordert, damit eine allgemeine Grundlage für die Stellung der Partei zur Revolution geschaffen werden kann. Sie betrachtet ihre Mitglieder, die der provisorischen Regierung angehören, als ihre Vertrauensleute und fordert von ihnen, daß sie im Sinne der Partei wirken und sie in ihrem Kampfe bis zur Errichtung der sozialen Republik von ihrer Position aus unterstützen. Angenommen wird ferner mit allen gegen 2 Stimmen ein Antrag Talheimer (Spartakusgruppe), wonach die Partei sich grundsätzlich auf den Boden der praktischen Richtlinien und des Aktionsprogramms des deutschen Spartakusbundes stellt. Dagegen wird ein weiterer Antrag Talheimers abgelehnt, der den sofortigen Austritt Crispiens aus der vorläufigen Regierung fordert und weiter verlangt, daß die Partei der Unabhängigen geschlossen zum Spartakusbund übertreten soll.

19. November. Die vorläufige Regierung veröffentlicht folgenden Amnestieerlaß auf dem Gebiete der Militärgerichtsbarkeit:

I. Erlassen sind: 1. Alle bis zum heutigen Tag einschließlich von Militärbefehlshabern verhängten und noch nicht vollstreckten Disziplinarstrafen. 2. Alle wegen militärischer Verbrechen und Vergehen bis zu 15 Jahren Zuchthaus, Gefängnis oder Festungshaft militärgerichtlich gegen württembergische Kontingentsangehörige erkannten und noch nicht oder nur teilweise vollstreckten Strafen einschließlich der Nebenstrafen mit Ausnahme der Dienstentlassung und der Degradation. 3. Alle wegen bürgerlicher Verbrechen und Vergehen bis zu 1 Jahr Gefängnis oder Festungshaft militärgerichtlich gegen württembergische Kontingentsangehörige erkannten und noch nicht oder nur teilweise vollstreckten Strafen einschließlich der Nebenstrafen mit Ausnahme der Dienstentlassung und der Degradation. 4. Alle militärgerichtlich gegen württembergische Kontingentsangehörige erkannten Arrest-, Haft- und Geldstrafen. Voraussetzung der Begnadigung in den unter Ziffer 2—4 erwähnten Fällen ist, daß spätestens am heutigen Tag ein rechtskräftiges Urteil oder eine rechtskräftige Strafverfügung vorliegt.

II. Niedergeschlagen sollen sein: Alle eingeleiteten oder noch einzuleitenden militärgerichtlichen Untersuchungen wegen bis zum heutigen Tage einschließlich begangener militärischer Straftaten, bezüglich bürgerlicher Straftaten, soweit sie mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu 5 Jahren, Haft oder Geldstrafe allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen bedroht sind. Ausgenommen von der Amnestie sind: 1. Strafen wegen Mißhandlung von Untergebenen. 2. Strafen wegen Bestechlichkeit i. S. des § 140 Mil.-St.G.B., wenn auf eine mehr als sechsmonatige Freiheitsstrafe erkannt ist. 3. Strafen, die wegen Preiswuchers, vorsätzlicher Höchstpreisüberschreitung, Ketten- oder Schleichhandels in Höhe von mehr als 2 Wochen Gefängnis oder mehr als 500 Mark allein, nebeneinander oder in Verbindung mit Nebenstrafen erkannt sind. 4. Untersuchungen, die wegen der unter 1, 2 und 3 erwähnten Verfehlungen eingeleitet oder noch einzuleiten sind.

III. Hinsichtlich der nach Vorstehendem von der Amnestie nicht betroffenen Fälle ist eine allgemeine Milderung der Strafen und Begnadigung in Aussicht genommen: Alle in Betracht kommenden Akten sind zu diesem Zweck unverzüglich dem Kriegsministerium vorzulegen."

Unterm selben Tage richtet die vorläufige Regierung folgenden Erlaß an den Justizminister:

„Die provisorische Regierung hat in ihrer Amnestie vom 19. d. Mts. eine allgemeine Herabsetzung der nach ihrer Art oder Höhe nicht unter die Amnestie fallenden Freiheitsstrafen in Aussicht gestellt. Demgemäß beauftragen wir den Justizminister, den in Betracht kommenden Verurteilten in weitem Umfang Strafermäßigung zuteil werden zu lassen. Dabei gehen wir davon aus, daß den zu zeitiger Zuchthausstrafe, zu Gefängnisstrafe von mehr als einem Jahr und zu Festungshaft von mehr als einem Jahr verurteilten Personen mindestens ein Viertel ihrer Strafzeit nachgelassen und auch den zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe oder zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilten Personen in geeigneten Fällen ein angemessener Strafnachlaß gewährt wird."

20. November. Herzog Albrecht von Württemberg verabschiedet sich von den Angehörigen der von ihm geführten Heeresgruppe D mit folgendem Aufruf:

„Kameraden! Nach 52 Kriegsmonaten voller Sturm und Entbehrungen kehrt Ihr jetzt in Eure Heimat zurück. Unbesiegt steht das Heer am Schluß des Krieges da, wenn wir auch nicht erreichten, wofür wir den gewaltigen Krieg führten — die volle Unversehrtheit unserer geliebten Lande und den restlosen Bestand der materiellen Güter, zum Wohle jedes Einzelnen. Das Schicksal hat es anders gewollt. Am Ende allein auf weiter Flur, bedrängt von einer Welt von Feinden, mußten wir einlenken. Aber hoch erhobenen Hauptes, nicht gebeugt, sondern stolz und aufrecht wollen wir Soldaten des Feldheeres in die Heimat zurückkehren. Hell strahlt Euer Ruhm in alle Welt und, wenn erst einmal später Euer Heldenmut, Euer Opfersinn für das gemeinsame Vaterland, die ganze Größe der drückenden Verhältnisse, unter denen Ihr und das Volk, eingeschlossen von allen Seiten, arbeitetet und ohne Murren aushieltet, klar vor aller Welt und aller Augen liegt, dann wird Euch die Geschichte willig den Lorbeer reichen, Euch, einem Heere, wie es unvergleichlicher in der Geschichte und in der Welt nie gewesen ist. Wir sind wohl niedergeworfen, mußten zurücktreten unter dem Zwang der Verhältnisse, aber wir sind nicht besiegt, nicht geschlagen von den feindlichen Armeen. Überall, wo wir nur mit annähernd gleichen Kräften auftreten konnten, wurde der Feind im Angriff oder in der Verteidigung geschlagen oder zurückgeworfen. Noch zuletzt hielt das deutsche Pflichtgefühl, der feste Wille, die geliebte Heimat zu schützen, der überwältigenden Übermacht stand. Das Heer mußte zurückweichen, aber es ward bis zuletzt von einer Welt nicht geschlagen. Dafür gebührt dem Heere, Euch Kameraden von der Heeresgruppe, die Ihr trotz Eurer Jahre meist als sorgende Familienväter es den Jungen an Opfermut stets völlig gleichtatet, der heiße Dank der Heimat, aber auch Eurer Führer, die mit Stolz an Eurer Spitze standen. Und nun den Kopf hoch, die Augen hell der Heimat zugewandt und frisch an die Arbeit zum neuen Aufbau. Und — wenn Ihr dereinst im Frieden Euere Arbeit tut, im Kreise Euerer Familie den aufhorchenden Kindern mit Stolz von Eueren Taten und den Taten des Heeres sprecht — dann haltet auch das Soldatenkleid weiter hoch, das Ihr in Ehren über vier Jahre trugt, in todesschweren Stunden und — unbesiegt von einer Welt von Feinden. Es grüßt Euch zum Abschied

Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe."

Zur selben Zeit finden im ganzen Lande sozialdemokratische Versammlungen statt, die folgende Entschließung annehmen:

„Die Versammlung steht auf dem Boden der Revolution. Sie betrachtet die provisorische Regierung als das oberste Organ der Republik Württemberg und ist entschlossen, diese Regierung mit allen Kräften zu unterstützen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind Organe der neuen Volksregierung, die die Errungenschaften der Revolution zu sichern bereit und verpflichtet sind, die Regierung bei der Durchführung all ihrer Maßnahmen im Interesse des Volkswohls zu unterstützen. Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich für die sozialistische Wirtschaftsweise. Diese Umwandlung der kapitalistischen Produktion kann jedoch nicht mit denselben Gewaltmitteln vollzogen werden, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft bisher gestützt hat, sie muß vielmehr durch Aufklärung und Erziehung der Völker zur sozialistischen Weltanschauung und durch internationale Verständigung erreicht werden. Die Versammlung lehnt deshalb die Bildung einer Roten Garde und die Diktatur als Kampfmittel zur Durchsetzung des sozialistischen Volksstaates ab."

27. November. Als erste der bürgerlichen Parteien Württembergs erscheint das Zentrum mit seinem Wahlaufruf auf dem Plane. Die Hauptpunkte lauten:

„Die Revolution in Württemberg hat die bisherigen verfassungsmäßigen Gewalten, und zwar sowohl die Monarchie als die Ständeversammlung, tatsächlich beseitigt. Zurzeit liegt die öffentliche Gewalt in den Händen einer provisorischen Regierung und der provisorischen Arbeiter- und Soldatenräte. Erst die bevorstehende verfassunggebende Landesversammlung wird über die endgültige Gestaltung der öffentlichen Gewalt entscheiden. Der König selbst hat am 9. November in einer feierlichen, von der rechtmäßigen Regierung gegengezeichneten Erklärung öffentlich verkündigt, daß er niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung der staatsrechtlichen Verhältnisse Württembergs sein werde. Die Landesversammlung wird daher ihre Entscheidungen in voller Freiheit zu treffen haben. Die politische Entwicklung in Württemberg wie in ganz Deutschland und im benachbarten Deutsch-Österreich läßt die Wiederherstellung der Monarchie als ausgeschlossen erscheinen. Jeder Versuch ihrer Wiederherstellung wäre gleichbedeutend mit der Heraufbeschwörung eines verhängnisvollen Bürgerkrieges. Angesichts der überaus gefährlichen, den Bestand der gesamten Staats- und Gesellschaftsordnung bedrohenden radikalen Strömungen fordert das Gebot der Gegenwart eine Staatsform, welche den Anschauungen der überwiegenden Mehrheit des württembergischen Volkes entspricht: die demokratische republikanische Staatsform, die in einer gesetzgebenden Körperschaft und einer parlamentarischen Regierung ihren Ausdruck findet.

Wir halten treu zum Reich und zur Heimat. Eine Verwandlung des Reichs in einen Einheitsstaat lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab: Württemberg muß in seiner Eigenart auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet als selbständiger Staat erhalten bleiben. Seine Selbstverwaltung in allen inneren Angelegenheiten darf nicht angetastet werden. Das System der in Berlin zentralisierten Kriegsgesellschaften, das während des Krieges nur allzuviel berechtigte Beschwerden hervorgerufen hat, muß so rasch wie möglich verschwinden.

Wir verlangen den Aufbau der Landesverfassung auf demokratischer Grundlage im Geiste einer hochsinnig erfaßten staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung. Allen ohne Unterschied des Geschlechts und ohne

Rücksicht auf das politische und religiöse Bekenntnis muß der ungehinderte Ausdruck ihrer Überzeugung in Wort und Schrift, sowie deren unbeschränkte Betätigung in Vereinen und Genossenschaften aller Art auf dem Boden des gemeinsamen Rechts gleichmäßig gewährleistet werden. Die Diktatur einer einzelnen Partei oder Parteigruppe oder einer Gesellschaftsklasse weisen wir aufs schärfste zurück.

Gesetzgebung und Verwaltung, ja das ganze öffentliche Leben in Staat und Gesellschaft muß von dem Geist eines lebendigen Christentums durchdrungen sein, wenn das Wohl des gesamten Volkes gesichert sein soll. Das einträchtige Zusammenwirken von Staat und Kirche ist heute notwendiger denn je. Wir treten deshalb allen Bestrebungen auf Trennung von Staat und Kirche entgegen. Wir fordern die Freiheit und staatliche Gleichberechtigung der Kirchen, auch aller Orden und Kongregationen und der kirchlichen Einrichtungen. Schwere Kämpfe stehen uns auf dem Gebiete der Schule bevor. Maßgebend für uns ist auf diesem Gebiet das elterliche Erziehungsrecht und das Recht der Kirche. Beide bedürfen eines durchgreifenden Schutzes. Daraus ergibt sich unsere alte Forderung der Aufrechterhaltung der konfessionellen Volksschule und der Gewährung rechtlicher Garantien für die Freiheit des Privatunterrichts. Wir verlangen Wahrung der landesrechtlichen Zuständigkeit für Unterricht und Erziehung auch für die schulentlassene Jugend. Der Aufstieg begabter Volksschüler in höhere Schulen ist durch staatliche Mittel zu fördern. Das Einjährig-Freiwilligen-System ist abzuschaffen.

Dringend zu wünschen ist ein freiheitlicher Ausbau der Rechtspflege im Sinn fortschreitender sozialer Gerechtigkeit und erhöhten wirtschaftlichen Schutzes gegen Wucher, unlauteren Wettbewerb und Schwindel aller Art; ferner fordern wir Zuziehung des Laienelements (Schöffen) zu den höheren Gerichten. Die Erhaltung und Stärkung eines lebenskräftigen Mittelstandes, der durch den Krieg am meisten gelitten hat, erachten wir für eine besonders dringliche Aufgabe. Für die Hebung und Wiederaufrichtung des Handwerkerstandes kommt ganz besonders die Zuweisung von Kapital, Rohstoffen und öffentlichen Arbeiten, sowie die Förderung des Lehrlingswesens in Betracht. Für die Landwirtschaft beantragen wir die Einführung einer berufsständischen Vertretung mit weitgehender Selbständigkeit, möglichste Förderung der Ertüchtigung des landwirtschaftlichen männlichen und weiblichen Nachwuchses, des Vereins-, Genossenschafts- und Kreditwesens, Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, Parzellierung unwirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes unter entsprechender Entschädigung, sowie wesentliche Einschränkung des Fideikommißrechtes zwecks Schaffung und Erweiterung von kleineren ländlichen Besitzungen. Der Arbeiter- und Angestelltenstand ist als gleichberechtigter Faktor in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung anzuerkennen. Wir fordern die Schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheit (Notstandsarbeiten), weitherzige Durchführung der neuen Bestimmungen über Erwerbslosenfürsorge, organischen Ausbau des Arbeitsnachweiswesens, Schutz der einheimischen Arbeiterschaft, Förderung des gewerblichen Einigungswesens, erhöhten Jugendschutz, Beschränkung der gewerbsmäßigen Beschäftigung verheirateter Frauen und Beibehaltung der Wochenhilfe. Von der württembergischen Regierung verlangen wir, daß sie den Ausbau der sozialen Gesetzgebung im Reich nachdrücklichst betreibt. Für die staatlichen Beamten und Unterbeamten, sowie für die Lehrer fordern wir eine den Bedürfnissen der Familie Rechnung tragende Besoldungspolitik, eine zeitgemäße Entwicklung des Dienstrechts, sowie eine freiheitliche Ausgestaltung des Disziplinarverfahrens und die

Einführung von Ausschüssen und Kammern, welche in allen Dienstfragen zu hören sind. Die Angestellten und Arbeiter in den Staatsbetrieben sollen mit den Arbeitern in Privatbetrieben in arbeitsrechtlicher Beziehung gleichgestellt werden und ein ausreichendes Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten.

Den weiteren Ausbau der Steuergesetzgebung, insbesondere des Einkommens- und Vermögenssteuergesetzes, nach sozialen Gesichtspunkten halten wir für geboten. Insbesondere ist die Familie und Kinderzahl noch mehr als bisher zu berücksichtigen. Eine restlose Erfassung der Kriegsgewinne ist schleunigst durchzuführen und der Steuerflucht wirksam entgegenzutreten. An der Sicherheit der Kriegsanleihen darf nicht gerüttelt werden.

28. November. Der geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen (deutschen) Partei Württembergs beschließt im Verfolg des ihm durch die Vertreterversammlung gewordenen Auftrages, die Einigung der liberalen Parteien herbeizuführen, den Beitritt der württembergischen nationalliberalen Partei als Gesamtheit zu der neuen demokratischen Partei.

Der „Schwäb. Merkur" bemerkt hierzu: „Im Dienste der Einigkeit des deutschen Bürgertums, der Vereinheitlichung des unheilvoll zersplitterten deutschen Parteiwesens ist hier ein wichtiger Beschluß gefaßt worden. Zu einem Teil mit zukunftssicherer Tatkraft, zu einem andern mit zwiespältigen Gefühlen werden die Mitglieder der nationalliberalen Partei den Abmarsch in das neue Parteilager antreten; viele werden den Entschluß zum Mitgehen mit dem Schwung voller Hoffnungen fassen, manche ihn aber auch schwer oder gar nicht sich abringen können. Der Eintritt ist so gedacht, daß die Organisationen der nationalliberalen Partei als solche, als Teilglieder der neuen Partei sich anschließen, es wird dabei damit gerechnet, daß auf diese Weise es am ehesten möglich sein werde, was vom Geist und politischen Gedankengehalt der alten nationalliberalen Partei noch lebensfähig, hinüberzuretten in die neue Partei und in die neue Zeit. Es wäre also nicht notwendig, vollständig von der alten »Deutschen Partei«, die im Jahre 1919 ihr 50jähriges Jubelfest hätte begehen können, Abschied zu nehmen. Aber mit der Zeit, mit dem Nachwachsen junger Geschlechter, wird sie wohl doch verschwinden, ebenso wie die »Volkspartei« älteren Andenkens."

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hildenbrand wird zum württembergischen Gesandten in Berlin ernannt.

30. November. Der König verzichtet auf den Thron und nimmt Namen und Titel eines Herzogs zu Württemberg an. An das württembergische Volk richtet er folgenden Abschiedsgruß:

„An das Württemberger Volk! Wie ich schon erklärt, soll meine Person niemals ein Hindernis sein für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen.

Geleitet von diesem Gedanken, lege ich mit dem heutigen Tage die Krone nieder.

Allen, die mir in 27 Jahren treu gedient oder mir sonst Gutes erwiesen haben, vor allem auch unsern heldenmütigen Truppen, die durch vier Jahre schwersten Ringens mit größtem Opfermut den Feind

vom Vaterlande ferngehalten haben, danke ich aus Herzensgrund, und erst mit meinem letzten Atemzuge wird meine Liebe zur teuren Heimat und ihrem Volke erlöschen.

Ich spreche hierbei zugleich im Namen meiner Gemahlin, die nur schweren Herzens ihre Arbeit zum Wohle der Armen und Kranken im bisherigen Umfang niederlegt.

Gott segne, behüte und schütze unser geliebtes Württemberg in alle Zukunft!

Dies mein Scheidegruß.

Bebenhausen, den 30. November 1918.

Wilhelm."

Die vorläufige Regierung fügt im „Staatsanzeiger" der Erklärung des Königs folgende Dankesworte bei:

„Die provisorische Regierung nimmt den Thronverzicht des Königs entgegen. Eine Thronfolge im Sinn des § 7 der württembergischen Verfassungsurkunde ist nach den durch die Umwälzung vom 9. November geschaffenen Verhältnissen ausgeschlossen.

Die provisorische Regierung dankt im Namen des Volkes dem Könige, daß er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und daß er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freiheitliche Entwicklung zu ebnen. Das württembergische Volk vergißt nicht, daß der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nächstenliebe stets edel und hilfreich gehandelt hat.

Stuttgart, den 30. November 1918.

Die provisorische Regierung.

Blos. Baumann. Crispien. Fischer. Heymann. Kiene. Liesching. Lindemann."

Der „Schwäb. Merkur" schreibt zum Thronverzicht des Königs: „Zu den ungezählten Diensten, die der König dem Lande erwiesen hat, hat er in der schwersten Zeit seines Lebens noch den weiteren, großen hinzugefügt, daß er, nachdem nun einmal die so vieles verschlingende Revolution auch über das Land Württemberg hereingebrochen war, seine Person zum Opfer gab für eine geordnete Weiterentwicklung der staatsrechtlichen Verhältnisse Württembergs. An diesem für den König wie für weite Kreise unseres Volkes schmerzlichen Abschiedstage verdoppelt sich das Gefühl des Dankes, den das Land seinem Könige schuldet, unter dessen väterlicher Regierung es sich 27 Jahre lang glücklich gefühlt hat, und nicht weniger seiner Königin, die in dieser langen Zeit ein Trost für alle Schwachen und Notleidenden gewesen ist."

Baden.

9. November. Veranlaßt durch die revolutionäre Bewegung in Nord- und Mitteldeutschland richtet der Großherzog folgenden Aufruf an das badische Volk:

„Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse im Reiche wende ich mich, gestützt auf die Überzeugung von der Unerschütterlichkeit des Vertrauensverhältnisses, das in Baden Fürst und Volk in guten und schlimmen Tagen vieler Jahrzehnte verbunden hat, heute unmittelbar an das badische Volk: Baden hat sich bisher der volkstümlichsten Einrichtungen im Reiche erfreut, sodaß hier am wenigsten Grund vorlag, zu übereilten Entschlüssen zu schreiten. Es ist aber mein fester Wille, in Anlehnung an die Entwicklung des deutschen Volksstaates den Landständen den Ausbau auch der badischen Verfassung und die Neugestaltung der Regierung in dem Sinne vorzuschlagen, wie er den Wünschen der überwiegenden Mehrheit des badischen Volkes entspricht. Der Landtag ist auf den 15. November 1918 einberufen. Mit der vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung wird dieser Landtag die Verfassungsfragen zu erörtern haben. Ich gebe mich der festen Hoffnung hin, daß das badische Volk, nachdem es die unendlichen Beschwernisse von vier Kriegsjahren mit Ruhe und Kraft ertragen hat, auch jetzt in den wenigen Tagen, die bis zum Zusammentritt der Landstände noch vergehen werden, Ruhe und Besonnenheit bewahren wird. Nur eine friedliche Entwicklung kann in dieser schwersten Zeit, die über das deutsche Volk gekommen ist, die künftige Wohlfahrt des Landes verbürgen.

Friedrich."

Am selben Tage fassen die Vertreter der nationalliberalen Partei den einstimmigen Entschluß, von der Regierung die sofortige Einführung des parlamentarischen Systems in Baden und die sofortige Einberufung des Landtages zu verlangen.

Der Großherzog erläßt einen neuen Gnadenakt, der allen denen zugute kommen soll, die unter dem schweren Druck der Kriegszeit aus Not, nicht aus Gewinnsucht oder niedriger Gesinnung, strafbare Handlungen begangen haben.

Gleichwohl bilden sich noch am selben Tage in allen badischen Städten Arbeiter- und Soldatenräte. Sämtliche Parteien fordern den Rücktritt des Großherzogs. Am

10. November früh beschließt der Aktionsausschuß des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrats die Ausrufung der Republik.

Von Karlsruhe aus wird die Bildung einer vorläufigen Regierung in folgendem Aufruf verkündet:

„An das badische Volk! Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Volksregierung für Baden gebildet hat, welche die Macht übernommen hat. Sie besteht aus folgenden Personen: Vorsitzender Anton Geiß, Landtagsabgeordneter in Mannheim, Ministerium des Auswärtigen Oberbürgermeister Dietrich-Konstanz, Ministerium für Sozialfürsorge Metallarbeiter Adolf Schwarz, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Mannheim, Ministerium für militärische Angelegenheiten Land-

Sturmmann Brümmer, Vorsitzender des Soldatenrates in Karlsruhe, Ministerium des Innern Dr. Ludwig Haas, Reichstagsabgeordneter in Karlsruhe, Ministerium der Finanzen Professor Wirth, Reichstagsabgeordneter in Freiburg, Ministerium der Justiz Rechtsanwalt Marum, Landtagsabgeordneter in Karlsruhe, Ministerium des Verkehrs Geschäftsführer Leopold Rückert in Karlsruhe, Ministerium des Unterrichts Stockinger, Landtagsabgeordneter in Pforzheim, Minister für Ernährungswesen Rechtsanwalt Trunk, Stadtrat in Karlsruhe, Minister für Übergangswirtschaft Arbeitersekretär Marzloff in Freiburg.

Die neue Regierung wird in einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgegangenen Nationalversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik, für Baden maßgebend werden soll. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft ein Bestandteil des Deutschen Reiches bilden. Wir fordern das badische Volk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten und die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in treuer Weise ihre Pflicht zu erfüllen. Die Soldaten werden aufgefordert, in die Kasernen zurückzukehren und den dienstlichen Anforderungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen sind. Nur wenn diesem Rufe Folge geleistet wird, ist es möglich, Ruhe und Ordnung und gute Verpflegung durchzuführen.

Der Soldatenrat: Brümmer, Weser.

Der Wohlfahrtsausschuß: M. Sauer, Ersing, Baschang, Rebmann."

An der neuen vorläufigen Regierung sind also die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Nationalliberalen, die Fortschrittler und das Zentrum beteiligt.

Der Großherzog läßt am selben Tage dem Soldatenrat und dem Wohlfahrtsausschuß von Karlsruhe folgende Mitteilung übermitteln:

„Der Großherzog begrüßt es lebhaft, daß nach Ihrer aller Ansicht Baden unter allen Umständen ein Bestandteil des Deutschen Reiches bleiben soll. Die Errichtung einer provisorischen Regierung lediglich durch in Karlsruhe wohnende Parteivertreter und Mitglieder des Soldatenrats vermag der Großherzog zwar als verfassungsmäßig nicht anzuerkennen, will jedoch in Anbetracht der durch die Zeitumstände geschaffenen besonderen Lage einen Widerspruch gegen die beabsichtigten Maßnahmen nicht erheben. Folgeweise nimmt der Großherzog lediglich Kenntnis von der Errichtung einer provisorischen Volksregierung und der Absicht der Berufung einer verfassunggebenden Versammlung. Der Großherzog gibt sich der Hoffnung hin, daß die provisorische Regierung ihr Ziel, unserer geliebten Heimat Ruhe und Ordnung zu erhalten, erreichen möge. Seine Königl. Hoheit haben geruht, die gegenwärtigen Minister in Gnaden ihrer Ämter zu entheben und in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen."

11. November. Ein Anschlag kommunistischer Elemente unter Anführung eines Matrosen Klumpp gegen das großherzogliche Schloß in Karlsruhe mißlingt, da der Arbeiter- und Soldatenrat rechtzeitig Sicherheitsmaßregeln getroffen hat. Klumpp und seine Genossen werden festgenommen.

12. November. Die vorläufige Regierung erläßt eine Bekanntmachung, worin vor Gewalttaten und Zuchtlosigkeit nochmals aufs schärfste gewarnt und betont wird, daß Ruhe, Sicherheit von Leben

und Eigentum und Ordnung allein unsere Rettung seien. Die nächste Aufgabe der Regierung sei die Sicherstellung der Verpflegung der Bevölkerung sowie die Fürsorge für einen geordneten Durchzug und für Verpflegung der zurückflutenden Truppen.

Das Großherzogspaar und Großherzogin Luise begeben sich nach Baden-Baden.

Die Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften erhalten Anweisung vom Justizminister, die Vollstreckung aller Geld- und Freiheitsstrafen wegen aus Not unter dem Druck der Kriegszeit und nicht aus Gewinnsucht begangener Straftaten einstweilen bis auf weitere Verfügung einzustellen.

Am selben Tage (12. November) erklärt der Soldatenrat in Karlsruhe mit allen gegen eine Stimme die Errichtung einer sozialistischen Republik Baden. Der Arbeiterrat schließt sich gegen 3 Stimmen diesem Beschluß an.

Im Gegensatz zum übrigen Lande hat in Mannheim die unabhängige Sozialdemokratie das Heft in der Hand und versucht von dort aus, die übrigen Soldatenräte und die vorläufige Regierung zu radikalisieren, ohne aber damit Erfolg zu haben.

13. November. Der Großherzog beauftragt den Staatsminister a. D. von Bodman, der vorläufigen Regierung folgende Erklärung zu übermitteln:

„Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses des badischen Landes sein, die die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verzichte ich auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Ich wünsche auch für den Fall, daß die provisorische Regierung es für ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsform schon vor der Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ihren Dienst weiterführen und daß niemand sich durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Badener Land!

Friedrich."

14. November. Die vorläufige Volksregierung erklärt hierzu:

„Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.

Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung.

Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.

Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919 gewählt. Sie tritt innerhalb 10 Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.

Die Wahl der Nationalversammlung findet nach dem gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, die am Tage der Wahl Badener sind."

Am selben Tage fassen in Karlsruhe die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte des ganzen Landes einstimmig folgende Entschließung:

„Die Soldaten- und Arbeiterräte erklären, daß nach der Kundgebung der badischen vorläufigen Volksregierung, wonach Baden eine freie Volksrepublik ist, sie hinsichtlich des zunächst liegenden Zieles befriedigt sind."

15. November. Die Fortschrittliche Volkspartei in Baden veröffentlicht ihren Wahlaufruf.

Die Partei erklärt sich für die badische Republik als ein Glied der deutschen Republik und Einbeziehung Deutsch-Österreichs. Im einzelnen wird verlangt: Beschränkung der Amtsdauer der vom Volk nicht bestätigten provisorischen Regierungen durch sofortige Wahl und Zusammentritt der Nationalversammlungen, nachträgliche Genehmigung der von den provisorischen Regierungen getroffenen Maßregeln durch die Nationalversammlungen, Einführung des Referendums und der Volksinitiative, volle Gleichheit vor dem Gesetze, volle Gewissensfreiheit, Achtstundentag, Verstaatlichung der dazu geeigneten wirtschaftlichen Betriebe, Aufteilung der Domänen, der Stammgüter und des Großgrundbesitzes zur Schaffung eines lebensfähigen Bauernstandes, Maßregeln von Staat und Gemeinde zur Bekämpfung der Wohnungsnot, Neuordnung des Finanzwesens unter schärfster Erfassung der Kriegsgewinne, der großen Einkommen, Vermögen und Erbschaften, würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten, der Kriegswitwen und -waisen.

Die Zentrumspartei veröffentlicht ebenfalls einen programmatischen Aufruf.

Den heimkehrenden Kriegern wird zunächst der Dank für ihre unvergleichlichen Leistungen ausgesprochen. Dann wendet sich der Aufruf mit aller Entschiedenheit gegen jene von Berlin ausgehenden Versuche, dem deutschen Volke die Diktatur einer Minderheit aufzuzwingen. Betont wird die Zugehörigkeit zum Reiche, innerhalb des Reiches wird volle Gleichberechtigung der Glieder verlangt. Die badischen Verfassungsfragen sollen durch die badische, frei gewählte Nationalversammlung entschieden werden. Bauern-, Bürger-, Beamten- und Frauenräte sollen sich bilden und gleiches Recht mit den Soldaten- und Arbeiterräten teilen, für die Ordnung sorgen und an der Neugestaltung mitarbeiten. In Steuerfragen wird die restlose Einziehung der eigentlichen Kriegsgewinne von mindestens 50000 Mark angefordert, durchgreifende Maßregeln verlangt, daß keine Vermögenswerte ins Ausland geflüchtet werden. Weiter wird gesagt, daß Monopole nicht zu umgehen sein würden. Im übrigen wird nur allgemein auf die Schwierigkeiten hingewiesen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, dem Mittelstand aufzuhelfen, die bedrohte Landwirtschaft zu heben, Beamte und Arbeiter befriedigend zu bezahlen, für die Opfer des Krieges zu sorgen, aber neben diesen Wunden die moralischen zu heilen, Verständnis für Recht und Gesetz zu schaffen, der Religion freie Bahn zu öffnen.

19. November. Die vorläufige Volksregierung betraut den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Zehnter (Ztr.), den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs Staatsrat Glockner (natl.), Rechtsanwalt Dr. Weil (Volksp.) und Rechtsanwalt Dr. Dietz (Soz.) mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Baden.

22. November. Der Großherzog verzichtet auf den Thron in folgender Kundgebung:

„An das badische Volk! Wie ich am 14. November 1918 erklärt habe, will ich kein Hindernis sein derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird.

Nachdem mir nun bekannt geworden ist, daß viele Badener sich durch den Treueid, den sie als Beamte, Soldaten oder Staatsbürger geleistet haben, in ihrem Gewissen gehemmt fühlen, bei der Vorbereitung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich so zu betätigen, wie sie es nach den tatsächlichen Verhältnissen und insbesondere nach der Lage im Reiche für geboten erachten, entbinde ich die Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueides und verzichte auf den Thron.

Diesen Verzicht erkläre ich mit der Zustimmung meines Vetters, des Prinzen Max von Baden, auch für ihn und seine Nachkommenschaft.

Mein und meiner Vorfahren Leitstern war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem, meinem letzten schweren Schritt. Meine und der Meinigen Liebe zu meinem Volke hört nimmer auf.

Gott schütze mein liebes Badener Land!

Schloß Langenstein, den 22. November 1918. Friedrich."

Die vorläufige Regierung erklärt hierzu am selben Tage:

„Großherzog Friedrich II. hat dem Throne entsagt. Er und seine Familie, ihre Freiheit, ihre Ehre und ihr Leben genießen den Schutz der badischen Republik.

Die Änderung der Staatsform in Baden ist die Folge der weltpolitischen und gesamtdeutschen Entwicklung. Der Großherzog hat im Interesse des badischen Volkes die Folgerungen aus der von ihm persönlich nicht verschuldeten Lage gezogen.

Das badische Volk anerkennt die Liebe zur badischen Heimat, die der Großherzog auch wieder in den Entschlüssen der letzten Tage betätigt hat. Es gedenkt der wirklich edlen Menschlichkeit der Großherzogin-Mutter und der Verdienste des Prinzen Max um die Demokratisierung Deutschlands und um die Gedanken der Völkerverständigung. Eine neue Zeit ist angebrochen. Alle Badener rufen wir auf zur Mitarbeit am Volke, für die Freiheit und das gleiche Recht. Vorwärts mit aller Kraft! Es lebe die Republik Baden!

Karlsruhe, den 22. November 1918.

Die badische vorläufige Volksregierung."

Am selben Tage findet in Mannheim eine Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens statt. Sie tritt dafür ein, die neue Regierung zu unterstützen, und fordert zugleich eine ausreichende Überwachung der Regierungshandlungen, besonders der unteren Verwaltungsorgane. Den Arbeiter- und Soldatenräten müsse die Möglichkeit zur Mitarbeit an der Landesverwaltung gegeben werden, und sie seien deshalb als parlamentarischer Körper auszubilden. Der Vertreter der vorläufigen badischen Regierung Marum sichert zu, die Wünsche der Arbeiter- und Soldatenräte hinsichtlich der Überwachung erfüllen zu wollen. Die Räte sollten einen Landesausschuß bilden, dessen Mitglieder zur Beratung zugezogen würden. Dann bittet der Minister die Räte, die Überwachung an der schweizerischen Grenze schärfer zu handhaben, um das Verschleppen von Kriegsgewinnen nach der Schweiz zu verhindern.

In einer Entschließung wird die Einberufung der Nationalversammlung bis spätestens März 1919 gewünscht. Weiter erklärt sich die Versammlung als Vorparlament der freien Volksrepublik. Dieses Vorparlament hat mindestens alle vier Wochen zu einer Vollsitzung zusammenzutreten; in dringenden Fällen kann es jederzeit einberufen werden. Dies muß geschehen, sofern die Errungenschaften der Revolution ernstlich gefährdet werden.

Der gewählte geschäftsführende Vollzugsausschuß setzt sich aus 11 Vertretern zusammen. Aus seiner Mitte wählt er einen engeren Ausschuß von drei Mitgliedern, der mit dem Sitz Karlsruhe in enger Fühlung mit der vorläufigen Regierung dergestalt zu amtieren hat, daß ohne seine Zustimmung keine grundlegende Handlung der vorläufigen Regierung erfolgen darf. Die vorläufige badische Regierung ist dem Vorparlament für ihre Handlungen verantwortlich. Als erste Kundgebung seines Willens erklärt das Vorparlament:

„Die Versammlung versichert die Volksregierungen in Karlsruhe und Berlin ihres Vertrauens und ihrer tatkräftigen Unterstützung und erwartet von ihnen auch weiterhin energische Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der seither unterdrückten und ausgebeuteten Volksschichten. Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung sollen an dem von der vorläufigen Regierung festgesetzten Termin (5. Januar 1919) stattfinden, sofern die Regierung ein geordnetes, wirklich demokratisches Wahlverfahren garantieren kann."

An den Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin wird folgendes Telegramm gerichtet:

„Wir verlangen in Gemeinschaft mit den Arbeiter- und Soldatenräten ganz Badens sowie den Soldatenräten unserer Heeresgruppe die Sicherung der Ziele unserer Revolution, die demokratisch-sozialistische Republik und die Einberufung der Nationalversammlung. Wir verwerfen jede Gefährdung der Verhandlungsfähigkeit der Reichsleitung mit Wilson. Ganz Süd-

und Westdeutschland werden dabei mithelfen. Wir protestieren gegen das diktatorische Vorgehen einzelner Gruppen. Wir haben Millionen Kameraden hinter uns."

20. November. Die vorläufige Regierung erläßt eine Verordnung, wonach ihre Verordnungen durch Unterzeichnung des Präsidenten der Volksregierung und des zuständigen Ministers, sowie durch Verkündung im Gesetzes- und Verordnungsblatt für Baden Gesetzeskraft erlangen. Der Präsident und der zuständige Minister können andere Mitglieder der Volksregierung mit ihrer Vertretung beauftragen.

24. November. Der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Badens hält in Karlsruhe eine Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zur Mannheimer Tagung vom 20. November, die sich zum Vorparlament erklärt hat. Nach lebhafter Erörterung, in der sich schwere Widersprüche hinsichtlich der Zuständigkeit der Mannheimer und der Karlsruher Tagung ergeben, einigt man sich dahin, die Mannheimer Tagung als Vorparlament anzuerkennen und ihre Beschlüsse sich auswirken zu lassen. Die entgegenstehenden Meinungen und Zuständigkeitsfragen sollen in engerer Aussprache geklärt werden.

27. November. Die nationalliberale Partei Badens erläßt folgenden Wahlaufruf:

„Gruß zunächst unseren Tapferen aus dem Felde. Unbesiegt und ungeschlagen betretet ihr die heimatliche Erde. — Aber ihr findet den alten Staat nicht wieder. — Über Nacht ist er aus den Fugen gegangen. Die Monarchien und ihre Regierungen wurden weggefegt. An ihre Stelle sind neue Machthaber getreten, die ihre Befugnisse aus der Tatsache der Umwälzung herleiten. Ausgehalten hat die Staatsmaschine, und die neue Staatsgewalt kann nur arbeiten, weil sie diese Staatsmaschine weiter benutzt. Der Oberbau des Staates aber fiel, weil er verantwortlich gemacht wurde für die Mißerfolge der äußeren Politik und des Krieges und für die bejammernswerte Tatsache, daß der Krieg vielen in der Heimat ein eigennütziges Erwerbsgeschäft geworden war. Daß der Gute an der Front sein Leben in die Schanze schlug für die Heimat, während der Schlechte zu Hause die Allgemeinheit aussog, mußte mit eiserner Notwendigkeit das Staatsgebäude ins Wanken bringen.

Darum setzen wir an die Spitze unseres Aufrufes die Wiedergutmachung. Der Staat muß einen Weg finden, den Vermögenszuwachs, der im Kriege erzielt wurde, wieder zum Staate zurückzuführen, um ihn zu verwenden zur Deckung der Schulden und zur Zahlung der Renten der Invaliden und der Hinterbliebenen der Gefallenen. Kleinbürgerliche Vermögen sind zu schonen.

Wir müssen in vielem umlernen. Wir haben uns in manchem getäuscht. Wir hoffen aber, und wir erwarten, daß unsere Freunde die derzeitige vorläufige badische Volksregierung unterstützen, welche das ernste Bestreben hat, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten.

Freiheit auf allen Gebieten wird von der neuen Strömung in Aussicht gestellt. Wir hoffen, sie wird eine wahre Freiheit sein, eine Freiheit der Meinungsäußerung, eine Freiheit der Organisation aller politischen Rich-

tungen, aller Berufsgruppen, insonderheit eine Freiheit des Koalitionsrechts der Arbeiter, nicht zuletzt eine Freiheit der Religionsübung. Wahre Religiosität muß im Volke unterstützt und gepflegt werden.

Freie Bahn dem Tüchtigen! fordern wir aus innerster Überzeugung. Die Schulgeldfreiheit und Lernmittelfreiheit ist einzuführen durch Landesgesetze.

Die Knebelung des Wirtschaftslebens, soweit sie sich auf untergeordnete Dinge erstreckt und daher mit Recht den Unmut der Bürger und Bauern im ganzen Lande hervorruft, ist zu mindern.

Der Staat darf aber nicht umgestürzt werden, weil sonst weder die Besitzenden, noch die Besitzlosen nach diesem Umsturz etwas besitzen. Er muß umgebaut werden. Daher Schaffung staatlicher Betriebe und staatlicher Monopole da, wo die Grundlagen dazu im heutigen Wirtschaftsleben vorhanden sind.

Für Baden steht in erster Reihe der staatliche Ausbau aller Wasserkräfte, die Übernahme der Elektrizitätswerke auf den Staat, die Versorgung des ganzen Landes durch ein einheitliches System elektrischer Leitungen.

An zweiter Stelle die Verstaatlichung des Berg- und Hüttenwesens, der Kali- und Kohlengruben. Auf den Staat können übergeführt werden die im Kriege entstandenen Kriegsindustrien, deren Fabriken ohnehin aus Kriegsgewinnen gebaut sind.

Die Sparkassen des Landes müssen durch eine zentrale Organisation miteinander verbunden werden. Die gewaltigen finanziellen Kräfte, über welche die Sparkassen in ihrer Gesamtheit verfügen, können durch ihre Zusammenfassung den Zwecken der Volkswohlfahrt viel stärker dienstbar gemacht werden, als das heute der Fall ist. Als ein den Banken gleichwertiges Institut kann eine solche Sparkassenbank in hervorragendem Maße die Volkswirtschaft befruchten und sie in vielem ablösen.

Grundlage allen Lebens ist die Landwirtschaft. Es ist unsere erste Sorge, daß die heimische Landwirtschaft genügend Erzeugnisse liefert zur Ernährung unserer Bevölkerung. Die Nutzbarmachung aller irgendwie noch verwertbaren Flächen in Baden, Unterstützung der Bauern in der Beschaffung von Düngemitteln, in der Melioration ihrer Grundstücke, in der Beschaffung von Maschinen ist ernsteste Pflicht des Staates. Die Mittel der Landwirtschaftskammer, welche sie im Kriege angesammelt hat, sind diesen Zwecken unter Kontrolle des Staates nach und nach zuzuführen. Die übermäßig großen Güter gehen auf den Staat über. Soweit in ihnen geeignetes Bauernland enthalten ist, sind daraus unzerstörbare, vererbliche Bauerngüter zu schaffen.

Der städtische Mittelstand, den der Krieg am schwersten mitgenommen und großenteils an den Bettelstab gebracht, muß im Interesse eines gesunden Staatswesens wieder auferstehen, das Handwerk die vor dem Kriege errungene vielversprechende Entwicklung wieder aufnehmen. Die Beschaffung der Rohmaterialien, insbesondere der in militärischen Beständen vorhandenen, obliegt den Organisationen der Handwerker. Den Beamten, den im Ruhestand Lebenden und den Witwen und Waisen sind ihre Ansprüche zu sichern.

Für den zahlreichsten Stand aber unserer Bevölkerung, für die Arbeiterschaft, ist eine gesunde Wohnungspolitik Voraussetzung eines gesunden Daseins. Alle soziale Sicherung der Arbeiterschaft hat keinen durchschlagenden Erfolg, wenn der Arbeiter und seine Familie nicht angemessen untergebracht und ihnen nicht ein Anteil am heimatlichen Boden und an der Natur gesichert ist. Hierzu ist nötig die Durchführung des Achtstundentages.

Die Frauen begrüßen wir als Mitbürgerinnen und Mitarbeiterinnen auf den Gebieten des Erwerbs- und Kulturlebens. Auch für sie anerkennen wir ein Recht auf Arbeit.

Wir sind Badener. Wir widerstreben allen Absichten, die darauf hinausgehen, aus Deutschland einen Einheitsstaat zu machen. Die glückliche und vielgestaltige Entwicklung unseres Reiches vor dem Kriege beruht auf der Eigenart seiner Stämme und auf der Kraft leistungsfähiger Bundesstaaten. Darum, Badener, wehrt euch dagegen, daß fremde Elemente, die ihr nicht kennt, sich anmaßen, euch zu kommandieren, sich in eure Angelegenheiten einzumischen. Die Ordnung unserer Angelegenheiten besorgen wir selbst.

Wir wissen aber, daß das Elend der deutschen Stämme und Völkerschaften erst aufgehört hat mit ihrer Zusammenfassung zur Reichseinheit, daß wirtschaftlich die Teile des Reiches nicht bestehen können und daher kulturell verkümmern müssen, wenn sie sich trennen. Darum stehen wir fest auf dem Boden des Reiches. Wir haben den Wunsch, unsere deutsch-österreichischen Brüder in diesem Reich als Mitarbeiter und Mitglieder begrüßen zu können. Wege zu beschreiten, die zu einer Gefährdung der Einheit des deutschen Reichs führen, lehnen wir ab.

Freunde unserer Sache! Es steht alles auf dem Spiel. Es gilt, in den nächsten Wochen und Monaten das neue Deutschland zu einem neuen Vaterland zu gestalten, zu einem Vaterland, an das wir nicht nur mit unseren wirtschaftlichen Interessen, sondern mit der vollen Liebe unseres Herzens gekettet sind. Gelingt dies, dann wird unser Volk aus der furchtbaren Erniedrigung der Gegenwart zu besseren Zeiten sich hindurchringen. Gelingt es nicht, so stürzt der Staat in sich zusammen; Leben und Eigentum verfällt dem Zufall; wirtschaftliches und kulturelles Dasein wird unmöglich.

Darum helft alle mit, den heutigen Staat am Leben zu erhalten und umzugestalten. Das Schadhafte an ihm muß weichen, aber die Grundlagen, die in ihm liegen, sind die alleinigen Grundlagen, auf denen ein neuer Staat und eine neue Zukunft aufgebaut werden kann. Darum: Auf zur Arbeit!"

Hessen-Darmstadt.

6. November. In der Zweiten Kammer teilt Abg. Reh (Fortschr. Volksp.) als Berichterstatter mit, in der Besprechung der Vertrauensmänner der Mitgliederversammlung dieses Hauses sei ein Beschluß gefaßt worden, wonach die Parlamentarisierung unverzüglich durchgeführt werden solle. Zunächst handele es sich um Änderungen der Verfassungsurkunde und des Wahlgesetzes zur Zweiten Kammer. Die Bestimmung, daß Abgeordnete nicht Minister werden könnten, ohne ihr Mandat zu verlieren, und die Bestimmung der Verfassungsurkunde, wonach Mitglieder des Ministeriums kein Stimmrecht ausüben könnten, soll aufgehoben werden. Der Verfassungsausschuß stellt zu diesem Zweck einen entsprechenden Initiativantrag, der Annahme findet. Die Sitzung wird dann vertagt, da über die weiteren Verfassungsanträge zwischen den Fraktionen noch Verhandlungen stattfinden sollen. Am

9. November werden die Beschlüsse über die Parlamentarisierung von der Zweiten Kammer endgültig angenommen, gewinnen aber keine praktische Bedeutung mehr, da bereits am

8. November abends die Soldaten des Truppenübungsplatzes und der Stadt Darmstadt einen **Soldatenrat gegründet haben.**

9. November. Im Landtagsgebäude zu Darmstadt konstituiert sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, dessen leitender Ausschuß aus fünf Zivilpersonen und sechs Soldaten besteht. Als Mitglieder werden gewählt: vier Sozialdemokraten alter Richtung und ein bürgerlicher Demokrat; Vorsitzender ist der Redakteur Knoblauch.

Das **Programm des Soldatenrates** lautet:

1. Der Soldatenrat erklärt Hessen-Darmstadt als eine freie sozialistische Republik, bis ein deutscher Republikstaat gegründet ist.
2. Sämtliche Truppenteile haben sich dem Soldatenrate zu unterwerfen und Gehorsam zu leisten.
3. Bisherige Offiziere und Chargierte werden als Vorgesetzte nicht mehr anerkannt. Die Truppen wählen ihre Führer selbst.
4. Für die Verpflegung und Löhnung werden Kommissionen gebildet. Vorläufig sind die Truppen von der alten Stelle zu verpflegen.
5. Die öffentliche Ordnung muß unbedingt aufrecht erhalten werden. Zuwiderhandlungen werden streng geahndet.
6. Das öffentliche Geschäftsleben erfährt keine Unterbrechung.
7. Die öffentliche Sicherheit wird durch Soldaten des Soldatenrates verstärkt, und sie haben mit fester Hand die Ordnung aufrecht zu erhalten.
8. Offiziere haben sämtliche Militär-Rangabzeichen abzulegen. Es ist ihnen freigestellt, sich der Bewegung anzuschließen oder ihren Abschied zu nehmen.
9. Alle Soldaten haben sich noch vorläufig als im Militärstande zu betrachten.

10. November. In einer weiteren Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wird **Hessen zur Republik** ausgerufen und der **Großherzog für abgesetzt erklärt.** Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Arbeiter und Bürger! Die Regierungsgewalt ist auf das Volk übergegangen. Es ist frei und mündig, um sein Schicksal selbst zu bestimmen. Soldaten, Arbeiter, Bürger! Schließt die Reihen! Ein freies Volk schafft seine freie Zukunft. In folgenden sieben Punkten faßt der Arbeiter- und Soldatenrat seine Ansicht zusammen:

1. Der sozialistischen Fraktion der bisherigen Zweiten Kammer wird die Bildung des Ministeriums übertragen.
2. Der von dieser gebildeten Regierung wird aufgetragen, binnen drei Tagen ein Gesetz zur Wahl einer Landesversammlung vorzulegen, das den Grundsätzen der Verhältniswahl entspricht. Wahlberechtigt soll jeder großjährige Hesse sein.
3. Großherzog Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großherzogtum als Republik erklärt. Die großherzoglichen Domänen verfallen dem Lande.
4. Alle Sonderrechte der Geburt und des Standes werden beseitigt.
5. Sämtliche im Großherzogtum bestehenden Fideikommisse sind aufzulösen.
6. Vollständige Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet.
7. Trennung von Kirche und Staat. Das Volk wird aufgerufen zur Tat. Die Vorgänge sind abgeschlossen, das Tor der Zukunft steht offen. Treter ein mit entschlossenem Geist und helft mit, den neuen Volksstaat stark und gesichert zu errichten."

11. November. Es bildet sich ein neues Ministerium, dessen Vorsitz Abg. Ulrich (Soz.) übernimmt. Er erläßt am selben Tage folgende Proklamation an das hessische Volk:

„Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat, als die von der Revolution proklamierten Träger der öffentlichen Gewalten, der bisherigen sozialdemokratischen Landtagsfraktion die Bildung des Ministeriums übertragen hat, hat sie nun diesen Auftrag übernommen. Die Fraktion geht dabei von dem Gedanken aus, daß die neue (provisorische) Regierung auch das Vertrauen der nichtsozialdemokratischen Bevölkerungskreise besitzen sollte. Darum ist sie bereit, bei der Bildung der neuen Regierungsgewalt auch Vertreter anderer Parteien, falls diese zur aufrichtigen Mitarbeit gewillt sind, in die Regierung mit aufzunehmen. Die Regierung soll ein Kollegialministerium sein und aus einem verantwortlichen Minister sowie Direktoren der einzelnen Ministerialabteilungen bestehen. Das Präsidium des Ministeriums und die oberste Leitung der Ministerialabteilung des Innern wurden dem Unterzeichneten übertragen. Über die Besetzung der anderen Ministerialabteilungen sind Verhandlungen im Gange. Die Wahlen zur konstituierenden Volkskammer werden sobald wie möglich in die Wege geleitet werden. Volksgenossen, das Programm der neuen Regierung heißt kurz: Volkswohlfahrt! Demokratie!

Die Freiheit, die nun dem Volke gewährleistet ist, legt dem Einzelnen auch die Pflicht zu Ordnung und Selbstzucht auf. In erster Linie muß die Ernährung des Volkes sichergestellt werden, denn nur so wird es möglich sein, den demokratischen Ausbau unseres Verfassungslebens zu vollenden. Die Erzeugung der Nahrungsmittel und deren Überführung in die Städte muß mit aller Kraft gefördert werden. Geschieht das nicht, so haben wir das Schlimmste zu erwarten. Hungersnot, Plünderung, Raub und Mord würden das grauenvolle Elend dieser Kriegszeiten verschärfen und verlängern. Dadurch würden aber die Ärmsten und gerade die Arbeiter am schwersten getroffen werden. Es muß daher alles geschehen, um die gerechte Verteilung der Lebensmittel zu sichern, wobei insbesondere völlige Unversehrtheit der Verkehrsmittel unerläßlich ist. Darum Volksgenossen, Arbeiter und Soldaten! Denkt alle daran!

Die Mithilfe im Sinne dieser Auffassung gilt dem Hessenlande wie auch unserem deutschen Vaterlande. Der sterbende Krieg darf nicht im Bürgerkriege eine Auferstehung finden. An alle Beamten und Behörden des Landes ergeht der Aufruf, auf ihrem Posten zu bleiben und nach wie vor ihre Pflicht zu erfüllen. Die neue Regierung ist sich bewußt, daß nicht alle Kreise des Volkes politisch und wirtschaftlich auf ihrem Standpunkt stehen. Sie hofft und erwartet aber, daß auch diese Kreise in ihrer Liebe zu unserem Volke mit ihr gemeinsam zu wirken bereit sind. Je allgemeiner die Mithilfe ist, um so leichter wird diese schwere Übergangszeit getragen und überwunden werden können. Die neue Regierung unterstützen heißt das Land vor der Anarchie bewahren. Jeder stehe auf seinem Posten furchtlos und unverdrossen zum Besten der Gesamtheit, dann wird und muß es gelingen, unser Volk aus diesen schweren Stunden einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Darmstadt, den 11. November 1918.

Der Ministerpräsident Ulrich."

Noch am selben Tage spricht die bisherige Regierung ihren Rücktritt in folgender Erklärung aus:

„Nachdem unsere Ämter von den Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates in Besitz genommen sind, ist es uns unmöglich, unsere Dienstgeschäfte weiterzuführen. Beim Verlassen des Amtes sprechen wir allen uns unterstellten Behörden und Beamten unseren aufrichtigsten und wärmsten Dank für die treue Pflichterfüllung aus, die sie stets bewiesen haben und mit der sie insbesondere während der Kriegszeit den verstärkten Anforderungen des Dienstes nachgekommen sind. Wir halten uns aber zugleich verpflichtet, im Interesse unseres geliebten Vaterlandes und der Aufrechterhaltung der Ordnung in Stadt und Land alle Behörden und Beamten darauf hinzuweisen, daß sie so, wie sie seither mit unseren Personen der Sache des Vaterlandes gedient haben, auch in Zukunft ihre ganze Kraft dem Staate zur Verfügung stellen.

Darmstadt, den 11. November 1918.

v. Ewald, Staatsminister und Minister der Justiz.
v. Hombergk, Minister des Innern.
Dr. Becker, Minister der Finanzen."

14. November. Ministerpräsident und Minister für Auswärtiges Ulrich ernennt aus den Kreisen der früheren Abgeordneten sechs Ministerialdirektoren: für die Finanzen Henrich, für die Justiz v. Brentano, für das Innere Dr. Fulda, für das Ernährungswesen Neumann, für das Arbeitswesen Raab und für das Schulwesen Prof. Urstadt. Drei davon sind Sozialdemokraten, zwei Fortschrittler, und einer gehört dem Zentrum an.

21. November. Unter dem Eindruck der Entwicklung in Berlin richtet die hessische Staatsregierung folgenden Protest an die Reichsregierung:

„Die hessische Regierung erhebt bei der Reichsregierung schärfsten Protest gegen die Ausschaltung der Einzelstaaten und gegen die Nichtberücksichtigung dieser Staaten durch den Erlaß von Gesetzen und Verordnungen. Die hessische Regierung verlangt unter allen Umständen schleunigste Einberufung der Nationalversammlung. Durch das Fortbestehen des gesetzlosen Zustandes wird der Reaktion in die Hände gearbeitet und andererseits die Gefahr vermehrt, daß die Entente sich in die innerdeutschen Verhältnisse einmischt und schließlich die Reichseinheit gefährdet wird. Wir wollen nicht an Stelle der glücklicherweise vernichteten preußischen Militärautokratie eine einseitige preußische Diktatur eintauschen."

Auf das Telegramm geht vom Reichskanzler Ebert folgende Antwort ein:

„Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reiches Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt oder eines Bundesstaates, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands."

Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat in Darmstadt beschließt, einen Funkspruch an alle süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu senden, worin

seinerseits im Gegensatz zu einer Klassendiktatur schleunigste Einberufung der Nationalversammlung verlangt wird. Andernfalls sollten die süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Räte gemeinsam mit den Regierungen die Einberufung in einer süddeutschen Hauptstadt veranlassen.

Mecklenburg.

5. November. Die „Mecklenburg. Ztg." veröffentlicht eine Bekanntmachung des Staatsministers Dr. Langfeld, wonach der Großherzog das Schweriner und Strelitzer Ministerium mit den Vorarbeiten zu durchgreifender Änderung der Landesverfassung betraut hat. Die neue Volksvertretung soll so aufgebaut werden, daß die Zweite Kammer sich nach dem Reichswahlrecht zusammensetzt, während die Erste Kammer aus ausgewählten Vertretern der bisherigen Stände des Dominiums und der organisierten Berufsstände bestehen soll.

7. November. In Schwerin bildet sich ein Arbeiter- und Soldatenrat.

8. November. Der Großherzog empfängt das Staatsministerium und Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates. Diese tragen ihre Wünsche wegen der Verfassungsänderung in Mecklenburg vor. Nachmittags 4 Uhr finden sich Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates und die Reichstagsabgeordneten Dr. Wendorff und Sivkovich zur Entgegennahme der Entschließung des Großherzogs ein. Im Sitzungssaale des Staatsministeriums verliest Staatsminister Dr. Langfeld folgende Entschließung:

„Nachdem uns von den Vertretern weiter Kreise der Bevölkerung dringende Wünsche wegen der politischen Neuorientierung des Landes kundgegeben worden, bestimmen wir hierdurch folgendes:

1. Soll sofort in Mecklenburg eine auf den Grundsätzen des parlamentarischen Systems beruhende Landesverfassung eingeführt werden, die eine Vertretung unseres Volkes durch die Kammer, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts gewählt wird, vorsieht.

2. Wir bewilligten den Mitgliedern unseres Staatsministeriums auf ihre Bitte die Entlassung aus ihren Ämtern in Gnaden.

3. Wir werden bald ein neues Ministerium bilden aus einer größeren Zahl von Angehörigen der in Mecklenburg vertretenen Parteien der Linken des Reichstags.

Gez. Friedrich Franz.

Gegengez. Langfeld, v. Blücher, v. Meerheimb."

Abg. Sivkovich wird vom Arbeiter- und Soldatenrat mit Weiterführung der Verhandlungen beauftragt und bildet am

11. November ein Staatsministerium mit dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Peter Stubmann, bisher Geschäftsführer des Vereins Hamburger Reeder, als Ministerpräsidenten.

14. November. Gemäß Beschluß des Ministeriums verzichtet der Großherzog für sich und sein Haus auf den Thron.

Sachsen-Weimar.

6. November. Das Ministerium reicht seine Entlassung ein, die vom Großherzog angenommen wird. Der Großherzog betraut das Ministerium mit Weiterführung der Geschäfte bis zu den Neuwahlen. Es soll dann ein Ministerium aus Volksvertretern gebildet werden.

7. November. Der Großherzog verzichtet auf das Vorrecht der Steuerfreiheit für sich, seine Familie und sein gesamtes Hofpersonal.

9. November. Auf Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates, der sich in der vorhergehenden Nacht in Weimar gebildet hat, verzichtet der Großherzog auf den Thron. Die Abdankungsurkunde lautet:

„Dem von den Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates ausdrücklich ausgesprochenen Wunsch, für mich und meine Familie auf den Thron zu verzichten, um dem drohenden Bürgerkrieg vorzubeugen, leiste ich Folge und erkläre, daß ich für mich und meine Familie für alle Zeit auf die Thronfolge in Sachsen-Weimar-Eisenach verzichte."

19. November. Die vorläufige Regierung erläßt eine Amnestie für Vergehen, die mit Strafe bis zu zwei Jahren Gefängnis oder 3000 Mark Geldstrafe geahndet sind.

Oldenburg.

10. November. Nachdem sich auch in Oldenburg ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hat, verzichtet der Großherzog auf den Thron.

Braunschweig.

8. November. Im Anschluß an sozialdemokratische Versammlungen vom Abend vorher bricht in Braunschweig der allgemeine Ausstand aus. Unter Vorantritt von Matrosen zieht eine große Menschenmenge mit roten Fahnen vor das Residenzschloß, wo sich der Herzog, die Herzogin sowie die Kinder des Prinzen Max von Baden befinden. Bewaffnete Matrosen dringen in das Schloß ein, holen die herzogliche Fahne herunter und hissen die rote Flagge. Bahnhof, Post und sämtliche Amtsgebäude werden besetzt, die Gefangenen befreit.

Der Herzog erläßt unter dem Druck der Ereignisse folgende Kundgebung:

„Nachdem ich durch Fühlungnahme mit den verschiedensten Bevölkerungskreisen die Überzeugung gewonnen habe, daß auch die letzten Vorschläge zur Umgestaltung des Landtagswahlrechts zur Erhaltung befriedigender Zustände im Herzogtum nicht geeignet sind, habe ich mich entschlossen,

der Landesversammlung die Streichung aller Sonderwahlen vorzuschlagen, sodaß das Reichstagswahlrecht die ausschließliche Grundlage des geplanten Gesetzes bildet.

Braunschweig, den 8. November.

Ernst August.

v. Wolff. Boden. H. Krüger."

Dieser Erlaß kann jedoch die Bewegung nicht mehr zum Stillstand bringen. Abends erscheint eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates im Schloß und legt dem Herzog Ernst August ein Schriftstück vor, des Inhalts, daß er für sich und seine Nachkommen auf den Thron verzichte. Nach kurzer Bedenkzeit unterzeichnet der Herzog. Das Schriftstück wird von den Ministern gegengezeichnet.

Nachmittags kommt es in Wolfenbüttel zu blutigen Zusammenstößen. Zwischen Artillerie und anderen Soldaten werden scharfe Schüsse gewechselt.

10. November. Der „Volksfreund", das republikanische Organ für Braunschweig und Umgebung, veröffentlicht einen Aufruf an alle, worin es programmatisch u. a. heißt:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat sieht es als seine Aufgabe an, im Braunschweiger Lande die Revolution restlos durchzuführen und die sozialistische Republik organisch aufzubauen. Vorbehaltlich der Zustimmung der aus neuen Wahlen hervorgegangenen Landesvertreter erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat das Land Braunschweig zur Republik. Damit sind alle herzogtümlichen Güter zum Eigentum der Republik erklärt und alle persönlichen Titel und Anrechte aufgehoben. Auf Grund eines neuen Wahlrechts werden alle mündigen Männer und Frauen des Landes an der Regierung teilnehmen. Der Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt alle Einrichtungen und Funktionen des vorhergehenden Staatsapparates und überträgt sie Volkskommissariaten. Alle Beamten und Angestellten im Lande haben weiter ihre Pflicht zu erfüllen. Alle Arbeiter werden zur wertschätzenden Arbeit zurückkehren. Alle Bebauer des Bodens werden das Land bestellen. Kein Blut soll den Sieg der Freiheit und des Rechtes besudeln. Ruhe, Selbstzucht und Besonnenheit des Volkes sind nötig.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Husar Ernst Schütz. Der Präsident der sozialistischen Republik Merges."

Sachsen-Meiningen.

10. November. Etwa 40 Soldaten der vor dem Schlosse in Meiningen versammelten militärischen Mannschaften dringen in das herzogliche Palais ein und fordern den Herzog auf, dem Thron zu entsagen. Dieser erklärt, daß er der Gewalt weiche, und unterschreibt ein ihm vorgelegtes Schriftstück mit dem Thronverzicht. Die Soldaten lassen darauf den Prinzen Ernst rufen und verlangen auch von ihm, daß er dem Thron entsage. Als er sich weigert, wollen die Soldaten den Prinzen verhaften, doch gelingt es dem Zureden eines Flügeladjutanten, sie von diesem Schritte abzubringen.

12. November. Im Landtag gibt die Linke die Erklärung ab, daß sie mit der bisherigen Regierung nicht mehr arbeiten wolle. Darauf gibt das Gesamtministerium seine Entlassung. Es wird ein neues Ministerium gewählt, das sich aus 3 Sozialdemokraten, 2 Liberalen und 2 Beamten zusammensetzt. In einer Volksversammlung wird Sachsen-Meiningen als Republik ausgerufen.

Am selben Tage danken Herzog Bernhard und Prinz Ernst endgültig ab. Prinz Ernst erhält fünf Millionen Mark Abfindung. Die Domänen werden als Staatsgut erklärt.

19. November. Das Ministerium verfügt einen weitgehenden Straferlaß, ausgenommen sollen davon nur Lebensmittel- und sonstiger erheblicher Kriegswucher sein.

Sachsen-Altenburg.

11. November. Der Altenburger Bürgermeister Wilhelm Tell wird vom Herzog an die Spitze der Staatsregierung berufen und zum Staatsminister ernannt. Er wird beauftragt, die neue Regierung zu bilden, nachdem Geh. Staatsrat Gerber und Göpel erklärt haben, aus dem Staatsdienste auszuscheiden.

14. November. Der Herzog entsagt dem Thron und begibt sich nach Schloß Hummelshain.

Sachsen-Koburg-Gotha.

9. November. In Gotha findet eine von mehreren tausend Personen besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Bock über die Forderung der Stunde spricht. Er verlangt Absetzung der Dynastie und Errichtung der sozialistischen Republik. Die Versammelten begeben sich darauf in geschlossenem Zuge vor das Staatsministerium, wo Bock und zwei Militärpersonen dem Staatsminister v. Bassewitz die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates übermitteln. Sie verlangen, daß der Minister einstweilen die Regierung weiterführen solle und daß der Landtagsausschuß einberufen werde. Weiter solle ein neuer Landtag einberufen werden, der über die Errichtung einer sozialen Republik entscheiden solle. Der Minister erklärt sich an seinen dem Herzog geleisteten Eid für gebunden, doch wolle er mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammen arbeiten und den Landtag sofort einberufen. Sollte er die Forderungen der Arbeiter und Soldaten nicht durchsetzen können, so werde er zurücktreten.

In Langensalza und Mühlhausen verläuft die Bewegung in ähnlicher Weise.

13. November. Herzog Karl Eduard verzichtet auf den Thron.

15. November. Alle Abgeordneten des Koburger Landtags treten für den Anschluß des Herzogtums Koburg an die Republik Bayern ein.

Anhalt.

6. November. Prinzregent Aribert empfängt die Vertreter der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie in Audienz, um die für die Parlamentarisierung der Regierung aufgestellten Forderungen der Mehrheitsparteien entgegenzunehmen.

Die Forderungen umfassen sofortige Umwandlung des Staatsministeriums in eine kollegiale Behörde mit sieben gleichberechtigten Mitgliedern, darunter drei Beamten, von denen einer mit dem Titel als Staatsminister den Vorsitz führt, und vier Vertretern der Landtagsmehrheit, nämlich einem Nationalliberalen, einem Fortschrittler und zwei Sozialdemokraten. Diese Parteivertreter bleiben in ihren bürgerlichen Berufen und erhalten für die Mitwirkung an den Staatsgeschäften lediglich eine Aufwandsentschädigung. Die jetzt dem Staatsministerium unterstellten Regierungsbehörden werden aufgehoben. Ihre Befugnisse werden auf das Staatsministerium und Kreisdirektionen verteilt. Das angekündigte neue Landtagswahlrecht ist sofort in engster Fühlung mit der Landtagsmehrheit auszuarbeiten und dem Landtag noch im Dezember vorzulegen; nach seiner Erledigung sind unverzüglich Neuwahlen vorzunehmen, und der neugewählte Landtag hat die zeitgemäße Umänderung von Gesetz und Verwaltung auszuführen.

Der Prinzregent stimmt diesen Forderungen zu.

7. November. Staatsminister Dr. v. Laue wird auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt; sein Nachfolger wird der Vorsitzende des Anhaltischen Ernährungsamtes, Kreisdirektor Geh. Regierungsrat Dr. Gutknecht in Zerbst, der sich bereit erklärt hat, unter den von den Mehrheitsparteien aufgestellten Bedingungen die Regierung zu übernehmen und in enger Fühlung mit diesen Parteien zu führen.

12. November. Der Prinzregent verzichtet für Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf den Thron, sowie für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerecht und legt die Regentschaft des Herzogtums nieder. Minister Dr. Gutknecht tritt zurück.

13. November. Die Regierungsgewalt geht auf einen Staatsrat über, der aus vier Sozialdemokraten, einem Nationalliberalen, einem Fortschrittler und einem bürgerlichen Demokraten besteht. Vorsitzender dieses Kabinetts, das den Charakter eines Liquidationsministeriums hat und den Übergang in die neue deutsche Republik herbeiführen soll, ist Abgeordneter Wolfgang Heine, der Vertreter des ersten anhaltischen Wahlkreises im Reichstage. Das Programm des Staatsrates lautet: Auflösung des Landtags, sofortige Ausschreibung

von Wahlen für eine verfassungsgesetzgebende Versammlung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für Männer und Frauen über zwanzig Jahre unter Anwendung des Verhältniswahlrechts.

Schwarzburg-Rudolstadt.

15. November. In einer außerordentlichen Sitzung des Landtages gibt der Staatsminister die Erklärung ab, daß Fürst Günther bereit sei, die Regierung niederzulegen, sobald die notwendigen Übergangsbestimmungen erlassen sein würden. Am

23. November erfolgt die formelle Abdankung des Fürsten.

Waldeck.

13. November. Fürst Friedrich verzichtet auf den Thron.

Reuß j. L.

6. November. Eine Vereinigung der Fürstentümer Reuß älterer und jüngerer Linie wird in einer von 16 Landtagsabgeordneten unterzeichneten Entschließung gefordert. Weiter fordern die Antragsteller eine Vereinheitlichung der Gesetzgebung und Verwaltung in den thüringischen Staaten, sowie eine großzügige Grenzberichtigung. Bezüglich der Neuordnung in Reuß j. L. wird eine zeitgemäße Abänderung des Wahlrechts und die Beteiligung des Landtags an den Regierungsgeschäften verlangt. Ferner wird gefordert, daß den Gemeinden ein freies Selbstverwaltungsrecht eingeräumt wird.

10. November. Fürst Heinrich XXVII. von Reuß jüngerer Linie spricht für sich und sein Haus den Verzicht auf den Thron aus.

Schaumburg-Lippe.

15. November. Fürst Adolf entsagt für sich und sein Haus dem Thron und entbindet alle Beamten von dem ihm geleisteten Treueid. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Bückeburg übernimmt die Regierung im Lande. Das Ministerium tritt zurück, versieht aber die Geschäfte vorläufig weiter.

Lippe.

12. November. Fürst Leopold entsagt dem Thron.

Bremen.

6. November. Die Bürgerschaft beschließt fast einstimmig die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer. Angenommen wird ferner ein Antrag auf Beschleunigung der Arbeiten der Verfassungsdeputation, abgelehnt das

von sozialistischer Seite verlangte Wahlrecht der Frauen. Abgelehnt wird weiter ein Antrag auf gründliche Umgestaltung des Senatswahlrechts (dreijährige Amtsdauer für Senatoren) und Abschaffung der Bürgerrechtsgebühren.

9. November. Der Arbeiterrat für Bremen setzt einen aus 15 Genossen bestehenden Aktionsausschuß ein, der die Leitung der Bewegung in die Hand nimmt. Der Aktionsausschuß setzt sechs Unterausschüsse ein, und zwar 1. Ausschuß für die öffentliche Sicherheit; 2. Ausschuß für das Ernährungswesen; 3. Ausschuß für das Fabrikwesen; 4. Ausschuß für das Verkehrswesen; 5. Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten; 6. Ausschuß für das Finanzwesen.

14. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschließt einstimmig folgende Bekanntmachung:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das Bremer Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik. Über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheidet die später zu schaffende gesetzgebende Körperschaft. Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Beruf nach. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten; die Gehälter werden fortbezahlt. Das Privateigentum wird geschützt. Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt."

18. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen erläßt eine Kampfansage an die Regierung in Berlin. Er schickt ihr folgende Erklärung:

„Der Soldatenrat erhebt Einspruch dagegen, daß die Reichsregierung die Befehlsgewalt der Offiziere wieder einsetzen will. Der Zusammenbruch des alten Systems hat diese erledigt. Eine Regierung, die Hand in Hand mit den Trägern des alten Systems arbeitet, hat ihr Urteil selbst gesprochen. Wir bekämpfen diese als Feind der neuen Gewalt der Soldaten- und Arbeiterräte. Das Parlament ist aufgelöst. Die darauf ruhende Regierung hat keine Machtbefugnisse mehr. Die örtlichen Soldaten- und Arbeiterräte haben die Gewalt und werden diese auch gegen die anmaßende Gewalt der Regierung Ebert-Haase durchsetzen, solange diese bürgerliche Politik treibt und keine sozialistische."

Hamburg.

13. November. Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die politische Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik. Über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzlichen Körperschaften. Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Beruf nach. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten. Die Gehälter werden fortgezahlt. Das Privateigentum wird geschützt. Plünderungen werden standrechtlich abgeurteilt."

Elsaß-Lothringen.

11. November. Die versammelten Mitglieder der Zweiten Kammer des elsässischen Landtages konstituieren sich als elsaß-lothringischer Nationalrat und ernennen aus ihrer Mitte einen provisorischen Verwaltungsausschuß, der aus folgenden Mitgliedern besteht: Burger-Straßburg, Justiz und Kultus; Heinrich, Landwirtschaft; Imbs, soziale Fürsorge; Jung, Finanzen; Meyer-Laurent, öffentliche Arbeiten und Verkehrswesen; Dr. Pfleger, Inneres und Unterricht; Peirotes, ohne Portefeuille; Dr. Ricklin, Präsident des Nationalrates, ohne Portefeuille.

Hohenzollern.

13. November. Als Vertreter der in Hohenzollern bestehenden politischen Organisationen erscheinen Dr. Belser-Sigmaringen, Redakteur Wallishauser-Hechingen, Pfarrer Brandhuber-Benzingen und Bürgermeister Eger-Weildorf im Schloß zu Sigmaringen und machen beim Fürsten Wilhelm folgende Forderungen des hohenzollernschen Volkes geltend: 1. Verzicht auf Steuerfreiheit, 2. Verzicht auf freie Gerichtskosten, 3. Verzicht auf alle in Amts- und Landesordnung sowie in der Gemeindeordnung enthaltenen Sonderrechte, Vertretung in den Gemeindekollegien, Amtsausschüssen, Kommunallandtag und Landesausschuß; demgemäß sofortige Zurückziehung der Vollmachten, 4. Zurverfügungstellung der jetzt leerstehenden fürstlichen Schlösser nebst den zugehörigen Baulichkeiten bei Wohnungsnot und für die Unterbringung und Erholung verwundeter und kranker Kriegsteilnehmer. Nach Beratung mit seiner Umgebung erklärt sich der Fürst mit der sofortigen Annahme dieser Volksforderungen einverstanden. Ferner verspricht er weitere Wünsche des Volkes, die von der Abordnung dringend empfohlen werden, nach nochmaliger Beratung in wohlmeinendster Weise zu behandeln. Weiter überweist er dem Landesausschuß den Betrag von 2 Millionen Mark, die den durch den Krieg Geschädigten in Hohenzollern zugute kommen sollen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. Friedrich Purlitz in Dresden.
Druck von Carl Marquart in Leipzig.

Immanuel Kant

Zum ewigen Frieden

Mit Ergänzungen aus Kants übrigen Schriften und einer ausführlichen Einleitung über die

Entwicklung des Friedensgedankens

herausgegeben von

Karl Vorländer

Preis kart. Mk. 2.80

Der Kantische Friedenstraktat ist jetzt, wo die Völker nicht mehr mit Waffen, sondern auch geistig um den Frieden ringen, einmal wieder „aktuell" geworden. Kantische Gedanken sind es, die emporsteigen: Ersetzung des rohen Kampfes des brutal-egoistischen Machtinstinktes durch den geordneten Kampf des Rechts, Beseitigung des anarchischen Zustandes im zwischenstaatlichen Verkehr durch einen von einem Völkerbund getragenen Rechtszustand. — Die Vorländersche Ausgabe ist durch ihre wertvollen Beigaben unentbehrlich für jede ernstere Beschäftigung mit den heute im Mittelpunkt der deutschen Daseinsfrage stehenden Problemen.

Fichtes Leben

von

Fritz Medicus

Preis Mk. 3.—, geb. Mk. 4.—.

Die Persönlichkeit des großen Denkers, dessen vorbildliches, von innerster Pflichtüberzeugung geleitetes Leben und Wirken hervorragenden Anteil an der geistigen Erneuerung Deutschlands und damit an seiner Befreiung von der Fremdherrschaft vor hundert Jahren hatten, kann uns auch in der harten Gegenwart innere Erhebung und damit die Elemente zur Überwindung der gegenwärtigen Prüfung verschaffen. „Das Muster einer unbefangenen und freien Würdigung". Logos.

„Fichte kennen und lieben zu lernen ist die vorliegende, mit Geist und Wärme konzipierte Lebensbeschreibung so recht geeignet." Leipziger Zeitung.

„Ich kenne keine Fichte-Biographie, die mit solcher historischen Genauigkeit und liebenswürdigen Frische gearbeitet ist wie die vorliegende."
Kowalewski im Theologischen Literaturbericht.

Verlag von Felix Meiner, Leipzig

30 Prozent Teuerungszuschlag.

Druck von Carl Marhold in Halle a. S.

Die weitere Entwicklung der Revolution.

Das Deutsche Reich und Preußen.

1. Dezember. Der Reichsausschuß des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte konstituiert sich und wählt zum Vorsitzenden Däumig, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Vertreter Bayerns Haederich. Im ganzen besteht der Reichsausschuß aus acht Groß-Berliner (preußischen) Mitgliedern und aus acht Vertretern der außerpreußischen Bundesstaaten, ferner aus drei Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine, zusammen aus 19 Mitgliedern.

Am selben Tage erläutert Reichskanzler Ebert in einer Versammlung der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisation die Ziele und Aufgaben der Revolution folgendermaßen:

Die Revolution dürfe unter keinen Umständen zur Diktatur werden, sondern würde die Freiheit für alle Zeiten festigen. Die Diktatur der Junker habe das deutsche Volk ins tiefste Elend gestürzt, und jede andere Diktatur sei dem Volke gleich unerträglich. Die Freiheit zu befestigen, sei die Aufgabe der Nationalversammlung. Der Weg, den die Sozialdemokraten zu beschreiten hätten, sei im Erfurter Programm genau vorgezeichnet. Die Sozialdemokratie kämpfe nicht für eine neue Klassenherrschaft, sondern für das gleiche Recht aller. Sie verlange die Demokratie. Ihr großes historisches Ziel sei die Befreiung der ganzen Menschheit. Mit diesem Programm werde die Sozialdemokratie in den Wahlkampf eintreten, und es sei nicht zweifelhaft, daß bei den Wahlen der größte Teil des deutschen Volkes sich geschlossen hinter die Sozialdemokratie stellen würde. Die Hauptaufgabe der Nationalversammlung werde sein, das deutsche Volk aufs neue zu einigen und zu festigen. Denn was solle aus den deutschen Arbeitern werden, deren Existenz aufgebaut sei auf der Exportindustrie, wenn die elende mittelalterliche Kleinstaaterei wieder eingeführt werde! Dann müsse die Nationalversammlung den endgültigen Frieden bringen, ohne den wir weder unsere Ernährung sicherstellen, noch unser Wirtschaftsleben neu aufbauen würden. Nur zähe, leidenschaftliche Hingabe könne das große Werk sichern. Die Sozialdemokratie sei entschlossen, eine Sozialisierung unserer Industrie soweit und sobald wie möglich zur Durchführung zu bringen. Das dürfe aber nicht das Experiment einzelner Phantasten sein. Nur das Werk ernster wissenschaftlicher Vorbereitung und Organisation könne zum Erfolge führen. Denn die Sozialisierung sei nicht Selbstzweck. Von links werde behauptet, das Volk sei noch nicht reif zum Wählen. Solche junkerliche Geringschätzung des Volkes stehe einem Proletarier schlecht an. In einzelne Betriebe willkürlich einzugreifen, sei höchst gefährlich und verderblich. Sozialismus bedeute planmäßige Organisierung zum Nutzen des ganzen Volkes. Sozialismus sei der Gipfel der Ordnung im höchsten Sinne. Die deutschen Arbeiter brauchten nicht besorgt zu sein um die Erfolge der sozialen Revolution. Die Regierung

sei entschlossen, den Kapitalismus in seinen Auswüchsen zu beseitigen. Die Kriegsgewinne müßten rücksichtslos eingezogen, die Erbschaftssteuer zum Nutzen der Republik weit ausgebaut werden. Ordnung, Disziplin und Arbeit sei der Grundsatz für den Neuaufbau. Jede Putschpolitik müsse abgelehnt und bekämpft werden. Ein dauerhaftes, innerlich kerngesundes Werk schaffen, das sei und bleibe unser Grundsatz. Und wer ein gesundes, frohes und glückliches Volk wolle und die Befreiung des ganzen Menschengeschlechtes erstrebe, der möge sich der Sozialdemokratie anschließen und mit ihr kämpfen.

Aus einer bei der gleichen Gelegenheit gehaltenen Rede des Unterstaatssekretärs Braun vom Landwirtschaftsministerium verdienen seine Mitteilungen über die geplanten und in Vorbereitung befindlichen Maßregeln der landwirtschaftlichen Verwaltung Interesse.

Die Hauptaufgabe liege darin, die ungeheuer ausgedehnten Öd- und Moorländereien im preußischen Staate zu kultivieren und der landwirtschaftlichen Bebauung zu erschließen. Hier würden noch zahllose Arbeitskräfte lohnende Beschäftigung finden. Weiter würde für stärkeren Wildabschuß und umfangreichen Holzabschlag gesorgt werden. Auch sei ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der das Vorkaufsrecht des Staates bei den jetzt in größerem Umfange zum Verkauf kommenden Landgütern festlege.

Eine zum Schluß angenommene Entschließung begrüßt den Beschluß der Regierung, die Wahlen zur Nationalversammlung auszuschreiben, verlangt die Sicherung der Errungenschaften der Revolution und betont den Willen, die Regierung in ihrem Kampfe mit voller Energie zu unterstützen. Der Anschluß aller Männer und Frauen an die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sei die erste Forderung der Stunde.

Am selben Tage erläßt Feldmarschall v. Hindenburg folgende Kundgebung über das ländliche Ansiedlungswerk für die heimkehrenden Krieger:

„Kameraden! Die Vorarbeiten zu einem großzügigen Ansiedelungswerk sind im Gange, die Ausführung wird unverzüglich beginnen und so schnell gefördert werden, wie der gegenwärtige Mangel an Baumaterial, Kohlen und Transportmitteln es gestatten. Da die Regierung und alle Parteien hierin einig sind, wird die Nationalversammlung dem Werke ohne jeden Zweifel freudig zustimmen.

Die heimkehrenden Krieger sind die ersten, diesen Dank des Landes zu empfangen, das sie mehr als vier schwere Jahre hindurch, in tausend Schlachten unbesiegt, mit ihren Leibern beschützt haben. Den Kriegsteilnehmern, die bis zu ihrer ordnungsmäßigen Entlassung ihre Pflicht getan haben, will Deutschland, sobald es geschehen kann, eine Heimstätte schaffen.

Auf billig erworbenem Lande mit billigem öffentlichen Gelde werden für Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet, für städtische Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige verwandter Berufe Häuser in Gartenstädten und Gartenvorstädten erbaut und gegen mäßige Verzinsung der Selbstkosten übergeben werden.

Das große Werk ist schon begonnen, bis zu seiner Vollendung wird eine Reihe von Jahren hingehen, in dieser Zeit werden die neuen Siedler sich den ihnen übertragenen Besitz durch schwere, aber auch lohnende und freudige Arbeit zu eigen machen müssen.

Mit einer Todesverachtung und einem Opfermut, wie die Welt sie bisher nicht gekannt hat, habt Ihr fünfzig Monate hindurch Eure Pflicht,

die heimatliche Erde zu schützen, erfüllt, jetzt will die dankbare Heimat Euch zu freien Herren auf deutschem Grund und Boden machen. Daß dieses hohe Ziel nur durch Eure eigene unermüdliche Mitarbeit erreicht und gesichert werden kann, wird es in Euren Herzen nur desto tiefer befestigen.

Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Helft unserem wunden Vaterlande über seine schwerste Zeit hinweg; rettet es noch einmal durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungssinn, dann bereitet Ihr Eure eigene Zukunft, Euer eigenes Glück. v. Hindenburg."

An die vom Kriege heimkehrenden Landarbeiter und alle, die auf dem Lande vor dem Kriege tätig waren, richtet der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts Bauer folgenden Aufruf:

„Geht nicht in die Städte und Industriebezirke! Dort fehlt es an Wohnungen und ist die Arbeitsgelegenheit schon wegen der mangelnden Rohstoffe knapp. Auf dem Lande ist eine durchgreifende Umgestaltung der Besitzverhältnisse im Gange. Mehrere Millionen Hektar — Raum genug für Hunderttausende von selbständigen Bauernstellen — werden unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen großen Berufsverbände zur Besiedelung bereitgestellt werden. Das Werk wird so schnell vollendet werden, wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Bau-, Transport- und Geldverhältnisse es gestatten; bis dahin findet Ihr auf dem Lande Unterkunft und lohnende Beschäftigung. Denn mehr als eine Million Kriegsgefangener und Wanderarbeiter verlassen ihre Arbeitsplätze, und der Krieg hat große Lücken in den Bestand des Landvolkes gerissen.

Wir haben die alten Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter aufgehoben und die Gesindeordnung außer Kraft gesetzt. Nachdem für die Landarbeiter die gleiche Koalitionsfreiheit gesichert ist wie für die Industriearbeiter, werden die Arbeits- und Lohnverhältnisse durch Tarifverträge zwischen den Organisationen der Landarbeiter und der Gutsbesitzer geregelt. Ein Gesetz ist in Vorbereitung, das die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, für die Herstellung der nötigen Wohnungen in angemessener Frist Sorge zu tragen und Pachtland für den Haushaltsbedarf zu beschaffen."

An die städtischen Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibenden richtet Staatssekretär Bauer folgenden Aufruf:

„Wer sich auf die Landwirtschaft versteht oder willens ist, sie zu erlernen, sollte, wenn irgend möglich, auf das Land zurückkehren. Der Anfang wird manchem schwer fallen, der von der Landwirtschaft entwöhnt ist. Bis neue Wohnungen gebaut sind, werden sich viele behelfen müssen, so gut es geht. Da aber auf dem Lande unter Mitwirkung der großen landwirtschaftlichen Berufsverbände ein großzügiges Siedelungswerk in die Wege geleitet ist, durch das mehrere Millionen Hektar, die jetzt von großen Gütern und von unkultivierten Mooren eingenommen werden, zu Heimstätten für Hunderttausende von Bauern, Landarbeitern und ländlichen Handwerkern umgeschaffen werden sollen, so kann der arbeitswillige Mann auf dem Lande ein besseres Auskommen erwarten als in der Stadt mit ihrer vielfach darniederliegenden Industrie; er hat die Aussicht, sich auf dem Lande ein eigenes Heim zu erwerben. Viele können darauf rechnen, allmählich zur vollen wirtschaftlichen Selbständigkeit aufzusteigen. Wer Arbeit auf dem Lande sucht, wende sich 1. an seine alte Stelle oder 2. an den Arbeitsnachweis seines Heimatsbezirks — ein solcher Arbeitsnachweis befindet sich in jeder größeren Stadt — oder endlich 3. an seine Gewerkschaft, und zwar a) den Landarbeiterverband, Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 1, b) den Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter, Bielefeld, Gütersloher Straße 45.

Wer sich als selbständiger Besitzer oder ländlicher Handwerker ansiedeln will, wende sich unter Angabe seiner Wünsche und Vermögensverhältnisse an eine der gemeinnützigen Ansiedlungsgesellschaften." (Es folgt die genaue Angabe der für die einzelnen Provinzen und Bundesstaaten zuständigen Gesellschaften.)

2. Dezember. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte verweist eine Vorlage des Reichsausschusses, betreffend die Konflikte zwischen den deutschen und den Sowjetstruppen an der Ostfront, in Verbindung mit der Delegation der russischen Arbeiter- und Soldatenräte zu der Reichskonferenz der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte an den Reichsausschuß zurück. Ein Delegierter des bayrischen Arbeiterrates erstattet Bericht über die Forderung der bayrischen Regierung, die es für ausgeschlossen hält, mit Solf und Erzberger Frieden zu bekommen. Hieran schließt sich der Bericht von zwei Mitgliedern des Vollzugsrats, die zur Information in München weilten. Gemäß dem Antrage eines bayrischen Delegierten wird beschlossen, mit Nachdruck zu verlangen, daß die bereits gestellte Forderung des Rücktritts Solfs erfüllt wird und daß Erzberger nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen soll.

Reichstagsabgeordneter Dr. Quarck wird zum Beigeordneten im Reichsamt des Innern ernannt und erhält gleichzeitig den kommissarischen Auftrag, im Auswärtigen Amt gemeinsam mit Kautsky die Prüfung der Archive vorzunehmen.

3. Dezember. Der Rat der Volksbeauftragten beschließt den Erlaß einer Verordnung über Straferlaß für nicht politische Straftaten.

Diese für das ganze Reich gültige Verordnung schlägt alle Verfahren vor bürgerlichen Behörden wegen solcher Straftaten nieder, die nur mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bedroht sind. Darüber hinaus werden solche Personen besonders berücksichtigt, die aus Not, aus Unerfahrenheit oder infolge von Verführung gehandelt haben. Dies kommt vornehmlich Frauen und anderen Angehörigen von Kriegsteilnehmern zugute, die diese in Haus oder Beruf vertreten und hierbei Straftaten begangen haben. Bereits erkannte Strafen werden allgemein erlassen, soweit sie ein Jahr Gefängnis oder ein Jahr Festungshaft oder 3000 Mark Geldstrafe nicht übersteigen. Bei schwereren Strafen wird Straferlaß unter der Bedingung gewährt, daß der Verurteilte sich drei Jahre straffrei führt. Dieser bedingte Straferlaß greift ohne weiteres Platz, wenn nur noch ein Strafrest von höchstens einem Jahre zu verbüßen ist. Ist noch mehr zu verbüßen, so tritt der bedingte Straferlaß nur dann ein, wenn die Erwartung gerechtfertigt ist, daß der Verurteilte die Freiheit nicht zu neuen Straftaten mißbrauchen wird. Kriegswucherer werden von der Straffreiheit ausgeschlossen; Verfehlungen leichterer Art gegen die alte und die neue Preissteigerungsordnung und gegen die Höchstpreisbestimmungen sind unter gewissen Einschränkungen in den Straferlaß einbegriffen.

Günstigere Bestimmungen einzelstaatlicher Amnestien bleiben in Kraft.

4. Dezember. Der Vollzugsrat beschließt, an die heimkehrenden Soldaten ein Flugblatt verteilen zu lassen. Ein Antrag, die aus dem Felde nach Berlin zurückkehrenden Truppen vorher zu entwaffnen, wird zurückgezogen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses berichtet über die Beratungen des letzteren über die Konflikte an der Ostfront. Von der Sowjetrepublik ist ein Funkspruch eingelaufen, worin die Bereitwilligkeit ausgesprochen ist, jeden Zusammenstoß zu verhüten. Der Vollzugsrat beschließt, durch Funkspruch Befriedigung und Übereinstimmung auszusprechen und die Einladung der russischen Sowjetdelegation zu der Delegiertenkonferenz der Deutschen A.- und S.-Räte zu wiederholen.

Von einem Mitglied werden Mitteilungen aus dem Baltikum verlesen, wonach dort die politischen Verbrecher und Internierten durch die deutschen Militärbehörden noch festgehalten und mit der größten Strenge behandelt werden. Beschlossen wird, im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium und Auswärtigen Amt Abhilfe zu schaffen.

Ein Ersuchen des Beauftragten des Generalquartiermeisters an den Vollzugsrat, eine Gehaltsregelung immobiler Offiziere zu veranlassen, wird der Löhnungskommission überwiesen.

Das Reichsernährungsamt richtet an das Auswärtige Amt eine Note, worin es auf die unabsehbaren Folgen hinweist, die der bevorstehende Zusammenbruch der deutschen Ernährungswirtschaft nach sich ziehen müßte. Die „Vossische Ztg." gibt aus dieser Note folgende Gesichtspunkte wieder:

„Das Rückgrat unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft bildete bisher die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitseinstellung der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hinzu kommt die ungeheure Transportkrise, die ebenfalls dazu beigetragen hat, daß unsere Kartoffelvorräte nicht ordnungsgemäß haben eingewintert werden können. Die Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Vorräten versorgt sind und nennenswerte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durchhalten der vorgesehenen Kartoffelration erscheint daher schon heute vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgegeben werden können. Die Getreideversorgung war nach der verfrühten Inanspruchnahme der diesjährigen einheimischen Ernte in erheblichem Maße auf Zufuhren aus dem Osten eingestellt. Infolge des Fortfalls dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgetreidestelle derart ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahre erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also günstigenfalls nur eine Tageskopfration von 80 Gramm Mehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration, verteilen lassen. Diese Lage bessert sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugestandene

Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde. Hierbei ist zu bemerken, daß die Erhöhung der Brotration seinerzeit ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt ist.

Sehr trübe sieht es auch um die Aussichten unserer Fett- und Fleischversorgung aus, da namentlich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Rußland angekauften Ölsaaten eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Fettwirtschaft gestattet deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftsplan bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung an Milchfett und aus der Margarineerzeugung nur noch ein Tageskopfsatz von 3,3 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfmenge von 100 Gramm vorsieht, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrecht erhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationssätze spätestens Anfang Februar zu rechnen. Was das bedeuten würde, geht daraus hervor, daß alsdann der Nährwert, der heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwertes darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes herabsinken würde. Diese Tatsache würde ein langsames, aber sicheres Verhungern bedeuten."

Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Umfange zugenommen hat, und erklärt nochmals, daß die Hauptschuld an dem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft die Absperrungsmaßregeln Englands tragen.

6. Dezember. Im Norden von Berlin kommt es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern der Spartakusgruppe und Truppen, worüber halbamtlich gemeldet wird:

„In den Germaniasälen hatten sich Kriegsbeschädigte, Urlauber und Arbeitslose, ferner wohl auch einige Frontsoldaten zu einer Kundgebung versammelt und wollten einen Soldatenrat wählen. Nachdem sechs Redner gesprochen hatten, zogen die Teilnehmer in der Richtung auf den Lehrter Bahnhof ab. Unterwegs wurden die völlig Unbewaffneten durch Truppen der Gardefüsiliere — es war gegen 6 Uhr — zerstreut. Ein zweiter Zug, der aus den Sophiensälen kam, nahm seinen Weg durch die Friedrichstraße nach der Chausseestraße. Auf der Kreuzung der Invalidenstraße traten ihnen die Maikäfer (Gardefüsiliere) entgegen und riefen ihnen zu: »Auseinandergehen!« Als sich die Demonstranten weigerten und ihre Kameraden darauf aufmerksam machten, daß sie völlig unbewaffnet seien, fielen plötzlich einige Schüsse, die das Signal zu einer allgemeinen Schießerei waren. Bisher sind 16 Tote und 15 Verwundete, darunter 12 Schwerverwundete, festgestellt worden."

Eine Mitteilung, wonach das Eingreifen der Truppen vom Generalkommando der Gardetruppen oder dem Kriegsministerium veranlaßt worden sei, erweist sich als unrichtig.

Im Abgeordnetenhause wird der Vollzugsrat von einem Feldwebel auf angeblichen Befehl der Regierung verhaftet, aber wieder freigelassen, nachdem sich herausgestellt hat, daß ein solcher Befehl nicht ergangen ist.

Der „Vorwärts“ äußert sich über die Vorgänge folgendermaßen: „Die ganzen überaus traurigen Vorgänge in der Chausseestraße erklären sich aus dem gewissenlosen Treiben der Spartakusleute und der ungeheuren Erbitterung von neun Zehnteln der Berliner Soldaten über dieses Treiben. Wenn heute die Spartakusleute mit der Beschuldigung kommen werden, die Regierung lasse auf das Volk schießen, so ist darauf zu erwidern, daß in der Chausseestraße Volk auf Volk geschossen hat, denn die Soldaten sind doch schließlich auch Volk. Die Soldaten haben den strengsten Befehl von der Kommandantur, die Waffen nicht zu gebrauchen, es sei denn im Fall unvermeidlicher Notwehr. Die Soldaten versichern, daß sie sich tatsächlich in der Notwehr befunden haben. Auf keinen Fall sind sie blinde Werkzeuge einer höheren Macht, sondern sie sind freie Bürger der Republik wie wir, niemand zwingt sie, niemand erlaubt ihnen, unschuldiges Blut zu vergießen.“

Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, versucht, die Schuld den Militärbehörden Berlins aufzubürden, indem sie annimmt, daß diese den Befehl zu dem Vorgehen des Militärs erteilt haben: „Hetzt nicht ununterbrochen die ganze Presse vom »Vorwärts« über die liberale bis zu den alldeutschen Zeitungen Tag für Tag gegen Liebknecht und seine Anhänger? Wird nicht unaufhörlich in anonymen Zetteln der Kopf Liebknechts verlangt? Das ist der Grund zu der Ermordung der Unschuldigen; diese Leute tragen in erster Linie die Verantwortung, gegen dieses Gesindel muß alles, was zur Revolution hält, sich zur Wehr setzen und ihr lichtscheues Handwerk legen. Schuld sind aber auch diejenigen, die die Soldaten auf die Straße beordert haben, die Militärbehörden Berlins. Die Versammlungsteilnehmer hatten einen friedlichen Umzug im Sinn, genau so wie Tags vorher die Demonstranten für Ebert. Es lag gar kein Grund vor, die Massen in die Seitenstraßen zu drängen und unnütze Absperrungen vorzunehmen. Vor allem aber ist es unverantwortlich, Soldaten hinauszuschicken, deren Führer offenbar ohne jede Überlegung und Besonnenheit, wenn nicht in böser Absicht handelten. Wir fordern eine rücksichtslose, schleunige Untersuchung und exemplarische Bestrafung der Schuldigen, aller Schuldigen!“

Weit wüster gebärdet sich das Organ der Spartakusgruppe, die „Rote Fahne“, die offen zum Kampf gegen die Regierung aufruft. Einige Proben mögen ein Beispiel von der Kampfesart des Blattes geben:

„Arbeiter! Soldaten! Genossen! Vierzehn Leichen liegen auf dem Pflaster Berlins! Wehrlose, friedliche Soldaten, durch feigen Meuchelmord niedergemacht! Zieht zur Verantwortung die Schuldigen dieses blutigen Verbrechens! Fegt hinweg von der Regierung die wahren Schuldigen, die infamen Hetzer, die Verführer der unaufgeklärten Soldatenmasse, die Wels, Ebert und Scheidemann mit Genossen! Ihre Namen sind jetzt zum Schlachtruf der Gegenrevolution, zum Feldzeichen der Anarchie und des Brudermordes, zum Banner des Hochverrats an der Revolution geworden! Energie! Geschlossenheit, Festigkeit! Es gilt zu handeln! Das blutige Verbrechen muß geahndet, die Verschwörung der Wels-Ebert-Scheidemann muß mit eiserner Faust niedergemacht, die Revolution gerettet werden. Nieder mit den Wels-Ebert-Scheidemann und Genossen! Die ganze Macht an die A.- und S.-Räte! Ans Werk! Auf die Schanzen! Zum Kampf! Nieder mit den blutbesudelten, feigen Veranstaltern des Putsches. Hoch die Revolution!“

Von den bürgerlichen Blättern schreibt das „Berl. Tagebl.“: „Es darf nicht so weitergehen, weil bei einer Fortdauer solcher Zustände die Entente uns unzweifelhaft einen geradezu vernichtenden Frieden diktieren wird. Die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Deutschlands und mit ihr das Wohl des Arbeiters ebensogut wie das aller anderen Schichten steht auf

dem Spiel. Herr Haase hat soeben einem amerikanischen Journalisten gesagt: »Sie haben sich ja überzeugt, wie ruhig es in Berlin und in ganz Deutschland ist. Es ist jetzt nicht einmal notwendig, daß bei uns eine besondere Schutztruppe für die Regierung gebildet wird.« Wir gestatten uns, die Dinge anders aufzufassen als Herr Haase, der mit den Spartakusleuten anscheinend noch immer nicht gänzlich brechen will. Ohne eine ausreichende, fest organisierte und disziplinierte Macht ist keine Regierung möglich, wird jede Regierung von allen Zufällen abhängig sein. Wenn die Regierung heute eine solche organisierte Macht hinter sich hätte, würden die Krawallisten gar nicht erst wagen, auf Abenteuer auszugehen. Ruhe und Ordnung würden herrschen wie in allen Ländern, in denen eine klar sichtbare militärische Organisation besteht. Die Furcht vor einer Gegenrevolution ist lächerlich. Jeder weiß, daß das alte kaiserliche, militaristische Regime gründlich erledigt ist. Die Entente würde mit einem solchen Regime niemals Frieden schließen, wir würden für immer von den Verkehrsstraßen der übrigen Welt ausgeschlossen sein. Aber wir werden den Anschluß an die Welt draußen auch nicht wiederfinden, das Reich wird zerfallen, wirtschaftlicher Ruin wird das gesamte Volk treffen, wenn nach dem Regime des kaiserlichen Militarismus das Regime der »Räte« autokratisch walten darf und wenn Berlin ein Feld für Krawalle, wüste Hetzereien und Straßenschlachten bleibt."

Die „Voss. Ztg." äußert sich folgendermaßen: „Wir beklagen trotzalledem aufrichtig, daß zum Schutz der Volksfreiheit Blut vergossen werden mußte; und es kann nicht verschwiegen werden, daß die Waffe hier eine Aufgabe erfüllt hat, die bei rechtzeitiger Einsicht mit friedlichen Mitteln gelöst werden konnte. Die wirklichen Anhänger der Spartakus-Ideale sind ein so winzig kleines Häuflein, daß ihnen gegenüber, wenn sie isoliert blieben, sicher keine Gewalt vonnöten wäre. Es darf nicht verkannt werden, daß die große Mehrzahl ihrer Mitläufer irregeleitete Menschen sind, die es wahrscheinlich vorgezogen hätten, auf ruhigeren Wegen zu wandeln, wenn sie die starke und zugleich väterliche Hand einer fürsorgenden Leitung über sich gewußt hätten. Der Regierung fehlt es keineswegs an gutem Willen. Was ihr aber sehr zu fehlen scheint, ist die jetzt doppelt notwendige Freiheit der Entschließung, jene Freiheit, die allein imstande ist, ihr die notwendige Schnelligkeit und Willensstärke zu verleihen, durch die ein gutartiges Volk daran gehindert wird, sich in die Anarchie treiben zu lassen."

Interessant sind einige französische Preßäußerungen zu diesen Vorgängen. Der „Petit Parisien" ist der Ansicht, daß sich die Partei Ebert von der Spartakusgruppe und von Eisner derartig bedroht sehe, daß sie sich auf die gemäßigten Elemente der Armee stützen will.

Der „Matin" geht in seiner Besprechung von dem Irrtum aus, daß Ebert die ihm angetragene Präsidentschaft angenommen habe, und glaubt ebenfalls, daß sich die Mehrheitssozialisten immer mehr auf die früheren Gegner der Linken stützen wollen, um der Absichten der Linken Herr zu werden. Das Blatt hält die letzten Vorgänge für den ersten Schritt zur Gegenrevolution.

Andere Blätter werfen die Frage auf, ob es sich bei den Vorgängen nicht um einen Staatsstreich handele, der mit Wissen und Willen der Regierung Ebert durchgeführt worden sei.

Am selben Abend findet vor dem Reichskanzlerhause eine Kundgebung von Truppen statt, bei der Ebert zum Präsidenten der sozialistischen deutschen Republik ausgerufen wird. Er erklärt jedoch,

dem Rufe nicht Folge leisten zu können, bevor er nicht mit seinen Freunden in der Regierung gesprochen habe, und führt ferner aus:

„Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und die Waffenstillstandsbedingungen unserem Volke auferlegt haben. Unsere Volkswirtschaft ist der Grundstock unseres Lebens. Noch schwerer wird unser Wirtschaftsleben bedroht, wenn eigenmächtige Maßnahmen in den Betrieben zum schließlichen Schaden der Arbeiterklasse getroffen werden. Wir wollen unser soziales Programm nicht mit einzelnen Experimenten, sondern im Rahmen der Reichsgesetzgebung durchführen. Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschäfte muß fest in den Händen der Reichsleitung liegen. Wir haben uns stets bemüht, mit den A.- und S.-Räten gemeinsam zu arbeiten, in deren Hand die Macht liegt. Auch mit dem Vollzugsausschuß von Berlin haben wir uns verständigt. Wenn wirklich Differenzen bestünden, dürfte unter keinen Umständen von außen eingegriffen werden. Das müßt Ihr uns überlassen!

Wenn Ihr jetzt stürmisch die Einberufung der Nationalversammlung begehrt, so vergeßt nicht, daß Eure Kameraden erst auf dem Rückmarsch sind und daß sie, die mit Euch alle Kriegsnöte geteilt haben, auch wählen wollen. Geduldet Euch bis zur Tagung aller deutschen A.- und S.-Räte am 16. Dezember, die sich über den technisch frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden sollen. Heute fordere ich Euch auf, die größte Disziplin zu wahren und eine geschlossene Truppe unter einheitlicher Führung zu bilden, die der Grundstock der Macht ist, auf die sich Deutschlands Zukunft und Glück aus dem Abgrund eines jähen Falls neu aufbauen soll. Ihr sollt die Stütze eines neuen freien Deutschlands werden, dessen Bestand von keiner Seite gefährdet werden darf. Die junge soziale Republik Deutschland lebe hoch!"

7. Dezember. Die Regierung läßt an den Anschlagsäulen in Berlin folgende Bekanntmachung erscheinen:

An die Bevölkerung Berlins!

Der Rat der Volksbeauftragten hat bis jetzt feststellen können, daß der Auftrag zur Festnahme des Vollzugsrates dem Vizefeldwebel Fischer von einem gewissen Marten und zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, Grafen Matuschka und v. Rheinbaben, erteilt worden ist. Marten ist ebenso wie Fischer verhaftet worden, die beiden anderen sind flüchtig. Ihre Verhaftung ist angeordnet.

Die Truppen, die in der Chausseestraße gegen den Demonstrantenzug das Maschinengewehrfeuer gerichtet haben, waren von einem Mitgliede des Soldatenrates beim Generalkommando, namens Krebs, aufgeboten worden. Auch gegen Krebs ist eingeschritten worden. Der Rat der Volksbeauftragten, der sofort alles getan hat, um die Mitglieder des Vollzugsrates zu befreien und die Antastung ihrer Freiheit sowie das entsetzliche Blutvergießen in der Chausseestraße zu sühnen, ist entschlossen, gegen jede Androhung und Verübung von Gewalttätigkeiten vorzugehen, von welcher Seite sie auch kommen.

Berlin, 7. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten:

gez.: Ebert. Haase. Dittmann. Scheidemann. Landsberg.

Gegen die beiden Mitglieder des Auswärtigen Amts, die durch Aussage des wegen der Vorfälle im Abgeordnetenhause verhafteten

Vizefeldwebels Fischer belastet sind, leitet der Staatssekretär Dr. Solf das Untersuchungsverfahren ein. Es handelt sich um zwei jüngere, zeitweilig im Auswärtigen Amt beschäftigte Beamte.

8. Dezember. In allen Gegenden von Berlin finden große sozialdemokratische Kundgebungen statt, bei denen die hervorragenden Parteiführer, wie Barth, Bauer, Braun, Heine, Landsberg, Molkenbuhr, Scheidemann, sprechen.

Die Ausführungen Scheidemanns gestalten sich zu einer scharfen Abrechnung mit Liebknecht und Spartacus. Scheidemann führt u. a. aus: „Ich appelliere an Ihren Verstand, nicht an Ihre Leidenschaften. Ehe die Revolution losbrach, verlangte die gesamte Rechte im Reichstag einmütig, daß man mich an die Mauer stellen und niederschießen solle. Kaum ist die soziale Umwälzung vier Wochen alt geworden, da fordert die extreme Linke, daß man mich an der nächsten Laterne aufknüpfe. In den gestrigen Umzügen hat Liebknecht Unverantwortliches gegen mich und meine Kollegen ausgesprochen. Der junge Liebknecht, dessen Vater mir ein treuer Freund gewesen! Der junge Liebknecht ist ja allmählich auch in die Jahre gekommen, und er hätte wohl zu Verstand kommen können. Trotz alledem wagt er es, von den Männern der Regierung als von »Buben« zu sprechen.

Für meine Überzeugung stehe ich ein und habe auch den Mut, den Arbeitern zu sagen: Ihr seid auf dem Irrwege. Buben sind die, die dem Volke nur nach dem Munde reden, die ewig mit den Wölfen heulen. Nur um den »Führer« spielen zu können, willenlos das zu tun, was die Menge verlangt, pfui Teufel, da mache ich nicht mit. Die Verhaftung des Vollzugsrates war eine Hanswurstiade. Ein junger Feldwebel kam zu mir und erklärte mir: »Befehl ausgeführt, Vollzugsrat ist verhaftet.« Ich antwortete ihm: »Sie sind ein zweiter Hauptmann von Köpenick!« Es ist am letzten Freitag Blut geflossen. Wenn aber täglich gewissenlose Menschen den Massen predigen: Bewaffnet Euch, geht auf die Straße, räumt mit der Regierung auf, so ist es kein Wunder, wenn schließlich Unheil angerichtet worden ist

Ledebour, der in unsere heutige Zeit überhaupt nicht mehr hineinpaßt, hat mich wegen meiner Tätigkeit im Kabinett des Prinzen Max angegriffen. Gegen meinen Willen ging ich auf Parteibeschluß in dieses Kabinett hinein, und die Arbeit des ersten Tages war, daß ich die Amnestie der politischen Verbrecher durchsetzte. Ich habe die Abdankung Kaiser Wilhelms mit veranlaßt und habe bewirkt, daß Waffenstillstand geschlossen wurde. Der 9. November hat gezeigt, wie verlottert und faul das alte System war. Am ersten Revolutionstage ging ich mit Ebert zu Dittmann und Ledebour, um über die Mitarbeit der Unabhängigen in der Regierung zu verhandeln. Aber erst 36 Stunden später konnte durch Ledebours Schuld eine Einigkeit erzielt werden. Auch Liebknecht wollte sich an der Regierung beteiligen, aber, wie er ausdrücklich betonte, nur für die Zeit von drei Tagen. Aus dieser Äußerung ersehen Sie, daß dieser Mensch jeder Verantwortlichkeit bar ist. Mit Schimpfen, wie er es beliebt, ist der Menschheit nicht gedient. Hinter der Regierung Ebert-Haase stehen etwa 90 Prozent des deutschen Volkes. Und dennoch sitzt diese Regierung auf einem Pulverfaß! Das ist ein auf die Dauer unmöglicher Zustand. Von rechts sieht man uns zweifellos nicht mit freundlichen Augen an. Aber die Gefahr liegt bei der anderen Clique. Wenn das nicht anders wird, so dürfen Sie über-

zeugt sein, daß wir binnen kurzem die Engländer, Franzosen und Amerikaner im Lande haben. Wenn wir noch länger in dieser revolutionären Krise beharren, sind wir rettungslos verloren.

Die gegenwärtig von Unberufenen versuchte Sozialisierung ist der Ruin der Industrie und des Handels. Haben die Arbeiter keine Einsicht, so müssen sie alle Folgen selbst tragen. Denken Sie an die Vorgänge in München, wo man die Zeitungen besetzte und Auer zwang, zu demissionieren. Das sind keine Revolutionäre, das sind Räuberbanden! Ich sage Ihnen für meine Person: Ich sehe diesen Zuständen keine acht Tage mehr zu! Ich gehe! Wenn Sie glauben, daß es in den Köpfen der Verblendeten heller wird, wenn Sie mich aufknüpfen, so hängen Sie mich doch! Noch haben wir keinen Frieden und kein Brot. Und trotzdem diese unsinnige Hetze. Kommen die Menschen hier nicht zur Vernunft, so werden die Amerikaner ihnen Vernunft beibringen! Und was eine feindliche Besatzung bedeutet, das werden Ihnen unsere deutschen Brüder im Rheinland einmal erzählen können.

Unsere Rettung ist die schnellste Einberufung der Nationalversammlung. Wozu die vielen Wahlformalitäten? Haben wir nicht die Brotkarte, die als Ausweis genügen würde? Wenn die Wahlen früher als am 16. Februar stattfinden, so würde ich jubeln. Die Regierung braucht Vertrauen und Macht. Wir wollen kein Blutvergießen, wir wollen Vernunft bringen. Wenn gewisse Menschen jetzt den Bolschewismus predigen, so kann ich Ihnen nur sagen, die Schilderungen, die wir aus dem unglücklichen Rußland erhalten, sind grauenhafter als alles, was Sie gelesen haben. Und nochmals, nicht Unter den Linden und nicht in der Chausseestraße macht man den Frieden, sondern in einem Volkshause, wo Mann und Frau zusammen arbeiten. Arbeiten Sie für die Demokratie, den Sozialismus und die Nationalversammlung."

In allen Versammlungen wird einstimmig eine Entschließung angenommen, wodurch der Sturz der militärisch-junkerlichen Gewaltherrschaft und das in der Revolution aufleuchtende neue Zeitalter der Selbstbestimmung des Volkes begrüßt wird:

„Die Versammlung erkennt im Einklang mit den Zielen der sozialdemokratischen Partei als Aufgabe der proletarischen Befreiungsarbeit die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung an und fordert zu diesem Zweck die Vergesellschaftung der Monopol- und Riesenbetriebe in Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Handel. Unerläßliche Voraussetzung ist die auf Gleichberechtigung aller beruhende politische Demokratie und die unermeßliche Organisations- und Aufklärungsarbeit aller Sozialisten. Die Versammlung bedauert und verurteilt die Vorgänge am 6. Dezember und richtet an die Kameraden in feldgrauem Rock die Aufforderung, sich unter keinen Umständen zu Gegenrevolutionen mißbrauchen zu lassen. Ebenso entschieden verurteilt die Versammlung aber auch die Ursache dieser Vorgänge, die auf Herbeiführung einer auf Gewalt beruhenden Minderheitsherrschaft an Stelle der gestürzten Junkerherrschaft hinzielenden Bestrebungen des Spartakus-Bundes. Sie steht auf dem Boden der Souveränität des Volkes, vertreten durch eine unbeeinflußte, verfassunggebende Nationalversammlung. Sie bekennt sich zur Aufrechterhaltung der Einheit der Deutschen, eines durch den Anschluß Deutsch-Österreichs zu erweiternden Reiches und protestiert auf das schärfste gegen jeden Versuch einer Abtrennung deutschen Gebietes oder eigenmächtiger Verhandlung einzelner Landesteile mit den Feinden."

Nach Schluß der Versammlungen kommt es im Lustgarten zu einer neuen großen Kundgebung, wobei Ebert folgende Ansprache hält:

„Die imposante Versammlung liefert den Beweis, daß die alte Sozialdemokratie noch immer ihren Führern folgt. Die 13 überfüllten Versammlungslokale konnten den Zustrom der Massen nicht fassen, es mußten fast überall Parallelversammlungen eingerichtet werden. Das, was wir wollen, muß auch frei unter freiem Himmel mit Klarheit und Entschlossenheit ausgedrückt werden. Wir brauchen Frieden, Freiheit und Brot. Wenn es nicht gelingt, in den nächsten Tagen den Waffenstillstand zu verlängern sowie Ordnung zu halten, damit wir bald zu einem Vorfrieden kommen, sind die Erfolge der Revolution in Gefahr! Die Demokratie muß rastlos und gefestigt zum Durchbruch kommen, denn mit ihr steht und fällt die deutsche Republik. Ohne Demokratie keine Freiheit. Aufrichtung der Gewalt bedeutet die Rückkehr der Reaktion. Die Tyrannei des alten Regiments ist ganz beseitigt, und sie wird nicht wieder auferstehen. Aber es darf keine neue Gewaltherrschaft errichtet werden, von welcher Seite sie auch kommen möge. Wenn jetzt täglich Rufe nach der Gewalt ertönen, denen mit der Waffe Nachdruck gegeben werden soll, so erkläre ich, daß die Regierung derartiges nicht mehr dulden wird. Genossen und Bürger, ich versichere hier feierlichst, daß die Regierung fortan mit aller Entschiedenheit zugreifen wird. Die einzige Legitimation der Regierung bleibt der Wille des Volkes! Daher ist die jetzige Regierung, solange nicht der Wille des gesamten deutschen Volkes gesprochen hat, nur ein Provisorium. Die Nationalversammlung muß daher schnellstens geschaffen werden. Ich habe aber volles Vertrauen zum politischen Verständnis des deutschen Volkes. Die Konstituante wird den Sieg der deutschen Sozialdemokratie besiegeln. Bis dahin aber wird die jetzige Regierung die demokratische Freiheit schirmen, um das Volk vor dem Bürgerkrieg zu bewahren. Alle hier Versammelten haben im Kriege die tiefsten und schwersten Opfer bringen müssen. Nun soll kein Bürgerblut mehr fließen! Die Sicherung der Revolution bedeutet Brot für das hungernde Volk." Der Redner fordert die Arbeiter und Soldaten auf, sich fester als je um die Regierung zu scharen. „Helfen Sie uns," so bittet er, „das Band zu festigen, unsere Wirtschaft aufzurichten und die Ernährung zu sichern, damit wir Frieden nach innen und außen schaffen können. Wir unsererseits, die Regierung, erklären feierlichst von dieser Stelle aus, daß wir den unbeugsamen und entschlossenen Willen haben, Unruhen und Gewalttätigkeiten zu unterdrücken!"

9. Dezember. Amtlich wird bekanntgegeben, daß in einer gemeinsamen Sitzung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte und des Rates der Volksbeauftragten folgende Vereinbarung getroffen worden ist:

„Beide, geschaffen durch die Revolution, streben demselben politischen Ziele zu, dem deutschen Volke die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Vollzugsrats ergibt sich das Recht der Kontrolle, dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Exekutive ob. Beide sind überzeugt, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten ersprießlich ausgeübt werden kann. Wir geben der Zuversicht Ausdruck, daß unser Volk in Anerkennung der schwierigen inneren und äußeren Lage uns dabei tatkräftig unterstützen wird."

10. Dezember. Die ersten heimkehrenden Gardetruppen ziehen in Berlin ein und werden vom Volksbeauftragten Ebert am Brandenburger Tor mit folgender Ansprache begrüßt:

„Kameraden, willkommen in der deutschen Republik, herzlich willkommen in der Heimat, die sich lange nach Euch gesehnt hat, deren bange Sorge Euch ständig umschwebte. In diesem Augenblick, da wir Euch am heimatlichen Herde begrüßen, gilt unser erster Gedanke den teuren Toten — ach, so viele kehren nimmer wieder. Hunderttausende ruhen in Feindesland in stillen Gräbern, andere Hunderttausende mußten vor dem Ende des Kampfes zurückkehren, zerfetzt und zerstümmelt von feindlichen Geschossen. Ihnen allein, die sich für den Schutz der Heimat aufgeopfert haben, unsern unauslöschlichen Dank. Wir können ihren Opfermut nicht vergelten, und bloße Worte sind zu schwach, ihnen zu danken. Was wir ihnen an Taten der Dankbarkeit darbringen können, das wollen wir ihnen in Treue leisten.

Der Verbesserung des Loses der Kriegshinterbliebenen und Kriegsinvaliden galt des neuen deutschen Volksstaates erste Verfügung.

Ihr seid dem gräßlichen Gemetzel glücklich entronnen. Froh begrüßen wir Euch in der Heimat. Seid willkommen von ganzem Herzen, Kameraden, Genossen, Bürger!

Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben. Und gerade Eurem Heldenmute gegenüber war es Pflicht, nicht noch zwecklose Opfer von Euch zu fordern. Allen Schrecken habt Ihr mannhaft widerstanden — Mannschaften und Führer —, sei es in den Kreidefelsen der Champagne, in den Sümpfen Flanderns oder auf dem elsässischen Bergrücken, sei es im unwirtlichen Rußland oder im heißen Süden. Unendliche Leiden habt Ihr erduldet, unvergängliche, fast übermenschliche Taten vollbracht, unvergleichliche Proben Eures unerschütterlichen Mutes Jahr um Jahr abgelegt. Ihr habt die Heimat vor feindlichem Einfall geschützt, Ihr habt Euren Frauen und Kindern, Euren Eltern den Mord und Brand des Krieges ferngehalten, Deutschlands Fluren und Werkstätten vor Verwüstung und Zerstörung bewahrt. Dafür dankt Euch die Heimat in überströmendem Gefühl.

Erhobenen Hauptes dürft Ihr zurückkehren. Nie haben Menschen Größeres geleistet und gelitten als Ihr. Im Namen des deutschen Volkes tiefinnigen Dank und noch einmal herzlichen Willkommengruß in der Heimat!

Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden, die deutsche Freiheit ist erstanden. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unseren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt. Es hat sich selbst zum Herrn über das eigene Geschick gemacht.

Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit. Ihr seid die stärksten Träger der deutschen Zukunft. Niemand hat schwerer als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gelitten, an Euch haben wir gedacht, als wir mit einem verhängnisvollen System aufräumten, für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit ihr Recht errungen.

Nicht mit reichen Gaben können wir Euch empfangen, nicht Behaglichkeit und Wohlstand Euch bieten; unser unglückliches Land ist arm geworden. Schwer lastet auf uns der Druck harter Gebote der Sieger. Aber aus dem Zusammenbruch wollen wir uns ein neues Deutschland zimmern mit der rüstigen Kraft und dem unerschütterlichen Mut, den Ihr tausendfach bewährt habt.

Wetteifernd haben Angehörige aller deutschen Stämme draußen im Kampfe gestanden, Angehörige aller Stämme stehen vor uns. Schulter an Schulter habt Ihr gemeinsam gerungen, gekämpft, geblutet, Not und Tod ins Auge geschaut. Nun liegt Deutschlands Einheit in Euren Händen. Sorgt Ihr dafür, daß Deutschland beieinander bleibt, daß nicht das alte Kleinstaatelend uns wieder übermannt, daß nicht die alte Zerrissenheit unsere Niederlage vervollständigt! Rettet Ihr die Einheit der Nation, die Ihr nun Bürger werdet der einen, der untrennbaren deutschen Republik!

Und dann geht mit uns an den Wiederaufbau des Zerstörten. Oft, wenn Ihr draußen dem grausigen Handwerk obliegen mußtet, zog Euch die Sehnsucht zurück zur friedlichen Arbeitsstätte, zum Kulturwerk daheim. Die sozialistische Republik, die Euch durch mich begrüßt, wird ein Gemeinwesen der Arbeit sein. Arbeit ist die Religion des Sozialismus, arbeiten müssen wir mit allen Kräften, mit großer Hingabe, wollen wir nicht zugrunde gehen, wollen wir nicht zum Bettelvolk herabsinken. Das Reich der Zerstörung habt Ihr verlassen, die Pforte neuen Schaffens tut sich vor Euch auf! Eure Tatkraft, Euer Mut, die draußen nie erlahmten, müssen uns zu neuem friedlichen Glück führen. Bald schlägt die ersehnte Stunde des Friedens, bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern nach dem unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes.

Ihr legt die Waffen aus der Hand, die, getragen von den Söhnen des Volkes, dem Volke nie eine Gefahr, sondern stets nur Schutz sein sollen. Ihr sollt mitschaffen an dem großen Werk einer neuen deutschen Zukunft, — der Zukunft unsres Volkes, dessen Glück Eure fleißigen Hände erbauen müssen von Grund auf.

Und so laßt mich Eure Treue zur Heimat, die uns allen gemeinsame Liebe zur Einheit Deutschlands, unseren Stolz auf die Freiheit und die große unteilbare deutsche Republik zusammenschließen in dem Ruf: unser deutsches Vaterland, die deutsche Freiheit, der freie Volksstaat Deutschland, — sie leben hoch!"

Oberbürgermeister Wermuth begrüßt die einziehenden Truppen mit folgenden Worten:

„Seid gegrüßt daheim, tapfere Kämpfer, liebe Brüder!

Immer ist unser bestes Leben und Denken mit Euch gewesen, da Ihr draußen dem Sturme die Stirn botet, um alles, was Euch hier teuer ist, sturmfrei zu halten, da Ihr strittet und littet — mit Euch gewesen in der langen Öde des Wartens auf bessere Zeit.

Nun empfangen wir Euch mit der unauslöschlichen Dankbarkeit, die Euer ungebrochenes, mannhaftes Ausharren all die Jahre bis zum bitteren Ende sich um Heimat und Volk für alle Zeiten verdient hat. Wir empfangen Euch mit dem innigen Wunsche, daß es Euch bald vergönnt sein möge, der überstandenen Mühsal zu vergessen, wieder hineinzuwachsen in das, was Ihr waret und hattet, der altvertrauten Stätten wieder froh zu werden.

Noch ist, ehe das ganz geschehen kann, manches Harte zu überwinden. In der Glutsonne, der Hochreife des Sommers zogt Ihr aus. In dunklen trüben Tagen des sterbenden Jahres, des verrauchenden Völkerkampfes, des knappen Unterhalts kehrt Ihr wieder. Aber was an uns liegt, Euch durch Wärme, Wohnlichkeit und Arbeit über das erste Frösteln des Eingewöhnens hinwegzuhelfen, das soll freudig geschehen.

Ihr verließt ein Altes und findet ein Neues wieder. Laßt uns vereint um dieses Neue wetteifern, damit wir im redlichen Regen der Kräfte durch den kalten Winter zum lichten Frühling der Freiheit, der Einigkeit und der Versöhnung gelangen.

Willkommen zum Marsche solchem Lichte entgegen, willkommen in Berlin um die Zeit der Sonnenwende!"

Der Vollzugsrat beschließt am selben Tage, im Einvernehmen mit dem Rat der Volksbeauftragten für die Befreiung der wegen militärischer Vergehen noch in Haft befindlichen Personen zu sorgen. Ferner wird beschlossen, einen Arbeitervertreter des linksrheinischen Gebietes als stimmberechtigt in den Vollzugsrat aufzunehmen. Zwei Anträge, welche die Ersetzung einiger führenden Persönlichkeiten des alten Systems im Auswärtigen Amt und in der Reichskanzlei fordern, werden dem Reichsausschuß überwiesen. Weiter wird beschlossen, den in Berlin anwesenden und einziehenden Truppen die Munition abzunehmen. Der Beschluß wird der Regierung zu beschleunigter Erledigung überwiesen. Die Zurückweisung der russischen Sowjetdelegation zu der Delegiertenkonferenz der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte durch die Soldatenräte an der Ostfront nötigt den Vollzugsrat zu erneuter Stellungnahme, die mit dem Beschluß endet, daß die ergangene Einladung nicht mehr aufrechterhalten wird.

Am selben Tage erläßt die Kommission für Sozialisierung eine Erklärung, wonach sie es als ihre Aufgabe betrachtet, jene Maßregeln vorzubereiten, die geeignet sind, die Überführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft zu bewirken.

Die Kommission ist sich bewußt, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels.

Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftszweige die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Ebenso erfordert die Ingangsetzung der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Zirkulationskredits und damit die ungestörte Funktion der Kreditbanken.

Im Interesse unserer Lebensmittelversorgung wird auch nicht vorgeschlagen werden, in die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Hier soll durch der Landwirtschaft angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensität gesteigert werden.

Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle und Eisen, zustehen. Es soll geprüft werden, welche andern Zweige der Produktion und der Kraftgewinnung infolge der erweiterten Konzentration geeignet sind, in Gemeinwirtschaft übergeführt zu werden, welche Wirtschaftszweige sonst ihrer Natur nach, wie z. B. das Versicherungswesen und die Hypothekenbanken, für die Sozialisierung in Betracht kommen.

Die Kommission ist sich bewußt, daß der Erfolg der Sozialisierung abhängt von der Erhöhung der Produktivität, die durch die beste Organisation der Betriebe und Ersparung aller unnützen Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden muß. Sie wird sich durch diesen Gesichtspunkt auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft leiten lassen, wo die Verfügung über die Latifundien und die großen Forsten der Gesamtheit zustehen muß.

Die Kommission ist der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftszweige abhängt, welche Maßregeln für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen, ob die Verfügung dem Reiche, den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungskörpern zustehen soll oder ob für einzelne Produktionszweige die Ausdehnung der Eigenproduktion der Genossenschaften das geeignete Mittel der Ausschaltung des kapitalistischen Profits darstellt.

In gleicher Weise werden auch die Mittel der Sozialisierung je nach der Natur der Wirtschaftszweige sich verschieden gestalten müssen. Neben der völligen Übernahme kommen noch andere Formen der Beteiligung und der Kontrolle durch die Gesamtheit in Betracht.

Die Kommission glaubt, daß die bisherigen Besitzer für die Übergabe ihrer Betriebe durch Ablösungsrenten entschädigt werden sollen, damit die Härten und Ungleichmäßigkeiten in der Heranziehung des Besitzes zu den Aufgaben der Gesamtheit vermieden werden. Es unterliegt dann der politischen Entscheidung, in welchem Umfange, vor allem auf dem Wege der Vermögensabgabe und der Besitzbesteuerung, die allgemeine Heranziehung der gesamten besitzenden Klassen erfolgt.

Die Kommission ist gewillt, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu unternehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erstatten.

Ebenfalls am 10. Dezember wird der griechische Soldatenrat im Görlitzer Griechenlager festgenommen, weil er die deutsche Revolution mißbraucht hat, um einen Putsch einzuleiten, der mit den Ideen der deutschen Revolution nicht das mindeste zu tun hat. Es sind anarchische Zustände im Griechenlager eingerissen, die deutsche Interessen in Mitleidenschaft gezogen und die Entrüstung der Görlitzer Bevölkerung erregt haben. Gleichzeitig nehmen die Bemühungen des Görlitzer Arbeiter- und Soldatenrats und der Reichsregierung ihren Fortgang, den Verband zur schnellsten Rückbeförderung der Griechen in ihre Heimat zu veranlassen.

11. Dezember. Der Rat der Volksbeauftragten erläßt im „Reichsanzeiger" folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Am 4. Dezember 1918 haben zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsabgeordneter »die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien in Rheinland und Westfalen und in anderen Ländern am Rhein« aufgefordert, »die Proklamierung einer dem Deutschen Reiche angehörigen, selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten«.

Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung und Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reichs oder Preußens vom Gesamtgebiet ist, sondern die kraft-

volle Zusammenfassung und Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und volkstümlich regelt.

Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preußischen Staates endgültig bestimmt werden. Eine Neuregelung seines Staatsgebiets dürfte durchaus im Gange der wahrscheinlichen Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsgemäß mitzuwirken sind diejenigen »anerkannten Vertreter des Volkswillens« berufen, die auch in Rheinland-Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden.

Aufs entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage getreten sind. Die Einheitlichkeit des Reichs wird nicht »gewahrt«, sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweislosen Behauptungen, es bestehe die »völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen«. Vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen.

Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch in Rheinland-Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reiches und ihre provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche offener oder versteckter Art zu vereinigen und dementsprechend zu handeln.

Berlin, den 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten:
Ebert. Haase. Landsberg. Barth. Dittmann. Scheidemann.
Dr. Preuß, Staatssekretär."

Am selben Tage entscheiden sich sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte Thüringens in einer Konferenz zu Erfurt für die Errichtung einer deutschen Einheitsrepublik.

12. Dezember. Der Vollzugsrat einigt sich dahin, seine wichtigsten Beschlüsse drucken zu lassen und der Vertreterversammlung vorzulegen. Ein Massenflugblatt, das sich gegen die Hetzarbeit der bürgerlichen Presse wendet, besonders aber gegen die planmäßige Behauptung, der Verband wolle die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennen, wird genehmigt.

In längerer Aussprache beschäftigt sich der Rat mit der Kritik, die in der letzten Soldatenratsversammlung an ihm geübt worden ist, sowie mit dem Beschluß, daß zwei soldatische Mitglieder des Vollzugsrates ausscheiden und durch neu gewählte Ersatzleute ersetzt werden. Der Rat gesteht den Soldatenräten grundsätzlich das Recht zu, über die soldatischen Mitglieder des Rats zu entscheiden, und behält den Genossen Bergmann als Beauftragten des Rats.

Der Vorsitzende verliest ein längeres Schreiben der Regierung, worin dem Rat das Überwachungsrecht über die Reichsämter streitig gemacht wird. In der Erörterung betont ein Redner, daß die Überwachung von den Beigeordneten der beiden sozialdemokratischen Parteien auszuüben sei. Die Tätigkeit der Beigeordneten müsse streng in dem ursprünglich gedachten Sinne erfolgen; diese Männer dürften nicht als Unterstaatssekretäre tätig sein, sondern als revolutionäre Überwachungsstellen. Die Vertreter der Marine stellen fest, daß sie das Reichsmarineamt nicht nur überwachen, sondern die gesamte Geschäftsführung in ihren Händen haben. Die endgültige Erledigung dieser Frage wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Am selben Tage erläßt der Rat der Volksbeauftragten folgende Bekanntmachung für die Preßfreiheit:

„In den letzten Tagen häuften sich die Eingriffe von Arbeiter- und Soldatenräten in die Preßfreiheit derart, daß die Reichsregierung ihnen aufs entschiedenste entgegentreten muß. So ist z. B. in Leipzig eine Zeitung mit Stürmung und Zerstörung bedroht worden, wenn sie einen bestimmten Bericht bringe, und an den Plakatsäulen zur Selbsthilfe gegen diese Zeitung aufgerufen worden, und in Mülheim (Ruhr) sind die Druckereien stillgelegt und die Platten zerschlagen worden, weil sich die Deutsche Volkspartei und die Zentrumspartei in Flugblättern gegen die Verhaftung von Mülheimer Bürgern wandten. Ähnliche Vorgänge werden aus zahlreichen anderen Städten gemeldet. Die Reichsregierung verwahrt sich auf das entschiedenste gegen jede gewaltsame Beschränkung des freien Wortes. Sie fordert von den Arbeiter- und Soldatenräten die völlige Aufrechterhaltung der Preßfreiheit, die einer ihrer ersten Programmpunkte ist. Es wird die Aufgabe der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte sein, zu erwägen, wie gegen lokale Organisationen vorzugehen sei, die sich solche willkürliche Handlungen zuschulden kommen lassen.

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth."

13. Dezember. Amtlich wird bekanntgegeben: Mit Rücksicht auf den Freitag, den 13. Dezember 1918 in der „Deutschen Tageszeitung" (Morgenausgabe) erschienenen Artikel: „An das deutsche Volk vom Gelehrten bis zum Arbeiter", unterzeichnet vom Vollzugsratsmitglied Ströbel, hat der Vollzugsrat in seiner Sitzung vom 13. Dezember beschlossen: Das Vollzugsratsmitglied Ströbel wird sofort seiner ihm vom Vollzugsrat übertragenen Funktionen enthoben und aufgefordert, unverzüglich von seinem Amte als Mitglied des Vollzugsrates zurückzutreten.

In der Sitzung teilt ferner der Vorsitzende den Bericht einer Abordnung der streikenden Berliner Former mit, wonach Streitigkeiten zwischen den Streikenden einerseits, den Gewerkschaftsführern und den Metallindustriellen andererseits bestehen. Die Vermittelung des Vollzugsrats sei geboten. Ein Ausschuß aus Mitgliedern des Vollzugsrates, den Vertretern der streikenden Gewerkschaften und der Unternehmer solle zur Regelung der Streitfragen zusammentreten.

Ein Mitglied macht auf Grund neuen Materials nochmals darauf aufmerksam, daß die für den Einzug nach Berlin bestimmten Truppen auffallend mit Munition ausgerüstet würden, außerdem werde bei den fraglichen Truppen Stimmung gegen Berlin gemacht. Die Regierung solle auf diese Vorgänge hingewiesen werden.

Entgegen den neuesten Zeitungsmeldungen, die Regierung beabsichtige, die Wahlen zu der Nationalversammlung auf einen früheren Termin als den 16. Februar festzusetzen, legt der Vollzugsrat Wert auf die Feststellung, daß die Regierung den Wahltermin vorbehaltlich der Zustimmung der Delegiertenkonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte bestimmt habe. Der Vollzugsrat will auf jeden Fall dieses Recht der Delegiertenversammlung vom 16. Dezember wahren.

Die Vertreter der Soldatenräte Groß-Berlins, die auf dem Boden der Mehrheitsparteien stehen, haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

14. Dezember. Der Rat der Volksbeauftragten ordnet die Bildung einer freiwilligen Volkswehr durch ein besonderes Gesetz an. Das Gesetz enthält die folgenden Bestimmungen:

1. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist eine freiwillige Volkswehr zu bilden.

2. Die Vollmachten zur Aufstellung der Abteilungen dieser Volkswehr erteilt ausschließlich der Rat der Volksbeauftragten, der auch Zahl und Stärke der Abteilungen festsetzt.

3. Die Volkswehr untersteht ausschließlich dem Rat der Volksbeauftragten. Sie verpflichtet sich der sozialistisch-demokratischen Republik durch Handschlag.

4. In die Volkswehr werden nur Freiwillige aufgenommen. Sie wird außerhalb des Rahmens des Heeres stehen. Gerichtliche und Disziplinarverhältnisse werden noch geregelt

5. Die Freiwilligen wählen ihre Führer selbst, und zwar etwa 100 Freiwillige (Hundertschaft) einen Führer und drei Zugführer; mehrere Hundertschaften bilden eine Abteilung und wählen den Abteilungsführer und einen Stab. Ihm steht ein Vertrauensrat von fünf Freiwilligen beratend zur Seite.

6. Jeder Freiwillige ist im Dienste zum Gehorsam gegenüber seinen selbstgewählten Führern verpflichtet.

7. Für die Annahme der Freiwilligen ist Vorbedingung a) in der Regel Zurücklegung des 24. Lebensjahres, b) körperliche Rüstigkeit, c) längerer, einwandfreier Frontdienst.

8. Die Freiwilligen haben zunächst eine Probezeit von 21 Tagen zu leisten. Wird ihre Geeignetheit festgestellt, so sind sie zunächst auf sechs Monate zu verpflichten. Die Verpflichtung kann nach Ablauf dieser Zeit von drei zu drei Monaten verlängert werden. Frühere Lösung des Dienstverhältnisses ist bei schwerer Verletzung der durch dasselbe begründeten Pflichten zulässig; sie erfolgt durch den Abteilungsführer unter Zustimmung des Vertrauensrates.

9. Die Freiwilligen sind wie Mannschaften des Soldatenstandes zu bekleiden, auszurüsten, zu bewaffnen und unterzubringen. Wegen besonderer

Bekleidung und Abzeichen bleibt Bestimmung vorbehalten. Gebührnisse und Versorgungsansprüche werden noch festgesetzt. Früher erworbene Versorgungsansprüche bleiben bestehen.

10. Das preußische Kriegsministerium hat mit Zustimmung des Rates der Volksbeauftragten die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

15. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt: Zeitungsnachrichten zufolge soll das Mitglied des Kabinetts Herr Adolf Hoffmann in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 8. d. M. geäußert haben:

„Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung nicht eine sozialistische Mehrheit ergeben, würde die konstituierende Nationalversammlung, ebenso wie in Rußland, mit Waffengewalt auseinandergetrieben werden."

Die preußische Regierung ist infolge Erkrankung des Herrn Adolf Hoffmann nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Äußerung gefallen ist. Sollte sich Herr Adolf Hoffmann in diesem oder einem ähnlichen Sinne geäußert haben, so erklärt die Regierung demgegenüber, daß sie auf dem Boden der Demokratie steht und den durch das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes respektieren wird.

13. Dezember. In Preußen wird ein Gesetz erlassen, das den Austritt aus der Kirche und den jüdischen Synagogengemeinden wesentlich erleichtert und am 4. Januar 1919 in Kraft tritt.

14. Dezember. Der Rat der Volksbeauftragten im Reiche erläßt nachfolgende Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen:

§ 1. Die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, ist bis zum 1. Juli 1919 nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn ihre Versagung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. Vor der Bewilligung ist der Schuldner zu hören. Gegen die Entscheidung findet die sofortige Beschwerde statt.

§ 2. Kriegsteilnehmer im Sinne dieser Verordnung sind außer den im § 2 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 bezeichneten Personen auch die Personen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu den immobilen Teilen der Land- oder Seemacht gehören, sowie diejenigen Personen, die sich in Ausübung des vaterländischen Hilfsdienstes im Ausland aufhalten.

§ 3. Gerichtsgebühren werden nicht erhoben. Die Anwaltsgebühren betragen zwei Zehnteile des Satzes des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Der Wert des Streitgegenstandes ist von dem Gerichte nach freiem Ermessen, höchstens jedoch auf den zwanzigsten Teil des Wertes des zur Vollstreckung stehenden Anspruches festzusetzen.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Ist eine vor diesem Tage begonnene Zwangsvollstreckung noch nicht beendet, so kann das Vollstreckungsgericht auf Antrag des Schuldners die bereits erfolgten Vollstreckungsmaßregeln aufheben.

15. Dezember. Für die Durchführung des Religionserlasses vom 29. November 1918 erläßt Kultusminister Haenisch folgende näheren Anweisungen:

„In Ergänzung des Erlasses vom 29. November 1918 über die Neuregelung des Religionsunterrichts wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Zweck dieses Erlasses die Befreiung von jedem Gewissenszwang ist. Diese Absicht würde in ihr gerades Gegenteil verkehrt, wenn nunmehr etwa ein anti-religiöser Gewissensdruck ausgeübt werden sollte. Ihn unter allen Umständen zu vermeiden, ist die ernste Pflicht aller für die Ausführung des Erlasses zuständigen Behörden. Bei seiner Durchführung soll mit jeder gebotenen Schonung der religiösen Empfindungen von Kindern und Eltern vorgegangen werden. Es soll jede Rücksicht geübt werden, die mit dem Geist des Erlasses irgend verträglich ist.

Um Irtümern, wie sie hier und dort leider bereits entstanden sind, ein für alle Male vorzubeugen, machen wir insbesondere darauf aufmerksam, daß zum Beispiel von einem Verbot der Schul-Weihnachtsfeiern keine Rede sein kann. Das Weihnachtsfest hat sich weit über seinen kirchlichen Grundcharakter hinaus entwickelt, zu einer deutschen Volks- und Familienfeier, zum deutschesten Feste überhaupt. Deutsche Weihnachtslieder sind Gemeingut des gesamten Volkes. In diesem Sinne das Weihnachtsfest auch künftig in den Schulen zu begehen, widerspricht in keiner Weise den Absichten des Erlasses.

Wenn somit die Weihnachtsfeier weiterhin als Schulfeier veranstaltet werden darf, so besteht natürlich für Lehrer und Schüler keinerlei Zwang zur Teilnahme.

Nunmehr erwarten wir aber auch von den kirchlich gesinnten Kreisen auf das bestimmteste, daß sie der loyalen Durchführung der Grundgedanken des Religionserlasses keine Schwierigkeiten bereiten.

Es wird allen beteiligten Behörden und Lehrern — mögen sie persönlich zu dem Erlaß nun stehen, wie sie wollen — zur ernsten Pflicht gemacht, alles zu vermeiden, was Reibungen irgendwelcher Art hervorrufen könnte. In diesem Sinne zu handeln, ist heute vornehmste vaterländische Pflicht."

Am selben Tage reicht Kriegsminister Scheüch sein Abschiedsgesuch ein, dessen Wortlaut von Bedeutung ist und deshalb nachstehend wiedergegeben sei:

„Am 9. November d. J., bei Übergabe der Reichsgeschäfte durch den Prinzen Max von Baden an Herrn Ebert, erklärte ich mich unaufgefordert und aus freien Stücken behufs Durchführung der Demobilmachung und Sicherung der Lösung anderer wichtiger Aufgaben militärischer Art, unbeschadet meiner persönlichen Überzeugungen, bereit, bis zur Erledigung dieser Aufgaben in meinem Amte zu verbleiben. An dieser Erklärung hielt ich auch fest, nachdem die Regierung Ebert-Haase gebildet worden war. Es geschah dies in der Annahme, daß mir die für meine Tätigkeit nötige Autorität erhalten bleiben und daß den meinem Beispiel folgenden Offizieren ihr Ansehen und ihre Dienststellung nicht beeinträchtigt würden; gegenteilige Vorkommnisse in den ersten Wochen nach der Revolution waren für mich erklärlich aus der begreiflichen, durch die Umwälzung hervorgerufenen allgemeinen Erregung. Von seiten der Volksbeauftragten wurde mir eine Kontrolle des Kriegsministeriums als der Öffentlichkeit gegenüber notwendig bezeichnet. Im Interesse der Sache, um von vornherein jedes

Mißtrauen gegen das Kriegsministerium beseitigen zu helfen, nahm ich diese Kontrolle an; sie wurde von der Regierung durch die Ernennung des Abgeordneten Goehre zum Beigeordneten des Kriegsministers eingerichtet. Eine Beeinträchtigung der Wirksamkeit des Kriegsministers ist durch diese Einrichtung nicht entstanden; im Gegenteil: die Mitarbeit des Herrn Goehre habe ich als dankenswert für mich persönlich und als dienlich der Sache empfunden. Dagegen sind meine unablässigen Bemühungen, das Mißtrauen gegen das Kriegsministerium, das Mißtrauen und den Haß gegen das ganze dienstbereite Offizierkorps zu mindern, erfolglos geblieben. Dies Mißtrauen und dieser seit den ersten Tagen der Revolution durch Verbreitung unwahrer Tatsachen geweckte und genährte Haß werden unablässig und in einem unerhörten Unmaß weiter geschürt. Dieser Haß richtet sich gegen einen Berufsstand, der mit einem Verlust an Toten von 39,2 v. H. heimkehrt, gegenüber einem Mannschaftsverlust von 19 v. H. Ich führe das nicht an, um zu vergleichen, sondern um zu zeigen, mit welch glänzendem Beispiel diese Männer ihrer Mannschaft vorangegangen sind. Ereignisse der allerletzten Zeit, die ich der Reichsregierung unterbreitet habe: der die Offiziere in dem neuen freien Staat entrechtende, des passiven Wahlrechts zu den Soldatenräten beraubende Beschluß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats; die widerrechtliche Festnahme und fünf Tage lang unter entwürdigender Behandlung aufrechterhaltene Haft eines mir unmittelbar unterstellten völlig schuldlosen Offiziers; die gegen die Offiziere der in Berlin einziehenden Truppen gerichtete Flugblatthetze des Vollzugsrates; die bei den in ihre Kasernen zurückgekehrten Truppen durch Soldatenräte betriebene Beseitigung der Offiziere; die Unmöglichkeit, der von mir verfügten Ernennung des Kommandanten von Potsdam beim dortigen Vorsitzenden des Soldatenrats Geltung zu verschaffen, und noch viele Geschehnisse gleicher Prägung lassen mich erkennen, daß mein ganzes Mühen fruchtlos bleibt und daß mein Bestreben, Ordnung im Heere wiederherzustellen, bei den mir geleisteten Widerständen zu dem in Übereinstimmung mit der Regierung verfolgten Ziel nicht führen kann. Man stößt die ehrlich und in nicht wankender Vaterlandsliebe angebotene Hilfe zurück, ohne zu bedenken, daß nur die Mitwirkung der im Kampf gestählten und mit ihrer Mannschaft in vier Kriegsjahren zusammengeschweißten Offiziere der Truppe jenes Gefüge erhalten kann, ohne welches an die dem Land von der Regierung verheißene Ruhe, Freiheit und Ordnung nicht zu denken ist. Ich halte es für meine Pflicht, diese der Vernichtung entgegenführenden Schäden in tiefstem Ernst zum Ausdruck zu bringen.

Die Erkenntnis, daß dem Offizierkorps und dem Kriegsminister durch die Art der Tätigkeit des hiesigen Vollzugsrats und der heimatlichen Soldatenräte eine unmögliche Stellung geschaffen ist, veranlaßt mich zu der Bitte um Enthebung von meinem Amt als Kriegsminister. Meine Gesundheit reicht auch zurzeit nicht mehr aus, um unter den von mir dargelegten Umständen die diesem Amte obliegenden Pflichten in vollem Umfange, wie ich es in meiner Dienstzeit gewohnt und bestrebt war, erfüllen zu können. Ich halte es auch in rein sachlichem Interesse für geboten, daß bald eine neue Kraft an die Spitze des Kriegsministeriums tritt, der dann auch die Lösung der in absehbarer Zeit bevorstehenden organisatorischen Aufgaben für eine neue deutsche Wehrverfassung obliegen wird. Die Tätigkeit des Kriegsministeriums für die Demobilmachung ist, soweit man dies bei den herrschenden Verhältnissen so ausdrücken kann, in gesichertem Gang. Im übrigen bin ich, wenn es gewünscht wird, bereit, meine Amtsgeschäfte bis zur wohl bald zu erwartenden Auswahl und Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen.

Bei der nicht ganz zweifelsfreien Zuständigkeit der Regierungsstellen habe ich den gleichen Antrag an die preußische Regierung gerichtet.

gez. Scheüch."

Gleichzeitig werden Admiral v. Müller und Vizeadmiral Hebbinghaus zur Disposition gestellt, Konteradmiral v. Trotha wird zum Chef des Marinekabinetts im Reichsmarineamt ernannt.

16.—20. Dezember. Reichskonferenz der A.- und S.-Räte in Berlin.

17. Dezember. Der Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf tritt zurück.

Die „Köln. Ztg," schreibt dazu: „Dr. Solfs Rücktritt ist ein Opfer, das von dem radikalen Flügel der Sozialdemokratie gefordert wurde; die Regierung Ebert-Scheidemann dürfte den Rücktritt dieses verdienten und sachkundigen Staatsmannes selbst als schweres Opfer empfinden. Ein Beweis von Selbstbewußtsein und Stärke ist dieses Zugeständnis an die Radikalen, das den Staatssekretär des Auswärtigen halb gehen ließ, halb gehen hieß, wahrlich nicht. Daß die große Mehrheit des deutschen Volkes nichts gegen Dr. Solf einzuwenden hatte, darüber hat sich — trotz Eisner und seinem Anhang — die Berliner Regierung nicht im Zweifel befunden. . . . Wenn Dr. Solf jetzt den Rücktritt nicht mehr länger hinauszuschieben sich in der Lage sieht, so liegt der Schluß nahe, daß tatsächlich gegen die Strömung in den leitenden Berliner Kreisen nicht genügend energisch Front gemacht wird, die wahllos Bewährtes niederreißt und sich nicht um die Ungewißheit kümmert, der das deutsche Volk den schweren Bedrängungen durch den Verband gegenüber ausgesetzt sein wird. Es ist ein Raubbau an geistiger Arbeitskraft, der hier getrieben wird. Es ist nur zu hoffen, daß diese Kraft dem Wiederaufbau Deutschlands nicht ganz verloren gehe, daß Dr. Solf wenigstens auf dem Posten als Kolonialstaatssekretär verbleibe, um im gegebenen Augenblick jederzeit für die deutschen Rechte — denn es gibt auch noch in den Kolonien Rechte zu wahren — einspringen zu können."

19. Dezember. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach die Bestimmungen über Befreiung der Mitglieder des vormaligen Königlichen Hauses, des vormaligen Hohenzollernschen Fürstenhauses, des vormaligen Herzoglich Nassauischen Fürstenhauses von der Zahlung der Gerichtsgebühren, der Einkommen- und Ergänzungssteuer, der Gemeindeeinkommensteuer, der Stempelsteuer und sonstiger öffentlicher Abgaben aufgehoben worden sind.

20. Dezember. Der bisherige deutsche Gesandte in Kopenhagen Graf Ulrich v. Brockdorff-Rantzau wird zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts ernannt.

Am selben Tage hält der neugewählte Reichsvollzugsrat seine erste Sitzung ab, woran sich noch eine gemeinsame Sitzung mit den Volksbeauftragten schließt.

Kultusminister Haenisch verfügt, daß wahlberechtigten Schülern und Schülerinnen der höheren Lehranstalten, die das 20. Lebensjahr

vollendet haben, die Beteiligung an politischen Vereinen und Versammlungen in demselben Maße wie allen übrigen Staatsbürgern zu gestatten ist.

21. Dezember. Die Reichsregierung läßt halbamtlich folgendes bekanntgeben:

Von den Bestrebungen zur Bildung einer Republik Oldenburg ist in der Öffentlichkeit mehrfach die Rede gewesen. Die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte haben bei ihrer Aktion auch die Einbeziehung des zu Preußen gehörenden Regierungsbezirks Stade in die Wege zu leiten versucht und demgemäß die Arbeiter- und Soldatenräte in Ostfriesland zur Beteiligung an einer Kongreßsitzung in Oldenburg aufgefordert. Die Reichsleitung erachtet dieses Vorgehen für unzulässig. Sie weist darauf hin, daß die territoriale Gliederung Deutschlands durch die Umwälzung zunächst nicht berührt worden ist. Überall sei das Volk, vertreten durch die Arbeiter- und Soldatenräte, an die Stelle der bisherigen Inhaber der höchsten Gewalt getreten. Der Gebietsumfang dieser höchsten Gewalt habe sich hierbei aber nicht geändert. Eine Änderung der Grenzen der einzelnen ehemaligen Bundesstaaten bedürfe der Zustimmung der Reichsregierung, da sie eine Abweichung von den in Deutschland geltenden Gesetzen enthalte und die gesetzgebende Gewalt von den Trägern der Souveränität auf den Rat der Volksbeauftragten übertragen sei. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, an den Gebietsgrenzen der einzelnen deutschen Freistaaten Änderungen vornehmen zu lassen, ehe die verfassunggebende Nationalversammlung darüber Beschluß gefaßt hat. Dagegen spräche einmal der Umstand, daß solche Änderungen zu tiefgreifender Natur sind, um durch die gegenwärtigen tatsächlichen Inhaber der Gewalt mit verbindlicher Kraft für das ganze Volk vorgenommen zu werden, und zweitens die Gefahr, daß bei verfrühter Änderung der Gebietsgrenzen unnötige Erschwerungen in der Verwaltung der Einzelstaaten und des gesamten Reiches eintreten. Solche Gefahren müssen aber bei den schweren Aufgaben der Demobilisierung und Volksernährung, denen die Behörden gegenüberstehen, unbedingt vermieden werden.

Am selben Tage ergeht eine Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung, die sich eng an das Reichswahlgesetz anlehnt. Die Mitglieder der Landesversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer einschließlich der Personen des Soldatenstandes und Frauen, die am Wahltag das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlausschließungsgründe sind die gleichen wie im Reichswahlgesetz. Wählbar sind

alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Preußen sind. Auf 100000 Einwohner entfällt im allgemeinen ein Abgeordneter; in 23 Wahlkreisen, die sich an die Provinzen und Regierungsbezirke anlehnen, werden insgesamt 401 Abgeordnete gewählt. Die Wahlen finden am 26. Januar 1919 statt.

Kultusminister Adolf Hoffmann wird zum preußischen Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt.

22. Dezember. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an die Auslandsdeutschen:

„In den Kreisen der Auslandsdeutschen ist die Meinung verbreitet, nach der Umwandlung der Regierungsform des Reiches sei das Interesse an ihnen so gut wie erloschen, die gegenwärtige Reichsregierung habe weder die Zeit, noch die Absicht, sich mit der Not der Auslandsdeutschen zu beschäftigen.

Nichts ist verkehrter als diese Auffassung. Die Männer, die gegenwärtig die Leitung des Reiches führen, sind deshalb an ihre jetzige Stelle gekommen, weil sie sich der Not solcher deutschen Volksgenossen angenommen haben, die unter dem bisherigen System in ihren berechtigten Interessen nicht genügend geschützt wurden. Soweit die Auslandsdeutschen in gleicher Lage sind, haben sie auf die Unterstützung der Reichsregierung vollen Anspruch. Wie sie bei den Friedensverhandlungen darauf Bedacht nehmen wird, die Rechte wiederherzustellen, die ihnen durch Kriegsmaßnahmen der Gegner geschmälert oder entzogen worden sind, so wird sie es sich angelegen sein lassen, den Auslandsdeutschen bei der notwendigen Umgestaltung des deutschen Wirtschaftslebens die Stellung anzuweisen, in der sie ihre Kräfte zum Wohl des ganzen Volkes betätigen können. Die Reichsregierung rechnet dabei auf die ungebrochene Tatkraft der Männer, die ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk in der Fremde und unter schwierigen Umständen zu bewahren wußten."

In einem Aufruf, gegeben im Großen Hauptquartier, Wilhelmshöhe, Weihnachten 1918, blickt Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf die gewaltigen Kriegsleistungen des zur Wehrhaftigkeit erzogenen deutschen Volkes in Waffen zurück, das nicht vor einer Welt von Feinden zusammengebrochen sei, hierzu befähigt durch das heilige Feuer der Vaterlandsliebe, den Willen zum Siege und den Geist der Treue.

Das deutsche Herr sei dahin, zerfetzt und aufgelöst, obwohl bis zuletzt gefürchtet und geachtet von den Feinden. Den Offizieren, hoch und niedrig, komme als Erziehern und Führern des Volksheeres ein unbestreitbar hoher Anteil an dem Ruhme zu, und es sei kleinliche Rache, ihnen Abzeichen und Waffen abzusprechen, sie als unfähig der Befehlsgewalt zu erklären. Die Zerstörung der nationalen Kraft des deutschen Volkes von Grund auf sei die Absicht jener verneinenden und zersetzenden Geister, die am Werke seien, um die Neugestaltung des Reiches auf gesunder politischer und wirtschaftlicher Grundlage zu hemmen.

Trotz der mancherlei Krankheitserscheinungen, vereinzelter Fälle von Selbstsucht, Eitelkeit und Unwahrhaftigkeit kehre das deutsche Offizierkorps gesund und stark aus dem Kriege zurück. Das deutsche Offizierkorps sei kerngesund, seine Lebensaufgabe das Wohl der Gesamtheit, die Ehre des

deutschen Namens, und darum habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um den Zusammenbruch unseres nationalen und wirtschaftlichen Daseins zu verhindern. Dabei müsse es aber erbittern, wenn in kleinlicher Rache die Autorität im Heere untergraben werde. Alle jene aber, die sich als Schmarotzer im deutschen Offizierkorps gezeigt, sollten und müßten abgeschüttelt werden.

Der Aufruf schließt: Wenn ich als Oberbefehlshaber des deutschen Feldheeres am Ende meiner militärischen Laufbahn die Stimme erhebe für meine Kameraden und Untergebenen, meine treuesten Stützen im Kampf und Not, so möge man darin auch ein heiliges Vermächtnis aus der Vergangenheit entnehmen für eine neue Zeit, für eine glückliche Zukunft unseres Volkes, für die Einheit der deutschen Stämme mit der alten Mahnung: „Was du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen".

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik konstituiert sich und übernimmt die Geschäfte im Reich und in Preußen.

23. Dezember. Die in Berlin zum Schutze des Reichskanzlerhauses dort untergebrachte Wache der Volksmarinedivision (Schloß) unternimmt nachmittags einen Überfall auf die Reichsregierung. Vor den Volksbeauftragten Ebert und Landsberg erscheinen Matrosen der Wache und erklären, daß sie den Befehl von dem Kommandanten Dorenbach der Volksmarinedivision erhalten hätten, die Tore des Hauses zu schließen und keinen der Anwesenden heraus- und niemand hineinzulassen. Gleichzeitig besetzen sie auf Befehl die Telephonzentrale und unterbinden den Fernsprechverkehr von und mit dem Hause. Die Sperre, die die Abwicklung wichtiger Geschäfte verhindert, dauert fast eine Stunde lang. Nach dieser Zeit geben die Matrosen auf den energischen Einspruch des Volksbeauftragten Ebert den Zugang zum Hause und den Telephonverkehr wieder frei. Am Abend wiederholt sich die Besetzung des Reichskanzlerhauses. Nach erneuten längeren Verhandlungen gelingt es, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen wäre, die Matrosen zum Abzug zu bewegen.

24. Dezember. In Berlin toben von morgens 8 Uhr ab am Schlosse und am Marstall, die von der Marinedivision besetzt werden, erbitterte Kämpfe, bei denen die Gardekavalleriedivision gegen Schloß und Marstall vorgeht. Gegen 11 Uhr wird aus dem Marstall eine Abordnung von Matrosen mit einer weißen Flagge entsandt, die mit dem Befehlshaber der Truppen verhandelt. Die Verhandlungen führen zu dem Ergebnis, daß nach 11 Uhr die Matrosen erst einzeln, dann in kleineren Trupps abziehen. Nach erfolgter Kapitulation können auch die Geschütze wieder abrücken. Die Matrosen verlieren 68 Mann, die teils tot, teils schwer verletzt sind. Die Vorgänge, die zur Straßenschlacht ausgeartet sind und durch das Vorgehen der Volksmarinedivision verursacht worden waren, schließen mit Verhandlungen zwischen der Regierung, die durch

die Mitglieder des Zentral- resp. Vollzugsrats Cohen-Reuß, Richard Müller und Tost vertreten ist, und den Matrosen. Sie führen zu einem Abkommen, das, gewissenhaft gehalten, die Grundlage für festere Verhältnisse bilden soll und folgenden Wortlaut hat:

1. Die Volksmatrosendivision verpflichtet sich, sofort das Schloß zu verlassen, wenn der Vertrag vom 18. Dezember durchgeführt wird. Danach hat die Matrosendivision Anspruch auf Bureauräume im Marstall.

2. Die Matrosen werden der republikanischen Soldatenwehr eingegliedert, die dem Befehl der Kommandantur untersteht. Die Form der Angliederung bleibt einer späteren Vereinbarung vorbehalten.

3. Die Matrosen verpflichten sich, in Zukunft nicht wieder an Aktionen gegen die Regierung teilzunehmen. Meinungsverschiedenheiten sind stets auf dem Verhandlungswege durch die zuständigen Stellen zu erledigen. Die Division des Generalkommandos Lequis wird sofort zurückgezogen. Die Alarmbereitschaft der Berliner Truppen und der Matrosendivision wird sofort aufgehoben. Die Matrosen und Soldaten gehen in ihre Quartiere zurück. Der Kommandant Wels ist sofort freizulassen.

Zu den Vorgängen am Schloß und Marstall wird von dem Mitgliede Thost des Zentralrates der Marine (5er-Ausschuß), das an den Verhandlungen zwischen der Regierung, den Gardetruppen und der Volksmarinedivision teilgenommen hat, eine Darstellung der Ursachen und Entwicklung der Vorfälle gegeben, in der es heißt, daß sich die Zahl der Matrosen in der Volksmarinedivision schon seit längerer Zeit von selbst vermindert habe, und zwar von 3200 auf 1600 Mann. Daraus sei ersichtlich, daß böser Wille auf dieser Seite von vornherein nicht zu suchen war. Die Diebstähle im Schloß seien in den ersten Tagen zum größten Teil von Plünderern ausgeführt worden, noch bevor die Matrosen aus Cuxhaven das Schloß besetzt hatten. Gegen spätere Plünderungen sei von der Matrosendivision stets energisch Verwahrung eingelegt, und die Schuldigen seien zur Verantwortung gezogen worden. Die Räumung des Schlosses wäre schon längst erfolgt, wenn den Matrosen im Marstall Bureauräume überwiesen worden waren. Auf Grund der Aufforderung der Regierung seien am 23. Dezember abends die Schlüssel des Schlosses an die Reichskanzlei abgeführt worden. Als darauf die Matrosen die rückständige Löhnung verlangten, sei von der Stadtkommandantur die Forderung an sie gerichtet worden, die Schlüssel bei der Stadtkommandantur abzugeben, andernfalls sie kein Geld bekämen. Das habe den Unwillen der Matrosendivision verstärkt und zu der Demonstration vor der Kommandantur geführt. Von keinem Führer der Matrosendivision sei der Befehl hierzu erteilt worden. Erst als der Demonstrantenzug von einem Panzerautomobil in der Nähe der Kommandantur beschossen wurde, sei es zu den bekannten Vorfällen gekommen. In diesem Augenblick habe er, Thost, erst Mitteilung von den Vorgängen erhalten. Inzwischen hatten die Matrosen die Reichskanzlei besetzt, da sie der Meinung waren, daß nach Erfüllung der gestellten Forderungen (Ablieferung der Schlüssel) die Volksbeauftragten nicht das Notwendige getan hätten, um den Matrosen in

ihren Löhnungsforderungen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Am 23. Dezember abends gelang es, in der Reichskanzlei eine Verständigung dahin zu erzielen, daß sowohl die Matrosen als auch die von der Regierung herbeigerufenen Potsdamer Gardetruppen in aller Stille zurückgezogen und am 24. Dezember vormittags die Angelegenheit der Matrosen auf dem Verhandlungswege zwischen der Regierung und den beauftragten Vertretern erledigt werden sollten.

Die hierauf folgenden Ereignisse vom 24. Dezember schildert Thost in Übereinstimmung mit folgendem Wolff-Bericht:

„Am Dienstag (24. Dezember) früh begann plötzlich ein heftiges Artilleriefeuer auf Schloß und Marstall, von dem noch kein Mensch weiß, wer es verschuldet hat. General Hofmann soll in einer Unterredung mit Ledebour behauptet haben, den Befehl zum Schießen von der Regierung erhalten zu haben. Die Regierung bestreitet es aber entschieden. Wieviel Tote und Verwundete bei den bedauerlichen Zusammenstößen zu beklagen sind, steht noch nicht genau fest. Von den Soldaten war gestern ein Teil zu den Matrosen übergegangen. Von den Sicherheitsmannschaften des Polizeipräsidiums, die gestern nur Absperrungsmaßnahmen zum Schutze des Publikums zu treffen hatten, ließ sich ein Teil in einer Versammlung der Matrosen schließlich verlocken, mit ihnen zusammenzugehen. Sie haben an dem gestrigen Kampfe teilgenommen. Als sie dann nach Schluß desselben nach dem Reichskanzlerpalais zogen, gelang es dem Polizeipräsidenten, sie unterwegs abzufangen und von der Besetzung des Reichskanzlerpalais zurückzuhalten. Eine Anzahl von ihnen zog dann anstatt nach dem Polizeipräsidium nach dem Marstall, blieb die Nacht über dort und hat auch an der gestrigen Schießerei teilgenommen. Zwei Mann von ihnen sollen gefallen sein. In der Sitzung des Kabinettsrates, bei der auch Richard Müller und Cohen-Reuß anwesend waren, wurde, um eine sofortige Einstellung des Blutvergießens zu erreichen, beschlossen, daß die Truppen, die nicht in Berlin ihre Garnison haben, umgehend abrücken sollten und die Matrosen hier bleiben, während die anderen Truppen entwaffnet würden.

Die Schuldfrage ist, wie gesagt, noch unaufgeklärt. Der Kabinettsrat will sich später damit befassen. Kommandant Wels ist frei. Ob er aber wieder die Kommandantur übernehmen wird oder ob Molkenbuhr an seine Stelle tritt, ist noch unbestimmt. Mit Politik hat die ganze Angelegenheit nichts zu tun. Es handelt sich lediglich um eine Löhnungsfrage."

25. Dezember. Infolge eines Artikels des „Vorwärts", der die Matrosen wegen ihrer Haltung bei den Vorgängen am 23. und 24. Dezember angegriffen hat, besetzen Matrosen zusammen mit Anhängern des Spartakusbundes die genannte Zeitung, um sie den Zwecken des Spartakusbundes dienstbar zu machen. Da niemand von den Redaktionsmitgliedern des „Vorwärts" anwesend ist, so gelingt die Besitzergreifung der Zeitung vollständig. Es wird sofort ein einstweiliger Redaktionsstab eingerichtet und ein Flugblatt gedruckt, in dem die Spartaciden auseinandersetzen, daß der „Vorwärts", das „lügnerische Reptil", das die Kriegspolitik der alten Regierung mitgemacht und das seit dem 9. November zusammen mit der bürgerlichen Presse bemüht sei, das Proletariat um die

Früchte der Revolution zu bringen, von nun an als „Roter Vorwärts" erscheinen werde, der dem Volk die heißersehnte Wahrheit zu künden vermöge.

Als am Nachmittag des **26. Dezember** die Redakteure des Blattes erscheinen, um ihren Dienst anzutreten, wird ihnen bedeutet, daß sie in der Redaktion nichts mehr zu suchen hätten. Chefredakteur Friedrich Stampfer, der Protest gegen diese Vergewaltigung der Presse einlegt, wird nach dem Marstall gebracht. Von den Spartaciden wird auch die Herausgabe des Parteivermögens verlangt, da der „Vorwärts" ein bürgerliches Blatt geworden sei. Auf Veranlassung mehrerer Parteiführer legt sich die Regierung ins Mittel. Auch Polizeipräsident Eichhorn erscheint. Die im Verlagshaus seit den Revolutionstagen befindlichen Waffen, Handgranaten, Gewehre, Maschinengewehre sowie ein Panzerauto werden beschlagnahmt und ins Polizeipräsidium übergeführt. Im Abgeordnetenhaus findet sodann eine Konferenz zwischen den feindlichen Parteien statt, der auch Vertreter der Regierung beiwohnen. Nach langen Verhandlungen wird das Gebäude des „Vorwärts" von den Eindringlingen geräumt und den rechtmäßigen Besitzern wieder zur Verfügung gestellt.

27. Dezember. Die blutigen Vorgänge, die sich in den Weihnachtstagen in Berlin abgespielt haben, führen zu einer Krisis in der Reichsregierung, da die Spartakusgruppe das Bestreben hat, die amtierenden Volksbeauftragten zu stürzen und eine neue Regierung Liebknecht-Ledebour-Eichhorn zu verkünden. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte tritt zu einer Sitzung in der Frage der Kabinettskrisis zusammen, ohne daß es zu einer Entscheidung kommt.

Die bürgerliche Presse fordert übereinstimmend, daß die Regierung eine stärkere Aktivität entwickeln müßte, um der Lage Herr zu werden, und daß ohne diese Aktivität ein Weiterarbeiten der Regierung in der jetzigen Zusammensetzung unmöglich sei. Diese Auffassung spricht sich insbesondere bei der Beurteilung der Ereignisse vom 24. Dezember aus. Sie kommt auch zum Ausdruck in den militärischen Kreisen, die im Auftrage der Regierung gegen die Marinedivision vorgingen.

Daß die militärische Leitung ebenfalls in einer äußerst schwierigen Lage ist, beweisen die immer neuen Versuche von seiten der Spartakusgruppe und selbst von seiten der Unabhängigen, ihr die Schuld an den gewaltsamen Ereignissen in die Schuhe zu schieben. So veröffentlicht der aus dem Rätekongreß bekannte Unabhängige Ernst Däumig in der „Republik" einen Artikel, in dem es heißt: „Für den Fall jedoch, daß keiner der Volksbeauftragten dem Korps Lequis den Marschbefehl erteilt hat, fällt die Verantwortung auf die Generale. Es würde sich in diesem Falle um einen militärischen und gegenrevolutionären Coup handeln, gegen den die Arbeiterschaft unter allen Umständen mobilisiert werden müßte. Es ist unglaublich, daß dieses Korps Lequis vierzehn Tage nach seinem Einzuge noch in seiner ganzen Stärke und Formation in der Nähe Berlins stationiert ist. Im

Anfang Dezember hat der Vollzugsrat die Volksbeauftragten in stundenlangen Verhandlungen keinen Augenblick im Zweifel gelassen, was er über das Korps Lequis denkt. Die Volksbeauftragten haben aber ruhig zugesehen, daß dieses Korps nach wie vor die Revolution bedroht. Es ist unerhört, daß auch heute noch Regimenter in der Nähe Berlins gehalten werden, die nach dem Demobilmachungsplane schon längst in ihren Standorten sein müßten. Was hat z. B. das 6. Jäger-Regiment zu Pferde, das in Erfurt garnisoniert ist, noch beim Korps Lequis zu tun? Die Regierung Ebert-Haase treibt ein gefährliches Spiel. Von Tag zu Tag verliert sie mehr das Vertrauen der Arbeitermassen, und sie stützt sich auf die Bajonette der Gegenrevolution. Es wird höchste Zeit, daß mit einer derartig kompromittierten, unzuverlässigen Regierung ein Ende gemacht wird."

General Lequis tritt von seinem Kommando auf seinen eigenen Antrag zurück, da seine Aufgabe, die Truppen nach Berlin zurückzuführen, erledigt sei. Damit ist auch das Generalkommando Lequis aufgelöst.

Die Reichsregierung ordnet die Schaffung einer aus vier Mitgliedern bestehenden Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene an. Den Vorsitz führt der frühere Reichstagsabgeordnete Stücklen.

Feldmarschall v. Hindenburg protestiert in folgendem Telegramm an das Armeekommando Ober-Ost gegen die Beschlüsse des Zentralrats der A.- u. S.-Räte:

„Ich erkenne die von dem Zentralrat der A.- u. S.-Räte gefaßte Resolution, betreffend Verordnung über das Heerwesen, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann. Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung Ebert und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Zusage über den Bestand des Heeres und die Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und daß es dadurch dem Offizier- und Unteroffizierkorps ermöglicht wird, weiter Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorstellig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen."

28. Dezember. Mit Rücksicht auf die Bedenken, die gegen den Erlaß der preußischen Regierung über den Religionsunterricht vom 29. Dezember 1918 geltend gemacht worden sind, ordnet der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Haenisch, an, daß die Durchführung des Erlasses überall dort, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung zu unterbleiben hat.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an die deutschen Eisenbahner:

„Den deutschen Eisenbahnern, deren ohnehin schwere und verantwortungsvolle Arbeit durch die Anforderungen des Krieges in ungemessener Weise vermehrt worden ist, spricht die deutsche Reichsregierung jetzt, da sie von den fernen Kriegsschauplätzen zurückkehren, im Namen des Volkes ihren

Dank aus, erkennt damit die Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit an, mit der die deutschen Eisenbahner aller Dienstgrade und aller Volksstämme ihre mühevollen Dienstobliegenheiten erfüllt haben. Die Eisenbahner wissen, daß die junge sozialistische Republik Deutschland es nicht bei leeren Worten des Dankes bewenden läßt.

Die Rechtsstellung der Eisenbahner soll ausgebaut und von den Fesseln alter Vorurteile befreit, ihre wirtschaftliche Lage im Rahmen der finanziellen Möglichkeit gehoben werden. Die Grundlage für die staatliche Finanzwirtschaft und für den Wert des Geldes bildet der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Bis dahin ist noch ein langer und beschwerlicher Weg. Die deutsche Reichsregierung erhofft von den Eisenbahnern, daß sie, wie bisher, so auch weiterhin, besonders in den nächsten schweren Wochen und Monaten, mit ihren großen Anforderungen an die körperliche und seelische Leistungsfähigkeit der Eisenbahner ihre Pflicht treu weiter erfüllen in voller Erkenntnis der Notwendigkeit entschlossener Zusammenarbeit aller Glieder des Volkes."

29. Dezember. Die Krisis in der Reichsregierung löst sich durch das Ausscheiden der Unabhängigen. Amtlich wird darüber mitgeteilt:

Der Zentralrat hat auf eine Frage der Unabhängigen erklärt, daß Ebert, Landsberg und Scheidemann dem Kriegsminister lediglich den Auftrag erteilt hätten, das Nötige zur Befreiung des Stadtkommandanten Wels zu veranlassen. Auch dies sei erst geschehen, nachdem den drei Regierungsmitgliedern von dem Führer der Volksmarinedivision telephonisch mitgeteilt worden sei, daß er für das Leben von Wels nicht mehr garantieren könne. Der Zentralrat erklärte ausdrücklich, daß er dies Vorgehen billige. Trotz dieser Entlastung durch die höchste Instanz haben die Unabhängigen eine „Verschuldung" der Regierungsmitglieder Ebert, Landsberg und Scheidemann konstruiert und damit ihren Austritt begründet. Unter dem nichtigen Vorwande, einer Beantwortung überhoben zu sein, haben die Unabhängigen auf folgende Fragen des Zentralrates die Antwort verweigert:

> Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen? Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten?

Die Regierung liegt nun allein in den Händen der sozialdemokratischen Partei. Von dem festen Willen der Arbeiter, Bürger und Soldaten der deutschen Volksrepublik wird erwartet, daß sie sich mit ganzer Entschlossenheit hinter die neue einige Regierung stellen.

An Stelle der ausgeschiedenen Unabhängigen (Haase, Dittmann, Barth) bestimmt der Zentralrat in gemeinsamer Sitzung mit der Regierung den Gouverneur von Kiel Noske, den Sozialpolitiker

Abg. Wissel und den Redakteur der „Breslauer Volkswacht" Löbe. Dieser lehnt jedoch ab, worauf sein Posten unbesetzt bleibt. Der Wirkungskreis im neuen Kabinett wird folgendermaßen verteilt: Ebert Inneres, Scheidemann Äußeres, Noske Heer und Marine, Landsberg Finanzen, Wissel Sozialpolitik. Daneben bleibt natürlich die Zuständigkeit der einzelnen Ressorts bestehen.

Von den aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgeschiedenen Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei wird folgende Darstellung der Krisis und ihrer Lösung gegeben:

„Die Regierungskrise, die jetzt zur Lösung gekommen ist, begann tiefer gesehen schon an dem Tage des Regierungsanfanges. Unter dem Zwang der revolutionären Ereignisse waren die Vertreter grundverschiedener Anschauungen zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschmiedet worden. Alle Beteiligten hatten das Bestreben, die ihnen zugewiesene Aufgabe zu erfüllen und zu diesem Zweck alle persönlichen Reibungen zu vermeiden. Es ist auch geglückt, das Zusammenarbeiten von dem erbitternden Moment persönlicher Vorwürfe freizuhalten. Aber die sachlichen Gegensätze mußten ausgetragen werden und hemmten, je länger desto mehr, den Regierungsorganismus. Als am 6. Dezember in der Chausseestraße die Maschinengewehre der Stadtkommandantur auf friedliche Demonstranten feuerten, als ein Trupp Soldaten den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte festnahm und der Versuch gemacht wurde, Ebert zum Präsidenten der Republik auszurufen, war die Situation kritisch geworden. Da aber der Stadtkommandant Wels nicht nur sofort seine Unschuld beteuerte, sondern auch der Beweis, daß er an den Anordnungen, die zum Blutvergießen geführt hatten, beteiligt gewesen sei, nicht erbracht werden konnte, und da ferner Ebert mit Nachdruck versicherte und glaubhaft machte, daß er von dem Putsch völlig überrascht sei und ihn mißbillige, so war für die unabhängigen Mitglieder des Kabinetts damals keine politische Situation gegeben, die ein Ausscheiden aus dem Rat der Volksbeauftragten gerechtfertigt hätte und den Massen verständlich gewesen wäre.

Die Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik steigerten sich aber seitdem. Die Vertrauensseligkeit der Mehrheitssozialisten gegenüber der obersten Heeresleitung führte sie dazu, die von dieser Seite kommenden Vorschläge meist unbesehen anzunehmen. Dadurch wurde die Macht der alten Militärgewalt von neuem gestärkt. Der Grenzschutz im Westen, der aus militärischen Gründen nicht zu erklären ist, mußte den Gedanken nahelegen, daß es darauf abgesehen sei, Truppen, die dem politischen Leben ferngehalten werden, fest in der Hand ihrer Offiziere zu behalten, um sie bei geeigneter Gelegenheit für gegenrevolutionäre Zwecke zu verwenden. Diese Auffassung erhielt neue Nahrung, als plötzlich vor einer Woche eine Demobilmachungsorder vorbereitet wurde, die die Zurückhaltung und Auffüllung der beiden Jahresklassen 1897 und 1898 vorsieht. Da die oberste Heeresleitung gleichzeitig gegen die Beschlüsse des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über Abschaffung der Rangabzeichen und das Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes heftig frondiert, so drängte die Frage zur Entscheidung, ob das Kabinett diese Nebenregierung, die sich noch verhängnisvoller jetzt betätigte als unter dem alten Regime, gewähren lassen oder den Kampf mit ihr aufnehmen wolle. Das Zögern der Mehrheitssozialisten bewirkte, daß die oberste Heeresleitung immer kühner in ihrem Angriff wurde und die gesamten Offiziere gegen

die Beschlüsse des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, denen die Regierung zugestimmt hatte, und damit auch gegen die Regierung aufputschte.

Unvermeidlich wurde eine klare Entscheidung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, als am 24. Dezember Schloß und Marstall bombardiert wurden und neue Blutopfer fielen. Den Unabhängigen war damit ihre Haltung klar vorgezeichnet. Da der Zentralrat aber von ihren eigenen Freunden als die oberste Gewalt bezeichnet war, so verstand es sich für sie von selbst, daß sie ihre Entschließungen nicht fassen wollten, bevor der Zentralrat über alle Vorgänge unterrichtet und sein Urteil abzugeben in der Lage war.

Der Zentralrat, in den auf dem Kongreß die Unabhängigen keine Vertreter entsandt haben, hat am Sonnabend den 28. Dezember auf die Fragen, die die Unabhängigen ihm vorlegten, in völlig unbefriedigender Weise geantwortet und hat namentlich Ebert, Scheidemann und Landsberg gedeckt, obwohl diese selbst zur Überraschung ihrer unabhängigen Kollegen zugestanden, daß sie in der Nacht zum 24. Dezember um 1 Uhr früh dem Kriegsminister den unbegrenzten Auftrag gegeben haben, alles zu tun, um Wels zu retten und damit die ungeheure Kanonade gegen Schloß und Marstall, sowie das Blutvergießen verschuldet haben. Damit war der politische Moment gekommen, in dem die Unabhängigen das Kabinett verlassen mußten.

Die Unabhängigen standen kurz vorher vor der Frage, ob sie allein die Regierung übernehmen wollten. Dazu wären sie nur in der Lage gewesen, wenn sie sich auf einen Zentralrat hätten stützen können, der ihre Anschauungen in allen wesentlichen politischen Fragen teilte. Denn jeder Regierung fehlt die Existenzgrundlage, wenn die Gewalt, von der sie selbst ihre Macht herleitet, die sie jederzeit abberufen kann, in den Grundanschauungen anders denkt als sie selbst. Die weitere Entwicklung der inneren und äußeren Politik wird die vorhandenen Schwierigkeiten für die neue Regierung sicherlich vermehren. Läßt sie sich dazu verleiten, die Rolle des starken Mannes zu spielen, die sie so unglücklich begonnen hat, weiter fortzuführen, so wird das zu Kämpfen mit unübersehbaren Folgen innerhalb des Volkes führen.

Die Unabhängigen sind aus der Regierung mit dem Bewußtsein ausgeschieden, daß sie nach dem allgemeinen Zusammenbruch unter den denkbar schwierigsten Umständen in die Regierung einzutreten, jederzeit bestrebt, die Revolution zu sichern und zu fördern. Sie mußten aber ausscheiden in dem Augenblick, wo sie nicht mehr in der Lage waren, die Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehrheitssozialisten zu verhindern."

Staatssekretär Wurm erklärt sich mit den drei aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Unabhängigen solidarisch und stellt sein Amt zu Verfügung. Auf Ersuchen der Reichsregierung erklärt Wurm sich bereit, die Geschäfte des Reichsernährungsamtes bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen.

Die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, bezeugt dem Zentralrat, daß er nicht den Mut und die Entschlossenheit gehabt habe, für die sozialistische und revolutionäre Sache gegen die Personen der Parteiführer zu entscheiden; er habe das Vorgehen von Ebert, Scheidemann und Landsberg, das zu dem blutigen Straßenkampf geführt habe, nicht verurteilt. Damit sei die Sache entschieden gewesen. Mit denen, die die Verantwortung für das vergossene Proletarier- und Matrosenblut trügen, habe es kein weiteres Zusammenarbeiten mehr geben können. Im übrigen seien die Beschlüsse des Zentralrates mehr eine Mißbilligung der Tätigkeit von Ebert, Scheide

mann und Landsberg als der Haltung der Unabhängigen. Aber schließlich zeige die Antwort des Zentralrates auf die Frage über eventuelle Gewaltanwendung, daß auch ihn der Geist Eberts, Scheidemanns und Landsbergs erfülle. „So gehen wir", fährt das Blatt dann fort, „aus der Regierung heraus, weil uns die Politik der Halbheiten und der Schwäche, die die Rechtssozialisten getrieben haben, ein weiteres Verbleiben unmöglich macht. Unsere Genossen haben unter den schwierigen Verhältnissen und dem größten Widerstand ihre prinzipiellen sozialistischen Grundsätze zu verwirklichen gesucht. Jetzt beginnt für unser Wirken ein neuer Abschnitt. Ungehemmt und ungehindert werden wir jetzt für die sozialistische Sache werben und wirken können. Von dem Urteil des Zentralrates appellieren wir an die Massen. Wir vertrauen auf ihren revolutionären Instinkt und ihr sozialistisches Bewußtsein und sind überzeugt, jetzt erst recht bleiben zu können, was wir gewesen sind: die Träger der Revolution und ihre vorwärtstreibende Kraft."

Noch am selben Tage erläßt der Zentralrat folgenden Aufruf:

„Arbeiter, Soldaten, Bürger und Bürgerinnen der deutschen sozialistischen Republik! In schwerster Stunde wenden wir uns an Euch. Die von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei bestellten Volksbeauftragten haben die Regierung verlassen. Die Fortführung und Sicherstellung der deutschen Revolution liegt nunmehr allein in den Händen der alten sozialdemokratischen Partei. Der Zentralrat hat die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg, die ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben, aufs neue bestätigt und die Regierung durch die Hinzuwahl der Genossen Noske-Chemnitz, Löbe-Breslau und Wissel-Berlin vervollständigt.

Wie man auch zu den politischen Fragen der Gegenwart stehen mag: es kann jetzt nur eine einzige Aufgabe geben, das ist die Schaffung einer arbeitsfähigen Regierung. Vom Vertrauen des Volkes getragen, muß die Regierung dem deutschen Volke vor allem Frieden und Brot bringen, die Errungenschaften der Revolution sichern und die Einheit des deutschen Volkes aufrechterhalten.

Wir wollen alle Versuche vereiteln, die von rechts unternommen werden könnten, eine Gegenrevolution zu organisieren. Wir müssen aber auch darauf achten, daß die Revolution nicht in Verruf gebracht wird durch das Treiben der Spartakusgruppe, die nach bolschewistischen Rezepten einen Terrorismus ausüben möchte, der mit Demokratie unvereinbar ist.

Wer hierbei nicht mitarbeitet, der verhindert die Ausführung der Beschlüsse des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, der verhindert die Sozialisierung der dazu reifen Unternehmungen und treibt das deutsche Wirtschaftsleben in den Abgrund. Vor dieser Katastrophe, die die Zukunft des deutschen Volkes auf Generationen hinaus vernichten würde, muß das deutsche Volk bewahrt werden. Der Zentralrat wird für die Erledigung all dieser Aufgaben seine ganze Kraft einsetzen. Vorbedingung hierfür ist aber: unbedingte Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, die Verhinderung gewaltsamer Eingriffe in das private und öffentliche Eigentum, die Wiederaufnahme einer geregelten Produktion, die durch die Unterbindung der Kohlenförderung aufs schwerste gefährdet ist.

Ohne Arbeit ist das deutsche Volk rettungslos verloren. Niemand darf sich heute der Arbeit entziehen; alle Sonderwünsche müssen vor dem Grundsatze zurücktreten: Alles für das Volk und alles durch das Volk!

Deutsche Männer und Frauen, helft alle die ungeheuren Gefahren zu überwinden, von denen wir bedroht sind. Ohne die tätige Teilnahme,

ohne die Selbstzucht jedes einzelnen müssen wir den Stürmen der Gegenwart unterliegen. Es ist die Stunde gekommen, in der das deutsche Volk seine Reife beweisen muß oder elend zugrunde gehen wird!

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
Rob. Leinert. Max Cohen."

An die Soldaten läßt der Zentralrat folgenden Aufruf ergehen:

„Soldaten! Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, der vom Kongreß aller A.- und S.-Räte rechtmäßig gewählt ist, hat die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg in ihren Ämtern bestätigt. Er hat ferner die drei Genossen Noske, Löbe und Wissel zu Mitgliedern der Reichsregierung ernannt. Die neue Reichsregierung muß die freiheitliche Ordnung unserer jungen Volksrepublik festigen, die Wahlen zur Nationalversammlung, die nach dem Beschluß des Kongresses der A.- und S.-Räte am 19. Januar vorzunehmen sind, sichern und die Interessen des deutschen Volkes nach außen wahrnehmen. Reichsregierung und Zentralrat der A.- und S.-Räte stehen zu diesem Zweck geschlossen zusammen. Soldaten, Ihr müßt uns helfen! Wir kennen nur den freiwilligen Gehorsam freier Männer. Wer unserer Sache nicht aus Überzeugung dienen kann, der mag gehen. Wer aber Soldat bleibt, der muß wissen, daß die neue Reichsregierung die höchste Behörde der deutschen Republik ist und daß jedermann, der Waffen trägt, ihr als der obersten Kommandogewalt Treue schuldet. Die Regierung will nichts als die Freiheit und Wohlfahrt des Volkes. Die sollt Ihr schützen helfen! Wenn Ihr entschlossen seid, die freiheitliche Ordnung der Republik nach allen Seiten zu schützen, wird sie niemand anzutasten wagen. Darum seid der großen Sache der deutschen Volksrepublik treu! Befolgt die Anordnungen ihrer höchsten Behörden! Wer die Waffen gebraucht, um die freiheitliche Ordnung zu stören, oder wer Euch auffordert, dies zu tun, der begeht ein Verbrechen an unserem Volke. Soldaten! Wenn wir nicht Ordnung halten, müssen wir verhungern! Rettet durch selbstgewollte Disziplin die Errungenschaft der Revolution und unser Volk vor dem drohenden Untergang!"

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Arbeiter! Soldaten! Bürger! Bürgerinnen! Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden. Die verbleibenden Mitglieder des Kabinetts stellten dem Zentralrat ihre Mandate zur Verfügung, um ihm vollkommen freie Hand zu lassen. Einstimmig wurden sie von ihm aufs neue bestätigt. Die lähmende Zwiespältigkeit ist überwunden. Die Reichsregierung ist neu und einheitlich gebildet. Sie kennt nur ein Gesetz des Handelns: über jede Partei das Wohl, den Bestand und die Unteilbarkeit der deutschen Republik! Zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind auf einstimmigen Beschluß des Zentralrates an Stelle der ausgeschiedenen drei Unabhängigen eingetreten: Noske und Wissel. Alle Mitglieder des Kabinetts sind gleichberechtigt. Vorsitzende sind Ebert und Scheidemann.

Und nun an die Arbeit! Im Innern gilt es: die Nationalversammlung vorzubereiten und ihre ungestörte Tagung sicherzustellen, für die Ernährung ernstlich Sorge zu tragen, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen, Arbeit zu schaffen, Arbeitslose zu unterstützen, die Hinterbliebenen-

fürsorge auszubauen, die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern und die Entwaffnung Unbefugter durchzusetzen; nach außen: den Frieden so schnell und so günstig wie möglich durchzuführen, die Vertretungen der deutschen Republik im Ausland mit neuen, von neuem Geist erfüllten Männern zu besetzen.

Das ist in großen Zügen unser Programm bis zur Nationalversammlung. In enger Fühlung mit den deutschen Freistaaten soll es verwirklicht werden. Seine Ausführung im einzelnen wird nicht in Kundgebungen, sondern in Taten zum Ausdruck kommen. Jetzt haben wir Arbeitsmöglichkeit! Es wäre unsere Schuld allein, wenn wir sie nicht zur Arbeit benutzen würden! Uns die Arbeit, Euch allen aber die Mitarbeit! Der neue Freistaat ist unser aller Besitz. Helft ihn sichern!

Auch an Euch ist die Frage des Zentralrats gerichtet: Seid Ihr bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen und mit allen zu Gebot stehenden Mitteln die Arbeitsmöglichkeit der Regierung gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten? Ihr müßt diese Fragen mit Ja! beantworten. Die Reichsregierung bekennt sich ohne Einschränkung zu diesem Ja! Ohne dieses Ja bleibt jedes Programm Papier und Worte! Wir aber wollen über den Aufruf zum Aufbau! Wir gehen ans Werk! Wir glauben an Euch! Wir kommen durch!"

30. Dezember. Um einen durchgreifenden Ausbau der direkten Steuern als Grundlage des neuen Steuerwesens sofort vornehmen zu können, beschließt der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes folgendes:

1. Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in Form 1. einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch sich die durch Gesetz vom 26. Juli 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt und die Erhebung der Abgabe von dem Mehrgewinn der Gesellschaften für das fünfte Kriegsgeschäftsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegssteuerrücklage in Höhe von 80 Prozent der Mehrgewinne gegenüber bisher 60 Prozent vorgeschrieben worden ist; 2. einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, wodurch die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung dergestalt erfaßt werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfange wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 gezahlte Steuer wird angerechnet.

2. Von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in starker Progression ansteigen, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, Familienstand, Alter, Erwerbsfähigkeit und steuerpflichtiges Einkommen berücksichtigen, zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen

der Vermögensanlage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß an einem bestimmten Stichtag erfolgen; um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Zufälligkeiten auszugleichen, insbesondere das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe der Ausbau der Besitzsteuer erfolgen.

3. Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem die Reichseinkommensteuer mit weitergeführter Progression mindestens für diese Einkommensteuerstufen eingeführt wird.

4. Die einzelnen Einkommensquellen sollen in erweitertem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträgnisse des Kapitals (Coupons, Dividenden, Hypothekenzinsen usw.), eine Betriebsertragssteuer die einen gewissen Mindestbetrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

5. Die Erbschaftssteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden; sie soll auf Abkömmlinge und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabesatzes soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage der Erben berücksichtigt werden.

6. Eine besondere Verordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu belebende Steuermoral zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

Die Entwürfe zu 1 (Einziehung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt: ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

Am selben Tage findet in Berlin die Reichskonferenz des Spartakusbundes statt. Eine Entschließung fordert auf, unter Lösung der Beziehungen zu anderen Parteien eine neue Partei zu gründen, die den Namen führen soll „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands — Spartakusbund". Zum Schlusse erklärt der Vorsitzende, daß Mitglieder des russischen Sowjets anwesend seien. Genosse Radek werde die Versammlung im Namen der russischen Sowjets begrüßen. Radek richtet danach an die Versammlung eine Ansprache. Folgende Entschließung wird angenommen:

„Die Reichskonferenz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen der deutschen Regierung im Osten. Das Zusammengehen deutscher Truppen mit denen baltischer Barone und englischer Imperialisten bedeutet nicht nur einen niederträchtigen Verrat an den russischen Proletariern und

an der russischen Revolution, es bedeutet auch die Besiegelung des Weltbundes der Kapitalisten aller Länder gegen das kämpfende Proletariat der ganzen Welt. Keine Worte vermögen die Infamie zu kennzeichnen, die in dem Verhalten Eberts und Scheidemanns liegt. Sie, die dem deutschen Volke ihre Friedenssehnsucht vorgeheuchelt, stürzten das deutsche Volk im Osten in einen neuen Kampf, opferten das Leben deutscher Proletarier für baltische Barone und englische Kapitalisten und mißbrauchten sie als Henker der russischen Revolution. Die Konferenz erklärt angesichts dieser Ungeheuerlichkeiten aufs neue: die Regierung Ebert-Scheidemann ist der Todfeind des deutschen Proletariats. Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann."

31. Dezember. Der preußische Minister Stroebel erklärt zugleich im Auftrage von Dr. Breitscheid, Hofer und Simon in einer Mitteilung an den Zentralrat, auf dem Boden der Auffassungen zu stehen, die Barth, Dittmann und Haase zum Austritt aus dem Rat der Volksbeauftragten veranlaßt hätten, und ersucht demnach, um eine Klärung ihrer Stellung als preußische Minister herbeizuführen und über ein weiteres Verbleiben im Amte schlüssig werden zu können, um eine Besprechung mit dem Zentralrat.

Vertretertag der Frontsoldaten.

1. Dezember. In Ems tritt ein Vertretertag der Frontsoldaten zusammen, der 300 Vertreter von 220 Divisionen vereinigt.

Als erster Redner für die oberste Heeresleitung und die Regierung führt Reichstagabgeordneter **Giebel** aus, daß das Heer lange Zeit ohne Zeitungen und dadurch ohne Kenntnis der Zustände geblieben sei, wodurch manches Mißverständnis entstand. Wenn schon früher die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, einen Vertretertag einzuberufen, so würde mancher Schaden vermieden worden sein. Alle hätten nur den Wunsch, jetzt möglichst schnell nach Hause zu kommen, weil sie meinten, daß ihre Anwesenheit zu Hause nötig sei, um wieder Ordnung zu schaffen. Die Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat hätten in Verbindung mit der Regierung eine ungeheure Arbeit geleistet, weil nach dem Zusammenbruch der alten Gewalten in kurzer Zeit eine brauchbare Maschinerie geschaffen werden mußte. Die Vorgänge in der Heimat würden geflissentlich beim Frontheere entstellt, um das Gefühl entstehen zu lassen, als seien die heimatlichen Räte gegen die Frontsoldaten. Leider könne von der Etappe nicht dasselbe gesagt werden wie vom Frontheer, das Ordnung und Disziplin aufrechterhielt, die Etappe aber habe sich kopflos und fast verbrecherisch leichtsinnig gezeigt. „Bei dieser Lage der Dinge haben die heimatlichen Arbeiter- und Soldatenräte im Interesse des Frontheeres oft rücksichtslos eingreifen müssen. Wenn man die Arbeit der Heimat

sah und die Wirkung des U-Bootkrieges und die Wirkung des Eintrittes Amerikas in den Krieg übersah, mußte man sich sagen: lieber ein Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende, oder hättet Ihr lieber die alten Gewalten, welche uns in dieses Unglück hineingeführt haben? Nicht nur militärische Notwendigkeiten, sondern auch politische haben die oberste Heeresleitung zu diesem Schritte bestimmt. Der, der früher regiert hat, der Träger der Krone, mag er persönlich gewesen sein, wer er wollte, war der Vertreter des Agrartums und des Feudaladels. Er muß die Schuld, die letzte große Schuld jetzt dadurch büßen, daß er unter einem fremden Volke, verstoßen von dem eigenen, sich aufhält. Hätte er rechtzeitig den Mut gehabt, abzudanken, so könnte er als freier Bürger nach wie vor unter uns sein. Wir sind Sozialdemokraten Vertreter des Cäsarenwahnsinns, wir wollen Demokratie und Volksherrschaft und wünschen, daß auch das Frontheer das Erstgeburtsrecht, nämlich das Wahlrecht zur Nationalversammlung, erhält. Um dies durchzuführen, bedarf es Vorbereitungen. Ich kann mitteilen, daß die Regierung mit einer Majorität von vier gegen zwei Stimmen nunmehr beschlossen hat, die Wahl zur Nationalversammlung am 16. Februar stattfinden zu lassen. Wir haben nicht Zeit, bis alle Welt für den Sozialismus reif sein wird. Wir müssen mit dem, was wir haben, rechnen. Die Umstände zwingen uns, rasch zu handeln, hauszuhalten und einzugreifen. Nicht nur politische Demokratie, sondern auch Sozialismus ist erforderlich, wenn wir das Volk aus der großen Not herausführen wollen."

Volksbeauftragter **Barth** führt aus: „Es ist bedeutend schlechter um Deutschland bestellt, als wir wissen. Es ist meine Pflicht, nichts zu verheimlichen. Wenn wir nicht alles auf die Beine bringen, kommen wir nicht weiter. Man weiß nicht, wie es gemacht werden soll. Die erste Sorge war für uns die Zurückbringung des Millionenheeres über den Rhein. Mit Dankbarkeit und Bewunderung habe ich gerade auf meiner Reise von Berlin nach hier gesehen, wie dieses Heer durch Selbstzucht und Unterordnung es fertig gebracht hat, diese schwere Aufgabe zu lösen. Vor allem warne ich die Arbeitergruppen, welche in den ersten Tagen das Werk der Zurückführung der Truppen gestört haben. Trotzdem sind nur verhältnismäßig kleine Massen in Gefangenschaft geraten. Leider waren wir auch gezwungen, gegen einzelne Offiziere, welche kein Verständnis für die Neuordnung der Dinge haben, energisch vorzugehen, in Übereinstimmung mit der obersten Heeresleitung und dem Kriegsministerium. Trostlos ist die Lage unserer Truppen im Osten. Es ist nicht wahr, daß die alten Machthaber alles gut organisiert hatten. Erbärmlich, schamlos leichtfertig haben sie gehandelt. Sonst wäre es nicht möglich, daß wir heute vor so schweren und unlösbaren Aufgaben stünden. Sie kennen die Stimmung der

Bevölkerung in der Ukraine, im Baltikum, in Polen, in Finnland. Es ist nicht abzusehen, wie es möglich gemacht werden kann, die großen Truppenmassen aus dem Osten zurückzuführen. Selbst bei schnellster Durchführung wird es nicht möglich sein, die Leute vor den nächsten drei Monaten zurückzuführen. Das ist jetzt im Winter angesichts einer feindlichen Bevölkerung eine furchtbare Perspektive. Hoffen wir, daß es unserem Heere nicht geht wie dem Napoleons im Jahre 1812. Unsererseits wird alles geschehen, um unseren Brüdern im Osten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Verhältnismäßig am besten hat es die Armee Mackensen, welche in Ungarn interniert wurde, weil sonst der Waffenstillstand von unseren Feinden nicht gehalten worden wäre. Ich muß gestehen, daß ich für derartig schnelle Wahlen nicht war. Meine Bedenken gegen einen solchen frühen Termin begründe ich damit, daß noch niemals authentisch mitgeteilt wurde, daß die Nationalversammlung eine Voraussetzung für einen leichteren Frieden sei, daß die Loslösungsbestrebungen, die jetzt vorhanden sind und in Oberschlesien und im Rheinland kapitalistisches Interesse haben, aufgeklärt sein sollen, daß vor allen Dingen ebenfalls eine Klärung über die Ostfrage und Elsaß-Lothringen vorausgehen müßte. Elsaß-Lothringen ist noch ganz und gar nicht nach Wilsons Erklärungen als zu Frankreich gehörig zu betrachten. Wenn wir aber die Nationalversammlung ohne Klärung dieser Fragen erlangen, dann darf man annehmen, daß wir stillschweigend die künftige Annexion durch Frankreich billigen. Am trostlosesten ist unsere Ernährungspolitik. Sie war eine Bankerottpolitik. Was uns da alles vorgelogen wurde, ist unglaublich. Bis zuletzt hat man uns gesagt, daß die Ernährung vollständig gesichert sei, und jetzt tritt man vor uns hin und sagt, daß die Lebensmittelvorräte kaum für sechs Monate reichen und das nur bei verminderten Rationssätzen. Aber ohne Essen nützen unsere ganzen Arbeiten nichts. Nützen sollen die Dispositionen über die Rohstoffe und die Arbeitszeit. Der Mangel an Rohstoffen ist es, der uns zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit zwingen wird, und auch dann noch werden wir nur für einige Wochen Rohstoffe haben. Unter diesen Umständen müssen wir hier aussprechen, daß Deutschland nicht den Willen hat, irgendwie die Waffenstillstandsbedingungen zu brechen. Wir wollen es laut aussprechen, daß wir bereit sind, alles anzunehmen, was von der Entente diktiert ist, weil alles dies noch weniger schlimm sein wird als das weitere Hinausschieben. Wir wollen doch endlich wissen, woran wir sind, damit wir in Ordnung kommen, um den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens beginnen zu können."

Nach vielfach stürmischen Unterbrechungen legt der Redner die Notwendigkeit der Ansiedelung auf dem Lande dar und betont, was

geleistet werden müsse, um die Unterhaltungen der Kriegsbeschädigten tragen zu können. Alles dies sei nur möglich durch die Überführung der Wirtschaft in eine sozialistische.

Molkenbuhr legt kurz das Verhältnis zwischen dem Vollzugsausschuß und der Regierung dar.

Dann wird folgende Entschließung angenommen:

„Wir in Bad Ems versammelte Delegierte des Feldheeres begrüßen die neue deutsche Freiheit, grüßen die junge deutsche Republik. Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Republik gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie immer kommen mögen, gegen revolutionäre Strömungen von rechts, die auf eine Wiederaufrichtung des letzten Regimes abzielen, gegen Versuche von links, die Gewalt von oben durch die Gewalt einer Minderheit von unten zu ersetzen, denn damit würde nur der Friede verhindert, die Einheit des Reiches gefährdet, die Ordnung im Innern aufgelöst und ein Neubau des Vaterlandes unmöglich gemacht. Beide Versuche führen lediglich zum Bürgerkrieg. Für den Neubau ist politische Demokratie, aber auch, um die Folgen der Verwüstungen des Krieges zu heilen, die schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe notwendig. Nur so können wir vor allem die heiligen Pflichten, die das Volk gegen die Opfer des Krieges, die Witwen und Waisen unserer gefallenen Kameraden, die Kriegsbeschädigten hat, erfüllen. So nur ist es möglich, auch die sozialpolitischen Forderungen des werktätigen Volkes, der Hand- und Kopfarbeiter, zu verwirklichen. Um so mehr beklagt der Vertretertag des Feldheeres die Streiks in lebenswichtigen Industrien. Wir, die wir in jahrelangen schweren Kämpfen unser Leben eingesetzt haben, appellieren an die Einsicht und Solidarität der gesamten Arbeiterschaft, den Wiederaufbau durch Arbeitsverweigerung nicht zu gefährden, denn gerade die minderbemittelten Bevölkerungskreise würden am schwersten unter den Folgen zu leiden haben, unsere Existenzmöglichkeit aufs ärgste gefährdet werden. Der Vertretertag ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine gesetzmäßige Regierungsgewalt gegründet werden muß. Er verlangt deshalb die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Die Teilnahme muß für alle wahlberechtigten Angehörigen des Heeres gesichert sein. Der Vertretertag hat das Vertrauen zu der Regierung Ebert-Haase, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einsetzen wird, und stellt sich deshalb im Namen des Feldheeres entschlossen hinter sie."

2. Dezember. Zu Beginn der Verhandlungen erklärt Leutnant **Schneider** (Armeeabteilung B) im Auftrag von Kameraden der ersten Armee, wie die angenommene Entschließung ausgelegt werden soll:

„Wir wissen, daß es dem deutschen Volke gelingen wird, wieder zu Wohlstand und Ansehen zu kommen, wenn wir die Reichseinheit wahren und wenn wir den Volkswillen auf der Nationalversammlung ungefälscht zum Ausdruck bringen. Im übrigen erstreben wir nach wie vor eine Beteiligung bei dem Berliner Vollzugsausschuß, die der Bedeutung des Feldheeres entspricht."

Ein Vertreter der **sechsten Armee** nimmt dagegen Stellung, daß der Vorredner nochmals darauf zurückkommt: „Jetzt, nachdem wir durch Vertreter der Regierung und des Berliner Vollzugsausschusses Auf-

klärungen erhalten haben, haben wir kein Interesse daran, das Bestehende umzuwerfen. Wir wollen den Berliner Vollzugsausschuß unterstützen, aber nicht mehr."

Der Sprecher der **9. Reserve-Division** erklärt: „Da am 1. Dezember der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentritt, halte ich die Wahl eines Zentralrates der Soldatenräte für überflüssig. Wir gehören jetzt der Heimat und haben kein Recht mehr, Sonderinteressen für uns in Anspruch zu nehmen. Dagegen halten wir die Verstärkung des Berliner Vollzugsrates mit fünf Mann für notwendig."

Der Sprecher der **14. Infanterie-Division** hält im Gegenteil den Zentralrat für notwendig und bezweifelt, ob die Bemerkungen gegen die Offiziere der Allgemeinheit dienen. Die Macht, die sich die Berliner anmaßen, habe dazu geführt, die Reichseinheit aufs stärkste zu gefährden, und die Regierung habe sich durch die Spartakusgruppe und den Vollzugsausschuß ängstigen lassen.

Der Sprecher der **zehnten Armee** bespricht abfällig ein angeblich antisemitisches Flugblatt der obersten Heeresleitung. Wenn die Juden gut gewesen wären, im Schützengraben mit ihrem Leben des Vaterland zu verteidigen, so müßten sie auch gut genug sein, bei dem neuen Aufbau zu helfen. (Das Flugblatt wird verlesen.)

Ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung als Kundgebung gegen den Verfasser des Flugblattes wird einstimmig angenommen.

Reichstagsabgeordneter **Giebel** stellt fest, daß das Flugblatt nicht von der obersten Heeresleitung stammt, sondern von der Armeeabteilung B, und betont, derartiges dürfe nicht vorkommen. Fälscher hätten in dem zweiten, gleichartigen Flugblatt einen Teil des Textes vom ersten Flugblatt überdies ausgelassen. Es handle sich um den Mißbrauch des Namens des Feldmarschalls v. Hindenburg. Man werde den Fälscher zur Rechenschaft ziehen.

Der Sprecher der **Armeeabteilung A:** „Es scheint mir, daß bei dem Soldatenrat der obersten Heeresleitung nicht alles in Ordnung ist. Die Männer in den heimatlichen Arbeiter- und Soldatenräten und dem Berliner Vollzugsausschuß sind meistens Leute, die in der Partei und im gewerkschaftlichen Leben schon seit vielen Jahren ihren Mann gestellt haben und denen wir vertrauen können. Wir wissen alle, daß es ohne die Schufterei in der Heimat bei täglicher Arbeitszeit von 14 bis 18 Stunden unmöglich gewesen wäre, die Massenmunition zu erzeugen. Wir werden deshalb nicht unbeachtet bleiben, das hat uns der Regierungsvertreter Barth versichert. Dies dürfen wir auch von der am 16. Dezember zusammentretenden Versammlung erwarten."

Auf Antrag wird die Debatte geschlossen. Einstimmig beschließt man, daß der Soldatenrat bei der obersten Heeresleitung sein Amt weiterbehält. In Vorschlag gebrachte Maßregelungen von Offizieren sowie Geheimbefehle aus der letzten Zeit, in denen die Entfernung gewisser unzuverlässiger Offiziere vom Dienst verlangt wird, werden dem Soldatenrat der obersten Heeresleitung zur Erledigung überwiesen.

Die Ergebnisse des Vertretertages sollen dem am 15. Dezember in Berlin zusammentretenden Delegiertentag sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte in Form eines kurzen Berichtes vorgelegt werden. Die Bearbeitung übernimmt im Einvernehmen mit der Leitung des Vertretertages der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der obersten Heeresleitung. Die Hauptergebnisse der Tagung bestehen in folgendem:

1. Einstimmiges, entschiedenes Eintreten der 326 erschienenen Vertreter für die Regierung Ebert-Haase. Fast einstimmiges Eintreten für deren soziales Programm. Einstimmiges Verlangen nach Einberufung der nationalen Versammlung und ungeschmälerte Mitwirkung des Feldheeres dabei.
2. Wahl von fünf sofort zum Berliner Vollzugsrat zu entsendenden Vertretern des Feldheeres.
3. Wahl von 64 Vertretern des Feldheeres für den Delegiertentag sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember 1918 in Berlin.
4. Bestellung des bisherigen Soldatenrates bei der obersten Heeresleitung als Zentralsoldatenrat des gesamten Feldheeres.
5. Aufstellung unverbindlicher Richtlinien über Organisation und Tätigkeit der Feldsoldatenräte.

Der Reichstag und die neue Regierung.

1. Dezember. Beim Reichstagsbureau geht folgendes Schreiben der Reichsregierung ein:

„Die Reichsregierung hat verfügt, Sie zu beauftragen, am 1. Dezember 1918 an die Herren Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszahlen zu wollen, die im Falle der erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten. Zugleich beauftragen wir Sie, die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu wollen.

Ebert. Haase."

Der Präsident des Reichstags Fehrenbach richtet darauf an die Reichsregierung folgendes Telegramm:

„Laut telegraphischer Mitteilung haben Sie das Bureau des Reichstags angewiesen, am 1. Dezember 1918 an die Reichstagsabgeordneten nur jene Diäten auszuzahlen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten, sowie die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten zu veranlassen. Diese Anordnungen sind gesetzwidrig. Die freie Eisenbahnfahrt ist durch Gesetz vom 22. Juni 1918 für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert, gewährleistet. Die Auszahlung der Dezember-Diätenrate darf nicht abhängig gemacht werden von der Fiktion der Reichstagsauflösung; der Reichstag ist nicht aufgelöst. Ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Gesetzwidrigkeiten. Ich habe dem Bureau verboten, der jetzigen Verfügung nachzukommen."

3. Dezember. Die Reichsregierung (Ebert-Haase) antwortet darauf mit folgendem Telegramm an den Reichstagspräsidenten Fehrenbach:

„Ihre staatsrechtliche Auffassung ist unbegründet. Alle Zivil- und Militärbehörden erkennen mit Recht an, daß die gesetzgebende Gewalt beim Rat der Volksbeauftragten ruht. Wir waren deshalb zu den von uns getroffenen Maßnahmen befugt und halten sie aufrecht."

Am **4. Dezember** erwidert Präsident Fehrenbach darauf telegraphisch:

„Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. Solange Sie aber nicht auflösen, sind Sie trotz der Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebensogut über beliebige Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches oder des Prozeßrechts hinwegsetzen. Ihr Vorgehen bedeutet gesetzlose Willkürherrschaft. Dagegen protestiere ich.

Fehrenbach, Reichstagspräsident."

12. Dezember. Reichstagspräsident Fehrenbach läßt an die Reichstagsabgeordneten folgende Mitteilung gelangen:

„Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, der Abschluß des Vorfriedens muß sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reichs, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl wie auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung. Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstags zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiteres Zuwarten und verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstags Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zur demnächst anzuberaumenden Sitzung vollzählig zu erscheinen."

Die „Dtsch. Allg. Ztg." gibt dazu folgenden Kommentar: „In eingeweihten Kreisen wußte man, daß in den letzten Tagen Herr Fehrenbach mit Vertretern der bürgerlichen Reichstagsfraktionen Besprechungen in Berlin gepflogen hatte, in denen über die Frage verhandelt wurde, ob eine Wiedereinberufung des Reichstags durch den Präsidenten erwünscht sei oder nicht. Aus der Tatsache, daß plötzlich in fast allen bürgerlichen Parteiblättern vom »Berliner Tageblatt« bis zur »Deutschen Tageszeitung« der Ruf nach dem Reichstag ungewöhnlich laut ertönte, ließ sich schon schließen, daß zum

mindesten die Mehrheit der Fraktionsvertreter sich für die Einberufung ausgesprochen habe. Die jetzige Mitteilung des Herrn Fehrenbach, für die doch wohl kaum der eigene Entschluß des Präsidenten maßgebend gewesen sein wird, bestätigt das. Man kann heute noch zweifelhaft darüber sein, ob die Ankündigung lediglich eine formale Fortsetzung des Protestes bedeutet, den der Reichstagspräsident schon gegen die Auflösung des Reichstags erhob, oder ob wirklich der feste Wille besteht, von der Ankündigung zur Tat zu schreiten. Sollte dieser Wille wirklich vorhanden sein, so ist nicht ganz klar, welche Erfolge man sich von seiner Durchführung verspricht. Dessen muß man sich auf alle Fälle bewußt sein, daß jeder Versuch, den Reichstag wieder in die Fortentwicklung unseres staatlichen Aufbaues einzuschalten, den heftigsten und nachhaltigsten Widerspruch — und wohl nicht nur das — auf allen den Seiten auslösen wird, von denen der Umsturz unseres Staatslebens ausgegangen oder gefördert worden ist. Selbst wenn man zugeben will, daß ein Mitreden des Reichstags dem Zustandekommen eines Vorfriedens unter Umständen förderlich sein könnte — übrigens eine Bedingung, der auch eine möglichst schnell geschaffene Nationalversammlung gerecht würde —, so darf man doch nicht verkennen, daß eine Wiedererweckung jeder Einrichtung des alten Regimes, und dazu gehört der Reichstag offenbar, nicht erfolgen kann, ohne uns in neue schwere innere Konflikte zu stürzen. Ob wir solche Konflikte heute noch ertragen können, das ist eine Frage, auf die die Antwort eine sehr einfache ist. Herr Fehrenbach hat sich vorbehalten, Zeit und Ort der Tagung erst später mitzuteilen. Daß in Berlin eine Tagung ausgeschlossen ist, wird auch Herrn Fehrenbach bewußt sein. Einen anderen Ort für die Tagung zu wählen hat aber so viel Bedenkliches, daß diese Lösung kaum in Erwägung gezogen werden kann. So ist es denn zurzeit wohl noch nicht als unumstößliche Gewißheit zu betrachten, daß wirklich ein Zusammentritt des Reichstags erfolgen wird. Vielleicht läßt sich durch Verhandlungen mit der Regierung, für die man wohl auf beiden Seiten die Bereitwilligkeit voraussetzen darf, noch eine andere Lösung finden."

Der Rat der Volksbeauftragten, dem der Reichstagspräsident Mitteilung von der Absicht der Reichstagseinberufung macht, antwortet darauf:

„Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu antworten:

Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennt zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung wie zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irrigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt dargelegt, daß durch die politische Umwälzung Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Gewalten zu existieren aufgehört haben. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben."

Die Urteile der Presse über die beabsichtigte Einberufung des Reichstags lauten sehr verschieden. Die Blätter der Rechten stimmen dem Vorgehen des Präsidenten uneingeschränkt zu.

Die „Kreuzztg." schreibt: „Mit irgendwelchen gegenrevolutionären Bestrebungen hat diese Einberufung nichts zu tun. Denn so weit wir unterrichtet sind, haben sich alle Parteien des Reichstags auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt; was doch wohl heißen soll, daß sie die gegenwärtigen Machthaber der Regierungsgewalt unterstützen wollen und daß sie durchweg dafür eintreten, Deutschland nicht im Chaos versinken zu lassen."

Die „Tgl. Rdsch." meint: „Will die Regierung den Reichstag, sobald die bürgerlichen Parteien zusammentreten, auseinanderjagen und damit auch in diesem Punkte das russische Beispiel nachahmen, — sie möge es versuchen. Es ist die Freiheit, die sie meinen, die wir jetzt am eigenen Körper erfahren. Sie mögen sich weiter demaskieren, die heutigen Machthaber. Von Herrn Fehrenbach andererseits erwarten wir, daß er den Reichstag dennoch zusammenberuft. Jetzt ist seine Pflicht, zu sprechen, um so größer."

Für die „Germania" ist es entgegen den Zweifeln der linksstehenden Presse feststehende Tatsache, daß der Verband die Regierung als verhandlungsunfähig schneidet. Aus diesem Gesichtspunkt folgert sie, daß deshalb vernünftigerweise kein Augenblick verloren werden dürfe, für eine auf ausreichender Rechtsbasis begründete Regierung zu sorgen. Das verlange ohne weiteres schon Deutschlands dringendes Bedürfnis nach Frieden. Aber auch darüber hinaus müsse jedem Menschen einleuchten, daß ein Staat und ein Volk auf die Dauer nicht von allem völkerrechtlichen Verkehr abgeschnitten bleiben könne. Hierfür zu sorgen, sei die Absicht der bürgerlichen Kreise, welche die Wiedereinberufung des Reichstags empfohlen hätten.

Die Linke weist dagegen die Einberufung entschieden ab. So läßt sich die „Voss. Ztg." vernehmen: „Bei aller Wertschätzung der Mannhaftigkeit, mit der Präsident Fehrenbach an seiner Überzeugung festhält, nach der der Reichstag auch trotz der Revolution noch weiter besteht, muß doch der Schritt, den er mit dem vorstehend abgedruckten Rundschreiben unternimmt, als im höchsten Maße bedenklich bezeichnet werden. Als der Präsident früher einmal darlegte, daß eine Situation kommen könne, in der die Reichsregierung es angenehm empfinden könne, das Instrument des Reichstages zu benutzen, war er wohl und weise beraten, denn in der Tat scheint es ja noch nicht sicher zu sein, ob nicht das dauernde Zögern mit der Einberufung der Nationalversammlung die Volksbeauftragten schließlich zwingen wird, den Reichstag zusammenzuberufen. Das wird dann der Fall sein, wenn die Entente wirklich, wie vielfach von verschiedenen Seiten angedeutet worden ist, den Abschluß des Vorfriedens von dem Vorhandensein einer legitimierten gesetzgebenden Körperschaft abhängig machen sollte. Aber bisher ist ein solches Verlangen an Deutschland noch nicht gestellt worden, und es wäre richtiger gewesen, wenn der Präsident die Vorbereitung zur Einberufung so lange unterlassen hätte, bis das Verlangen der Entente vorlag."

Einen Schritt weiter geht schon das „Berl. Tgbl.", wenn es sagt: „Wir wiederholen, daß unserer Meinung nach der Reichstag schwerlich noch dem Geiste des gegenwärtigen Deutschland entspricht. In dem Augenblick, wo man sich zu den Wahlen für die Nationalversammlung rüstet, halten wir eine Einberufung des Reichstags, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, nicht für wünschenswert. Aber Herr Fehrenbach verweist in seiner Kundgebung auf die Nachrichten, daß die Ententemächte »der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen«, und er erklärt, diese Ententemächte wollten »die gesetzgebenden Organe des alten Reichs, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen«. Wenn das wirklich zutrifft,

dann sehen die Dinge natürlich anders aus. Wir müssen endlich zu Friedensverhandlungen gelangen, und alle Bedenken, die man gegen eine Einberufung des Reichstags haben kann, müssen unterdrückt werden, wenn diese Einberufung das einzige Mittel zur Herbeiführung des Friedens ist. Nur unter dieser Voraussetzung haben wir die Einberufung des Reichstags gebilligt, nur unter dieser Voraussetzung stimmen wir ihr zu. Jeder, die Regierung inbegriffen, würde dem Volke gegenüber gewissenlos handeln, wenn er aus allgemeiner Antipathie oder aus Furcht vor dem Geschrei der Unabhängigen sich auch nach einer Bestätigung jener von Herrn Fehrenbach erwähnten Nachrichten der Einberufung des Reichstages widersetzen sollte."

Der „Vorwärts" schreibt: „Herr Fehrenbach und seine Hintermänner schützen kein bestehendes Recht, sondern beschwören als hartstirnige Vertreter bürgerlicher Klasseninteressen neue Gefahren über unser unglückliches Volk herauf. Gegenüber der konterrevolutionären Parole: »Einberufung des Reichstags!« gibt es nur eine revolutionäre Parole: »Schleunigste Einberufung der Nationalversammlung!« Das Zerrbild der Demokratie, das der gewesene Reichstag dargestellt hat, wird beim Erscheinen der echten Demokratie ins Wesenlose zerfließen. Wir hoffen, daß die Reichsleitung jetzt einmütig sein wird in dem Entschluß, die Wahlen zur Nationalversammlung zu dem frühest möglichen Termin stattfinden zu lassen, und daß die Zentralversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte sie in diesem Entschluß bestärken wird. Hier ist der Ausweg, der die junge Republik aus den unabsehbaren Wirren, die ihr drohen, hinausführt. Es gibt keinen anderen!"

Die sozialdemokratisch-unabhängige „Freiheit" nennt die Einberufung eine Frage der Macht: „Die Einberufung des Reichstags ist keine Frage der Gesetzlichkeit. Sie ist eine Frage der Macht. Herr Fehrenbach scheint sich der Folgen seines Tuns vielleicht nicht ganz bewußt zu sein, er spielt ein gefährliches Spiel. An der Regierung ist es, zu handeln. Ihre Erklärung ist bestimmt. Wir erwarten, daß sie den Worten bald die Tat wird folgen lassen. Die Herren wollen den Kampf, sie sollen ihn haben! Den Taten der vereinigten Reaktion muß die gesammelte Kraft des revolutionären Proletariats seine überlegene Macht beweisen!"

Fehrenbachs Aufruf wird von der gesamten holländischen Presse als gefährliches Spiel und Wasser auf die Mühle der Spartakusgruppe bezeichnet. Dem Verband sei es gleichgültig, welche Regierung Deutschland habe, wenn sie nur verhandlungsfähig sei.

Das rasche Zustandekommen des Waffenstillstandes sowie die Zusicherung von Lebensmitteln wird als ein günstiges Zeichen für die kommenden Friedensverhandlungen begrüßt und die Erwartung daran geknüpft, daß die verantwortlichen Kreise Deutschlands nunmehr ernstlich an den Wiederaufbau Deutschlands gehen, ohne Befriedigung persönlicher Wünsche und ohne Ehrfurcht.

14. Dezember. Der Reichstagspräsident Fehrenbach richtet folgendes Schreiben an die Reichsleitung:

„Gegenüber der dortigen Erklärung auf meine Berufung des Reichstags, im Zusammenhang mit Presseäußerungen, habe ich nur das Bedürfnis, folgendes festzustellen:

1. Es ist falsch, von der Absicht einer Gegenrevolution oder von Schwierigkeiten zu sprechen, die ich der Regierung machen wolle.

Es handelt sich für mich nur um die Schaffung der Voraussetzungen für den baldigsten Abschluß eines Vorfriedens. Herr Ebert ist über meine Absichten und die Übereinstimmung der Parteiführer mit diesen von mir loyal unterrichtet worden. 2. Voraussetzung meiner tatsächlichen Berufung des Reichstags durch Bestimmung von Ort und Zeit ist die zweifelsfreie Feststellung der Tatsache, daß die jetzigen Gewalten in Deutschland von unseren Feinden nicht anerkannt werden. Diesen Zeitpunkt, der nach den Zeitungsnachrichten vom Tage zuvor unmittelbar bevorstehen sollte, wollte ich aus einer einleuchtenden Erwägung heraus nicht abwarten. Ich durfte es auch nicht angesichts der ungezählten Zuschriften und Telegramme, welche die Berufung des Reichstags forderten, und namentlich angesichts der Notschreie aus Köln und Koblenz. Die Annahme, daß die Entente erst durch mich auf den Gedanken kommen könnte, es fehle an einer verhandlungsfähigen Regierung, ist durch die vorausgegangenen Erörterungen in der feindlichen Presse widerlegt. 3. Die Folgen meiner Pflichterfüllung verantworte ich mit ruhigem Gewissen. Ich warte das pflichtmäßige Handeln der Regierung ab, wenn sich die Voraussetzung meiner Kundgebung erfüllt.

gez. Fehrenbach, Präsident des Reichstags."

16. Dezember. Der Präsident des Reichstags Fehrenbach teilt den Reichstagsabgeordneten mit, daß nach Verlängerung des Waffenstillstandes und Hinausschiebung der Vorfriedensverhandlungen zunächst ein Bedürfnis für den Zusammentritt des Reichstags nicht besteht.

Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte.

16. Dezember. Im Saale des preußischen Abgeordnetenhauses tritt der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands als erstes deutsches Parlament unter Vorsitz von Richard Müller vom Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats zusammen.

Der Vorsitzende **Richard Müller** heißt die Erschienenen willkommen zu ernster, verantwortungsvoller Arbeit und erinnert an die ehemalige Bestimmung des Sitzungssaales: „Hier in diesem Saale, hier an dieser Stelle, wo ehemals die stärksten Stützen der alten, schuldbeladenen, gestürzten Regierungsgewalt zusammentraten, treten heute die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zusammen, um das Fundament der deutschen sozialistischen Republik zu legen. Hier in diesem Saale, wo ehemals die brutalsten Herrenmenschen, die preußischen Kraut- und Schlotjunker, versuchten und leider auch oft erreichten, das deutsche Volk in Fesseln zu schlagen, hier sollen Sie die Errungenschaften der Revolution, die von den Arbeitern und Soldaten eroberte politische Macht, für alle Zeiten fest verankern und dem deutschen Volke den Weg zur Freiheit, zu Glück und Wohlfahrt vorzeichnen. Darum heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen zu dieser großen, erhabenen, Menschheit befreienden Arbeit. Ihnen ist eine große und schwere Aufgabe gestellt, in Ihren Händen liegt die Zukunft des deutschen Volkes. Wohl beseelt uns alle der Gedanke, an diesem großen Werke mitzuarbeiten, aber ich fürchte, wir sind nicht alle einig über den Weg, der am schnellsten und sichersten zu diesem Ziele führt; ich fürchte, der Kampf der Geister, der heute und die nächsten Tage in diesem Saale tobt, wird arg und scharf sein. Aber wenn jeder bestrebt ist, alles Persönliche auszuschalten, nur der Sache zu dienen, dann werden wir fruchtbare Arbeit leisten, dann werden wir dem Wohl des Volkes dienen Das werktätige Volk Deutschlands Hand- und Kopfarbeiter, gemeinsam mit den Soldaten, hat während des langen Krieges unsagbar schwer gelitten. Das gestürzte kapitalistisch-militaristische Regierungssystem ermöglichte es einer dünnen Oberschicht, ein Siebzigmillionenvolk wirtschaftlich und politisch zu knechten. Aber so fest dieses fluchwürdige System uns allen erschien, so morsch und faul war es, daß es nur eines Anstoßes bedurfte, es zu stürzen. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die dieses verbrecherische System stürzten, sie sind es, die heute die politische Macht in den Händen halten. Überall haben sich Arbeiter- und Soldatenräte als Träger der Revolution, als Vollstrecker des Willens der Arbeiter gebildet. Die bürgerliche Presse hat schon wenige Tage nach der Revolution den Kampf gegen Arbeiter- und Soldatenräte gepredigt und in einer Form, die aufs allerschärfste zurückgewiesen werden muß; man hat Verleumdungen auf Verleumdungen gehäuft. Niemand von uns wird sich von dieser Presse beeinflussen lassen. Wir werden den

Weg weitergehen, den uns die Revolution gezeigt hat. Das ganze werktätige Volk richtet heute seine Blicke auf diese Tagung; in unermeßliches Unglück gestürzt, erwartet es, von dieser Versammlung den Weg gewiesen zu erhalten, der es aus diesem Unglück wieder hinausführt; gleich dem Ertrinkenden späht es aus und sucht Rettung. Hier ist die Stelle, und Sie sind diejenigen, die den Weg zeigen sollen, die die Trümmer des zusammengestürzten Regimes aufzuräumen und ein neues Fundament zu legen haben. Ihre Aufgabe ist, die Grundlagen für die deutsche sozialistische Republik zu legen, die ein Staatswesen, das keine Herrscher und keine Beherrschten, keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten kennt, sondern nur freie, gleiche Brüder in einem Staat. Zuvor aber wollen wir jener unglücklichen Opfer gedenken, die draußen gefallen sind (die Versammlung erhebt sich) als Opfer des fluchbeladenen gestürzten Regimes, aber auch aller, die gefallen sind als Freiheitskämpfer im Kampf für die sozialistische Republik. Das gesamte arbeitende Volk dankt diesen Helden, und unvergessen werden sie fortleben als die großen Toten der sozialdemokratischen Republik; mit goldenen Lettern werden ihre Namen eingegraben sein in das Buch der Geschichte. Sie haben sich zu Ehren dieser Gefallenen von den Sitzen erhoben. Ich konstatiere das und danke Ihnen."

Volksbeauftragter **Ebert**: Arbeiter, Soldaten der deutschen Volksrepublik! Gestatten Sie mir im Namen des Rats der Volksbeauftragten einige Worte. In einer Stunde leidenschaftlicher Entschlossenheit habt Ihr in den ersten Novembertagen zertrümmert, was im Laufe der Zeit morsch geworden war; dem Volk habt Ihr die Abhängigkeit zerrissen, die man als gottgegeben ansah, und den deutschen Volksstaat vollkräftig ins Leben gesetzt. Die Könige sind auf und davon. Die Republik muß, nach einem Wort unseres großen französischen Genossen und Friedensfreundes Jaurès, eine Nation von Königen sein. Die alten Stützen sind mit einem Schlage zerbrochen, das Recht des Volkes ist die Grundlage des deutschen Staates. Aber wir sind uns klar darüber, daß die Republik erst dann den Kern ihres Wesens erfüllt, wenn sie nicht nur die Herren, sondern auch die Ausbeuter beseitigt. Die tapferen Kämpfer der Revolution, welche die Fürsten vom Throne, das Junkertum und die Schwerindustrie aus der Herrschaft des Staates vertrieben haben, sollen die Republik der Freiheit erobern, die freie sozialistische Volksrepublik. Diese junge Republik macht einstweilen noch einige Kinderkrankheiten durch. Fünf Wochen nach der Revolution ist der neue Staat noch nicht so gefestigt und geordnet, wie die alte fünfhundertjährige Herrschaft der Hohenzollern und die tausendjährige der Wittelsbacher war. Alle, die ein großes Geschrei darüber erheben, wir vermöchten der Anarchie nicht Herr zu werden, seien nicht imstande, den normalen Verlauf des Staatslebens herbeizuführen, haben nie den Aufbau auch nur der kleinsten Organisation mitgeschaffen. Ihr Arbeiter und Soldaten, in der übergroßen Mehrzahl alte tätige Mitglieder der Arbeiterbewegung, wißt, wie viel Mühe die Gründung des kleinsten Parteivereins, der kleinsten Gewerkschaft macht, wie lange es dauert, ehe sie ihre Aufgabe richtig erfüllt. Ihr werdet Euch auch nicht wundern, wenn der gewaltige Umschwung der Novembertage nicht alsbald einen Apparat zustande gebracht hat, der reibungslos mit dem größten Nutzeffekt arbeitet. Gewiß drängt die Zeit. Nach der großen Leichtfertigkeit der früheren Gewalten, die alles auf eine Karte gesetzt hatten und, als sie fehlschlug, ratlos dastanden, nicht mehr aus und ein wußten und schließlich feige desertierten, steht die junge Volksrepublik vor den schwierigsten Aufgaben, die je einem erst zu schaffenden Staatswesen gestellt waren. Inmitten eines allgemeinen Mangels an Bedarfsgütern soll sie für ungezählte Millionen Arbeit schaffen, während alle Rohstoffe fehlen.

Während der Auflösung aller politischen und sozialen Ordnung muß sie unbedingt dafür sorgen, daß das Wirtschaftsleben nicht einen Tag stillsteht, und Sicherheit gewähren, daß Nahrung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung vorhanden sind. Die uns gestellte Aufgabe ist wahrhaft gigantisch, ihre Lösung ist unmöglich, wenn jeder nach seinem Kopfe darauf loswirtschaftet. Nur fester, einheitlicher Wille kann der unendlichen Schwierigkeiten der Lage Herr werden. Die Arbeiterklasse im Waffenrock und in der Bluse, die im sozialistischen Kampf die alten Stützen gestürzt und die neue Freiheit herbeigeführt hat, darf nicht dulden, daß Uneinigkeit, Zersplitterung, Eigensinn, Eigendünkel und Eigenmächtigkeit sie um die Früchte der Revolution bringen. Sie muß unbedingt verlangen, daß ein einheitlicher Mehrheitswille gebildet wird und eine einheitliche Linie in allen praktischen Maßnahmen der Staatsverwaltung innegehalten wird, wie sie die Träger der Revolution vorschreiben. Als am 9. November das Volk sich erhob, gab es keine regierende Gewalt in Deutschland mehr; als die alten Machthaber auseinanderstoben und verschwanden, wie weggeblasen und verweht im Winde, in diesem Augenblick mußten die Sieger die provisorische Regierung schaffen, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung neu zu regeln und zu begrenzen Ihre Aufgabe ist.

Dazu haben Sie sich zusammengefunden, Vertreter der Arbeiter aus allen Gegenden Deutschlands, Vertreter der Soldaten von allen Formationen. Ihr Zusammenschluß soll das Beieinanderbleiben des einigen Deutschlands verbürgen, Ihr Zusammenschluß soll die Einheit im Volk und in der Reichsleitung für die nächsten Wochen sichern, Sie sollen aus der Gewalt der Revolution heraus den neuen Rechtsstaat errichten. In Zukunft kann es in Deutschland nur einen Rechtsstaat geben, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes. Das war der Sinn der Revolution. Die Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben gestürzt, nun dulden wir keinerlei Gewaltherrschaft mehr, komme sie, von wem sie will. Je eher wir dazu gelangen, unseren deutschen Volksstaat auf die feste Grundlage des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die deutsche Republik gesund und stark werden, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer großen sozialistischen Ziele herangehen. Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. Es überwindet politisch und wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und setzt an die Stelle die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer den ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völker werden. Demokratie und Nationalversammlung bieten für die endgültige Überwindung der Willkürherrschaft dauernde Garantie. Das muß jetzt unsere Hauptsorge sein. Die Demokratie ist der Fels, auf den allein die Arbeiterklasse das Haus der deutschen Zukunft stellen kann. Errichten Sie, Arbeiter und Soldaten, hier ein großes Werk der Freiheit und der Demokratie, und die deutsche Volksrepublik wird aller Gefahren Herr werden und einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

Darauf wird das Bureau gebildet. Zu Vorsitzenden werden gewählt Oberbürgermeister Leinert (Hannover, Mehrheitssoz.), Seeger (Leipzig, Unabh.) und Gromalka (Vertreter der Westfrontsoldaten). Zu Schriftführern werden gewählt drei Mehrheitssozialisten, drei Unabhängige und je ein Vertreter der West- und Ostfront und der Marine.

Eine neungliedrige Mandatsprüfungskommission wird nach gleichen Gesichtspunkten eingesetzt. Ein Antrag, Liebknecht und Rosa Luxemburg als beratende Beiräte zum Kongreß zuzulassen, wird abgelehnt.

Richard Müller erstattet alsdann den Bericht des Vollzugsrates und führt aus:

Es ist mir unmöglich, diesen Bericht rein objektiv, ohne mein eigenes persönliches Empfinden hineinzulegen, Ihnen zu geben; was ich vortrage, wird deshalb manchmal nicht als die einheitliche Auffassung des Vollzugsrats gelten können. Der Berliner Vollzugsrat ist aus dem Reiche schwer angegriffen worden; bei der Hetze gegen ihn hat sich nicht nur die bürgerliche Presse, sondern haben sich auch rechtssozialistische Blätter beteiligt. Diese Angriffe haben allmählich eine starke Mißstimmung gegen den Berliner Vollzugsrat erzeugt, und mancher von Ihnen wird mit vorgefaßter Meinung hierhergekommen sein und gründlich aufräumen wollen. Ich selber verzichte auf meine Stellung und hoffe, daß mein Nachfolger es besser machen wird. Die Ursache dieser Hetze liegt aber weit zurück. Die Vorbereitung zur Revolution ist bereits im Juli 1916 getroffen worden, und fest steht, daß die damals hervorragend an den Vorberatungen Beteiligten auch Mitglieder des Vollzugsrats wurden, sodaß die Hetze der bürgerlichen Gesellschaft sich zuerst gegen sie richtete.

Am meisten beschimpft und verleumdet worden bin ich. Der tiefere Grund der Hetze liegt darin, daß der Berliner Vollzugsrat das einzige greifbare Ergebnis der Revolution war als provisorisches Zentralorgan der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands; so richteten diejenigen, die ihre Herrschaft verloren hatten, den schärfsten Kampf dagegen. Fallen die Arbeiter- und Soldatenräte, dann bleibt von der Revolution nichts übrig; diejenigen, die sie bekämpfen, wollen bewußt oder unbewußt den alten Zustand wieder herbeiführen. Nun haben wir zur Verschärfung dieses Kampfes auch unsererseits beigetragen dadurch, daß wir uns als oberste Kontrollinstanz erklärten. Gegen diese Kundgebung wurde damals von keiner Seite Einspruch erhoben. Diese oberste Behörde des Reiches legte am 17. November ihre politischen Richtlinien fest, die allerdings allen reaktionären Elementen einen Schrecken einjagen mußten. Leider haben sich an der dann wieder einsetzenden Hetze auch rechtssozialistische Blätter unter Führung des „Vorwärts" beteiligt, auch ein Teil des Verhetzungsmaterials, das gegen uns geschleudert wurde, stammt, wie ich glaube beweisen zu können, aus Kreisen, die dem Rate der Volksbeauftragten sehr nahestehen. Das ist natürlich meine persönliche Meinung. Kritik, schärfste Kritik muß sein, aber in der Art, wie geschehen, dürfen sozialistische Organe sie nicht üben. Der Wahnsinnsplan der alten Machthaber, die gesamte Flotte im letzten Verzweiflungskampfe zu vernichten, wurde rechtzeitig entdeckt, vereitelt und führte zur Revolution, bevor sie in Berlin zum Ausbruch kam. Hier kam sie am 9. November zum Ausbruch, obwohl der „Vorwärts" an diesem Tage die Arbeiter beschworen hatte, nicht zu streiken. Wir hatten nicht damit gerechnet, daß die alten Machthaber so schnell ihre Plätze verlieren würden. Sofort am 10. November haben wir eine Versammlung der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte nach dem Zirkus Busch berufen, die den inzwischen gebildeten Rat der Volksbeauftragten bestätigte, aber auch den Vollzugsrat wählte. In diesen weigerten sich die Unabhängigen einzutreten, auch ich habe mich geweigert und mich nur unter dem Druck der Soldaten zur Annahme bereit erklärt. Ich bereue aber jetzt, mich der Diktatur der Soldaten gefügt zu haben. Aber auch der Voll-

zugsrat hielt einen Zentralrat für ganz Deutschland durchaus für notwendig. Der Berliner Vollzugsrat hat sich stets nur als Provisorium angesehen, und niemals ist uns der Gedanke gekommen, eine Diktatur über das Reich ausüben zu wollen.

Vorsitzender **Leinert** unterbricht den Redner mit der Mitteilung, daß draußen vor dem Hause Tausende von Arbeitern eine Deputation entsandt hätten, die ihre Forderung hier verlesen wolle.

Der **Obmann der Deputation** erklärt: Im Auftrag der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins, die heute demonstriert, und zwar in einer Anzahl von mindestens 250000 Menschen (lebhafte Oho-Rufe), unterbreite ich dem Zentralkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte folgende Forderungen:

1. Deutschland eine freiheitliche sozialistische Republik,
2. die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten,
3. der vom Zentralrat gewählte Vollzugsrat ist das rechte Organ der Gesetzgebung und Exekutivgewalt, so daß auch die Volksbeauftragten vom Zentralrat zu ernennen und abzusetzen sind,
4. Beseitigung der Volksbeauftragten Ebert-Haase. (Stürmische Rufe: Pfui! Das nennen Sie Freiheit!)
5. Energische Durchführung aller zum Schutze der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem Entwaffnung der Gegenrevolution (Beifall. Ruf: Wer ist das? Gegenruf: Das Proletariat!), Bildung der roten Garde. (Stürmische Rufe: Nein, nein! Andauernder großer Lärm.)
6. Aufruf des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und zur Weltrevolution.

Dazu bitten wir Sie, Ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafte Rufe: Wir protestieren, wir protestieren! Andauernder Lärm).

Vorsitzender **Leinert**: Ich bitte, den Arbeitern draußen zu erklären, daß der Kongreß die Forderungen zur Kenntnis genommen hat und in seinen Verhandlungen darüber entscheiden wird.

Richard Müller fährt in seinem Bericht fort:

Der Groß-Berliner Vollzugsrat maßt sich keine Diktatur über die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an. Der Vollzugsrat hat vielmehr erklärt, er wolle keine Trennung zwischen Nord und Süd, um die Schwierigkeiten des Friedensschlusses zu beseitigen; diese Aufgabe könne nur durch harmonisches Zusammenhalten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands erfüllt werden. Deshalb will er, daß so schnell wie möglich die Delegiertenversammlung in Berlin zusammentrete. Der Vollzugsrat hat sich auch durch Mitglieder aus dem ganzen Reich ergänzt, sodaß er jetzt nicht mehr 26, sondern 45 Mitglieder hat. Der Berliner Vollzugsrat hat sich auch als oberste Reichsbehörde konstruiert, um gegenrevolutionäre Putsche gegen die Errungenschaften der Revolution zu verhindern. Daß unter den überaus schwierigen Umständen unverantwortliche Dinge passiert sind, ist selbstverständlich, zumal da bei der Auswahl der Soldatenvertreter zum Vollzugsrat nicht die nötige Vorsicht geübt war. Diese Leute haben unverantwortlich gehandelt, ich habe einen großen Teil von ihnen auf die Straße gesetzt. Es waren darunter Offiziere, die Hauptmann Kohler, Leutnant Willner usw. Sie regierten lustig drauf los, auf Rechnung des Vollzugsrats. Sie sind an die Luft gesetzt worden. Diese Leute schimpfen in

der Versammlung der Soldatenräte über die Mißstände im Vollzugsrat, die sie selbst geschaffen haben. Auch der „Vorwärts" hat zur Herabsetzung des Vollzugsrats beigetragen. Colin-Roß hat das meiste gesündigt. Er verlangte von mir die Berechtigung, jederzeit Geldanweisungen bis zu 5000 Mark auszuschreiben; das habe ich selbstverständlich abgelehnt. Er hat eine Menge Vollmachten ausgestellt. In einer Blankovollmacht für einen Vertreter der italienischen Armee verlangte er freie Eisenbahnfahrt und Gestellung von Kraftwagen und Flugzeugen. Er hat die ungeheuerlichsten Gerüchte über die Finanzwirtschaft des Vollzugsrats verbreitet. Diese Leute, Colin-Roß, Gerhardt, Waltz, haben unser Vertrauen aufs schwerste mißbraucht. Der Vollzugsrat ist stets sofort eingeschritten, wenn etwas nicht in Ordnung war; eine Kommission kontrolliert täglich die Bureaus. Aber es ist schwer, all die wilden Bureaus, die sich gebildet hatten, auszuräuchern. Vor allen Dingen mußten wir die Lebensmittelbeschaffung sicherstellen. Durch Schleichhandel sind ungeheure Vorräte und Heeresgerät von Millionen an Wert verschleudert worden. Wir haben ferner Hunderte von Personen in alle Teile Deutschlands schicken müssen, um Differenzen zwischen Arbeitern und Soldatenräten zu schlichten, und mußten diese Leute natürlich bezahlen. Auch die Besetzung der Ämter in Berlin kostet Geld. Erst behauptete man, wir hätten 800 Millionen verbraucht, jetzt sollen es schon 1800 Millionen sein. Es ist schwer, bei diesen niederträchtigen Verleumdungen die Ruhe zu bewahren. Die Blätter haben sich nicht geschent, täglich in dem politischen Misthaufen zu wühlen. Der Schatzsekretär Schiffer hat hier beweisen wollen, daß das System der Räte kostspieliger sei als das alte System. Aber er sollte für seine Behauptung auch die Belege vorlegen, statt allgemeine Redewendungen zu gebrauchen. Wir haben gerade die Verschleuderung von Nationalvermögen verhindert. Der Herr Schiffer mußte wissen, daß die Geldverschleuderung durch den Vollzugsrat Schwindel ist, denn bis heute hat er noch keinen Pfennig dem Vollzugsrat überwiesen. Auch der Rat der Volksbeauftragten hat dem Vollzugsrat noch keinen Pfennig überwiesen. Unsere Ausgaben in sechs Wochen betragen nur 500000 Mark. Man macht uns verantwortlich für die Vorgänge in der Chausseestraße und für die Verhaftung von Thyssen und Stinnes. Das müssen wir über uns ergehen lassen. Die „Volkszeitung" behauptet, ich hätte für mich und meine Frau 80000 Mark bezogen. Das geht doch zu weit. Ich habe bis heute noch keinen Pfennig Aufwandsentschädigung erhalten und noch keinen Pfennig liquidiert. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß unter den bürgerlichen Schriftstellern recht viele Halunken sind. Derjenige, der hinter diesen Artikeln zu stehen scheint, ist Colin-Roß, ein Mann, dem nachgewiesen ist, daß er Geld von gegnerischer Seite erhalten hat, um in Berlin den Vollzugsrat aufheben zu lassen. Dieser Mann steht dahinter. Der 800-Millionen-Schwindel, der die Arbeiter- und Soldatenräte diskreditieren sollte, stammt aber von der ehemals sozialistischen Korrespondenz Hofrichter, die den Volksbeauftragten sehr nahe steht! Aus jener Quelle stammt auch die Lüge, daß die Zentral-Funkleitung in die Hände der Spartakusse übergeführt worden sei. Dabei habe ich mich gerade bemüht, den Funkern ein Reichsamt zu schaffen, das von bureaukratischen Fesseln frei ist. Diese Sache ist auch ein Beweis dafür, daß wir von einzelnen Mitgliedern des Rats der Volksbeauftragten in nicht gerade schöner Weise behandelt worden sind.

Wenn ich vormittags mich gegen soldatische Mitglieder des Vollzugsrats gewandt habe, so waren damit nur die ausgeschiedenen Mitglieder v. Beerfelde, Waltz, Colin-Roß, Strobel und Gerhard gemeint. So wie das Verhältnis zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauf-

tragten sich gestaltet hat, ist es unerträglich geworden. Es hat den Anschein, daß der Rat der Volksbeauftragten sich nicht länger unter die Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte stellen will. Der Putschversuch am 6. Dezember ging auch unter der Parole: „Für die Regierung Ebert-Haase gegen den Vollzugsrat!" Als die Frontruppen vereidigt wurden, geschah die Vereidigung nicht auf den Vollzugsrat, bzw. die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern auf den Rat der Volksbeauftragten. Die Formel lautete: „Wir geloben unsere ganze Kraft für die einige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, einzusetzen." Fest steht doch aber, daß die Souveränität des Volkes durch die Arbeiter- und Soldatenräte und ihren Vollzugsrat dargestellt wird. Man hat die Truppen auf die deutsche Republik vereidigt, nicht auf die deutsche sozialistische Republik. Das ist doch wohl ein kleiner Unterschied. In verschiedenen Beschlüssen ist klar ausgesprochen worden, daß die Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Vollzugsrats arbeiten. Der Vollzugsrat hat auch die Minister von Preußen ernannt, und kein Mensch hat unsere Kompetenz damals angezweifelt. Wir versuchten, den Arbeiter- und Soldatenräten den ihnen zukommenden Einfluß auf die kommunalen Verwaltungsbehörden zu verschaffen. Wir hielten eine durchgreifende Reform des ganzen reaktionären Regierungsapparats für unsere wichtigste Aufgabe. Darin sind wir leider nicht vom Rat der Volksbeauftragten unterstützt worden. Wir hatten uns vorbehalten, daß in konterrevolutionären Fällen, wenn Gefahr im Verzuge war, die Arbeiter- und Soldatenräte selbst die Exekutive behalten sollten. Der Vollzugsrat hat wiederholt verlangt, daß Solf und David, die den Nachweis versucht haben, daß Deutschland unschuldig am Weltkrieg sei, aus dem Auswärtigen Amt ausscheiden müßten. Wir sind aber dabei immer wieder auf den Widerstand der Volksbeauftragten gestoßen, und so konnten die kompromittierten Beamten den größten Teil des belastenden Aktenmaterials verbrennen. Diese Beamten befinden sich zum Teil noch heute in Amt und Würden. In all diesen Fragen sind wir auf Schwierigkeiten beim Rat der Volksbeauftragten gestoßen. (**Ebert**: Das ist ja nicht wahr!) Es wird sich nachher zeigen, ob es wahr ist. Als die Frontruppen zurückkehrten, haben wir ihre Entwaffnung verlangt, diese zum Teil politisch unerfahrenen Leute (Laute Oho-Rufe!) — Ich habe sie ja nicht alle gemeint — aber die meisten haben doch in den vier Jahren, die sie draußen waren, nicht dieselbe Aufklärung über die politischen Dinge gehabt wie wir hier in der Heimat. — Wenn diese Leute, die noch ganz unter dem Einfluß reaktionärer Offiziere stehen, scharfe Munition erhalten, so war es die Pflicht der Volksbeauftragten, sie zu entwaffnen. Der Justizminister hat aber dagegen Einspruch erhoben, und der Rat der Volksbeauftragten hat sich ihm gefügt. Wenn Sie die Reden lesen, die die Herren Ebert und Scheidemann gestern gehalten haben, dann haben Sie wohl das Gefühl, daß der Rat der Volksbeauftragten sich nicht wohl gefühlt hat unter der Kontrolle des Vollzugsrats und daß er versucht hat, freie Hand zu kriegen. Der Vollzugsrat ist in der furchtbarsten Weise durch die bürgerliche Presse und durch Flugblätter verleumdet worden. Die Frucht dieser Verleumdungen war der Putsch vom 6. Dezember. Es gab im Anschluß daran sehr erregte Auseinandersetzungen im Vollzugsrat und zwischen Vollzugsrat und Volksbeauftragten. Das Verhalten der Volksbeauftragten bei diesem Putsch hat mich sehr befremdet, denn dieser Putsch kam doch von rechts. Der Putsch von links ist gar nicht so schlimm gewesen. Die Urheber des Putsches von rechts haben wir ermittelt, und wir hatten erdrückendes Beweismaterial gegen sie. Alle diese Leute sind aber in Freiheit gesetzt worden und können nun ihr Werk neu beginnen. Der Hauptschuldige, ein

Hauptmann Lorenz aus dem Kriegsministerium, ist entlassen worden, weil der Kriegsminister es verlangte. Der Genosse Barth hat mir telephonisch gesagt, der Kriegsminister verlange die Freilassung. Es ging so weit, daß wir die Kabinettsfrage gestellt haben, weil wir nicht zulassen wollten, daß ein solcher Mann in Freiheit gesetzt wurde. Ich verzichte auf weitere Einzelheiten. Ich habe gezeigt, wie wir mit natürlichen und unnatürlichen Gegnern den Kampf aufnehmen mußten. Was sind die Kinderkrankheiten, die auch die Arbeiter- und Soldatenräte und der Vollzugsrat durchmachen mußten, gegenüber den scheußlichen Verbrechen des alten Regimes, das skrupellos Milliarden auf Milliarden zur Abschlachtung der Menschheit hingab! Wir haben reine Hände. Wir haben versucht, die Revolution zu sichern; an unserem guten Willen hat es nicht gefehlt, aber die Verhältnisse waren stärker als wir. Wir haben sechs Wochen Revolutionsweh hinter uns, und nun übergeben wir Ihnen das Schicksal der Revolution in der Hoffnung und mit dem Wunsche, daß Sie vermögen, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und weiter auszubauen.

Maynz vom Vollzugsrate wird hierauf zur Erstattung des Kassenberichts zugelassen.

Er bestätigt, daß Richard Müller für sich persönlich nichts beansprucht und nichts entnommen hat. Die Mittel zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes haben sich zusammengesetzt aus einem Fonds von 450000 Frank in Schweizer Noten, gleich 619945 Mark, die von einer jungen Bankangestellten Erich überwiesen wurden; dazu kommen 30000 Mark in polnischem Gelde, die bei Oberleutnant Waltz beschlagnahmt wurden. Die Gesamteinnahmen haben einschließlich 1800 Mark, die bei Colin-Roß beschlagnahmt wurden, 650290 Mark betragen. Dem stehen gegenüber an Ausgaben für den Vollzugsrat bis 15. bzw. 20. November 63700 Mark, an Spesen für besondere Ausgaben 2101 Mark, an Gehältern für Angestellte 414178 Mark. Der Referent bemerkt dazu, daß der Vollzugsrat gegen den übermäßig umfangreichen Apparat, der zumeist den soldatischen Mitgliedern des Vollzugsrates zuzuschreiben sei, energische Maßregeln ergriffen habe und daß es ihm bis zum 14. Dezember gelungen sei, das Haus in dieser Beziehung einigermaßen zu säubern. Für Agitation und Propaganda seien bis zum 15. Dezember ausgegeben worden 55069 Mark; die Ausgaben für den Kongreß betragen bis jetzt 10991 Mark. Gesamtausgabe 613963 Mark, Vermögensbestand 49660 Mark und 27935 in Kronen.

Volksbeauftragter **Dittmann** erstattet hierauf folgenden Bericht:

Durch den Willen des Volkes wurden die beiden sozialistischen Parteien gezwungen, eine gemeinsame Regierung zu bilden, und auch die Reichsregierung, in deren Namen ich spreche, ist eine Koalitionsregierung, gebildet auf Grund einer Vereinbarung. Die Reichsregierung ist im ganzen Reiche von dem allgemeinen Vertrauen der Volksmassen getragen; ohne dieses allgemeine politische Vertrauen konnte die Reichsregierung über das Weichbild von Groß-Berlin hinaus keine Autorität beanspruchen. Auch die moralische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte beruht überall auf demselben Vertrauen, und selbst die Vertreter des gestürzten Regiments erkennen heute unumwunden an, daß außer der Sozialdemokratie keine autoritative Macht gegenwärtig in Deutschland zur Führung der Geschäfte vorhanden ist. Sie darf deshalb mit Fug und Recht vor dem In- und Ausland erklären, die Beauftragte und Vollstreckerin des Volkswillens in Deutschland zu sein. Genosse Müller ist auf Unstimmigkeiten eingegangen, die sich vorher ergeben haben. Ich bemerke dazu nur, daß das Entlassungs-

gesuch von Solf genehmigt ist; Solf ist jedoch gebeten worden, das Amt so lange zu führen, bis die noch schwebenden Verhandlungen über seinen Nachfolger abgeschlossen sind. David ist nicht mit der Prüfung der Akten im Auswärtigen Amt beauftragt gewesen. Diese Prüfung haben Kautsky und Quarck in Händen. Die Behauptung, daß wichtige Akten verbrannt seien, ist von Kautsky untersucht worden; er erklärt, keinerlei Anzeichen finden zu können, daß irgendwelche Akten vernichtet worden sind; ja er habe weit mehr gefunden, als er erwartet hätte. Wenn Herr Müller dann meinte, hinter dem Kabinett stehe die ganze bürgerliche Presse, so muß er wohl andere bürgerliche Blätter zu Gesicht bekommen haben als wir, die wir diese Blätter immer mit Angriffen gegen uns gefüllt finden. Der Hauptmann Lorenz ist freigelassen worden, nicht auf Verlangen des Kriegsministers, sondern auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses einer vom Vollzugsrat eingesetzten, aus drei Juristen bestehenden Untersuchungskommission. Es ist schließlich eine Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten zustande gekommen, die dem Vollzugsrat das Recht der Kontrolle und der Ernennung und Absetzung der Mitglieder der Regierung zugesteht und dieser die Exekutive zuweist. Diese Vereinbarung erreicht jetzt auch ihr Ende, an Stelle des Groß-Berliner Vollzugsrates wird der von Ihnen zu wählende Zentralrat treten. Die Reichsregierung wird bemüht sein, auch mit dem neuen Zentralrat im gleichen friedlichen Geiste zusammen zu arbeiten. Das erste Werk der neuen Regierung war die Einstellung der vierjährigen Menschenschlächtereien und der Beschluß des Waffenstillstandes. Die scharfen Bedingungen des letzteren fallen mit voller Wucht auf die Träger des gestürzten Regiments, sie haben Deutschland in den Zustand versetzt, daß solche Bedingungen gestellt werden konnten und daß uns keine Wahl blieb, als sie anzunehmen, wollten wir unser Volk vor völliger Vernichtung bewahren. Hier stehen wir vor einer unerbittlichen Notwendigkeit. Dieser Vorgang ist symbolisch für unsere ganze Tätigkeit. Die neugewonnene politische Macht sofort einzusetzen, um der politischen Revolution die soziale Umgestaltung des Wirtschaftslebens in unserem Sinne unmittelbar folgen zu lassen, das wäre vielleicht möglich gewesen, wenn Deutschland vier Jahre früher reinen Tisch gemacht hätte. Dann wäre das ein Kinderspiel gewesen. Heute zwingt die Liquidierung des Krieges und seiner Folgen der Reichsregierung ihren Willen auf. Wir brauchen zunächst den Vorfrieden und dann einen schnellen endgültigen Frieden; das ist die erste Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens und für die Hebung unserer Produktivität. In den vier Kriegsjahren ist ein systematischer Abbau unserer Produktionsmöglichkeiten betrieben worden. Die ganze nationale Arbeit ist restlos den Kriegszwecken dienstbar gemacht. Die Umstellung auf Friedensbedarf ist eine langwierige und unproduktive Arbeit. Dazu kommt der Mangel an Rohstoffen und großen Aufträgen; in den Eingeweiden des Volkes wühlt der Hunger, nie ist für ein Volk und seine Regierung eine verzweifeltere Situation vorhanden gewesen. Die Herbeischaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande ist die dringendste Forderung, mit Hilfe Amerikas kann das gelingen; was die Regierung dazu tun kann, ist geschehen und wird geschehen. Danach gilt es, die Produktion wieder in Gang zu bringen und jede Störung sorgsam zu vermeiden, eine leichte Arbeit, wenn man im Frieden und Überfluß lebt, aber anders jetzt, wo nichts da ist und alles nach Ware schreit. Daher kann die Sozialisierung nur mit Vorsicht ins Werk gesetzt werden, trotzdem soll sie sofort in Angriff genommen werden, wo die Industrie und Betriebe dafür reif sind. Eine Kommission von namhaften Volkswirtschaftlern soll dafür Vorschläge machen. Es darf nicht mehr sein, daß eine Handvoll Großkapitalisten Milliardengewinne erzielt.

Der Überschuß der Produktion muß der Volksgesamtheit zufallen. Die Milliarden Kriegsgewinne müssen wieder der Reichskasse zugeführt werden. Die Patentpatrioten, die zur Fortsetzung des Krieges gehetzt haben, wollen ihren Geldsack ins Ausland bringen. Dagegen hat die Regierung Maßregeln getroffen. Die Erwerbsgesellschaften müssen 80 Prozent ihres Gewinnes für Steuerzwecke hergeben, eine neue Kriegsgewinnsteuer ist in Vorbereitung, um die Kriegsgewinne restlos wegzusteuern. Ein gerechtes Steuersystem muß geschaffen werden, Vermögen und Erbschaft weit stärker als bisher herangezogen werden. Das Demobilmachungsamt und Reichsarbeitsamt werden die Friedensarbeit wieder ermöglichen. Als Normalarbeitstag wurde der Achtstundentag festgelegt, die Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche sind wieder in Kraft gesetzt. Es gilt, das Wirtschaftsleben erst wieder anzukurbeln. Die Erwerbslosenunterstützung soll die Folgen der Arbeitslosigkeit mildern. Erst nach der Übergangszeit kann sich der Sozialismus voll entwickeln und Kultur und Wohlstand bringen. Das Proletariat ist enttäuscht durch die Erkenntnis, daß der vierjährige kapitalistisch-militärische Totentanz alles verschlungen hat, was an materiellen und kulturellen Werten geschaffen war. Jetzt, wo das Proletariat seinen Anteil fordert, ist nichts mehr da. Die Arbeiter waren bisher die Enterbten, sie sind es auch jetzt. Aber sie müssen einsehen, daß sie durch neue Arbeit erst wieder neue Werte schaffen müssen, ehe sie zum Wohlstand kommen. Keine Regierung kann daran etwas ändern. Daher müssen die Arbeiter auch ihrerseits alles tun, daß die Produktion ununterbrochen in Gang bleibt. Jeder Streik wendet jetzt seine Spitze gegen die Arbeiter selbst. In diesem Sinne auf die Arbeiter einzuwirken, erachtet die Reichsregierung für die Pflicht aller, die sich für die Aufrechterhaltung der jungen Republik einsetzen. Die oberste Heeresleitung und der Kriegsminister bleiben bis zur Beendigung der Demobilisation im Amt. Im Osten nimmt diese noch längere Zeit in Anspruch, während sie im Westen sich ihrem Ende nähert. Die Anordnung der Reichsregierung in dem Telegramm an die oberste Heeresleitung über die Aufrechterhaltung der Truppendisziplin ist fälschlich so angesehen worden, als bliebe der Kadavergehorsam bestehen. Aber es galt im Westen die Millionen planmäßig in der festgesetzten kurzen Frist über den Rhein zu führen. Tausende wurden noch kurz vor Torschluß abgefangen und zu Kriegsgefangenen gemacht. Verschiedene Generale im Westen haben die roten Fahnen abgelehnt und die Soldatenräte aufgelöst. Dagegen ist die Regierung sofort eingeschritten und hat einen General sofort abgesetzt. Trotzdem kommen solche Dinge noch heute tagtäglich vor. Zweifellos herrscht noch in einem großen Teil des Offizierkorps der alte reaktionäre Geist, manche haben noch konterrevolutionäre Gelüste, manche Truppenteile sind noch unaufgeklärt. Aber die überwältigende Mehrheit der Soldaten will keine Konterrevolution. Da heißt es, vor Putschmöglichkeiten auf der Hut sein. Andererseits darf nicht jeder Vorfall als Beginn der allgemeinen Konterrevolution betrachtet werden. Wir sind wachsam, aber nicht überängstlich. Gegen die Putschversuche mußten wir die Volkswehr schaffen auf demokratischer Basis in einer Stärke von 11000 Mann. Für das jetzige Heer ist die Gerichtsbarkeit demokratisch organisiert worden unter Heranziehung der Soldaten zur Rechtsprechung. Eine Amnestie für alle militärischen Vergehen ist erlassen worden. Der Belagerungszustand ist aufgehoben, Presse- und Versammlungsfreiheit gewährt worden. Die Pressefreiheit wird zwar von rechts und links gegen die Regierung ausgenutzt, aber die Regierung fürchtet sich auch nicht vor dem Mißbrauch der Pressefreiheit, sie wird sich gegen jede Unterbindung der Pressefreiheit wenden. Die Ausnahmestellung gegen die Landarbeiter

hat die Regierung aufgehoben, ebenso das Hilfsdienstgesetz. Wir haben das freieste Wahlrecht der Welt eingeführt, um dem Proletariat seinen Einfluß auf die Geschicke des Reiches dauernd zu sichern. Schon am 12. November haben wir einstimmig die konstituierende Nationalversammlung in Aussicht gestellt. Leider ist sie dadurch diskreditiert, daß die ganze Reaktion sie gefordert hat. Das hat die Arbeiter kopfscheu gemacht. Für die Reaktion ist die Konstituante die einzige Möglichkeit, einen Teil ihres Einflusses wiederzubekommen. Aber auf die Dauer kann keine Regierung sich im neuen Deutschland behaupten, wenn nicht hinter ihr die Mehrheit des Volkes steht. Das Vertrauen des Volkes muß das Fundament ihrer Macht bilden. Deshalb müssen die Wahlen so zeitig erfolgen, wie praktisch möglich ist. Darüber bestehen Meinungsverschiedenheiten. Von einer Seite wird gesagt, die Nationalversammlung müsse schnellstens zusammentreten wegen der internationalen Lage, aus Rücksicht auf den Kredit des Reiches, um den separatistischen Tendenzen entgegenzutreten, um an die Stelle der Diktatur den gesetzlichen Zustand zu setzen. Diese Gründe sind von der Reichsregierung als triftig anerkannt. Gegen die zu frühe Einberufung wird eingewendet die Unmöglichkeit, die noch nicht zurückgekehrten Truppen von der Wahl auszuschließen, die Ungewißheit, ob in Elsaß-Lothringen und den besetzten Gebieten am Rhein wie in den polnischen Landesteilen eine unbeeinflußte Wahl möglich zu machen ist, die technische Unmöglichkeit, zuverlässige Wählerlisten aufzustellen, ehe die Soldaten und Rüstungsarbeiter zurückgekommen und wieder halbwegs seßhaft geworden sind. Endlich die Unmöglichkeit, die zurückkehrenden Truppen über die Vorgänge in der Heimat aufzuklären. Von beiden Seiten wurden also ernste und wichtige Gründe angeführt. Schließlich einigte sich das Kabinett, den Wahltermin provisorisch auf den 16. Februar festzusetzen, die endgültige Entscheidung aber Ihrer Beschlußfassung vorzubehalten. Die Reichsregierung erblickt in der Nationalversammlung den Ausdruck des Volkswillens; deshalb will sie alle Garantien dafür schaffen, daß die Wahl als Ganzes von keiner Seite angefochten wird, daß ihre Grundlage und ihre Durchführung jeder Kritik standhalten kann. Das hält die Reichsregierung für um so notwendiger, als sie die feste Überzeugung hat, daß die Wahlen eine sozialistische Mehrheit ergeben werden. Das zeigen die Wahlen in Mecklenburg, wo 22 Sozialdemokraten gegen 20 Bürgerliche, und in Anhalt, wo 22 Sozialdemokraten gegen 12 Bürgerliche gewählt sind. Genossen, habt Vertrauen zu Eurem Siege. Schon sammeln sich die bürgerlichen Parteien zur gemeinsamen Kampffront gegen uns. Hie Kapitalismus — hie Sozialismus! das sind die Losungen. Für das sozialistische Proletariat gilt es, in gemeinsamer Kampffront dem gemeinsamen Gegner gegenüberzutreten. Kein Atom von Kraft sollte vergeudet werden im Bruderkampfe. Die Nationalversammlung soll die künftige Reichsverfassung festlegen und darin die Errungenschaften der gemeinsam durchgeführten Revolution gemeinsam fest verankern. Die logische Konsequenz ist die gemeinsame Arbeit der Arbeiterräte, der Soldatenräte und der Regierung. Jetzt geht es ums Ganze. Jetzt hat die deutsche Arbeitermasse zu zeigen, daß sie willens und imstande ist, wahr zu machen das herrliche Wort von Freiligrath: Wir hämmern jung das alte, morsche Ding, den Staat, die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat.

Klaus (Offenbach): Der Geschäftsbericht hat über das Ziel hinausgeschossen; eine Revolution läßt sich nicht machen, sie muß reif sein. Wir müssen arbeiten, daß der kommenden Generation der wahre Sozialismus beschieden wird. — **Gerber** (Berlin) schildert

eingehend die Entstehung und Zusammensetzung des Berliner Vollzugsrats und verurteilt es in schärfster Form, daß dieser ganz ungeeignete Personen den verschiedenen Behörden beigeordnet habe, wie z. B. einen Studenten der Medizin im zweiten oder dritten Semester der Sanitätsabteilung des Kriegsministeriums. Den Deserteuren, die von den Soldatenräten abgelehnt worden seien, seien vom Vollzugsrat Vollmachten ausgestellt. Diese sogenannten Frontsoldaten hätten dann die Vorgänge in Neukölln veranlaßt. Der Vollzugsrat sei vor dem ganzen Reich verantwortlich, deshalb müßten in ihm wirkliche Köpfe sitzen, die die Arbeit leisten könnten, die sie übernommen haben.

Vorsitzender **Leinert** teilt mit, daß folgender Antrag eingegangen ist:

„Der Rätekongreß verurteilt die Zurückweisung der Delegierten der Russischen Räterepublik durch den Rat der Volksbeauftragten auf schärfste. Er verlangt die sofortige Aufnahme der Beziehungen zu dem revolutionären Rußland und lädt die russischen Delegierten ein, an dem Rätekongreß teilzunehmen. Siegel, Württemberg."

Eberts (Essen): Der Berliner Vollzugsrat steht den Sozialdemokraten in der Provinz bis zum Hals. Schon bei Eröffnung des Kongresses zeigt es sich, daß dieser Vollzugsrat nichts von Organisation versteht. Glaubt er denn, daß wir bis zum 25. Dezember hierbleiben wollen? Wir haben keine Zeit zu verlieren, weil uns sonst zu Hause wild gewordene rote Spießbürger die ganze Produktion über den Haufen rennen. Wenn man hört, daß uns hier 50 Mark Diäten pro Tag angeboten werden, so gibt es in der Provinz mit Recht einen Schrei der Entrüstung. Wir weisen diese Zumutung zurück. Wir können den Vollzugsrat nicht gegen die Angriffe der bürgerlichen Presse verteidigen, wenn es feststeht, daß er Boten beschäftigt mit 12 Mark Tagelohn und daß er 45 Mitglieder hat, die täglich 50 Mark bekommen. Kuriere sind vom Vollzugsrat in die Welt geschickt worden, die gar keine Ahnung von den Dingen hatten, die sie erledigen sollten. Wir leiden besonders unter den wilden Streiks im Ruhrrevier, die durch die Verhetzung von spartakistischer Seite angefacht werden. In einem Falle wurde dadurch die Stadt Essen von feindlicher Besetzung bedroht, weil ein wilder Streik auch die Elektrizitätsversorgung im besetzten Gebiet störte. Die Regierung muß Staatskommissare in die großen industriellen Verbände schicken, damit wir Material für die künftige Sozialisierung gewinnen.

Ein Antrag auf nochmalige Abstimmung über die Frage, ob Liebknecht und Rosa Luxemburg mit beratender Stimme zum Rätekongreß zuzulassen seien, wird mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, ebenso in der Gegenprobe.

Becker-Rosenheim: Unsere bayrischen Bürger und Bauern blicken oft voll Sorgen nach Berlin, weil sie fürchten, es würde zu

russischen Zuständen kommen. Die Kriegsgewinnler bringen ihre Kapitalien nach der Schweiz in Sicherheit. Die Bauern wollen keine Lebensmittel mehr liefern, wenn nicht bald für Ordnung gesorgt wird. Unsere Arbeiter verlangen, daß die Verbrecher Ludendorff, Tirpitz usw. schleunigst vor ein Standgericht gestellt werden. Sie sollen nicht gehängt und nicht erschossen werden, aber man soll sie in einen Zwinger sperren und vier Jahre lang mit Kohlrüben füttern, wie es durch ihre Schuld auch das deutsche Volk ertragen mußte.

17. Dezember. Die Aussprache wird fortgesetzt. **Niekisch** (Augsburg) wendet sich gegen die Politik Eisners und gegen das Treiben einer Gruppe Münchner Radikaler. Die Revolution kann nur bestehen, wenn sie sich auf die breiten Massen des Volkes stützt. Diese breiten Massen aber werden abgestoßen, wenn ein Hyperradikalismus undurchführbare und unerfüllbare Forderungen aufstellt. Allzu radikale Richtungen fördern die separatistischen und partikularistischen Strömungen; wenn im Reich eine so weitgehende Abneigung gegen Berlin besteht, so nicht zuletzt wegen des Berliner Radikalismus. Nur daraus erklären sich die Versuche, Berlin den Charakter als Reichshauptstadt zu nehmen. Was berechtigt den Berliner Vollzugsrat, sich als Kontrolleur von Reichsbehörden aufzuspielen? Eisner ist in den letzten Tagen auch schon maßvoller geworden. Er vertritt heute schon den Standpunkt, daß die Arbeiter- und Soldatenräte keinerlei Exekutivgewalt haben dürfen. Die Volksbeauftragten müssen volle Bewegungsfreiheit haben, das Kontrollrecht des Vollzugsrats ist erloschen, sobald die Nationalversammlung gewählt ist. — **Rabe** (Brandenburg): Nach dem vorzüglichen Bericht der Volksbeauftragten versteht man nicht den Heeresbericht, den der Vollzugsrat über seine Kämpfe mit den Volksbeauftragten erstattet hat. Gewiß ist auch dem Vollzugsrat manches Unrecht zugefügt worden, aber er sollte doch nicht bestreiten, daß er große Fehler gemacht hat. Er war ein Reichsorgan, kümmerte sich aber um alle Berliner Lokalangelegenheiten und untergrub als Reichsorgan den Reichsgedanken. Diese Reichskonferenz hätte viel früher einberufen werden müssen. Wir alle lieben Cohen, und auch Brutus ist ein ehrenwerter Mann. Aber der Vollzugsrat hätte von sich aus für die notwendige Erneuerung sorgen müssen. Die für den Ausschuß reifen Mitglieder müssen nicht immer warten, bis man ihnen die Tür zeigt. Das Vorurteil gegen die Soldaten ist unberechtigt. Der Sozialismus, der nach dreijährigem Aufenthalt im Schützengraben und aus der Überlegung entsteht, daß der Feind drüben einem doch gar nichts getan hat, ist nicht schlechter als der Sozialismus nach dreijähriger Mitgliedschaft im Wahlverein oder einjährigem Abonnement auf den „Vorwärts". Der beste Sozialismus im Augenblick besteht darin, dem Volke Frieden,

Freiheit und Brot zu verschaffen. — **Braß** (Remscheid) bespricht das Verhalten von Frontoffizieren im Rheinland und in Westfalen beim Rückmarsch des Heeres. Rote Fahnen und Abzeichen sind vielfach heruntergerissen worden. Dittmann hat gesagt, ein General sei entlassen worden. Warum hat man nicht alle Gegenrevolutionäre entlassen? Ich frage die Volksbeauftragten, was sie bisher gegen das Treiben der Gegenrevolutionäre getan haben. Wir sehen nur, daß sie nach wie vor ihr Unwesen treiben. Um die Leute gefügig zu machen, sollen sie mit reichlicher, ja doppelter Nahrung versehen werden. Ich wiederhole die Frage: was tut die Regierung, um diesen Herd der Gegenrevolution zu beseitigen? Im Rheinland und in Westfalen ist systematisch an der Aushöhlung der Arbeiter- und Soldatenräte gearbeitet worden. Nur zu diesem Zweck sind Offiziere hineingewählt worden. Wir haben Telephongespräche der Industriebarone belauscht, in denen man sich darüber unterhielt, an welchem Tage die Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst werden würden. Der Rat der Volksbeauftragten scheint von diesen Dingen nichts zu wissen. Manches Abkommen im Waffenstillstandsvertrag hinsichtlich der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte gibt zu denken. Die Volksbeauftragten haben Aufklärung verlangt, sie aber bis heute von der obersten Heeresleitung nicht bekommen. — **Wegmann** (Berlin) vom Vollzugsrat weist die Angriffe auf diese Körperschaften zurück. Gewiß haben manche Verhaftete wieder entlassen werden müssen, weil man keinen positiven Schuldbeweis führen konnte. Aber dann müssen wir ein Gesetz machen, durch das die Wiederholung solcher Vorkommnisse unmöglich gemacht wird, sonst behalten diese Kreise die Möglichkeit, die Revolution abzuwürgen.

Volksbeauftragter **Landsberg**: Ein solches Gesetz ist schlechterdings unmöglich, denn weder Revolutionäre noch Gegenrevolutionäre pflegen vorher die zuständigen Behörden von ihrem Vorhaben in Kenntnis zu setzen.

Wir geben uns über die gegenrevolutionären Strömungen keiner Täuschung hin. Es wäre das ja das erstemal, daß eine gestürzte Klasse nicht den Versuch machen würde, wieder zur Herrschaft zu kommen. Nur darf man nicht gleich nervös werden. Wir sind allen Gerüchten nachgegangen, aber es hat sich z. B. nicht bestätigt, daß General Sixt v. Armin einen gegenrevolutionären Erlaß herausgegeben hat. General Eberhard aber ist wegen seines törichten Verhaltens sofort von seinem Posten entfernt worden. Mehr können wir nicht tun. Den verlesenen Geheimerlaß haben wir sofort dem Kriegsministerium überwiesen. Die uns erteilte Antwort hat uns nicht genügt, und wir stehen wegen dieses Erlasses in ernsten Verhandlungen mit der obersten Heeresleitung. Was sollen wir weiter tun? Wenn ein Tatbestand feststeht, gehen wir gegen alle gegenrevolutionären Machenschaften schonungslos und rücksichtslos vor. Wir würden ja sonst den Ast absägen, auf dem wir selber sitzen, und dazu

haben wir nicht die geringste Lust. Im übrigen kann ich mitteilen, daß der Kriegsminister gestern seinen Abschied eingereicht hat.

Nun zu Richard Müller. Er hat erklärt, nicht objektiv sein zu wollen. Ich hatte mich ja auf verschiedenes gefaßt gemacht, aber er hat alle Erwartungen übertroffen. Sein Gericht war eine einzige Anklage gegen den Rat der Volksbeauftragten. Wenn jemand so wenig objektiv sein kann, sollte er lieber die Erstattung eines Berichts ablehnen. Der Bericht des Vollzugsrats hat den Tatsachen direkt ins Gesicht geschlagen. David hat nicht nur nicht den Auftrag erhalten, die Archive des Auswärtigen Amts durchzusehen, sondern er hat selbst darum gebeten, damit nicht betraut zu werden, hat also so korrekt wie möglich gehandelt. Ebenso falsch ist die Darstellung Richard Müllers über den Fall Lorenz. Mit besonderer Schärfe hat sich Müller gegen den Vorwurf gewehrt, daß der Berliner Vollzugsrat eine Diktatur erstrebe. Wenn eine solche Auffassung im Reich besteht, so ist Richard Müller daran nicht unschuldig. Gerade er hat in öffentlicher Versammlung erklärt, der Rat der Volksbeauftragten sei vom Vollzugsrat eingesetzt worden und könne jederzeit davongejagt werden, wenn es dem Vollzugsrate passe. Wer so vorgeht, kann sich über den Vorwurf der Diktatur nicht wundern. Fast jeder Tag brachte Konflikte, und noch in den letzten Tagen, schon nach Ausschreibung dieses Kongresses, ist vom Vollzugsrat der Antrag gestellt worden, den Volksbeauftragten Ebert von seinem Platze zu entfernen. Müllers Verdienst ist es nicht, wenn der Antrag abgelehnt worden ist. Wenn der Berliner Vollzugsrat sich gegen den Verdacht schützen wollte, eine Diktatur für das ganze Reich errichten zu wollen, dann mußte er am ersten Tage nach der Revolution diesen Kongreß einberufen. Wir haben fortgesetzt darauf gedrängt, schon in den allerersten Tagen. Es könnten noch zahlreiche Beispiele für Mißgriffe und Übergriffe des Vollzugsrats angeführt werden. Ich erwähne die Festnahme der Großindustriellen, die völlig unbegründet war. Hoffentlich ist Ihr Material besser als das Material des Vollzugsrats, denn einmal hat die fragliche Zusammenkunft überhaupt nicht stattgefunden, dann war der Denunziant nie Kellner in Dortmund, und schließlich hat er gestanden, daß er sich die Beschuldigungen aus seinen schmutzigen Fingern gesogen hat. Gewiß hatte der A.-S.-R. in Mühlheim das Recht, wenn Gefahr im Verzuge war, die Leute festzunehmen, aber wie kommt der Berliner Vollzugsrat dazu, diese Dortmunder Sache zu untersuchen? Das steht nirgend geschrieben, und der Rechtsstaat kommt ins Wanken, wenn jeder machen kann, was er will.

Müller hat sich auch scharf gegen den Reichsschatzsekretär Schiffer gewandt. Schiffer hat in seiner Rede gegen die Arbeiter- und Soldatenräte kein Wort gesagt, er hat nur erklärt, daß jetzt von verantwortlichen und unverantwortlichen Stellen sehr viel Geld ausgegeben würde. Sind Ihnen denn nicht Fälle bekannt, wo tatsächlich viel Geld ausgegeben worden ist? Man kann es seinem Reichsschatzsekretär doch nicht übelnehmen, wenn er auf Sparsamkeit sieht. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind von bestem Willen erfüllt und arbeiten teilweise recht geschickt. Ich erwähne als Vorbild den Magdeburger Arbeiter- und Soldatenrat, der in drei Wochen ganze 6000 Mark ausgegeben und dem Reich Millionenwerte erspart hat. Überall muß genaueste Rechnung gelegt werden, denn wir sind der Geschichte verantwortlich. Wenn aber Müller sich darüber beschwert hat, daß wir dem Vollzugsrat keine Zahlungen angewiesen haben, so war das unrecht. Der Vollzugsrat hatte uns einen Etat vorgelegt, aus dem niemand klug wurde. Es ist mitgeteilt worden, daß im ganzen etwa 500000 Mark ausgegeben worden sind. Am 11. Dezember aber wurden von uns fast 900000 Mark verlangt. Der Rat der Volksbeauftragten hat

einmütig die geforderte Anweisung abgelehnt und um einen klaren Etat ersucht. Der uns vorgelegte Etat enthielt für 45 Vollzugsratsmitglieder eine tägliche Entschädigung von je 50 Mark, für zwei Vertrauensleute ebenfalls von je 50 Mark, für 48 Vertrauensleute von je 40 Mark, für 42 Kuriere von je 40 Mark und für 48 Kuriere von je 30 Mark, 27 Stenotypistinnen erhalten je 25 Mark und 186 Stenotypistinnen je 15 Mark. Wir wissen bis heute nicht, was diese Vertrauensleute und Kuriere zu tun haben. Wir haben das Kontrollrecht des Vollzugsrats nie bestritten. Aber er kontrolliert uns, nicht die einzelnen Behörden. Entweder hat man Vertrauen zu einer Regierung, oder man hat es nicht, und dann setzt man sie nicht ein. Was haben wir aber alles erlebt. Der 53er Ausschuß hat beim Reichsmarineamt eine Kontrolltätigkeit entfaltet, die jedes Arbeiten so gut wie unmöglich gemacht hat, sogar das Verhandeln mit einer Waffenstillstandskommission. Das ist gewiß kein böser Wille, aber es liegt in den Verhältnissen begründet. Deshalb muß Klarheit geschaffen werden.

Ledebour führt als Vertreter des Vollzugsrats aus:

Die vielfach vorgekommenen Mißgriffe sind von uns selbst aufs peinlichste empfunden worden, und wir sind sofort dagegen eingeschritten. Das gilt besonders für den Fall Waltz. Wir haben Waltz später beseitigt, und ich bin persönlich sofort gegen seine Übergriffe eingeschritten. Aber Landsberg lag nur daran, den Vollzugsrat zu diskreditieren. Wir haben auch für eine bessere Rechnungslegung gesorgt. Verantwortlich für die Rechnungsführung sind aber gerade die Mehrheitssozialisten im Vollzugsrat, denn die anderen wurden durch die politische Arbeit in Anspruch genommen. Ich muß das gegenüber den unerhörten Angriffen des „Vorwärts" auf den Vollzugsrat feststellen. Die großen Mehrausgaben und die ganze Mißwirtschaft sind verschuldet worden durch eine Anzahl von Soldaten-Mitgliedern, die im ersten Trubel der Revolution von den Soldaten gewählt wurden. Es waren meist Offiziere, die vorher kein Mensch gekannt hatte. Bei den Vorwürfen gegen die 50 Mark Diäten der Vollzugsratsmitglieder vergißt man die Entwertung des Geldes. Der wirkliche Wert des deutschen Geldes ist mindestens auf die Hälfte des Wertes vor dem Kriege gesunken. Wir haben uns nach den Diäten der Reichstagsmitglieder gerichtet, die für das Jahr 5000 Mark bekommen, also nach der Anzahl der Sitzungen in den Kriegsjahren für jede Sitzung etwa 50 Mark. Es ist überhaupt unwürdig, so in unsere Geldangelegenheiten hineinzuschnökern. Ich hoffe, daß diese Stänkerei über die Diäten endgültig beseitigt ist. Den Antrag auf Absetzung Eberts haben wir wegen seines Verhaltens an dem blutigen Freitag gestellt. An diesem Freitag haben morgens zwei Genossen von der Landfliegerabteilung der Marine im Reichskanzleramt mitgeteilt, daß sie von reaktionären Offizieren aufgefordert seien, sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Zwei höhere Beamte empfingen sie im Kanzleramt und versprachen, die Sache Ebert und den übrigen Volksbeauftragten mitzuteilen. Zum Vollzugsrat gingen die Landflieger leider nicht, weil sie wegen der Hetze zu ihm kein Vertrauen hatten. Wäre der ganze Ebert-Putsch nicht gewesen, dann wäre das blutige Gemetzel in der Chausseestraße nicht vorgekommen. Die beiden Beamten im Kanzleramt behaupteten bei ihrer Vernehmung, sie hätten die Sache nicht ernst genommen, die beiden Landflieger behaupten aber, sie hätten sich ausdrücklich für die Mitteilungen bedankt. Die Beamten behaupten, sie hätten die Mitteilung in die Mappe gelegt, die durch die Hände des Unterstaatssekretärs Baake Ebert und den anderen Volksbeauftragten unterbreitet werden muß. Die Volksbeauftragten haben aber von dieser Mitteilung nichts zu sehen bekommen. Als Ebert zum Präsidenten der

Republik erklärt werden sollte, hätte er die demonstrierenden Soldaten sofort in ihre Schranken zurückweisen müssen, weil eine solche Verfassungsänderung durch Soldaten nicht vorgenommen werden kann, aber er hat nur geantwortet, das sei eine so wichtige Sache, daß er sie erst mit seinen Freunden besprechen müsse; im übrigen habe darüber der Rat der Volksbeauftragten zu entscheiden. Wenn Ebert unfähig war, die richtige Antwort zu geben, dann gehört er nicht in dieses Amt. (Große Unruhe, Ruf: Aber Ledebour!) Ich habe es abgelehnt, in das Kabinett einzutreten. Ebert hat durch seine Antwort dem Kabinett eine Entscheidung zugeschoben, die ihm nicht gebührt. Das Kabinett hat nicht das Recht der Verfassungsänderung. Ebert ist nicht fähig und nicht würdig, das Amt zu bekleiden. (Stürmischer Beifall bei den Spartakusleuten.) Er bereitet die Konterrevolution und den Verfassungsbruch vor. (Händeklatschen bei den Spartakusleuten.) Die Soldaten, die gewaltsam den Vollzugsrat verhaften wollten, haben 5 Mark bekommen und sich darauf berufen, die Regierung hätte es befohlen. Ein Mann wie Ebert, der auf diese Weise die Leute zu Putschen ermutigt, gehört nicht in die Regierung, sondern ist ein Schandmal der Regierung. (Unglaublicher Lärm, die Spartakusleute klatschen ununterbrochen Beifall, die anderen rufen ununterbrochen Pfui!)

Vorsitzender **Seeger**: Die Äußerung, daß Ebert ein Schandmal der Regierung sei, ist unzulässig.

Ledebour fortfahrend: Als wir verlangten, daß die Truppen des Generalkommandos Lequis vor ihrem Einzuge in Berlin entwaffnet werden sollten, wurde uns die Bildung dieser Truppen als ganz harmlos hingestellt, aber vom Kriegsminister zugesichert, daß der Einzug in Berlin nicht schon am Montag, sondern erst am Dienstag erfolgen solle. Trotzdem vereidigte Ebert am Sonntag in Steglitz — ob Steglitz oder Berlin ist gleichgültig — die Truppen nach einer auf eigene Faust abgefaßten Eidesformel, ohne den Vollzugsrat davon in Kenntnis zu setzen. Die Formel vereidigt die Truppen auf die Republik und die Regierung, also auf das Sechsmännerkollegium, genau wie früher auf die Person des Monarchen. Das ist eine Begünstigung der Konterrevolution. Idioten, die Wilhelm II. wieder einsetzen wollen, gibt es allerdings nicht, aber die Konterrevolution will die bürgerliche Gesellschaft erhalten. Dittmann hat sich gestern auf die Seite derjenigen Partei gestellt, die er vorher mit uns bekämpfte. Er sagt, die Revolution ließe sich nicht machen, aber tatsächlich hat eine ganze Anzahl meiner Freunde, die jetzt im Vollzugsrat sitzt, schon seit 1916 die Revolution vorbereitet. Wir haben auch die Front bearbeitet, und die frühere Regierung hat uns da ausgezeichnete Agitatoren geliefert, indem sie alle vom Januarstreik Verdächtigen an die Front hinausgeschickt hat. In einer Sitzung unseres Revolutionskomitees am 2. November, wo etwa ein Dutzend Leute zusammen waren, waren alle bis auf Haase und noch einen der Meinung, daß am 4. November losgeschlagen werden sollte, da wir der Truppen sicher wären und nach einem wohl nur kurzen Kampf mit der Polizei die Herrschaft in Berlin in unsere Hände bringen könnten. Am Abend desselben 2. November war noch eine Besprechung mit Vertrauensleuten der größeren Betriebe, an dieser Besprechung nahm auch Dittmann teil. Obgleich die überwiegende Mehrheit der Betriebsvertreter für den Generalstreik war, traten Haase und Dittmann auf, weil man die Leute nicht hinausbekomme, weil sie zur Revolution noch nicht reif seien. Liebknecht empfahl einen Vermittelungsvorschlag, seine Putschistentaktik, die wir unsererseits energisch bekämpften. Als ich mich bereit erklärte, einen bezüglichen Aufruf zu unterzeichnen, wurde mir von Dittmann das Recht dazu bestritten. So ist es

leider gekommen, daß nicht am 4. oder am 5. losgeschlagen wurde. Das ist das Unglück, daß die Situation nicht richtig erkannt wurde, daß man das Vertrauen zu der revolutionären Berliner Arbeiterschaft nicht hatte, daß wir durch die Flaumacher bis zum letzten Augenblick gehemmt worden sind. Als am 8. November auf eine Denunziation von Waltz Däumig verhaftet worden war, beschlossen wir am 9. November loszuschlagen. Der Unterschied zwischen dem 5. und 9. November ist der, daß sich inzwischen die Herren von der alten Mehrheit, Herr Scheidemann und der neugebackene Reichskanzler Ebert, auf die Sache einließen. Die Behörden wußten schon am 7. November, daß die Sache nicht mehr zu halten war. Der „Vorwärts" hat noch bis zum letzten Augenblick eine ablehnende Stellung eingenommen. Herr Scheidemann ist bis zum letzten Augenblick Minister geblieben. Dittmann, Barth und Haase sind jetzt vollkommen von ihrer ursprünglichen Stellung zurückgewichen, Dittmanns gestrige Rede war das letzte Signal darauf. Seine falsche Darstellung des Entstehens der Revolution ist ein Täuschungsversuch, den man ihm nicht verzeihen kann. Die Matrosen haben das Verdienst gehabt, die Revolution begonnen zu haben. Bis zum Ausbruch der Revolution waren Scheidemann und seine Freunde die Nutznießer des Belagerungszustandes, nach Ausbruch der Revolution die Nutznießer der Revolution, und nach dem 6. Dezember sind sie die Nutznießer der Kontrollkommission.

Salpert-Augsburg: Bei uns haben die Arbeiter- und Soldatenräte klare Verhältnisse geschaffen. Wenn der Landessoldatenrat tagt, müssen die Minister da sein und Rechenschaft ablegen. Bei uns wird geschlossen die Politik gemacht. Berlin sollte sich daran ein Beispiel nehmen. Die Gegenrevolution ist auf dem Marsche, aber die Volksbeauftragten und der Vollzugsrat treten ihr nicht energisch genug entgegen. Die Soldatenräte der Fronttruppen sind gegenrevolutionär. Die Volksbeauftragten sind mehr oder weniger schuld an der Gegenrevolution. Sie dürfen nur als Ausführungsorgan der Räte fungieren.

In der Nachmittagssitzung führt **Eckert**-Chemnitz eine Reihe weiterer Fälle an, aus denen hervorgeht, wie von der Gegenrevolution gegen die Macht der Arbeiter und Soldaten konspiriert werde. Der Kongreß müsse fordern, daß Ludendorff und alle die, die für die Politik bis zum 8. November verantwortlich seien, vor den Staatsgerichtshof gebracht werden. Wenn die Regierung nichts tun könne, müsse sie von ihrem Platze verschwinden. — **Bietz** erklärt zu den Mitteilungen Wegmanns vom Vollzugsrat, Marten sei nicht mit Wissen Wels freigelassen worden, sondern von einem mit der Sache nicht bekannten Offizier, der auch wieder im besten Glauben handelte. Wels habe sofort alles getan, daß Marten sofort wieder verhaftet wurde. — **Freese**-Saarbrücken: Eine Regierung kann nicht aus eigener Machtvollkommenheit regieren, sie muß ein Kontrollorgan haben. Man muß dem Vollzugsrat dankbar sein, daß er diese Tätigkeit ausübt. Es muß aber ein Vollzugsrat aus dem ganzen Reiche gebildet werden. Die

Mißstimmung gegen Berlin kommt von der ganzen Stellung, die Berlin einnimmt; die Berliner meinen, nur sie könnten alles gut machen, und die andern verständen nichts.

Ein Schlußantrag wird mit 273 gegen 191 Stimmen angenommen.

Volksbeauftragter **Barth** erhält auf seinen dringenden Wunsch gleichwohl noch das Wort zu folgenden Erklärungen:

Ich habe im Laufe der letzten fünf Wochen überall in der Öffentlichkeit auf meine Amtskollegen dahin eingewirkt, daß sie jetzt keine Streiks führen, die in Wirklichkeit nur einen Kampf gegen die sozialistische Republik bedeuten. In dieser Stunde muß sich aber entscheiden, ob mir weiter die Möglichkeit gewährt wird, im Rat der Volksbeauftragten zu bleiben. In einem Telegramm stoßen die Kameraden der Ostfront den Hilferuf aus, daß sie durch den Eingriff der russischen und lettischen Truppen am Rückzug verhindert seien und daß ihnen der Zusammenbruch droht, wie Napoleon in Rußland. Ich habe fünf Wochen lang immer im Kabinett erklärt, wir müßten eine sozialdemokratische Kommission nach Warschau und Moskau schicken, damit wir mit den Polen und Russen eine Verständigung über die restlose Zurückführung unserer Truppen erzielen. Immer wieder aber hieß es, das geht nicht. Können wir es denn verantworten, wenn draußen auch nur zehntausend Mann zum Teufel gehen, weil wir die Verständigung nicht erreicht haben? Genau so liegt es mit der Frage des Grenzschutzes. Wochenlang habe ich gesagt, wir dürften keinen Mann im Osten mehr haben, als zum Bahnschutz erforderlich ist, weil wir sonst mit den Polen in Konflikt kommen. Landsberg aber erklärte immer wieder: wir müssen doch unsere nationale Ehre wahren. Die nationale Ehre darf uns doch nicht veranlassen, Blut fließen zu lassen. Der Grenzschutz hat jetzt seine Früchte gezeitigt. Ob es lediglich der Grenzschutz war, oder ob die Polen darin nur einen Vorwand gesucht haben, weiß ich ja nicht. Die Polen erklären aber, daß sie durch diesen Grenzschutz bedroht seien. Die Erregung der Polen wurde immer wieder durch diesen verfluchten Grenzschutz hervorgerufen. Sind wir denn überhaupt noch imstande, die Grenzen zu schützen? Wir haben doch Wilsons 14 Punkte angenommen und müssen uns einfach darein fügen, was uns von polnischen Landesteilen weggenommen wird. Man darf nicht, um das Prestige hochzuhalten, etwas tun, was so viele unserer Kameraden gefährdet. Hätte man rechtzeitig eine Verständigung mit den Polen herbeigeführt, dann hätten wir nicht die Sorge wegen der Nahrungsmittel, der schwarzen Diamanten, Eisen und Zinn aus dem Osten und Oberschlesien. Wenn morgen zwischen Deutschen und Polen ein Kampf entbrennt, dann ist doch der ganze deutsche Osten wirtschaftlich lahm gelegt.

Der Grenzschutz im Osten ist aber eine Kleinigkeit gegenüber dem verbrecherischen Treiben der militärischen Kamarilla im Westen. Wir Volksbeauftragten haben einstimmig beschlossen, daß die Demobilisation so schnell wie möglich zu erfolgen hat. Am letzten Sonnabend bekommen wir aber plötzlich ein Telegramm der obersten Heeresleitung, das unsere Zustimmung dazu verlangt, daß 10 Kilometer hinter der neutralen Zone die Truppen des Grenzschutzes im Westen aufgestellt und die Bewachungsmannschaften der Soldatenräte abgeschafft werden sollen. Die unabhängigen Volksbeauftragten waren darüber sprachlos, aber Ebert und Landsberg erklärten, wir könnten doch unsere Grenze nicht schutzlos lassen. Wer von einem Grenzschutz im Westen spricht, der begeht ein Verbrechen am deutschen Volke. Denn das wäre eine rücksichtslose Provokation der Entente und bringt den Frieden in Gefahr. Der Militärkamarilla wäre das zwar gleichgültig, aber wir Volks-

beauftragten müssen dafür sorgen, daß unsere Beschlüsse auch von den Militärautokraten durchgeführt werden. Wenn das nicht geschieht, dann haben wir sofort diese ganze Gesellschaft nicht bloß fortzujagen, sondern ins Kittchen zu stecken. Wir hätten sonst die Besetzung des ganzen Reiches durch die Entente zu fürchten, und das würde uns Hunderttausende von Milliarden kosten. Die Entente braucht nur das Saarrevier, Oberschlesien und das Ruhrrevier zu besetzen, dann kann in Deutschland nichts mehr produziert werden, weil wir keine Kohlen mehr haben. Am Sonnabend haben wir schon telegraphisch die oberste Heeresleitung um Rückäußerung ersucht, bis heute aber ist noch keine Antwort eingegangen, und es scheint, daß sie ihren Beschluß ohne unsere Zustimmung durchführen will. Aus zwingenden politischen und wirtschaftlichen Gründen müssen wir verlangen, daß mit der Militärkamarilla Schluß gemacht wird. Fest steht, daß auch hier in Berlin die rücksichtsloseste Militärautokratie sich breitmachen will; die Soldatenräte wurden nach der Rückkehr der Frontruppen glatt aufgehoben. Wir müssen verhindern, daß einmal gesagt wird: Wilhelm II. war es nicht vergönnt, die Soldaten auf Vater und Mutter schießen zu lassen, aber die Republik hat das durch ihre leichtfertige Regierung verschuldet. Wir müssen heute konsequent erklären: in allen Truppenformationen ist das, was wir für die neue Volkswehr bestimmt haben, von heute ab Gesetz. Das heißt, die Truppen wählen von heute ab ihre Führer selbst. Wir wollen die Offiziere nicht einfach dem Elend preisgeben, sondern die jüngeren sollen auf Staatskosten sich für einen bürgerlichen Beruf vorbereiten können, und die alten und kranken wollen wir pensionieren in angemessener Weise. Sonnabend nacht wurde ich vom Matrosenrat ins Schloß gerufen, um Blutvergießen zu verhindern. Ein Hauptmann von den zurückgekehrten Maikäfern hatte nämlich den Matrosen erklärt, er habe von der Kommandantur den Befehl, seine Truppen alarmbereit zu halten, um am anderen Morgen die achthundert Mann starke Matrosengarde Liebknechts im Zaum zu halten, denn die wolle den Reichstag am Zusammentritt hindern. Sie sehen schon daraus, wie wenig politisch informiert dieser Hauptmann war, dem die Kommandantur einen solchen Befehl nicht etwa schriftlich, sondern mündlich erteilt hatte. Von der Kommandantur wurde mir erklärt, sie habe lediglich die Marschbereitschaft der Truppe am anderen Morgen befohlen. So etwas läßt sich ja außerordentlich schwer nachprüfen. Ich habe zu dem Kriegsminister Scheüch als Mensch immer das größte Vertrauen gehabt. Wenn dieser Mann jetzt demissioniert, so ist mir das ein Beweis, daß er der Kräfte, die jetzt in der Armee am Werke sind, nicht mehr glaubt, Herr werden zu können, daß die gegenrevolutionären Kräfte stärker sind als er. Da muß sofort energisch eingegriffen werden. Ich beantrage deshalb, der Rätekongreß möge beschließen: jedweder Grenzschutz, soweit er zur Demobilisation nicht notwendig ist, ist sofort im Osten und Westen aufzuheben. Alle Truppen sind sofort zu demobilisieren. Alle Offiziere sind bei Ankunft in der Garnison zu entlassen, wobei die Kosten zur Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf zu übernehmen und den älteren oder kranken eine Pension zu zahlen ist. Die Volkswehr ist schnellstens in ausreichender Weise zu schaffen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte erhält Volksbeauftragter **Ebert** das Wort zu folgender Erwiderung:

„Barth hätte als Kollege vor allem die Pflicht gehabt, wenn er glaubte, den Rat der Volksbeauftragten zum Gegenstand solcher Angriffe machen zu sollen, sich vorher mit seinen Kollegen ins Benehmen zu setzen. Er hat das nicht getan und uns auch nicht davon verständigt, was er gegen uns

vorbringen will, sodaß wir unvorbereitet vor diese Situation gestellt sind. Was er vorgetragen hat, sind teils Fragen, die im Kabinett übereinstimmend erledigt worden sind, teils Fragen, die dort noch erledigt werden sollen. Zur Frage der Rückführung unserer Truppen im Osten stelle ich fest, daß wir sofort nach Übernahme der Regierung das Kriegsministerium und das Auswärtige Amt veranlaßt haben, für die schnellste Zurückführung unserer Truppen im Osten Sorge zu tragen. Dabei haben wir die Bedingung gestellt, daß ein genügender Bahnschutz geschaffen wird und daß die Bestände unserer Proviantlager für die Verpflegung der Truppen geschützt und gesichert werden. Das ist einstimmig beschlossen worden. Und die Vertreter der Ostfront wissen, wie schwierig die Dinge gelegen haben. Auch in der Frage des Grenzschutzes herrschte volle Übereinstimmung im Kabinett. Es gab eine Zeit, in der besonders unsere polnische Grenze gefährdet war durch Angriffe regelloser Truppen, Marodeure und anderer. Auch von unseren Genossen im Osten wurde ein Schutz der Grenze gegen solche Angriffe verlangt. Und alle in Betracht kommenden Körperschaften einigten sich für die Schaffung eines Grenzschutzes auf Truppen, die im Osten bodenständig waren und gemeinsam mit den Polen den Grenzschutz ausüben sollten. Die Polen haben sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Wir durften nicht widerstandslos unsere großen Bestände an Nahrungsmitteln und Heeresgut preisgeben. Wissen Sie nicht, daß die Kartoffel- und Getreideversorgung Preußens und Deutschlands zum großen Teil beruht auf den Beständen, die wir in Westpreußen und der Provinz Posen hatten? Wir waren im Interesse unseres darbenden Volkes verpflichtet, alles zu tun, um den Osten nach dieser Richtung hin zu schützen. Ich sage nochmals, daß das Kabinett darin vollständig einig war. Was nun den Westen betrifft, so ist am Sonnabend von der obersten Heeresleitung der Vorschlag eingelaufen, daß man hier so der unbelegten neutralen Zone einen Schutz schaffen müsse, daß dafür eine bestimmte Truppe aufgestellt werden sollte, und es sind gleichzeitig Vorschläge dabei gewesen, wie diese neuaufgestellten mit den im Westen stehenden Sicherheitstruppen der Arbeiter- und Soldatenräte in Verbindung zu bringen seien. Wir haben zunächst bei der obersten Heeresleitung bestimmte Auskünfte eingefordert, das war Sonnabend. Bis gestern abend war eine Antwort noch nicht da. Von vielen Genossen und Soldaten ist das Verlangen nach einer solchen Sicherung unterstützt worden. Die Frage ist völlig offen; sie soll erst entschieden werden, wenn die oberste Heeresleitung geantwortet hat. Das ist der Sachverhalt in ruhiger, objektiver Darstellung. Ist es da gerechtfertigt, wenn der Kollege Barth solche Angriffe erhebt?

Der vom Abgeordneten Barth nach Schluß der Debatte eingebrachte Antrag schneidet eine Materie der künftigen Heeresorganisation an. Diese Frage muß ruhig und objektiv zunächst im engeren Kreise geprüft werden, damit etwas Dauerhaftes und Haltbares geschaffen werden kann. Dazu haben wir uns gestern bereit erklärt. Wenn heute Barth anders verfährt, so wird damit das Zusammenwirken nicht gefördert, sondern aufs höchste gefährdet, und ich muß meinen engeren Freunden vorbehalten, zu entscheiden, ob sie, wenn nicht Sicherungen und Vorkehrungen dagegen getroffen werden, in der Lage sind, überhaupt noch weiter zusammenzuwirken.

Nach neuer stürmischer Geschäftsordnungsdebatte macht

Vorsitzender **Leinert** Mitteilung von Verhandlungen des Präsidiums mit den Fraktionsführern:

So kann es nicht weitergehen, der Kongreß muß erst einmal arbeitsfähig gemacht werden. Das soll dadurch erreicht werden, daß nicht mehr jeder einzelne sich zum Wort melden und Anträge stellen kann, sondern das muß durch die Fraktionen geschehen. Insgesamt haben sich vier Fraktionen gebildet: die Fraktion der Mehrheitssozialisten, die Fraktion der Unabhängigen, die Fraktion der Soldaten und die Demokratische Fraktion. Dieser gehören 21 Mitglieder an. Die den Mehrheitssozialisten angehörenden Soldaten sollen der Soldatenfraktion beitreten. Es bleiben dann noch einige „Wilde" übrig, die sich an die ihnen am nächsten stehenden Fraktionen anschließen sollen, damit sie zum Wort kommen können. Die Volksbeauftragten sollen einmal nach den Berichterstattern und nach der Rednerserie das Recht haben, einzugreifen. Der Vollzugsrat ist mit Punkt 1 erledigt; die übrigen Punkte der Tagesordnung haben nichts mehr mit ihm zu tun, seine Mitglieder mögen sich den Fraktionen anschließen.

An dieser Stelle der Leinertschen Ausführungen erscheint im Saal eine Abordnung der Garnison Berlin. Etwa 30 Soldaten mit den Schildern der einzelnen Regimenter stellen sich vor der Präsidentenbühne auf. Das Wort nimmt der Sprecher

Felechner: Die am 17. Dezember tagende Versammlung der Soldatenräte der Regimenter und militärischen Formationen von Berlin hat einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Wir stehen nach wie vor der jetzigen Regierung, also der Regierung, auf deren Programm als endgültige Ziele die Ziele einer sozialistischen Republik stehen, zur Verfügung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Die Kameraden der Marine sind die ersten Träger und Schützer der Revolution, ihre Anwesenheit ist deshalb unbedingt erforderlich. (Beifall.) Die Soldatenräte beantragen bei dem Kongreß, folgenden Dringlichkeitsantrag sofort zum Beschluß zu erheben:

1. Der oberste Soldatenrat, zusammengesetzt aus gewählten Delegierten aller deutschen Soldatenräte, übt die Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres aus, analog bei der Marine.

2. Die Rangabzeichen aller Dienstgrade sind verboten. Alle Offiziere sind zu entwaffnen. Das Verbot der Rangabzeichen und aller Dienstgrade tritt für die heimgekehrten Truppen in Kraft, nachdem die Niederlegung der Waffen in den Kasernen erfolgt ist.

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich."

Wir beantragen über diese unsere Resolution als Dringlichkeitsantrag sofort zu beschließen.

Vorsitzender **Seeger**: Wir nehmen den Antrag entgegen, können aber nicht sofort darüber beraten. — **Dornbach**: Als Vertreter der Soldatenräte der Front begrüßen wir die Heimattruppen von Berlin. Wir von der West-, Ost- und Südostfront verstehen die Forderungen in weitestem Umfange, können aber nicht im Augenblick darüber verhandeln. Sie können zu uns das Vertrauen haben, daß wir Ihre Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigen. Aber Sie können nicht verlangen, daß wir sofort darüber beraten. Es muß ein Ende werden mit der Verhetzung der Heimatarmee und der Frontarmee. Wir

wollen das Errungene hervorkehren. Geben Sie uns Zeit, bis wir beraten können. — **Ledebour**: Ich bitte dringend, den Wünschen unserer Genossen im Soldatenrock Rechnung zu tragen. Wir sind nicht in einem Friedensparlament, wo man wochenlang beraten kann, sondern in der Revolution, wo es sich um Stunden handelt, ob eine Entscheidung gefällt werden soll. Gegenüber der Hetze Landsbergs gegen die 53er Kommission (es entsteht erneut großer Lärm. Ledebour schlägt erregt auf den Tisch, seine nächsten Worte gehen in dem Lärm vollständig verloren). Ich stelle den Antrag, daß sofort abgestimmt wird. (Der Versammlung bemächtigt sich eine unglaubliche Erregung. Alle sind aufgesprungen. Ein Teil der Mitglieder verläßt den Saal. Dagegen erschallen Rufe: Hierbleiben! In dem tobenden Lärm schwingt der Vorsitzende unausgesetzt die Glocke. Ruf: Das sind die Gewerkschaftsbrüder! Haase betritt die Rednertribüne, es dauert aber noch lange Zeit, ehe so viel Ruhe eintritt, daß er sprechen kann.)

Auf Haases Vorschlag wird schließlich die Debatte für den folgenden Tag angesetzt.

18. Dezember. Zu Beginn der Sitzung wird eine Geschäftsordnung genehmigt, um den Kongreß arbeitsfähig zu machen. Dann werden die am Tage vorher überreichten Anträge der Soldaten besprochen.

Lampel-Hamburg (Soldatenfraktion) protestiert dagegen, daß die Regelung soldatischer Angelegenheiten dazu benutzt werde, um die sozialistischen Parteien gegeneinander zu hetzen. Über die Anträge selbst könne man nicht in Bausch und Bogen entscheiden. Wir beantragen, daß sie als Richtlinien angesehen werden, daß aber ihre endgültigen Ausführungsbestimmungen von den Volksbeauftragten unter der Kontrolle des neuen Vollzugsrats und im Einvernehmen mit den neuen Zentralräten von Heer und Marine festgesetzt werden sollen.

Tost-Berlin (Matrose): Schuld an den gestrigen Vorgängen ist das Verhalten der Stadtkommandantur, welche die Soldaten bisher von einer Stelle zur andern verwiesen hat. Der 53er Ausschuß, gegen den Landsberg so schwere Vorwürfe erhoben hat, ist von der gesamten Marine gewählt worden. Wir sind nicht zu unserem Vergnügen nach Berlin gekommen. Wir haben an der See vergeblich auf die Demobilisation der Marine gewartet, erst jetzt nach unserem Eingreifen klappt die Sache. Mit dem Vollzugsrat haben wir nichts zu tun. Sachlich hat kaum jemand gegen die Anträge der Soldatendelegation etwas einzuwenden. Die Entrüstung war auf die Plötzlichkeit zurückzuführen, mit der ihre Durchführung verlangt wurde. Nicht alle Offiziere sollen verschwinden, sondern nur die, zu denen die Mannschaften kein Vertrauen haben. Die Angelegenheit ist zur sofortigen Erledigung reif; wird sie verschleppt, so werden die Kameraden zur Selbsthilfe greifen. Das bedeutet nicht nur Anarchie, sondern Blutvergießen, denn die Offiziere werden sich mit allen Mitteln wehren.

Sahm (Ostfront): Die Soldaten sind gestern zu einer politischen Demonstration mißbraucht worden. Wenn das so weitergeht, dann werden noch Maschinengewehre gegen uns aufgefahren. Wir lassen uns aber in unseren Arbeiten nicht stören. Was die Berliner wollen, haben wir an

der Front längst durchgeführt. Wir haben es allerdings anders gemacht als die Berliner und genaue Bestimmungen erlassen. Wir haben scharf aufgepaßt. Die Berliner stellen sich ein Armutszeugnis aus, wenn sie nicht auch ohne den Rat der Volksbeauftragten das durchgesetzt haben, was wir längst haben. Nur erheben wir Widerspruch gegen die Beseitigung der obersten Heeresleitung und ihre Ersetzung durch einen Zentralsoldatenrat.

Ein Antrag der Unabhängigen Fraktion verlangt, daß die Kommandogewalt in den Garnisonen in den Händen der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte liegen soll.

Günther (Breslau, Soldatenfraktion): Was die Berliner verlangt haben, ist in Schlesien längst durchgeführt. Hätten die Berliner auch so gehandelt, dann hätten wir die gestrigen unliebsamen Vorkommnisse nicht gehabt, die unser Ansehen schwer geschädigt haben. Auch wir sind gegen die Beseitigung der obersten Heeresleitung mit ihren reichen Erfahrungen, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die uns der Verband dann machen würde. So einfach liegen die Dinge nicht, daß man sie hier in einem theatralischen Aufzug entscheiden könnte. Mit demselben Recht, wie gestern die Soldaten, können heute die Berliner Dienstmänner hier erscheinen. Dann ist jedes Verhandeln unmöglich.

Däumig-Berlin: Es ist eine Illusion, zu glauben, daß der Militarismus schon beseitigt sei. Sein Geist ist noch sehr lebendig, sogar in diesem Saal. Die Forderungen der Berliner Soldaten waren zeitgemäß und notwendig. Es muß so schnell wie möglich zugepackt werden, damit auch die letzten Reste des alten Systems beseitigt werden. Wenn wir Berliner noch nicht so weit sind wie die Provinz, so ist der Widerstand der Volksbeauftragten daran schuld. Machen Sie die Sache schnell, denn es bereitet sich etwas Neues vor. Ich meine, die Volkswehr, die an sich schön und gut wäre, aber der für sie aufgestellte Entwurf schmeckt sehr stark nach dem alten System. Was nach diesem Entwurf zustande kommen wird, ist eine Paradewehr, keine republikanische Volkswehr. Sogar die alten Strafen sollen nach wie vor gelten. Auch ich will nicht allen Offizieren den Zugang zu den Soldatenräten verschließen, aber das Vertrauen der Mannschaften genügt nicht als Voraussetzung. Die Offiziere müssen die Gewähr einer festen, zuverlässigen und republikanischen Überzeugung bieten. Ein neuer Kriegsminister muß das Vertrauen der Volksbeauftragten und der Arbeiter und Soldaten haben.

Vertreter der Westfront: Ohne Offiziere ist die Demobilmachung nicht durchzuführen. Wenn wir die oberste Heeresleitung beseitigen, mit wem soll der Verband dann verhandeln? Das wäre ein Verbrechen an unseren Kameraden. Wir sind im Schützengraben tapfer gewesen und haben auch vor Ihnen keine Angst. Sie sehen viel zu schwarz. Wo ist denn die Gegenrevolution? Ich sehe nichts davon. Also lassen Sie sich nicht durch ein Gespenst gruselig machen, das es gar nicht gibt. Heute nachmittag tagen die Berliner Soldatenräte. Warten Sie bis dahin mit Ihrer Beschlußfassung. Die oberste Heeresleitung hat ausdrücklich erklärt, daß kein Offizier an gegenrevolutionäre Bestrebungen denkt.

Vorsitzender **Leinert** teilt mit, daß die Soldatendelegation vom Tage vorher wieder zur Stelle sei. Sie wünsche, mit Vertretern der Fraktion zu verhandeln und bestehe nicht mehr auf allen Forderungen.

Mit großer Mehrheit beschließt der Kongreß, die Beratungen abzubrechen und zu warten, bis die Beschlüsse der Berliner Soldatenräte vorliegen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende **Leinert** mit, daß wieder eine Deputation draußen stehe, die erkläre, falls sie nicht vorgelassen würde, so würden 250000 Arbeiter Berlins am nächsten Tage die Arbeit niederlegen. Wenn in dieser Weise auch weiterhin alle Arbeitergruppen, die irgendwie glaubten, benachteiligt zu sein, sofort die Arbeit niederliegen würden, so ginge man ja netten Zuständen entgegen. Zu welchen Folgen das führe, erhelle aus einer etwaigen Arbeitsniederlegung der Eisenbahner. Um aber jede Verletzung der Delegation zu vermeiden, möge sich der Kongreß bereit erklären, sie durch Mitglieder der Fraktionen empfangen zu lassen.

Mit etwa 440 gegen 10 Stimmen erklärt sich der Kongreß mit diesen Ausführungen einverstanden. Sogleich nach dieser Erledigung der Frage erscheint die etwa 50 Mann starke Arbeiterdelegation im Saal. Der Vorsitzende teilt ihr den Beschluß des Kongresses mit und bittet sie, sich nach dem Ministersitzungssaal zu verfügen. Die Delegation macht aber nicht die geringsten Anstalten, dieser Bitte nachzukommen, sondern ihr Führer redet heftig auf Leinert ein, der schließlich die Erlaubnis erteilt, daß die Forderungen verlesen werden. Diese sind eine Wiederholung der Forderungen des Spartakusbundes. Erläuternd fügt der Sprecher hinzu, daß diese Forderungen natürlich bedeuten: nieder mit der Nationalversammlung! Es bedarf wiederholter eindringlicher Ersuchen Leinerts, um die Delegation zum Verlassen des Saales zu bewegen. Einzelne ihrer Mitglieder ergehen sich in Verwünschungen gegen den Kongreß, andere sprechen ihm in Zurufen jedes Vertrauen der Berliner Arbeiterschaft ab.

Vollzugsrat **Richard Müller** erhält dann das Schlußwort zu seinem Bericht über die Tätigkeit des Vollzugsrats:

Wir haben die Verleumdungen gegen den Vollzugsrat richtiggestellt, besonders den 800 Millionenschwindel, wir haben unsere Geschäftsführung offengelegt, trotzdem behauptet Limperts-Essen, daß dem Vollzugsrat jede Organisation fehle. Wenn man aber die ungeheuren Schwierigkeiten berücksichtigt, mit denen wir zu kämpfen hatten, so begreift man, daß eine solche Organisation nicht aus dem Ärmel zu schütteln ist. Der Kontrolleur in Essen, der nicht wußte, was los ist, war nicht von uns, sondern vom Munitionsamt dorthin geschickt worden. In dem Falle Waltz sind wir sofort eingeschritten. Mehr können wir doch nicht tun, als ein Mitglied des Vollzugsrats zu verhaften. Auch Haase hat an Unwürdige Vollmachten ausgestellt, z. B. an einen Entmündigten. Die Diäten von 50 Mark sind nicht zu hoch, da die Mitglieder des Vollzugsrats auch für ihre Familien zu sorgen haben. Das überflüssige Personal haben wir sofort beseitigt. Für den Fall der Rheinisch-Westfälischen Großindustriellen sind wir nicht verantwortlich; sie saßen bereits in Moabit, als wir davon hörten. Wir haben selbst eine Untersuchungskommission für den Fall beantragt. Für unsere Diktatur hat Landsberg keinerlei Beweis erbracht; wir haben gerade mit den Arbeiter- und Soldatenräten in West und Ost Fühlung gesucht, daher besteht der Vollzugsrat jetzt aus 18 Personen. Diesen Kongreß konnten wir

nicht sofort nach dem 9. November berufen, sondern erst als die Revolution überall im Reiche durchgeführt war. Die Anklagen gegen uns wegen der schlechten Wirtschaft stammen aus demselben Hause, in dem Herr Landsberg sitzt. Der Artikel des „Vorwärts“ „Die Finanzwirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte“ wärmt den alten Schwindel wieder auf. Auch andere Schwindelnachrichten haben ihren Ursprung in der Wilhelmstraße. Über das Wolffsche Bureau wird fälschlich behauptet, daß es unter der Leitung der Unabhängigen stehe. Gerade Scheidemann hat zuerst verboten, daß wir jemanden dorthin setzen, der kontrolliert. Wir mußten doch unsere Kundgebungen, die von den Arbeiter- und Soldatenräten verlangt wurden, täglich durch das Wolffsche Bureau verbreiten. Erst sagte man, wir sorgten nicht genug für Aufklärung, jetzt heißt es, wir telegraphierten zu viel. Der „Vorwärts“ verhetzt seit Wochen die Arbeiter und Soldaten durch ungenaue Nachrichten, z. B. über unerhörte Grausamkeiten in den besetzten Gebieten, die dem „Berner Tagblatt“ entnommen sind, das von der eigenen Regierung gekauft ist. Ebenso steht es mit dem „Nieuwsbureau“ in Holland. Wir haben das Wolffsche Bureau verhindert, die Schwindelnachrichten zu verbreiten, daß England den Krieg 1919 verloren hätte, weil es keine Kohlen mehr habe. Aber man hat sie dann in die „Tägliche Rundschau“ gebracht. Der Mann sitzt noch heute nicht weit von der Regierung im Amte. Die Zusammenfassung der 500 Funkenstationen war unser Verdienst. Schwierigkeiten haben aber die Volksbeauftragten gemacht. Eine Person von diesen hat ein ganz gefährliches Spiel getrieben. (Ruf: Namen nennen!) Das sind Sie, Herr Scheidemann. (**Scheidemann**: Sie sind nicht recht gescheit!) Man hatte die Nachricht lanciert, daß Liebknecht oder Ledebour die Zentralfunkenleitung beherrsche. Kein Wort davon ist wahr. Ein englischer Funkspruch sagt: „Die deutsche Regierung gibt durch eine Note zu erkennen, daß alle deutschen Funkenstationen in Händen der unabhängigen Sozialdemokraten sind, die mit der Spartakusgruppe in Verbindung stehen. Die Regierung lehnt jede Verantwortung für die drahtlose Telegraphie ab.“ So wurde gestern noch von Scheidemann eine Nachricht durchgegeben, die die ganzen Lügen über den Ursprung des Weltkrieges wiederholt. Der „Vorwärts“ hetzt fortgesetzt, er spricht heute von Richard I, Wilhelm-Ersatz. Gerade die Leute vom „Vorwärts“ haben mich gedrängt, diesen Posten anzunehmen. Wir haben nicht umsonst scharf zugepackt. Die Nachrichtenabteilung des Kriegsministeriums wird noch heute von denselben Leuten geleitet wie im Kriege. Eine Schwindelnachricht war auch die des „Vorwärts“, daß die Entente die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkenne. Wir werden nach wie vor die Revolution zu sichern suchen. Mir wird meine Bemerkung im Zirkus Busch, der Weg zur Nationalversammlung gehe über meine Leiche, vorgehalten. Ich und meine Freunde haben schon 1916 die Revolution vorbereitet. Die Zukunft wird zeigen, wer auf dem richtigen Wege war.

Volksbeauftragter **Dittmann** spricht das Schlußwort für den Bericht der Volksbeauftragten:

Die Regierung ist nicht untätig, sie achtet genau auf alle gegenrevolutionären Strömungen, aber bisher hat sich noch immer gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit der Soldaten nicht gegenrevolutionär gesinnt ist. Die Reichsleitung hat kein blindes Vertrauen zu diesen Dingen; sie hat z. B. in Lennep, als einzelne Genossen verhaftet wurden, für sofortige Freilassung gesorgt. Das Kriegsministerium hat Anweisungen herausgegeben, daß gegen rote Fahnen und Abzeichen und gegen die Arbeiter- und Soldatenräte von den Truppen nicht eingeschritten werden darf.

Wenn Offiziere schuldhaft handeln, werden sie sofort abgesetzt, handeln sie gutgläubig, so werden sie versetzt. Im übrigen wird demnächst ein Mitglied der Regierung nach dem Westen fahren und dort nach dem Rechten sehen. Schließlich haben wir die Exekutive, und die Kontrolle des Vollzugsrats ist nicht so aufzufassen, als ob wir bei jedem Schritt vorher bei ihm anfragen müßten. Eine Vereidigung der Truppen auf den Vollzugsrat war nicht möglich angesichts der großen Unbeliebtheit dieser Körperschaft bei den Truppen. Eine Vereidigung hätte nur dann Sinn, wenn sie die Wirkung gehabt hätte, daß wir uns auf die Truppen allen gegenrevolutionären Strömungen gegenüber verlassen könnten. Unsere Autorität aber hätte gelitten, hätten wir die Vereidigung auf den Vollzugsrat vornehmen lassen. Übrigens ist die Eidesformel einstimmig im Kabinett beschlossen worden. Ledebours Vorwürfe gegen Ebert sind in einer gemeinsamen Sitzung des Vollzugsrats und der Volksbeauftragten schon abgelehnt worden, und zwar haben von 35 Vollzugsratsmitgliedern nur fünf für Ledebours Antrag auf Amtsentsetzung Eberts gestimmt. Wir sehen den Militärs genau auf die Finger, darauf können Sie sich verlassen. Zu unseren dringendsten Aufgaben gehören die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung. Sie können nur dann zu einem Erfolg führen, wenn das gesamte Proletariat eine geschlossene Kampffront bildet. Man ist sich ja vielfach gar nicht klar über den Zweck der Nationalversammlung. Es handelt sich bei ihr um das Parlament, das zu dem einzigen Zweck gewählt werden soll, das Grundgesetz für das Deutsche Reich festzulegen, und da bin ich allerdings der Meinung, daß über alle Parteidifferenzen hinweg das ganze deutsche Proletariat ein dringendes Interesse daran hat, alle seine Kräfte zusammenzufassen, um in einem solchen Grundgesetz die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Ich halte noch heute die Kriegspolitik Scheidemanns für falsch. Gerade ich hätte ein weitgehendes Recht, Haß und Erbitterung mitsprechen zu lassen, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß bei der Erledigung großer politischer Fragen alle diese Dinge auszuscheiden haben. Der Wahlkampf wird ausgefochten werden unter der Parole: Hie Kapitalismus — hie Sozialismus. Da gibt es für uns nur eine Entscheidung. Die Massen werden zusammenkommen, wenn es sein muß, gegen den Willen der Führer. Wir müssen uns nach den Verhältnissen richten, wie sie einmal sind, nicht wie wir sie gern haben möchten. Die Massen wollen die Nationalversammlung, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Die Führer müssen die Werkzeuge der Massen sein. Gewiß haben sie das Recht, die Volksmassen für ihre Meinung zu gewinnen, aber eine Politik gegen den Willen der Massen ist unmöglich. Wir leben jetzt in Verhältnissen, in denen die Unterschiede der Parteien nicht primär, sondern sekundär sind. Erst kommt der Gegensatz von Klasse zu Klasse und erst dann der Gegensatz unter den Parteien. Wenn das einige deutsche Proletariat sich seiner Pflichten bewußt ist, wenn es zusammensteht in gemeinsamem Kampf gegen den Kapitalismus, dann brauchen wir über den Ausgang der Wahlen nicht besorgt zu sein.

In der Nachmittagssitzung verliest Präsident **Leinert** eine Erklärung des Vollzugsratsmitgliedes Vietz, die unter Anführung von Einzelheiten feststellt, daß verschiedene gegen Welz erhobene Angriffe, so in der Sache Marten, unbegründet sind.

Verlesen wird weiter folgende Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats des Stellvertretenden Generalstabs Berlin:

„Zu der Mitteilung des Vollzugsratsmitglieds Maynz, daß die 450000 Franken von einem gewissen Ettisch überwiesen seien, bemerken wir: 600000 Franken wurden am 11. November widerrechtlich von einem Herrn Dette, der bevollmächtigt war von den Herren Barth und Ledebour, den Generalstab zu besetzen, beschlagnahmt. Das Mitglied des Soldatenrats Heilbronn begab sich sofort zu Herrn Ettisch und forderte Überweisung des Geldes an die Reichsbank. Heilbronn gab auch Herrn Maynz Nachricht, daß das Geld widerrechtlich beschlagnahmt und keinesfalls für Zwecke des Vollzugsrats zu verwenden sei. Wir sprechen dem Vollzugsrat das Recht ab, über unsere Köpfe hinweg und ohne sich auch mit dem Generalstab in Verbindung zu setzen, über jene Gelder zu verfügen, und verlangen Rückerstattung dieser Summe an den Generalstab.

gez. Heilbronn. Seuwen."

Ein Antrag Lewiné-Essen, wonach die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf die systematische Vernichtung der Macht der Räte hinausläuft und dadurch zur Stärkung der Gegenrevolution dient, wird gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag Köhnen-Halle, wonach die Herausgeber kapitalistischer Tageszeitungen in ihrer Geschäftsführung unter Reichskontrolle gestellt werden und ihnen nur noch eine vierprozentige Verzinsung ihres Anlagekapitals mit Rückwirkung auf das laufende Geschäftsjahr zusteht, jeder höhere Überschuß aber der Reichskasse verfällt, wird auf Wunsch des Antragstellers dem Vollzugsrat überwiesen.

Ein Antrag Braß-Remscheid, sofort alle Maßregeln zur Entwaffnung der Gegenrevolution zu ergreifen, wird angenommen.

Ein Antrag Geyer, den militärischen Grenzschutz im Westen sofort aufzuheben und den Grenzschutz einem von den Arbeiter- und Soldatenräten gebildeten Sicherheitsdienst zu übertragen, wird gegen die Unabhängigen und Linksradikalen abgelehnt.

Desgleichen wird folgender Antrag des Volksbeauftragten Barth abgelehnt:

„Jedweder Grenzschutz, der zur Demobilisation nicht notwendig ist, ist im Osten wie im Westen sofort aufzuheben. Alle Truppen sind sofort zu demobilisieren, alle Offiziere bei der Ankunft in der Garnison zu entlassen, wobei die Kosten der Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf übernommen und bei älteren oder kranken Offizieren Pensionen gezahlt werden. Die Volkswehr ist schnellstens in ausreichender Weise zu schaffen."

Ein Antrag Böhle, dahin zu wirken, daß bei den Vorfriedensverhandlungen in allererster Linie der Austausch der Gefangenen gesichert und mit allen Mitteln danach getrachtet wird, den deutschen Genossen und Kameraden baldigst die Freiheit zu bringen, wird einstimmig angenommen.

Ebenso wird folgender Antrag Lüdemann angenommen:

„Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die die gesamte politische Macht in Deutschland repräsentiert, überträgt bis

zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die Überwachung des deutschen und preußischen Kabinetts ausübt. Ihm steht das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und, bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse, auch der Volksbeauftragten Preußens zu. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden von dem Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestellt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören."

Angenommen wird ferner ein Antrag, der die Arbeiter- und Soldatenräte zu geordneter Rechnungslegung verpflichtet.

Verschoben wird die Abstimmung über einen Antrag Laufenberg-Hamburg, der besagt:

„Das revolutionäre Proletariat, vereinigt in der revolutionären Armee, warf die alten Gewalten zu Boden. Durch den siegreichen Ausgang der Erhebung fiel die oberste Macht den Arbeiter- und Soldatenräten zu. Als Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands ergreift der Kongreß Besitz von der politischen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung. Als Träger der Souveränität des Reiches hat er das Kontroll-, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber der Exekutive. Der Kongreß verlangt das sofortige Ausscheiden der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Er wählt eine Kommission, die ihm über die Ersetzung der ausscheidenden Regierungsmitglieder Vorschläge unterbreitet."

Braß (U. Soz.) stellt das Einverständnis des Kongresses damit fest, daß mit der Ablehnung der Anträge auf Beseitigung des Grenzschutzes keineswegs die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte hinter der neutralen Zone gebilligt werden solle.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zur Beratung kommt hierauf ein Antrag der aus dem Kongreß gebildeten Kommission zur Beratung der Forderungen, die von der Soldatenabordnung erhoben worden sind. Als Berichterstatter der Kommission begründet

Volksbeauftragter **Haase** folgenden einstimmig von allen Kommissionsmitgliedern angenommenen Antrag:

1. Die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus.
2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams werden die Entfernung aller Rangabzeichen angeordnet und das außerdienstliche Waffentragen verboten.
3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, daß die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Führern im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.

4. Entfernung der bisherigen Achselstücke, Unteroffiziertressen usw., Kokarden, Achselklappen und Seitengewehre ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zurzeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Der Kongreß verlangt Abschaffung aller Orden und Ehrenzeichen und des Adels.

5. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenteils genießen, dürfen wiedergewählt werden.

6. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrang können im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen belassen werden, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.

7. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

Dazu liegt ein Ergänzungsantrag von Lüdemann (Soz.) und Gen. vor: „Vorstehende Sätze sind Richtlinien. Die endgültigen Ausführungsbestimmungen werden von den sechs Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats und im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Heer und Marine festgesetzt."

Ein Ergänzungsantrag Geyer (U. Soz.) u. Gen. verlangt: 1. In den Garnisonen liegt die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte. 2. Militärische Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden von der Trägerin der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnisonen erledigt.

Noske stellt als Beigeordneter des Marineamts fest, daß die Entlassung der Mannschaften so rasch wie möglich erfolgen soll. Zurückbehalten werden nur Mannschaften zur Bewachung des wertvollen Materials. Auch die Behauptung, daß der Beigeordnete des Reichsmarineamts mit den Plänen des 53er-Ausschusses einverstanden sei, entspreche nicht den Tatsachen. Jetzt beschäftige sich der 53er-Ausschuß in beträchtlichem Umfange mit politischen Problemen. Dabei komme die praktische Arbeit des Reichsmarineamts zu kurz. Der 53er-Ausschuß führe zu geradezu unerträglichen Verschleppungen wichtiger Angelegenheiten. So seien Dinge, die die Waffenstillstandsverhandlungen zur See betreffen, tagelang unerledigt geblieben, weil ein Mitglied des Ausschusses, dessen Unterschrift erforderlich gewesen sei, drei Tage lang nicht im Amte erschienen sei. — **Pfaff**-Kiel: Auch wir halten den Apparat von 53 Köpfen für viel zu groß. Wir haben Direktiven vom Reichsmarineamt durch den 53er-Ausschuß überhaupt noch nicht gesehen, sondern alles aus eigener Initiative gemacht. Wir müssen weniger Köpfe, aber möglichst gute Köpfe an die richtige Stelle setzen. Der Stadtkommandant von Kiel macht nichts ohne unsere Zustimmung. Wir üben die Kommandogewalt aus. Die Offiziere haben wir als beratende Beiräte für die Soldaten hinzugezogen. Wir haben auch das Vertrauen, daß unser Gouverneur Noske sich nicht von dem Admiral über den Löffel barbieren läßt. Wir stellen die Offiziere an die richtige Stelle.

Nach längerem Streit über das bei der Abstimmung einzuhaltende Verfahren wird zunächst über die Anträge der freien Kommission abgestimmt. Die Nummern 1—7 gelangen durchweg fast einstimmig zur Annahme. In Ziffer 1 wird noch eingefügt: „Schutztruppe". Der Abänderungsantrag 1, wonach es sich bei den Ziffern 1—7 nur um Richtlinien handeln soll, wird zurückgezogen.

Für die beantragte Überweisung des Antrages Geyer mit dem Zusatzantrag Lüdemann an den Rat der Volksbeauftragten ergibt sich eine Mehrheit.

Nahezu einstimmig stimmt der Kongreß dem Antrag zu, den 53 Mitglieder zählenden Zentralrat der Marine zu reduzieren.

Löbe-Breslau erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Dieser soll eine Zuhörertribüne eingeräumt und es sollen ihr die Tagegelder für die Zeit bisher ausgezahlt werden. Dem Antrag der Unabhängigen Fraktion, die Tagegelder auf 20 Mk. für die Berliner Vertreter, auf 30 Mk. für die auswärtigen festzusetzen, hat sich die Kommission angeschlossen. Sie schlägt vor, 442 Mandate für gültig und 72 für ungültig zu erklären.

Unter der Überschrift „Reden wir von ernsten Dingen" bringt der „Vorwärts" einen eindringlichen Mahnruf an alle Einsichtigen, über dem immer widerlicher anmutenden Parteigezänk nicht die äußeren Fragen zu vergessen, die unsere gesamte Zukunft vermutlich mehr beeinflussen würden als alle Beschlüsse des erlauchten Zentralrats im Abgeordnetenhause. So heißt es u. a.: „Während wir über das Rätesystem debattieren, das von seinen eigenen Anhängern längst zur Karikatur gemacht worden ist, schreibt die polnische Regierung auf deutschem Boden Wahlen für die polnische Nationalversammlung aus. Die Tschechen besetzen eine deutsche Stadt nach der andern. Der deutsche Gesandte in Warschau ist nach Hause gejagt worden, der in Madrid gleichfalls, und morgen kann dem deutschen Konsul in Prag dasselbe passieren. Das linksrheinische Gebiet ist von den Gegnern besetzt. Sein Zusammenhang mit dem Reich ist zerrissen, das wirtschaftliche Leben hüben und drüben erstirbt. Von einem Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens scheint keine Rede mehr sein zu sollen. Die französische Nationalistenpresse betrachtet Elsaß-Lothringen schon als zu Frankreich gehörig, während eine gemäßigte Richtung die Abtrennung des linksrheinischen Gebiets von Deutschland und seine Verwandlung in einen Pufferstaat fordert. Die Absicht, Deutsch-Österreich auf Grund seines Selbstbestimmungsrechts an Deutschland anzuschließen, wird drüben als Utopie verlacht. An der Zertrümmerung des verbleibenden Restes von Deutschland wird desto eifriger gearbeitet. Die deutschen Kolonien, deren Besitz uns wenigstens einen Teil der uns notwendigen Zufuhr sichern könnte, gelten den englischen Jingos bereits als gesicherter Erwerb Englands. Wir unterhalten uns über Sozialisierung, d. h. über die Frage, wie das Nationalvermögen aus den Händen der besitzenden Klassen in die des arbeitenden Volkes übergeführt werden soll, vergessen dabei aber die Vorfrage, ob ein Nationalvermögen, über das uns freies Verfügungsrecht zusteht, noch vorhanden ist. Drüben werden inzwischen Entschädigungsforderungen vorbereitet, die den Wert des deutschen Nationalvermögens übersteigen."

Wie hoch der Vollzugsrat dem deutschen Volke zu stehen kommt, rechnet die „Köln. Ztg." an der Hand der vom Volksbeauftragten Landsberg am 17. Dezember auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte angegebenen Zahlen aus. Nach Landsberg erhalten: 45 Vollzugsratsmitglieder und zwei Vertrauensleute täglich 50 Mk., jährlich je 18250 Mk., 48 Vertrauensleute und 42 Kuriere täglich 40 Mk., jährlich je 14600 Mk., 48 Kuriere täglich 30 Mk., jährlich je 10950 Mk., 27 Stenotypistinnen täglich 25 Mk., jährlich je 9125 Mk., 186 Stenotypistinnen täglich 15 Mk., jährlich je 5475 Mk. Zusammen erhalten diese Leute also jährlich etwa 4 Millionen Mark. Dazu sagt die „Köln. Ztg.": „Es ist lehrreich, einmal zu vergleichen, welche Staatsbeamten ein entsprechendes Einkommen haben: Vollzugsratsmitglieder beziehen demnach dasselbe Einkommen wie Oberlandesgerichtspräsidenten, Vertrauensleute und Kuriere haben soviel wie Senats- und Regierungspräsidenten, der Rest der Kuriere muß sich mit dem Gehalt eines Generaldirektors der Staatsarchive begnügen, die besseren Stenotypistinnen hungern sich mit dem Einkommen der General-Superintendenten durch, und die weniger guten fristen immerhin noch mit dem durchschnittlichen Jahreseinkommen der Regierungssekretäre und Oberlehrer an den Seminaren ihr für das Reich so unentbehrliches Dasein. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn diese Leute sich nicht gerne von der Staatskrippe trennen. Und nun betrachte man sich demgegenüber einmal das Einkommen der Unterbeamten im Reichs- und Staatsdienst. Durchschnittsgehalt und Wohnungsgeldzuschuß betragen etwa 1800 Mk., wozu eine Kriegsteuerungszulage je nach der Kinderzahl von 20—40 vom Hundert gewährt wird. Ein Briefträger mit Frau und fünf Kindern bezieht also weit über 2000 Mk. weniger als eine schlechte Stenotypistin beim Vollzugsrat in Berlin. Ja, ja, wir haben es herrlich weit gebracht."

19. Dezember. Zu Beginn der Sitzung macht der Vorsitzende **Leinert** Mitteilung von der Bildung einer Fraktion der vereinigten revolutionären Arbeiter und Soldaten, deren Vorsitzender der Delegierte Laufenberg ist. In einer längeren Erklärung stellt diese Fraktion als ihr Programm auf: die Zusammenfassung der revolutionären Kräfte der Arbeiter und Soldaten zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution gegen die Mächte der Gegenrevolution.

Hierauf tritt man in die Tagesordnung ein und wendet sich zur Beratung der Frage: Nationalversammlung oder Rätesystem?

Cohen-Reuß (Soz.) erstattet den Bericht und schildert Deutschlands trostlose Lage.

Die revolutionäre Umwälzung hat das deutsche Volk vor Aufgaben von geradezu gigantischer Größe gestellt. Das Land ist von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößt, die Verkehrsverhältnisse sind zerrüttet und die Finanzwirtschaft aufs schwerste geschädigt. Die deutsche Wirtschaft können wir nur dann wieder aufbauen, wenn es uns gelingt, alle, aber auch alle schaffenden Kräfte zusammenzufassen und so schnell wie möglich die Produktion wieder in Gang zu bringen. Unsere Lage ist außerordentlich schwer, aber objektiv verzweifelt oder hoffnungslos ist sie nicht. Großbritannien hat sein Kriegsziel, die deutsche Gefahr vom Weltmarkt zu beseitigen, durchaus erreicht. Jetzt haben aber alle Alliierten ein Interesse an unserer Arbeitsfähigkeit, damit wir die von englischen Ministern durchaus ernsthaft verlangten Entschädigungen bezahlen können. Die Welt kann auch die Arbeitskraft von

70 Millionen Menschen gar nicht entbehren, ohne daß die Gegner selbst Schaden erleiden. Die Versprechungen, für Rohstoffe und Lebensmittel zu sorgen, werden aber nur dann innegehalten werden, wenn es uns selbst gelingt, aus eigener Kraft die Ordnung wiederherzustellen und produktionsfähig zu werden. Ganz Deutschland ist ja jetzt eine einzige große Reparaturwerkstatt. Der Desorganisation, der wir leider in Deutschland gegenüberstehen, muß schleunigst ein Ende gemacht werden. Nur dann können wir auf Hilfe von auswärts rechnen. Wir werden nur dann produktionsfähig sein können, wenn eine starke Zentralgewalt die auseinanderstrebenden Teile des Reiches zusammenhält. Diese Zentralgewalt kann die notwendige Autorität nur haben, wenn sie aufgebaut ist auf dem festen Fundament des allgemeinen Volkswillens. Der Volkswille kann nur festgestellt werden durch die Nationalversammlung, zu der jeder Deutsche mit gleichem Rechte wählen kann. Die Arbeiter- und Soldatenräte drücken immer nur einen Teilwillen aus, niemals den Willen des ganzen Volkes. Die sehr ernst zu nehmende Gefahr, in der wir schweben, der Zerfall, muß kommen, wenn es uns nicht gelingt, der Disziplin- und Einsichtslosigkeit Herr zu werden, die leider auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft zeigt, jener Teil, der die ganze glorreiche deutsche Revolution zu einer bloßen Lohnbewegung degradiert. Bei Siemens verlangen beispielsweise die Arbeiter 70 Millionen mehr Löhne, während der ganze Jahresverdienst $13^1/_2$ Millionen beträgt. Es ist nicht zu bestreiten, daß jetzt vielfach die Lohnforderungen den Gewinn erheblich übersteigen, und dann legen die Unternehmer ihre Betriebe einfach still. (Ryßel: Dann werden sie verstaatlicht!) Es sind ja solche Versuche schon gemacht worden, aber wenn diese Beispiele sich häufen, dann werden in vier Wochen die Arbeiter die Unternehmer wieder zurückholen, weil sie allein nicht fertig werden. Wenn es uns nicht gelingt, die Eingriffe unberufener Elemente in die Produktion zu verhindern, wenn sich nicht alle besonnenen Elemente der deutschen Arbeiter jenen Teilen entgegenstemmen, über die ich gesprochen habe, dann kommen wir unrettbar in die größte Katastrophe, in die je ein Volk gekommen ist.

Im Augenblick ist die Politik die Voraussetzung für die Ökonomie geworden, und wir werden eine geregelte Produktion in Deutschland nur durch die Nationalversammlung herstellen, die uns die deutsche Verfassung gibt und das Deutsche Reich zusammenhält. Elsaß-Lothringen und große polnische Gebiete sind uns schon verloren, aber wir werden den Expansionsbestrebungen der Polen auf deutschem Gebiete entgegentreten müssen.

Sehr ernst zu nehmen sind aber die Loslösungsbestrebungen im Süden und Westen. Die „Kölnische Volkszeitung" stellt schon ein ganzes Programm auf für die Aufteilung des Deutschen Reiches, und hinter ihr stehen sehr einflußreiche Kreise. Es ist an uns, dafür zu sorgen, daß die ungeheuren wirtschaftlichen Kräfte der rheinisch-westfälischen Industrie in der ganzen deutschen Republik zur Geltung kommen. Wir Sozialdemokraten wissen doch, daß wir mit moralischer Entrüstung über ökonomische Tatsachen und Interessen nicht hinwegkommen. Wenn die Loslösungsbestrebungen gelingen, ist das übrige Deutschland einfach erledigt. Wir können diese Gebiete nur beim Reiche erhalten, wenn wir der allgemeinen Desorganisation Herr werden und wieder zur Produktion kommen. Dabei darf ich wohl aussprechen, wie sehr wir den Zusammenhang der Deutschen in Österreich mit uns übrigen Deutschen wünschen und daß wir uns das gesamte Deutsche Reich ohne die Deutschen in Österreich überhaupt nicht mehr vorstellen können. Aber nur die deutsche Nationalversammlung wird die moralische Autorität haben, die auseinanderstrebenden Teile

zusammenzuhalten, und nur die Zentralgewalt mit der nötigen Autorität hat die Kraft, zu verhindern, daß Deutschland auseinanderfällt. Für jeden Sozialisten sollte es selbstverständlich sein und ist es bisher auch gewesen, daß der Volkswille so schnell wie möglich festgestellt werden muß, und bis zur Mitte des Jahres 1917 war die freieste Stellung des Volkswillens auf Grund des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen das selbstverständliche Programm aller sozialistischen Parteien der ganzen Welt.

Auch in der glorreichen russischen Revolution im Frühjahr 1917 war die erste allgemeine Forderung die nach der verfassunggebenden Konstituante; erst den Bolschewisten war es vorbehalten, andere Wege zu gehen. Auch die Bolschewisten waren nicht von vornherein gegen die Nationalversammlung. Ich glaube, man wird da drüben noch einiges hinzulernen. Erst als sich zeigte, daß die russischen Bolschewisten nicht in der Mehrheit wurzelten, als die Mehrheit der Proletarier und Bauern sie ablehnte, da erst kam die Diktatur; in Rußland besteht der verzweifelte Versuch einer Minderheit, die Welt nach ihrem Ideal zu modeln.

Man hat sich auch für die Diktaturtheorie auf Karl Marx berufen. Ach, der arme Karl Marx! Er hat niemals an eine Diktatur dieser Art gedacht. Wenn die produktiven Kräfte zu einer Intensität angewachsen sind, daß sie den kapitalistischen Rahmen sprengen und infolge davon die Mehrheit des Volkes aus Proletariern besteht, dann wird die Stunde der Expropriation der Expropriateurs gekommen sein, dann löst der Sozialismus den Kapitalismus ab, und dann wird das zur Mehrheit gewordene Proletariat inzwischen die Diktatur übernehmen. An die Diktatur irgendeiner Minderheit hat er nicht gedacht. Marx ist also viel logischer als irgend einer von Ihnen. Die neue Fassung der Vorrede zum kommunistischen Manifest deckt sich damit vollkommen. Marx hat also das Gegenteil dessen gesagt, was der russische Bolschewismus in der Praxis getan hat und tut. Der Bolschewismus stellt die Marxsche Auffassung geradezu auf den Kopf. Was hat er in Rußland erreicht? Nichts oder nur die Diskreditierung des Sozialismus auf Jahrzehnte hinaus. Ganz Rußland friert und hungert. Warum? Weil man die alte Wirtschaftsform zerschlagen hat, ehe die neue funktionierte. Vor dieser Entwicklung bei uns müssen auch die Besonnenen unter der unabhängigen sozialistischen Partei dieselbe Besorgnis haben wie wir. Ich verweise auf die Rede, die der bolschewistische Generalgouverneur von Petersburg Sinowjew vor zwei Monaten gehalten hat.

Sozialismus kann nicht durch Gewalt dekretiert werden; es ist ein organischer Entwicklungs- und Umbildungsprozeß. In Rußland hat man das Pferd am Schwanze aufgezäumt. Ohne Rohstoffe gibt es nichts zu sozialisieren, das wäre der helle Wahnsinn. Etwas anderes wäre es, wenn wir in Deutschland volle Lager, wenn wir reichlich Lebensmittel hätten, dann käme es nicht darauf an, sozialistische Experimente zu machen.

Die unabhängige sozialdemokratische Partei will die Sozialisierung so schnell wie möglich durchführen, sonst besorgt sie, daß die Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit erhält. Ich bin direkt der gegenteiligen Meinung. Die Wahlen, die seit der Revolution stattgefunden haben, beweisen, daß die Massen uns in hellen Scharen zuströmen. Je eher die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, desto sicherer werden sie eine sozialistische Mehrheit bringen. Gerade weil der größte Teil des deutschen Volkes im Augenblick gegenüber dem alten System von einer völligen Hoffnungslosigkeit erfüllt ist, werden die Massen für uns stimmen. Erst wenn sich herausstellen sollte, daß wir der Desorganisation nicht Herr werden, werden die Massen wieder den Argumenten der andern Seite zugänglich

sein. Wir dürfen niemals übersehen, daß wir bei den Wahlen auch auf die Schichten angewiesen sind, die nicht aus Überzeugung, wohl aber aus Sympathie für uns stimmen. Im Augenblick ist die überwiegende Mehrheit unseres Volkes davon durchdrungen, daß nur wir Sozialisten den Neuaufbau bewerkstelligen können. Ich verstehe überhaupt nicht, daß es Parteigenossen geben kann, die zur eigenen Sache ein so geringes Vertrauen haben. Tut sich die unabhängige sozialdemokratische Partei mit der alten Partei im Wahlkampf zusammen, wie es mein sehnlichster Wunsch ist, dann wird eine Kampfreihe entstehen, die alle bürgerlichen Gegner schlagen wird. Aus der Masse wird millionenfach dieser Ruf erschallen, und die an der Spitze, die das nicht wollen, werden dann gehen müssen. Wenn der Spartakusbund von diesem gemeinsamen Vorgehen nichts wissen will, so mag er sich doch zur Wahl stellen! Mehr Sozialismus ist nicht durchführbar, als das Volk will. Beschlüsse in dieser Richtung, wie sie die unabhängige sozialdemokratische Partei will, können doch nachher wieder aufgehoben werden. Bekommen wir keine Mehrheit, dann sind wir eben noch nicht so weit, dann müssen wir von neuem an die Arbeit gehen. Gegen die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft, gegen ihren Widerstand können wir die Staatswirtschaft nicht einführen. Wir brauchen auch die Unterstützung bürgerlicher und intellektueller Kreise; den Einfluß dieser Kreise dürfen wir nicht unterschätzen. In Rußland hat der Streik der Intelligenz im November 1917 die ganze Revolution lahmgelegt. Bei uns wäre die Folge eines solchen Streiks der völlige Zusammenbruch und der Einmarsch des Verbandes. Es kann nicht bestritten werden, daß dieser Einmarsch erfolgen wird, wenn die Entwicklung sich nicht im Rahmen der Ordnung bei uns vollzieht. Der Verband will keinen Sozialismus, sondern eine gemäßigte bürgerliche Demokratie. Uns bleibt nur die Wahl: soviel Sozialismus, wie das Volk will. Wir müssen Frieden haben, einen Vorfrieden und einen schnellen richtigen Frieden. Mit einem Deutschland ohne Ordnung und ohne Wiederaufnahme seiner Produktion schließt die Entente keinen Frieden. Björn-Björnsen hat einen Brief seines Bruders aus Christiania erhalten, worin es heißt: Französischer Gesandter hat gesagt, in Berlin stehen die Dinge ja ganz günstig für uns; wenn es so weitergeht, werden wir in vier Wochen da sein. Die Entente, einschließlich Amerikas, erkennt die Arbeiter- und Soldatenräte nicht an. Professor Friedrich Wilhelm Förster hat dargetan, daß der westlichen Demokratie lediglich und ausschließlich die Mehrheit als Vertreterin des Volkes gilt. Die Entente wird regiert von kapitalistischen antibolschewistischen Schichten; in Rußland geht der Verband gegen die Diktatur der Räte mit Waffengewalt vor und hätte sie vermutlich längst erledigt, wenn es nicht Winter wäre. Glauben Sie wirklich, daß der Verband die Räteherrschaft in Deutschland dulden würde, wo er militärisch hier ein viel leichteres Spiel hätte? Meine Gegner setzen ihre Hoffnungen auf die Völker des Verbandes. In diesen Wein muß doch sehr viel Wasser gegossen werden. Im Augenblick spricht gar nichts für eine Revolution bei den Verbandsvölkern. Auf diesen Sandhaufen können wir kein Haus bauen. Aber selbst wenn es in Frankreich und Italien zu Revolutionen käme, könnten wir vielleicht bessere Friedensbedingungen bekommen, niemals aber das Wichtigste, was wir brauchen, nämlich Nahrungsmittel und Rohstoffe. Diese Dinge bekommen wir von England und Amerika. Und wie kann man ernsthaft glauben, daß diese antisozialistischsten Länder der Welt jetzt nach einem siegreichen Kriege Revolution machen werden? Bei den letzten Wahlen in England hat Lloyd George eine große Mehrheit erreicht. Die Folge wäre nur, daß auch Frankreich und Italien, wie wir, zugrunde gehen und England und Amerika unumschränkt herrschen würden. Wir

Sozialdemokraten müssen daher aufs entschiedenste und nachdrücklichste uns dagegen wehren, daß unsre reine, klare, gute sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verschrobenheiten sabotiert und diskreditiert wird. Das kann nicht so weiter gehen, soll unsere gute Sache nicht in der ganzen Welt Schaden erleiden. Wir setzen unsern guten Namen aufs Spiel, wenn wir mit dieser bolschewistischen Sabotage an der großen Gedankenfülle der sozialistischen und demokratischen Ideen auch nur die geringsten Berührungspunkte haben.

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind besser als ihr Ruf, und ein Geschichtschreiber wird günstiger über sie urteilen, als es die Gegenwart tut. Sie mögen Geld verschwendet haben, aber sie haben auch Milliardenwerte gerettet, und ohne die Arbeiter- und Soldatenräte wäre die Katastrophe über uns hereingebrochen. Aber die Aufgaben, die die Nationalversammlung erfüllen soll, können die Räte nicht erfüllen. Sie müssen für diese Aufgaben der gesetzgebenden Nationalversammlung Platz machen. Für ihre eignen Aufgaben mögen sie weiter bestehen und können viel Gutes stiften. Im Augenblick stützen sie ihre Macht doch nur auf die Bajonette, und ich muß sagen, daß diese Stellung doch etwas unsicher ist. Es kommt dann nachher der stärkere Demagoge und entreißt ihnen die Bajonette, und dann wieder einer und so fort, wir haben dann den Kampf hier in Deutschland, den Bürgerkrieg.

Wir treten für die Nationalversammlung ein im Interesse unseres deutschen Volkes, das wir aus tiefster Seele lieben und dem wir auch in seiner größten Not die Treue halten wollen. (Stürmischer Beifall.) Wir brauchen die Nationalversammlung aber auch im Interesse unserer Arbeiterschaft und im Interesse der Demokratie und des Sozialismus. Die Nationalversammlung allein kann dem Willen des ganzen Volkes Ausdruck verleihen. Weil die Gefahr so groß und so nahe ist, bitte ich Sie, mit großer Mehrheit für meinen Antrag zu stimmen, der verlangt, daß die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden sollen. Sorgen Sie bis dahin für Aufklärung der Massen in sozialistischem Sinne. Es ist ja wirklich nicht schwer, im gegenwärtigen Augenblick den Sozialismus zum Siege zu führen. Ein neues und besseres Deutschland wollen wir unseren Kindern hinterlassen. Wir müssen jetzt mit allen Kräften daran arbeiten, daß Heines Wort Wahrheit werde: Deutschland hat ewigen Bestand, es ist ein ferngesundes Land.

Außer dem Antrag Cohen liegen noch folgende andere Anträge vor:

Antrag Däumig: 1. Die Delegiertenversammlung erklärt, daß unter allen Umständen an dem Rätesystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festgehalten wird, und zwar derart, daß den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zusteht.

2. Die Delegiertenversammlung beauftragt eine Kommission mit der schleunigen Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlsystems für die Arbeiter und Soldatenräte und Bundesräte Deutschlands.

3. Auf Grund dieses Wahlrechtes werden Wahlen zu einem Nationalkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vorgenommen, der die Entscheidung über die künftige Verfassung Deutschlands zu fällen hat.

4. Solange die endgültige Verfassung der sozialistischen Republik nicht beschlossen ist, bildet ein Zentralrat von 53 Mitgliedern, die allen Teilen Deutschlands zu entnehmen sind, die höchste Kontrollinstanz des Rates der Volksbeauftragten und der Reichsämter.

Antrag Göbner und Genossen: Die Waffenstillstandskommission zu beauftragen: Sofort mit der Entente in Verhandlungen einzutreten über

Gestattung unbeschränkter Wahlagitation zur Nationalversammlung im besetzten Gebiete. Allen Parteien sollte gestattet werden, durch freien Verkehr im besetzten Gebiet, in Wort und Schrift an alle Wähler in Stadt und Land heranzutreten, sowie die ordnungsmäßige Vornahme der Wahlen zu kontrollieren.

Antrag Laufenberg, Geyer und Genossen: Die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung finden am 16. März 1919 statt.

Däumig vom Vollzugsrat führt als Korreferent zur Frage „Nationalversammlung oder Rätesystem?" aus:

Das alte morsche Ding, der Staat, wird nicht zerschlagen von wohltemperierten Parlamentariern, auch nicht durch listenreiche Parteisekretäre, deren Regime man in diesem Hause sehr gut merken kann. Das Neue kann nur bewirkt werden durch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Aktivität des ganzen deutschen Proletariats. Kein einziges Revolutionsparlament in der Geschichte hat einen so nüchternen, hausbackenen Zug aufzuweisen wie dieses erste deutsche Revolutionsparlament. Auf den Staatsgebäuden flattern noch die Fahnen des alten Systems. Diese Äußerlichkeiten sind kennzeichnend. Hier herrscht eine unglaubliche Vertrauensseligkeit und Selbstbespiegelung darüber, wie herrlich weit man es gebracht hat. Erst die demonstrierenden Soldaten und Arbeiter haben diesem Parlament das wahre Gesicht des Volkes gezeigt. Die jubelnde Zustimmung zur Nationalversammlung ist doch gleichbedeutend mit dem Todesurteil für das Rätesystem. Wenn Sie die Leidenschaft haben, einem Selbstmörderklub anzugehören, ich danke dafür. Das Rätesystem ist die gegebene Organisationsform für die revolutionären Kräfte des Volkes. Ich weiß, daß diesem System der Ludergeruch des Bolschewismus anhaftet. Aber alle Revolutionäre werden verleumdet. Wir haben die Revolution vorbereitet durch eine für uns sehr gefährliche illegale Propaganda in den Betrieben und Kasernen. Wir haben als Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats unsere revolutionären Flugblätter schon verbreitet in einer Zeit, als wir deswegen nicht bloß von der politischen Polizei und dem Oberkommando, sondern auch von den eigenen Klassengenossen verfolgt wurden. Noch am 6. November hat die sozialdemokratische Partei Aufrufe gegen unsere Tätigkeit veröffentlicht. Als aber am 9. November dank unseren Vorbereitungen die alte Welt weggefegt wurde, da strömten dieselben Sozialdemokraten herbei, um auch an unserem Sieg teilzuhaben. Sie haben sich durch den Beifall zu Cohens Ausführungen selbst das Todesurteil gesprochen.

Die alte bürgerliche Demokratie mit ihrem Stimmzettel muß überwunden werden durch das neue, wirklich revolutionäre Rätesystem. Die bisherigen Wahlergebnisse beweisen, daß Ihre Illusionen auf eine sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung stark herabgeschraubt werden müssen. Selbst ein bürgerlicher Demokrat und begeisterter Freund der Nationalversammlung, wie von Gerlach, betont, daß man in der neuen Nationalversammlung viele alte Gesichter aus dem Reichstage wiederfinden werde. Wir müssen unseren Blick über die deutschen Grenzen hinausschicken auf die anderen Länder. Von den Clémenceau, Lloyd George haben wir kein Heil zu erwarten, aber von dem Proletariat dieser Länder, bei dem der chauvinistische Rausch verflogen und das Klassenbewußtsein sich zeigen wird. Wenn das Proletariat der ganzen Welt sich erhebt, dann wäre es eine Torheit, wenn wir am Alten kleben. Ich glaube nicht, daß dieses Parlament hier den Mut zu einem neuen revolutionären Rätesystem finden wird. Wenn Sie ein revolutionäres Parlament mit Temperament und Feuer gewesen wären, dann hätten Sie sich von vornherein als Nationalversamm-

lung konstituiert. Der Friede wäre dadurch nicht gefährdet worden. Die Leute des alten Systems sind ja noch im Amte und treiben ihre politische Brunnenvergiftung. Wir wissen noch gar nicht, wie die Verbandsmächte über die Arbeiter- und Soldatenräte denken, denn gegen die Meldungen des Herrn Erzberger bin ich sehr mißtrauisch. Man spricht von Diktatur und denkt dabei an Brownings und Bomben. Die Diktatur ist zweifellos mit dem Rätesystem verbunden; aber was in Rußland geschehen ist, braucht nicht in Deutschland nachgeahmt zu werden. Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, aber die Erfahrungen der russischen Revolution müssen auch wir uns zunutze machen. Durch die Nationalversammlung würde gerade die Diktatur der Minderheit verewigt werden; sie hat weder den Willen noch die Energie, den Sozialismus zu schaffen. Sie wird eine wirtschaftliche Ordnung, die den Konsumenten und Produzenten als gleichberechtigt hinstellt, nicht schaffen, das kann nur das Rätesystem, nicht das heutige unvollkommene, sondern ein ausgebautes, einheitlich für ganz Deutschland durchgeführtes. Ein solches Rätesystem ist auch der beste Kitt für das Reich, ein weit besserer als eine Nationalversammlung. Auch die polnische Frage würde auf Grund des Rätesystems ein ganz anderes Gesicht bekommen. Der Untertanen- und Korporalsgeist, der eine Obrigkeit haben will, liegt aber dem deutschen Michel noch zu tief in den Knochen; selbst die deutschen Soldaten, die 4½ Jahre im Kriege durch die hohe Schule des Militarismus gegangen sind, schreien nach der Beibehaltung ihrer Kommandogewalt. Wie will man sozialisieren über die Köpfe der Arbeiter hinweg und ohne deren aktive Teilnahme? Gewiß ist die Durchführung erst denkbar, wenn wir Frieden haben; aber wir sollen auch bis dahin die Arbeit nicht schlafen lassen. Durch die Fehler und Kinderkrankheiten der ersten Wochen der Revolution soll man sich nicht irre machen lassen. Auch die Zusammensetzung der jetzigen Regierung ist nur ein unvollkommenes Kompromiß. Eine Diktatur von sechs Männern paßt sehr gut zu der früheren Untertanentheorie. Was nützt dem Arbeiter die Aufklärung, die ihm dadurch wird, daß er alle zwei, drei Jahre einen Stimmzettel in die Hand bekommt? Was ich hier sage, ist, ich weiß es, unpopulär wie alles Neue; aber kommen wird es trotzdem und alledem; die sozialen Wirkungen von unten herauf lassen sich durch die Nationalversammlung nicht aufhalten. Es kommt dann vielleicht wie in Rußland, wo die Märzrevolution ein Schein, die soziale Novemberrevolution aber eine herrliche Tat war. Wer die Stimmen aus der Tiefe zu deuten weiß, ist sicher, daß diese Zeit auch bei uns kommen wird. Das Rad der Zeit wird auch durch den Jubel über die Nationalversammlung nicht aufgehalten.

Zur Erörterung gestellt wird auch der Antrag Reinartz, am 29. Dezember 1918 einen Präsidenten der deutschen Republik vom Volke wählen zu lassen.

In der Diskussion spricht zunächst **Haas** für die Mehrheitssozialisten. Nach dem Willen Däumigs muß alles, was in und von Deutschland noch übrig geblieben ist, erst vernichtet werden, damit auf den Trümmern sein neuer Bau errichtet werden kann. Wir treiben einem Wirrwarr entgegen, wo uns der nackte Hunger, das nackte Elend entgegenstarrt. Da müssen wir so rasch wie möglich zu anderen Zuständen zu kommen versuchen, wenn wir die Massen des Volkes auf unserer Seite behalten wollen. Es muß vor allem

Ordnung geschaffen und darum die Nationalversammlung schon am 19. Januar gewählt werden. — **Heckert**-Chemnitz (Unabh. Soz.): Gewiß wird die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit haben, aber sie wird dennoch reaktionär sein. Noch gilt das große Wort, daß die Befreiung des arbeitenden Volkes nur sein eigenes Werk sein kann. Gerade jetzt wäre es angebracht, den Sündenzettel der Cohen u. Gen. aus den $4^1/_2$ Jahren zu verlesen, dann wollten wir sehen, ob man der Rede Cohens noch Beifall klatschen würde. — **Wenzeling** (vom Soldatenrat bei der O. H.) erklärt sich im Namen der auf dem Rückmarsch oder in der Demobilisation befindlichen Truppen für den Standpunkt von Cohen, so wenig er gegen die Ausführungen Däumigs sich blind verschließe. Die ganz verzweifelte außenpolitische und innere wirtschaftliche Lage Deutschlands fordere vom ganzen Volke die allerstrengste Selbstzucht. Die Hoffnung auf die Weltrevolution sei phantastisch. Nur Ordnung und Arbeit könnten uns die Freiheit sichern. — Dr. **Laufenberg** (Vereinigter Revolutionär) tritt den Ausführungen Cohens über und gegen die Bolschewisten entgegen. — **Flügel** (demokratische Fraktion): Wir stehen geschlossen hinter den Errungenschaften der Revolution und sind bereit, auch an ihrer Weiterentwicklung mitzuarbeiten, aber an einer organischen, zielsicheren Entwicklung ohne nervöse Hast und Übereilung. Zur Nationalversammlung legen wir ein freudiges Bekenntnis ab. Wir brauchen sie, weil wir den Frieden brauchen, weil die Feinde mit einer auf dem Rätesystem beruhenden deutschen Regierung nicht verhandeln, weil wir Brot brauchen, weil wir Arbeit brauchen, aber wir brauchen sie auch, weil wir Freiheit brauchen, die jetzt zum großen Teil noch auf dem Papier steht, und weil wir das Recht brauchen. Wir verurteilen die gegenrevolutionären Bestrebungen. Bringen Sie die Nationalversammlung dem deutschen Volke als Weihnachtsgeschenk dar.

In der Nachmittagssitzung verliest Vorsitzender **Leinert** ein vom Kommandeur und Generalsoldatenrat des VII. Armeekorps in Münster unterzeichnetes Telegramm, worin zu der Behauptung des Delegierten Heckert erklärt wird, der Befehl zur Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone entspreche dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen und sei erfolgt, um die Verhaftung dieser Räte durch die Entente zu verhüten.

Von der Siebener-Kommission der Großberliner Soldatenräte wird in einem Schreiben durch Belege festgelegt, daß die Erklärung von Richard Müller, Molkenbuhr und Maynz, sie hätten von der widerrechtlichen Beschlagnahme von 600000 Mk. aus dem Generalstab für den Vollzugsrat nichts gewußt, den Tatsachen widerspricht.

Richard Müller habe selbst schon am 1. Dezember den Empfang eines Schreibens der Siebener-Kommission bestätigt, in dem gegen diese widerrechtliche Beschlagnahme protestiert werde.

Der Vollzugsrat protestiert in einer schriftlichen Erklärung dagegen, daß ihm vom Rat der Volksbeauftragten nicht genügend Geldmittel für den Kongreß zur Verfügung gestellt worden seien. Das sei um so schlimmer, als der Vollzugsrat jetzt schon seine letzten Mittel verbraucht habe.

Lipinski (Unabh. Soz.) kommt zur Geschäftsordnung auf den angenommenen Antrag Lüdemann zurück. Dieser Antrag gehöre eigentlich zu dem jetzigen Punkt der Tagesordnung. Es sei zweifelhaft, was der Antrag Lüdemann damit sagen wolle, daß der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte die „parlamentarische" Überwachung des Rates der Volksbeauftragten ausübe. — Volksbeauftragter **Haase**: Unter parlamentarischer Bewachung versteht der Rat der Volksbeauftragten, daß alle Gesetzentwürfe dem Zentralrat vorgelegt und alle wichtigen Gesetzesvorlagen mit ihm beraten werden. Er hält es für ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Regelung Zerwürfnisse zwischen ihm und dem Zentralrat entstehen können. Es muß in dieser revolutionären Periode rasch auf gesetzgeberischem Wege gearbeitet werden. Sollte in irgendeinem Falle es nicht zu einer Übereinstimmung kommen, dann darf ein Vakuum nicht entstehen, sondern es muß dann der Rat der Volksbeauftragten selbst entscheiden können, solange er das Vertrauen des Vollzugsrats hat, der ihn ja jederzeit abberufen kann. — **Geyer** (rev.): Diese Erklärung kann uns nicht befriedigen. Unter diesen Umständen muß meine Fraktion die Möglichkeit haben, sich über die veränderte Situation auszusprechen. Ich beantrage, zu diesem Zweck die Sitzung auszusetzen.

Der Antrag Geyer auf Unterbrechung der Sitzung wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Braß (rev.): Kameraden, da uns die Möglichkeit zur Beratung über die wichtige Erklärung der Volksbeauftragten nicht gegeben wird, bitte ich Euch, den Kongreß zu verlassen und uns darüber schlüssig zu machen, ob wir weiter an den Verhandlungen teilnehmen können.

Die Mitglieder der unabhängigen und der revolutionären Fraktion verlassen hierauf den Saal und versammeln sich im Sitzungssaal des Herrenhauses zu einer Fraktionssitzung.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und die Debatte über die Nationalversammlung fortgesetzt. Von der demokratischen Fraktion ist ein Antrag Schmidthals und Genossen eingegangen:

„Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands erwartet von der Reichsleitung, daß sie unter allen Umständen dafür sorgt, daß allen deutschen Landesteilen das freie Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung gewährleistet wird und daß sie sich daher mit der größten Entschlossen-

heit dagegen wendet, daß fremde Staaten unter Vergewaltigung von Völkerrecht und Selbstbestimmung durch Ausschreibung von Wahlen in rein deutschen Gebieten diese selbstverständliche Forderung des deutschen Volkes zu vereiteln suchen."

Volksbeauftragter **Haase** erklärt, im Rat der Volksbeauftragten sei Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß die Einberufung der Nationalversammlung erfolgen müsse, daß sie unumgänglich sei.

Über den Zweck der Nationalversammlung besteht nicht überall Übereinstimmung. Sie soll den Frieden bestätigen, aber sie ist kein Parlament im landläufigen Sinne. Nach meiner Auffassung darf die Frage überhaupt nicht lauten: „Nationalversammlung oder Rätesystem?", sondern es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Räte ihre besondere Bedeutung noch behalten werden. Meinungsverschiedenheiten können nur darüber bestehen, wann die Nationalversammlung einberufen werden soll. Daß die reaktionären Parteien zuerst stürmisch die schleunige Einberufung der Nationalversammlung forderten, legt den Gedanken nahe, daß sie besondere Gründe dazu haben. Diese Forderung aber wurde nicht nur von den alten Reaktionären, sondern auch von anderen Parteien, bis in die Reihen der Sozialdemokratie, erhoben. Zunächst wurde dafür der Grund angegeben, daß wir ohne Nationalversammlung keine Lebensmittel bekommen würden. Diese Behauptung ist bereits widerlegt worden. Die Desorganisation wird durch die Nationalversammlung auch nicht beseitigt, wie Cohen es darstellt, diese Desorganisation besteht auch in den Ländern, die Sieger geblieben sind. Die Behauptung, daß durch die Hinausschiebung der Nationalversammlung die Verlängerung des Waffenstillstandes vereitelt werde, ist schon durch die Tatsachen widerlegt, ebenso die weitere Behauptung, daß die Entente unsere Regierung nicht für verhandlungsfähig ansehen würde, ehe die Nationalversammlung gesprochen hat. Die Entente hält uns für verhandlungsfähig. Solche Behauptungen sind aber gefährlich, weil sie der Entente den Gedanken suggerieren können, sich in unsere inneren Verhältnisse einzumischen. Untergeordnet ist die Frage, ob der Termin der Nationalversammlung hinausgeschoben wird oder nicht, wichtig ist aber, daß die jetzige Unklarheit beseitigt und endlich ein bestimmter Termin festgelegt wird. Die Grenzen Deutschlands sind noch nicht festgelegt. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht der Polen schon anerkannt, als die polnischen Abgeordneten im Reichstag noch nicht davon sprachen. Wir verlangen aber auch das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, und wir erheben schärfsten Protest dagegen, daß die Polen die Deutschen auffordern, an den Wahlen für die polnische Nationalversammlung teilzunehmen. Es entsteht die Gefahr, daß bei einem zu frühen Termin der Nationalversammlung an ihr Personen teilnehmen, die gar nicht mehr zum Deutschen Reich gehören. Es kommt hinzu, daß im besetzten Gebiet kein freies Versammlungsrecht besteht. Wir müssen auch soweit wie möglich allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl ermöglichen. Hunderttausende von Kriegsgefangenen sind aber noch fern und ebenso viele Truppen. Auch von den Zurückgekehrten sind viele noch gar nicht orientiert über die wichtigsten neuen politischen Tatsachen. Haben wir nicht vor allem dafür zu sorgen, daß die Unaufgeklärten, Ununterrichteten, die über das Schicksal der jungen deutschen Republik mitbestimmen sollen, unterrichtet werden? Dazu brauchen wir neben der technischen Wahlvorbereitung auch einen angemessenen Zeitraum, um diese Lücke auszufüllen. Es kommen nicht nur die jungen Männer von 20 bis 25 Jahren, es kommen auch 21 Millionen Frauen in Frage. Das

ganze Volk soll wohlvorbereitet an die Urne treten; die Nationalversammlung soll doch ein Spiegelbild bilden des freien, unverfälschten Volkswillens. Darum bitte ich Sie, unter allen Umständen allen Versuchen der Vorverlegung des Wahltermins den entschiedensten Widerstand zu leisten. Dann werden wir zum Ziele kommen, dann werden wir der großen Übelstände Herr werden, dann wird es gelingen, die junge Republik mit demokratischem und sozialistischem Geiste zu erfüllen. Setzen wir aber das Schifflein nicht unnütz Gefahren aus, sorgen Sie dafür, daß alle Welt sagen muß: das ist der wirkliche Ausdruck des Volkswillens, dann wird das Votum der Nationalversammlung in die Wagschale fallen im Inland und im Ausland.

Sahm, Ostfront: Nationalversammlung oder Rätesystem heißt Demokratie oder Diktatur. Die Errichtung einer Diktatur aber bedeutet die Verewigung des Bürgerkrieges. — **Loß,** Hessen (von der demokratischen Fraktion) freut sich über Haases Protest gegen die preußischen Übergriffe. In Hessen verlangen alle Parteien die sofortige Einberufung der Nationalversammlung. Der Zusammenbruch ist da. Daran ist nichts zu ändern. Aber unter den Trümmern liegen die Menschen, die wir hervorholen müssen. Wir haben Vertrauen zur Werbekraft der demokratischen Idee. Habt doch auch Vertrauen zum Volk, es wird euch nicht enttäuschen. Wir haben die Diktatur der Junker gestürzt und bedanken uns für die Diktatur der Straße. Es ist Schwung in der Bewegung; die ganze Jugend Süddeutschlands steht einmütig hinter uns. — **Garbe,** Kiel: Wir Kieler sind gefeit gegen den Vorwurf, daß wir etwa bremsen wollen. Aber nach reiflicher Überlegung treten wir für sofortige Wahlen ein. Bis zur Entscheidung über alle Gebietsfragen können wir mit der Nationalversammlung nicht warten. — **Jäger** (Soldatenfraktion): Millionen warten auf die einzige Entscheidung, die es geben kann. Es wäre ein Pyrrhussieg, wenn wir durch die Herrschaft der A.- und S.-Räte das Volk enttäuschen wollten. — **Rickelt,** Berlin: Die Geyer, Heckert, Braß und Genossen sind die Alldeutschen der Revolution, und Liebknecht würde ihr Ludendorff sein, wenn sie ihn an die Spitze stellten. Soll mit unserem verhungernden Volk zum zweitenmal va banque gespielt werden? — **Särpel,** Hamburg (Soldatenfraktion): Die Mehrheit von uns ist der Überzeugung, daß das Rätesystem den Separatismus fördert und den Aufbau der sozialistischen Republik gefährdet. Wir wollen unsere sozialistischen Ideen nicht dem Volke mit dem Polizeiknüppel einbläuen; wir werden auch so siegen. — **Levinson,** Westfront (Soldatenfraktion): Der größte Teil der Soldaten wünscht die Nationalversammlung möglichst bald. — **Kaul,** Offenbach: Zu welchem Zweck ist denn die Revolution gemacht worden? Doch nicht etwa, um die Diktatur des Proletariats zu verewigen? Demokratie ist unvereinbar mit der Alleinherrschaft irgendeiner Klasse. — Volksbeauftragter **Scheidemann:** Wir müssen so entscheiden, wie die augenblickliche Lage es uns aufzwingt. Man hat

uns hier Plakate unter die Nase gehalten: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! Aber man hat uns sogleich zu verstehen gegeben, daß man uns rausschmeißen will, wenn wir nicht so entscheiden würden, wie es die Leute wollen, die gerade von der Straße hereinkommen. Ein dauerndes Bestehen der A.- und S.-Räte würde den absolut sicheren Untergang von Handel und Industrie, den Ruin des Reiches und unabsehbares Elend für unser Volk bedeuten. Wir bedanken uns für die Übertragung der russischen Zustände. Gewiß braucht nicht alles so wie in Rußland zu kommen. Aber die Folgen würden eintreten, und zwar noch viel schlimmer als in Rußland; denn in Deutschland gibt es viel mehr zu zerstören. Wir wollen keine Diktatur, sondern die Demokratie. Der russische Bolschewismus ist die Folge einer irrigen Politik. Auch wenn wir ihn nicht wollen, er wird todsicher kommen. Ich bin für die baldigste Einberufung der Nationalversammlung. Wenn das ganze Volk die Verantwortung mittragen soll, muß es auch mitbestimmen können. In einer so verzweifelten Lage wie hier kann eine Klasse gar nicht allein die Verantwortung tragen. Es scheint fast, als ob manche Kreise Angst vor der Abrechnung haben. Wir glauben, daß das Volk unsere Politik rechtfertigen wird. Die technischen Schwierigkeiten sind groß, aber sie sind nicht unüberwindbar. Wenn wir die Soldaten, die noch in Feindesland sind, fragen würden, was sie lieber sehen: eine Wahl ohne sie oder eine Verlängerung des Elends für ihre Frauen und Kinder, so würden sie uns sagen, daß wir ohne sie wählen sollen. Das Volk ist reif für die Wahl. Krieg und Revolution haben ihm die Augen geöffnet. Freilich, wenn noch lange so gewirtschaftet wird wie jetzt vielfach in Berlin, dann besteht die Möglichkeit, daß die Wahlen gegen uns ausfallen. Aber Berlin ist glücklicherweise nicht Deutschland. Übrigens sind auch in Berlin diejenigen, die die Wahlen verschieben wollen, in der Minderheit: nur machen sie mehr Spektakel. Wir bedanken uns für die täglichen Spazierfahrten mit Maschinengewehren. Wir wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen Arbeit, Frieden und Brot unserm Volk sichern und damit auch die Errungenschaften der Revolution.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Referent **Cohen-Reuß** tritt in seinem Schlußwort den von Haase gegen einen früheren Wahltermin geäußerten Bedenken entgegen. Im Gegensatz zu Scheidemann glaube er, daß das Rätesystem noch eine große Rolle in Zukunft spielen könne, allerdings in zentralisierter Form. Der Ruf nach der Nationalversammlung müsse aus den Reihen der Sozialdemokratie selbst kommen. Nur dann könne die Sozialdemokratie Führerin des deutschen Volkes sein.

Däumig betont in seinem Schlußwort, die russischen Zustände würden von der kapitalistischen Presse ganz falsch und viel zu schwarz geschildert. Die Schuld an den russischen Zuständen sei nicht den Bolschewiki, sondern dem räuberischen Treiben der deutschen Okkupationsarmee zuzuschreiben. Dieses Parlament werde das Rätesystem nicht annehmen, aber man könne es nicht totstimmen. Dieses System werde sich durchsetzen.

Der Antrag, die Waffenstillstandskommission zu beauftragen, sofort in Verhandlungen über die Gestattung der unbeschränkten Wahlagitation zur Nationalversammlung in den besetzten Gebieten einzutreten, wird fast einstimmig angenommen.

Der Antrag Geyer (Unabh. Soz.), den Wahltermin auf den 16. März anzusetzen, wird gegen 50 Stimmen abgelehnt, gegen eine etwas größere Minderheit auch die Bestimmung des Wahlgesetzes, wonach am 16. Februar gewählt werden soll.

Der Antrag Cohen, die Wahlen am 19. Januar vorzunehmen, wird mit 400 gegen etwa 50 Stimmen angenommen.

Der Antrag der demokratischen Fraktion, wonach der Kongreß erwartet, daß die Reichsleitung unter allen Umständen für Gewährleistung des freien Wahlrechts an alle deutschen Landesteile sorgt, und daß sie sich daher mit größter Entschlossenheit dagegen wendet, daß fremde Staaten unter Vergewaltigung des Völkerrechts durch Ausschreibung von Wahlen in reindeutschen Gebieten das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes vereiteln, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Protest gegen alle Absonderungsbestrebungen, der weiter erklärt, daß nur der großdeutsche demokratisch-sozialistische Einheitsstaat die Gewähr dafür bietet, daß das deutsche Volk zur höchsten kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung emporgehoben werden kann, wird gleichfalls mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Es folgt der Antrag Däumig: Die Delegiertenversammlung soll erklären, daß unter allen Umständen am Rätesystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festgehalten werden soll. Eine Kommission soll mit der Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlsystems für die Arbeiter- und Soldaten- und Bauernräte in ganz Deutschland betraut werden. Ferner soll ein Nationalkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gewählt werden, der die Entscheidung über die Verfassungsfrage zu fällen hat. Bis dahin soll ein aus 53 Mitgliedern aus allen Teilen Deutschlands gebildeter Zentralrat die höchste Kontrollinstanz sein.

Vorsitzender **Leinert**: Dieser Antrag ist durch die Abstimmung über die Nationalversammlung erledigt. Da eine große Fraktion

die Abstimmung wünscht, ordne ich sie an; sie ist auf Antrag der Unabhängigen namentlich.

Es folgt inzwischen die Wahl des Zentralrats. Der Kongreß beschließt, daß der Zentralrat aus 27 Mitgliedern bestehen soll.

Ein Antrag Geyer (Unabh.) enthält folgende authentische Auslegung des auf Antrag Lüdemann (Soz. Partei) gefaßten und von Haase bereits interpretierten Beschlusses:

„Der Zentralrat hat das volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündigung."

Volksbeauftragter **Ebert:** Wir stehen vor Schwierigkeiten, wie sie noch kein hochentwickeltes Land vor sich gesehen hat. Sollen sie überwunden werden, so muß der Regierung ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit bleiben. Es muß ein einheitlicher Wille durch das ganze Land gehen, vor allem muß die Zentralinstanz schnell handeln können. Das dem Zentralrat eingeräumte Recht, die Mitglieder der Regierung abzuberufen, schließt jede Willkür der Regierung aus und gibt ihnen die absolute Sicherheit, daß alle Träger der Regierungsgewalt das Vertrauen ihrer Beauftragten besitzen müssen. Damit können sie sich genügen lassen! Die jetzige Regierung steht auf ihrem Platz nicht durch Ernennung, sondern auf Grund des Volkswillens. Uns fehlt der staatsrechtliche Boden der Legislative. Uns fehlen die Rohstoffe und Nahrungsmittel. Nur schnellstes Handeln kann beim Auftreten wichtiger Fragen uns retten. Müßten wir zu jedem Gesetz die Zustimmung des Zentralrates einholen, so wäre das um so unmöglicher, als heute alles, was sonst durch Verordnung des Bundesrats oder der Reichsämter bestimmt wurde, durch ein Gesetz gemacht werden muß. Wir müssen z. B. auf telephonische Anfragen der Waffenstillstandskommission sofort die schwierigsten Entscheidungen fällen. Unsere Freunde von den Unabhängigen erklären gleich mir, daß wir, wenn der Kongreß dem Antrag Geyer zustimmt, die Verantwortung unmöglich weitertragen können. Was auf dem Gebiet des Zusammenarbeitens mit dem Zentralrat geschehen kann, das soll geschehen, aber die Exekutive und Legislative muß in den Händen der Volksbeauftragten liegen. Das haben Sie gestern beschlossen, und Sie können es nicht heute in sein Gegenteil verkehren. Dasselbe gilt für Preußen. Wir würden außerstande sein, unsere schwere Pflicht dann noch erfüllen zu können, und wir sind auch nicht willens, dann die Verantwortung weiter zu tragen. Das ist keine Drohung, sondern lediglich unsere uns durch die Erfahrung eingeprägte Überzeugung, und zwar auch die der Vertrauensleute der unabhängigen Sozialdemokratie. Deshalb bitte ich Sie, lehnen Sie den Antrag ab. — **Obuch** (vom Vollzugsrat, unabhängig): Der Ausdruck „parlamentarische Überwachung" schließt nicht ohne weiteres

das Recht der Mitwirkung ein. Es handelt sich um die Volkssouveränität. Sollen wir die sechs Volksbeauftragten selbstherrlich regieren lassen? Allerdings müssen sie in einer Reihe von Dingen freie Hand haben. Das Verordnungsrecht der Regierung will niemand beseitigen. Sie soll etwa im Rahmen des früheren Bundesrats selbständig sein, aber schaffen Sie nicht einen sechsköpfigen Absolutismus! Unsere Bruderparteien in England und Frankreich würden das nicht verstehen. Hinter der Argumentation von der Erschwerung der Gesetzgebung und Verwaltung steckt etwas anderes. Proletarier, seid auf der Hut! Haltet fest an euerm Recht! — Volksbeauftragter **Barth**: Wenn Ebert vor der Abstimmung über die Nationalversammlung ebenso leidenschaftlich erklärt hätte, daß man nicht so schnell arbeiten könne, wenn man mit parlamentarischen Instanzen beraten muß, dann hätte er die Nationalversammlung zu Fall gebracht, denn mit 27 wird man viel leichter einig als mit 500. Gegen sechs Menschen sät man viel leichter Mißtrauen als gegen sechs und siebenundzwanzig. Das Vertrauen und die Hoffnung der breiten Massen ist auf ganz andere Basis gestellt, wenn der Zentralrat mitzubeschließen und zu kontrollieren hat. In den letzten Wochen wäre es mir einigemal lieber gewesen, ich hätte die Diktatur in Deutschland ganz allein gehabt. So notwendig war raschestes Handeln. Nehmen Sie diesen Antrag an, dann gewinnen wir das Vertrauen der Massen.

Lüdemann beantragt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, es bei der Erklärung Haases bewenden zu lassen.

Volksbeauftragter **Landsberg**: Die „parlamentarische Überwachung" kann nur in einer Kontrolle der Beschlußfassung bestehen. Außerdem steht es dem Zentralrat ja jederzeit frei, die Volksbeauftragten zu entlassen. Es hat zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten manchen Streit gegeben, aber man hat uns nie entlassen, sondern das Recht der Exekutive uns zuerkannt. Wird der Antrag Geyer angenommen, dann haben wir eine 33köpfige Regierung, das heißt gar keine. Die 33 Mann können wohl lange Debatten pflegen, aber keine schnellen Entschlüsse fassen. Warum soll der Zentralrat nur in Preußen und nicht auch in den andern Bundesstaaten die Legislative haben? Die Frage lautet: Soll der Rat der Volksbeauftragten arbeitsfähig sein oder nicht? Wir sagen ja, lehnen Sie darum den Antrag ab.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die unabhängigen Sozialdemokraten beantragen über diesen Antrag namentliche Abstimmung, desgleichen über den Antrag Lüdemann. Unter großem Lärm wird so beschlossen.

Vorsitzender **Leinert** teilt mit, daß der Antrag Däumig (Rätesystem) mit 98 gegen 344 Stimmen abgelehnt worden ist. Der An-

trag Reinhartz-Cassel auf Wahl eines Präsidenten der Republik wird zurückgezogen. Bei der Wahl des Vollzugsausschusses erklärt **Braß** im Auftrag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, daß seine Partei sich nicht offiziell an der Wahl beteiligt. Darauf wird die Liste der Mehrheitssozialisten angenommen.

Ein Vertreter des **53er Ausschusses** wendet sich gegen die Ausführungen des Gouverneurs von Kiel. Über die Verminderung des 53er Ausschusses habe die Marine zu entscheiden und nicht dieser Kongreß.

Vorsitzender **Leinert** verliest ein Telegramm des Zentralrats der Ostfront, in dem dringend um schleunigste Entsendung geschlossener Formationen nach dem Baltikum ersucht wird. Wenn das Kriegsministerium noch länger den Notschrei der dortigen Truppen unberücksichtigt lasse, müsse der Zentralrat die Verantwortung ablehnen, und die Schuld für die furchtbaren Folgen falle auf das Kriegsministerium.

20. Dezember. Zu Beginn der Sitzung teilt Vorsitzender **Leinert** mit, daß die namentliche Abstimmung über den Antrag Lüdemann, es hinsichtlich der parlamentarischen Überwachung der Reichsleitung bei den Erklärungen von Haase bewenden zu lassen, die Ablehnung des Antrages mit 290 gegen 115 Stimmen ergeben hat.

Ein Antrag Geyer fordert, in Anbetracht des Umstandes, daß der Kongreß jede separatistische Bestrebung ablehne und die Wahlen zur Nationalversammlung schon am 19. Januar stattfinden sollen, Landtagswahlen überhaupt nicht mehr stattfinden zu lassen. Die endgültige Regelung der einzelstaatlichen Verhältnisse sei der Nationalversammlung zu überlassen, die damit gleichzeitig auch Landesversammlung werde.

Schütz begründet den Antrag. Es gelte, alle Kräfte zur Agitation für die Nationalversammlung zusammenzunehmen, und da würden gleichzeitige einzelstaatliche Wahlen die Agitation nur zersplittern. Auf der Nationalversammlung werde es jedenfalls zu einer Vereinigung der deutschen Staaten kommen. — **Kahmann** (Mehrheits-Soz.): Schon aus formellen Gründen kann der Antrag nicht angenommen werden. In mehreren früheren Bundesstaaten haben die Wahlen schon stattgefunden, in anderen sind sie ausgeschrieben. Es ist dringend notwendig, daß die gesetzgebenden Körperschaften dieser Staaten sehr bald an die sachliche Arbeit gehen. Separatistische Bestrebungen befürchte ich nicht. Der Antrag könnte die Folge haben, unsere gestern bereits gefaßten Beschlüsse zu annullieren. — **Seeger**-Leipzig (Unabh.): Es ist nicht zuletzt das alte Bundesstaatensystem gewesen, das Deutschland in seiner Stärke gehemmt hat. Die Reaktion hatte ihren Sitz hauptsächlich in den Einzelstaaten, und deren Politik ist

es nicht zuletzt gewesen, welche zum Zusammenbruch geführt und die Entwicklung zur Freiheit aufgehalten hat. Wir müssen wenigstens den Schritt so weit tun, wie es schon 1848 mit der einigen deutschen Republik versucht wurde, sonst würde ja auch Preußen das alte Übergewicht behalten. Mit dem alten Zustande muß gebrochen werden, wenn wir Deutschland wirtschaftlich und politisch wieder aufbauen wollen. Rücksicht auf die Wahlen kann nicht maßgebend sein. Gerade das System der Bundesstaaten mit ihrem Separatismus führt zur Auflösung. Wir dürfen hinter 1848 nicht zurückbleiben. — **Leinert:** Ob der Antrag, der nicht nur die Gefährdung einheitlicher Agitation für die Nationalversammlung beseitigen, sondern darüber hinaus die Bundesstaaten abschaffen will, dieses Ziel auf diesem Wege erreichen könnte, lasse ich dahingestellt. Es haben bereits Wahlen stattgefunden und sozialistische Mehrheiten erzielt: die können durch einen solchen Beschluß nicht ohne weiteres beseitigt werden. Die Nationalversammlung ist doch bloß berufen, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben: sie allein kann entscheiden, ob die Bundesstaaten weiter bestehen sollen oder nicht. Der Antrag wird, wie ich fürchte, eine ganz gewaltige Agitation bei den bürgerlichen Parteien für die Beibehaltung der Einzelstaaten entfachen, und die ganze Wahlagitation für die Nationalversammlung wird dann unter diesem Gesichtspunkt stehen. Ich bitte, auch an das katholische Bayern, an alle Gebiete zu denken, wo der Klerus vorherrschend ist. Wenn die Agitation nicht zersplittert werden soll, lassen wir lieber die Frage der Bundesstaaten ganz aus dem Spiel, wir würden sonst die Agitation für die deutsche sozialistische Republik nur gefährden.

Der Antrag wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Die Zusammensetzung des neuen Zentralrats, der nur aus Mitgliedern der Mehrheit besteht, wird wie folgt bekanntgegeben:

Robert Leinert (Hannover), Georg Mayer (Ostfront), Hermann Wäger (Ostfront), Hugo Struve (Westfront), Emil Pörschmann (Westfront), Max Cohen (Heimat), Max Pfaff (Marine), Müller (Berlin), Heinrich Zwesta (Nürnberg), Heinrich Schäfer (Köln), Hermann Kahmann (Dresden), Fritz Herbert (Stettin), Walter Lampel (Hamburg), Albert Stuber (Eßlingen), Richard Horter (Karlsruhe), Wilhelm Knoblauch (Darmstadt), Gustav Heller (Berlin), Karl Prokesch (Münden), Karl Jörgiebel (Köln), Karl Bethge (Freiberg), Fritz Volgt (Breslau), Heinrich Kürbis (Hamburg), Otto Sydow (Brandenburg), Albert Grzesinski (Kassel), Max König (Dortmund), Fritz Faß (Westfront), Robert Kohl (Ostfront).

Dr. **Hilferding** (Unabh. Soz.) berichtet dann über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens und führt dazu aus:

Es ist ein tragisches Verhängnis, daß wir in einem Augenblick zur Macht gelangen, wo das Erbe, das wir antreten, verwüstet und ruiniert ist. Das macht die Aufgabe der Sozialisierung jetzt zu einer so ungeheuer

schwierigen. Sie ist nicht unlösbar dadurch geworden, aber ihre Lösung erfordert viel mehr Zeit, als in einer Blüte der Wirtschaft nötig gewesen wäre. Wir müssen jetzt vor allem unsere Wirtschaft in Gang bringen. Darum müssen wir gewisse Gebiete von vornherein von der Sozialisierung ausnehmen. Dazu gehören die bäuerliche Produktion in der Landwirtschaft und gewisse Exportindustrien, deren Wiederaufnahme nötig ist, um uns Rohstoffe heranzuschaffen. Dagegen kann die Sozialisierung in den Betrieben einsetzen, wo das Unternehmen schon zum Privatmonopol geworden und damit reif für die Sozialisierung geworden ist. Sozialisierung bedeutet nicht einfach die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiterschaft, sondern sie bedeutet, daß die gesamte Produktion allmählich übergeführt wird in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft. Dabei muß genau geprüft werden, ob die einzelnen Betriebe dafür reif sind. Der Bergbau ist zunächst dafür reif, denn in ihm verkörpert sich am deutlichsten Wesen und Stärke des deutschen Kapitalismus. Gewinnen wir das Verfügungsrecht über Kohle und Eisen, so treffen wir den Kapitalismus in seiner wirtschaftlichen Machtstellung an der empfindlichsten Stelle. Wir gewinnen dadurch gleichzeitig das Verfügungsrecht über einen großen Teil der Industrie und erhalten durch die Übernahme des Bergbaues und der Schwerindustrie auch Einfluß auf das Bankkapital. Die Sozialisierung kann aber nicht überall gleichmäßig erfolgen. Während Bergbau und Eisenbahnen zweckmäßig ganz in den Besitz der Gesellschaft übernommen werden, wird es besser sein, von anderen Industrien nur jene Teile zu sozialisieren, die Massenartikel produzieren. Der Gedanke liegt sehr nahe, in erster Linie die Banken zu sozialisieren, aber es würde den Aufbau unserer Wirtschaft sehr gefährden, wenn wir durch eine vollständige Sozialisierung des Kreditwesens die Gesundung der Industrie stören. Andere Zweige des Bankwesens können leicht von der Gesellschaft übernommen werden, vor allem die Hypothekenbanken. Das Versicherungswesen ist durchaus geeignet für die Sozialisierung. Bei der Sozialisierung ist zu prüfen, ob die Betriebe konfisziert oder gegen Entschädigung übernommen werden sollen. Die entschädigungslose Konfiskation wäre nur angängig, wenn mit einem Schlage die gesamte Produktion sozialisiert würde. Das aber ist nicht durchführbar. Darum muß der Besitzer entschädigt werden durch eine Staatsrente. Wir können dann durch eine Besitzbesteuerung alles das erreichen, was wir durch eine Konfiskation nur sehr unvollkommen erreichen würden. Die sozialistische Steuerpolitik will ja nicht wie die alte möglichst große Staatseinnahmen erzielen, sondern in erster Linie eine bessere Besitzverteilung, einen Ausgleich der Vermögensunterschiede. So ist die Frage: Konfiskation oder Entschädigung? für uns keine grundsätzliche, sondern nur eine tatsächliche. Die Bergbauregale und andere Regalrechte werden selbstverständlich ohne Entschädigung aufgehoben. In die bäuerlichen Betriebsverhältnisse soll nicht eingegriffen werden. Wir erreichen unseren Einfluß doch durch ein Getreidemonopol. Der Großgrundbesitz kann dagegen vom Staat übernommen werden. Der Großbetrieb in der Landwirtschaft kann in gewissen Zweigen bei besseren Arbeitsverhältnissen dem Kleinbetrieb überlegen gestaltet werden.

Für die Sozialisierung brauchen wir vor allem Zeit. Eine politische Revolution vollzieht sich rasch und leicht; die Ersetzung einer Wirtschaftsform durch die andere erfordert dagegen sehr viel Zeit. In der Übergangswirtschaft muß vor allem gearbeitet werden. Die Revolution kann in wirtschaftlicher Beziehung keine Wunder wirken, aber sie hat doch große Umwälzungen auch auf diesem Gebiete verursacht. Für die Übergangszeit setzte das alte Regime einen Abbau der Löhne und eine längere Arbeitszeit voraus. Tatsächlich haben wir jetzt eine Erhöhung der Löhne und den

Achtstundentag. Die Revolution darf sich nicht auflösen in eine Lohnbewegung, auch nicht in eine Anarchie, in eine ungeordnete, produktionszersetzende Bewegung, wodurch jede Neuorganisation unmöglich wird. Wir müssen die aus dem Klassenstaat übernommene rein materielle Auffassung der Dinge überwinden. Ein neuer Geist muß die Arbeiterschaft in dieser neuen Zeit erfüllen, das Streben, die ganze Menschheit mit den großen Problemen des Sozialismus zu erfüllen. Wenn Sie einen solchen Zustand vorbereiten wollen, dann müssen Sie nicht fragen: was bringt mir die Revolution an Lohn? Dann müssen Sie nicht sagen: heute habe ich besser als gestern gegessen, heute bin ich zufrieden, wenn ich morgen wieder schlechter esse, werde ich wieder unzufrieden sein; sondern Sie müssen sich mit dem neuen, auf das Ganze gerichteten Geist erfüllen, denn keine Arbeit wird schwerer sein, als die Arbeit nach unserem Siege. Besitzlos gehen wir hervor aus der kapitalistischen Gesellschaft, wie wir besitzlos in sie eingetreten sind, wir müssen jetzt arbeiten in dem Bewußtsein, daß unsere Arbeit keine Arbeit mehr ist für Fremde, sondern für uns. Diese neue Gesellschaftsordnung muß allmählich, aber energisch fortschreitend aufgebaut werden.

Haben wir den Anfang gemacht, so schließt sich an diesen Anfang ganz von selbst immer Neues an. Haben wir die Reichseisenbahnen, dann haben wir die Lokomotiven und Wagen zu bauen, dann schließt sich diese ganze Bauindustrie an, an die schließen sich wieder andere Industrien, und so wächst die sozialistische Produktion beständig. Das Proletariat hat also jetzt zwar energisch darauf zu bestehen, daß sozialistische Arbeit in Angriff genommen und durchgeführt wird, ohne Rücksicht auf Privatinteressen, aber es muß auch eine solche Arbeit sein, in der Sie selbst mitarbeiten in den Betrieben, politisch mitarbeiten und unsere Arbeit sichern. Das wird geschehen, wenn es gelingt, in der Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit zu schaffen. Wir brauchen die Stetigkeit der sozialistischen Regierung, und die haben wir nur, wenn die Majorität des Volkes hinter ihr steht. Wir sind fest überzeugt, daß sie zu gewinnen ist. Darum bitte ich Sie, nicht ungeduldig zu werden; alle Sozialisten sind sich ja einig, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhören muß. Aber die Arbeiter müssen sich stets bewußt sein, daß es sich dabei nicht in erster Linie um materielle Forderungen, nicht um eine persönliche Besserstellung, sondern um die Erfüllung eines hohen Ideals handelt, das der Menschheit gestellt ist. Mit diesem neuen Geist müssen wir die Menschheit erfüllen.

Ledebours Referat über die Friedensregelung und ihren Einfluß auf den Neuaufbau der Republik wird wegen Erkältung des Redners von der Tagesordnung abgesetzt.

Mehlich-Dortmund: Ohne sozialistischen Geist werden wir zu einer fruchtbaren Sozialisierung kaum kommen. Notwendig ist zunächst eine Steigerung der Produktion. Diese wird aber unmöglich gemacht, wenn, wie im Ruhrrevier, die Arbeiter übertriebene Forderungen stellen und die ganze Produktion stillgelegt wird. Wenn die Minderheit mit solcher Propaganda fortfährt, dann kommen wir nicht zur Sozialisierung. Die Frage hat heute übrigens nicht mehr große Bedeutung, weil wir die progressive Einkommen- und Vermögenssteuer so einrichten können, daß Vermögen über eine Million überhaupt nicht mehr vorkommen. Aus dem Bergregal haben der Herzog Ahrenberg und viele andere ungeheure Summen eingesteckt, ohne

selbst das Mindeste dafür zu leisten. Diese Millionen müssen schon jetzt für das Reich beansprucht werden. Deutschland wird durch den Sozialismus wieder in die Höhe kommen. — **Berten**-Düsseldorf: Die Volksbeauftragten haben den ernsten Willen, die Sozialisierung in Angriff zu nehmen. Aber Hué hat als Mitglied der Sozialisierungskommission erklärt, daß in absehbarer Zeit daran nicht zu denken ist, denn wir würden, wenn wir jetzt die Sozialisierung vornehmen wollten, lediglich die Konkursverwalter des Kapitalismus sein. Derselben Meinung ist auch Kautsky, der auch in der Sozialisierungskommission sitzt. Über die Notwendigkeit der Sozialisierung sind wir uns einig, es handelt sich lediglich noch um den Zeitpunkt. Aber wir können Vorbereitungen für die Sozialisierung treffen durch Einrichtung einer Betriebskontrolle. Wenn noch jetzt in Rüstungsbetrieben Granaten hergestellt werden und an anderer Stelle wieder zerschlagen werden, so ist das eine Verschwendung von Rohmaterial, Betriebskraft und Arbeitskraft. Auch für die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe können wir Vorbereitungen treffen durch Heranziehung der erforderlichen Kräfte, die für die sozialistische Republik und die Gesamtheit arbeiten. Es muß verhindert werden, daß die Landwirtschaft aus Profitsucht anstatt Lebensmittel Spiritus erzeugt. In der Besitznahme der großen Güter durch die Allgemeinheit würden wir bereits den Anfang der Sozialisierung haben. Damit hängt die Sozialisierung von Grund und Boden zusammen. Über die Banken muß zunächst eine Finanzkontrolle stattfinden, um Vermögensverschleppungen zu verhindern. In der Herstellung einer ungeheuren Menge von Papiergeld durch Provinzen, Kreise und Städte muß Wandel geschaffen werden. Der Arbeiter muß das Bewußtsein erhalten, daß er für sich selbst arbeitet. — **Wenseling**: Wir haben es nicht nötig, uns gegen Unterstellungen einer obstruierenden Minderheit oder von wild gewordenen Besuchern und Besucherinnen auf der Tribüne zu rechtfertigen. Wir würden auf diese Dinge nicht eingegangen sein, wenn es nicht notwendig gewesen wäre, Ihnen (zu den Spartakusleuten) zu sagen, wer Sie sind. — **Schmidthals**: Namens der demokratischen Partei stimme ich im allgemeinen den Ausführungen des Referenten zu, aber als landwirtschaftlicher Unternehmer will ich einiges noch unterstreichen. Das Unternehmertum in Deutschland ist politisch und sozial leider Gottes so rückständig gewesen, daß es sich die stärksten Antipathien im Volke erworben hat. Sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft herrscht der Herrenstandpunkt vor. — Volksbeauftragter **Barth**: Die Frage der Sozialisierung ist die Frage, die darüber entscheidet, ob wir aus dem Chaos herauskommen oder ob wir darin ersaufen. Nicht in den nächsten Monaten, sondern schon in ganz wenig Tagen muß eine

Verfügung ergehen, nach der die für die Sozialisierung reifen Betriebe auch sozialisiert werden, sonst werden wir das geschwundene Vertrauen der Massen niemals wiedergewinnen. (Zuruf: Demagogie!) Wer solche dummen Zwischenrufe macht, der weiß nicht, daß es mein Verdienst ist, wenn in Berlin die streikenden Arbeiter wieder in die Betriebe gegangen sind. Es ist aber unmöglich, die Arbeitermassen weiter in den Betrieben zu halten, wenn sie nicht wissen, es wird sozialisiert. Können wir es aushalten, wenn in Oberschlesien und im Ruhrrevier gestreikt wird? Nein, sonst brechen wir zusammen. Wir müssen sofort erklären: der Kohlenbergbau ist sozialisiert. Ist der Stahlwerksverband, die Lokomotivbauindustrie, sind die Elektrizitätswerke, die Kali- und Stickstoffwerke nicht reif für die Sozialisierung? Während der Zeit nach der Revolution ist nicht ein einziger dieser reifen Betriebe sozialisiert worden. Daher das Mißtrauen der Massen. Man braucht nur zu erklären, der Betrieb des ganzen Bergbaues geht in der alten Weise weiter, aber er ist Staatseigentum. Wenn das geschieht, dann verpflichte ich mich, jeden Streik zu Ende zu bringen, was die Gewerkschaftsführer bis jetzt nicht fertig kriegen. Die Arbeiter müssen nur sehen, daß der gute Wille zur Sozialisierung vorhanden ist. Niemand wehrt sich schärfer als ich gegen die Auffassung, als ob die Revolution eine reine Lohnbewegung wäre. Aber man muß für die Arbeiter auch wirklich etwas tun, wenn man sie zum Verzicht auf hohe Löhne bringen will. Die Revolution bedeutet die Sozialisierung. Kommt die Sozialisierung, dann werden die Arbeiter verzichten im Interesse der Allgemeinheit. Kommt sie aber nicht, dann weiß ich nicht, mit welchen Gründen wir den Arbeitern entgegentreten können. — **Schreck** (Bielefeld): Wenn es mit ein paar Faustschlägen auf den Tisch zu machen wäre, dann wäre der Vorredner der tüchtigste Mann. Aber wenn es darauf ankommt, die Frage praktisch und wissenschaftlich vorzubereiten, so ist er der letzte, der für die Sozialisierung etwas leistet. Die Sozialisierung kann nur das Ergebnis einer organischen Entwicklung sein. Es ist gar nicht wahr, daß die Massen stürmisch und ungeduldig nach der Sozialisierung schreien! (Widerspruch.) Wer im praktischen Leben steht, weiß, daß es sich immer nur um das Streben nach höhern Löhnen handelt. Dieses Streben wird von bestimmten Leuten dazu ausgenutzt, um in die ganze Bewegung destruktive Erscheinungen hineinzutragen. Wir sind schon so weit gekommen, daß ganz zügellos ohne jede Anhörung der Gewerkschaften Lohnforderungen gestellt werden. Geht das so weiter, so nähern wir uns bedenklich den Gelben. Unhaltbar ist der Zustand, daß in den Großstädten die Arbeitslosenziffern steigen, während es auf dem Lande und im Bergbau an den notwendigsten Arbeitskräften fehlt. — **Schollstedt** (Unabh. Soz.):

In der Arbeiterschaft besteht das Mißtrauen, daß es der Mehrheitssozialdemokratie nicht ernst ist mit der Sozialisierung. Dieses Mißtrauen wird nicht dadurch ausgeschaltet, daß man sagt: durch Demokratie zur Sozialisierung! Die Regierung kann das Mißtrauen nur beseitigen, wenn sie folgendem Antrag zustimmt: die Regierung wird beauftragt, mit der Sozialisierung des Bergbaues sofort zu beginnen. — **Maron** (Soz.): Die Sozialisierungskommission muß mit wissenschaftlicher Besonnenheit arbeiten. Erklärt sie einen Betrieb für reif, dann kann er sofort sozialisiert werden. — **Knauer** führt aus, daß nach seiner Meinung unbeschränkt sozialisiert werden kann, daß Deutschland aber, da es mit dem verfeinerten Produkt ins Ausland gehen muß, den Kaufmann nicht ohne weiteres ausschalten kann. Vor Übereilung mit der Sozialisierung glaubt er warnen zu sollen. — **Zimmermann** bezweifelt, daß bei der Stimmung, die in der Mehrheit herrsche, auf dem so hochwichtigen Gebiete der Sozialisierung etwas erreicht werden könne. — **Rickelt**-Berlin: In einer sozialistischen Republik, wie wir sie planen, ist es selbstverständlich, daß alles, was zur Sozialisierung reif ist, auch sozialisiert werden muß. Wenn das End' und Ziel, der tiefere und höhere Sinn des Sozialismus die Vergeistigung der Menschheit, also der Sozialismus der Erwecker aller Ideale ist, wie Hilferding ausgeführt hat, dann muß auch die Sozialisierung des Theaters erfolgen. Dieses Instrument der Volkskultur muß dann auch in diesem Sinne in Tätigkeit gesetzt werden.

Weiter wird aus der Mitte der Versammlung neben der Annahme des Antrages auf sofortige Sozialisierung der Bergwerke und der dazu reifen Industrien auch die sofortige Sozialisierung der Stickstoffindustrie befürwortet. Die betreffenden Großwerke, in denen jetzt gestreikt werde, würden dann wieder zu arbeiten beginnen. Man müsse aufhören, die Kapitalisten an den Unternehmungen zu interessieren, aber anfangen, die Arbeiter daran zu interessieren, nur dann komme man aus dem jetzigen Sumpf heraus, sonst gehe man grauenhaften Zuständen entgegen. Auch die Großbanken dürften nicht länger in den Händen der Kapitalisten verbleiben. Manche Konzessionen, die Hilferding auf dem Gebiete der Landwirtschaft gemacht habe, seien durchaus nicht zu billigen. Die Kriegsbeschädigten müßten von dem neuen sozialistischen Gemeinwesen voll entschädigt, aber nicht auf das Land verbannt werden; sie sollten auch teilhaben an der Kultur. Die Kleinbauernschaft müsse wissen, daß sie nicht enteignet werden solle; sie müsse genossenschaftlich organisiert und ihr jede tunliche Hilfe schon jetzt zuteil werden.

Hierauf wird der Schluß der Debatte beantragt und beschlossen.

Hilferding nimmt im Schlußwort zu den Anregungen der Redner Stellung und warnt noch einmal vor der Annahme, als ob mit der

Sozialisierung nun sofort auch eine Besserung der materiellen Lage der Arbeiter verbunden sei.

Die Sozialisierung verlangt von den Arbeitern unter Umständen auch Opfer, denn heruntergewirtschaftete Unternehmen können nicht sofort hohe Löhne zahlen. Aber die Arbeiter haben wenigstens das Bewußtsein, nicht mehr für den Kapitalisten arbeiten zu müssen. In der Frage der auswärtigen Konkurrenz ist zu berücksichtigen, daß der Lohn nicht nur in Deutschland, sondern in allen kriegführenden Ländern gestiegen ist. Bei der politischen Situation in diesen Ländern ist kaum zu erwarten, daß die Arbeiterschaft sich lohndrückende Maßregeln gefallen lassen wird. Hoffentlich können die englischen, französischen und amerikanischen Arbeiter die Löhne auf der Höhe halten; dann wird uns der Wettbewerb auf dem Weltmarkt erleichtert. Bei den Friedensverhandlungen ist dafür zu sorgen, daß das Herabdrücken der Löhne unmöglich wird. Ferner wird der Sozialismus in Deutschland allein — wenn ich von Rußland absehe — schwieriger sein. Aber wenn wir energisch und unerschrocken, aber auch besonnen vorgehen, wird von hier aus eine ungeheure geistige propagandistische Kraft entstehen, die sich im ganzen Westen auswirken wird. Dann ist Deutschland nur der Anfang, aber der Gedanke des Sozialismus wird sich auf die Staaten ausbreiten, die gestern noch unsere Gegner waren. Die Internationale wird die Menschheit sein.

Der Antrag Lüdemann-Severing: „Der Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte beauftragt die Regierung, mit der Sozialisierung aller dazu geeigneten Industrien, insbesondere des Bergbaues, unverzüglich zu beginnen", wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag Geyer, für die Bergleute einen Mindestlohn festzulegen und die Arbeitszeit auf acht Stunden vom Beginn der Einfahrt bis zur Beendigung der Ausfahrt zu bemessen, sowie die Resolution, welche als die erste und dringendste Aufgabe die Schaffung eines Heimstättengesetzes bezeichnet, werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Einer Kommission war der Antrag überwiesen worden, wonach in den Garnisonen die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen Arbeiter- und Soldaten-Räte liegen solle. Die Kommission schlägt nunmehr folgende Fassung vor:

„Die militärische Kommandogewalt in den Garnisonen wird in ständigem Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten ausgeübt. Militärische Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden von dem Träger der obersten Kommandogewalt mit einem Delegierten der Garnison erledigt."

In dieser Fassung wird der Antrag angenommen.

Weiter ist folgender Antrag eingegangen:

„Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte erklärt es im Hinblick darauf, daß alles geschehen muß, um in der Nationalversammlung eine sichere sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen, für die heilige Pflicht aller überzeugten Sozialisten, sich zu einheitlicher Kampffront zusammenzuschließen gegen die bürgerlichen Parteien, die allesamt die Schildhalter kapitalistischer Interessen sind. Der Kongreß legt den beiden sozialdemo-

kratischen Parteirichtungen ans Herz, ihre Kräfte nicht in gegenseitigem Bruderkampf zu lähmen, sondern zusammenzufassen gegen die gemeinsamen Feinde des Sozialismus und der Revolution. Der Kongreß erwartet daher von den beiden sozialdemokratischen Parteiorganisationen, daß sie alle Differenzen zurückstellen und den Wahlkampf gemeinsam mit einheitlichen Wahlvorschlägen führen."

Seeger (Unabh. Soz.) bittet, diese Resolution nicht zur Abstimmung zu bringen, da der Kongreß nicht dafür zuständig sei, über sozialdemokratische Parteiangelegenheiten zu entscheiden. — **Severing** (Soz.) schließt sich für seine Fraktion der Erklärung Seegers an. — **Sicker**-Frankfurt (Soz.) widerspricht Severing. Der Kongreß habe wohl das Recht, die sozialdemokratischen Richtungen zur Einigkeit zu mahnen. — **Heydmann**-Königsberg (Soldat) tritt gleichfalls als Mitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Partei für Annahme der Resolution ein. Zwischen Haase und Liebknecht bestehe ein größerer Gegensatz als zwischen Haase und Ebert. — **Kahmann** (Soz.) schließt sich dem Redner durchaus an. — **Ledebour**: Wir können den Grundgedanken der Resolution durchaus billigen, und ich habe auch nichts gegen ein Zusammenarbeiten mit der anderen Richtung. Es ist aber unmöglich, mit der anderen Richtung einen gemeinsamen Wahlkampf zu führen, wie ihn ja auch Dittmann empfohlen hat. (Dittmann: Ich habe nur den Grundsatz des einheitlichen proletarischen Klassenkampfes vertreten!) Dann verstehen wir uns nicht mehr! Sie dürfen uns nicht zumuten, mit den Leuten zusammenzugehen, die die Hauptschuldigen an der Kriegspolitik sind; mit Scheidemann, Ebert und Landsberg, die bis zum letzten Augenblick alles aufgeboten haben, um die bürgerlich-kapitalistische Regierung am Ruder zu erhalten. Die Mehrheit meiner Freunde wird jetzt einsehen, daß es einer der schlimmsten Fehler unserer Freunde war, daß sie mit diesen diskreditierten Männern zusammen ins Kabinett eingetreten sind, mit diesen bewußten Kriegsförderern. Darum kann dieser Antrag niemals angenommen werden. Wir werden die Massen der Arbeiter auf unsere Seite bekommen, und erst dann ist die Einigkeit da. — Volksbeauftragter **Scheidemann**: Der Antrag ist zweifellos den besten Absichten entsprungen, aber zweifellos ist auch richtig (Zuruf: Daß du uns betrogen hast! — Gegenruf: Maul halten da oben!), daß dieser Kongreß unmöglich in eine rein parteipolitische Auseinandersetzung eintreten kann. Alle unsere Versuche in dieser Richtung haben bisher keinen Erfolg gehabt. Der Erfolg der jetzigen Anregung war doch auch wieder nur die lebhafte Rede Ledebours und damit eine Zuspitzung der Gegensätze, die für die Arbeiterschaft nicht vorteilhaft sein kann. Viele Leute sehen eben vor lauter Bäumen den Wald nicht, und statt den Kapitalismus zu bekämpfen, drängen sie die Arbeiterschaft auseinander. Die Freunde Ledebours, die jetzt

meine Antwort nicht hören wollen, werden sie am 19. Januar vom Volk erhalten. — **Lampel**-Hamburg (Soldatenfraktion): Da unsere Resolution auf so unfruchtbaren Boden gefallen ist, ziehen wir sie zurück. Ich bitte aber meine Freunde von der Soldatenfraktion, an der West- und Südwestfront das hier Geschehene bekanntzugeben, damit die Soldaten die Antwort darauf geben können. — Frau **Len:** Daß zum erstenmal in einem deutschen Parlament eine Frau das Wort ergreift, das ist wohl ein Beweis der neuen Zeit. Die Revolution kann nur gesichert werden, wenn die großen Massen der noch indifferenten Frauen mit dem Sozialismus vertraut gemacht werden. Die vier Wochen bis zur Wahl müssen bis zur intensivsten Propaganda für den Sozialismus ausgenutzt werden. Ihr habt die Macht, aber nur, wenn ihr einig seid!

Die geeinte revolutionäre Fraktion wünscht den zurückgezogenen Einigungsantrag wieder aufzunehmen; der Kongreß beschließt aber, diese Debatte nicht wieder zu beginnen.

Es geht ein Antrag der unabhängigen Fraktion ein, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung unverzüglich wieder aufzunehmen.

Heckert-Chemnitz begrüßt diesen Antrag deshalb zustimmend, weil der geregelte Rücktransport unserer Truppen und des Heeresmaterials aus Oberost usw. gesichert werden müssen. Wenn etwa der Verband gegen die Wiederherstellung der auch für unsere Wirtschaft unentbehrlichen deutsch-russischen Beziehungen etwas einzuwenden habe, so solle er das öffentlich vor den Arbeitern seiner Länder erklären.

Der Antrag wird nach einer Geschäftsordnungsdebatte mit großer Mehrheit dem Rate der Volksbeauftragten überwiesen.

Lüdemann-Berlin (S.-D.-V.), von den Radikalen mit dem Ruf „Generalschieber" empfangen, ersucht die Delegierten, in ihrer Heimat dafür zu wirken, daß die Eingriffe örtlicher Räte in den Lebensmitteltransport und in die Einfuhrorganisation endlich einmal aufhören. — **Schmidt**-Rheinland erklärt, daß sich diese Anschuldigungen im Rheinland als haltlos erwiesen hätten, als sie nachgeprüft worden seien.

Ein Telegramm des Arbeiterrats Hanau protestiert dagegen, daß die preußische Regierung Hirsch-Breitscheid mit Gewalt den reaktionären Landrat, den Urheber des Blutbades vom 7. November, dem Kreise wieder aufoktroyieren wolle.

Die Garnison Frankenstein in Schlesien protestiert drahtlich gegen die Angriffe auf Offiziere und Unteroffiziere und verlangt sofortiges Einschreiten gegen Liebknecht und Genossen.

Vorsitzender **Leinert** schließt darauf den Kongreß, indem er ausführt: Wir haben keinen Beratungsstoff mehr. Diese Verhand-

lungen werden im Gedächtnis jedes Delegierten haften, aber sie werden auch eine gewaltige Nachwirkung haben weit über das deutsche Volk hinaus auf die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen bilden meines Erachtens bei einer solchen Revolution gar keine besondere Erscheinung. Dieses Parlament ist zusammengetreten, um die Revolution zu festigen und zu sichern. Die Einsetzung des Zentralrats gibt uns die Gewähr, daß die Regierung nur im Sinne der deutschen Arbeiterklasse arbeiten kann. Noch niemals hat das deutsche Volk vor einer so schwerwiegenden Entscheidung gestanden wie von jetzt in vier Wochen, zum erstenmal wird nach dem Wahlrecht gewählt, das die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten gefordert hat, und jetzt hat das deutsche Volk Gelegenheit, die sozialdemokratischen Forderungen zu verwirklichen. Die Frauen und die Wähler unter 24 Jahren müssen in diesen vier Wochen sich mit der revolutionären Politik gründlich beschäftigen, um bei der Stimmabgabe das zu besiegeln, was die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte seit dem 7. November für das deutsche Volk geleistet haben.

Unsere Besprechung der Sozialisierung hat gezeigt, daß wir in dieser großen ernsten Frage einig sind. Wir wollen als Kämpfer der Revolution zusammenstehen, um zu verhindern, daß über diese Errungenschaften der Revolution der imperialistische Kapitalismus in England, Frankreich oder Amerika triumphieren könne. Es gilt auch in dieser Beziehung die Revolution zu sichern, das deutsche Volk frei zu machen von allen Bedrückern, mögen sie in Deutschland oder im Ausland glauben, das deutsche Volk in der gegenwärtigen schweren Not bezüglich der Lebensmittel und der Beschäftigung zum Ausbeutungsobjekt für ihre kapitalistischen Interessen machen zu können. Das weist der Kongreß, das weist das revolutionäre Proletariat Deutschlands mit Entschiedenheit ab, und alle, die glauben, daß aus dieser großen Krise, in der sich das deutsche Volk befindet, sich die Auflösung Deutschlands ergeben würde, sind in einem schweren Irrtum. Nicht Auflösung, sondern Wiedergeburt des deutschen Volkes, Hinaufführung zu der großen, gewaltigen, der deutschen Arbeiterklasse immer und immer gepredigten Stufe der Kultur, das wollen wir, das Volk zur Glückseligkeit, zum Glück und zur Freude hinaufbringen, damit es Liebe zur Arbeit gewinnt, zur Arbeit nicht für die Kapitalisten, sondern für das ganze Volk. Das soll dasjenige sein, was der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands den Arbeitern in ganz Deutschland zuruft. Mit diesen Worten können wir Abschied nehmen von dieser Tagung. Ich fordere Sie alle auf, mit einzustimmen in ein Hoch auf das revolutionäre sozialistische Deutschland, auf die sozialistische Republik Deutschland, auf die geeinigte sozialistische Republik Deutschland, sie lebe hoch!

Die „Disch. Allg. Ztg." schreibt zum Schluß des Kongresses: „Man kann den Schluß des Kongresses nicht erwähnen, ohne anzuerkennen, daß er wirklich praktische Arbeit geleistet hat. Die ersten Tage seines Zusammenseins riefen andere Befürchtungen wach. Das zielbewußte und energische Auftreten der sozialdemokratischen Mehrheit und ihr fester Wille, positive Arbeit zu schaffen, hat jene Schwierigkeiten zu beseitigen gewußt. Die Aufgaben, die dem Kongreß gestellt waren, hat er erfüllt. Es ist dafür gesorgt worden, daß wir durch einen frühzeitigen Termin der Wahlen baldigst zu einer Festigung der innerpolitischen Lage kommen. Und es sind Maßnahmen getroffen, die für die Zeit bis dahin aufräumen mit der Unsicherheit, welche durch die zweifelhafte Verteilung der Machtbefugnisse gegeben war. ... Der Kongreß hat sich für den Aufbau entschieden und alle Versuche, die Beschleunigung dieses Aufbaues zu stören, mit fester Entschiedenheit zurückgewiesen. Damit ist dieses in der deutschen Geschichte eigenartige Parlament, dem nur eine Lebensdauer von wenigen Tagen beschieden war, wieder aus unserem Staatswesen entschwunden. Das nächste Parlament wird die Nationalversammlung sein. Ihr liegt es ob, unsere Zukunft zu gestalten."

Die „Köln. Ztg." sagt: „Es liegt in den Entschlüssen des Kongresses tief verankert — und diesen Anker hält das ganze Arbeit und Ordnung liebende deutsche Volk —, daß jede Willkürherrschaft, wie sie die Unabhängigen durch ihren Vollzugsrat, und jeder Terror, wie ihn Liebknecht und Rosa Luxemburg mit ihren sogenannten Massen ausgeübt haben, in Zukunft zu unterbleiben haben. Der Regierung ist damit eine klare Direktive gegeben worden. Ihre Sache ist es nun, die häßlichen Vorgänge unseres öffentlichen Lebens, die wir jüngst Tag für Tag sahen und die unsere Wirtschaft und unser Ansehen und die politische Moral untergruben, für die Zukunft unmöglich zu machen und alle Versuche, sie zu wiederholen, mit eiserner Faust niederzuhalten."

Das „Leipz. Tagebl." urteilt: „Die Beschlüsse der Versammlung, wenn man sie jetzt im ganzen überblickt, sind glücklicherweise so, daß wir hoffen dürfen, über die vier Wochen, die uns noch von der Nationalversammlung trennen, einigermaßen heil hinwegzukommen. Denn darum handelt es sich jetzt doch vor allem, daß wir nun wissen, der augenblickliche Zustand habe bald ein Ende, und daß wir Klarheit bekommen haben, wie bis dahin die politische Macht verteilt sein wird, unter was für Regierungsverhältnissen wir in dem nächsten Monat zu leben haben. Manche anderen Beschlüsse des Kongresses sind nur vorläufig, und ihre Bestätigung oder Aufhebung ist der Nationalversammlung vorbehalten, wieder andere aber sind zwar endgültig, doch für uns weniger wichtig als die augenblickliche Ordnung der staatlichen Machtbefugnisse."

Die „Münch. Neust. Nachr." äußern sich: „Der Kongreß hat nach manchen Abirrungen von innen und Störungen von außen, die seine Verhandlungsfähigkeit ernstlich zu bedrohen schienen, schließlich in den Hauptfragen gute Arbeit geleistet und die Hoffnungen der Radikalen enttäuscht. In der Frage der Nationalversammlung wie in der Übertragung einer verstärkten Exekutivgewalt an die vorläufige Reichsleitung und nicht zuletzt auch in der Ausschaltung des Berliner Vollzugsrates, der durch einen aus gemäßigten Elementen zusammengesetzten Reichszentralrat ersetzt wurde, liegt ein großer Sieg der Regierung Ebert."

Das „Berl. Tagebl." schreibt: „Erfreulich ist, daß die Regierung der Volksbeauftragten durch den Kongreß in ihrer Machtvollkommenheit gestärkt worden ist. Der Groß-Berliner Vollzugsrat hat aufgehört, die Aufsichtsbehörde für die Regierung zu sein. An seine Stelle ist ein aus lauter

Mehrheitssozialisten gewählter Zentralrat getreten, der über die Regierung noch eine parlamentarische Kontrolle ausüben, aber nicht selbst Gesetze erlassen darf. Vielmehr ist, mit dieser Einschränkung, auch die gesetzgebende Gewalt an die Volksbeauftragten übergegangen. Daß eine solche Machtvollkommenheit große Gefahren in sich birgt, kann keinen Augenblick verkannt werden. Der neugeschaffene Zustand ist auch nur als ein kurzes Provisorium erträglich. Aber mit diesem Vorbehalt ist er allerdings den bisherigen revolutionären Einrichtungen vorzuziehen. Er ermöglicht ein allmähliches Abbauen des Rätesystems und damit den Übergang zu den demokratischen Formen der künftigen Volksrepublik. So ist im ganzen der Verlauf des Delegiertenkongresses ergebnisreicher gewesen, als man bisweilen besorgen mußte."

Noch am selben Tage konstituiert sich der auf dem Kongreß gewählte Zentralvollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte und wählt zu Vorsitzenden Leinert-Hannover, Cohen-Reuß und Hermann Müller. Zum Kassierer wird Schäfer-Köln und zum Schriftführer Waeger-Ostfront bestimmt. Daran schließt sich eine Sitzung in Gemeinschaft mit den Volksbeauftragten. In dieser wird über die Durchführung der auf dem Kongreß angenommenen Anträge beraten. In der Sache liegen Erklärungen der obersten Heeresleitung, der militärischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission, des Kriegsministeriums, des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und anderer Stellen vor, wonach die Zurückführung der Truppen in die Heimat und die Durchführung der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages bei sofortiger Verwirklichung der Forderungen des Kongresses auf das schwerste gefährdet sein würden. Der Zentralrat stimmt darin überein, daß gesetzliche Verordnungen zur Ausführung der Kongreßbeschlüsse erforderlich sind. Diese Verordnungen nebst Ausführungsbestimmungen sollen so schnell wie möglich erlassen werden. Bis dahin bleibt es bei den bisherigen Zuständen.

Loslösungsbestrebungen in Preußen.

Rheinland.

4. Dezember. In zwei in Köln abgehaltenen Zentrumsversammlungen behandeln Geheimrat Trimborn und Geheimrat Marx-Düsseldorf das neue Programm der Partei. Nach ihnen kritisiert Dr. Hoeber, der Chefredakteur der „Kölnischen Volkszeitung", die gegenwärtige preußische Regierung scharf abfällig. Ihre Politik entfessele den Kampf aller gegen alle. Die notwendige Folge ihrer wahnwitzigen Verschleuderung des Staatsvermögens werde der Staatsbankerott sein. Um nicht in den durch den Berliner Wirrwarr entstandenen Bürgerkrieg hineingerissen zu werden, seien Rheinland und Westfalen auf die Selbsthilfe angewiesen, bevor dem Vaterland Fremde

und gewisse Volksverführer in Berlin ein unausbleibliches Schicksal bereiteten. Andere Parteien seien gleichfalls bereit, mitzuarbeiten. Beide Staaten sollen sich unter dem Namen Rheinisch-Westfälische Republik zu einem selbständigen Staatswesen ohne Lostrennung vom Deutschen Reiche erklären. Nach seinen mit sehr großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wird folgende Entschließung gefaßt:

„In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reiche, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Überzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichend bildende Staatskräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien in Rheinland und Westfalen und den anderen Ländern am Rhein auf, baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reiche angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten."

Diese Absonderungsbestrebungen stoßen jedoch sofort auf heftigen Widerspruch. In Köln und besonders im nördlichen Rheinland und in Westfalen macht sich ganz energische Opposition geltend; auch der Kölner Erzbischof Dr. v. Hartmann läßt erklären, daß er jenen Bestrebungen völlig fern stehe.

Die „Köln. Ztg." wendet sich gleichfalls mit aller Energie gegen den Ruf „Los von Berlin" und polemisiert entschieden gegen einen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung", der eine rheinische Republik mit eigenem rheinischen Recht fordert:

„Wir fragen erstaunt, was das heißen soll. Eben hat sich noch ein rheinischer Freiheitsbund gebildet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den »planmäßigen Versuchen« entgegenzutreten, »unsere rheinische und deutsche Gesinnung zu unterdrücken« — Männer, die dem Gedankenkreis der »Kölnischen Volkszeitung« nahestehen, haben diesen Aufruf zu allererst unterschrieben —, Kardinal v. Hartmann hat nach derselben »Kölnischen Volkszeitung« entschieden in Abrede gestellt, daß er, wie behauptet worden war, auf die Schaffung eines selbständigen westdeutschen Staatswesens hinarbeite, und schon ertönt in der »Kölnischen Volkszeitung« der Ruf nach dem selbständigen rheinischen Staate! Ganz gewiß lehnen die Männer, die jene »stürmische Aufforderung« verbreiten, die Loslösung der Rheinlande von Deutschland ab, sie wollen, daß die rheinische Republik der Grundstein zum neuen Deutschland werde. Aber sie übersehen dabei, wie rasch heute alle Entwicklung läuft, wie alle geplante Mäßigung oft in wenigen Stunden, wenn der Tag der Ausführung gekommen ist, überspült wird vom Radikalismus, der alle Dinge zum unbedingt Schlechten verdreht. Der Ruf nach einer rheinischen Republik erscheint uns gerade jetzt äußerst übel angebracht, der Schritt vom Kapitol des besonderen Staates in Deutschland bis zum Tarpejischen Felsen der Loslösung vom Reich äußerst klein; hüten wir uns auch davor, dem Feinde durch solche Sonderwünsche eine Waffe in die Hand zu geben, mit der er die eigenen Sonderwünsche durchsetzen könnte. Nach der Einheit des Volkes rufen wir alle Tage, die Einheit des Reiches zu wahren, erscheint uns inmitten dieses fürchterlichen Zusammenbruchs als das wesent-

lichste Ziel; mit provinzieller Eigenbrötelei werden wir dieses Ziel eher verfehlen als erreichen. Nicht nach einer besonderen rheinischen Republik sollte daher der Ruf ergehen, sondern nach Erhaltung der Einheit Deutschlands und Bewahrung unserer rheinischen Kultur im Sinne des Freiheitsbundes der Rheinlande."

Während in Trier die Absonderungsbestrebungen zustimmend aufgenommen werden, erhebt am

7. Dezember eine vom Arbeiterrat in Köln einberufene Versammlung im Gürzenich schärfsten Protest gegen den Plan bürgerlicher und klerikal-kapitalistischer Kreise, die rheinisch-westfälische Republik auszurufen.

In diesem Bestreben, unter dem Schutze der Okkupationsmächte die westdeutschen Provinzen in die Gefahr der Loslösung vom Reiche zu bringen, ganz gleich, in welcher Form es geschieht, erblickt die Versammlung einen Verrat an der deutschen Volkseinheit. Die Versammlung ist der Ansicht, daß großkapitalistische Kreise einen selbständigen rheinisch-westfälischen Staat nur erstreben, um sich vor der drohenden Sozialisierung der Produktionsmittel zu schützen. Die klerikal-feudalen Kreise verfolgen kirchenpolitische Interessen und fallen dem deutschen Volke in der Stunde schwerster Not in den Rücken. Die Versammelten erklären, daß nur der großdeutsche demokratisch-sozialistische Einheitsstaat auf der Grundlage des deutschen Sprachgebietes einschließlich Deutsch-Österreich Gewähr dafür bietet, daß das deutsche Volk in seiner Kultur und wirtschaftlichen Entwicklung auf die höchste Stufe emporgehoben werden kann. Jeder Separatismus und Partikularismus wird mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Versammelten geloben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die volksfeindlichen Loslösungsbestrebungen zu bekämpfen.

10. Dezember. Die preußische Regierung wendet sich in folgendem Erlaß scharf gegen die Loslösungsbestrebungen:

„Die in verschiedenen Gegenden des preußischen Staates gemachten Versuche, Teile von Preußen loszutrennen oder in Preußen eigenmächtig obrigkeitliche Befugnisse auszuüben, geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß solche Bestrebungen das Gemeinwohl gefährden und deshalb mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden müssen.

Dies gilt insbesondere auch für diejenigen gemischt-sprachlichen Landesteile Preußens, über deren staatliche Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag Bestimmung getroffen werden wird.

Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die Nationalversammlung entschieden werden.

Sämtliche preußischen Behörden werden angewiesen, sich nach diesen Vorschriften unweigerlich zu richten. Allen dem zuwiderlaufenden Eingriffen ist unnachsichtlich entgegenzutreten. Auch erwarten wir in jedem einzelnen Falle sofortige telegraphische Anzeige.

Berlin, den 10. Dezember 1918.

Die preußische Regierung.

gez. Hirsch. Ströbel. Braun. Eugen Ernst. Adolf Hoffmann. Rosenfeld."

Am **11. Dezember** nimmt auch die deutsche Reichsregierung in einem Erlaß scharf Stellung gegen die Trennungsbestrebungen:

„Am 4. Dezember 1918 forderten in zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsabgeordneter die anerkannten Vertreter

des Volkswillens aller Parteien im Rheinland, in Westfalen und in anderen Ländern am Rhein« auf, die Proklamierung einer dem Deutschen Reiche angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung oder Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reichs oder Preußens vom Gesamtgebiet ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und die Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und volkstümlich regelt. Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preußischen Staates endgültig bestimmt werden. Die Neuregelung seines Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahrscheinlichen Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken, sind diejenigen »anerkannten Vertreter des Volkswillens« berufen, die auch in Rheinland und Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden. Auf das entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage traten. Die Einheitlichkeit des Reiches wird nicht »gewahrt«, sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweislosen Behauptungen, es bestehe die »völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen«; vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch im Rheinland und in Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten deutschen Reiches und ihrer provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche offener oder versteckter Art zu vereinigen und dementsprechend zu handeln.

Berlin, 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten:

Ebert. Haase. Landsberg. Barth. Dittmann. Scheidemann.

Dr. Preuß, Staatssekretär."

Posen und Oberschlesien.

Wesentlich bedenklicher als die im Westen sich geltend machenden Loslösungsbestrebungen ist die in der Provinz Posen und in Oberschlesien auftretende Bewegung. Denn während die Bestrebungen in der Rheinprovinz und in Westfalen zwar eine Trennung von Preußen, aber unter Wahrnng der einheitlichen Verbindung mit dem Deutschen Reiche zum Ziele haben, geht die Bewegung im Osten offen darauf aus, die gemischtsprachigen Landesteile nicht nur von Preußen, sondern auch vom Deutschen Reiche loszulösen und mit einem selbständigen Großpolen zu vereinigen. Diese Bestrebungen treten immer offener her-

vor, sodaß schon Mitte November 1918 ein Oberkommando Heimatschutz Ost in Berlin errichtet wird und ein Aufruf an das deutsche Volk ergeht, worin zur Meldung von Freiwilligen zum Schutze der deutschen Ostgrenze gegenüber den polnischen Angriffsabsichten auf Schlesien und Posen und auf die beiden preußischen Provinzen im Osten aufgefordert wird.

Am 18. November befinden sich bereits Wreschen, Jarotschin, Pleschen und Ostrowo in polnischen Händen. In dem zuletzt genannten Ort bildet sich ein polnischer Truppenkörper von über 10000 Mann unter dem Namen 1. polnisches Infanterieregiment, das die deutschen Kasernen dort bezieht. In Posen wird durch den Arbeiter- und Soldatenrat auf Wunsch der Polen der deutsche Oberbürgermeister abgesetzt und durch den Polen v. Drwenski ersetzt, ohne daß die Stadtverordneten auch nur gefragt werden. Der neue Oberbürgermeister geht sogar zu Drohungen gegen die Deutschen über, denn er erklärt, wenn der Heimatschutz wirklich ausgeführt werden sollte, dann befürchte er das Schlimmste für die Provinz, denn „dann wird die Ausfuhr uns einfach ganz unmöglich gemacht". In einem Aufruf der Kommissare des obersten polnischen Volksrates werden die polnischen Soldaten, die von der Westfront kommen, gebeten, sich auf dem Heimweg nirgends aufzuhalten, sondern sofort in die polnischen Volkswehren in den preußisch-polnischen Landesteilen einzutreten. Daraufhin gehen der Stab und das Rekrutendepot der 2. Gardedivision mit zwei Pionierkompagnien nach Posen ab.

Am **24. November** erläßt der Volksausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats bei der obersten Heeresleitung folgenden Aufruf an alle Soldatenräte des Feldheeres:

„Kameraden! Noch leidet das neue Reich an den Rückwirkungen der glänzend geglückten Umwälzung, und schon drohen unserer verjüngten Heimat neue Gefahren. Während wir die Waffen aus der Hand zu legen gewillt sind, will das neuerstandene Polen unsere augenblickliche Lage mißbrauchen. Unstreitig deutsches Land soll dem großen deutschen Vaterlande entrissen werden. Unser aller Rechtsempfinden empört sich gegen den Gedanken, daß unter Mißachtung der Wilsonschen Friedensgrundsätze kerndeutsche Brüder und Landesteile gewaltsam abgetrennt und einer polnischen Zwangsherrschaft unterstellt werden sollen.

Kameraden! Diese Erscheinung mahnt uns gegen Zwietracht und Auflösung. Einig und geschlossen müssen wir uns um unsere vom Vertrauen des werktätigen Volkes getragene Reichsregierung scharen. Nur dann wird sie das Maß an Einfluß erlangen, um einen Völkerfrieden aufzubauen, der das deutsche Volk schützt vor nationaler Zerreißung und auch ihm das Recht der Selbstbestimmung sichert."

Unterstaatssekretär v. Gerlach, der am 20. November an einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats in Posen teilnimmt, legt den Standpunkt der Regierung dahin fest, daß diese die Polenfrage

als eine Frage der Zukunft betrachte. Es handle sich hier lediglich um eine internationale Frage, die auf dem Friedenskongreß entschieden werden müsse. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker werde auch in bezug auf Posen gewahrt werden. Keine nationale Minderheit solle unterdrückt werden.

Bei dem Festhalten der Regierung an diesem theoretisierenden Standpunkt schwillt den Polen immer mehr der Kamm. Am

3. Dezember tritt in Posen ein polnischer Volkstag zusammen, der tatsächlich weiter nichts ist als ein polnischer Teilgebietslandtag und bis einschließlich 5. Dezember zusammen bleibt. Dann vertagt er sich auf unbestimmte Zeit, nachdem er u. a. folgende Beschlüsse angenommen hat:

Die bisherigen Beamten, sofern sie den Polen nicht ausgesprochen feindlich gesinnt sind, in ihren Ämtern zu belassen und ihre spätere Weiterverwendung von dem Erlernen der polnischen Sprache abhängig zu machen, die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden und -organe durch polnische Vertreter zu überwachen, Bürgerwehren zu errichten, die Ausfuhr von Lebensmitteln nach deutschen Gegenden streng zu überwachen, diesen die Hilfe jedoch nicht zu versagen, sofern der polnische Bedarf gedeckt ist.

Gleichfalls angenommen werden die Beschlüsse, die sich mit der Stellung der polnischen Gebietsteile zum Verhältnis der Schule zu den einzelnen Glaubensbekenntnissen, dem Staate, den Eltern und den Lehrern befassen. Es sollen keine Simultanschulen, sondern reine Bekenntnisschulen errichtet und die Schulen allmählich polonisiert werden, während der Religionsunterricht sofort in allen Klassen polnisch zu erteilen ist.

Hierauf erfolgt die Wahl des obersten Volksrates, des obersten Organs der Polen innerhalb der Grenzen des bisherigen Deutschen Reiches, der aus 80 Mitgliedern zu bestehen hat.

Am **4. Dezember** kommt es in Hohensalza durch polnische Banden zu Plünderungen, die sich am

5. Dezember wiederholen und zu Straßenkämpfen führen; auch Maschinengewehre und Handgranaten spielen dabei eine Rolle. Die Garnisontruppen, das Infanterie-Regiment Nr. 141, versagen, worauf das Heimatschutz-Regiment Nr. 18 die Ruhe wiederherstellt. Der fast ausschließlich polnische Soldatenrat in Hohensalza droht darauf am folgenden Tage, die Lebensmittelausfuhr nach dem Westen abzuschneiden, wenn der Heimatschutz nicht aufgehoben werde. Am

7. Dezember bildet sich daher in Hohensalza ein deutscher Volksrat für Stadt und Kreis Hohensalza, der telegraphisch den Volksbeauftragten Ebert bittet, im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und des Schutzes von Land und Eigentum der gesamten Bevölkerung den Heimatschutz nicht aufzuheben.

Gleichzeitig wird neben der polnischen auch eine deutsche Bürgerwehr in Hohensalza gegründet.

8. Dezember. Das Kommissariat des obersten polnischen Volksrats in Posen richtet an den Unterstaatssekretär v. Gerlach ein Telegramm, worin es Beschwerde darüber führt, daß trotz aller Vorstellungen die Generalkommandos in Stettin und Breslau Abteilungen des Heimatschutzes in polnisches Grenzgebiet schickten. In Witkowo sei die Militärdiktatur verkündet, in Stettin seien Soldaten polnischer Herkunft aufgehalten worden. Sollte bis zum 10. Dezember abends beim Kommissariat des obersten polnischen Volksrats keine telegraphische Antwort eingetroffen sein, so würde es in einigen Kreisen die Lebensmittelausfuhr sperren.

Auf diese Beschwerde antwortet Unterstaatssekretär v. Gerlach drahtlich:

„Über die Vorgänge in Witkowo hat mir Sonntag (8. Dezember) ein dorthin entsandter Vertrauensmann berichtet. Die Absetzung der Beamten des A.- und S.-Rates ist alsbald rückgängig gemacht worden. Auf Grund des Berichtes über Witkowo habe ich gestern im Kriegsministerium allgemein die Anwesenheit von Offizieren im Osten beantragt, die ähnliche Übergriffe ausschließt. Auf Grund Ihres heutigen Telegramms beantrage ich sofort bei der Reichsregierung eine schleunige Sitzung mit allen beteiligten Instanzen zur endgültigen Regelung des Heimatschutzes. Ich bitte dringend, bis zum Ergebnis dieser Sitzung alle Maßregeln von unübersehbarer Konsequenz, insbesondere betreffend Lebensmittellieferungen, auszusetzen. Sonnabend (14. Dezember) kommen Minister Hirsch und ich nach Posen zur mündlichen Verhandlung.

Ministerium des Innern: v. Gerlach."

Im Anschluß an dieses Telegramm ermahnt das Kommissariat die Bevölkerung, ihre Rechte zu verteidigen, jedoch Ruhe und Ordnung zu bewahren. Das polnische Volk solle vertrauen, daß das Kommissariat alles tun werde, um die Lage aufzuklären und die Wünsche der polnischen Allgemeinheit zu verwirklichen.

12. Dezember. Anläßlich des in Posen tagenden Vertretertags der deutschen Volksräte der Provinz Posen wird ein deutscher Provinzial-Volksrat für Posen gegründet.

Gegen das Vorgehen der Polen, insbesondere beim Ausbruch der Revolution, die ihnen nur ein Mittel sei, ihre nationalen Ziele zu fördern, gegen die lange Reihe von Übergriffen, die in den Beschlüssen des Teilgebietslandtages ihren Höhepunkt fanden, gegen das den Wortlaut und Sinn des § 13 der Wilsonschen Friedensbotschaft vom 8. Januar 1918 vergewaltigende Vorgehen der Polen wird in einer Entschließung scharfe Verwahrung eingelegt. Die Versammlung bezeugt es immer wieder, die Vertreter aus allen Teilen der Provinz, aus allen Lagern versichern es stets aufs neue, daß die Not der Stunde die Deutschen zusammengeschlossen habe. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer Organisation, die planvoll in dem Kampf für die Gleichberechtigung der Deutschen im Volksstaate die Vorbereitung einer etwaigen Volksabstimmung und der Nationalversammlung aufzunehmen habe.

An den Rat der Volksbeauftragten, die preußische Regierung und die Waffenstillstandskommission sowie an Wilson werden Proteste abgesandt gegen den Versuch, den Entscheidungen der Friedenskonferenz vorzugreifen und einen Staat im Staate zu schaffen.

Die preußische Regierung nimmt gleichwohl andauernd eine abwartende Stellung ein. Am

15. Dezember findet in Posen eine Besprechung der Minister Hirsch und Ernst, des Unterstaatssekretärs von Gerlach und verschiedener Kommissare der Zentralbehörden mit den Spitzen der provinzialen Zivil- und Militärbehörden sowie den Vertretern des polnischen und deutschen Volksrates statt. Nach eingehender Erörterung der Frage des Grenzschutzes präzisiert Minister Hirsch die Stellungnahme der Regierung wie folgt:

„Die Regierung hält einen besonderen Heimatschutz für die Provinz Posen nicht für nötig. Dagegen ist ein Grenzschutz unbedingt erforderlich zur Übernahme des Ostheeres und um die Ausfuhr von Lebensmitteln zu verhindern. Der Grenzschutz ist von bodenständigen (d. h. den in Friedenszeiten in demselben Bezirk garnisonierenden) Truppen unter Kontrolle der Soldatenräte wahrzunehmen. Eine anordnende Gewalt steht den Soldatenräten nicht zu. Die zurzeit noch in der Provinz befindlichen Truppen aus fremden Bezirken sollen sofort zurückgezogen werden, sobald Truppen aus den zuständigen Generalkommandos zur Verfügung stehen, die sich aus den dienstpflichtigen Jahrgängen und Freiwilligen zusammensetzen."

Bei Erörterung der Lebensmittellieferungen aus der Provinz Posen wird die von polnischer Seite geforderte Einrichtung polnischer Kontrolleure bei den Regierungsstellen in Posen, Westpreußen usw. von den Regierungsvertretern mit dem Hinweise darauf abgelehnt, daß die Behörden ja schon durch die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte kontrolliert würden. Wenn außerdem Kontrollen des polnischen Volksrates zugelassen würden, hätten solche des deutschen Volksrats denselben Anspruch. Das ergebe ein Nebeneinander von Instanzen, das jede Verwaltungstätigkeit lahm legen müsse.

Als ein Hauptführer der polnischen Bewegung erweist sich der Klaviervirtuose Ignaz Paderewski, dessen Kunstreisen den Deckmantel abgeben müssen für eine großzügige nationalistisch-polnische Agitation. Am

24. Dezember trifft Paderewski von Paris in Danzig ein und hat noch im Laufe des Tages Besprechungen mit polnischen Führern, so z. B. mit den Abgeordneten Korfanty und v. Donimirski. Am

25. Dezember findet in einem Hotel eine mehrstündige Geheimsitzung statt, woran außer verschiedenen Polenführern auch ein Major der polnischen Legion und drei englische Offiziere nebst polnischen Soldaten der Garnison Danzig teilnehmen. Am

26. Dezember sieht man in Danzig folgende, anscheinend von deutsch-nationaler Seite ausgegangene Maueranschläge:

„Die polnischen Truppen sind da. Die Stadt wird besetzt. Das deutsche Volk, die deutsche Regierung werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Beschlüsse wurden am ersten Weihnachtsfeiertage in geheimer Versammlung von Polen in Danzig gefaßt unter Führung Paderewskis, Korfantys, Kubaczs und des Chefs der britischen Mission. Französische und englische Offiziere und eine Anzahl polnischer Soldaten der Danziger Garnison waren dabei. Der Plan soll in den nächsten Tagen ausgeführt werden. Die Kommission fährt am zweiten Feiertag nach Posen und trifft sich dort mit einer polnischen Abordnung aus der Schweiz. Die polnische Republik unter Paderewski als Präsident wird ausgerufen. Danzig, Westpreußen, Posen, Schlesien und Pommern bis Stolp sollen polnisch werden."

Von polnischer Seite werden die Behauptungen über geheime Beratungen für erfunden erklärt, es habe sich vielmehr lediglich um eine Begrüßungsfeier für Paderewski gehandelt. Die Führer der englisch-französischen Militärmission in Danzig Oberstleutnant Grimwood und Major Engel erklären, daß sie an derartigen Beratungen nicht teilgenommen hätten. Paderewski selbst reist mit andern polnischen Führern noch am selben Tage nach Posen, wo er demonstrativ in einem vierspännigen Wagen unter der offensichtlich vorbereiteten Teilnahme der polnisch sprechenden Bevölkerung vom Bahnhof in die Stadt eingeholt wird. Das steigert die schon bestehende Siedehitze ins Unerträgliche.

Gegenüber den vielfachen Gerüchten, die über die Anwesenheit Paderewskis in Posen verbreitet werden, wird von W. T. B. folgendes mitgeteilt:

Von deutscher Seite war für die Reisegesellschaft des Klavierkünstlers Paderewski, der in letzter Zeit als Vertreter Polens in Amerika bestellt war, freies Geleit nur für die Fahrt von Danzig nach Warschau zugesichert worden, jedoch nicht zur Reise nach Posen. Der Aufforderung eines deutschen Offiziers, der Paderewski entgegengesandt wurde, Paderewski möge mit Extrazug sogleich nach Alexandrowo fahren, leistete Paderewski nicht Folge. Der von dem Offizier erhobene Protest gegen die Reise Paderewskis nach Posen wurde von dem Paderewski begleitenden englischen Oberst Wade entgegengenommen, der jedoch behauptete, daß die Waffenstillstandskommission über die beabsichtigte Reise Paderewskis nach Posen informiert sei. Diese Behauptung entspricht aber nicht den Tatsachen. Vielmehr bezog sich der Antrag des Vorsitzenden der englischen Waffenstillstandskommission lediglich auf freies Geleit für eine Reise Paderewskis von Danzig nach Warschau, das deutscherseits auch nur diese letztere Reiseroute zugesagt wurde. Die deutsche Regierung hat durch ihre Vertreter in der Waffenstillstandskommission in Spaa bereits vor Ausbruch der Unruhen in Posen den Alliierten gegenüber scharf betont, daß der Aufenthalt Paderewskis in Posen keinesfalls gestattet werden und daß die Verantwortung für etwa aus Paderewskis Anwesenheit in Posen entstehende Vorkommnisse nicht übernommen werden könne. Auch neuerdings ist von unseren Vertretern in Spaa Einspruch dagegen erhoben worden, daß das dem englischen Oberst Wade gewährte Freigeleit zur Anzettelung aufrührerischer Demonstrationen mißbraucht werde. Es ist von den Alliierten verlangt worden, sofort Anweisung zu geben, daß Paderewski und Wade Deutschland auf dem schnellsten Wege verlassen.

27. Dezember. In Posen kommt es zu blutigen Straßenkämpfen zwischen Deutschen und Polen.

Über die Vorgänge gibt das Bureau des Soldatenrats folgende Darstellung: Gegen 5 Uhr nachmittags erbat sich der vom Soldatenrat beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes im Polizeipräsidium Blenkertz militärischen Schutz vom Feldartillerie-Regiment 20. Dieser kam mit zwei Maschinengewehren, die vor dem Dienstgebäude nach dem Wilhelmplatz zu aufgestellt wurden. Bei der allgemeinen Aufregung fiel von irgendeiner Seite (ob von den Sicherheitsmannschaften oder von der Straße, ist nicht festzustellen), der erste Schuß. Es entspann sich ein Feuergefecht mit Maschinengewehren und Handgranaten. Um Blutvergießen zu vermeiden, wurde zwischen Delegierten des polnischen Bürgerwehrkommandanten und solchen des Polizeipräsidiums verhandelt. Während die ersteren im Polizeipräsidium weilten, fielen draußen neue Schüsse. Es gelang, eine Einigung zu erzielen, dahin gehend, daß die Soldaten vom Feldartillerie-Regiment mit den Waffen, aber ohne Munition abziehen könnten. Das geschah, die deutschen Soldaten vom Feldartillerie-Regiment fügten sich. Um einen mißverständlichen Angriff auf sie zu verhüten, wurden sie von drei Gruppen polnischer Bürgerwehr eskortiert. Auf dem Polizeipräsidium blieben 24 deutsche und 24 polnische Soldaten bis heute morgen als Wache zurück. Die Schießerei vor dem Schloß soll dadurch entstanden sein, daß etwa 100 Mann von der Grenadierkaserne heranrückten. Sie sind nach Kampf entwaffnet worden.

28. Dezember. In Posen kommt es zu neuen Zusammenstößen zwischen Deutschen und Polen. Der Bahnhof wird von den Polen besetzt, von den Deutschen zunächst wieder genommen, fällt aber schließlich doch der polnischen Übermacht zum Opfer, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gibt. Die militärische Gewalt wird der Bürgerwehr übertragen. Mittags wird folgende, von den deutschen und den polnischen Behörden unterzeichnete Bekanntmachung angeschlagen.

Über die Stadt Posen ist bis auf weiteres vom heutigen Tage ab das Standrecht verhängt worden. Alle Zivilpersonen dürfen nach 5 Uhr abends die Wohnung nicht verlassen, mit Ausnahme der Mitglieder des Vollzugsausschusses, der Sanitätspersonen und der Polizeiorgane. Das Versammlungsrecht ist bis auf weiteres aufgehoben. Alle bisher ausgestellten Waffenscheine sind ungültig. Alle Offiziere sind sofort zu entwaffnen und haben ihre Rangabzeichen abzulegen. Alle Mannschaften, sofern sie nicht zum Wach- und Sicherheitsdienst gehören, haben unbewaffnet in der Stadt zu erscheinen. Die Offiziere, sofern sie nicht unbedingt in der Garnison benötigt werden, haben sofort die Stadt zu verlassen. Offiziere, die zwecks Durchführung der Demobilmachung in der Stadt verbleiben müssen, haben sich sofort mit neuen Ausweisen zu versehen. Zuwiderhandelnde werden vor das Standgericht gestellt und nach Kriegsgesetz bestraft. Umzüge und Menschenansammlungen, sowie Theater- und andere Vorstellungen sind vorläufig untersagt.

Die öffentlichen Gebäude bleiben von dem polnischen Wach- und Sicherheitsdienst besetzt. Der Zugverkehr wird wieder aufgenommen, Telegramm- und Fernsprechverkehr bleiben vollständig eingestellt.

29. Dezember. Gnesen wird von den Polen besetzt, nachdem das in der Stadt stehende Dragoner-Regiment Nr. 12 und das In-

fanterie-Regiment Nr. 49 überrumpelt worden sind. Aus Kolberg werden darauf das Artillerie-Regiment Nr. 2 und das Infanterie-Regiment Nr. 54 nach Gnesen abgesandt. Noch am selben Tage kommt eine Abteilung des Heimatschutzes aus Bromberg an, welche die Übergabe der Stadt Gnesen fordert. Es entspinnt sich ein kurzer Feuerkampf, bei dem es einige Tote auf beiden Seiten gibt. Darauf werden Verhandlungen eingeleitet, die damit enden, daß die Deutschen sich verpflichten, Gnesen und Umgebung zu verlassen, während die Polen die Hälfte des eroberten Kriegsmaterials herausgeben. Die Gefangenen werden freigelassen.

Verschiedene kleine Städte, wie Schrimm, Czempin usw., werden auf Grund friedlicher Vereinbarungen in polnische Verwaltung übernommen. Auch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Wreschen, Miloslaw und Schroda vollziehen offiziell den Anschluß an das Königreich Polen.

Bei Skalmierschütz überschreitet eine polnische Abteilung die Grenze. Die Deutschen machen von der Waffe Gebrauch, müssen aber vor herangezogenen polnischen Verstärkungen weichen.

30. Dezember. In einer in Breslau abgehaltenen Sitzung des Zentralvolksausschusses für Schlesien, die sich mit der Tschechen- und Polenfrage beschäftigt, gibt der Volksbeauftragte Landsberg namens der Reichsregierung die Erklärung ab, daß die Regierung nicht gewillt sei, vor irgendeiner Nachbarnation, die etwa vor dem Friedenskongreß Gebiet, das zu Deutschland gehöre, wegzunehmen geneigt sei, zu kapitulieren, solange sie die Macht zum Widerstande habe. Die deutsche Ehre sei der Regierung heilig, deutsches Land lasse sie sich nicht nehmen; sie werde allen Übergriffen mit allen Machtmitteln entgegentreten. Kein Volk habe, nachdem der Waffenstillstand geschlossen worden sei, das Recht, den Krieg fortzusetzen und dem Friedenskongreß vorzugreifen.

31. Dezember. Das preußische Kriegsministerium teilt mit: Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, entspricht die Nachricht, daß 30 000 Polen bereits auf Berlin anmarschieren und daß sie schon in Bentschen ständen, glücklicherweise nicht den Tatsachen. Die Dinge haben zwar in Posen eine sehr bedenkliche Entwicklung genommen und sind geeignet, jedes deutsche Herz mit bangster Sorge vor der Zukunft zu erfüllen. Jedenfalls muß es aber völlig ausgeschlossen sein und bleiben, daß auch nur eine mittelbare Bedrohung Berlins durch polnische Streitkräfte zur Tatsache wird. Wie der Delegierte Krebs in der Sitzung des Soldatenrates sehr richtig betonte, ist der Grenzschutz Ost außerordentlich wichtig, es fehlt aber noch an Mannschaften. Es heißt also: Freiwillige vor! Gediente, ausgebildete Soldaten, die zurzeit ohne Beschäftigung sind, sollten zur Aufnahme als Freiwillige

für die Formationen des Grenzschutzes Ost sich melden. Die General- und Garnisonkommandos geben Auskunft über die Aufnahmebedingungen. Vor allem fehlt es auch an Ärzten und Sanitätspersonal.

Bayern.

1. Dezember. Der Landessoldatenrat setzt seine Beratungen fort. **Lanz**-Kissingen fordert möglichst baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung, eher bekomme man weder Frieden noch Lebensmittel. Man dürfe auch nicht sagen, Deutschland allein sei am Kriege schuld; vergesse man doch die Einkreisungspolitik nicht! Wenn man den Frieden nicht für das ganze Reich bekommen könne, werde es notwendig sein, der Frage eines Sonderfriedens für Bayern näherzutreten. Die Berliner Sachen dürfe man in Bayern nicht mitmachen: der Bolschewismus sei die größte Gefahr. Man müsse sich nach den Darlegungen Auers auf einer gemeinsamen Linie zusammenfinden, wenn man Ersprießliches leisten wolle. — Soldatenrat **Müller** berichtet über die Aufschlüsse, die Eisner der Kommission, die zur Prüfung der auswärtigen Politik eingesetzt worden ist, über die Aussichten für einen baldigen Frieden gegeben hat. Er gibt namens der Kommission folgende Erklärung ab:

Die Kommission ist zunächst auf Grund der persönlichen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten zur Überzeugung gekommen, daß Eisner eine durchaus ehrliche Friedenspolitik treibt. Die Unterlagen, die er uns mitteilte, lassen die Aussicht begründet erscheinen, daß die Entente mit ihm in Verhandlungen über einen Vorfrieden eintreten wird. Feste Zusicherungen über das Gelingen seiner Bemühungen können heute noch nicht gegeben werden, die Kommission glaubt jedoch, daß bei der hohen Wichtigkeit des angestrebten Zieles ein Versuch auf der Eisnerschen Grundlage nicht unterlassen werden darf. Eisner geht hier von der Voraussetzung aus, daß die deutsche Nationalversammlung den Vorfrieden zu bestätigen haben wird.

Der Redner bemerkt zu dieser Erklärung noch: Es ist egal, wer uns den Frieden bringt, wenn der Friede nur gut ist und die Möglichkeit gibt, daß unsere Kameraden wieder zu Arbeit kommen und das Land wieder zu Brot kommt, daß wir hier wieder ausziehen können und einem Parlament des Volkes den Platz einräumen können.

Dann tritt Schluß der Debatte ein.

2. Dezember. Der Konflikt im Schoße der Regierung, der durch die diktatorischen Anwandlungen Eisners hervorgerufen worden ist, wird in einer vom frühen Morgen bis in den späten Nachmittag dauernden Sitzung des Ministerrats beigelegt. Eisner bekennt sich unzweideutig zur Notwendigkeit einer raschen Einberufung der Nationalversammlung.

Im Landessoldatenrat gibt Ministerpräsident **Eisner** im Namen des Ministerrats die folgende einstimmig gefaßte Erklärung ab:

„Die Regierung des bayrischen Volksstaates beruht auf der revolutionären Grundlage, auf der sie entstanden ist. Sie ist entschlossen, wie bisher, Ruhe und Ordnung nachdrücklichst zu sichern und mitten in dem Zusammenbruch des alten Systems rasch und zielsicher durch umfassende und tiefgreifende Reformen den Wiederaufbau des Staatswesens im Sinne ihrer früheren Proklamation durchzuführen. Sie wird die Selbstentwicklung Bayerns auf alle Weise fördern und die Interessen des Landes gegen alle Zentralisierungsversuche ebenso fest wahrnehmen, wie sie Loslösungsbestrebungen vom Reiche entgegentritt. Die Zukunft unseres Volkes wird nur gesichert durch die Schaffung eines föderativen Staatswesens, das durch die Demokratie alle Kräfte des Volkes zu lebendiger Mitwirkung sammelt und erzieht. Die Regierung des Volksstaates Bayern verbürgt sich dem Auslande gegenüber, daß das neue Staatswesen in ruhiger Weise sich entwickelt und in dem Vertrauen und der Mitarbeit der breitesten Massen des Volkes verankert ist.

Die Volksregierung Bayerns ermahnt das Publikum und die Presse, den wilden umlaufenden Gerüchten keinerlei Glauben zu schenken. Diese Gerüchte sind die Folge einer durch die lange Kriegszeit und ihre Nöte hervorgerufenen Erregung und Erschlaffung. Wir brauchen mehr denn je Klarheit und ruhige Einsicht.

Von den Mächten der Entente erwarten wir, daß sie, um die Bevölkerung Deutschlands zu beruhigen und ihre politische Kraft aufzurichten, den Gerüchten entgegentreten, deren Fortdauer Zustände wilder Verzweiflung schaffen könnte, als ob sie beabsichtigen, Deutschland aufzulösen, weitere deutsche Gebiete zu besetzen und die Feindseligkeiten wieder zu beginnen.

Die Volksregierung Bayerns bekämpft einmütig die Methoden des Terrorismus und der privaten Expropriation, wie sie auch unter den heutigen Verhältnissen eine sofortige umfassende Sozialisierung der Produktion nicht für möglich hält. Aber nicht minder will sie die in der Revolution geschaffenen Organisationen des Volkes, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, entwickeln, und sie ersucht die Regierungen der Entente, zu veranlassen, daß in dem okkupierten Gebiet diese Volksräte wiederhergestellt werden, die wohl nur in der mißverständlichen Annahme aufgelöst worden sind, daß sie terroristische Körperschaften seien, während sie in Wahrheit demokratische Organisationen der öffentlichen Kontrolle und Mitarbeit sind.

Die Volksregierung Bayerns ist zu der Überzeugung gekommen, daß in Zukunft die Völker durch die gänzliche Abschaffung der stehenden Heere und der allgemeinen Wehrpflicht für alle Zeiten von dem Druck des Militarismus und der Kriegsbesorgnis erlöst werden und daß alle Bürger hinfort für die schaffende Arbeit freigestellt werden können.

Die Volksregierung Bayerns wird ihr Versprechen, eine Nationalversammlung so rasch wie möglich einzuberufen, erfüllen. Entgegen umlaufenden Gerüchten erkläre ich, daß der Ministerrat mich zu Friedensbemühungen ermächtigt hat.

Schließlich ist der Ministerrat des Volksstaates Bayern durchdrungen von der Notwendigkeit, daß sich alle Regierungen Deutschlands unverzüglich auf ein festes Programm der äußeren und inneren Politik einigen."

Minister des Innern **Auer** bittet dringend, im Geiste der soeben verlesenen Proklamation zu wirken. Ein geschlossenes, zielbewußtes Zusammenarbeiten ist die Voraussetzung dafür, daß unser schwer geprüftes Volk zur Ruhe kommt. Die Errungenschaften der Revolution müssen so tief verankert werden, daß sie nie wieder beseitigt werden

können. Aber der Waffenstillstand naht seinem Ende. Wir müssen sorgen, daß die noch verbleibende Zeit benutzt wird, um so gesicherte Zustände zu schaffen, daß die Entente keinen Vorwand zum Eingreifen in unsere inneren Verhältnisse findet. Dazu soll uns die rasche Einberufung der Nationalversammlung dienen, so wie sie die erste Proklamation des Ministerpräsidenten und die heutige Erklärung des Gesamtministeriums vorsieht. Auer entwickelt kurz ein politisches und soziales Arbeitsprogramm der Regierung. Der Ausbau der bayrischen Wasserkräfte wird sofort in Angriff genommen; die Arbeiten am Walchenseewerk werden schon am 9. Dezember beginnen. Auer gibt sodann einen Überblick über die Bemühungen, die die Regierung den Ernährungs- und Versorgungsfragen widmet. Heute sind die Grundlagen zur geschlossenen einheitlichen Arbeit geschaffen. In dem Geiste, wie wir nun einig zur Tat schreiten, möge das ganze Volk an seine Arbeit gehen. — Justizminister **Timm:** Wenn eine Ministeratssitzung von solcher Dauer in einer solchen Lage mit einer Einigung endet, so ist das ein glückliches Ergebnis. Jeder, der versuchen sollte, wieder ein autokratisches Regiment aufzurichten, würde am Widerstand des ganzen Volkes zerschmettert werden. Aber das Volk muß auch die Schwere der Verantwortung, die wir mit unserer Aufgabe in solcher Zeit übernehmen, zu würdigen wissen. Alle demokratischen, alle geistigen und sittlichen Kräfte müssen sich vereinigen, um uns aus diesem entsetzlichen Elend herauszuführen. Die unendlichen Schrecken des Krieges haben es mit sich gebracht, daß jeder nach Frieden verlangt, daß jeder ehrlichen Abscheu davor besitzt, Maschinengewehre und Bajonette wieder in Tätigkeit treten zu sehen. Wir wollen eine neue, menschenwürdige Gesellschaftsgemeinschaft entstehen lassen. Darum verurteilen wir jeden Terror. Eine Idee, die sich auf Gewalt stützen müßte, ist von vornherein zum Untergang verurteilt. Wir erstreben das Vertrauen des Volkes. — Finanzminister Dr. **Jaffé:** Wir brauchen große finanzielle Mittel für die Lebensmittelversorgung aus dem Ausland. Der bayrische Kredit steht im Ausland noch aufrecht. Gegenwärtig tagen in Stuttgart die Finanzminister Süddeutschlands und Sachsens zur Vorbereitung einer gemeinsamen Haltung gegenüber Berlin. Es wird dort über unsere Köpfe hinweg regiert. Wenn wir eine föderative Politik haben wollen, müssen wir die bayrische Finanzhoheit aufrecht erhalten, aber auch den Einfluß auf die Finanzgebarung des Reiches. — Verkehrsminister **v. Frauendorffer** spricht über die Demobilisierung und die mit ihr zusammenhängenden Verkehrsschwierigkeiten. Nicht weniger als die Hälfte unserer schweren Güterzuglokomotiven müssen wir in diesen Tagen an Frankreich abgeben. Ich denke mit Schrecken daran, wie sich dann unsere Kohlenversorgung und die Verhältnisse

unserer Industrie gestalten werden. Im Interesse einer Ökonomie des Eisenbahnverkehrs, wie im Sinne einer Erziehung zur Demokratie halte ich vier Wagenklassen in Zukunft für überflüssig. Eine, höchstens zwei Klassen sind ausreichend. Ich hoffe, daß es im Einvernehmen mit der preußischen Eisenbahnverwaltung gelingen werde, auch auf diesem Gebiete der neuen Zeit Rechnung zu tragen. — Minister für soziale Angelegenheiten **Unterleitner:** Den heimkehrenden Kriegern soll Arbeit von meinem Ressort geschaffen werden; wo die Arbeit fehlt, soll Unterstützung der Erwerbslosen eintreten, sie soll aber keine Faulheitsprämie sein. Die Hebung der Volkskräfte ist die erste soziale Aufgabe. Der Mutterschutz steht da voran. Auch die Wohnungsfürsorge ist zu fördern; da ist schon viel vorgearbeitet worden. Die Städte sind damit belastet; sie müssen erleichtert werden, und wir denken dabei vor allem an die Erfassung der Kriegsgewinne. Der Achtstundentag ist gesetzlich festgelegt; dazu müssen noch alle Verbesserungen bleiben, die die Arbeiter sich dazu erringen. Unter lebhaftem Beifall stellt der Minister fest, daß für die Kriegsteilnehmer das mögliche geschehen soll. Er gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß die sozialistischen Ideale zum Durchbruch kommen; er fordert auf, mitzuhelfen an dem großem Werk, das der Regierung vor Augen stehe. — Kultusminister **Hoffmann:** Ich habe die bisherige Firma kürzer gemacht: „Ministerium für Unterricht und Kultus". Ich hätte sie am liebsten noch kürzer gemacht; wenn einmal das Verhältnis zwischen Kirche und Staat geregelt ist, wird die Firma heißen: Ministerium für Volksbildung. In kurzen Worten kann ich mein Programm zusammenfassen: freier Staat, freie Schule, freie Kirche. Die neue Zeit verlangt ein neues Geschlecht, und dies verlangt eine neue Schule. Bisher hat in der Schule der autokratische Geist der Kirche und der autokratische Geist des Militärstaats geherrscht. Die neue Schule wird freie Staatsbürger und gute Menschen erziehen. Die Schule soll unter Selbstverwaltung und Mitregierung der Schüler arbeiten; zwischen Lehrer und Schüler soll ein kameradschaftliches Verhältnis bestehen. Der Staat muß, soweit er Mittel hat, die Bahn freimachen für tüchtige und intelligente Kräfte, daß sie sich emporarbeiten können. Vielen Freunden der Schule geht es mit den Reformen im Schulwesen zu langsam; ich habe einem Herrn gesagt: dreißig Jahre kämpfe ich jetzt um die Reform der Schule, und ich kann jetzt noch sechs Wochen warten. In erster Linie muß die Volksschule wirklich frei werden. Die Kinder müssen nach den Worten des Nazareners erzogen werden: Liebe deinen Nächsten! Sie müssen erzogen werden im Gedanken des Völkerfriedens. Nur einen Haß sollen sie haben: den Haß gegen den Krieg. — Minister **Roßhaupter** bittet, Gerüchte über Un-

stimmigkeiten im Ministerium vorsichtiger zu behandeln als bisher: er richtet diese Bitte auch an die Presse; es würden dann manche Mißverständnisse auf sehr natürliche Weise geklärt. Er stellt fest, daß er von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden habe — wie das Gesamtministerium —, daß die Nationalversammlung so rasch wie möglich einberufen werde. Wenn man auf Baden verweise, wo der Termin für die Nationalversammlung früher angesetzt sei, so müsse er verweisen, daß in einem kleineren Staat, der noch dazu näher an der Front liege, die Demobilisierung rascher vor sich gehen könne. Es wolle aber, daß auch die, die an der Front standen, auch mitwählen können zur Nationalversammlung; er halte nach wie vor daran fest, daß die Wahlen sobald wie möglich stattfinden sollen. Die wichtigste Aufgabe in seinem Ressort sei die möglichst baldige Festsetzung der Kompetenzen zwischen Soldaten einerseits und den sogenannten Führern andererseits: er werde unablässig fortfahren, in demselben Geist wie bisher tätig zu sein. Leider sei es bedauerlich, daß, soweit die Führer in Betracht kommen, insbesondere in den ersten Tagen, alles über einen Kamm geschert wurde. „Es ist unrecht, zu sagen, daß an allem Unglück die Offiziere schuld seien. Es gibt unter den Soldaten zweifellos Elemente, die durch ihr Wirken unserem Geiste schaden; es gibt auch unter den Offizieren Elemente, die der neuen Zeit schaden. Es gibt aber auch Offiziere, die mitarbeiten wollen am neuen Staat. Durch das allgemeine Herunterreißen der Achselstücke aber, wie wir es in den ersten Tagen erlebt haben, ist manchem, der lange schon demokratisch gedacht hat, die Mitarbeit am Aufbau des neuen Staates verleidet worden. Aus Briefen von der Front geht hervor, daß die Soldatenräte dort mit den Offizieren die Disziplin aufrecht erhalten. Jeder, der auf dem Boden des neuen Staates steht, muß uns willkommen sein, gleichviel, ob Mann, ob Offizier. Ich möchte Sie bitten, mit Rücksicht auf die Heimkehrenden mit etwas größerer Vorsicht als bisher vorzugehen und mehr Vertrauen zu fassen zu dem Teil des Offizierkorps, der sich ehrlich auf den Boden des Staates stellt. Neben der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten wird die Demobilmachung die wichtigste Aufgabe des Ministeriums sein. Ein außerordentlich schwieriges Problem wird sein, daß sich die Leute, die über vier Jahre lang im Kriege waren, wieder an geordnete Arbeit gewöhnen. Auf die Ausschreibungen für Arbeitskräfte zum Walchenseewerk haben sich in den ersten Tagen zwei Arbeiter gemeldet, dagegen 52 Techniker, die sich bereit erklärten, um 2400 Mark in Arbeit zu treten. Ein Beweis, wie schwer der geistige Mittelstand unter dem Krieg gelitten hat! Die Sicherheit und Zukunft unseres Staates hängt ab von der Produktion aller geistig und körperlich Arbeitenden.

Die Umwandlung der Armee in ein Milizsystem oder die Auflösung ist eine Frage, die auch von dem Ergebnis der Friedensverhandlungen abhängt: auf keinen Fall hat das bisherige System der Offiziersernennungen in unserer Armee mehr einen Platz, in einer Miliz hat das bisherige System, der Kastengeist, keinen Raum mehr!"

Am selben Tage richtet Ministerpräsident Eisner an die Reichsregierung folgendes Telegramm:

„Haase-Ebert, Berlin. Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, daß sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Orte einberufen wird, in der eine programmatische Kundgebung der äußeren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den unerläßlichen Programmpunkten gehören die Fragen der Nationalversammlung, der Besetzung des auswärtigen Amtes in Berlin und der Aktenveröffentlichungen. Die Konferenz soll je nach der Größe der Bundesstaaten aus 1—3 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern: gez. Kurt Eisner."

Die Reichsregierung lehnt diesen Vorschlag am 5. Dezember in folgendem Telegramm ab:

„Der Wunsch der bayrischen Regierung auf Einberufung einer Konferenz der Vertreter der deutschen Freistaaten nach Jena oder nach einem anderen zentral gelegenen Ort hat die Reichsregierung in ihrer heutigen Sitzung beschäftigt. Wir sind zu dem einmütigen Beschluß gelangt, von der Einberufung einer solchen Konferenz abzusehen, weil nach unserer Ansicht kein genügender Grund für ihren Zusammentritt vorliegt.

Die Reichsregierung hat das Programm ihrer äußeren und inneren Politik in ihren Kundgebungen festgesetzt. Die erste Reichskonferenz in Berlin hat sich mit ihr auf den gleichen Standpunkt gestellt. Auch uns beschäftigt der Gedanke, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Reichsregierung und den einzelnen Freistaaten geschaffen werden muß.

Es liegt uns seit einigen Tagen hierzu ein Vorschlag Preußens vor, der gründlich geprüft werden wird. Vor einer Neuregelung der Angelegenheit werden die einzelnen Staaten Gelegenheit haben, ihrerseits Stellung zu nehmen.

Die politischen Akten des alten Regimes sind von uns in Verwahrung genommen, und es ist alles geschehen, um Publikationen aus den Archiven mit gründlicher Sorgfalt vorzubereiten. Wegen der Neubesetzung des Auswärtigen Amtes wird im Kabinett beraten."

Am selben Tage spricht sich der vorläufige bayrische Gesandte in Bern, Prof. Förster, in der „Münchener Post" über die Unhaltbarkeit der politischen Lage in Bayern aus und richtet darin eine scharfe Absage an Eisner, mit dem er bisher anscheinend Hand in Hand gearbeitet hatte.

Prof. Förster führt in dem Aufsatz aus: er habe seine Mitarbeit zugesagt, weil ihm das von der neuen Regierung gegebene Programm und die Zusammensetzung des Ministerrates die Gewähr zu geben schienen, daß auf freiester, demokratischer Basis gearbeitet werde. Er habe sich aber

während seines Aufenthaltes in München davon überzeugt, daß der Ministerpräsident sich bei der Durchführung seiner Ideen auf Methoden stützen wolle, mit denen er, Förster, nicht übereinstimmen könne. Eisner wolle zwar keinen Bolschewismus, aber er führe seine Regierung dahin, daß eine einzige Klasse mehr oder weniger autokratisch entscheide, während die anderen Klassen von der Mitbestimmung ferngehalten werden. Eisner wolle keine wahrhaft demokratische Vertretung, und darum kämpfe er so verzweifelt gegen die Nationalversammlung. Förster wendet sich in einem Appell an das Gewissen und die Intelligenz der Arbeiter- und Soldatenräte. Wir gingen alle rettungslos zugrunde, wenn wir Deutsche jetzt, beim Wiederaufbau unserer wirtschaftlichen Kultur, nicht mit großem Geiste zusammenhielten. Die Idee der Nationalversammlung sei das Symbol für die unentbehrliche Versöhnung aller Klassen zum Werke der Rettung unseres Vaterlandes vor Auflösung und schimpflicher Bevormundung von außen her.

Die letzten Absätze des Artikels lauten: „Zum Schluß ist zu bedenken — und ich rede hier aus intimster Kenntnis der Sachlage —, daß die Entente mit uns weder Frieden machen, noch uns Nahrung senden, sondern aller Voraussicht nach Deutschland nach Ablauf des Waffenstillstandes militärisch besetzen wird — wenn bis dahin keine Anzeichen für die Einsetzung einer dauerhaften, den Willen des ganzen deutschen Volkes zum Ausdruck bringenden vertragsfähigen Regierung zu bemerken sind. Die Verlängerung des Waffenstillstandes und der Präliminarfriede wird zweifellos nur einer Regierung bewilligt werden, die alles ins Werk setzt, um in beschleunigtem Tempo die Nationalversammlung einzuberufen.

Alle die vorangehenden Erwägungen habe ich in den letzten Tagen dem Herrn Ministerpräsidenten offen vorgelegt — ich wiederhole sie in der Öffentlichkeit, um an alle diejenigen zu appellieren, die in diesen Tagen die beratende und kontrollierende Funktion in Händen haben. Möge der neue Geist des Rechtes und der gegenseitigen Hilfe alle Reste des alten Gewaltgeistes beseitigen, möge der Geist gegenseitigen Vertrauens über jede Art von Autokratie triumphieren, damit es den leidenden Millionen, die jetzt nach vier Kriegsjahren todmüde in die Heimat einziehen, erspart bleibt, vom Weltkrieg in den Bürgerkrieg hineingerissen zu werden!"

3. Dezember. Der Landessoldatenrat billigt einstimmig das Regierungsprogramm durch Annahme folgender Erklärung:

„Die Versammlung der Delegierten sämtlicher Soldatenräte Bayerns, sowie der Frontruppen billigt einmütig das vom Gesamtministerium vorgetragene Regierungsprogramm. Die Soldatenräte werden alles aufbieten, im Sinne dieser Erklärung zu wirken, und ihre höchste Pflicht darin erblicken, Ruhe und Ordnung zu halten, um so die öffentliche und private Sicherheit zu gewährleisten und die unentbehrliche Versöhnung und Mitarbeit aller Volkskräfte sicherzustellen.

Ganz besonders begrüßt es die Delegiertenversammlung, daß das Gesamtministerium des Volksstaates Bayern sich als oberstes Ziel die Wahrung der Reichseinheit mit föderativem Charakter gesetzt hat und die möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung für unbedingt notwendig erachtet. Hierin erblickt der Delegiertentag die Gewähr für eine gesunde Konsolidierung Bayerns und des Reiches, die bei den Völkern der Entente Vertrauen erweckt und uns zu einem baldigen und gesicherten Frieden führt."

Angenommen wird ferner ein Antrag, wonach die Delegiertenversammlung die Erwartung ausspricht, daß die Regierung des Volksstaates Bayern die provisorische Nationalversammlung innerhalb acht Tagen einberuft.

Endlich wird noch beschlossen, daß der Landessoldatenrat folgende Zusammensetzung zeigen soll: München 15 Delegierte, 1. Armeekorps 7, 2. Armeekorps 10, 3. Armeekorps 10, mobile Truppen 8.

Damit schließt die Tagung.

Der bisherige Kronprinz Rupprecht kehrt nach Bayern zurück und nimmt bei einer befreundeten Familie am Starnberger See Aufenthalt.

Über die Stellung des Kronprinzen zu verschiedenen Vorgängen der letzten Jahre teilt der „Bayer. Kurier" u. a. folgendes mit: „Kronprinz Rupprecht hat, wie in engeren Kreisen bekannt ist, in vielen militärischen, politischen und namentlich auch in der Friedensfrage seit langem einen Standpunkt eingenommen, der vielfach von dem in Berlin und bei der obersten Heeresleitung herrschenden abwich. Zum erstenmal trat er nach der zweiten Sommeschlacht im Jahre 1916 entschieden für einen Friedensschluß ein. Es fiel damals aus seinem Munde das authentische Wort, der beste Erfolg für uns bestehe darin, wenn der Krieg wie das Hornberger Schießen ausgehe. Mit besonderem Nachdruck befürwortete er in den ersten Monaten des heurigen Jahres die Anbahnung eines Friedens mit der Begründung: der Augenblick, in dem unsere Truppen im Osten frei würden, sei als besonders günstig anzusehen, nicht für eine Offensive, sondern für ein Friedensangebot. Kronprinz Rupprecht hat diese Anschauung auch in einer Denkschrift an den Reichskanzler vertreten und in einer anderen dringlichen Vorstellung, die er schriftlich an den Kaiser richtete, in welch letzterer er mit besonderem Nachdruck die Ansicht vertrat, wir müßten unbedingt Frieden schließen. Die Antwort erfolgte auf dem Umweg über die oberste Heeresleitung.

Zu einem schärferen Konflikt kam es im heurigen Frühjahr bei der bekannten Offensive. Kronprinz Rupprecht stand bei seinem Vormarsch gegen Amiens vor der Vollendung des Durchstoßes, mit dessen Gelingen er bestimmt rechnete und bestimmt rechnen konnte, als die Nachricht von Ludendorff eintraf, daß der Vormarsch einzustellen sei. Ludendorff hatte nämlich den Befehl gegeben, daß die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz wieder anzugreifen habe. Was ihn dazu veranlaßte, ist unklar. Es kam zwischen dem Kronprinzen Rupprecht und Ludendorff zu harten Reibungen, und vom Sommer ab waren alle Beziehungen zwischen dem Kronprinzen und Ludendorff abgebrochen."

5. Dezember. Die Regierung erläßt folgende Bekanntmachung über die Nationalwahlen in Bayern:

An das bayrische Volk!

Die Regierung des Volksstaates Bayern bestimmt hiermit, daß die Wahl zum neuen bayrischen Landtag am Sonntag, den 12. Januar 1919, stattfindet.

Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen bayrischen Staatsangehörigen, die am Tage der Wahl

1. das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben,

2. die bayrische Staatsangehörigkeit besitzen. Ausgenommen sind nur Entmündigte und solche, die die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzen.

Wählbar sind alle männlichen und weiblichen wahlberechtigten bayrischen Staatsangehörigen, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die näheren Bestimmungen über die Wahl werden in einer Wahlordnung getroffen.

Die „Münch. Neuest. Nachr." schreiben dazu: „Noch am letzten Samstag hat Ministerpräsident Kurt Eisner dem Landessoldatenrat klarzumachen versucht, daß die Nationalwahl nicht allzu eilig sei, daß erst die »Errungenschaften der Revolution« gesichert werden müßten. Er fand dort kein Verständnis, und auch aus dem Lande hallte immer lauter und immer wuchtiger der Schrei nach der Nationalversammlung. Da wandelte Kurt Eisner seine Meinung über Nacht. Immer noch aber bestand Mißtrauen, und weiter ging der Ruf nach der Nationalversammlung. Personen in allerlei Ämtern und selbstgeschaffenen Stellungen, die ihre Gelüste nach dem Terror immer deutlicher zu erkennen gaben, die Mißwirtschaft im Staatsfinanzwesen, die Unsicherheit im Lande und vor allem die drohende Besetzung des Landes durch die Feinde — das alles drängte stürmisch nach Beschleunigung der Schaffung geordneter Zustände durch die Nationalwahl.

So konnte sich die Regierung der Sturmwelle nicht entziehen. Die Wahl zum neuen bayrischen Landtag ist auf den 12. Januar festgesetzt. Die Grundsätze, die für die Wahl gelten, entsprechen den Wünschen des Volkes. Auch daß die Kundgebung der Regierung von der »Wahl zum bayrischen Landtag« spricht, trägt dem Volksempfinden Rechnung.

Nun auf zur Arbeit! Besonders auch den Frauen, die zum erstenmal an die Urne treten, gilt die Mahnung. Ein Druck schwindet, der hart auf dem Land gelastet hat. Trotz alles Schweren, das der Krieg gebracht hat, wird das ganze Volk jetzt hoffnungsfroher sein. Alle Hände und alle Köpfe dem Vaterland! Das ganze Volk kann und muß jetzt sprechen."

Am selben Tage tritt der Münchener Arbeiterrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ministerpräsident **Eisner** eröffnet die Tagung mit einer Ansprache über die Aufgaben der Räte, worin er u. a. ausführt:

„Wenn wir verhindern wollen, daß auch die neue Demokratie sich in einem leeren, unfruchtbaren Parlamentarismus verliert, müssen die Berufsparlamente, die Räte, daneben lebendig bleiben. Die Nationalversammlung oder der Landtag muß souverän sein, aber die Arbeiter bilden ihr eigenes Parlament, sie verhandeln ihre eigenen Angelegenheiten. Gerade für die Übergangszeit gibt es eine so unermeßliche Fülle neuer Arbeit, neuer Gedanken, neuer Probleme, daß, wenn erst einmal die Arbeiterräte zu arbeiten angefangen haben werden, sie sich kaum vor der Fülle der Arbeit zu retten wissen werden. Sie können die gesetzgeberischen Vorschläge machen, nicht hinter den Türen der Fraktionszimmer, auch nicht durch die Führer und durch die Regierung, sondern sie sollen selbst unmittelbar ihre gesetzgeberischen Vorschläge, ihre Anträge, ihre Anregungen und Beschwerden unterbreiten.

Aber die Arbeiterräte sollen noch mehr sein. Sie sollen Aufsichtsorgane des gesamten öffentlichen Lebens des Bezirks, in dem sie eingesetzt sind, sein. Sie sollen das öffentliche Leben kontrollieren, sie sollen sich mit der Tätigkeit der Regierung und auch der Selbstverwaltung beschäftigen, nicht als Exekutivorgane, aber als Kontrollorgane, als kritische Organe, kurz, das gesamte öffentliche, politische und soziale Leben soll in seiner ganzen Öffentlichkeit erörtert und kritisiert werden. Bisher leistete einen Teil dieser Arbeit die Presse. Die Arbeiterräte sollen eine Art lebendige Presse sein. Sie sollen ein Zentralorgan sein, von dem das gesamte öffentliche Leben unseres Bezirks zur Rechenschaft und zur Verantwortung gezogen wird. Von hier aus soll Kritik, Anregung und schöpferische Mitarbeit ausgehen.

Nur eine solche Demokratie, in der die breitesten Massen jeden Tag mitarbeiten an den öffentlichen Angelegenheiten, leistet jene erzieherische Arbeit, ohne die wir zu unseren sozialistischen Zielen nicht gelangen können. Die bisherige Bureaukratie ist ganz unbrauchbar gewesen. Wer Gelegenheit hatte, ins Innere dieser Bureaukratie hineinzublicken, der verzweifelt fast daran, wenn man sieht, daß diese — gewiß fleißigen — Arbeiter nichts zu leisten imstande sind. Wir wissen es, und dies erklärt auch einen großen Teil unserer Schwierigkeiten, wie wir sie in Berlin haben. Es fehlt uns an energischen Persönlichkeiten, die Weitblick und Mut haben und entschlossen sind, etwas zu wagen, und die sich durchzusetzen vermögen.

Der Gegensatz zwischen Führern und Massen, der bisher uns beherrscht hat, soll verschwinden. Jeder soll lernen, selbst ein Führer zu sein. Das ist die große Erziehungsarbeit, die diese Räte leisten müssen. Und wenn jeder dann ein Glied der Gesellschaft geworden ist, das fähig ist, mitzuarbeiten an den Aufgaben der Gesamtheit, dann ist jene Vorbedingung erfüllt, die den Sozialismus ermöglicht. Die Übernahme der Produktion durch die Gesamtheit setzt zweierlei voraus: einmal die Reife der Wirtschaft, die vollkommene Entfaltung der produktiven Kräfte. Die andere Vorbedingung ist, daß, wenn die Gesellschaft selbst die Produktion übernimmt, sie auch in allen ihren Gliedern fähig ist, diese Produktion zu leiten. Dann brauchen wir keine Unternehmerintelligenzen mehr, wenn jeder selbst eine Unternehmerintelligenz geworden ist. So können diese unscheinbaren Gebilde der Arbeiter- und Bauernräte Pflanzschulen zur Erziehung der Männer sein, die einst berufen sein werden, an der Vergesellschaftung der Produktion mitzuarbeiten."

Nach der Wahl des Vorstandes führt Minister **Auer** aus:

„Ich stelle mich heute zum drittenmal als Minister vor. Sie wissen, daß ich stets bestrebt war, die Interessen aller schaffenden Stände zu fördern, und das, was ich früher tat, werde ich selbstverständlich auch als Minister zur Durchführung zu bringen versuchen. Ich werde getreu meinem bisherigen Programm wirken. Zum Reden haben wir jetzt nicht viel Zeit, denn wenn es je notwendig war, daß gehandelt wird, so ist jetzt dazu die Zeit. Sie, wie Sie hier zusammengesetzt sind, sind in einer Mischung zusammengesetzt, aus der bei gutem Willen, bei geschickter Leitung etwas Gutes und Ersprießliches herauskommen kann. Sie können sich auf den verschiedensten Gebieten gegenseitig ergänzen und können somit für das bayrische Volk außerordentlich Gutes wirken. Sie können vielleicht durch Ihr Wirken nicht nur Bayerns Politik beeinflussen, sondern auch die ganze Reichspolitik. Sie haben die Aufgabe, allen Fragen der Volkswirtschaft Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und auf allen Gebieten zu arbeiten. Es scheint mir nicht unwichtig zu sein, heute darauf hinzuweisen, daß wir alle

von einem Gedanken beseelt sein müssen, nämlich von dem, daß wir aufzubauen, zu gestalten haben, und dazu bedarf es wohl der sehr ernsten Mitarbeit aller.

Wir haben in den nächsten Wochen an die Wahlurne zu treten, und auch nach dieser Richtung können Sie Ersprießliches leisten. Wir haben nun Macht, und nun gilt es, von dieser Macht einen zweckmäßigen Gebrauch zu machen, um den tatsächlichen Volksinteressen zu dienen. Wir Arbeiter sind ja durch die Schule der Gewerkschafts-Organisation gegangen. Ist das ein Fehler? Das ist für mich als Arbeiter sehr interessant. Wir haben in dieser Organisation Selbstdisziplin gelernt, und wir haben durch diese Organisation das, was der Staat an uns an Erziehungsmitteln nicht aufgewendet hat, zu ergänzen versucht. Wir haben ununterbrochen an unserer Fortentwicklung gearbeitet, und mir scheint, das ist ein ganz erhebliches Moment, das die Arbeiterschaft, ganz gleich welcher sonstigen Auffassung sie zuneigt, nie aus den Augen verlieren darf. Denn mit der Änderung der Staatsform allein ist noch gar nichts geschehen. Es kommt darauf an, daß wir innerhalb dieser Staatsform die Gesellschaft so einrichten, wie es im Interesse der Gesamtheit des Volkes gelegen ist. Sie werden zu den Fragen Ihrer Berufsinteressen in erster Linie Stellung nehmen, Sie werden aber wahrscheinlich nicht unterlassen, auch die Fragen, die allgemeine Interessen berühren, zu behandeln; denn wenn Sie das nicht tun würden, so wäre dies kurzsichtig und gefährlich. Sie haben sich nicht nur in Ihren Gewerkschaftsorganisationen, sondern auch in Ihren politischen Organisationen ausgezeichnete Hilfsmittel geschaffen, und ich möchte Sie an dieser Stelle dringend bitten, stehen Sie treu zu diesen Organisationen. Daneben kommt eine weitere Frage auf dem wirtschaftlichen Gebiet in Betracht, die für die Zukunft von großer Bedeutung sein wird, weit größer als bisher, die Konsumgenossenschaften. Auch zu diesen Fragen gilt es hier Stellung zu nehmen, denn hier handelt es sich nicht allein um wirtschaftliche Vorteile, sondern auch um hervorragende Lernmittel und vor allen Dingen um ein Werkzeug zur allmähligen Überführung in das gemeinsame Eigentum. Ich wünsche Ihrer Tagung guten Erfolg. Ich wünsche, daß die Verhandlungen in kameradschaftlichem Geiste geführt werden, denn von dem Geist der Bajonette sind wir lange genug beherrscht worden."

Als dann die Wahlen der Vertreter zum Delegiertentag des Landesarbeiterrates vorgenommen werden sollen, kommt es zu einem großen Tumult gegen die Gewerkschaftsführer, denen Schiebungen bei Aufstellung der Liste vorgeworfen werden. Die Versammlung wird schließlich auf den 8. Dezember vertagt.

6. Dezember. Der Volkswirtschaftler Prof. Dr. Lujo Brentano wird zum Volkskommissar für Handel und Industrie in Bayern ernannt, tritt damit aber nicht in das Ministerium ein.

Die „Münchn. Neuest. Nachr." schreiben dazu: „Geheimrat Brentano, der seine Vorlesungen im übrigen fortsetzen wird, ist nur als Mittelsmann gedacht zwischen Industrie, Handel und politischer Leitung. Sein Aufgabenbereich wird u. a. auch die Aufgaben umfassen, die im Reiche die sogenannte Sozialisierungskommission zu erfüllen hat. Dabei dürften unter Berücksichtigung der besonderen bayrischen Verhältnisse neben Vertretern der Arbeiter auch die leitenden Persönlichkeiten von Handel und Industrie zugezogen werden."

7. Dezember. Der Aktionsausschuß des provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates für Bayern fordert von der bayrischen Regierung, daß sie gegenüber der Reichsregierung folgende Erklärung abgibt: Wenn 1. an Stelle Solfs ein unkompromittierter Mann getreten ist, 2. die Zusicherung gegeben wird, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt, hält sie das Auswärtige Amt wieder für verhandlungsfähig.

In der vorhergehenden Nacht kommt es zu einem Putschversuch unabhängiger Sozialisten gegen die Münchner Zeitungen, die besetzt und am Erscheinen verhindert werden. Eine große Menge zieht ebenfalls in der Nacht vor die Wohnung des Ministers des Innern Auer und verlangt lärmend seinen Rücktritt. Auer muß ein ihm vorgelegtes Schriftstück unterzeichnen, daß er, der Gewalt weichend, die Leitung des Ministeriums des Innern niederlege. Schließlich kommt das Infanterie-Leibregiment und stellt Wachen zu Auers Schutz. Auer bietet dem Ministerrat zu mehreren Malen seinen Rücktritt an, der aber abgelehnt wird. Der Ministerrat spricht seine tiefste Empörung über den an dem Minister nächtlich verübten Überfall aus und erklärt die von Auer erpreßte Erklärung für null und nichtig. Der Minister bleibt Mitglied der Regierung.

8. Dezember. Der Münchener Arbeiterrat wählt die Vertreter zur Tagung des Landesarbeiterrats in folgender Verteilung: 15 Arbeiter, 3 kaufmännische Angestellte, 1 Techniker, 3 Frauen, 3 geistige Arbeiter.

9. Dezember. Die Wahlordnung für den am 12. Januar 1919 zu wählenden bayrischen Landtag wird amtlich bekanntgegeben. Dem Wortlaut der von dem Minister des Innern Auer gezeichneten Verordnung ist eine Einleitung vorausgeschickt, deren Wiedergabe von allgemeinem politischen Interesse ist. Sie lautet:

„Die Ereignisse der Nacht vom 7. auf 8. November 1918 haben in Bayern eine neue Gewalt an die Stelle der bis dahin herrschenden Macht gesetzt. Das bayrische Volk hat seine Geschicke nunmehr selbst zu bestimmen. Wenn nun auch an der Umwälzung nur ein Teil des Volkes beteiligt war, so darf doch, demokratischem Grundsatz entsprechend, von der Mitbestimmung über die endgültige Neuordnung der Verhältnisse kein Volksteil ausgeschlossen werden. Vielmehr müssen alle Teile des Volkes an der Neueinrichtung des Staates mitzuwirken voll berechtigt sein. Zu diesem Zweck wird der neue bayrische Landtag einberufen. Er soll die Interessen des gesamten Bayernvolkes vertreten, die Wünsche des gesamten Bayernvolkes zum Ausdruck bringen. Seine Aufgabe wird es sein, dem Volke ein neues Landtagswahlgesetz, vor allem aber eine neue Verfassung zu geben und die unbedingt notwendigen Finanz- und sonstigen Gesetze zu beschließen. Die jetzige Regierung des Volksstaates Bayern ist überzeugt, daß der Landtag in der Lage sein wird, diese seine Aufgabe innerhalb zwei Jahren zu bewältigen."

Die Wahlen zum neuen bayrischen Landtag finden auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, unmittelbaren Verhältniswahlrechts statt. Wahlberechtigt sind am Orte ihres Wohnsitzes in Bayern alle männlichen und weiblichen Personen, die am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben und die bayrische Staatsangehörigkeit besitzen. Wählbar zum Abgeordneten ist ohne Unterschied des Geschlechts jeder wahlberechtigte bayrische Staatsangehörige, der im Zeitpunkt der Wahl das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Hierzu gibt der Kammerpräsident v. Fuchs folgende Erklärung ab:

„Die provisorische Regierung des Volksstaates Bayern hat die Wahlen für den neuen »Landtag« auf 12. Januar 1919 ausgeschrieben. Der gesetzlich gewählte Landtag besteht noch zu Recht, da er nicht aufgelöst ist. Ein Recht zur Auflösung besitzt die provisorische Regierung nicht. Wenn sie sich gleichwohl ein solches Recht anmaßt, so muß die Vertretung des bisherigen Landtags feierlich Verwahrung dagegen einlegen, daß Neuwahlen zum Landtag unter gesetzwidriger Ausschaltung des gesetzlich gewählten Landtags eingeleitet werden sollen."

Über die Stellung Bayerns zum tschechischen Staat wird amtlich folgendes mitgeteilt: „Zu den Gerüchten, die, wie wir feststellen konnten, zumeist von klerikalen Agenten ausgesprengt werden, daß die tschechische Republik beabsichtige, bayrisches Gebiet vorübergehend zu besetzen oder dauernd zu annektieren, sowie zu den Ausstreuungen über Ausschreitungen tschechischer Besatzungstruppen in Deutsch-Böhmen können wir jetzt authentisch das Folgende mitteilen: Die tschechische Regierung denkt nicht daran, bayrische Gebiete sich anzueignen und dadurch ihre nationalen Schwierigkeiten noch zu vergrößern. Auch eine vorübergehende Okkupation sei nicht in Aussicht genommen. Sollten einmal tschechische lose Abteilungen die Grenze überschreiten, so würden sie sofort zurückgerufen werden. Die Meldungen, daß Furth i. W. besetzt worden sei, sind tendenziös erfunden, vermutlich von Parteigegnern der gegenwärtigen Regierung. In Furth i. W. befanden sich bis Samstag, den 7. Dezember abends, lediglich bayrische Truppen. Auch in den von Tschechen besetzten deutschen Gebieten Böhmens herrschen, soweit wir feststellen konnten, durchaus ruhige und friedliche Verhältnisse. Es besteht ein ruhiger Austauschverkehr zwischen Tschechen und Deutschen in Lebens- und sonstigen Gebrauchsmitteln. Über konterrevolutionäre klerikale Treibereien erfahren wir das Folgende: In Prag fanden am Sonntag, den 1. Dezember 1918, Unruhen statt. Die Ausschreitungen richteten sich anscheinend gegen die mit deutsch-österreichischen Kokarden versehenen Offiziere. Es wurde dann das Kloster zu St. Emaus von der tschechischen Regierung besetzt und der bekannte Pater Alban alias

Schöpfleitner verhaftet. Bei der Untersuchung seiner Zelle fand sich sehr belastendes Material, das nach Wien und auch nach München gesponnene konterrevolutionäre Fäden bloßlegte."

Die „Münch. Neuest. Nachr." bemängeln die ausgesprochene Parteinahme dieser Erklärung für die tschechische Regierung. „Abgesehen davon, daß wegen der Geschlossenheit der auswärtigen Politik des Reiches solche Kundgebungen einzig und allein Sache der Reichsleitung bleiben müssen, bei der ja eine Einflußnahme der bayrischen Regierung jederzeit möglich ist, leidet die Kundgebung auch in sachlicher Beziehung an Unrichtigkeiten; Namen und Zeitangaben in Sachen des Paters Alban stimmen nicht. Wer ferner die bis weit vor Ausbruch des Weltkrieges zurückliegenden Kämpfe zwischen Deutschtum und Tschechen verfolgt hat und kennt, weiß genau, daß die Tschechen in engster Fühlung mit dem katholischen tschechischen Klerus, ja größtenteils geführt von der tschechischen Geistlichkeit, ihre nationalen Kämpfe gegen das Deutschtum, das leider sogar lange Zeit für schlechtweg identisch mit der „Los von Rom"-Bewegung gehalten wurde, geführt hat. Wie sollte sich das jetzt ganz plötzlich ins Gegenteil verkehrt haben? Wie kommt außerdem eine amtliche Stelle dazu, den Konfessionshader in die Aussprache zu werfen? Es mag sein, daß die Tschechen im Gegensatz zu ihren bisherigen, durchaus offenen Zielen deutsches oder bayrisches Gebiet nicht besetzen und daß sie auch sonst in den Methoden ihres Auftretens gegen das Deutschtum eine Änderung eintreten lassen wollen. Die Einsicht käme ihnen mit einer solchen Wendung ja wohl spät, aber zu begrüßen wäre sie um so lebhafter. Aber auch in der Tschechenfrage ist es nun einmal nicht so, daß gerade die Deutschen die Schuldigen und die Tschechen die Fehlerlosen sind, wie die bayrische amtliche Stelle glauben machen will. Die Tatsachen sprechen da eine gar zu deutliche Sprache. Und der Mehrzahl der Deutschen geht der hohe Grad der Selbstverleugnung ab, den die oben wiedergegebene amtliche bayrische Auslassung den Tschechen gegenüber bekundet."

Am selben Tage tritt der Landesarbeiterrat zur Wahl der Vertreter zum vorläufigen Nationalrat zusammen.

Ministerpräsident **Eisner** wendet sich in einer längeren Rede gegen die Behauptung, man wolle das Bürgertum ausschließen von der Mitbestimmung in der Politik. Nur der bürgerliche Geist solle ausgeschlossen werden; mit neuen Männern und neuem Geist müsse man in die neue Demokratie hinüberkommen. „Die Revolution von 1848 ist vom Bürgertum zerstört worden. Wenn wir nicht den Geist der Revolution wahren, verlieren wir die Revolution. Wir stehen vor der Weltrevolution. Ist Demokratie und Sozialismus eine Wahrheit, so darf nur sozialistische und demokratische Politik getrieben werden. Das ist nicht Diktatur. Eher wäre die Nationalversammlung entbehrlich, als die Arbeiterräte. Es wäre ein Glück für die neue Nationalversammlung, wenn sie sich stützen könnte auf die Räte. Und wenn es anders kommt, was dann? Eine Nationalversammlung ist ein Wahlgebilde, das geändert werden kann und muß, wenn es sich im Widerspruch befindet mit den breiten Massen des Volkes.

Das alte System ist an dem Zusammenbruch schuld. Ich staune über die Träger dieses Systems, die jetzt schon wieder mit dabei sein wollen. Seien Sie also wachsam! Demokratisch und sozialistisch muß die Politik der Zukunft sein. Ist das ein Terror, so ist es der Terror der Wahrheit. Noch nie hat es so viel Freiheit gegeben wie heute, aber auch noch nie so viel Mißtrauen gegen diese Freiheit. Nicht der Wahlzettel entscheidet letzten Endes, sondern der Geist, der die Massen beseelt. Und wenn der Geist

noch nicht das ganze Volk in den 14 Tagen bis zur Wahl erfaßt, so ist es Ihre Aufgabe, weiterzuarbeiten bis zum endgültigen Sieg des neuen sozialen und demokratischen Geistes. Die sozialistische Umgestaltung soll allen Menschen die Möglichkeit geben, sich des Daseins zu freuen und in gewaltiger Anspannung der Kräfte ein Leben zu leben, das Sinn, Kraft und Vernunft hat voll Schönheit, Würde und Tapferkeit."

Minister des Innern **Auer** gedenkt zunächst der Frontsoldaten und ihrer Heldentaten und Opfer und fährt dann fort: „Die Revolution ist gelungen. Ein Zurück in die alten Zustände darf es nicht mehr geben. Eine solche Rückkehr wird aber auch die Arbeiterschaft zu verhindern die Kraft haben. Nach dem Zusammenbruch des alten Staatsgebäudes sind wir wieder zu legalen Wegen zurückgekehrt. Diesen legalen Wegen verdanken auch Sie Ihre Anwesenheit hier; denn der Landesarbeiterrat ist aus den Wahlen der Arbeiterräte im ganzen Lande hervorgegangen und ruht so auf dem Vertrauen der Arbeiterschaft des ganzen Landes. Ihre Bedeutung wird in dem bestehen, was Sie arbeiten und leisten; denn jetzt gilt es Taten, nicht Worte. Sie haben zugleich die Gesamtinteressen des ganzen Volkes zu vertreten. Das kann nur geschehen, wenn die einzelnen Gruppen Opfer bringen.

Die bevorstehenden Aufgaben sind groß. Zunächst gilt es die Herbeiführung des Friedens. Je geordneter und geschlossener das ganze Volk ist, desto eher kommt der Friede. Ruhestörungen geben dem Feind Grund zur Einmischung. Ruhe und Ordnung ist aber auch für die zweite Aufgabe unerläßlich, nämlich zur Aufgabe der Lebensmittelversorgung des Landes. Unsere Ernährungslage ist ernst. Wollen wir nicht scheitern, so müssen Wucher und Schleichhandel rücksichtslos bekämpft werden. Auf das Ausland dürfen wir uns bei unserer Ernährung nicht verlassen, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß das Ausland uns keine Lebensmittel liefern werde. Es gilt ferner den wirtschaftlichen Wiederaufbau von Grund aus. Dazu gehört organische Arbeit, die mit Reden nicht zu ersetzen ist.

Es gilt ferner eine schwierige staatsrechtliche Arbeit zu leisten, nämlich die gesetzliche Vorbereitung der Landtagswahlen.

Der Wahlkampf wird ernst sein, und Ihre Verantwortung ist groß. Unbedachte Äußerungen, die bei Ihnen hier fallen, werden von den Gegnern der Revolution für reaktionäre Zwecke ausgenützt werden. Um so weniger haben wir Anlaß, Wasser auf die Mühlen der Gegner zu liefern. Wirtschaftlich haben wir ferner für eine geregelte Demobilmachung zu sorgen. Dazu gehört vor allem Arbeitsbeschaffung, denn ohne Arbeit nicht Brot, nicht Friede. Und wieder muß ich auch hier zur Ordnung mahnen. Freiheit ist nicht Willkür, nicht Zersetzung! Den Terror haben wir nicht nötig, denn wir brauchen nicht ängstlich zu sein wegen der Freiheit, die sich aus eigener Kraft den Weg bahnen wird. Wir brauchen nicht, wie das alte System, die Unterdrückung und den Terror, wir vertrauen auf den Geist der Freiheit und seine Kraft.

Reibungslos müssen alle Kräfte ineinandergreifen. Nur dann kann der Untergang vermieden werden. Den meisten von Ihnen wird der glatte Übergang zum neuen Staat erleichtert sein durch die politische Bildung, die Sie in der Schule der Gewerkschaften erhalten haben. Hoffentlich findet dieser gewerkschaftliche Geist auch in anderen Berufen Eingang. Nur die Einordnung des Einzelwillens in den Willen der Gesamtheit stärkt die Wurzeln der Arbeit. Im Geist der Einigkeit allein liegt der Erfolg für die Arbeiterschaft, für Sie alle, für das ganze bayrische Land und Volk."

Delegierter des Zentralarbeiterrats **Landauer** erstattet Bericht über die bisherige Tätigkeit dieses Rates. Die Arbeiter der Revolutionsnacht hätten sich erst in den Parlamentarismus hineinfinden müssen; aber es sei in diesen vier Wochen Tüchtiges von ihnen geleistet worden. Er verweist auf die Ausarbeitung der nun vorliegenden Richtlinien für die Arbeiterräte. Was in diesen Richtlinien stehe, werde draußen im Lande immer noch nicht erfüllt. Sie würden häufig in ganz anderm Sinne ausgelegt, namentlich in der Presse. Die Arbeiter- und Bauernräte müßten so lange die Grundlage bilden, bis eine revolutionäre Nationalversammlung tatsächlich vorhanden sei. Zu einem weiteren Punkt der Richtlinien, die den Arbeiter- und Bauernräten das Recht geben, Anträge auf Entsetzungen und Einstellungen von Beamten zu stellen, bemerkt Redner, daß manche Bezirksamtmänner nicht mehr an ihrer Stelle wären, wenn die Räte ihre Schuldigkeit getan hätten. Landauer zählt dann eine Reihe von Maßregeln auf, die unter Mitwirkung des Zentralarbeiterrates getroffen wurden, so die Umstellung der Artilleriewerkstätten in Friedenswerkstätten, die Aufklärungsarbeit im ganzen Lande, die Durchführung der 44-Stunden-Woche mit dem freien Samstag-Nachmittag und das Mindestprogramm für die Umgestaltung des Schulwesens.

Finanzminister Dr. **Jaffé** spricht über die Aufgaben, die den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten im Rahmen der neuen Republiken im besonderen im Volksstaat Bayern zukommen. Die Revolution von 1789 habe den Begriff des Staatsbürgertums geschaffen; diesen Begriff wolle auch die Revolution von 1918 aufrechterhalten, ebenso die Errungenschaft der parlamentarischen Demokratie. Diese Grundsätze würden auch bei uns zum Ausdruck kommen in den bevorstehenden gesetzgebenden Versammlungen der Staatsbürger auf parlamentarischer Grundlage. Wir könnten aber dabei nicht stehen bleiben; es müsse zum Grundsatz der politischen Gleichheit die wirtschaftliche und soziale Gleichheit kommen. Darunter sei zu verstehen, daß jeder Mann und jede Frau die gleiche Möglichkeit in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung hätten. Der alte Parlamentarismus müsse gereinigt werden von den Dingen, die ihn nicht zur eigentlichen Arbeit kommen ließen. Man müsse ein zweites Parlament schaffen, das nicht in Konkurrenz stehe mit der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung werde die gesetzgebende politische Versammlung sein; neben ihr müßten die Räte als Parlament von Sachverständigen bestehen, das die Gesetzentwürfe vorbereite und durcharbeite.

Der Minister kommt dann auf die Finanzierung der Räte zu sprechen; er ersucht die Mitglieder, dafür einzutreten, daß die Kosten möglichst niedrig gehalten würden. Im großen und ganzen solle das Prinzip gelten, daß die Tätigkeit ehrenamtlich geleistet werde. Für die Soldatenräte habe die Staatskasse wenig Kosten zu tragen, weil der Militäretat in Frage komme; die Tätigkeit der Bauernräte solle ehrenamtlich geleistet werden. Anders lägen die Verhältnisse bei den Arbeiterräten; hier müßten selbstverständlich die ausfallenden Arbeitsverdienste entschädigt werden, dazu käme noch der Ersatz der Sachkosten. Zum Schluß weist der Minister darauf hin, daß mit der Vorprüfung der Gesetze die Tätigkeit des Nebenparlaments noch nicht erledigt sei; man müsse einen ständigen Kontakt herstellen zwischen Volk und Regierung.

10. Dezember. Die Tagung des Landesarbeiterrates wird geschlossen. Angenommen wird nach längerer Debatte folgende Entschließung:

„Die heute tagenden Delegierten der Arbeiterräte Bayerns stellen sich einmütig auf den Boden der Errungenschaften der Revolution. Sie sehen in einer stetigen Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus die Grundlage für die weitere Ausbreitung und Vertiefung der Revolution. Nur durch einträchtiges Zusammenarbeiten der Arbeiterräte wird hierfür die Gewähr geleistet, die Ideen des Sozialismus zum Wohle des gesamten werktätigen Volkes in die Praxis umzusetzen."

Angenommen werden ferner Anträge auf baldige Ausschreibung von Gemeindewahlen und Einsetzung einer Kommission zur Nachprüfung und Neufestsetzung von Richtlinien für die Arbeiterräte. Die Delegierten zum provisorischen Nationalrat sollen nach folgendem Verhältnis gewählt werden: für Oberbayern 6, Mittelfranken 6, Oberfranken 5, Unterfranken 5, Schwaben 5, Pfalz 5, Niederbayern 4, Oberpfalz 4; der revolutionäre Arbeiterrat in München soll 10 Mandate bekommen.

Hagemeister-München stellt die Behauptung auf, daß der Minister des Innern Auer an einem Ministerkomplott zum Sturze Eisners beteiligt gewesen sei. In einer Geheimsitzung von Leuten Oberbayerns sei diese Tatsache mitgeteilt worden. — **Auer** erklärt, er habe mit dieser Geheimsitzung und einem Komplott gar nichts zu tun. Das gesamte Ministerium stehe geschlossen da, und sein Verhältnis zu Eisner sei, wenn sie auch persönlich Gegner wären, derart, daß sie gemeinsam für die großen Aufgaben arbeiten. Anlaß zu weiteren lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Auer und der radikalen Gruppe im Münchner Zentralarbeiterrat geben die Richtlinien für die Arbeiterräte. Ein von einem Beamten angefertigter Vorentwurf, den der Minister selbst nicht gelesen hat, wird von dem Schriftsteller **Landauer** zu Angriffen gegen Auer benutzt. — **Auer** kann sie restlos zurückweisen, wobei er häufig vom Toben und Lärmen der Radikalen unterbrochen wird. Seine Darlegungen schließt Auer mit der Warnung an die Münchner Radikalen, daß er die Frage stellen werde: „Entweder Sie oder ich!"

12. Dezember. In einer Versammlung der Münchener Spartakusgruppe, auf deren Tagesordnung die blutigen Vorgänge in Berlin und die Mitschuld der Reichsregierung stehen, hält Ministerpräsident **Eisner** eine bemerkenswerte Rede:

Die Einberufer betrachten es als ihre Aufgabe, der bayrischen Regierung den Rücken zu stärken. Eine Regierung, bei der das notwendig sei, verdiene aber nicht auch nur einen einzigen Tag zu regieren. Er sei in die Versammlung gekommen, um an die Vernunft der Spartakusleute zu appellieren. Er habe von den Versammlungsrednern viele Worte gehört, aber nicht einen einzigen Gedanken, wie man praktisch arbeiten solle. Eine Revolution, die nicht imstande sei, Ordnung zu schaffen und Arbeit zu leisten, sei verloren. Entweder gäbe es ein allgemeines Chaos, dann sei die Revolution zu Ende, oder man halte mit den alten Mitteln der Polizeigewalt die Ordnung aufrecht, dann verliere die Revolution ihre Seele.

Er habe in der Nacht, als die Münchener Zeitungen gestürmt wurden, den Eindruck gehabt, daß darunter auch Leute waren, die etwas ganz anderes wollten als die Revolution.

Mit der in derselben Nacht vom Minister Auer abgepreßten Erklärung hätten die Kommunisten der Reaktion einen großen Dienst geleistet. Es sei ein Akt großer Feigheit und noch größerer Dummheit gewesen. „Überschätzen Sie Ihre Kräfte in Deutschland nicht; wenn ich das deutsche Volk richtig verstehe, so will es nach 4½ Jahren Blutvergießens in geordneten Zuständen leben. Wir radikalen Sozialisten haben die Revolution nicht gemacht, um den ruhigen Fortgang der Entwicklung zu stören. Einen einzigen Eisenbahnzug laufen zu machen, erfordert mehr Arbeit als alle Demonstrationen auf der Straße."

Eisner stellt dann die Behauptung auf, daß dem Bürgertum der Bolschewismus gerade recht sei. Niemand sei unzufriedener als das Bürgertum, wenn die Revolution ruhig verlaufe. Er habe das wiederholte Entlassungsgesuch Auers nicht angenommen, weil er genau wisse, was daraus folgen werde. Der Protest gegen die Nationalversammlung komme zu spät. Die Nationalversammlung sei eine vollzogene Tatsache. Wenn das Proletariat die Nationalversammlung verhindere, so sei dies der Bankrott des Proletariats. Er fordere die Versammlung auf, praktisch für die Nationalversammlung zu arbeiten, für den Wiederaufbau der neuen Welt. „Wir wollen keine besoldeten Roten Garden, das ist Korruption, wir brauchen Leute, die Besonnenheit und Charakter haben."

Finanzminister **Jaffé** betont die weitgehende Abhängigkeit Deutschlands von der Entente. Wenn deren Truppen in Deutschland einrückten, dann kämen sie, um Ordnung zu schaffen und den Kapitalismus zu schützen. Die Münchner Arbeiter wollten Ruhe, man dürfe sie nicht fortwährend vor den Kopf stoßen.

Nachdem sich der größte Teil der Versammelten entfernt hat, wird eine radikale Entschließung angenommen, die u. a. die Auslieferung Scheidemanns und Eberts an ein Revolutionstribunal, die Abdankung Hindenburgs und die Übergabe aller Gewalt an die Arbeiter- und Soldatenräte fordert, sowie gegen die Nationalversammlung Protest erhebt.

13. Dezember. Der vorläufige Nationalrat Bayerns tritt in München zusammen. Er besteht aus den Vertretern der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, auch den Angehörigen der früheren sozialdemokratischen, der liberalen und der bauernbündlerischen Fraktion des Landtages, ferner aus Vertretern wirtschaftlicher und beruflicher Vereinigungen.

Ministerpräsident **Eisner** spricht wieder über die Pläne der neuen Regierung. Das berufsständische Element solle den Geist der Revolution im Parlament erhalten. Durch die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sollten alle arbeitenden Kräfte im Staate und zum Staate herangezogen werden. Die neue Regierung kenne keine Kompromisse. Sie wolle bewußte demokratische und sozialistische Politik treiben. Durch die Militärstrafprozeßordnung sei ein Muster einer klaren Gesetzgebung geschaffen worden, wie sie das Volk brauche. Noch mehr Aufgaben aber seien erst noch zu lösen, so vor allem die Befreiung der Schule von der geistlichen Schulaufsicht.

Dann rühmt der Minister die Freiheit im neuen Staat; kein Beamter sei in seiner Überzeugung vergewaltigt worden, niemand werde durch wirtschaftlichen Druck in seiner Gesinnung bedrängt. Als weitere noch zu lösende Aufgaben nennt der Minister den Entwurf zur künftigen Verfassung, der in wenigen Tagen herauskomme, und die Wahl zur Nationalversammlung, dem Landtag, der sich hoffentlich mit den Räten zu stellen wisse.

Das Verhältnis Bayerns zum Reich denkt sich der Minister so, daß alle Staaten zunächst in ihrer Eigenart selbständig ihre Angelegenheiten ordnen und so geordnet dann zu einem einheitlichen Ganzen sich zusammenfügen. Das Verhältnis zum Reich solle so gestaltet werden, daß sich zuerst die Bundesstaaten konsolidieren und dann zu einem einheitlichen Ganzen zusammenwachsen. In der auswärtigen Politik will der Ministerpräsident, daß der neue Volksstaat Bayern Vertrauen verdiene. Die bisherige Berliner Politik, die mit Bomben und Bazillen gearbeitet habe, hätte Deutschland um das Vertrauen gebracht. Der Aufbau der Menschheit könne nur bei gegenseitigem Vertrauen erzeugt werden auf dem Boden der Humanität.

Minister des Innern **Auer** beginnt mit der Mitteilung, daß in der Pfalz die feindliche Besatzung Arbeiter stillgelegter Betriebe nach Belgien und Nordfrankreich verweise, wo „dringendere Arbeit sei". Er erhebt Protest gegen ein solches Vorgehen. Eindringlich spricht Auer dann von den schrecklichen Gefahren für unsere Ernährung und Arbeit, die aus der Kohlennot immer mehr drohten. Doppelt nötig sei daher Ruhe und Ordnung und Kampf gegen jeden Terror, damit der einzige Weg zur Rettung, die strengste pflichtmäßige Arbeit, nicht versperrt werde. Auch in Berlin müsse die Mahnung zur Arbeit gehört werden, sonst komme man nicht zur Öffnung der Grenzen und Einfuhr der dringend nötigen Rohstoffe.

Aber nicht Redensarten helfen uns dazu und nicht gegenseitige Anklagen, sondern nur Arbeit und Selbstvertrauen und das schleunigste Aufbauen des neuen Staatsgebäudes aus den Quadern der geschichtlichen Entwicklung. Dabei müsse vor allem an die Vereinfachung der Staatsverwaltung gegangen werden. Dazu verhelfe zunächst die Erweiterung der Selbstverwaltung in Gemeinden, Distrikten und Kreisen. Das Beamtentum habe immer ein hervorragendes Pflichtgefühl bewiesen, es erfordere aber in Zukunft stärkere Persönlichkeiten. Auch die Zerrissenheit der Arbeitsverteilung unter den Ministerien müsse geändert werden. Die Ernährungsregelung müßte sorgfältig fortgeführt, Wucher und Schleichhandel müßten bekämpft werden, und die Landwirtschaft müsse ihre Pflicht aufs äußerste erfüllen. Da müßten die Arbeiter- und Soldatenräte, für die wohl ein besserer Name gefunden werden könnte, mitwirken.

Als weiter notwendige Arbeiten bezeichnet der Minister die Revision der Bodenverteilung, Hebung des Gesundheitswesens, bessere Verteilung der Arbeitskräfte auf Stadt und Land unter Aufhebung der Ausnahmebestimmungen für ländliche Arbeiter, gute Siedlungspolitik, Auflösung der Fideikommisse im Zusammenhang mit der Kriegskostendeckung und gesunde Steuerpolitik und den schleunigen Ausbau der Wasserkräfte auf kürzerem Amtswege als bisher. Über den Aufbau der Wirtschaft in Handel, Gewerbe und Industrie will der Minister ein besonderes Programm vorlegen; schließlich verlangt er die Verlegung des Weges ins Ausland für den Raub der Kriegsgewinnler.

Über die sozialen Maßregeln seines Ressorts berichtet Minister **Unterleitner**. Die revolutionäre Forderung des Proletariats, der Achtstundenarbeitstag, sei erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich diese Errungenschaft nicht mehr nehmen lassen. Die industrielle Arbeiterschaft habe dafür

die Pflicht zu übernehmen, die Revolution zu sichern. Wenn sich der Achtstundentag auch für das Land nicht einführen läßt, so dürfen die Landarbeiter doch nicht ausgebeutet werden. Mit der Erwerbslosenfürsorge werden Tausende vor äußerster Not bewahrt. Kommen muß noch die Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter bis zu 5000 Mark Einkommen. Reformen führen wir durch auf dem Gebiete der Stellenvermittlung, in der Gewerbeaufsicht, in der Errichtung gesunder Kleinwohnungen für die Arbeiter, in der Frauenarbeit, im Dienstboten- und im Landarbeiterrecht.

Berechtigt sind die Ansprüche der Kriegsbeschädigten, bei Anstellungen ein Vorrecht zu bekommen gegenüber den Militäranwärtern.

14. Dezember. Die Verhandlungen des vorläufigen Nationalrats werden fortgesetzt.

Gentner (Mehrheitssoz.) glaubt, daß das ganze Volk die Revolution jubelnd begrüße. Die Sozialdemokratie müsse eine schwere Erbschaft übernehmen. Redner verweist auf die Schwierigkeiten der Demobilmachung, der Ernährung und des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft.

Funke (Christl. Gewerksch.) findet zwischen den Ministerreden vom Tage vorher so klaffende Widersprüche, daß die Regierungsmeinung nicht einheitlich hervortrete. Die christlichen Gewerkschaften verlangten Freiheit für ihre Meinung und Überzeugungen, lehnten es aber ab, die alte Ordnung gewaltsam wiederherstellen zu wollen. Der Nationalgedanke könne gerade im künftigen Völkerbunde nicht entbehrt werden.

Eisenberger (bayr. Bauernbund) erklärt, für die gewerblichen Betriebe möge der Achtstundentag gut sein, ihn festzulegen ohne Benehmen mit den anderen Ländern sei bedenklich. Das Ultimatum Eisners nach Berlin begreife das Volk nicht; ihm erschienen Ordnung und Friede vordringlicher. Die geistliche Schulaufsicht tauge nicht; aber eine Schule ohne Religionsunterricht wolle seine Fraktion nicht. Wer den Boden nicht bebaue, habe nicht das Recht, den Boden zu besitzen. Die Wasserkräfte müßten ausgebaut werden.

Reinhart-München (Vertreter des Offizierkorps): Alle hätten einen Strich unter die Vergangenheit gemacht. Die Offiziere dächten an keinen Putsch, sie stellten sich auf den neuen Boden. Einzelne Fälle änderten an der Stellung der Offiziere nichts. Aufklärung sei in solchen Fällen not. Auch die Offiziere seien bayrische und deutsche Volksgenossen.

Kriegsminister **Roßhaupter** verweist auf die Schwierigkeiten der Demobilmachung unter den schweren Waffenstillstandsbedingungen. Besondere Erschwerungen seien entstanden durch die Ablieferung des Eisenbahnmaterials. Der Minister gibt dann ein Bild von der Demobilisierung: 200 Divisionen ohne Spezialtruppen waren zu befördern, darunter 18 bayrische, wovon 11 abtransportiert sind. Über die Armee Mackensen herrschte lange Unklarheit. Seit 6. Dezember haben wir neuerdings keine Nachrichten von den dortigen bayrischen Truppen. Es handelt sich um rund 10 Divisionen. Nun ist deren Schicksal sichergestellt; sie rollen bereits heimwärts. Auch das Ostheer ist auf dem Heimmarsch; es geschieht alles, um die Schwierigkeiten zu überwinden; man hofft, bis Mitte Februar fertig zu sein. Durch all diese Schwierigkeiten verschob sich auch die Festsetzung der Wahlen zum neuen Landtag. Denn diese Truppen sollen mitwählen. Über das Befinden der Truppen lauten die Berichte günstig. Die Schwierigkeiten infolge des Rohstoff- und Kohlenmangels erfordern vor allem Ruhe und Ordnung.

Lotter-Neustadt a. Aisch, Matrose (Arbeiterrat Mittelfranken): Der Kriegsgrund lag im Konkurrenzkampf der Völker; die Schuld liegt durch-

aus nicht an Deutschland allein. Redner hat vor dem Krieg in Rußland gesehen, daß 1913 schon mobil gemacht wurde. Auch England stand dem Krieg durchaus nicht fern. Es sei ein Fehler, vor den Friedensverhandlungen Deutschland die Schuld zuzuschreiben. Bestehe eine Schuld Deutschlands, so sei es die Kriegsverlängerung. Das treffe vor allem Ludendorff. Die Flotte habe den Hauptanteil an der Revolution gehabt. Schon 1917 klärte der Redner die bürgerlichen Parteien im Reichstag über die Klagen in der Flotte auf. Die Qualen der Leute seien groß gewesen. Haase habe die Flotte aufgehetzt. Er sei mit viel Geld auf gut vorbereiteten Boden zu hungernden, schlecht behandelten Soldaten gekommen. Das schlechte Beispiel der Offiziere habe den Rest gegeben. Flottenchef Hipper habe getan, was er konnte. Auch das Versagen der Heimatfront wirkte übel. Der demokratische Gedanke wäre noch weiter verbreitet, wenn die Person des bayrischen Ministerpräsidenten nicht im Wege stünde. Wäre Auer an der Spitze, ginge alles viel glatter. Den Achtstundentag können wir nicht allein machen. Mißtrauen auf dem Lande erwecke auch die Formel „Trennung von Kirche und Staat". Mit dieser Formel müßte mindestens auch die Freiheit für alle versprochen werden.

15. Dezember. Zu der Nachricht, daß Staatsrat v. Meinel, der im Rahmen des Ministeriums des Äußern eine Art bayrischer Handelsminister war, seinen Abschied zu nehmen gedenkt, wird im „Fränkischen Kurier" ein bemerkenswerter Brief Meinels an Eisner bekannt, worin der Verfasser mit dem Ministerpräsidenten scharf abrechnet.

In dem ersten Teil des Schreibens wird Klarheit darüber verlangt, welche Bedeutung der Ernennung Professor Lujo Brentanos zum Volkskommissar für Industrie, Gewerbe und Handel zuzuschreiben sei. Sie habe in die beteiligten Kreise eine gewisse Beunruhigung getragen. In einer längeren Aussprache zwischen Meinel und Brentano habe sich ergeben, daß es völlig verfehlt sein würde, wenn Brentano mit einer Sozialisierung der Industrie beginnen wollte. Und die Beunruhigung weiter Kreise hinge mit der Befürchtung zusammen, daß die neue Regierung gewagte Experimente zur Neugestaltung des Wirtschaftslebens beabsichtige. Auch Brentano habe ihm, Meinel, gegenüber der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß seine Wahl zum Volkskommissar bei den beteiligten Kreisen einen ungünstigen Eindruck hervorrufen könne.

Wichtiger, seiner grundsätzlichen Bedeutung nach, ist der zweite Teil des Briefes. Mit größter Offenheit und sachlicher Härte wendet sich Meinel gegen die der Beamtenschaft durch Eisner zugefügten Beleidigungen. Eisner habe sich in den wenigen Wochen seiner bisherigen Tätigkeit mit den eigentlichen Geschäften des Ministeriums wenig befaßt und seine Zeit ausschließlich politischen Angelegenheiten gewidmet. Die Verurteilung der Leistungen der bayrischen Beamtenschaft, wie sie Eisner in der ersten Sitzung des Arbeiterrates ausgesprochen habe, sei eine bittere Ungerechtigkeit und ein schlechter Dank für die selbstlose und hingebende Arbeit, die durch diesen Stand dem Vaterland geleistet worden sei. Die neue Regierung im Ministerium des Äußern habe damit begonnen, daß bei wichtigen Entscheidungen die Abteilungsvorstände überhaupt nicht gehört und ihnen notwendige, wichtige Einläufe vorenthalten wurden. Der Brief stellt dann fest, daß Eisners Verkündigung, jeder solle lernen selbst Führer zu sein, und jeder müsse mitregieren, nichts anderes als eine heillose Verwirrung an-

richten werde. „Nichtswürdig will es mir erscheinen," so lautet der letzte Satz, „um die weitere Mitarbeit des Handwerkers zu ersuchen, diesen aber in der Öffentlichkeit von vornherein für das Mißlingen der bisherigen und damit auch der geplanten künftigen Werke verantwortlich zu machen."

16. Dezember. Die geistliche Schulaufsicht wird vom 1. Januar 1919 an aufgehoben. An die Stelle der geistlichen Ortsschulinspektoren tritt der Bürgermeister oder sein Stellvertreter, an die der geistlichen Bezirksinspektoren treten weltliche Fachleute, zunächst vorübergehend geeignete Volksschullehrer.

17. Dezember. Die Sitzung des vorläufigen Nationalrats gestaltet sich zu einem scharfen Rededuell zwischen dem Vizepräsidenten Prof. Quidde und Kurt Eisner, der sich gegen die Angriffe Quiddes zu verteidigen sucht.

Quidde erinnert daran, wie Eisner über die Nationalversammlung gehöhnt habe, und an seine geschmacklose Polemik gegen die Presse. Das Vertrauen zu Eisner sei erst durch dessen schwankende Haltung gestört worden. Quidde weist Widersprüche in den Reden Eisners nach und sagt unter dem Beifall der Versammlung: Wenn wir in voller Freiheit am 12. Januar, dem Tage der bayrischen Wahlen wählten, nicht bedroht durch Handgranaten, und die Auffassung des so gewählten Landtags im Widerspruch mit den Auffassungen der Arbeiter- und Soldatenräte stehe, dann würde das beweisen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte im Widerspruch stünden mit dem Willen des ganzen Volkes. Es müsse aber der Wille des ganzen Volkes zum Ausdruck kommen. Verschiedene Äußerungen des Ministerpräsidenten seien gedeutet worden, als ob das Ergebnis der Landtagswahlen, wenn es im Widerspruch mit der Auffassung der Arbeiter- und Soldatenräte zu stehen scheine, nicht vom Ministerpräsidenten anerkannt werde. Es müsse demgegenüber eine Erklärung der Regierung verlangt werden, wie sie auch von der Reichsregierung und vom preußischen Ministerium abgegeben worden sei. Die Übergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte seien hinzunehmen als unvermeidliche Begleiterscheinung der Revolution, wenn auch das, was jetzt vielleicht geschehen sei, größere Gefahr für die Öffentlichkeit gebracht habe als der Militarismus. Quidde nimmt dann die Offiziere in Schutz, die sich heute von jedem Lausbuben auf der Straße beleidigen lassen müßten. Das sogenannte Nebenparlament sei ein Mittel zur Ablenkung der Forderungen, die aus allen Berufsständen an die Regierung kommen. Das neue Wahlrecht begrüßt der Redner lebhaft. Eingriffe in die bestehenden Gesetze dürften während der Übergangszeit nicht gemacht werden. In den politischen Versammlungen führten heute Leute das Wort, die nicht ins politische Leben, sondern in eine Kaltwasserheilanstalt gehörten.

In scharfer Weise übt der Redner sodann Kritik an Eisners auswärtiger Politik, der von München aus den Frieden bringen wolle. Man möge von Bayern aus Vermittlungsarbeit leisten, aber der Gedanke eines Sonderfriedens müsse entschieden zurückgewiesen werden. Von dem Verständnis und dem Vertrauen Clémenceaus hätte man verflucht wenig gespürt. Wenn wir uns selbst erniedrigten, würden wir durchaus nicht bessere Bedingungen bekommen. Der jetzige Augenblick sei wenig geeignet, unsere schmutzige Wäsche zu waschen. Wir sollten heute als Deutsche erhobenen Hauptes dem Auslande gegenübertreten. Quidde beantragt zum Schluß, eine fünfgliedrige Kommission aus den Mitgliedern des vorläufigen Nationalrates zu wählen, die dem Minister des Äußern in Fragen der äußeren Politik zur Seite stehen soll.

Ministerpräsident **Eisner** setzt noch einmal seine bekannte Auffassung von der Nationalversammlung und der Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte auseinander. Seine auswärtige Politik sucht er mit den Worten zu rechtfertigen, wir hätten das alte System nicht zu zerbrechen brauchen, wenn Deutschland nicht die Schuld am Kriege trüge. Hätte nur unsere Niederlage die Revolution veranlaßt, so wäre das eine Feigheit gewesen. Wäre es tatsächlich richtig, daß wir das Opfer eines feindlichen Überfalles waren, so müßten wir noch heute geschlossen hinter die Führer des alten Systems treten. Weil aber eine gewissenlose Politik uns ins Unglück gestürzt habe, hatten wir das moralische Recht zur Revolution. Der Ministerpräsident teilt sodann mit, daß einen Hauptbestandteil der neuen bayrischen Verfassung das Volksreferendum für besonders wichtige Gesetzentwürfe bilden würde.

Staatskommissar für die Demobilmachung **Segitz** gibt einen gedrängten Überblick über den gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Demobilmachung und zählt die Maßregeln dazu auf. Ob die Wohnungsnot den befürchteten Umfang annehmen werde, lasse sich zurzeit noch nicht feststellen. Gegenwärtig sei sie noch nicht beängstigend.

Dr. **Hohmann:** Der Ministerpräsident hat gefragt, wann er sich dem feindlichen Ausland angebiedert habe. Ich rechne dazu die einseitige Veröffentlichung der Dokumente, durch die wir in die Rolle des demütigen Büßers vor dem feindlichen Ausland kamen. Auch hat Eisner sein Bedauern ausgesprochen über die Verzögerung des Rücktransportes der feindlichen Gefangenen ohne ein Wort der Teilnahme für unsere deutschen Brüder. Alles das ist als nationale Würdelosigkeit zu betrachten.

Ministerpräsident **Eisner:** Es ist Demagogie, wenn man behauptet, daß ich nicht für die deutschen Gefangenen im Ausland eintrete.

Was hätte ich Tatkräftigeres tun können für die deutschen Gefangenen, als dafür zu sorgen, daß die fremden Gefangenen menschlich behandelt werden?

Simon (Nürnberg) hält den Schrei nach der Nationalversammlung nur für den Ausdruck konterrevolutionärer Bestrebungen; selbst ein Teil der sozialdemokratischen Presse mache diesen Schwindel mit. Auch die unabhängige Sozialdemokratie wolle die Nationalversammlung, wolle aber aus Zweckmäßigkeitsgründen den Termin nicht in allzu große Nähe gerückt sehen; man hätte vorher den Anfang der Sozialisierung machen müssen. In seinen weiteren Darlegungen verlangt der Redner u. a., daß die Kreise, die die Revolution durchführten, auch die politische Macht in der Hand behalten müßten.

Hübsch nimmt programmatisch Stellung zu den Wirtschaftsfragen und zu den berufsständischen Forderungen. Er anerkennt die Verdienste des Staatskommissars für Demobilmachung und auch den Anteil von Soldatenräten, wenn auch mit Ausnahmen. Dem Beamtentum sei zu verdanken, wenn die Staatsmaschine in der Übergangszeit, wenn auch mit Reibungen, weiterlaufe.

Finanzminister Dr. **Jaffé**: Seit einigen Tagen wird im Finanzministerium an einer Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben für 1918 gearbeitet, und zwar mit freier Schätzung, da das Jahr noch nicht zu Ende ist; auch für 1919 soll schätzungsweise festgestellt werden, was an Änderungen gegenüber dem Etat erfolgt. Sobald die Zusammensetzung vorliegt, wird sie veröffentlicht. Die Ausgaben sind einigermaßen sicher zu übersehen, die Einnahmen sinken durch den militärischen Zusammenbruch und die Liquidation des Krieges. 33 Millionen Mark sind aufzuwenden als Beitrag des bayrischen Staates für den verlorenen Mehraufwand (Kleinwohnungsbau); ferner 12 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge. Weiter haben wir zu rechnen mit etwa 20 Millionen für Notstandsarbeiten. 90 Millionen sind erforderlich für die eben vom Ministerrat beschlossene einmalige Teuerungszulage für die Beamten, die um Weihnachten herum ausbezahlt wird. Endlich fallen ungefähr 120000 Mark an als bisherige Ausgabe für die Landesarbeiter-, -Soldaten- und -Bauernräte. Dazu kommen noch die Kosten für die örtlichen Räte. Auch hier ist letzthin von 40 Millionen im Jahr gesprochen worden. Das hat Auer so gemeint, daß die Sache 40 Millionen im Jahr kosten kann, wenn die Räte nicht sparen. Es ist auch von Kosten gesprochen worden, die dadurch erwachsen sollen, daß die neue Regierung ihre Anhänger in gut bezahlte Stellungen bringe. Im Justizministerium ist ein Privatsekretär des Ministers angestellt, ebenso im Finanzministerium, beide arbeiten umsonst. Im Ministerium für soziale Fürsorge sind die Leute zunächst nur vorläufig einberufen; auch die alte Regierung

wäre bei Neueinrichtung eines Ministeriums nicht billiger weggekommen. Im Ministerium des Äußern sind 9 Anstellungen erfolgt, die im ganzen Jahre 40000 Mark erfordern. Dafür sind andere Hochbesoldete aus diesem Ministerium ausgeschieden. Die Ministergehälter selbst sind nicht so hoch wie die Pensionen der früheren Minister.

18. Dezember. Im vorläufigen Nationalrat wird die allgemeine Aussprache fortgesetzt.

Kultusminister **Hoffmann** teilt mit, am 16. Dezember habe der Ministerrat das Gesetz unterschrieben, wodurch der geistlichen Schulaufsicht in Bayern mit dem 31. Dezember 1918 ein Ende gemacht werde. Der 7. November und der 16. Dezember bedeuteten das Ende des Kirchen- und Zentrumsstaates Bayern.

Klinglhöfer-München erklärt, der Landes-Soldatenrat treibe nur nationale Politik, aber keine Parteipolitik, stelle sich hinter die auswärtige Politik der Regierung und wolle, daß in der Nationalversammlung die Interessen des ganzen Volkes zum Ausdruck kommen.

Kaufmann-München erklärt, oberster Grundsatz des politischen Rates geistiger Arbeiter sei die Revolutionierung der Gesinnung des deutschen Volkes von Grund auf.

Landauer (Unabh. Soz.) geht auf die Kriegsschuldfrage ein. Die angebliche Einkreisung Deutschlands sei eine freiwillige Isolierung gewesen.

Frau Dr. **Kempf** verlangt für die Frauen wirkliche Gleichberechtigung auch im Parlament; die Vertretung der Frauen im vorläufigen Nationalrat zeuge nicht von der Gleichberechtigung; hier sei das Recht der Frauen zu kurz gekommen, genau so wie in den Räten. Für die Frauen sei die Nationalversammlung die einzige Möglichkeit, ihre staatsbürgerlichen Rechte auszuüben. Notwendig zur Aufklärung sei unbedingt Ordnung und Ruhe; jetzt stehe man schon im Zeichen des Terrors, keine Versammlung könne mehr abgehalten werden, ohne gesprengt zu werden. Warum lasse man sich diesen Terror gefallen?

Ministerpräsident **Eisner** verspricht, daß die Regierung mit allen Mitteln gegen die Ruhestörer einschreiten und sie festnehmen wolle; denn solche Ruhestörer seien feige Konterrevolutionäre. Nur gelte es Besonnenheit, da man einmal die Übernervosität der Zeit dieses Zusammenbruchs in Rechnung stellen und dann auch beachten müsse, daß, wenn einmal Blut fließe, das Ende nicht abzusehen sei. Auch müsse das Bürgertum selbst sich schützen und mitwirken zur Beruhigung. Das Bürgertum und wer sonst sich belästigt fühle, müsse die Namen derer nennen und feststellen helfen, die hinter den Ruhestörern mit Geld und aufreizenden Worten stehen.

Nach Ausführungen weiterer Redner, die nichts Bemerkenswertes bieten, wird die Debatte geschlossen.

Zur selben Zeit legen die in Freising versammelten **Bischöfe Bayerns** feierlichst **Verwahrung** dagegen ein, daß ohne Fühlungnahme mit den kirchlichen Behörden durch einseitige Verletzung eines in Art. V Abs. 4 des Konkordats dem Sinne nach verbrieften Rechts die langjährige und treue Mitarbeit und Mitaufsicht der Kirche im Erziehungswesen der Volksschule ausgeschaltet werden soll. Der Einspruch, der vom Erzbischof von München Dr. v. Faulhaber unter-

zeichnet ist, schließt: „Derartig überstürzte Gewaltmaßregeln einer vorläufigen Regierung müssen unser Volk mit großer Besorgnis für die Zukunft erfüllen."

20. Dezember. Die bayrische Volkspartei, die deutsche Volkspartei (Deutsche Demokratische Partei) in Bayern und die nationalliberale Partei Münchens richten in der Presse folgende Anfrage an die vorläufige Regierung:

„Die Ereignisse der letzten Zeit, insbesondere der letzten Tage, lassen keinen Zweifel mehr zu: wir stehen vor der Gefahr der Anarchie.

Die Presse wird bedroht, von Versammlungsfreiheit ist nicht mehr die Rede. Die Wahlfreiheit steht auf dem Spiele. Wird der Landtag, wenn er überhaupt zustande kommt, auf Freiheit der Tagung rechnen können?

Hat die Regierung nicht den Willen zu regieren, oder hat sie nicht die Macht?

Ihre eigene Partei und der vor dem Feinde bewährte Kern der Soldaten will von dem Schreckensregiment zuchtloser Gesellen so wenig wissen wie wir alle. Aber die Mächte und Kräfte der Ordnung sind gelähmt, wenn der Ordnungswille der Regierung versagt.

Will die Regierung die Ordnung, oder will sie die Anarchie?

Wir richten diese Frage hiermit öffentlich an die provisorische Regierung, insbesondere an den derzeitigen Ministerpräsidenten Eisner. Wir erwarten und verlangen eine bestimmte, unzweideutige Antwort: nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat — mit der ohne allen Aufschub eingreifenden und durchgreifenden Tat.

Bleibt diese Antwort aus, so wissen wir und weiß ganz Bayern, daß weder von der vorläufigen Regierung, noch von einem unter ihrer Verantwortung zu wählenden Landtag etwas anderes zu erwarten ist, als das unaufhaltsame Versinken im bolschewistischen Abgrund."

21. Dezember. Das Direktorium der Kammer der Reichsräte erläßt folgenden Protest:

„Infolge des Gewaltakts in der Nacht vom 7. auf den 8 November ist der bayrische Landtag seit dieser Zeit an der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte tatsächlich verhindert und wird das Bureau der Kammer der Reichsräte nach Beendigung der noch vorhandenen Arbeiten aus der vergangenen Tagung am 31. Dezember d. J. geschlossen werden. Der bayrische Landtag besteht zweifellos in seiner bisherigen Zusammensetzung noch fort, also auch die Kammer der Reichsräte. Wir behalten uns deshalb vor, das Bureau gegebenenfalls wieder zu eröffnen."

23. Dezember. Der bayrische Gesandte in Berlin Dr. Muckle tritt zurück und wird durch den Generalstaatsanwalt v. Preger ersetzt.

27. Dezember. Der Münchener Arbeiterrat tritt wieder zusammen, wählt endgültig einen Vollzugsausschuß und nimmt die Berichte über die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin und der Geschäftsführungskommission über die gebildeten Ausschüsse entgegen.

28. Dezember. Der vorläufige Nationalrat erledigt eine Interpellation Lotter über die Verschleuderung von Heeresgut, wobei Minister **Roßhaupter** erklärt, es seien leider tatsächlich Verschleuderungen, Dieb-

stähle und Unterschlagungen von Heeresgut vorgekommen, die Regierung habe aber energisch eingegriffen, um das für die Zukunft zu unterbinden. Der Regierung überwiesen werden folgende Anträge Dr. Baumann-München:

1. allen Geschäftsleuten, die während des Krieges ihre Angestellten oder Arbeiter durch Gehaltskürzungen empfindlich schädigten, ist die Auflage der sofortigen Nachzahlung der eingesparten Gehaltsteile zu machen. Die Teuerungszulagen, die Privatangestellten während der Kriegszeit bewilligt wurden, müssen ab 1. Januar 1919 zum Grundgehalt gerechnet werden;

2. bei Vergebung behördlicher Aufträge sind in erster Linie die in die kleinen Geschäfte abgeschobenen Ersatzstoffe, die für diese verlorenes Geld sind, bis zu ihrem völligen Aufbrauche zur Verwertung zu bringen;

3. durch Nachprüfung aller größeren Kriegslieferungen bei den Verteilungsbehörden ist festzustellen, inwieweit Lieferungen dem legitimen Handel entzogen und an Leute vergeben wurden, die oft kein oder kein einschlägiges Geschäft besaßen, und Vorsorge zu treffen, daß deren verborgene Kriegsgewinne der Steuererfassung nicht entgehen.

30. Dezember. Der vorläufige Nationalrat Bayerns behandelt eine Interpellation, wie sich die Regierung zur Gründung der gegenrevolutionären Bürgerwehren stelle. Die Minister **Auer** und **Roßhaupter** geben beruhigende Erklärungen ab.

Sachsen.

2. Dezember. Das Kultusministerium erläßt eine Verfügung an die Bezirksschulinspektoren, wonach in den Volksschulen vom 1. Januar 1919 ab der Katechismusunterricht wegfällt und der Religionsunterricht höchstens zwei Stunden in der Woche beträgt.

Am selben Tage wird das Vermögen des vormaligen Königs Friedrich August und des Prinzen Johann Georg vorläufig beschlagnahmt.

3. Dezember. In Dresden tritt der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat für Sachsen unter dem Vorsitz von Uhlig zusammen.

Minister **Lipinski** erstattet den Bericht der Regierung, wirft einen Rückblick auf die Vorgänge bei der Revolution und geht dann auf die Absichten der Regierung für die Zukunft ein. Neben der allgemeinen Unklarheit bestehe solche insbesondere über die Forderungen des sozialistischen Programms. Die Angst des Bürgertums sei nur dadurch erklärbar, daß man die elementarsten Grundsätze sozialistischer Auffassung nicht kenne. Nicht das Privateigentum solle durchgängig vergesellschaftet werden, sondern nur die Produktionsmittel, und dies könne auch nicht bezirksweise durchgeführt werden, sondern nur im Einklang mit dem Reiche für bestimmte Produktionsgebiete, die für die Sozialisierung geeignet seien, gemeinsam. Zwingend zu diesem Schritt sei auch die Finanznot. Die Erwerbslosenunterstützung für Sachsen erfordere allein 75 Millionen Mark Staatszuschuß. Unter diesem Gesichtspunkte sei auch das Regierungsprogramm vom 18. November zu betrachten. Die Hemmungen in der Preß-, Versammlungs- und Gewissensfreiheit seien bereits beseitigt. Die Trennung von Kirche und Staat, die

Reform des Justizwesens seien eingeleitet, müßten aber erst organisch durchgearbeitet und eingehend geprüft werden, nachdem die Zweige gehört worden seien, die auf diesen Gebieten Einfluß hätten.

Was die Nationalversammlung betreffe, so wolle das Bürgertum eine Demokratie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Eine solche könne die Arbeiterklasse nicht befriedigen. Sie fordere die sozialistische Staatsverfassung, die weitergehe und die Arbeiterklassen nicht nur von politischer und geistiger, sondern auch von der ökonomischen Knechtschaft befreie. Wenn von einer Diktatur des Proletariats gesprochen worden sei, so hätten die bürgerlichen Parteien keinen Anlaß, sich über die Ausübung der öffentlichen Gewalt durch die Arbeiterklasse zu beklagen. Sie werde auch vorläufig fortbestehen, ohne deshalb dauernd werden zu müssen. Es bestehe doch jetzt nur das umgekehrte Machtverhältnis wie vor der Revolution. Die bisherigen Mitglieder der Regierung zeigen, daß sie gar nicht daran denken, fremde Meinungen zu unterdrücken. Bei Entscheidung der Frage, ob die Nationalversammlung früher oder später einzuberufen sei, müsse beachtet werden, daß die Grenzen des Reiches noch nicht feststehen, Reichsteile vom Feinde besetzt seien und Zivil- und Militärvolk hin und her flute, das bei der Wichtigkeit der Versammlung aber niemals übergangen werden dürfe. Für Sachsen komme in Betracht, daß Deutschland eine Einheitsrepublik darstelle. Für Kleinstaaterei sei kein Raum mehr vorhanden. Man wünsche weder ein Großpreußen, noch sonst eine Vormacht. Die Frage müsse so gelöst werden, daß die Kleinstaaten verschwänden und Wirtschaftsgebiete des Reiches zusammengefaßt würden, die dann ihre besondere Vertretung im Reiche fänden oder auch bestimmte Verwaltungsgebiete umfaßten. Deshalb glaube die Regierung die Frage für Sachsen zurückstellen zu müssen, bis Klarheit eingetreten sei, ob eine einheitliche Reichsrepublik erreicht werden könne. Ob Deutsch-Österreich sich anschließe, hänge nicht von uns ab. Er bezweifle jedoch, daß die dortigen Verhältnisse einen geeigneten Boden für den Anschluß böten. Eine auswärtige Politik könne Sachsen selbständig nicht treiben. Die Geschäftsstellen habe die Regierung bestehen lassen, die Gesandten jedoch, die eine rein repräsentative Stellung gehabt hätten oder sich der neuen Regierung nicht zur Verfügung stellen wollten, seien aus ihren Ämtern entlassen. Von der tschechischen Regierung sei noch keine Rückäußerung wegen Errichtung einer sächsischen Spezialgesandtschaft in Prag eingegangen, für die der frühere Minister Dr. Koch, ein ausgezeichneter Kenner der tschechischen Verhältnisse, der auch die tschechische Sprache beherrsche, in Aussicht genommen sei. Außerdem sei ein sächsischer wirtschaftlicher Beirat beim Wirtschaftsamt in Berlin gebildet worden.

Redner geht hierauf auf die inneren Verhältnisse ein. Die Beschlagnahme des Kronguts sei erfolgt, um es sicherzustellen. Eine Auseinandersetzung mit dem früheren König, dem Hofstaat und den durch die Zivilliste gespeisten Unternehmungen bleibe vorbehalten. Vorläufige Anordnungen zur Hintanhaltung wirtschaftlicher Schädigung von Angestellten seien getroffen.

Zur Lebensmittelfrage bemerkt Redner, daß die früher der Bevölkerung in Form von Nahrungsmitteln zugeführten 3000 Wärmekalorien auf den Kopf und Tag während des Krieges auf 1100 gesunken seien und, wenn nicht die Zufuhr größer werde, auf 500 bis 400 zurückgedrückt werden müßten, d. h. also, das bereits eingetretene Drittel der früheren Ernährung werde noch um die Hälfte herabgesetzt werden müssen. Für die notwendigen Bezüge vom Ausland seien 6 Milliarden erforderlich. 2,5 bis 3 Milliarden sei man dem Auslande noch schuldig. Würden diese Kredite, die zum Teil

bereits gekündigt seien, in bar zurückgefordert, so würde der Bankrott des Reiches unvermeidbar. Der sächsischen Gesandtschaft in Berlin sei Stadtrat Lange (Leipzig) beigeordnet, damit die auf Sachsen entfallenden Lebensmittelmengen auch verfügbar würden. Von Bayern seien Zusagen gegen Kohlenlieferungen gemacht. Während letztere eingehalten seien, habe uns Bayern außerordentlich im Stich gelassen. Die Textilindustrie werde nach den Rohstoffzuweisungen, falls alle Betriebe wieder produzierten, für das nächste Halbjahr zu 25 Prozent beschäftigt sein; ähnlich die übrigen Betriebszweige mit Rohstoffbedarf. Daher das Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit.

Was das abgeänderte Gesetz über das Gemeindewahlrecht betreffe, so ziere es den Mann, begangene Irrtümer zuzugeben und richtigzustellen. Die Wahl solle zunächst auf drei Jahre erfolgen. Durch Ortsgesetz könne auch eine andere Zeit, zwei oder vier Jahre, jedenfalls eine für die Einarbeitung der Gewählten ausreichende Frist vorgesehen werden. Nach dieser Zeit könnte durch Ortsgesetz festgestellt werden, ob die Erneuerung völlig oder in Teilen erfolgen solle. Eine neue Verordnung werde klarstellen, was schon im Gesetz ausgesprochen sei, daß nämlich aufgelöste Gemeindeversammlungen als nicht bestehend anzusehen seien; wo eine Gemeindeversammlung nicht mehr vorhanden sei, könne der Stadtrat die nötigen Ortsgesetze erlassen. Eine Vorlage sei in Vorbereitung über die Auflösung der Gutsbezirke. Sie sollen aufgelöst werden, es müsse aber eine Auseinandersetzung mit den Gemeinden eintreten. Die Frage der Autonomie der Gemeinden müsse erst organisch durchberaten werden, ebenso die Verwaltungsreform. Das Tanzverbot dürfe nicht aufgehoben werden, bevor nicht klargestellt sei, daß die heimkehrenden Krieger Unterkunft fänden. Der Minister schließt seine Rede mit der Mahnung: Haltet Wacht, daß die Reaktion nicht wieder kühn das Haupt erhebt.

In der Nachmittagssitzung wird zunächst die Vorlage über die Beschlüsse des endgültigen Landes-Arbeiter- und Soldatenrats erörtert.

Minister **Lipinski** erklärt: Zunächst ist die Frage zu stellen: Sollen die Verwaltungsbehörden bestehen bleiben oder nicht? Wir glauben: ja. Diejenigen Beamten allerdings, die Schwierigkeiten machen, müssen entfernt werden, doch nur auf Grund bewiesener Tatsachen, denn in einer ganzen Reihe von Gemeindeverwaltungen sind die A.- und S.-Räte gar nicht lebensfähig. Die Außenstehenden haben in den inneren Betrieb keinen Einblick erhalten können. Nach den Neuwahlen sollen sie als erledigt betrachtet werden. Weiter ist zu fragen, ob der Soldatenrat aufrechterhalten werden soll, wenn die alten Jahrgänge entlassen worden sind. Vorläufig sollen ja nur 18- bis 22jährige mit den Offizieren unter Waffen bleiben, was eine gewisse Gefahr bedeutet. Die politische Gewalt soll ausschließlich auf die Zivilbevölkerung übergehen; wie diese sich schützt, ist ihre eigene Angelegenheit. Da die A.- und S.-Räte keine ständigen Organe sind, sondern auf dem Boden der Gemeindeverwaltungen entstanden sind, so hat auch die Gemeinde die Verpflichtung, ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, ebenso auch die Räumlichkeiten. Erstreckt sich die Tätigkeit der A.- und S.-Räte auf die Amtshauptmannschaften, so hat der Bezirk zusammen mit der Gemeinde die Mittel zu decken.

Nach längerer Aussprache wird die Vorlage einem Ausschuß überwiesen, der nach mehrstündiger Unterbrechung der Sitzung berichtet. Es folgt abermals eine längere Debatte. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Ausschußvorschlags, wonach der endgültige

A.- und S.-Landesrat aus 57 Vertretern sich zusammensetzen soll: Bautzen 6, Chemnitz 12, Dresden 15, Leipzig 15, Zwickau 9. Der Satz, wonach Eingriffe der A.- und S.-Räte in die Verwaltung zu unterbleiben haben und nur eine Kontrolle zulässig ist, wird entgegen dem Vorschlage des Ausschusses aufrecht erhalten. Die Frage der Wahlordnung bleibt offen.

8. Dezember. Vom Ministerium für Militärwesen wird der Presse folgende Mitteilung übermittelt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig hat nach einer Veröffentlichung in der Tagespresse schärfsten Einspruch gegen zwei Verfügungen des Ministeriums für Militärwesen erhoben und erklärt, sie nicht befolgen zu wollen. Demgegenüber sei festgestellt: Die Verordnung über den Bahnschutz ist vorher dem Dresdner Exekutivkomitee übermittelt und von ihm an das Generalkommando in Dresden zur Begutachtung weitergegeben worden; letzteres erklärte Einverständnis. Einwendungen wurden nicht erhoben. Dann erst wurde die Maßnahme angeordnet.

Die Verfügung über wirtschaftliche Demobilmachung ist eine Verordnung des Reiches und war als solche weiterzugeben. Demnach soll in besonderen Fällen und nur in beschränktem Maße für kurze Zeit an gewissen Heeresaufträgen weitergearbeitet werden, um allzu große Arbeitslosigkeit zu verhindern. Auch soll dabei jeder Gewinn für die Unternehmer ausgeschlossen sein. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wird umgehend ein Nachtrag zu dieser Verordnung erscheinen, der die in Betracht kommenden Ausnahmefälle regelt. Das Ministerium für Militärwesen steht auf dem Standpunkte, daß alle derartigen Arbeiten jetzt am zweckmäßigsten zu unterbleiben hätten. In diesem Sinne hat es auch die fragliche Angelegenheit der Anordnung des Reiches gegenüber erörtert.

Zu ganz unmöglichen Zuständen aber müßte es führen, wenn ein einzelner Arbeiter- und Soldatenrat das Recht in Anspruch nehmen wollte, Anordnungen der Zentralstelle ohne weiteres nicht zu befolgen. Ein solches Verfahren verstößt auch gegen die Auffassung des Gesamtministeriums.

9. Dezember. Bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirke Chemnitz erhält die Liste I (Mehrheitssozialdemokraten) 78379 Stimmen, die Liste II (Unabhängige) 6552 Stimmen.

10. Dezember. Der Arbeiter- und Soldatenrat für Groß-Dresden nimmt gegen 13 unabhängige Stimmen einen Antrag Kahmann an, worin der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden beschließt:

a) an die Volksbeauftragten Sachsens das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, daß die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung weit eher stattfinden, als sie in Aussicht genommen sind, b) an die Volksbeauftragten Sachsens das Ersuchen zu richten, möglichst bald eine sächsische Nationalversammlung auf der Grundlage, die für die Wahlen der deutschen Nationalversammlung vorgesehen ist, wählen zu lassen und den Landesrat zu ersuchen, in diesem Sinne der Regierung Weisungen zu geben.

Da die Unabhängigen dem Antrag widerstreben und ihr Redner **Schulze** den Antrag als eine Bankerotterklärung der Revolution bezeichnet, kommt es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Unter den Gründen für den Antrag wird u. a. auch von Minister Dr. **Graduauer**

scharf hervorgehoben, daß eine Nationalversammlung für Sachsen besonders deswegen notwendig sei, weil einzelne Arbeiter- und Soldatenräte sich gegen ein gemeinschaftliches einheitliches Vorgehen auflehnten und insbesondere der Arbeiter- und Soldatenrat für Leipzig eine geradezu lebensgefährliche Sonderpolitik treibe. Im übrigen wird betont, daß dem Bürgertum die Mitarbeit an dem Wiederaufbau nicht vorenthalten werden könne und daß auch in dem Gesamtministerium, auf das sich das Vertrauen des ganzen Volkes stützen solle, Platz für das Bürgertum sein müsse. Weiter wird noch ein Antrag angenommen, der das Treiben der Spartakusgruppe scharf verurteilt und worin der Arbeiter- und Soldatenrat der Regierung bei ihrem Vorgehen gegen dieses unverantwortliche Treiben seine tatkräftige Unterstützung zusichert. Dies geschieht im Zusammenhang mit dem Antrag auf Errichtung einer Sicherheitswache, die als Überleitung des bisherigen Heeres zum Volksheer gedacht ist.

Der Landtagsausschuß zu Verwaltung der Staatsschulden wird aufgelöst. Seine Geschäfte gehen auf das Finanzministerium über.

Wegen der angeregten Vorverlegung des Wahltermins für die Nationalversammlung richtet das Ministerium des Innern ein Schreiben nach Berlin, worin es heißt:

„Nach den bisherigen militärischen Mitteilungen dürfte die Demobilisation vor Mitte Januar nicht beendet sein, sodaß die Aufstellung auch nur einigermaßen zuverlässiger Wählerlisten bis Ende dieses Jahres unmöglich ist. Das Ministerium hält es aber für dringend geboten, daß die Wahlen zur Nationalversammlung so ordnungsgemäß und zuverlässig wie möglich vorgenommen werden sollen.

Für Sachsen kommt aber noch in Betracht, daß das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden eingeführt und Neuwahlen für alle Gemeinden Sachsens ausgeschrieben wurden, die bis zum 9. Februar 1919 durchgeführt sein müssen. Die Wahlen sollten erst bis 31. Dezember d. J. vorgenommen werden. Auf Verlangen städtischer Behörden mußte aber das Ministerium die Wahlen verschieben. Es wurde hierfür geltend gemacht, daß die Aufstellung, Kontrolle der Wählerlisten sowie die Kontrolle der Wahlvorschläge mindestens neun Wochen Zeit erfordern und deshalb die Wahlen zu einem früheren Termin nicht vorgenommen werden können. Das Wahlgesetz für die Nationalwahlen ist am 30. November veröffentlicht worden. Nach dem von den Verwaltungsbehörden geltend gemachten Zeitaufwand ist es unmöglich, die Wahlen vor dem angesetzten Termin durchzuführen. Da nun die Gemeindewahlarbeiten im vollen Gange sind, die Gemeindewahllisten aber nicht ohne weiteres die Wählerlisten für die Nationalversammlung sein können, so muß die Arbeit doppelt geleistet werden, die in der kurzen Zeit nicht erledigt werden kann. Dazu kommt, daß die Beschaffung des Wahlmaterials, Gesetz, Ausführungsverordnung in handlicher Ausgabe mit Erläuterungen, nicht vor Mitte Dezember in die Hände der Behörden kommt, daß sie sich auch hineinarbeiten können. Endlich ist die Beschaffung der Wahlumschläge bei einer so riesigen Menge und der Papierknappheit kaum in der Zeit möglich. Das Wahlgeheimnis soll aber nach dem Gesetz gewahrt bleiben."

12. Dezember. In Chemnitz erleiden die unabhängigen Sozialdemokraten bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat Chemnitz eine Niederlage. Infolgedessen übernehmen die Mehrheitssozialisten die Leitung des Arbeiter- und Soldatenrates Chemnitz, und zwar die Mitglieder Heldt, Castan und Friedel. Von den 30 Sitzen des Arbeiter- und Soldatenrates erhalten die Unabhängigen zwei.

Der Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirk Chemnitz beschließt, dem sächsischen Landesrat folgenden Antrag zu übermitteln:

Der Landesrat wolle beschließen: Die Landesregierung der Republik Sachsen wird beauftragt, sobald wie möglich eine Nationalversammlung der Republik Sachsen wählen zu lassen. Das Wahlrecht hierzu soll in all seinen grundsätzlichen Bestimmungen dem Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung gleichen. Ferner wolle der Landesrat beschließen, daß die jetzige Landesregierung zurückzutreten hat, da sie in ihr Amt nicht durch eine Vertrauenskundgebung des sächsischen Proletariats oder seiner politischen Organisationen gelangte, sondern zu einer Zeit die Leitung des Staates übernahm, in der die politischen Verhältnisse noch vollständig verworren und unübersichtlich waren. Die sächsische Republik muß eine Regierung erhalten, die sich auf das Vertrauen einer außerordentlichen, aus breitester demokratischer Grundlage hervorgehenden Volksvertretung unbedingt berufen kann.

In der Nacht zum

15. Dezember finden in Dresden im Anschluß an eine Kommunistenversammlung Krawalle auf dem Postplatz und vor der Polizeidirektion statt, wobei zwei Personen erschossen werden.

16. Dezember. Eine außerordentliche Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie tritt im Dresdner Volkshause zu einer Sitzung zusammen und faßt folgenden Beschluß:

„Die erweiterte Landessitzung der sozialdemokratischen Partei Sachsens, an der beteiligt sind der Landesvorstand, die Bezirksvorstände, die Vertreter des Gewerkschaftsausschusses, die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtages, die sozialdemokratischen Vertreter Sachsens im Reichstage und die Vertreter der 23 sächsischen Wahlkreise, fordert: 1. die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sind so zu beschleunigen, daß der Zusammentritt noch im Januar erfolgen kann; 2. für Sachsen ist eine konstituierende Versammlung auf Grund allgemeiner Volkswahlen einzuberufen, und zwar mit solcher Beschleunigung, daß die Wahlen zugleich mit den Wahlen für die Nationalversammlung des Reiches vorgenommen werden können; 3. an der Einheit des deutschen Gebietes ist gegenüber den auf Losreißung und Zersplitterung gerichteten Bestrebungen mit aller Entschiedenheit festzuhalten."

Die dem Zwickauer Arbeiter- und Soldatenrat angehörigen zehn Mehrheitssozialisten scheiden aus dem Arbeiter- und Soldatenrat aus.

Die Parteileitung der Dresdner Ortsgruppe der kommunistischen Partei Deutschlands teilt mit: Die Kommunisten Groß-Dresden lehnen es ganz entschieden ab, mit den dieser Tage in Dresden vorgekommenen Krawallen in Verbindung gebracht zu werden. Die Partei mißbilligt und bedauert diese durch unberufene Elemente hervorgerufenen Vorfälle.

18. Dezember. Der geschäftsführende Ausschuß des Nationalliberalen Landesvereins und der Vorstand des Landesverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei halten in Leipzig eine gemeinschaftliche Sitzung ab, in der die Verschmelzung der beiden liberalen Parteien Sachsens zur Deutschen demokratischen Partei vorbehältlich der Zustimmung der noch ausstehenden Parteiinstanzen beschlossen wird. Als Sitz der neuen Partei wird Leipzig bestimmt. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Minister a. D. Nitzschke-Leutsch bei Leipzig und Minister a. D. Günther-Plauen, zu stellvertretenden Vorsitzenden mit gleichen Rechten Fabrikbesitzer Graf-Leipzig und Abgeordneter Dr. Zöphel-Leipzig, zum Schatzmeister Bankier Wilhelm Meyer-Leipzig gewählt.

22. Dezember. Ein in Chemnitz abgehaltener Vertretertag des Nationalliberalen Landesvereins heißt einstimmig die Verschmelzung des Nationalliberalen Landesvereins und der Landesorganisation der Fortschrittlichen Volkspartei zur Deutschen demokratischen Partei gut.

23. Dezember. Minister a. D. Dr. Koch wird zum sächsischen Spezialbevollmächtigten in Prag ernannt.

24. Dezember. Die Wahlen für die sächsische Nationalversammlung werden auf den 2. Februar 1919 anberaumt.

27. Dezember. Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat für Sachsen tritt in Dresden zusammen.

Nach geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden **Seeger** geht Minister **Lipinski** auf die politischen Vorgänge der letzten Zeit ein. Zur Frage der Angliederung Deutsch-Österreichs an Deutschland bemerkt er in Richtigstellung der Auslegungen seiner Reden von Anfang Dezember, daß das Ministerium es begrüßen würde, wenn der Anschluß vollzogen werden würde. Die Regierung sei darum angegangen worden, sich in die tschechoslowakischen Angelegenheiten einzumischen. Das habe er in seiner Eigenschaft als Minister abgelehnt. Denn hier handele es sich um die Zuständigkeit des Reiches. Sachsen könne nur insoweit eingreifen, als besondere sächsische Interessen verletzt würden. Es liege keine Veranlassung vor, in die politischen Auseinandersetzungen zwischen Österreich und den Tschechen einzugreifen. Als Sozialist müsse man sich auf den Standpunkt stellen, daß nicht die Sprache und das Sprachgebiet maßgebend seien, sondern das Verlangen der Völker, deren Selbstbestimmungsrecht komme aber erst auf dem Friedenskongreß zur Geltung, dem man nicht vorgreifen könne. Bei dem starken Bedürfnis des tschecho-slowakischen Staates nach wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland und Sachsen aber könne von Feindschaft nicht die Rede sein. Es finde bereits ein Warenaustausch statt. In wirtschaftlicher Beziehung sei also der Krisenzustand, zum Teil wenigstens, überwunden. Was habe zu den übertriebenen Gerüchten über den Einmarsch der Tschechen in Sachsen geführt? Einmal die Besetzung Deutsch-Böhmens durch die Tschecho-Slowaken und dann die Sperrung des sächsisch-böhmischen Verkehrs. Diese richte sich jedoch lediglich gegen die Verbindung mit Österreich, mit dem die Tschecho-Slowaken Differenzen hätten. Sollte eine Verletzung des Reichsgebietes eintreten, so wären damit die Waffenstillstandsbedingungen verletzt, und die Reichsleitung hätte einzugreifen.

Redner kommt dann auf die Wendenfrage zu sprechen. Auf tausend Sachsen kämen neun Wenden. Sie kämen für eine besondere Staatenbildung schon deswegen nicht in Frage, weil sie zerstreut seien. Wegen ihrer geringen Zahl käme auch ihre Vertretung auf dem Friedenskongreß nicht in Frage. Wie groß sollte dieser werden, wenn selbst solche Volkssplitter Delegierte entsendeten? Was die persönliche Hetze gegen den früheren Abg. Barth betreffe, der angeblich schon als Delegierter in Aussicht genommen sei, so lehne er es ab, in den kleinlichen Polizeigeist der früheren Zeit zu verfallen und werde nicht Verdächtigungen und Vermutungen nachgehen, wenn er sie nicht auf ihren tatsächlichen Inhalt geprüft hätte. Er habe den Eindruck, als werde diese Hetze künstlich betrieben, um der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Hinsichtlich der Nationalversammlung lägen die Verhältnisse im Reiche anders als in Sachsen. Dieses könne nicht eine konstituierende Versammlung berufen, bevor die Frage nicht entschieden sei, ob eine einheitliche Republik oder ein föderatives System in Deutschland bestehen solle. Da aber separatistische Bestrebungen, z. B in Bayern, im Gange seien, so könne eine sächsische Nationalversammlung sehr viel für den Einheitsgedanken wirken. Daß bis zu dem festgesetzten Termin (2. Februar) sich die Reichsleitung für eine Verfassung entschieden haben könnte, sei nicht anzunehmen. Ehe die amtlichen Wahlergebnisse festgestellt seien und alle geschäftlichen Angelegenheiten in dem neuen Parlament erledigt seien, vergingen etwa zwei Wochen. Übrigens werde mit der Zeit der Zug nach links immer stärker. Die Zahl der Abgeordneten für die sächsische „Volkskammer" solle für Dresden 35, für Leipzig 37 und Chemnitz 24 Abgeordnete betragen. Schließlich äußert sich Redner auch zu den getroffenen gesetzgeberischen Maßregeln über Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke.

In der anschließenden allgemeinen politischen Aussprache begründet **Sindermann** einen Antrag, die Wahlen für die sächsische Nationalversammlung wie die für das Reich am 19. Januar stattfinden zu lassen. Eine sächsische Konstituante sei notwendig, sei es auch nur für die Übergangszeit.

Castan: Auf Anordnung der Leipziger Militärbehörde seien in Chemnitz am ersten Feiertag wegen der tschechischen Gefahr mehrere Regimenter in Alarmbereitschaft versetzt worden. Wenn Lipinski jedwede Gefahr für ausgeschlossen erkläre, so zeige das doch, daß in den behördlichen Organisationen etwas nicht stimme. Auch sonst habe er den Eindruck gewonnen, daß die Verbindung der Regierung mit der breiten Volksmasse, wenn nicht alles, so doch viel zu wünschen übrig lasse. Daher verdienten alle Anträge Unterstützung, die auf eine Beschleunigung der Wahlen hinzielten. Es seien noch viele Fragen zu erledigen.

Volksbeauftragter **Lipinski**: Die Alarmbereitschaft sei im 12. und 19. Korpsbereich angeordnet. Er halte jede Gefahr von tschechischer Seite für ausgeschlossen, aber da die Presse im gegenteiligen Sinne agitiere, so sei er mit der Reichsleitung und der obersten Heeresleitung in Verbindung getreten und habe die Alarmbereitschaft als Vorsichtsmaßregel angeordnet. Der 2. Februar sei einstimmig vom Ministerium als Wahltag festgesetzt worden bei Stimmenthaltung Fleißners.

Nitzsche begründet einen Antrag auf Einsetzung eines Zentralrates, der aus neun Personen bestehen und die Regierung überwachen, sowie die Volksbeauftragten berufen und abberufen und bei Stimmengleichheit im Gesamtministerium auf Aufforderung eines Ministers den Ausschlag geben

solle. Die tschechische Gefahr halte er für übertrieben. Wenn man aber wünsche, daß die Bevölkerung manchen Befürchtungen ruhiger gegenüberstehe, so müsse man ihr die Sicherheit geben, daß die Regierung nach wie vor zu der Verteidigung des Landes in der Lage sei. Dafür sei manches notwendig von seiten der sächsischen wie der Reichsregierung. Redner bezeichnet den Erlaß der Wahlordnung ohne Befragung des Landesrates als eine einzig dastehende Brüskierung. Habe denn die Regierung irgendwelche Garantie dafür, daß so wichtige Erlasse und einschneidende Verordnungen im Einverständnis mit dem Volke ergangen seien? Habe die Regierung Garantien für ihren eigenen Bestand? Sie müsse sich auf eine Nationalversammlung stützen, die den Volkswillen widerspiegele. Schon aus diesem Grunde müsse die Nationalversammlung so bald wie möglich zusammentreten. Eine sächsische Verfassung sei notwendig, weil sonst ein verfassungsloser Zustand eintrete und alle Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationalversammlung und Regierung zu Machtfragen würden, wobei die auf schwächerer Grundlage stehende Regierung unterliegen müsse.

Hanisch begründet einen schleunigen Antrag, daß die Veröffentlichung der ministeriellen Verfügung, wonach in Sachsen die Wahlen am 2. Februar vorzunehmen sind, untersagt wird, bis die jetzige Versammlung über den Termin beschlossen habe. Man könne sich nicht überrumpeln lassen.

Minister **Lipinski** stellt fest: Am 23. Dezember sei ein Protokoll festgelegt worden, das ihm Vollmacht zum Erlaß des Wahlgesetzes gegeben habe. Daraufhin habe er das Gesetz erlassen. Er lehne es ab, einen Beschluß des Gesamtministeriums eigenmächtig aufzuheben. Die Tatsache sei vollzogen.

Minister Dr. **Gradnauer**: Ich kann mein Erstaunen über das Verhalten Lipinskis nicht verhehlen. Die Verordnung wurde auch uns erst vor kurzer Frist in die Hand gegeben. Wir Minister müssen doch auch die Möglichkeit haben, uns über die Verordnung auszusprechen. Dazu hatten wir bisher noch keine Gelegenheit.

Minister **Lipinski** stellt nochmals fest, daß ihm einstimmig Vollmacht zur Veröffentlichung der Verordnung gegeben worden sei, und beklagt die Illoyalität des Kollegen Gradnauer. Dieser habe in demselben Augenblick, in dem er die Grundlagen der Regierung als schwach bezeichnete, die Stellung der Regierung erschüttert und die Errungenschaften der Revolution heruntergerissen. Er sehe darin eine Annäherung an die bürgerliche Denkweise.

Minister **Fleißner** bestätigt die Darstellung Lipinskis über die Veröffentlichung des Wahlgesetzes.

Minister Dr. **Gradnauer** weist die heftigen Beschimpfungen Lipinskis aufs entschiedenste zurück. Er lehne es ab, auf ein solches Niveau herunterzusteigen und in entsprechender Weise zu antworten.

Minister **Schwarz** erkennt dem Landesrat das Recht zu, den Wahltermin zu bestimmen.

Minister **Geyer** spricht sich in überaus heftiger Weise gegen Gradnauer und Nitzsche aus. Ersterer habe wiederholt seine Haltung geändert. Nitzsche maße den A.- und S.-Räten durch seinen Antrag Rechte an und wolle in einseitiger diktatorischer Weise vorgehen.

Neuring spricht zugunsten des Antrags Nitzsche, der einen guten Ausweg für die Übergangszeit biete, und äußert sich in versöhnlichem Sinne über Geyers Ausführungen.

Nach Ablauf einer Pause von einer halben Stunde verliest Dr. **Geyer** eine längere Erklärung der Unabhängigen, worin u. a. gesagt wird, daß die politische Macht in den Händen der örtlichen A.- und S.-Räte liege,

daß der Landesrat deren Zuständigkeit nicht durch Mehrheitsbeschluß einschränken könne, daß er vielmehr nur ein informatorisches Bindeglied zwischen A.- und S.-Räten und Regierung bilde. Seine Partei erkenne Beschlüsse des Landesrates, die ohne ihre Zustimmung gefaßt worden seien, nicht an.

Heldt führt aus, daß bei Befolgung solcher Grundsätze geordnete Zustände überhaupt nicht möglich seien. Die Partei des Vorredners wolle jede organische Fortentwicklung unterbinden. Redner wendet sich weiter gegen Lipinski, der, weil er einen Zuwachs der bürgerlichen Stimmen befürchte, die Nationalversammlung verzögere und seinen Ministerkollegen falsch informiert habe und den letzten Rest des Vertrauens zur Regierung durch sein diktatorisches Verhalten untergrabe. Sein Vorgehen habe mit Pflicht- und Rechtsgefühl keinen Funken mehr zu tun. Die Minister treten als Diktatoren auf.

Müller-Bautzen: Lipinski sehe das Verhältnis zu den Tschechen zu rosig an. Bisher schienen die Abmachungen über den Warenverkehr nur von Deutschland einseitig erfüllt zu werden. Der Landesrat wolle die Regierung beeinflussen und kontrollieren. Wie sei das möglich, wenn die Regierung die Gesetze vorher erließe?

Kranold hebt die Deutschfeindlichkeit der Tschechen und Masaryks hervor. Sie beanspruchten nicht nur ganz Böhmen, sondern auch die Lausitz und Oberschlesien. Lipinskis Haltung in der Frage der Tschechengefahr sei widerspruchsvoll. Er solle bei der Reichsregierung Vorstellungen erheben.

Minister **Lipinski** verteidigt wiederholt seinen Standpunkt in der Tschechenfrage. Der Warenverkehr mit Böhmen habe in den letzten Tagen begonnen. Sodann setzt er sich mit dem Vorredner über die Befugnisse der A.- und S.-Räte, sächsische Verfassung, Wahltermin und andere Fragen auseinander.

Schöning prophezeit ein starkes Anwachsen der Macht der Unabhängigen. Eine sächsische Nationalversammlung erübrige sich, die A.- und S.-Räte müßten das Rückgrat der Revolution bleiben.

Löwe glaubt, von den Ministerien werde nicht energisch vorgegangen, besonders vom Minister für Militärwesen.

Eggert tritt für einen früheren Wahltermin ein und erhebt dann Vorwürfe gegen Lipinski wegen der Degradierung des Landesrates durch seinen selbständigen Erlaß des Wahlgesetzes.

Minister **Fleißner** erklärt, daß Neuerungen nicht so schnell durchgeführt werden könnten, wie man es mancherorts wünsche. Er bedauert das allgemeine Vorgehen gegen die Offiziere und meint, daß man den Offizieren, die sich ehrlich auf den Boden der Verhältnisse stellten, helfen müsse. Auch den Offizieren gegenüber müsse es Gerechtigkeit geben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Mehrheitssozialisten, die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung zugleich mit den Reichswahlen stattfinden zu lassen und die sächsische Nationalversammlung spätestens acht Tage nach der Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses zusammenzuberufen, sowie der Antrag Nitzsche auf Einsetzung eines Zentralrates mit großer Mehrheit angenommen. Es werden 7 Mitglieder des Zentralrates gewählt, zwei Plätze bleiben unbesetzt.

Dr. **Geyer** verliest eine Erklärung, daß der Landes-A.- und S.-Rat seine Kompetenzen weit überschritten habe und daß die Unabhängigen die Beschlüsse nicht anerkennen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten in der Regierung sollen indes weiterarbeiten, sich aber dem Antrag auf Früherverlegung der Wahlen widersetzen und auch dem Zentralrat nicht Folge leisten.

Nitzsche begründet einen Antrag, den heimkehrenden Staatsarbeitern die Teuerungszulage zu gewähren, die ausgeworfen worden ist. Der Antrag wird nach einer kurzen zustimmenden Äußerung des Ministers Geyer angenommen.

Nunmehr kommen die Verhältnisse in Zwickau zur Verhandlung. Es wird ein Antrag angenommen, dem dortigen Rumpfrat die Anregung zu geben, sofort Neuwahlen zu dem A.- und S.-Rat vorzunehmen.

28. Dezember. Die amtliche „Sächsische Staatszeitung" veröffentlicht die Verordnung für die am 2. Februar 1919 stattfindenden Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen, die sich im wesentlichen mit denen zu den Reichswahlen deckt.

Als besonders für Sachsen geltende Bestimmungen heben wir hervor: Der Wohnsitz in Sachsen ist nicht Voraussetzung für die wahlberechtigten sächsischen Staatsbeamten und Staatsarbeiter, die außerhalb Sachsens ihren ständigen Wohnsitz haben, sowie ihre Angehörigen, die mit ihnen in Familiengemeinschaft leben. Die Volkskammer wird von den Volksbeauftragten der Republik Sachsen einberufen. Sie gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst und regelt das Wahlprüfungsverfahren. Sie beschließt über die Bestätigung oder Neubildung des Gesamtministeriums und bestimmt im Einvernehmen mit diesem die weitere Zuständigkeit und Dauer ihrer Wirksamkeit. Spätestens nach Ablauf des zweiten Jahres nach Zusammentritt der Volkskammer finden Neuwahlen statt.

Am selben Tage unterbreitet der tags zuvor gewählte Vollzugsrat des Landes-Arbeiter- und Soldatenrats der Regierung durch den beauftragten Vertreter die Forderung, dem Beschluß des Landesrats, wonach die Wahlen zur sächsischen Volkskammer gleichzeitig mit denen zur deutschen Nationalversammlung durchgeführt werden sollen, zu entsprechen. Volksbeauftragter Lipinski, mit dem die Verhandlungen geführt werden, erklärt, die Regierung habe infolge des Beschlusses am 27. Dezember nochmals über den Wahltermin beraten. Sie sei aber mit Stimmengleichheit zu dem Beschluß gekommen, eine Änderung des auf den 2. Februar festgesetzten Termins abzulehnen. Maßgebend sei neben sachlichen Bedenken vor allem die Rücksicht auf die praktischen Schwierigkeiten, die einer Früherlegung der Wahlen entgegenstünden. Beispielsweise sei die unabhängige sozialdemokratische Partei außerstande, ihre Kandidatenliste in so kurzer Zeit aufzustellen. Die Vertreter des Vollzugsrates legen darauf Verwahrung dagegen ein, daß die Regierung sich weigere, einen vom Landesrat gefaßten Beschluß auszuführen. Lipinski erklärt, die Regierung habe nicht die Absicht, dem Beschluß des Landesrats entgegen zu handeln, sie lasse sich nur davon leiten, daß die Ausführung des Beschlusses auf Hindernisse stoße. In künftigen Fällen würde die Regierung im Einvernehmen mit dem Vollzugsausschuß handeln.

31. Dezember. Die Ordenskanzlei wird aufgelöst: ihre Geschäfte gehen auf die Kanzlei des Gesamtministeriums über.

Württemberg.

2. Dezember. Das Staatsministerium stellt die Wahlordnung für die verfassunggebende württembergische Landesversammlung endgültig fest. Die Wahlen selbst werden auf den 26. Januar 1919 festgesetzt.

Die Wahlordnung bestimmt, daß die Landesversammlung aus 150 Abgeordneten bestehen soll. Diese werden in einem Wahlgang, für den das ganze Land einen einheitlichen Wahlbezirk bildet, im Wege der Verhältniswahl gewählt. Aufgabe der Landesversammlung ist, dem Land eine Verfassung zu geben. Die Übernahme weiterer Aufgaben bleibt der Beschlußfassung der Landesversammlung vorbehalten. Die Wahlrechtsbestimmungen entsprechen den Bestimmungen für die Nationalversammlung. Für die Aufnahme heimkehrender Kriegsteilnehmer in die Wählerlisten werden erleichternde Vorschriften erlassen.

Durch Entschließung der vorläufigen Regierung wird Abg. Karl Hildenbrand (Soz.) zum württembergischen Gesandten in Berlin ernannt.

2./3. Dezember. In Stuttgart treten die Finanzminister der süddeutschen Staaten (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen) zusammen, um über eine Reihe gemeinsamer Finanzfragen zu beraten. In erster Linie handelt es sich um die Frage, welche neuen Steuern einzuführen sind, ferner verhandelt man über die Entschädigung der Arbeiter- und Soldatenräte, den Druck eigner Banknoten, die Rückzahlung der Unterstützungsbeiträge u. a.

5. Dezember. Der geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei Württembergs beschließt den Anschluß an die Deutsche demokratische Partei.

8. Dezember. In Stuttgart tagt eine Landesversammlung der Arbeiterräte Württembergs.

Als Vertreter der provisorischen Regierung führt Staatsminister **Blos** aus: Die Lage ist momentan in gewisser Beziehung unklar, denn an unseren Grenzen steht drohend der Feind und lauert auf eine Gelegenheit für weitere Maßregeln. Es ist uns auch nicht unbekannt geblieben, daß es hier am Platz gewisse Kreise gibt, die ein Einrücken des Feindes in unser Land lieber sehen würden, als daß die Errungenschaften der Revolution gefestigt werden. Ich habe die Hoffnung, daß es so weit nicht kommt; aber wir werden mit Besonnenheit und Entschiedenheit vorgehen und alle unsere Kräfte zusammenfassen müssen, um das zu schaffen, was erforderlich ist, um aus dieser Lage herauszukommen. Für die Landesversammlung haben wir ein außerordentlich freisinniges Wahlgesetz — man kann es sich radikaler nicht denken —, und wir sind der festen Zuversicht, daß wir aus den Wahlen mit einer sozialistischen Mehrheit hervorgehen werden, die uns auf Grund der neu zu schaffenden Verfassung die Errungenschaften der Revolution sichern wird. Unsere nächste Aufgabe ist es nun, dafür zu sorgen, daß der sozialistische Geist, der die Revolution gemacht hat, im Lande erhalten bleibt und bei der Neugestaltung der Dinge in Württemberg maßgebend ist. Was die sonstigen Maßregeln betrifft, so haben wir im Anschluß an

Berlin u. a. den Achtstundentag durchgeführt, der später noch weiter ausgebaut werden muß. Auch für die Sozialisierung sind vom Arbeitsministerium die erforderlichen Vorarbeiten in Angriff genommen. Zum Schluß warnt der Redner noch vor Zersplitterung der Kräfte und mahnt zur Geduld. Wenn eine über 800 Jahre bestehende Staatsform abgelöst wird, so ist es nur natürlich, daß sich die Weiterentwicklung nicht ohne Reibungen und Hemmnisse vollzieht; jeder Sozialist weiß auch, daß man gewisse Episoden nicht überspringen kann und dem Gesetz der Entwicklung sich anpassen muß. Wir bitten Sie, energisch mit uns vorwärts zu gehen zu dem gemeinsamen Ziele und zur Verwirklichung unserer sozialistischen Ideale.

Als Vertreter des Soldatenrats versichert **Frick**, daß die S.-Räte die vorläufige Regierung mit allen Mitteln stützen, für Sicherheit und Ordnung sorgen und auch die vielfach sehr verhetzten Feldtruppen über den wahren Charakter der Umwälzung aufklären wollen.

Der zweite Vorsitzende, der Unabhängige **Unfried**, verbreitet sich über die Aufgaben der A.- und S.-Räte, wobei er u. a. ausführt, die Sicherstellung der Errungenschaften der Revolution sei nicht vom Parlamentarismus oder einer Nationalversammlung, sondern nur von den arbeitenden Klassen selbst und von ihren Organen, den A.- und S.-Räten, zu erhoffen. Er bezweifele, daß die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung eine Mehrheit haben werde. Man müsse daher verlangen, daß die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, denen sich auch die geistigen Arbeiter anschließen werden, das Land beherrschen; auszuschließen von der Mitarbeit an der neuen Staatsform seien alle nichtproduktiven Kräfte, die Kapitalisten, Grundbesitzer, Bankiers, Wucherer, Pfaffen usw., die alle ja doch nur Parasiten an der Gesellschaft seien. Ohne die Bauern, die Dorf- und Bauernräte, könne man die Sozialisierung niemals durchführen. Wenn die Nationalversammlung komme, so werde sie eine bürgerliche Republik nach dem Vorbild der Schweiz, Frankreichs und Amerikas errichten; daher müsse man die Nationalversammlung bekämpfen oder sie beseitigen.

Nach längerer Aussprache wird mit 62 gegen 30 Stimmen ein vom Bezirk Ludwigsburg gestellter Antrag angenommen, daß die Wahlen für die Reichs- und die Landesversammlung vorgelegt werden sollen, etwa in die erste Hälfte des Januar. Beraten und genehmigt werden sodann noch die mit der Regierung vereinbarten neuen Satzungen der A.-Räte, mit einer Ergänzung, daß die A.- und S.-Räte von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßregeln neben den Gewerkschaften zur Mitarbeit und Kontrolle zuzuziehen sind. Die Wahl zum Landesausschuß der A.-Räte hat das Ergebnis, daß dem 15gliedrigen Stuttgarter Vollzugsausschuß 5 weitere Mitglieder aus dem Lande beigewählt werden.

Nach Anschluß der Nationalliberalen Partei Württembergs an die Deutsche demokratische Partei bildet sich aus den Kreisen der Konservativen und rechtsstehenden Nationalliberalen eine Württembergische Bürgerpartei.

11. Dezember. Der Wahltermin zur württembergischen verfassunggebenden Versammlung wird durch Beschluß der vorläufigen Regierung vom 26. Januar auf den 12. Januar vorverlegt.

Am selben Tage erscheint im „Staatsanzeiger" folgende Bekanntmachung über Aufhebung der Portofreiheit für Fürstlichkeiten:

„Nachdem der König die Krone niedergelegt hat, sind die Gebührenfreiheitsrechte, die ihm und der Königin im Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr, sowie den übrigen Mitgliedern des bisherigen königlichen Hauses im Postverkehr zustanden, in Wegfall gekommen. Auch die Gebührenfreiheiten der regierenden Fürsten der anderen Bundesstaaten, ihrer Gemahlinnen und Witwen haben im inneren württembergischen Post- und Telegrammverkehr zu bestehen aufgehört. Die Portofreiheiten der Mitglieder des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis werden hiermit aufgehoben.

Die provisorische Regierung. Der Vorsitzende: Blos."

Am gleichen Tage tritt in Stuttgart die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs zusammen.

Ministerpräsident **Blos** begrüßt die Versammlung mit einer Ansprache, worin er ausführt: Wir werden die Revolution vorwärtsbringen zu einem glücklichen Ende. Die Organe, welche die Leitung der großen Bewegung in die Hand genommen haben, sind die A.- und S.-Räte und die provisorische Regierung. Dieser Mechanismus muß zusammenstimmen. Es ist leichter, eine Revolution zu machen, als ihre Früchte zu sichern. Der schwierigste Teil unserer Kämpfe wird erst beginnen. Die bevorrechteten Klassen des alten Regimes leben noch in der Hoffnung, ihre alten Privilegien wiederherzustellen. Wir aber wollen uns bewegen auf der direkten Bahn der sozialistischen Einrichtungen. Es wäre nicht so rasch zu dem Erfolg gekommen, wenn nicht die Sozialdemokraten der verschiedenen Richtungen sich vereinigt hätten, wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß damit auch verschiedene Nachteile verbunden sind. Wir streben die Sozialisierung und die Abschaffung der Klassenherrschaft an. Wenn wir jetzt diese Gelegenheit verpassen, so werden wir sie sobald nicht wieder bekommen. Diese günstige Gelegenheit müssen wir jetzt ausnützen. Um der Menschheit dieses Geschenk zu sichern, müssen wir zusammenhalten. Lassen wir alle Kleinigkeiten und Nebensächlichkeiten beiseite und steuern wir unserem großen Ziele zu.

Wickers und **Wohlbold** erstatten dann den Bericht des provisorischen Landesausschusses, wobei insbesondere auf wirtschaftliche Fragen Nachdruck gelegt wird. Es wird den Kriegsteilnehmern, die sich einen Hausstand gründen wollen, empfohlen, sich an das Schwäbische Bürgerheim zu wenden.

Linze berichtet darauf im Namen einer Siebenerkommission über die Schaffung eines militärischen Sicherheitsdienstes, der einheitlich geregelt sein und ein Netz über ganz Württemberg spannen soll. Die Gründung soll erfolgen wegen der verschiedentlich vorgekommenen Plünderungen, Akte der Disziplinlosigkeit usw. Der unter zuverlässiger Leitung stehende Sicherheitsdienst soll die Ordnung und Sicherheit gegenüber militärischem Gut und militärischen Personen aufrecht erhalten. Im übrigen wird er dem Landesausschuß der S.-Räte unterstellt. Württemberg soll in 13 Kompagnien geteilt werden, wobei die Abgrenzung der Bezirke sich an die Abgrenzung der früheren Garnisonen anlehnen soll. Die Kosten einer Kompagnie werden sich im Monat auf 1:300 Mark belaufen; die Löhnung ist per Tag auf 5 Mark festgesetzt, wozu für Kontrolldienst noch weitere 5 Mark kommen.

Dr. **Eslinger** berichtet dann über das Organisationsstatut des Soldatenrats. Darnach ist dieser die Vertretung der Gesamtheit der Soldaten Württembergs, die Soldatenräte der einzelnen Garnisonen sind rein örtliche Organisationen.

Die weiteren Beratungen betreffen ausschließlich innere Angelegenheiten des Soldatenrats.

12. Dezember. Über die Errichtung einer Kirchenregierung für die evangelische Kirche, die durch den Thronverzicht des als Landesbischof fungierenden Königs notwendig geworden ist, macht die Oberkirchenbehörde folgendes bekannt:

„Der König hat Abschied genommen von seinem Volk. Mit unseren Kirchengenossen danken wir ihm von Herzen für alles, was er in 27jähriger Regierung unserem Volk und unserer evangelischen Kirche Gutes getan, und seiner hohen Gemahlin für das, was sie im Dienst der Nächstenliebe Edles gewirkt hat. Gottes Schutz und Gnade sei ferner mit ihnen.

Die Ausübung des bisherigen landesherrlichen Kirchenregimentsrechts in der evangelischen Landeskirche ist gemäß dem kirchlichen Gesetz vom 9. November 1918 auf die evangelische Kirchenregierung übergegangen. Auch unter der neuen Staatsordnung ist die evangelische Kirche bereit, dem Volkswohl zu dienen. Das deutsche Volk, vor die gewaltige Aufgabe seines Neuaufbaues gestellt, braucht nach unserer Überzeugung die Lebenskräfte des Evangeliums. Die Botschaft von dem, der gekommen ist, nicht daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene und gebe sein Leben zu einer Erlösung für viele, pflanze unter uns gegenseitiges Vertrauen und tätige Nächstenliebe, ohne welche die Volksgemeinschaft in nichts zerfiele. In diesem Sinne sollen und wollen wir alle, Geistliche und Gemeindegenossen, unsere Pflicht erfüllen als Christen und als Staatsbürger."

Die neue Kirchenregierung ist am 28. November in Wirksamkeit getreten, sie besteht aus Konsistorialpräsident D. von Zeller (Vorsitz), Prälat D. von Planck, Präsident der Landessynode Dr. von Haffner, Staatsrat a. D. von Mosthaf und Stadtdekan Oberkirchenrat D. Traub.

13. Dezember. Justizminister Dr. v. Kiene sieht sich zu folgender Veröffentlichung im „Staats-Anz." veranlaßt:

„Wiederholte Anzeigen und Presseberichte über das Vorgehen einzelner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gegen Eigentümer von standesherrschaftlichen Besitzungen und Rittergütern mit der Aufforderung zur Herausgabe von Grundeigentum und sonstigen Vermögensstücken, sowie zum Verzicht auf Vermögensrechte, ferner Anzeigen über Eingriffe in die gerichtliche Tätigkeit nötigen zu dem öffentlichen Hinweis, daß ein solches Vorgehen, sowie eine jede Behinderung der gesetzmäßigen Ausübung der Rechtspflege in offenem Widerspruch mit der nach wie vor in Geltung gebliebenen Gesetzgebung stehen und daher nicht als rechtsgültig oder zulässig erachtet werden können. Das Bürgerliche Gesetzbuch, das Strafgesetzbuch, die Straf- und Zivilprozeßordnung sowie das Gerichtsverfassungsgesetz sind in vollem Umfange aufrechterhalten und unterstehen überdies ausschließlich der Gesetzgebung des Reiches. Außerdem ist in der für Württemberg maßgebenden ersten Bekanntmachung der provisorischen Regierung vom 11. November 1918 ausdrücklich hervorgehoben, daß alle Gesetze und Verordnungen in Kraft bleiben, soweit sie nicht durch besondere Verfügung der Regierung geändert

oder aufgehoben werden, sowie daß nur Verfügungen, die von der Regierung und den zuständigen Ministerien ausgehen, Rechtskraft haben. Ebenso ist schon in der Kundgebung der ersten provisorischen Regierung vom 9. November 1918 erklärt, daß für den Schutz von Leben und Eigentum Vorsorge getroffen sei. Die ungehemmte Aufrechterhaltung einer geordneten Rechtspflege und die Unabhängigkeit der Gerichte bleiben eine der ersten Grundbedingungen für den Bestand eines Staatswesens, zumal eines freien Volksstaates."

14. Dezember. Im Anschluß an die Verordnungen der Zentralregierung der deutschen Republik werden für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte innerhalb der Republik Württemberg nachfolgende Satzungen aufgestellt:

I. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bilden die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems, Verordnungen der provisorischen Regierung werden in wichtigen Fällen im Einverständnis mit dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte erlassen.

II. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sind von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen; sie kontrollieren die Durchführung der von der Regierung, den Gemeinden und ihren Behörden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen. Die Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindekollegien sind den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten vorher zu übermitteln.

III. Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche oder kommunale Verwaltungstätigkeit. Kommen die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu der Überzeugung, daß sie in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- oder Gemeindeverwaltungen gehemmt werden, so sollen sie Anträge auf Abstellung der Mißstände an den Landesausschuß richten, der dann gemeinsam mit der Regierung entscheidet.

IV. Die Kosten der Landesversammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte, sowie die Kosten des Landesausschusses trägt die Staatskasse. Die Kosten der örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sind von den Gemeinden, in denen diese Räte ihren Sitz haben, zu tragen. Für die Kosten der Soldatenräte behalten sich Staat und Gemeinde Ersatz aus der Reichskasse vor. Die Kosten bestehen außer dem Aufwand für einen Versammlungsraum nebst dazu gehörigen Arbeitsräumen einschließlich Heizung, Beleuchtung und Reinigung und den notwendigen Kanzleikosten aus den Taggeldern und gegebenenfalls den Reisekosten der Mitglieder. Bei der durch die Not der Zeit gegebenen Knappheit der öffentlichen Mittel ist dieses Taggeld in möglichst bescheidenen Grenzen zu halten und die Zahl der Mitglieder der Räte nicht allzusehr auszudehnen. Über die Ausgaben ist den Staats- oder Gemeindekassen genaue, mit Belegen versehene Rechnung zu stellen. Die Weiterbezahlung von Staats- und Gemeindemitteln erfolgt erst nach dem Nachweis über die richtige Verwendung der vorher geleisteten Zahlungen.

Stuttgart, den 14. Dezember 1918.

Für die provisorische Regierung: Blos.

Für den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats: Eggert.

Am selben Tage tritt der Minister des Innern Dr. v. Köhler zurück.

16. Dezember. Die vorläufige Regierung und der Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs übersenden der Presse folgende Erklärung:

„Die Arbeiter- und Soldatenräte sind in letzter Zeit von einigen Blättern in einer Weise kritisiert worden, die den Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs zu folgender Erklärung veranlaßt: Die Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs sind aus dem geschichtlichen 9. November 1918 entstanden. Sie sind berufen, gemeinsam mit der provisorischen Regierung die Ruhe und Ordnung in der Bevölkerung und den geordneten Gang der Staatsgeschäfte aufrecht zu erhalten. Die politischen Gegner sind über diese Tätigkeit mißvergnügt, weil einstige Vorrechte nunmehr dem Volksganzen untergeordnet werden müssen. Und daher entlädt sich oftmals in ihren Blättern eine Geringschätzung, sowie unbewußte oder gar bewußte Verleumdung der Arbeiter- und Soldatenräte. Zu solchen Verleumdungen gehören jene Nachrichten, wonach die Arbeiter- und Soldatenräte schon in den ersten 14 Tagen der Revolution 800 Millionen Mark, in Württemberg allein 500000 Mark, »verschleudert« haben sollen. Obwohl jede Zeitungsredaktion auch bei nur oberflächlicher Prüfung die Unwahrheit solcher Nachrichten erkennen mußte, wurden sie doch mit Behagen veröffentlicht und durch »zweckdienliche« Überschriften und Zusätze geschmackvoll gemacht. »Rote Verwirtschaftung deutscher Spargelder«, »die rote Finanzwirtschaft« so und ähnlich lauteten ihre tendenziösen Überschriften. Eine Richtigstellung der Arbeiter- und Soldatenräte bezeichnete diese »anständige« Presse als »flaues Dementi«. Auch in anderer Hinsicht wird von diesen Blättern fast täglich, teils in versteckter, teils in offener Form gegen die Arbeiter- und Soldatenräte gewühlt. Sie seien aus eigener Machtvollkommenheit ins Leben getreten, würden nicht anerkannt usw. Diese Hetze ist ein unverantwortlicher schwerer Mißbrauch der erst von der Revolution geschaffenen Pressefreiheit, ein Mißbrauch, der zur Schändung der Pressefreiheit wird. Das geschieht von denselben Blättern, die alle früheren, unter den alten Mächten bestandenen unerhörten Mißstände und Ausartungen beharrlich totschwiegen oder gar begeistert verteidigten. Die Arbeiter- und Soldatenräte können nicht von allen Staatsbürgern Unterstützung in ihrem Bemühen erhoffen; aber sie dürfen die strenge Beachtung jener Regeln verlangen, die unter anständigen Menschen, besonders unter Journalisten, niemals verletzt werden dürfen."

18. Dezember. Die württembergische Regierung schließt sich im „Staats-Anz." nachdrücklichst einem Aufruf des Berliner Volksbeauftragtenrats an die Arbeiter an, der diese eindringlich auffordert, zu arbeiten. Es heißt darin u. a.:

„Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen; aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, versündigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt.

Arbeiter! Bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie auch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt, und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangebracht werden können. Geht hinaus aufs Land! in die Städte der Provinz! Geht zu den Arbeitsnachweisen; sie werden Euch sagen, wo Ihr lohnende Arbeit findet, die Euch nährt und das Volk retten hilft. Keiner darf sich jetzt darauf versteifen, an dem Ort zu

bleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Vernunft, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Dasein, die Freiheit, die Zukunft unserer sozialistischen Hoffnung. Arbeiter! Schützt Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion; rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung!"

20. Dezember. Zum Stellvertreter des Leiters des Kriegswesens in Württemberg wird Generalleutnant v. Hofacker berufen.

21. Dezember. Eine Landeskonferenz der unabhängigen Sozialdemokratie Württembergs beschließt nach einem Referat des Ministers Crispien mit 89 gegen 24 Stimmen die Beteiligung an den Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung. Über einen Nürtinger Antrag, der eine gemeinsame Kandidatenliste mit den Mehrheitssozialisten fordert, geht man mit der Begründung zur Tagesordnung über, daß man wohl bereit sei, sich mit den Arbeitern zu verständigen, die noch in der Mehrheitspartei organisiert seien, ihre verräterischen Führer aber ablehne.

21.—22. Dezember. In Stuttgart findet eine außerordentliche Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Württembergs statt.

Der Vorsitzende des Landesvorstandes Gem.-Rat **Fischer** führt gegenüber den Unabhängigen aus: Wir haben uns zur Pflicht der Verteidigung des Landes bekannt, und daran halten wir fest. Für unser Verhalten in der Wahlbewegung und in der Zukunft wird das Würzburger Programm maßgebend sein. Wir wünschen die Einigkeit des Proletariats, aber unsere Bereitwilligkeit zur Einigkeit ist von der anderen Seite stets höhnisch zurückgewiesen worden. Ein Zusammengehen wird erst möglich sein, wenn die Methode der persönlichen Verleumdung von der anderen Seite aufhört. Wenn die Deutsche demokratische Partei erklärt hat, sie wollte das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit verhindern, so hat sich die Lage nach rechts geklärt. — Der Vorsitzende der Regierung **Blos** weist in einer Ansprache zunächst auf die Schwere der Aufgaben hin, die der Sozialdemokratie aus der Revolution erwachsen. Wir haben einen Feind vor uns, der uns bedrängt, und wir haben zugleich auch den Kampf im Innern zu führen. Von den bürgerlichen Revolutionen unterscheidet sich die jetzige proletarische dadurch, daß erst jetzt die eigentliche Arbeit beginnt. Wir müssen die Produktionsform neu organisieren, damit sich die neue Rechtsform darauf aufbauen kann. Aber wir müssen auch bedenken, daß, wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Errungenschaften der Revolution festzuhalten, eine solche Gelegenheit sobald nicht wiederkehren wird. Darum müssen wir alle unsere Kräfte aufbieten, um unsere Grundsätze jetzt schon zu verwirklichen. In den ersten Wochen der Revolution haben fast alle bürgerlichen Parteien die feierliche Versicherung abgegeben, sie würden sich auf den Boden der neuen Regierung stellen. Die Phrase war ja ganz schön; jetzt kommt aber das wahre Gesicht zum Vorschein; wir sehen, daß die gesamte bürgerliche Presse mit geringen Ausnahmen die neue Regierung angreift und verdächtigt in einer Weise, wie es je kaum dagewesen ist. Wir haben, als wir Pressefreiheit gewährten, damit gerechnet, daß Mißbrauch damit getrieben werden könnte, und daraus hat man dann die Folgerung gezogen, daß das Land eine schwache Regierung habe; aber wir kämpfen

nicht mit den mittelalterlichen Mitteln des Polizeiknüppels, wir können die Kritik ertragen. Wir steuern darauf los, den Staat und die Gesellschaft umzuwandeln in eine neue Staatsform, aus der die Klassenherrschaft verbannt ist. Wenn wir dieses Ziel nicht erreichen sollten, so werden wir unsere Arbeit nicht einstellen; ich glaube aber, daß wir, wenn wir alle Kräfte zusammennehmen, dieses Ziel erreichen und in diesem Lande eine sozialistische Mehrheit erringen werden.

Abg. **Keil** führt in einem eingehenden Referat über die Neugestaltung u. a. aus: Es werden noch Monate vergehen, bis sich Umfang, Folgen und Tragweite der Revolution auch nur einigermaßen übersehen lassen. Die bisherigen üblen Begleiterscheinungen der Revolution kommen restlos auf das Konto der bisherigen Staatsgewalt. Mit der Macht des Militarismus und der Bureaukratie und deren oberster Spitze, der Monarchie, ist es jetzt endgültig vorbei; im Besitz der Macht ist das deutsche Volk, ein Zurück gibt es nicht mehr. Der Redner stellt dann eine Reihe programmatischer Forderungen auf und verlangt u. a., das Volk solle nicht bloß das Referendum erhalten, sondern auch das Recht der Auflösung der gesetzgebenden Körperschaften, wenn diese dem Volkswillen nicht mehr entsprechen. Wenn sich die wirtschaftlichen Nöte des Volkes nicht zu einer furchtbaren Katastrophe auswachsen sollen, brauchen wir den Frieden und als Voraussetzung für diesen die baldige Bildung einer neuen Volksvertretung und Volksregierung auf demokratischer Grundlage. Wir wollen nicht an die Stelle der Demokratie die Diktatur des Proletariats setzen; wir sind Sozial-Demokraten, nicht Sozial-Diktatoren. Wir haben die Gewaltherrschaft von oben bekämpft; wir lehnen sie auch ab, wenn sie von unten kommt; denn die letztere müßte, wie jede Gewaltherrschaft, den Bürgerkrieg heraufbeschwören und alle Errungenschaften der Revolution gefährden. Einen Rückfall in die Kleinstaaterei würden wir für verhängnisvoll halten; den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reichsland würden wir begrüßen.

Die Sozialisierung ist nur möglich auf Grund eines organischen klar gefaßten Programms; ohne gesetzliche Grundlage müßte jeder Sozialisierungsversuch zur wirtschaftlichen Anarchie, die die Lebenslage der Arbeiter grauenvoll verschlechtern würde, führen. Mitten in dieser Übergangszeit zu sozialisieren, würde ein Stück aus dem Tollhaus sein. Inmitten einer Welt von kapitalistischen Staaten kann ein sozialisiertes Staatswesen nicht existieren; nur eine überspannte Phantasie kann glauben, daß in den Ententestaaten mit ihren im Siegestaumel schwelgenden Völkern in der nächsten Zukunft sich eine solche Umwandlung vollziehen könnte wie in Deutschland. Das russische Vorbild vermag uns nicht zur Nachahmung zu reizen; bolschewistische Zustände von Deutschland fernzuhalten ist Pflicht. Muß so für den Augenblick von weitgehenden Sozialisierungsmaßregeln abgesehen werden, so hindert uns das nicht, sofort die gesamte Gesetzgebung und Verwaltung mit dem Geist des Sozialismus zu erfüllen.

Auf dem Umweg über die Steuergesetzgebung können wir der Ansammlung des Arbeitsertrages in wenigen Händen erfolgreich begegnen. Ungerecht und gefährlich wäre die Ungültigkeitserklärung der Kriegsanleihen; die Kriegsgewinne können und müssen durch die denkbar radikalste Steuer erfaßt werden, wie auch bei der allgemeinen Vermögensabgabe bei den Riesenvermögen vor dem höchsten Prozentsatz nicht zurückgeschreckt werden darf. In Zukunft wird gelten: allgemeine Arbeitspflicht und allgemeine Sparpflicht im Sinne der allgemeinen Volkswirtschaft.

Ein Antrag der Mitgliederschaft Neckarsulm, eine Kommission zu wählen, die mit den Unabhängigen Einigungsverhandlungen führen soll,

wird gegen 17 Stimmen abgelehnt. Dann wird der Regierung noch ein Antrag überwiesen, der auf den Mißbrauch hinweist, den mancher Beamte, Geistliche, Ortsvorsteher und Lehrer unter dem alten Regime mit seinem Amt zur Beeinflussung der Wähler getrieben habe. Die Regierung wird ersucht, solchen Amtsmißbrauch nicht zu dulden und ihn, wo er trotzdem vorkommen sollte, mit Entlassung ohne Pension zu ahnden.

24. Dezember. Das Justizministerium richtet an die Justizbehörden einen Erlaß, wonach die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über Gewährung der Straffreiheit und Strafmilderung vom 3. Dezember für Württemberg nicht rechtsverbindlich und neben der allgemeinen Amnestie der württembergischen provisorischen Regierung vom 15. November 1918 und dem Erlaß der württembergischen provisorischen Regierung an den Justizminister vom 19. November 1918 nicht anwendbar ist. In dem Erlaß des Justizministeriums wird ausgeführt, daß die Gnadenbefugnis auf die provisorische Regierung Württembergs als die nunmehrige Trägerin der Staatsgewalt übergegangen, daß der Rechtszustand hinsichtlich des Begnadigungsrechts durch die staatsrechtlichen Veränderungen vom 9. November nicht berührt worden sei und daß deshalb nach wie vor die Ausübung des Gnadenrechts durch das Reich, soweit die Justizhoheit dem württembergischen Staat zukomme, ausgeschlossen sei. Die provisorische Regierung habe sich der Rechtsauffassung des Justizministeriums angeschlossen und hiervon die Reichsregierung unter Verwahrung gegen den Eingriff in die Justizhoheit Württembergs telegraphisch in Kenntnis gesetzt.

Dazu schreibt die „Dtsch. Allg. Ztg.": „Die Auffassung des württembergischen Justizministeriums ist nicht haltbar. Man kann in Zeiten der Umwälzung nicht die juristische Lupe anwenden und die Legitimation jeder durch die Revolution geschaffenen Behörde auf ihre Gesetzmäßigkeit prüfen. Sondern man muß mit den durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse geschaffenen Instanzen rechnen. Wenn man den Rat der Volksbeauftragten im Reich als die gegenwärtige Reichsregierung ansieht, dann ist er an die Stelle der bisherigen gesetzgebenden Faktoren getreten, und die von ihm erlassenen Verordnungen haben die Kraft von Reichsgesetzen. Ebensowenig wie früher eine bundesstaatliche Regierung, wenn reichsgesetzlich Gnadenbewilligungen angeordnet wurden, sich ihrer Ausführung hätte entziehen können, ebensowenig ist dies gegenwärtig der Fall. Die Reichsverfassung ist insoweit als noch bestehend zu erachten, wie dies mit der Aenderung der staatsrechtlichen Grundlagen vereinbar ist. Dazu gehört vor allem auch die Aufrechterhaltung des Grundsatzes des Artikels 2 der Reichsverfassung, daß Reichsrecht dem Landesrecht vorgeht."

27.—28. Dezember. In Stuttgart findet eine gemeinsame Aussprache der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen statt, worin einmütig beschlossen wird, künftig gemeinsam hinzuwirken auf 1. Neueinrichtung des Reichs auf bundesstaat-

licher Grundlage. 2. Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung, 3. schleunige Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich.

Über die Bedeutung dieses Vorgehens, das eine verstärkte Sicherung der Reichseinheit und des Wirkens der Reichseinheit anstrebt, wird mitgeteilt: Die Regierungen der vier Staaten in Süddeutschland stehen auf dem von der Revolution geschaffenen Boden. Sie sind entschlossen, die politischen und sozialen Ziele der großen Umwälzung mit aller Kraft weiter zu verfolgen und Störungen jeder Art mit Entschiedenheit abzuwehren. Die Verhältnisse in Berlin bedeuten nicht allein eine solche Störung und eine Gefährdung der neuen Errungenschaften, sie bedrohen auch die Einheit des Deutschen Reichs. Die deutsche Einheit vor jeder Erschütterung zu bewahren, wird aber von den vier Landesregierungen als ihre vornehmste Aufgabe angesehen, und darum haben sie zu gemeinsamem Handeln sich vereinigt. Sie lehnen ausdrücklich jede Sonderbündelei ab und halten am Reich in seiner bundesstaatlichen Gestaltung fest. Damit bewahren sie alle Gaue in Deutschland vor den immer deutlicher erkennbaren Nachteilen einer ausschließlichen Zentralverwaltung, die unsere Landesregierungen zu untergeordneten Provinzialbehörden herabdrücken würde. In den letzten Wochen vermochten die Regierungen der Einzelstaaten keinerlei Einfluß auf die Entschlüsse der Reichsleitung mehr auszuüben. Demgegenüber muß an dem seitherigen Mitbestimmungsrecht festgehalten und dessen Ausübung durch ein bundesstaatliches Organ in Gesetzgebung und Verwaltung verlangt werden. Nur mit Hilfe dieses bundesstaatlichen Organs ist es möglich, die volle Handlungsfähigkeit der Reichsleitung wiederherzustellen und die Arbeiten der kommenden Nationalversammlung zu einem guten Ergebnis zu bringen. Die Reichsleitung muß vollkommen befreit werden von allen örtlichen Einflüssen, die in jedem Fall eine Schädigung der Rechte aller übrigen Deutschen darstellen. Nur eine Reichsleitung, deren volle Handlungsfreiheit auch die Gegner anerkennen, wird einen Frieden zu erlangen vermögen, wie das deutsche Volk ihn braucht.

Die Regierungen der vier süddeutschen Staaten kommen ferner dahin überein, in den Fragen des Lebensmittelbezugs aus dem Ausland ein gemeinschaftliches Vorgehen anzustreben. Sie verlangen im Interesse ihrer Bevölkerung, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, an den bevorstehenden Verhandlungen mit Amerika von Anfang an durch eine gemeinschaftliche Vertretung innerhalb der des Reiches teilzunehmen und durch ihre eigenen Einrichtungen an der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und so weiter, sobald eine solche möglich wird, nach noch zu treffender Vereinbarung unmittelbar beteiligt zu werden. Sie erklären, daß die Vorgänge im Ruhrkohlengebiet die schwersten Befürchtungen für die Kohlenversorgung und damit die Weiterführung des Wirtschaftslebens Süddeutschlands bei ihren Regierungen erwecken. Sie halten es daher für eine unerläßliche Pflicht der Reichs- und der preußischen Staatsregierung, dort alsbald für Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen, und ersuchen die Reichsregierung, über die ergriffenen Maßregeln die süddeutschen Regierungen sofort zu unterrichten.

30. Dezember. Justizminister Dr. v. Kiene veröffentlicht im „Staatsanz." folgendes:

„Es sind neuerdings Fälle zu meiner Kenntnis gebracht worden, in welchen Mitglieder von Arbeiter- und Soldatenräten in Strafverfahren eingegriffen haben. So sind beispielsweise beschlagnahmte Gegenstände willkürlich freigegeben und unberechtigte Ansprüche auf die Einsichtnahme von Akten während schwebender Untersuchung gestellt worden. Für die Durchführung von Strafverfahren sind ausschließlich die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung maßgebend. Diese Vorschriften sind, worauf schon wiederholt öffentlich hingewiesen worden ist, unverändert in Geltung geblieben, sie sind auch für die Arbeiter- und Soldatenräte maßgebend. Wenn daher auch den Mitgliedern von Arbeiter- und Soldatenräten die Befugnis zugestanden wird, Gesuche und Beschwerden der Betroffenen entgegenzunehmen und solche an die zuständigen Behörden (Staatsanwaltschaft, Gericht) weiterzugeben, ebenso Fehlgriffe bei den Zentralbehörden zur Sprache zu bringen, so muß doch andererseits mit allem Nachdruck gefordert werden, daß sie sich innerhalb der gesetzlichen Schranken halten und vor allem unmittelbare Eingriffe in die Rechtspflege unterlassen. Solche Verletzungen des Gesetzes setzen nicht nur die daran Beteiligten der Gefahr eigener strafrechtlicher Verfolgung aus, sondern sie sind auch geeignet, die Rechtspflege aufs schwerste zu erschüttern und in der Bevölkerung tiefgehende Beunruhigung mit dem Gefühl der Rechtsunsicherheit hervorzurufen."

Baden.

1. Dezember. Der zu Karlsruhe tagende engere Ausschuß der nationalliberalen Partei Badens nimmt folgende Entschließung an:

„Der Ausschuß nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der mit der Volkspartei über den Zusammenschluß der beiden Parteien gepflogenen Verhandlungen. Er bedauert, daß die von der nationalliberalen Partei gewünschte Einigung für Baden als an den unangenehmen Anforderungen der Volkspartei gescheitert zu betrachten ist. Der Ausschuß steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Zusammenfassung aller freiheitlich gesinnten, nicht sozialdemokratischen Männer und Frauen in Baden und im Reich geboten ist. Da auch die in Berlin für das ganze Reich geführten Einigungsverhandlungen der beiden Parteileitungen nur zur Auflösung der alten und zur Gründung zweier neuen Parteien geführt haben, tritt die nationalliberale Partei durch einstimmigen Beschluß ihres engeren Ausschusses mit ihren sämtlichen Vereinen der neugegründeten badischen Volkspartei bei."

10. Dezember. Die Verhandlungen zwischen den Nationalliberalen (bad. Volkspartei) und der Deutschen demokratischen Partei auf Verschmelzung beider Parteien werden wieder aufgenommen und führen zu einer programmatischen Verständigung. Es wird ein gemeinschaftlicher Vollzugsausschuß als Parteivorstand gebildet, dessen Vorsitzender Abg. Hummel ist. Außerdem wird ein Landesausschuß gebildet, an dessen Spitze der Minister des Äußern Oberbürgermeister Dietrich-Konstanz steht.

11. Dezember. Der engere Ausschuß der badischen Volkspartei beschließt gegen 2 Stimmen den Übertritt der Partei in die Deutsche demokratische Partei.

Nach dem gemeinsam beschlossenen Programm will die Deutsche demokratische Partei in Baden die Einheit aller deutschen Stämme, einschließlich der Deutsch-Österreicher, und die demokratische Republik auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Pflichterfüllung. Dabei soll die berechtigte Eigenart der deutschen Stämme gewahrt werden durch bundesstaatliche Gliederung des Reiches. Die militärische Gewalt soll der bürgerlichen untergeordnet werden. Gefordert wird der beschleunigte Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung, von der die Partei die Schaffung der deutschen Republik und die Herstellung gesetzmäßiger Ordnung erwartet.

Dann wird der Ausbau der republikanischen Staatsform verlangt und die Sicherung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter nach dem System der Verhältniswahl für alle öffentlichen Wahlen und die Einführung des Volksbegehrens und der Berufung an das Volk.

Einen breiten Umfang nimmt der Teil des Programms in Anspruch, der sich mit wirtschaftlichen Fragen befaßt. Hier wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Ausschaltung der Privatinitiative des Unternehmers und der selbständigen Arbeit des Handwerkers, des Bauern und des Fabrikanten verworfen. Die Sozialisierung wird für die Unternehmungen gefordert, die sich zu einer Monopolherrschaft auf Kosten der Gesamtheit der Verbraucher entwickelt haben oder entwickeln.

Auf sozialpolitischem Gebiet wird die Ausbildung des Arbeitsverhältnisses zu einem Rechtsverhältnisse verlangt, ferner die Weiterentwicklung der sozialen Versicherungen, die Arbeitslosenversicherung und andere Fürsorgemaßregeln. Für die Privatbeamten werden Vertretungen in Berufskammern, Regelung der Arbeitsverträge, für die Staats- und Gemeindebeamtenausschüsse eine Beamtenkammer, ein modernes Dienstpolizeirecht, Höchstdienstzeit u. a. gefordert.

Auf dem Gebiet der Bodenpolitik wird gesagt, daß der Grundbesitz nicht fideikommissarisch gebunden sein darf. Der Staat soll durch seine Wirtschaftspolitik für Aufrechterhaltung lohnender Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sorgen. Das landwirtschaftliche Schulwesen und das Genossenschaftswesen soll gefördert werden. Zwischen den Bedürfnissen der bürgerlichen Erzeuger und der städtischen Verbraucher soll ein Ausgleich geschaffen werden.

Für das Gewerbe und die Industrie fordert das demokratische Programm die Erhaltung eines selbständigen und lebensfähigen Fabrikanten-, Handwerks- und Gewerbestandes, auf dem Gebiet der Schule wird die sittliche Erziehung des Volkes als wesentliche Aufgabe auch des weltlichen Unterrichtes bezeichnet. Von den Einzelforderungen seien genannt die Erhaltung der gemischten Schule, die Entwicklung der Einheitsschule und die Erleichterung des Aufsteigens der Begabten. Der Religionsunterricht soll in der Schule erhalten bleiben unter der Mitarbeit der Kirche und der sonstigen Religionsgemeinschaften. Die Stellung der Kirche als öffentlich-rechtlicher Einrichtung soll erhalten werden, also auch das Recht der Besteuerung und die theologischen Fakultäten.

Auf dem Gebiete der Steuerpolitik wird u. a. die gerechte steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne verlangt.

Hessen-Darmstadt.

3. Dezember. Die Grundzüge des Wahlgesetzes für die gesetzgebende hessische Volkskammer werden bekanntgegeben. Darnach soll die Volkskammer aus 58 Abgeordneten gebildet werden. Die Wahlrechtsbestimmungen entsprechen denen für die Nationalversammlung. Die Abgeordneten werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Das ganze Land bildet einen Wahlkreis.

Die Volkskammer tritt am achten Tage nach der amtlichen Ermittelung des Wahlergebnisses in Darmstadt im Ständehaus unter dem vorläufigen Vorsitz des ältesten Mitgliedes zusammen und wählt die Leitung. Die Geschäftsordnung gibt sich die Kammer selbst. Die vorläufige Regierung, die allein die Vollzugsgewalt in Hessen ausübt, ist nach dem Zusammentreten der Volkskammer ausschließlich dieser verantwortlich. Sie bleibt so lange im Amt, als sie das Vertrauen der Volkskammer genießt. Entzieht die Volkskammer der Regierung das Vertrauen, so ist aus der Volkskammer eine neue Regierung zu bilden. Als Wahltag wird der 19. Januar 1919 in Aussicht genommen.

10. Dezember. Der hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat löst sich auf. An seiner Stelle wird ein Volksrat für die Republik Hessen gebildet. Dieser Volksrat stützt sich auf alle Bevölkerungsschichten der Republik Hessen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte werden aufgefordert, sich aufzulösen und ihre Aufgaben dem neu zu bildenden Volksrate zu übertragen. Der Darmstädter Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat bildet sich sofort neu als Volksrat.

Mecklenburg.

15. Dezember. Bei den Wahlen zur Landesversammlung von Mecklenburg-Strelitz werden gewählt: 12 Sozialdemokraten, 18 Liberale, 2 Handwerker, 1 Bauernbündler. An Stimmen erhalten die Mehrheitssozialisten 23591, die Demokraten 19002, der Bauernbund 2540, die Handwerker 2223.

Bei der Reichstagswahl 1912 fielen auf die Sozialdemokratie 6492 Stimmen, auf die Reichspartei 7733, auf die Nationalliberalen 6809 Stimmen.

29. Dezember. In den meisten mecklenburgischen Städten finden Stadtverordnetenwahlen nach dem Verhältniswahlrecht statt. In achtzehn von dreiundzwanzig Städten, darunter Rostock, Schwerin, Güstrow und Parchim, erhalten die bürgerlichen Parteien zusammen mehr Stimmen als die Sozialdemokraten, doch ist der Vorsprung

der bürgerlichen Parteien vielfach nur gering, sodaß die Zahl der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Stadtverordneten gleich sein wird. In Schwerin werden 32 Bürgerliche und 18 Sozialdemokraten gewählt. In Wismar erringen die Sozialdemokraten 29 von 48 Sitzen, außerdem sind sie noch in 9 kleineren Städten siegreich.

Sachsen-Meiningen.

4. Dezember. Der Landtag tritt zusammen.

Anhalt.

15. Dezember. Bei den Wahlen zur Landesversammlung werden Stimmen abgegeben für die Sozialdemokratie 92229, für die bürgerliche Demokratie 54447, Volkspartei (Konservative) 9255, Mittelstand 3249, insgesamt 159180. Gewählt sind 22 Mehrheitssozialisten, 12 bürgerliche Demokraten, 2 Volksparteiler (Konservative). Die Mittelständler erhalten im Hinblick auf die geringe Stimmenzahl keinen Vertreter. Die Unabhängigen haben eine eigene Liste nicht aufstellen können, da sie die erforderliche Zahl der Unterschriften nicht zustande gebracht haben.

Bei den Reichstagswahlen von 1912 wurden 68124 Stimmen abgegeben, davon 31465 für die Sozialdemokraten, 5175 für die Konservativen, 18395 für die Nationalliberalen, 8415 für die Fortschrittler und 4664 für die demokratische Vereinigung.

30. Dezember. Abg. Pëus (Soz.) wird zum Präsidenten des Landtags gewählt.

Braunschweig.

4. Dezember. In Braunschweig wird ein Landes-Arbeiter- und Soldatenrat für die Republik Braunschweig gegründet, der sämtliche 83 Arbeiter- und Soldatenräte der Republik Braunschweig umfaßt. Die Arbeiter- und Soldatenräte in Orten unter 2000 Einwohnern entsenden je einen, in Orten über 2000 Einwohnern je zwei und die Stadt Braunschweig 20 Vertreter.

9. Dezember. Der A.- und S.-Rat nimmt zu der Forderung des Vertrauensausschusses der Garnison auf Abschiebung der Matrosen und Abbau der Roten Garde eine Erklärung an, worin er sich zu dem Standpunkte völliger Beseitigung des Militarismus bekennt, der durch eine Volkswehr zu ersetzen sei. Die Matrosenabteilung und die Rote Garde könnten lediglich die Grundlage zur Schaffung einer Volkswehr sein. Solange die Revolution und die Republik in Ge-

fahr seien, müßten sie bestehen bleiben. Der A.- und S.-Rat beschließt, die Bezeichnung „Rote Garde" durch „Braunschweigische Volkswehr" zu ersetzen.

15. Dezember. Bei den ersten Stadtverordnetenwahlen nach dem neuen Wahlsystem in Braunschweig erhalten die Deutsche demokratische Partei 9, die deutschnationale Volkspartei 7, die alte sozialdemokratische Partei 8 und die Unabhängigen 12 Sitze. Die Bürgerlichen befinden sich also in der Minderheit.

22. Dezember. Bei den Landtagswahlen werden insgesamt abgegeben für die demokratische Partei 46291 Stimmen, für die alte sozialdemokratische Partei 59708 Stimmen, für den Landeswahlverband (rechtsstehende bürgerliche Parteien) 55616 Stimmen, für die unabhängige Sozialdemokratie (Regierungspartei) 51668 Stimmen. Abgegeben werden insgesamt 213283 Stimmen. Im Landtage erhalten hiernach die Demokraten 13 Sitze, der Landeswahlverband 16 Sitze, die Partei der alten Sozialdemokratie 17 Sitze und die Partei der Unabhängigen nur 14 Sitze.

Bei den Reichstagswahlen von 1912 erhielten die Sozialdemokraten 48200, die fortschrittliche Volkspartei 10209 und die rechtsstehenden Parteien 40555 Stimmen.

Die „Frkft. Ztg." schreibt dazu: „Das Bemerkenswerteste an diesem Wahlausfall ist, daß die dem Spartakus nahestehenden braunschweigischen Unabhängigen erst an dritter Stelle stehen. Dabei nahmen sie für sich bisher die Alleinherrschaft in Braunschweig in Anspruch, und der von ihnen gebildete Arbeiter- und Soldatenrat hat sogar gedroht, den Landtag nur dann zu dulden, wenn er ganz in ihrem Sinne arbeitet. Sie nehmen also in Anspruch, auch weiterhin allein in Braunschweig zu bestimmen, obgleich sie damit die Herrschaft der Minderheit über die Volksmehrheit aufrichten. Bekanntlich haben sie sich auch in offenen Gegensatz zur Reichsregierung gestellt. Die Demokraten haben im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen den stärksten Zuwachs, eine Vervierfachung der Stimmenzahl, erreicht, die sozialdemokratischen Parteien etwas mehr als das Doppelte. Im Reichstage war Braunschweig durch zwei Sozialdemokraten vertreten."

Bremen.

3. Dezember. Der Bürgerausschuß veranstaltet eine mächtige Kundgebung, um damit gegen das Treiben der radikalen Elemente der bremischen Regierung Einspruch zu erheben. Die Redner bekunden die Unmöglichkeit der Verstaatlichung des überseeischen Handels sowie der übertriebenen Lohnbelastung der Werften und Industrien und sehen Deutschlands Volkswirtschaft und Erwerbsleben vor dem Zusammenbruch stehen, wenn nicht bald geordnete staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Verhältnisse geschafft würden. An Ebert wird eine Entschließung gesandt, die die sofortige Einberufung der Nationalversammlung verlangt. Die französische sei 1871 schon in zehn Tagen

nach Abschluß des Waffenstillstandes gewählt worden. Jede Verzögerung bringe die gesamte Bevölkerung der Verelendung nahe. Eine weitere Entschließung verlangt Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft in Bremen. Es werde jetzt über die öffentlichen Gelder verfügt, ohne daß darüber Rechnung abgelegt werde. Wichtige Staatsgeschäfte bleiben unerledigt. Weiter wird unter stürmischen Kundgebungen gegen eine beschlossene Bewaffnung des industriellen Proletariats Einspruch erhoben, denn sie bedeute allgemeine Unsicherheit, Bürgerkrieg und die Gefahr feindlichen Einmarsches.

9. Dezember. Mit 173 gegen 34 Stimmen spricht sich der Bremer A.- und S.-Rat gegen die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft unter seinem Veto- und Kontrollrecht aus. Ein Antrag, den Aktionsausschuß zu beauftragen, sofortige Neuwahlen für die Bürgerschaft auszuschreiben, wird mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

21. Dezember. Im Kaufmannskonvent der Handelskammer Bremen führt Präsident Biedermann zur Neugestaltung des Reiches aus:

„Eine Gemeinwirtschaft unseres Wirtschaftslebens würde jedenfalls für die im Erwerbsleben Stehenden, die den Kampf mit der freien Privatwirtschaft im Ausland aufzunehmen haben, verderblich sein. So können namentlich der Ein- und Ausfuhrhandel, die Seeschiffahrt nebst der Transportversicherung nur in ständiger Fühlung mit den ausländischen Erzeugern, Verbrauchern und Kaufleuten, im harten Kampf des einzelnen um die günstigsten Bezugs- und Absatzbedingungen und die sonstigen Weltmarktfaktoren gedeihen. Ausschlaggebend ist die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage, die allein eine Milderung der auf die Dauer erdrückend hohen Preise der für unsere Industrie und Verbraucher unentbehrlichen Rohstoffe, Lebensmittel und Futtermittel herbeiführen kann. Soll der freie Handel mit dem Ausland wieder aufblühen, so muß insbesondere auch die Stellung unserer Freihäfen unangetastet bleiben; sie sind vorbildlich gewesen für die Vereinigten Staaten, Frankreich und Skandinavien und selbst für England. Jeder Eingriff in die Freiheit durch eine sozialistische Kundgebung würde unseren Handel aus den umliegenden Ländern vertreiben. Die Handelskammer wird daher mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß die Stellung unserer Freihäfen unter allen Umständen gewahrt bleibt. Eine erfolgreiche Tätigkeit unseres Außenhandels hängt vornehmlich von zwei Voraussetzungen ab: einer Preisgestaltung unserer industriellen Erzeugnisse, die den Wettbewerb auf den Auslandsmärkten ermöglicht, und der Gewährung von Krediten seitens unserer Auslandsverkäufer und im Zusammenhang hiermit der Wiederherstellung einer normalen Valuta. Die Löhne, wie sie in den letzten Wochen erzwungen wurden, sind unhaltbar, sie bewirken neben der Entwertung des Geldes eine Verteuerung der Erzeugnisse bis zur Unverkäuflichkeit, die uns im Wettbewerb im Ausland ausschaltet. Als Voraussetzung für die Wiederherstellung des Auslandskredites gilt das Vertrauen des Auslandes in das deutsche Staats- und Wirtschaftsleben, und dieses Vertrauen ist bedingt durch baldige Errichtung einer auf dem Willen des ganzen Volkes beruhenden neuen Reichsverfassung."

28. Dezember. Die „Bremer Bürger-Zeitung" gibt folgendes bekannt: „Da die Gegenrevolutionäre immer frecher und rücksichtsloser dem kämpfenden Proletariat entgegentreten, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen beschlossen, das Proletariat zur Sicherung der Revolution zu bewaffnen." In den Großbetrieben zirkulieren zu diesem Zwecke Listen. Alle über 24 Jahre alten Proletarier, die mit der Waffe in der Hand die Errungenschaften der Revolution sichern wollen, sollen am Sonntag, 29. Dezember auf dem Kasernenhof zum Appell erscheinen.

Die Bewaffnung wird jedoch noch nicht vollzogen, man begnügt sich einstweilen mit Aufstellung der Listen.

Hamburg.

4. Dezember. Die Delegiertenversammlung des A.- und S.-Rats Hamburgs und seiner weiteren Umgebung nimmt einstimmig eine Entschließung an, die sich für die Schaffung eines Selbstverwaltungsbezirks Groß-Hamburg ausspricht, der aber kein Partikular-Staatswesen, sondern einen auf breiteste territoriale Grundlage gestellten Selbstverwaltungsbezirk darstellen soll.

9. Dezember. Der Große Arbeiter- und Soldatenrat nimmt eine Entschließung an, die die Schaffung von Wachmannschaften aus überzeugten Anhängern der Revolution, die Übergabe aller Waffen- und Munitionsdepots in die Gewalt zuverlässiger Truppen, das Verbot des Tragens von Offizierrangabzeichen und die Entwaffnung der Offiziere verlangt.

27. Dezember. Die Bürgerschaft bestätigt die Verfassungsänderung, betreffend die Bürgermeisterwahl für das Jahr 1919, in zweiter Lesung und bewilligt ferner abermals 30 Millionen für Kriegsausgaben. Die Bürgerschaft beschließt sodann als schleunigst in Angriff zu nehmende Notstandsarbeit die Erbauung der Marschbahn, die Hamburg direkt mit den Vierlanden verbinden soll; die Bahn soll durch die Bergedorf-Geesthachter-Eisenbahngesellschaft für 3 Millionen Mark erbaut werden. Für die Regulierung der Dove- und Gove-Elbe werden einstimmig 2 Millionen Mark bewilligt.

In einer gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, des Senates und verschiedener technischer Vereinigungen wird die Schaffung eines Groß-Hamburgischen Staates mit Einschluß der links und rechts der Niederelbe liegenden preußischen Kreise besprochen. Der Plan findet aus wirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und wasserbautechnischen Gründen von allen Seiten Zustimmung. Beschlüsse werden nicht gefaßt.

Am selben Tage (27. Dezember) erklärt eine Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg, Altona und Umgegend, daß sie auf dem Boden der vom Rätekongreß fast einstimmig angenommenen Hamburger Beschlüsse stehe. Sie verlangt, daß die Anträge zum Gesetz für das Heimatheer erhoben werden. Die Abschaffung der Rangabzeichen richte sich gegen das alte System, nicht gegen einzelne Personen und bedeute keine Degradierung der bisherigen Träger der Rangabzeichen. Der Reichsregierung wird schließlich anheimgegeben, zu entscheiden, ob die Einführung anderer Rangabzeichen erforderlich sei.

31. Dezember. Der Senat wählt für das Jahr 1919 Dr. Werner von Melle zum Ersten Bürgermeister und Dr. Karl August Schröder zum Zweiten Bürgermeister wieder.

Elsaß-Lothringen.

4. Dezember. Der Landtag richtet folgendes Telegramm an den Präsidenten Poincaré:

„Der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts für Elsaß-Lothringen gewählte Landtag hat mit großer Genugtuung erfahren, daß der Präsident der Republik den Frankreich durch die Tapferkeit der französischen und alliierten Truppen zurückgewonnenen Provinzen die Ehre seines Besuches erweisen wird. Der Landtag gibt Ihnen nun die Versicherung, daß die Begeisterung, mit der auf allen Punkten des Territoriums die siegreichen Truppen und ihre hervorragenden Führer bei der Besitzergreifung des heiligen, Frankreich vor 47 Jahren entrissenen Bodens empfangen wurden, wenn es überhaupt noch möglich ist, sich verstärken wird. Der Landtag schließt sich im voraus den Huldigungen an, die das Land dem wiedergefundenen Vaterlande darbieten wird."

Auf dieses Telegramm geht folgende Antwort ein:

„Der im voraus von dem auf Grund des allgemeinen Wahlrechts für Elsaß-Lothringen gewählten Landtag an mich gerichtete Gruß rührt mich tief, und ich freue mich, mit der Regierung der Republik und den Mitgliedern des Parlaments dem von uns befreiten Land die begeisterten Glückwünsche überbringen zu können. Poincaré."

Die französische Presse benutzt selbstverständlich diesen Telegrammwechsel eifrig zur Stimmungsmache.

Der „Temps" schreibt: „Man ermißt die Bedeutung dieser Abstimmung, wenn man daran denkt, daß diese Abgeordneten im Oktober 1911 nach der Einführung der neuen Verfassung für Elsaß-Lothringen gewählt worden sind. Die Deutschen, die auch heute noch behaupten, daß Elsaß-Lothringen Abgeordnete in die künftige Nationalversammlung schicken müsse, haben jetzt die beste Antwort erhalten. Will Solf etwa noch immer eine Volksabstimmung? Wir können ihm heute beweisen, daß die Volksabstimmung vor sieben Jahren unter der Führung der deutschen Regierung bereits vorgenommen worden ist."

„Populaire" betont: „Als Sozialisten müssen wir den Grundsätzen treu bleiben, daß die Völker über sich selbst verfügen müssen. Auch das wohlverstandene Interesse Frankreichs würde mehr von einer Volksabstimmung haben."

Von gut unterrichteter altelsässischer Seite wird der „Dtsch. Allg. Ztg." dazu geschrieben: „Der jetzige Landtag wurde im Jahre 1911 gewählt unter der Parole: Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern! Das hieß damals: Autonomie Elsaß-Lothringens im Rahmen des Deutschen Reiches. Der Nationalbund der Herren Wetterlé, Blumenthal, Bucher usw., der einen künstlich aufgebauschten elsässischen Nationalismus mit dem durchscheinenden Hintergedanken der Vorbereitung eines Anschlusses an Frankreich pflegte, unterlag bei den Wahlen in kläglicher Weise. Die Mitglieder der Zentrumsfraktion des Landtages verdanken ihre Wahl nur der gut katholischen Gesinnung der Mehrheit der Bevölkerung. Für die Abgeordneten der übrigen Fraktionen (Fortschrittler, Sozialdemokraten und Lothringer) stimmten geschlossen und ausnahmslos die deutschgesinnten altelsässischen und altdeutschen Wähler, weil sie sich selbst als Gegner der nationalistischen Umtriebe bekannten.

Die Mehrheit der Abgeordneten hat stets die Erhebung Elsaß-Lothringens zu einem gleichberechtigten deutschen Bundesstaat gefordert. Manche Mitglieder haben noch vor kurzem den Anschluß Elsaß-Lothringens an Preußen als die beste Lösung der elsaß-lothringischen Frage bezeichnet. Der frühere Präsident Dr. Ricklin betonte noch im Vorjahre offiziell die Treue der Elsaß-Lothringer gegenüber dem Deutschen Reiche. Man hat ihn darum jetzt trotz seiner neuerlichen Schwenkung als zu kompromittiert durch den entschieden klerikal-nationalistischen Abbé Delsor ersetzt. Über Ricklins Wandlungsfähigkeit gibt Wetterlés Buch »Les Coulisses du Reichstag« genügende Auskunft. Noch vor gar nicht langer Zeit war er bemüht, sich der deutschen Regierung in jeder Weise als der geeignetste Staatssekretär oder gar Statthalter zu empfehlen.

Ein Mandat, den Anschluß Elsaß-Lothringens an Frankreich zu erklären, hat der jetzige Landtag nie erhalten. Sein Umfall begann erst, als Frankreichs Sieg im Westen als wahrscheinlich erschien, und vollendete sich am Tage der deutschen Revolution. Das jetzige Ergebenheitstelegramm an Poincaré ist ein Ausfluß der Angst vor französischem Druck und der Furcht vor Schädigung persönlicher Interessen, der politischen Unaufrichtigkeit und Heuchelei. Es ist ganz richtig, wie der »Temps« sagt: Die Volksabstimmung ist schon vor sieben Jahren unter Führung der deutschen Regierung vorgenommen worden; nur fiel sie damals mit überwältigender Mehrheit zugunsten des Verbleibens bei Deutschland aus, wie jede Nachprüfung der Wahlprogramme und der Abstimmungsergebnisse heute noch beweist. Die große Mehrheit des elsaß-lothringischen Volkes ist innerlich noch heute für Selbstbestimmung und Neutralität Elsaß-Lothringens, ist aber durch den von der französisch gesinnten Minderheit und der hinter ihr stehenden Militärmacht Frankreichs ausgeübten Druck zum Dulden und Schweigen verurteilt."

6. Dezember. Der Landtag vertagt sich nach Annahme folgender Entschließung:

„Der Landtag hält es für seine Pflicht, vor seiner Vertagung seinerseits zu proklamieren, daß das Recht Elsaß-Lothringens, sich Frankreich wieder anzuschließen, unbestreitbar und endgültig ist."

8. Dezember. Der „Temps" veröffentlicht die französische Verfassung, betreffend die provisorische Regierung von Elsaß-Lothringen, die sich in der Hauptsache in folgende Punkte zusammenfassen läßt:

In wirtschaftlicher Beziehung sind alle Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen wieder frei. Dagegen ist jeder Handel in Elsaß-Lothringen mit deutschen Staatsangehörigen, falls diese in Deutschland oder neutralen Ländern wohnen, untersagt. Ausnahmebestimmungen können nur im Interesse der öffentlichen Ordnung von der französischen Verwaltung getroffen werden. Deutsche Gerichtsbeamte sind provisorisch ihrer Funktionen enthoben. Die Zuständigkeit der Kriegsgerichte wird entsprechend dem französischen Militärgesetz geregelt. Um jedoch Abmachungen des Waffenstillstandes einzuhalten, bleibt vorläufig eine Gerichtsorganisation auf Grund der bisherigen Rechtsprechung bestehen, soweit diese im Einklang mit den französischen Militärgesetzen funktioniert. Die Eisenbahnverwaltung wird von einem besonderen Ausschuß geleitet, Beamte, Angestellte und Eisenbahnarbeiter bleiben in Stellung, werden aber als Hilfsbeamte der französischen Militäreisenbahnverwaltung unterstellt. Die Einnahmen fließen in die Kassen des französischen Staatsschatzes. Die Kosten werden durch die Zahlmeister der Armee gedeckt. Die gegenwärtigen Tarife bleiben in Kraft, jedoch zahlen Militärpersonen nur ein Viertel des Fahrpreises. Betreffend die Beschlagnahme und Verkäufe durch Deutschland werden alle Maßregeln aufgehoben, besonders alle Verfügungen, welche Museen, Archive und Bibliotheken betrafen. Enteignungen und Maßregeln ähnlicher Art werden für ungültig erklärt. Auf Ansuchen der Franzosen oder Elsaß-Lothringer französischer Abstammung können alle mit feindlichen Gesellschaften oder Privatpersonen abgeschlossenen Verträge für ungültig erklärt werden. Das deutsche Geld wird für ungültig erklärt. Sämtliche Bestände an deutschem Geld oder deutschen Wertpapieren müssen vor dem 6. Dezember in einer Neuanmeldung bei den französischen Verwaltungsbehörden eingereicht werden. Der Wechselkurs ist auf 1,25 für die Mark festgesetzt, jedoch nur so weit, wie angemeldete Bestände in Frage kommen. Neues deutsches Geld darf nicht in Umlauf gesetzt werden. Das bereits zirkulierende Geld muß möglichst schnell aus dem Verkehr gezogen werden. Bergwerke werden unter die französische Staatskontrolle gestellt.

10. Dezember. Präsident Poincaré besucht in Begleitung von Clémenceau, Dubost und Deschanel Straßburg. Auf die Ansprache des Bürgermeisters, der die Schlüssel der Stadt überreicht, versichert Poincaré, daß Frankreich die Schlüssel Straßburgs in guter Obhut halten und sie sich niemals wieder von irgend jemand nehmen lassen werde. Von der Freitreppe des Rathauses hält Poincaré eine Ansprache, worin er unter anderem sagt, daß die Volksabstimmung bereits vollzogen sei.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. Friedrich Purlitz in Dresden.
Druck von Carl Marquart in Leipzig. A1917

Der Aufmarsch der Parteien zur deutschen Nationalversammlung.

Den Stürmen des Krieges und der Revolution vermag das Gefüge der alten politischen Parteien ausnahmslos nicht mehr standzuhalten. Keine einzige der bisherigen sechs großen Parteien (Konservative, Reichspartei, Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten), von den kleineren Gruppen ganz zu schweigen, kann sich in der alten Form behaupten, und selbst die Sozialdemokratie, in der es bereits am 7. Januar 1917 in aller Form zu einer Spaltung durch Gründung der Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie gekommen ist, muß noch eine weitere Abspaltung erleben: am 14. Dezember veröffentlicht die sog. Spartakusgruppe, die in ihren Forderungen noch über die der Unabhängigen Sozialisten hinausgeht, ein eigenes Programm, womit sie sich als besondere Partei konstituiert. An ihre Spitze treten der aus dem Zuchthause entlassene Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, ihr Organ wird die in Berlin erscheinende „Rote Fahne".

Während aber die Sozialdemokratie wenigstens ihren Namen beibehält, wechseln die bürgerlichen Parteien mit der Revision ihrer Programme auch ihre Namen. Bezeichnend ist dabei, daß die Rechte, das Zentrum und auch ein Teil der Nationalliberalen Gewicht darauf legen, in ihrer neuen Parteifirma das Wort „Volk" mit erscheinen zu lassen. Das trägt um so weniger zur Übersichtlichkeit und leichten Unterscheidbarkeit der Parteien bei, als sich die Bezeichnungen der Parteiorganisationen in Norddeutschland nicht immer decken mit den in Süddeutschland neu eingeführten Namen, sodaß z. B. der Ausdruck „Deutsche Volkspartei" in Norddeutschland die Nationalliberalen um Friedberg und Stresemann und einen Teil der Fortschrittler deckt, während er in Bayern den Namen abgibt für die Kreise, die in Nord- und Mitteldeutschland als „Deutsche demokratische Partei" auftreten. Es kommt noch hinzu, daß sich eine Reihe kleinerer, meist wirtschaftliche Gesichtspunkte betonender Gruppen bilden, die das Gesamtbild zwar nicht beeinflussen können, aber doch als Sonderorganisationen gezählt werden müssen. So bildet sich z. B. in Württemberg nach dem Anschluß des größten Teils der Nationalliberalen an

die Deutsche demokratische Partei noch eine „Deutsche Bürgerpartei", die in ihren Anschauungen der hauptsächlich in Hannover und Dresden Fuß fassenden Deutschen Volkspartei entspricht.

Im allgemeinen vollzieht sich folgende Umbildung: die bürgerlichen Parteien stellen sich sämtlich nach dem Zusammenbruch der Monarchie und der vollständigen Demokratisierung des Staatswesens auf den Boden der vollzogenen Tatsachen und erkennen die Republik als die allein noch mögliche Staatsform an. Nur im Bunde der Landwirte taucht ziemlich unverhüllt der Gedanke an eine Restauration der Hohenzollern auf, und Kammerherr v. Oldenburg-Januschau macht dafür bei der Hauptversammlung des Bundes der Landwirte in Berlin am 17. Februar 1919 ganz offen Propaganda, allerdings ohne damit über den Kreis seiner Gesinnungs- und Berufsgenossen hinaus Erfolg zu haben. Beim Zentrum ist es bezeichnend, daß es sich in Zukunft nicht mehr auf die Katholiken beschränkt, sondern auch aus streng kirchlich gerichteten evangelischen Kreisen Zuzug erhält. Am schwierigsten ist die Neugestaltung der bürgerlichen Linken. In ihr erwächst zunächst durch die Verschmelzung der an Zahl geringfügigen Demokratischen Partei des Südens und eines Teiles der Fortschrittlichen Volkspartei eine Deutsche demokratische Partei und neben ihr, zusammengesetzt aus dem weitaus größten Teil der Nationalliberalen und den Fortschrittlern des rechten Flügels, die Deutsche Volkspartei. Der berechtigte Wunsch, mit einer möglichst großen geschlossenen Linken auf den Plan zu treten, überwindet dann schließlich die zwischen diesen beiden Parteien bestehenden sachlichen und persönlichen Gegensätze und führt zu dem Ergebnis, daß der weitaus größte Teil der bürgerlichen Linken sich zu einer Partei vereinigt. Eine restlose Geschlossenheit wird jedoch nicht erreicht, da am 15. Dezember 1918 auf einer schwach besuchten Tagung des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei mit geringer Mehrheit beschlossen wird, die Organisation der Partei aufrecht zu erhalten. (Vgl. S. 354)

So stellen sich denn bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung folgende sieben Parteien zur Entscheidung vor die Wähler:

1. Deutschnationale Volkspartei: Behrens, P. Philipps, Werner, v. Winterfeldt-Menkin (in der Zusammenfassung die früher rechtsstehenden Parteien, bei stärkerem Hervortreten der Christlich-Sozialen).

2. Christlich-demokratische Volkspartei: Erzberger, Pfeiffer (das frühere Zentrum).

3. Deutsche Volkspartei: Dr. Friedberg, Dr. Stresemann, Dr. Wiemer, Kopsch (in der Hauptsache die früheren Nationalliberalen und ein Teil der Fortschrittlichen Volkspartei).

4. Deutsche demokratische Partei: Prof. Max Weber, Fischbeck, Theodor Wolff, v. Richthofen (in der Hauptsache die frühere Fortschrittliche Volkspartei und ein Teil der Nationalliberalen).

5. Alte sozialdemokratische Partei: Ebert, Scheidemann.

6. Unabhängige sozialdemokratische Partei: Haase, Ledebour.

7. Spartakus-Gruppe: Dr. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg.

Dazu kommen noch die kleineren Gruppen: Polen, Welfen, Dänen, sowie die schon erwähnten, mehr wirtschaftlich als politisch gerichteten Gruppen des Bayrischen Bauernbundes, der Handwerker u. a. m.

Deutschnationale Volkspartei.

24. November. Die neugegründete Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht in der „Kreuz. Ztg." folgenden Aufruf:

„Unser Vaterland blutet nach vierjährigem Kriege aus schweren Wunden; es steht vor der Gefahr der Auflösung. An Stelle von Recht und Ordnung droht der Umsturz aller Dinge.

Vieles ist zertrümmert, was uns heilig und teuer ist. Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebensvollen Inhalt zu geben.

Über unsere Zukunft wird in der Nationalversammlung entschieden werden. Sie ist alsbald einzuberufen; für die Wahl ist volle Freiheit zu gewähren. Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen. Gegen jede Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse verwahren wir uns. Nur ein geordnetes Staatswesen schafft uns Brot und Frieden.

Staat und Gesetz, ausgerüstet mit starker Autorität, getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren schützenden Einfluß im Volks- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die nationale Kultur und die soziale Wohlfahrt zu fördern.

Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. Deutsches Wesen und deutsche Art müssen mehr denn je unser ganzes Volkstum erfüllen.

Zur Durchführung dieser Grundsätze bei der Gestaltung des neuen Deutschlands erstreben wir Unterzeichneten den Zusammenschluß aller gleichgesinnten deutschen Männer und Frauen sowie aller gleichgestimmten Parteien und Parteirichtungen zu einer neuen Partei, für die wir den Namen Deutschnationale Volkspartei vorschlagen.

Um die Wunden zu heilen, die der Krieg unserem schwer geprüften Vaterlande geschlagen hat, und um Recht und Ordnung wiederherzustellen, sind wir bereit, mit allen Parteien zusammen zu arbeiten, die dasselbe Ziel erstreben. So muß es gelingen, unser Volk aus dem Jammer dieser Tage herauszuführen und kommenden Geschlechtern eine bessere Zukunft zu sichern.

Für das zu schaffende Parteiprogramm schlagen wir als Anhaltspunkte folgende Richtlinien vor:

1. Wir treten ein für ein starkes deutsches Volkstum, das seine Einigkeit, Freiheit und Selbständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremden Einflüssen.

2. Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.

3. Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und Freiheit der Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzulegen. Das Privateigentum ist gegenüber den geplanten Eingriffen der Sozialdemokratie zu schützen. Dem gleichen Wahlrecht stimmen wir auf Grund der neuesten Entwicklung zu.

4. Wir halten fest an dem Grundsatz der Privatwirtschaft, sind aber gewillt, sie durch die gemeinwirtschaftliche Betriebsform in Genossenschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde bei den dafür geeigneten Betrieben im sozialen Interesse zu fördern.

5. Wir fordern den schleunigen Abbau der im Kriege geschaffenen staatlichen Zwangswirtschaft und die Auflösung der Kriegsgesellschaften.

6. Eine durchgreifende Abhilfe der Wohnungsnot ist als Voraussetzung jeder gesunden Bevölkerungspolitik auch durch Schaffung von Heimstätten wirksam zu fördern.

7. Wir fordern Wiederbevölkerung des platten Landes durch umfassende Siedelungspolitik zur Schaffung von Bauernland und Eigenwirtschaftsmöglichkeiten für Landarbeiter. Hierfür ist Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und Privater in angemessenem Umfange gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

8. Für die Wiederaufrichtung des durch den Krieg schwer geschädigten Mittelstandes, auch der geistig arbeitenden Teile der Bevölkerung, werden wir eintreten.

9. Der Ausbau unserer Sozialpolitik ist fortzusetzen. Das Koalitionsrecht aller Arbeiter ist sicherzustellen. Der soziale Aufstieg ist zu erleichtern.

10. Den Beamten, Lehrern, Militärpersonen und Angestellten, den Pensionären und Altpensionären ist eine rechtlich und wirtschaftlich gesicherte Lebensstellung zu gewährleisten. Das Beamtenrecht und das Staatsarbeiterrecht sind im neuen Geiste zu gestalten.

11. Weitgehende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen ist Pflicht des Reiches.

12. Die Verwaltung ist zu vereinfachen und in sozialem Geiste zu führen. Die Ämter in Staat und Gemeinde sind ohne Rücksicht auf Parteistellung und religiöses Bekenntnis nach Maßgabe der Befähigung der Beamten zu besetzen. Das Prüfungswesen darf nicht ausschließlich für den Eintritt in einen Lebensberuf entscheidend sein.

13. Wir treten für eine freiheitliche Gestaltung der Gemeindeverfassungsgesetze ein.

14. Die öffentlichen Abgaben sind nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Tragfähigkeit aufzubauen. In dem einheitlich aufzubauenden Steuersystem sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindelasten in ausgedehntem Maße zur Steuer heranzuziehen, soweit es eine gesunde Volkswirtschaft zuläßt. Die Kriegsgewinne sind aufs schärfste zu erfassen.

15. Weitgehende Fürsorge für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes ist notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Bildung ist auch wirtschaftlich zu ermöglichen. Die Pflege geistigen Lebens und geistiger Werte werden wir uns angelegen sein lassen.

16. Die Mitarbeit der Frau am öffentlichen Leben ist geboten."

Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschkonservativen Partei nimmt zu dieser Neugründung in folgender, am selben Tage erlassenen Kundgebung Stellung:

„Über die schweren Lasten des Tages hinaus muß für die Zukunft vorgesorgt werden. Seit längerer Zeit hatte die konservative Parteileitung im Einvernehmen mit den Fraktionen des Reichstags, Herrenhauses und Abgeordnetenhauses die Pflicht der konservativen Partei erkannt, sich mit neuem Geiste zu erfüllen, um den Aufgaben der neuen Zeit gerecht zu werden, die durch den Krieg und die mit ihm verbundene Wandlung unserer politischen Verhältnisse entstanden sind. Als der engere Vorstand der Deutsch-konservativen Partei am 7. November d. J. eine Neubearbeitung des Parteiprogramms in Aussicht stellte, war zu diesem Zweck bereits wertvolle Vorarbeit in den Fraktionen geleistet worden. Dabei hatte man Bedacht genommen, daß das Programm den Zutritt verwandter Richtungen erleichtern und weitere Volkskreise als bisher umfassen sollte. Auch in den neuentstandenen Verhältnissen müssen diejenigen Aufgaben gelöst werden, zu deren Erfüllung in jedem geordneten Staatswesen eine starke Rechte unentbehrlich ist. Revolution und Waffenstillstand haben die Fortsetzung dieser Arbeit auf dem satzungsmäßigen Wege vorerst wesentlich erschwert. Die Zukunft aller äußeren und inneren politischen Verhältnisse des Deutschen Reiches ist zurzeit derartig unsicher, daß ein endgültiges Parteiprogramm kaum festgesetzt werden kann. Andererseits sind sofortige Maßnahmen zur Klärung der Parteiverhältnisse unerläßlich geworden, zumal da die Wahlen zur Nationalversammlung, in der über Deutschlands Zukunft entschieden werden soll, möglicherweise sehr nahe bevorstehen.

Diesen Bestrebungen der Partei kommt der heute veröffentlichte Aufruf entgegen, in dem Männer und Frauen verschiedener Parteirichtungen und Berufsstände den Zusammenschluß zu einer Deutschen nationalen Volkspartei auf der Grundlage vorläufiger, als Anhaltspunkte gegebener Richtlinien vorschlagen. Wir haben sofort die nötigen Schritte eingeleitet, um, soweit es die Verhältnisse gestatten, die Beschlüsse der geordneten Parteivertretungen über die Stellungnahme der Konservativen Partei zu diesem Vorschlag herbeizuführen und unseren Freunden im Lande die Gelegenheit zur Mitarbeit dabei zu eröffnen.

Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschkonservativen Partei.

In Vertretung:

Stackmann. Graf Westarp."

Am **3. Dezember** faßt der weitere Vorstand der Deutschkonservativen Partei unter Vorsitz v. Heydebrands in dieser Angelegenheit folgenden Beschluß:

„Der weitere Vorstand des Hauptvereins der Deutschkonservativen steht der in der Bildung begriffenen Deutschnationalen Volkspartei freundlich gegenüber und hält sie für eine geeignete Grundlage, um alle auf dem Boden von Recht und Ordnung stehenden deutschen Männer und Frauen zu einigen. Der Vorstand fordert die konservativen Organisationen und Parteimitglieder auf, sich der neuen Partei anzuschließen."

Gleichzeitig wird ein Aufruf zur Nationalversammlung erlassen, in der die konservative Partei erklärt, sich „den neuen Verhältnissen anpassen" zu wollen.

12. Dezember. Für die Deutschnationale Volkspartei wirbt ferner folgender Aufruf:

„Unser Volk sehnt sich heraus aus der Zersplitterung der politischen Parteien. Darum fordern wir die bürgerlichen liberalen Kreise, die nicht zum „Berliner Tageblatt" (Deutsche demokratische Partei) gehen wollen, auf, sich mit uns der Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen und hier als Gruppe des vaterländisch gesinnten, freien Bürgertums zu wirken. Wir treten ein für Nationalstolz, Reichsgeltung in der Welt, privatwirtschaftliche Gesellschaftsordnung, sozialen Fortschritt, christliche Bildung und Freiheit der Überzeugung und bekämpfen jetzt als Hauptfeinde die nationale Würdelosigkeit, die Klassendiktatur, die Zwangswirtschaft und die Verwüstung unsrer Schulbildung. Wir wollen nur Deutsche sein. Wir erhoffen zuversichtlich, daß unser Bestreben weithin Verständnis findet, und bitten, die Zustimmungserklärungen an einen der Unterzeichneten zu richten:

D. Traub, Pfarrer, Dortmund, Dr. v. Mangoldt, Lichterfelde, Dr. Maurenbrecher, Weimar.

16. Dezember. Die gesamte Rechte, Konservative, Freikonservative (Reichspartei) und Deutsche Fraktion beschließen grundsätzlich ihren Zusammenschluß.

Deutsche Vaterlandspartei.

10. Dezember. Der Reichsausschuß der Deutschen Vaterlandspartei beschließt die Auflösung der Partei mit folgender Erklärung:

„Getreu ihrem Versprechen löst sich jetzt die Deutsche Vaterlandspartei auf. Nur im ungeteilten Siegeswillen des Volkes sah sie den einzigen Weg zur Rettung. Sie ist stolz darauf, in der steten Mahnung zu dieser Pflicht nichts versäumt zu haben. Jetzt hat dieser Siegeswille nicht uns Deutsche, sondern unsere Feinde zum Ziele geführt. Sie pflücken die Früchte ihrer Einigkeit. Zu rechter Zeit warnten wir das deutsche Volk vor dem Vernichtungswillen unserer Gegner. Man hat uns ausgespottet; heute spüren wir ihn am eigenen Leibe. Wir wünschten wahrhaftig, die Geschichte hätte uns in diesem Sinne nicht recht gegeben. Sie wird uns aber später noch sehr rechtfertigen, wenn man uns auch jetzt verleumdet und verfemt. Der Geist der Vaterlandspartei geht nicht unter.

Dank sagen wir unseren treuen Mitarbeitern allen. Unsere letzte Äußerung soll heißer Dank sein an unsere wackeren Kampftruppen, Offiziere und Mannschaften, daß sie das deutsche Land vor feindlichem Einfall behütet haben. Unsere Losung war gut, sie ist in jetziger Zeit doppelt nötig. Möge sie die Losung aller Deutschen sein und werden! Das Vaterland über der Partei!"

Christlich-demokratische Volkspartei.

13. November. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preußischen Landtags erlassen folgende Aufrufe:

„An die Zentrumswähler in Stadt und Land.

Heute um 2 Uhr sollte der deutsche Reichstag zusammentreten. Die Sitzung ist aufgehoben.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hatte sich am 7. November versammelt. Die meisten ihrer Mitglieder sind durch die Ereignisse von Berlin ferngehalten oder heimgerufen worden.

Die in Berlin anwesenden Abgeordneten wenden sich an das Volk und erklären: wir beanspruchen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundsätze. Wir machen Gebrauch von dem Rechte der Freiheit des Volkes und dem Versammlungsrecht.

Die Zentrumspartei wird alle, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen, im entscheidenden Augenblick an die Wahlurne rufen.

Jetzt aber gilt es, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande zu arbeiten, um die geregelte Führung der Staatsgeschäfte zu ermöglichen. Dabei muß jedem die Wahrung seiner politischen und religiösen Überzeugung gesichert sein.

Wir bitten unsere Parteifreunde im ganzen Lande: beratet die Lage! Bereitet die Wahlen vor! Klärt auf und belehrt die Frauen! Schließt euch von der Arbeit für öffentliche Einrichtungen nicht aus! Helft Ordnung bewahren und öffentliche Sicherheit, damit wir alle Brot und Leben haben! Wartet die Weisungen der Parteileitung ab!

Berlin, den 13. November 1918.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags:
Dr. Faßbender, Giesberts, Koßmann, Dr. Pfeiffer, Dr. Frhr. von Rechenberg, Schiffer."

* * *

„Parteifreunde in Preußen!

Im Anschluß an den Aufruf unserer Parteifreunde aus dem Reichstag wenden auch wir uns an euch.

Die gegenwärtige Zeit verlangt wie von jedem Staatsbürger so auch von uns in Preußen, daß wir alles tun, um Ruhe und Ordnung im Staats- und Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten, damit Hungersnot und Blutvergießen ferngehalten werden.

Wir müssen deshalb, ohne unsere Weltanschauung und unsere Grundsätze preiszugeben, unsere Kraft an allen Stellen, wo es uns möglich ist, auch jetzt in den Dienst des Vaterlandes stellen.

Zugleich müssen wir unsere Organisation stärken und ausbauen, damit wir bei den in Aussicht stehenden Wahlen, an denen auch Frauen teilnehmen sollen, und bei der Neuregelung der Verhältnisse voll zur Geltung kommen.

Unser Wahlspruch lautet: für Wahrheit, Freiheit, Recht!

Berlin, den 13. November 1918.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses:
Giesberts, von dem Hagen, Dr. Hager-Gladbach, Itschert, Dr. König, Wildermann-Warburg."

14. November. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags erlassen ferner folgenden Aufruf:

„Männer und Frauen des Zentrums!

Wir reden die Sprache des Volkes, und was wir denken und fordern, versteht jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau.

Darum hört! Berlin ist nicht Deutschland. Berlin ist nicht das deutsche Volk.

Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit sind Ideen, Ideen, die nicht in 48 Stunden sterben. Sie sind der urewigen Menschheit Ideale, sind verkörpert im Wahlspruch des Zentrums: »Für Wahrheit, Freiheit und Recht!«

Das deutsche Volk erträgt keine Diktatur. Es unterwirft sich keiner Klassenherrschaft. Es bestimmt die Grundlagen seines staatlichen Lebens aus eigenem Recht. Alle Deutschen haben an dieser Selbstbestimmung gleichen Anteil.

Das deutsche Volk will den Frieden, einen granitenen Frieden des Rechts. Ihn gewährleistet allein die Ordnung. Unordnung bringt Anarchie und Hungersnot, führt Deutschland der sicheren Auflösung entgegen. Mit einem bolschewistischen Deutschland verhandelt keiner unserer Feinde. Sie marschieren ein. Lest die fremde Presse!

Wollt ihr es dahin kommen lassen, daß wir unsere Feinde um Hilfe bitten müssen, auf daß sie die Anarchie niederzwingen, der verhängnisvolle Untätigkeit zum Werden zu verhelfen droht?

Ihr wollt dies nicht. Gut, so handelt! Schließt eure Reihen allüberall zusammen! Verlangt Ordnung, Gesetzmäßigkeit! Fordert die Nationalversammlung! Fordert die Beteiligung an den Geschäften der Volksgesamtheit, wie sie euch zahlenmäßig im Reiche zusteht!

Die Nationalversammlung muß, soll sie nicht den Grundbegriffen der Neuordnung Hohn sprechen, alles in sich schließen, was im deutschen Volke an wirksamen politischen Kräften lebt. In ihr muß jede Richtung zu Worte kommen; in ihr muß sich jedes Ideal zur Geltung bringen können, sofern es gut und stark ist.

Keine Zeit darf nutzlos verloren gehen. Die Wahlen zur Nationalversammlung müssen sofort ausgeschrieben werden. Bis dahin ist für uns vom Zentrum der Reichstag die gesetzliche Vertretung des deutschen Volkes. Gewählt auf der Basis des bisher freiesten und demokratischsten aller europäischen Wahlrechte, ist er die unerschütterliche Basis unserer staatsbürgerlichen Rechte.

Vereint euch zum Schutze dieser Rechte! Nehmt überall teil an der Fortführung der öffentlichen Geschäfte in Stadt und Land, Gemeinde und Provinz, Staat und Reich und bildet überall Ausschüsse! Seid nicht weniger zäh und energisch wie die Feinde der Ordnung! Arbeiter, Bauern, Beamte, Bürger, einigt euch zur tatkräftigen Wahrung eurer gemeinsamen Interessen! Tut dies überall unbekümmert, ob euer Wirkungskreis klein oder groß sei. Schafft in einheitlichem Wirken ein Gesamtbild dessen, was in uns an Kraft lebt!

Ost- und Westpreußen, Schlesier, Westfalen, Rheinländer, Hessen, Badener, Bayern, Württemberger, Thüringer: in den härtesten Zeiten des Kulturkampfes seid ihr uns treu gefolgt. Bei Beginn des Krieges habt ihr euch einmütig hinter uns gestellt. Wer verläßt jetzt die Fahne des Zentrums? In Not zeigt sich Treue. Treu ist der deutsche Mann. Wer erbleicht vor Furcht, wenn in Berlin der Himmel sich rötet im Weltenbrand?

Euch, Frauen, gelte unsere besonders warme Ermunterung. Ihr, die ihr in Friedenszeiten die Flamme des häuslichen Herdes treu behütet, die ihr während des Krieges klaglos Opfer ohne Zahl gebracht, ihr seid berufen, euern Männern, Brüdern und Söhnen, die aus dem Felde heimkehren, den Weg zur Ordnung zu weisen. Wirke jede von euch in ihrem Kreise für Zucht und Sitte. Legt ab die Scheu, euch in den Lärm des öffentlichen Kampfes zu stürzen. Die neue Zeit erfordert neue Kräfte. Starke Frauenherzen werden über schwachen Männerwillen siegen. Ihr Frauen werdet für die Zentrumsideale kämpfen, dessen sind wir sicher. Männer und Frauen, die Herzen in die Höhe! Der alte Gott lebt noch!

Offenen Kampf der Anarchie! Nieder mit Willkür und Bolschewismus!

Das Zentrum war bisher das treueste Spiegelbild des deutschen Volkes, aller seiner Stände und Schichten, aller seiner Stämme und Eigenarten. Kinder in Not sind der Familie doppelt teuer. Keines darf verloren gehen.

Bewegten Herzens grüßen wir daher euch, ihr treuen Katholiken von Elsaß-Lothringen! Erinnert euch der goldenen Worte unseres seligen Windthorst! Leider ist man ihm und seinen klugen Ratschlägen nicht gefolgt. Solange es ein Zentrum gibt, sind wir für eure Gleichberechtigung und Freiheit eingetreten. Auch heute kämpfen wir für eure Sprache, für eure Kultur, für eure Freiheit als Katholiken, für die Erhaltung eures blühenden Wirtschaftslebens, das ihr der Wiedervereinigung verdankt. Gewalt kann Einheit und Freiheit nicht aus der Welt schaffen. Wir sind sicher, daß der Zug des Herzens und die Stimme des Verstandes euch das bleiben lassen, was ihr ein Jahrtausend schon seid: Deutsche!

Bewegten Herzens grüßen wir euch, treue Zentrumsleute von der Pfalz! Ihr seid gleich tapfer im Sieg wie in der Niederlage zum Zentrum gestanden. Immer wart ihr gute Zentrumsleute. Bleibt es!

Bewegten Herzens grüßen wir unsere Getreuen am Rhein, ihnen gilt unsere ernsteste Sorge; sie mögen wissen, daß wir sie nicht verlassen werden.

Auch für euch gilt das Recht der Selbstbestimmung der Völker. Seid dessen getrost und zweifelt nicht einen Augenblick am einigen deutschen Vaterlande.

Seid eingedenk des Sängerwortes:

Sie sollen ihn nicht haben
Den freien, deutschen Rhein!

Berlin, 14. November 1918.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags:
Erzberger, Dr. Faßbender, Giesberts, Koßmann, Dr. Pfeiffer,
Dr. Frhr. von Rechenberg, Schiffer."

19. November. Vom Generalsekretariat der Deutschen Zentrumspartei wird folgender Aufruf verbreitet:

„Beamte, Lehrer und Angestellte!

An euch wendet sich die Zentrumspartei in den schwersten Stunden, die je für das deutsche Volk angebrochen sind.

Die Umwälzungen der letzten Tage haben die Fundamente unseres gesamten öffentlichen Lebens erschüttert.

Die Staats- und Gesellschaftsordnung, der ihr bisher eure Kräfte zur Verfügung gestellt habt, ist in ihren Grundfesten zusammengebrochen. Nicht an euch ist es gelegen, daß dies am Ende des schrecklichen Krieges steht; selbst unter dem stärksten Druck einer Staatsgewalt, die euch eure persönliche Freiheit verkümmerte, die freie Entfaltung eurer Kräfte und den Aufstieg der Tüchtigkeit hemmte, habt ihr bis zum Letzten eure Pflicht erfüllt. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo es gilt, eine neue Zukunft zu erschließen. Das Alte liegt hinter uns, wir wollen es nicht zurückrufen. Ihr seid in vorderster Reihe mit berufen, das Neue aufzubauen.

Beamte in Staat und Gemeinde! Schließt euch zusammen. Bildet Beamtenräte. Keine Bevormundung hindert eure freien Vereinigungen. Harrt auf eurem Posten aus, solange die neue Regierung die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Fortführung des Wirtschaftslebens gewährleistet. Auf euch ist sie angewiesen, ohne eure Mithilfe würde das Chaos

über uns hereinbrechen. Sammelt euch unter der Fahne des Zentrums. Es wird euch in neuer Gestaltung und Verfassung dem wahren Volksstaat entgegenführen!

Lehrer in Stadt und Land! Der Menschheit Würde — durch vier schreckliche Kriegsjahre geschändet — ist in eure Hand gegeben. Richtet sie wieder auf auf der Grundlage des göttlichen Sittengesetzes. Laßt deutsche Kultur nicht versinken in russische Zustände. Reißt den Geist des Bolschewismus aus den Herzen der eurer Sorge Anvertrauten! Lehnt euch auf gegen den Geist der Engherzigkeit, des Kleinmutes und der Verzagtheit, der die freudige Mitarbeit an den unermeßlichen Aufgaben der Zukunft lähmt. Bewahrt dem Volke auch in den dunkelsten Tagen die Zuversicht, daß es die göttliche Vorsehung ist, welche das Antlitz der Erde erneuert. Werdet Volkserzieher im wahrsten Sinne des Wortes, dann wird mit euch der Menschheit Würde sich wieder erheben.

Angestellte in allen Ständen, werktätige und geistige Arbeiter! Der Übergang zur Friedensarbeit stellt an euch schier übermenschliche Anforderungen. Wenn es nicht gelingt, die neue Ordnung der Dinge, die sich Bahn gebrochen hat, zu festigen, Handel und Verkehr wieder zu beleben, die Ernährung des Volkes zu sichern, die Selbstzerfleischung Deutschlands, den Bruderkrieg abzuwenden, so verschlingt uns der Abgrund, an den wir geführt worden sind. Ihr seid berufen, das Gespenst der Not und des Hungers zu bannen und einen neuen Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens herbeizuführen. Deshalb ergeht an euch der Ruf: vereinigt euch, bildet Angestellten-Räte und tretet in ihnen ein für Neuordnung nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit, welche nach wie vor Wahlspruch des Zentrums bleibt.

Beamte, Lehrer und Angestellte! Alle eure Aufgaben und Ziele können aber nur verwirklicht werden, wenn sie getragen werden von dem Willen der Gesamtnation. Wie ihr selbst hervorgegangen seid aus allen Kreisen des Volkes, so wollt ihr die Stimme des ganzen Volkes hören in der Nationalversammlung. Wahre Freiheit und Recht gedeihen nicht, wo Klassenwillkür waltet; Friede, Ordnung und Wohlstand sind nur feste Anker in einer aus freiesten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung.

Die Nationalversammlung! Sie fordert mit euch und für euch die Zentrumspartei."

Am **20. November** tritt in der „Köln. Ztg." eine Reihe bisheriger Mitglieder der Zentrumspartei mit einem Aufruf hervor, worin sie zu den neugeschaffenen Verhältnissen Stellung nehmen, die grundsätzliche Gegnerschaft zur Sozialdemokratie aussprechen und vorschlagen, den Namen „Zentrumspartei" beizubehalten, dem Parteicharakter aber durch den Zusatz „Freie Deutsche Volkspartei" noch bestimmteren Ausdruck zu geben. Grundsätzliche Änderungen an dem Parteiprogramm sollen nicht vorgenommen werden. Der Aufruf lautet:

„Altes stürzt, neues ringt nach Formen und Inhalt. Unsere Staatengebilde sind unter der Faust der Revolution zusammengebrochen. Ihre Bevölkerung muß danach trachten, das Neue zu gestalten, wie es den neuen Bedürfnissen und Anschauungen entspricht. Auch im neuen Deutschland werden sich die Geister scheiden in den Fragen, was auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiete werden soll. Parteien bleiben bestehen, und für sie kann es sich nur darum handeln, dem, was geworden

ist und werden soll, klar ins Auge zu sehen und darnach ihre Maßnahmen einzurichten. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten, tiefgehende Weltanschauungs-Unterscheidungen werden auch in dem revolutionierten Deutschland nicht auszuschalten sein.

Alle Parteien haben das erkannt, und bereits sieht man in allen Lagern mit Eifer führende Männer bei der Arbeit, ihre Parteien den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Daß die nationalliberale Partei sich nicht mehr für zeitgemäß hält, ist ebenso verständlich wie ihr Bestreben, sich mit dem Fortschritt beider Richtungen zu einer demokratischen Partei umzugestalten. Daß auch Konservative und Freikonservative die Notwendigkeit einer Reform ihrer Partei anerkennen, ist ohne weiteres verständlich.

Die Sozialdemokratie fühlt sich als Beherrscherin der Lage. Sie ist dabei, ihr Programm auf staatlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete, unter der Ausnutzung der in ihren Händen befindlichen Macht zur Ausführung zu bringen.

Eine grundsätzliche Gegnerin ihres Programms fand die Sozialdemokratie bisher in all ihren Punkten in der Deutschen Zentrumspartei. Diese grundsätzliche Gegnerschaft tritt unter den neuen Verhältnissen erst recht zutage. Bei uns scheiden sich die Geister nicht nur bei der sozialdemokratischen Forderung nach Vergesellschaftung aller Mittel der Gütererzeugung, sondern auch bei noch anderen wichtigen Punkten des sozialistischen Programms, welche die Berliner Diktatur auszuführen jetzt so sehr sich beeilt.

Die Zentrumspartei ist grundsätzliche Gegnerin der Sozialdemokratie in fast allen ihren Hauptpunkten geblieben, in der Überzeugung, daß nur ihr Programm das Gesamtwohl unseres Volkes gewährleistet. Von jeher war die Zentrumspartei eine echte soziale Volkspartei. Hebung der sittlichen und materiellen Not der Schwachen und Bedrückten, Wahrung der kulturellen Güter unseres Volkes waren Eck- und Grundpfeiler des Zentrumsprogramms. Die Zentrumspartei umfaßt Angehörige aller Stände und Klassen unseres Volkes. Darin lag und liegt ihre Stärke, darin waren aber auch unter Umständen Bleigewichte einer ersprießlichen Tätigkeit enthalten. Taktische Erwägungen hemmten oft die völlige Ausführung der Zentrumsforderungen. Das Bestreben, allen Klassen der Bevölkerung nach Möglichkeit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ließ die Partei oft Zugeständnisse machen, die mit ihrem Programm wohl nicht immer in Einklang zu bringen waren.

Derartige taktische Erwägungen müssen für die Zukunft nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Auch die Zentrumspartei muß sich den veränderten Aufgabenkreis klar vor Augen stellen und in einem festumrissenen Programm dasjenige bezeichnen, was sie als Ziel ihres Wollens und Wirkens erstrebt. Grundlegende Änderungen ihres Programms braucht die Partei nicht vorzunehmen. Mehr aber als je muß sie sich als soziale Volkspartei betätigen, die allen jenen Volksgenossen Dach und Fach gibt, die sich zu einem positiven Gottesglauben bekennen. Die Umwandlung der Zentrumspartei nach dieser Richtung ist ein Gebot der Stunde, das zu erfüllen keinen Aufschub duldet.

Diese Erwägungen beherrschten auch einen Kreis hervorragender Parteifreunde, die sich in diesen Tagen in Duisburg und besonders in Köln zur Erörterung der Parteinotwendigkeiten zusammengefunden hatten. Die klar umrissene Ausarbeitung eines Zentrumsprogramms ist so notwendig, daß besonders bei den heutigen Verkehrsschwierigkeiten die Einhaltung des

Instanzenweges nicht möglich ist. Ein Zusammentreten des beschlußfähigen Reichsausschusses ist zurzeit ganz ausgeschlossen. Einer raschen Entschließung muß die Tat auf dem Fuße folgen.

Hervorragende Mitglieder der Zentrumspartei waren es, welche in Köln die Tat den Erwägungen folgen ließen und hiermit bestimmte Vorschläge den Parteifreunden zum Beschluß empfehlen.

Einmütig war man der Meinung, daß der alte gute Name der Zentrumspartei, unter deren Flagge alle positiv gerichteten Elemente bisher schon für ihre geistigen und materiellen Güter zu kämpfen gewohnt waren, beibehalten werden müsse, daß aber der Zusatz Freie Deutsche Volkspartei ihrem Charakter einen noch bestimmteren Ausdruck zu geben habe. Es wurde nicht verkannt, daß der Name Zentrum in gewissen Kreisen durch absichtliche Unterstellungen verdächtigt worden ist. Aber, so wurde dargelegt, die veränderten Verhältnisse werden einer solchen Verdächtigung wohl in den weitesten Kreisen den Boden entzogen haben. Ein Flaggenwechsel wurde auch deshalb für untunlich erachtet, weil dann Gefahr bestehe, daß gewisse Elemente, die dem Wirken der Zentrumspartei bisher schon Schwierigkeiten zu machen versuchten, die abgelegte Zentrumsfahne aufnehmen und sie zum Deckmantel ihrer dem allgemeinen Volkswohl abträglichen Bestrebungen machen würden. Das Zentrum als freie deutsche Volkspartei soll das Panier sein, unter dem alle jene Elemente im deutschen Vaterlande, die auf dem Boden des Zentrumsprogramms stehen, gesammelt und zu einer schlagfertigen Armee herangebildet werden.

Das Zentrum, die freie deutsche Volkspartei, fordert die Gesinnungsgenossen aller Gaue auf, auf ihren Boden zu treten. In aller Kürze muß die Partei festgefügt dastehen und eine umfassende Tätigkeit allüberall vornehmen. Richtlinien allein genügen ihrer Tätigkeit nicht mehr. Unsere Freunde müssen wissen, welche Forderungen und Ziele das Zentrum als freie deutsche Volkspartei sich stellt. Wer diese Mindestforderungen glaubt nicht anerkennen zu können, kann ihr als Mitglied nicht mehr angehören.

Die Deutsche Zentrumspartei will leben und auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Platz behaupten. Sie will tatkräftig teilnehmen an der Gestaltung der Geschicke unseres Vaterlandes als freie deutsche Volkspartei. Alle müssen kommen, jeder und jede sind willkommen, die im Sinne der nachstehend ausgeführten Parteigrundsätze mithelfen wollen am Aufbau des Vaterlandes und unserer Heimat."

Programm-Entwurf des Zentrums (Freie Deutsche Volkspartei).

A. Außenpolitik.

1. Selbstbestimmungsrecht der Völker. Völkerbund. Abrüstung. Obligatorische Schiedsgerichte.
2. Freiheit der Meere. Wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit.
3. Gerechter Anteil an der Kolonialarbeit der Kulturvölker.
4. Internationale Regelung des Arbeiterschutzes und der Arbeiter- und Angestellten-Versicherung.

B. Innenpolitik.

5. Erhaltung des Deutschen Reiches als Bundesstaat. Politische Zusammenfassung der kleineren Bundesstaaten.
6. Im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl und Frauenwahlrecht.
7. Im Reich und in den Bundesstaaten auf dem Vertrauen der Volksvertretung beruhende Volksregierung.

8. Gleichberechtigung aller Volkskreise bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ohne Klassenbevorzugung. Schutz der politischen Minderheiten.

C. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

9. Organisation der Gütererzeugung nach den Forderungen des Gemeinwohles. Dabei Erhaltung der persönlichen Unternehmungslust und des Verantwortungsgefühles.

10. Förderung der Landwirtschaft zur Sicherung der Volksernährung.

11. Erhaltung und Förderung des Mittelstandes in Handel und Gewerbe.

12. Planmäßige Fortführung der Sozialpolitik für Arbeiter, Angestellte und Beamte.

13. Gemeinnützige Bodenpolitik. Innenkolonisation. Durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform. Gesetzliche Enteignung von Großgrundbesitz unter entsprechender Abfindung. Beseitigung aller Fideikommisse.

14. Gerechte Verteilung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit. Allgemeine Vermögens-Zuwachs-Steuer. Schärfste Erfassung der hohen Einkommen, der großen Vermögen und des unverdienten Vermögenszuwachses. Einziehung aller Kriegsgewinne.

15. Angemessener Schutz der Kriegsteilnehmer bei ihrer Wiedereinführung ins Wirtschaftsleben. Weitherzige Fürsorge für kranke und beschädigte Kriegsteilnehmer und für die Kriegerhinterbliebenen. Verbesserung des Rentenfeststellungs- und Einspruchsverfahrens durch Schaffung von Rechtsgarantien. Lösung der Kriegerheimstättenfrage.

D. Kulturpolitik.

16. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung. Abwehr gegen willkürliche und gewaltsame Änderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse.

17. Tatkräftige Förderung der christlichen und volkstümlichen Bestrebungen auf allen Gebieten geistiger Bildung, Wissenschaft, Kunst und Literatur.

18. Kampf gegen sittliche Verwilderung, insbesondere gegen eine entartete Kunst und Literatur.

19. Erneuerung des Bildungs- und Erziehungswesens einer auf einheitlicher Grundlage aufbauenden deutschen Volksbildung. Freiheit der Erziehung und des Unterrichts. Wahrung des Rechtes der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder. Anerkennung und Schutz der religiösen Erziehungsfaktoren.

20. Freie Entfaltungsmöglichkeit für jede Begabung durch Beseitigung der Schranken des Berechtigungswesens und der Klassenschulen. Ausbau der Volks- und Fachschulen. Gleichachtung aller gleichwertigen Bildung nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen.

21. Heranziehung der Frau zur Mitarbeit auf allen Gebieten des Volkslebens unter Auswertung der weiblichen Eigenart. Schutz der Ehe und Familie. Planmäßige Bevölkerungspolitik. Fürsorge für kinderreiche Familien. Schutz des Kindes. (Über die politische Betätigung der Frauen wird mit den Frauenorganisationen noch im einzelnen beraten werden.)

Im Anschluß an diesen Aufruf erläßt die neue Christlich-demokratische Volkspartei folgenden Wahlaufruf:

„Weltkrieg und Revolution haben das alte Deutschland zertrümmert. In Sturm und Drang wird ein neues geboren. Ein freier sozialer Volks-

staat soll es werden, in dem sich alle deutschen Stämme, alle Klassen und Stände, alle Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Parteizugehörigkeit wohlfühlen können. Dieses neue Deutschland zu schaffen ist Aufgabe des Gesamtvolkes, nicht einer Parteidiktatur. Alle Parteien wollen und müssen dabei sein. Dazu bedürfen aber die alten Parteien einer inneren und äußeren Erneuerung.

Ein neues Zentrum muß und wird entstehen im Wandel dieser Tage. Rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat, Bekämpfung jedweder Klassenherrschaft, Ordnung in der Freiheit, offene Absage an den Mammonismus und Materialismus unserer Tage, Pflege der ideellen Werte, die Volk und Staat erst gesund machen. Das sind die fundamentalen Grundsätze seiner Erneuerung als Christlich-demokratische Volkspartei!

Alle Volksschichten, Männer und Frauen, die zu diesen Grundsätzen sich bekennen und mit dieser Parole in die Wahlen zur Nationalversammlung eintreten wollen, soll das neue Zentrum erfassen. Das Zentrum darf nicht untergehen. Es muß mit neuen Zielen und auf breiterer Grundlage weiterbestehen. Es muß zu neuer Blüte geführt werden.

Für diese politische Um- und Neubildung werden vorläufig und vorbehältlich späterer endgültiger Festsetzung von Namen und Programm durch die neu zu schaffenden Parteiinstanzen folgende Leitsätze unterbreitet.

I. Außenpolitik.

1. Baldiger Abschluß des Weltfriedens, der Verständigung und Versöhnung der Völker und sofortige Herbeiführung eines Präliminarfriedens.

2. Regelung der Beziehungen der Völker und Staaten zueinander durch das ewige Recht, nicht durch die Gewalt. Durchführung eines den christlichen Grundsätzen entsprechenden Völkerrechtes.

3. Schaffung eines Völkerbundes mit Gleichberechtigung der kleinen und großen Völker unter Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle Streitigkeiten. Gegenseitige und gleichzeitige weitestgehende Abrüstung.

4. Schutz der nationalen Minderheiten in allen Staaten.

5. Völlige Erneuerung des auswärtigen Dienstes in persönlicher und sachlicher Hinsicht. Abschaffung der Geheimverträge.

6. Vollkommene, durch völkerrechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles.

7. Wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und Gleichberechtigung für alle Völker, Freiheit der Meere.

8. Internationale Regelung des Arbeiterrechtes, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Gleiche Maßnahmen für die Angestellten.

9. Schaffung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes. Förderung der Erziehung und Christianisierung der Eingeborenen. Beseitigung jeder Form der Sklaverei.

II. Innenpolitik.

A. Verfassung.

1. Schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

2. Vereinigung der deutschen Stämme zu einem von starkem Nationalbewußtsein getragenen Volksreich.

3. Wahrung der Eigenart der deutschen Stämme.

4. Gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl und Frauenwahlrecht im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden.

5. Unabhängige, auf dem Vertrauen der Volksvertretung beruhende Volksregierung mit starker Vollzugsgewalt an der Spitze im Reich und in den Bundesstaaten.

6. Schaffung der Verfassung durch die Nationalversammlung.

7. Gleiches Recht aller Volksschichten auf Teilnahme an der Verwaltung aller öffentlichen Angelegenheiten ohne Kastengeist und Klassenbevorzugung.

8. Erhaltung eines unabhängigen, in seiner Lebensstellung gesicherten Berufsbeamtentums.

9. Schutz der politischen Minderheiten.

10. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Versammlungs- und Vereinsfreiheit.

B. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

1. Aufbau und Regelung der Volkswirtschaft auf der produktiven Arbeit im Dienste des Gemeinwohls unter grundsätzlicher Erhaltung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln. Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Ersatz der privatkapitalistischen Monopole durch gemeinwirtschaftliche Ordnung. Schaffung und Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes und Förderung unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion zur Sicherung unserer Volksernährung. Regelung und Kontrolle des Warenmarktes der Massenbedarfsgüter nach gesunden wirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Kaufkraft der Bevölkerung.

2. Schutz und Förderung der einzelnen Erwerbsstände als notwendiger Glieder eines gesunden Wirtschaftskörpers. Entschiedene Bevorzugung des Gemeinwohls vor allen Privat- und Standesinteressen. Fortführung der Sozialpolitik für die städtische und ländliche Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung jeglichen Wuchers. Erhaltung und Stärkung eines lebenskräftigen Handwerkerstandes. Schutz der berechtigten Interessen der Kaufmannschaft.

3. Gemeinnützige Bodenpolitik; innere Kolonisation; durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform.

4. Grundsätzliche Verteilung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit, schärfste steuerliche Erfassung der hohen Einkommen und großen Vermögen, besonders der Kriegsgewinne und des unverdienten Wertzuwachses.

5. Gewissenhafte Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen. Einführung eines neuen Heimstättenrechtes unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer.

C. Kulturpolitik.

1. Erhaltung und Kräftigung des christlichen Kulturideals im deutschen Volksleben.

2. Erhaltung und Förderung der deutschen christlichen Familie. Durchgreifende Bevölkerungspolitik. Schutz des Kindes.

3. Erneuerung des Bildungs- und Erziehungswesens im Sinne einer einheitlichen deutschen Kulturpolitik unter Anwendung und Ausnutzung der sittlichen und religiösen Erziehungskräfte. Erhaltung der konfessionellen Volksschule. Wahrung des Rechtes der Eltern auf die Kinder.

4. Freie Entfaltung und Wirkungsmöglichkeit für alle. Freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten.

5. Heranziehung der Frauen auf allen Gebieten unter Auswertung der weiblichen Eigenart.

6. Gewissensfreiheit. Freiheit der Religionsübung. Gleiche Berücksichtigung der Angehörigen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen

Gebieten. Freiheit der Kirchengesellschaften, der kirchlichen Genossenschaften und Vereine, der katholischen Orden und Kongregationen. Keine gewaltsame Änderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse. Rücksichtnahme auf die Überzeugung und die rechtlichen Ansprüche der kirchlich gesinnten Volkskreise.

30.—31. Dezember. In Frankfurt a. M. tagt der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei und erläßt folgenden Aufruf:

„Durch gewaltsamen Umsturz ist die alte Ordnung Deutschlands zerstört, sind die bisherigen Träger der Staatsgewalt teils beseitigt, teils lahmgelegt worden. Eine neue Ordnung ist auf dem Boden der gegebenen Tatsachen zu schaffen; diese Ordnung darf nach dem Sturz der Monarchie nicht die Form der sozialistischen Republik erhalten, sondern muß eine demokratische Republik werden.

An der großen und schweren Aufgabe mitzuarbeiten, ist in erster Linie die deutsche Zentrumspartei berufen und bereit. Ihre alten, sturmerprobten Grundsätze bestimmen auch für die neuen Arbeitsziele Richtung und Maß.

Gerade in diesen furchtbaren Stürmen soll das deutsche Volk mehr als je erfüllt sein von dem Geist der christlichen Wahrheit, der das öffentliche wie das private Leben durchdringen muß, wenn das Glück des Ganzen wie des Einzelnen erhofft werden will.

Es gilt, ein soziales Recht der Allgemeinheit aufzurichten, das jedem Staatsbürger für seine pflichtmäßige Arbeit und sein Eigentum einen gerechten und zuverlässigen Schutz gewährt.

Es gilt in dem Rahmen der christlichen Grundsätze und des gemeinen Rechts der bürgerlichen Freiheit Raum zu geben, die allein das Leben würdig zu gestalten vermag, indem sie jede Bevormundung und Willkür von seiten einer Bureaukratie, Klassen- oder Parteiherrschaft ausschließt.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf die Zentrumspartei der eifrigen Mitarbeit aller Parteiangehörigen.

Diese Zugehörigkeit zur Zentrumspartei als einer christlichen Volkspartei wird nicht begrenzt durch ein Religionsbekenntnis. Alle Staatsbürger christlicher Religion haben diese Grundlage politischer Arbeit gemeinsam.

Zum erstenmal treten diesmal auch die Frauen auf den politischen Kampfplatz; sie sind uns im Kampf für eine heilige Sache willkommen. Mögen auch sie an der Seite der Männer mit all ihrer Kraft eintreten für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Die Parteiarbeit wird durch Einhaltung der beiliegenden, vom Reichsausschuß festgestellten Leitsätze erleichtert werden. Die Ausarbeitung eines Parteiprogramms und einer neuen Parteiorganisation wird vorbehalten.

Frankfurt a. M., den 30. Dezember 1918.

Der Reichsausschuß
der Deutschen Zentrumspartei:
Groeber."

Die Leitsätze der Zentrumspartei, wie sie am 30. Dezember in Frankfurt a. M. vom Reichsausschuß der Zentrumspartei unter Zugrundelegung der früher bereits veröffentlichten Richtlinien endgültig festgestellt worden sind, haben folgenden Wortlaut:

I. Verfassung.

1. Schleunige Schaffung einer neuen Verfassung für Reich und Bundesstaaten auf demokratischer, alle politischen Bevorzugungen ausschließenden Grundlage. Schutz der deutschen Nationalversammlung, die nicht in Berlin tagen kann, und Schutz der Durchführung ihrer Beschlüsse durch Truppen Freiwilliger.

Wahrung der Reichseinheit, Stärkung des Reichsgedankens. Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs zum Schutz der Eigenart der deutschen Stämme. Dem Reich ist die ausschließliche Regelung der wehrpolitischen und außenpolitischen Fragen, den Bundesstaaten die ausschließliche Regelung der kirchen- und schulpolitischen Fragen vorbehalten. Reichseinheit und Zusammenschluß mit allen anschlußbereiten deutschen Stämmen.

3. Gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl, Frauenwahlrecht und Wahlpflicht in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden.

4. Volksregierungen, die des Vertrauens der Volksvertretung für ihre Amtsführung bedürfen, mit starker Vollzugsgewalt in Reich und Bundesstaaten.

5. Ausbau der Selbstverwaltung und Schulung des Volkes für die gleichberechtigte Teilnahme aller Volksschichten an den öffentlichen Ämtern in Staat und Gemeinden ohne Kastengeist und Klassenbevorzugung.

6. Erhaltung eines selbständigen Berufsbeamtentums, das durch eine den Bedürfnissen der Familie Rechnung tragende, gerechte Besoldungspolitik in seiner Lebensstellung gesichert und durch selbstgewählte Ausschüsse und Kammern an der würdigen Ordnung seiner Dienstverhältnisse beteiligt ist.

7. Grundrechte, welche allen Staatsbürgern ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses auf dem Boden des gemeinen Rechts und im Geist hochsinnig erfaßter Freiheit den ungehinderten Ausdruck ihrer Überzeugung in Wort und Schrift, sowie deren unbeschränkte Betätigung in Versammlungen, Vereinen und Genossenschaften aller Art gewährleisten.

II. Außenpolitik.

8. Sofortige Herbeiführung eines Präliminarfriedens und baldigster Abschluß des Weltfriedens der Verständigung und Versöhnung der Völker.

9. Feststellung und Durchführung eines den christlichen Grundsätzen entsprechenden Völkerrechts; für die Regelung der Beziehungen der Staaten zueinander soll das ewige Recht, nicht die Gewalt maßgebend sein. Vollkommene, durch völkerrechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles.

10. Schaffung eines Völkerbundes gleichberechtigter großer und kleiner Staaten unter Ausbau der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, Ausführung weitgehender gleichzeitiger Abrüstung und Abschaffung der Geheimverträge.

11. Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten in allen Staaten.

12. Wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und Gleichberechtigung im Weltverkehr für alle Völker, Freiheit der Meere, insbesondere durch Abschaffung des Seebeuterechts und Gewährleistung ungehinderten Verkehrs der neutralen Handelsschiffe zwischen neutralen Staaten.

13. Internationale Regelung des Arbeiterrechts, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Gleiche Maßnahmen für die Angestellten.

14. Erziehung des Volkes zu besserem Verständnis der außenpolitischen Fragen. Völlige Erneuerung des auswärtigen Dienstes in persönlicher und sachlicher Hinsicht.

15. Herstellung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes. Förderung der Erziehung und Christianisierung der Eingeborenen; Beseitigung jeder Form der Sklaverei.

III. Innenpolitik.

A. Kulturpolitik.

16. Erhaltung und Kräftigung des christlichen Kultur- und Erziehungsideals im Volksleben.

17. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Religionsgesellschaften, ihrer Vereinigungen und Genossenschaften. Verständnisvolles Zusammenarbeiten von Kirche und Staat; keine gewaltsame Änderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse unter Verletzung der Überzeugung und der berechtigten Ansprüche der kirchlich gesinnten Volkskreise.

18. Gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen und Anstalten der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere bei Verleihung öffentlicher Ämter und Zuwendung öffentlicher Mittel.

19. Freiheit der christlichen Liebestätigkeit und paritätische Förderung ihrer Einrichtungen.

20. Schutz und Stärkung der Ehe und Familie. Tatkräftige Fürsorge für kinderreiche Familien. Schutz des Kindes, der heranwachsenden Jugend und der Frau gegen Ausbeutung. Kampf gegen sittliche Verwilderung im Volke, insbesondere auch gegen eine entartete Kunst und eine verkommene Literatur.

21. Wahrung des Rechts der Eltern und der Religionsgesellschaften auf die Erziehung der Kinder. Erhaltung der konfessionellen Volksschule. Sicherung eines genügenden Religionsunterrichts an allen Schulen. Freiheit des Unterrichts und der Wissenschaft.

22. Freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten; Beseitigung eines überlebten Berechtigungswesens und des Kastengeistes im Schulwesen.

23. Freie Entfaltung der Mitarbeit der Frauen bei dem Wiederaufbau und der Pflege des deutschen Volkslebens unter voller Auswertung der weiblichen Eigenart.

B. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

24. Geordneter Aufbau der Volkswirtschaft im Dienste der sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls auf Grundlage der produktiven Arbeit. Grundsätzliche Erhaltung der auf persönlichem Eigentum beruhenden, nach dem Solidaritätsprinzip dem Gesamtwohl der Gesellschaft untergeordneten Privatwirtschaft.

25. Sicherung der Volksernährung durch planmäßige Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

26. Gemeinnützige Bodenpolitik. Durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform. Innere Kolonisation. Mehrung und Erweiterung der bäuerlichen Betriebe unter Heranziehung von Staatsdomänen und unwirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes gegen Entschädigung.

27. Schutz und ausgleichende Förderung der einzelnen Berufsstände als notwendige Glieder eines gesunden Wirtschaftskörpers, insbesondere Aufrichtung eines lebenskräftigen Mittelstandes: Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes, Hebung des durch den Krieg schwer geschädigten Handwerkerstandes mittels Zuweisung von Rohstoffen, Arbeit und Kapital, Wahrung der berechtigten Interessen der Kaufmannschaft, Abbau der kriegs-

wirtschaftlichen Organisationen, Schutz der Erzeuger wie der Verbraucher und ihrer Organisationen.

28. Fortführung der Sozialpolitik für die städtische und ländliche Bevölkerung unter stärkster Betonung der Persönlichkeit und Menschenwürde.

29. Fortbildung der Rechtspflege im Sinne erhöhter sozialer Gerechtigkeit und vermehrten wirtschaftlichen Schutzes gegen Wucher, unlauteren Wettbewerb, Übervorteilung und Ausbeutung aller Art. Rechtsprechung durch unabhängige Berufsrichter unter Zuziehung von Laien in erster und zweiter Instanz der Gerichte.

30. Gewissenhafte und weitherzige Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene; Verbesserung des Rentenfeststellungsverfahrens durch Schaffung von Rechtsgarantien. Einführung eines Heimstättenrechtes unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer.

C. Finanzpolitik.

31. Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit, unter Berücksichtigung des Familienstandes und der Familiengröße. Schärfste steuerliche Erfassung der hohen Einkommen, der großen Vermögen, des unverdienten Wertzuwachses und der durch den Krieg gemachten Gewinne. Gleichmäßige Durchführung der Reichssteuergesetze in ganz Deutschland.

32. Verhütung der Steuerflucht und der Abwanderung des Kapitals ins Ausland.

33. Ablehnung jeder Entwertung der Kriegsanleihen.

Deutsche Soziale Mittel-Gruppe.

Als ein konfessionsloses Zentrum bildet sich Anfang Dezember eine politische Gemeinschaft mit folgendem Programm:

Für Menschlichkeit! Für Bildung! Für Gottesglaube! Für die Freiheit des deutschen Gesamtvolkes!

Die Deutsche Soziale Mittel-Gruppe fordert Verethisierung und volle Gerechtigkeit für jeden Bürger bei Schöpfung aller Neueinrichtungen, Verfassungen und Gesetze.

Wer das wirtschaftliche Wohl und die geistig-kulturelle Förderung, sowie die Sicherheit des deutschen Gesamtvolkes ehrlich will, der wird gebeten, der Deutschen Sozialen Mittel-Gruppe beizutreten.

Wir fordern baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung auf Grund des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter.

Auf unserem Programm steht ferner:

1. Ethische Politik. (Veranständigung der inneren und äußeren Politik. Fortfall von Partei- und Interessenpolitik. Die neue Politik ist Dienst am Gesamtvolk! Fortfall von Geheimverträgen und Geheimpolitik.)

2. Verbürgerung des Proletariats. (Arbeiterhäuschen, Eigenheime mit Gärten, Siedlungen u. a.)

3. Kulturstaat. (Volks-, Rechts- und Verwaltungsstaat.)

4. Beschränkungen der Rüstungen.

5. Neugestaltung der Jugenderziehung. (Volksstaatsbürgerlicher Sinn u. a.)

6. Soziale Harmonie. (Einheit, Freiheit, Bruder- und Schwestergesinnung.)

7. Veredelung von Literatur, Presse, Kunst.

8. Menschenrecht (statt nur Männerrecht). Mitarbeit der Frauen auf allen politischen Gebieten.

Bayrische Volkspartei.

12. November. In Regensburg wird von Vertretern der Bauern, Arbeiter, Bürger, Lehrer, Beamten und Angestellten die Bayrische Volkspartei gegründet. Die Grundlagen des vereinbarten Programms beruhen auf folgenden, einmütig angenommenen Sätzen:

1. Die Mitglieder der Bayrischen Volkspartei betrachten den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns, wie er durch die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November in München geschaffen wurde, als eine gegebene geschichtliche Tatsache. Sie sind mit der Art, wie sie herbeigeführt wurde, grundsätzlich nicht einverstanden, erklären aber auf das bestimmteste, daß sie eine Änderung dieses Zustandes auf Grund ihrer religiösen Überzeugung und staatspolitischen Grundsätze nur auf dem Wege von Recht und Gesetz erstreben. Äußere Gewalt betrachten sie nicht als erlaubtes Mittel zur Erstrebung politischer Zwecke.

2. Die staatspolitische Gesinnung der Bayrischen Volkspartei wurzelt in den Gesetzen der christlichen Sittenlehre. Von dieser Grundauffassung aus wird sie sich jederzeit bestreben, dahin zu wirken, daß die ganze Staatsverwaltung vom Geiste des Christentums getragen werde.

3. Der Geist des Christentums schließt auch in sich die Duldung jedes anderen religiösen Bekenntnisses. Wir fordern daher:

a) volle Freiheit der religiösen Betätigung,

b) Erhaltung des Eigentumes der Kirche,

c) ausreichende Sicherheiten für die Erziehung der heranwachsenden Jugend in konfessionellen Schulen.

4. In staatspolitischer Beziehung fordern wir die Durchsetzung der Selbstregierung des Volkes bis zu den äußersten Konsequenzen. Daher verlangen wir:

a) das aktive und passive Wahlrecht für die volljährigen Männer und Frauen, ohne Einschränkung. Nichtbayern soll das Wahlrecht erst nach dreijähriger Ansiedelung gewährt werden.

b) Abstimmung über wichtige Verfassungsfragen, Steuergesetze und soziale Gesetze durch die wahlberechtigten Volksgenossen nach dem Muster der Schweiz. Nur so kann vermieden werden, daß an die Stelle wahrer Demokratie die Tyrannenherrschaft eines einseitigen Parlamentarismus tritt.

5. Die Bayrische Volkspartei wird keine Standes- oder Klassenpolitik treiben, sondern allen Ständen und Erwerbsschichten gegenüber eine Politik der ausgleichenden Gerechtigkeit nach den Grundsätzen des Christentums. Vorrechte des Standes und der Geburt lehnen wir grundsätzlich ab. Wir werden die Eigentumsrechte der Bauern kraftvoll schützen, einer gesunden Agrarreform zur rechten Zeit Rechnung tragen, energisch im Interesse des Volksganzen die bäuerliche Produktion fördern und alle Maßnahmen zur geistigen und technischen Ausbildung der bäuerlichen Jugend nachdrücklichst unterstützen.

Die Rechte und Interessen des politisch und wirtschaftlich gleichberechtigten Arbeiterstandes werden wir ebenso entschieden wahren und fördern, wie die des Bauernstandes. Für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der sozialen Gesetzgebung werden wir uns energisch einsetzen.

Die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes wird uns eine Herzensangelegenheit sein. Wir wollen ihn fördern durch gerechte Vergebung der öffentlichen Arbeiten, durch energische Sorge für die allgemeine und technische Ausbildung des Handwerker- und Kaufmannsstandes, durch umfassende tiefgreifende Organisation des gesamten Mittelstandes.

Die Lehrer, Beamten, Angestellten und Angehörigen der freien Berufe sollen eine gesicherte Existenz haben und ein lebenswürdiges Dasein führen können.

Für unsere Krieger, die aus dem furchtbaren Völkerringen krank und verkrüppelt hervorgegangen sind, werden wir trotz des unglücklichen Ausganges des Krieges mit allen Kräften auch unter den schwersten Opfern sorgen. Ihre wohlerworbenen Rentenansprüche sollen ihnen unter allen Umständen erhalten bleiben. Die Mängel der bisherigen Fürsorgegesetze sollen schleunigst beseitigt werden. Für ihre Wiedertüchtigung zur Arbeit und Verdienst sollen alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden.

6. Die Steuerpolitik der Bayrischen Volkspartei wird getragen sein von den Grundsätzen der ausgleichenden Gerechtigkeit. Je leistungsfähiger ein Steuerzahler ist, desto stärker soll er belastet werden. Die Rücksicht auf die Familie bei der Bemessung der Steuer, ein Gesichtspunkt, der in der bisherigen Steuergesetzgebung vernachlässigt worden ist, muß als leitendes Prinzip durch die ganze Steuergesetzgebung hindurchgehen. Mit allem Nachdruck werden wir zu verhindern trachten, daß die ungeheuren Gewinne, welche durch unsere famose Kriegswirtschaft gemacht worden sind, dem Zugriffe des Staates irgendwie entzogen werden. Wir werden auch nicht dulden, daß die greuliche Mißwirtschaft der Berliner Zentralstellen, das Tun und Treiben der Kriegsgesellschaften, die schamlose Auswucherung des Volkes durch organisierte und unorganisierte Kriegsgewinnler vergessen gemacht werden dadurch, daß man die politischen Fragen in den Vordergrund des Interesses des Volkes stellt.

7. Die Bayrische Volkspartei gibt hinsichtlich der Stellung zu den übrigen deutschen Volksstaaten die Parole aus: Bayern den Bayern!

Die bisherige weitgehende staatswirtschafts- und steuerpolitische Abhängigkeit Bayerns von dem übermächtigen Norden muß unter allen Umständen aufhören. Wir lehnen auf allen diesen Gebieten eine einseitige, rücksichtslose, preußische Hegemonie ab, weil uns diese in der Vergangenheit ins Verderben geführt hat. Jenes Maß wirtschaftlicher Zusammenarbeit und gemeinschaftliche Wahrung und Führung der volkswirtschaftlichen Interessen, welche durch die Gemeinsamkeit der Bedürfnisse der deutschen Volksstaaten von Natur sich ergibt, wünschen wir durchaus. Wir werden uns auch bestreben, hier den geeigneten Rahmen zu finden. Aber der Forderung der Spartakus-Gruppe, daß alle Bundesstaaten aufgehoben und eine einheitliche deutsche sozialistische Republik geschaffen werde, wollen wir den äußersten Widerstand entgegensetzen. Wir Bayern haben genug gelitten und geblutet durch die unfähige, dabei hartnäckige und brutale Berliner Regierungskunst. Wir haben es satt, für die Zukunft von der gleichen Stelle aus bis ins kleinste regiert zu werden. Berlin darf nicht Deutschland werden und Deutschland nicht Berlin. Auf kulturpolitischem Gebiete lassen wir uns gar nichts dreinreden.

Gleichwohl sind wir von dem sehnlichen Wunsche getragen, mit unseren deutschen Brüdern in den übrigen deutschen Volksstaaten jenes Maß von Fühlung nach innen und nach außen zu erhalten, welches dem föderativen Geiste des Verfassungslebens in Deutschland entspricht:

Einheitliche Vertretung der gemeinsamen Interessen der deutschen Volksstaaten nach außen, gemeinsame Abwehr jeglicher Angriffe auf einen deutschen Volksstaat, keine Zollschranken zwischen den deutschen Staaten, einheitliche Grundsätze für die soziale Gesetzgebung, absolute Garantie für die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Den Anschluß unserer deutschen Brüder in Böhmen und in den deutsch-österreichischen Ländern an den deutschen Staatenbund begrüßen und fördern wir auf das allerwärmste.

Die zur Gründung einer Bayrischen Volkspartei versammelten zahlreichen Vertreter organisierter Stände Bayerns.

Da das Verhältnis der Bayrischen Volkspartei zum Reiche mehrfach mißverstanden und mißdeutet wird, so erklärt die Landesvorstandschaft der Bayrischen Volkspartei auf Grund ihres Programms nach einstimmiger Beschlußfassung folgendes:

Die Bayrische Volkspartei steht geschlossen auf dem Boden des bundesstaatlichen Reichsgedankens. Sie weist den Plan einer sozialistischen Einheitsrepublik ebenso zurück wie das Auseinanderfallen des Reiches in ein Nebeneinander von unabhängigen Staaten. Sie erkennt in dem bundesstaatlichen Grundsatz die Quelle der politischen und kulturellen Kraft des deutschen Volkes. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker eröffnet ihr die Möglichkeit einer Ausdehnung des Bundes auf das gesamte deutschstämmige Volk. Von dem Standpunkte der Reichseinheit abzugehen könnte sich die Bayrische Volkspartei nur in dem Falle gezwungen sehen, daß die radikalen Parteien den Bundesstaat oder die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände unmöglich machen würden.

Deutsche Volkspartei.

13. November. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des deutschen Reichstags erlassen folgenden Aufruf:

„An die Parteifreunde im Lande! Das deutsche Volk steht vor der Tatsache einer revolutionären politischen Umwälzung. Die Geschichte und die Überlieferungen der Nationalliberalen Partei werden es ihr niemals erlauben, von den Wegen verfassungs- und gesetzmäßigen Handelns abzuweichen. Hierdurch ist für sie die Stellungnahme in der Entstehung und Art der inneren Umwälzung, die wir durchleben, ohne weiteres gegeben.

Auch das deutsche Bürgertum wünscht eine grundlegende Neuordnung unsrer verfassungsmäßigen Zustände. Es ist sein fester Wille, mit allen Kräften weiterhin an der Schaffung neuer und dauerhafter Grundlagen eines wirklichen demokratischen Staates mitzuarbeiten. Wahre Freiheit aber ist ohne volle Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes undenkbar und bedarf zu ihrer Sicherung staatlicher Ordnung. An Stelle des deutschen Reichstags kann daher nur eine gleichfalls aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehende verfassunggebende Nationalversammlung treten. Allein aus dieser Nationalversammlung kann der Wille der Nation sprechen. Ihm sich zu beugen ist dann vaterländische Pflicht.

Wir fordern daher die Ausschreibung von Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung, sobald alle Wähler in der Lage sind, ihre staatsbürgerlichen Wahlpflichten zu erfüllen. Bis dahin muß für alle, die sich zu unsrer Partei bekennen, es ein selbstverständliches Gebot sein, auf ihren Posten zu verharren und alles daranzusetzen, weiter schwere Schädigungen von unserem Vaterlande fernzuhalten.

Der Krieg und sein trauriger Ausgang haben dem deutschen Volke so ungeheure Lasten auferlegt, daß sein Zusammenbruch nur durch eine

geordnete Überleitung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den Frieden verhindert werden kann. Den Nationalliberalen in Stadt und Land ist daher der Weg vorgeschrieben. Insbesondere verlangen es die gegenwärtigen Verhältnisse, daß alle zu unsrer Partei gehörenden Beamten und Landwirte der vorläufigen Regierung mit allen Kräften bei ihren Bemühungen beistehen, den geordneten Gang der staatlichen Geschäfte aufrechtzuerhalten und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern.

Die vorläufige Regierung aber wird ihre Aufgabe nur in einem engen Zusammenhang mit dem deutschen Reichstag erfüllen können, dessen Mitglieder bis zur Wahl der Nationalversammlung des deutschen Volkes frei gewählte Vertreter bleiben. Nur eine ordnungsgemäß gewählte Vertretung des ganzen Volkes kann den Frieden in völkerrechtlicher und unantastbarer Weise verbürgen und damit die Voraussetzungen für Deutschlands Zukunft als gleichberechtigtes Glied des erstrebten Völkerbundes schaffen.

Wir aber gedenken auch in dieser schweren Zeit der großen Vergangenheit unsrer Partei. Wir wollen ein einiges, alle deutschen Landesteile umfassendes Vaterland. Die Freiheit aller Deutschen ist stets ihr Ziel gewesen und wird es bleiben."

Der Umsturz der politischen Verhältnisse läßt den früher schon aufgetauchten Wunsch nach einer Verschmelzung der beiden liberalen Parteien von neuem laut werden. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei wird daher auf den 17. November nach Berlin einberufen, und auf denselben Tag ist auch eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei in Berlin angesetzt. Beiden Körperschaften liegen Anträge aus den Reichstagsfraktionen auf Einleitung von Verhandlungen über Verschmelzung der beiden Parteien vor. Auch die unverbindlichen Vorbesprechungen der Vertreter beider Gruppen nehmen einen so glatten Verlauf, daß die Einigung sicher erscheint. Da erscheint am 16. November 1918 ein Aufruf zur Gründung einer Deutschen demokratischen Partei. Während der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei gleichwohl endgültig der Vereinigung der Partei mit der Nationalliberalen Partei und der Unterzeichnung des demokratischen Aufrufs zustimmt, kommen durch diesen auf seiten der Nationalliberalen die Verhandlungen ins Stocken. Am

21. November erlassen die Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei folgende Erklärung an die Parteifreunde:

„Wir wissen, daß der Wunsch auf Verschmelzung der beiden liberalen Parteien in unsrer Partei ein sehr weitgehender ist. Wir haben es an Bestrebungen in dieser Richtung nicht fehlen lassen. Der für den 17. November einberufenen Zentralvorstandssitzung lag bereits ein Antrag aus der Reichstagsfraktion auf Einleitung der Verhandlungen über Verschmelzung der beiden liberalen Parteien vor. Da der Zentralvorstand nicht zusammentreten konnte, nahm die Parteileitung von sich aus Veranlassung, ihrerseits an die Fortschrittliche Volkspartei heranzutreten, um diese Verschmelzung herbeizuführen. Die geführten Verhandlungen erbrachten in den

wichtigsten Programmfragen eine so weitgehende Übereinstimmung der Ansichten, daß an dem Erfolg der Bemühungen kein Zweifel bestand. Leider sind unsere Bestrebungen aber verhindert worden, und zwar durch Auftreten einer Gruppe, die sich als Demokratische Partei bezeichnete, welche mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit trat, den viele nur unterzeichneten, weil sie in ihm einen Appell an das liberale Bürgertum zur Einigung erblickten, der aber von den Urhebern dieser Kundgebung, einer Groß-Berliner Gruppe, von vornherein als neue Parteibildung angesehen und in die Tat umgesetzt wurde. Die Auffassung der Fortschrittlichen Volkspartei, daß die Vereinigung sich auf diese Demokratische Partei beziehen müsse, konnten wir nicht teilen, da die Forderungen dieser Partei sich nach unsrer Auffassung mit der Überzeugung unsrer Wählerschaft nicht decken. Das stellt die Nationalliberale Partei vor die Aufgabe, selbständig zu bleiben und auch selbständig in einen eventuellen Wahlkampf einzutreten. Selbstverständlich wird die Nationalliberale Partei entsprechend den durch den gewaltsamen Umsturz veränderten Verhältnissen mit einem neuen Programm an die Wähler herantreten. Die Partei hat die Absicht, allen Schichten des Volkes, die nach politischer Betätigung streben, ihre Tore zu öffnen, ohne Rücksicht auf ihre bisherige Parteizugehörigkeit, und entnimmt hieraus auch die Aufgabe, zu gegebener Zeit unter neuem Namen alle diejenigen zu vereinigen, die auf der Grundlage ihres neuen Programms mit ihr zusammenzuwirken bereit sind. Dieses Programm wird in seinen Grundzügen sofort den Parteifreunden und der weiteren Öffentlichkeit unterbreitet werden. Wir glauben indes heute schon folgende Grundsätze aufstellen zu können:

1. Vor allem erscheint es uns, abgesehen von den einzelnen Punkten des Zukunftsprogramms, notwendig zu sein, für Ruhe und Ordnung im Innern zu sorgen, und wir werden deshalb alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung unterstützen, die auf dieses Ziel gerichtet sind.

2. Wir müssen verlangen die schleunige Einberufung einer verfassung- und gesetzgebenden Körperschaft, ohne deren Zustimmung Änderungen der Gesetzgebung in bezug auf Staatsverfassung und Wirtschaftsverhältnisse ungesetzlich bleiben.

3. Notwendig ist die schleunige Herbeiführung des Friedens, damit der Neuaufbau des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft sofort in Angriff genommen werden kann.

Wir beabsichtigen, sobald es die Verhältnisse gestatten, den Zentralvorstand zu berufen. Schon jetzt aber bitten wir unsre Parteiorganisationen im Lande sowie die einzelnen Parteifreunde, sich zu dem zu veröffentlichenden Programm zu äußern und Zustimmungserklärungen an die Reichsgeschäftsstelle der Nationalliberalen Partei zu richten sowie die Arbeit für die Kräftigung der Organisationen zur Wahl mit allen Kräften in die Hand zu nehmen."

Auf Grund dieser Erklärungen erlassen am

22. November die Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei, Dr. Friedberg, Dr. Stresemann, Dr. Vogel, folgenden Aufruf:

„Die durch den gewaltsamen Umsturz veränderten Verhältnisse sprengen die alte Parteiform und zwingen zu einem Zusammenschluß des deutschen Volkes auf neuer Grundlage. Die bisherige Nationalliberale Partei ist sich darüber klar, daß ihre alten Überlieferungen und ihr Programm nicht mehr Richtschnur für die heutige Zeit bleiben können. Sie hat die Absicht,

allen Schichten des Volkes, die nach politischer Betätigung streben, ihre Tore zu öffnen auf der Grundlage der Anerkennung der durch die Demokratie geschaffenen Verhältnisse. Wir treten auf den Boden der durch die Tatsache der Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform, die sich auf das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht für beide Geschlechter stützt. Wir wünschen die Wahrung der Reichseinheit gegenüber Ablösungsbestrebungen und begrüßen mit voller Zustimmung die von den deutschen Landen Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reiche. Lebensunfähige Staatsgebilde in Deutschland wünschen wir zu beseitigen. Wir treten ein für unbeschränkte Selbstverwaltung in städtischen und ländlichen Körperschaften auf demokratischer Grundlage. Wir fordern die Herstellung der Freiheit für Wort und Schrift, Verein und Versammlung, einen neuen Aufbau des Auswärtigen Amts und der auswärtigen Vertretung. Wir bekennen uns zum Gedanken des Völkerbundes und in ihm zu einer gleichberechtigten Stellung des Deutschen Reiches, dem sein Anspruch auf koloniale Betätigung erhalten bleiben muß. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den Deutschen im Auslande und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern; wir wünschen endlich die Schaffung eines Volksheeres nach den Erfahrungen dieses Krieges, die zu einer grundlegenden Änderung der Anschauungen aller auf diesem Gebiete geführt haben.

Im Sinne der bisherigen Bestrebungen der uns angeschlossenen Frauenorganisationen wünschen wir der Frau im öffentlichen Leben weitestgehenden Spielraum zu geben und die von ihr angestrebte Gleichberechtigung zu erwirken.

Auf wirtschaftlichem Gebiete werden wir uns dafür einsetzen, daß Deutschland nicht in Verhältnisse übergeführt wird, welche lediglich staatliche oder private Riesenorganisationen auf der einen und abhängige Existenzen auf der andern Seite übrig lassen. Die wirtschaftliche Selbständigkeit und Betätigung des einzelnen wollen wir auch im neuen Deutschland erhalten. Wir treten damit in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches Ziel sehen. Wir verlangen insbesondere die Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen, der Sparkasseneinlagen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge. Wir treten ein für die Erhaltung des freien Bauern auf eigner Scholle, für die Kräftigung des Bauernstandes durch großzügige Schaffung neuer ausreichender Siedlungen, wie wir die Schaffung von Kreditorganisationen zur Wiederaufrichtung und Stärkung des durch den Krieg zerrütteten Mittelstandes fordern. Eine Vereinheitlichung des Verkehrswesens durch Reichseisenbahnen und Reichswasserstraßen soll den Wiederaufbau unsrer Wirtschaft fördern. Die energische Unterstützung des Kleinwohnungsbaues und der Heimstätten, insbesondere für unsre Krieger, erstreben wir ebenso wie die Beseitigung der Auswüchse für Spekulationen auf dem Gebiete des Grundes und Bodens. Eine Besserung und Vereinfachung des Strafrechts im Sinne moderner Anforderungen und die Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens sind notwendig. Eine gründliche Umgestaltung des Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenrechts hat unter voller Koalitionsfreiheit zu erfolgen. Der Ausbau der Sozialpolitik hat neue Rechtsformen für das Verhältnis der Angestellten und Arbeiter zu den Unternehmungen zu schaffen. Die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken. Den großen finanziellen Anforderungen, die an den Staat herantreten, ist durch ausreichende Reichs-, Einkommen- und Erbschaftssteuer, durch schärfere Erfassung der Kriegsgewinne und durch eine Vermögensabgabe zu genügen,

die jedoch in Formen erfolgen muß, welche die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden.

Allen diesen Forderungen voran aber stellen wir für die Gegenwart das Gebot, für Ruhe und Ordnung im Innern zu sorgen. Wir werden deshalb alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung unterstützen, die auf dieses Ziel gerichtet sind. Wir verlangen vor allen Dingen die schleunigste Einberufung einer verfassung- und gesetzgebenden Körperschaft, ohne deren Zustimmung jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage entbehrt. Notwendig ist endlich die schleunige Herbeiführung des Friedens, damit der neue Aufbau des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft sofort in Angriff genommen werden kann.

Alle diejenigen, welche bereit sind, auf diesem Boden mitzuarbeiten und sich mit uns zu einer Deutschen Volkspartei auf nationaldemokratischer Grundlage zu vereinigen, fordern wir zur Mitarbeit auf. Insbesondere ergeht dieser Ruf an die deutschen Frauen und die deutsche Jugend, die in den Kreis der politisch Gleichberechtigten eintreten. Zustimmungserklärungen zu den hier aufgestellten Grundsätzen und Bereitschaftserklärungen zur Mitarbeit bitten wir an die nationalliberale Reichsgeschäftsstelle, Berlin W 66, Wilhelmstraße 46/47, zu richten, und bitten unsre Organisationen im Lande, die Arbeit für die Wahlen mit allen Kräften in die Hand zu nehmen.

Die schicksalsschwere Bedeutung, die diesen Wahlen zukommt, und die Form des Wahlkampfes erfordern bei weitem mehr als bisher an finanziellen Leistungen. Wir richten daher an alle Gleichgesinnten die Aufforderung, Beiträge auf das nationalliberale Wahlkonto an die Deutsche Bank, Berlin, Mauerstraße 26/27, die Diskonto-Gesellschaft, Berlin, Unter den Linden 35, oder an das Bankhaus S. Bleichröder, Berlin W 8, zu übermitteln."

Am **23. November** erläßt der vorläufige Ausschuß der neugebildeten Partei, bestehend aus Dr. Friedberg, Prinz Schönaich-Carolath, Frau Klara Mende-Völker, Dr. Wiemer, Dr. Stresemann und Dr. Rießer folgenden Aufruf:

„Der Ernst der Stunde verlangt den Zusammenschluß aller Volkskreise, die die Reichseinheit schirmen, die freiheitlichen Errungenschaften sichern und ein geordnetes Staats- und Wirtschaftsleben aufrecht erhalten wollen.

Nach diesem Gebot will die Deutsche Volkspartei handeln, die sich auf Grund von Vereinbarungen zwischen Mitgliedern der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei unter Zugrundelegung eines den Forderungen des Gesamtliberalismus entsprechenden Programms gebildet hat.

Wir fordern alle Anhänger freiheitlicher Staatsauffassung, die jegliche Reaktion entschieden bekämpfen, aber auch jeder politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung entschlossen entgegentreten wollen, zum Beitritt zur **Deutschen Volkspartei** auf.

In schwerer Zeit rufen wir das deutsche Volk auf, über die Zukunft der Nation selbst zu entscheiden.

Der Zusammentritt der Nationalversammlung ist die erste Voraussetzung der demokratischen Staatsentwicklung, die wir erstreben. Ohne Volksabstimmung kein Friede, kein Brot, keine Wohlfahrt.

Auf dem Boden der durch die Umwälzung geschaffenen Tatsachen kämpfen wir für ein Großdeutschland vom Brenner bis zum Belt, für Freiheit, Ordnung und Gemeinwohl.

Zustimmungserklärungen sind zu richten an die Geschäftsstelle der **Deutschen Volkspartei**, Berlin W 66, Wilhelmstraße 46/47."

24. November. Der geschäftsführende Ausschuß des Nationalliberalen Landesvereins für Sachsen hält in Leipzig eine Sitzung ab, worin einstimmig folgende Entschließung gefaßt wird:

„Der geschäftsführende Ausschuß des Nationalliberalen Landesvereins für Sachsen erklärt, daß er den Zusammenschluß der liberalen Parteien für das Erfordernis der Stunde hält; er hat demgemäß beschlossen, zu erstreben, daß die Nationalliberale Partei und die Fortschrittliche Volkspartei in Sachsen sich zu einer demokratischen Partei Sachsens verschmelzen, und er richtet deshalb an die Berliner Demokratische Partei sowie an die Deutsche Volkspartei die dringende Bitte, daß jede ihre Sonderorganisation preisgebe und sich mit der anderen vereinige. Solange dieser Erfolg nicht erreicht ist, wird der geschäftsführende Ausschuß darauf hinwirken, daß das liberale Bürgertum Sachsens sich beiden Parteien fernhält, denn nur eine einheitliche große Deutsche demokratische Partei, die auf den Organisationen der beiden bisherigen liberalen Parteien aufgebaut ist, kann die Interessen des Bürgertums beim Aufbau des neuen Reiches wahren, nicht die Entstehung neuer Sondergruppen."

Um das Ziel einer Einigung des bürgerlichen Liberalismus doch noch zu erreichen, werden neue Verhandlungen zwischen den Vorständen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei eingeleitet, die am

4. Dezember zu einer Verständigung führen. Darnach tritt die Deutsche Volkspartei als solche in die Deutsche demokratische Partei ein. Das Ergebnis der Verhandlungen wird in der folgenden vereinbarten Erklärung der Öffentlichkeit mitgeteilt:

„Zwischen der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei ist eine Verständigung erzielt worden, die zu dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Deutsche demokratische Partei geführt hat. Die Deutsche demokratische Partei hat dabei den Standpunkt vertreten, daß eine Einigung nur auf der Grundlage ihres Aufrufes vom 16. November möglich sei, und daß diejenigen Persönlichkeiten, die bei der Agitation für annexionistische Kriegsziele und bei der Amerika gegenüber befolgten Politik eine führende Rolle gespielt, sowie diejenigen, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, innerhalb der Partei nicht hervortreten werden. In Verfolg der erzielten Vereinigung werden die Herren Dr. Friedberg, M. d. A., Dr. Blankenburg, M. d. A., Dr. Bollert, M. d. R., und Frau Mende-Völker in den vorläufigen Vorstand der Deutschen demokratischen Partei eintreten."

Am selben Tage teilt die bisherige Deutsche Volkspartei ihren Eintritt in die Deutsche demokratische Partei in einer von der „Nationalliberalen Korrespondenz" verbreiteten Erklärung mit, die folgendermaßen lautet:

„Angesichts der nun auch terminmäßig festgelegten Wahlen zur Nationalversammlung und unter dem Eindruck der weitgehenden Bestrebungen im Lande, welche sich für eine Einigung aller liberalen Elemente mit wachsender Stärke aussprechen, sind auch die Parteileitungen der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei erneut zusammengetreten, um den Weg für eine Vereinigung beider Parteien zu finden. In der Aussprache

ergab sich völlige Übereinstimmung darüber, daß die für eine programmatische Einigung auszuarbeitenden Richtlinien den Gedanken der Reichs- und Volkseinheit stark betonen, daß ferner grundsätzliche Unterschiede in der Frage der notwendigen Sozialisierung nicht bestehen und daß die Eigenwirtschaft und die Privatindustrie unter Weiterführung der sozialpolitischen Gedanken die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens bleiben müssen. Nachdem über diese Grundgedanken sich eine völlige Einheitlichkeit der Auffassung herausgestellt hat, hat die Leitung der Deutschen Volkspartei, welche die in dem demokratischen Aufruf vom 16. November niedergelegten Richtlinien billigt, es für richtig gehalten, eine einheitliche Front des liberalen und demokratischen Bürgertums herzustellen, und empfiehlt allen Parteiorganisationen im Lande ein Zusammenwirken mit der Deutschen demokratischen Partei auf dieser Grundlage. Die Mitwirkung führender Persönlichkeiten der alten nationalliberalen Partei und der Deutschen Volkspartei im Rahmen der Deutschen demokratischen Partei ist dadurch gesichert, daß die Herren Staatsminister Dr. Friedberg, Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Bollert, Landtagsabgeordneter Dr. Blankenburg und Frau Klara Mende-Völker in die provisorischen Ausschüsse der Deutschen demokratischen Partei eintreten. Nachdem Dr. Stresemann bestimmt erklärt hatte, daß man von seiner Person absehen möge, mußte die Parteileitung zu ihrem großen Bedauern von ihrem einmütigen Wunsch, ihn in diese Ausschüsse zu entsenden, Abstand nehmen. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei, der leider wegen der Verkehrsschwierigkeiten in dieser Zeit nicht einberufen werden konnte, wird, sobald es die Umstände irgendwie gestatten, zusammenberufen werden."

Die örtlichen Organisationen der Deutschen Volkspartei folgen jedoch nicht überall diesem Sammlungsruf, namentlich Hannover und Dresden lehnen den Anschluß an die Deutsche demokratische Partei ganz entschieden ab und erklären sich mit aller Bestimmtheit für ein weiteres Bestehen der Deutschen Volkspartei als eines selbständigen Verbandes. Am

15. Dezember tritt in Berlin der Zentralausschuß der Nationalliberalen Partei zusammen. Infolge der Verkehrserschwerungen ist die Beteiligung nur schwach, von 229 Mitgliedern sind nur 61 erschienen. Generalsekretär Dr. Hugo berichtet über den Gang, den die Entwicklung während der Berliner Verhandlungen in den Organisationen der Provinzen und der verschiedenen Landesteile genommen hat, und über den Stand der Dinge in der Partei. In der Aussprache tritt ein Teil der Redner für die Deutsche Volkspartei und andere Teile für die Demokratische Partei ein. Mit 33 gegen 28 Stimmen wird folgender Antrag Dr. Vogel und Genossen angenommen:

„Der Zentralvorstand wolle beschließen, die Organisation der Nationalliberalen Partei aufrechtzuerhalten, wenn auch unter dem neuen Namen und im neuen Programm der Deutschen Volkspartei, wie sie in dem Aufruf der drei Vorsitzenden des Generalvorstandes vorgeschlagen worden ist."

Ein Antrag Dr. Weber auf Auflösung der Partei ist damit erledigt.

Im Anschluß an diese Tagung findet dann gleich ein Delegiertentag zur Gründung der Deutschen Volkspartei statt, wobei folgender Wahlaufruf festgestellt wird:

„Krieg und Umsturz haben Staatsverfassung und Parteiformen gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der Deutschen Volkspartei zu scharen.

Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen des verlorenen Krieges leidet, um so bewußter stellen wir unsre ganze Politik unter den nationalen Gedanken, um so schärfer lehnen wir alle diejenigen internationalen Bestrebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln. Die Reichseinheit ist uns Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können. Wir begrüßen mit voller Zustimmung die von den Deutschen Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reich. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den Deutschen im Ausland und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätgkeit in allen Ländern. Wir beharren auf unserm Recht auf kolonisatorische Betätigung, und wir verlangen die Sicherung der Freiheit der Meere als wesentliche Grundlagen für den Neuaufbau unsrer Wirtschaft. Unter der Bedingung völliger Gleichberechtigung aller Staaten begrüßen auch wir den Gedanken des Völkerbundes.

Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht nach der Verhältniswahl für beide Geschlechter.

Wir verlangen völlige Neuordnung des Auswärtigen Amts und unsrer ausländischen Vertretungen.

Ein Volksheer, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundsätzen: Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft.

Sicherung der Freiheit für Wort und Schrift für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte.

Weiteste Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

Erhaltung und Kräftigung eines breiten Mittelstandes in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand.

Warmherzige Fürsorge und würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund reichsgesetzlich gewährleisteten Anspruchs.

Sicherung der Stellung der Beamten, Offiziere und Lehrer, materiell und rechtlich. Anerkennung ihrer Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenausschüssen.

Wir treten ein für Kräftigung und Wahrung der freien Bauern auf eigener Scholle.

Wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, für eine großzügige Siedlungspolitik; Domänen, Großgrundbesitz, Fideikommisse sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen. Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Möglichkeit für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitgehend zu erleichtern.

Wir verlangen umfassende Unterstützung des Kleinwohnungswesens, Beseitigung aller ungesunden Spekulationen in Grund und Boden und soziale Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts.

Wir verlangen volle Koalitionsfreiheit, ein neues sozialgestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht, energische Weiterführung der Sozialpolitik,

insbesondere auch Ausbau der Frauen-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht, die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an dem Grundsatz des Privateigentums und des Erbrechts, wir halten fest an der leitenden Stellung des Unternehmers in seinem Betrieb wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung. Wir stellen uns in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen. Einer Überführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit, zuzustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Die geschichtlich überkommene Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden. Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule. Kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer, die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Schulaufsicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die Fachbildung sollen gehoben, die höheren Lehranstalten ihres Charakters als Standesschulen entkleidet und alles Berechtigungswesen beseitigt werden.

Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die an uns herantreten, werden Steuern und wirtschaftliche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Monopole, notwendig machen. Reichseisenbahnen sind schon um deswillen erforderlich. Wir verlangen, daß in dem Steuersystem eine Reichseinkommensteuer und Erbschaftssteuer, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne und eine Vermögensabgabe sich befinden. Die Vermögensabgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden.

Die Umwälzung hat der Frau die Gleichberechtigung im politischen Leben gebracht. Dieses Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und zur Ausübung öffentlicher Ämter. Alle privatrechtlichen Härten, die noch zu ungunsten der Frau bestehen, müssen aufgehoben werden.

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für Ruhe und Ordnung sorgt Wir sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten und alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen aber die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Preßfreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft und maßlosen Verschleuderung öffentlichen Gutes und öffentlicher Gelder. Wir verlangen die Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die uns mit Hungersnot, Anarchie und Staatsbankrott bedrohen.

Wir fordern die Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen, der Sparkasseneinlagen, Bankdepositen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge.

Wir fordern den alsbaldigen Abbau der bureaukratischen Zwangswirtschaft. Wir verlangen die sofortige Überführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine neue Rechtsordnung; wir verlangen daher die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung als verfassungs- und gesetzgebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.

Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daransetzt, sofort den Frieden zu erhalten, damit der Neuaufbau des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft schleunigst in Angriff genommen werden kann.

Alle diejenigen, welche bereit sind, nach diesen Grundsätzen und diesen Zielen mit uns zusammen zu arbeiten und sich mit uns zur Deutschen Volkspartei zu vereinigen, rufen wir zur Mitarbeit auf; unsre Aufforderung ergeht insbesondere auch an die deutschen Frauen und an die deutsche Jugend, die nun in den Kreis der politisch Vollberechtigten eingetreten sind. Schließen wir uns zusammen unter der Fahne: Freiheit und Vaterland!"

18. Dezember. Der geschäftsführende Ausschuß des nationalliberalen Landesvereins für Sachsen und der Vorstand des Landesverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei halten in Leipzig eine gemeinschaftliche Sitzung ab, worin die Verschmelzung der beiden liberalen Parteien Sachsens zur Deutschen demokratischen Partei beschlossen wird. Als Sitz der neuen Partei wird Leipzig bestimmt. Zu Vorsitzenden werden die Minister a. D. Nitzschke-Leutzsch und Minister a. D. Günther (Plauen), zu stellvertretenden Vorsitzenden Fabrikbesitzer Graf (Leipzig) und Landtagsabgeordneter Dr. Zöphel (Leipzig) gewählt.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands.

An die Deutsche Volkspartei schließt sich auf dem Boden des Programms vom 15. Dezember 1918 an die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, die folgenden Gründungsaufruf erläßt:

„Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Die deutsche Fahne, das Sinnbild deutscher Größe, Ehre und Würde, liegt zerfetzt und beschmutzt am Boden. Verächtlich in den Augen der Feinde, erniedrigt vor der ganzen Welt, ist das deutsche Volk in Gefahr, den letzten Rest seiner Einheit und seiner sittlichen Kraft zu verlieren. Jeder deutschdenkende Mann, jede deutschdenkende Frau muß jetzt das Herzblut hingeben, um deutsches Ansehen wieder zu Ehren zu bringen. Geschlossen muß das deutsche Volk zum Neubau seines Hauses schreiten. Nieder mit allen zerstörenden Kräften! Einheit, Schönheit und Stärke ziere den Bau!

Nicht als ein Volk von Knechten wollen wir in den Bund der freien Völker treten, sondern als ein gleichwertiges, freies Volk, das, stolz auf seine Vergangenheit, seine nationale Eigenart und Kultur in Freiheit und Friede entwickeln will. Wir sind nicht besiegt, und doch ist allein durch unsere Schuld unsere Wehrmacht zusammengebrochen.

Wer fühlt nicht die brennende Schmach dieser Tage, da deutsche Soldaten sich von einer Handvoll zusammengelaufener Polen entwaffnen ließen und wir hilflos zusehen müssen, wie unsere Brüder im Osten in slawischer Flut ertrinken.

Schon droht uns eine bolschewistische Diktatur. Ein unerbittlicher, grausamer Feind marschiert bei uns ein und wartet auf den geeigneten Augenblick, um uns als Volk für immer zu vernichten. Werdet nicht würdelos im Unglück und verächtlich vor aller Welt in der Not. Jetzt gilt es, Selbstbesinnung und Selbstzucht zu üben. Tretet deshalb mit uns zusammen zur Arbeit für die neue Aufrichtung unseres deutschen Volksstaates. Stellt euch mit uns hinter die augenblickliche Reichsleitung, bis

aus der freien Wahl aller deutschen Männer und Frauen die Gesetz und Recht neu schaffende Nationalversammlung hervorgegangen ist.

Die Nationaldemokratische Partei tritt ohne jede politische Vergangenheit an euch heran. Sie ist geboren aus der Not der Stunde, aus dem Volke für das Volk.

Unser Programm.

1. Wir rufen das gesamte deutsche Volk zu einer Erneuerung seines Nationalbewußtseins auf. Wir erstreben die Zusammenfassung aller deutschen Stämme in einen großdeutschen Nationalstaat bei würdiger Stellung dieses Staates im Bunde der freien Völker.

2. Wir stehen auf dem Boden einer freien demokratischen Staatsverfassung. Wir verlangen die unverzügliche Einberufung der großdeutschen Nationalversammlung, hervorgegangen aus dem gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für beide Geschlechter nach dem Grundsatz der Verhältniswahl.

3. Wir wünschen eine freie Entwicklung der Persönlichkeit in Schule und Beruf, eine freie Entwicklung unserer Privatwirtschaft unter fortschrittlichem Ausbau der bestehenden Gemeinwirtschaft. Wir stehen auf dem Boden einer friedlichen Entwicklung der weltwirtschaftlichen Aufgaben des deutschen Volkes, wir erstreben die Wiedergewinnung unserer Kolonien und einen wirksamen Schutz der Auslandsdeutschen.

4. Wir bekämpfen den internationalen Sozialismus und jede Form des Kommunismus und Bolschewismus. Wir wenden uns gegen jede diktatorische sozialistische Gesetzgebung.

5. Wir erstreben eine Erneuerung der Wehrkraft, aufgebaut auf den Grundsätzen eines Volksheeres, Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft.

6. Wir fordern Entwicklung und Hebung des selbständigen und festbesoldeten Mittelstandes. Wir treten ein für eine reichsgesetzliche Neuregelung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten und Heeresangehörigen, für die Gleichberechtigung der wirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen und einen fortschrittlichen Ausbau der sozialen Gesetzgebung.

7. Wir wollen Grundbesitzreform und innere Kolonisation mit dem Ziele höchster Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft.

8. Wir verlangen eine großzügige Kriegsbeschädigten-Fürsorge mit einer weitestgehenden Heimstättengesetzgebung.

9. Wir ringen um das Herz des deutschen Volkes, um die Wiedererweckung seiner sittlichen Kraft, um den deutschen Idealismus."

Württembergische Bürgerpartei.

7. Dezember. Nachdem sich ein großer Teil der nationalliberalen Partei Württembergs der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen hat, bildet sich aus den nationalliberalen Kreisen, die nicht den Anschluß vollzogen haben, eine Württembergische Bürgerpartei, die folgenden Aufruf erläßt:

„Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Des Vaterlandes heilige Not pocht an unsere Herzen und rüttelt an unserem Gewissen. Unser stolzes Deutsches Reich, das Lebenswerk unseres Bismarck, ist zertrümmert. Unordnung, Klassenherrschaft und Gewalt triumphieren. Das Gebot der

Stunde war der Zusammenschluß des gesamten deutschen Bürgertums. Die Demokratie hat ihn verweigert. Nun soll sich die Sammlung des Bürgertums unter der Fahne der Württembergischen Bürgerpartei vollziehen.

Unter dieser Fahne sammelt euch! Stehet auf! Einiget euch! Lasset uns die alten guten Bürgertugenden verteidigen, ein lebensvolles Christentum wahren! Haltet hoch die heiligen Güter der Ordnung und Freiheit, der Wahrheit und Gerechtigkeit! Hütet deutschen Geist und deutsche Art!

Im Glauben an des deutschen Volkes Zukunft wollen wir aus dem Jammer der Gegenwart unser geliebtes Vaterland zu besseren Zeiten herausführen und kraftvoll arbeiten an seinem Wiederaufbau, furchtlos und treu!

Die Ziele, die wir erstreben, sind im einzelnen folgende:

1. Verfassungs- und auswärtige Politik.

Wir fordern eine geordnete, starke und gesicherte Staatsregierung im Land und im Reich; sie ist die notwendige Voraussetzung für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wir sind bereit, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuwirken, in der Recht und Ordnung herrschen.

Wir weisen jede Diktatur oder Bevorzugung einer einzelnen Volksklasse zurück und wollen alle Bürger und Stände gleichmäßig an der Gesetzgebung und Vollziehung beteiligen.

Wir vertreten mit Entschiedenheit den Reichsgedanken, wollen aber die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten und die Eigenart der deutschen Stämme erhalten. Wir erwarten, daß die Regierungen auf den baldigen Abschluß eines Friedens hinwirken, der die Vereinigung aller deutschen Stämme im Verband des Reiches gewährleistet. Jeden Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden lehnen wir entschieden ab.

Wir unterstützen die vorläufigen Regierungen und fordern, daß mit der allergrößten Beschleunigung Landes- und Reichsversammlung zusammentreten, um unabhängig über die Verfassung zu entscheiden und zu beschließen.

Wir treten jedem Internationalismus entgegen, der das Wohl des eigenen Volkes hintansetzt. Wir unterstützen jedoch das Bestreben nach Schaffung eines ehrlich gemeinten Völkerbundes unter der Voraussetzung, daß er dem deutschen Volke volle wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsfreiheit wahrt: Gegenseitigkeit in der Behandlung und im Austausch der Kriegsgefangenen ist als wesentliche Voraussetzung eines Friedens der Gerechtigkeit anzustreben.

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Wir wollen jede ehrliche deutsche Arbeit in Stadt und Land schützen und den Aufstieg der Begabten und Tüchtigen aus allen Ständen nach Möglichkeit fördern. Wir wollen den Bauernstand als den Jungbrunnen der deutschen Volkskraft und als die sicherste Quelle unserer Ernährung kräftig und gesund erhalten. Wir wollen uns mit aller Kraft des Handwerks wie des ganzen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes annehmen, der im Krieg am schwersten mitgenommen und auch weiter durch die sozialistische Wirtschaftsordnung von der einen und durch das Großkapital von der anderen Seite bedroht ist.

Wir stehen auf dem Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft und lehnen bei allem Verständnis für soziale Bedürfnisse den Kommunismus ab. Wir erstreben den Abbau der Zwangswirtschaft und die baldige Beseitigung der Kriegsgesellschaften. Sollten an größeren Erwerbsunternehmungen, insbesondere an Privatmonopolen, Reich, Staat und Gemeinde beteiligt werden, so treten wir dem nicht entgegen, sofern dabei die

Tatkraft des Unternehmers nach Möglichkeit gewahrt und die Leistungsfähigkeit des Betriebes nicht herabgemindert wird.

Unsere Sozialpolitik wollen wir ausbauen; den Angestellten und Arbeitern soll das Koalitionsrecht gesichert werden. Der Kleinwohnungsbau ist mit allen Mitteln zu fördern. Der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wollen wir uns mit allem Nachdruck annehmen. Eine Aufteilung geeigneten Großgrundbesitzes ist uns namentlich für die Kriegsteilnehmer zum Zweck kleinbäuerlicher Siedelungen erwünscht. Enteignungen sind nach den Grundsätzen gerechten Ausgleichs zu entschädigen.

Den Beamten samt den Offizieren und Unteroffizieren, den Geistlichen, Lehrern und staatlichen Angestellten und Arbeitern, sowie ihren Hinterbliebenen wollen wir ihre gesetzlichen Ansprüche und Anwartschaften unverkürzt erhalten. Ihr außerdienstliches Wirken, insbesondere in politischer Hinsicht, darf keinerlei obrigkeitlicher Beeinflussung unterliegen. Bei Besetzung der Beamtenstellen soll nur die Tüchtigkeit des einzelnen maßgebend und jede Parteipolitik und Vetternwirtschaft ausgeschaltet sein. Das Beamtenrecht und das Staatsarbeiterrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

3. Finanzpolitik.

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat eine ungeheure, furchtbare Steigerung der Steuerlast zur Folge; sie muß getragen und zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemeinden zweckmäßig ausgeglichen werden. Wir erstreben ihre gerechte, der Leistungsfähigkeit angepaßte Verteilung. Vor allem sind die Kriegsgewinne scharf zu erfassen; kleinbürgerliches Vermögen ist zu schonen. Der Verschleppung des Kapitals ins Ausland ist mit allen Mitteln vorzubeugen. In dem bäuerlichen Besitz wie in dem werbenden und schaffenden Kapital in Industrie, Handel und Gewerbe sehen wir die Grundlage aller wirtschaftlichen Entwicklung; sie sind deshalb vor der Auflage unerträglicher Lasten zu schützen und für den Wettbewerb mit dem Ausland leistungsfähig zu erhalten.

Die indirekten Steuern, insbesondere auf entbehrliche Genußmittel, und die Ausgestaltung der Luxussteuern sind daher auch bei dem Ausbau der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern nicht zu entbehren.

Wir treten entgegen allen Bestrebungen, eine geordnete Finanzwirtschaft aufzuheben, insbesondere einer Entwertung der Kriegsanleihen und einer Beschlagnahme der Bankguthaben und Sparkasseneinlagen.

4. Kulturpolitik.

Die Freiheit der Person und der Meinungsäußerung, sowie die Freiheit der Wissenschaften sind verfassungsmäßig festzulegen. Wir treten für die Gewissensfreiheit ein und verlangen, daß sich der Staat jeden Eingriffs ins kirchliche Leben enthalte; eine etwaige Ausscheidung des Kirchenvermögens soll in gerechter und wohlwollender Weise durchgeführt werden. Wir treten ein für zeitgemäße Fortentwicklung des Schulwesens.

Die sittlichen und religiösen Grundlagen unseres Volkslebens müssen erhalten bleiben; daher treten wir mit allem Nachdruck für die religiöse Erziehung der christlichen Jugend ein, ohne Gewissenszwang Andersdenkenden gegenüber, für den Schutz der Ehe und der Familie, für den Kampf gegen die sittliche Verwilderung des Volkes.

Die Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben, unter voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung halten wir für geboten.

Nach bestem Gewissen und Können wollen wir daran arbeiten, die deutschen Volksklassen und die einzelnen Stände auszusöhnen, und friedlich und bürgerlich mit ihnen für das Gesamtwohl unserer Heimat und unseres

Vaterlandes zusammenwirken. Nur so kann aus dem politischen Zusammenbruch das deutsche Volk seine innere Kraft retten und aufs neue festigen.

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Wer unseres Sinnes, unseres Geistes ist, trete in unsere Reihen und melde sich als Mitglied bei einem von uns oder bei der Geschäftsstelle, Gymnasiumstraße 25 I."

Fortschrittliche Volkspartei.

12. November. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei erläßt gemeinsam mit Mitgliedern der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion der Partei einen Aufruf, der wie folgt lautet:

„Mitbürger! Die Fortschrittliche Volkspartei erhebt flammenden Protest gegen Waffenstillstandsbedingungen, die ein ganzes Land mit Hungersnot bedrohen, die allen Voraussetzungen des Rechtsfriedens Hohn sprechen und einem Völkerbund von vornherein die äußersten Schwierigkeiten entgegenstellen. Sie ruft die Völker der Kulturwelt auf, noch in letzter Stunde diese unerhörte Vergewaltigung, diesen Triumph des Imperialismus zu verhindern.

Die innere Neugestaltung soll sich in wahrhaft demokratischen Formen vollziehen. Eine Volksregierung darf sich nur auf Volksabstimmung stützen. Deshalb ist sofort nach Beschluß des jetzigen Reichstags in freier Abstimmung von Männern und Frauen die Nationalversammlung zu wählen, die über staatliche Grundfragen entscheidet. Zum Schutz der Minderheiten bedarf es dabei überall der Verhältniswahl.

Aufgabe der so geschaffenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung ist die Wahrung und Stärkung der Reichseinheit und der Ausbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechtes für alle. Jede wie immer geartete Diktatur oder Klassenherrschaft ist verwerflich.

Freiheit für Wort und Schrift, für Verein und Versammlung, möglichst baldige Beseitigung der Fesseln für Wirtschaft und Verkehr führen zu neuem Aufstieg. Einlösung der von Reich, Staat und Gemeinde übernommenen Verpflichtungen, Fortzahlung sämtlicher Gehälter und Pensionen, Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit unter strenger Erfassung der Kriegsgewinne, schleunigste Einordnung der heimkehrenden Krieger in das Erwerbsleben, Versorgung der Kriegsbeschädigten, Schaffung ländlicher Heimstätten durch Aufteilung von Großgrundbesitz, weiteste soziale Fürsorge sind erforderlich, um die in einem Weltkrieg von mehr als vier Jahren angerichteten ungeheuren Wertzerstörungen auszugleichen.

In der schweren Zeit des Überganges ist die unbedingte Erhaltung der öffentlichen Ordnung, der Schutz von Leben und Eigentum und die Sicherstellung der Ernährung das höchste Gebot. Wer es erfüllen will, soll von uns unterstützt werden.

Unsere Freunde im Lande fordern wir auf, alle Kraft daran zu setzen, daß unser teures Vaterland aus der tiefen Erniedrigung, in die es durch die Schuld der Machtpolitiker geriet, sich stolz und zukunftsfroh erhebt, die Stellung in der Welt zurückgewinnt, die ihm nach seiner unerschöpflichen Geistes- und Wirtschaftskraft gebührt, und durch seine nationale Wiedergeburt zugleich den höchsten Menschheitszwecken dient."

16. November. Die Fortschrittliche Volkspartei in Baden veröffentlicht einen vom geschäftsführenden Ausschuß und ihren Landtagsfraktionen unterschriebenen Aufruf zum neuen Leben.

Eingangs wird darauf hingewiesen, daß der alte Obrigkeitsstaat zusammengebrochen ist und daß die Revolution die neue Grundlage geschaffen hat, auf der die Zukunft des freien deutschen Volkes aufgebaut werden soll. Die bürgerliche Demokratie stellt sich entschlossen auf diesen Boden. Sie will eine badische Republik als ein Glied der großen deutschen Republik, die den Traum der Väter und Großväter verwirklichen und ganz Deutschland einschließlich Deutsch-Österreich die Einheit und Freiheit bringen soll. Im einzelnen erhebt die Partei folgende Forderungen:

Ausbau der demokratischen Republik im Sinne der politischen und wirtschaftlichen Einheit unter Wahrung der kulturellen Selbständigkeit und Eigenart der Einzelstaaten, Beschränkung der Amtsdauer der vom Volk nicht bestätigten provisorischen Regierungen durch sofortige Wahlen und Zusammentritt der Nationalversammlung, nachträgliche Genehmigung der von den provisorischen Regierungen getroffenen gesetzgeberischen Maßnahmen durch die Nationalversammlungen, Einführung des Referendums und der Volksinitiative, völlige Gleichheit vor dem Gesetz, freies Recht der Persönlichkeit und der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, völlige Gewissensfreiheit, insbesondere auf dem Gebiet der Religion, der Schule und Erziehung, freier Zugang zu allen Quellen der Bildung und allen Gütern der Kultur für das gesamte Volk, weitgehende soziale und wirtschaftliche Reform: Achtstundentag, Verstaatlichung der dazu geeigneten und dem Gemeinwohl dienenden wirtschaftlichen Betriebe, staatliche Ausbeutung aller Naturschätze, der Wasserkräfte und Bergwerke, Aufteilung der Domänen und Stammgüter und des Großgrundbesitzes zur Schaffung eines gesunden, lebensfähigen Bauernstandes und zur Durchführung der inneren Kolonisation, großzügige Maßnahmen von Staat und Gemeinde zur Bekämpfung der Wohnungsnot, Neuordnung des Finanzwesens unter schärfster Erfassung der Kriegsgewinne, der großen Einkommen, Vermögen und Erbschaften, weitgehende, des deutschen Volkes würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten, der Kriegerwitwen und Kriegswaisen.

Zum Schluß wird gesagt, daß zur Erreichung dieses Zieles alle Kräfte zusammengefaßt und jede Zersplitterung vermieden werden muß. Die Losung der Partei sei die Sammlung der gesamten bürgerlichen Demokratie. Wer an die Zukunft der deutschen Republik glaube, dessen Pflicht sei es, sich zur Mitarbeit der Fortschrittlichen Volkspartei anzuschließen.

19. November. In einer zu Stuttgart abgehaltenen Sitzung des engeren Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs legt Finanzminister Liesching die Gründe dar, die ihn beim Eintritt in die Regierung geleitet haben. Konrad Haußmann erstattet Bericht über den Aufmarsch der Partei. Die Debatte ergibt vollständige Einmütigkeit in der grundsätzlichen und taktischen Auffassung wie in der Gestaltung des Programms. Es wird beschlossen, mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu treten. Geschlossen stellt sich der Ausschuß auf den Boden der rein demokratischen Staatsform. Die Vorbereitung der Wahlen wird sofort eingeleitet.

Deutsche demokratische Partei.

16. November. Eine Reihe demokratischer Männer, darunter Prof. Bonn, München, der frühere Staatssekretär Dernburg, Handelsminister Fischbeck, Prof. Franke, Prof. Berkner, Justizrat Junck, List-

Eßlingen, sowie Geheimrat v. Liszt, Frhr. v. Richthofen, Prof. Alfred Weber, Heidelberg, ferner Vertreter des „Berliner Tageblattes", der „Frankfurter Zeitung", des „Berliner Börsenkuriers", und auch der neue Staatssekretär des Innern Dr. Hugo Preuß veröffentlichen folgenden Aufruf an Männer und Frauen des neuen Deutschlands zur Gründung einer großen demokratischen Partei:

„Männer und Frauen des neuen Deutschland! Nach einem entsetzensreichen Kriege gehen wir durch die Wirren einer gewaltigen Revolution. Ein Staatssystem, das unbezwingbar schien, ist fast widerstandslos zusammengebrochen, die Dynastien sind beseitigt, die Säulen der alten Macht sind gestürzt. Das alles ist unrettbar tot. Niemand weckt es wieder auf.

Arbeiter und Soldaten haben durch die Kraft, die aus dem engen Zusammenhalten der Massen sich ergibt, diese Umwälzung herbeigeführt. Aber der Geist der Erneuerung hatte von überall, von allen Gruppen des Volkes her, seinen Aufflieg genommen, und überall hatte man begriffen, daß die Gewalten von gestern dem Untergang verfallen seien. Sollen Millionen Männer und Frauen, überrascht und erschreckt durch das revolutionäre Schauspiel, furchtsam sich in die Ecke drücken und tatenlos zusehen, wie die Ereignisse vorüberziehen? Das darf nicht geschehen.

Am 9. November sind auch die alten Parteiformen zerbrochen. Die lange pietätvoll gehüteten Parteiprogramme sind bedeutungslos geworden, und auch viele, die als Führer des geistigen Lebens galten, sind hinter dem Geschwindschritt der Geschichte zurückgeblieben und stehen seit langem dem Denken und Wollen der tatkräftiger vordringenden Generationen fern. Wir wünschen die Vereinigung all derjenigen Kreise, der Männer und Frauen, die heute nicht in Untätigkeit verharren, sondern die neugeschaffenen Tatsachen anerkennen und ihr Recht zur Mitwirkung betonen wollen. Was aus solcher Vereinigung hervorgehen muß, ist eine **große demokratische Partei für das einige Reich.**

Wir stellen heute kein Programm auf, aber durch gemeinsame Grundsätze müssen diejenigen, die sich uns anschließen wollen, verbunden sein.

Der erste Grundsatz besagt, daß wir uns auf den Boden der republikanischen Staatsform stellen, sie bei den Wahlen vertreten und den neuen Staat gegen jede Reaktion verteidigen wollen, daß aber eine unter allen nötigen Garantien gewählte Nationalversammlung die Entscheidung über die Verfassung treffen muß.

Der zweite Grundsatz besagt, daß wir die Freiheit nicht von der Ordnung, der Gesetzmäßigkeit und der politischen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen zu trennen vermögen und daß wir jeden bolschewistischen, reaktionären oder sonstigen Terror bekämpfen, dessen Sieg nichts anderes bedeuten würde als grauenvollstes Elend und die Feindschaft der ganzen zivilisierten, vom Rechtsgedanken erfüllten Welt.

Wir wissen, daß heute nur kühne Mittel helfen können und daß von allen Besitzenden große Opfer zu fordern sein werden, wenn aus dem Trümmerfelde eine glücklichere Zukunft sich erheben soll. Die Zeit erfordert die Gestaltung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie erfordert, für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Staatsdomänen aufzuteilen und zur Einschränkung des Großgrundbesitzes zu schreiten, damit das Bauerntum gestärkt und vermehrt werden kann. Notwendig sind stärkste Erfassung der Kriegsgewinne, einmalige progressive Vermögensabgabe, andere tiefgreifende Steuermaßnahmen, gesetzliche Garantierung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-

rechte, Sicherung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen, Stützung der selbständigen Mittelschicht, Freiheit für den Aufstieg der Tüchtigen und die internationale Durchführung eines sozialpolitischen Mindestprogramms. Wir verwerfen den lebensfremden, tötenden Doktrinarismus und sind überzeugt, daß alle Stände, Arbeiter wie Bürger und Bauern, sich nur dann wieder emporraffen können, wenn man die deutsche Wirtschaftspolitik vor bolschewistischen und bureaukratischen Experimenten bewahrt.

Viele andere Reformen werden mit starkem Hinwegschreiten über die seelenlos gewordenen Begriffe von gestern vollbracht werden müssen, um den neuen Staatsbau gesichert aufzurichten und mit einem hellen, wahrhaftigen Geiste zu erfüllen. Reformen können und dürfen nur durch die vom ganzen Volke gewählte gesetzgebende Versammlung geschaffen werden, nicht durch Willkür und Diktatur. Wir fordern zu den Vorbereitungen für die Nationalversammlung den Zusammenschluß all derjenigen, die eine Gewähr dafür bieten, daß sie durch die Gleichheit der Grundsätze uns nahestehen. Zur Mitarbeit an den großen Aufgaben der Zukunft, zur Sicherung der neuen Freiheit und zur Abwehr jeder Reaktion und jeder terroristischen Vergewaltigung rufen wir Deutschlands Männer und Frauen auf."

Anfang Dezember erläßt die neugegründete Partei folgenden Wahlaufruf:

„Das alte Regierungssystem in Deutschland ist zusammengebrochen. Drei Millionen Tote und Invalide, die Einbuße des größeren Teiles unseres Volksvermögens, der Verlust von Schiffahrt und Außenhandel, Hunger und Elend kennzeichnen das Trümmerfeld, das uns eine verfehlte äußere und innere Politik hinterlassen hat.

Die Bahn zum freien Volksstaat ist offen. Aber allzu lange schon dauert die mit der Revolution verbundene Unordnung und Gesetzlosigkeit. Erleben wir nicht die tägliche Bedrohung durch die Spartakus-Leute, die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens durch politische Streiks und sinnlose Lohnforderungen, die Losreißung deutscher Reichsgebiete durch die Polen, die würdelose Zersplitterung des Reiches im Innern? Wahrlich, die Geschicke Deutschlands sind schlecht aufgehoben, solange nicht Ordnung und Gesetzmäßigkeit wiederkehren.

In dieser Not können nur große Parteien wirksam am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten. In der Deutschen demokratischen Partei haben sich alle zusammengeschlossen, die, auf dem Boden der Republik stehend, bei den Wahlen zur Nationalversammlung das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern, noch der Sozialdemokratie allein überlassen wollen.

Wir verlangen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung mit größter Beschleunigung anberaumt werden.

Wir wollen die errungenen politischen Freiheiten nicht wieder preisgeben. Wir treten deshalb bei den Wahlen ein für die Errichtung einer deutschen Republik, in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des souveränen Volkes beruht. In ihr sollen die einzelnen deutschen Stämme ihre Eigenart selbständig und frei entwickeln können. Wir fordern die völlige Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung, ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis, und verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbständigkeit der Kirche.

Der ordentlichen Arbeit gebührt als Lohn ein auskömmliches, lebenswertes Dasein und Teilnahme an den Gütern der Kultur. Staatliche Anerkennung der Arbeiter- und Angestelltenverbände, obligatorisches Schiedsgericht sowie Gewährleistungen der durch Tarifverträge festgesetzten Arbeitsbedingungen, insbesondere auch der vereinbarten Mindestlöhne und Mindestgehälter, müssen hierzu verhelfen. Auch den wirtschaftlich Schwachen, vor allen den Kriegsbeschädigten, den Witwen und Waisen unserer Gefallenen muß der Staat eine menschenwürdige Existenz schaffen. Den Tüchtigen, dürfen weder Standesvorrechte noch Bureaukratismus, weder Geldmacht noch Klassenvorurteile am Aufstieg hindern. Der Staat hat allen Befähigten die gleiche Ausbildung auf Schule und Hochschule zu verbürgen. Denn nur der Tüchtige hat in einer freien Demokratie gerechten Anspruch auf Vorwärtskommen.

Notwendig ist eine wirklich soziale Steuerpolitik! Einmalige progressive Vermögensabgabe, auf angemessene Zeit verteilt. Gestaffelte Einkommensteuer unter möglichster Schonung der kinderreichen Familien, des Arbeitseinkommens und der kleinen Vermögen. Allgemeine Erbschaftssteuer für jeden größeren Nachlaß. Vor allem aber schärfste Erfassung der Kriegsgewinne. An diesem Kriege darf kein Deutscher sich bereichert haben.

Solche Lasten aber können nur getragen werden bei Aufrechterhaltung des Privateigentums und einer Wirtschaftsordnung, die das Interesse des einzelnen am Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit anspornt. Die unerhörte Verschuldung, der Mangel an Rohstoffen und die Zerstörung unseres Außenhandels bedrohen uns mit einer Wirtschaftskrise sonder gleichen. Nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern und Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten kann den Zusammenbruch verhindern. Darum verwerfen wir die von der Sozialdemokratie angestrebte Überführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Das Beispiel der Kriegsgesellschaften schreckt! Die Frage der Sozialisierung ist rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages erzielt werden kann. Keinesfalls dürfen Staatseingriffe in der Form der Bureaukratisierung des Wirtschaftslebens erfolgen.

Im Gegensatz zum Parteiprogramm der Sozialdemokratie sind wir von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des Handwerks und Kleinhandels überzeugt. Wir erstreben die Wiederaufrichtung des Handwerks durch schleunige Zuführung von Rohstoffen, Kreditbeschaffung und Fürsorge für das Lehrlingswesen.

Die politische und wirtschaftliche Stellung der Beamten muß auf zeitgemäßer Grundlage gesetzlich aufgebaut werden. Ihre Freiheit muß durch Ausbau des Beamtenrechts gesichert, die Erreichung auch der höchsten Amtsstellen den hierzu Geeigneten ermöglicht werden; wohlerworbene Rechte, besonders Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, müssen gewahrt, die Organisationen der Beamten anerkannt werden.

Auch die Bauern sind nicht untergegangen, wie die Sozialdemokratie prophezeit hat. Mehr denn je brauchen wir heute einen starken Bauernstand. Darum verlangen wir Beschränkung des Großgrundbesitzes, Beseitigung der Fideikommisse und aller ähnlichen feudalen Vorrechte. Der Erwerb von Grundbesitz muß auch den ländlichen Arbeitern durch eine planmäßige Siedlungspolitik erleichtert werden. Kein Wirtschaftszweig ist weniger geeignet zur Verstaatlichung als die Landwirtschaft. Der freie Bauer auf freiem Boden!

Militaristische Gewaltpolitik hüben und drüben hat uns in diesen Krieg geführt. Das Recht muß unter den Völkern herrschen. Wir verlangen eine auswärtige Politik, die getragen ist vom Geiste dauernden Friedens und Deutschlands Geltung in der Welt sichert.

Wir treten ein für einen Bund gleichberechtigter Völker, für internationale Schiedsgerichte und für eine gleichmäßige Beschränkung der Rüstungen. Im Heere verlangen wir die Beseitigung aller Privilegien.

Wir fordern Freiheit der Meere und freie Entwicklung von Handel und Schiffahrt. Der Außenhandel ist unentbehrlich zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Vermehrung der Erwerbsgelegenheiten unseres Volkes.

Vorbedingung für eine gute Auslandspolitik ist eine durchgreifende Reform des auswärtigen Dienstes. Die Rechte der Auslandsdeutschen und die Kolonialinteressen des deutschen Volkes müssen gewahrt werden. Wir verlangen bei den Friedensverhandlungen auch für uns das volle freie Selbstbestimmungsrecht, das wir den anderen Völkern zugestehen. Wir fordern, daß bei der Regelung der Nationalitätenfrage in Elsaß-Lothringen und in der Ostmark neben den nationalen auch die wirtschaftlichen, geographischen und kulturellen Beziehungen voll berücksichtigt werden. Gegen jede Verletzung dieses Selbstbestimmungsrechts, das auch den Deutschösterreichern gebührt, werden wir uns dauernd wehren. Wir treten ein für den gesetzlichen Schutz fremdsprachlicher Minderheiten in Deutschland und verlangen das gleiche Recht für die deutschen Minderheiten im Ausland.

Die Welt soll wissen, daß die Kraft der deutschen Nation in aller Zukunft nicht ausgeschaltet werden kann. Wir wollen, daß die Vertreter des deutschen Volkes stolz und aufrecht zur Friedenskonferenz gehen. Wir wollen, daß sie so sprechen, wie es den Abgesandten eines ungeheurer Übermacht unterlegenen, heute freien und selbständigen Volkes geziemt.

Wähler und Wählerinnen! In eure Hand ist eures Volkes Schicksal gelegt. Wer mit uns eintritt für eine demokratische Republik, für volle politische Gleichberechtigung, für die Abwehr jeder Gewaltherrschaft, für den Wiederaufbau des einigen deutschen Vaterlandes in freiheitlichem Geiste zu wirtschaftlicher und kultureller Größe, der stimme für die Deutsche demokratische Partei!"

17. November. In Bayern bildet sich nach einer Tagung der liberalen Arbeitsgemeinschaft zu München als Unterorganisation der Deutschen demokratischen Partei die Deutsche Volkspartei in Bayern, die folgenden Gründungsaufruf erläßt:

„Die alte Ordnung ist unter den Schlägen der Revolution zusammengebrochen. Auf neuen Grundlagen muß Bayern, muß Deutschland wieder aufgebaut werden. Das deutsche Volk ist damit vor ganz neue Aufgaben gestellt. Zu ihrer Erfüllung schließen wir uns im Dienst des gesamten Volkes zusammen. Wir bekennen uns freudig zum neuen freien Volksstaat. Die Dynastien, die trotz der Überlieferungen von Jahrhunderten wehrlos der Umwälzung zum Opfer gefallen sind, können nicht zurückgeführt werden, ohne die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufzubeschwören. Jeden Versuch, das Alte wiederherzustellen, lehnen wir deshalb ab. Ebenso aber verwahren wir uns auf das schärfste gegen jede einseitige Klassenherrschaft, gegen eine Diktatur, die die Rechtssicherheit gefährdet, das Vertrauen zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens untergräbt und die Gefahr der Einmischung des Auslandes heraufbeschwört.

Der jetzige, auf Gewalt beruhende Zustand muß alsbald in einen geordneten Rechtszustand übergeführt werden. Deshalb verlangen wir für

Bayern wie für das Reich die schleunigste Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Sie muß auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für alle volljährigen Männer und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gebildet werden. Zur Vorbereitung der Wahlen fordern wir volle Freiheit der Meinungsäußerungen in Wort und Schrift. Das Ergebnis der Wahlen muß für alle, auch für die revolutionäre Regierung, bindend sein.

Der verfassunggebenden Versammlung harren Aufgaben von einer Größe und Schwere wie noch niemals einer deutschen Volksvertretung. Für sie heute ein vollständiges Programm aufstellen zu wollen, wäre vermessen, wäre Volksbetrug; denn solange der Friede nicht abgeschlossen ist, solange die eiserne Faust der Feinde auf dem deutschen Vaterlande lastet und uns zu erdrosseln droht, ist die Zukunft viel zu dunkel und unsicher, um Forderungen für die Erneuerung unseres nationalen Lebens in allen Einzelheiten gestalten zu können.

Wir wollen hier nur zu den dringendsten Sorgen der Nation Stellung nehmen und in einigen Leitsätzen aussprechen, was die neue Partei Neues bringen soll.

1. Die dringendste Sorge ist, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten und die Gefahren einer ungeordneten Demobilisierung zu überwinden. Ohne strengste Ordnung können Lebensmittel- und Kohlenversorgung nicht durchgeführt werden. Die Lösung der Ordnung, das Versagen der Verwaltung würde für Millionen Hungern und Frieren bedeuten. Die Folgen wären Plünderungen, Anarchie und knechtende Einmischung des Auslandes. Wir alle müssen alles aufbieten, um dieses Äußerste unserem Volke zu ersparen. Wir fordern deshalb von unseren Freunden, daß sie sich, unbeschadet ihrer Überzeugung, überall den gegenwärtigen Machthabern zur Aufrechterhaltung der Ordnung und einer geregelten Verwaltung zur Verfügung stellen. Wir bitten sie zugleich noch um etwas anderes, nämlich unseren in geordneten Verbänden heimkehrenden Kriegern ein freundliches Willkommen zu bereiten. Dem siegreichen Heere würden die Massen laut zugejubelt und Lorbeeren im Überfluß gespendet haben. Den wackeren Truppen aber, die nach unerhörten Opfern und unsterblichen Taten heute wieder in die Heimat kommen, müssen wir doppelt herzlich zeigen, wie sehr wir es ihnen danken, daß sie in langen Jahren das Vaterland vor den Verheerungen des Krieges geschützt haben.

2. Vordringlich ist die rascheste Einordnung unserer heimkehrenden Krieger in das Erwerbsleben und die Sicherung der Kriegsbeschädigten gegen wirtschaftliche Not. Für den Wiederaufbau der unzähligen im Kriege vernichteten Existenzen müssen Mittel der Allgemeinheit im weitesten Umfang bereitgestellt werden. Um die drohende Arbeitslosigkeit und die durch den Krieg geschaffene Wohnungsnot zu bekämpfen, müssen Reich, Staat und Gemeinden zusammen helfen.

3. Unbedingt nötig ist es endlich, unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt sobald wie möglich wiederherzustellen. Nur damit können wir eine durchgreifende Sozialpolitik ermöglichen und verhindern, daß Millionen unserer Volksgenossen als Kulturdünger in fremde Länder auswandern müssen. So unvermeidlich es sein mag, die Zwangswirtschaft für unsere Ernährung und für Teile unserer Rohstoffversorgung noch längere Zeit fortzuführen, so dringend notwendig ist es, Wirtschaft und Verkehr alsbald von drückenden Fesseln zu befreien. Zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Panik sind die Kriegsanleihen unbedingt sicherzustellen.

Für unsere Stellungnahme zu den Aufgaben, die nach Friedensschluß zu lösen sind, werden die alten und unvergänglichen nationalen, freiheit-

lichen und sozialen Forderungen maßgebend sein, vor allem Freiheit der Gewissen und des Glaubens und der Religionsausübung.

Neue Forderungen aber stellt die neue Zeit, und alte Ideen erhalten ein neues Gesicht.

1. Wir hoffen, unsere deutsch-österreichischen Brüder im Reich willkommen heißen zu können. Das Großdeutschland, das wir schaffen wollen, soll nach außen neu erstarken und im Innern ein gesundes Gleichgewicht zwischen Nord und Süd herstellen. Wenn damit der bisher einseitig vorherrschende Einfluß Preußens auf das einem Bundesstaat angemessene Maß zurückgeführt wird, so wird das der inneren Geschlossenheit des deutschen Volkes dienen.

2. Wir heißen die Frauen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen in den öffentlichen Körperschaften wie im politischen Leben willkommen und wir sind gewillt, daraus zur Sicherung und Auswirkung der neu gewonnenen Gleichberechtigung im Rechts- und Wirtschaftsleben die gebotenen Folgerungen zu ziehen.

3. Wir werden nach wie vor die Freiheit des Wirtschaftslebens aufrecht erhalten und die von der Sozialdemokratie geforderte Vergesellschaftung aller Produktionsmittel entschieden ablehnen. Aber wir werden alsbald ans Werk gehen, um alle jene Produktionsmittel und Betriebe, die in den Händen des Einzelnen zu einer Ausbeutung der Gesamtheit für private Interessen führen, in den Besitz des Staates oder der Gemeinde überzuleiten.

4. Je stärker die Macht des Staates und aller Organisationen anwächst, um so wirksamer werden wir den Schutz der persönlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen gegen alle Übergriffe der Staatsgewalt und gegen jede Art von Terrorismus zu gestalten haben; denn nur dann wird ein freier Volksstaat der Gesamtheit zum Heil gereichen.

5. Um die in dem furchtbaren Kriege entstandenen Verluste an geistigen und sittlichen Kräften zu ersetzen, unser Volk zur vollen und bewußten Selbstbestimmung mit Selbstverantwortlichkeit zu erziehen, verlangen wir den einheitlichen und freiheitlichen Ausbau unseres gesamten Erziehungs- und Bildungswesens, das den Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten ermöglicht.

6. Die Erfüllung der unübersehbaren finanziellen Verpflichtungen des Reiches, der Staaten und der Gemeinden wird uns nötigen, alle Kräfte in schwerer, harter Arbeit anzuspannen. Müheloser Gewinn und besonders die aus der Not des Vaterlandes gezogenen ungeheuren Kriegsgewinne wird die Steuergesetzgebung streng zu erfassen haben. Bei den unvermeidlichen, harten steuerlichen Eingriffen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse werden wir darauf bedacht sein, auf das sorgsamste die Werte schaffende Arbeit zu schonen und den kostbarsten Besitz des Volkes, menschliche Arbeitskraft und menschliche Arbeitslust, durch versorgende Sozialpolitik zu pflegen.

7. Um die Produktionskraft des deutschen Bodens zu erhöhen und die gesunde soziale Gliederung des Volkes zu fördern, müssen wir tiefer als bisher in die Grundbesitzverteilung eingreifen. Die Aufhebung der Fideikommisse und die Aufteilung unwirtschaftlich angehäuften Großgrundbesitzes muß Bauernland und Siedlungsmöglichkeit gewinnen lassen.

8. Der Friedensschluß wird uns vor die ganz neue Aufgabe stellen, den deutschen Volksstaat in die Gemeinschaft des Völkerbundes einzugliedern. Voraussetzung dafür ist die volle Unabhängigkeit und die volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller seiner Glieder. Auf dieser Grundlage soll der Völkerbund die großen gemeinsamen Interessen der Völkergemeinschaft pflegen, die allgemeine Abrüstung durchführen und dauernden

Frieden durch Ausbau einer internationalen Rechtsordnung sichern. Unter sorgsamer Wahrung unserer nationalen Selbständigkeit und unserer nationalen Interessen gleichberechtigt dabei mitzuarbeiten, wird eine Aufgabe des deutschen Volkes und der neuen Deutschen Volkspartei sein.

Wir werden alsbald Anschluß suchen an eine auf unseren Grundsätzen im ganzen Reich aufgebaute Deusche Volkspartei und mit ihr zusammen zum Wohl des ganzen Vaterlandes wirken.

Wir wollen eine Volksgemeinschaft bilden, in welcher der einzelne Mensch in seinem Beruf, in Haus und Hof, der geistige wie der Handarbeiter für sich und die Seinen ein lebenswertes Dasein findet

In seiner Gesamtheit schreitet das Volk heute aus Elend und Not in eine Zukunft hinein, die es sich selbst aus eigener Kraft und aus eigenem Willen gestalten muß. Als freie Volksgenossen zeigen wir hierzu, im vollen Bewußtsein alles Schweren, das auf uns lastet, und doch hoffnungsvoll, freudig, im Bewußtsein der unverwüstlichen Kraft unseres Volkes den Weg.

Wer eines Sinnes mit uns ist, möge uns folgen!"

24. November. Die Fortschrittliche Volkspartei in Baden schließt sich mit allen ihren Ortsgruppen der Deutschen demokratischen Partei an und erläßt in allen badischen Blättern einen flammenden Aufruf, der eine völlige Absage an Berlin bedeutet.

In dem Aufrufe heißt es unter anderem, daß „die Ketten des preußischen Militarismus nicht deshalb gesprengt wurden, damit wir weiter unter der Knute der preußischen Anarchie seufzen. Haben unsere badischen Söhne und Brüder deshalb geblutet, damit uns jetzt die bolschewistische Berliner Klassendiktatur zum Brudermorde treibt? Wollen wir die Sklaven der Berliner werden, wollen wir warten, bis Liebknecht nach dem Vorbild seiner russischen Freunde noch mehr Maschinengewehre in die Hände bekommt und uns der Hunger zugrunde gehen läßt? Nein, dreimal nein! Ihr Badener schließt die Reihen, der innere Feind sitzt in Berlin. Die Parole muß heißen: los von Berlin und gegen Berlin!« Aber euch Brüder in Württemberg, Bayern, Österreich, in Hessen und am Rhein grüßen wir bewegten Herzens. Preußischer Militarismus und Berliner Anarchie sind uns gleich wert."

6. Dezember. Von der Leitung der Deutschen Volkspartei in Bayern (Deutsche demokratische Partei) ergeht folgender Aufruf an die Bürgerschaft:

„Die Deutsche Volkspartei in Bayern ist eine Partei der Freiheit und zugleich eine Partei der Ordnung; sie steht auf dem Boden des Volksstaates. Wir wahren unsere Selbständigkeit als Partei gleichmäßig nach rechts und nach links. Wir werden mit der Linken gehen, wenn es gilt, die demokratischen Grundlagen des Staates aufzubauen, und mit der Rechten, wenn es nötig ist, die bürgerliche Gesellschaft vor überstürzten sozialistischen Experimenten zu bewahren.

Wir scheuen nicht zurück vor starken staatlichen Eingriffen in den großen Besitz und in große Gesellschaftsbetriebe, aber wir wollen das private Eigentum und die wirtschaftliche Freiheit gegen wahllose Vergesellschaftung schützen. Der Unternehmungsgeist des freien Kaufmanns, die Werkstatt des selbständigen Gewerbetreibenden, die eigene Wirtschaft des Bauern auf freier Scholle sollen vor den zerstörenden Zugriffen kommunistischer Fanatiker sicher sein.

Wir wollen gute Bauern- und Arbeiterpolitik treiben; aber wir rufen zum Kampfe auf, wenn das eigentliche Bürgertum ganz ausgeschaltet werden

soll. Wir wollen einen umfassenden Ausbau der Sozialgesetzgebung, aber wir wollen die persönliche Unabhängigkeit und den persönlichen Unternehmungsgeist nicht einer neuen sozialpolitischen Bureaukratie zum Opfer bringen.

Wir kämpfen für die persönliche Freiheit und für die geistige Freiheit gegen Gewaltherrschaft in jeder Gestalt, komme sie von oben oder von unten. Wir wollen nicht dulden, daß der Terrorismus der Industriemagnaten abgelöst werde durch den Terrorismus der Straße. Wir wollen den Militarismus des preußischen Junkertums nicht gegen den Militarismus der Soldatenräte vertauschen. Wir wollen nicht aus der Monarchie in die Anarchie geführt werden.

Wir treten ein für ein freies, einiges Großdeutschland. Dasselbe darf kein Großpreußen sein, aber in tiefer Empörung protestieren wir gegen den Ruf »los vom Reich«.

Wir wollen Gerechtigkeit gegen andere Völker üben, aber zugleich unsere nationale Ehre und Würde hochhalten, in den Zeiten nationaler Not noch mehr als in den Zeiten des Glanzes.

Wir fordern die rascheste Beseitigung des jetzigen Zustandes einer gesetzlosen Klassendiktatur und verlangen deshalb schleunige Wahl verfassunggebender Versammlungen im Reich und in Bayern."

In Württemberg erläßt am selben Tage die Landesorganisation der Deutschen demokratischen Partei durch ihren Hauptausschuß folgenden Aufruf:

„Württemberger! Das Volk ist aufgerufen zur Volkswahl, die den Volksstaat begründet und unsere Zukunft bestimmt.

Die Ereignisse folgten sich Schlag auf Schlag. Die Feinde einer ganzen Welt waren übermächtig. Die Politik Deutschlands war nicht vorausschauend, weder im Frieden, noch im Krieg.

Der Krieg ist verloren, der Staat ist erschüttert, der Kaiser hat seine Krone eingebüßt und die Fürsten Deutschlands in seinem Sturz mitgerissen. Die Republik ist ausgerufen. Das Heer kehrt zurück in die leidende Heimat. Der Feind hat den Waffenstillstand verzögert, um die natürliche und die künstliche Gärung zu steigern. Er erpreßt den härtesten Frieden, droht einzurücken und will deutsches Gebiet abreißen.

Nie hat das Vaterland seine Söhne nötiger gebraucht. Es gilt, Deutschland aufzubauen.

Die Aufgabe ist groß und lastend, wie der Übermut des brutalen Feindes; auch im Innern versuchen die Nachahmer des Bolschewismus, der Rußland zugrunde gerichtet hat, Deutschland zu zerrütten und zu zerfleischen. Sie lähmen den Regierungswillen und den Arbeitswillen in dem Augenblick höchster Gefahr; sie untergraben den Kredit, sie diskreditieren die neue Freiheit und schufen durch die Verschleppung der Volkswahl dem Feind einen willkommenen Grund zur Verschleppung des Friedens.

Das deutsche Volk aber dürstet nach Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit, diesen Quellen der Kraft und der Sicherheit.

Um die Freiheit zu begründen, müssen wir sie gegen jedermann verteidigen.

Mitbürger, Mitbürgerinnen! Die Stunde fordert Einigkeit des Willens und des Handelns. Jeder muß Farbe bekennen und Partei ergreifen.

Die freiheitlich gesinnten Staatsbürger in ganz Deutschland haben sich vereinigt zu einer einzigen großen demokratischen Partei. Dem öffentlichen Leben soll sie Kraft, Klarheit und Richtung geben.

In der »Deutschen demokratischen Partei« arbeiten freiheitlich zusammen die Mitglieder der Volkspartei, deren Väter 1848 für Freiheit und Einheit stritten, die Liberalen der Nationalliberalen Partei, die von der Notwendigkeit einer demokratischen Politik sich überzeugt haben, und die Männer, die Frauen und die Jungen, die neu in das politische Leben einzutreten für ihre Pflicht erkennen.

Männer und Frauen! Wir kämpfen einen guten Kampf für Deutschland und die Reichseinheit, für Frieden und Freistaat, für Volksbildung und Staatsvereinfachung, für Fortschritt und Wirtschaftlichkeit, für Klassenversöhnung und schrittweise Sozialisierung, für guten Verdienst und menschenwürdiges Dasein, für Arbeiterschutz und gegenseitige Abrüstung, für Völkerbund und Vaterland.

Das Reich muß sich verjüngen. Ein Bundesstaat mit Österreich. Raum für den süddeutschen Freiheitssinn ohne Berliner Zentralisation!

Kein Krieg und keine Klassenherrschaft! Friede auch im Innern! Fort mit jeder Diktatur! Schutz dem Volkswillen, Schutz der Gewissensfreiheit und jedem religiösen Bekenntnis, Schutz der persönlichen Freiheit und dem Eigentum, wo es nicht die Allgemeinheit schädigt.

Soldaten und Bauern, Arbeiter und Bürger, Frauen und Mütter! Ihr alle verlangt mit uns, daß der Staat euch schütze besser als bisher. Ihr verlangt, daß er die Staatslasten mit unerbittlicher Gerechtigkeit verteilt und die Lebensbedingungen auch der Unbemittelten so gestaltet, daß jeder fähige und fleißige Arbeiter sich das eigene Heim aufbauen kann.

Das sind Menschheitsziele, würdig des Volksstaats, der den Volkswillen vertritt, wenn er die Würde des Reiches wahrnimmt nach innen wie nach außen.

Landsleute! Unser Vaterland und in ihm unser Württemberg kann und muß durch die politische, wirtschaftliche und geistige Arbeit seiner Bürger emporgeführt werden in eine schönere Zukunft.

Dazu hilft jeder, der eintritt in unsere Reihen."

19. Dezember. Eine Reihe von nationalliberalen Führern erläßt einen Aufruf zum Anschluß an die Demokratische Partei, worin es heißt, daß nur auf dem tatsächlich gegebenen Boden der deutschen Republik und auf demokratischer Grundlage der Wiederaufbau des Reiches ins Werk gesetzt werden könne. Nur eine regierungsfähige Mehrheit in der Nationalversammlung könne das Deutschland drohende Unglück abwenden. Je mehr aber das deutsche Bürgertum in Parteien gespalten sei, um so schwerer sei dies zu erreichen.

„Deshalb", so heißt es weiter, „sind wir dem Drängen zahlreicher Parteifreunde aus allen Gauen des Reiches nach einem festeren Zusammenschluß der freiheitlich gesinnten Kreise unseres Volkes gefolgt und haben uns mit anderen auf demokratischer Grundlage stehenden Organisationen unter Hintansetzung bisher bestehender Gegensätze zur Deutschen demokratischen Partei vereinigt. Ausschlaggebend war für uns, daß in einem Staate der Volksherrschaft nur große Parteien den Willen ihrer Wähler verwirklichen können. Die Deutsche demokratische Partei hat mehr als jede bloße Fortsetzung der alten Parteien die Aussicht, die gewaltigen Scharen der frischen Wählerschichten der Frauen und der Jugend in sich zu vereinigen, die ohne Verständnis für alten Zwist, mit offenem Sinn für neue Gedanken in das

politische Leben hineinströmen. Wir trauen ihr zu, daß sie die große Partei ist, die, alle Schichten des Volkes umfassend, jede einseitige Klassenherrschaft verhindert."

Der Aufruf, der an alle Parteifreunde im Lande die Mahnung richtet, dem gegebenen Beispiel schnell zu folgen, ist von folgenden Abgeordneten des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses unterschrieben: Dr. Blankenburg, Dr. Bollert, Dr. Böhme, v. Bülow, Dumrath, Dr. Friedberg, Grund, Ickler, Dr. Junck, Keinath, Krüger, Liepmann, List, Ludewig, Lucas, Lusensky, Otto, Frhr. v. Richthofen, Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath, Schröder, Trittel, Wachhorst de Wente, außerdem vom Staatsminister a. D. Nitzschke-Dresden und dem Staatssekretär des Reichsschatzamts Schiffer.

Am selben Tage wird in einer vom Landesverband der Fortschrittlichen Volkspartei für Hessen einberufenen Versammlung beschlossen, sich von jetzt an „Landesverband der Deutschen demokratischen Partei in Hessen" zu nennen und sich an die Reichsorganisation anzuschließen.

20. Dezember. Die Deutsche demokratische Partei richtet an die Deutschen Österreichs folgenden Aufruf:

„Der alte österreichische Staat der Habsburger hat diesen Weltkrieg nicht zu überstehen vermocht. Seine übernationale Gestaltung konnte nicht mehr den Anschauungen seiner Bevölkerung entsprechen. Auch des deutschen Reiches Grenzen und Aufbau sind durch den tragischen Ausgang des Weltkrieges aufs tiefste erschüttert worden. Das Deutsche Reich aber ist ein nationaler Staat, und so wird er sich auch gegenüber den schwersten Angriffen von außen trotz der größten inneren Umwälzungen zu behaupten vermögen. Die Einheit deutschen Blutes, deutscher Sprache und deutschen Lebens wird auch hier sich bewähren. Wir bekennen uns zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber wir fordern es auch für alle Deutschen. So ruht das Schicksal unserer ganzen Nation in unseren eigenen Händen.

Jetzt oder nie gilt es, das ganze deutsche Volk in einer Staats- und Lebensgemeinschaft zusammenzufassen. Niemand soll vergewaltigt werden. Aber keinem Deutschen und keinem Land darf das Recht beschränkt werden, sich dem großen Deutschen Reich anzuschließen. Die Schlesier, Obersachsen und Oberfranken in den Sudetenländern, die Deutschen Südtirols und der Südalpen gehören zum geschlossenen deutschen Sprachgebiet. Bozen und Meran werden stets deutsch bleiben. Gegen jeden Versuch, allen diesen Deutschen des ehemaligen österreichischen Staates Gewalt anzutun, werden wir nie aufhören zu protestieren und an das Gewissen der Menschheit zu appellieren. Auch die neue deutsche Republik wird die Stammeseigentümlichkeiten achten und die landschaftliche Selbstverwaltung wahren. Kein bureaukratischer Zentralismus darf das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der deutschen Stämme und der deutschen Landschaften beeinträchtigen.

Die Deutschen Österreich-Ungarns werden frei über die Gestaltung ihrer inneren Verhältnisse zu bestimmen haben. Wien, das aufgehört hat, Hauptstadt einer Großmacht zu sein, darf nicht sinken. Wien war stets ein Pionier des Deutschtums. Wien muß auch fernerhin der Vorort Deutschlands im Südosten bleiben. Schon dank seiner verkehrspolitischen Lage muß der Handel Deutschlands nach dem Osten über Wien gehen. Die Trennung der Deutschen Österreichs vom gemeinsamen Vaterland war stets unnatürlich. Der neue demokratische Staat wäre unvollkommen, wenn ihm die Deutschen Österreichs fernblieben. Nur in gemeinsamer Arbeit aller

Deutschen werden wir die politische Stellung des Deutschtums in der Welt und unsere wirtschaftlichen und kulturellen Güter dauernd behalten können.

Die Deutschen Österreichs haben sich durch Beschluß der Nationalversammlung dem Deutschen Reich angeschlossen. Die Deutsche demokratische Partei heißt sie von Herzen willkommen.

Die Deutsche demokratische Partei:
J. A.: gez. Fischbeck, Gustav Hartmann, Dr. Naumann, Remmers, Frhr. v. Richthofen, Dr. Max Weber."

21.—22. Dezember. In Nürnberg tritt der konstituierende Parteitag der bayrischen Demokratie unter Vorsitz von Dr. Hohmann-München zusammen. Einstimmig wird der Anschluß an die Deutsche demokratische Partei im Reich beschlossen, wobei vorläufig der Name „Deutsche Volkspartei in Bayern" mit dem Untertitel „Deutsche demokratische Partei" beibehalten werden soll.

Hierauf erläutert Prof. Dr. Quidde eingehend das neue Landtagswahlrecht und widerspricht unter lebhafter Zustimmung jeder Listenverbindung. Man müsse unter allen Umständen freie Hand nach rechts und links behalten, vor allem sei jede wahltaktische Vereinbarung mit dem Zentrum abzulehnen, da eine solche Sammelpolitik nur die Reaktion stark machen, die entschieden demokratischen Kreise des Bürgertums in das sozialdemokratische Lager abdrängen und innerhalb der Sozialdemokratie den radikalen Einfluß vermehren würde. — Oberbürgermeister Dr. Geßler (Nürnberg) spricht über die politische Lage und die Aufgaben der Parlamente in Bayern und im Reiche.

Die große Gefahr der kommenden Parlamente sei, daß sie sich in unfruchtbare Debatten verlieren. Ihre erste und wichtigste Aufgabe sei die Schaffung einer regierungsfähigen Regierung. In Bayern werde keine der beiden großen Parteien, weder das Zentrum, noch die Sozialdemokratie, eine solche Mehrheit erhalten können, daß sie ein reines Parteiministerium bilden würde. Dann käme die Bildung einer Koalitionsregierung in Frage. Es sei die höchste Zeit, daß die Disziplin restlos wiederhergestellt werde. Dazu sei es nötig, das Verhältnis zu den Arbeiter- und Soldatenräten und deren Kompetenzen endgültig klarzustellen. Dringend notwendig sei die Wiederaufnahme des Staatskredits in Bayern und im Reiche. Die einzige Möglichkeit, aus dem Finanzelend herauszukommen, sei die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reiche sei ziemlich anarchistisch geworden. Es sei erforderlich, daß Bayern und Süddeutschland überhaupt beim Aufbau des Reiches genügend zum Einfluß kommen. Vom richtigen Aufbau der Verfassung hänge Leben und Sterben einer Nation ab.

Am zweiten Verhandlungstage bespricht man u. a. die Trennung von Kirche und Staat. Abg. Dr. Dirr führt aus, daß bei der Abgrenzung der staatlichen und der kirchlichen Befugnisse die weitestgehende Rücksicht auf die religiösen und kirchlichen Bedürfnisse der Bevölkerung genommen werden müsse bei aller Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte und bei aller Abwehr freiheitsfeindlicher klerikal-

politischer Machtbestrebungen. Grundsätzlich aber sei zu betonen, die Schule ist eine Angelegenheit der Volksgesamtheit: sie untersteht daher einer staatlichen Fachaufsicht. — Bei der Erörterung der Beamtenfragen betont Oberbürgermeister Dr. Geßler (Nürnberg), daß es mit den wirtschaftlichen Forderungen der einzelnen Beamtenklassen angesichts der finanziellen Notlage des Vaterlandes ein Ende haben müsse. Allen Schichten des Volkes müsse endlich zum Bewußtsein kommen, daß die Ansprüche an den Staat hinter die Pflichten gegen den Staat zurückzutreten hätten.

Nach Erledigung verschiedener organisatorischer Fragen beschließt man, folgenden Wahlaufruf zu erlassen:

„In diesen Tagen beginnt ein neuer Abschnitt deutscher Geschichte. Für die Entscheidung, die bei diesen Wahlen fallen wird, rufen wir alle freiheitlichen Männer und Frauen auf.

Um was handelt es sich? Es handelt sich darum, daß Ruhe und Ordnung wiederkehrt, daß Anarchie und Bürgerkrieg verhütet wird und daß die Bahnen einer gesetzmäßigen Entwicklung wiedergefunden werden. Das ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau des Reiches.

Es handelt sich darum, daß der Aufbau nach außen und nach innen als eine vaterländische Angelegenheit von allen Staatsbürgern begriffen wird.

Wir stehen auf dem Boden der Einheit des Reiches und ersehnen ein Großdeutschland mit Einschluß der deutsch-österreichischen Brüder.

Wir bekämpfen um unserer staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung willen jeden engherzigen Partikularismus, lehnen aber die Vorherrschaft eines einzelnen Bundesstaates, wie sie in der Vergangenheit Preußen besaß, ab. Die besonderen wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Bundesstaaten, insbesondere Bayerns, müssen voll berücksichtigt werden.

Wir stehen weiter auf dem Boden des freien Volksstaates. Wir wollen den demokratischen und sozialen Aufbau dieses Staates in Regierung, Verwaltung, Recht und Wirtschaft. Die Gleichberechtigung aller Staatsbürger soll endlich durchgeführt werden, die Bildung nicht nur ein Vorrecht des Besitzenden, sondern allen begabten Kindern des Volkes zugänglich sein. Glaubens- und Gewissensfreiheit muß gerade in unserer Zeit hochgehalten und geschützt werden. Eine Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche muß so erfolgen, daß dabei die religiösen Empfindungen des Volkes geschont und die Vermögensrechte der kirchlichen Gemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben gewahrt werden. Dem Staate als Kulturinstitut obliegt auch mit die Sorge für die Pflege der religiösen Bedürfnisse. Wir verlangen wahre Freiheit für alle Staatsbürger und bekämpfen die Unterdrückung der Freiheit durch Gewalt, die, gleichgültig, ob von oben oder von unten her, Unfreiheit und Reaktion bedeutet. Wir fordern Schutz für die Durchführung freier Wahlen und fordern Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahlen.

Die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau, die wir insbesondere im Hinblick auf ihre opfervolle Mitarbeit in der Kriegszeit als ein Gebot der Gerechtigkeit empfinden, begrüßen wir. Wir erwarten von ihrem Eintritt ins politische Leben die feste Verankerung unserer freiheitlichen demokratischen Gedanken in der Familie wie in den Herzen der heranwachsenden Jugend.

Als Voraussetzung für alle sozialen Reformen muß das deutsche Wirtschaftsleben so schnell wie möglich wieder aufgebaut werden. Das ganze Volk muß eine Arbeitsgemeinschaft mit dem größten Nutzeffekt bilden, welche von oben bis unten mit technischem und kaufmännischem Intellekt durchsetzt ist. Die Tatkraft des Unternehmers in Handel und Industrie muß sich entfalten können. Der Arbeiterschaft muß eine erhöhte Teilnahme an dem Ertrag ihrer Arbeit und ein Mitbestimmungsrecht im Wirtschaftsleben gewährt werden. Sie hat aber kein Interesse an einer bureaukratischen Ertötung der Wirtschaft. Darum lehnen wir die wahllose allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ab, wie sie in dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie gefordert wird. Wir sind aber bereit, da, wo die wirtschaftliche Entwicklung zu Privatmonopolen geführt hat, die die Gesamtheit zugunsten einiger wenigen ausbeuten, die Allgemeinheit an dem Ertrag und Gewinn dieser Arbeit durch Überführung in die Hände der Gesamtheit und durch eine soziale Steuerpolitik zu beteiligen. Die Steuern müssen nach dem strengsten Maßstab der Leistungsfähigkeit und vom Standpunkt gesunder Bevölkerungspolitik unter Berücksichtigung der Familiengründung und Kinderzahl bestimmt werden.

Für Arbeiter, Angestellte und Privatbeamte fordern wir ein *modernes Arbeitsrecht*. Durch planmäßige Dezentralisation der Industrie soll die einseitige Entwicklung zum Riesenbetrieb verhindert, soll die Zahl der selbständigen Existenzen vermehrt werden. Das gilt auch für das Handwerk, das im Krieg besonders schwer gelitten hat und Anspruch auf staatliche und gemeindliche Hilfe für seinen Wiederaufbau besitzt. Durch genossenschaftlichen Zusammenschluß und gute Fachausbildung kann es sich im Wirtschaftskampfe erhalten.

Die *Wohnungsfrage* ist in ihrer tiefgreifenden Bedeutung für das Familienleben eine Kulturfrage ersten Ranges. Wir kämpfen gegen Bodenspekulation und für ein Heimstättenrecht namentlich im Interesse des Wiederaufbaues der Existenzen der Kriegsbeschädigten.

Eine *Vermehrung des Bauernstandes* auf Kosten der Fideikommisse und des allzu großen Grundbesitzes ist im Interesse unserer Volksernährung eine Notwendigkeit. Es gilt, ein großzügiges Programm der inneren Kolonisation aufzustellen und bald durchzuführen. Mehr freie Bauern auf freier Scholle! Dem Bauern gebührt, wie dem Arbeiter, sein gerechter Lohn.

Unser *Beamten- und Lehrerstand* blickt mit Sorge in die Zukunft; wir müssen seine Ansprüche sichern und die Unwiderruflichkeit der Anstellung festhalten. Wir können ihn nicht wechselnder Parteiherrschaft ausliefern. An der Erhaltung und dem Schutz der freien Berufe hat der Staat ein großes Interesse. Wir wollen nicht das Heer der Abhängigen vermehren. Wir treten ein für die Wahrung der Rechte der Berufssoldaten aller Grade.

Über allen Ständen und ihren sich oft widerstreitenden Interessen steht der Staat. Wir sind keine Standes- und keine Klassenpartei, wir lehnen den Klassenkampf ab. An den Staat, seine Erneuerung, seine Wiedergeburt denken wir bei aller unserer Arbeit. Noch einmal soll unser deutsches Volk, das der Welt aus dem Schatze seines Könnens und Wissens viel geschenkt hat, aufsteigen. Es wird, so hoffen wir, seinen Platz in der Welt wiedergewinnen, wenn es in neuem Geist, in ehrlichem Willen sich in die *Gemeinschaft der Völker* einordnet, freiwillig und gleichberechtigt mit den anderen. Es gilt, die Wunden des Krieges zu heilen am einzelnen Menschen, der seine persönlichen Opfer gebracht hat, wie an der Wirtschaft

des Ganzen. Dazu ist ein Gemeinsinn notwendig, der durch Weckung starker sittlicher Kräfte entstehen muß. In diesem Sinne fordern wir eine Staatsgesinnung, die über das Heute hinaussieht und freudig ihre Kräfte der Allgemeinheit gibt.

Wir ziehen als eine geschlossene neue Partei, die Zusammenfassung der freiheitlichen Kräfte des Gesamtbürgertums, als ein Glied der großen demokratischen Partei des Deutschen Reiches in diesen Kampf.

Es geht um alles, es geht um Freiheit und Ordnung, um Fortschritt und Kultur, um Staat und Volk. Als eine Partei der Staatserhaltung im besten Sinne des Wortes zeigen wir einen Weg in eine bessere deutsche Zukunft. Wer mit uns eines Sinnes ist, der schließe sich an!"

28. Dezember. Die Deutsche demokratische Partei veröffentlicht folgendes Handwerkerprogramm:

„Die Deutsche demokratische Partei, von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des Handwerks und Kleinhandels überzeugt, fordert die Wiederaufrichtung des Handwerks durch die Zuführung von Arbeit, Rohstoff und Kredit. Zur dauernden Erhaltung eines kräftigen gewerblichen Mittelstandes verlangt sie weitgehende berufliche Selbstverwaltung, freiheitlichen Ausbau der Handwerkskammern, Innungen und sonstiger Berufsverbände, freie Bahn für die Entfaltung des Genossenschaftswesens, Änderung des öffentlichen Verdingungswesens auf der Grundlage des angemessenen Preises, ausreichenden Schutz gegen den Wettbewerb der Gefängnisarbeit und der öffentlichen Regiebetriebe, Hebung der technischen und kaufmännischen Leistungsfähigkeit des Handwerks, Aufrechterhaltung der Handwerkslehre, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, Mitwirkung der Berufsvertretungen am Fach- und Fortbildungsschulwesen, Meisterkurse. Die zur Wiederaufnahme der Bautätigkeit erforderlichen Maßnahmen sind schleunigst zu treffen."

An das deutsche Landvolk erläßt die Deutsche demokratische Partei nachstehenden Aufruf:

„Verbündet mit dem Deutschen Bauernbund, zieht die Deutsche demokratische Partei in den die deutsche Zukunft bestimmenden Wahlkampf. In dieser Stunde bekennen wir uns zu der Notwendigkeit eines starken und gesunden deutschen Landvolkes, das, unter auskömmlichen Verhältnissen auf eigener Scholle sitzend, dem vaterländischen Boden in zähem Fleiße die Früchte abgewinnt, deren die Gesamtheit bedarf. In Bauern und Landarbeitern erkennen wir den unversieglichen Jungbrunnen, den in seiner Kraft zu erhalten die erste Aufgabe einer besonnenen und vorsorglichen Staatspolitik sein muß. Niemals darf die Rücksicht auf andere Interessen dem Staatsganzen die Grundlage einer lohnenden und vorwärtsstrebenden Landwirtschaft entziehen.

Mehr denn je wird nach diesem Kriege angesichts der Erschwernisse unseres industriellen Lebens und des Auslandsabsatzes die heimische Urproduktion und mit ihr die Landwirtschaft als das Fundament unseres Wiederaufbaues dastehen. Diese Grundlage durch umfangreiche Siedelung, welche auch für die Städte lohnende Absatzmärkte schafft, zu verstärken und durch zweckmäßige Reform des Boden-, Hypotheken- und Erwerbsrechts gesund zu erhalten, wird die Hauptaufgabe deutscher Agrarpolitik sein. Alle Hindernisse, die dem entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Veraltete Feudalrechte und Fideikommisse müssen fallen. Ein verändertes demokratisches Wahlrecht zu den Kreistagen muß die Gleichberechtigung der breiten Massen der Landbevölkerung sicherstellen und ihr Selbstgefühl heben. Die Sonder-

stellung der Gutsbezirke muß fallen; in freier Wahl sollen die Gemeinden ihre Geistlichen bestimmen. Die Befugnisse der Amtsvorsteher sind nach dem Muster der westlichen Provinzen den Gemeindevorstehern zu übertragen. Dem Holzwucher der großen Privatwaldbesitzer ist nachdrücklich entgegenzutreten; die Wälder sind für Zwecke der Allgemeinheit mehr als bisher nutzbar zu machen, den Waldarbeitern auskömmliche Bedingungen zu schaffen; der notwendige Holzschlag ist, wo es erforderlich ist, zwangsweise anzuordnen, der Wildschaden durch ausreichenden Abschuß zu verhüten und unter allen Umständen voll zu entschädigen.

Nicht überkommene Herrenansprüche sollen für die Führung in der Landwirtschaft maßgebend sein, sondern nur Tüchtigkeit und persönliche Leistung. Dem Landarbeiter muß der Erwerb von Eigenland erleichtert werden durch ausreichende und zweckmäßige Entlöhnung, die ihn an dem Ertrag der Wirtschaft beteiligt; durch gesunde und ausreichende Wohnungen ist die Neigung zur Landarbeit zu heben. Übermäßige Ausbeutung muß verhindert, aber die phantastischen Pläne einer Verwirklichung des Achtstundentages auf dem flachen Lande müssen abgewiesen werden.

In der Versicherungsgesetzgebung sind dem Lande die gleichen Vorteile wie der städtischen Bevölkerung zuzuwenden; insbesondere gilt dies für den Wöchnerinnenschutz. Nicht vom grünen Tische aus sind die das flache Land betreffenden Gesetze und Maßnahmen zu schaffen und durchzuführen, sondern in lebendiger Beziehung mit der Landbevölkerung und nach dem Rat geeigneter landwirtschaftlicher Sachverständiger. Hinweg mit der Zwangswirtschaft; sie hat so rasch wie möglich der freien wirtschaftlichen Betätigung Platz zu machen!

In der Liebe zur eigenen Scholle und in der Gewißheit, sie den Kindern zu vererben, erblicken wir die schöpferischen Kräfte höchster Ertragssteigerung. Deshalb fort mit allen Eingriffen in das ländliche Privateigentum; keine Zusammenlegung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, wie dies von sozialistischer Seite gewünscht wird, aber Aufteilung landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes überall da, wo diese Aufteilung wirtschaftlich und sozial geboten erscheint. Durch Mustergüter, Verbesserung und Vermehrung der landwirtschaftlichen Fach- und Fortbildungsschulen, auch für die weibliche Jugend, durch weitgehende Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und andere Maßnahmen ist die Produktivität der Landwirtschaft in jeder Weise zu fördern. Eine gerechte Steuerpolitik muß gleiche Grundlagen schaffen für den freien Konkurrenzkampf zwischen landwirtschaftlichem Klein- und Großbetrieb; die bisherige Minderbelastung der landwirtschaftlichen Großbetriebe muß fallen, die veraltete Bodenklasseneinteilung ist nachzuprüfen und die gleiche Bodenqualität gleichmäßig hoch zu besteuern bei Klein- und Großbetrieb.

Ein freies Landvolk auf eigener Scholle, eine starke leistungsfähige Landwirtschaft, das sind die Ziele, denen die Partei nachstrebt. Frei von allen sozialistischen Übertreibungen tritt die Partei auf gegen alle Vorrechte der ländlichen Herrenschicht. Auf! Männer und Frauen des flachen Landes, schart euch um das Banner der Deutschen demokratischen Partei!"

Deutsch-hannoversche Partei.

Anfang Dezember veröffentlicht die Deutsch-hannoversche Partei folgenden Aufruf an alle Hannoveraner:

„Zwei Fragen von alles überragender Bedeutung beschäftigen zurzeit jeden Hannoveraner:

1. Soll Deutschland eine von Berlin aus regierte Einheitsrepublik werden? oder soll Deutschland seiner Natur gemäß und seiner geschichtlichen Entwicklung entsprechend als ein Bundesstaat organisiert bleiben?
2. Soll unser Hannoverland wieder ein freier gleichberechtigter Bundesstaat werden? oder soll es weiter von der Berliner Zentrale der Einheitsrepublik vergewaltigt werden?

Das bisher herrschende Preußentum machte durch Schule und Vereine sowie durch die Berliner Zeitungen aller Parteirichtungen die von ihm unterdrückten Stämme glauben, ihr natürliches Streben nach Freiheit und Gleichberechtigung sei rückständig, »partikularistisch«. Daher ist diese Auffassung tief in das Volk eingedrungen. Auch viele der augenblicklichen sozialistischen Machthaber können sich noch immer nicht davon freimachen. Sie stimmen zu, wenn die Berliner jetzt Deutschland zu einer Einheitsrepublik machen wollen. Von Berlin aus soll nach seitherigem preußischen Muster ganz Deutschland nach einheitlichen Gesetzen und Methoden regiert werden. Das ist gegen die Natur des deutschen Volkes. In der ganzen Welt erkennt man das Recht der Völker auf Selbständigkeit an. In Deutschland aber will das »rote Berlin« die Selbständigkeit der deutschen Stämme und damit die Grundlage der reichen Mannigfaltigkeit des deutschen Kulturlebens zugunsten einer unverständigen, mechanischen Gleichmacherei beseitigen!

Niemand denkt an Beseitigung der notwendigen Einheit auf dem Gebiete z. B. des Handels und Verkehrs, der Verteidigung u. a., an die Beseitigung der modernen Errungenschaften zum Schutze der Arbeiter und Handwerker u. dgl. Im Gegenteil: wir wollen sie erhalten und ausbauen. Aber in allen Fragen, die das kulturelle Leben der verschiedenen deutschen Stämme berühren, verlangen wir sorgsamste Berücksichtigung der deutschen Stammesart.

Darum auch erheben wir schärfsten Protest gegen die angekündigten Maßnahmen des von fanatischem Christentumshaß getriebenen jetzigen Berliner Kultusministeriums, an dessen Spitze man den bekannten Adolf Hoffmann gestellt hat. Wir wollen die höchsten Kulturgüter des deutschen Volkes nicht dem in der ganzen Welt verhaßten oberflächlichen Berlinertum preisgegeben wissen.

Preußische Annexionslust und Zentralisationswut sind jetzt das Unglück Deutschlands geworden. Die Annexionslust hat Schiffbruch erlitten; der Berliner Zentralismus ist noch lebendig und will noch weiter Deutschland beherrschen und ausbeuten.

Wir haben genug unter Berlin und seiner Zentralisationswut gelitten. Handel und Industrie, durch Erfahrungen belehrt, haben noch kürzlich laut den Ruf erhoben: Los von Berlin! Los von der Berliner Zentralisation!

Wir wollen ein einiges Deutschland, in dem Recht und Gerechtigkeit für alle, nicht aber rechtlose Willkür herrschen.

Das hannoversche Volk soll weiter in Abhängigkeit von Berlin gehalten werden, soll fremde Beamte, die Land und Leute nicht kennen und lieben, bei sich schalten und walten sehen. Wie bisher sollen wir Hannoveraner vom Ertrage unserer Arbeit alljährlich über unsern normalen Anteil an den Lasten des Staates und Reiches hinaus 50 bis 70 Millionen Mark als Tribut an unsere Berliner Unterdrücker zahlen!

Wir sollen durch Schweigen zustimmen, daß man uns für immer das Schicksal eines geknechteten Volkes auferlegt. Man erkennt das Recht der Polen, Litauer usw. an, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Uns versagt

man es! Hannovers Volk will sein Recht, seine Freiheit! Es braucht seine Freiheit nur zu wollen und diesen Willen zu bekunden. Welche demokratische Regierung wird solcher Willenskundgebung den Respekt versagen? Wir rufen alle Hannoveraner auf, alle ohne Unterschied der Partei, unter Zurückstellung aller weniger wichtigen Meinungsverschiedenheiten mit uns als Willen des hannoverschen Volkes zu bekunden:

1. wir wollen ein freies Deutschland, in dem jeder deutsche Stamm seiner geschichtlichen Entwicklung gemäß Freiheit und Gleichberechtigung genießt;
2. wir wollen los von Preußen, wir wollen ein selbständiges Hannover.

Auf Hannover blicken alle guten Deutschen voller Hoffnung. Wer mitarbeiten will an einer gesunden, dauerhaften Neuordnung des deutschen Vaterlandes, entsprechend der Natur und der Geschichte seiner Bevölkerung, wer unser Heimatland Hannover liebt und niedersächsischen Freiheitsstolz empfindet, der lege mit Hand ans Werk, der sende uns seine Zustimmung und werbe Freunde. Verkennen wir nicht die uns allen drohende furchtbare Gefahr! Laßt uns vergessen früheren Streit! Laßt uns einig sein in machtvoller Bekundung des Willens aller ehrenfesten Hannoveraner: Gut deutsch — frei hannoverisch! Im freien Deutschland — ein freies Hannover!"

Allgemeine demokratische Partei für Sachsen.

Mitte Dezember tritt die Allgemeine demokratische Partei für Sachsen mit folgendem Programm vor die Öffentlichkeit:

„Nach dem Zusammenbruch des alten Staatswesens stellen wir uns auf den Boden der Neuordnung.

Wir fordern die unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung für Deutschland auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in der Form der Verhältniswahlen für beide Geschlechter, damit der Friede geschlossen werden und dem demokratischen Prinzip entsprechend jeder zu seinem staatsbürgerlichen Rechte kommen kann.

Wir fordern, daß der bundesstaatliche Charakter des Reiches erhalten bleibt.

Wir fordern Freiheit der Person, des gesprochenen und geschriebenen Wortes und Versammlungsfreiheit.

Wir fordern möglichst baldige Beseitigung der Zwangswirtschaft und Auflösung der Kriegsgesellschaften.

Wir fordern Verstaatlichung von Betrieben, die sich dazu eignen, und Aufteilung der Staatsdomänen.

Wir fordern eine großzügige Bodensiedlungs- und Wohnungspolitik.

Wir fordern durch geeignete Maßnahmen die Erhaltung des Mittelstandes, den Schutz der wirtschaftlich Schwachen, insbesondere weitestgehende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Angehörigen der im Kriege Gefallenen.

Wir fordern ein einheitliches und gerechtes Steuersystem unter Ausbau der Erbschaftssteuern und ausgedehnte Heranziehung der großen Einkommen und Vermögen, scharfe Erfassung der Kriegsgewinne.

Wir fordern, daß die Gesetzgebung, die die Grundlagen unseres geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens tief beeinflußt, nicht der Nationalversammlung vorgreift; eine Änderung der Rechtspflege entsprechend der Neuordnung, Unabhängigkeit der Rechtsprechung, eine freiheitliche Ausgestaltung des Beamtenrechtes, eine schärfere Haftung des Beamten für seine Amtshandlungen und eine größere persönliche Selbständigkeit.

Wir fordern eine Neuregelung des Schulwesens auf demokratischer Grundlage mit Abschaffung des Schulgeldes und staatlicher Beschaffung der Lehrmittel bis zum Besuche einer Hochschule.

Wir fordern den Ausbau der Sozialpolitik und gesetzliche Regelung der Rechte der Arbeiter und Angestellten.

Wir fordern eine allgemeine Volkshygiene und eine großzügige Bevölkerungspolitik.

Wir fordern die lebhafte Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten, besonders in der sozialen Fürsorge."

Sozialdemokratie.

6. November. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt folgenden Aufruf:

„Arbeiter, Arbeiterinnen! Das furchtbare Völkermorden geht zu Ende, es kann kein Gedanke daran sein, es noch weiter fortzusetzen.

Der Friede kommt. Er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben.

Politisch wird es sich darum handeln, die errungenen demokratischen Freiheiten zu sichern und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik das Unglück unseres Volkes verschuldet haben, müssen von ihren Plätzen verschwinden.

Die dazu nötigen Schritte sind eingeleitet, sie sollen vor keiner Person haltmachen, so hoch sie auch gestellt sein mag.

Wirtschaftlich handelt es sich darum, die Volksernährung sicherzustellen und den Übergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß niemand verhungern muß. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsvermittlung und eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen notwendig.

Diese Aufgaben können aber unmöglich geleistet werden, wenn alles drunter und drüber geht.

Entstehen Unruhen, so wird die jetzt schon unzureichende Volksernährung ganz ins Stocken geraten, die arbeitende Bevölkerung wird dem Hungertode ausgeliefert sein, während die Besitzenden sich immer noch zu behelfen wissen werden. Das ist auch in Rußland so gekommen, und selbst die Gewaltmethoden des Bolschewismus haben daran nichts zu ändern vermocht.

Entstehen Unruhen, so werden weiter zahlreiche Betriebe schließen müssen, und es wird nicht möglich sein, das ungeheure Heer der Arbeitslosen zu ernähren. Für die heimströmenden Kameraden aus dem Felde wird keine Arbeit zu finden sein, und sie werden sich auf eigene Faust zu helfen versuchen, wie sie können. Das wird zu neuen inneren Kämpfen Anlaß geben, die weiteres unabsehbares Elend im Gefolge haben werden.

Kann und soll deswegen die Arbeiterklasse auf irgendwelche Forderungen verzichten, die sie im Interesse ihrer künftigen politischen und wirtschaftlichen Freiheit stellen muß? Wir sagen nein! Lieber würde sie auch die härtesten Folgen für sich selber auf sich nehmen!

Die ungeheuren Opfer, die das arbeitende Volk in diesem Kriege gebracht hat, berechtigen es zu weitgehenden Forderungen. Die Demokratie ist auf dem Marsche und nicht mehr aufzuhalten. Ihr Sieg schafft die Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus. Aber dieser gewaltige Umbau der Gesellschaft kann nicht in Tagen und Wochen vollendet werden, dazu wird noch viel Kampf und Arbeit notwendig sein.

Unsere Ziele verlieren wir nicht aus dem Auge, von unseren Forderungen geben wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, solange das nur irgend möglich ist, so wählen, daß sich die Arbeiterklasse dabei nicht ins eigene Fleisch schneidet.

Wir sind eine Macht, wenn wir einig sind; machen wir von dieser Macht Gebrauch! Aber hüten wir uns, leichtfertig und ohne Not ein Chaos hervorzurufen, in dem wohl auch unsere Gegner, aber auch wir aufs schwerste leiden müssen!

Darum richten wir an Euch den Ruf: tretet in Massen ein in die politische Organisation der Sozialdemokratie, in die modernen, freien Gewerkschaften! In diesen Organisationen könnt Ihr das vorwärtstreibende Element sein. Aber hütet Euch vor Zersplitterung, vor Arbeiter-Bruderkrieg und vor den Ratschlägen unverantwortlicher Elemente, die Euch zu unbesonnenem Losschlagen gegen Euer eigenes Interesse verleiten wollen. Folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher. Wenn die Arbeiter dahin und dorthin laufen oder gar sich gegenseitig zerfleischen, so kann daraus kein Glück, sondern nur namenloses Unglück entstehen.

Es geht um Euch und Eure Kinder! Darum noch einmal: wahrt die Einigkeit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation. Keine russischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!"

Am **8. November** erlassen der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion gemeinsam folgenden Aufruf:

„Arbeiter, Parteigenossen! Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Die sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung.

Die Einberufung zum Militär ist rückgängig gemacht. Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen.

Samstag Vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter, Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden.

Eure Kraft und Eure Entschlossenheit ertragen diesen Aufschub."

19. November. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Sachsens erläßt eine Kundgebung, worin es u. a. heißt:

„Parteigenossen und Genossinnen, Soldaten und Arbeiter! Mit Begeisterung haben wir die Revolution begrüßt und mit Feuereifer uns in

den Dienst der großen Sache gestellt. Dem Volke soll die neue freie Volksgemeinschaft dienen, die Freiheit soll das Mittel der Wohlfahrt aller ihrer Glieder sein.

Ernste Probleme stellt der Augenblick. Die Demobilmachung in geordneten Bahnen abzuwickeln, damit der Soldat im einzelnen wie das gesamte Volk vor Schaden bewahrt bleibe, den Verkehr als die Lebensader unserer Existenz vor Störung oder Vernichtung zu bewahren, die Verwaltung des Landes im Flusse zu erhalten und vor allem die Nahrungsmittelversorgung zu sichern — das sind die Aufgaben, an die wir unsere größte Aufmerksamkeit und unsere ganze Hingabe setzen müssen.

Daß ihre Lösung auf fester Grundlage geschehe, daß die Parteigenossen nach einem Plane handeln, muß angestrebt werden. Um die Einheitlichkeit zu fördern und die Selbstverwaltung der Arbeiter- und Soldatenräte bis zu ihrer Spitze hinauf durchzuführen, wird der Landesvorstand dafür sorgen, daß sie sich eine Landesvertretung schaffen können, beruhend auf demokratischer Grundlage, hervorgegangen aus allgemeinem, gleichem Wahlrecht unter Anwendung der Verhältniswahl. Unsere Aufgabe und dringendes Gebot der Stunde ist, aufzubauen und nichts zu tun, was zu Zerstörung führt. Unsere Verantwortung vor dem Volke und vor kommenden Geschlechtern ist zu groß, als daß Experimente und unverantwortliche Spielereien gestattet sein könnten.

Selbstverständlich haben wir in allem zu handeln als Sozialdemokraten. In politischer Beziehung ist unser Ziel die demokratische Republik. Wir vertreten die Einberufung einer konstituierenden Versammlung, die, hervorgegangen aus dem demokratischen Wahlrecht, allein berufen ist, der Republik im Namen des Volkes ihre innere Form zu geben. Als demokratische Sozialisten lehnen wir mit aller Entschiedenheit die Diktatur einer Minderheit ab. Gleiches Recht für alle Staatsbürger war immer unser Ziel, und an dem Bekenntnis zu ehrlicher Demokratie konnte auch die Revolution nichts ändern."

28. November. In Berlin tritt der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei zusammen. Im Verlaufe der Sitzung gibt Genosse Müller vom Parteivorstand eine Schilderung der Berliner Vorgänge während der Revolutionstage und der sich später entwickelnden Dinge. Er teilt mit, daß die Wahlen zu dem am 16. Dezember zusammentretenden Zentralkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte auf Grund der Volkszählung von 1910 vor sich gehen würden und daß auf 200000 Zivilisten ein und auf 100000 Soldaten zwei Vertreter kommen würden. Es würden annähernd 400 Vertreter in Betracht kommen. Wieviel Vertreter in den einzelnen Bezirken Truppen- und wieviel Arbeitervertreter sein würden, das lasse sich nicht durch Bestimmungen regeln. Die Delegiertenwahlen müßten in den einzelnen Bezirken nach einem von diesen Bezirken selbst zu schaffenden Wahlmodus vorgenommen werden.

Die Zusammenarbeit mit den Unabhängigen sei dadurch erschwert, daß die Unabhängige Partei nicht einheitlich sei. Ledebour-Däumig-Ziętz, Liebknecht-Luxemburg-Mehring und Haase-Dittmann. Der Redner führt weiter ausführlich die Gründe an, aus denen die

baldige Einberufung der Konstituante eine zwingende Notwendigkeit sei. Unsere Aufgabe ist es, die Vorbereitungen zu den Wahlen der Konstituante sofort in die Hand zu nehmen. Besondere Aufmerksamkeit muß den Bevölkerungskreisen bei der Agitation gewidmet werden, die zum erstenmal Stimmzettel in die Hand bekommen werden.

Sodann ergreift das Wort Ebert: Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Am Freitag vor dem Revolutionssonnabend stellten wir das bekannte Ultimatum, dessen Folge es war, daß wir die Leitung der Regierung in die Hände bekamen. Unter diesen Umständen nahmen wir Fühlung mit den Unabhängigen wegen ihrer Beteiligung an der Regierung. Erst am Sonntag kam es dann zu einer Vereinbarung. Das muß festgestellt werden, weil die Dinge draußen vielfach so dargestellt werden, als hätten die Unabhängigen die Revolution „gemacht" und hätten uns erst nachgezogen. Nun sind Bestrebungen im Gange, eine Regierung Haase-Liebknecht einzusetzen und die Vertreter unsrer Partei aus der Regierung hinauszudrängen. So hat der Münchener Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat einen Beschluß gefaßt, der diese Forderung erhebt. Demgegenüber stellt sich die Regierung durchaus auf den Standpunkt der Abmachung mit den Unabhängigen, nach der die Präsentation der in die Regierung eintretenden Personen lediglich Sache jeder der beiden Parteien ist. Unsere Partei wird es nicht dulden, daß ihr bei der Auswahl ihrer Vertrauensleute von außen her Vorschriften gemacht werden.

In diesem Sinne haben wir heute in einer Kabinettssitzung gegen die Äußerung der Münchener Räte eine Entschließung herbeizuführen gesucht. Für diese Entschließung war keiner der Unabhängigen zu haben. Wir werden uns mit den Kollegen, deren Ausscheiden aus der Regierung in der Münchener Entschließung gefordert wird, solidarisch erklären.

Die Kompetenzen der Regierung und des Vollzugsausschusses sind nunmehr endgültig abgegrenzt. Leider fehlt es aber auch jetzt noch nicht an Fällen, in denen die Ausschüsse in die Regierung hineinregieren. Das muß unbedingt aufhören, denn es erschwert der Regierung die Arbeit ungeheuer. Die Situation ist so ernst, daß sie nur gemeistert werden kann, wenn der Reichsregierung die Exekutive überlassen wird. Nur dann kann sie Initiative und Energie entfalten, ohne die eine Rettung unseres Landes nicht möglich ist.

In der Diskussion geben Rimmerfall-München, König-Dortmund, Löbe-Breslau, Dr. Braun-Nürnberg und Groger-Frankfurt a. M. Situationsberichte aus ihren Bezirken.

Nach weiterer reger Aussprache wird die folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt:

Für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen hat die deutsche Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert gekämpft. Sie erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen, getreu der seit jeher vertretenen Auffassung, die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln.

Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausspricht, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis aufs letzte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eigenen Willen beglücken zu können.

Die Sozialdemokratische Partei fordert die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung; sie ist jeden Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben, und erwartet mit Zuversicht sein Urteil.

Die Genossen im Reiche werden aufgefordert, für die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung zu wirken und durch rastlose Aufklärungsarbeit den Sieg der Demokratie und des Sozialismus zu sichern."

Ferner gibt der Parteiausschuß einstimmig folgende Erklärung ab:

„Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München hat in einer Entschließung den Vollzugsrat Berlin aufgefordert, den Sturz der Reichsregierung herbeizuführen, wenn sie weiterhin einer Reihe von Personen eine entsprechende Stellung einräume, unter denen auch Scheidemann und David genannt werden. Der Vollzugsausschuß München scheint ganz übersehen zu haben, daß die Bildung der bestehenden Regierung auf einer Verabredung der beiden sozialdemokratischen Parteien beruht, die von den Arbeiter- und Soldatenräten Groß-Berlins mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit bestätigt worden ist. Es liegt auf der Hand, daß keine der beiden sozialdemokratischen Parteien es dulden kann, daß ihr das Recht, ihre Vertrauensmänner selbst zu bestimmen, entwunden wird. Der Versuch, den einen oder anderen von ihnen aus der Regierung zu entfernen, muß daher die Abmachung der beiden Parteien erschüttern."

16. Dezember. Eine in Dresden tagende außerordentliche Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie nimmt folgenden Beschluß an:

„Die erweiterte Landessitzung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, an der beteiligt sind der Landesvorstand, die Bezirksvorstände, die Vertreter des Gewerkschaftsausschusses, die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtags, die sozialdemokratischen Vertreter Sachsens im Reichstage und die Vertreter der 23 sächsischen Wahlkreise, fordert:

1. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sind so zu beschleunigen, daß der Zusammentritt noch im Januar erfolgen kann;

2. für Sachsen ist eine konstituierende Versammlung auf Grund allgemeiner Volkswahlen einzuberufen, und zwar mit solcher Beschleunigung, daß die Wahlen zugleich mit den Wahlen für die Nationalversammlung des Reiches vorgenommen werden können;

3. an der Einheit des deutschen Gebietes ist gegenüber den auf Losreißung und Zersplitterung gerichteten Bestrebungen mit aller Entschiedenheit festzuhalten."

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

13. November. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands erläßt folgende Kundgebung an die Internationale:

„Arbeiter! Parteigenossen und Genossinnen! Mit Stolz und Freude sprechen wir zu euch!

Das scheinbar gegen alle Stürme fest verankerte Gebäude des preußisch-deutschen Militarismus ist zusammengebrochen.

Die Kronen der deutschen Fürstenhäuser, die Krone des deutschen Kaisertums sind wie Glas zerschellt.

Verheißungsvoll tritt an die Stelle der Monarchie die sozialistische Republik.

Das revolutionäre Volk hat kurzen Prozeß gemacht mit den Trägern der alten Regierungsgewalt, den Generalen und Bureaukraten. Es hat die Macht der Offiziere in der Armee, die Herrschaft der Junkerkaste in der Verwaltung, die Herrschaft des kapitalistischen Klüngels im öffentlichen Leben gebrochen und die Regierungsgewalt an sich gerissen.

Die Träger dieser Gewalt sind heute die Arbeiter- und Soldatenräte.

In derselben Stunde, in der die Mauern der alten Verwaltung zertrümmert sind, ist der Grund gelegt für den gewaltigen Bau der neuen sozialistischen Ordnung. Jetzt gilt es, mit dem Aufgebot aller schöpferischen Kräfte den Frieden zu sichern, die revolutionären Errungenschaften zu befestigen, um mit der politischen auch die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu vollenden.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vom ersten Tage ihres Bestehens an das bevorstehende Ende des Militarismus und des Imperialismus verkündet und alles getan, um die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu entfesseln, heftig bekämpft von der Sozialdemokratischen Partei, die noch beim Ausbruch der Revolution verständnislos diesen Ereignissen gegenüberstand und die Vorkämpfer der Revolution schmähte.

Die Not der Stunde verlangte gebieterisch die Herstellung einer Regierung, die dem blutigen Gemetzel ein Ende machen, die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen und den Frieden sicherstellen sollte, eine Regierung, die mit Nachdruck an die Verwirklichung der sozialistischen Grundsätze herantritt.

Dafür war aber eine Gewähr nur gegeben, wenn unsere Partei entscheidenden Einfluß auf die Regierung bekam, deshalb verlangten wir, das neue politische Kabinett müsse ein rein sozialistisches sein, in dem beide sozialdemokratischen Parteien zu gleichen Teilen mit gleichen Rechten vertreten sind.

Diese Regierung konnte die Gewalt nur aus den Händen des Arbeiter- und Soldatenräte empfangen. Die Regierung wurde deshalb auch erst in dem Augenblick konstituiert, als die erste Vollversammlung der

Berliner Arbeiter- und Soldatenrats die Bildung eines provisorischen Kabinetts in dieser Zusammensetzung billigte.

Durchdrungen von dem festen Glauben an die Durchführbarkeit unseres Endziels, gehen wir an die schwere Arbeit der Beseitigung der Kriegsübel und des Kriegselends, an den Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft, an die durchgreifende Umgestaltung aller Gebiete unseres öffentlichen Lebens, an die Ausmerzung aller Machtpositionen der bisher herrschenden besitzenden Minderheit.

Wirksam kann dies nur geschehen, wenn die Arbeiter in Massen zu uns stehen und unsere Arbeit fördern.

Der 9. November des Jahres 1918 hat unser Werk gekrönt. Deutschland ist eine sozialistische Republik. Sie gilt es zu sichern. Ihrem Ausbau gilt nur unsere Arbeit.

Noch sind die Mächte des Alten nicht völlig gebrochen. Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt und versucht ihre ersten Schritte. Ihr gilt der erste Kampf. Die Träger des gestürzten Systems müssen sofort beseitigt werden, alle Mittel ergriffen werden, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zur sozialistischen Republik zu steigern.

In unerschütterlichem Festhalten an unseren sozialistischen Prinzipien, deren Richtigkeit der Verlauf der historischen Entwicklung immer von neuem bestätigt, fordern wir den Neuaufbau der Gesellschaft.

Wir fordern den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung, damit die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gebrochen, die Produktion auf das höchste Maß gesteigert, die Verteilung zugunsten der Gesamtheit der Volksgenossen umgestaltet werde.

Wir treten ein für die möglichst schnelle Umwandlung des kapitalistischen Klassenstaates in die sozialistische Gesellschaft, auf daß das Reich der Freiheit an Stelle des Reiches der Knechtschaft und der Ausbeutung errichtet werde.

Stolz geht die Partei in den Wahlkampf. Unbefleckt hat sie das rote Banner erhalten. Als alle anderen Parteien vor dem Imperialismus kapitulierten, als sie zu Mitschuldigen des größten Verbrechens der Geschichte wurden oder sich feige duckten vor den entfesselten Geistern des Nationalismus und der Beutegier, da stand sie fest und unerschütterlich zu den Prinzipien des Sozialismus und der internationalen Solidarität. Als die Politik der alten Sozialdemokratie immer weiter abwich von den Pflichten, deren Erfüllung das Klasseninteresse des Proletariats gebieterisch forderte, als uns durch Gewalt und List das Wirken für den Sozialismus unmöglich gemacht wurde, da haben wir die alte Partei, an deren Größe wir unablässig mitgearbeitet hatten, verlassen. Höher als die Partei stand uns der Sozialismus, die Sache des deutschen und des internationalen Proletariats.

Seither haben wir einen mühevollen, unablässigen und furchtlosen Kampf geführt, damit die Macht des deutschen Proletariats nicht in den Dienst der Verlängerung des unseligen Krieges gestellt werde, haben alles daran gesetzt, daß die Arbeiterklasse aus einem Instrument des Krieges zu dem Bringer des Friedens werde.

Unsere Arbeit hatte Erfolg. Der Kampf gegen den Krieg war Arbeit für die Revolution. Bekämpft von allen Parteien, nicht zuletzt von den Rechtssozialisten, war die Unabhängige Sozialdemokratie die Trägerin des revolutionären Gedankens, den die Arbeiter- und Soldatenräte dann in kühner Tat verwirklicht haben.

Die große geschichtliche Tat ist vollbracht. Die deutsche Revolution ist nicht mehr bloß ein Gegenstand der Sehnsucht, sie ist lebendige Wirklichkeit geworden.

In wenigen Tagen erhob sich im ganzen Reich die Arbeiterschaft in einmütigem Zusammenwirken mit Soldaten und Matrosen, fest entschlossen, koste, es was es wolle, die Gewaltherrschaft abzuwerfen. In kühnem Sturmlauf, die prächtige Mannschaft der Marine voran, bemächtigte sich das arbeitende Volk Deutschlands der Regierungsgewalt.

Sicherung des Friedens, Wiederaufrichtung der zerstörten Volkswirtschaft, Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, das sind jetzt unsere großen Aufgaben. Unser Volk blutet aus unzähligen Wunden, die die verbrecherische Politik der besitzenden Klassen und ihrer Regierungsmänner geschlagen hat. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte kann es gelingen, auf den Trümmern eine neue Welt, eine Welt der Freiheit und Brüderlichkeit entstehen zu lassen. Der harte Waffenstillstandsvertrag erschwert dieses Werk ungemein. Die deutschen Politiker, die dem schmachvollen Frieden von Brest-Litowsk zustimmten, haben kein Recht, sich zu beklagen, daß die Entente sie in gleicher Weise behandelt. Wir haben aber mit der ganzen Wucht, die uns unsere internationale sozialistische Gesinnung verleiht, diesen Friedensvertrag ebenso wie den von Bukarest bekämpft. Blutenden Herzens empfanden wir damals, daß wir noch nicht stark genug waren, diese Gewaltakte zu verhindern. Aber das Verlangen, das Unrecht wieder gutzumachen, stärkte unsere Kraft bis zur höchsten revolutionären Energie. Jetzt, wo die Welt vom Alpdruck des preußisch-deutschen Militarismus befreit ist, ist es an euch, den Kampf zu führen gegen die Gewaltpolitik in euren Ländern, zu verhindern, unsere Revolution zu ersticken, den Keim für neue Kriege zu legen. Wir beugen uns heute der Not der Stunde, wenn wir auch die drückenden Bedingungen, die uns auferlegt werden, annehmen.

Wir appellieren aber an eure Klassensolidarität, an euer Gerechtigkeitsgefühl, an eure sozialistische Gesinnung, und wir sind gewiß, ihr werdet eure Macht so stärken, daß eine Vergewaltigung von Brüdern nicht mehr stattfinden kann. Folgt ihr uns, dann hat die Stunde des Kapitalismus in der ganzen Welt geschlagen. Es lebe der internationale Sozialismus und die Solidarität aller Völker!

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ernst Däumig, Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Adolf Hofer, Gustav Laukant, Georg Ledebour, Robert Wengels, Luise Zietz."

27. November. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf, der sich mit der Frage der konstituierenden Versammlung befaßt. Darin heißt es u. a.:

„Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn es feststeht, daß die Bevölkerung der auf Grund des Waffenstillstandes besetzten Gebiete frei und unbeeinflußt wählen kann. Wird es jemand wagen, dieser das Wahlrecht zu entziehen? Es dürfen bei einem solch wichtigen Akte nicht infolge Überstürzung Wahlberechtigte unregistriert bleiben. Eine Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch über die ihr zugrunde gelegten politischen Fragen aufgeklärt werden. Die Scharfmacher im Lande wissen sehr gut, daß die Wahl, wenn sie zur Komödie gemacht werden soll, nicht in kürzester Zeit vorgenommen werden kann. Die Rechtssozialisten sind mit schuld an diesen Verbrechen der Scharfmacher, wenn sie in das Geschrei der Arbeiterfeinde (nach der sofortigen Konstituante) einstimmen."

14. Dezember. Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens erläßt folgenden Aufruf:

„An die Arbeiterschaft Sachsens! Die Wahlen zur Nationalversammlung können schon in kurzer Zeit stattfinden, da gilt es für die Arbeiterschaft Sachsens, eine Vertretung zu ihr zustandezubringen, die den Volksinteressen entspricht. Großes steht auf dem Spiele: die Verwirklichung des Sozialismus, die ganze Zukunft der Arbeiterschaft! Alle Wahlarbeit muß in Sachsen sofort bezirksweise in Angriff genommen werden. Kein Ort darf sich auf die Zentrale verlassen, von wo aus alles gemacht werden soll. Es heißt auch in diesem Falle: selbst ist der Mann! Auf sich selbst gestellt muß jeder arbeiten! Die Gegner leisten schon längst für die Wahl Vorarbeiten. Ihr großes Geschrei nach der Nationalversammlung ist diesem edlen Zwecke gewidmet; obwohl sie wissen, daß die Nationalversammlung nicht die Aufgaben erfüllen kann, die ihr allgemein zugeschrieben werden, lenken sie doch die gesamte Aufmerksamkeit auf sie.

War früher bei den bürgerlichen Parteien die Unwahrheit über den Sozialismus das Hauptkampfmittel, so ist es jetzt damit fast noch schlimmer gestellt. Im Chor von links bis rechts schieben sie die völkervernichtenden Wirkungen des Krieges der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Schuhe. Man sieht, die alte unwahre Kampfesweise ist geblieben, und da wundern sich die bürgerlichen Vertreter noch, wenn die Arbeiterschaft unmutig über ein solches Treiben ihrem Gefühl lebhaft Ausdruck gibt.

Arbeiter Sachsens! Nehmt den Aufklärungsdienst so schnell als möglich auf. Organisiert ihn, zieht besonders auch die Frauen zur Wahlarbeit heran, klärt sie auf, damit sie nicht den Lügereien der Gegner zum Opfer fallen. Weiter gilt es, die Geldsammlungen im großen Umfange einzuleiten, denn die diesmalige Wahl kostet heidenmäßig viel Geld. Die reichen Geldsäcke lassen für ihre Interessen Millionen springen. Diese Summen dienen den Interessen der Herrschenden. Den Geldsäckeln der Reichen muß der Sammeleifer der Arbeiter entgegengestellt werden. Mit Ausdauer und Zähigkeit wird es ihnen gelingen, ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens.
Fritz Seger."

23. Dezember. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt folgenden Wahlaufruf:

„An die Partei! Nur kurze Zeit trennt uns von den Wahlen. Es werden die bedeutungsvollsten Wahlen sein in der Geschichte des deutschen, des internationalen Sozialismus. Bewußt, auch in der schwersten Zeit ihre sozialistische Pflicht erfüllt zu haben, geht die Partei in den Wahlkampf.

Als der Krieg Verwirrung in die Reihen des Proletariats brachte, sammelten sich die Genossen, die unerschütterlich den Prinzipien der Internationale treu geblieben waren, und gründeten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Keinen Augenblick wankte die Partei in der schärfsten Bekämpfung des Krieges. Sie wies jedes Kompromiß mit den schuldigen Machthabern, mit den Kriegsverlängerern und ihren sozialistischen Helfern zurück. So bereitete sie jene Tage, in denen die Revolution die alte Gewaltherrschaft stürzte, der Massenschlächterei ein Ende bereitete und die sozialistische Republik begründete.

Die Tage seit der Revolution haben gezeigt, daß die historische Aufgabe der Partei damit nicht erfüllt ist. Die Massen in Stadt und Land haben zwar erkannt, daß nur im vollständigen politischen und wirtschaftlichen

Neuaufbau die Rettung für die ungeheuren Kriegsschäden zu finden ist. Aber die rechtssozialistische Führerschaft geht nur allzu zaudernd und zögernd ans Werk. Sie fürchtet den Bruch mit den bürgerlichen Parteien, mit denen sie so lange in enger Gemeinschaft gewirkt hat. Sie schreckt zurück vor der kühnen Fortführung der Revolution, vor den notwendigen Maßnahmen ihrer Sicherung und der Niederhaltung der Gegenrevolution.

Der Verlauf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte hat erneut den Beweis erbracht, daß alle energischen und durchgreifenden Maßnahmen auf den Widerstand der Rechtssozialisten stoßen. Die wichtigen und unumgänglich notwendigen Forderungen der Soldaten begegneten ihrem Widerstreben, und die Ausführung der Beschlüsse ist bei dem Widerstand der Heeresleitung nicht gesichert. Die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Wahrung der Rechte des Zentralrates wurden von ihren Anhängern niedergestimmt. Die revolutionäre Energie wurde nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands erhält so die Aufgabe, als Trägerin einer prinzipiellen sozialistischen Politik für die Verwirklichung des Sozialismus in der revolutionären Epoche bis zum endgültigen Siege zu kämpfen. Die Partei verkennt nicht, daß die Hauptschlacht geschlagen werden muß zwischen dem vereinigten Bürgertum auf der einen Seite und dem Proletariat auf der anderen Seite. Denn in diesem Wahlkampf handelt es sich nicht mehr um einzelne politische oder wirtschaftliche Forderungen der Arbeiterklasse, sondern es geht um die Aufhebung der Klassenherrschaft überhaupt, um die Ersetzung der kapitalistischen Ausbeutung durch die sozialistische Gesellschaft der in Freiheit und Gleichheit verbundenen Menschheit. Soll aber dieses höchste Ziel, um das so gerungen worden ist, erreicht werden, so bedarf es der Vorkämpfer, die unbehindert um jede Rücksicht auf die Gegner, unbelastet von einer schuldbeladenen Vergangenheit, die Wegbereiter des Neuen sein können. Um ungehindert diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands in voller Geschlossenheit und Selbständigkeit in den Wahlkampf eintreten.

Die Partei erwartet von allen ihren Genossen, daß sie mit ganzer Kraft die Zeit ausnützen zur Werbung für die sozialistischen Ideen, zur Aufrüttelung der Massen, zur Gewinnung neuer Kämpfer.

Wir wollen behaupten, was wir erobert haben: die volle Demokratie in der neuen deutschen einheitlichen Republik. Wir wollen die Eroberung der Staatsmacht als Hebel benutzen, um die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umzuwandeln.

Wir fordern, daß alles geschieht und mit aller Beschleunigung geschieht, was sofort an Sozialisierung geleistet werden muß. Wir fordern insbesondere die Erklärung aller Bodenschätze und Kraftquellen zum Eigentum der Nation und die rascheste Durchführung aller Maßnahmen, die dieses Eigentum verwirklichen.

Wir fordern, daß die Lasten des Krieges durch umfassende Besteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften und Konfiskation der großen Kriegsgewinne auf die Besitzenden abgewälzt werden, deren Politik den Krieg verursacht hat. Wir fordern eine Verfassung, in der die Grundsätze der Demokratie restlos und befreit von allen bürgerlichen Traditionen verwirklicht sind. Dafür wollen wir jetzt die Massen zu gewinnen suchen.

Gegen die Beherrschung der Menschen durch Menschen, für Freiheit und Gleichheit!

Gegen kapitalistische Ausbeutung, für sozialistische Brüderlichkeit!"

Spartakusbund.

Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands spaltet sich im Herbst 1918 noch ab die noch weiter links stehende Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (Spartakusbund), deren Hauptorgan die in Berlin erscheinende „Rote Fahne" ist. Am

14. Dezember veröffentlicht diese Partei folgenden programmatischen Aufruf:

1. Das Ziel der Kommunisten.

Die Kommunisten wollen den Kommunismus (Sozialismus). Das ist ein Gesellschaftszustand, in dem alle Produktions- und Verkehrsmittel in den Händen und unter der Kontrolle des gesamten arbeitenden Volkes sind und in dem die Warenproduktion abgelöst ist durch den Bedarf.

Im Kommunismus gibt es keine Klassen. Es besteht Arbeitspflicht. Die Arbeit wird durch Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten so kurz wie möglich und intensiv sein. Die übrige Zeit steht jedem zu Kulturzwecken zur Verfügung.

Für durch Alter oder aus andern Ursachen arbeitsunfähige Personen sorgt die Gesellschaft.

2. Die Herrschaft der Arbeiterklasse über das Bürgertum.

Als Übergang zu diesem Gesellschaftszustande ist die bewaffnete Herrschaft der Arbeiterklasse notwendig.

Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse liegt alle bestimmende und ausführende Gewalt in den Arbeiter- und Soldatenräten und ihren Vollzugsausschüssen. Die oberste Gewalt haben der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte und sein Vollzugsausschuß.

Wahlrecht zu den Arbeiter- und Soldatenräten darf nur die arme arbeitende Bevölkerung haben. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht regieren.

Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wird das Eigentum der Kapitalisten an den Produktions- und Verkehrsmitteln beseitigt. Alle Banken, die Herzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, und industriellen und Verkehrsbetriebe werden von der Arbeiterschaft in Besitz genommen.

Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wird bei der Verteilung der Lebensmittel zuerst die arbeitende Bevölkerung ausreichend versorgt.

Um die Preßfreiheit für die Arbeiterschaft unbedingt zu verwirklichen, werden Papier- und Betriebsmittel beschlagnahmt und der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt.

Als militärische Stütze ihrer Herrschaft schafft sich die arbeitende Bevölkerung eine kommunistische Garde, bestehend aus Arbeitersoldaten.

3. Das Gebot der Stunde.

Die Herrschaft der Arbeiterklasse ist nur erreichbar auf dem Wege der bewaffneten Arbeiterrevolution. Die Kommunisten sind ihre Vorkämpfer.

Diese wird kommen, denn das Bürgertum setzt sich zur Wehr, und die Arbeiterklasse wird nur zu wählen haben zwischen Knechtung durch das Bürgertum und ihrer Herrschaft über das Bürgertum.

Die von der jetzigen Regierung vorbereitete Nationalversammlung würde ein Organ der Gegenrevolutionäre zur Erdrosselung der Arbeiterrevolution werden. Ihr Zustandekommen muß mit allen Mitteln verhindert werden.

Wir erklären uns mit der russischen Räte-Republik im Kampfe gegen das Weltkapital solidarisch. Wir begrüßen die Lebensmittelhilfe unserer russischen Klassengenossen und protestieren gegen ihre Ablehnung durch die gegenwärtige Regierung.

Das Bürgertum bereitet sich zum Bürgerkrieg vor. Es will ihn.

Wir rufen daher der Arbeiterschaft zu: Haltet euch bereit! Organisiert euch! Der Kampf für die Schaffung des offenen Weges zum Kommunismus steht nahe bevor! Tragt den revolutionären Geist in die Arbeitermassen!

Die Hohenzollern waren nie mehr als Geschäftsträger der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums. Die bürgerliche Klassenherrschaft, die ist der wahrhaft Schuldige des Weltkrieges in Deutschland und in Frankreich, in Rußland und in England, in Europa und in Amerika. Die Kapitalisten aller Länder, das sind die wahren Anstifter zum Völkermorden. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen.

Nieder mit dem Lohnsystem! Das ist die Forderung der Stunde. Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden. Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt. Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die übernommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft durch eigene Klassenorgane der Arbeiter- und Soldatenräte ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialen Aufgaben messen. Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen.

Die nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung sind allein ein leeres Wort. Nur die Arbeiterschaft kann das Wort durch eigene Tat zum Fleische machen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors. Sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft.

Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die Revolutionsgewalt des Proletariats entgegengestellt werden, den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen. Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen hat.

Was will der Spartakusbund?

I. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten, Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.

2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch A.- und S.-Räte.

3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teils der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.

4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin

der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

5. Entfernung der Offiziere und der Kapitulanten aus allen Soldatenräten.

6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der A.- und S.-Räte.

7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.

8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

II. Auf politischem und sozialem Gebiete.

1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche sozialistische Republik.

2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch A.- und S.-Räte sowie deren Ausschüsse und Organe.

3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land nach Betrieben, sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.

4. Wahl von Delegierten der A.- und S.-Räte im ganzen Reich für den Zentralrat der A.- und S.-Räte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat.

5. Zusammentritt des Zentralrates vorläufig mindestens alle drei Monate — unter jedesmaliger Neuwahl der Delegierten — zur ständigen Kontrolle über die Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der A.- und S.-Räte im Reich und ihrem obersten Regierungsorgan. Recht der lokalen A.- und S.-Räte zur jederzeitigen Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln. Recht des Vollzugsrats, die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und -beamten zu ernennen und abzusetzen.

6. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

7. Einschneidende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg; sechsstündiger Höchstarbeitstag.

8. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution.

III. Nächste wirtschaftliche Forderungen.

1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.

2. Annullierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der A.- und S.-Räte festzusetzen ist.

3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche: bäuer-

liche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.

4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.

5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.

6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.

7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.

8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission, die unter ständigem Zusammenwirken mit den Betriebsräten der beginnenden Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der A.- und S.-Räte sichern soll.

IV. Internationale Aufgaben.

Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.

Das will der Spartakusbund!

Und weil er das will, weil er der Mahner, der Dränger, weil er das sozialistische Gewissen der Revolution ist, wird er von allen offenen und heimlichen Feinden der Revolution und des Proletariats gehaßt, verfolgt und verleumdet.

Kreuzigt ihn! rufen die Kapitalisten, die um ihre Kassenschränke zittern.

Kreuzigt ihn! rufen die Kleinbürger, die Offiziere, die Antisemiten, die Preßlakaien der Bourgeoisie, die um die Fleischtöpfe der bürgerlichen Klassenherrschaft zittern.

Kreuzigt ihn! rufen die Scheidemänner, die wie Judas Ischariot die Arbeiter an die Bourgeoisie verkauft haben und um die Silberlinge ihrer politischen Herrschaft zittern!

Kreuzigt ihn! wiederholen noch wie ein Echo getäuschte, betrogene, mißbrauchte Schichten der Arbeiterschaft und Soldaten, die nicht wissen, daß sie gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüten, wenn sie gegen den Spartakusbund wüten.

Im Hasse, in der Verleumdung gegen den Spartakusbund vereinigt sich alles, was gegenrevolutionär, volksfeindlich, antisozialistisch, zweideutig, lichtscheu, unklar ist. Dadurch wird bestätigt, daß in ihm das Herz der Revolution pocht, daß ihm die Zukunft gehört.

Der Spartakusbund ist keine Partei, die über der Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.

Der Spartakusbund lehnt es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie, mit den Scheidemann-Ebert, die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in einer solchen Zusammenwirkung einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, eine Stärkung der Gegenrevolution und eine Lähmung der Revolution erblickt.

Der Spartakusbund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet und die Unabhängigen durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten sind.

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.

Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen.

Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.

Auf Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust! Der Spartakusbund.

Russisches Geld für die deutsche Revolution.

Ende Oktober 1918 wird in der Berliner Presse auf den erstaunlichen Kurierverkehr der russischen Botschaft zu Berlin hingewiesen und behauptet, daß bei Herrn Joffe während seiner Berliner Amtsführung bereits nicht weniger als 300 bis 400 Kuriere aus Petersburg und Moskau angekommen seien. Wo sie blieben, wisse man nicht. Auch ein umfangreicher Waffenschmuggel aus Rußland sei im Gange, insbesondere seien Handgranaten eingeführt worden. Joffe weist dies jedoch in einer ziemlich hochfahrenden Erklärung ab, und auch die deutsche Regierung beschwichtigt einstweilen noch. Sie gibt am 3. November in der „Nordd. Allg. Ztg." eine amtliche Erklärung ab, worin sie sich zunächst verteidigt gegen den Vorwurf, daß sie dieses Treiben dulde, über das zudem vielfach unrichtige, übertriebene Angaben gemacht worden seien. Weiter sucht sie ihre Stellungnahme gegen die Sowjetregierung überhaupt zu rechtfertigen, indem sie darauf hinweist, daß diese die einzige machthabende Regierungsgewalt in Rußland gewesen sei, mit der wir hätten Frieden schließen können. Wenn freilich die Moskauer Regierung, die Deutschland gegenüber bisher korrekte völkerrechtliche Beziehungen beobachtet habe, in der letzten Zeit, wie nicht zu leugnen sei, augenscheinlich glaube, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands ihr ein Überschreiten der Grenze internationaler Korrektheit gestatte, und aus diesem Anlaß ihre revolutionäre Praktik auf Deutschland auszudehnen versuche, werde die deutsche Regierung nicht zögern, die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen. Dieselbe Entschiedenheit werde sie an den Tag legen, um Sühne für den Mord am Grafen Mirbach zu erlangen.

Die Presse läßt jedoch nicht locker, auch die „Köln. Ztg." erklärt, Deutschland brauche keine fremden Handgranatensammler, und die Regierung sollte mit aller Schärfe gegen Leute vorgehen, die unter dem Schutze eines völkerrechtlichen Amtes deutsche Gastfreundschaft für anarchistische Zwecke ausbeuteten. Wie recht die Presse mit dieser Warnung gehabt hat, zeigt sich schon am

4. November. An diesem Tage trifft von Moskau kommend der Kurier der Berliner diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wird eine Kiste durch Anstoßen beschädigt, sodaß darin befindliche Papiere auf den Boden fallen. Diese Papiere sind, wie sich herausstellt, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Umsturz auffordern. Eines der Flugblätter, das von der Gruppe „International" (Spartakusgruppe) unterzeichnet ist, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampfe, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Meuchelmorde und Terror auffordert. Auf Ersuchen der Bahnbehörde wird das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raume sichergestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Am **5. November** verlangt die deutsche Regierung, wie dem Botschafter Joffe persönlich durch den Staatssekretär Dr. Solf eröffnet wird, von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde und daß der noch immer ungesühnte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne finde. Die russische Regierung wird ersucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso werden die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen. Gleichzeitig wird die Berliner Stelle der Russischen Telegraphenagentur aufgehoben. Am

6. November verläßt Joffe mit dem Personal der Botschaft Berlin.

Der „Vorwärts" schreibt zu dem Vorfall: „Schon lange ist behauptet worden, daß sich die russische Botschaft in die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches in unzulässiger Weise einmische und jene in Deutschland nur sporadisch vertretene Richtung begünstige, die ihrer Partei politisch am nächsten stehe. Wir haben diese Behauptung in gutem Glauben bestritten, auf Erklärungen gestützt, die von dem russischen Botschafter selbst abgegeben worden waren. Diese Erklärungen aber haben sich als unwahrhaftig herausgestellt, sodaß wir zu unserem Bedauern gezwungen sind, von der russischen Botschaft in jeder Beziehung Abschied zu nehmen. Wiederholt wurde von uns vor geheimnisvollen Flugblättern gewarnt, die den Zweck verfolgten, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen und

sie zu einer Politik zu ermuntern, die russischen Verhältnissen entsprechen mag, den deutschen aber nicht entspricht. Wir wollen keine russischen Zustände, denn wir wissen, daß das russische Volk unter der bolschewistischen Herrschaft Hungers stirbt, obwohl Rußland ein vorwiegend ackerbautreibendes Land ist. In Deutschland müßte die Einführung gleicher Methoden zu noch viel entsetzlicheren Zuständen führen. Die deutsche Arbeiterschaft ist sozialistisch durch und durch, aber den Socialismus asiaticus, der sich Bolschewismus nennt, lehnt sie ab."

Der Regierung in Moskau wird deutscherseits eine Protestnote überreicht, worin das Verhalten der Berliner Botschaft als schwerer Verstoß gegen die elementarsten Gepflogenheiten des Völkerrechtes bezeichnet wird. Es heißt weiter darin, daß Joffe das ihm entgegengebrachte Vertrauen getäuscht hat und daß die Botschaft ihr diplomatisches Kurierprivileg benutzt hat, um an Umsturzbestrebungen tätigen Anteil zu nehmen. Die Note erklärt ferner, daß der Mord an dem deutschen Gesandten Grafen Mirbach noch immer ungesühnt ist. Die Note schließt: „Bis zu dem Zeitpunkt, in dem diese Forderungen erfüllt sein werden, muß die kaiserliche Regierung die Regierung der Sowjetrepublik ersuchen, ihre diplomatischen und sonstigen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Sie wird gleicherweise die amtlichen deutschen Vertreter in Rußland für diese Zeit abberufen."

Zahlreiche Exemplare der in den beschlagnahmten Kisten des russischen Kuriers befindlichen Flugblätter, die auf ein enges Zusammenarbeiten der russischen Botschaft mit umstürzlerischen Gruppen in Deutschland hinweisen, werden in Berlin, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Solingen, Stuttgart aufgefunden; in Düsseldorf wird ein ganzes Bolschewikennest ausgehoben, dessen angeblich galizische Leiter, ein Mann namens Iwanof und eine Frau Wolfstern, dort eine russische Telegraphenagentur zu errichten versuchen.

Auch unter den deutschen Truppen im Osten wird von amtlicher bolschewistischer Seite revolutionäre Wühlarbeit betrieben. Die amtliche Zeitung der russischen Sowjetregierung „Iswjestija" enthält in ihrer Nummer 227 unter der Überschrift „Der rote Soldat" folgende vom 17. Oktober datierte Nachricht aus Smolensk:

„Heute traf die erste Nummer der Zeitung »Der rote Soldat« ein, die vom Kriegsrevolutionsrat der deutschen Ostarmee herausgegeben wird. Die Soldaten werden darin zur sozialen Revolution und zur Bildung einer kommunistischen Partei an Stelle der überlebten Sozialdemokratie aufgefordert."

Diese Zeitung „Der rote Soldat" wird in Rußland von amtlicher bolschewikischer Seite als Propagandaorgan gedruckt und über die Grenze geschmuggelt. Bei der Ostarmee besteht weder eine solche Zeitung, noch ein Kriegsrevolutionsrat. Die Nachricht ist also eine für bolschewikische Zwecke aufgebrachte Unwahrheit.

Wie sich später herausstellt und unterm 1. Dezember bekanntgegeben wird, hat die frühere russische Botschaft in Berlin sich nicht

nur die Verbreitung von bolschewistischen Propagandaschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen in Deutschland angelegen sein lassen. In dem Zuge, der die Botschaft an die Grenze brachte, läßt ein Mitglied der Mission ein Päckchen mit Papieren liegen. Darin befinden sich 21 Rechnungen über Ankäufe kleiner Mengen von Waffen und Munition. Sie erstrecken sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober 1918 und lauten auf insgesamt 159 Mauserpistolen, 23 Brownings und 23 Parabellumpistolen nebst etwa 27000 Patronen für insgesamt 105000 Mark. Die Erklärung Radeks, der Artikel 2 des Friedensvertrages habe die russische Regierung nicht gehindert, in Deutschland revolutionäre Propaganda zu betreiben, erhält damit noch weitere Unterlagen.

Am **5. Dezember** läßt demgegenüber der frühere Vertreter der Sowjetregierung in Berlin Joffe von Moskau aus folgenden Funkspruch ergehen:

„Auf die Beschuldigung des W.T.B., die frühere Vertretung der Sowjetregierung in Berlin habe sich nicht nur die Verbreitung bolschewikischer Propagandaschriften in Deutschland, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen, bitte ich festzustellen, daß diese Propagandaschriften durch Vermittlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verbreitet wurden. Was den Ankauf von Waffen anbelangt, so ist die in der erwähnten Meldung angeführte Zahl von insgesamt 159 Mauserpistolen, 23 Brownings und Parabellumpistolen nebst etwa 27000 Patronen nicht richtig. Die angeführten Waffen waren nur zur Ausfuhr nach Rußland bestimmt. Die Zahl der angekauften und dem jetzigen Minister Barth übergebenen Waffen ist, wie Sie wissen, viel höher. Auch entspricht die ungefähre Gesamtsumme der Gelder nicht den Tatsachen. Herrn Barth sind seinerzeit zum Zwecke der Beschaffung von Waffen nicht 105000 Mark übergeben worden, sondern mehrere hunderttausend Mark. Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den Unabhängigen Ministern Haase, Barth und andern geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben."

Am **10. Dezember** dementieren die Volksbeauftragten Haase und Barth in Funksprüchen ganz entschieden die Behauptung Joffes, von ihm Geld zur Anschaffung von Waffen und zu revolutionärer Tätigkeit erhalten zu haben. Barth weist darauf hin, daß er Joffe nur einmal, etwa 14 Tage vor Ausbruch der Revolution, gesehen habe. Den Ankauf von Waffen habe er ausschließlich mit Geldern deutscher Parteigenossen vorgenommen. Er habe auch Haase von dem Revolutionsplan erst Mitteilung gemacht, als die Waffen gekauft waren und er ihn vor vollendete Tatsachen habe stellen können.

Unklar bleibt, auf welche Anregung und auf wessen Veranlassung hin Joffe seinen Enthüllungsfeldzug gegen die Volksbeauftragten Haase und Barth eröffnet hat. Die „Politisch-Parlamentarischen Nachr." schreiben, man könne nur vermuten, daß es sich um einen macchiavellistischen Versuch handele, mindestens zwei Volksbeauftragte dem deutschen Volke als Agenten

einer ausländischen Regierung zu verdächtigen und die Stabilität der deutschen Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ernstlich zu erschüttern, um so dem spartakischen Tohuwabohu eine Gasse zu bahnen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erläßt in der „Freiheit" folgende Erklärung:

„Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat schon vor Monaten, längst vor der Revolution, beschlossen gehabt, Gelder, die aus russischer Quelle herrühren könnten, zurückzuweisen, da sie stets die Auffassung vertrat, daß aus fremden Staaten stammende Mittel nicht in den Dienst der Parteipropaganda gestellt werden sollten. Die Partei hat diesen Beschluß dann kürzlich noch einmal erneuert. Wir müssen die Unterstellungen des Herrn Joffe aufs entschiedenste zurückweisen, die nur dazu dienen können, der sozialistischen Bewegung in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten und die Durchsetzung ihrer Ziele zu behindern.

Damit ist die Angelegenheit für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei selbst erledigt. Die einzelnen in den Schlußsätzen des Joffeschen Funkspruchs bezeichneten Personen werden aber nicht umhin können, zu den sie betreffenden Behauptungen in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Erst dann wird diese Angelegenheit als völlig aufgeklärt behandelt werden können."

15. Dezember. Joffe setzt in einem nach Kopenhagen gerichteten Funkspruch die Erörterung mit Haase und Barth über den Ursprung der Gelder und Waffen für die deutsche Revolution in sehr scharfer Weise fort und hält dabei seine Behauptung, daß die deutsche Revolution mit russischem Geld gemacht worden sei, in vollem Umfange aufrecht. Seine in der „Freiheit" abgedruckte Erklärung lautet:

„Auf die Erklärung der Herren Volksbeauftragten Emil Barth und Hugo Haase erkläre ich zunächst, daß ich allerdings ein lächerlicher Konspirator und in der illegalen Organisation der russischen sozialdemokratischen Partei 15 Jahre lang umsonst tätig gewesen wäre, wenn ich in meiner streng illegalen revolutionären Tätigkeit in Berlin so gehandelt hätte, wie es den beiden Herren darzustellen beliebte.

Es versteht sich von selbst, daß ich die zum Ankauf von Waffen bestimmten Geldbeträge nicht unmittelbar an Barth aushändigen konnte, da dieser Herr ein Neuling in der Arbeiterbewegung war und mir kein großes Vertrauen einflößte. Ich mußte vielmehr als Mittelsperson solche Genossen auswählen, die auf mein Vertrauen mehr Anspruch und deren Namen besseren Klang in der Arbeiterbewegung hatten. Es war jedoch Herrn Volksbeauftragten Barth ganz genau bekannt, daß die mehreren Hunderttausend Mark, die er, wie er selbst zugibt, von den deutschen Genossen erhalten hatte, letzten Endes von mir stammten. Mir gegenüber hat er dies bei unserer von ihm erwähnten Zusammenkunft, vierzehn Tage vor Ausbruch der Revolution, bestätigt, als er sagte, er wisse ganz genau, wo diese Gelder ihren Ursprung hätten. Bei dieser Gelegenheit machte er mir darüber Vorwürfe, daß ich ihm die von ihm bei einem namhaften Mitgliede der kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuches in Berlin erbetene Summe von zwei Millionen Mark seinerzeit nicht ausgehändigt hatte. Hätte ich dieses getan, sagte er, so wäre das deutsche Proletariat längst bewaffnet und imstande gewesen, die revolutionäre Erhebung erfolgreich durchzuführen. Es versteht sich weiter ebenfalls von selbst, daß bei

dieser revolutionären Tätigkeit, in der die russischen Sozialisten Hand in Hand mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gingen, keine offiziellen Vereinbarungen, weder mit der Parteileitung, noch mit den einzelnen Mitgliedern derselben getroffen werden konnten. Ich möchte aber Herrn Haase fragen, ob er bei verschiedenen Gelegenheiten, so z. B., als er und seine politischen Freunde von mir das Material und nicht nur das russische Material für ihre Reichstagsreden empfingen, als er im Namen seiner politischen Freunde an mich mehrmals die Anforderung stellte, keine Zahlungen an Deutschland zu leisten, da dieses nicht im Interesse der Entwicklung der deutschen Revolution läge, als die Unabhängige Sozialdemokratische Partei unsere Beziehungen zu Georgien in ausgesprochener Weise zu beeinflussen bestrebt war, als die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von uns finanziell Beihilfe für den Verlag der Druckschriften empfing, als sie unsere schriftstellerische Tätigkeit in Anspruch nahm — ob er bei diesen Gelegenheiten nicht der Meinung gewesen ist, das alles geschehe zum gemeinsamen Nutzen und zum gemeinsamen Zwecke, die Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland wie überall zu fördern. Ich würde mir diese Erinnerungen an unsere frühere gemeinsame Tätigkeit nicht wachrufen, wenn Herr Haase nicht den Standpunkt der Herren v. Kühlmann, Solf und Radolny eingenommen hätte, wonach gerade unsere engen Beziehungen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei uns als ein Verbrechen ausgelegt wurden, wofür man uns alsdann durch Ausweisung aus Deutschland strafte. Eine Regierung, die sich sozialistisch und revolutionär nennt, sich öffentlich erlaubt, uns gerade dessen anzuklagen, was wir mit ihren Mitgliedern, als sie noch Revolutionäre waren, gemeinsam unternahmen. So fallen für mich alle jene Rücksichten fort, die nicht nur einem politischen Freunde, sondern auch einem anständigen Gegner gegenüber üblich und am Platze wären."

Nach einer Feststellung der „Deutschen Tagesztg." hat das Radiotelegramm Joffes noch einen Schluß, den die „Freiheit" nicht abgedruckt hat. Darin heißt es:

„Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um dem Rechtsbeistand der russischen Botschaft in Berlin, Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Oskar Cohn, mitzuteilen, daß jene 150000 Mark und jene 150000 Rubel, die er von mir in der letzten Nacht vor der Ausweisung und zwar als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hatte, in jener Nacht, als er gemeinsam mit uns im Botschaftsgebäude verhaftet saß, daß er diese Summe zurzeit nicht an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auszuzahlen braucht. Das gleiche gilt von dem in Deutschland deponierten Fonds von 10 Millionen Rubel, worüber ich Herrn Cohn Dispositionsrecht im Interesse der deutschen Revolution eingeräumt habe. Auch diese Gelder sind nicht mehr zur Verfügung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu stellen. Was endlich die Summe von 350000 Mark und 50000 Rubel anbetrifft, die Herr Dr. Cohn von mir zur Hilfeleistung an die in Deutschland zurückgebliebenen Russen erhalten hat, so bitte ich ihn, über diese Gelder auftragsgemäß zu verfügen, da ich nicht zweifle, daß Herr Dr. Cohn bei seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit diesen Auftrag in bester Weise zur Ausführung bringen wird."

Haase gibt darauf in der „Freiheit" die Richtigkeit der Angaben Joffes zu mit Ausnahme der über die russische Geldunterstützung:

„Genosse Joffe hält seine früher in Beziehung auf mich gemachten Angaben nicht mehr aufrecht. Was er jetzt vorbringt, ist zum Teil längst

bekannt und von mir in meiner öffentlichen Tätigkeit selbst mitgeteilt worden, zum Teil allerdings wieder unzutreffend. Richtig ist, daß ich durch seine Vermittlung über Vorgänge im Auslande für einige Reichstagsreden Tatsachenmaterial erhalten habe. Richtig ist, daß ich den Frieden von Brest-Litowsk wie auch den Zusatzvertrag öffentlich gebrandmarkt und die Vernichtung dieser Verträge durch den allgemeinen Friedensschluß oder eine wahrscheinlich früher in Deutschland ausbrechende Revolution angekündigt habe. Richtig ist ferner, daß ich mit Vertretern von Georgien und dem Genossen Joffe über Beziehungen zu Georgien gesprochen und ihn für meine Auffassung in dieser Frage zu gewinnen gesucht habe. Unrichtig ist, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei finanzielle Beihilfen für den Verlag von Druckschriften erhalten oder seine schriftstellerische Tätigkeit in Anspruch genommen habe. Nicht zu bestreiten ist, daß einige Zeitungen unserer Partei ihn und Freunde von ihm um Beiträge über Fragen der russischen Revolution ersucht haben. Ich kann noch mehr in dieser Richtung erklären: unsere Partei hat sogar darum ersucht, daß ein Mitglied seiner Partei für ihre Vertrauensmänner ein Referat über die russische Revolution halten solle, und hat mit Dank das Referat angehört."

Der „Vorwärts" meint, daß Joffe seine neue Intrige gesponnen habe, um die Reichsleitung durch schwerste Kompromittierung ihrer radikalen Mitglieder, die persönlich unmöglich gemacht werden sollten, zu sprengen, und sagt weiter:

„Herr Joffe hat die Millionen für die Unabhängige Sozialdemokratie gesperrt, weil er mit ihr nicht mehr zufrieden war und weil er damit eine Revolution im Sinne der russischen Auffassung von Revolution stützen wollte. Wer aber vertritt die Form der bolschewistischen Revolution in Deutschland? Das ist Spartakus! Seit langem schon versucht man das Geheimnis der Herkunft der zweifellos erheblichen Mittel, die der Spartakusbund für seine große Propaganda und für die ‚Rote Fahne' ausgibt, zu lüften. Jetzt hat man einen Fingerzeig."

24. Dezember. Der Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Oskar Cohn gibt zu dem Funkspruch Joffes eine längere Erklärung ab, deren wichtigste Sätze lauten:

„Der Funkspruch des Genossen Joffe vom 15. Dezember ist mir im Wortlaut erst nach meiner Rückkehr nach Berlin bekannt geworden. Er erwähnt auch mich, darauf antwortete ich:

Meiner Tätigkeit als Rechtsbeistand der russischen Botschaft in Berlin werde ich mich mit Genugtuung erinnern. Ich denke auch oft und gern an die politischen Gespräche, die ich mit dem Genossen Joffe und meinen übrigen russischen Freunden geführt habe. Über das Ziel bestand Einigkeit; über die Voraussetzungen, die Methoden und die Formen der deutschen Revolution waren wir nicht durchweg einer Meinung. Niemals aber war ein Streit darüber, daß die Parteien der sozialistischen Internationale einander mit Rat und Tat helfen müssen. Meine nähere persönliche Bekanntschaft mit August Bebel und Paul Singer und — um nur einen Lebenden zu nennen — mit Wilhelm Pfannkuch schreibt sich gerade daher, daß ich vor, während und nach der russischen Revolution von 1905 finanzielle Wünsche russischer Bruderparteien — menschewistischer wie bolschewistischer — beim deutschen Parteivorstand vertreten und unterstützen durfte. Wie oft haben dabei Bebel und Singer unter Voranstellung der großen Gesichtspunkte der Internationale die Sache der russischen Genossen gegen die

finanzielle Zaghaftigkeit des einen oder anderen Mitgliedes des Parteivorstandes geführt! Aber auch jene Zaghafteren fragten immer nur nach dem Maß der Forderung, nicht aber, wie es jetzt der »Vorwärts« tut, ob ein Sozialdemokrat mit fremden Geldern und mit fremdem Geist an unserem siechen Volkskörper Pferdekuren versuchen dürfe. Es scheint vergessen zu sein, daß »sogar« manche deutsche Gewerkschaft die Lohnkämpfe von Brudergewerkschaften im Auslande unterstützt, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften in den schwedischen Generalstreik mit großen Geldmitteln eingegriffen hat! Aber das war in der »kleinen Zeit«, und die Sozialdemokratie hatte damals noch nicht die Weisheit entdeckt, daß der deutsche Kapitalist ein »Volksgenosse« sei und deshalb dem deutschen Arbeiter näherstehe als der Proletarier französischer oder russischer Zunge.

Bedarf es also umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe? Revolutionen verschlingen zwar nur einen kleinen Bruchteil dessen, was ein Tag Weltkrieg gekostet hat — die Menschenleben ungerechnet —, aber immerhin beträchtliche Summen, und diese Summen muß die internationale Sozialdemokratie aufbringen, die in der Revolution die sozialistische Gesellschaftsordnung durchsetzen will.

Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben, mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zweck zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedaure nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann.

Auf einen Irrtum darf ich den Genossen Joffe hinweisen: die in Deutschland hinterlegten Werte hat er mir nicht ganz, sondern nur in Höhe von 4 Millionen Rubeln für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt. Leider hat mir das Bankhaus wegen formeller Bedenken gegen die Vollmacht die Summe nicht ausgehändigt, desgleichen nicht die übrigen Millionen, die ich für russische Kriegsgefangene und andere russische Notleidende verwenden sollte. Davon habe ich der Sowjetregierung schon früher durch Funkspruch Kenntnis gegeben. Was mir Genosse Joffe an barem Geld zur Unterstützung russischer Staatsangehörigen gegeben hat (350000 Mark und 50000 Rubel) ist für diesen Zweck aufgebraucht. Ich erwarte eine Erklärung des Genossen Joffe, ob ich die notleidenden russischen Staatsangehörigen vorläufig aus den noch vorhandenen Parteigeldern unterstützen darf."

29. Dezember. Das Auswärtige Amt läßt der Presse durch das Wolffsche Telegraphenbureau folgende Mitteilung zugehen:

„Herr Dr. Cohn-Nordhausen hat bei seiner Erwiderung auf die Eröffnung Joffes über die Zahlung von Revolutionsgeldern an ihn für notwendig befunden, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß das Auswärtige Amt unbefugterweise eine Einladung an die russische Regierung, Vertreter zur Zusammenkunft mit ihm an der Demarkationslinie zu entsenden, zurückgehalten habe. Das Auswärtige Amt sieht sich daher zu folgender Klarstellung genötigt: die Mitteilung, daß der Funkspruch nach Moskau nicht abgesandt worden ist, entspricht den Tatsachen. Im Augenblick seiner Abbeförderung, während Dr. Cohn bereits die Reise nach Kowno

angetreten hatte, ging nämlich der Joffesche Funkspruch ein. Das Auswärtige Amt mußte nach früheren Aussagen des Dr. Cohn die darin enthaltene Mitteilung, Herr Cohn habe bolschewistische Gelder bewußt zur Revolutionierung Deutschlands empfangen, für eine Verdächtigung halten. Hatte doch bei der Erörterung des ersten Joffeschen Funkspruchs die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie erklärt, daß die Parteileitung ausdrücklich die Annahme fremder Gelder für deutsche Revolutionszwecke abgelehnt habe; und hatte doch Herr Dr. Cohn selbst sowohl hinsichtlich der ihm von Joffe übergebenen, als auch hinsichtlich der bei dem Bankhaus Mendelssohn lagernden russischen Gelder, und zwar nicht nur vor, sondern auch nach Eintritt der Revolution, wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Gelder für die russische Gefangenenfürsorge bestimmt seien. Bei solcher Annahme aber, die doch mindestens nahelag, mußte eine Zusammenkunft mit Vertretern der Sowjetregierung Herrn Dr. Cohn in seinem eigensten Interesse unerwünscht sein. So wurde die Einladung an die Russen nicht abgesandt und Dr. Cohn nach seinem Eintreffen in Kowno, wo er mit Obost zu konferieren hatte, telephonisch entsprechend verständigt.

Das Auswärtige Amt hat sich in seiner Annahme, die Joffesche Eröffnung enthalte eine Verleumdung, geirrt. Hätte es gewußt, daß Dr. Cohn bolschewistische Gelder für die Revolution erhalten hat, so wäre nicht nur die Einladung nicht abgesandt worden, sondern das Auswärtige Amt hätte sich auch mit allen Mitteln dagegen gewehrt, Herrn Cohn in amtlichem Auftrage nach dem Osten reisen zu lassen."

(Vgl. hierzu die Auseinandersetzung zwischen Reichswehrminister Noske und dem Abg. Dr. Cohn in der deutschen Nationalversammlung am 27. Februar 1919.)

Das Deutsche Reich und Preußen.

1. Januar 1919. Eduard Bernstein stellt dem Rate der Volksbeauftragten sein Amt als Beigeordneter des Reichsschatzamts zur Verfügung; auch Kautsky reicht sein Rücktrittsgesuch ein.

2. Januar. Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau übernimmt die Leitung des Auswärtigen Amts.

Über die Richtlinien, die der Staatssekretär in der Politik zu verfolgen beabsichtigt, gibt er nachstehende Erklärung ab: „Mein Bestreben wird sein Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volke wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk soll im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbsterniedrigung wie Überhebung vermeiden. Zu meinem Teile hierzu beizutragen, bin ich entschlossen. Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Versklavung lehne ich ab. Manche unserer Gegner verdächtigen die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unwahr, wie der Glaube irrig ist, das Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen. Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Zusagen gewissenhaft einlöst, aber nicht um die Breite eines Haares über das hinausgeht, was es als recht anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung, unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfruf gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundsatz gelten soll: »der Balkan den Balkanvölkern«, so wird es auch heißen müssen: »Deutschland den Deutschen«."

Der bisherige Chef des Demobilmachungsdepartements Oberst Reinhardt wird zum preußischen Kriegsminister ernannt.

Am selben Tage ergeht folgende Verfügung gegen übertriebene Lohnforderungen der Arbeiter:

„Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung angenommen, die die schwersten Befürchtungen erwecken und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Herren Fachminister werden daher ersucht, an sie herantretende Lohnforderungen zwar mit in aller Würdigung der

jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig dahin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen.

Berlin, den 2. Januar 1919.

Die preußische Regierung:

Hirsch. Ströbel. Braun. Ernst. Adolf Hoffmann. Rosenfeld."

3. Januar. Die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörigen Mitglieder der preußischen Regierung legen ihre Ämter nieder und begründen diesen Schritt in einem Schreiben an den Zentralrat folgendermaßen:

„Als die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörigen Volksbeauftragten Barth, Dittmann und Haase aus dem Rat der Volksbeauftragten austraten, weil sie erkannt hatten, daß sie mit Ebert, Landsberg und Scheidemann nicht mehr weiter zusammen arbeiten konnten, ohne die Revolution und den Sozialismus zu gefährden, entstand auch für uns, die zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörenden Mitglieder der preußischen Regierung, die Frage, ob wir noch länger im Amte bleiben könnten. Wir erklärten uns sofort mit den Genossen Barth, Dittmann und Haase solidarisch und verlangten eine Aussprache mit dem Zentralrat. In dieser Aussprache ergab es sich, daß eine erfolgreiche Vertretung unserer Ideen in der Regierung für uns unmöglich ist, nachdem der Zentralrat infolge des Verzichts der unabhängigen Fraktion des Rätekongresses eine rein mehrheitssozialistische Zusammensetzung erfahren hat und nachdem uns durch das Ausscheiden unserer drei Genossen aus dem Rate der Volksbeauftragten auch der notwendige Rückhalt bei der Regierung der deutschen Republik geraubt worden ist.

Die Unmöglichkeit unseres Weiterverbleibens in der preußischen Regierung stellte sich unmittelbar heraus, als gestern von uns verlangt wurde, wir sollten ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Reinhardt zum preußischen Kriegsminister zustimmen. Wir sollten uns damit begnügen, daß der Zentralrat mit dem Obersten Reinhardt verhandelt und die Überzeugung gewonnen habe, daß er die an den Kriegsminister der neuen Republik zu stellenden Anforderungen erfülle. Die vom Obersten Reinhardt schriftlich abgegebene programmatische Erklärung wurde uns aber nicht im Wortlaut vorgelegt. Als wir sie forderten, lehnte der Zentralrat ab, auf die Beschaffung dieses wichtigen Dokuments hinzuwirken. Die kurze und unbestimmte Inhaltsangabe konnte uns gerade nach den Erfahrungen der letzten Wochen nicht genügen.

Denn der Zentralrat bot nach der Stellung, die er in den Verhandlungen mit den Volksbeauftragten der Unabhängigen Sozialdemokratie eingenommen hatte, nicht die genügende Garantie, daß wir auf sein Urteil allein hätten bauen können. Er hat bekanntlich schon versagt, als er sich in den entscheidenden Auseinandersetzungen mit Barth, Dittmann und Haase teils auf einen revolutionsfeindlichen Standpunkt stellte, teils die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Revolution verzögerte. Wie wir gestern feststellten, ist er auch bis jetzt noch nicht über die Demobilisierung des Heeres und über die von unserem revolutionären Standpunkt aus unumgängliche Umgestaltung des gesamten Verteidigungswesens zu Beschlüssen gelangt.

Mit diesem Zentralrat ist ein Zusammenarbeiten unmöglich. Deshalb erklären wir hiermit den Rücktritt aus unseren Ämtern.

Ströbel. Adolf Hoffmann. Dr. Kurt Rosenfeld. Dr. Graf Arco.
Dr. Breitscheid. Paul Hoffmann. Hofer. Simon."

Diese Darstellung ruft in der „Dtschn. Allg. Ztg." folgenden offiziösen Widerspruch hervor:

„Die Darstellung, als sollten die bisherigen preußischen Minister ohne weitere Prüfung der Ernennung des neuen Kriegsministers zustimmen und als habe der Zentralrat die Beschaffung der programmatischen Erklärung des Obersten Reinhardt abgelehnt, geht von falschen Voraussetzungen aus und erweckt falsche Eindrücke. Der Zentralrat als oberster Träger der politischen Gewalt hat sein Recht, Minister ein- und abzusetzen, auch im Falle des neuen Kriegsministers ausgeübt; in dieser Ausübung kann also keine »Unmöglichkeit des Weiterverbleibens« liegen, da dieses Recht des Zentralrats von vornherein bekannt war. Außerdem ist die Zustimmung zur Ernennung eines Kriegsministers, dessen Gehalt Preußen nicht einmal zahlt, lediglich eine auf der bisherigen preußischen Verfassung beruhende Formalität.

Ebenso hat der Zentralrat es keineswegs abgelehnt, auf die »Beschaffung der programmatischen Erklärung hinzuwirken«, sondern hat den preußischen Ministern anheimgestellt, sich diese Erklärung von der Reichsregierung ausfolgen zu lassen, die dazu bereit sei. Wenn die Herren behaupten, der Zentralrat biete keine genügenden Garantien, da er sich den ausscheidenden unabhängigen Volksbeauftragten gegenüber auf einen revolutionsfeindlichen Standpunkt gestellt habe, so weist der Zentralrat diese Unterstellung auf das ernsteste ab. Gerade über die Demobilisation und die unumgängliche Umgestaltung des ganzen Verteidigungswesens hat der Zentralrat von vornherein entsprechend den Beschlüssen des Rätekongresses den entschiedensten Standpunkt eingenommen. Er sieht die stärkste Garantie für seine der Revolution dienliche Stellung darin, daß seine Wahl auf dem Rätekongreß mit neun Zehnteln aller Stimmen erfolgte."

Auch die mehrheitssozialistischen Mitglieder des preußischen Ministeriums stellen darauf dem Zentralrat ihre Ämter zur Verfügung.

4. Januar. Im preußischen Staatsministerium finden in Gegenwart des Oberpräsidenten von Posen, des Regierungspräsidenten von Posen, des Präsidenten der Ansiedlungskommission und Vertretern anderer Ressorts eingehende Besprechungen über die Polenfrage statt. Es wird beschlossen, energische Maßregeln zu ergreifen und dem Vordringen der Polen, die u. a. die Amtsenthebung deutscher Beamten und ihre Ersetzung durch vom polnischen Volksrat eingesetzte Herren wünschen, kräftig entgegenzutreten.

Am selben Tage wird der Berliner Polizeipräsident Eichhorn durch Verfügung des preußischen Ministers des Innern wegen politischer Betätigung im spartakistischen Sinne seines Amtes enthoben. Minister Eugen Ernst übernimmt unter Beibehaltung seiner bisherigen Funktionen auch die Leitung des Berliner Polizeipräsidiums.

Die Absetzung Eichhorns führt am

5. Januar in Berlin zu einem neuen Aufstand der Unabhängigen und der Spartakusgruppe gegen die Regierung Ebert-Scheidemann und zu blutigen Straßenkämpfen, die sich die ganze Woche hindurch hinziehen und bis einschließlich 13. Januar dauern.

Die Volksbeauftragten veröffentlichen darüber einen längeren Bericht, der zunächst schildert, wie am 5. Januar Eichhorn erklärt, seine Entlassung durch das preußische Ministerium des Innern nicht anzuerkennen und nur den Weisungen des Berliner Vollzugsrats folgen zu wollen, der ihn eingesetzt habe. Dann heißt es in dem Berichte weiter: „Da sich die Sicherheitswehr nach einigen Diskussionen auf denselben Standpunkt stellte, fuhren Polizeipräsident Ernst und Stadtkommandant Leutnant Fischer zum Zentralrat, dem rechtlichen Nachfolger des Vollzugsrats des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats. Inzwischen hatten die Demonstrationen eingesetzt, die von dem Spartakusbunde in Verbindung mit den revolutionären Obleuten der Großbetriebe und der Lokalorganisation der Unabhängigen Sozialdemokratie in Szene gesetzt worden waren. Im Laufe dieser Demonstrationen kam es zu der widerrechtlichen Besetzung des »Vorwärts«, in dessen Druckräumen mit vandalischer Wut gehaust wurde, und zur Besetzung der bürgerlichen Zeitungen und des W.T.B. Als die Regierung sich diesen desolaten Zuständen gegenüber sah, rief sie ihre Anhänger noch in der Nacht auf Montag zum Generalstreik und zu gewaltigen Demonstrationen gegen den Terror einer brutalen Minderheit auf.

Schon am frühen Morgen nahmen diese Demonstrationen riesenhaften Charakter an, und vor dem Reichskanzlerhause staute sich eine unübersehbare Menge, die immer wieder ihrer Entrüstung gegen das frivole Gebaren von Spartakus den lebhaftesten Ausdruck lieh. Die Teilnehmer der Demonstrationen für die Regierung waren aber, im empfindlichen Gegensatz zu Spartakus, durchaus unbewaffnet.

Inzwischen kam es durch das Auftreten der Spartakusgarde in der Albrechtstraße, Unter den Linden, am Potsdamer Platze zu Schießereien, die leider Opfer forderten. Das Tollste aber war, daß sich um $^1/_4$6 Uhr eine Abordnung des Spartakusbundes mit der weißen Fahne der Postenkette der Regierungstruppen am Wilhelmsplatze näherte, um sie, unter Berufung darauf, daß die Reichskanzlei von Spartakusleuten umstellt sei, zur Übergabe der Waffen aufzufordern. Als die Vorposten der Regierungstruppen diesen Wunsch an ihr Kommando übermitteln wollten, wurden sie hinterrücks feige beschossen und erlitten schmerzliche Verluste. Angesichts dieses Rowdytums sah sich das Kommando der Schutztruppe zu energischer Gegenwehr gezwungen. Ein Maschinengewehr trat in Tätigkeit, und in verblüffend kurzer Zeit war die Straße reingefegt. Die Spartakisten nahmen ihre Gefallenen mit.

Während dieser Vorgänge in Berlin hatte sich die Zentralleitung der Unabhängigen entschlossen, ihre guten Dienste als ehrliche Makler anzubieten, womit sie sich gleichzeitig zu der Berliner Lokalorganisation ihrer eigenen Partei in einen gewissen Gegensatz setzte. Mit diesem Antrage erschienen in der Reichskanzlei die Herren Dittmann, Breitscheid und Kautsky, denen sich später noch Cohn-Nordhausen zugesellte. Auf ihre Frage nach dem Verhandlungswillen der Regierung wurde erklärt, daß die Regierung natürlich jede Möglichkeit begrüße, Blutvergießen und den Bruderkampf in den Straßen Berlins zu verhüten. Während diese Verhandlungen aber

eingeleitet wurden, tobte draußen Spartakus weiter, suchte das Kriegsministerium zu besetzen und die Betriebsbeamten der Eisenbahndirektion zu vertreiben und sich selbst in dem Direktionsgebäude mit Handgranaten und Maschinengewehren häuslich niederzulassen, und versuchte das Proviantlager in der Köpenickerstraße zu stürmen.

Der ernste Entschluß zum Kampf gegen den Terrorismus ließ der Regierung zahlreiche Kräfte zuströmen, die bald in die alten Formationen eingereiht waren. Die Regierung hat sich gleichzeitig entschlossen, ein Werbebureau zu errichten, in dem Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften auf ihr Mitgliedsbuch hin gegen den Terror bewaffnet werden. Sitz dieses Werbebureaus ist das Palais des Prinzen Friedrich Leopold.

Inzwischen trafen die von den unabhängigen Vermittlern angekündigten revolutionären Obleute der Berliner Großbetriebe in der Reichskanzlei ein. Es war bereits 1 Uhr nachts. Es stellte sich heraus, daß an eine Einigung in dieser frühen Morgenstunde nicht zu denken war. Denn die Regierung hat mit aller Entschiedenheit die Wiederherstellung des status quo, d. h. die Räumung aller besetzten Gebäude, als Vorbedingung für den Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen bezeichnet. Tatsächlich kam auch eine Einigung nicht zustande, und angesichts der weit vorgerückten Zeit — es war inzwischen 3 Uhr morgens geworden — wiederholte die Regierung ihre Erklärung, daß sie nur dann von der Waffe Gebrauch machen werde, wenn von der anderen Seite von der Waffe Gebrauch gemacht wird. Da die Obleute eine inhaltlich gleiche Erklärung abgaben, kam es zur tatsächlichen Waffenruhe. Wie diese Waffenruhe aber eingehalten wurde, beweist am schlagendsten, daß um 5 Uhr morgens eine Bande bewaffneter Spartakisten die Lindendruckerei am Schiffbauerdamm mit vorgehaltenem Revolver stürmte und den dort provisorisch hergestellten »Vorwärts« »beschlagnahmte« und die gedruckten Exemplare in die Spree warf."

Die Volksbeauftragten erklären: „Es ist uns eine Gewissenssache, Gewalt lediglich zur Abwehr von Gewalt anzuwenden. Auf diesem Standpunkt bleiben wir stehen. Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen.

Zu irgendeiner Abmachung können wir uns nur verstehen, nachdem die am Abend des 5. und im Laufe des 6. Januar 1919 besetzten Gebäude freigegeben sind."

Am **6. Januar** wird der frühere Gouverneur von Kiel, das Mitglied der Reichsregierung Noske, zum Generalgouverneur von Berlin ernannt und übernimmt den Oberbefehl über alle Truppen in und um Berlin.

7. Januar. Die Verhandlungen der Reichsleitung und des Zentralrats mit den revolutionären Obleuten, sowie den vier vermittelnden Unabhängigen (Dittmann, Dr. Breitscheid, Kautsky und Dr. Cohn-Nordhausen) werden fortgesetzt, scheitern aber zunächst. Die revolutionären Obleute geben am Schluß folgende Erklärung ab:

„Die Volksbeauftragten wie der Zentralrat haben heute als Voraussetzung für den Eintritt in Verhandlungen die Forderung gestellt, daß die Besetzung des »Vorwärts« und der übrigen Zeitungen vorweg sofort aufgehoben wird. Von dieser Vorbedingung ist am Tage zuvor der Eintritt

in die Verhandlungen nicht abhängig gemacht worden. Infolgedessen reichen die den Verhandlungskommissionen bisher erteilten Vollmachten nicht aus. Sie müssen ihre Auftraggeber wegen Ergänzung der Vollmachten befragen, was in den bereits für heute anberaumten Sitzungen geschehen wird. Aus diesem Grunde ist die Vertagung nötig.

Die Verhandlungskommissionen weisen noch darauf hin, daß nach einer soeben eingegangenen Nachricht das Gebäude der Eisenbahndirektion am 7. Januar zwischen 11 und 12 Uhr vormittags durch Truppen eines Eisenbahnregiments mit bewaffneter Hand erstürmt worden ist. Sie erblicken hierin einen Bruch der gestern von den Volksbeauftragten gegebenen Zusage, daß die Truppen der Regierung die Waffen nicht zum Angriff erheben würden."

Gleichzeitig erläßt die Reichsregierung folgenden Aufruf:

„Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilsonpunkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! Proteste allein nützen nichts, sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostseeprovinzen zu keinem ungestörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Meldet Euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und Euch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen Euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten. Ihr sollt das Überrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution! Sie kann ohne Eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft Euch, sie sorgt für Euch, aber sie braucht Euch auch. Freiwillige vor!

Die Reichsregierung.
Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel."

Am selben Tage erläßt der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik folgenden Aufruf an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands:

„Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hat, wie euch bekannt, uns zu seinem Vollzugsorgan ernannt und uns seine Voll-

machten übertragen. Wir haben in den ersten Wochen unserer Tätigkeit uns fast ausschließlich mit den zum Himmel schreienden Zuständen in Berlin beschäftigen müssen, wo eine kleine Minderheit gegen den allgemeinen Willen des Volkes, besonders auch der Berliner Bevölkerung, und gegen den ausgesprochenen Willen der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands eine brutale Gewaltherrschaft zu errichten bestrebt ist. Das verbrecherische, alle Errungenschaften der Revolution gefährdende Treiben bewaffneter Banden hat uns genötigt, der Reichsleitung außerordentliche Vollmachten zu erteilen, damit in Berlin endlich einmal die Ordnung und Rechtssicherheit, die unter dem freiheitlichsten Regime erst recht notwendig sind, wiederhergestellt werden können. Alle Meinungsverschiedenheiten im einzelnen müssen jetzt zurückgestellt werden hinter das Ziel, die schwer erkämpfte Volksfreiheit zu schützen, den Frieden nach innen und außen zu sichern und damit das ganze werktätige Volk vor neuem, furchtbaren Unglück zu bewahren.

Es ist die Pflicht aller Arbeiter- und Soldatenräte, uns und die Reichsleitung dabei mit allen Mitteln zu unterstützen. Haltet alles, was dazu erforderlich ist, bereit! Je einmütiger sich die Arbeiter und Soldaten Deutschlands in den von ihnen gewählten Räten zusammenschließen, desto rascher wird der Kampf nach dem Willen des Volkes entschieden sein."

8. Januar. Die Verhandlungen des Zentralrats mit den revolutionären Obleuten werden wieder aufgenommen, scheitern jedoch endgültig, da die Unabhängigen zwar zur Räumung der besetzten bürgerlichen Zeitungen bereit sind, dafür aber verlangen, daß der „Vorwärts" nicht mehr erscheinen soll, was von der Regierung abgelehnt wird.

Die Reichsregierung erläßt am selben Tage folgenden Aufruf:

„Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten- und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung.

Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt euren Platz entschlossen bei denen, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.

Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel."

Am selben Tage kommt es in Berlin zu verschiedenen Gefechten am Brandenburger Tor, am Anhalter Bahnhof und im Zeitungsviertel, wo namentlich um das von den Unabhängigen besetzte Gebäude des Wolffschen Telegraphenbureaus erbittert gekämpft wird. Die Eisenbahner stellen den Dienst ein, weil die Spartakusgruppe versucht hat, die Bahnhöfe in ihre Hand zu bekommen und den ganzen Verkehr nach Belieben zu sperren. Diesen Terror wollen die Eisenbahner sich nicht gefallen lassen und wollen ferner verhindern, daß aus den Vororten unruhige Elemente, die das Chaos in Berlin nur vergrößern helfen, herbeiströmen. Abgesehen vom Schlesischen Personenbahnhof, der von Spartakusleuten besetzt ist, sind sämtliche Bahnhöfe und Dienststellen der Eisenbahn frei.

In der französischen Presse werden die neuen Berliner Unruhen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. „Petit Parisien" sagt: „Wenn die augenblickliche Lage sich noch weiter hinschleppt, werden wir uns vielleicht gezwungen sehen, in Deutschland entweder einzuschreiten oder unsere Besetzungszone auszudehnen. Wir müssen eine regelrecht gebildete Regierung vor uns haben, nicht etwa, um mit ihr zu verhandeln, sondern um die Durchführung der Friedensbedingungen sicherzustellen, die wir infolge unseres Sieges diktieren können."

„Temps" sagt, die Sozialdemokratie scheine offenbar unfähig zu sein, zu regieren, und fordert ebenfalls den Verband auf, dafür zu sorgen, daß eine geordnete Regierungsgewalt in Deutschland die Verhandlungen mit ihm führe.

„Matin" erklärt: „Die Anhänger der Gewalttätigkeit in Berlin finden sich keiner Regierung gegenüber und können deshalb die Bevölkerung terrorisieren. Die Schwäche Eberts und Scheidemanns scheint unheilbar zu sein. Wir müssen den Ereignissen in Berlin mit der größten Aufmerksamkeit folgen, denn wir haben das größte Interesse daran, daß bei den Friedensverhandlungen eine über ein gewisses Ansehen verfügende Regierung uns gegenübersteht. Wir können nur mit solchen Vertretern Deutschlands verhandeln, welche die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich haben."

Die englischen Kommentare über die Ereignisse in Berlin betonen den Einfluß, den diese Ereignisse auf das Zustandekommen des Friedens haben können. Von spartakistischen Gruppen würde ein wohlüberlegter Versuch unternommen, die Macht zu gewinnen. Wenn ihnen das gelänge, würde das Zustandekommen der Nationalversammlung verhindert werden. Außerdem wäre die Existenz einer stabilen Regierung ausgeschlossen. Die Verbündeten könnten aber nur mit einer solchen verhandeln. Es wäre eine sehr ernste Sache für die Verbandsmächte, wenn die endgültige Regelung in dieser Weise auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben würde, noch viel ernster wäre es aber für Deutschland selbst, das von den Verbündeten abhängig sei. Es sei fraglich, ob die gegenwärtige Regierung genügend Kraft habe, die Freiheit und Ordnung wiederherzustellen.

„Westminster Gazette" sagt, die Verbündeten hätten das allergrößte Interesse an einer schnellen Regelung dieser Lage. Die Notwendigkeit der Existenz einer dauerhaften Regierung werde allgemein anerkannt. Wenn es keine Regierung gäbe, die Deutschland vertreten könne, sei es unmöglich, ein Abkommen zu schließen, und der Krieg wäre somit nur vorübergehend eingestellt. Die Verbündeten seien verpflichtet, die Bedingungen des Waffen-

stillstandes zu erfüllen: wiederholt hätten sie die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohmaterialien versprochen. Die Deutschen müßten anerkennen, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung und das Bestehen einer autorisierten Regierung wesentliche Bedingungen für die Schaffung von Nahrungsmitteln und Materialien seien.

Die holländische Presse verurteilt einstimmig die neuen Gewalttaten der Spartakisten, die als Verbrechen an der Sache des Volkes, als Wahnsinnstaten bezeichnet werden. Man verstehe nicht, wie ein Volk sich durch Kranke und Verbrecher terrorisieren lassen könne.

Am Abend und in der Nacht zum

9. Januar kommt es zu neuen heftigen Straßenkämpfen am Brandenburger Tor und im Zeitungsviertel, wobei die Tags vorher durch die Spartakisten besetzte Reichsdruckerei gesäubert wird, sodaß der ordnungsmäßige Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Heftige Kämpfe toben um das Verlagshaus Rudolf Mosse an der Ecke der Jerusalemer Straße.

In Spandau wird das Rathaus von Regierungstruppen erstürmt und damit der Aufstand niedergeschlagen.

In Düsseldorf und Dortmund kommt es in der Nacht zum 8. Januar ebenfalls zu Putschversuchen der Spartakisten, wobei die Zeitungen besetzt und am Erscheinen verhindert werden.

Am **11. Januar** wird das Gebäude des „Vorwärts" nach schwerem Kampf von Regierungstruppen unter Oberst Reinhardt und Major Stephani erstürmt und auch die Druckerei Büxenstein von Spartakisten gesäubert. Infolgedessen wird das Ullsteinhaus von seinen Verteidigern kampflos geräumt. Die Besatzungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus und der Verlagshäuser Scherl und Mosse ergeben sich bedingungslos. Auch der Schlesische Bahnhof, von dessen Besetzung sich die Terroristen besonders viel versprochen hatten, wird ihnen rasch wieder entrissen, ebenso ergibt sich das Bötzowhaus, das nach der rechtzeitigen „Abwanderung" der Führer aus dem Polizeipräsidium zum Hauptquartier gemacht worden ist, den Regierungstruppen.

Am selben Tage rücken aus Dahlem größere Truppen- und Freiwilligenverbände unter dem Jubel der Bevölkerung in Berlin ein. Der Oberbefehlshaber Noske erläßt dazu nachstehenden Aufruf:

„Arbeiter, Soldaten, Bürger! Heute um 1 Uhr sind 3000 Mann mit starker Artillerie und Maschinengewehren durch Berlin und Charlottenburg marschiert. Die Regierung hat durch sie gezeigt, daß sie die Macht hat, Euren Willen durchzusetzen, der von ihr ein Ende der Räubereien und des Blutvergießens verlangt.

Auch heute hofft sie noch, daß ihre feste Entschlossenheit den Terror abschrecken, daß die Spartakisten einen Kampf um die geraubten Gebäude nicht aufnehmen, sondern die Schauplätze ihrer Schandtaten räumen werden.

Täuscht diese Hoffnung auf eine Besinnung im letzten Augenblick, dann ist die Geduld der Regierung ebenso wie Eure erschöpft. Ihr müßtet sie wegjagen, wenn sie auch nur einen Tag noch zögerte. Im Osten plündern spartakistische Banden im Auto und mit vorgehaltenem Revolver die Straßen

ein Haus ums andere, während die Eichhornschen Sicherheitsmänner Wache stehen. Die letzte Maske, als handle es sich um eine politische Bewegung, ist gefallen, Raub und Plünderung entpuppt sich als letztes und einziges Ziel des Aufruhrs.

Arbeiter, die Reichsregierung hat mir die Führung der republikanischen Soldaten übertragen.

Ein Arbeiter steht also an der Spitze der Macht der sozialistischen Republik.

Ihr kennt mich und meine Vergangenheit in der Partei. Ich bürge Euch dafür, daß kein unnützes Blut vergossen wird. Ich will säubern, nicht vernichten, ich will Euch mit dem jungen republikanischen Heer die Freiheit und den Frieden bringen. Die Einigkeit der Arbeiterklasse muß gegen Spartakus erfolgen, wenn Demokratie und Sozialismus nicht untergehen sollen."

Am **12. Januar** früh wird das Polizeipräsidium nach Beschießung aus schweren Maschinengewehren und Haubitzen durch Gardefüsiliere erstürmt. Damit ist Berlin vom Terror befreit.

Die Führer der Unabhängigen Ledebour und Dr. Meyer werden unter dem Verdacht verhaftet, die aufständische Bewegung organisiert und unterstützt zu haben. Eichhorn und Dr. Liebknecht, sowie Rosa Luxemburg gelingt es, zu entkommen.

Ein Teil der im Eisenbahnbetriebe beschäftigten Arbeiter Berlins legt am selben Tage die Arbeit nieder, nachdem bereits seit dem vorhergehenden Tage in den Betriebswerkstätten Bestrebungen im Gange waren, die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs herbeizuführen, mit dem von den Streikenden offen eingestandenen Endzweck, dadurch zum Sturze der Regierung beizutragen. Es handelt sich also um einen ausgesprochen politischen Streik, bei dem, wie aus den Mitteilungen der Streikenden hervorgeht, die Regie in den Händen der Spartakusleute liegt.

Im Zeitungsviertel kommt es nachts nochmals zu planmäßig angelegten Schießereien der Spartakisten auf die Verlagshäuser, den Regierungstruppen gelingt es jedoch bald, das gegnerische Feuer zum Schweigen zu bringen.

13. Januar. Eine Verordnung der Reichsregierung befiehlt die Ablieferung aller Schußwaffen, sowie der Munition zu solchen bei Vermeidung einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bis zu 100000 Mark. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Die Reichsregierung erläßt am selben Tage folgenden Aufruf an das Volk:

„An das deutsche Volk! Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Den braven Truppen der Republik ist es

gelungen, aus eigener Kraft und durch die Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte. Irregeleitete Fanatiker verbanden sich mit dunklen Elementen der Großstadt, um mit ihrer Hilfe und der Hilfe einer fremden Macht die Gewalt an sich zu reißen, die ihnen das Volk, der allein rechtmäßige Auftraggeber jeder Regierung, aus freiem Willen niemals übertragen wird. An dem Widerstand des Volkes, ganz besonders auch der Arbeiterklasse, die in ihrer erdrückenden Mehrheit die begangenen Ausschreitungen verurteilt, ist das frevelhafte Unternehmen gescheitert.

Die Regierung ist sich der Zustimmung und der Hilfe des Volkes gewiß, wenn sie entschlossen ist, die Wiederholung ähnlicher Greuel mit allen Mitteln zu verhindern. Nachdem eine in ihren Anfängen politische Bewegung zu einem wüsten Verbrechertreiben ausgeartet ist, könnte es für die Urheber neuer Attentate auf die Sicherheit des Lebens, neuer willkürlicher Angriffe auf das Eigentum, neuer Störungen unserer freiheitlich-republikanischen Ordnung keine Schonung mehr geben.

Am 19. Januar tritt das deutsche Volk an die Wahlurne, um sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Das Volk der deutschen Republik ist der Träger der Staatssouveränität. Wer in seine freie Willensbetätigung gewaltsam eingreift, begeht ein schweres Staatsverbrechen und muß auf strengste Bestrafung gefaßt sein.

Die Nationalversammlung, die am nächsten Sonntag nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt werden wird, soll die Verfassung des Deutschen Reiches bestimmen, die Regierung nach ihren Wünschen zusammensetzen und über den abzuschließenden Frieden Beschluß fassen.

Die gegenwärtige Regierung bereitet für sie den Entwurf einer Verfassung vor, der das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes vor allen gegenrevolutionären oder terroristischen Bestrebungen schützt. Sie ist bemüht, einen Frieden zu erreichen, der die Freiheit des deutschen Volkes auch nach außen sicherstellt und die Gründung eines Völkerbundes zum sicheren Schutz gegen neue Kriegsgefahren ermöglicht.

Die Feststellung der nationalen Besitzverteilung im Osten kann nur Aufgabe der Friedenskonferenz sein. Gegen den polnischen Annexionismus bedarf unser Land des Schutzes, den ihm das Volk nicht versagen wird.

Nicht minder gilt es, unsere Grenzen gegen die neue russische Militärdespotie zu schützen, die uns mit kriegerischer Gewalt ihre eigenen anarchischen Zustände aufzwingen und einen neuen Weltkrieg entfesseln will, dessen Schauplatz unser Land sein würde. Bolschewismus ist Tod des Friedens, Tod der Freiheit, Tod des Sozialismus, der nur in aufbauender Arbeit sein Werk, die Befreiung des schaffenden Volkes aus Fesseln wirtschaftlicher Ausbeutung, vollenden kann. Dieser Sozialismus will das Wirtschaftsleben nicht erdrosseln, sondern neu erwecken, Rückkehr zu geordneter Arbeit ist dafür die erste Voraussetzung.

Die gegenwärtige Regierung besteht aus Vertretern der Arbeiterklasse, aus Sozialdemokraten. Sie kann nur handeln nach ihren eigenen politischen Grundsätzen, deren Anwendung nach ihrer Überzeugung dem Wohl des ganzen Volkes dient. Über ihr steht niemand als das Volk selbst, das in freier Entscheidung ihr Programm verwerfen oder billigen kann.

In Treue zu unserem Volk, in Treue zu unserer Überzeugung werden wir unser schweres Amt weiterführen oder von ihm willig zurücktreten, je nachdem, wie die Entscheidung des Volkes ausfällt. Bleiben wird uns die Gewißheit, daß die Sache, zu der wir und Millionen mit uns zeitlebens

in Not und Gefahr gestanden sind, die Sache der Demokratie und des Sozialismus nach blutiger Verwirrung schließlich doch zum Siege gelangen und daß dieser Sieg ein neues Kapitel der Weltgeschichte eröffnen wird zum Heil unseres Volkes und der ganzen Menschheit.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel."

Am selben Tage werden alle bereits gebildeten oder noch in der Bildung begriffenen Wehren (Sicherheits-, Bürgerwehren u. dgl.) zu einer „Republikanischen Schutztruppe" zusammengefaßt. Den Oberbefehl in und bei Berlin führt Noske, dem auch das Generalkommando Lüttwitz der regierungstreuen Freiwilligen-Korps unterstellt ist.

In der folgenden Nacht, wo es nochmals im Zentrum, Norden und Nordwesten von Berlin zu Schießereien kommt, wird die Familie Dr. Karl Liebknechts verhaftet.

Am selben Tage berät der Zentralrat in Berlin Vorlagen über vorläufige Regelung der Kommandogewalt, über Stellung der Soldatenräte im Friedensheere und über vorläufige Bestimmungen über Bekleidung im Friedensheere in erster Lesung. Dann tritt der Zentralrat in Verhandlungen mit der Kommission der revolutionären Obleute des Berliner Zentralvorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Groß-Berliner Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die übrigen Fragen, die zuerst durch die Vermittlungskommission und den Zentralvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Beratungen mit den Volksbeauftragten berührt worden sind. Vor Eintritt in die Verhandlungen wird die Stellung der revolutionären Obleute erörtert. Es ergibt sich aus den Verhandlungen, daß die revolutionären Obleute der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören, daß aber ihre Beschlüsse unabhängig von dem Verband der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefaßt und daß sie später ausgeglichen werden. Von den Vertretern der Obleute und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird gefordert, daß die Regierung durch den Zentralrat abberufen werde. Bei Begründung dieser Forderung wird verlangt, daß die Entscheidung hierüber sofort erfolgen solle. Demgegenüber wird erwidert, daß ohne Beratung über die neuen Personen und ohne Feststellung des Programms, das die neue Regierung zu vertreten habe, über die Abberufung von jetzigen Volksbeauftragten nicht beschlossen werden könne.

14. Januar. Die Hauptkräfte der Gardekavallerie-Division unter Generalleutnant Hoffmann beginnen mit der Besetzung Berlins, um die allgemeine Entwaffnung durchzuführen und die Wahlen für die Nationalversammlung zu schützen.

Der größte Teil der streikenden Eisenbahner Berlins nimmt die Arbeit wieder auf.

Am selben Tage werden die Verhandlungen des Zentralrats mit der Berliner Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Verhandlungskommission der revolutionären Obleute und der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fortgesetzt. Die Vertreter der Unabhängigen verlangen an erster Stelle die Absetzung der Volksbeauftragten und ihre Ersetzung durch „weniger stark kompromittierte Persönlichkeiten". Aus der Mitte des Zentralrats wird verlangt, daß man sich auf bestimmte Forderungen einige. Aus der gegenwärtigen Lage heraus handele es sich dabei zunächst um das Folgende:

1. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die am 19. Januar stattfindenden Wahlen zur gesetzgebenden Nationalversammlung vor jeder Störung bewahrt werden.
2. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die uneingeschränkte Preßfreiheit, eine der hauptsächlichsten Errungenschaften der Revolution, im ganzen Reiche sichergestellt wird.
3. Die Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß gewaltsamen Eingriffen in die Rechte und Freiheiten der Person und des Eigentums evtl. mit Gewalt begegnet wird und daß jeder Terror, ganz gleich von welcher Seite er kommt, aus dem politischen Kampfe verschwindet; zu diesem Zweck ist die Entwaffnung der Zivilbevölkerung schleunigst durchzuführen.

Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie erklären sich mit diesen drei Punkten einverstanden, ausgenommen den letzten Satz zu 3, der die schleunige Entwaffnung der Zivilbevölkerung durchgeführt haben will. Sie bemerken ferner, daß es darauf ankomme, wie die Wahlen zur Nationalversammlung geschützt würden. Auf die direkte Frage, ob sie bereit seien, gewaltsamen Störungen der Wahlen mit Gewalt begegnen zu lassen, erfolgt keine Antwort. Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie verlangen weiter, daß die Besetzung des Berliner Polizeipräsidiums, das zu einer kommunalen Einrichtung zu machen sei, nur mit Zustimmung der Unabhängigen Sozialdemokratie erfolgen dürfe, wobei sie sich nicht an die Person Eichhorns klammern wollten. Hingegen lehnen sie es ab, zurzeit in die Regierung einzutreten, um gemeinsam mit Mehrheitssozialisten die Durchführung eines noch festzusetzenden Programms zu übernehmen. Die Vertreter der Berliner Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie versichern, daß sie mit den Regierungssturzversuchen Ledebours, Liebknechts und Scholzes nichts zu tun hätten. Von den Vertretern der revolutionären Obleute wird eine entsprechende Erklärung nicht abgegeben. In der Debatte wird betont, daß die Frage der Besetzung des Berliner Polizeipräsidiums nicht isoliert erledigt werden, sondern nur zusammen mit den übrigen schwebenden politischen Fragen Gegenstand der Einigung sein könne.

Der Eisenbahnerstreit in und um Berlin wird in vollem Umfange beendigt; dagegen beginnen Spartakusunruhen in Erfurt.

Am selben Tage beschäftigt sich das preußische Staatsministerium wiederum eingehend mit der polnischen Frage und zeigt sich fest entschlossen, einheitlicher als bisher den polnischen Übergriffen entgegenzutreten. Minister Hirsch begibt sich mit Kommissaren aller Ressorts zur Regelung der Verhältnisse in Oberschlesien nach Kattowitz.

Oberbefehlshaber Noske erläßt folgenden Aufruf an die Bewohner Berlins:

„Der gestrigen Besetzung des Stadtteils Moabit folgt heute in breiter Front der Einmarsch beträchtlicher Truppenmengen in die Stadt. Alle westlichen Vororte sind gleichfalls besetzt oder durch Bürger- und Volkswehren geschützt.

Arbeiter, Soldaten, Bürger! Die von mir geführten Divisionen sind nicht Werkzeuge der Konterrevolution, dienen nicht der Unterdrückung, sondern werden die Befreiung von unerhörtem terroristischen Druck bringen, unter dem die Masse der Bevölkerung Berlins zu leiden hatte. Sicherheit der Person und des Eigentums, Freiheit der Presse und ungehinderte Ausübung des höchsten staatsbürgerlichen Rechts, der Wahl zur Nationalversammlung, will ich unbedingt sicherstellen.

Neuen Gewalttätigkeiten der Spartakusleute und verbrecherischer Elemente muß durch die Waffenabgabe vorgebeugt werden. Ich fordere die Bevölkerung Berlins auf, die Truppen nach Kräften zu unterstützen und den Anordnungen der militärischen Leiter Folge zu leisten.

Dazu ist erforderlich:

1. Die von dem Rat der Volksbeauftragten angeordnete Übergabe der Waffen wird vom 15. Januar ab durch die in Berlin einrückenden beziehungsweise dort bereits vorhandenen regierungstreuen Truppen und Wehren in Verbindung mit der Polizei durchgeführt werden. Hierzu werden Durchsuchungen von Häusern und Wohnungen stattfinden.

2. Jede Ansammlung auf der Straße ist untersagt. Den Anweisungen der Posten und Straßenpatrouillen für das Freihalten der von den Posten begangenen Räume und der von geschlossenen Truppenteilen zu beschreitenden Straßen ist unbedingt Folge zu leisten.

3. Der Verkehr auf den Straßen bei Dunkelheit, aber auch während der Tagesstunden ist auf das unbedingt Nötige zu beschränken.

4. Das städtische Fernsprechnetz wird in nächster Zeit in weitem Umfange zu militärischen und polizeilichen Zwecken ausgenützt werden. Ich ersuche daher das Publikum, den Fernsprecher nur zu dringend nötigen Dienst- und Geschäftsgesprächen zu benutzen.

5. Im Hinblick auf die unerhörten Zustände der letzten Zeit ersuche ich alle Mitbürger, dahin einzuwirken, daß die Waffenabgabe schnell und reibungslos durchgeführt wird, damit die Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt wiederhergestellt wird.

Der Oberbefehlshaber Noske."

Auf den Protest der preußischen Bischöfe gegen die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht ergeht ebenfalls am 9. Januar folgendes Antwortschreiben an Kardinal von Hartmann:

„Euer Eminenz erwidern wir auf das namens der Bischöfe Preußens an uns gerichtete gefällige Schreiben vom 2. v. M. ergebenst, daß die von

dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlassene Verfügung vom 27. November v. J., betreffend die Beseitigung der geistlichen Ortsschulaufsicht, nicht zu Recht besteht, da sie von dem Kultusminister Hoffmann publiziert ist, bevor sie der preußischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt war. Die endgültige Regelung der Angelegenheit wird der preußischen Nationalversammlung oder einer später zu berufenden gesetzlichen Körperschaft vorzubehalten sein. gez. Hirsch."

15. Januar. Der Zentralrat der deutschen Republik richtet an die Arbeiter- und Soldatenräte der Städte Duisburg, Mülheim a. Ruhr, Oberhausen, Hamborn (Rheinland) und Nelsum (Rheinland) telegraphisch das dringende Ersuchen, auf Grund des Verhältniswahlsystems sofort Neuwahlen vorzunehmen. In den genannten Städten haben sich, hervorgerufen durch ungerechte und ungeordnete Wahlen, unhaltbare Zustände entwickelt, die nur geändert werden können, wenn durch die Verhältniswahl jede Partei die ihrer Stärke entsprechenden Sitze in den Arbeiter- und Soldatenräten erhält.

Am selben Tage werden Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Wilmersdorf bei Berlin verhaftet. Liebknecht wird nach seiner Verhaftung bei einem Fluchtversuch im Tiergarten von Regierungstruppen erschossen, während Rosa Luxemburg von der wütenden Menge durch Schläge über den Kopf und einen Revolverschuß getötet wird.

17. Januar. Die Reichsregierung läßt wegen der Unterstützung des Spartakus-Aufruhrs durch die russischen Bolschewisten folgenden Protest an die russische Regierung funken:

„Bei Unterdrückung der aufrührerischen Bewegung, die hier kürzlich von einer terroristischen Gruppe zwecks politischer und tatsächlicher Vergewaltigung des deutschen Volks unternommen worden ist, sind unwiderlegliche Beweise dafür zu Tage getreten, daß diese Bewegung mit russischen offiziellen Mitteln und von russischen Organen unterstützt worden ist und daß russische offizielle Persönlichkeiten an ihr teilgenommen haben. Die deutsche Regierung legt gegen diese unzulässige verbrecherische Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands strengste Verwahrung ein. Sie sieht zunächst davon ab, aus diesem Grunde allen russischen Staatsangehörigen, die sich bisher frei in Deutschland aufhalten konnten, das gewährte Gastrecht zu entziehen, wozu sie an sich berechtigt wäre. Sie will jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß gegen alle Russen, die sich einer Unterstützung der aufrührerischen Bewegung schuldig gemacht haben oder noch in diesem Sinne tätig werden, auf das schärfste vorgegangen werden wird.

gez. Ebert. gez. Scheidemann."

Am selben Tage bringt die gesamte deutsche Presse folgende Kundgebung für Groß-Deutschland:

„Wir demonstrieren heute mit der gesamten deutschen Presse für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation.

In Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke fordern wir die sofortige Durchführung des am 11. November 1918 von der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ausgesprochenen Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland. Der Wille der Deutsch-Österreicher ist auch der unsere.

Wir grüßen unsere Brüder in Deutsch-Österreich, besonders auch die tapferen Verteidiger Deutsch-Böhmens, des Sudetenlandes und der deutschen Südalpen als Bürger Groß-Deutschlands."

18. Januar. Die Reichsregierung beschließt, den Kohlenbergbau des Reichs unter die Kontrolle von Reichsbevollmächtigten zu stellen, und erläßt dazu folgende Verordnung:

„1. Bis zur gesetzlichen Regelung einer umfassenden Beeinflussung des gesamten Kohlenbergbaues durch das Reich und bis zur Festlegung der Beteiligung der Volksgesamtheit an seinen Erträgen — Sozialisierung — werden sofort für die einzelnen Bergbaugebiete Reichsbevollmächtigte ernannt. Die Ernennung erfolgt durch die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesstaat und unbeschadet dessen sonstiger Aufsichtsbefugnisse. Unter den Reichsbevollmächtigten muß sich je ein Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter befinden, die von der Reichsregierung auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Reichsanzeiger vom 18. 11. 18 Nr. 273) ernannt werden. — Aufgabe dieser Bevollmächtigten ist es, alle wirtschaftlichen Vorgänge auf dem Gebiet der Kohlenförderung, des Absatzes und der Verwertung der Kohlen fortdauernd, auch hinsichtlich der Preisbemessung zu überwachen.

2. In allen Betrieben, in denen auf Grund der Berggesetze ständige Arbeiterausschüsse bestehen, sind, vorbehaltlich des Paragraph 12 der Verordnung vom 23. 12. 18 (Reichsgesetzblatt S. 1456 ff.) unverzüglich solche Ausschüsse (Zechen- oder Bergwerksräte) aus der Mitte der Arbeiter des Betriebs in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und nach näherer Maßgabe der Vorschriften der Verordnung vom 23. 12. 18 zu wählen. — Eine Wahl von Arbeiterausschußmitgliedern durch Sicherheitsmänner findet nicht mehr statt, die einschlägigen landesgesetzlichen Bestimmungen treten außer Kraft. Die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Wahlen und Befugnisse der Sicherheitsmänner bleiben in Geltung.

3. Über eine Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zusammengehöriger Bergwerksgebiete wird eine Verordnung im Sinne des nicht zur Erledigung gelangten Arbeitskammergesetzes (Reichstagsdrucksachen, 13. Legislaturperiode Nr. 1490) ergehen.

Gemäß der Verordnung vom 18. 1. 1919, betreffend den Bergbau, werden Bevollmächtigte für das rheinisch-westfälische Kohlengebiet ernannt: 1. Geheimer Bergrat Röhrig im Handelsministerium, 2. Generaldirektor Vögler in Dortmund, 3. Gewerkschaftsbeamter Otto Hue.

Berlin, 18. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann."

19. Januar. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung finden statt mit folgendem Ergebnis: es erhalten die Deutschnationale Volkspartei 42 Sitze, Christliche Volkspartei 88, Deutsche Volkspartei 21, Deutsche demokratische Partei 75, Sozialdemokraten 163, die unabhängigen Sozialdemokraten 22. Ferner werden 10 Fraktionslose gewählt, nämlich 4 Welfen, 1 Vertreter der Bauern- und Landarbeiterdemokraten, 4 bayrische Bauernbündler und 1 Vertreter des braunschweigischen Landeswahlverbandes. In Elsaß-Lothringen und in einem Teile der Provinz Posen können die Wahlen wegen feindlicher Besetzung nicht vorgenommen werden. 17 Mandate bleiben daher unbesetzt. (Näheres siehe Heft 4.)

Ein Regierungserlaß vom selben Tage ordnet die vorläufige Kommandogewalt im Friedensheere, die Bestimmungen über Anzüge und Rangabzeichen der Vorgesetzten, die Regelung des Grußes in der Armee und die Wahl von Mannschaften in Offiziersstellen.

Die Reichsregierung erläßt angesichts der besonderen Verhältnisse in Ostpreußen eine Verordnung wegen Errichtung einer vorläufigen Provinzialversammlung. Mitglieder dieser Versammlung sollen die in Ostpreußen gewählten Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung sein.

20. Januar. Die Nationalversammlung wird nach Weimar einberufen.

22. Januar. Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland erhebt Widerspruch gegen den Beschluß der Volksbeauftragten, die Nationalversammlung in Weimar tagen zu lassen, da dem Zentralrat keine Gelegenheit zur Mitberatung gegeben worden sei.

23. Januar. Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland hält eine Sitzung mit dem preußischen Staatsministerium ab, worin über einen Gesetzentwurf über das Gemeindewahlrecht, über den Ort der deutschen Nationalversammlung, über den Zusammentritt der preußischen Landesversammlung und über die in dem ursprünglichen Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß vorgeschlagene Aufteilung Preußens beraten wird. Es zeigt sich, daß das preußische Staatsministerium einmütig gegen die Aufteilung Preußens ist.

Am selben Tage erläßt der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland (gez. Leinert, Cohen) an die Arbeiter- und Soldatenräte im Reich folgenden Aufruf:

„In der letzten Zeit haben sich die Nachrichten über Eingriffe in die Preßfreiheit gemehrt. Die uneingeschränkte öffentliche Preß- und Meinungsfreiheit, für die die Arbeiterschaft jahrzehntelang gekämpft hat, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, und diese Errungenschaft muß unbedingt geschützt werden. Der Zentralrat fordert daher alle Arbeiter- und Soldatenräte auf, jeden Eingriff in die Preßfreiheit zu unterlassen und dort, wo Gewalt und Willkür gegen sie angewendet werden,

die Preß- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zentralrat wird von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel fordern, um die uneingeschränkte Preß- und Meinungsfreiheit sicherzustellen, und ihr hierbei alle Unterstützung angedeihen lassen."

24. Januar. Die preußische Regierung erläßt mit Gesetzeskraft eine Verordnung zur anderweitigen Regelung des Gemeindewahlrechts. Die Mitglieder der Gemeindevertretung werden in allgemeinen, unmittelbaren, geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet und im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die gegenwärtigen Gemeindevertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntage bis spätestens 2. März 1919 zu erfolgen.

25. Januar. In Berlin findet eine Konferenz der Bundesregierungen statt, woran die Volksbeauftragten, der Zentralrat, die preußische Staatsregierung und Vertreter sämtlicher deutschen Bundesstaaten teilnehmen. Gegenstand der Verhandlungen ist der vom Staatssekretär Dr. Preuß vorgelegte Entwurf einer deutschen Reichsverfassung und die ihn begleitende Denkschrift. (Näheres siehe Sonderheft: „Der Entwurf der deutschen Reichsverfassung", S. 37 ff.).

26. Januar. Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung finden statt und haben folgendes Ergebnis: es erhalten Deutschnationale Volkspartei 48 Sitze, Christliche Volkspartei 85, Deutsche Volkspartei 24, Deutsche demokratische Partei 65, Sozialdemokratie 145, Unabhängige Sozialdemokratie 24. Außerdem erhalten die schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie 1 Sitz, Welfen 2 und die vereinigte deutsch-hannoversche und Zentrumspartei 7 Sitze.

In der Nacht zum

27. Januar werden die Bahnhöfe Wilhelmshaven und Rüstringen, sowie die Banken und öffentlichen Gebäude in Wilhelmshaven durch Spartakisten besetzt. Führer ist der aus Bremen herübergekommene Lehrer Jörn. Gleichzeitig wird das Standrecht verhängt, Wilhelmshaven zur sozialistischen Republik erklärt und eine Rote Garde gebildet. Als Antwort auf dieses Vorgehen streiken die staatlichen und städtischen Beamten, sowie die Privatangestellten, sodaß die Eisenbahn, die Post, viele Geschäfte, die Werften und die Gemeindeangelegenheiten zum Stillstand kommen. Nachmittags veranstalten die Bürger eine große Kundgebung und verlangen sofortige Verhaftung und Entwaffnung der Spartakisten. Verhandlungen zwischen dem 21er Rat und den Kommunisten führen zu dem Ergebnis, daß die Kommunisten alle

ihre Maßregeln zurückziehen und in eine Verständigung einwilligen. Entgegen diesen Beschlüssen werden jedoch von der Reichsbank in Wilhelmshaven rund zwei Millionen Mark, darunter der ganze Goldbestand, abgehoben.

In der Nacht zum

28. Januar werden die Spartakisten durch den Bund der Berufssoldaten, den Bund der Deckoffiziere und einen großen Teil der Seebataillone in der Tausend-Mann-Kaserne mit Geschützen, Maschinengewehren, Handgranaten und Gewehrfeuer zur Übergabe gezwungen.

In den Nachmittagsstunden desselben Tages erscheint ein Aufruf an die Bevölkerung, worin folgende Maßregeln angekündigt werden: Einrichtung eines besonderen Sicherheitsdienstes, dessen Leitung der 21er Ausschuß hat, Zurückziehung der Arbeiter, soweit sie nicht zum Wach- und Polizeidienst benötigt werden, wo sie bewaffnet zur Verfügung bleiben, ähnliche Maßregeln in bezug auf die Soldaten, Aufhebung der am Tage vorher erlassenen Verkündigungen des revolutionären Ausschusses. Weiter heißt es in der erwähnten Bekanntmachung: „Die Spartakistenunruhen sind unterdrückt, Anführer und Hauptpersonen (ungefähr 500 Personen) festgesetzt und in sicherem Gewahrsam. Das von der Reichsbank abgehobene Geld ist zurückgegeben."

Die Arbeiter lehnen die Gründung einer neuen Republik ab, ebenso die Lossagung von Berlin und die Bildung einer Roten Garde. Unterzeichnet ist die Entschließung von dem 21er Rat, dem Gewerkschaftsvorstand der Sozialistischen Partei, dem Bund der Berufssoldaten, dem Deckoffizierbund, dem Stationschef, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiterbataillon.

Über Wilhelmshaven wird der Belagerungszustand verhängt, jedoch am 31. Januar wieder aufgehoben.

Am selben Tage erlassen der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland (gez. Cohen) und der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin Noske folgenden Aufruf an alle deutschen Männer:

„Von Tag zu Tag nimmt die unserer Heimat vom Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Russen, Polen und Tschechen greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Armeen der Bolschewiki vor den Toren Ostpreußens und die Polen weit in altdeutschem Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. Ungeachtet des namenlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk heraufbeschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem den blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor.

Wehe euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen! Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtlosigkeit das Los unseres Volkes sein. Wehe euch, wenn Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen!

Euch allen, die ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abzuwenden. Meldet euch bei den Freiwilligenverbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat. Kommt nach Berlin zur Garde-Kavallerie-Schützen-Division (Werbebureau: Deutsches Künstlertheater, Nürnberger Str. 70), zum Regiment Reinhardt (Moabit, Neues Kriminalgericht), zum Landes-Jägerkorps (Steglitz, Albrechtstr. 131), zum Landes-Schützenkorps (Berlin, Joachimsthaler Str. 38), zum Freikorps Hülsen (Charlottenburg, Luisencafé, Berliner Straße), zur Deutschen Schützen-Division (Charlottenburg, Rankestr. 34). Meldet euch bei den von den Generalkommandos in der Provinz aufgestellten Freiwilligenverbänden und bei den Bezirkskommandos.

Pflicht aller Behörden und Privatunternehmer ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche, geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erleiden."

28./29. Januar. Verhandlungen des Reichsschatzsekretärs mit den einzelstaatlichen Finanzministern in Weimar ergeben völlige Übereinstimmung dahin, daß die Deckung der dringenden Bedürfnisse des Reichs allen anderen vorangehen müsse, daß aber in dem hierdurch gezogenen Rahmen den Einzelstaaten die zur Erfüllung ihrer wichtigen Kulturaufgaben notwendige finanzielle Bewegungsfreiheit zu erhalten sei. Unter diesen Gesichtspunkten wird das gesamte Gebiet der Finanzen in seiner Bedeutung für Reich, Staat und Gemeinde einer eingehenden Erörterung unterzogen.

29. Januar. Die Reichsregierung richtet an den Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte das folgende Schreiben:

„Auf Ihr Schreiben vom 23. Januar teilen wir Ihnen mit, daß wir der Einladung zu der auf den 31. Januar festgesetzten Versammlung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins, sowie der in den dem Zweigverband Groß-Berlin angeschlossenen Kommunen gewählten Arbeiterräte zu unserem Bedauern nicht folgen können. Nach dem Beschluß des Rätekongresses sind wir für unsere Tätigkeit örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten nicht verantwortlich. Der Kongreß hat vielmehr die Kontrolle unserer Tätigkeit dem Zentralrat übertragen, in dessen Einvernehmen wir bei den Maßnahmen zur Herstellung der Sicherheit in Berlin gehandelt haben. Schon deshalb können wir den Aufforderungen örtlicher Arbeiter- und Soldatenräte zu mündlicher Berichterstattung nicht entsprechen. Ein solches Verfahren wäre auch praktisch undurchführbar, denn mit dem gleichen Recht wie Berlin könnten auch andere Orte uns zu mündlicher Berichterstattung auffordern. Dazu kommt, daß wir in den folgenden Tagen mit unaufschiebbaren Vorbereitungen für die Nationalversammlung voll in Anspruch genommen sind. Wir sind deshalb gezwungen, uns zu der aufgeworfenen Frage schriftlich, wie folgt, zu erklären:

Vorweg ist zu dem Antrag Weiß zu bemerken, daß eine »Militarisierung«, was wohl heißen soll: eine dauernde militärische Besetzung Berlins, nie beabsichtigt war und daß eine solche auch nicht besteht. Die Heranziehung von Truppen ist von der Reichsregierung und dem Zentralrat angeordnet worden, damit die gestörte öffentliche Sicherheit in Berlin

wiederhergestellt werde. Das lag nicht nur im Interesse der Berliner Bevölkerung, sondern war auch durch das Reichsinteresse unbedingt geboten. Daher sind auch die Kosten für die militärischen Maßnahmen auf die Reichskasse übernommen worden. Die Verpflegung der Truppen erfolgt, wie es bei allen mobilen Formationen üblich ist. Nachdem die Wirren in Berlin beendet sind und leidliche öffentliche Sicherheit wieder eingetreten ist, wurden auch die Truppen zum weitaus größten Teil aus Berlin zurückgezogen.

Die Reichsregierung.
Ebert. Scheidemann."

Am selben Tage wird in einer vom Zentralrat der Ostfront und Ostprovinzen einberufenen Konferenz in Königsberg i. Pr. folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Zentralrat der Ostfront und Ostprovinzen ist der Ansicht, daß sofort dazu geschritten werden muß, den revolutionären Organen, den Arbeiter- und Soldatenräten bzw. ihren Vollzugsausschüssen eine feste Organisation zu schaffen unter einer Zentralstelle, die als Reichsrat der Vollzugsausschüsse Deutschlands die oberste Revolutionsbehörde Deutschlands verkörpern würde. Der Zentralrat der Ostfront und Ostprovinzen richtet an alle Vollzugsausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands den dringenden Appell, zur Rettung der sozialen Revolution sich sofort zu einer solchen Organisation zusammenzuschließen und je einen Delegierten mit weitestgehenden Vollmachten zur Konstituierung des genannten Reichsvollzugsrates zum Vollzugsausschuß des 10. Armeekorps nach Hannover zu senden."

30. Januar. Die preußische Regierung veröffentlicht folgende Bekanntmachung gegen die Losreißungsbestrebungen:

„Bereits in unserer Bekanntmachung vom 10. Dezember ist darauf hingewiesen, daß die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die preußische verfassunggebende Versammlung bestimmt werde und daß allen Versuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit Nachdruck entgegenzutreten sei. An diesem Standpunkt hat die preußische Regierung gelegentlich der stattgehabten Verhandlungen über die neue deutsche Reichsverfassung in vollem Umfange festgehalten. Indem wir dies zur allgemeinen Kenntnis bringen, geben wir erneut der Erwartung Ausdruck, daß die Behörden allen anders gerichteten Bestrebungen nachdrücklichst entgegentreten werden."

31. Januar. Der Zentralrat veröffentlicht folgende Kundgebung an die Eisenbahnarbeiter und Betriebsbeamten im Reiche:

„Der Zentralrat hat davon Kenntnis erhalten, daß in einigen Gegenden des Reiches Forderungen gestellt werden, die eine geregelte Durchführung des Eisenbahnverkehrs gefährden. So wichtig im einzelnen manche der gestellten Forderungen sein mögen, so ist es doch jetzt die einzige Aufgabe der Arbeiter, Angestellten und Beamten, den Verkehr und die Wiederherstellung des Eisenbahnmaterials restlos sicherzustellen.

Vom geregelten Eisenbahnverkehr ist die Volksernährung abhängig, die Versorgung der Betriebe mit Kohlen und damit die einzige Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern; ferner ist von dem geregelten Eisenbahnverkehr abhängig die Beleuchtung und Heizung der Wohnungen, wodurch der Erkrankung und der Verseuchung des Volkes Einhalt getan werden kann.

Der Zentralrat hat die Verpflichtung, auf alle diese für das Volk schwerwiegenden Folgen des ungeregelten Eisenbahnbetriebes hinzuweisen. Die Zeit ist zu ernst, um durch wilde Streiks das Volk in unabsehbare Schwierigkeiten zu bringen.

Vor allen Dingen darf unter keinen Umständen eine sofortige Erfüllung von Forderungen ohne Verhandlungen durch Streiks verlangt werden, denn die Demokratie setzt voraus, daß über alle Forderungen nach jeder Seite hin gerecht geurteilt wird. Berechtigten Wünschen muß natürlich entgegengekommen werden, aber nicht ohne vorherige Beratung."

Loslösungsbestrebungen in Preußen.

Posen und Oberschlesien.

Die Loslösungsbestrebungen der preußischen Polen treten immer unverhüllter hervor. In einer vom 4. Januar 1919 vom Lausanner Telegraphenbureau veröffentlichten Botschaft, die alle Parteien Polens mit Ausnahme der Sozialisten und ihrer Anhänger dem polnischen Nationalkomité in Paris übermitteln, wird gerade heraus für Polen ein eigenes Küstengebiet und der „alte polnische Hafen Danzig" gefordert.

2. Januar. Vertreter aus den Städten Posen, Bromberg, Hohensalza und Gnesen verständigen sich dahin, daß alle Feindseligkeiten sofort einzustellen und weitere Vereinbarungen abzuwarten sind. Verstärkungen des Grenzschutzes bzw. Heimatschutzes sollen, solange dieser Waffenstillstand dauert, nicht herangeführt werden, der gesamte Eisenbahnverkehr soll wie gewöhnlich erfolgen. Diese Vereinbarungen werden jedoch von den Polen nicht gehalten. Sofort nach Schluß der Verhandlungen, als die Vertreter die Züge bestiegen haben, brechen Unruhen in Hohensalza aus. Post, Magistrat und Polizei werden durch Polen besetzt, aber von deutschen Truppen wieder befreit. In Strelno wird gekämpft. Kruschwitz wird durch die Polen erobert und besetzt.

3. Januar. In Posen wird auf einer Vollversammlung des polnischen obersten Volksrates nach Referaten von Korfanty und Adamski eine Entschließung angenommen, worin es heißt:

„Mit Rücksicht darauf, daß allein der oberste Volksrat in unserem Landesteile die tatsächliche Macht besitzt, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, sowie das Leben und Eigentum der Bewohner ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Nationalität zu beschützen, ist es unbedingt notwendig, daß der oberste Volksrat die Verwaltung in seine Hand nimmt."

Über Schneidemühl wird das Standrecht verhängt.

4. Januar. In Bentschen kommt es zu heftigen Kämpfen zwischen den Polen und deutschen Truppen. Die Polen besetzen

schließlich die Stadt, während die deutschen Truppen sich in den Bahnhof zurückziehen, der nachts von den Polen mit 15 Geschützen beschossen wird.

5. Januar. Ein neuer polnischer Sturm auf den Bahnhof Bentschen wird abgewiesen. Schubin und Mrotschen werden durch Bromberger Truppen von den Polen gesäubert: Nakel wird von den Polen freiwillig geräumt.

Kolmar wird von den Polen angegriffen und besetzt, jedoch am

6. Januar nach einem schweren Gefecht bei Milsch von den Deutschen wiedergewonnen. Auch Weißenhöhe wird nach Gefecht von den Deutschen besetzt.

Die Polen besetzen die Städte Radowitz, Kosten und Schrimm, sowie Olstein und Exin.

7. Januar. Als Vergeltungsmaßregel gegen einen am 4. Januar von deutschen Flugzeugen aus Frankfurt a. d. O. erfolgten Bombenangriff auf den Flugplatz Posen verfügt der polnische Befehlshaber die Internierung des kommandierenden Generals v. Bock und Polach. Die Reichsregierung ersucht um Aufhebung dieser die schwebenden Verhandlungen empfindlich störenden Maßregel. Die polnischen Behörden sichern die Erfüllung dieses Verlangens zu, wenn Bürgschaften gegeben werden, daß deutsche Flieger polnisches Gebiet nicht mit Bomben bewerfen, und gewisse internierte und verhaftete Polen freigelassen werden.

8. Januar. Czernikau wird von deutschen Truppen erstürmt, dagegen fällt Nakel wieder in polnische Hand.

9. Januar. Der polnische oberste Volksrat erläßt folgende Bekanntmachung:

„Durch die Macht der Ereignisse der letzten Tage ist sowohl die Regierungs- als auch die Militärgewalt auf die Polen übergegangen. Die bisherigen Behörden haben sich außerstande erklärt, Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist machtlos. Die Unordnung nimmt zu. Infolgedessen übernehmen wir die Leitung der Regierungs- und Militärangelegenheiten. Die endgültige Regelung der polnischen Frage ist dem Friedenkongreß zu überlassen."

Das Amt des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten von Posen wird dem Rechtsanwalt v. Trampczynski übertragen. Gleichzeitig werden über die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, die Übernahme der höheren Behörden, sowie über die Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln besondere Anordnungen in Aussicht gestellt.

11. Januar. Schubin muß vor überlegenen polnischen Kräften geräumt werden. Bahnhof Bentschen wird von den Polen genommen, am

12. Januar jedoch durch Mannschaften eines deutschen Panzerzugs zurückerobert.

Gegenüber der Meldung des Posener obersten Volksrats, daß der Anschluß Posens an die polnische Regierung proklamiert worden sei, betont der Volksrat zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, daß die Provinz Posen nach wie vor ein Bestandteil des Deutschen Reiches sei und daß mit Einverständnis der preußischen Regierung in Berlin der Oberpräsident der Provinz Schlesien bis zur endgültigen Regelung zugleich als Oberpräsident der Provinz Posen zu gelten habe, sowie daß der Regierungspräsident von Breslau den Regierungsbezirk Posen mit verwalte.

Über die allgemeine Lage in der Provinz Posen berichtet ein Telegramm der „Frkft. Ztg." aus Rawitsch:

„Während der überwiegend polnische Teil der Provinz Posen seit den jüngsten Vorgängen vollkommen in polnischer Hand ist, sind von dem deutschen Gürtel, der sich um diese Gebiete im Westen, Süden und Norden herumlegt, bisher nur kleinere Teile Polen zugefallen. Im Westen und Süden der Provinz sind den Deutschen verblieben die deutsche Hälfte des Kreises Rawitsch, der Kreis Lissa mit Ausnahme eines kleinen Zipfels, die ganzen oder fast die ganzen Kreise Fraustadt, Meseritz, Schwerin. Dagegen sind die Kreise Neutomischl, Bomst ganz oder zum größten Teil von den Polen besetzt. Im Norden sind, soweit man hier informiert ist, die Kreise Czarnikau, Filehne, Wirsitz, sowie der größte Teil von Bromberg Stadt und Land in den Händen der Deutschen. Seitdem die Polen beim Vorrücken auf Widerstand gestoßen sind, sind sie vorsichtiger geworden. Sie scheinen sich klar darüber zu sein, daß die Deutschen ihnen kein weiteres Land mehr kampflos überlassen werden. Speziell in hiesiger Gegend sind die Teile der Bevölkerung, die aus Scheu vor Blutvergießen oder aus Furcht vor eventuellem späteren polnischen Boykott zur Nachgiebigkeit gegen die Polen neigen, nur eine kleine Minderheit. Im großen und ganzen ist, wie mir versichert wird, die Stimmung der Deutschen erbittert und entschlossen, und man hofft zuversichtlich, zumal mit Hilfe der Unterstützungen, die aus Schlesien eingetroffen sind und weiter eintreffen, das, was man noch hat, unter allen Umständen festzuhalten und zu vermehren. Zur vollständigen Wiedergewinnung des von den Polen Geraubten ist allerdings eine Aktion des Reiches notwendig, die hier sehnlich erwartet wird. Sehr erschwert wird die Lage der Polen auch dadurch, daß ihnen die Zufuhr von Kohle vollkommen, auch von Oberschlesien her, abgeschnitten ist. Damit hat Deutschland speziell für die Frage der Lieferung von Lebensmitteln eine starke Waffe gegen die Polen in der Hand."

14. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: „Tagtäglich laufen zahlreiche Kundgebungen aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien bei der Reichsregierung ein, in denen die deutsche Bevölkerung gegen die polnischen Annexionsbestrebungen Widerspruch erhebt und ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck bringt, mit dem Deutschen Reiche vereint zu bleiben. Die Bevölkerung Ost- und Westpreußens, Posens und Schlesiens kann überzeugt sein, daß die

Reichsregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sich dafür einsetzen wird, daß deutsche Gebiete nicht aus dem Reichsverbande ausscheiden."

In Bromberg wird der Belagerungszustand erklärt.

15. Januar. Amtlich wird bekanntgegeben: Der Oberste polnische Volksrat in Posen hat der Regierung mitgeteilt, daß er zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit die Leitung der Verwaltung der Provinz Posen übernommen und die kommissarische Führung des Amtes des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten dem Rechtsanwalt v. Trampczynski übertragen habe.

Der Oberste polnische Volksrat hat geglaubt, die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß die Regierung gegen diese Maßnahme nichts einzuwenden haben werde. Demgegenüber ist festzustellen, daß bereits mehrere Tage vor Eingang dieser Mitteilung dem Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Posen seitens der preußischen Regierung eröffnet worden ist, Herrn v. Trampczynski stehe keine Befugnis zu, namens der preußischen Regierung irgendwelche Amtshandlungen auszuüben; den deutschen Beamten werde eine Fortsetzung ihrer Amtstätigkeit in den zurzeit unter der Gewalt des Polnischen Volksrates stehenden Gebieten lediglich insoweit freigestellt, als nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen die Interessen der Gesamtbevölkerung es geboten erscheinen ließen. An diesem Standpunkt der Regierung ist durch die eingangs erwähnte Mitteilung des Polnischen Volksrates nichts geändert.

Ein polnischer Vorstoß gegen Bomst wird abgeschlagen.

Polnische Banden sprengen die Bahn- und Straßenbrücke südlich von Netzwalde und beschädigen auf der Strecke Bomst—Züllichau den Eisenbahnkörper, sodaß die Züge ostwärts nur bis Züllichau verkehren können.

Der Kreis Wirsitz und Kolmar werden von den Polen geräumt.

Über Stadt und Kreis Krotoschin wird das Standrecht verhängt.

Der Ort Ligota nördlich von Groß-Wartenberg wird von polnischer Übermacht überfallen, jedoch von deutschen Truppen wieder eingenommen.

Am 8. Januar hatte die englische Regierung der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, worin Deutschland aufgefordert wurde, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Die Note weist darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde und daß die Mächte bei der Beurteilung der Frage notwendigerweise beeinflußt werden würden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, die Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten. Am

17. Januar antwortet die deutsche Regierung darauf mit folgender Note:

„Die deutsche Regierung ist mit der englischen Regierung darin einig, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Beschlüssen der kommenden Friedenskonferenz abhängt. Staatssekretär Dr. Solf hat bereits am 24. Oktober 1918 im Reichstag erklärt, daß sie das Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen hat. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegensätze und Kriege entstehen lassen."

Nach Wiedergabe der Ausführungen des Staatssekretärs fährt die Note fort: „An dieser Auffassung hält die deutsche Regierung fest. Sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit den Alliierten, wie das in der Note des Staatssekretärs Lansing und in dem Memorandum der Alliierten vom 5. November 1918 zum Ausdruck gekommen ist. Sie muß daher mit aller Entschiedenheit die Auffassung zurückweisen, daß die Regelung der gemischtsprachigen Bezirke an den deutschen Ostgrenzen irgendwie im Gegensatz zu dem vereinbarten Friedensprogramm erfolgen kann. Die deutsche Regierung ist aber in hohem Grade befremdet, daß von ihr gefordert wird, sie solle alle Provokationen der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien unterlassen. Sie kann die Auffassung der britischen Regierung nur darauf zurückführen, daß die Alliierten über die Vorgänge an der Ostgrenze Deutschlands nicht unterrichtet sind, denn seit der Annahme der Wilsonschen Grundsätze durch die deutsche Regierung hat sich eine Provokation der Polen an die andere gereiht. Die Reden der Abgeordneten Stychel und Korfanty im Oktober 1918 im Reichstag bildeten die Einleitung hierzu. Im Gegensatz zu der Annahme der englischen Regierung hat die deutsche Regierung alles getan, um die von den Polen früher vorgebrachten Klagen abzustellen. Die Ansiedlungs- und politischen Ausnahmegesetze wurden aufgehoben. Der Gebrauch der polnischen Sprache gegenüber den deutschen Behörden wurde im weitesten Umfang zugelassen. Auf dem Gebiet der Schule und Kirche wurde den Forderungen der Polen Rechnung getragen. Polnische Berater wurden den deutschen Behörden beigeordnet, und ein besonderes Amt zur Kontrolle der durch die Kriegswirtschaft aus der Provinz Posen herauszuziehenden Lebensmittel, in dem die Polen das Übergewicht haben, wurde errichtet. Über weitere Maßnahmen in administrativer und personeller Beziehung schweben noch Verhandlungen. Trotzdem sind die Polen planmäßig damit beschäftigt, einen Staat im Staate zu errichten. Gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes entfalteten sie in der Provinz Posen eine rege Agitation zur Schaffung eines polnischen Truppenkörpers in der polnischen Presse. Es ging eine Aufforderung an alle entlassenen Mannschaften, sich sofort bei bestimmten Truppenteilen zu melden. Da die polnischen Soldaten dieser Aufforderung fast restlos nachkamen, gelang es den polnischen Führern, eine zuverlässige Truppe in ihre Hand zu bekommen. Die aus der polnischen Provinz gebürtigen deutschen Mannschaften, die zur Entlassung kamen, begaben sich im Gegensatz hierzu sofort nach Hause. Herr Korfanty hat bei Verhandlungen in Bromberg, die mit Kommissaren der preußischen Regierung anfangs dieses Monats stattfanden, über den Zweck dieser Maßnahme befragt, erklärt, die Polen dächten nicht daran, diese Wehrmacht aufzulösen, sondern sie versuchten, sie nach Möglichkeit zu verstärken, da sie nach Friedensschluß gezwungen sein würden, die durch den Konferenzbeschluß ihnen zugestandenen Gebiete gewaltsam zu erobern. Deutschland werde sie nicht

freiwillig hergeben. Nach den schon angeführten deutschen Regierungserklärungen ist diese Behauptung geradezu lächerlich.

Den Polen ist es gelungen, die deutschen Garnisonen in der Provinz Posen zu polonisieren. Der englischen Regierung selbst ist bekannt, wie das auf ihr Ersuchen von der deutschen Regierung gewährte Freigeleit an den englischen General Wade und seinen polnischen Begleiter Herrn Paderewski und Frau von den letzteren in schmählichster Weise mißbraucht wurde, indem diese Delegation entgegen allen Verabredungen nach Posen fuhr, um dort das Zeichen zum Kampf der polnischen Bevölkerung der deutschen Gebiete gegen die Deutschen zu geben. In dankenswerter Weise hat die englische Regierung selbst Anordnungen getroffen, damit die Fortsetzung dieser Provokation unterbleibt. Am Tage der Ankunft Paderewskis fiel die Festung Posen in polnische Hand. Sofort schlossen sich die polnischen Kreise des Regierungsbezirks Posen den Polen an. Von hier wurde die Agitation auf den zur Hälfte deutschen Regierungsbezirk Bromberg und auf die bisher deutschen Kreise des Regierungsbezirks Posen hinübergetragen. Aus dem militärisch-strategischen Vorgehen, die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte zu besetzen, muß auf die Planmäßigkeit der Bewegung geschlossen werden. Durch nationale Begeisterung ist dies nicht zu erklären. Die Polen haben offenbar nicht das Vertrauen zur Friedenskonferenz, daß sie allen Wünschen entsprechen wird. Es wird zuverlässig berichtet, Herr Paderewski habe in Posen mitgeteilt, die Polen könnten nicht damit rechnen, die Gebiete in dem Umfang, in dem sie sie beanspruchen, zu erhalten. Dies ist der Grund dafür, daß in weiten Gebieten der Provinz Posen die deutsche Bevölkerung durch Terrorisierung zur Flucht veranlaßt wird. Wehrfähige deutsche Männer wurden interniert. In Posen darf die deutsche Bevölkerung nach 5 Uhr die Straße nicht betreten. Auch in der Zuteilung von Lebensmitteln werden die Deutschen von den Polen planmäßig benachteiligt. Für die Deutschen ist die Briefzensur eingeführt. Der Oberpräsident ist seines Postens enthoben und Herr Trampczynski ohne Zustimmung der preußischen Behörden eingesetzt worden. Der kommandierende General in Posen wurde verhaftet. Mehrfach wurden Landräte verhaftet und ihres Amtes entsetzt. Auf zahlreichen Stationen wurde der Abtransport von Lokomotiven und Eisenbahnwagen verhindert, die dazu bestimmt waren, gemäß den Waffenstillstandsbedingungen abgeliefert zu werden. Herr Korfanty hat diese Maßnahme dem Vertreter der preußischen Eisenbahnverwaltung gegenüber damit begründet, daß das Material zum Netze der polnischen Bahnen gehöre. Er werde bei der Waffenstillstandskommission erwirken, daß diese Lokomotiven und Wagen auf die Zahl der von Deutschland abzuliefernden angerechnet werden. Die deutsche Regierung sieht einer baldigen bestätigenden Äußerung über die Richtigkeit dieser Behauptung des Herrn Korfanty entgegen.

Das Vorgehen der Polen gegen die Bahnen im Regierungsbezirk Bromberg gefährdet nicht nur den Transport von Lebensmitteln nach Berlin, sondern auch den Rücktransport der deutschen Truppen aus den besetzten russischen Gebieten. Die Provinz Posen befindet sich zurzeit in einem Zustande nationalen Aufruhrs. Die deutsche Bevölkerung richtet dauernd Hilferufe an die Reichsregierung. Die deutsche Regierung hat es bisher unterlassen, gegen die Staatsbürger der polnischen Nation, die nach den deutschen Strafgesetzen Aufruhr, Landes- und Hochverrat vorbereiten und begehen, einzuschreiten. Sie kann nicht länger dem Treiben zusehen, daß an Stelle einer von ihr bereits angenommenen gerechten und friedlichen Regelung der Ostfragen der machtlüsterne polnische Imperialismus

ungehemmt schaltet und waltet, da sie darin eine nicht zu unterschätzende Gefahr für den dauernden Weltfrieden erblickt.

Die Vorgänge in Oberschlesien haben mit nationalen Fragen nichts gemein. Hier herrscht auch in gemischtsprachigen Gebieten Polens ständige Ruhe. Eine Ausnahme bildet nur ein Teil des oberschlesischen Industriegebiets. Dort haben erhebliche Arbeiterunruhen stattgefunden, die auf internationale bolschewikische Agitation zurückzuführen sind und mit nationalen Fragen nichts zu tun haben. Ein Beweis hierfür ist, daß dieselbe Bewegung im angrenzenden Industriegebiet, in Kongreßpolen, fast noch heftiger zum Ausbruch kam.

In Ostpreußen kann man von einer nationalen polnischen Bewegung überhaupt nicht sprechen. Auch von den Männern, die von den Polen zu den ihrigen gerechnet werden, liegen der Reichsregierung überall Petitionen aus jüngster Zeit vor, worin sie gegen die Lostrennung vom Deutschen Reiche entschiedenen Widerspruch erheben. Auch die Warschauer Regierung trug zur Aufstachelung der nationalen Bewegung in den preußischen Ostprovinzen bei. Sie unternahm es sogar, die Wahl zur polnischen Konstituante in den genannten Provinzen anzuordnen und dieses deutsche Gebiet in sechzehn Wahlkreise einzuteilen, eine Provokation und Anmaßung, die in der Weltgeschichte einzig dastehen dürften. Alle Maßnahmen der deutschen Regierung seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens dienen nur der sinngemäßen Durchführung dieses Abkommens und der Abwehr unberechtigter polnischer Ansprüche, die polnische Frage bereits vor dem Friedenskongreß zur Entscheidung zu bringen.

gez. Brockdorff-Rantzau."

15. Januar. Der Oberste polnische Volksrat erläßt folgende Bekanntmachung:

„Die Vorgänge der letzten Wochen haben fast gänzlich die Fäden zerrissen, welche das Wirtschaftsleben unserer Landesteile mit Berlin vereinigt haben. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, das Wirtschaftsleben möglichst ungestört aufrecht zu erhalten und schon jetzt alle diejenigen Verordnungen zu treffen, welche die Bevölkerung vor wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen bewahren können. Zu diesem Zweck übernehmen wir die öffentlichen Finanzen unserer Landesteile in unsere Verwaltung, denn nur auf diese Weise kann der Ausfuhr von Zahlungsmitteln aus ihnen wirksam gesteuert werden. Es wird ein besonderes Schatzamt ins Leben gerufen, zu dessen Leiter hiermit Dr. Marjan Glowacki ernannt wird."

In einer Verfügung des neu errichteten Schatzamts heißt es:

„Da die Posener Reichsbankhauptstelle infolge der Abtrennung der Zufuhr von Zahlungsmitteln aus der Berliner Zentrale ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann, wird hierdurch bis zur Schaffung einer besonderen Geldüberweisungszentrale für die von den polnischen Truppen besetzten Landesteile verfügt:

1. Sämtliche Reichsbank- und Kommunalkassen sowie andere öffentlich-rechtliche Verbände und Einrichtungen, welche bisher ihre Gelder bei der Reichsbank abgeführt haben, haben dieselben bei dem Schatzamt des Obersten polnischen Volksrates (Gebäude der Ansiedlungskommission) einzuzahlen.

2. Sämtliche Zahlungen, sowie Ausfuhr von Wertpapieren und Edelmetall über die von den polnischen Truppen besetzten Grenzen sind verboten.

3. Geldüberweisungen, welche für die durch die polnischen Truppen nicht besetzten Orte bestimmt sind, unterliegen der Kontrolle der Überweisungszentrale beim Schatzamt des Obersten polnischen Volksrats."

Für Übertretung dieser Vorschriften sind gewisse Strafen festgesetzt.

Gleichzeitig beschließt der Oberste polnische Volksrat, eine innere Anleihe bis zur Höhe von 50 Millionen Mark in fünfprozentigen am 1. November 1919 fälligen Anweisungen aufzunehmen. Die durch das Darlehen erzielten Beträge sollen für die militärischen und Verwaltungszwecke in den „polnischen Landesteilen Deutschlands" verwendet werden. Zur Sicherung des Darlehens dienen „das Vermögen der polnischen Landesteile in Deutschland" und deren sämtliche Einkünfte.

19. Januar. Ein Erkundungsvorstoß in Richtung Labischin dringt nach Erstürmung der Brücke Alt-Domby und Oburzma bis auf etwa einen Kilometer an Labischin heran. Es werden 12 Gefangene, mehrere Fahrzeuge und Pferde eingebracht. Patrouillenkämpfe bei Ruden und beiderseitiges Artilleriefeuer. Ein Panzerzug fährt nachmittags bei Groß-Neudorf vor. Eine in dieser Gegend stehende polnische Abteilung mit Artillerie geht bei seinem Herannahen kampflos zurück. Sonst nur Patrouillenkämpfe.

20. Januar. Die preußische Regierung richtet an den Oberpräsidenten von Posen und an die Regierungspräsidenten von Posen und Bromberg folgenden Erlaß:

„Wir beauftragen den Regierungspräsidenten in Bromberg, einstweilen als kommissarischer Vertreter des beurlaubten Oberpräsidenten und des beurlaubten Regierungspräsidenten in Posen deren Amtsobliegenheiten wahrzunehmen, insoweit die gesetzlichen Vertreter an der Ausübung der Amtsobliegenheiten von Posen aus tatsächlich verhindert sind. Über die jeweiligen tatsächlichen Machtverhältnisse in einzelnen Kreisen gibt das Kriegsministerium, Zentralstelle Grenzschutz Ost, Auskunft. In gleichem Umfange geht die Zuständigkeit der Regierung und des Bezirksausschusses Posen einstweilen auf Bromberg über.

gez. Hirsch."

Das Infanterie-Regiment Nr. 14 nimmt Bahnhof Netzwalde-Zamosch und Netzwalde, Zamosch und Thure; ein Angriff polnischer Banden abends gegen Hopfegarten hat anfangs Erfolg. Der Panzerzug vertreibt nachts die Polen aus Hopfegarten, erbeutet 3 Maschinengewehre und macht 9 Gefangene.

21. Januar. Gegen die polnischen Umtriebe in Oberschlesien wendet sich der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat für Oberschlesien im Industriebezirk durch Maueranschlag, der folgenden Wortlaut hat:

„Achtung! Hochverrat! Wer es unternimmt, Oberschlesien gewaltsam vom Deutschen Reiche loszureißen und einem fremden Staate einzuverleiben oder selbständig zu machen, und jeder der ein solches Unternehmen vorbereitet, begeht Hochverrat. Hierunter fallen insbesondere auch etwaige in Preußen vorgenommene Wahlen zur polnischen konstituierenden Versamm-

lung, sowie jede vorbereitende Handlung dazu, ferner die Erhebung einer polnischen Nationalsteuer, sowie die Errichtung einer polnischen Bürgerwehr in Preußen. Hochverrat wird mit Zuchthaus bestraft."

Wie notwendig dieser öffentliche Aufruf ist, erhellt daraus, daß die in Milo erscheinende nationaldemokratische „Gazeta Ludowa" in auffälliger Schrift folgenden Aufruf des polnischen Werbebureaus in Posen bringt:

„Jeder, der im Heere gedient hat, und jeder, der den Karabiner zu heben fähig ist, darf sich keinen Augenblick besinnen. Der rechte Ort für jeden gesunden jungen Polen ist heute im Gliede. Seht Ihr nicht, wie die gehäuften preußischen Massen gegen uns die Zähne fletschen, wie sie sich vorbereiten, uns das zu entreißen, was wir erobert haben, und seht Ihr nicht, wie sie an den Toren unserer Heimat die Mietlinge sammeln, die für einen Topf Essen und für einen amtlichen Groschen unsere polnische Erde überschwemmen, sie schädigen und von neuem auf ihr den preußischen Adler aufstecken wollen? Schon kommen sie und machen die Waffen bereit. Unsere Antwort wird sein der Schrei von Millionen. Wehrt Euch! Wir werden ihnen mit unserer Brust den Weg verlegen und nicht einen Fußbreit Erde abgeben. Meldungen beim Werbebureau in Posen im Hause der Bibliothek, Ritterstraße 6."

Der Stand der militärischen Operationen in Posen ist zur selben Zeit ungefähr der, daß die Polen im Norden und Nordosten Boden gewonnen haben, im Westen die Obralinie halten und hart an der Brandenburger Grenze stehen, im Süden — nach Schlesien zu — aber auf heftigen Widerstand stoßen und einen Angriff der deutschen Heimatschutztruppen erwarten. Lissa, Schneidemühl und Bromberg sind die Eckpfeiler der deutschen Verteidigungsstellung in der Provinz. Der Druck des verstärkten und diesmal wohlgeordneten deutschen Widerstandes macht sich so fühlbar, daß der polnische Vormarsch auf der ganzen Front 10 Kilometer vor Bromberg zum Stehen kommt.

Die Preußische Regierung richtet folgendes Telegramm an den Obersten polnischen Volksrat in Posen:

„Das Generalkommando Frankfurt (Oder) hat uns ein Telegramm des polnischen Volksrates, betreffend Geiseln und Repressalienpolitik, übermittelt. Wir weisen den Vorwurf unmenschlicher Behandlung seitens unserer Organe als unbewiesen zurück, erheben aber auf Grund zuverlässigen Tatsachenmaterials gegen die polnischen Organe die schwere Anklage nicht nur unmenschlicher Behandlung zahlreicher widerrechtlich Verschleppter, sondern sogar mehrfacher grausamer Mordtaten. Insbesondere liegen uns Nachrichten über die Ermordung des Gutsbesitzers von Raza und sechs anderer Gutsbesitzer im Kernwerk Posen vor. Wir machen alle Beteiligten für widerrechtliche Schädigungen, welche deutsche Staatsangehörige an Leib, Leben oder Eigentum erleiden, persönlich haftbar. In der Erwartung, daß dortseits gleichmäßig vorgegangen wird, haben wir an unsere Organe Weisung erteilt, daß einstweilen keine Geiseln mehr festgesetzt werden und uns ein Verzeichnis sämtlicher bisher festgesetzter Geiseln einzureichen sei. Wir sind zu Verhandlungen über beiderseitige Freilassung aller Geiseln bereit. Wir sehen zunächst der Einreichung eines Verzeichnisses der von polnischer Seite festgesetzten Geiseln entgegen. gez. Hirsch."

In einem umgehend einlaufenden Antworttelegramm stellen die Polen Gegenanklagen über Gewalttätigkeiten von deutscher Seite auf, erklären sich aber im übrigen bereit, ein Verzeichnis der deutschen Geiseln aufzustellen und in Verhandlungen einzutreten.

22. Januar. Südlich Nakel wird Steinburg, Brückenkopf und Potulitz von Deutschen besetzt. Erkundungsabteilungen finden Adlig-Brühlsdorf und Eichdorf von den Polen frei.

23. Januar. Steinburg wird von einer starken polnischen Abteilung angegriffen, unter Zurücklassung von 25 Toten (darunter der Führer, ein früherer deutscher Offizierstellvertreter) wird sie abgewiesen.

24. Januar. Bandenansammlungen in Mittendorf, Eichhorst und Brühlsdorf werden von deutscher Artillerie beschossen. Polnische Banden internieren friedliche deutsche Bewohner von Schmiedeberg und Umgegend.

Das Große Hauptquartier wird nach Kolberg verlegt.

25. Januar. Halbamtlich wird deutscherseits bekanntgegeben: Die Zahl der Proteste gegen die Abtretung deutscher Landstriche vom Reich unter Überschreitung des Wilsonschen Programms häufen sich bei der Reichsregierung derart, daß jede Einzelbeantwortung unmöglich wird. Die Organisationen sämtlicher Parteien, städtische, staatliche und lokale Verbände, Adressen ganzer Kreise mit Einzelunterschriften aller Einwohner und Eingaben der Arbeiter- und Soldatenräte machen sich alle zum Träger des Einspruchs gegen eine Vorwegnahme der Beschlüsse des Friedenskongresses und eine Schaffung vorzeitiger Tatsachen, besonders durch die Polen. Selbst von den preußischen Ostseehäfen kommen die Proteste gegen die willkürliche Beschränkung ihres Hinterlandes durch reichzerstörende Einfälle. Die Reichsregierung erklärt nochmals, daß sie nach wie vor an ihrer rückhaltlosen Zustimmung zu den Wilsonschen Programmpunkten festhält, daß sie aber auch deren Verwirklichung dem Friedenskongreß vorbehalten sehen will und infolgedessen gegen eine Vorwegnahme der Entscheidungen dieses Kongresses oder gar gegen eine willkürliche Überschreitung des Nationalitätenprinzips sich auf das entschiedenste wehren wird. Sie wird jedem, der eine angebliche Hilflosigkeit des Reiches mißbrauchen will, den Beweis liefern, daß er sich geirrt hat.

Die Polen besetzen Bomst und Unruhstadt.

26. Januar. In Richtung Hohensalza werden deutsche Postierungen bis an das Südende des Jesuitenweges vorgeschoben. Einige Polen, die sich in Adlig-Brühlsdorf festgesetzt haben, werden nach kurzem Feuerkampf von deutschen Patrouillen vertrieben. Polnische Patrouillen, die sich Steinburg, Josephinen und Potulitz nähern, werden abge-

wiesen. Wilhelmsdorf (5 Kilometer südwestlich Nakel) wird von Deutschen besetzt. Deutsche Artillerie zersprengt Bandenansammlungen östlich Netzwalde.

Wongrowitz und das Gebiet von Rogasen werden von den Polen wieder geräumt.

27. Januar. Ein polnischer Angriff auf Wilhelmsdorf wird abgewiesen.

28. Januar. In Posen wird der Landeshauptmann v. Heyking von den Polen als Geisel festgesetzt. Die Verhaftung wird als Vergeltungsmaßregel gegen die Festnahme des als Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Justizrats Czapla in Beuthen bezeichnet.

Ein neuer polnischer Angriff gegen Wilhelmsdorf wird abgewiesen und bis Paulina zurückgeworfen. Paulina wird angegriffen, und unter Zurücklassung von zwei Maschinengewehren und Munition ziehen sich die Polen fluchtartig zurück. In der Gegend von Netzfeld erfolgreiche Patrouillentätigkeit.

Kulmsee wird nach Artillerievorbereitung von deutschen Truppen erstürmt und besetzt. Über die Stadt wird der Belagerungszustand verhängt.

29. Januar. Grünthal, Wunschheim, Jaruschin und Groß-Samoklensk werden von deutschen Truppen genommen. Zwei Maschinengewehre, Gewehre und Munition werden eingebracht.

30. Januar. In Posen werden neuerdings sieben hervorragende Personen von den Polen als Geiseln festgesetzt.

31. Januar. Gromaden, Friedberg und Groß-Neudorf werden von deutschen Truppen genommen. Mehrere Maschinengewehre, zwei Tankgewehre, eine große Menge Munition und sonstiges Kriegsmaterial werden eingebracht.

Die übrigen deutschen Staaten.

Bayern.

In der Nacht zum

2. Januar besetzt der Geschäftsführer des Bundes der Deutsch-Österreicher in München Karl Mandel mit Hilfe bayrischer polizeilicher und militärischer Wachmannschaften sowohl die österreichische Gesandtschaft wie das österreichische Konsulat. Ministerpräsident Eisner führt noch in der Nacht persönlich die Befreiung der Gesandtschaft und des Konsulats herbei und stellt die Gesandtschaft unter seinen Schutz.

Rechtsanwalt Ackermann in Frankenthal wird zum Gesandten bei der deutsch-österreichischen Republik ernannt.

Im vorläufigen Nationalrat wird im Anschluß an die Besprechung der Interpellation der Unabhängigen über die Gründung einer Bürgerwehr in München folgender Antrag der Unabhängigen angenommen:

„Nach Aufdeckung gegenrevolutionärer Komplotte erklärt der provisorische Nationalrat des Volksstaates Bayern seinen entschiedenen Willen, ohne Rücksicht auf Parteirichtungen und Meinungsverschiedenheiten eine einheitliche Front des Sozialismus und der Republik mit einer geschlossen vorgehenden revolutionären Bürgerwehr gegen Kapitalismus und Imperialismus zu bilden."

Gegen den Antrag stimmen elf Mitglieder des Nationalrats, darunter die Vertreter der Demokratischen Vereinigung.

3. Januar. Die Regierung gibt folgende Verordnung über die Erwerbung der bayrischen Staatsangehörigkeit bekannt:

„Wegen der Schwierigkeiten, die mit der Erwerbung der bayrischen Staatsangehörigkeit verbunden sind, wird hierdurch verordnet, daß alle in Bayern wohnenden Deutschen das Wahlrecht zu den bayrischen Landtagswahlen haben, wenn sie in der Zeit vom 4. bis 6. Januar 1919 ihre Eintragung in die Wählerliste bei den Gemeindebehörden beantragen.

München, den 3. Januar 1919.

Der Ministerpräsident: Kurt Eisner.
Der Minister des Innern: Auer."

Am selben Tage ergeht folgender offene Brief an die bayrische Arbeiterschaft:

„Arbeiter! Genossen! Ihr seid es, auf deren Schultern heute die ganze Verantwortung für Wohl und Wehe des Volksganzen ruht! Ihr seid heute die Herrscherklasse! Aber denkt daran: eine Herrscherklasse, die nur von ihren Rechten spricht, von ihren Pflichten aber nichts wissen will, untergräbt sich notwendigerweise ihre Herrschaft selbst. Ihr werdet sagen: »Pflichten?! Davon haben wir im Obrigkeitsstaate oder gar in der Kaserne genug schlucken müssen! Wir wollen jetzt unsere Freiheit genießen!«

Die Freiheit, die sollt Ihr auch auskosten in vollen Zügen. Aber nicht die Freiheit der zügellosen Begierde, sondern die durch Selbstbeherrschung und Vernunft geleitete Freiheit der Entwicklung zu wahren Menschen, zu gefestigten, sich ihrer Verantwortung bewußten Persönlichkeiten! Daß sich dabei Euer wirtschaftliches Los verbessern soll und wird, ist selbstverständlich. Aber tötet nicht die Henne, die Euch die goldenen Eier legen soll! Verlangt nicht alles, um nachher nichts zu bekommen, sondern verlangt, was möglich ist, um später alles zu haben!

Wir sprachen von Euren Pflichten. Ist es wirklich notwendig, einem Arbeiter zu sagen, daß seine erste Pflicht die Arbeit ist? Muß man das Leuten sagen, die sich Sozialisten nennen, die sich zur selben Weltanschauung bekennen wie ein Louis Blanc, der von einem Recht auf Arbeit sprach?

Von was wollt Ihr leben, wenn nicht von dem Produkt Eurer Hände? Wollt Ihr Euch Papierhäuser bauen aus den Obligationen der Kapitalisten, wenn es keine Ziegelsteine mehr gibt? Wollt Ihr die Zwanzigmarkscheine der Staatsbank essen, wenn die Landwirtschaft wegen Arbeitermangels ihren Betrieb einschränken muß? Wollt Ihr Eure Kinder mit Staatsschuldverschreibungen kleiden, wenn die Textilindustrie keine Kohlen mehr aus den Bergwerken erhält?

Tausende von Arbeitern werden für den Ausbau unserer Wasserkraftwerke, für die Melioration unseres Bodens, für die Erweiterung und Verbesserung unseres Straßennetzes gebraucht! Tausende werden in der Landwirtschaft benötigt! Und in den Städten schwillt die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von Tag zu Tag, drängen sich Hunderte von Leuten an die Schalter der Arbeitsämter und fordern den Stempel zur Erlangung der Fürsorge, indem sie die beim Militär gelernten Ausreden des Nichtarbeitenkönnens vorschützen! Nicht etwa nur verheiratete Arbeiter, die bei ihren Familien bleiben wollen; bei diesen ist der Wunsch, die Stadt nicht verlassen zu müssen, noch begreiflich. Nein, auch junge ledige Burschen, die abends auf dem Tanzboden recht wohl ihren Mann stellen, verweigern ihren Arm der Allgemeinheit und denken: »die Arbeiten sind schon recht nützlich, nur sollen sie die anderen ausführen«.

Arbeiter! Kameraden! Ist das Sozialismus, wenn jeder nur an sich denkt? Muß hinter Euch wirklich immer der Vorgesetzte des alten Regimes stehen, damit Ihr mit Spaten und Pickel umgehen könnt? Draußen habt Ihr viereinhalb Jahre mit diesen Werkzeugen nur für die Vernichtung von Werten gearbeitet. Heute sollt Ihr damit die Produktion Eurer eigenen Bedürfnisbefriedigungsmittel vorbereiten helfen, und Ihr steht tatenlos zur Seite!

Arbeiter! Bisher seid Ihr noch immer guten und vernünftigen Worten zugänglich gewesen. Wartet nicht auf den Zwang der Not! Wartet nicht auf den vollkommenen Ruin! Wir sind schon so ein bettelarmes Volk geworden! Wir haben nichts mehr, wie unsere Arbeitskraft! Wenn auch diese erlahmt, dann ist die Sonne der Hoffnung für uns untergegangen!

Der Staatskommissar für Demobilmachung.
Der Vertreter des Arbeiterrats beim Staatskommissar.
Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Bayerns."

4. Januar. Der vorläufige Nationalrat nimmt einen Antrag der Mehrheitssozialisten auf Vorbereitung zur Errichtung eines neuen Ministeriums der Landwirtschaft an unter Ablehnung eines Antrags Ganndorfer (Bauernbund), der die sofortige Errichtung eines solchen Ministeriums verlangt. Dabei tritt nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten eine Meinungsverschiedenheit des Gesamtministeriums insofern zutage, als der Ministerpräsident mit einigen Amtsgenossen im Gegensatz zur Mehrzahl der Minister auf dem Standpunkt steht, daß die Errichtung eines Landwirtschaftsministeriums notwendig sei und sofort erfolgen könne. Auer hält es aus Sparsamkeit für besser, von der Errichtung eines neuen Ministeriums abzusehen. Man könnte die bestehenden Abteilungen für Landwirtschaft und Ernährungswesen im Ministerium des Innern ausbauen; damit wäre der gleiche Zweck erreicht.

Am selben Tage veröffentlicht die Regierung folgenden Entwurf einer vorläufigen Verfassung:

1. Bayern ist eine Republik. Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands (Deutsches Reich).
2. Die höchste Gewalt des bayrischen Staates liegt beim Volke.
3. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmungen und Wahlen der Staatsbürger und die durch die Verfassung eingesetzten Organe.

Staatsbürger ist ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechts, des Glaubens und des Berufs jeder Angehörige des bayrischen Staates, der das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

4. Durch Wahlen der Staatsbürger wird der Landtag gebildet, der aus einer Kammer besteht. Die Wahl ist allgemein, gleich, unmittelbar, geheim, nach dem Verhältnis der Stimmen.

5. Wahlberechtigt sind alle bayrischen Staatsbürger, wählbar sind alle bayrischen Staatsbürger über 25 Jahre.

6. Die oberste vollziehende Gewalt wird vom Gesamtministerium ausgeübt.

7. Das Gesamtministerium hat das Recht, Beschlüsse des Landtags spätestens innerhalb vier Wochen der Volksabstimmung (Referendum) zu unterbreiten. In solchen Fällen werden die Beschlüsse des Landtags erst wirksam, wenn sie in der Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit der abstimmenden Staatsbürger bestätigt sind.

Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen.

Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.

8. Der Staat sichert die Unverletzlichkeit der Person, Freiheit des Glaubens und der Meinung in Rede und Schrift, Freiheit der Lehre, Wissenschaft und Kunst.

9. Das Eigentum ist unverletzlich. Die Enteignung von Vermögen kann nur zum Zwecke des Gemeinwohls auf Grund von Gesetzen erfolgen.

10. Vor dem Gesetz sind alle Einwohner gleich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die Rechtsprechung wird durch unabhängige Gerichte ausgeübt.

11. Alle Vorrechte der Geburt und des Adels, sowie Titel, die keine Berufsbezeichnung sind, werden aufgehoben. Neue Fideikommisse dürfen nicht errichtet werden, die bestehenden sind durch besonderes Gesetz aufzuheben.

12. Die öffentlichen Lasten sind ansteigend nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen.

13. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht weitgehender Selbstverwaltung. Die Wahlen zu den gemeindlichen Vertretungskörpern erfolgen nach den Grundsätzen des Landtagswahlrechts.

14. Die Glaubensgesellschaften sind unabhängig vom Staate und unterstehen dessen Schutz. Alle Glaubensgesellschaften sind gleichberechtigt und frei in ihrer Betätigung. Niemand kann zum Eintritt in eine Glaubensgesellschaft, zur Teilnahme an ihrem Kultus oder zum Verbleiben in einer Glaubensgesellschaft gezwungen werden.

Bestehende Rechte der Glaubensgemeinschaften können nur auf dem Wege der Gesetzgebung abgelöst werden.

15. Das Unterrichtswesen ist eine staatliche Angelegenheit. Die Erteilung des Religionsunterrichts obliegt den Glaubensgesellschaften. Staatliche Lehrpersonen können zur Erteilung des Religionsunterrichts nicht gezwungen werden; die Erziehungsberechtigten können von Staats wegen nicht gezwungen werden, die ihnen anvertraute Jugend zur Teilnahme am Religionsunterricht oder an religiösen Übungen anzuhalten.

16. Die Beamten haben das unbeschränkte Recht ihrer staatsbürgerlichen Betätigung. Die Rechte der Beamten bleiben unangetastet.

17. Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muß, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.

18. Dieses Staatsgrundgesetz tritt, insoweit es nicht bloße Programmsätze (Ziffer 11, 12, 13, 14, 15) enthält, mit seiner Verkündigung in Kraft.

7. Januar. In München kommt es nach einer Kundgebung von Arbeitslosen zu einer Schießerei, wobei zwei unbeteiligte Personen getötet werden.

Bei Besprechung der Ereignisse im Münchner Arbeiterrat wird betont, daß die Erwerbslosenunterstützung Arbeitern entzogen werden müsse, die die ihnen vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit ablehnten. Man komme allmählich so weit, daß die Nichtarbeitenden mehr verdienen als die, die arbeiten. Der Ausschuß der Erwerbslosen bekennt sich daraufhin ebenfalls zu der Überzeugung, daß kein Erwerbsloser geeignete Arbeit, wenn sie ihm angeboten werde, verweigern dürfe. Zum Schluß der Sitzung teilt ein Unabhängiger mit, daß sich die unabhängigen Mitglieder des Münchner Arbeiterrats mit den linksstehenden Genossen der Mehrheitspartei zu einer linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden hätten.

Der Vollzugsrat sämtlicher Arbeiterräte Bayerns erläßt einen Aufruf an die Arbeitslosen, in dem die Zugeständnisse des Ministers Unterleitner als genügend erklärt werden. Von der täglichen Unterstützung könne jedermann leben. Die revolutionären Sozialisten unterschieden sich von dem Bürgertum dadurch, daß sie nicht allein für Geldinteressen kämpften. Die Revolution dürfe kein Kampf um Lohnerhöhung werden. Die Arbeitslosen sollten nicht auf diejenigen hören, die sie zu sinnlosen Geldforderungen verleiten wollten. „Unternehmt nur Demonstrationszüge, wenn ihr wißt, wer die Anstifter sind", heißt es in diesem Aufruf.

9. Januar. Das Gesamtministerium erläßt eine auch von dem Arbeiterrat, dem Soldatenrat, der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsverein unterzeichnete Bekanntmachung folgenden Inhalts:

Die letzten ebenso traurigen wie sinnlosen Vorgänge, die sich bei der Münchner Arbeitslosendemonstration ereignet haben, mahnen nachdrücklich, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Bevölkerung Münchens nicht zu Unternehmungen verleiten läßt, aus denen allein die Reaktion Nutzen zieht und Nutzen ziehen will. Die revolutionäre Regierung bedarf nicht des Antriebes durch Demonstrationen, um die Schwierigkeiten der Lage zu erkennen und ihre Pflicht zu tun; im Gegenteil wird durch solche Demonstrationen zwecklos ihre Zeit und Kraft notwendigerer Arbeit entzogen.

Wir wenden uns daher an die gesunde Vernunft der denkenden Arbeiterschaft, sich nur an solchen Demonstrationen zu beteiligen, die vorher im Arbeiterrat oder, wenn es sich um Soldaten handelt, im Vollzugsausschuß des Münchner Soldatenrats erörtert und beschlossen worden sind. Alle anderen Demonstrationen werden von heute ab nicht gestattet. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die selbstgeschaffenen Organisationen des Volks, deren Hauptzweck ist, die Forderungen und Beschwerden der Massen zur Geltung zu bringen. Würden statt der besonnenen Überlegung der Arbeiter- und Soldatenräte die wilden Einfälle einzelner, die völlig unberufen sind, die entscheidenden Maßnahmen herbeiführen, so wäre nicht nur freie Bahn für

die Betriebsamkeit unlauterer Elemente geschaffen, sondern die Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt überflüssig.

Sollten hinfort dennoch Demonstrationen stattfinden, die nicht von den Arbeiter- und Soldatenräten beschlossen worden sind, so fordern wir die Arbeiterschaft auf, sich an ihnen nicht zu beteiligen. Die Regierung wäre dann genötigt, gegen die Anreger, Leiter und Hintermänner derartiger Unternehmungen als verdächtige konterrevolutionäre Elemente einzuschreiten und sie der Untersuchung durch den Nationalgerichtshof zu übergeben.

Wir vertrauen dem Ernst und der Besonnenheit des Münchner Volkes, daß es uns in den Bemühungen unterstützen wird, die große Revolution ohne Störungen, ohne Rückschläge und ohne Blutvergießen politisch und sozial zum siegreichen Ende weiterzuführen.

Von Berlin aus wurde der Weltkrieg entfesselt. Wir wollen nicht, daß von dort aus jetzt auch der Bürgerkrieg nach dem deutschen Süden eingeführt werde."

10. Januar. Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Bayerns richtet an die Reichsregierung und an die Sozialisten Berlins folgendes Telegramm:

„Die furchtbaren Zustände in Berlin drängen nach einer Lösung. Es darf nicht sein, daß die Arbeiter sich im Bruderkampf hinmorden. Die Massen müssen sich über die diskreditierten Führer hinweg einigen. Im Interesse des Arbeiterstandes ist es notwendig, daß die Volksbeauftragten erkennen, daß sie dieser Einigung im Wege stehen. Eine neue sozialistische Regierung aller Richtungen muß gebildet werden, hinter der das gesamte arbeitende Volk steht.

Sozialisten! Es gilt nicht sinnlosen Bruderkampf, es gilt die entschlossene Durchführung der politischen und sozialen Revolution. Sozialisten! Wir sind nicht mehr Werkzeuge Einzelner. Sozialisten! Um Eures Menschentums willen vereinigt Euch!

Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Bayerns."

Am selben Tage werden in München mehrere kommunistische Führer verhaftet, aber unter dem Drucke einer Straßenkundgebung wieder freigelassen. Abends kommt es vor dem Hauptbahnhof zu einer Schießerei, wobei 5 Personen getötet und 7 verletzt werden.

Ministerpräsident Eisner sendet folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin:

„Reichsregierung, Berlin. Mit wachsendem Entsetzen verfolgen wir den mörderischen Bürgerkrieg in Berlin. Das muß ein Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde gehen soll. Das Beispiel Berlins wirkt überall hin zerrüttend und erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns. Eine von dem Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammenfaßt und entschlossen ist, auf dem Boden der Revolution Demokratie und Sozialismus bis zum Sieg durchzuführen, scheint die einzige Rettung. Überall im Süden steigt der Zorn des Volkes gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Brudermord treiben.

Ministerpräsident Kurt Eisner."

Zu diesem Telegramm wird von Berlin aus drahtlich mitgeteilt:

„Die Reichsregierung teilt das Entsetzen über den Bürgerkrieg in Berlin. Ihre andauernde Verhandlungsbereitschaft hat sich erst gestern

gegenüber den Arbeitern der A. E. G. und der Schwartzkopff-Werke bewiesen. Die Antwort darauf erhielt sie in dem von dem Zentralvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei (Spartakusgruppe) erlassenen Aufruf, in dem zum Generalstreik, zum mörderischen Aufruhr und zum blutigen Straßenkampf aufgefordert wurde.

Auch sie will mit allen wahrhaften Sozialisten für Sozialismus und Demokratie arbeiten, aber nicht zusammen mit den dunklen Elementen, die, wie Eisner mitteilt, zum Brudermord treiben, und nicht zusammen mit Parteien, die die Regierung einer verschwindenden Minderheit anstreben, die Preßfreiheit unterdrücken und die Wahlen zur Nationalversammlung gewaltsam verhindern wollen. Sie weiß, daß sie ganz Deutschland hinter sich hat, wenn sie mit aller Entschiedenheit diesem verbrecherischen Treiben entgegentritt, das unsere Wirtschaftslage in ihrer Tiefe zerstört und das Volk dem Verhungern entgegentreibt. Die Berliner Arbeiterschaft verlangt in ihrer übergroßen Mehrheit mit aller Entschiedenheit die Reichsregierung Ebert-Scheidemann."

12. Januar. Die Wahlen zum bayrischen Landtag finden in 191 rechtsrheinischen Bezirken statt und haben folgendes Ergebnis:

Bayrische Volkspartei (Zentrum) . . .	1071353 Stimmen
Sozialdemokratische Partei	963050 „
Deutsche Volkspartei (Demokraten) . . .	422514 „
Bauernbund	310165½ „
Nationallib. Partei und Mittelpartei . .	117580½ „
Unabhängige Sozialdemokratische Partei .	78780½ „
Bund der Berufsunteroffiziere	15582 „
Mittelstandspartei	2269 „
Demokratisch-sozialistische Bürgerpartei . .	1350 „
Matthäus Dieppold	865 „
„Gerechtigkeit erhöhet ein Volk" . . .	403½ „
Bayrische Volkspartei, B.-A. Nördlingen .	157 „
Bayrischer Bauernbund, B.-A. Gerolzhofen .	1 „

Es erhalten Sitze:

Bayrische Volkspartei (52 + 6)	58
Sozialdemokratische Partei (46 + 6)	52
Deutsche Volkspartei (20 + 2)	22
Bauernbund (15 + 1)	16
Nationallib. Partei und Mittelpartei (5 + 0) . .	5
Unabhängige Sozialdemokratische Partei (3 + 0) .	3
(141 + 15) =	156

Die Wahlen in der Pfalz finden erst am 2. Februar statt und ergeben folgendes Bild: Sozialdemokraten 159720 Stimmen, 8 Abgeordnete und 1 Landesabgeordneter, Bayrische Volkspartei (Zentrum) 121510 Stimmen, 7 Abgeordnete und 1 Landesabgeordneter, Deutsche Volkspartei (Demokraten) 55385 Stimmen, 3 Ab-

geordnete, Nationalliberale Partei und Mittelpartei 79457 Stimmen, 4 Abgeordnete, Unabhängige Sozialdemokratie 7479 Stimmen (kein Abgeordneter).

Mit Einschluß der Pfalz ergibt sich somit folgende Zusammensetzung des neuen Landtags: Bayrische Volkspartei (Zentrum) 66 (— 20), Nationalliberale und Mittelpartei 9 (— 1), Bauernbund 15 (+ 9), Deutsche Volkspartei (Demokraten) 25 (— 7), Sozialdemokraten 62 (+ 32), Unabhängige Sozialdemokratie 3, Parteilos 0 (— 1).

Zum Ausgang der Landtagswahlen schreibt die „Südd. Demokr. Korresp.": „Über zwei Fragen hat die Wahl heute schon entschieden. Die nahezu fünfzigjährige Überlieferung, daß Bayern vom Zentrum regiert wird, ist zu Ende. Damit ist ein politischer Bann, der Aberglaube an die Unveränderlichkeit eines politischen Zustandes, gebrochen. Wenn die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sich in ähnlichem Sinne bewegen, verflüchtet sich auch die bange Sorge über die partikularistischen Bestrebungen der Heim und Ursel. Bayern wird dann auch im Unglück dem Reich die Treue halten. Und noch ein anderes: in der Bayrischen Volkspartei hatten sich alle diejenigen Elemente zusammengefunden, die selbst auf die Gefahr eines Bürgerkrieges hin die sofortige Rückkehr der Monarchie erstrebten. Diese unglücklichen Experimente haben mit dem Zusammenbruch des Zentrums ihren Boden verloren. Mag man Monarchist oder Republikaner sein, man muß dieses Ergebnis begrüßen; denn der unvermeidliche Bürgerkrieg hätte noch vollends vernichtet, was der Ausgang des Weltkrieges für den Wiederaufbau für Land und Reich übriggelassen hat."

Der bayrische Gesandte in Berlin Dr. v. Preger wird zum Bevollmächtigten Bayerns beim Bundesrat ernannt.

14. Januar. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit und zur Fernhaltung und Überwachung von Unruhe stiftenden Elementen wird für alle Personen, die aus dem übrigen Deutschland in das rechtsrheinische Gebiet des Volksstaates Bayern eintreten, der Paßzwang eingeführt.

21. Januar. Amtlich wird folgende Erklärung der Regierung bekanntgegeben:

„In einer Berliner Mitteilung über den Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich wird ausgeführt, daß gelegentlich der Einteilung Deutschlands in verschiedene Republiken die Pfalz vom Gebiet des Staates Bayern abgetrennt werden soll.

Mehrfach hat gerade in neuerer Zeit die bayrische Presse aller Richtungen auf die enge Zusammengehörigkeit Bayerns mit der Pfalz und die Notwendigkeit der einheitlichen Erhaltung des bayrischen Staatsgebietes hingewiesen. Wenn neuerlich der Plan auftauchen sollte, bayrische Gebietsteile von Bayern zu trennen, so würde das nur beweisen, daß man in Verkennung der Rechte der einzelnen deutschen Freistaaten und ihrer Bevölkerung Vorschläge erörtert, deren Ausführung als ausgeschlossen gelten muß.

„Über eine Loslösung bayrischer Gebietsteile von Bayern hat niemand anders zu entscheiden, als das bayrische Volk selbst, das mit aller Deutlichkeit jede Einmischung in seine Verhältnisse grundsätzlich ablehnt. Bayern und die Pfalz sind seit mehr als hundert Jahren eng vereint, sie sind wirtschaftlich und politisch aufeinander angewiesen. Hier wie dort besteht nicht die geringste Neigung zu einer Trennung."

22. Januar. In München findet die erste Sitzung des Sozialisierungsausschusses für Bayern statt. Nach einer längeren Rede des Ministerpräsidenten Kurt Eisner werden folgende Gebiete als in den Bereich des Ausschusses fallend ins Auge gefaßt: 1. Wasserkraftausnützung, Elektrizitätsversorgung und die damit zusammenhängenden Gebiete. 2. Wohnungswesen, die Frage des städtischen Grundbesitzes und die damit zusammenhängende Frage der Hypothekenbanken und des Realkredits. 3. Großgrundbesitz. 4. Berg- und Hüttenwesen.

23. Januar. Halbamtlich wird folgende Mitteilung des Ministeriums für militärische Angelegenheiten verbreitet:

„Der Entwurf der neuen Reichsverfassung, der durch Veröffentlichung in der Presse bekannt geworden ist, läßt ersehen, daß das Bestreben nach stärkster Zentralisation, das insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der Zölle eintreten soll, auch auf dem Gebiet des Militärwesens durchgeführt werden soll. Damit, daß die Gesetzgebung und Verwaltung in letzterer Hinsicht ausschließlich Sache des Reiches werden soll, würden alle Sonderverträge Bayerns, die gegenüber der bisherigen Reichsverfassung durch die Versailler Verträge garantiert waren, hinfällig werden. Eine derartige Zentralisation innerhalb des Reiches ist für Bayern unannehmbar. Sachkundige Persönlichkeiten werden die Interessen Bayerns auf dem Gebiet des Militärwesens nachdrücklichst zu vertreten haben."

27. Januar. Amtlich wird folgende, vom 25. Januar datierte Verordnung über den Besuch des Religionsunterrichtes und die Teilnahme der Schüler und Schülerinnen an religiösen Übungen bekanntgegeben:

I. „Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden." In Durchführung dieses Grundsatzes gelten für alle Schulen des Volksstaates Bayern die folgenden Bestimmungen: 1. Auf Grund einer mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klassenlehrer abgegebenen Willenserklärung des Erziehungsberechtigten sind Schüler und Schülerinnen ohne weiteres vom Besuche des Religionsunterrichtes und der den Religionsunterricht ersetzenden Christenlehre entbunden. 2. Ohne Rücksicht darauf, ob die Schüler und Schülerinnen vom Religionsunterricht entbunden sind oder nicht, können vom Standpunkte der Schule aus die Erziehungsberechtigten frei, das heißt ohne besondere Anzeige oder Genehmigung, darüber bestimmen, ob und in welchem Umfange die Kinder den Gottesdienst und Schulgottesdienst besuchen und die sonstigen religiösen Verpflichtungen erfüllen sollen. 3. Die Schule darf — den lehrplanmäßigen Religionsunterricht ausgenommen — zur Erfüllung religiöser Auflagen keine disziplinären Zwangsmittel anwenden. 4. Schüler und Schülerinnen, die durch Willens-

erklärung des Erziehungsberechtigten vom Besuche des Religionsunterrichts entbunden sind, werden in der Religionslehre nicht geprüft und nicht benotet.

II. Die Lehrpersonen sind nicht verpflichtet, bei der Beaufsichtigung der Schüler und Schülerinnen während der Christenlehre, des Gottesdienstes und des Schulgottesdienstes oder sonstiger religiöser Veranstaltungen mitzuwirken.

III. Soweit die in den Schulordnungen oder sonstwo niedergelegten Vorschriften der vorstehenden Verordnung widersprechen, sind sie aufgehoben."

28. Januar. Gegen vorstehenden Erlaß erheben die Bischöfe des rechtsrheinischen Bayern folgenden Einspruch:

„Am 25. Januar (veröffentlicht am 27. Januar) hat eine Verordnung des Unterrichtsministers den Religionsunterricht für die bayrischen Schulen als Wahlfach erklärt und dem Belieben der Erziehungsberechtigten anheimgegeben. Von den bayrischen Bischöfen wird diese neue kulturkämpferische Gewalttat gegen Religion und Kirche aus rechtlichen und sittlichen, sozialen und erzieherischen Gründen einstweilen in dieser Form zurückgewiesen. Rechte, die im Konkordat und in der zweiten Verfassungsbeilage § 38 unserer Kirche in bezug auf den religiösen Volksunterricht eingeräumt werden, sind der Willkür eines einzelnen Revolutionsministers entzogen. Als unerhörte Anmaßung und als Eingriff in das innerkirchliche Rechtsgebiet müssen wir es bezeichnen, wenn von der Staatsschule aus den Eltern oder Vormündern das Recht eingeräumt wird, die Kinder vom Besuch des Gottesdienstes und »sonstigen religiösen Verpflichtungen«, also von streng verpflichtenden Kirchengeboten zu entbinden. Gewissenskonflikte bei vielen Kindern und einem guten Teil der Lehrerwelt, Familienstreitigkeiten, endlose Beunruhigung unseres Volkes und zunehmende sittliche Verwilderung der Jugend sind notwendige Folgen dieser neuen Kampfansage gegen Religion und Kirche. Nunmehr haben die Eltern das Wort."

31. Januar. Der bayrische Gesandte in Wien Freiherr Tucher v. Simmelsdorf tritt in den Ruhestand.

Das Verordnungsblatt des Ministeriums für militärische Angelegenheiten veröffentlicht eine Verordnung über Neuregelung der Kommandogewalt, Bekleidung und militärischen Grußpflicht.

Der Vollzugsausschuß des bayrischen Landessoldatenrates läßt folgende Kundgebung verbreiten:

„Durch die deutsche Presse geht ein Aufruf des Berliner Oberbefehlshabers Noske, der zur freiwilligen Meldung für den Schutz im deutschen Osten auffordert. Wir warnen die bayrischen Soldaten, auf diesen Schwindel hereinzufallen. Der Grenzschutz im Osten ist das politische Mäntelchen, hinter dem sich die Organisierung der weißen Garde versteckt. Das ist des Pudels Kern. Und wo kann die schwarz-weiß-rote Restauration Deutschlands anders herkommen, als aus den Gefilden unserer ostelbischen Junker? Wenn schon revolutionäre bayrische Soldaten marschieren, dann nur zu dem Zweck, um gemeinsam mit dem ostelbischen Landarbeiter-Proletariat jene Granden zu entfernen und die Gutsbesitzer zu enteignen. Das scheint der Kern der sogenannten bolschewistischen Gefahr zu sein, nämlich der, daß die Landarbeiter und Kleinbauern beginnen, mit den ostelbischen Junkern gründlich abzurechnen. Herr Noske befindet sich vielleicht im Wahn, das deutsche Volk noch genau so wie in der Kriegszeit beschwindeln zu können, wie er

es als Kriegsberichterstatter des ehemaligen Großen Generalstabs getan hat. Diese Zeiten sind jedoch vorbei und sicher auch recht bald die Zeiten des Herrn Noske. Der Vollzugsausschuß des bayrischen Landessoldatenrates hat durch einen Funkspruch an alle Soldatenräte Deutschlands und an die Reichsregierung die sofortige Einberufung eines Reichsrätekongresses der Soldaten verlangt, um zu allen diesen Fragen Stellung zu nehmen. Versagt die Regierung, dann werden wir selbst zu handeln wissen und den Schwindel des Grenzschutzes im Osten (vulgo »Nationale Verteidigung«) beantworten mit dem Schlachtruf: Die Revolution ist in Gefahr! Revolutionäre Soldaten Bayerns! Schart Euch um unser Banner und rüstet zum Kampf gegen den weißen Terror Berlins!"

Sachsen.

1. Januar. Zur Frage der Aufhebung des Landtages richtet der Vorsitzende der früheren nationalliberalen Landtagsfraktion Staatsminister a. D. Nitzschke folgendes Schreiben an das Ministerium des Innern:

„Den Mitgliedern der Fraktion ist unter Nr. 224, I. L. ein Zettel, unterzeichnet mit Lipinski, zugegangen, in dem auf die von der neuen Regierung verfügte Aufhebung des Landtages hingewiesen und die Rücksendung der Eisenbahnfahrkarten verlangt wird. Der Fraktion ist von einer auf zulässigem Wege erfolgten Aufhebung der Zweiten Kammer nichts bekannt. Sie sieht den jetzigen Zustand als einen gesetzlosen an, und ihre Mitglieder betrachten sich bis zu den Neuwahlen als die gesetzmäßigen Vertreter ihrer Wahlkreise, die durch eine unbefugte Gewalt an der Ausübung ihrer Pflichten verhindert sind."

2. Januar. Die katholischen geistlichen Behörden Sachsens veröffentlichen einen Protest gegen den Erlaß des sächsischen Kultusministers Buck vom 2. Dezember 1918, worin es u. a. heißt:

„Die katholischen geistlichen Behörden Sachsens legen gegen die Verordnung des Kultusministeriums, Einschränkung bzw. Unterdrückung des Religionsunterrichts in den sächsischen Volksschulen betreffend, als eine Verletzung von Recht und Gewissensfreiheit, sowie auch gegen die Entfernung der Geistlichen aus den Schulvorständen entschieden Verwahrung ein. Keine auch vom Volk anerkannte Regierung besitzt die Vollmacht, ein von den gesetzgebenden Gewalten ordnungsgemäß verabschiedetes Gesetz, wie es das sächsische Schulgesetz ist, einseitig aufzuheben. In diesem ist aber nicht nur der Religionsunterricht als erster und vornehmster Unterrichtsgegenstand, sondern auch als Grundlage der Schulerziehung klar und deutlich anerkannt. Als Grundlage kann ein sogenannter Moralunterricht, an dem keine Konfession Anstoß nehmen soll, keineswegs angesehen werden."

6. Januar. Das Direktorium der vormaligen Ersten Ständekammer richtet an das Gesamtministerium folgendes Schreiben:

„Die Mitglieder der Ersten und Zweiten Ständekammer haben von dem Ministerium des Innern nachstehende Verfügung erhalten:

Nr. 224 I L. Dresden, den 27. Dezember 1918.

Mit der durch die neue Regierung verfügten Aufhebung des Landtages des vormaligen Königreichs Sachsens sind auch die den Mitgliedern

der Ersten und Zweiten Kammer der Ständeversammlung ausgestellten Eisenbahnfreifahrkarten nicht mehr als gültig anzusehen. Es wird daher um deren alsbaldige Rücksendung ersucht.

Ministerium des Innern.
gez. Lipinski.

Diese erstmalige an die Mitglieder der Ersten Ständekammer persönlich gelangte offizielle Mitteilung über die »durch die neue Regierung verfügte Aufhebung des Landtages des ehemaligen Königreichs Sachsen« gibt dem Direktorium der Ersten Ständekammer Veranlassung, gegen die verfügte Aufhebung der Ersten Ständekammer mit aller Entschiedenheit Verwahrung einzulegen. Die Verfügung ist ungesetzlich und darum in unseren Augen null und nichtig.

Dresden, den 6. Januar 1919.

Das Direktorium der Ersten Ständekammer.
gez.: Vitzthum. Keil. v. Hübel. Ay."

8. Januar. Der Leipziger Soldaten- und Arbeiterrat nimmt eine Entschließung an, in der die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands aufgefordert werden, die Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann zu verlangen.

9. Januar. Auf dem Bahnhof Leutzsch bei Leipzig treffen drei für Berlin bestimmte Militärtransporte ein, die von Leipziger Matrosen angehalten werden. Hierbei kommt es zu Kämpfen, die 4 Tote und 9 Verwundete fordern. Die Regierungstruppen werden entwaffnet und nach ihrem Demobilmachungsorte zurückgebracht.

In Dresden findet abends eine spartakistische Kundgebung statt, wobei auch ein vergeblicher Putschversuch gegen die mehrheitssozialistische „Dresdner Volkszeitung" unternommen wird.

10. Januar. In Dresden zieht nach einer Kommunistenversammlung aufs neue eine große Menschenmenge vor das Gebäude der „Dresdn. Volksztg." und läßt sich durch keinerlei Ermahnungen davon abbringen, Gewalt zu verüben. In Notwehr eröffnet die Militärwache ein Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer. Es sind 12 Tote und 52 Verwundete zu verzeichnen. Der Führer der sächsischen Bolschewisten, der Anstifter auch dieses Putsches, der frühere Reichstagsabgeordnete Rühle, wird verhaftet.

Die unabhängig-sozialistischen Minister Fleißner, Geyer und Lipinski fordern in einem Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert zur Vermeidung weiteren Blutvergießens und zur Beilegung des Bruderzwistes in der Sozialdemokratie den sofortigen Eintritt in Verhandlungen.

11. Januar. Aus Anlaß der Vorfälle vom Tage vorher erläßt der Dresdner Arbeiter- und Soldatenrat eine Bekanntmachung, worin es u. a. heißt:

„Nachdem die Kommunisten öffentlich aufgefordert haben, die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern, haben sie sich als Feinde der revolutionären Errungenschaften erklärt, weshalb ihre Versammlungen bis

auf weiteres hiermit verboten werden. Wer trotzdem an kommunistischen Versammlungen teilnimmt, solche veranstaltet, dazu auffordert oder Einladungen herstellt, setzt sich schweren Strafen aus. Die gegenwärtigen Verhältnisse zwingen den A.- und S.-Rat, Menschenleben und Wirtschaftsgüter mit allen Machtmitteln zu schützen. Wer sich nicht fügt, hat unnachsichtliches Einschreiten bewaffneter Truppen zu erwarten."

Die Leipziger Arbeiter veranstalten am selben Tage als Sympathiekundgebung für die in Berlin kämpfenden Spartakisten einen eintägigen Massenausstand.

12. Januar. In Zwickau spielen sich blutige Kämpfe zwischen Spartakisten und Regierungstruppen ab. Der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat wird verhaftet.

13. Januar. In Zwickau findet die Neuwahl eines Arbeiter- und Soldatenrates statt, der völlig aus Mehrheitssozialisten besteht.

14. Januar. Das Gesamtministerium erläßt eine neue Verfügung an das Direktorium der Ersten Ständekammer, in der die Gültigkeit der Eisenbahnfreifahrkarten bis zum 1. Februar bestätigt wird. Da auch in dieser Verfügung wieder von der Beseitigung der Kammer die Rede ist, so erhebt das Direktorium erneuten Einspruch gegen die ministerielle Verfügung.

Am selben Tage wird folgender Aufruf des Gesamtministeriums in ganz Sachsen öffentlich angeschlagen:

„An Sachsens Volk! Alle großen Parteien unseres Landes sind sich einig, daß die vom deutschen Rätekongreß beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar durchzuführen sind. Demgemäß ist es Aufgabe aller Behörden, die zur Durchführung der Wahl erforderlichen Maßnahmen zu treffen und vorzusorgen, daß jede gewaltsame Verhinderung der Wahlfreiheit unterbunden wird. Die gesetzlichen Bestimmungen geben Gewähr, daß Personen, die die Wahl behindern würden, sich strafbar machen. Die Regierung fordert die gesamte Bevölkerung Sachsens auf, sich für die geordnete Durchführung der Wahl einzusetzen.

Das Gesamtministerium.

Buck. Fleißner. Geyer. Dr. Gradnauer. Lipinski. Schwarz."

16. Januar. Die drei Volksbeauftragten für die Ministerien für Militärwesen, der Finanzen und des Innern (mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten) Fleißner, Geyer und Lipinski treten von ihren Ämtern zurück. Eine von ihnen veröffentlichte Erklärung über ihren Rücktritt gipfelt in folgenden Sätzen:

„Da die Eingriffe des Dresdner Arbeiter- und Soldatenrates in die Rechte des Ministeriums durch das Gesamtministerium nicht korrigiert und weiter die am Dienstag den beiden Volksbeauftragten gegebene Zusage für die Freilassung Rühles nicht erfüllt worden ist, halten die unterzeichneten Volksbeauftragten es mit ihrer politischen Überzeugung nicht vereinbar, im Ministerium zu verbleiben. Sie haben alles getan, um den blutigen Bruderkrieg in Sachsen zu hindern. Die Schuld daran tragen jene Volksbeauf-

tragten, die nicht den Mut und die Kraft fanden, aus eigener Verantwortung Entschlüsse dazu zu fassen.

Sie legen deshalb ihre Ämter als Volksbeauftragte nieder.

Fleißner. Geyer. Lipinski."

17. Januar. Der Vollzugsrat (Zentralrat) des Landesrats der Republik Sachsen nimmt Kenntnis von dem Rücktritt der Volksbeauftragten Fleißner, Geyer und Lipinski. Er ersucht die Minister Buck, Dr. Gradnauer und Schwarz, ihre Ministerien weiter zu behalten. Die zurückgetretenen Minister werden ersucht, ihre Geschäfte in die Hände der verbleibenden Minister sofort zu übergeben. Als einstweiliger vorsitzender Minister wird Dr. Georg Gradnauer bestimmt.

Die Neubildung des gesamten Ministeriums behält sich der Vollzugsrat (Zentralrat) vor.

Als Verwalter des Ministeriums für Militärwesen wird bis zur endgültigen Sitzung Gustav Neuring bestimmt.

20. Januar. Der große Arbeiter- und Soldatenrat Leipzigs gibt bekannt, daß die Bewaffnung der disziplinierten und organisierten Arbeiterschaft Leipzigs zum Schutze der Vorarbeiten in Vorbereitung ist.

21. Januar. In Dresden findet in Anwesenheit der Volksbeauftragten Dr. Gradnauer, Buck und Schwarz und des stellvertretenden Volksbeauftragten für das Militärwesen Neuring eine Sitzung des Landesrates der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens statt, in der die Volksbeauftragten Dr. Gradnauer und Buck in längeren Ausführungen zur Lage sprechen und welche die Wahl der neuen Mitglieder der Regierung vollziehen. Es werden berufen: Dr. Gradnauer Inneres; Nitzsche-Dresden (Stadtverordneter und früherer Landtagsabgeordneter) Finanzen; Dr. jur. Harnisch-Chemnitz Justiz; Neuring-Dresden Militärwesen; Buck Kultusministerium und Schwarz-Dresden und Heldt-Chemnitz (der frühere Staatsminister) Arbeits- und Wirtschaftsministerium, das geteilt werden soll.

22. Januar. An die A.- und S.-Räte Sachsens richtet der Vollzugsrat (Zentralrat des Landesrates für Sachsen) folgenden Aufruf:

„Ein sogenannter »Elfer-Ausschuß«, unterzeichnet Truppenplatz Zeithain, Ruthmann, Vorsitzender, beruft eine Landeskonferenz der A.- und S.-Räte für den 28. Januar nach Leipzig ein. Der Vollzugsrat (Zentralrat des Landesrates für Sachsen) erklärt dazu, daß bis zum Zusammentreten der am 2. Februar 1919 zu wählenden Volkskammer für die Republik Sachsen allein der auf Grund der Beschlüsse vom 3. Dezember 1918 gebildete Landesrat die zuständige Zentralvertretung der A.- und S.-Räte Sachsens ist und daß nur ihm die Befugnis zur Fassung maßgebender Beschlüsse zusteht. Entschließungen einer anderen Körperschaft haben keinerlei verbindliche Kraft. Da die genannte Landeskonferenz nichts weiter ist als ein verwerfliches Sondervorgehen, so ersuchen wir, von ihrer Beschickung abzusehen."

25. Januar. Die Volksbeauftragten Dr. Gradnauer, Neuring und Nitzsche werden zu Bundesratsbevollmächtigten ernannt.

Die Regierung erläßt in der „Sächs. Staatszeitg." folgende Erklärung.

„In der letzten Woche ist in der Presse wiederholt die Frage erörtert worden, ob Sachsen durch Zusammenschluß mit anderen Gebietsteilen des Deutschen Reiches sich an der Bildung eines größeren Freistaates beteiligen solle. Diese Betrachtungen und die Wiedergabe eines Gesprächs, das der Vertreter einer großen Zeitung mit dem Volksbeauftragten für das Ministerium des Innern über diesen Gegenstand hatte, haben leider zu der Vermutung Anlaß gegeben, als verfolge man in Sachsen eine »Einverleibungspolitik«.

Wir legen Wert darauf, festzustellen, daß auch die jetzige sächsische Regierung nicht im entferntesten daran denkt, sich in die inneren Verhältnisse Preußens oder eines anderen benachbarten Staates irgendwie einzumischen. Daß die Möglichkeit, zur Neubildung von größeren Freistaaten zu gelangen, in Deutschland zurzeit allgemein erörtert wird, ist bekannt und hat seinen unmittelbaren Anlaß in der Denkschrift des Staatssekretärs des Innern zur Verfassungsfrage, die diesen Punkt zur öffentlichen Diskussion stellt. Selbstverständlich prüft man auch in Sachsen, wie man sich solchen Möglichkeiten gegenüber zu verhalten hätte, und untersucht die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die über die sächsischen Grenzen hinüberreichen. Man ist sich aber an allen verantwortlichen Stellen dessen vollauf bewußt, daß nur, wenn sich die Wünsche überwiegender Mehrheiten des Volkes von beiden Seiten begegnen, solche Neubildungen überhaupt in Betracht kommen, und zwar niemals als einseitiger Anschluß, sondern als freier Zusammenschluß. Daß das Reichsamt des Innern die Frage in Fluß gebracht hat, beweist doch wohl zur Genüge, daß die Staatshoheit und das Selbstbestimmungsrecht der Einzelstaaten hierdurch nicht berührt werden, und es sollte kaum der Erklärung bedürfen, daß die Bundesstaaten solche Fragen nur im beiderseitigen Einvernehmen lösen werden."

29. Januar. Das Gesamtministerium macht bekannt: die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik haben das Recht, an den Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen in der sächsischen Gemeinde teilzunehmen, in der sie ihren Wohnsitz haben. Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts ist die Eintragung in die Wählerlisten des zuständigen Stimmbezirks. Die Eintragung erfolgt auf Antrag und ist bis zum 1. Februar zulässig.

Am selben Tage erläßt der apostolische Generalvikar für Sachsen Bischof Dr. Loebmann folgende Bekanntmachung:

„Nachdem die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vorüber sind, drängt es mich, allen, die mit unermüdlicher Hingabe für Kirche und Vaterland eingetreten sind, meinen wärmsten oberhirtlichen Dank öffentlich abzustatten. Da am 2. Februar die Wahlen zur sächsischen Volkskammer stattfinden, so gilt es nicht zu erlahmen, und es hieße eine Pflicht verletzen, wenn man an diesem Tage der Wahlurne fernbliebe und dadurch den Gegnern der Kirche und christlichen Schule in die Hände arbeitete. Auch ist es einem Katholiken nie und nimmer erlaubt, sich an die sozialistische Partei anzuschließen."

30. Januar. Der Zentralrat des Landes-Arbeiter- und Soldatenrats beschließt: 1. eine Eingabe an die Regierung vorzubereiten, die

Anregungen geben soll, um die Lösung des Sozialisierungsproblems zu fördern; 2. die Regierung zu ersuchen, tunlichst bald zu verlautbaren, in welcher Weise sie an der Lösung der mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Probleme arbeitet, besonders in bezug auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, die Arbeitspflicht, Arbeitsvermittelung und praktische Durchführung der Arbeitslosenunterstützung.

31. Januar. Regierungserklärung zur Wendenfrage (s. S. 451 f.).

Die Wendenbewegung.

1. Januar. Der wendische Nationalausschuß teilt in einer „Proklamation an die wendische Nation" in der „Serbske Nowiny" den Lausitzer Wenden offiziell mit, daß auf Grund der Wilsonschen Friedensgrundsätze der selbständige „Lausitzer Wendenstaat" errichtet sei und das Wendenvolk künftig seine Geschicke auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker selbst in die Hand nehmen und eine eigene Verwaltung auf der Friedenskonferenz fordern würde. Die Unterschrift der Proklamation lautet: für den wendischen Nationalausschuß: Barth, Deutschmann, Dobrucky und Bryl.

16. Januar. Gegen diese Bestrebungen legt der Stadtrat zu Bautzen in einer Entschließung allerschärfste Verwahrung ein. Die Schlußsätze dieser Entschließung lauten:

„Wir haben die Wenden stets als unsere lieben und sehr werten Mitbrüder behandelt und gehalten und denken nicht entfernt daran, sie in ihrer nationalen Eigenart unterdrücken zu wollen. Die Bestrebungen nach Schaffung eines Freistaates beruhen zum Teil auf sehr selbstsüchtigen Hoffnungen, die unserer festen Überzeugung nach sich als trügerisch herausstellen werden. Wir müssen fordern, daß die Wenden auf ihre staatlichen Sonderbestrebungen verzichten, treu zur deutschen Sache halten und sich im Gefüge des sächsischen Staatswesens ihre Zukunft zu bauen und zu gestalten suchen. Wir werden ihnen von Herzen dazu die Bruderhand auch weiter reichen."

24. Januar. Die Wenden weisen sowohl die Einsprüche wie die Vermittlungsversuche der deutschen Behörden entschieden zurück und stellen sich mit ihren Forderungen auf den Boden der Internationale. Der wendische Nationalausschuß schreibt an das „Bautzener Tageblatt":

„Wir Wenden befinden uns mit unseren Bestrebungen auf legalem Wege. Die Wilsonschen Punkte sprechen keineswegs von irgendeiner Zahlengrenze, auch nicht von Verhältnissen, in denen das Selbstbestimmungsrecht nicht durchgeführt sei. Solange daher die deutsche Regierung sich an diesen Punkt hält, fühlen wir in uns die sittliche Pflicht, die Verwirklichung der Wilsonschen Punkte auch für uns zu verlangen. Wir streben eine vollständige Umgestaltung unserer bisherigen geographischen und staatsrechtlichen Stellung an. Wir dringen auf eine unbedingte Gleichberechtigung unserer kulturellen Forderungen neben den deutschen kulturellen Forderungen. Wir wollen mit den Deutschen in Stadt und Land in Frieden leben, doch lehnen

wir die Art des Bautzner Stadtrates ab, der von uns Wenden etwas fordern zu dürfen glaubt. Wir erklären ferner, daß die Wendenfrage keine innerpolitische, sondern eine internationale ist. Die letzte Entscheidung wird auf der Friedenskonferenz getroffen werden, auf welcher Vertreter unseres Volkes anwesend sein werden."

Die Wenden entsenden den früheren Landtagsabgeordneten Barth, Gemeindevorstand in Briesing, und das Mitglied des wendischen Nationalausschusses in Bautzen Bryl als ihre Vertreter zur Friedenskonferenz in Paris. Die Wenden betrachten ihren Sonderstaat als bereits proklamiert und erwarten von dem Verbande nur noch Bestätigung. Sie glauben, die Proklamation vor der Friedenskonferenz vornehmen zu müssen, weil sie der Ansicht sind, daß sie der Friedenskonferenz selbst fertige Tatsachen unterbreiten müssen. Unumstößlich stehe fest, daß die Wenden Sachsens und Preußens sich in einen neuen Staat vereinigen würden.

25. Januar. Der wendische Nationalausschuß erläßt folgende Erklärung:

„Die schärfste Verwahrung und Kundgebung Lausitzer Verwaltungskörper veranlaßt uns, folgendes zu erwidern:

Der Zusammenschluß der Ober- und Niederlausitzer Wenden in der kommenden, sich selbstverwaltenden Wendei geschieht auf der von der deutschen Reichsregierung unterschriftlich anerkannten Grundlage und ist eine so gut wie vollendete unabänderliche Tatsache. Die Wahrung der natürlichen und wirtschaftlichen Rechte eines Volksstammes kann niemals die Vergewaltigung eines anderen Volkes bedeuten. Die preußischen Wenden haben seit Jahrhunderten unter einer brutalen Germanisation in Kirche und Schule zu leiden. Den sächsischen Wenden sind die ihnen von König und Regierung feierlich zugesagten selbstverständlichen Rechte auf Muttersprache und Volkstum nicht gehalten worden. Die Übermacht des Großgrundbesitzes beeinflußt einseitig die Landes- und Bezirksverwaltung. Die Fischereirechte, auch vielfach in reinen Bauerngemeinden, stehen dem Großgrundbesitz zu. Die Lausitzer Bauern kämpfen seit Jahrzehnten gegen das veraltete, die Bauerngemeinden schädigende Jagdrecht vergeblich an. Das den Rittergütern zustehende Vorkaufs- und Aufkaufsrecht hat langsam, aber in immer wachsendem Umfange eine Bauernwirtschaft nach der anderen aufgekauft. Dadurch wurden freie Bauern in die Großstädte und in die Industriezentren getrieben, wo sie und ihre Nachkommen als Lohnsklaven des Großkapitals fronden. Diese Zustände haben den Zusammenbruch des Deutschen Reiches mit verschuldet. Jetzt legt eine gütige und allmächtige Vorsehung die Gestaltung der Geschicke eines Bauernvolkes in seine eigene Hand. Wir nehmen nur die gewaltige Stunde der Weltenwende wahr. Die wendischen Kriegsgefangenen werden schon jetzt als Söhne eines freien und selbständigen Volkes angesehen und kehren, sobald die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind, in ihre Heimat zurück. An den Kriegslasten wird das Wendenvolk nichts zu tragen haben. Es geht einer wirtschaftlichen Zukunft entgegen. Der Industrie werden bald Rohstoffe zur Verfügung stehen und ein aufnahmefähiger Weltmarkt offen stehen. Nur diejenigen, welche den furchtbaren Ernst der Zeit nicht verstehen, mögen glauben mit, Wortgerassel und papiernen Kundgebungen die Weltenuhr zurückstellen zu können.

Bautzen, den 25. Januar 1919. gez. Barth Bryl."

Am selben Tage bringt die „Serbske Noviny" folgende Veröffentlichung des wendischen Nationalausschusses:

„Die Wahlen zur sächsischen Volkskammer finden am 2. Februar statt. Der wendische Nationalausschuß hat beschlossen, wie für die Nationalversammlung in Berlin, auch für die Volkskammer keine Kandidaten aufzustellen und sich an der Wahl in keiner Weise zu beteiligen."

31. Januar. Die „Sächs. Staatsztg." veröffentlicht folgende Erklärung der Regierung zur Wendenfrage:

„Der wendische Nationalausschuß hat sich veranlaßt gesehen, durch die Presse eine Erklärung über seine Stellung zur Wendenfrage bekanntzugeben. Die Erklärung soll eine Erwiderung auf »schärfste Verwahrung und Kundgebung Lausitzer Verwaltungskörper« sein, sie übergeht jedoch die Tatsache, daß die Bevölkerung der Lausitz durch die bisherige Tätigkeit des Nationalausschusses, mehr noch durch die wild umlaufenden Gerüchte vorher beunruhigt und in Aufregung versetzt worden ist.

Was die Erklärung im einzelnen als wirtschaftliches Programm bringt, steht mit der Wendenfrage selbst zum Teil in sehr losem Zusammenhang. Die Beschwerden der bäuerlichen Bevölkerung über den Großgrundbesitz, Jagd- und Fischereirecht, und die Verhältnisse, die zur Abwanderung in die Industriegebiete führen, werden bekanntlich auch von der deutschsprechenden Bevölkerung des Landes vielfach erhoben und haben mit der Nationalität nichts zu tun. Was hierin bei der kommenden Neuordnung zu geschehen hat, geht Deutsche und Wenden gemeinsam an und wird nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit entschieden werden.

Darüber hinaus erweckt aber die Erklärung unter ausdrücklichem Hinweis auf eine Sonderbehandlung der wendischen Volksgenossen durch unsere Feinde Hoffnungen, die, gerade weil die Ausführungen hierüber unklar sind, verwirren müssen. Die Wenden sind jederzeit gute Bürger unseres Staates gewesen und haben, von ihren deutschredenden Mitbürgern geschätzt und geachtet, mit uns gemeinsam Gutes und Böses getragen. Sie haben in treuer Pflichterfüllung wie alle anderen Söhne des Landes für die Heimat gekämpft und geblutet. Sie werden nicht vergessen, was sie dem langen friedlichen Zusammenleben verdanken, und können sich versichert halten, daß ihre Sorgen volles Verständnis finden. Daß heute, in der Zeit allgemeiner Erregung und unter dem schweren Druck der Not die Wünsche des einzelnen und ganzer Gruppen oft sonderbare Richtungen einschlagen, ist durchaus begreiflich und eine Erscheinung, die sich nicht nur in der Lausitz zeigt. Es muß aber gegenüber der Form, in der Wünsche der Wenden in der Erklärung des Nationalausschusses vorgebracht werden, betont werden, daß die ganze Frage eine innere Angelegenheit des Reiches und des sächsischen Staates ist und bleiben wird. Es darf nicht übersehen werden, daß mit den Wenden zusammen und in bedeutender Überzahl eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, der das gleiche Selbstbestimmungsrecht nicht streitig gemacht werden darf. Eine räumlich erkennbare feste Trennungslinie gibt es nicht. Die gegenseitige Durchdringung beider Teile der Bevölkerung hat bisher dem friedlichen Zusammenwohnen keinen Abbruch getan und wird dies auch künftig nicht tun, wenn die Erregung der Übergangszeit sich legt und die Wenden sich davon überzeugen, daß ihre Wünsche bei der Regierung verständnisvolle Aufnahme finden. Wenn auch in Abrede gestellt werden muß, daß die Wenden bisher in Sachsen »unterdrückt« worden sind, so ist sich die jetzige Regierung doch bewußt, daß im Sinne der wendischen Bestrebungen manches zu

ändern und zu bessern bleibt. Sie ist weit davon entfernt, die Angelegenheit leichthin abzutun, und schenkt ihr vollste Aufmerksamkeit. Sie hofft bei den weiteren Besprechungen den Weg zu finden, auf welchem dem wendischen Volkstum die berechtigte Wahrung seiner Eigenart gesichert wird, und hat zu dem tüchtigen kleinen Stamm, der so mannhaft für seine Muttersprache und seine Kulturgüter eintritt, das Vertrauen, daß er sich nicht in politische Abenteuer hineinreißen läßt, die für ihn verhängnisvoll werden würden."

Württemberg.

4. Januar. Vor dem Kriegsministerium und dem Direktionsgebäude der Straßenbahn in Stuttgart kommt es zu schweren Ausschreitungen von Soldaten und Zivilisten.

Der zum stellvertretenden Leiter des Kriegsministeriums ernannte Generalleutnant v. Hofacker tritt zurück.

7. Januar. Die vorläufige Regierung erläßt folgende Kundgebung an das Volk:

„Die Regierung hat Kenntnis davon, daß die Vorbereitungen und die Durchführung der Wahlen zur Landesversammlung und zur Nationalversammlung gestört werden sollen. Wir fordern die wahlberechtigte Bevölkerung auf, sich von wilden Gerüchten nicht beunruhigen zu lassen und ihr Wahlrecht in vollem Umfang auszuüben. Die vorläufige Regierung ist entschlossen, die Errungenschaften der Revolution, zu denen auch das neue Wahlgesetz und die ungehemmte Wahlfreiheit gehören, mit aller Entschiedenheit zu gewährleisten. Zu diesem Zweck hat sie ausreichende Sicherheitsmaßnahmen getroffen."

9. Januar. In Stuttgart kommt es zu lebhaften Kundgebungen der Unabhängigen Sozialdemokraten und des Roten Soldatenbundes gegen die Regierung Scheidemann-Ebert, die württembergische Regierung und die Stuttgarter Stadtverwaltung. Die Absicht ist, die vorläufige Regierung zu stürzen und die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften zu verhindern.

Abends finden Gegenkundgebungen aus den Reihen des Bürgertums und der Mehrheitssozialisten gegen die spartakistischen Umtriebe statt.

10. Januar. Infolge dieser Vorgänge erläßt die vorläufige Regierung folgende Kundgebung an das württembergische Volk:

„Die provisorische Regierung ist beauftragt, die Errungenschaften der Revolution zu erhalten und auszubauen. Zu diesem Zweck war es ihre Hauptaufgabe, die Wahlen einer verfassunggebenden Landesversammlung vorzubereiten und zu sichern. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist die Regierung fortgesetzt durch die Bedrohungen und Überfälle der Spartakusleute gestört worden. Diese winzige Minderheit unseres Volkes, die auch jetzt wieder mit russischem Gelde arbeitet, glaubt die Zeit gekommen, die Macht erringen und den Terror in Deutschland aufrichten zu können. Mit dem

Überfall auf die Regierung von gestern hat sie begonnen, heute soll der Plan fortgeführt und ihre Herrschaft mit Waffengewalt und Blutvergießen aufgerichtet werden.

Die Regierung hat bisher mit der größten Zurückhaltung und Geduld der Entwicklung der Dinge zugesehen. Die Ereignisse von gestern zwingen uns aber, nunmehr mit aller Entschiedenheit zuzugreifen, um den geplanten bewaffneten Angriffen zu begegnen. Sie hat sich daher unter den Schutz der Sicherheitskompagnie gestellt und diese beauftragt, mit aller Entschiedenheit die Entwaffnung der Ruhe- und Friedensstörer durchzuführen.

Wir brauchen Ruhe und Ordnung, wenn nicht unser Volk in den nächsten Wochen zugrunde gehen soll. Sie aufrecht zu erhalten, ist daher erste Pflicht der Regierung. Wir fordern daher alle Volksgenossen auf, uns bei dieser Arbeit in den nächsten Tagen mit allen Kräften zu unterstützen.

Wenn wir Frieden haben wollen, müssen wir geordnete Wahlen und ein ruhiges Arbeiten der Landesversammlung sicherstellen.

Wenn wir die Errungenschaften der Revolution wahren sollen und vor allem der Arbeiterschaft erhalten wollen, dann muß jetzt mit allen Putschversuchen unverantwortlicher Fanatiker ein Ende gemacht werden.

Dazu sind wir entschlossen, und das württembergische Volk muß uns dabei helfen!

Darum heraus, ihr Arbeiter, stellt euch an unsere Seite und rettet euer Werk und unser aller Zukunft!

Stuttgart, 10. Januar 1919.

Für die provisorische Regierung Württembergs:
Blos."

Am selben Tage treten die der Unabhängigen Sozialistischen Partei angehörenden Minister Crispien und Fischer zurück. Sie begründen ihren Rücktritt in folgender Erklärung:

„Die Unterzeichneten haben heute dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte nachfolgende Erklärung überreicht: Die provisorische Regierung Württembergs hat sich durch die Ausschaltung der beiden Minister Crispien und Fischer seit dem 9. Januar 1919 als Rumpfregierung etabliert, damit hat die Mehrheit der Regierung es uns unmöglich gemacht, unsere Mandate ferner auszuüben. Wir legen unsere Mandate in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zurück und erwarten von ihnen, daß sie sich unverzüglich mit der Reorganisation der Regierung befassen.

Stuttgart, den 10. Januar 1919.

Crispien. Fischer."

Die zurücktretenden Minister erklären ferner, daß sie alle Kräfte aufgeboten haben, dahin zu wirken, daß es nicht zu blutigen Zusammenstößen komme. In diesem Sinne wirkten sie weiter und fordern alle Arbeiter und Soldaten auf, sie darin zu unterstützen.

Bei nächtlichen Angriffen von Spartakisten auf die Gebäude Stuttgarter Zeitungen werden 4 Personen getötet; spartakistische Führer werden verhaftet.

11. Januar. Die vorläufige Regierung richtet folgendes Telegramm nach Berlin:

„Rat der Volksbeauftragten, Berlin. Wir freuen uns über den Erfolg der Reichsregierung. In Stuttgart haben wir Angriffe der Spartakusgruppe

durch gutgeschulte Sicherheitstruppen im Keime erstickt und die Führer der Spartakusgruppe Rück, Münzenberg, Max Bartels, Hörnle, Janus festgenommen. Verhandlungen hatten wir abgelehnt.

Württembergische provisorische Regierung, Blos."

12. Januar. Die Wahlen zur Landesversammlung finden statt und haben folgendes Ergebnis:

Demokratische Partei . .	328689	Stimmen,	38 Sitze
Bürgerpartei	97340	„	11 „
Bauernbund	76098	„	10 „
Weingärtnerbund	35285	„	4 „
Landwirte Oberschwabens .	5755	„	0 „
Zentrum	273200	„	31 „
Friedenspartei	4034	„	0 „
Sozialdemokratie	452699	„	52 „
Unabhängige	40634	„	4 „

Es stehen sich also 820401 bürgerliche und 493333 sozialdemokratische Stimmen gegenüber, denen 94 bürgerliche und 56 sozialdemokratische Mandate entsprechen.

Die Bedeutung des Wahlergebnisses wird erst klar, wenn man die Resultate der letzten Landtagswahl Ende 1912 zum Vergleich heranzieht. Damals entfielen von insgesamt 92 Abgeordneten auf

Zentrum	26
Konservative und Bauernbund	20
Fortschrittliche Volkspartei	19
Nationalliberale	10
Sozialdemokraten	17

Die Stimmen beim Landesproporz, die für 17 Kandidaten galten und deshalb die Zahl der Wähler vervielfacht erscheinen ließen, verteilten sich damals, wie folgt:

Zentrum	850000 = 27 %
Konservative und Bauernbund	500000 = 16 %
Fortschrittliche Volkspartei	618000 = 19,6 %
Nationalliberale	356000 = 11,3 %
Sozialdemokraten	824000 = 26,1 %

Die prozentuale Verteilung der Stimmen bei der Wahl vom 12. Januar 1919 zeigt folgende Tabelle:

Zentrum	20,7 %
Konservative und Bauernparteien	16,3 %
Deutsche demokratische Partei	25 %
Sozialdemokratie	34,4 %
Unabhängige	3 %

Zum Wahlausfall läßt sich der „Schwäb. Merkur" vernehmen: „Hätte man den Wählern Württembergs bei der Abgabe ihres Stimmzettels die theoretische Frage, ob Monarchie oder Republik, vorgelegt, es ist kaum zweifelhaft, daß eine Mehrheit für die Beibehaltung der Monarchie sich erklärt hätte, selbst wenn man annimmt, daß ein Teil der alten Volkspartei sein republikanisches Herz hätte sprechen lassen. Die eigentlichen Schürer und Macher der Revolution, die Unabhängigen und ihren Spartakusanhang,

enthüllt das Wahlergebnis offen und klar, jeden Zweifel niederschmetternd, als einen verschwindend kleinen Bruchteil des württembergischen Volkes. Es enthüllt offen und klar, daß der Anspruch dieses Bruchteils, das ganze Volk nach seiner schrillen Pfeife tanzen lassen zu wollen, eine beispiellose Anmaßung ist, und daß die endlich vollzogene kräftige Niederschlagung dieser Anmaßung den Beifall und die Zustimmung der weit überwiegenden Masse des Volkes gefunden hat. Der Wahlausfall gibt der provisorischen Regierung Recht und Vollmacht, auf diesem Wege mit Energie fortzuschreiten."

Das zentrumsparteiliche „Deutsche Volksblatt" sagt u. a.: „Das Zentrum hat statt 102544 Stimmen diesmal 273192 Stimmen erhalten, somit seine Stimmenzahl um das 2,7fache erhöht. Diese 2,7fache Erhöhung der Stimmenzahl entspricht genau der allgemeinen Zunahme der Zahl der Wähler infolge der Wahlbeteiligung der Frauen, die durchschnittlich das 2,7fache beträgt. Das Zentrum hat somit seine bisherige Stärke in glänzender Weise behauptet."

Das Urteil des demokratischen „Beobachters" lautet u. a.: „Die stärkste Partei ist, wie vorauszusehen, die Sozialdemokratie. Sie hat aber weit weniger Stimmen und Sitze erhalten als im Nachbarland Baden. Mit ihren 56 Sitzen unter 150 kann sie allein nichts erreichen. Die zweitstärkste Partei ist die Deutsche demokratische Partei mit 38 Sitzen, zusammen mit den Sozialdemokraten — auch ohne die »Unabhängigen« — vermögen sie die Mehrheit mit 90 Stimmen zu bilden. Zentrum und die ganze Rechte sind mit zusammen 56 Sitzen nicht imstande, eine reaktionäre Politik zu machen. Doch kann die demokratische Partei, zusammen mit ihnen, überstürzte sozialdemokratische Experimente aufhalten. Das Zentrum hat eine fühlbare Niederlage erlitten; darüber wird es sich selbst nicht hinwegtäuschen. Es ist vollständig aus seiner bisherigen ausschlaggebenden Stellung gerückt und in Württemberg zur politischen Ohnmacht verdammt. Es hat mit sich selbst auszumachen, inwieweit seine unnachgiebige, starre Kirchen- und Schulpolitik, sowie sein Verhalten während des Krieges die Schuld daran trug. Die heftige Agitation der »Bürgerpartei« ist kläglich gescheitert. Der Bauernbund hat sich durch seine Dreifaltigkeit, die er aber im Endresultat einhellig zusammenfaßte, gerade noch gehalten."

Die sozialdemokratische „Schwäb. Tagwacht" äußert sich: „Sowohl die Vorgänge in Stuttgart, wie insbesondere der blutige Terror der Spartakisten und Unabhängigen in Berlin ist von den Feinden der Freiheit auf der Rechten und den Vertretern kapitalistischer Interessen auf der bürgerlichen Linken mit Raffinement gegen die gesamte Arbeiterschaft ausgeschlachtet worden. Der großen sozialdemokratischen Partei hat man die Verantwortung für die irrsinnige Gewaltpolitik der Spartakisten mit aufgebürdet, und man hat damit Tausende von Wählern kopfscheu gemacht. Das Urteil des württembergischen Volkes, das bei der gestrigen Wahl gefällt wurde, ist trotzdem ein glänzendes Ehrenzeugnis für die alte Sozialdemokratie. Aber die Wahl würde geradezu zu einem Triumph der Sozialdemokratie in dem nicht hochindustriellen Württemberg geführt haben, wenn die Arbeiterschaft nicht zersplittert worden wäre, wenn nicht ein Teil von ihr den Boden der gesunden Vernunft verlassen und den Feinden der Demokratie und des Sozialismus die Waffen in die Hand gespielt hätte."

15. Januar. Das Ministerium des Innern wird dem Arbeitsminister Dr. Lindemann (Soz.) übertragen, zum Kriegsminister wird der Professor der Elektrotechnik an der Technischen Hochschule in Stuttgart Herrmann (Soz.) ernannt. Zum Arbeitsminister wird der Vor-

sitzende des deutschen Metallarbeiterverbandes Schlicke ernannt. Zum Stellvertreter des Ministers für Kriegswesen wird Hauptmann Krais berufen.

Der frühere württembergische Kriegsminister Schreiner, einer der Anführer des Spartakus, wird mit weiteren 15 Spartakisten verhaftet.

18. Januar. Die vorläufige Regierung führt den Paßzwang für Nicht-Württemberger ein.

Über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen der Republik und dem früheren König schreibt der „Beobachter":

„Das ursprüngliche Vermögen der landesherrlichen Familie, das Kammergut, wurde bei der Aufhebung der altwürttembergischen Verfassung am 30./31. Dezember 1805 zu »einem von dem Königreich unzertrennlichen Staatsgut« erklärt. Dieses »königliche Kammergut« wurde mit der Verbindlichkeit belastet, »die persönlichen Bedürfnisse des Königs als Staatsoberhauptes und der Mitglieder des königlichen Hauses« (§ 104 V.-U.) und die Apanagen usw. der Prinzen zu bestreiten. Die provisorische Regierung löste daher, um das Kammergut freizumachen, die Zivilliste ab, indem dem König an ihrer Stelle vom 1. Januar d. J. ab eine jährliche Rente von 200000 Mark und nach seinem Tode seiner Witwe eine solche von 100000 Mark zugestanden wurde. Dafür hatte aber der Staat die sehr hohen Lasten der Zivilliste zu übernehmen, vor allem die Ausgaben für die bisherigen Beamten des Hofes und den Aufwand für die zur Krondotation gehörigen Schlösser, Institute usw., besonders das Theater, für das ja der König sehr erhebliche Zuschüsse leistete. Die Beamten des Hofes werden zum Teil im Staatsdienst verwendet werden, zum Teil müssen sie pensioniert werden. Neben der Zivilliste stand dem König aber auch der Nießbrauch an der in der Verfassungsurkunde nicht erwähnten Krondotation zu. Die Krondotation umfaßt Immobilien und Mobilien, die Eigentum des Staates sind, deren Nutznießung aber dem König zusteht und deren Unterhaltung der Zivilliste oblag. Zu den Immobilien gehören u. a. das Residenzschloß, das Alte Schloß, der Schloßbau, Hoftheatergebäude, Königsbau, Schloßgarten, Rosenstein-Wilhelma, Favoritpark, Rot- und Schwarzwildpark bei der Solitude. Diese Nutznießung ist aufgehoben worden und dem König lediglich Bebenhausen als Aufenthaltsort überlassen worden, während Friedrichshafen zu dem Familienfideikommißgut gehört, also Privateigentum ist. Die von den Mitgliedern des damals königlichen Hauses bewohnten Schlösser (sog. Apanagenschlösser), die Staatseigentum sind, wurden auf 31. März 1919 gekündigt."

20. Januar. Die achte evangelische Landessynode tritt in Stuttgart zusammen.

22. Januar. Der Ständische Ausschuß löst sich auf.

23. Januar. Die verfassunggebende württembergische Landesversammlung wird in Stuttgart eröffnet. Zum Präsidenten wird der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Keil mit 137 von 139 Stimmen gewählt.

Keil übernimmt das Amt und führt aus, die Tätigkeit der Landesversammlung werde sich nicht auf die eine große Aufgabe beschränken, dem Lande eine Verfassung zu geben. Vielmehr erfordere der gegenwärtige

Zeitpunkt geradezu gebieterisch eine durchgreifende Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen. „Wir hoffen, um so schneller wieder zu konsolidierten staatlichen Zuständen zu kommen, je wirksamer wir der Not begegnen, die der Krieg im Gefolge gehabt hat. Gleichzeitig aber werden wir unsere Blicke den Verhandlungen zuwenden, die den Friedensschluß vorzubereiten bestimmt sind. Wir sehnen uns heute nach der baldigen Wiederherstellung des Friedenszustandes. Wir wissen aber auch, daß das Siegesbewußtsein der Machthaber uns überaus drückende Bedingungen ansinnt, die wir in unserer Machtlosigkeit nicht abwehren können; aber wir dürfen in unserer Resignation doch nicht alles geduldig und schweigend hinnehmen. Wir müssen, wenn man die Lebensmöglichkeit unseres Volkes unterbindet, mit um so größerem Willen die Völker der Welt anrufen, und wir weisen darauf hin, daß die Gerechtigkeit die Grundlage des Völkerlebens sein muß. Unserem Volke, das das Völkerbluten nicht im geringsten verschuldet hat, darf der Anspruch auf Licht und Luft nicht versagt werden. Es würde aber dem Untergang geweiht sein, wenn all die Pläne ausgeführt werden, die gegen uns ersonnen sind. Die beste Organisation unserer Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit würde uns nichts nützen, wenn wir auf unabsehbare Zeiten zur Fronarbeit für feindliche Eroberer verurteilt werden. Darum wollen wir auch vom Boden unseres Einzelstaates aus uns unserer Haut wehren und unser Recht, ein großes Volk zu sein, vor aller Welt mit Nachdruck betonen. Soll unser Volk in den ungestörten Genuß der politischen Freiheiten kommen, die wir zu sichern berufen sind, soll die soziale Wohlfahrt, nach der das Volk lechzt, erreicht werden, so müssen die Friedensbedingungen erträglich sein und die Garantien für einen dauernden Frieden in sich tragen. Möge es uns gelingen, auf dem Boden der freien Demokratie ein neues Staatsgrundgesetz zu schaffen!"

Das Haus wählt dann die Abgeordneten Geck (Demokr.), Oberbürgermeister von Göppingen, Dr. Walter (Christl. Volksp.), Landgerichtsdirektor in Heilbronn, zu Vizepräsidenten.

Die von der provisorischen Regierung aufgestellte Verfassungsurkunde bestimmt u. a., daß der Volksstaat Württemberg ein Bestandteil des deutschen Volksstaates ist und daß er seine Staatshoheit nach Maßgabe dieser Verfassung und der vom deutschen Volksstaate gegebenen Gesetze ausübt.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmung und Wahl. Stimmberechtigte Mitglieder des Volkes sind alle württembergischen Staatsbürger beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben. Das Stimmrecht ist gleich und wird geheim und direkt ausgeübt. Landeseinwohner, die nicht die württembergische, aber die Staatsangehörigkeit eines anderen deutschen Bundesstaates besitzen, sind stimmberechtigt, wenn ihr Heimatstaat die Württemberger ebenso zum Stimmrecht zuläßt. Weiter sind u. a. vorgesehen: gleiche Rechte und Pflichten aller Staatsbürger, Aufhebung aller Titel, insoweit sie mit einem Amt verbunden sind, Abschaffung der Orden und Ehrenzeichen, Aufhebung der Fideikommisse wird durchgeführt; Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung, Überführung eines Teils der Gütererzeugung in die Gemeinwirtschaft wird durchgesetzt, ungestörte Gewissensfreiheit und Religionsübung, freie und selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch jede kirchliche und religiöse Gemeinschaft im Rahmen der allgemeinen Staats-

gesetze, Abfindung der evangelischen und katholischen Kirche für Abgabe ihres Vermögens an den Staat durch eine Geldrente, Aufsicht über das Schulwesen nur durch den Staat, Beseitigung jedes Zwanges für Erteilung und Besuch des Religionsunterrichts, vierjährige Landtagsperiode, Wahl eines Abgeordneten auf je 25000 Landeseinwohner, Volksabstimmung, Staatsleitung durch das Staatsministerium, an dessen Spitze ein Ministerpräsident steht, der die Bezeichnung Staatspräsident führt und den Staat nach außen hin vertritt, Feststellung des Staatshaushaltes durch Gesetz in jedem Jahre und Ministeranklage.

24. Januar. Die verfassunggebende Landesversammlung beschließt, auf ihre Sitzungen die Geschäftsordnung der früheren Zweiten Kammer sinngemäß anzuwenden.

25. Januar. Die verfassunggebende Landesversammlung verweist den Entwurf über Gewährung einer Entschädigung an ihre Mitglieder an einen Ausschuß. Dann verliest der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Minister des Innern Dr. **Lindemann** (Soz.) folgende Botschaft der vorläufigen Regierung:

„Als zweiter deutscher Bundesstaat hat unser Volksstaat Württemberg seine in freiester Wahl ordnungsmäßig erkorenen Vertreter zusammenberufen. Die provisorische Regierung heißt sie herzlich willkommen.

Die inneren und äußeren Vorgänge während der Jahre des Weltkrieges haben Zustände geschaffen, aus denen sich die geschichtlichen Ereignisse des 9. November mit Notwendigkeit entwickeln mußten. Die alten Gewalten sanken ohne Gegenwehr zu Boden, und an ihre Stelle trat in Württemberg die provisorische Regierung. Sie hat den geordneten Gang der Staatsgeschäfte und des bürgerlichen Lebens und die Achtung vor Gesetz und Recht sichern können dank der einsichtsvollen und energischen Haltung der Arbeiter- und Soldatenräte und gefördert durch die pflichttreue Mitarbeit der Beamten, Unterbeamten und Arbeiter des Staates, der Körperschaften und Gemeinden. Der Umbau der öffentlichen Verwaltung ist nach den Grundsätzen der sozialen Demokratie in wichtigen Punkten durchgeführt, in einer Reihe weiterer wirksam begonnen. Von dem gewaltigen Umfang der von der provisorischen Regierung geleisteten Arbeit zeugt die Rechenschaft, die in den Händen des hohen Hauses ist. Unser Schaffen hätte gründlicher und wertvoller werden können, hätten nicht ewig unruhige, der Erkennung aller Wirklichkeiten beharrlich abgewendete Elemente wieder und wieder versucht, das Wohl des Volksganzen und namentlich die Interessen der Arbeiter durch Zerstörung statt durch Aufbau nach ihrer Art zu fördern. Schließlich fand dieses Treiben seine Krönung in dem Versuch vom 9. Januar, durch Haufen bewaffneter oder lärmender Leute die Regierung zu stürzen. Damit war die Gefahr des völligen Zusammenbruchs unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens in unmittelbare Nähe gerückt. Die provisorische Regierung mußte wählen zwischen den verhängnisvollen Folgen dieses Zusammenbruches und entschlossener Abwehr. Wer aber hätte mehr gelitten unter diesem Zusammenbruch, als der besitzlose Teil der Bevölkerung? Wir wählen die Abwehr und hoffen, daß in wenigen Wochen schon auch jener kleine Teil des Volkes, der sich der Wahrheit dieses Satzes noch verschließt, unser Handeln wird als richtig anerkennen müssen.

Der Wahlkampf liegt hinter uns; das Volk hat seinen Willen klar und unmißverständlich ausgedrückt. Nun sind wir verpflichtet, als überzeugte Demokraten seinem Gebot zu folgen und die Bedingungen sicher zu

erkennen, unter denen eine geordnete Verwaltung unseres schwer erschütterten Staatslebens und dessen Wiederaufbau möglich ist. Aus den Beratungen des hohen Hauses hofft die provisorische Regierung die Richtlinien hierfür zu gewinnen. Denn sie erblickt in der verfassunggebenden Landesversammlung die Inhaberin der gesamten Staatsmacht und erwartet darum von dem hohen Hause alle die Maßnahmen, deren eine Regierung zur dauernden Ausübung der öffentlichen Gewalt bedarf.

Freilich, dankbar und angenehm ist das Regierungsgeschäft heute weniger denn je, und es gehört in der Tat staatsbürgerliche Opferbereitschaft dazu, um in der Gegenwart der Regierung eines Landes anzugehören. Diese Bürde ist nur dann zu tragen, wenn die verfassunggebende Landesversammlung als Quell des Rechtes und der Kraft uns behilflich zu sein gewillt und bereit ist.

Unsere wirtschaftliche Lage läßt uns nur mit schwerster Besorgnis in die Zukunft blicken. Gewiß will die provisorische Regierung sich von niemand im Volke an Zuversicht und an unverdrossenem Eifer bei dem Neuaufbau unserer Wirtschaft übertreffen lassen. Allein es wäre eine Versündigung gegen den Geist der neuen Zeit, wollten wir anderes dem hohen Hause vortragen, denn die ungeschminkte Wahrheit. Diese aber zeigt wahrlich ein Bild der schwersten Not und Gefährdung, und es bedarf des eisernen Willens unserer gesamten Volksgemeinschaft, um dem steten Hinabgleiten Einhalt zu tun und den Weg nach aufwärts wieder zu gewinnen.

Arbeit allein, schwere, für alle Teile des Volkes opfervolle Arbeit, vermag uns vor dem Ärgsten zu bewahren. Darum muß alles drangesetzt werden, um alle Hände zur Arbeit heranzubringen und die Arbeit so zu gestalten, daß jeder sie freudig verrichtet. Müßige Arbeitskraft ist ein gefährlicher Luxus, den wir uns auf lange Zeit hinaus nicht mehr gestatten können. Untätiges Drohnenleben kann es in der sozialen Republik nicht geben.

Zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens bedürfen wir der Auffüllung unserer erschöpften Vorräte an Kohlen, Rohstoffen aller Art und an Lebensmitteln. Die einschneidenden Maßnahmen zur Einschränkung des Kohlen-, Gas- und Elektrizitätsverbrauchs, die vom Arbeitsministerium zur Vermeidung einer drohenden Katastrophe erlassen worden sind, haben mit bestem Erfolg gewirkt. Das Unheil konnte vorläufig abgewendet werden. Unsere Bevölkerung muß jedoch auch weiterhin die strengste Sparsamkeit walten lassen und selbst die Einhaltung der erlassenen Vorschriften überwachen helfen. Die Volksernährung konnte auf die Zwangsbewirtschaftung der notwendigen Lebensmittel nicht verzichten. Nur gering sind die Erleichterungen, die gewährt werden konnten. Von Erzeugern und Verbrauchern muß erwartet werden, daß sie sich dieser Notwendigkeit so lange unterwerfen, bis eine endgültige Besserung durch Freiheit der Einfuhr eingetreten sein wird.

Um Lebensmittel und Rohstoffe einführen zu können, bedürfen wir eines raschen Friedensschlusses. Die Regierung wendet der Erreichung dieses Zieles ihre ganze Aufmerksamkeit zu. Ehe der Friede geschlossen ist, sind wir mit jeder Art von Einfuhr völlig von unseren Feinden abhängig, und die hieraus entspringende Unsicherheit aller unserer Pläne darf nicht außer Betracht bleiben, wenn unser Tun und Lassen geprüft wird.

Der verfassunggebenden Landesversammlung legen wir den Entwurf einer neuen Verfassung vor. Dieser Entwurf geht von der Voraussetzung aus, daß die bundesstaatliche Gliederung des Deutschen Reiches und die Rechte seiner Gliedstaaten erhalten bleiben. In seinen einzelnen Bestimmungen sucht der Entwurf die politischen und sozialen Forderungen der

Gegenwart zu erfüllen. Weiter werden in Nachtragsetats die Mittel für die Errichtung der beiden neuen Ministerien, des Arbeits- und des Ernährungsministeriums, angefordert werden.

Ein Notgesetz zur Gemeindeordnung ist in Vorbereitung, um die Gemeinderatswahlen nach neuen Grundsätzen zu vollziehen und die Bürgerausschüsse aufzuheben. Eine planmäßige Reform der Gemeindeordnung wie der gesamten Staatsverwaltung muß die Aufgabe des Landtages sein, der auf Grund der neuen Verfassung gewählt wird. Die Vorbereitungen zu diesem großen Werk sind bereits eingeleitet.

Zwecks Bereitstellung umfangreicher öffentlicher Arbeiten werden Ihnen weitere Nachtragsetats zugehen. Hierbei soll der Neckarkanal vorangestellt werden, der eine Fülle von Arbeit unseren Beschäftigungslosen bieten wird. Wir erwarten aber auch von ihm, daß er als ein produktives Werk großen Stils das Zutrauen unserer Industrie zu der wirtschaftlichen Kraft unseres Volkes heben werde.

Auch auf dem Gebiete der Staatseisenbahnen stehen Aufträge von großem Umfang zur alsbaldigen Verabschiedung bereit. Sie betreffen eine Reihe von Bahnbauten, den Ersatz der an die Entente abgelieferten Lokomotiven und Eisenbahnwagen, die Wiederherstellung und Erneuerung des rollenden Materials und des vielfach stark mitgenommenen Oberbaues. Daneben gehen umfangreiche Arbeiten in unseren Staatswaldungen zur Gewinnung von Nutz- und Brennholz einher. In der Landwirtschaft ist die Steigerung der Produktion die dringendste Aufgabe der Gegenwart. Um dies Ziel zu erreichen, beabsichtigen wir, Ihnen bald einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Landwirtschaftskammer vorzulegen, und bitten Sie, in dem Verfassungsentwurf der Aufhebung des Großgrundbesitzes, soweit er volkswirtschaftlich schädlich ist, zuzustimmen.

Die provisorische Regierung war bemüht, einer zweckmäßigen und erfolgversprechenden Sozialisierung den Boden zu bereiten. Zu diesem Zweck wird in dem Verfassungsentwurf die Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung als Aufgabe des Staates bezeichnet. Eine Kommission ist beauftragt, die Betriebszweige zu untersuchen, die im Rahmen unseres Staatswesens dem gemeinwirtschaftlichen Betrieb übergeben werden können. Sie hat ihre Arbeiten bereits begonnen.

Bei allen Handlungen ist für die provisorische Regierung der Grundsatz herrschend gewesen, die Demokratie durchzuführen und jede Art von Diktatur abzulehnen. So konnte das Schwabenvolk in voller Freiheit über seine Gegenwart und Zukunft selbst bestimmen. Die Ordnung, Ruhe und Entschlossenheit, mit der es sein Selbstbestimmungsrecht angewendet hat, werden, wie wir hoffen, ihren Eindruck auch auf unsere Feinde nicht verfehlen. Mit Genugtuung sehen wir bei dieser wichtigsten staatsbürgerlichen Handlung in unserem niedergebrochenen Volke das Gefühl der Würde einer großen Nation wiedererwachen. Die Pflicht, unser Deutschtum allen Gewalten zum Trotz zu erhalten, soll unser Führer sein durch alle Not und Bedrückung der Gegenwart hinüber zu einer neuen Blütezeit. Kein feindlicher Imperialismus wird uns auf die Dauer hindern können, als gleichberechtigtes Glied in dem von uns allen ersehnten Völkerbund zu stehen. Möchten dereinst unsere Kinder und Kindeskinder mit Stolz auf die Jahre zurückblicken können, da ihre Väter und Mütter sich nach dem furchtbarsten aller Kriege aus schwerster Not heraus ihre Freiheit schufen, ihre Heimat neu ordneten und die Fundamente bauten für den Volksstaat der Zukunft, der keine Not mehr kennen soll."

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird das Vorgehen der Spartakusgruppe in Stuttgart erörtert. Abg. **Haußmann** (Demokr.) wirft dem früheren Ministerium Mangel an Tatkraft und starkem Willen vor, erkennt aber an, daß der frühere Leiter des württembergischen Staatswesens die Besorgnisse über den Ausgaug des Weltkrieges in einem Maße geteilt habe, wie kaum ein anderer Staatsmann; nur habe er sich nicht entschieden an der Seite der Mehrheitspartei geltend gemacht. Alles, was von der Revolution erreicht worden sei, wäre in Württemberg auch auf gesetzlichem Wege erreicht worden. Die Richtung, die russisches Kapital erhalten habe, um Deutschlands Wirtschaft zu zertrümmern, werde nie mehr das Recht haben, sich über Kapitalismus zu beklagen. Dem Staatssekretär Erzberger gebühre Dank für die eiserne Zähigkeit, mit der er die Reichsinteressen vertreten habe. Redner beantragt, die vorläufige Regierung zu beauftragen, die Geschäfte im Auftrage der Landesversammlung bis zur Verabschiedung der Verfassung weiterzuführen. — Auf die Forderung des unabhängigen Sozialdemokraten **Crispien,** Aufschluß über die Verhaftung der acht Spartakusführer zu geben, weist Minister Dr. **Lindemann** mit Nachdruck den Angriff zurück. Gegenüber der Behauptung, man habe die Regierung nicht stürzen wollen, stellt er fest, daß man ihn, den Arbeitsminister, für abgesetzt erklärt habe. Im Staatsministerium sei ein Maschinengewehr aufgestellt worden; außerdem hätten bewaffnete Spartakusleute die Erste Kammer und das „Neue Tagblatt" besetzt. Es seien also keine friedlichen Kundgebungen gewesen, wie Crispien behauptet habe. Die Sicherheitswehren hätten nur zur Abwehr von der Waffe Gebrauch gemacht. Die Verhaftung der Spartakusführer sei erfolgt, weil sie einen Gewaltangriff gegen die Regierung unternommen hätten. Die Regierung habe Sicherheiten schaffen müssen, daß Württemberg nicht in eine gleiche Krisis und gleiches Blutvergießen gestürzt werde wie Berlin.

27. Januar. Die verfassunggebende Landesversammlung setzt die Erörterung der Regierungsbotschaft fort. Abg. **Groeber** (Ztr.) erklärt, daß sich seine Partei in der Frage der Sozialisierung und in der Schulfrage von der Regierung trenne. Seine Partei sei bereit, auch in der Regierung mitzuarbeiten, aber bei deren gegenwärtiger Zusammensetzung könne sie eine Verantwortung für die Politik der Regierung nicht übernehmen, und es müsse ein Arbeitsprogramm zwischen Regierung und Regierungsparteien vereinbart werden, damit nicht in den grundsätzlichen Fragen eine Spaltung eintrete. Groeber beantragt, einen 24gliedrigen Ausschuß mit der Prüfung der Politik der provisorischen Regierung zu beauftragen. Es sprechen dann noch: für die Mehrheitssozialisten **Reichel,** der sich besonders mit den Unabhängigen auseinanderzusetzen hat, und von der Bürgerpartei **Bazille:** beide schließen sich der Erklärung des Zentrums an.

28. Januar. In der verfassunggebenden Landesversammlung macht Ernährungsminister **Baumann** Mitteilungen über den Stand der Versorgung und erklärt, daß an der Ausschaltung des freien Handels noch festgehalten werden müsse. — Abg. **Bruckmann** (Demokr.) gibt eine Darlegung der Ursachen des Zusammenbruchs. — Der stellvertretende Ministerpräsident Dr. **Lindemann** wiederholt das Arbeitsprogramm der Regierung und gibt, um einer von seiten des Zentrums drohenden partiellen Ministerkrise entgegenzuwirken, die Erklärung ab, daß über dieses Programm hinausgehende grundlegende Neuerungen auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, insbesondere auf dem des Kirchen- und Schulwesens, nicht in Angriff genommen werden könnten. Erst die Verfassung werde für all die geplanten Reformarbeiten Grund und Boden schaffen. Zur Verhaftung der Spartakistenführer teilt er mit, daß gegen sie wegen verschiedener strafbarer Handlungen ein richterlicher Haftbefehl bevorstehe. Sehr entschieden wendet sich Dr. Lindemann gegen die Beschäftigung der deutschen Kriegsgefangenen in Nordfrankreich. — Der Zentrumsredner **Andre** hebt hervor, daß die Erklärungen Dr. Lindemanns beruhigend wirken würden.

29. Januar. Die verfassunggebende Landesversammlung nimmt den Rechenschaftsbericht des ständischen Ausschusses zur Kenntnis und stimmt dem Gesetzentwurf zu, der die Rechte und Pflichten des ständischen Ausschusses bei der Staatsschuldenverwaltung dem Präsidium der Landesversammlung überträgt. Dann setzt die Landesversammlung die Erörterung über die Regierungsbotschaft fort. Auf die Mitteilung der zur Spartakusgruppe übergetretenen Frau **Zetkin**, daß die verhafteten Spartakusführer einen Hungerstreik begonnen hätten, erklärt der Justizminister Dr. **v. Kiene**, daß ihm nichts davon bekannt sei. — Auf die Angriffe des Zentrums erwidert Kultusminister **Heimann**, ihm habe nichts ferner gelegen als gewaltsame Experimente. Er sei überzeugt, daß das Volk Religion brauche, doch sei dogmatischer Zwang ausgeschlossen. Er sei ganz damit einverstanden, daß die Schulgesetzgebung nicht auch noch der Landesregierung aufgebürdet werde.

Zum Schluß der Erörterung erklärt die Fraktion der Bürgerschaft und des Bauernbundes, daß sie in die Opposition treten werde, ohne jedoch der Regierung Schwierigkeiten machen zu wollen. — Dr. **Lindemann** stellt als stellvertretender Ministerpräsident die Mandate der Regierung der Landesversammlung zur Verfügung. Diese nimmt mit 102 Stimmen der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen 24 Stimmen der Bürgerpartei, des Bauernbundes und der Unabhängigen Sozialdemokratie einen Antrag an, wonach die Regierung mit Fortführung der Geschäfte beauftragt wird. Schließlich erledigt das Haus noch die Diätenvorlage.

30. Januar. Die verfassunggebende Landesversammlung überweist den Entwurf über das Gemeindewahlrecht einem Ausschuß.

31. Januar. In der verfassunggebenden Landesversammlung erklärt der sozialdemokratische Präsident der Versammlung **Keil**, daß er angesichts der Art der Bewilligung der dem Präsidenten zustehenden Entschädigung von 1000 Mark monatlich, gegen die das Zentrum gestimmt hatte, auf die Entschädigung Verzicht leiste. Bei der Besprechung der Verfassungsordnung erklärt Ministerpräsident **Blos** (Soz.), der zum erstenmal in der Landesversammlung spricht, daß die Mehrheitssozialdemokratie es ablehne, eine Diktatur zu treiben, wie sie im Osten ausgeübt werde, daß sie auch nicht gewillt sei, eine Alles- oder Nichts-Politik zu treiben. — Der Vorsitzende des von der Regierung eingesetzten Verfassungsausschusses Universitätsprofessor Dr. **v. Blume**-Tübingen vertritt den Verfassungsentwurf. Er erklärt bezüglich des Verhältnisses Württembergs zum Reich, daß es nicht überflüssig gewesen sei, den württembergischen Standpunkt in Berlin zur Geltung zu bringen. Bei den Verhandlungen in Berlin sei die Auffassung, daß dem Reiche größere Befugnisse gegeben werden müßten als seither, von Bayern nicht geteilt worden. Der bayrische Ministerpräsident stehe auf dem Standpunkt, daß den Einzelstaaten gegenüber dem Reich größere Freiheiten gewährt werden müßten, weshalb Bayern auch nicht geneigt sei, seine Eisenbahnen herzugeben oder die blaue Uniform seiner Soldaten oder das Reservatrecht seiner Briefmarken. In dieser Auffassung der künftigen Reichsgestaltung stehe Bayern allein. In der Hauptsache sei es den übrigen süddeutschen Staaten zu danken, wenn es zu einer Vermittelung in der Auffassung gekommen sei. Eine Revision der jetzt zu beschließenden württembergischen Verfassung sei notwendig, wenn die Reichsverfassung fertiggestellt sein würde; diese würde aber sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, und es wäre deshalb nicht zweckmäßig, die Regelung der württembergischen Verfassung zurückzustellen.

Baden.

4. Januar. Die badische Volksregierung erläßt folgenden Aufruf:

„An die Arbeiter-, Bauern- und Volksräte!

Es ist eure Aufgabe, die ruhige Durchführung der Wahlen zur badischen Nationalversammlung am 5. Januar sicherzustellen. Wir werden jedem Angriff auf die Freiheit des Volkes, auf das demokratische Grundrecht, auf das Recht der Wahl rücksichtslos begegnen. Wir werden auch später den Zusammentritt der badischen Nationalversammlung und deren ungestörte Verhandlungen gewährleisten. Wir sind trotz mancher Gerüchte überzeugt, daß der gesunde Sinn des badischen Volkes törichte Gedanken nicht zur Durchführung kommen läßt. Seid trotzdem auf der Hut! Wir erwarten

von euch, daß ihr erforderlichenfalls im Bunde mit den Völkern jeden Versuch der brutalen Diktatur einer Minderheit energisch unterdrückt. Wir werden den guten Ruf des badischen Volkes von keiner Seite beflecken lassen. Es lebe das Recht, die Freiheit und die Demokratie!"

5. Januar. Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung finden statt und führen zu folgendem Ergebnis: Deutschnationale Volkspartei 70081 Stimmen und 6 Sitze, Zentrum 369057 Stimmen und 40 Sitze, Deutsche demokratische Partei 227111 Stimmen und 25 Sitze, Sozialdemokratie 330731 Stimmen und 36 Sitze, Unabhängige Sozialdemokratie 14550 Stimmen und keinen Sitz.

Bei den Reichstagswahlen von 1912 erhielten Konservative, Bund der Landwirte und Reichspartei zusammen 30994 Stimmen, das Zentrum 116234, Nationalliberale und Fortschrittler zusammen 111748, die Sozialdemokraten 74328 Stimmen.

Die amtliche „Karlsr. Ztg." untersucht an Hand einer prozentualen Berechnung den Ausfall der Wahlen zur badischen Landesversammlung und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß in den Landeskommissariaten Konstanz und Freiburg ein verhältnismäßig sehr starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zu beobachten sei. Dort betrage die Zunahme 14 Prozent und 13,7 Prozent, während sie im Wahlbezirke Karlsruhe 6,9 Prozent und im Wahlbezirk Mannheim 9,6 Prozent betrage. Auffallend sei, daß in den drei Städten Pforzheim, Mannheim und Karlsruhe eine kaum merkbare Verschiebung nach der sozialdemokratischen Seite stattgefunden habe. In Mannheim Stadt habe der Zuwachs 1,7 Prozent, in Pforzheim Stadt 0,37 Prozent betragen, in Karlsruhe Stadt sei eine Abnahme von 0,2 Prozent zu verzeichnen, in Freiburg Stadt eine Zunahme von 6,8 Prozent und in Lörrach eine Abnahme von 4,7 Prozent. Das starke Anwachsen der Sozialdemokratie in vielen ländlichen Bezirken sieht das Blatt neben anderen Ursachen dadurch veranlaßt, daß dort überall Garnisonen liegen, in denen sicherlich sehr viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden seien.

Zu den Ergebnissen der Wahlen führt die „Neue Badische Landesztg." aus, daß die demokratische Partei mit ihrem Erfolg zufrieden sein könne und daß das Ergebnis für die Mehrheitssozialisten nicht so groß sei, wie in manchen Kreisen erwartet worden sei, und daß auch das Zentrum nicht so viel Stimmen errungen habe, wie mancherorts befürchtet wurde, vor allem aber, daß die Unabhängige Sozialdemokratie eine schwere Niederlage erlitten habe. In der Nationalversammlung Badens werde die demokratische Partei den Ausschlag geben, was man im Interesse des Landes nur begrüßen könne.

Das „Mannheimer Volksblatt", das Zentrumsorgan, bezeichnet das Ergebnis als einen glänzenden Wahlsieg des Zentrums. Die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit sei damit gebannt.

Der „Mannheimer Generalanzeiger", bisher nationalliberal, erklärt, das Bürgertum habe Grund, stolz auf den Ausgang zu sein.

Die sozialdemokratische „Volksstimme" bezeichnet das Ergebnis als für ihre Partei nicht befriedigend. Daß nur zehn Prozent relativer Stimmenzuwachs errungen wurden, sei auf die ökonomische Struktur des Landes, welches agrar-kleinbäuerlich sei, zurückzuführen.

Der Karlsruher „Volksfreund" vergleicht das Geschick seiner Partei mit dem Los des Königs Lear. Die Sozialdemokratie habe von den Wählerinnen für ihre jahrelangen Bemühungen um das Frauenstimmrecht denselben Undank erfahren, wie Lear von den Töchtern, denen er sein ganzes

Hab und Gut geopfert habe. Das Blatt tröstet sich aber mit der Aussicht, daß zwischen den Genossen und der alten Fortschrittspartei der frühere Block wieder entstehen könne und eine Mehrheit bilden werde.

8. Januar. Die beiden zur Unabhängigen Sozialdemokratie gehörigen Mitglieder der vorläufigen Volksregierung, der Minister für soziale Fürsorge Schwarz und der Minister Brümmer vom Ministerium für militärische Angelegenheiten, treten zurück, da sie nach dem Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung es für unmöglich halten, daß die Errungenschaften der Revolution gewahrt und weiter ausgedehnt werden können. Die Volksregierung nimmt den Rücktritt an. Das Ministerium für soziale Fürsorge wird vorläufig aufgehoben und mit dem Ministerium für Übergangswirtschaft verbunden. Das Ministerium für militärische Angelegenheiten übernimmt Ministerpräsident Geiß.

9. Januar. Die vorläufige Volksregierung verordnet: 1. die Mandate der Mitglieder und Abgeordneten der beiden Kammern der Landstände sind erloschen, und 2. die am 5. Januar 1919 gewählte verfassunggebende Nationalversammlung wird auf Mittwoch den 15. Januar 1919, vormittags 10 Uhr, nach Karlsruhe in das Ständehaus einberufen.

11. Januar. Die vorläufige badische Volksregierung gibt bekannt, daß die Volksregierung und die Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte beschlossen haben, sofort die Grundlagen eines badischen Volksheeres zu schaffen. Sie erklären dabei, daß sie in engster Fühlungnahme mit dem Reiche in Zukunft ein eigenes badisches Kontingent verlangen. Es werden zunächst Freiwilligen-Bataillone des badischen Volksheeres in Heidelberg und Bruchsal aufgestellt. Diese Bataillone sollen gleichzeitig Lehrbataillone zur Ausbildung von Gendarmen, Schutzleuten und Grenzaufsehern, aber auch von künftigen Unteroffizieren und Offizieren des badischen Volksheeres sein.

15. Januar. Die badische Nationalversammlung tritt in Karlsruhe zusammen und wählt Abg. Kopf (Ztr.) zum Präsidenten, Abg. Remmele (Soz.) zum 1. Vizepräsidenten und Abg. Muser (Demokr.) zum 2. Vizepräsidenten. Nachdem Präsident **Kopf** der Vorgänge gedacht, die zu dem unglücklichen Ausgang des Krieges beitrugen, den Feldgrauen für ihre treue Pflichterfüllung und dem Großherzog und der großherzoglichen Familie den Dank für ihr Wirken im Interesse des badischen Staates ausgesprochen hat, hält der Präsident der badischen vorläufigen Volksregierung **Geiß** seine Programmrede:

„Dieser erste republikanische Landtag Badens ist der Grundstein zur gesetzlichen Neuordnung. Der unglücklich ausgegangene Krieg hat die Kraft des deutschen Volkes weit über das erträgliche Maß hinaus erschöpft.

Unsere badischen Truppen haben ihren ruhmreichen Anteil an dem Schutz unseres so nahe am Kriegsrande gelegenen Landes gehabt. Der unauslöschliche Dank von Kindern und Kindeskindern wird die höchste Kriegsauszeichnung unserer Soldaten, der Mannschaften wie der Offiziere bleiben. Wir haben den Krieg verloren, die Ehre haben wir nicht verloren. Wir müssen es jetzt besser machen als die alten Gewalten.

An dem Kriegsbeginn und an dem Kriegsausgang hatte der frühere Großherzog keinen Anteil. Die vorläufige Regierung des Volksstaates Baden hat deshalb dem scheidenden Träger der Krone und dem Thronfolger ihren Dank ausgesprochen für den Geist, in dem sie ihre Aufgaben erfaßt und erfüllt haben. Versuche, die staatlichen Grenzen zu ändern, werden wir ablehnen, und als Anhänger der Reichseinheit rufen wir in alle deutschen Gaue: Rüttelt nicht am Reich! Mögen die Männer der Reichsregierung aber auch wissen, daß wir keine übertriebene Zentralisation wünschen. Noch stehen wir vor den geschlossenen Toren des Friedens; sie zu sprengen hat Deutschland keine Macht mehr, und die Friedensbedingungen werden auch im allergünstigsten Falle sehr schwer sein, aber die rascheste Befestigung der neuen Zustände kann dem Feind jene Achtung abnötigen, die uns einen Verhandlungsfrieden statt einen Diktaturfrieden gewährleistet. Nur mit Zorn können wir deshalb nach der Reichshauptstadt blicken. Wir hoffen, daß es der Regierung Ebert-Scheidemann gelingt, dauernd Ordnung zu schaffen. Noch mehr als Adel verpflichten Demokratie und Sozialismus. Die einzige hohe Menschheitsforderung des Rechts auf Arbeit darf jetzt nicht auf die Seite geschoben werden. Weil wir ein demokratischer und sozialer Volksstaat sind, muß es aus sein mit der menschenunwürdigen Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital. Zu erwägen ist, ob die vorläufige Volksregierung bis zur Schaffung der Verfassung bestehen bleibt oder ob man eine neue Regierung bilden will.

Die Hauptarbeit der nächsten Wochen wird ausgefüllt werden durch die Vollendung der Verfassung. Die zweite wichtigste Sorge der Regierung werden die Schulen sein. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sollte für die nächsten Jahre eine neutrale Zone in der Politik in diesem Hause werden. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik muß das menschenmöglichste geleistet werden, um die Lage der Arbeiter erträglich zu machen. Als Nachbarland werden wir keinen leichten Stand gegenüber dem Elsaß haben. Uns umringt eine harte Gegenwart. Da wollen wir uns aufrecken und stolzen Muts inmitten einer Welt von Trümmern sagen: Trotz alledem, das badische Volk will Frieden, Freiheit und Brot! Noch ist keines von den drei gesichert. Wir müssen sie aber alle drei erringen, wenn wir vor allem eins sind: Einig! Einig! Einig! Es lebe die junge Republik, der soziale, demokratische Volksstaat Baden!"

Das Haus vertagt sich sodann auf unbestimmte Zeit.

23. Januar. Das Mitglied der badischen Nationalversammlung Großhans in Konstanz wird wegen Beteiligung an einem umfangreichen Schmuggelversuch aus der Schweiz nach Deutschland verhaftet.

30. Januar. Die verfassunggebende Landesversammlung verweist die Entschließung einer Mannheimer Eisenbahnerversammlung, die Teuerungsbeihilfen fordert, an den Haushaltausschuß, nachdem Verkehrsminister **Rückert** erklärt hat, eine entsprechende Vorlage werde dem Hause in den nächsten Tagen zugehen. Dann erledigt das Haus Wahlprüfungen. Abg. **Seubert** (Ztr.) berichtet über die Wahlen

im 4. Wahlkreis (Mannheim). Hierzu ist ein Wahlprotest der Deutschnationalen Volkspartei in Heidelberg eingegangen, weil 1101 Stimmen zum Schaden der Deutschnationalen für ungültig erklärt worden sind, da man die Wohnungsbezeichnung eines Kandidaten der deutschnationalen Liste beanstandete. Die Kommission beantragt, die bemängelten 1101 Stimmzettel der Deutschnationalen Volkspartei für gültig zu erklären. Das Haus schließt sich diesem Antrag an. Auf Grund dieses Beschlusses hat der Abg. Reinhard, der als 10. Kandidat der Zentrumsliste gewählt worden ist, aus der Nationalversammlung auszuscheiden. An seine Stelle tritt der Kaufmann Lothar Mager (Deutschnat.) in die Nationalversammlung ein. Die Deutschnationale Volkspartei hat nun einen Sitz mehr (also 7 Sitze) und das Zentrum einen Sitz weniger (also 39 Sitze). Reinhard war bisher der Alterspräsident der Kammer. Jetzt ist es der Abg. Muser (Demokr.).

31. Januar. Die verfassunggebende Landesversammlung bespricht die Entschließungen aus Karlsruhe und aus Pforzheim wegen des Verhaltens unserer Gegner in der Waffenstillstandsfrage und in der Angelegenheit der Rücklieferung der deutschen Gefangenen und nimmt unter Zustimmung des Ministerpräsidenten **Geiß** folgende Entschießung an:

„Im Vertrauen auf die allgemeine Anerkennung der vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundsätze und auf das Zustandekommen eines Völkerbundes hat das deutsche Volk die Waffen niedergelegt und unsäglich harte Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Im Namen der Gerechtigkeit legt die badische Landesversammlung Verwahrung dagegen ein, daß dem deutschen Volk bei jeder Verlängerung des Waffenstillstandes noch härtere Bedingungen auferlegt werden, die das deutsche Verkehrswesen lahmlegen und den größten Teil des Reiches von jeder linksrheinischen Kohlenzufuhr abschneiden und die große auf dem deutschen Volke lastende Hungerblockade verschärfen. Weiterhin dagegen, daß unsere Feinde bei Abnahme der abzuliefernden Lokomotiven, Wagen und Kraftfahrzeuge in schikanöser Weise verfahren. Sie protestiert dagegen, daß unter Mißachtung der Waffenstillstandsbedingungen viele schuldlose deutsche Familien und Einzelpersonen unter Wegnahme ihres Eigentums in einer jeder Menschlichkeit hohnsprechenden Weise aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen und Teile unseres Landes von feindlichen Truppen besetzt wurden. Sie ersucht die Reichsregierung, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß alsbald mit der Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten begonnen wird."

Das Haus vertagt sich hierauf auf unbestimmte Zeit.

Hessen-Darmstadt.

26. Januar. Die Wahlen zur hessischen Volkskammer finden statt. Es erhalten dabei an Stimmen: Sozialdemokratische Partei 270588 (31 Sitze), Unabhängige Sozialisten 8775 (1 Sitz),

Demokratische Partei 115198 (13 Sitze), Zentrum 107856 (13 Sitze), Deutsche Volkspartei 62591 (7 Sitze), Hessische Volkspartei 45334 (5 Sitze).

Mecklenburg.

5. Januar. In der Zusammensetzung der Regierung vollziehen sich folgende Änderungen: an Stelle des Dr. Stubmann, der Chef der Finanzabteilung bleibt, übernimmt der Sozialdemokrat Hans Krüger den Vorsitz. Dr. Piper und Dr. Weber scheiden aus dem Ministerium aus, bleiben aber der Regierung als Beigeordnete angeschlossen.

In der Nacht zum

7. Januar versuchen in Schwerin die Unabhängigen mit Hilfe von Matrosen, die aus Berlin herbeigerufen worden sind, die Regierung zu stürzen. Die Matrosen besetzen neben dem Bahnhof, der Post und dem Telegraphenamt auch das Arsenal, erklären die Regierung für abgesetzt und werfen dem Soldatenrat vor, daß er bestochen sei. Ferner verhaften sie eine Reihe angesehener Persönlichkeiten, darunter Vorstandsmitglieder der früheren Vaterlandspartei. Die Garnison von Schwerin rückt dann mit Artillerie und Maschinengewehren gegen das Arsenal vor und nimmt es unter starkes Maschinengewehrfeuer. Nach längerem Kampfe werden die Matrosen überwältigt und festgenommen.

26. Januar. Bei den Wahlen zum verfassunggebenden mecklenburgischen Landtag verteilen sich die Sitze folgendermaßen:

Sozialdemokratische Partei	31 Sitze
Deutsche Demokratische Partei	18 Sitze
Deutsche Volkspartei (natl.)	3 Sitze
Deutschnationale Volkspartei (kons.) . . .	8 Sitze
Mittelstandspartei	1 Sitz
Mecklenb. Dorfbund	1 Sitz

Außerdem fallen noch den verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien des 4. Wahlkreises 2 Sitze zu.

Während die Revolution dem mecklenburg-schwerinschen Hause den Verlust aller Liegenschaften, Apanagen und Wittümer gebracht hat, weswegen ein Prozeß gegen den Arbeiter- und Soldatenrat in Schwerin schwebt, rettet das strelitzsche Haus durch ein Abkommen mit der Strelitzer Verfassungsversammlung einen Teil seines Vermögens. Das Barvermögen einschließlich des sogenannten „blinden Hausschatzes" (Familienfideikommiß) beträgt insgesamt 80 Millionen Mark, davon der Hausschatz allein 30 Millionen. Von diesen 80 Millionen fallen 60 Millionen dem Staate und 20 Millionen der Großherzogin-Witwe und den Erben zu. In das Eigentum des Staates

fallen alle Domänen, Forsten und Schlösser mit Inventar, bis auf das Parkhaus und das Gut Prillwitz, das der Großherzogin überlassen bleibt. Von dem reichen Silberschatz bleibt dem großherzoglichen Hause nur ein Teil. Der Vorrat des großherzoglichen Weinkellers geht zum Teil (6000 Flaschen) auf die Regierung über, während 5000 Flaschen der Großherzogin zufallen. Die vielen Gemälde in den Schlössern, die sonstigen Kostbarkeiten und Antiquitäten sollen in einem Museum der Öffentlichkeit zugängig gemacht werden.

Oldenburg.

8. Januar. In Delmenhorst besetzen aus Bremen gekommene Kommunisten durch Überfall die öffentlichen Gebäude und die Banken und nehmen mehrere Personen fest, darunter den Bürgermeister Dr. Hadenfeldt und den Landtagsabgeordneten Jordan. Bisher war Delmenhorst fest in den Händen der Mehrheitssozialisten.

11. Januar. In Oldenburg wird eine mehrheitssozialistische Regierung eingerichtet.

31. Januar. Der Präsident des Freistaates Oldenburg Kuhnt und der Chef des Sicherheitswesens Dorn werden auf vier Wochen beurlaubt.

Braunschweig.

4. Januar. Im Landes-Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig sagt Präsident Merges in der Aussprache über die Wahlen zur Nationalversammlung: „Wir hier in Braunschweig haben unter keinen Umständen die Absicht, in dem Augenblick, wo die Nationalversammlung zusammentritt, unsere Tätigkeit als Arbeiter- und Soldatenräte aufzugeben. Allen Völkern, mit Ausnahme von Amerika, droht der finanzielle Zusammenbruch, der zur Weltrevolution führen wird. Wir werden alles tun, um die Festlegung des kapitalistischen Systems, die Nationalversammlung, so schnell wie möglich von der Bildfläche wieder verschwinden zu lassen. Wenn versucht wird, das Volk durch die Nationalversammlung wieder in das kapitalistische Joch zu zwingen, so bleibt nichts übrig, als das Volk noch einmal aufzurufen. Wenn die Nationalversammlung uns nicht gefällt, und das wird sie nicht, da sie eine kapitalistische Hochburg ist, so bleibt uns nichts anderes übrig, als sie von innen und außen völlig zu zertrümmern." Folgender Antrag wird einstimmig angenommen:

„Die Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Republik Braunschweig ruft alle Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches auf, die politische Macht fest in den Händen zu behalten, bis die Revolution in ihren letzten Zielen gesichert ist. Die Arbeiter- und Soldatenräte dürfen

unter keinen Umständen die Macht auf die Nationalversammlung übertragen. Diese kann nur ein Organ zur Demokratisierung und Sozialisierung des Reiches sein. Erweist sie sich dazu als unfähig, so haben die Arbeiter- und Soldatenräte die Demokratisierung und Sozialisierung durchzuführen."

Ferner wird folgende Entschließung angenommen:

„Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat protestiert gegen die Entsendung eines Heeres gegen die russische Republik und beschließt, daß aus dem Braunschweigischen Lande kein einziger Mann für solche Zwecke sich anwerben läßt. Solche, die sich trotzdem anwerben lassen, sind als Landesverräter zu verhaften und vor das Standrecht zu stellen."

5. Januar. Bei den Wahlen zum braunschweigischen Landtag werden insgesamt 212263 Stimmen abgegeben. Es entfallen auf die Demokratische Volkspartei 46291 (13 Sitze), die übrigen bürgerlichen Parteien 55216 (16 Sitze), Sozialdemokratie (Richtung Scheidemann) 58708 Stimmen (17 Sitze), Unabhängige 51668 Stimmen (14 Sitze). 29 bürgerliche Abgeordnete stehen somit einer sozialdemokratischen Mehrheit von 31 Abgeordneten gegenüber.

7. Januar. In Braunschweig findet ein Putsch gegen die bürgerlichen Zeitungen statt, die besetzt und am Erscheinen verhindert werden. Am

9. Januar werden ähnliche Putsche in Wolfenbüttel unternommen, wobei auch Braunschweiger Matrosen beteiligt sind. Das Kreisblatt und die Druckerei des mehrheitssozialistischen Blattes werden stillgelegt. Zwar wird nach zwei Tagen durch die Aufhebung der Besetzung die Preßfreiheit wiederhergestellt, jedoch stehen die bürgerlichen Zeitungen infolge terroristischer Drohungen unter einer unausgesprochenen Zensur.

13. Januar. Die braunschweigische Regierung fordert durch einen Aufruf zur Bildung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf. Die Arbeiter- und Soldatenräte der im folgenden bezeichneten Gebiete werden gebeten, mit ihr in einen Meinungsaustausch darüber einzutreten, ob an die Errichtung eines neuen Gemeinwesens mit folgender Abgrenzung gegangen werden kann:

Vom hamburgischen Staatsgebiet im Norden ausgehend, die Elbe entlang bis in die Nähe von Burg bei Magdeburg, in gerader Linie bis zum nördlichsten Teile von Anhalt, von da aus der Grenze Anhalts folgend bis in die Gegend von Bitterfeld, die anhaltische Grenze abrundend bis in die Gegend von Nordhausen, durch preußische Gebiete über die Göttinger Gegend bis zum südlichsten Teile des Braunschweiger Gebiets, der braunschweigischen Grenze folgend bis zum nördlichsten Punkte des Kreises Holzminden und von dort weitergehend östlich von Hannover und westlich von Celle in gerader Linie wieder auf Hamburg zu.

Als vorläufige Verfassung des neuen Gemeinwesens schlägt die braunschweigische Regierung eine kantonale Verfassung ähnlich der schweizerischen vor, worin die Republiken Anhalt, Braunschweig und Hamburg ihre Selbständigkeit bewahren und die aus dem preußischen Staatsverbande ausscheidenden Gebietsteile als selbständige Kantone gelten. Zur Konstituierung der neuen Republik schlägt die braunschweigische Regierung vor, daß die bevollmächtigten Landesregierungen bzw. die bevollmächtigten Arbeiter- und Soldatenräte der drei Republiken und der preußischen Gebietsteile sich in Braunschweig versammeln, über die Errichtung der Bundesrepublik beschließen und einen vorläufigen Ausschuß bestimmen, der die Leitung der Republik übernimmt. Die Braunschweiger Arbeiter beabsichtigen mit der Errichtung einer Bundesrepublik nicht nur eine wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft mit ihren Nachbarn. Ihr Ziel ist höher: sie möchten mit ihren Nachbarn in einen innigen Freundschaftsbund eintreten. Die Braunschweiger Arbeiter und Soldaten sind fest entschlossen, die Lasten zu beseitigen, mit denen die bisher herrschenden Klassen die Arbeiter belegt hatten. Sie sind aber auch ebenso fest entschlossen, jeden Angriff auf ihre Produktionsstätten, von welcher Seite er auch kommen möge, mit allen Mitteln abzuschlagen und Bestrebungen, welche sich gegen die Lebensbedingungen des Arbeitervolkes richten, nötigenfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken. Braunschweig bietet seinen Nachbarn, welche in gleicher Lage sind, seine brüderliche Hilfe für jeden Fall eines Angriffs an und bittet, sich im Falle einer Bedrohung an seine Nachbarn mit der Bitte um Hilfe wenden zu dürfen.

Der Aufruf schließt: Eile tut not! Es gilt, die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der geplanten mitteldeutschen Bundesrepublik sollen gehören: Maßregeln und Gesetze zum Schutz der Arbeiter, Bearbeitung eines Verfassungsentwurfs, Organisierung einer Miliz, Neuanlage von Transportgelegenheiten, Festsetzung von Höchstpreisen, Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln und Arbeitern, Entwürfe zu einem Gesetz für den gewerblichen Unterricht und zur Bildung eines obersten Gerichtshofes der Bundesrepublik.

14. Januar. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig wendet sich mit folgendem Telegramm an die Öffentlichkeit:

„Arbeiter- und Soldatenrat Hannover hat beschlossen, Bahnhof Vorfelde mit Regierungstruppen zu besetzen, und hat ihn besetzt. Das ist eine Provokation, um auch nach den Freistaaten Braunschweigs Blutvergießen und Gemetzel zu tragen. In Braunschweig hat bisher Ruhe und Ordnung geherrscht. Die Braunschweiger Regierung wird sich durch unverantwortliches Vorgehen nicht provozieren lassen. Gegen den Versuch des 10. Armee-

korps, Braunschweiger Gebiet zu besetzen und Unruhen und Gemetzel hervorzurufen, wird die Regierung entschieden Protest bei den übrigen Bundesstaaten einlegen.

Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig."

Daraufhin richtet der Arbeiter- und Soldatenrat Hannover folgendes Telegramm an sämtliche deutschen Regierungen und Arbeiter- und Soldatenräte der weiteren Umgebung:

„Verantwortliche bevollmächtigte Vertreter der Braunschweiger Regierung erklären hier, daß Braunschweiger Gebiet berührende Truppentransporte von der Braunschweiger Regierung festgehalten und entwaffnet würden. In dieser Absicht hatten Braunschweiger Truppen alle Bahnlinien außer den nach Frankfurt und Berlin führenden bereits besetzt. Wir besetzten darauf den Bahnhof Vorsfelde an der Berliner Strecke, um Transporte, die für den Ostschutz bestimmt sind, zu sichern, und vereinbarten inzwischen mit der Braunschweiger Regierung die heute hier stattfindenden Verhandlungen. Nach der noch geltenden Militärkonvention zwischen Preußen und Braunschweig unterstehen alle Braunschweiger Truppenteile dem hiesigen 10. Armeekorps, auch ist die Bahnlinie preußisches Staatseigentum.

Arbeiter- und Soldatenrat Hannover."

Gleichzeitig erläßt der Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig infolge von Gerüchten, daß die Reichsregierung sich zum Eingreifen in braunschweigische Verhältnisse entschlossen habe, folgende Bekanntmachung:

„Die braunschweigische Regierung erklärt jeden Versuch, braunschweigisches Gebiet durch nichtbraunschweigische Truppen zu besetzen, als Hochverrat. Sie wendet sich an alle Arbeiter- und Soldatenräte Braunschweigs und des hannoverschen Gebiets und ruft sie zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution auf. Soldaten, die braunschweigischen Boden betreten, unterstehen damit den Gesetzen der Republik Braunschweig; Truppenteile, die braunschweigischen Boden betreten, gelten als demobilisiert. Vorgesetzte, die fremde Truppenteile hindern, sich entsprechend den braunschweigischen Demobilisationsverfügungen aufzulösen, sind zu verhaften und dem braunschweigischen Standgericht zuzuführen."

Der Erlaß fordert dann noch die Arbeiter des hannoverschen Gebiets auf, die Soldaten über die Folgen einer Besetzung Braunschweigs für die Revolution aufzuklären und alle Vorgesetzten, die auf dem Marsch nach Braunschweig befindliche Truppen kommandieren, zu verhaften und dem braunschweigischen Standgericht zuzuführen.

Weiter besetzt der braunschweigische Arbeiter- und Soldatenrat die braunschweigische Filiale des W.T.B. und zwingt die braunschweigischen Zeitungen, an erster Stelle ohne Kommentar eine Notiz abzudrucken, des Sinnes, daß das Berliner W.T.B. mit der früheren Regierung in engen Beziehungen gestanden und dauernd Lügenmeldungen verbreitet habe, die zur Verhetzung des Volkes beigetragen hätten. Das W.T.B. unterhalte auch zur jetzigen Regierung solche Beziehungen und lüge und hetze weiter. Um Unruhe und Verwirrung in der Bevölkerung zu vermeiden, werden sämtliche amtlichen und

nichtamtlichen Meldungen des W.T.B. unter Vorzensur gestellt. Zuwiderhandelnde Zeitungen werden mit Verbot bedroht.

20.—22. Januar. Allgemeiner Ausstand in der Stadt Braunschweig als Protest gegen die Regierung Ebert-Scheidemann.

25. Januar. Im Landtagsgebäude zu Braunschweig tritt eine Versammlung für Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik zusammen. Vertreten sind u. a. folgende große Orte: Oldenburg, Cuxhaven, Remscheid, Merseburg, Bremen, Bremerhaven, Leipzig, Düsseldorf, Essen, Hannover, Celle, Hamburg, Hildesheim, Braunschweig.

Am Schlusse eines Vortrages über die politische Lage bringt der Sprecher Kühl eine längere Entschließung ein, in der u. a. ausgeführt wird:

„Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte von Westdeutschland erklärt: Der Bericht über die politische Lage und der Ausfall der Nationalwahl hat klar erwiesen, daß das Werk der Revolution nur gesichert werden kann, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte die politische Macht fest in den Händen behalten. Die Demokratisierung und die Sozialisierung in Deutschland kann nicht das Werk einer Partei sein, die die bürgerlichen Kräfte zur Niederwerfung der Revolution auslöst und organisiert. Sie kann auch nicht das Werk der bürgerlichen reaktionären Nationalversammlung sein. Die Arbeiter- und Soldatenräte Westdeutschlands verpflichten sich daher untereinander, die politische Macht nicht aus den Händen zu geben. Sie werden die politische Macht, die sie von den revolutionären Arbeitern und Soldaten erhalten haben, so lange behalten, bis das Werk der Revolution vollkommen gesichert ist."

Nach dem Vortrage über die Bildung einer Bundesrepublik Nordwestdeutschland wird vom Volksbeauftragten Oerter-Braunschweig folgende Entschließung eingebracht:

„Die Revolution kann nur gerettet werden, wenn das System der Räteregierung erhalten bleibt und ausgebaut wird. In Westdeutschland sind daher wirtschaftliche, in sich abgeschlossene, möglichst auf historischer Grundlage beruhende sozialistische Freistaaten zu bilden, die unter Regierungen von Arbeiter- und Soldatenräten stehen. Wo es möglich ist, ist eine Einwohnerzahl von mindestens 2 Millionen als Mindestgrenze festzuhalten. Es sind möglichst folgende sozialistische Freistaaten zu bilden:

1. Sachsen mit Provinz Sachsen, Altenburg und den beiden reußischen Staaten; Landeshauptstadt: Leipzig.
2. Groß-Thüringen, bis an die Fulda reichend und nördlich bis zum Harz; Landeshauptstadt: Erfurt.
3. Hessen, umfassend das nördlich des Mains gelegene Hessen-Nassau und Kurhessen; Landeshauptstadt: Frankfurt a. M.
4. Rheinland-Westfalen; Landeshauptstadt: Elberfeld.
5. Hannover mit Ostfriesland, westlich bis zur Aller reichend; Landeshauptstadt: Hannover.
6. Oldenburg.
7. Der bremische Freistaat mit Geestemünde, Bremerhaven und Lehe; Landeshauptstadt: Bremen.

8. Braunschweig-Lüneburg, südlich bis zum Südabhang des Harzes, nördlich bis an die Nordsee, Cuxhaven einschließend, westlich bis zur Aller, östlich an der Elbe entlang, westlich Harburg, Lüneburg, weiter Uelzen, das Amt Calvörde und den östlichen Teil von Anhalt einschließend; Landeshauptstadt: Braunschweig.

9. Hamburg mit Schleswig-Holstein.

10. Die Altmark mit Anhalt, dem nördlichen Teil der Provinz Sachsen; Landeshauptstadt: Magdeburg.

Sollte es möglich sein, diese sozialistischen Freistaaten zu bilden, so werden sich diese zu einer Vereinigung der westdeutschen sozialistischen Freistaaten zusammenschließen. Als Bundeshauptstadt könnte Cassel in Betracht kommen. Die Vereinigung der westdeutschen sozialistischen Freistaaten stellt ein einheitliches Ganzes dar, bereit, mit der Gesamtheit des Deutschen Reiches sich zusammenzuschließen, wenn das Deutsche Reich eine auf dem Rätesystem beruhende, entschieden sozialistische Regierung hat, die entschlossen, fähig und gewillt ist, das Erfurter Programm in allen seinen Teilen und Forderungen restlos durchzuführen. Es muß von dieser Reichsregierung verlangt werden:

1. das stehende Heer sofort aufzulösen und durch eine Volkswehr zu ersetzen;

2. das System der Räteregierungen in ganz Deutschland zu festigen;

3. alle Personen aus der Reichsregierung zu entfernen, die sich während des Krieges und der Revolution kompromittiert haben. Geht die Reichsregierung auf diese Forderungen der vereinigten westdeutschen Freistaaten nicht ein, dann erklärt sich die Vereinigung als selbständig und unabhängig von der Berliner Regierung. Sie wird sofort mit der Entente einen Friedensabschluß suchen. Die Vereinigung der sozialistischen Freistaaten Westdeutschlands wird alsdann an die süddeutschen Staaten sowohl wie an alle sozialistischen Freistaaten Deutschlands, die sich ihr anschließen wollen, einen Aufruf zur Bildung eines Deutschen Reiches auf der Grundlage des Systems der Räteregierungen richten und mit dem Auslande als selbständiger Staat in Verbindung treten."

Die Nachmittagssitzung wird durch eine Aussprache über die beiden vorgelegten Resolutionen ausgefüllt. Mit großer Mehrheit bekennt sich schließlich die Versammlung zu der Ansicht, daß endgültige Beschlüsse über die Hauptfrage noch nicht gefaßt werden können, da die ganze Materie weiterer Vorberatung und Klärung bedürftig sei. Zu diesem Zweck wird gleichzeitig eine siebengliedrige Kommission gewählt, die ihre erste Sitzung in der folgenden Woche in Braunschweig abhält und möglichst schnell ihre Entschließungen und Anträge einer neuen Kongreßversammlung zu unterbreiten hat. Die vom Volkskommissar Oerter zur Annahme vorgelegte Entschließung über die Bildung einer Bundesrepublik Nordwestdeutschland wird zunächst als Material der beratenden Kommission überwiesen. Dagegen findet die zum Referate über die politische Lage eingebrachte Entschließung die Zustimmung des Kongresses.

Die demokratischen Abgeordneten des Braunschweiger Landtages wenden sich in öffentlichen Aufrufen gegen die Entscheidung der Schicksalsfrage über Braunschweig durch diesen Kongreß. Sie

fordern, daß der braunschweigische Landtag unverzüglich von der Regierung einberufen werde, um über die Zugehörigkeit Braunschweigs zu einem Volksstaate zu beschließen. Der braunschweigische Landtag habe dem Lande die Verfassung zu geben und die endgültige Gestaltung Braunschweigs zu bestimmen.

Sachsen-Altenburg.

26. Januar. Nach den Wahlen zur gesetzgebenden Landesversammlung setzt sich die aus 40 Mitgliedern bestehende Landesversammlung zusammen aus 24 Sozialisten, 11 Deutschdemokraten und 5 Deutschnationalen. Die Unabhängigen haben keine eigene Liste aufgestellt.

Sachsen-Koburg-Gotha.

28. Januar. In Gotha gelingt es radikalen Elementen, die Oberhand zu gewinnen. Der Unabhängige Sozialist Bock tritt von der Leitung der Regierung zurück.

Schwarzburg-Sondershausen.

3. Januar. Der Landtag genehmigt den Vertrag über die Auseinandersetzung mit dem Fürsten Günther. Darnach verzichtet der Fürst auf alle Rechte am Kammergut; er erhält eine Jahresrente von 210000 Mark und hat den Nießbrauch an gewissen Baulichkeiten usw. Nach seinem Tode erhält seine Witwe jährlich 70000 Mark und ihren Wohnsitz im Schloß zu Sondershausen. Der Fürstinwitwe von Schwarzburg-Sondershausen und der Prinzessin Marie verbleiben alle bisherigen Rechte und Ansprüche.

Dem Landtag geht gleichzeitig der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes zu. Danach besteht der Landtag aus 16 Abgeordneten, 8 in der Unter- und 8 in der Oberherrschaft. Alle Abgeordnete sind durch allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahl in zwei Bezirken von allen Berechtigten nach der Verhältniswahl zu wählen.

26. Januar. Bei der Landtagswahl erhalten die Unabhängigen 23970 Stimmen, Deutsche demokratische Volkspartei 6341 Stimmen, Liste Schnobel 2206 Stimmen, Deutsch-nationale Volkspartei 5601 Stimmen. Bei verbundenen Listen der drei bürgerlichen Parteien sind 10 sozialdemokratische, 3 deutsche demokratische, 2 deutschnationale Abgeordnete und Herr Schnobel gewählt.

Lippe.

26. Januar. Bei den Wahlen zum Lippischen Landtag erhalten Mehrheits-Sozialisten 37425, Demokraten 14790, Deutschnationale Volkspartei 16610, Lippischer Wahlverband 5811. Es erhalten demnach Sitze: Mehrheits-Sozialisten 11, Demokraten 4, Deutschnationale Volkspartei 5, Lippischer Wahlverband 1.

Bremen.

9. Januar. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt die Verfügungen der Bremischen Unterrichtsbehörde über den Religionsunterricht für ungültig und erläßt eine eigene Verfügung, wonach der Religionsunterricht und die Morgenandachten fortfallen, der Geschichtsunterricht einer kulturhistorischen Belehrung Platz macht, chauvinistische und byzantinische Darbietungen verboten sind und die Direktoren von den Lehrerkollegien gewählt werden, an deren Beschlüsse sie sich zu halten haben.

10. Januar. Auf dem Marktplatz findet eine große Kundgebung der Kommunisten statt. Sie verlangen: sofortige Abdankung des Senats als Verwaltungskörper, sofortige Einsetzung eines Volkskommissars, sofortige Entfernung der Regierungssozialisten aus dem Arbeiterrat und ihre Ersetzung durch Kommunisten und Unabhängige. Diese Forderungen werden dem Aktionsausschuß des A.- und S.-Rates unterbreitet, der sie bewilligt. Darauf wird die „Sozialistische Republik Bremen" ausgerufen. Es wird das Standrecht für alle Vergehen gegen die Revolution angekündigt, die Presse unter Vorzensur gestellt, ein Telegramm an die Regierung Ebert-Scheidemann gesandt, worin ihr Rücktritt gefordert wird, und eine Depesche an die russischen Bolschewisten mit dem Wunsche, daß die Revolution in beiden Ländern sieg- und segensreich sein möge. Die Menge zieht dann nach dem Gewerkschaftshaus und nimmt es für die Kommunisten in Besitz.

13. Januar. Über Bremen wird der Belagerungszustand verhängt, jedoch nach zweitägiger Dauer wieder aufgehoben.

Am selben Tage beschließt der Arbeiter- und Soldatenrat mit 101 gegen 88 Stimmen die Beteiligung Bremens an der Nationalversammlung.

14. Januar. Die Garnison mit Einschluß des Soldatenrats beginnt die Entwaffnung der Zivilpersonen durchzuführen, wobei es zu einem Gefecht auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weser" kommt. Stadtkommandant Ecks wird abgesetzt, jedoch mit den beiden festgenommenen Mitgliedern des Soldatenrats Jannak und Reimann

aus der Haft entlassen. Die Waffen werden in Depots gebracht, von Arbeitern und Soldaten bewacht und unlautere Elemente ausgeschieden.

15. Januar. Auch in dem bremischen Hafenorte Vegesack und dem ihm benachbarten Blumenthal wird die Spartakistenherrschaft durchgeführt und der Soldatenrat abgesetzt.

In Bremen selbst trägt die Bewegung unter den Soldaten weniger gegenrevolutionären Charakter, richtet sich vielmehr gegen den Stadtkommandanten Ecks, der die Arbeiterbataillone bewaffnet hat. Zwischen dem Rat der Volksbeauftragten, der aus unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Regierung und den Soldaten wird eine Vereinbarung getroffen, wonach die Listen der Arbeiterbataillone durch eine gemischte Kommission daraufhin geprüft werden, daß keine Unwürdigen die Waffen behalten, daß die Waffen selbst in die bestehenden Depots gebracht und die Wachen bis auf weiteres aus bewaffneten Arbeitern und Soldaten gestellt werden.

28. Januar. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung werden Regierungstruppen (Division Gerstenberg) gegen Bremen entsandt.

Über die Gründe und Ziele dieser Expedition äußert sich Reichswehrminister Noske folgendermaßen:

„Daß die Zustände in Bremen unhaltbar waren, war aller Welt klar, ausgenommen den Spartakisten. Bremen gehört zu den Orten, in denen eine kleine Minderheit durch Gewaltmittel versuchte, ihre Herrschaft über die beträchtliche Mehrheit aufrechtzuerhalten. Wie sehr Gewaltpolitik betrieben wurde, beweist der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen, ganz abgesehen von den Spartakisten selbst, die Unabhängigen nur eine kleine Minderheit darstellen konnten. Bremen hat eine besondere Bedeutung als unser zweitwichtigster Handelshafen. Am 1. Februar soll das Auslaufen von Lebensmittelschiffen beginnen. Als eine endgültige Aktion gegen Bremen in Erwägung gezogen wurde, erschien es absolut ungewiß, ob das Auslaufen dieser Schiffe glatt vonstatten gehen werde. Bei der absoluten Unsicherheit der Verhältnisse in Bremen war als feststehend anzunehmen, daß das Einlaufen beladener Lebensmittelschiffe nach Bremen nicht unbedingt verbürgt sein würde. Selbst wenn die Meldung zutreffend ist, daß bei den Verhandlungen zwischen den Soldaten und den Reedern auch die geringe Minderheit von Seeleuten, die im Internationalen Seemannsbund organisiert ist, zufriedengestellt sein sollte, bestand nach den letzten Erfahrungen, die in Bremen gemacht worden sind, keine Bürgschaft dafür, daß beim Einlaufen oder Auslaufen der Schiffe Zwischenfälle oder Störungen nicht vorkommen würden. Die Zufuhr von Lebensmitteln muß aber angesichts der außerordentlichen Knappheit unbedingt sichergestellt werden.

Um das sicherzustellen, sind Truppen von erheblicher Kampfkraft nach Bremen in Bewegung gesetzt worden. Das geschah selbstverständlich nicht aus reiner Neigung, in die innerpolitischen Kämpfe mit Waffengewalt einzugreifen. Fügt sich die Minderheit, die jetzt in Bremen wider alles Recht sich in dem Besitz der Macht zu halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vonstatten gehen. Von den Regierungstruppen, die in Bremen einmarschieren, wird gewiß kein Schuß abgegeben werden, wenn nicht von

den Bremer Spartakisten oder Unabhängigen zuerst gefeuert wird. Dafür bietet schon die Tatsache Bürgschaft, daß auch die Bremer Aktion unter meinem Oberbefehl vonstatten geht. Nur für den Fall, daß die Minderheit, die in Bremen ihr Regiment aufrechtzuerhalten sucht, gewaltsamen Widerstand leistet, wird durchgegriffen werden, dann aber auch mit rücksichtsloser Entschlossenheit."

In der Nacht zum

31. Januar werden in Verden (Aller) von Bremer Volksbeauftragten Verhandlungen mit der Division Gerstenberg geführt über die Durchführung ihrer Aktion. Betont wird von der Divisionsleitung, daß die Division nur die gegebenen Befehle auszuführen habe und es nur darauf ankomme, Ordnung zu schaffen, und zwar, wenn irgend möglich, unter Vermeidung jeglichen Blutvergießens, wozu die Gewähr gegeben wäre in der Entwaffnung der Bremer Arbeiterschaft. Hierauf antworten die Bremer Volksbeauftragten, sie hätten ihre Arbeiter nicht so in der Hand, daß sie mit der Forderung auf Entwaffnung vor sie hintreten könnten. Da die Verhandlungen zunächst praktisch als gescheitert zu betrachten sind, werden die Bremer Werften in Verteidigungszustand gesetzt und die Bahnstrecken nach Hannover und Osnabrück bei Achim und bei Sebaldsbrück mit Maschinengewehren besetzt. Schließlich wird eine Art Waffenstillstand erzielt, wonach die Division Gerstenberg bis zum 1. Februar abends jede weitere Handlung, also auch den weiteren Vormarsch gegen Bremen, unterläßt, damit neue Verhandlungen aufgenommen werden können.

Hamburg.

9. Januar. Der unter linksradikaler Führung stehende Großhamburger Arbeiter- und Soldatenrat beschließt, die gesamten Hamburger Gewerkschaften und ihre Kassen unter seine Kontrolle zu stellen; im Anschluß daran plündert eine Bande halbwüchsiger Gesellen die Expeditionsräume des mehrheitssozialistischen „Hamburger Echo". Am

10. Januar macht sich eine starke Gegenbewegung geltend. Das Rathaus, wo der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats Dr. Laufenberg residiert, wird von Bewaffneten besetzt.

11. Januar. In Cuxhaven wird die spartakistische Republik ausgerufen.

13. Januar. Da die Postbeamten von Cuxhaven gezwungen werden, einen Revers zu unterschreiben, daß sie sich in den Dienst der republikanischen Regierung stellen wollen, und da außerdem Maßregeln getroffen werden, die aufs schärfste in den Dienstbetrieb eingreifen, erhebt die Beamtenschaft einmütig Protest und verlangt Ungültigkeitserklärung der Reverse, Gleichstellung der Cuxhavener Reichspost- und Telegraphenbeamten mit den Reichsbeamten, Enthaltung

von Eingriffen in den Dienstbetrieb und von Maßregeln gegen Angehörige des Postpersonals. Die Forderungen werden dem Arbeiter- und Soldatenrat mit der Erklärung überreicht, daß, falls nicht angenommen, die vereinigten Post- und Eisenbahnbeamten bis Hechthausen auf der einen und bis Dorum auf der anderen Seite die Arbeit niederlegen und jeglichen Verkehr, besonders auch den Telephon- und Telegraphenverkehr hindern würden. Der Arbeiter- und Soldatenrat nimmt die Forderung an.

Da infolge der Ausrufung einer selbständigen sozialistischen Republik Cuxhaven, gegen die der Hamburger Senat Verwahrung einlegt, und infolge der in Cuxhaven angeordneten Maßregeln die Auszahlung der Gehälter, der Löhnung und der Unterstützungen in Frage gestellt ist, so ersucht der Senat den Arbeiter- und Soldatenrat Cuxhaven um sofortige Aufnahme von Verhandlungen zwecks Regelung dieser dringenden Angelegenheiten.

14. Januar. Der Kreis Hadeln (Nordhannover) wird zum Teil der Republik Cuxhaven erklärt und militärisch besetzt.

15. Januar. Die Beamten, Staatsarbeiter und das Lehrerkartell von Cuxhaven stellen der sozialistischen Republik Cuxhaven ein am nächsten Morgen 8 Uhr ablaufendes Ultimatum, worin unter Androhung des Ausstandes gefordert wird: Aufhebung der sozialistischen Republik Cuxhaven, Anerkennung der Gesetze der Reichsregierung, keine Einmischung in den Dienstbetrieb der Behörden, keine Verhaftung und Absetzung der Beamten, keine Eingriffe in das Privateigentum, Sicherung der Wahlen und Aufhebung aller Beschlüsse, die diesen Forderungen zuwiderlaufen.

20. Januar. In einer Sitzung des großen Arbeiterrats, die sich im Verfolg der Kundgebungen vom 11. Januar mit der Aufstellung der Bedingungen zur Neuwahl des Arbeiterrates zu befassen hat, wird die vom Neunerausschuß (sogenanntem Einigungsausschuß aller sozialdemokratischen Parteien) vorgeschlagene Wahlordnung angenommen. Alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts sind wahlberechtigt. Die Wahl erfolgt geheim, direkt. Auf je 600 Angestellte eines Betriebes entfällt ein Mitglied zum Arbeiterrat. Angehörige der freien Berufe und selbständige Gewerbetreibende werden von ihren Organisationen erfaßt.

22. Januar. Ein großer Haufe Arbeitsloser, verstärkt durch Spartakisten, versucht sich des Hauptbahnhofes und anderer öffentlicher Gebäude zu bemächtigen. Die Sicherheitswehr hindert ihn daran und sperrt die Gebäude ab. In verschiedenen Stadtteilen kommt es zu Schießereien. Abends wird der verschärfte Belagerungszustand in Hamburg durch Polizeiorgane bekanntgegeben. Ein strenger Befehl

des Soldatenrates ordnet an, daß alle Schußwaffen innerhalb 48 Stunden abzugeben sind. Wer später im Besitz von Waffen betroffen wird, verfällt dem Standrecht.

In der Nacht zum

23. Januar werden die von den Spartakisten noch besetzt gehaltenen Gebäude und Wachen vollständig gesäubert und im Laufe des Vormittags der Belagerungszustand aufgehoben.

Am selben Tage werden vor dem Rathause von Seeleuten Kundgebungen veranstaltet, die sich gegen die Seemannsordnung richten.

31. Januar. Nach Verhandlungen vor dem Arbeiter- und Soldatenrat werden die Forderungen des radikalen deutschen Seemannsbundes mit rückwirkender Kraft bis zum 15. Dezember anerkannt. Andererseits soll die Seemannsordnung vom 1. Februar ab noch drei Monate Geltung haben.

Elsaß-Lothringen.

18. Januar. Die Führer der elsaß-lothringischen Autonomistenpartei, die aus lauter Alt-Elsässern und Alt-Lothringern besteht, kündigen an, daß sie ein Ministerium des Freistaates Elsaß-Lothringen bilden werden. Aus einwandfreien Berichten aus Elsaß-Lothringen gehe hervor, daß die Mehrheit des Volkes die Autonomie wünsche; mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Heimat aber müßten sie ihre Interessen im Ausland vertreten. Sehr große Teile des Volkes ständen aber hinter ihnen. Die Welt werde sehen, daß die Autonomie Elsaß-Lothringens über die materielle Macht verfüge, sobald das Volk in der Lage sei, frei abzustimmen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. Friedrich Purlitz in Dresden.
Druck von Carl Marquart in Leipzig. A 1954

Die deutsche Nationalversammlung.

Das Wahlgesetz.

Durch Verordnung des Staatssekretärs des Innern Dr. Preuß vom 30. November 1918 wird für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung folgendes angeordnet:

Die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltage, also am 19. Januar 1919, das 20. Lebensjahr vollendet haben. (Das Wahlrecht ist hiernach gegenüber dem Reichstagswahlrecht auf die Frauen, auf die 20- bis 25jährigen und auf die Personen des Soldatenstandes ausgedehnt worden.)

Wahlausschließungsgründe sind lediglich Entmündigung und Vormundschaft sowie der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; Konkurs und Armenunterstützung sind nicht mehr Wahlausschließungsgründe.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltage seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

Bezüglich der Wählerlisten folgt die Verordnung im allgemeinen dem Reichstagswahlrecht, weil es notwendig erscheint, die Grundlagen für die Ausübung des Wahlrechts so zuverlässig wie irgend möglich zu gestalten. Hierbei sind besondere Bestimmungen getroffen oder vorgesehen, die den Verschiebungen in der Bevölkerung Rechnung tragen und besonders Erleichterungen für die heimkehrenden Feldzugteilnehmer schaffen sollen. In der Regelung der Verhältniswahl schließt sich die Verordnung dem Reichsgesetz vom 24. August 1918 an, das seinerzeit von der überwältigenden Mehrheit des Reichstags angenommen worden ist. Nur ist mit Rücksicht auf die Größe der neuen Wahlkreise bestimmt worden, daß die Wahlvorschläge nicht bloß von 50, sondern mindestens von 100 wahlberechtigten Personen des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen.

Das Wahlrecht darf nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, in dem der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist. Beim Wahlkommissar sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag

Wahlvorschläge einzureichen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Abgeordnetensitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen zustehenden Stimmen verteilt. Das Wahlverfahren wird auf der Grundlage der Wahlverordnung durch eine besondere Wahlordnung, die der Staatssekretär des Innern erlassen hat, näher geregelt. Die Wahlen finden am Sonntag, 19. Januar 1919, statt. Die Zahl der Wahlberechtigten wird auf reichlich 39 Millionen berechnet, darunter etwa 21 Millionen Frauen, gegen 14,4 Millionen Wahlberechtigte 1912.

Nach § 25 der Wahlordnung sollen die deutsch-österreichischen Abgeordneten als gleichberechtigte Mitglieder in die deutsche Nationalversammlung eintreten, wenn sie nach dem gleichen Wahlrecht wie die deutschen Abgeordneten gewählt sind und die deutsche Nationalversammlung beschließt, daß Deutsch-Österreich seinem Wunsche entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird.

Die Verordnung über die Wahlen hat eine Anlage, wonach 433 Abgeordnete in 37 Wahlkreisen zu wählen sind. Je einen Wahlkreis bilden:

	Zu wählen sind:
1. Die Provinz Ostpreußen	14 Abgeordnete
2. Die Provinz Westpreußen	11 „
3. Die Stadt Berlin	14 „
4. Die Reichstagswahlkreise Potsdam 1—9, soweit sie zum Regierungsbezirk Potsdam gehören	10 „
5. Der Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirk Potsdam gehört	9 „
6. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O.	8 „
7. Die Provinz Pommern	11 „
8. Die Provinz Posen	14 „
9. Der Regierungsbezirk Breslau	12 „
10. Der Regierungsbezirk Oppeln	15 „
11. Der Regierungsbezirk Liegnitz	8 „
12. Der Regierungsbezirk Magdeburg u. Anhalt	11 „
13. Der Regierungsbezirk Merseburg	9 „
14. Die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Lübeck	11 „
15. Die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck	7 „
16. Die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Braunschweig	16 „
17. Die Regierungsbezirke Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe	13 „
18. Der Regierungsbezirk Arnsberg	16 „

19.	Die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner der Kreis Wetzlar vom Regierungsbezirke Koblenz sowie Waldeck . .	15	Abgeordnete
20.	Die Regierungsbezirke Köln und Aachen	13	„
21.	Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, ohne den Kreis Wetzlar, ferner das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld	12	„
22.	Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1—5, soweit sie zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehören	12	„
23.	Die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 6—12 des Regierungsbezirks Düsseldorf	11	„
24.	Die Regierungsbezirke Oberbayern u. Schwaben . .	15	„
25.	Die Regierungsbezirke Niederbayern u. Oberpfalz .	9	„
26.	Die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken	15	„
27.	Der Regierungsbezirk Pfalz	6	„
28.	Die sächsischen Reichstagswahlkreise 1— 9 . . .	12	„
29.	„ „ „ 10—14 . . .	8	„
30.	„ „ „ 15—23 . . .	12	„
31.	Der Neckarkreis und der Jagstkreis, der Schwarzwaldkreis und der Donaukreis, sowie der Regierungsbezirk Sigmaringen	17	„
32.	Baden	14	„
33.	Hessen	9	„
34.	Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck	6	„
35.	Die thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg und Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schmalkalden .	14	„
36.	Hamburg, Bremen und der Regierungsbezirk Stade .	12	„
37.	Elsaß-Lothringen	12	„

Der Ausfall der Wahlen.

In Elsaß-Lothringen kann wegen der Besetzung durch die Franzosen nicht gewählt werden, sodaß die von dort aus zu besetzenden 12 Mandate frei bleiben. Ebenso können in einem Teile der Provinz Posen die Wahlen nicht stattfinden. Von den übrigen 421 Sitzen entfallen auf die Deutschnationale Volkspartei (einschl. Bayrischer Mittelpartei und der Nationalliberalen Partei in Bayern und der Württembergischen Bürgerpartei und des Württembergischen Bauern- und Weingärtner-Bundes) 42 Sitze, die Deutsche Volkspartei 21, die Christliche Volkspartei (einschl. der Bayrischen Volkspartei und der Katholischen Volkspartei (Oppeln) 88, die Deutsche demokratische Partei (einschl. der Deutschen Volkspartei in Bayern) 75, die Sozialdemokratische Partei 163, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 22, den Bayrischen Bauernbund 4, die Schleswig-Holsteinische Bauern-

und Landarbeiter-Demokratie 1, den Braunschweigischen Landeswahlverband 1, die Deutsch-hannoversche Partei 4.

Am 20. Januar beschließt die Reichsregierung, die Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar einzuberufen.

Die Besprechung der Wahlergebnisse klingt in der konservativen Presse nur recht gedämpft. Die „Kreuzztg." sagt, in den Städten habe die deutschnationale Volkspartei im allgemeinen gut abgeschnitten, auf dem Lande scheine das jedoch nicht der Fall zu sein.

Die „Deutsche Tageszig." ist betrübt über das ungünstige Ergebnis in den ländlichen Gebieten, insbesondere des Ostens, wo die Stimmziffern hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien. Sie sucht dafür den beispiellosen Terror und den Mißbrauch amtlicher Beeinflussungsmöglichkeiten verantwortlich zu machen

Die ehemals freikonservative „Post" macht darauf aufmerksam, daß das alte Zentrum, die heutige christliche Volkspartei, die sich mit den Konservativen und Nationalliberalen zu dem sogenannten schwarz-weiß roten Block zusammengeschlossen hatte, seine frühere Stellung nicht habe behaupten können.

Die alldeutsche „Deutsche Ztg." spricht von einem „verhältnismäßigen" Mißerfolg der deutschen Demokraten. Diese hätten schlechter abgeschnitten, als irgend jemand erwartet habe.

Die „Tägl. Rundschau" urteilt: „Überblickt man die Wahlzahlen, so ergibt sich, wie selbst der »Vorwärts« zugibt, ein unleugbarer starker Ruck nach rechts seit dem 9. November. Das nationale Bürgertum hat sich aus seiner Betäubung erholt und beginnt sich zu regen. Und sein Eifer ist um so tatkräftiger, je mehr es die Segnungen der neuen sozialdemokratischen Herrschaft am eigenen Leibe zu spüren hatte. Gerade die Großstädte und insbesondere Berlin, das die Spartakusherrschaft in seinen Mauern hatte, haben umgelernt, während die ländlichen Bezirke noch vielfach unter der Suggestion der neuen Zeit und dem Drucke der Wahlagitation der Demokratie und der Sozialdemokratie, die ja erst Regierungspartei war, standen."

Die „Germania" stellt fest, die erste Folgerung sei die, daß die Sozialdemokratie nicht die Regierung allein in der Hand behalten könne. Die Nationalversammlung werde sich zunächst daran zu begeben haben, eine neue Regierung zu bilden bzw. eine feste Mehrheit zu suchen, mit der sie eine positive Arbeit zu leisten vermöge. Es böten sich verschiedene Möglichkeiten. So wäre es denkbar, einen bürgerlichen Block gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Er würde etwa 226 Stimmen umfassen, also eine ziemlich knappe Mehrheit bieten. Sie würde aber politisch abzulehnen sein, auch deshalb, weil man es nicht als angängig betrachten dürfe, die stärkste Partei im Parlament auszuschalten, und weil heute niemand mehr dauernd gegen die Sozialdemokratie regieren könne. Berücksichtige man dies aber, so sei für immer der Kern der Regierung gegeben, mit anderen Worten, die Sozialdemokratie werde in der Lage sein, sich ihre Mitarbeiter auszuwählen, sie könne, wie in der letzten Zeit des Krieges, mit Zentrum und Fortschritt zusammen eine unüberwindliche Mehrheit von 361 Stimmen bilden, sie könne sich aber auch damit begnügen, nur eine der bürgerlichen Parteien zur Mitarbeit im Staate heranzuziehen, seien es nun die 88 Stimmen des Zentrums oder die 77 Stimmen der Demokratie.

Die „Magdeburg. Ztg." sagt: „Die Reaktion hat in Deutschland ausgespielt. Mochte sie offen unter »Deutschnationaler« Flagge segeln oder verschämt zum Sammeln hinter das »Deutsch-volksparteiliche« Fähnlein

blasen, die Wählerschaft hat ihr im großen und ganzen die Gefolgschaft versagt. Aber auch die Radikalinski von links, die Unabhängigen, stehen vor einem Fiasko; die Wähler haben, wie wir das im Leitartikel unserer Sonntagsausgabe aussprachen, »die unabhängigen Störenfriede zu dem Nichts an Bedeutung und Einfluß zurückgeführt, das in Wirklichkeit der geringen Zahl ihrer Anhängerschaft entspricht«. Die Demokratie hat auf der ganzen Linie gesiegt: Mehrheitssozialisten und Deutsche Demokraten."

Der „Dresd. Anzeiger" sieht in dem gewaltigen Erfolge der Mehrheitssozialdemokratie einerseits und der starken Verharrungskraft der bürgerlichen Parteien, namentlich der bürgerlichen Mitte, anderseits ein Anzeichen dafür, daß sich in dem politischen Gesamtwillen des deutschen Volkes ein Schnittpunkt gebildet hat, von dem aus zwei gewaltige Richtungen nach rechts und nach links gehen mit der Tendenz, die grundsätzliche Betontheit ihrer Richtung immer schärfer und reiner zum Ausdruck zu bringen.

Die „Münch. Neuest. Nachr." urteilen: „Im ganzen sind am 19. Januar über 29 Millionen Stimmen abgegeben worden. Das bemerkenswerteste Ergebnis der Wahl ist, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen auch nach der Stimmenzahl nicht die absolute Mehrheit erreicht haben, was nach der Zahl der gewählten Kandidaten wegen des Verhältniswahlprinzips von vornherein zu erwarten stand. Auf die beiden sozialdemokratischen Parteien entfallen nämlich zusammen rund 13½ Millionen, d. h. 47 Prozent, auf die übrigen Parteien etwas mehr wie 15½ Millionen Stimmen, d. h. 53 Prozent der abgegebenen Stimmen. Andererseits zeigt die Zählung der Stimmen noch durchschlagender als die Gruppierung der Parteien, daß die weit überwiegende Mehrheit der Wähler sich für eine freiheitlich-demokratische Politik auf republikanischer Grundlage entschieden hat. Rechnet man nämlich die Stimmen der Mehrheitssozialdemokraten, der Deutschen demokratischen Partei und des Bayerischen Bauernbundes als der Verfechter einer entschieden demokratischen Politik zusammen, so stehen ihren 17,2 Millionen Stimmen nur 9,5 Millionen Stimmen der rechtsstehenden Parteien gegenüber; bei dieser Rechnung ist die Stimmenzahl der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht berücksichtigt, weil bei ihr zweifellos auch diktatorische Gelüste eine Rolle spielen."

In der „Voss. Ztg." heißt es: „Ohne das Gebiet der Vermutungen zu betreten, kann man sagen, daß die Deutsche demokratische Partei und das Zentrum die weitaus stärksten Fraktionen bürgerlicher Richtung sein werden. Der Erfolg der deutschen Demokratie wird um so höher zu bewerten sein, als sie im Gegensatz zu den übrigen bürgerlichen Parteien in den meisten Wahlkreisen auf jedes Wahlkompromiß, auf jede Listenverbindung verzichtet und im Vertrauen auf ihre Sache trotz ihrer jugendlichen Organisation allein den Wahlkampf gegen rechts und links aufgenommen hat."

Das „Berl. Tagebl." sagt: „Die reaktionären Parteien, die an dem Kriegsunglück die Schuld tragen, haben eine vollkommene Niederlage erlitten. Die Sozialdemokratie ist sogar rapide weiter gewachsen. Nicht nur hat sie rein ziffernmäßig die sämtlichen neu geschaffenen 24 Mandate erobert, sondern hat auch auf Kosten der Rechtsparteien und des Zentrums starke Fortschritte gemacht. Eine absolute Mehrheit aber hat sie, selbst mit den Unabhängigen zusammen, nicht in der Nationalversammlung. Erst durch das Hinzutreten der Deutschdemokraten ist eine parlamentarische Mehrheit und damit die Grundlage für eine Kabinettsbildung geschaffen."

Die „Frkft. Ztg." erklärt: „Gesiegt hat das Prinzip der Demokratie, bei den Mehrheitssozialisten wie den Demokraten, es wird die Zukunft des Reichs bestimmen. Dem hier bekundeten Volkswillen wird auch die Zusammensetzung der künftigen Regierung zu entsprechen haben. Sie hat

jetzt im Einvernehmen mit der Nationalversammlung die von ihr erwartete Arbeit zu leisten und mit der demokratischen Mehrheit das Vertrauen des Volkes durch die Tat zu rechtfertigen."

Der „Vorwärts" schreibt über das Wahlergebnis: „Auf alle Fälle wird die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung so stark auftreten, daß ihre Ausschaltung auf dem Wege der bürgerlichen Sammlung unmöglich wird. Unendlich viel wird davon abhängen, ob die Partei der Deutschen Demokraten genug demokratische Überzeugung und soziales Verständnis aufbringen wird, daß zwischen ihr oder einem Teil von ihr und der Sozialdemokratie ein nutzbringendes Arbeiten möglich wird. Sie wird das Zünglein an der Wage bilden, und von ihrer staatsmännischen Einsicht wird es großenteils abhängen, ob das Schiff der neuen deutschen Reichsverfassung ohne neue schwere Stürme in den Hafen eingebracht werden kann."

Die „Leipz. Volksztg." erklärt: „Die Unabhängige Sozialdemokratie wird mit Stolz auf ihre Wahlerfolge verweisen können. Wie sind wir doch noch vor kurzem als kleines Häuflein verhöhnt worden, wenn man uns nicht gar totgeschwiegen hat! Und nun zeigt es sich, daß gerade in den Industriezentren, in den revolutionärsten Bezirken des Reiches die Arbeiter in Massen zu uns stehen, nun erweist es sich mit aller Deutlichkeit, daß die revolutionären Vortruppen der Arbeiterschaft in der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre Vertretung sehen."

Die Wiener Blätter sprechen meist ihre Befriedigung darüber aus, daß die Wahlen in Deutschland ruhig verlaufen sind und das Bürgertum kräftig aus ihnen hervorgegangen ist. Das „Fremdenblatt" sagt: „Das deutsche Volk hat bewiesen, daß es zu Ordnung und Arbeitsfreudigkeit zurückgekehrt ist. Der Terror hat in Deutschland ausgespielt. Eine Parteiherrschaft in Deutschland ist ausgeschlossen."

Die „Zeit" nennt die Wahlen einen guten Anfang und zollt dem deutschen Volke bewundernde Anerkennung für seine Beherztheit gegenüber dem Terror, die Reife, die Besonnenheit und den klaren Blick für das Nützliche und Notwendige, den es tatsächlich gezeigt habe. „Die Bürgerdemokratie hat sich im Wahlkampf ausgezeichnet gehalten und wichtige Erfolge erzielt. Sie hat sich als fester Damm gegen die Millionenflut sozialistischer Stimmen erwiesen. Dies ist eine erfreuliche Überraschung."

Die „Reichspost" schreibt: „Das Urteil der Wahlen dürfte für die Sozialdemokraten kein Anlaß zu übergroßer Freude sein, da die bürgerlichen Parteien sicher in großer Mehrheit sein werden."

Die „Wiener Allg. Ztg." sieht die ungeheuere Bedeutung des Wahlergebnisses darin, daß den Entente-Imperialisten jeder Vorwand genommen sei, Deutschland zur Verhandlung unfähig zu erklären. Das deutsche Volk habe bewiesen, daß es keinen Bürgerkrieg wolle.

Die „Wiener Arbeiter-Ztg." sagt: „Die Mehrheitssozialisten sind die bei weitem größte unter allen deutschen Parteien, aber auch die Unabhängige Sozialdemokratie hat eine ansehnliche Wählerschaft um sich geschart. Unter den gewaltigen Verschiebungen im bürgerlichen Lager ist am bemerkenswertesten der Sieg der deutschen Demokratie dank ihrer entschlossenen demokratischen Haltung in der Anerkennung der Republik, des Ausschlusses aller durch Annexionismus und Siegfriedlerei Bloßgestellten und Ablehnung der Listenkupplung. Dagegen haben alle anderen durch imperialistische Politik belasteten Parteien eine Niederlage erlitten. Das Zentrum ist in den Hintergrund gedrängt; die Nationalliberalen und die Konservativen sind zur Rolle einer machtlosen Opposition verurteilt. Die republikanischen Parteien werden eine große Mehrheit in der Nationalversammlung bilden. die Republik ist daher gesichert, die Hohenzollern und die anderen gekrönten

Häupter sind abgetan. Schon geht es weiter über die Demokratie zum Sozialismus. Auf diesem Wege werden die beiden sozialistischen Parteien, die allein kaum über die Mehrheit verfügen würden, in der Deutschen demokratischen Partei einen Bundesgenossen finden. Freilich gibt es Grenzen, über die auch die radikalste bürgerliche Partei nicht hinausgehen wird. Dann wird eben der Klassenkampf über die jetzt gewählte Nationalversammlung hinweggehen."

Die gesamte französische Presse erkennt den ruhigen Verlauf der deutschen Wahlen und den Sieg der Mehrheitssozialisten und Demokraten an. In seinem Leitartikel vom 25. Januar führt der „Temps" aus: „Die Sozialdemokratie allein wird in der Nationalversammlung keine Mehrheit haben. Die neue Regierung wird daher in ihren Sozialisierungsbestrebungen nicht allzuweit zu gehen vermögen, da sie sonst eine aus den Parteien der Rechten, des Zentrums und der Liberalen zusammengesetzte erhebliche Mehrheit gegen sich haben würde. Dagegen wird sie wohl imstande sein, eine zentralistische Politik einzuschlagen, bei der sie die sozialistischen Gewerkschaften, die hinter der demokratischen Partei stehenden großen Trusts und die Alldeutschen der »Nationalen Volkspartei« hinter sich hätte. Angesichts dieser Sachlage sagen manche Franzosen, Bismarcks Werk stehe noch unzerstört da, doch ist das eine rückständige Ansicht. . . . Was wir jetzt vor uns sehen, ist nicht Bismarcks Werk. Auf breiteren und festeren Grundlagen steigt ein neues Gebäude hervor, das — vielleicht schneller, als wir hoffen — sich den Bedürfnissen einer neuen Zeit anpaßt. Das Deutschland von morgen kann gefährlicher werden, als das gestrige war. Und es gibt kein Rußland mehr."

Von englischen Blättern meint „Daily Telegraph", die Zukunft Deutschlands liege noch im Dunkeln, und seine Beziehungen zu den Alliierten könnten noch nicht festgelegt werden. Doch sei der erste Schritt gemacht. Man hoffe, daß die Wahl für die Nationalversammlung die Wünsche und Hoffnungen einer deutschen Gemeinschaft verkörpern werde, mit der man wie mit einem organisierten Staat verhandeln könne.

„Westminster Gazette" erklärt: „Eins ist sicher: die Mehrheitssozialisten sind imstande, eine starke und einheitliche Regierung zu bilden, während ihre Gegner nicht lange einig gehen würden. Diese neue Ordnung in Deutschland bedeutet eine bemerkenswerte Annäherung an die demokratischen Prinzipien, zu denen sich die meisten der Hauptverbündeten bekennen. Deutschland hat eine Vertretung bekommen, direkt abhängig vom Willen des Volkes, der sich in einer Wahl kundgibt, die jede Art politischer, vernunftmäßiger Gesinnung gelten läßt. Zum erstenmal hat das deutsche Volk selbst die Kontrolle über seine inneren Angelegenheiten, und die künftige deutsche Regierung, welcher Art sie auch sein möge, wird mit offenen Karten spielen. Je eher diese Tatsache von den Großmächten formell anerkannt werden kann, um so schneller werden wir Frieden schließen können. Die Waffenstillstandsbedingungen mußten notwendigerweise mit einer Regierung durchgeführt werden, die, ob autorisiert oder nicht, wenigstens die Revolutionswirren überstanden hatte. Die Wahlen haben gezeigt, daß die Ansprüche Eberts und seiner Genossen, Vertreter des deutschen Volkes zu sein, mehr Beachtung verdienen, als im allgemeinen angenommen wurde. Die verbündeten Mächte können daher nichts Besseres tun, als unverzüglich dies jetzige Deutschland, mit dem man Frieden schließen will, anzuerkennen."

„Alte Feinde mit neuen Gesichtern" überschreibt „Morning Post" vom 25. Januar einen Leitartikel, der die Ergebnisse der deutschen Wahlen bespricht. „Der Deutsche", heißt es darin, „ist politisch unverändert, wie er moralisch und seelisch unverändert ist. Die Mehrheitssozialisten lassen

sich in bezug auf die auswärtige Politik nicht von den Alldeutschen unterscheiden. Es wird Sache der Verbandsmächte sein, die Anerkennung der neuen Regierung und Verfassung zu erwägen, falls ihre Aufrichtung Ebert und Genossen möglich wird. Inzwischen deutet alles darauf hin, daß Gemütsart und Politik Deutschlands, wie es in der Nationalversammlung vertreten ist, Mißtrauen hervorrufen und Wachsamkeit erfordern dürfte."

„Nation" vom 25. Januar schreibt im Leitartikel: „Von den Wahlen am 19. Januar ab datiert die wirkliche Gründung der deutschen Republik. Wir wissen jetzt, daß das deutsche Volk die Republik will. Die Abstimmung war eine freie. Die Wahlziffern zeigen, daß das ganze Volk tief daran interessiert war, ebenso an dem Ergebnis. Das Ergebnis der Abstimmung rechtfertigt einen viel glücklicheren Ausblick für die Zukunft der deutschen Republik, als Zeitgenossen aus den ersten französischen Wahlen nach dem Fall Louis Napoleons für Frankreich weissagten. Das Ergebnis der deutschen Wahlen läßt jede Meinungsschattierung zur Geltung kommen. Keine ist unterdrückt. Die wirkliche Stimmung der Bevölkerung wird durch das neue Wahlrecht widergespiegelt. Ein wirklich tiefer Wandel in der deutschen Politik machte die Revolution möglich und wird der Republik den Weg ebnen. Wenn Lord Robert Cecil verlangte, daß Deutschland erst »vertrauenswürdig« werden sollte, ehe man es in den Völkerbund aufnehmen könne, so ist dieser Fall jetzt eingetreten. Die Wahlen waren die beste Antwort, die Deutschland auf das Verlangen nach einer festen, zuverlässigen und nichtmilitärischen Regierung geben konnte."

Unter den italienischen Stimmen ist bemerkenswert eine Auslassung Vittorio Vettoris im „Giornale d'Italia", dem Sprachrohr Sonninos, die lautet: „Die von Ebert und Scheidemann geführten deutschen Sozialisten lassen unerbittlich die Spartakusleute niederschießen, während das deutsche Volk bei den Wahlen unter einer Flut von Stimmen die bolschewistischen Minderheitssozialisten begräbt. Die deutsche Sozialdemokratie bietet so das Beispiel, wie sich ein Volk, ohne die obersten Grundsätze zu verletzen, gegen die blutige Herrschaft der furchtbarsten Anarchie verteidigen kann und muß. Deutschland begegnet der bolschewistischen Krankheit mit einer starken Reaktion und wird, wenn man ihm auf der Friedenskonferenz hinreichend Lebenskraft läßt, ein unüberwindliches Bollwerk gegen jene Pest bilden."

Von Schweizer Blättern schreiben die „Baseler Nachrichten": „Es mag wohl noch zu dem einen oder andern Vergewaltigungsversuch kommen, aber keiner wird gelingen, wenn das Bürgertum noch einen Funken Mut hat. Dank der Verhältniswahl hat es sich jetzt genau zählen und seiner Mehrheit bewußt werden können. Also braucht es sich nicht zu ducken."

Unter den dänischen Blättern läßt sich die Kopenhagener „Politiken" vernehmen: „Im großen und ganzen sind die Wahlen in Deutschland ohne Knalleffekt verlaufen, sodaß die Nationalversammlung als vollgültiger Ausdruck des deutschen Volkswillens gelten kann. Deshalb ist der Tag von außerordentlicher Bedeutung. Zum erstenmal ist das ganze deutsche Volk, frei und ohne Bevormundung, zu den Wahlurnen geschritten, um endlich selbst Herr über sein eigenes Schicksal zu werden."

Im Kopenhagener „Socialdemocraten" liest man: „Die Sozialdemokratie ist weitaus die größte Partei in der Nationalversammlung geworden, und sie wird einen außerordentlich hohen Einfluß ausüben. Sie wird in wesentlichem Grade die neue deutsche Verfassung prägen können. Ist diese angenommen, dann finden wieder Wahlen zu dem neuen Reichstag, dem neuen Landtag und sämtlichen Gemeindevertretungen statt. Die Sozialdemokratie steht auf einer soliden Grundlage, um diesen neuen Wahlkampf

aufzunehmen. Hoffentlich werden die besten Elemente unter den Unabhängigen Bernsteins Beispiel folgen und zur alten Partei zurückkehren. Sie hat Deutschlands Zukunft in ihrer Hand: das haben die Wahlen trotz der ungeheuren Schwierigkeiten ausreichend bewiesen."

Zusammentritt der Nationalversammlung.

6. Februar. Die Nationalversammlung tritt in Weimar zusammen. Die Eröffnungsansprache hält Volksbeauftragter **Ebert,** der ausführt:

Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung begrüßt durch mich die verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihre Mandate der Revolution, sie wird sie in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. In der Revolution hat sich das deutsche Volk gegen eine alte, eine veraltete und zusammenbrechende Gewaltherrschaft erhoben. Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsbringen, ohne das Reich und seine Wirtschaftslage zugrunde zu richten. Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerung, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Weg, auf dem es sich aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Meine Damen und Herren! Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das verkehrte Politik der alten Gewalt und der Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblockade

viele Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen, Kindern und Greisen zum Opfer gefallen sind, tötet die Redensart, daß wir ohne die Revolution mit unseren Lebensmitteln ausgereicht hätten. Niederlage und Lebensmittelnot haben uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert.

Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg ungeheuer erschöpft, und dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Feinden entspringt ihr Bestreben, sich schadlos zu halten am deutschen Volke und den Ausbeutungsgedanken in das Friedenswerk hineinzutragen. Diese Rache- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zum Lohnsklaven anderer Länder gemacht werden. Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Handinhandgehen der Völker.

Angesichts des Massenelends der Völker, angesichts des Massenelends auf allen Seiten erscheint die Schuldfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren, Opfer des Krieges, Opfer unserer früheren Unfreiheit. Weshalb haben nach ihren Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um den „Kaiserismus" zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr entstehen. Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen; die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart gewesen und schonungslos durchgeführt worden. Das Elsaß wird ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden, die Deutschen werden aus dem Lande getrieben, und ihr Besitz wird sequestriert. Das besetzte linksrheinische Gebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschlossen. Die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuer auszubeuten versucht zu einer allgemeinen geldwirtschaftlichen Versklavung des deutschen Volkes. Während wir längst außerstande sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsere 800000 Kriegsgefangenen noch immer zurückgehalten und sind von seelischem Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit aufs schwerste bedroht. Aus diesem Akt der Gewaltpolitik spricht kein Geist der Versöhnlichkeit.

Die Waffenstillstandsbedingungen wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt wurden. Wie soll man es rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Republik fortdauernd verschärft, obwohl wir alle Kräfte einsetzen, den uns auferlegten schweren Bedingungen gerecht zu werden? Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung, und gerade diese, muß daran festhalten: Lieber ärgste Entbehrung als Entehrung!

Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren haben und nichts mehr zu verlieren befürchten, auch noch diejenigen kämen, die glaubten, Deutschland habe nichts zu verlieren, dann wird sich unwiderstehlich die Taktik der Verzweiflung durchsetzen.

Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilsonfrieden, auf den wir Anspruch haben. Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben. Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Völker den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes bedeutet. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich trotz allem hoffnungsvoll bei uns anbahnt.

Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht im Innern erkämpft, es kann es jetzt nach außen nicht preisgeben. Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen.

Unsere deutsch-österreichischen Brüder haben auf ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der großen deutschen Republik erklärt. Jetzt hat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unserer und ihrer Nationalversammlung gelingen werde, das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat, wieder anzuknüpfen. Deutsch-

Österreich muß mit dem Mutterlande für alle Zeit vereinigt werden. Ich bin sicher, im Sinne der ganzen Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und voll Freude begrüße und sie mit herzlicher Brüderlichkeit erwidere. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns, wie wir zu ihnen gehören. Ich darf auch die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung der künftigen Reichsregierung die Ermächtigung geben wird, baldigst mit der Regierung des deutsch-österreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. Dann soll kein Grenzpfahl mehr zwischen uns stehen, dann wollen wir wirklich sein ein einig Volk von Brüdern.

Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung anheimfallen. Geschichte und Vergangenheit hemmen zwar die Bildung eines straff zentralisierten Einheitsstaates, aber die verschiedenen Stämme und Dialekte müssen zu einer Nation und zu einer Sprache zusammenklingen. Nur eine große einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, festgefügtes, einiges Deutschland kann die Zukunft unseres Volkes sicherstellen.

Die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren die Konkursverwalter des alten Regimes. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte, unsere Kraft eingesetzt, die Gefahr und das Elend der Übergangszeit zu überwinden. Wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Diese fortgesetzten Unterbrechungen (zur Rechten gewendet) lassen wahrlich erkennen, daß Sie in dieser schweren Zeit, die Deutschland in den letzten Wochen und Monaten durchgemacht hat, herzlich wenig gelernt haben. Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Gründe gerecht gewürdigt werden. Viele Unternehmer haben, verwöhnt durch die hohen, sicheren Gewinne, die ihnen die Kriegswirtschaft in dem alten monarchistisch-protektionistischen Staat verschaffte, es verabsäumt, die notwendige Initiative zu entfalten. Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit aller Kraft zu fördern. Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte zur Arbeit anzuspannen, die allein uns retten kann.

Wir haben Verständnis für die seelische Stimmung derer, die nach übermäßiger Kraftausgabe in der Kriegszeit jetzt eine Entspannung suchen. Wir wissen, wie schwer es jenen, die jahrelang im Felde gestanden haben, sein muß, sich wieder in die Friedensarbeit hineinzufinden, aber es muß sein. Wir müssen arbeiten und Werte

schaffen, sonst gehen wir zugrunde. Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und Zerstörung. Auch der alte Staat hätte es nicht vermeiden können, zur Deckung der ungeheuren Kriegsschulden die Staatswirtschaft weiter auszubauen. In der Zeit der allgemeinen Not darf es für Privatmonopole und müheloſen Kapitalprofit keinen Raum mehr geben. Deshalb wollen wir planmäßig den Profit da ausschalten, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gewerbe zur Vergesellschaftung reif gemacht hat.

Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwüstliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen, die preußische Hegemonie, das hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der wilhelminischen Ära das Lassallische Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über die Welt gezogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen, es erfüllen mit dem Geiste, der im zweiten Teile des „Faust“ und in „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ niedergelegt ist: nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht ins Theoretische verlieren, nicht zaudern und nicht schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen. Denn der Mensch, der in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und breitet es weiter: aber wer fest auf dem Sinne verharret, der bildet die Welt sich. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen: das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahrem sozialen Geist und sozialer Art zu erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Hierauf nimmt Abg. **Pfannkuch** (Mehrheitssoz.) den Präsidentensitz ein und teilt dem Hause mit, daß nach den bisherigen Feststellungen er, als am 28. November 1841 geboren, das älteste Mitglied der Versammlung und daher berufen sei, den Präsidentensitz bis zur erfolgten Konstituierung der Versammlung einzunehmen. Als Alterspräsident richtet er an die Versammlung folgende Ansprache:

Ich bekenne, die Übernahme der Würde des Alterspräsidenten an meinem Lebensabend bereitet mir eine große Freude und Genugtuung. Den deutschen Volksstaat, das Ideal, dem ich seit meiner frühesten Jugend mit aller Kraft und Hingabe gedient habe, sehe ich der Verwirklichung entgegenreifen. Sie wollen deshalb in mir Altem nur den Vertreter des ewig jungen Gedankens der Volksfreiheit sehen, welche durch diese Nationalversammlung in Deutschland zur Wirklichkeit geworden ist. Wir stehen an einer Schicksalswendung des deutschen Volkes. Die alten Gewalten, die Deutschland vor dem Kriege regierten, stützten sich nicht auf den ausgesprochenen Willen der Volksmehrheit, sondern erhoben den Anspruch, aus eigenem Recht zu regieren, durch eine besondere göttliche Berufung. Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden, es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewaltherrschaft einer Minderheit sich beugen muß. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation, sie allein hat von heute in Deutschland zu entscheiden, sie allein trägt die Verantwortung für Deutschlands Zukunft. Von der Durchsetzung der allgemeinen Anerkennung der Beschlüsse dieser Versammlung hängt es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft sich selbst in Freiheit regieren wird. Die Nationalversammlung ist die deutsche Demokratie selbst. Wer ihr die unumschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der frevelt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit.

Wenn der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes entscheidet, dann muß es diesem auch gelingen, sich in sozialer Hinsicht aus dem schweren Sturz, den es erlitten, wieder zu erheben, um sich einen ehrenvollen Platz im Bunde der freien Völker zu sichern. Ungeheuer groß ist die Aufgabe, das deutsche Volk aus allen diesen Nöten zu erretten. Sie, meine Damen und Herren, sind die Bereiter der deutschen Zukunft. Was Deutschland wahrhaft groß gemacht hat, war nie das Werk seiner Fürsten, sondern stets das Werk seines Volkes. Davon zeugt die Entwicklung Weimars zur Kunststadt. Auch des Volkes politische Größe, die nur bestehen kann in vorbildlicher Freiheit und in mustergültigen sozialen Zuständen, konnte und kann nicht das Werk des Gottesgnadentums sein, das deutsche Volk muß sich seine Größe selbst erarbeiten. Dazu sind Sie berufen, und die ganze deutsche Nation innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen blickt erwartungsvoll auf diese Versammlung. Seien wir würdig unserer ungeheueren Aufgaben und tun wir alle unsere Pflicht mit der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit, die unser aller Herzen und Köpfe erfüllt. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht durch Gewalttaten in Kriegen,

sondern durch die befreiende Gewalt des Friedens. Mögen Ihre Beratungen dazu beitragen, Deutschlands Selbstbestimmungsrecht nach innen und nach außen zu retten und zu bewahren. Lassen Sie sich in Ihren Beratungen und Beschlußfassungen stets leiten von dem Grundsatz: alles für das Volk und alles durch das Volk. Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen nun vor, die Geschäftsordnung des Reichstags einschließlich der in der Verfassung enthaltenen Bestimmungen der Geschäftsordnung als provisorische Geschäftsordnung anzunehmen unter Fortfall der Bestimmungen über die Abteilungen. Ein Widerspruch erfolgt nicht, mein Vorschlag ist angenommen. Nach § 1 der Geschäftsordnung ernenne ich zu provisorischen Schriftführern die Abgeordneten Fischer-Berlin (Soz.), Dr. Neumann-Hofer (Dem.), Dr. Pfeiffer (Ztr.) und Malkewitz (deutschnat.). Ich bitte die genannten Herren, hier oben auf dem Präsidium Platz zu nehmen.

Nach § 9 der Geschäftsordnung haben wir nunmehr den Namensaufruf vorzunehmen, um die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung festzustellen. Ich bitte die Herren Schriftführer, diesen Namensaufruf vorzunehmen.

Der Namensaufruf, in den die hellen weiblichen Stimmen einen neuen Klang bringen, ergibt die Anwesenheit von 397 Abgeordneten, die Mehrheit beträgt 211, die Nationalversammlung ist daher beschlußfähig.

7. Februar. Nach Verlesung einer Anzahl von Begrüßungstelegrammen schreitet das Haus zur Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Von den abgegebenen 399 Stimmen erhalten Dr. David (Soz.) 374, Dr. Cohn (Unabh.-Soz.) 1, Dr. Heinze (Deutsch. Volksp.) 1, Fehrenbach (Christl. Volksp.) 1, 22 Zettel sind unbeschrieben.

Abg. Dr. **David** erwidert auf die Frage des Alterspräsidenten: Ich nehme die Wahl an. Er nimmt hierauf den Präsidentensitz ein und richtet an die Versammlung folgende Ansprache:

Meine Damen und Herren! Zunächst glaube ich in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich unserem verehrten Alterspräsidenten unseren herzlichsten Dank für seine Tätigkeit ausspreche. Ich danke Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Präsidenten bewiesen haben. Es ist ein schweres, verantwortungsvolles Amt. Ich will es gerecht und unparteiisch verwalten.

Ich will mit besten Kräften bemüht sein, der schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, die Geschäfte dieses Hauses zu betreuen und zu fördern. Ich könnte es aber nicht wagen, das zu übernehmen,

wenn ich nicht dabei auf Ihren guten Willen, auf Ihre kollegiale Mithilfe rechnen dürfte. Nur im Vertrauen auf diese übernehme ich die Führung der Geschäfte. Gewaltige Aufgaben harren unser. Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zermürbt und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengestürzt, wir sollen einen neuen errichten. Dieser Neubau soll ein besseres, wohnlicheres Haus für unser politisches Zusammenleben sein, als das alte es war. An Stelle des früheren, auf Vorrechten einzelner und der staatsbürgerlichen Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie treten. Demokratie, das war bis vor kurzem in Deutschland noch ein recht übel beleumdetes Wort. Es mag auch heute einen oder den anderen rückwärts gerichteten Geist geben, den ein unbehagliches Gefühl beschleicht beim Klange dieses Wortes. Und doch ist Demokratie der Ausdruck des höchsten politischen Ideals. Das Volk als Ganzes wird hier, von jeder Bevormundung frei, Herr über sein eigenes Geschick. Der Wille der Mehrheit gibt die letzte Entscheidung in allen Meinungs- und Interessengegensätzen innerhalb des Ganzen. Nur das unerschütterliche Festhalten an diesem Grundsatz kann die Gefahren beschwören, die sonst uns drohen, die aus den inneren Gegensätzen und Kämpfen entspringen können. So legt die Demokratie, indem sie dem Volk das hohe Recht der Selbstbestimmung gibt, auch die hohe Pflicht der politischen Selbstzucht jedem einzelnen auf.

Das demokratische Recht des einzelnen findet seine Grenze in dem demokratischen Recht der anderen. Nur bei gegenseitiger voller Achtung der demokratischen Rechte kann ein solches Staatswesen gedeihen. Auch in diesem Hause muß diese Pflicht der Demokratie gelten, dieses Haus soll eine Stelle des freien Wortes sein; Ihr Präsident hat darüber zu wachen, daß dem so ist. Aber auch soll dieses Haus eine Stätte der freien Unterordnung sein des einzelnen unter den Willen und das Werk der Gesamtheit. Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. Hart werden die Meinungen aufeinanderplatzen, aber nie sollen wir vergessen, daß die Augen der Millionen, die uns hierher gesandt haben, ja, die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet sind, und seien wir uns auch dessen wohl bewußt: nicht Worte nur erwartet unser in Not und Qual seufzendes Volk von uns, sondern Taten. Nur durch rasches schöpferisches Wirken werden wir das Vertrauen rechtfertigen, das man auf uns setzt.

Meine Damen und Herren! Neben der großen Aufgabe des Verfassungsneubaues sollen und müssen wir die noch schwierigere Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in Angriff nehmen. Auch hier soll Neues, Besseres an die Stelle des Alten gesetzt werden.

Die Revolution ist nicht nur eine politische, sie ist auch eine wirtschaftliche und soziale Revolution. Es wäre verhängnisvoll, das zu verkennen. Ein neues, höheres Gesellschaftsideal lebt in den Massen des werktätigen Volkes. Sozialismus! Auch dieses Wort hat für manche Leute heute noch einen schreckhaften Klang, auch hier muß die Brücke gegenseitigen Verstehens geschlagen werden, damit wir zur fruchtbaren Zusammenarbeit auch auf diesem Gebiete kommen. Das alte Wirtschaftssystem beruhte auf dem Gegensatz zwischen Kapitalgewinn und Arbeitsentlohnung, die aus ihm hervorgegangene gesellschaftliche Kultur zeigte den Gegensatz zwischen einer dünnen kulturreichen Oberschicht und einer breiten kulturarmen, wenn nicht in direktem physischen und geistigen Elend dahinlebenden Unterschicht. Die Idee des Sozialismus ist die Überbrückung dieses Gegensatzes. Nur durch Lösung dieses Problems kann der dauernde Friede im Innern unseres Volkes errichtet werden. Die Zukunft zeigt uns ein Volk, das in allen seinen Schichten ein Kulturvolk ist. Ein solches Ideal trägt eine gewaltige Kraft in sich. Das Sehnen der Millionen nach Formen kultureller Gleichberechtigung findet in ihm seinen Ausdruck. Nur wer das versteht, wird ohne Haß und Furcht dem Drängen der Arbeitermassen gerecht werden. Demokratie und soziale Gerechtigkeit vereint werden das deutsche Gemeinschaftsgefühl der Idee zum deutschen Land und zum deutschen Volk mächtig erstarken lassen. Zum deutschen Land und zum deutschen Volk gehört bis zur Stunde auch Elsaß-Lothringen. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß dort die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verhindert worden sind. Wir senden dem elsaß-lothringischen Volke unsern Gruß und werden nicht aufhören, zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung über seine nationale Zugehörigkeit gewahrt wird, wie es in den Wilsonschen Grundsätzen ausgesprochen ist, und zu diesem deutschen Land und Volk gehört auch der deutsch-österreichische Bruderstamm. Die Begeisterung, mit der alle Kundgebungen zu seinem Wiederanschluß hier aufgenommen sind, legten Zeugnis ab, wie sehr diese Wiedervereinigung dem ganzen deutschen Volke Herzenssache ist.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutsch-Österreichs in nicht allzu ferner Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen. Die Arbeit der Nationalversammlung soll die Freude unseres Volkes an seinen politischen und sozialen Einrichtungen erhöhen. Die Nationalversammlung sei das weithin sichtbare Zeichen eines neuen, großen nationalen Willens, des Willens zur rettenden Erneuerung im Innern und des Willens zur kraftvollen Geltendmachung der Lebensinhalte unseres Volkes nach außen. So möge denn von Weimar eine Flamme ausgehen, die die Herzen unseres Volkes erwärmt, die seine Seele erleuchtet in dieser düsteren Zeit

nationalen und persönlichen Leidens, um mit neuem Lebensmut und neuer Kraft aus dem finsteren Tal der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer lichteren und glücklicheren Zukunft.

Es folgt die Wahl von drei Vizepräsidenten mit gleichen Rechten. Abg. **Gröber** (Ztr.): Ich schlage vor, alle drei Vizepräsidenten in einem Wahlgang zu wählen. Da ferner, wie ich durch die Blume (auf das Blumenbeet vor der Rednertribüne weisend) ja sagen kann, eine Verständigung unter den Parteien erzielt ist, so schlage ich vor, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen. — Abg. **Haase** (Unabh. Soz.) widerspricht diesem Vorschlag, sodaß die Wahl durch Zettelabgabe erfolgen muß.

Das Ergebnis der Wahl ist, daß zu Vizepräsidenten gewählt werden Abg. Fehrenbach (Ztr.) mit 374 Stimmen, Haußmann (Dem.) mit 374 und Dietrich (deutschnat.) mit 356 Stimmen. 25 Stimmzettel sind ungültig. Die gewählten Abgeordneten erklären, daß sie die Wahlen annehmen.

Es folgt die Wahl von acht Schriftführern: die Wahl findet ebenfalls durch Zettelabgabe statt. Der Präsident bittet das Haus um die Ermächtigung, das Ergebnis der Abstimmung durch die Schriftführer nach Schluß der Sitzung ermitteln zu lassen. Die Ermächtigung wird erteilt.

8. Februar. Das Resultat der Wahl der Schriftführer wird bekanntgegeben; gewählt sind Fischer (Soz.), Dr. Neumann-Hofer (Dem. V.) und Stücklen (Soz.) mit je 384 Stimmen, Dr. Pfeiffer (Chr. Volksp.) und Kempkes (deutschnat.) mit 382 Stimmen, Volz mit 381, Malkewitz (deutschnat.) mit 376 und Frau Agnes (Unabh. Soz.) mit 61 Stimmen.

Das Mitglied Saenger, gewählt im 24. Wahlkreise, hat das Mandat niedergelegt, an seiner Stelle tritt in das Haus ein Abg. Mauerer (Soz.).

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt.

Staatssekretär des Innern Dr. **Preuß** führt dazu aus: „Die Schaffung einer Verfassung für das Reich liegt Ihnen ob. Der Beruf und die Vollmacht zur Schaffung dieser Verfassung liegt in der Souveränität der Nation. Deutschland wird eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter der Mitwirkung aller seiner Glieder. Wenn über manches Zweifel bestehen mögen, die Forderung der Einheit ist die Forderung der ganzen Nation — die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben." Mit diesen Worten grüßte einst Heinrich von Gagern die erste verfassunggebende Nationalversammlung des deutschen Volkes in der Paulskirche in Frankfurt. Und wenn Sie, meine Damen und Herren, heute diese Worte wieder vor sich sehen, so zweifle ich nicht: Sie empfinden darin, mit wunderbarer Wiederholung der Erscheinungen angedeutet, die Aufgaben, vor denen die verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar steht. Die Schwierig-

keiten, die auf diesem Wege zu finden sein werden, und das Ziel, über das hoffentlich bei aller Verschiedenheit der Ansichten über die Mittel und Wege alle Teile dieser hohen Versammlung einig sind, weisen bei aller Ähnlichkeit auch die größten Verschiedenheiten auf. Damals nach einer langen Zeit des Friedens ein aufsteigendes Volk, ein wirtschaftlich aufsteigendes Volk, das beseelt war von dem Wunsche, sich das Ideal seines nationalen Zusammenlebens zu schaffen, — heute ein Volk nach schweren Kriegsleiden, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande diese schweren vier Jahre durchkämpft hat, das Recht gibt, auch nach dem Verluste dieses Krieges vertrauensvoll auf seine eigene Zukunft zu blicken, auch, gestützt auf die Leistungen und auf die Tüchtigkeit des Volkes, an der Hoffnung festzuhalten, daß es auf diesen Sturz einen Aufstieg geben wird und geben muß, für den die Grundlage zu legen der hohe, heilige und schöne Beruf dieser Versammlung ist.

Wenn damals über die Frage, ob es der Beruf der Nationalversammlung sein würde, als Trägerin der Souveränität des Volkes von sich aus den neuen Zustand schaffend zu gestalten, noch manche Zweifel bestehen mochten — und der Gang der Ereignisse hat damals diese Zweifel leider bestätigt —, so steht heute der Beruf dieser Versammlung, die, auf demokratischer Grundlage aufgebaut, den Willen des souveränen Volkes vertritt, wohl außer jedem Zweifel. Damals ist, wie man annahm, namentlich an dem Widerstand der dynastischen Kräfte in Deutschland das Werk der Nationalversammlung in Frankfurt gescheitert. Dieser Widerstand ist durch die Revolution beseitigt. Aber so leicht wird sich auch nach Beseitigung dieses Widerstandes die Neuorganisation des Reiches nicht schaffen lassen. Damals war das Reich bloß ein Traum, das Idealbild nationaler Einheit. Heute haben wir das Reich, haben es seit Jahrzehnten gehabt, und es ist durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht aufgelöst, nicht beseitigt, nur seine staatsrechtliche Organisation ist zusammengebrochen und bedarf der Erneuerung. Es bedarf das, was durch die Revolution geschehen ist, nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir ja nach den Kundgebungen dieser Tage hoffen und erwarten dürfen, daß sie sich durch den Hinzutritt unserer deutschen Brüder aus Österreich vervollständigen wird, ist der feste Bestand, den wir in den neuen Zustand hinübernehmen. Auch in den Wirren der letzten Vergangenheit ist bei allen Stürmen und Zwischenfällen, die mit den revolutionären Zuständen untrennbar verbunden sind, im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrecht erhalten worden, und ich glaube, an dieser Stelle den Kräften des Beamtentums, die sich ohne Rücksicht auf politische Überzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der Erledigung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben, Anerkennung aussprechen zu dürfen.

Ein großer und mächtiger Drang in unserem Volke geht nach stärkerer Vereinheitlichung, ein Drang nicht nur des Gefühls, sondern auch der harten materiellen Notwendigkeit. Will Deutschland nach allem, was geschehen ist, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es mehr noch als bisher seine Einheit betonen und stärken. Aber der Gegensatz dazu liegt keineswegs bloß in den Dynastien, es ist vielfach eine segensreiche und fruchtbare Eigenschaft unseres Volkes, daß es mit Herz und Seele an den Einrichtungen, an dem Leben engerer Gemeinschaft hängt, und solche engere Gemeinschaften wachsen schon in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem

festen Organismus zusammen, der den Selbsterhaltungstrieb des Gemeinwesens zeitigt und an dem seine Kinder mit Liebe und Leidenschaft hängen. Auch von dem gar nicht stark genug zu betonenden Standpunkt der Reichseinheit aus wäre es doch verfehlt, diesen Trieb und Drang lediglich bekämpfen zu wollen. Auch in ihm liegen Stärken unseres Volkes. Wenn die Rose selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten! Aber einfügen muß sie sich in die Bedingungen der Stärke und Existenz unseres gesamten deutschen Vaterlandes. Möglichst muß dieses Werk auf dem Wege freundlicher Vereinbarung gesamtdeutschen Gefühls zuwege gebracht werden; soweit es irgendwie möglich ist, soll jede Majorisierung zu vermeiden versucht werden. Es ist nicht zu verkennen, daß auch ein gewisses Weniger, das auf dem Wege der Freiwilligkeit erreicht wird, wertvoller sein kann als ein Mehr, das unwillig durchgesetzt wird. Aber am letzten Ende dürfen Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit darunter keinen Schaden leiden. Was der Gesamtheit unter einer besonders erschwerten Lage notwendig ist, um zu erstarken, das muß ihr werden. Aber das ist nun ein Werk, das nicht so schnell, wie es wünschenswert wäre, zu erreichen ist, gerade wenn versucht werden soll und muß, soweit es irgendwie möglich ist, das im Wege der Verständigung zu erzielen.

Das ist ein schwieriges und ein zeitraubendes Werk. Darauf aber zu warten, bis solche Verständigung nach Möglichkeit durchzuführen ist, bis die Fülle der strittigen Fragen so oder so geschlichtet ist, das ist nicht möglich, denn, was das einzige und notwendigste für den Zustand unseres gesamten Vaterlandes ist, das ist, so schnell wie möglich eine rechtliche Ordnung zu gründen, die durch die Sanktion dieser souveränen Versammlung die Organisation darstellt, die im Innern Deutschlands eine sanktionierte Gewalt ausüben kann und die dem Auslande gegenüber über jeden Zweifel erhaben berechtigt ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln.

Aus der Erkenntnis heraus, daß der Abschluß dieses Werkes zur Eile mahnt, ist der Entwurf der Festlegung einer vorläufigen Reichsgewalt hervorgegangen. Von ihm gilt im besonderen Maße das, was ich eben ausgeführt habe. Um auch nur diesen Entwurf schnell zustande zu bringen auf der Linie des geringsten Widerstandes, mußten Verhandlungen geführt und Kompromisse geschlossen werden. Dieser Entwurf ist ein Kompromißentwurf; die erfahrenen Politiker haben es ihm mit Leichtigkeit angesehen, er kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Gerade die weitestreichenden schwierigsten Fragen, besonders die der Kompetenz zwischen Reichs- und Einzelstaaten und gewisse andere Kompetenzfragen mußten hier von vornherein ausgeschaltet werden, denn gerade über sie wäre nicht schnell eine Einigung zu erzielen gewesen. Auch sonst läßt zweifellos der Entwurf in dem, was er bietet, viel, sehr viel zu wünschen übrig. Aber die Entschuldigung nicht nur, sondern die Rechtfertigung dafür war die dringende Notwendigkeit, sofort beim Zusammentritt der Nationalversammlung ihr den Entwurf vorlegen zu können, und zwar einen Entwurf, von dem man sich versichert hatte, daß er bei der weit überwiegenden Mehrzahl der bisherigen Einzelstaaten keinen entschiedenen Widerspruch erfahren würde. Die am meisten in die Augen springenden Punkte sind die Funktionen, die dieser Nationalversammlung den Namen geben: die Verfassunggebung und die Erledigung sonstiger dringender Gesetze. Der § 1 des Entwurfs stellt diese beiden Tätigkeitsgebiete zusammen. Im übrigen wird dann im Entwurfe hinsichtlich der Mitwirkung der einzelstaatlichen Vertretungen bei diesen beiden Funktionen geschieden. Diese Nationalversammlung ist als

Vertreterin des souveränen Volkes auch in ihrer Tätigkeit souverän. Sie hat von sich aus mit niemand zu vereinbaren, sondern hat zu beschließen, aber sie hat selbstverständlich das Recht und die Pflicht, zum Heile des Ganzen und zum schnellsten Zustandekommen des Entwurfes diese Souveränität selbst zu beschränken. Diese Selbstbeschränkung gilt aber nicht für das besondere Werk dieser Versammlung: für die Verfassunggebung. Nur ist einem dringenden Verlangen der Einzelstaaten entsprechend dem Staatenausschuß die Befugnis verliehen worden, zu dem Verfassungsentwurf vorher Stellung zu nehmen. Aber wie auch diese Stellungnahme ausfällt, es bleibt die Möglichkeit, daß der Verfassungsentwurf dieser Nationalversammlung zur Entscheidung unterbreitet wird. Über die Verfassung entscheidet die Nationalversammlung selbst endgültig, mit der einzigen Ausnahme des § 4, wonach der Gebietsstand der Freistaaten nur mit deren Zustimmung abgeändert werden kann. Die Einzelstaaten sollen sicher sein können, daß nicht einfach durch Beschluß der Nationalversammlung ohne oder gegen ihren Willen eine Neueinteilung der Landkarte von Deutschland stattfinden kann. Diese Einräumung konnte um so leichter gemacht werden, als das Gegenteil ja doch nicht durchführbar wäre. Wir können nicht ohne weiteres mit einem Federstrich nur durch Beschluß der Nationalversammlung gegen den Willen der Einzelstaaten Gebiete ändern; die endgültige Bestimmung darüber aber, welches der Rechtsweg für die vermutlich notwendigen territorialen Umgruppierungen sein soll, ist natürlich der Verfassung vorbehalten.

Anders als bei der Reichsverfassung selbst soll der Gang bei den anderen dringenden Gesetzen sein, für die die Nationalversammlung in Frage kommt. Hier wird eine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretungen vorgesehen, eine Übereinstimmung zwischen dem Staaten-Ausschuß und der Nationalversammlung. Aber es bestehen Unterschiede zwischen dem Staatenausschuß und dem früheren Bundesrat. Mit der Ablehnung eines Beschlusses der Nationalversammlung durch den Staatenausschuß soll nicht das letzte Wort gesprochen sein, sondern es ist die Möglichkeit vorgesehen, die streitige Frage im Wege der Volksabstimmung zur Entscheidung zu bringen. Aber gewisse Ähnlichkeiten zwischen dem Staatenausschuß und dem früheren Bundesrat bestehen zweifellos, und wenn das ein Grund ist, daß die eine Seite den Staatenausschuß willkommen heißt, so ist er der anderen Seite gerade deswegen weniger willkommen. Aber es bestehen doch auch große Verschiedenheiten. Einmal die, daß bei einem Widerspruch zwischen dem Staatenausschuß und der Nationalversammlung der Staatenausschuß nicht ohne weiteres das letzte Wort hat, sondern das Volk selbst; dann aber auch, daß der verantwortlichen Reichsregierung nicht durch einen Mehrheitsbeschluß des Staatenausschusses der Weg zur Nationalversammlung abgeschnitten werden kann. Wir müssen und wollen uns mit den Vertretungen der Einzelstaaten einigen. Wenn aber eine Einigung nicht zu erzielen ist, so war es früher zweifellos ein Mißstand, daß der Regierung damit der Weg zum Reichstage versperrt war. Das ist jetzt beseitigt. Kommt eine Verständigung im Staatenausschuß nicht zustande, so ist die verantwortliche Reichsregierung befugt, mit ihrem Entwurf vor die Nationalversammlung zu treten. Der Gerechtigkeit halber ist dann bestimmt, daß der dissentierenden Mehrheit des Staatenausschusses ebenfalls der Weg zur Nationalversammlung offen steht. Diese Änderung ist von erheblicher Bedeutung, denn sie verhindert, daß Entwürfe der Reichsregierung von vornherein im Schoß des Staatenausschusses verschwinden können.

Im übrigen sieht der Entwurf an der Spitze des Reichs einen Reichspräsidenten vor. Auch hier ist, wie es für die Zwecke des Entwurfs und seinen Charakter als den einer vorläufigen Organisation notwendig war, vermieden worden, in die Einzelheiten der Zuständigkeiten einzutreten. Im großen und ganzen sind es die Befugnisse, die republikanischen Staatsoberhäuptern zuzustehen pflegen, unter verantwortlicher Mitwirkung eines Ministeriums, das dieser Nationalversammlung verantwortlich ist und von deren Vertrauen abhängt. Auch gerade durch diese Abweichung von dem bisherigen Bundesratssystem wird eine wahre politische Verantwortlichkeit des Reichsministeriums gegenüber der Nationalversammlung, wenn nicht ermöglicht, so doch erleichtert. Selbstverständlich sind Kriegserklärung und Friedensschluß nicht dem Präsidenten vorbehalten, sondern auf den Weg der Reichsgesetzgebung verwiesen. Auf dem Gebiet der internationalen Verträge wird das bisherige Recht einstweilen aufrechterhalten mit dem Zusatz, daß im Hinblick auf den Völkerbund, wenn in diesem allen seinen Mitgliedern die gleiche Verpflichtung auferlegt wird, alle Verträge der parlamentarischen Zustimmung bedürfen sollen und damit mit dem System der Geheimverträge gebrochen wird. Wir haben Abstand genommen, schon jetzt dieses Verfahren einzuschlagen, unter dem Gesichtspunkt, Deutschland auf dem Gebiet internationaler Verhandlungen nicht schlechter zu stellen als andere Staaten. Der Wunsch der weiteren Entwicklung geht sicher dahin, daß auf diesem Wege mit dem ganzen System der Geheimverträge aufgeräumt wird. Wir haben in diesem Entwurf über die innere Organisation des Reichsministeriums als solchem auch keine näheren Bestimmungen getroffen; nur in der Bestimmung der §§ 8 und 9 bezüglich der Verantwortlichkeit der Reichsminister gegenüber der Nationalversammlung liegt wenigstens die Andeutung einer Abweichung von dem bisherigen System, insofern die künftigen Reichsminister für ihre Ressortverwaltung jedenfalls unmittelbar der Nationalversammlung verantwortlich sein sollen und nicht mehr so wie früher Gehilfen des Reichskanzlers. Aus dieser Tatsache schon wird sich die Notwendigkeit eines kollegialen Zusammenwirkens ergeben, das in der bisherigen Ordnung nicht vorhanden war. Bestimmungen über das Kollegialsystem schon in dieses Notgesetz aufzunehmen, erschien nicht praktisch. Man soll das der Entwicklung überlassen. Daß an der Spitze des Reichsministeriums ein Ministerpräsident stehen soll, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Den alten ehrwürdigen Namen für das leitende Amt, den Titel »Reichskanzler«, haben wir zunächst in diesen provisorischen Gesetzentwurf nicht eingesetzt. Vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß er zu historisch schwer sei, um in einen vorläufigen Entwurf aufgenommen zu werden. Sollte es der Wunsch der Versammlung sein, etwas derartiges jetzt schon einzuführen, so stehen prinzipielle Bedenken keineswegs entgegen. Jedenfalls, ich darf nicht hoffen — auch nach diesen Erläuterungen nicht —, daß Ihnen dieser Entwurf vollständig erscheint.

Das war aber, wie gesagt, nach Lage der Dinge nicht möglich, denn es hätten sich dann sofort die Widerstände vermehrt und verschärft, die bei diesem ersten positiven Werke der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung nach Möglichkeit zu vermeiden sind; auch schon, weil, wie ich immer wiederhole, gerade hier Schnelligkeit der Einsetzung der neuen, von der Nationalversammlung sanktionierten Regierung dringendstes Bedürfnis unserer inneren wie unserer äußeren Politik ist. Eins aber darf man jedenfalls dem Entwurfe zugute rechnen: er wird in keiner Weise die Wege verbauen, die bei der definitiven Verfassung zu gehen sind. Das war vielleicht der Fehler — wenn ich wieder einmal an die Erinnerung von 1848 anknüpfen darf —, den das damalige Gesetz über die provisorische

Zentralgewalt hatte, daß es die notwendigen Wege der Entwicklung verbaute. Damals war schließlich nur ein Klein-Deutsches Reich möglich — die provisorische Zentralgewalt sah einen österreichischen Erzherzog vor. Jetzt sind wir darin in der glücklichen Lage einer ungeklärten Entwicklung. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die Großdeutsche Republik zu gründen, und keine der Bestimmungen dieses vorläufigen Entwurfs steht den von der Nationalversammlung etwa zu billigenden organisatorischen Bestimmungen der definitiven Verfassung im Wege. Wie es bei einem Kompromißvorschlag nicht anders sein kann, wird das, was vorgeschlagen wird, weiten Teilen nicht gefallen, dem einen zu viel, dem andern zu wenig geben. Das kann nicht anders sein; aber die Hoffnung möchte ich aussprechen dürfen, daß der Gedanke, der diesem Kompromißentwurf zugrunde liegt: der Gedanke der Vereinigung, der Gedanke, auf dem Wege des möglichst geringsten Widerstandes dem neuzuschaffenden Deutschen Reiche so schnell wie möglich eine anerkannte Regierung zu geben, — daß dieser Gedanke auf allen Seiten dieser hohen Versammlung Anklang finden möge. Es wird das zugleich der erste und wahrscheinlich nicht bedeutungsloseste Schritt zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes sein. Gewiß, es müssen Wünsche der Parteien, es müssen Wünsche der einzelnen Landesteile, es müssen auch Wünsche der Reichseinheit bei diesem vorläufigen Entwurf etwas zurückgestellt werden. Aber über all diesen Wünschen steht, glaube ich, bei allen Teilen dieses hohen Hauses, mehr noch als in den Tagen des Glücks in diesen Tagen des Ernstes, der Sorge und der Not die Liebe zum gesamten Vaterlande; mehr noch als im Glück heißt es jetzt in Schmerz und Leid für uns alle: Deutschland über alles!

Damit schließt die erste Lesung.

10. Februar. Der Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die zweite Lesung eröffnet bayrischer Gesandter Dr. **v. Preger**: Im Auftrage der Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden habe ich zu erklären: Die genannten Regierungen gehen von der Voraussetzung aus, daß durch Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs Entscheidungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorweg genommen werden.

Volksbeauftragter **Ebert**: Anknüpfend an diese Erklärung möchte ich mitteilen, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimmt. Das Gesetz hat in allen seinen Teilen nur provisorischen Charakter und greift der endgültigen Regelung der Dinge nicht vor.

Abg. **Loebe** (Soz.): Namens meiner Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die sozialdemokratische Fraktion ist von der Notwendigkeit einer raschen Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt durchdrungen. Diese Notwendigkeit ist begründet durch die äußere und innere Politik. Es bedarf der Schaffung einer vom ganzen Volke gutgeheißenen vorläufigen Reichsordnung, einmal im Hinblick darauf, daß der Waffenstillstand mit dem Verbande, der am 16. d. M. abläuft, verlängert werden muß, sowie daß in kurzer Zeit die Friedensverhandlungen beginnen müssen, ferner weil sie jetzt den Grund zum demokratischen Aufbau unseres Landes unverzüglich zu legen hat. Der vorliegende Gesetzentwurf ist vom Geiste der Demokratie getragen. Indes enthält er in den §§ 2 und 4 Absatz 2 Bestimmungen, gegen die wir erhebliche Bedenken haben. Lediglich die Notwendigkeit, den Gesetzentwurf so schnell wie möglich zu verabschieden, zwingt uns, diese Bedenken zurückzustellen, nachdem wir uns haben überzeugen müssen, daß wir unseren Ansichten, wenn überhaupt, nur nach

harten Kämpfen und unter Überwindung heftigen Widerstandes zum Siege verhelfen können. Nach unserer Auffassung ist die verfassunggebende Nationalversammlung souverän. Nur unter dem Zwange der Verhältnisse und um den Wiederaufbau des Reiches nicht zu schwer zu gefährden, haben wir uns dazu verstanden, in eine Einschränkung des Grundgesetzes zu willigen. Wir stimmen dem Entwurf zu, verwahren uns aber dagegen, daß aus unserer Haltung Schlüsse auf unsere Stellung in der Zukunft gezogen werden, und behalten uns für die Verhandlungen über den Entwurf der endgültigen Verfassung volle Freiheit der Entschließungen vor.

Abg. **v. Payer** (Demokr.): Namens der Fraktion der Deutschen demokratischen Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Das deutsche Volk hat die ihm zustehende Souveränität ausgeübt durch die Wahl der Nationalversammlung und diese mit der weiteren Ausübung der Souveränität beauftragt. Die Nationalversammlung hat diesem Auftrag sofort nachzukommen und hat ein Vorbild im Arbeitswillen zu geben. Darum soll ihr Reden zum Handeln werden. Sie muß eine verfassungsmäßige Regierung bilden, der es bei aller Rücksicht nicht an der gesetzlichen Macht fehlt, hart zu sein. Die Voraussetzung der Grundlage der Regierung muß also, zumal in der demokratischen und sozialistischen Republik, die Verfassung sein. Da aber für dieses große Hauptwerk die Herstellung gesetzlicher Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten unentbehrlich ist, müssen wir vorweg eine Vorverfassung schaffen. Meine Freunde erkennen diese Notwendigkeit an, ebenso daß diese Februarverfassung sofort in Wirksamkeit treten und darum nur das Notwendigste enthalten soll. Wir behalten uns vor, all die großen Gesichtspunkte und Bedenken, die ein Verfassungswerk von diesem Umfange und von dieser Bedeutung zu einem so außerordentlichen Zeitabschnitt aufrollt, die aber bei dem Provisorium aus geschichtlichen und politischen Erwägungen heraus zurückgestellt werden können und müssen, bei der in kurzer Frist beginnenden Beratung der Verfassung selbst ohne Rücksicht auf unsere heutige Abstimmung geltend zu machen. Wir erkennen den andern Parteien dasselbe Recht zu.

Dann erst und nicht heute wird auch der Tag gekommen sein, an dem wir ehrlich und in aller Ruhe an die Prüfung der Fragen, über die die Meinungen heute noch weit auseinandergehen und gehen müssen, herantreten können, nämlich wie zum Heile des Ganzen die überragenden Forderungen der Reichseinheit mit der Rücksicht auf das historisch Gewordene, auf die Eigenart der deutschen Stämme und auf die verschiedenen Anschauungen über straffere oder losere Zusammenfassung der einzelnen Kräfte unseres Volkslebens am besten vereinigt werden können. Unsere feste Zuversicht ist, daß der Versuch gerechter und vernünftiger Ausgleichung über die Schwierigkeiten staatsrechtlicher Formeln und staatsmännischer Erwägungen Herr werden wird. Verständigung und gegenseitiges Nachgeben haben uns zu dem vorläufigen Entwurf, der nicht leicht zustande gekommen ist, verholfen. Verständigung und ehrlicher Wille, dem Vaterlande zu dienen, werden uns auch eine endgültige Verfassung schaffen, die uns zusammenhalten, die Bewegungsfreiheit im Innern geben und gegen außen uns die Stellung in der Welt verbürgen soll, die uns gebührt und die uns endgültig niemand vorenthalten kann. Heute aber wollen wir uns die Grundlage bereiten, um morgen arbeiten und Politik machen zu können. Unser Volk, das sich aus der Gegenwart durch die Verwirklichung von Zukunftshoffnungen erlösen will, und der Feind, der uns den Frieden grundlos und grausam vorenthält, sie sollen uns trotz der gewaltigen Parteigegensätze der letzten Wochen und Monate bei diesem ernsten Schritte geeint und geschlossen finden.

Die heutige Verabschiedung des ersten großen grundlegenden Gesetzes durch eine außerordentlich große Mehrheit der Nationalversammlung soll uns und anderen von guter Vorbedeutung sein und als Lohn politischer Einsicht und Selbstbeschränkung den Arbeitsmut erhöhen, den die Deutschen noch nie so notwendig gehabt haben wie jetzt. Wenn sich die Nationalversammlung, was sie werden soll, zu einer ernsten und zielbewußten Arbeitsgemeinschaft erhebt, so wäre das ein erster und fruchtbarer Erfolg der demokratischen Idee und der sozialen Bewährung. Meine Freunde, die dieser Entwicklung im Staatsinteresse rückhaltlos dienen wollen und wegen dieses Willens und kraft ihrer zahlenmäßigen Stellung in diesem Hause dienen können, werden geschlossen für die Vorlage und ihre sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung stimmen.

Abg. Dr. **Heim** (Bayr. Volksp.): Im Auftrage meiner Freunde von der bayrischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Nach den §§ 1 und 4 des gegenwärtigen Gesetzentwurfs soll die deutsche Nationalversammlung eine Blankovollmacht zur Beschließung der künftigen Reichsverfassung erhalten. Sie soll bei der Verabschiedung der endgültigen Reichsverfassung weder an die Zustimmung der Einzelstaaten, noch des Staatenausschusses gebunden sein, nicht einmal hinsichtlich der in der bisherigen Reichsverfassung festgesetzten Sonderrechte der Einzelstaaten. Die in dem Entwurf vorgesehene Ermächtigung geht sogar so weit, daß der Nationalversammlung die Beseitigung einzelner oder aller Bundesstaaten und die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik durch die deutsche Nationalversammlung möglich gemacht wird. Diesen Weg können die Mitglieder der Bayrischen Volkspartei in der Nationalversammlung nicht mitmachen. Wir hätten gewünscht, daß das Gesetz sich an die durch die Revolution nicht beseitigten Bestimmungen der bisherigen Reichsverfassung angelehnt und alle Streitpunkte vermieden hätte. Wir hegen nach wie vor die Hoffnung, daß es bei Schaffung der endgültigen Verfassung gelingt, durch unsere Mitarbeit den berechtigten Wünschen unseres engeren Heimatlandes Geltung zu verschaffen.

Abg. Dr. **v. Delbrück** (Deutschnat. Volkspartei): Gegen den vorliegenden Gesetzentwurf bestehen bei meinen politischen Freunden die schwersten grundsätzlichen Bedenken. Auch seine gesetzestechnische Gestaltung ist so wenig einwandfrei, daß unter normalen Verhältnissen seine Verabschiedung ohne Kommissionsberatung ausgeschlossen sein würde. Wir verkennen aber nicht, daß wir uns in einem Notstand befinden und daß nicht nur die innere Lage, sondern ganz besonders der Ablauf des Waffenstillstandes und das Bevorstehen der Friedensverhandlungen eine schleunige Verabschiedung des Entwurfs gebieterisch erfordern. Wir verkennen auch nicht, daß die Vorlage nur eine vorübergehende und nicht eine endgültige Regelung unserer Verfassungsverhältnisse bezweckt. Unter diesen Umständen sind wir bereit, auf eine Ausschußberatung zu verzichten und die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. Wir glauben auch, daß das Ansehen der neu zu bildenden Regierung dem feindlichen Auslande gegenüber eine besondere Stärkung erfahren würde, wenn es gelingt, diese Vorlage nicht nur schnell, sondern auch möglichst einstimmig zu verabschieden. Wir wollen daher unter Zurückstellung unserer grundsätzlichen schweren Bedenken auch für die Vorlage stimmen, wenn ihr vorläufiger Charakter in allen ihren Teilen zweifelsfrei festgestellt würde, sodaß ihre Annahme mit unseren Stimmen unserer Stellungnahme bei der Beratung des endgültigen Entwurfs der Reichsverfassung in keiner Weise vorgreift. Wir hatten zu diesem Zweck eine Reihe von Anträgen gestellt, deren Annahme uns die Möglichkeit geben

sollte, für die Vorlage zu stimmen. Am wichtigsten ist für uns der Antrag, der den Zweck hatte, die Auffassung auszuschließen, als ob schon jetzt für die zukünftige staatsrechtliche Stellung des Oberhauptes des deutschen Reiches eine endgültige Regelung getroffen würde. Nachdem aber durch die Verwahrung des Vertreters der süddeutschen Regierungen und durch die darauf ergangene unzweideutige Erklärung der Reichsregierung der vorläufige Charakter der Vorlage in allen ihren einzelnen Punkten ausdrücklich und feierlich anerkannt ist, ziehen wir hiermit unsere Anträge zurück und sind bereit, für die Vorlage zu stimmen Die Zustimmung zu diesem Entwurf bedeutet für meine politischen Freunde ein großes Opfer, das sie nicht ohne Gewissensbisse bringen. Trotzdem sind wir dazu bereit. Wir sind von der Überzeugung durchdrungen, daß in der ungeheuren Not dieser Zeit mehr als je der Grundsatz gelten muß: das Vaterland steht über der Partei.

Abg. Dr. **Heinze** (Deutsche Volksp.): Wir hegen technisch und juristisch erhebliche Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf, lassen diese Bedenken aber aus politischen Gesichtspunkten zurücktreten. Wir wünschen, daß alsbald eine gesetzliche Gewalt in Deutschland zustande kommt, und sehen mit Rücksicht auf die äußere und innere Lage von allen Anträgen ab. Die jetzigen gesetzlosen Zustände müssen so bald wie möglich verschwinden. Wir hoffen, daß nach der Verabschiedung dieser Gesetze Ordnung und Sicherheit im Lande gefördert werden und daß jedermann in Deutschland die vorläufige Verfassung achtet. Für die endgültige Verfassung behalten wir uns unsere Stellungnahme nach allen Richtungen vor. Für den vorliegenden Entwurf werden wir stimmen.

Abg. Dr. **Cohn** (Nordhausen, Unabh. Soz.): In der jetzigen Phase der revolutionären Entwicklung muß Rückschau und Umschau gehalten werden. Nur um eine Atempause kann es sich handeln, denn wir stehen noch lange nicht am Ende der Revolution. Niemand von uns weiß, ob und wann dieser provisorischen Verfassung eine definitive folgen wird. Bei allem Verständnis und Nachsicht für die Gründe der Unfertigkeit des Entwurfs hätte doch vom Standpunkt der Demokraten wenigstens die Richtung der Entwicklung der deutschen Revolution stärker und klarer betont werden müssen. In dieser Beziehung bereitet der Entwurf eine starke Enttäuschung. Vergebens sieht man sich in dem ganzen Entwurf nach dem Worte Republik um. Liegt hier etwa auch ein Kompromiß vor? Das Gesetz müßte unwiderleglich die Tatsache feststellen, daß wir mit der alten deutschen Staatsform nichts mehr zu tun haben. Diesen Zweck verfolgen unsere Anträge. Wir wollen den § 2 beseitigen. Auch bestehen bei uns schwerwiegende Bedenken gegen die Bestimmungen über den Reichspräsidenten. Hier ist der Hauptvorwurf, das Kleben am Alten und Veralteten, das krampfhafte Bemühen, die Tradition der Zeit vor dem 9. November um jeden Preis fortzusetzen, als ob sich eine so kleine, bedeutungslose Tatsache wie die Revolution gar nicht ereignet hätte. Ich bin überzeugt, dieser Entwurf rührt von irgendeinem der brauchbaren Herren aus dem früheren Reichsamt des Innern her. Wir haben von der Monarchie ein für allemal genug und möchten sie nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder einführen. Wir wünschen nicht, daß einmal die Geschichte von einem „Friedrich dem Einzigen" oder „Gustav dem Unüberwindlichen" spricht. Deshalb sollte erwogen werden, ob nicht überhaupt das Amt des Präsidenten überflüssig ist. Weiter verlangen unsere Anträge, daß außerhalb der Nationalversammlung ein Kontrollorgan vorhanden ist. Daher wollen wir, daß auch der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte legalisiert wird. Es besteht aber das Bedürfnis nach Aufrechterhaltung der revolutionären Organe.

Die Revolution gleicht einem gärenden Faß: wenn Sie den Spund der Gesetzmäßigkeit zu tief in das gärende Faß hineintreiben, so könnte eines Tages eine Entladung erfolgen, die Ihnen nicht angenehm ist. Wir wehren uns gegen einen Abbau der revolutionären Errungenschaften. Wir wollen dem Zentralrat das Recht geben, bei verhängnisvollen Beschlüssen der Nationalversammlung innerhalb zweier Wochen an das Volk zu appellieren. Die früheren Mächte stützten sich auf Polizei und Militär, möge ein günstiges Geschick uns davor bewahren, daß auch die neue Regierung in diese alten Fehler verfällt und deshalb ebenso kläglich Schiffbruch leiden muß.

Abg. **Gröber** (Christl. Volksp.): Die Ausführungen des Vorredners geben mir keinen Anlaß zur Entgegnung. Für uns ist im Augenblick das Wichtigste, den Übergang vom revolutionären Zustand zu einer Rechtsordnung möglichst zu beschleunigen. Angesichts dieser Aufgabe müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden. Sie können das auch nach den Regierungserklärungen. Meine Partei wird in ihrer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen. Dabei müssen wir uns selbstverständlich unsere Stellungnahme zu den Einzelheiten der endgültigen Verfassung vorbehalten. Wir betrachten die Annahme des vorliegenden Entwurfes als notwendige Vorbedingung für Frieden und Brot.

Damit schließt die Besprechung des § 1, der unverändert angenommen wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und einer Minderheit der Christlichen Volkspartei, nachdem u. a. ein Antrag der Unabhängigen abgelehnt worden ist, der an Stelle der Worte „künftige Reichsverfassung" setzen wollte „Deutsche Republik".

Im § 2 wird ein Antrag (Kompromiß) angenommen, dem ersten Absatz hinzuzufügen:

„Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden."

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.) zieht mit Rücksicht auf das bisherige Ergebnis der Abstimmung diejenigen Anträge seiner Fraktion zurück, die die Bezeichnung „Reichs"-Verfassung usw. beseitigen wollen.

§§ 3 und 4 werden unverändert unter Ablehnung von Anträgen der Unabhängigen angenommen. Gegen die Bestimmung, daß der Gebietsbestand der Einzelstaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden kann, stimmen u. a. die Mitglieder der Bayrischen Volkspartei.

Zu § 5 wird ein Antrag des Abg. Dr. Cohn besprochen, wonach Artikel 21 der früheren Reichsverfassung auch auf Soldaten Anwendung findet, die dadurch ebenso wie Beamte als Mitglieder der Nationalversammlung ihre Tätigkeit ausüben können.

In der Debatte über diesen Antrag erklärt der sozialdemokratische Abg. **Hoch**, daß seine Partei dieses Recht der Soldaten für selbstverständlich halte. Auf Ersuchen des Redners erklärt

Volksbeauftragter **Landsberg**, daß die Frage, ob unter Beamten auch Soldaten zu verstehen seien, strittig sei. Nach Ansicht der Regierung gehörten die Soldaten zu den Beamten. Die Reichsregierung werde darauf hinwirken, daß jedem gewählten Soldaten die Beteiligung an der Nationalversammlung ermöglicht werde, ohne daß er Urlaub nachzusuchen brauche.

Die zur Nationalversammlung gewählten Soldaten seien tatsächlich in den Stand gesetzt worden, ihr Mandat auszuüben. Deshalb erübrige sich ein solcher Antrag.

Abg. Dr. **Cohn** (Unabh. Soz.): Landsberg kann nicht für die künftige Regierung sprechen, und es ist fraglich, welche Kraft die Regierung gegenüber den militärischen Kommandostellen hat und später haben wird. Diese Kraft mag jetzt noch sehr groß sein, aber niemand weiß, wie es in drei Monaten sein wird. Die Erfahrungen, die wir und ich selbst mit dem alten Militarismus in dieser Beziehung gemacht haben, nötigen mich, Sie um Annahme dieses Antrages zu bitten.

Abg. **Loebe** (Soz.): In der Sache wollen wir alle das gleiche. Da die Auslegung zweifelhaft ist, haben wir uns entschlossen, für den Antrag zu stimmen.

Die Abg. **v. Payer** (Demokr.) und Dr. **Mayer**-Kaufbeuren (Ztr.) erklären, daß ihre Fraktionen gleichfalls dem Antrag zustimmen werden.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Im übrigen gelangt § 5 nach dem Entwurf zur Annahme.

§ 6 handelt vom Reichspräsidenten und bestimmt u. a., daß Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses bedürfen. Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beitreten wird, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.) begründet einen Antrag der Unabhängigen, den Abschluß von Geheimverträgen seitens des Deutschen Reiches schon jetzt, also unabhängig vom Bestande des Völkerbundes, unmöglich zu machen. Es würde in der ganzen Welt einen guten Eindruck machen, wenn wir uns schon jetzt freiwillig zu einem solchen Entschluß aufraffen würden; außerdem wird es ja wohl sowieso ausgeschlossen sein, mit irgendwelchen fremden Staaten Geheimverträge abzuschließen.

Abg. Dr. **Cohn** (Unabh. Soz.): Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nach § 6 der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses. Ich bitte, statt „Zustimmung" zu sagen „Einwilligung". Der Sprachgebrauch versteht unter Einwilligung die Zustimmung, die vorher abgegeben wird, während unter „Zustimmung" sowohl die vorher abgegebene Zustimmung wie auch die nachträgliche Genehmigung verstanden zu werden pflegt. Nun könnte der Fall eintreten, daß, wenn solche Verträge nur der Zustimmung bedürfen, irgendeine Regierung, natürlich nicht die gegenwärtige, auf den Gedanken kommen könnte, einen Vertrag abzuschließen, ohne ihn vorher der Nationalversammlung vorzulegen, und dann hinterher einfach die nachträgliche Genehmigung einzuholen. Dieser Möglichkeit möchten wir vorgebeugt wissen.

Staatssekretär Dr. **Preuß**: Den sprachlichen Unterschied, den der Abgeordnete Cohn zwischen den beiden Worten „Zustimmung" und „Einwilligung" statuieren will, kann ich als feststehend nicht anerkennen, wenigstens für die Gesetzestechnik nicht. Was dann die Anregung des Abgeordneten Haase anbetrifft, so ist es ganz richtig, daß voraussichtlich bis zu dem hoffentlich zustande kommenden Völkerbunde Geheimverträge nicht abgeschlossen werden; aber niemand kann in die Zukunft sehen, und es liegt im Interesse des Deutschen Reiches, sich nicht von vornherein bezüglich der Öffentlichkeit der Verhandlungen schlechter zu stellen als alle übrigen Staaten. Das Deutsche Reich erklärt seine Bereitwilligkeit, sich genau denselben Bedingungen zu unterwerfen wie alle anderen, aber es möchte sich nicht gern unter Sonderbestimmungen gestellt sehen.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Der Herr Staatssekretär will sich also den Abschluß von Geheimverträgen vorbehalten. Um so dringlicher ist unser Antrag. Wir wollen nicht eine Tür offen lassen, durch die die Regierung hindurchgehen kann, um, wie vor 1914, von neuem Geheimverträge hinter dem Rücken des deutschen Volkes abzuschließen.

Staatssekretär Graf **Brockdorff-Rantzau**: Ich kann vom Standpunkt meines Ressorts erklären, daß ich nicht die Absicht habe, Geheimverträge abzuschließen. Im übrigen stehe ich vollständig auf dem Boden der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Preuß.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs verstärken in hohem Grade meine Bedenken. Er hält Geheimverträge für überflüssig; da wir aber nicht wissen, wie lange er in seinem Amte bleibt und ob sein Nachfolger ebenso vernünftig darüber denken wird wie er, so bitten wir dringend, unseren Antrag anzunehmen.

Der Antrag Haase (Unabh. Soz.) wie auch der Antrag Dr. Cohn (Unabh. Soz.) werden abgelehnt.

§ 6 wird unverändert nach dem Entwurf angenommen.

§ 7 bestimmt in seinem ersten Satz: Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Über die Frage, ob unter einfacher Mehrheit absolute oder relative Mehrheit zu verstehen sei, erhebt sich eine Diskussion, die damit ihren Abschluß findet, daß auf Antrag des Abg. Fehrenbach (Christl. Volksp.) der Ausdruck „einfacher" durch „absoluter" ersetzt wird, um jedes Mißverständnis auszuschließen.

In dieser veränderten Fassung wird § 7 nach Ablehnung der Anträge Frau Agnes angenommen, ebenso unverändert nach dem Entwurf die §§ 8 und 9.

Als § 10 wird folgender Antrag Payer-Gröber und Gen. hinzugefügt:

„Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen Gesetze sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags bedürfen, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande."

Auf Antrag Gothein (Demokr.) wird der am Schluß des Entwurfes in Klammern befindliche Vermerk: „(Unterschrift des Reichspräsidenten unter Gegenzeichnung des Reichsministers des Innern)" gestrichen, weil er der Souveränität der Versammlung widerstreitet und noch kein Reichspräsident vorhanden ist.

Einleitung und Überschrift des Entwurfes bleiben unverändert.

Auf Vorschlag des Präsidenten Dr. **David** tritt das Haus sofort in die **dritte** Lesung ein.

Abg. Dr. **Waldstein** (Demokr.): In bezug auf die Verkündung des Gesetzes befinden wir uns in einer eigentümlichen staatsrechtlichen Lage. Diese kann nach der Lage der Dinge noch nicht durch die zu schaffende Regierung erfolgen. Wir haben richtig gehandelt, wenn wir beschlossen haben, daß dieses Gesetz nicht mit seiner Verkündung, sondern schon mit seiner Annahme durch dieses Haus in Kraft tritt. Es entsteht noch die Frage, in welcher Weise die Authentizität des Gesetzes festgestellt wird. Diese Aufgabe liegt dem Präsidenten der Nationalversammlung ob.

Präsident Dr. **David** stellt das Einverständnis des Hauses hierzu fest.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdiskussion bemerkt zu § 6

Volksbeauftragter **Landsberg**: Um eine Legendenbildung zu verhüten, stelle ich fest: Wir haben vorhin einen Antrag Agnes und Genossen auf Offenlegung aller Verträge abgelehnt, damit ist keine Feindschaft gegen die

populäre und durchaus berechtigte Forderung der Abschaffung jeder Geheimdiplomatie zum Ausdruck gekommen. Die Reichsleitung steht durchaus auf dem Standpunkt, daß die Tage der geheimen Diplomatie gezählt sein müssen, aber wenn wir uns jetzt einseitig die Verpflichtung auferlegen, alle Verträge vor der Öffentlichkeit abzuschließen, so kann daraus der eine oder andere Staat, der uns mißgünstig gesinnt ist, die Folgerung ziehen, daß er es nun seinerseits nicht nötig hat, die geheime Diplomatie abzuschaffen.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Die Staatsmänner anderer Länder werden sich auf diesem Gebiete nicht beeinflussen lassen durch die Abstimmung im Sinne des Herrn Landsberg; wenn die deutsche Nationalversammlung hier leuchtend vorangeht, wird das auch auf andere Staaten wirken.

Volksbeauftragter **Landsberg:** Wir gehen ja voran, wir rufen ja der ganzen Welt zu: wir sind bereit, die geheime Diplomatie abzuschaffen!

Abg. Dr. **Dernburg** (Demokr.): Unter den Umständen, unter denen wir heute verhandeln, können wir etwas anderes nicht akzeptieren als die Erklärung, die uns der Staatssekretär des Äußern gegeben hat. Wir sind Gegner der Geheimdiplomatie, die Annahme des Antrags Haase würde uns aber vertragsunfähig machen; wenn eine fremde Regierung darauf besteht, mit uns nur einen Vertrag abzuschließen, der geheim bleiben muß, so könnten wir mit ihr ja gar nicht zu einem Vertrage kommen nach Annahme dieses Antrages. Im übrigen stehe ich durchaus auf dem Standpunkt der Regierung.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Die Auffassung des Abgeordneten Dernburg widerspricht liberalen Anschauungen und erst recht den demokratischen. Der englische Minister Grey hat der deutschen Regierung seinerzeit ausdrücklich erklärt, er könnte als Minister einer liberalen Regierung geheime Verträge nicht abschließen. Sollte der ganz undenkbare Fall eintreten, daß eine fremde Regierung mit uns nur einen Geheimvertrag machen will, dann wäre es Pflicht der deutschen Regierung, eine solche Zumutung abzulehnen. Die Nationalversammlung würde mit der Ablehnung unseres Antrages einen schweren Fehler begehen.

Abg. Dr. **Zoepfel** (Demokr.): Durch die Anwendung des Wortes „Geheimdiplomatie" wird der Streitgegenstand völlig verschoben. Niemand will Geheimverträge in dieser Versammlung. Es kann ja aber gar kein Geheimvertrag mehr bestehen, denn Verträge, die die Regierung schließt und die nicht die Einwilligung der Nationalversammlung gefunden haben, sind doch ungültig.

Abg. Dr. **Cohn** (Unabh. Soz.): Die Wirkung, die die Regierung und die Mehrheit mit dem schleunigen Abschlusse des Verfassungsentwurfes auf das Ausland erzielen wollte, ist durch diese Debatte vollständig vernichtet durch die Erklärungen der Herren Dernburg und Landsberg. Wer ein einziges Mal während des Krieges im Auslande war, wer mit Neutralen gesprochen hat, der weiß, daß der Hauptvorwurf gegen die deutsche Regierung und Diplomatie der Vorwurf der Lügenhaftigkeit und Doppelzüngigkeit war. Dieser Vorwurf wird aber auch auf dem neuen Deutschland haften bleiben, wenn nicht durch Annahme unseres Antrages die Geheimdiplomatie unmöglich gemacht wird.

Volksbeauftragter **Landsberg:** Ich stelle diesen Ausführungen gegenüber in aller Kürze fest, daß wir für die Abschaffung der Geheimdiplomatie mehr tun als die Antragsteller. Wir wollen sie überhaupt abschaffen, und Sie wollen sich darauf beschränken, die deutsche Geheimdiplomatie abzuschaffen, und es den anderen überlassen, sie beizubehalten.

Präsident Dr. **David:** Der Antrag aus der zweiten Lesung kann nur dann wieder aufgenommen werden, wenn er von 30 Mitgliedern unterstützt

wird. (Zur Unterstützung erheben sich nur die 22 Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Unterstützung reicht also nicht aus.

Abg. Dr. **Waldstein** (Demokr.): Wir freuen uns des Bekenntnisses, das Dr. Cohn zur Öffentlichkeit der Politik abgelegt hat. Wir wollen hoffen, daß diese Öffentlichkeit auch im Verkehr unter den Fraktionen und Abgeordneten Platz greift und daß auch die zukünftigen Aktionen einzelner Abgeordneten mit dem Auslande sich unter absoluter Öffentlichkeit vollziehen. Die überwältigende Mehrheit dieses Hauses ist darüber einig, daß die Geheimdiplomatie beseitigt werden muß, ein Streit besteht nur über die beste Taktik für diesen Zweck. Verträge, die die Verwaltung berühren und beispielsweise den Austausch von Waren betreffen, werden natürlich schon aus rein geschäftlichen Gründen nicht absolut öffentlich sein können.

Abg. Dr. **Dernburg** (Demokr.): Wir sind gegen jede Geheimdiplomatie, aber wir können doch in die Lage kommen, einen Vertrag ablehnen zu müssen, weil wir ihn veröffentlichen müssen, die andere Seite dies aber nicht wünscht. Das sind doch Wirklichkeiten! Mit dem Inkrafttreten des Völkerbundes fallen Geheimverträge von selbst fort. Heute geht das aber noch nicht. Durch die Anschwärzung unseres Landes, die hier durch die Unabhängigen versucht wird, indem wir angeblich einer faulen Geheimdiplomatie das Wort redeten, wird dem Völkerbunde wahrlich nicht gedient.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Unsere Ausführungen werden im wohlgesinnten Ausland verständnisvolle Aufnahme finden.

Die Aussprache schließt, es bleibt bei den Beschlüssen zweiter Lesung. In der Gesamtabstimmung wird der Entwurf gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten und weniger anderer Abgeordneten angenommen.

Die Ermächtigung an den Präsidenten, das Gesetz zu unterzeichnen und es damit in Kraft zu setzen, wird einstimmig erteilt.

Volksbeauftragter **Scheidemann**: Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Verfassung verabschiedet hat, ist die geschichtliche Mission, die uns als vorläufiger Regierung zugefallen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen haben, hiermit in Ihre Hände. — Abg. **v. Payer** (Demokr.): Ohne Regierung können wir nicht sein, und ich schlage daher vor, daß wir die Regierung ersuchen, ihr Amt so lange weiterzuführen, bis auf Grund der vorläufigen Verfassung ein Reichspräsident gewählt und ein Reichsministerium gebildet ist. — Volksbeauftragter **Scheidemann**: Wir sind bereit, diesem Wunsche nachzukommen.

Das Haus erklärt einstimmig seine Zustimmung zu dem Vorschlage des Abg. v. Payer.

Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt hat somit folgende Fassung erhalten:

§ 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf unbeschadet des Absatzes 4 der Zustimmung eines Staatenausschusses. Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern

derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.

In dem Staatenausschuß hat jeder Freistaat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Freistaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner eine Stimme, wobei ein Überschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, einer vollen Million gleichgerechnet wird. Kein Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Stimmen vertreten sein. Den Vorsitz im Staatenausschuß führt ein Mitglied der Reichsregierung. — Wenn Deutsch-Österreich sich dem Deutschen Reiche anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatenausschuß mit einer dem Absatz 2 entsprechenden Stimmenzahl; bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Kommt eine Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatenhaus nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teil zunehmen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten der Regierung vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit deren Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Übereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatenausschuß zustande.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21—23, 26—32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung. Der Artikel 21 der bisherigen Reichsverfassung findet Anwendung auch auf die Soldaten.

§ 6. Die Geschäfte des Reichs werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbunde mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß §§ 1—4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im „Reichsgesetzblatt" zu verkünden.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der künftigen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsleitung ein Reichspräsidium, dem sämtliche Reichsbehörden und die oberste Heeresleitung unterstellt werden.

Die Reichsminister bedürfen für ihre Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister.

Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

§ 10. Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkte an kommen Gesetze sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Mitwirkung des Reichstags bedurften, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande.

11. Februar. Abg. Volksbeauftragter Fritz Ebert wird mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt. Graf Posadowsky erhält 49, Scheidemann und Erzberger je 1 Stimme. 51 Zettel sind unbeschrieben. Auf die Frage des Präsidenten nimmt Ebert die Wahl an.

Präsident Dr. **David**: Meine Damen und Herren! Zum erstenmal hat sich das deutsche Volk ein Oberhaupt aus freier Selbstbestimmung gegeben. Der neue Reichspräsident ist gewählt von der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Die einzige Quelle seines Rechts ist der Wille des Volkes. Auf ihm allein beruht die Macht und Würde seiner Stellung, somit hat das Reich zum erstenmal ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht, an seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer. Daß der deutsche Reichspräsident das Steuer des Staatsschiffes zu führen versteht, hat er in den Monaten des stärksten inneren und außenpolitischen Sturmes bewiesen.

Es war wahrlich kein leichtes Erbe, das Herr Ebert am 9. November beim Rücktritt des Prinzen Max von Baden antrat. Selten wohl in der Weltgeschichte ist einer Staatsleitung eine schwerere Aufgabe zugefallen. Man vergegenwärtige sich den Zusammenbruch des alten Systems gleichzeitig draußen und im Innern, die völlige Niederlage nach vierjährigem Kriege und in all den Gefahren und Schrecken, in all den Zerrüttungen und Wirrnissen, die sie zur Folge haben mußte, und dazu die innere Gefahr, daß die in den Novembertagen fast ohne Kampf vollzogene Staaatsumwälzung in einen wilden Bürgerkrieg ausartete. In dieser gefahrschwangeren Stunde, in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes trat Ebert an die erste Stelle. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort in ein blutiges Chaos zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat, daß sie nicht zur Zerrüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens gelangte, das ist zum größten Teil das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen haben.

So darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß in bewährter politischer Klugheit, Tatkraft und Willensfestigkeit der an die erste Stelle berufene Mann auch weiterhin die deutsche Freiheit vor allen Gefahren von rechts oder von links schützen wird. Möge

das deutsche Volk dessen gewiß sein, daß der neue Reichspräsident jedem Versuch, an Stelle des Willens der Volksmehrheit die gewalttätige Diktatur einer Minderheit zu setzen, mit aller Macht entgegentreten wird. Die Demokratie wird in ihm einen starken Hort haben. So möge denn die Botschaft hinausdringen in die deutschen Lande: ein volksgewählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke, ein Mann, voll tiefen Verständnisses für seine Nöte und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt von starkem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Frieden zu schaffen im Innern wie nach außen. Die Nationalversammlung begrüßt den Präsidenten des Deutschen Reiches und setzt ihn in seine hohen Rechte ein. Möge er sie wahrnehmen im Geiste dieser Versammlung, der Versammlung der freigewählten Vertreter des freien deutschen Volkes.

Reichspräsident **Ebert:** Zunächst danke ich für die freundlichen Worte Ihres Herrn Präsidenten. Ihr Vertrauen ist meine größte Ehre. Der Ruf, den Sie soeben an mich richteten, ist ein Ruf der Pflicht. Ich folge ihm in dem Bewußtsein, daß heute mehr denn je jeder Deutsche auf dem Platze, auf den er gestellt wird, seine Schuldigkeit zu tun hat. Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteilich zu führen, niemand zuliebe und niemand zuleide.

Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin.

Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaates mir anvertrauten, haben Sie, ich weiß es, keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Minderung und Abtragung der Vorrechte der Geburt. Jetzt hat das deutsche Volk dieses Vorrecht auf dem Gebiete der Politik restlos beseitigt, und auch auf sozialem Gebiete vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen im Rahmen des Menschenmöglichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäck aufzuladen. Mögen

wir um die Formen ringen, in denen sich dieses Recht durchführen läßt: das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird uns allen innesein. Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wiederherzustellen, wo sie angetastet ist, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten. Dem Gewaltprinzip zwischen den Völkern haben wir feierlich abgesagt. Auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung kommen. Niemand soll in den Verband der Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt.

Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen nach innen und nach außen. Wir können aber um des Rechtes willen nicht dulden, daß man unsere Brüder der Freiheit der Wahl beraubt. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. Den Frieden zu erringen, der Nation das Selbstbestimmungsrecht zu sichern, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettelfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei das Ziel, dem wir zustreben. Ich weiß, daß die Kraft des einzelnen, wo immer er auch stehe, gering ist, wenn sie sich nicht mit allen lebendigen Kräften des Volkes verbindet. Ein so hartes Geschick unser Volk auch betroffen hat, an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht. Unser Volk hat sich in großer Bewegung Licht und Luft geschaffen, unser Volk wird sich auch durchsetzen draußen in der Welt und zu Hause. Die Tüchtigkeit der Männer der Volkswahl, das Ehrliche ihres Strebens und die Reinheit ihres Wollens müssen den Beweis erbringen für die Richtigkeit des großen Grundsatzes der Selbstregierung. Alle diese Forderungen stellen an mich schwerste Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes, und so, meine Damen und Herren, lassen Sie uns rufen: das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, sie leben hoch!

Von der Presse wird die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten überwiegend ruhig und sachlich beurteilt. Auch die Presse der Rechten sieht in der Wahl einen Fortschritt im günstigen Sinne. Der „Berl. Lok.-Anz." sagt: „Mit der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten erlebt die Sozialdemokratie

den höchsten Triumph, der ihr bisher in Deutschland beschieden war. Wir wollen nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie kaum in der Lage war, aus ihren Reihen einen geeigneteren Bewerber für diese Würde zu stellen. Wir glauben auch, daß Herr Ebert das Amt würdig ausfüllen wird."

Etwas kritischer urteilt die „Tägl. Rdsch", aber auch sie läßt ihre Ausführungen ausklingen in die Worte: „Herr Ebert wird auf die Unterstützung auch der vaterländischen Kreise des deutschen Volkes rechnen können, wenn er ernsthaft den Willen zeigt, für die Wiederaufrichtung des Reiches nur die besten Kräfte heranzuziehen, sich auf den Boden der Wirklichkeit der Tatsachen zu stellen und sich nicht in sozialistischer Gedankenwelt zu verrennen. Was wir für das Reich jetzt brauchen, ist Arbeit nach außen und nach innen. Die Parole Friede und Brot kann nicht verwirklicht werden, wenn wir weiterhin alle Grundgesetze auswärtiger Politik aus dem Auge lassen, wenn wir weiterhin unsern Gegnern nur als demütig Bittende entgegentreten und wenn wir im Innern zulassen, daß unser Heer durch die Einflüsse der Soldatenräte noch weiter demoralisiert wird."

Die „Dtsche. Tagesztg." äußert sich: „Es wird abzuwarten sein, in welchem Umfange Herr Ebert die Erwartungen erfüllt. Für die Gesamtheit des deutschen Volkes, abgesehen von dem winzigen Bruchteil derer, die aus der Revolution ein mehr oder minder lukratives Gewerbe machen, bedeutet die Schaffung einer neuen Staatsgewalt und einer ordnungsmäßigen Regierung, unbeschadet ihres Parteistandpunktes, den Abschluß einer bis zur Unerträglichkeit gesteigerten schwersten Geduldsprüfung und die Hoffnung, daß es nun endlich rückwärts vom Abgrunde gehen wird. Daß darüber hinaus noch so gut wie alles zu tun ist, dessen wird sich die neue Regierung hoffentlich eindringlich bewußt sein. Sie hat Autorisation und moralischen Rückhalt an dem Lebenswillen des deutschen Volkes. Das weitere bleibt ihr zu tun vorbehalten."

Die „Post" schreibt: „Der Reichspräsident ist dem ganzen deutschen Volke verantwortlich. Durch Annahme der Wahl hat er die Verpflichtung übernommen, Reich und Volk gegen alle Feinde zu schützen. Die Mittel werden ihm nur von Vaterlandsfeinden verweigert werden. Mit denen wird das deutsche Volk, das nicht länger als nötig unter dem französischen Stiefelabsatz leben will, bald fertig werden, wenn es nur sonst einig ist."

Die „Germania" sagt: „Ohne verkennen zu wollen, daß der »Volksbeauftragte« manches getan hat, um die völlige Anarchie von Recht und Ordnung zu verhindern, so muß doch ehrlicherweise hinzugefügt werden, daß nur zu vieles von ihm unterlassen wurde oder reichlich spät kam.

Doch das gehört heute der Vergangenheit an, über die ja noch manches gelegentlich der kommenden großen Aussprache in der Nationalversammlung wird gesagt werden müssen, unter die wir aber insofern heute schon einen Strich machen sollten, als Herr Ebert schließlich angesichts der erfolgten Wahl ein Recht darauf hat, für die Zukunft nach der Art und Weise beurteilt zu werden, in der er sein soeben entwickeltes Programm halten wird. Er hat, wie von ihm erwartet werden mußte, mit voller Klarheit versprochen, als der Mann des deutschen Volkes und nicht als der Vormann einer Partei sich bewähren zu wollen."

Die „Köln. Ztg." ist ebenfalls zufrieden: „Es ist zu hoffen, daß das Bedürfnis nach Aufrichtigkeit, das Herrn Ebert auszeichnet, und der natürliche Takt, den Mutter Natur ihm in die Wiege gelegt zu haben scheint, ihm helfen werden, im dunkeln Drange den rechten Weg zu finden, den mancher stets verfehlt, obwohl er sich von Kindesbeinen an sicher auf dem Parkett bewegt. Die Ansprache, die Herr Ebert nach seiner Erwählung zum höchsten Volksbeamten gehalten, zeichnet sich aus durch den Freimut,

mit dem er sich zu seiner gesellschaftlichen und politischen Vergangenheit bekennt und erklärt, daß er diese seine Herkunft wie seine Überzeugung nicht verleugnen werde. Er hat dabei mit natürlichem Empfinden das getroffen, was der inneren Wahrheit der Lage entspricht; jeder Versuch, sich diesem Tatsächlichen zu entziehen, wäre gekünstelt, unaufrichtig und auf die Dauer unhaltbar gewesen. Ebenso aufrichtig darf man bis auf weiteres seine Versicherung einschätzen, daß er sich als der Sachwalter aller Deutschen fühlt, daß er eifrig bemüht sein wird, die Freiheit aller Deutschen zu schützen, daß es ihm heiliger Ernst und eifrige Pflicht sei, sein Bestes einzusetzen für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes."

Im „Dresd. Anz." ist zu lesen: „In der Präsidentschaft Eberts und in der Entwicklung der Sozialdemokratie, schon der nächsten Tage, wird sich das Schicksal Deutschlands spiegeln. Der 10. und 11. Februar, die Tage der vorläufigen Verfassungsannahme und der vorläufigen Präsidentschaft, sind ein Abschnitt in der deutschen Geschichte und der Parteigeschichte der Sozialdemokratie. Sollen diese Tage auch ein Wendepunkt werden, dann muß sich dies in den nächsten Tagen schon in der Haltung der Sozialdemokratie, der regierenden Partei, zeigen. Versteht sie es, sich aus dem Zusammenhang mit den Unabhängigen zu lösen, zeigt sie, unbekümmert um die Schmähungen und Verdächtigungen von links, die Entschlußfähigkeit, das Rätesystem abzuschaffen und der neuen Ordnung in einer neuen Wehrmacht die kräftigen Stützen zu geben, dann ist sie auf dem rechten Wege. Mit Halbheiten aber des Gefühls und des Willens treibt sie ihre Partei und Deutschland in die Arme des Bolschewismus."

Das „Leipz. Tagbl." bezeichnet Ebert als den ruhenden Punkt in den Erscheinungen der Revolutionstage: „Staatssekretäre und Prinz Max glaubten an seine Eignung für den Reichskanzlerposten, und so erging von ihm, als dem ersten Revolutionskanzler, die Kundgebung an das deutsche Volk, die in den Worten gipfelte: Friede, Freiheit, Ordnung. Diesem Ziele blieb er treu, als die spartakidischen Gewalten zur Tat schritten. Sein Leitstern war es in allen Lagen, die sozialistischen Ideen in Ruhe zu fördern, sie auf der demokratischen Linie zu verfolgen und jede Diktatur, von welcher Seite sie auch kommen möge, zu verwerfen. Diese Grundsätze haben ihn nun zur höchsten Würde des Reiches und auf einen weltgeschichtlichen Platz geführt."

Der „Schwäb. Merkur" schreibt: „Ebert würde sich und dem Reiche, dem er in seiner Art ein warmer Anhänger ist, den besten Dienst leisten, wenn er aus dem Amte, zu dem er jetzt berufen wurde, den Antrieb schöpfen würde, sich herauszuarbeiten aus der Enge des Partei- und Fraktionswesens und sich über die Parteien zu stellen. Ob er die Fähigkeit und den Willen dazu hat, wird sich bald zeigen. Allmählich richtet sich das Gebälk des neuen Reichshauses auf. Die neue Notverfassung ist verabschiedet und der neue Reichspräsident gewählt. Das Reichsministerium muß bald folgen. Wir wollen nicht zu früh jubeln. Denn die Baukünstler und die Baustoffe sind noch unbewährt. Aber es sieht doch so aus, als sollte sich wieder etwas Haltbares und Bewohnbares gestalten. Das ist immerhin etwas. Es ist aber auch höchste Zeit."

Die „Voss. Ztg." begrüßt den Präsidenten mit folgenden Worten: „Das deutsche Bürgertum grüßt diesen ersten gewählten Vertreter der deutschen Volkssouveränität. Er ist aus den Reihen der Arbeiterschaft hervorgegangen. Er hat sich auch heute vor aller Welt zum Sozialismus bekannt. Er hat gleichzeitig versprochen, nicht der Präsident einer Klasse oder einer Partei, sondern der Vertreter des gesamten Volkes zu sein. Das deutsche Bürger-

tum hat trotz aller politischen Gegensätze zum Präsidenten Ebert das Vertrauen, daß er seine Versprechungen erfüllen wird."

Das „Berl. Tagbl." charakterisiert den neuen Reichspräsidenten folgendermaßen: „Man kann natürlich sagen, daß Ebert weder die höchste Kulturverfeinerung darstellt, noch ein hervorragender Staatsmann sei. Er hat aber sehr gewinnende und sehr wertvolle Eigenschaften, und vor allem diese volkstümliche Wärme und diese tiefwurzelnde Ehrlichkeit. Er ist kein leuchtendes Genie, er hat auch weniger studiert als mancher andere, aber verkörpert den sogenannten gesunden Menschenverstand. ... Dabei hat er jene kaum bemerkbare Geschicklichkeit und jene zähe Beharrlichkeit, ohne die selbst in Revolutionszeiten ein ehemaliger Sattler nicht Reichspräsident wird. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat keine gewaltigen Individualitäten, aber einen tüchtigen, klaren, kritischen Geist hervorgebracht. Ebert ist gutes Gewächs von diesem Boden, der zwischen den überhitzten und den zu kühlen Regionen in der Mitte liegt."

Die „Frkft. Ztg" sagt: „Es ist selbstverständlich, daß es nicht dasselbe ist, der Führer einer Partei oder das Oberhaupt eines ganzen Volkes zu sein. Es ist damit keineswegs gemeint, daß Herr Ebert sich in seiner neuen und hohen Stellung versucht fühlen werde, parteiisch zu sein. Nichts rühmt man so sehr von ihm als seinen Sinn für Rechtlichkeit und guten Willen. Prinz Max von Baden, ein Zeuge, der nicht verdächtig sein kann, hat geschrieben, er habe in Herrn Ebert einen Mann von reinem Wollen kennen gelernt. Das ist sehr viel und sicherlich eine der wichtigsten Eigenschaften, die dem Präsidenten eigen sein müssen. Aber die zahlreichen Möglichkeiten, die ein Präsident hat, die Politik zu beeinflussen, erfordern noch mehr, zumal in unserer Lage. Dieses Mehr hat sehr wenig mit Dingen zu tun, auf die manche Kreise großen Wert legen. Der Kuckuck mag holen, was diese Leute heutzutage unter Bildung verstehen. Der einfachste Mann soll uns gerade recht sein nach all der verzerrten lächerlichen »Kultur«, die sich in der Welt breit gemacht hat und wahrhaftig sehr bald zu nennen ist, wenn man daran geht, die Gründe der Weltkatastrophe aufzuzählen. Gerade in der Einfachheit eines Mannes wird man am ehesten das finden, was aus den Irrsalen herausführt, wenn er nur einer der Seligen ist, die die Natur aus ihrer unergründlichen Kraft mit großen Maßen beschenkt. Aber wo ist ein solcher Mann? In der Nationalversammlung hat man sich geeinigt, daß man keinen besseren Kandidaten für den Präsidenten Deutschlands habe, als Herrn Ebert. Und so wollen wir denn zufrieden sein. Er hat sich als Volksbeauftragter redlich Mühe gegeben, er wird das als Präsident nicht unterlassen."

Der „Vorwärts" schreibt: „Der Sattler Fritz Ebert ist Reichspräsident. Ein Sieg für den Mann, ein Sieg für das Proletariat, ein Sieg für den Sozialismus. Die bürgerlichen Parteien, die im Wahlkampf am lautesten geschrien haben, die Sozialdemokratie habe sich als regierungsunfähig erwiesen, haben einen Sozialdemokraten zum Reichspräsidenten gewählt und werden morgen einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten ihr Vertrauen votieren. Innerlich wissen diese Menschen ganz genau, daß nur die Sozialdemokratie Deutschland retten und regieren kann!"

Die „Freiheit", das Blatt der Unabhängigen, endlich nennt Ebert und seine Partei die Kulisse, hinter der sich der Aufmarsch der Reaktion vollziehe.

Von österreichischen Blättern gibt das „N. Wiener Tagbl." folgendes Urteil ab: „Der erste Reichspräsident ist nicht Vertreter des Bürgertums, aber als echter Sohn des Volkes vereinigt er die guten Eigenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sittlichen Ernst und strenges Verantwortlichkeitsgefühl, in sich. Die volkstümliche Art, in welcher er die neue Gedankenwelt

vermittelt, gepaart mit der Schlichtheit und Besonnenheit seines Wesens, haben ihm auch die Sympathien der bürgerlichen Parteien erobert."

Das „Neue Wiener Journal" meint: „Die überwältigende Mehrheit bei der Wahl Eberts beweist, daß auch alle diejenigen, welche den Wandel minder freudig mitmachen, in ihm eine Persönlichkeit achten, welcher ruhig die Geschicke des Vaterlandes anvertraut werden dürfen. Die Wahl ist eine gewichtige Bürgschaft für die Konsolidierung Deutschlands. Eberts starkes Bekenntnis zur Ordnung und zum Schutze des deutschen Rechtes gegen die maßlosen Ansprüche der Feinde darf als Stütze der Hoffnung gelten, daß es ihm gelingen werde, das geschlagene und gedemütigte Deutschland wieder aufrichten zu helfen."

Die französische Presse nimmt durchweg eine ablehnende Haltung ein. Das „Echo de Paris" schreibt: „Ebert, der bereits am 13. Juli 1918 die Einstellung der Feindseligkeiten verlangte, befürwortet unter der Maske der Opposition immer noch die imperialistische Politik. Typisch ist, daß Prinz Max von Baden Ebert zu seinem Nachfolger vorschlug, und ebenso typisch ist die Haltung Eberts während der Revolution."

Der „Figaro" sagt: „Bei Ebert wird man bald wieder die Zähne Hindenburgs erkennen. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen."

Der „Homme Libre" meint: „Lassen wir uns nicht von Ebert und der Berner Konferenz prellen. Lesen wir die deutschen Zeitungen und was die deutschen Staatsmänner sagen!"

Das „Journal des Débats" schreibt: „Statt des Königs gibt es jetzt einen Präsidenten, einen frühern Sattler, doch ist der Übergang nicht so schroff, wie es scheinen könnte. Ebert war während des ganzen Krieges Regierungsmann, nahm alle Kriegskredite an, unterstützte alle Reichskanzler, und seine Eigenschaft als Sozialdemokrat verhinderte ihn nicht, den Reichskanzlertitel anzunehmen. In Deutschland herrscht jetzt die Absicht vor, den nationalen Zusammenbruch zu begrenzen, um den Folgen der Verbrechen des monarchistischen Deutschland zu entrinnen. Zu diesem Zwecke wird sich Ebert genau so benehmen, wie es ein Hohenzoller getan hätte. Für uns ist es wünschenswert, daß die Ordnung in Deutschland wiederhergestellt wird und die Bezahlung der Rechnung der Wiederherstellung und Wiedergutmachung gesichert ist, aber vergessen wir nicht, die Garantien der Errungenschaften und vor allem die Bildung von unabhängigen Staaten zu erwirken, die in erster Linie Vorstöße Deutschlands verhindern."

Infolge seiner Wahl zum Reichspräsidenten legt Ebert sein Mandat zur Nationalversammlung nieder; an seine Stelle rückt Metallarbeiter Franz Thurow.

13. Februar. Präsident Dr. David legt sein Amt infolge seiner Berufung in die Reichsregierung nieder.

In der Sitzung vom selben Tage wird vom Ministerpräsidenten **Scheidemann** das Programm der neuen Regierung in folgender Rede entwickelt:

„Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspräsident hat mich mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Aus den Mitteilungen, die uns der Herr Präsident soeben gemacht hat, haben Sie gesehen, daß sich das neue Ministerium unter meinem Präsidium bereits konstituiert hat. Ich kann darauf verzichten, die Namen nochmals zu verlesen — Sie haben sie bereits gehört —, und will

nur noch hinzufügen, daß diesem Kabinett auch der preußische Kriegsminister ohne Stimmrecht angehört. Das Programm des Reichsministeriums, umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft, erlaube ich mir, Ihnen vorzutragen:

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt.

Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt. Einheitliche Führung der Außenpolitik, einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik.

In der Außenpolitik

1. Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses auf den Grundsätzen Wilsons. Ablehnung jedes Gewaltfriedens.

2. Wiederherstellung des deutschen Kolonialgebietes.

3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen.

4. Gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund, gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege. Abschaffung der Geheimdiplomatie.

In der Innenpolitik:

1. Demokratische Verwaltung, Beseitigung aller Bevorzugungen bei der Besetzung von Beamtenstellen, Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Aufgaben.

2. Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf die Vermögenslage der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Begabung zu ermöglichen. Ertüchtigung der Jugend.

3. Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksheeres zum Schutze des Vaterlandes, unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensausschuß zur Mitwirkung bei der Verpflegung (Kantine), bei Urlaub und Unterbringung sowie bei Beschwerden. Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten aus dem Jahrgang 99, Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere. — Für die Übergangszeit: Bestätigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben.

4. Ausreichende Fürsorge für Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte.

5. Einheitliche Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung und Ausgestaltung des Verkehrswesens unter voller Wahrung der Reichsinteressen: das Reich hat in engster Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit sich das deutsche Wirtschaftsleben zum Wohle des ganzen Volkes entwickelt. Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden.

6. Rationierung und Höchstpreise werden für notwendige Lebensmittel, und zwar für diejenigen, an denen wir Mangel leiden, vorerst aufrechterhalten. Freie Verteilung der Lebensmittel und Entfaltung des freien Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sichergestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur insoweit beschränkt, als dies mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse

notwendig ist. Solange die Einfuhr rationierter Lebensmittel von der Reichsstelle geleitet wird, sind die Vertreter des Handels und der Verbraucher hinzuzuziehen.

7. Die Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen Privatmonopolcharakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen.

Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen (insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie) und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reifgeworden sind, sind sie in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen.

8. Die Koalitionsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind mit den Organen der beteiligten Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren; ihre Durchführung ist durch Vertretungen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Das Gesamtarbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen.

9. Auf sozialpolitischem Gebiet sind in Angriff zu nehmen: die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsfürsorge, Ausbau des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendfürsorge, der Arbeitsnachweis ist auf öffentlicher, rechtlicher und paritätischer Grundlage zu regeln und für die Arbeitslosen, soweit ihnen nicht Arbeit beschafft werden kann, zu sorgen.

10. Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechts zu sichern; eine zeitgemäße neue Regelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen sowie die Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts.

11. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in kleinbäuerlichen und allen sonstigen volkswirtschaftlich wertvollen Betriebsformen, insbesondere durch Pflege des Genossenschaftswesens, Schaffung von Neuland für Siedlungszwecke durch Bodenverbesserung und Heranziehung des Großgrundbesitzes nach vorwiegend wirtschaftlichen Grundsätzen, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts oder durch Enteignung.

12. Verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer, Heranziehung der Vermögen unter Freilassung der kleinsten zur Verminderung der Schuldenlast des Reichs. Die Einkommenbesteuerung ist tunlichst auf einheitliche Grundlagen zu stellen und nach sozialen und bevölkerungspolitischen Grundsätzen auszugestalten. Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung der stärksten Erfassung des Großbesitzes unter Berücksichtigung des Vermögens des Erben auszubauen.

13. Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlungen und Vereinigungen.

Meine Damen und Herren! Sie werden es verstehen, wenn ich darauf verzichte, alle angekündigten einzelnen Programmpunkte zu erläutern. An drei Stellen ist, damit keine Mißverständnisse entstehen, gewünscht worden, zu sagen, was wir darunter verstehen. Unter Ertüchtigung verstehen wir die bestmögliche geistige und körperliche Pflege der Jugend. Bei den Beamten war gewünscht worden, daß man viel eingehender auf alle ihre Rechte eingehen solle. Wir haben geglaubt, in einem solchen programmatischen Arbeitsprogramm nicht auf derartige Einzelheiten eingehen zu können. Wir wollen aber ausdrücklich sagen, daß das Beamtenrecht in der weitestgehenden Weise den Wünschen der Beamten entsprechend ausgebaut werden soll. Bei dem Beschwerderecht der Soldaten ist es ähnlich. Es ist nicht möglich, im einzelnen

anzuführen, worüber sich der Soldat alles beschweren kann. Das Wort Beschwerde umfaßt das denkbar weiteste Gebiet. Ich glaube, das dürfte zur Erläuterung des angekündigten Programms genügen.

Meine Damen und Herren! Das erste Wort der ersten verantwortlichen Regierung der deutschen Republik muß ein Bekenntnis zu dem Gedanken der Volksherrschaft sein, den diese Versammlung verkörpert. Aus der Revolution geboren, ist sie berufen, das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu wahren und zum dauernden Besitz des ganzen deutschen Volkes zu machen. In gerechter freier Wahl, bei der es keinen Unterschied gab des Ranges, Besitzes und Geschlechts, hat das Volk Sie zu seinen Vertretern bestellt; durch Sie wird es sich seine Gesetze geben, denen unverbrüchlichen Gehorsam zu leisten unser aller Pflicht ist. Lassen Sie sich alle von der Größe dieser Vorstellung durchdringen, auf daß die Souveränität des deutschen Volkes, die der 9. November verkündet hat, stabilisiert wird wie ein Felsen von Erz. Die erste Regierung der Revolution ist abgetreten. Sie trägt ihre Verantwortung vor Volk und Geschichte. Sie hat ihre Aufgabe auch nicht anders aufgefaßt als so, daß sie das ihr zugefallene Amt zu treuen Händen zu verwalten hatte bis zu dem Augenblick, in dem das Volk selber in geordneter Abstimmung über die fernere Gestaltung seiner Geschicke entscheiden konnte. Darum hat diese Regierung schon in ihrer programmatischen Erklärung am 9. November die Wahl dieser Nationalversammlung angekündigt und alle Widerstände dagegen niedergekämpft. Dies ist der Teil ihres Wirkens, auf den sie glaubt mit restloser Befriedigung zurückblicken zu können. Wir wissen nicht, welche schweren Stürme uns noch bevorstehen, aber ich glaube die Prophezeiung wagen zu dürfen, daß die Zeiten der Gewaltherrschaft ein für allemal vorrüber sind, daß keine Macht der Welt jemals es ungestraft wagen dürfte, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutasten.

Die alten Gewalten waren dem Rechtsbewußtsein des Volkes schon tot, sonst wären sie nicht so widerstandslos zusammengebrochen, sonst hätte sich der neue Rechtszustand der Demokratie nicht mit solcher Selbstverständlichkeit eingebürgert.

Wir betrachten es als eine der größten Errungenschaften, daß auch die Frauen als gleichberechtigte Volksgenossinnen in unsere Reihen eingetreten sind. Ich begrüße die große Zahl der Frauen in dieser Versammlung mit der größten Genugtuung und Hoffnung. Soll es doch die große Aufgabe der neuen Zeit sein, die Politik menschlicher zu gestalten als bisher. Wer wäre mehr dazu berufen als der Teil des menschlichen Geschlechts, der seit den ältesten Zeiten niemals Waffen geführt hat!

Von stolzer Höhe ist unser Volk in einen Abgrund gestürzt. Als man uns rief, war längst kein Halten mehr. Das ist das Schlimmste eines zur Niederlage bestimmten Volkes, daß es sich selbst belügen muß, weil es an die Niederlage nicht glauben darf. Wir waren aber zur Niederlage bestimmt. Wir mußten vor der brutalen Wahrheit die Augen schließen, daß zehn schließlich immer stärker sind als einer. Wir durften an unsre Niederlage nicht glauben, wenn wir sie nicht herbeiführen wollten, konnten aber mit diesem Glauben an uns selbst nicht die Macht der Zahlen aus der Welt schaffen. Als entgegen allen Voraussagen unsrer U-Bootpropheten das Heer der Feinde im Westen um Millionen anwuchs und schließlich der geniale Hasardeur des Weltkriegs, Ludendorff, den Bankrott erklärte — diejenigen, die es miterlebt haben, werden keinen Widerspruch wagen —, fiel es wie eine Binde von den Augen des Volkes. Deutschland war reif geworden für den 9. November. Daß unser Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alte Gesellschaft zu zertrümmern und

seine eigene Herrschaft auszurufen, darin erblicke ich die feste Bürgschaft für eine gute Zukunft. Auch die trüben Nebenerscheinungen der Revolution können mich in dieser Beziehung nicht beirren. Die alte Macht war so zurückgeworfen, daß sie jeden Gedanken an Widerstand aufgab.

Dieser Einsicht dürfen wir es danken, daß die größten Umwälzungen sich vollziehen konnten, ohne Ströme von Blut zu kosten. Nach der Flucht des letzten Kaisers nahm auch Prinz Max seinen Abschied und übertrug die Leitung der Reichsgeschäfte meinem Parteigenossen Ebert, der in Gemeinschaft mit Landsberg und mir die Regierung antrat. Dadurch entstand die provisorische Regierung, die bis zum gestrigen Tage gedauert hat. Prinz Max vollzog damals mit dem Blick eines Staatsmannes eine geschichtliche Notwendigkeit. In dem Augenblick, wo Deutschland reif wurde für eine demokratische Republik, mußte notwendigerweise die Fortführung der Geschäfte an diejenige Partei fallen, die seit jeher die Vorkämpferin des demokratischen Prinzips gewesen war. Weder für den Kanzler des alten Regimes, noch für uns gab es in diesem Augenblick eine Wahl. Wir standen unter dem Zwang der geschichtlichen Notwendigkeit.

Am 10. November ergab sich die Notwendigkeit, daß wir uns mit der Fraktion der Unabhängigen auf Bildung einer gemeinsamen Regierung zusammentaten. Wir gingen dabei von der Ansicht aus, die Revolution ohne weiteres Blutvergießen ihren Zielen zuzuführen, so, wie wir diese Ziele verstanden, zur Aufrichtung einer reinen Volksherrschaft im Staat, die uns auch als Sozialisten die Möglichkeit zu praktischer Arbeit eröffnete. Wie ernst unsere Absicht und wie weit unser Entgegenkommen war, ersehen Sie aus dem Umstand, daß wir uns bereit erklärten, alle Posten paritätisch zu besetzen, obgleich wir genau wußten, daß unser Anhang im Volke unvergleichlich viel größer war, als der jeder andern Partei. Wir nahmen das Verhältnis 1 : 1 an, während die Wahlen zur Nationalversammlung das Verhältnis 11 : 2 ergaben. Unter diesen Umständen war unsere Herrschaft von vornherein belastet mit einer Erbsünde gegen den Geist der Demokratie. Nicht die Revolution zu beenden, sondern ihr Werk mit Methode und ohne Blutvergießen fortzuführen, ist die Aufgabe jeder künftigen Volksvertretung und muß es jeder künftigen Regierung sein, die vor der Geschichte in Ehren bestehen will. Die gegenwärtige erste Regierung, deren Fortbestehen von Ihrem Vertrauen abhängt, kann ihre Aufgabe nicht anders auffassen. Nachdem das Volk am 19. Januar keiner Partei die absolute Mehrheit zuerkannt hat, ist die Bildung einer aus mehreren Parteien zusammengefaßten Regierung zur unabweislichen Notwendigkeit geworden, und zwar auf einer möglichst breiten Grundlage. Die dabei auftauchenden Schwierigkeiten müssen überwunden werden.

Der Friede, den abzuschließen die schwere Aufgabe dieser Regierung ist, soll keine bloße Ermattungspause in einem ewigen Kriegszustand der Völker sein, er soll vielmehr das harmonische Zusammenleben aller Völker auf dem Boden einer Weltverfassung begründen, die allen Völkern gleiche Rechte verleiht. In diesem Sinne ist das Programm des Präsidenten Wilson von uns aus innerer Überzeugung angenommen worden. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht nach furchtbaren Kämpfen errungen; wie sollte es anders als freudig dem Grundsatz huldigen, daß Völker und Volksteile nicht wie Bauern auf dem Schachbrett verschoben werden dürfen. Aber es darf auch keine neue Sklaverei aufgerichtet werden. Das deutsche Land soll und wird das Vaterland aller sein, die Deutsche sein und bleiben wollen, keins seiner Glieder soll in Schmach und Not verkümmern. Die restlose Erreichung aller Vernichtungsziele im Osten hat uns

wahrlich alles andere als Glück gebracht. Ein niedergetretenes hungerndes Deutschland wäre für die ganze Welt ein Unglück und eine Gefahr. Wir fühlen die Kraft in uns, der Welt mehr zu geben, als man uns genommen hat, wenn man uns die Arme frei läßt zum Schaffen. Waren zur Zeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Alldeutschen eine Gefahr für die Welt, so sind es die Alldeutschen des Auslandes jetzt. Diese Machtpolitiker können uns wohl, wenn sie die Entscheidung maßgebend beeinflussen können, zum Frieden zwingen, aber sie werden niemals 70 Millionen Menschen zwingen können, einen solchen Frieden im innersten Herzen als ehrlich und gerecht anzuerkennen. Sie werden nie imstande sein, einen wahren Friedensbund der Völker zu begründen, der auf dem freien Willen der gemeinsamen Überzeugung ruht. In diesem Zusammenhange möchte ich ein Wort richten an alle gerecht und menschlich Denkenden auf dem ganzen Erdenrund: daß sie uns unterstützen mögen in der Forderung, die wir in unserem Programm bereits formuliert haben, daß endlich den deutschen Kriegsgefangenen die Möglichkeit der Heimkehr zu ihren Familien gegeben werden möchte. (Zuruf bei den Unabh. Soz.: Schicken Sie doch die Russen zurück!) Wir sind doch hier im deutschen Reichstag und nicht im russischen. Indem wir unseren Brüdern, die jahrelang von ihren Familien, von ihren Frauen und Kindern und Geschwistern getrennt gewesen sind, die herzlichsten Grüße senden, verbinden wir damit den Wunsch, daß uns alle Neutralen, die sich ein Gefühl der Menschlichkeit bewahrt haben, in dieser Forderung unterstützen.

Meine Damen und Herren! Die die alte Welt nur in veränderter Form wieder aufrichten wollen, das sind die gefährlichsten Gegenrevolutionäre, und ihnen stellen wir das Prinzip der deutschen Revolution entgegen, die eine neue Welt schaffen will innen und außen. In diesem Sinne rufen wir als Helfer und Bundesgenossen alle Gleichgesinnten der ganzen Erde auf, mit denen wir freudig und ehrlich zusammenzuarbeiten gewillt sind, denen wir auch unsere Bereitschaft erklären, jedes Opfer zu bringen, das die Verwirklichung dieser großen Idee von uns fordert. Einstweilen aber wollen wir unverzagt an unserem eigenen Hause bauen, in dem Bewußtsein, daß alles, was auf deutscher Erde gut wird, auch der ganzen Welt zugute kommt. Die vorläufige Verfassung, die aus den Beschlüssen dieses Hauses hervorging, ist nur ein Gerüst für den Aufbau der endgültigen. Es ist unser aller Ehrgeiz, in dieser Verfassung ein Maß von Freiheit zu verwirklichen, wie es keine andere der Welt kennt. In diesem Geiste wird auch das Heerwesen geordnet werden, so daß jedem einzelnen Angehörigen das Maß von Freiheit gewährt bleiben soll, das mit dem Zwecke des Ganzen vereinbar ist. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß sich nie wieder eine Organisation der bloßen Gewalt über die Organisation des Rechts erhebt. Es kann in Deutschland keinen anderen Soldaten mehr geben als den Soldaten der Republik. Niemand anders wird die höchste Kommandogewalt haben als das Volk selbst durch seine verfassunggebende Vertretung; dem Einzelnen steht seine Überzeugung vollkommen frei — die Armee als Ganzes kann keine Politik treiben, weder royalistische, noch bolschewistische. Ein anderes, nicht leicht zu lösendes Problem liegt in dem Verhältnis des Reichsganzen zu seinen einzelnen Teilen. Die Regierung hofft, in ernstem Zusammenarbeiten mit Ihnen das schwere Werk vollenden zu können — das schwere Werk, den idealen Grundsatz zu verwirklichen, die Einheit und die Freiheit wie die unverbrüchliche Solidarität aller deutschen Stämme auf dem Boden der Republik in die Tat umzusetzen. Die Regierung ist sich auch dessen bewußt, daß Staatsverfassungen, auch die vollkommensten, nur leere

Formen sind, die ihren Inhalt durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände erhalten. Beseitigung der Klassenunterschiede, das ist die große Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Ich will an dieser Stelle ein offenes Wort zu Ihnen sagen. Es würde sinnlos und unnütz sein, die Tatsache verdunkeln zu wollen, daß innerhalb der neugebildeten Regierung über das Ideal der künftigen Gesellschaftsordnung verschiedene Auffassungen herrschen. Die Volksabstimmung vom 19. Januar hat keiner dieser Anschauungen eine alleinherrschende Stellung eingeräumt. Aber ich glaube sagen zu dürfen: kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwicklung befinden, die weder zurückgeschraubt, noch ohne die schwerste Gefahr für das Ganze übersehen werden kann. Auch die nichtsozialistischen Mitglieder der Regierung wissen, daß die sozialistischen nicht aufhören werden, Sozialisten zu sein und demgemäß nach ihrer sozialistischen Überzeugung zu handeln. Nicht aber denken wir daran, auf unsere Kollegen oder auf diese Versammlung eine unzulässige, mit dem Geiste der Demokratie unvereinbare Pression auszuüben. Die Nationalversammlung wird bleiben, solange bis das Volk sie durch eine andere Vertretung ersetzt, die volle Herrin ihrer Entschlüsse. Wir aber wollen, solange wir das Vertrauen ihrer Mehrheit genießen, gemeinsam arbeiten im Dienste des Volkes, das durch seinen Spruch vom 19. Januar Gemeinsamkeit der Arbeit von uns gefordert hat.

Was uns zusammenführte, das war das harte Muß, die bittere Not. Wieder hat sich das Wort bestätigt, daß die Not gute Kameradschaft bringt. Nun, deutsche Männer und deutsche Frauen, Bahn frei für alles, was aus der Tiefe zum Licht strebt! Bahn frei für das drängende Neue! Dann werden wir es schaffen.

Abg. **Gröber** (Ztr.): Heute ist es schwer, national zu fühlen und zu denken, aber dafür um so ehrenwerter und notwendiger. Die Hauptaufgabe für uns in dieser Versammlung ist die Schaffung von Frieden und Ordnung, von Brot und Arbeit. Unsere Kriegsgefangenen sind so rasch wie möglich ihren Familien zurückzugeben. Die besetzten Gebiete müssen frei werden von der Abschnürung und drückenden Belastung mit Quälereien aller Art. Es ist ein Vorgang, wie er in der ganzen Geschichte noch niemals dagewesen ist, daß ein Volk um Frieden bittet und mehr als 4½ Monate nicht einmal eine Antwort erhält. Wir müssen auf das schärfste gegen die Annexionsbestrebungen Frankreichs, namentlich im Saarrevier, uns wenden. Wir bekennen uns zu dem Grundsatz Wilsons über die Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung, aber über den deutschen Charakter von Danzig und Oberschlesien kann wahrhaftig nicht gestritten werden. Wie am 19. Juli 1917 erklären wir uns auch heute gegen jede polnische und französische Annexionspolitik. Wir erheben Protest gegen den Plan, den deutschen Kaiser vor ein ausländisches Gericht zu stellen. Das ist mit den völkerrechtlichen Regeln unvereinbar und soll nur Deutschland herabwürdigen und beschämen.

Wir treten für einen Völkerbund ein. Dieser aber muß den Todeskeim in sich tragen, wenn unsere Kolonien nicht zurückgegeben werden. Ein Völkerbund kann nicht Bestand haben, wenn einzelne Mächte Gebietserweiterungen im voraus versuchen. Das gilt von Elsaß-Lothringen und Polen. Das Vorgehen der Polen ist um so verwerflicher, weil gleichzeitig der Bolschewismus gegen uns anstürmt. Gegen beide Feinde muß sich das Volk zur Wehr setzen, und deshalb braucht es eine Volkswehr. Wir empfinden den Mangel einer geordneten Truppe und müssen um so mehr unserer früheren Armee für ihre Leistungen danken. Zur Zermürbung der

Armee hat das Bestehen der Soldatenräte beigetragen. Ich erkenne an, daß sie als Vertrauensausschüsse Gutes gewirkt haben, aber verwerfen müssen wir ihre politische Tätigkeit. Soldatenräte sind mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar, da sie sich einseitig aus einer Partei zusammensetzen, und eine demokratische Regierung kann eine Nebenregierung nicht dulden. Von den großen Ausgaben, die vorgekommen sein sollen, will ich nicht reden. Bei der Marine sollen gewisse Soldaten monatlich 5000 Mark erhalten haben. Die Regelung der Einzelbeziehungen zwischen Staat und Kirche muß Sache der Einzelstaaten sein, nur daß sie auf dem Boden der Freiheit und nicht der Unfreiheit zu erfolgen hat. Man muß jeden nach seiner Fasson Gott suchen lassen, niemand hat sich einzumischen. Wenn alle diese Ziele erreicht werden sollen, so braucht das Volk Brot und Arbeit. Vor allem aber Brot, Brot und nochmals Brot, denn es ist vielfach die Folge der langen Unterernährung, wenn jetzt nicht so gearbeitet werden kann, wie es notwendig wäre.

Wir brauchen eine neue Regierung, eine neue Verfassung und eine Erneuerung in geistiger und sittlicher Beziehung für das ganze Volk. Wir brauchen eine Regierung, die als eine rechtmäßige allseitig anerkannt werden muß. Wir brauchen eine starke Regierung. Der Einwand unserer Feinde, es fehle an einer verhandlungsfähigen Regierung, kann jetzt nicht mehr gelten. Die jetzige Regierung hat ihre Macht nicht von dem Willen einer einzelnen Partei, sondern vom ganzen deutschen Volk. Meine politischen Freunde erkennen sie als rechtmäßig an. Man darf nicht den Unterschied machen, daß die früheren Machthaber sich auf göttliche Berufung stützten, während die neue Regierung vom Volke gewählt sei. Nach unserer Meinung ist jede Obrigkeit von Gottes Gnade, ganz gleich, ob sie monarchisch oder republikanisch ist. Je stärker die Regierung ist, einen um so besseren Frieden wird sie herbeiführen können. Durch unseren Beitritt wird die Politik der Regierung beeinflußt. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist ein Koalitionsprogramm, nicht ein sozialistisches. Man wird auch künftig nicht mehr von einer sozialistischen Republik sprechen dürfen. Wir sind Mitglieder nicht einer sozialistischen, sondern einer Koalitionsregierung. Das Zentrum ist stets eine Verfassungspartei gewesen. Die Regierung des Prinzen Max von Baden hatte uns alle wichtigen demokratischen Errungenschaften gebracht, auf denen wir nun hätten weiter bauen können. Statt dessen kam die Revolution vom 9. November, die ein Unglück war für das deutsche Volk, die uns politisch, militärisch und finanziell aufs schwerste gefährdet hat. Ohne Revolution hätten wir längst den Frieden. Heute ist unsere Wehr zermürbt und zerrüttet, und wir müssen ein Freiwilligenheer mit ungeheuren Kosten schaffen. Wir bitten um nähere Auskunft vom Reichsschatzminister und sind auf die schlimmsten Nachrichten gefaßt.

Meine Freunde stellen sich auf den Boden der vollendeten Tatsachen, weil wir in der demokratischen Republik die einzige Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos in geordnete Zustände zu kommen. Wir wollen die demokratische Republik, aber keine sozialistische, wir wollen sie auf föderativer Grundlage entsprechend der jahrhundertealten Überlieferung. Ein ungesunder Unitarismus hat seine zerstörende Wirkung vor allem auf kulturellem Gebiet gezeigt, also namentlich in Fragen von Kirche und Schule, Kunst und Wissenschaft. In den Kriegsjahren hat leider eine gewisse Zentralisierung eingesetzt, aber diese hat einen Aufschrei ausgelöst von einer Gewalt, wie wir ihn noch nicht gehört haben, den Aufschrei: los von Berlin! Man darf nicht glauben, daß er nur aus Oppositionslust entstand. Warum soll man auch den deutschen Stämmen nicht das Recht lassen, im Rahmen des Ganzen nach ihrer Eigenart ihre Verhältnisse zu ordnen?

Wenn wir so den deutschen Reichsstaat auf demokratischer Grundlage aufbauen, so bietet sich damit auch die beste Möglichkeit, die Deutsch-österreicher, wenn sie sich uns anschließen wollen, in unseren demokratischen Freistaat aufzunehmen. Wenn wir den gesetzlichen Neubau des Reiches ausführen, sind wir uns unserer Unzulänglichkeit bewußt, wir schaffen nur den äußeren Rahmen. Aber die beste Verfassung ist wertlos, wenn sie nicht von der Volksseele aufgenommen wird. Unsere Volksseele ist sehr krank, wir müssen lernen, wieder national zu denken, nicht im Sinne des Chauvinismus, sondern im Sinne des Wortes: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!

Abg. Dr. **Naumann** (Demokr.): Durch die Proklamation des neuen Reichskanzlers ist eine Mehrheitsregierung aufgetreten, zu der auch wir neben die Mehrheitssozialisten getreten sind. Es wäre auch eine unsozialistische Mehrheit nach rechts hin möglich gewesen, aber diese würde zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen können. Eine bürgerliche Mehrheit würde die Revolution nicht beendigen können, denn gerade diese Zusammenfassung würde alle Sozialisten zu einer gemeinsamen Opposition herausfordern und den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte nicht gewährleisten. Dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten als eine Garantie für einen künftigen Rechtsfrieden in keiner Weise erscheinen. Wenn das Ausland mit uns einen Frieden machen soll und muß, bei dem wir die um Frieden Bittenden geworden sind, so kann unmöglich zu der Menge der Nationen eine deutsche Mehrheit hinzutreten, die mit der früheren Vaterlandspartei zusammengefügt ist. Es bleibt nur die zweite in diesem Hause vorhandene Mehrheitsmöglichkeit übrig, die Zusammenfassung der Mehrheitssozialdemokratie mit den demokratisch fühlenden Gruppen. Diese Gruppen können sich leicht einigen auf dem Gebiete der durchgeführten und exakten Demokratie.

Eine wirklich bis zu Ende gegangene bürgerliche Umgestaltung, die wir bisher nicht hatten, kann jetzt durchgeführt werden, weil Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum darüber einig sind. Diese Mehrheit kann allgemeinpolitisch, nationalpolitisch, innerlich demokratisch ohne wesentliche Hemmnisse miteinander arbeiten. Bestimmt und unzweideutig muß gesagt werden, daß heute ein Traum vom Wiederkommen der Monarchen nur die Bedrohung mit einem Bürgerkriege ist. Wenn die frühere oberste Stelle noch im Juli 1917 das Ohr offen gehabt hätte für die Mehrheit des Volkes, dann hätten wir heute vielleicht Verhältnisse wie in England. Dann wäre vielleicht das doppelte Wort Demokratie und Kaisertum bei uns verwirklicht. Wenn es anders kam, so lag das an der Monarchie selbst. Ein einheitliches republikanisches deutsches Volk zu machen, das ist die Aufgabe, warum wir hierher geschickt worden sind. Man wird die Nationalversammlung nur nach den Endergebnissen beurteilen, ob wir den deutschen Volksstaat fertiggebracht haben oder nicht. Wir stehen heute in einer Weltsituation, wo der politische Typ von Amerika ausgeht. Der Deutsche erscheint in der Welt draußen als Raubtier innerhalb der Menschheit, das vernichtet werden muß. Nein! Wir alle wollen ehrlich einen Frieden, aber wir wollen auf deutschem Boden nicht von Feinden aufgefressen werden, denen es scheint, als lägen wir jetzt da wie ein halb verendetes großes Tier, an das sich alles kleine Raubgesindel heranwagen und an dem es herumfressen kann. Da kommt einem doch tiefer Zweifel an der Wahrhaftigkeit der großen Deklamationen von der Zivilisation.

Seit unserer Niederlage lernen wir die übrige Welt von einer Härte kennen, die unerhört ist. Wir sind den Völkern entgegengegangen, indem

wir sprachen: wir haben ehrlich gekämpft, wir sind die Schwächeren gewesen, wir stellen uns auf die Sätze von Wilson. Auf dieser Grundlage wollen wir Frieden. Aber für uns geht der Krieg weiter, wenigstens die Leiden und Schmerzen des Krieges. Unsere Gefangenen, Hunderttausende an der Zahl, sehnen den Tag herbei, wo sie zu ihren Familien zurückkehren können, und wahrlich, sie würden die stärksten Verkündiger des Friedensgedankens und des Friedenswillens sein.

Also warum hält man sie draußen weiter fest, und wie kommt man dazu, den Waffenstillstand dazu zu benutzen, um schon alles das vorwegzunehmen, was man im Friedensvertrag für sich durchzusetzen die Absicht hat? Da erscheint es, als ob man bei der jetzt bevorstehenden Erneuerung des Waffenstillstandes unsere deutsche Handelsflotte opfern will. Welche Sicherheiten haben wir, daß wir sie wiederbekommen, wenn sich der Verband jetzt sogar die Baupläne der Schiffe, die wir auf den Werften haben, geben läßt, damit er unsere ganze Handelsschiffahrt in der Hand hat? Wenn der Verband so seine Hände auf unsere Flotte legt, was nützt uns dann die Freiheit der Meere? Wenn er es jetzt versteht, seine Hände auf die deutschen Bergwerke und Eisenwerke zu legen, was können wir dann für einen Frieden machen in volkswirtschaftlicher Beziehung? Unter diesen Umständen müssen wir auch als Freunde der Mitglieder dieser Regierung die Frage stellen: wie werden diese Dinge gemacht und verwaltet? Wie ist es möglich, daß man die deutschen Schiffe ausfahren läßt, ohne zu wissen, ob man sie jemals wiedersehen wird? Wir wollen auch wissen, zu welchen Ämtern und Departements die Behandlung dieser Dinge gehört, welche Sachverständige dabei beteiligt gewesen sind. Hier liegt ein so großes allgemeines nationales Interesse vor, daß wir nicht zögern dürfen, vor dem eigenen Volk und vor den fremden Völkern darüber zu sprechen: was macht uns der Waffenstillstand?

In diesem Zusammenhange muß auch weiter dem Verbande gesagt werden, daß er allein die Autorität hat, den Polen und den Tschechen Grenzen anzuweisen, innerhalb deren ihr Vorgehen berechtigt und erlaubt ist. Wir haben versprochen, auf die Wilsonschen Punkte einzugehen, aber darüber hinaus ist nichts bisher versprochen worden, und ich frage, wo liegen die Rechte für die Polen, jetzt vor dem Friedensschluß unsere Grenzen zu überfluten? Wir werden durchaus und freiwillig alle Glieder des Reiches, die fremdsprachig bei uns wohnen, gehen lassen, wohin sie gehören, aber ebenso wollen wir auch das Wort von der Selbstbestimmung angewendet wissen auf die Angehörigen der deutschen Nation. Überall, wo es Deutsche gibt, müssen sie das Recht haben, zu uns zu kommen, wenn sie wollen. Das gilt vor allem auch für Elsaß-Lothringen. Man soll den Deutschelsässern die Möglichkeit geben, sich als Deutsche zu bekennen. Unsere deutschen Brüder in Böhmen, in Österreich, die nun aus Hunger und Not zu uns kommen, wir grüßen sie auf das herzlichste. Wir wollen gute Beziehungen auch mit Rußland. Wenn aber der Rubel jetzt zu uns rollt, um eine Politik der Subvention von unten her zu machen, so lehnt das die überwältigende Mehrheit unseres Volkes als unerträglich ab. Einen Volksstaat zu errichten, ist ebenso ein technisches Kunstwerk wie ein moralischer Entschluß. Um beides möglich zu machen, gehen wir mit der neuen Regierung.

Reichsminister **Erzberger**: Die Anfrage des Vorredners über die Sicherheit unserer Schiffe gibt mir Gelegenheit, einige Worte an das Haus zu richten. Die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte war die ehrliche Voraussetzung des Verbandes für die Verlängerung des Waffenstillstandes im Januar 1919. Zwei Tage vor der Verlängerung kam die

Aufforderung der Verbündeten, Sachverständige in Lebensmittelfragen und Schiffahrtsangelegenheiten nach Trier zu senden. Bei den schlechten Verkehrsverhältnissen sind diese Sachverständigen einen Tag später in Trier eingetroffen als die Waffenstillstandskommission. Marschall Foch hat einen Tag vor der Verlängerung des Waffenstillstandes im Januar vorgeschlagen, es möchte eine Sonderkonferenz über Gestellung von Schiffen für Lebensmittel stattfinden. Ich erklärte mich dazu bereit und fügte hinzu, daß die deutschen Sachverständigen noch nicht anwesend seien. Man kam überein, daß der Marinesachverständige der Waffenstillstandskommission die Wünsche der Verbündeten entgegennehmen sollte. Kapitän Vanselow meldete sofort als unsere Forderungen an: 1. Sicherstellung des Eigentums an deutschen Schiffen, 2. Recht der deutschen Besatzung, 3. angemessene Vergütung. Die Engländer, Amerikaner und Franzosen haben diese drei Fragen bejaht. Foch erklärte, er müsse am nächsten Tage ganz bestimmt wissen, ob eine Verständigung zustande komme. Unsere Sachverständigen trafen am nächsten Tage um $^1/_2$5 Uhr in Trier ein, und sie konnten natürlich in der kurzen Zeit bis $^1/_2$6 Uhr die Bestimmungen des Schiffahrtsabkommens nicht prüfen. Für mich lag die Frage so: soll der Waffenstillstand verlängert werden, soll Deutschland die Aussicht haben, die unentbehrlichen Lebensmittel zu bekommen, oder sollen wir abreisen? Die Verantwortung für das letztere hätte ich nicht übernehmen können, denn die Politik der Risiken kann das deutsche Volk in der heutigen Zeit sich nicht mehr leisten. Die in der Öffentlichkeit oft aufgetauchte Behauptung, daß die deutschen Schiffe ausgeliefert seien, ist ein Grundirrtum, mit dessen Verbreitung die deutschen Interessen geschädigt werden. Die deutschen Schiffe sind nicht ausgeliefert, sondern werden nur zur Verfügung gestellt. Es ist ausdrücklich in dem Abkommen gesagt, daß damit keine endgültige Entscheidung getroffen ist, daß das Abkommen nur für die Dauer des Waffenstillstandes gilt. Das Eigentum an den Schiffen ist für uns absolut gesichert mit der Sicherheit, die jeder internationale Vertrag bieten kann. Wenn Abgeordneter Naumann sagt, die Schiffe sollten vorerst nicht ausfahren, so entspricht das der Absicht der Regierung und dem Sinne des Abkommens. Sie sollen der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands dienen. Dazu gehört aber noch das Ernährungsabkommen, das bereits abgeschlossen ist, und das Finanzabkommen, in dem die Bezahlung geregelt wird.

Alle unsere Bemühungen, von den Gegnern Kredite zu bekommen, sind gescheitert. Es kann niemand von uns verlangen, daß wir die Schiffe hinausschicken, wenn Gefahr besteht, daß das ganze Abkommen an dem Finanzabkommen scheitert. Mit den Sachverständigen bin ich dauernd in Fühlung geblieben. Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß wir die russischen Kriegsgefangenen nicht zurückgegeben hätten. Rußland hat uns heute die 50000 deutschen Kriegsgefangenen, die noch im Elend sitzen, nicht zurückgegeben. Wir haben dagegen die russischen Gefangenen zurückgeschickt, bis der Verband von uns verlangt hat, daß der Rest in deutschen Sammellagern vereinigt und nach den Bestimmungen des Verbandes in bestimmte Gegenden geschickt werden soll. Der Verband will damit verhindern, daß die russischen bolschewistischen Armeen durch die zurückkehrenden Kriegsgefangenen verstärkt werden. Seit dem 11. Januar 1919 befinden sich keine Kriegsgefangenen der Verbündeten mehr in Deutschland. Ebenso berechtigt ist die einmütige Forderung des deutschen Volkes, daß noch vor dem Abschluß des Präliminarfriedens die deutschen Kriegsgefangenen uns wiedergegeben werden.

14. Februar. Bei der Neuwahl des Präsidenten wird Abg. Fehrenbach (Ztr.) mit 295 von 334 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt und nimmt das Amt an. 32 Stimmzettel sind leer, 7 Stimmen zersplittert. Zum Vizepräsidenten wird Abg. Schulz-Ostpreußen (Soz.) mit 249 von 283 Stimmen gewählt. 33 Stimmzettel sind unbeschrieben, 1 Stimme zersplittert. Abg. Schulz nimmt gleichfalls die Wahl an.

Das Haus setzt sodann die Besprechung der Regierungserklärung fort.

Reichsminister des Auswärtigen Graf **v. Brockdorff-Rantzau**: Meine Damen und Herren! Die neue Regierung hat mich als Minister des Auswärtigen in meinem Amte bestätigt. Das gibt mir das Recht und die Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die Grundlinien, nach denen ich die auswärtige Politik des Reiches im Rahmen allgemeiner Regierungspolitik zu führen gedenke. Die Erbschaft, die das zusammengebrochene alte System der Regierung hinterlassen hat, ist eine Konkursmasse, und doch weiß ich, daß ich vor der Geschichte regreßpflichtig gemacht werde, auch wenn ich diese Masse nicht nach freier Entschließung, sondern nach dem Willen der Gläubiger liquidieren muß.

Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen, die Beseitigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zu der Völkergemeinschaft. Die Beseitigung des Kriegszustandes ist ein dringendes Bedürfnis der ganzen Welt. An Deutschland hat es nicht gelegen, daß er noch besteht. Als sich die frühere deutsche Regierung mit dem Verband und den Vereinigten Staaten auf die Wilsonschen Grundsätze einigte und auf dieser Basis die Waffenstillstandsbedingungen annahm, konnte niemand glauben, daß der Friede noch so lange auf sich warten lassen würde. Leider hat Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt, sondern ihnen nur die Möglichkeit gegeben, durch wiederholtes Drohen mit Erneuerung der Feindseligkeiten weitere Zugeständnisse von uns zu verlangen. Neuerdings haben sie den Versuch gemacht, auf diesem Wege die Fragen zu regeln, die unzweifelhaft zu dem Gegenstand des Friedensschlusses gehören und die sie unter dem Drucke der Waffen einseitig zu unserem Nachteil zu lösen gedachten, während sie nach den vereinbarten Friedensgrundsätzen auf dem Boden der Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit zu lösen waren. Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch zukünftig solche Versuche zurückweisen. Man kann uns Gewalt antun, man kann uns aber nicht zwingen, Gewalt als Recht anzuerkennen. Wir haben einen baldigen Frieden erwartet, weil die Waffenstillstandsbedingungen nur Sinn hatten, wenn sie auf kurze Dauer angelegt waren. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir jetzt im Osten gut brauchen könnten, durch eine republikanische Truppe zu ersetzen. Trotzdem werden die Bedingungen des Waffenstillstandes von Monat zu Monat verschärft. Wenn die Gegner glauben, uns strafen zu müssen, so dienen sie der Rache statt der Gerechtigkeit und töten den Geist, in dem nach ihren eigenen Erklärungen der Friede geschlossen werden sollte.

Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit den Gegnern vereinbart hat; diese Bedingungen bedeuten eine völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschlands und eine Anerkennung der Wahrheit, die

einer der Großen von Weimar in die Worte gekleidet hat: die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Aber unsere Feinde lehnen wir als Richter wegen Befangenheit ab. Nicht dem Spruch des Siegers, nur dem Urteil des Unparteiischen können wir uns innerlich beugen. Deshalb werde ich mich von den Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms, wie es von beiden Seiten anerkannt ist, nicht abdrängen lassen. Dazu gehört in erster Linie die bindende Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit und der Verzicht auf eine Rüstung, die es erlauben würde, einen Nachbar mit Machtmitteln zu überfallen. Zu beiden Beschränkungen unserer Souveränität sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland bei den Haager Friedenskonferenzen in diesen beiden grundlegenden Fragen eingenommen hat, eine historische Schuld in sich schloß, für die unser ganzes Volk jetzt büßen muß. Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Geständnis ein, daß das deutsche Volk im Sinne feindlicher Behauptungen allein den Weltkrieg verschuldet und daß es ihn mit einer Barbarei geführt habe, die ihm ausschließlich eigen sei. Wir haben uns über jahrelange Kriegspläne unserer Gegner und über schwere Grausamkeiten ihrer Kriegführung zu beklagen und sind bereit, über die Schuld am Kriege und Schuld im Kriege unparteiische Männer urteilen zu lassen, die das Vertrauen aller Kriegführenden genießen. Deshalb halten wir an den Wilsonschen Grundsätzen fest, daß dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und keine Gebiete der Besiegten abzutreten sind. Verpflichtet und bereit sind wir, die Schäden wieder gutzumachen, die in den von uns besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung durch unseren Angriff entstanden sind. Wenn wir aber in diesen Gebieten das Zerstörte wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt und etwa den Kriegszustand deshalb verlängert, um einen völkerrechtlichen Vorwand für diese Fronarbeit zu haben. Unsere Gegner verdanken den Sieg zu überwiegend großem Teil nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Kriegführung. Daraus folgt, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch ein wirtschaftlicher Friede sein muß. Mit Recht hat Präsident Wilson den Grundsatz wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung als eine Hauptbedingung für einen gerechten und dauerhaften Frieden bezeichnet. Wir dürfen daher annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 fallen gelassen werden. Es ist klar, daß auch eine nur zeitweise Differenzierung Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs für uns unannehmbar wäre. Man darf ein Volk wie das deutsche nicht als Volk zweiter Klasse behandeln, man darf ihm nicht vor Eintritt in den Völkerbund eine Quarantänezeit auferlegen, so wie man ein Schiff wegen Pestgefahr vor dem Hafen zurückhält. Wenn wir uns auf gerechte Friedensbedingungen einlassen und für ihre Erfüllung Sicherheit stellen, die ein verständiger Vertragsgegner fordern kann, so liegt kein Grund vor, uns Meistbegünstigung zu versagen. Allerdings müssen auch wir auf dem Gebiet der Handelspolitik umlernen. Wir haben uns nicht immer von der Wahrheit leiten lassen, daß auch in den Beziehungen der Völker der Satz gilt: wenn du nehmen willst, so gib. Das hängt gewiß zum Teil mit der einseitigen bureaukratischen Besetzung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. Mit bureaukratischen Mitteln lassen sich die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker, die durch den Krieg tief zerrüttet sind, nicht wiederherstellen, deshalb ist es mein Plan, erfahrene Praktiker mehr als bisher in den auswärtigen Dienst ein-

zustellen. Den Anfang habe ich bereits gemacht. Ich vertraue darauf, daß unser wirtschaftlicher Auslandsdienst künftig die Handelsfreiheit, die uns ein Rechtsfriede bringen muß, in einer Weise ausnutzen wird, die gleich weit von unsolider Schleuderwirtschaft wie von engherziger Krämerpolitik entfernt ist. Auf diesem Wege werden wir am ersten die Abneigung anderer Völker gegen Deutschlands geschäftliche Methoden aus dem Wege räumen, die wesentlich dazu beigetragen haben, die Atmosphäre des Krieges vorzubereiten.

Die Freiheit des Handels aber setzt Freiheit der Meere voraus. Deshalb ist für Deutschland der Punkt des Wilsonschen Programms, der von der Freiheit der Meere spricht, einer der wichtigsten. Dabei kommt es uns weniger auf die Regeln des Seekriegsrechts an, wir wollen jetzt nicht von neuen Kriegen reden, als vielmehr auf friedliche Benutzung der Straßen der See und ihrer Küsten und Häfen. Über diesen Hauptpunkt des künftigen Friedensrechts herrscht aber noch keine Klarheit. Die Entente hat sich im vorigen Herbst ihre Zustimmung dazu vorbehalten, und die Bedingungen, die sie Deutschland im Zusammenhang mit den Versprechen der Lieferung von Lebensmitteln und mit Verlängerung des Waffenstillstandes gestellt hat, lassen befürchten, daß sie Deutschland seiner gesamten Handelsflotte berauben will. Wollte man aber Deutschland zwingen, ohne Handelsflotte in den Völkerbund einzutreten, so bedeutete das eine gewaltsame Umkehrung seiner Wirtschaftsentwicklung. Eine solche Umgestaltung kann sich nicht ohne krampfhafte Zuckungen vollziehen, die eine stete Bedrohung des allgemeinen Friedens bedeuten würden. Ebensowenig kann Deutschland ohne Kolonien in den Völkerbund eintreten wie ohne Handelsflotte. Nach Wilsons Programm sollen Kolonialfragen eine freie, weitherzige, unbedingt unparteiische Schlichtung finden. Im Sinne dieses Programms erwarten wir Rückgewähr unseres Kolonialbesitzes, der uns zum Teil unter Bruch internationaler Verträge, zum Teil unter fadenscheinigen Vorwänden genommen worden ist. Wir sind bereit, über Abtretung dieser oder jener Kolonie zu verhandeln, aber als rechtmäßige Eigentümer. Die künftige Kolonialpolitik soll menschenwürdige Behandlung der Eingeborenen unter allen Umständen gewährleisten. In dieser Richtung sind — wir müssen es bekennen — auch von uns Fehler begangen. Die Tätigkeit der Missionen, an der Deutschland einen großen, jetzt leider durch den Krieg schwer beeinträchtigten Anteil hatte, muß schon im Interesse der Eingeborenen gesichert werden. Im Zusammenhang hiermit stimmen wir dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen und daß Deutschland an der Verwertung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält. Freilich wird die Beteiligung an kolonialer Tätigkeit für uns nur Bedeutung haben, wenn den tüchtigen Firmen, die als einzige Träger der praktischen Kolonialpolitik Deutschlands zu betrachten sind, Ersatz für die Schäden geleistet wird, die ihnen durch die Feinde zugefügt worden sind.

Auf der anderen Seite müssen wir darauf gefaßt sein, von dem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren. Das gilt vor allem von Elsaß-Lothringen, dessen Wiedergewinn die Frucht unserer Siege und das Symbol deutscher Einheit war. Sie wissen, daß Präsident Wilson die Forderung aufgestellt hat: das Unrecht, das Deutschland 1871 durch Annexion Elsaß-Lothringens begangen hätte, sollte wieder gutgemacht werden. Vom Standpunkt der neuen internationalen Moral, nach der Bevölkerungen im Spiel der Mächte nicht wie Schachfiguren verschoben werden dürfen, war es unrecht, über Elsässer und Lothringer ohne ihren Willen, ja ohne Beachtung der Sprachgrenzen zu verfügen. Ich

will hier nicht auf früheres Unrecht hinweisen, das dem deutschen Volke zugefügt wurde. Ich akzeptiere Wilsons Standpunkt, weil es auf das Recht der gegenwärtigen Bevölkerung Elsaß-Lothringens ankommt. Diesem Recht wird Gewalt angetan, wenn jetzt die französische Okkupationsmacht das Land wie ein endgültig erobertes behandelt und alle Elemente vertreibt oder gefangen setzt, in denen sie ein Hindernis gegen ihre imperialistischen Pläne sieht, und wenn sie den natürlichen Anspruch eines Volkes auf seine Sprache durch gewaltsame Verwelschung antastet. Noch hat die Friedenskonferenz nicht ihr Siegel unter Elsaß-Lothringens Schicksal gedrückt, noch ist Elsaß-Lothringen von Rechts wegen Reichsland. Daraus leiten wir die Befugnis her, für das Recht der Elsaß-Lothringer einzutreten, daß ihre Stimme bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört wird. Mögen sie französische Departements werden wollen oder deutscher Freistaat, mögen sie Autonomie vorziehen oder volle Selbständigkeit, Deutschland wird nicht eher glauben, daß das neue Europa auf Gerechtigkeit gegründet ist, ehe nicht die feierliche Zustimmung des ganzen elsaß-lothringischen Volkes den Friedensartikel bekräftigt, der die Zukunft des Landes feststellt.

Der französische Plan, das preußische Saargebiet oder die bayrische Pfalz an Elsaß-Lothringen anzugliedern, bedeutet eine imperialistische Vergewaltigung, die genau so scharf verurteilt werden muß, wie frühere Absichten deutscher Chauvinisten auf das Becken von Longwy und Briey. Den Franzosen kommt es dabei auf die Kohlenschätze des Saarbeckens wie damals den deutschen Imperialisten auf die Kohlenschätze des Brieybeckens an. Sollten solche Gründe bei den Friedensverhandlungen durchschlagen, so lasse man jede Hoffnung auf Veredelung der internationalen Beziehungen fahren. Freilich hat Frankreich an jeder Schwächung Deutschlands politisches Interesse, solange beide großen Nationen sich gegenseitig als Erbfeinde betrachten und deshalb bis an die Zähne bewaffnet sich einander gegenüberstehen. Die Friedenskonferenz wird die Aufgabe haben, Garantien zu schaffen, die einen solchen Zustand als sinnlos erscheinen lassen. Nur versuche man nicht, die Garantien darin zu finden, daß man Teile des Reichsgebietes losreißt, die zu seinen lebenswichtigsten Gliedern gehören. Sie wissen, welche Gedanken von Frankreich und Belgien her mit verdächtigem Eifer in rheinischen und westfälischen Landen verbreitet werden: Errichtung einer selbständigen Republik, die bald unter französische Führung geraten würde, nachdem die französischen und belgischen Grenzen in deutsches Land vorgeschoben worden wären. Mit großem Geschick machen sich diese Pläne zentrifugale Kräfte zunutze, die durch übermäßige Zentralisierung des ganzen Wirtschaftslebens in den Kriegsorganisationen der Reichshauptstadt und neuerdings durch gewisse Berliner Begleiterscheinungen der Umwälzung in unserem Westen ausgelöst wurden. So werden treue Deutsche und redliche Anhänger des Reichsgedankens Opfer einer gefährlichen Verführung, vor der ich im Interesse deutscher Außenpolitik aufs nachdrücklichste warnen muß. Dieselbe Warnung darf ich auch an gewisse Kreise im Süden unseres Vaterlandes richten, bei denen der Ruf „Los von Berlin“ ein bis zu einem gewissen Grade zwar verständliches, aber darum nicht weniger beklagenswertes Echo findet. Mag die Wiederherstellung der Mainlinie für den Augenblick vielleicht Vorteile versprechen, die schon während des Krieges eine unterirdische Propaganda unserer Feinde der Bevölkerung glaubhaft zu machen versuchte, auf die Dauer wird eine solche Trennung mit Sicherheit zum Untergang staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der getrennten Glieder führen.

Das deutsche Volk ist über alle staatlichen Grenzen, auch über die Grenzen des alten Reiches hinaus, eine lebendige Einheit. Ein einiges

Reich ist seine natürliche Lebensform. Wir gedenken weder aus Schweizern, noch aus Niederländern Deutsche zu machen; von skandinavischen Völkern annektieren wir nur die Sagen ihrer Vorzeit und die Dichter ihrer Gegenwart, aber mit unseren österreichischen Brüdern hatten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reiches deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wir saßen mit ihnen in der Paulskirche zusammen, und die kriegerische Auseinandersetzung, die statt der großdeutschen die kleindeutsche Idee verwirklichte, ist für die Besten unter uns immer ein Bruderkrieg gewesen. Wenn wir uns jetzt wieder zusammenfinden, nachdem ihnen alle nichtdeutschen Stämme der habsburgischen Monarchie die Freundschaft gekündigt haben, so wissen wir, daß wir nur eine späte Korrektur an einem Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz die Sanktion ganz gewiß nicht versagen wird. Schon jetzt darf die deutsche Nationalversammlung und darf ich als Leiter deutscher auswärtiger Politik Verwahrung einlegen gegen die Unbill, die Deutschösterreich von ehemaligen Reichsgenossen angetan wird.

Der neue tschecho-slowakische Staat verletzt das Gesetz, dem er die Selbstentstehung verdankt, indem er nicht nur die Deutschen Böhmens und Mährens mit Waffengewalt unter seine Botmäßigkeit zu zwingen sucht, sondern auch nach Südosten hin von Deutschen bewohntes Gebiet beansprucht. Das österreichische Schlesien und Gebiete Niederösterreichs, dazu deutsche Siedelungen in den österreichisch-ungarischen Grenzgebieten, will der neue Staat unter seine Herrschaft beugen, um seinen wirtschaftlichen Ausdehnungsdrang zu befriedigen. Selbst auf deutsches Reichsgebiet droht er überzugreifen. Gegen solche Übergriffe muß scharfer Protest eingelegt werden. Über die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschecho-slowakischen Staates, die aus der Abgeschlossenheit vom Meere herzuleiten sind, wird ruhig verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat am Gedeihen des aufstrebenden Nachbarn ein gleiches vitales Interesse wie dieser an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit.

Sind wir hiernach entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Wir haben uns bereit erklärt, alle unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete unseres Reiches mit dem polnischen Staate verbinden zu lassen. Wir wollen das Versprechen halten. Welche Gebiete unter den 13. Punkt von Wilsons Programm fallen, ist strittig. Eine unparteiische Instanz mag darüber entscheiden; bis sie entschieden, gehören diese Gebiete zum Reich. Niemand ist befugt, in ihnen Hoheitsrechte auszuüben, als der preußische Staat und die Reichsregierung. Die leidenschaftliche national-polnische Propaganda hat die Entscheidung der Friedenskonferenz nicht abwarten wollen, sondern sich mit Gewalt gegen deutsche und preußische Behörden erhoben, um mit möglichst günstigem Besitzstand in die Friedensverhandlungen einzutreten. So tragen sie die Schrecknisse des Krieges von neuem in den deutschen Osten, der gleichzeitig von der größeren Gefahr des bolschewistischen Imperialismus bedroht ist. So verhindern sie uns, die preußischen Ostprovinzen wirksam vor dem gemeinsamen Gegner zu schützen. Diese Tatsachen müßten ausreichen, um jedem Politiker klarzumachen, daß es die erste Aufgabe ist, die preußischen Polen zur Ordnung zu rufen, damit sie bis zur Friedenskonferenz von angemaßter Gewalt Abstand nehmen. Sie können sich nicht mehr auf Notwehr berufen, denn die neue deutsche Regierung hat die drückenden Sondergesetze aufgehoben und war bereit, Polen auch in der Beamtenauswahl

entgegenzukommen. Trotzdem stellen uns die Polen als Angreifer dar, und die Entente unternimmt es, uns Anwendung von Gewalt gegen die Polen in unserem eigenen Lande zu untersagen. Die Reichsregierung hat diese Zumutung abgelehnt und die Entfernung aller bewaffneten polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet gefordert. Für jede andere Form der Einwirkung, mit der die alliierten und assoziierten Mächte Ruhe in polnischen Gebieten herstellen wollen, wird die deutsche Regierung volles Verständnis haben. Wir sind durch das Waffenstillstandsabkommen verpflichtet, Abordnungen unserer Gegner zu diesem Zweck Durchzug von der Ostsee nach Kongreßpolen zu gestatten, und werden die Reise der Kommission, die sie uns angekündigt haben, in jeder Weise erleichtern und unterstützen. Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Haßatmosphäre, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen reinerer Luft des gegenseitigen Verständnisses weicht. Leider können wir nicht voraussehen, daß wir im polnischen Staat einen bequemen Nachbar haben werden. Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Pflege der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen modus vivendi zu finden. Dazu gehört vor allen Dingen die Anerkennung des polnischen Rechts auf gesicherten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragsmäßige Regelung der Weichselschiffahrt und durch Konzessionen auf dem Gebiet der Eisenbahnen und des Hafenwesens gelöst werden, ohne daß die Reichshoheit über unveräußerliches westpreußisches Gebiet angetastet zu werden braucht. Wenn Polen verlangt, daß diese Rechte wie überhaupt seine staatliche Selbständigkeit unter internationale Garantien gestellt werden, so wird Deutschland nichts dagegen einzuwenden haben, solange darin keine Spitze gegen einen bestimmten Nachbarn enthalten ist.

Was den deutschen Polen recht ist, ist den deutschen Dänen billig. Die deutsche Regierung faßt es als Pflicht auf, das Selbstbestimmungsrecht den Dänen zu gewähren, das sie für die Deutschen verlangt. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, hoffe ich, daß an unserer Nordgrenze ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung, in redlichem Ausgleich langjähriger Völkerzwist zu aufrichtiger, dauernder Völkerversöhnung geführt wird. Das deutsche Volk ist in dem Wunsche einig, mit dem dänischen Volk in guten, durch keinen heimlichen Groll gestörten Beziehungen zu leben. Das dänische Volk wird gewiß in seiner Mehrheit dafür eintreten, daß Deutschlands Niederlage nicht mißbraucht wird, um deutsches Land dänisch zu machen. Wer aufrichtig ein gutes Verhältnis beider Nachbarländer zueinander wünscht, kann die Gefahren nicht verkennen, die die Schaffung einer Irredenta nach sich zöge.

Die kommenden Friedensverhandlungen werden einen Gegenstand enthalten, der für sie charakteristisch ist. In allen Völkern, die am Kriege beteiligt waren, verlangen Millionen Herzen ernsteste Aufmerksamkeit für eine internationale Regelung der sozialen Frage. Wie nach den Stürmen des Revolutionszeitalters Friedensschlüsse undenkbar waren ohne Bestimmungen über religiöse Freiheit, wie nach den Erschütterungen der französischen Revolution die Frage der politischen Freiheit die Friedenskongresse bewegte, so muß nach dem Weltkriege der Volksmassen die Frage der sozialen Befreiung der Arbeiterschaft international entschieden werden. Man kann diese Forderung schon auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Gleichberechtigung begründen. Dieses Prinzip will jedem Gliede der Völkergemeinschaft auf den Weltmärkten gleiche Möglichkeiten eröffnen. Es würde zum Nachteil sozial gewissenhafterer und fortgeschrittenerer Nationen ausschlagen, wenn es den Ausbeutern menschlicher Arbeits-

kraft freistünde, den ungerechten Vorteil ihrer niedrigen Produktionskosten zur Ausschaltung ihrer Mitbewerber auszunutzen. Aber das Ziel, das hier verfolgt wird, ist nicht nur materiell, es ist edlerer Natur, ihm liegt der Gedanke zugrunde, die allen Menschen gemeinsame Aufgabe, das Leben innerlich reicher und vollkommener zu gestalten und nicht inmitten gesteigerter Zivilisation zu Maschinenteilen des Produktionsprozesses herabzusinken. Dieser Gedanke hat sich mit so elementarer Kraft Bahn gebrochen, daß Kreise, die ihm jetzt noch widerstreben und ihn durch andere Ideale ersetzen möchten, seien es Ideale des Händlers oder des Helden, sich schließlich vor der Wucht sozialer Kräfte werden beugen müssen. Ich denke dabei nicht an gewaltsame Entscheidungen, im Gegenteil sehe ich z. B. in der Gewaltpolitik der russischen Bolschewisten einen Hauptgrund dafür, daß die sozialen Gedanken, die in ihrer Bewegung enthalten sind, zum Elend statt zum Aufstieg führten.

Es handelt sich um friedliche Verständigung über den Weg, den die soziale Entwicklung nehmen soll. Gerade Deutschland läuft hier nicht die Gefahr einer zerrüttenden Umgestaltung seiner Verhältnisse. Seit Jahrzehnten hat das Deutsche Reich auf jenem Wege, den alle gehen müssen, bedeutsame Fortschritte gemacht. Der Gedanke sozialer Befreiung ist nirgends mehr zu Hause als in Deutschland. Das legt uns die vornehme Pflicht auf, *Frieden nicht zu schließen ohne den Versuch, unser soziales Programm international zu sichern.* Es war eine Verleugnung unseres sozialen Geistes, daß die Friedensverträge, die Deutschland mit den Ostmächten abschloß, rein kapitalistischen Charakter trugen. Solche Verträge sind heute für jeden Sieger eine Gefahr. Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei den Vorschlägen für Friedensbestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung wesentlich auf den Boden der Beschlüsse der bekannten Konferenzen in Leeds und Bern zu stellen. Die Fülle dieser Bestimmungen, die gewiß für manchen der beitretenden Staaten umwälzende Neuerungen bedeuten werden, bedürfen zur Verwirklichung fortlaufender internationaler Kontrolle. Der Regierungsentwurf regelt daher die Arbeitsaufsicht unter Zuziehung der Berufsorganisationen und will internationale Instanzen zur Überwachung und Fortführung der sozialen Gesetzgebung einrichten. Geplant ist eine alle fünf Jahre in Bern zusammentretende soziale Konferenz, eine ständige Kommission soll die laufenden Geschäfte führen und mit dem Internationalen Arbeitsamt in Basel dauernd Fühlung behalten.

Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verkündeten Völkerbund eine feste Organisation schafft, die allein eine solche Zusammenarbeit ermöglicht. Der Gedanke der Liga der Nationen, der kürzlich noch als Traumbild ideologischer Schwärmer erschien, steigt jetzt in das klare Licht der Wirklichkeit. Schon hat man in Paris dem kommenden Völkerbund große Mengen brennender Streitfragen überwiesen, die man im Meinungsaustausch der Interessen nicht erledigen konnte. Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Bundes rückhaltlos mitzuarbeiten, obwohl die anderen uns nur mit tiefem Mißtrauen zulassen werden und der Bund in erster Linie gegründet wird, um Deutschland an der Fortsetzung einer kriegerischen Politik, die uns doch völlig fern liegt, zu hindern. Dieses Mißtrauen müssen wir durch weise, aufrichtige Friedensliebe überwinden.

Ein solcher Beweis wird zunächst in *unserer entschlossenen Abkehr von jeder Rüstungspolitik* liegen. Schon aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ist Deutschland darauf angewiesen, seine Rüstung auf das Maß zu beschränken, das mit Aufrechterhaltung der Ordnung im

Innern und der Sicherung der Grenzen nach außen irgend vereinbar ist. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß bei der Konzentrierung der Kräfte auf die friedliche Arbeit im Innern die äußere Politik zu kurz käme. Denn eine Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar eine bequeme, aber meist eine schlechte und unfruchtbare Politik. Von mir jedenfalls werden Sie nur eine solche Führung der Reichsgeschäfte erwarten dürfen, die nicht alle Augenblicke ans Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen, sondern den Gegner davon überzeugt, daß es sein eigenes Interesse ist, auf unsere Absichten einzugehen. Die äußere Abrüstung allein genügt aber nicht, es muß die geistige Abrüstung mit ihr Hand in Hand gehen. Alle Differenzen rechtlichen Charakters, die zwischen uns und einem anderen Volk auftauchen, müssen wir in versöhnlichem Geiste behandeln und, wenn sie diplomatisch nicht zu schlichten sind, dem Urteil eines Schiedsgerichts unterbreiten, auch auf die Gefahr hin, daß uns einmal Unrecht geschehen könnte. Daneben werden wir uns angelegen sein lassen, für Interessenfragen, die sich rein rechtlicher Beurteilung entziehen, internationale Einrichtungen zur Vermittlung und Einigung auszubauen. Ein Vorbild für solche Einigungsämter bieten die bekannten Bryanschen Verträge. Der Ausbau des Vermittlungswesens im Völkerbund wird dazu führen, daß Meinungsdifferenzen zwischen seinen Mitgliedern beigelegt werden, ehe sie die Schärfe angenommen haben, die einen Richterspruch fordert. Ich bin überzeugt, daß die positiven Aufgaben, die dem Bund zukünftig gestellt werden, sich nur bei fester, dauerhafter Organisation werden erfüllen lassen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit gemeinsamer Verwaltungsbehörden und einer Art Bundesparlament, wie es von der interparlamentarischen Union vorbereitet ist. Schließlich bedarf der Völkerbund gewisser Zwangsmittel, um seine Beschlüsse zu vollstrecken. Der damit verbundene Verzicht auf einen erheblichen Teil der Souveränität kann einem freien Volk nur zugemutet werden, wenn es an der Exekutive beteiligt ist und auch seinerseits Mittel des Zwanges zur Verfügung stellt.

In einen Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekte der Exekutive sein würden, werden wir nicht eintreten können. Im einzelnen wird die Art der Beteiligung der Staaten an den Organen des Bundes sowie der Zuständigkeit der Organe und die Geschäftsordnung manche Schwierigkeiten bereiten. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die durch den Weltkrieg gemarterte Menschheit diese neue, bessere Regelung des Völkerverkehrs als Frucht seiner Opfer und Leiden davontragen wird. Dann wird es möglich sein, daß der Haß allmählich wieder der Achtung Platz macht, ohne die kein menschlicher Verkehr bestehen kann. Das gilt nicht nur für die feindlichen Nationen, mit deren Vertretern wir jetzt im Westen verhandeln, sondern auch vom Nachbarn im Osten, mit dem der Krieg zuerst ausbrach und der erste Friede geschlossen wurde, mit dem wir aber jetzt ohne Vertrag und diplomatische Beziehungen in tatsächlichem Kriegszustand leben. Die russische Sowjet-Republik hat der Entente erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einlassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Rußlands ohne fremde Einmischung regelt. Was Deutschland anlangt, sehe ich kein Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland anzustreben. Man sollte denken, daß ein solches Programm Staatsmänner aller am Weltkrieg beteiligten Völker zusammenführen müßte. Nur die eine Bedingung wäre zu stellen, daß auch Rußland den Punkt der Wilsonschen Forderungen annimmt, der vom Selbstbestimmungsrecht der Völker handelt. Der Völker-

bund würde aber ein Torso bleiben, wenn nicht auch diejenigen Völker zugezogen würden, denen es möglich gewesen ist, sich vom Krieg militärisch fernzuhalten. Es wird nicht angehen, Bundeseinrichtungen endgültig festzulegen, ohne daß die neutralen Staaten gehört werden. Die kriegführenden Nationen werden sie um so weniger ausschließen wollen, als sie den Neutralen vielfach zu großem Danke verpflichtet sind für Leistungen und Opfer, die diese zugunsten Angehöriger der Kriegsparteien auf sich nahmen. Ich benutze die Gelegenheit, den Teil der Dankesschuld, der auf Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volkes freimütig anzuerkennen, und bin dabei der Zustimmung der deutschen Nationalversammlung gewiß. Ich denke besonders an die hervorragenden, unvergeßlichen Dienste, die Volk und Regierung in Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Spanien und der Schweiz den deutschen Internierten und Gefangenen geleistet haben, und der freundlichen Aufnahme, die dort viele unserer Kinder und Kranken während des Krieges finden durften. Möge aus diesen Wohltaten die Saat völkerverbindender, rein menschlicher Gesinnung entsprießen, die dauernder als die Drachensaat des Krieges ist.

Meine Damen und Herren! Die Regierung, in deren Namen ich auswärtige Politik treiben soll, steht unter der Führung der deutschen Arbeiterschaft. Aber es ist eine Regierung vereinigter sozialer und bürgerlicher Demokratie. An dem denkwürdigen Tage, der dem Deutschen Reiche das erste selbstgewählte Oberhaupt gab, wurde darauf hingewiesen, daß die Vertreter des demokratischen Deutschlands gegenüber dem Auslande jetzt erst mit vollem Recht im Namen des deutschen Volkes sprechen können. Das bedeutet für mich, solange ich mich vom Vertrauen der deutschen Volksvertretung getragen weiß, eine mächtige Hilfe, die meine Vorgänger entbehren mußten. Das Vertrauen, das ich von Ihnen erbitte, wird nicht beeinträchtigt werden durch den Namen, den ich von meinen Vorfahren übernommen habe. Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man zugleich Graf und überzeugter Demokrat sein kann. Demokratie bedeutet ja nicht Herrschaft der Masse als solcher: herrschen und führen sollen immer nur die Besten. Ein gesundes Volk will es nicht anders. Der Volkswille mag in der Auswahl der Führer danebengreifen, aber er hat die Mittel, einen Fehler zu verbessern. Ich weiß, daß ich nur so lange auf diesem Platze bleiben werde, wie Sie mit meiner politischen Geschäftsleitung einverstanden sind. Sie sind hier zusammengetreten, um den Bau des neuen Deutschen Reiches aufzurichten, einen Bau, der nicht kriegerischen Machtzwecken, sondern Werken des Friedens und der Gesittung dienen soll.

Wenn ich Ihre Zeit so lange für Fragen auswärtiger Politik in Anspruch genommen habe, so leite ich das Recht dazu aus dem Umstande her, daß diese Nationalversammlung auch die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen muß, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Die Verfassung, die Sie dem neuen Reiche geben, wird der feste Grundstein, auf dem die deutschen Vertreter ihre Verhandlungen mit den Feinden führen, werden. Der Geist, der Ihre Debatten leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen würden, lieber die äußersten Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gutzumachen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen. Aber wir haben auch unschätzbare wertvolle innere und äußere Güter zu verzeichnen und deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. Wir sind besiegt, aber nicht entehrt. Der größte Dichter

deutscher Freiheit sagt: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!“ Die Freudigkeit mag manchem von uns vergangen sein, aber der Wille, der unerschütterliche Wille, bleibt bestehen. Zu einem Teil ist des deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben, ich gelobe, daß ich sie bewahren will.

Abg. **Keil** (Soz.): Noch immer stimmen große Kreise in Deutschland über die Novemberrevolution ihre Jeremiaden an, verschließen aber zugleich vor den großen Ursachen dieses weltgeschichtlichen Ereignisses die Augen. Die Revolution ist eine Frucht des Weltkrieges, in welchem die Arbeiter die jahrzehntelang hindurch aufrecht erhaltene feudalbureaukratische Vergewaltigung vergaßen, ihren alten Groll überwanden und die unsäglichen Entbehrungen und Leiden der 42 Kriegsmonate erduldet haben. Verloren wurde der Krieg nicht durch die Schuld des Volkes, sondern jener kleinen, aber mächtigen Gruppen derer, die diesen Krieg benutzten, um ihre Habgier zu befriedigen, der Annexionspolitiker und Militaristen. Die Schuld ist zu suchen bei den verantwortlichen, einsichtigen Schwächlingen, die den Mut nicht hatten, zur rechten Zeit den Weg der Vernunft zu gehen, und bei den nicht verantwortlichen, einsichtslosen Vabanquespielern, die jedes Augenmaß für weltpolitische Möglichkeiten vermissen ließen. Die Arbeiterschaft hat die Sünden dieser Politik am schwersten zu büßen gehabt, und so kam es, was kommen mußte: nachdem die Westfront ins Rutschen gekommen war, nachdem das langgepflegte Gewebe der schönfärberischen Stimmungsmache zerrissen war, erhoben sich die Arbeiter und Soldaten und mit ihnen alle leidenden Schichten des deutschen Volkes und schüttelten die alte Herrschaft mitsamt dem militaristischen Zwangssystem ab. Herr Gröber meinte allerdings, die politischen Freiheiten, die man der Revolution zuschreibe, wären auch so gekommen. Das ist falsch; es ist ebenso falsch wie die weitere Behauptung, die Revolution habe das Heer zersetzt und aufgelöst. Die Revolution war nicht die Ursache, sondern die Folge der Zersetzung des Heeres schon während des Krieges. Es ist überhaupt müßig, darüber zu streiten, ob die Revolution notwendig war oder nicht. Die Sozialdemokratie ist bereit, mit anderen Parteien gemeinsam zu arbeiten, die sich aufrichtig auf den Boden der demokratischen Republik stellen. Wir lehnen aber mit Entrüstung die Kampfmethoden ab, die in den letzten Wochen zu blutigen Kämpfen geführt haben. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung kann nicht mit einem Schlag in eine sozialistische umgewandelt werden. Die „Unabhängigen“ tragen die Schuld daran, daß wir keine rein sozialistische Mehrheit erzielt haben. Wir sind stets gute Internationalisten gewesen, das hindert uns aber nicht, auch gute Deutsche zu sein. Wir haben die Freiheit im Innern errungen und lassen uns von Fremden nicht knebeln.

Abg. Dr. Graf **Posadowsky-Wehner** (Deutschnat. Volksp.): Man spricht hier immer von dem erledigten dynastischen oder Obrigkeitsstaat, man spricht auch von dem Zusamenbruch einer Gewaltherrschaft! In Wirklichkeit bestand in Deutschland das freieste Wahlrecht der Welt. Daß man in Preußen das Dreiklassenwahlsystem nicht als unhaltbar schon früher beseitigte, habe ich wiederholt öffentlich als einen bedauerlichen politischen Fehler erklärt. Wir hatten in Deutschland eine mustergültige Rechtspflege, Selbstverwaltung, soziale Gesetzgebung, wir hatten ein musterhaftes Schulwesen von der Volksschule bis zur Universität. Wir hatten ein durchaus freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht. Man spricht auch von einer Junkerherrschaft. Wenn Sie den Lebenslauf unserer höchsten Staatsbeamten durchgehen, so werden Sie finden, aus welch bescheidenen Verhältnissen sie zum großen Teil hervorgegangen sind. Gegenüber der jetzt

üblichen Herabsetzung des alten Staates möchte ich mich auf einen unverdächtigen Zeugen berufen, nämlich den Präsidenten Wilson, der als Professor einmal gesagt hat, Preußen sei mit Erfolg bestrebt gewesen, sich eine größere Vollkommenheit der Verwaltungsorganisation zu geben als irgendein anderer Staat Europas. Gewiß hat es im alten Staat in einzelnen Fällen ein Konnexionswesen gegeben, aber das ist eine menschliche Schwäche, und die ist wohl in keinem Staat so ausgebildet wie in dem republikanischen Frankreich. Jedenfalls, wenn wir die inneren Verhältnisse unseres Landes mit denen anderer Staaten vergleichen, so hat das alte Preußen und Deutschland immer noch glänzend abgeschnitten, während wir jetzt unter Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte schon zu einer vollkommenen Desorganisation der Verwaltung gekommen sind. Wenn wir den Krieg verloren haben, so sind wir nicht militärisch besiegt worden, sondern technisch, finanziell und wirtschaftlich, nicht zum wenigsten durch die Erschlaffung unseres Volkes infolge der Unterernährung. Wenn die Gedanken aus leerem Magen in schwache Gehirne steigen, so tritt leicht eine geistige Verwirrung ein. Nach der Entlassung Bismarcks sind wir in eine Weltpolitik hineingetrieben worden, und zwar leider in eine vollkommen verfehlte, weil ihre Grundlage, die Flottenpolitik und die Kolonialpolitik, versagte und versagen mußte. Es ist eine bewußte Lüge, wenn unsere Gegner fortgesetzt behaupten, Deutschland habe den Krieg gewollt. Rußland mit dem Panslawismus und der Furcht vor dem Nihilismus und England, das wegen der irischen Frage vor dem Bürgerkrieg stand, haben den Krieg gewollt. Wir hören jetzt viel von Freiheit und Gleichheit.

Dabei werden fortgesetzt die bestehenden Gesetze verletzt. Die Verbrechen nehmen in erschreckender Weise zu. Aber das dauert nun schon drei Monate. Ich möchte die Regierung ersuchen, sich einen tüchtigen Arzt zu suchen. Die Beamten stellt man unter Aufsicht von Personen, denen alle Vorkenntnisse fehlen. Daß trotzdem die Beamten weiterarbeiten, ist ein Zeichen der alten deutschen Beamtentreue. Wenn jetzt die Lebensmittelvorräte nur noch für kurze Zeit reichen, so ist die Revolution zum großen Teil daran schuld. Auch die Zustände in der Ostmark wurden erst durch die revolutionären Vorgänge möglich, die diese Kornkammer verschlossen haben. Die unsinnigen Lohnsteigerungen haben unsere Banknoten entwertet. Die Vergesellschaftung darf nicht um politischer Theorien willen vorgenommen werden. Wenn man das Kapital wegsteuert, dann ist die Wiederbelebung der Produktion unmöglich. Dann würden wir zu dem von Eugen Richter prophezeiten Zuchthausstaat kommen. Der Redner geht weiter auf die Trennung von Staat und Kirche ein und verliest zur Frage der Monarchie eine Erklärung seiner Freunde, in der es heißt: wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß die Monarchie für Deutschland die beste Staatsform ist. Wir erwarten alles von der gesetzmäßigen Entwicklung. Eine Nebenregierung der Räte ist unmöglich, die Regierung muß sich auf ein Heer stützen können, in dem Manneszucht herrscht und die Autorität der Offiziere wiederhergestellt wird. Wir wollen wissen, welches Heeresgut bei Kriegsende vorhanden war und wo es geblieben ist. Auch über die Einkünfte der verschiedenen Räte muß Klarheit geschaffen werden. Der preußische Staat muß in seinem Bestand unbedingt erhalten werden. Wir protestieren gegen seine Zerschlagung. Der sogenannte Waffenstillstand ist in Wirklichkeit das Vorspiel eines Gewaltfriedens. Die Erklärungen des Staatssekretärs Erzberger befriedigen uns nicht. Wir werden bei anderer Gelegenheit die Frage prüfen, ob unser Unterhändler seiner Aufgabe gewachsen war. Ich nehme zur Ehre der holländischen Regierung an, daß sie sich der ehrverletzenden Forderung einer Auslieferung des

Kaisers niemals fügen wird. Ich hoffe, daß sich für die Beratung der Reichsverfassung ein gewisses Einvernehmen der bürgerlichen Parteien wird erzielen lassen.

15. Februar. Das Haus setzt die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung fort in Verbindung mit der ersten und eventuell zweiten Beratung des dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für 1918.

Reichsfinanzminister **Schiffer**: Die Vorlage, die ich als erste der Nationalversammlung zu unterbreiten habe, sieht Kredite von 25 Milliarden 300 Millionen Mark vor. Wegen der 300 Millionen, die für Bau- und Wohnzwecke hergegeben werden sollen, darf ich auf die schriftliche Begründung verweisen. Auf Wunsch wird der Reichsarbeitsminister noch Ergänzungen geben. Im Oktober vorigen Jahres stand das Reich vor der Erschöpfung seiner Mittel. Da nur der Weg des Kredites offen war, wurde eine neue Kreditvorlage ausgearbeitet, vom Bundesrat angenommen und dem Reichstag übersandt, die 15 Milliarden forderte. Unmittelbar vor der Erledigung kam die Revolution, und der Entwurf wurde nicht verabschiedet, da die Reichsschuldenverwaltung unter Berufung auf den Sondereid dieser Behörde es ablehnte, ohne gesetzliche Grundlage dem Reiche Unterstützungen zu gewähren. Da wir diese Gewissenhaftigkeit nicht antasten wollten, mußte ein anderer Weg gefunden werden, und er hat sich gefunden. Das Reich ist eine juristische Person und als solche wechselfähig. Das Reich bot der Reichsbank seine Wechsel an. Diese honorierte sie und gab auf Grund davon Banknoten aus im offenen Giroverkehr. Die ganze Vorlage zerlegt sich danach, soweit es sich um die 25 Milliarden handelt, einmal in 15 Milliarden, die tatsächlich bereits flüssig gemacht worden sind, und in 10 Milliarden, die neu angefordert werden. Obgleich der Weg, den wir bezüglich der 15 Milliarden beschritten haben, juristisch einwandfrei ist, glaube ich doch nicht, Ihrer nachträglichen Zustimmung entraten zu dürfen, weil jede Finanzgebarung darauf angewiesen ist, in möglichst zweifelsfreier, rechtlich unangreifbarer Weise die Geschäfte zu führen. Bezüglich der Ausgaben, die auf diese Kredite schon geleistet worden sind, ist es selbstverständlich, daß sie Ihrer Zustimmung bedürfen, weil sie der gesetzlichen Grundlage entbehren, solange Sie Ihre Zustimmung nicht erteilt haben.

Wenn ich mich nunmehr zur materiellen Seite der Frage wende, so werde ich bei dem Bilde, das ich zu entrollen habe, dem vom Abgeordneten Gröber verlangten Grundsatz gerecht werden, mit Offenheit darzulegen, was ist. Diese Offenheit und Wahrheit darf sich meiner Überzeugung nach nicht beschränken auf die Finanzverwaltung. Nach meiner Meinung ist Offenheit und Wahrheit überhaupt die Grundlage für unsere gesamte Politik, die Finanzpolitik wie die allgemeine Politik, die äußere wie die innere Politik. Ich bin zu dieser Auffassung nicht etwa aus der opportunistischen Erwägung heraus gekommen, daß wir zu einer heimlichen Arbeitspolitik offenbar sehr wenig Talent haben; denn damit haben wir bisher sehr wenig Glück gehabt. Wir brauchen Offenheit und Wahrheit, um überhaupt in der Welt bestehen zu können. Das gilt insbesondere für die Finanzpolitik, die ich nach außen zu führen gedenke. Auch hier werde ich keinerlei Heimlichkeiten vornehmen, sondern ich werde unsere Kassen und unsere Bücher offen auflegen. Ich werde handeln wie ein anständiger und reeller Kaufmann, der auch nichts weiter tut, als daß er sagt, so viel habe ich, nun seht zu, wie ich überhaupt weiterkommen kann. Allerdings werde ich auch insofern dem anständigen und reellen Kaufmann folgen, daß ich mir vor

stelle, daß ein solcher Mann auch nicht unterschreibt, was er zu halten nicht in der Lage ist. Wenn ich in dieser Weise arbeite, so sehe ich darin das einzige Mittel, das Mißtrauen, das nun einmal gegen uns vorhanden ist, zu beseitigen. Gegen ein solches Mißtrauen hilft keine Beschwörung, hilft keine Versicherung, daß es nicht gerechtfertigt sei, sondern dagegen hilft nur ein Verfahren, das diesem Mißtrauen jeden Boden entzieht. Was aber unseren Gegnern recht ist, das muß unserem Volke gegenüber billig sein. Zwischen Regierung und Volk muß auch in der Beziehung Offenheit, Wahrheit und rückhaltloses Vertrauen herrschen. Wenn man sagt, daß das Volk mündig ist, so bedeutet das, daß dieses Volk auch fähig und bereit ist, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, mögen sie noch so schwer sein. Deshalb werde ich mit unbeschränkter, vielleicht grausamer Offenheit zu Ihnen sprechen. Ich will damit jenem leichtfertigen, ich möchte fast sagen, ruchlosen Optimismus entgegentreten, der leider immer noch in weiten Schichten unseres Volkes herrscht, die sich offenbar noch nicht vollständig klar sind über die Bedeutung und über die Schwierigkeit der Lage, in der wir uns befinden. Die Wahrheit und Offenheit, die wir auf diesem Gebiet walten lassen wollen, wird nicht zuletzt auch unserem Wirtschaftsleben zugute kommen. Denn die besten Träger unseres Wirtschaftslebens legen mit Recht den größten Wert darauf, zu wissen, mit welchen Dingen sie zu rechnen haben. Sie müssen kalkulieren können, dann finden sie sich auch viel leichter mit den Tatsachen ab, die einmal nicht zu umgehen sind. Die Summe aller Anleihekredite, die uns bewilligt worden sind, einschließlich von 416 Millionen Kredite, die noch aus der Friedenszeit stammen, beträgt mehr als 140 Milliarden. Hierzu treten in Schatzscheinkrediten aus dem Gesetz vom 25. Juni 1918 6 Milliarden, das gibt zusammen 146 Milliarden. Das ist der Anleihekredit, der uns im Oktober zur Verfügung stand. Diese Kredite sind auf Grund der Kreditbewilligung flüssig gemacht worden in der Gestalt von Kriegsanleihen im Betrage von beinahe 93 Milliarden und von Buchschuldgründungen im Betrage von 53 Milliarden. Außerdem, und das ist ein Posten von ganz besonders hoher und schwerwiegender Bedeutung, haben wir ausgegeben Schatzanweisungen und Reichswechsel in dem ungeheuren Betrage von über 58 Milliarden. Wir haben also eine schwebende Schuld von 58 Milliarden, damit haben wir die bewilligten Kredite um 5 Milliarden überschritten. Es treten dazu noch die gelegten Kredite, die wir unseren Bundesgenossen gewährt haben und die wir im Verkehr mit neutralen Ländern genommen haben im Betrage von 9,5 Milliarden. Wir erhalten damit eine Gesamtsumme von 161 Milliarden und hätten danach die uns bewilligten Kredite um 14 Milliarden überschritten. Diese 161 Milliarden stellen in gewissem Sinne ohne Rücksicht auf die Verzinsung die effektiven Kriegskosten dar, die wir aufzuwenden hatten. Es stecken in diesen 161 Milliarden noch etwa 1 Milliarde Ausgaben, die nicht für den Kriegsetat, sondern für Zwecke des ordentlichen Etats gemacht worden sind, was aber ohne Bedeutung ist.

Wenn ich diese Ausgaben im einzelnen verfolge, so stellt sich der Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln für die verschiedenen Jahre in folgender Weise dar, wobei ich Sie bitte, das beinahe regelmäßige Ansteigen dieser Ausgaben verfolgen zu wollen: wir verbrauchten im Jahre 1914 (in fünf Monaten) $7^1/_2$ Milliarden, 1915 23 Milliarden, 1916 26,6 Milliarden, 1917 39,6 Milliarden, 1918 48,5 Milliarden. Auf den Monatsdurchschnitt verteilt, ergibt sich für unsere Kriegskosten ein Monatsdurchschnitt von $1^1/_2$ Milliarden im Jahre 1914, 1,9 Milliarden im Jahre 1915, 2,2 Milliarden im Jahre 1916, 3,3 Milliarden im Jahre 1917 und 4 Milliarden im Jahre 1918. Und nehmen wir den Tagesdurchschnitt dieser Kriegskosten,

so ergeben sich 1914 49,6 Millionen, 1915 täglich 63,9 Millionen, 1916 73,9 Millionen, 1917 109,9 Millionen und 1918 125 Millionen. Für die Zeit nach dem 1. Juli 1918, wo die letzte Kriegsanleihe stattgefunden hat, ergibt sich, daß wir verbraucht haben im Juli 1918 4,2 Milliarden, im August 4,6 Milliarden, im September 4,4 Milliarden, im Oktober 4,8 Milliarden, im November 4,11 Milliarden, im Dezember 3,8 Milliarden, im Januar 1919 3,5 Milliarden. Sie sehen, daß in der Zeit nach der Revolution ein erhebliches Abflauen der Kosten nicht eintrat. Die angeblichen Heeresausgaben, die sich nicht decken mit den gesamten Kriegsausgaben, betrugen im Oktober 1918 4,3 Milliarden, sie fielen im November auf 2,9 und stiegen im Dezember wieder auf 3,8 Milliarden. Wenn der Abg. Keil die Methode unserer Kriegsfinanzierung absprechend beurteilte, so kann ich ihm leider nicht widersprechen. Ich halte sie sowohl in den Einnahmen als auch in den Ausgaben mindestens nicht für tadelfrei. Die Ursache ist in demselben Moment zu finden, das beinahe allen Erscheinungen dieses unglücklichen Krieges zugrunde liegt. Man hatte an einen kurzen Krieg gedacht, und als er sachlich und zeitlich uns über den Kopf wuchs, zeigte sich mehr und mehr, daß wir ihm nicht gewachsen waren. Schon bald nach Beginn des Krieges trat die üble Erscheinung hervor, daß die Beschaffung des Kriegsmaterials in die Hände der allerungeeignetsten Elemente kam. Es sind damit Unsummen verschleudert und dadurch Leute bereichert worden, die auch moralisch sehr anfechtbar waren. Der Krieg wurde als Konjunktur betrachtet, und ich kann das Reich von dem Vorwurf nicht freisprechen, daß durch die mangelhafte Finanzgebarung diesen Strömungen Vorschub geleistet wurde. Es gab damals weite Kreise, die es anfangs sogar von sich wiesen, so unangemessen hohe Preise zu nehmen, wie sie geboten wurden. Das Eingreifen des Reichstags kam zu spät.

Als neues Moment kam damals das Hindenburgprogramm, das ich militärisch nicht kritisieren will. Wirtschaftlich betrachtet, war es aber ein Programm der Verzweiflung und hat ungeheuren Schaden angerichtet. Die wüsteste Hochkonjunktur setzte ein, und es kam überhaupt nicht mehr auf die Kosten an. Es wurden geradezu Prämien dafür geboten, die Arbeiter eines Betriebes nach einem anderen auszumieten. Es wurde die Organisation durch das wurzellose System ersetzt, unter dem wir jetzt noch leiden. Der dadurch angerichtete wirtschaftliche und moralische Schaden ist ganz ungeheuer. Die Hoffnung auf ein Sinken der Ausgaben nach Kriegsende hat sich, wie die von mir genannten Zahlen beweisen, nicht verwirklicht. Im Osten hat ja der Krieg immer noch nicht aufgehört, und auch die Fabriken für Heeresmaterial stellten nicht sofort die Arbeiten ein. Wir haben noch mehr Waffen und Munition hergestellt. Es waren Halbzeuge, die sofort wieder zerschlagen wurden. Diese unproduktive Arbeit war aber notwendig, weil wir nicht die Arbeiter ohne weiteres auf die Straße setzen konnten. Wir mußten jedenfalls sogar mehr zahlen, weil Feierschichten eingelegt wurden, die ausbezahlt werden mußten. Es kam zu vielen, durchaus unberechtigten Streiks, die die produktive Arbeit hinderten. Ein wahnsinniger Wettlauf um Höchstlöhne begann. Das wirkte hindernd zurück auf die Kosten der Demobilisation. Die Demobilisation eines Heeres von 8 Millionen Mann ist natürlich keine Kleinigkeit. Sie ist jetzt zum größten Teil durchgeführt. Ende 1918 standen nur noch 3 Millionen Mann unter den Fahnen, Ende vorigen Monats nur noch 1 Million. Die Demobilisierung erforderte aber weit höhere Kosten, als veranschlagt waren. Dazu kamen die gewaltig gestiegenen Ausgaben für die Erhöhung der Löhne und die Besoldung der entlassenen Mannschaften als freier Arbeiter,

für den Grenzschutz, den Reichsanteil an der Erwerbslosenfürsorgeunterstützung, der von 17 Millionen im Dezember 1918 auf 67 Millionen im Februar 1919 stieg, für die Kriegswohlfahrtspflege, für die Beamtenteurungszulagen. Diese Zulagen waren für diese Mitbürger, die zum Teil unter schwerer Gewissensbedrängnis sich in den Dienst des Vaterlandes in seiner schwersten Stunde stellten, als bescheidener Ausgleich für die verteuerten Lebensverhältnisse unbedingt nötig.

Zu den Ausgaben aber tragen auch die Arbeiter- und Soldatenräte bei. Der Gerechtigkeit halber muß festgestellt werden, daß die A.- und S.-Räte ihre finanziellen Pflichten gegenüber dem Reich in vollem Umfang erfüllt haben. Sie sind in schwerster Zeit dafür eingetreten, daß des einzelnen Gut geschützt wurde, ja sie waren vielfach der einzige feste Punkt, an den man anknüpfen konnte. Graf Posadowsky möchte wissen, wie die A.- und S.-Räte im einzelnen gewirtschaftet haben. Das möchte ich auch wissen. Klarheit muß geschaffen werden, kann aber heute noch nicht geschafft werden. Eine Revolution arbeitet nun einmal nicht mit kalkulatorischen Unterlagen. Dazu kommt, daß die A.- und S.-Räte den Einzelstaaten und den Gemeinden Rechnung zu legen haben. Die Vorbereitungen zu einer Statistik darüber sind längst im Gange, aber sie ist keine Kleinigkeit. Wir haben durch Verordnung vom 13. Januar 1919 den A.- und S.-Räten verboten, über Reichsmittel zu verfügen und sich auf eigene Anweisungen Beträge auszahlen zu lassen. Wir haben ihnen Rechnungslegung für die rückliegende Zeit auferlegt und sie für verschuldete Fehlbeträge persönlich haftbar gemacht. Mehr kann man doch nicht tun. Das Verlangen nach einer Statistik ist sehr bequem, wäre früher aber dem Grafen Posadowsky wohl weniger sympathisch gewesen als heute. Zweifellos ist in vielen Fällen Geld verschwendet worden. So beziehen die aktiven Mitglieder des Zentralrates der Marine täglich volle Verpflegung, Kleidung und Unterkunft und täglich 25 Mark, die inaktiven täglich ebenfalls Verpflegung, Unterkunft und 25 Mark und außerdem noch 12 Mark. Das gibt doch zu denken.

Nun die Deckungsfrage. Wir haben die Ausgaben im Kriege durch Anleihen gedeckt und uns lustig gemacht über die Engländer, die die Kriegskosten durch Steuern zu decken suchten. Wir standen aber damals unter dem Bann einer einmal herrschenden Anschauung, die sich hinterher als unrichtig erwiesen hat. Wir glaubten eben, daß zur Kriegführung nur Geld gehört, was ganz falsch ist. Wir haben mit Anleihen gewirtschaftet, nur unsere Zinsen haben wir durch Steuern zu decken versucht. Neben den Anleihen haben wir eine lange Reihe von Kriegssteuern eingeführt, deren Erträge aber nicht einfach addiert werden dürfen, da sie zum Teil die Fehlbeträge aus den Zolleinnahmen zu decken hatten. In der nächsten Zeit hoffen wir nun doch mit einer Herabminderung der Ausgaben rechnen zu können. Das Heer ist beinahe aufgelöst, die Umstellung auf die Friedenswirtschaft ist im Gange. Erforderlich ist aber unter allen Umständen, daß wir eine Senkung der Ausgabenhöhe in ganz anderem Sinne als bisher erreichen. Wir müssen sparsam wirtschaften. Wir haben uns durch den Krieg an eine gewisse Großzügigkeit gewöhnt, die in den Worten eines Berliner Kaufmanns ihren drastischen Ausdruck findet, der mir einmal sagte: „Wer die Million nicht ehrt, ist die Milliarde nicht wert.“ Die grundfalsche Anschauung, daß es bei der ungeheuren Kriegsausgabe auf die Million mehr oder weniger nicht ankomme, muß schwinden. Auf allen Gebieten des staatlichen Lebens muß gespart werden. Neue Beamtenstellen dürfen nur in den dringendsten Fällen geschaffen werden. Für die Gesamtheit der fortlaufenden Ausgaben ist nach oberflächlicher Schätzung ein Betrag von 19 Milliarden gegenüber 5 Milliarden erforderlich.

Davon, daß die Kriegsanleihen annulliert, die Sparkassen- und Bankguthaben beschlagnahmt werden können, ist keine Rede. Ich erkläre, daß die Reichsregierung an eine solche Maßregel, die die größte Rechtsverletzung wäre und die den Untergang des Reiches bedeuten würde, nicht denkt. Wir wollen doch auf dem Boden des Rechtsstaates bleiben. Aus der Verwertung der Heeresbestände werden wir freilich nicht 8 Milliarden, sondern höchstens 3 Milliarden herausholen, denn dieses Heeresgut hat Flügel bekommen. Es ist zum Teil gestohlen, geraubt und geplündert worden. Es ist schandbar damit verfahren worden, und eine Reihe von A.- und S.-Räten sind an dieser Vergeudung von Heeresgut mitschuldig und haben unheilbaren Schaden angerichtet. Wir werden also in der Beziehung unsere Hoffnungen herabstimmen müssen, und wir werden darauf angewiesen sein, Deckung für unsere Schulden und für unsere Bedürfnisse überhaupt auf dem Wege der Steuern vorzunehmen.

Für die Steuergesetzgebung werde ich mich von folgenden drei Gesichtspunkten leiten lassen: ich denke vor allen Dingen die Steuergesetzgebung möglichst im Einvernehmen mit allen Gliedern des Reiches vorzunehmen unter möglichstem Zusammenwirken zwischen Reich und Einzelstaaten. Ich bin der Ansicht, daß, soweit es irgend geht und es mit dem Interesse des Reiches vereinbar ist, es unsere Pflicht ist, dabei alle vermeidbaren Reibereien zu vermeiden. Letzten Endes bestehen ja auch gar keine Gegensätze zwischen Reich und Einzelstaaten, denn es ist doch derselbe Steuerzahler, der im Reiche und in den Einzelstaaten Steuern zahlen muß. Nur die Bedürfnisse sind verschieden.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß wie die Finanzgebarung im allgemeinen, so auch das Steuerwesen sich im engsten Einvernehmen mit dem Wirtschaftsleben abspielen muß. Ich erhalte jetzt täglich Zuschriften, in denen ich gewarnt werde, ich möchte die Henne nicht schlachten, die die goldenen Eier legt. Diese Henne wird mir jetzt alle Tage so oft serviert, daß ich sie schon gar nicht mehr sehen kann. Und das will in unserer fleischarmen Zeit viel heißen. Ich will die Henne auch gar nicht schlachten, ich will ihr nur einige Federn ausrupfen. Ich glaube, auf dieses Kompromiß kann man sich wohl einlassen.

Das Dritte ist: diese Gesetzgebung soll eine soziale sein, weil sie gerecht sein soll. Vor allen Dingen sollen diejenigen, die wegen Krankheit und wegen Alters nicht erwerbsfähig sind, unter allen Umständen geschont werden. Redner polemisiert dann gegen den Grafen Posadowsky, der zu glauben scheine, daß alles arbeitslose Kapital weggesteuert, das heißt konfisziert werden solle. Von arbeitslosem Kapital ist noch nicht in einer amtlichen Erklärung die Rede gewesen, sondern es ist nur gesagt worden, daß wir die müheloſen Geldgewinne treffen wollen. Ich bin gewiß auch von der Notwendigkeit des Kapitals in gewissen Grenzen durchdrungen; aber überhaupt nicht vom Kapital zu reden, das nicht mit Arbeit verknüpft ist, das nicht eine wirtschaftliche befruchtende Tätigkeit ausübt, das nur der Verschwendung dient, das ist doch etwas einseitig. Jedenfalls steht diese Auffassung des Kapitals im Widerspruch mit einer Äußerung, die im Jahre 1906 im Reichstage gefallen ist: „Besitz ist keine Tugend, Besitz ist auch kein Verdienst, Besitz ist nur eine angenehme Tatsache." Diesen Ausspruch hat damals Graf Posadowsky getan.

Dann noch ein Wort über die in Papiergeld umlaufenden Beträge. Hier steht die Sache so, daß wir gegenüber einem Umlauf von 2 Milliarden im Jahre 1914 jetzt einen Umlauf von 34 Milliarden 432 Millionen, ungerechnet das von den Kommunen ausgegebene Papiergeld, haben.

Ein geringer Trost kann uns die Tatsache sein, daß das viel kleinere Frankreich einen Umlauf von 32 Milliarden hat.

Ist es denn nun überhaupt möglich, daß wir dieser finanziellen Nöte jemals Herr werden? Eine endgültige Antwort kann darüber niemand abgeben. Es hängt ab von dem Verhalten unserer Feinde uns gegenüber und von unserem eigenen Verhalten. Wenn unsere Feinde sich so verhalten, wie es der Vernunft und ihrem eigenen Vorteil, wie es dem Recht und der Sittlichkeit entspricht, so dürfen wir hoffen, auch aus unserer Bedrängnis wieder herauszukommen. Darum wollen wir eine ruhige, würdige Zurückhaltung bewahren, bis die Entscheidung fällt. Wenn sie gefallen ist, dann gilt es, alle Kräfte anzuspannen, um die Wege zu neuem Aufstiege zu finden. Dazu bedarf es vor allem einer sittlichen Erneuerung. Wir müssen den Begriff des Eigentums und der Arbeitskraft noch mehr als bisher loslösen und in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Die Persönlichkeit, die das höchste Glück der Erdenkinder ist, muß mehr vom Staat in sich aufnehmen. Das gilt für die Hingabe dessen, was wir besitzen, und für die Aufdeckung dessen, was wir haben. Ich bin entschlossen, alle Machtmittel gegen diejenigen anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staate und dem Reich entziehen. Ich werde den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen Betrug bestrafen. Aber hinter der Strafe darf nicht allein die Macht des Staates stehen. Es muß dahinter das geläuterte sittliche Empfinden der Allgemeinheit stehen. Manchmal könnte man daran verzweifeln, ob diese sittliche Erneuerung unseres Volkes eintreten wird, aber wir wollen nicht ungerecht sein. Denken wir an das, was unser Volk durchgemacht hat, und gönnen wir ihm eine gewisse Schonzeit. Wenn ein Mensch von großer Höhe in einen Abgrund gefallen ist, steht er auch nicht auf und klopft sich den Staub von dem Überzieher, als wenn nichts geschehen sei. Das gilt auch von unserem armen Volk. Es hat den Glauben an so vieles verloren und muß sich erst wieder auf sich selbst besinnen. Wir müssen ihm eine gewisse Frist geben. Aber jetzt ist es höchste Zeit, zu sich selbst zurückzukehren. Wenn das furchtbare „Zu spät" der Geschichte kommt, dann hilft nichts mehr. Ich glaube an den gesunden Kern unseres Volkes, und ich glaube, daß dieser gesunde Kern sich jetzt wieder durchsetzt. Ich glaube an die geschichtliche Sendung unseres Volkes, ich glaube an den Beruf dieser von dem gesamten Volk gewählten Nationalversammlung, voranzugehen auf dem Wege des Rechtes auf dem finanziellen Gebiet. Ich bin davon durchdrungen, daß mich dieser Glaube nicht täuschen wird, sonst hätte ich nicht das Recht und die Kraft, die Forderungen an Sie zu richten, die ich heute an Sie richte und die ich in noch höherem Maße später an Sie richten muß.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Von dem Reichsminister der Finanzen haben wir heute ganz andere Töne gehört, als von den früheren Staatssekretären des Reichsschatzamtes. Der Ministerpräsident tröstet sich mit dem merkwürdigen Fatalismus: wir waren einmal zu der Niederlage bestimmt und mußten die Augen vor der Wahrheit verschließen. Im Gegensatz dazu haben wir Unabhängigen unsere Aufgabe darin gesehen, nicht die Wahrheit dem Volke zu verschleiern, denn nur so hätten wir den völligen Zusammenbruch einigermaßen verhüten können. Mit welcher Selbstsicherheit und Überhebung hat Herr Helfferich die Anleihepolitik für die Quintessenz aller Weisheit gepriesen. Darin haben ihm alle Parteien außer uns zugestimmt. Man versucht der Revolution einen großen Teil der Schuld an den hohen Ausgaben beizumessen. Gewiß sind auch in der Revolution manche unzulässigen Ausgaben gemacht worden. Im wesentlichen handelt es sich aber um die Kosten der Demobilisation, für den Grenzschutz und die Unterstützung

der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien. Die großen Summen für die Erwerbslosenunterstützungen wären auch ohne die Revolution nötig gewesen.

Der Finanzminister hat heute das, was an Phantastereien und Verleumdungen gegen die Arbeiter- und Soldatenräte vorgebracht worden ist, auf das richtige Maß zurückgeführt. Diese Räte haben durch die Beaufsichtigung der Verwaltung auch zu großen Ersparnissen beigetragen. An der Verschwendung des Heeresgutes sind in erster Linie die Intendanturbehörden und recht viele Offiziere im Feld und namentlich in der Etappe beteiligt. Die Soldatenräte werden so lange bestehen, wie wir ein Heer haben. Die Arbeiterräte aber sind keine vorübergehende Erscheinung. Täuschen Sie sich nicht darüber. Beispiele in anderen Ländern beweisen das. Sie werden für die Vorbereitung der Sozialisierung wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Ist es wahr, daß die Daimler-Gesellschaft für den ihr infolge des Kriegsendes entgangenen Gewinn eine Entschädigung von 1 Million erhalten hat? Das Programm der Regierung ist dürftig. Wo bleibt die Amnestie für die, die sich im Übereifer revolutionärer Leidenschaft gegen das Strafgesetz vergangen haben? Die Kämpfe sind frivol provoziert worden. Niemals sind die Gesetze so mißachtet worden, wie jetzt in Berlin. Ein Soldat hat Liebknecht mit dem Gewehrkolben zu Boden geschlagen, und dann ist er in den Tiergarten gebracht worden und dort von Offizieren erschossen worden. Wie ist man vollends mit der wehrlosen Rosa Luxemburg umgesprungen! Niemand wird auf den wahnsinnigen Gedanken kommen, daß die Regierung die Beseitigung dieser beiden gewollt hat. Aber politisch und moralisch ist sie dafür verantwortlich. Vier Gefangene aus Spandau sind in dem Tegeler Forst in einem Automobil umringt von zehn Soldaten heimtückisch niedergeschossen worden. Auch Spartakus steht unter dem Schutze des Gesetzes. Liebknecht und Rosa Luxemburg waren keine gemeinen Verbrecher. Dem jetzigen Reichswehrminister ist das Ichbewußtsein maßlos gesteigert worden. Seine Erlasse sind kurz und klar im Tone des früheren Kaisers Wilhelm II. gehalten. Gerade die Politik der deutschen Regierung in den letzten Monaten ist eine bolschewistische gewesen. Eichhorn wird bald hier erscheinen und dann seine Sache selbst führen. Das Volk muß vor allen Dingen in die Lage gesetzt werden, sein Urteil abzugeben über die Schuld des Krieges. Zu dem Zwecke muß das gesamte, in den Geheimarchiven vorhandene Material sofort und lückenlos veröffentlicht werden. Was Elsaß-Lothringen betrifft, so muß das schwere Unrecht wieder gutgemacht werden, das wir durch die Annexion begangen haben. Die elsaß-lothringische Bevölkerung muß durch unbeeinflußte Abstimmung entscheiden, zu welchem Staate sie gehören will. Es wäre ein Unglück, wenn die Entente diese Forderung ablehnen würde, denn es würde dadurch die Revanchelust, die bis dahin in Frankreich zu Hause war, nach Deutschland übertragen werden. Mit den Polen müssen wir durch Verhandlungen zu einem Ausgleich zu kommen suchen. Wir brauchen das künftige polnische Reich ebenso notwendig, wie die Polen uns brauchen. Auch mit Rußland hätten wir nicht von neuem in einen Kriegszustand zu kommen brauchen. Für die Vereinigung mit Deutsch-Österreich treten auch wir ein. Kolonien brauchen wir nicht. Mit dem ganzen Hause sind wir einig in der Forderung, daß unsere Kriegsgefangenen schnell entlassen werden. Man vergesse aber auch nicht die Russen bei uns. Unsere 40000 deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien werden nicht von der Sowjetrepublik, sondern von antibolschewistischen Regierungen zurückgehalten.

Reichswehrminister **Noske**: Das Regierungsprogramm stellt lediglich ein Arbeitsprogramm für die Nationalversammlung dar. Auch wir waren nicht

gewillt, eine Ehe auf Lebenszeit mit den bürgerlichen Parteien einzugehen. Haase sagt, er hätte das unglückselige Ende des Krieges vorhergesehen. Damit stimmt es aber schlecht überein, daß er noch bis zuletzt von einem deutschen Eroberungskrieg gesprochen hat, selbst als es absolut feststand, daß Deutschland um seine nackte Existenz kämpfte. Was er über die Entschädigung an die Daimlerwerke sagte, wird selbstverständlich nachgeprüft werden. In einer Novembersitzung der Regierung hat Kautsky vorgeschlagen, die Beziehungen zur bolschewistischen Regierung Rußlands nicht wieder aufzunehmen, weil man sich dadurch bei der Entente noch mißliebiger machen würde. Dem hat Herr Haase zugestimmt. Als der Berliner Vollzugsrat die Sowjetregierung zum Rätekongreß einlud, hat das Kabinett, dem außer Haase noch zwei Unabhängige angehörten, mit fünf gegen eine Stimme beschlossen, die Zureise zu verhindern. Mit großer Dankbarkeit gedenken wir heute noch der Opfer, die unsere Krieger im Felde gebracht haben. Daß für die Kriegshinterbliebenen in jedem nur möglichen Umfange gesorgt wird, ist selbstverständlich. Das Ministerium hat beschlossen, daß Eiserne Kreuze und Rote Kreuz-Medaillen weiter verliehen werden sollen, besonders auch an die zurückkehrenden Gefangenen. Höchste Anerkennung verdienen die Offiziere, Beamten und Soldaten, die unter den größten Schwierigkeiten den Rückmarsch unserer Truppen ermöglicht haben. Rückmarsch und Demobilisierung sind besser vonstatten gegangen, als mancher vorher glaubte. Zu dem Gelingen haben zahlreiche Soldatenräte beigetragen. Es ist gar nicht abzusehen, wie furchtbar der Zusammenbruch gewesen wäre, wenn in den Tagen, als alle Autorität dahin war, die Soldatenräte nicht gewirkt hätten. Vom Zentralrat der Marine hätte Haase aber lieber nicht reden sollen. Denn die Tatsache ist peinlich, daß aus eigener Machtvollkommenheit anfänglich 53 Mann 1215 Mark monatlich neben freier Wohnung und Kleidung, also ein Jahreseinkommen von 14500 Mark, erhielten. Gegen Offiziere sind in der letzten Zeit heftige Vorwürfe erhoben worden. Fehler des alten Systems werde ich nicht beschönigen. Aber es geht nicht an, Tausende von Männern, die immer wieder ihr Leben für das Vaterland eingesetzt haben, in Bausch und Bogen zu verdammen. Ich habe seit der Revolution mit vielen Offizieren zusammen gearbeitet und müßte mich vor mir selber schämen, wenn ich nicht selber sagen würde, daß diese Männer mit einem außerordentlichen Maß von Selbstüberwindung für das deutsche Volk Hervorragendes geleistet haben. Die Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere wird durchgeführt werden. Erworbene Rechte werden respektiert, Existenzen nicht leichtfertig vernichtet werden. Unser wertvollster Bestand an Wehrmacht sind heute die Verbände der Freiwilligen. Es ist nicht wahr, daß sie Konterrevolutionäre sind. Es ist nicht wahr, daß es in Deutschland eine weiße Garde gibt. Wir schulden den deutschen Männern Dank, die deutsches Land schützen und die Errungenschaften der Revolution verteidigen. Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und wahre Demokratie sind bisher nur da verletzt worden, wo Spartakiden und Anhänger der Unabhängigen Gewalt geübt haben. In Berlin haben wir durch Waffengewalt erst die Pressefreiheit wieder erzwingen können, die durch Gewalttaten der Spartakiden unterbunden war. Unter Mitwirkung des Mitgliedes dieser Versammlung Henke sind in Bremen die schärfsten gewaltsamen Eingriffe gegen die Pressefreiheit verübt worden. Auch in Cuxhaven ist es so gewesen. Ein anderes Mitglied dieses Hauses wirkt in Braunschweig noch heute mit in der Aufrechterhaltung des Zustandes, der auch dort zu den schärfsten Eingriffen gegen die Pressefreiheit führt. Gegen solche skandalösen Zustände ist eingeschritten worden. Wo die neue Freiheit von einer Minderheit bedroht wird, wird die Regierung der Volksmehrheit zu ihrem Recht verhelfen. Sie bedauert es, wenn

dazu Gewalt angewendet werden muß. Aber die Verantwortung dafür trifft nicht die Regierung. In den Freiwilligenkorps gibt es gewiß auch manche unangenehme Elemente; aber es wird sorgfältig ausgewählt, und es geht dabei anders zu als bei der Berliner Sicherheitswehr unter Eichhorns Leitung. Am 5. Februar hat das Vollzugsratsmitglied Wegmann in einer Versammlung der Unabhängigen in Berlin die revolutionären Arbeiter aufgefordert, in die Freiwilligenregimenter einzutreten und im gegebenen Augenblicke die Gewehre umzudrehen. Das ist die Zumutung, einen Meineid zu leisten. In geringer Zahl hat im Osten eine Aushebung von Wehrpflichtigen stattgefunden. Das war unumgänglich notwendig.

Gegen den polnischen Imperialismus ist die deutsche Ehre zu verteidigen. Sorgen wir nicht für genügenden Schutz der Bahnlinie Danzig–Thorn, so wird die Entente diese Bahnstrecke besetzen, und das muß vermieden werden. Wir bedauern, daß wir für den Grenzschutz bisher nicht mehr tun konnten. In Polen liegen große Mengen von Nahrungsmitteln für Mitteldeutschland, und es ist nicht abzusehen, wir wir über die schwere Zeit hinwegkommen wollen, wenn diese Lebensmittel uns nicht zugeführt werden. Daher der Grenzschutz. Diesen Grenzschutz haben nun deutsche Soldatenräte zu stören versucht. In vielen Städten ist das Werben von Freiwilligen verboten worden. In einzelnen Städten wurde den Zeitungen bei Androhung einer Geldstrafe von 10000 Mark verboten, Anzeigen für den Grenzschutz zu bringen. Dieser Tage hat der Korpssoldatenrat des VII. Armeekorps in dieser Richtung Gewalt angewendet und jede Kommandogewalt abgelehnt. So regiert jeder Soldatenrat in seinem Lande, wie es ihm paßt. In Bayern ist eine öffentliche Warnung ergangen, Freiwillige für den Grenzschutz zu werben. Diese bornierte Anmaßung wird nur übertroffen durch eine politisch und wirtschaftlich gleich große Einsichtslosigkeit. In Berlin und Bremen ist Blut geflossen. Wir bedauern dies und geben auch zu, daß manches vorgekommen ist, was mißbilligt werden muß. Im Falle Liebknecht ist das Rechtsverfahren im Gange. Jede festgestellte Schuld wird nach der Strenge des Gesetzes geahndet werden. Ich bedaure jedes Menschenleben. Aber wenn ich vor die Wahl gestellt bin, ob um einiger Tollköpfe willen das Schicksal Hunderttausender auf das Spiel gesetzt werden soll, dann muß zugefaßt werden. Ich stehe mit gutem Gewissen und sauberen Fingern da. Ich bin am 5. Januar und die folgenden Tage durch die Straßen gezogen und habe die Leute gesehen mit dem Gewehr in der Faust. Wo waren die um jedes Menschenleben so sehr besorgten Herren Haase und seine Freunde an diesen Tagen? Im Polizeipräsidium gab der Mann der Unabhängigen, der vor Haase als erster auf der Vorschlagsliste stand, Waffen aus. Wir mußten diesem verbrecherischen Treiben ein Ende machen. Nicht wir, Sie (zu den Unabh. Soz.) haben die Mitschuld daran. Die Unsicherheit in manchen Teilen Berlins ist geradezu schreckenerregend. Auch deswegen, weil die Leidenschaft der Arbeitslosen geradezu wahnsinnig aufgepeitscht worden ist. In Bremen ist die Preßfreiheit in der schärfsten Weise vergewaltigt; die Zustände dort stellen schließlich die Sicherung der Lebensmittelzufuhr ernstlich in Frage. Der Korpssoldatenrat des VII. Armeekorps sagte uns in aller Form den Krieg an und machte gegen die Regierung mobil. Er hat allerdings das Feld unter dem Unwillen der eigenen Soldaten räumen müssen. Der den Bremer Kommunisten gewiß nicht ungünstig gesinnte Dr. Laufenberg hat dem Regiment der Bremer Kommunisten das Zeugnis ausgestellt, daß es ein Gemisch von Schwäche und Unfähigkeit, Dilettantismus und Putschismus übelster Art wäre. Wie es in Cuxhaven zugegangen ist, dafür diene folgendes Beispiel: das Blatt der Cuxhavener Spartakiden,

„Die neue Zeit", ist seit Monaten dem rechtmäßigen Eigentümer weggenommen, und dieses Blatt trägt auf seinem Titel den Vermerk „Amtsorgan des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrates" und darunter die Worte „Für Wahrheit, Freiheit und Recht". Ende Januar nahm der Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrat mehrere mit Kohlen beladene Kähne weg, deren Ladungen für Dampfer bestimmt waren, die eine große Anzahl in Südrußland unter den traurigsten Verhältnissen lebender deutscher Soldaten in die Heimat zurückbefördern sollten. Die Abfahrt dieser Dampfer ist durch diese Gewalttat unmöglich gemacht worden. Im Hafen von Cuxhaven liegen 30 Minenboote. Als der Streit um Bremen ging, sind von Hamburg für die Geschütze einzelner dieser Minenboote Verschlußstücke herausgegeben worden. Das ist ein großer Verstoß gegen die Waffenstillstandsbedingungen, der in seinen Folgen geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke bedeutet. Aus allen Teilen des Reiches wurde die Regierung bestürmt, der Unordnung, dem Wirrwarr und der Gewaltherrschaft ein Ende zu machen. Wir haben den lebhaften Wunsch, daß dies durch Verhandlungen und durch Mahnungen erreicht werden möchte. Wenn aber die Verblendeten und die Böswilligen nicht hören und — sie sind ja auch nur eine kleine Minderheit — sich der großen Mehrheit nicht fügen wollen, dann muß und wird ihnen mit aller Kraft entgegengetreten werden.

Abg. Dr. **Rießer** (Deutsche Volksp.) verliest eine Erklärung seiner Partei, worin sie erklärt, daß in Hinsicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Erhaltung der monarchistischen Staatsform ausgeschlossen ist, und sie bereit ist, der verfassungsmäßigen Einführung der republikanischen Staatsform ihre Stimme nicht zu versagen. Wir werden aber stets dankbar der Monarchen gedenken, die die Kraft und die Einheit Preußens und des Reiches begründet haben. Die lange Zeit bis zum Eintritt Noskes in die Regierung hat letztere immer Rücksicht genommen auf die linksstehenden Parteien, auf die internationale Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie nicht berufen ist, allein die Regierung zu führen, und daß es auch sehr bedenklich ist, wenn sie in der Regierung maßgebende Stimme hat. Meine Partei begrüßt in einem Antrag den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich als die beste Bürgschaft für eine fruchtbare und hoffnungsreiche gemeinsame Zukunft. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß noch einmal eine einheitliche liberale Bürger- oder Volkspartei sich bildet, die alle nichtsozialistischen Kreise zusammenfaßt, die aber auch einen Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratie macht. Wir glauben nicht, daß die von der Sozialisierung erwarteten Vorteile eintreten. Nach unserer Überzeugung muß die Privatwirtschaft die Basis unserer Gesamtwirtschaft bleiben. Der freie Handel muß wieder eingeführt werden. Nicht eine Bureaukratisierung und Formalisierung kann unser darniederliegendes Wirtschaftsleben wieder hochbringen, sondern die Anspannung aller produktiven Kräfte.

17. Februar. Das Haus nimmt den Bericht über das neue Waffenstillstandsabkommen vom 16. Februar entgegen. Reichsminister **Erzberger** führt dazu aus: Das hohe Haus hat ein Recht darauf, den Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens alsbald zu erfahren, um im Anschluß daran erläuternde Bemerkungen dazu von mir entgegenzunehmen. Das gestern abend um $^1/_2$7 Uhr unterzeichnete Abkommen hat folgenden Wortlaut: (Der Minister verliest den Wortlaut des Zusatzabkommens, welches im ersten Punkte die unverzüg-

liche Einstellung aller deutschen Offensivbewegungen in den östlichen Landesteilen festsetzt und in dem die Überschreitung einer gewissen, genau bestimmten Demarkationslinie untersagt wird, im zweiten Punkt die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November auf eine unbefristete kurze Zeit verlängert wird, wobei die verbündeten Mächte sich das Recht vorbehalten, den Waffenstillstand mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen, wonach drittens die noch schwebenden Abkommensverhandlungen bzw. die Verhandlungen über die noch unvollständig verwirklichten früheren Abmachungen fortgesetzt und zum Abschluß geführt werden sollen.)

Ich wünsche den einzelnen Mitgliedern dieses Hauses nicht, daß sie in ihrem Leben die schweren Stunden durchkosten müssen, wie sie mir in Trier beschieden waren. Die Frage: kann ein Waffenstillstand mit diesen Bedingungen überhaupt angenommen werden, oder ist es nicht besser, man fügt sich dem Diktat des Marschalls Foch? das war die Frage, die zu beantworten wir in Trier ebenso verpflichtet waren wie die Reichsregierung. Eine große technische Schwierigkeit stellte sich der raschen Beantwortung dadurch in den Weg, daß die Depeschen, die von mir alsbald am Freitag abend abgegeben worden sind, auf bis jetzt unerklärte Weise bis Sonnabend nachmittag nicht in den Händen der Regierung in Weimar und Berlin gewesen sind. Ich verlangte infolgedessen von Marschall Foch eine Fristverlängerung von 24 Stunden. Diese Fristverlängerung wurde abgelehnt mit dem Beifügen, daß, wenn bis Sonntag abend 6 Uhr der Waffenstillstand nicht verlängert sei, er sofort seine Befehle an seine Truppen geben würde und der ganze Waffenstillstand am heutigen Vormittag 5 Uhr sein Ende erreichen werde. Gleichzeitig ließ er uns wissen, daß er nicht in der Lage sei, irgend etwas an den mitgeteilten Abmachungen zu ändern oder sie zu verbreitern, denn die Bedingungen seien festgestellt von den Chefs der alliierten und assoziierten Regierungen, und sein Dolmetscheroffizier teilte mit, daß auch Präsident Wilson ausdrücklich diese Bedingungen genehmigt habe.

Dadurch war dem Tätigkeitsraum der Kommission eine enge Grenze gezogen. Trotzdem haben wir versucht, eine Reihe von Milderungen durchzusetzen. Von einer Ausnahme abgesehen, die sich auf eine anderweitige Abgrenzung gegenüber Polen bezieht, ist uns dies zu unserem lebhaften Bedauern nicht gelungen. Nach den mir am Freitag nachmittag überreichten Bedingungen sollte das von uns zu räumende, respektive nicht zu überschreitende Gebiet sich im Süden der Oder entlang ziehen und ganz Oberschlesien umfassen. Ich habe sofort erklärt, daß auf der Grundlage dieses Vorschlages von den deutschen Unterhändlern nicht verhandelt werden könne, denn

alle diese Gebiete seien nicht, wie Marschall Foch irrtümlich annehme, von den Polen besetzt. Es fand eine Aussprache der beiderseitigen militärischen Sachverständigen statt, die dazu geführt hat, daß sowohl der Netzedistrikt bei Bromberg nicht in das Gebiet einbezogen wird, als auch Oberschlesien aus dem Gebiet ausgeschaltet bleibt. Mehr war angesichts der Verhältnisse nicht zu erreichen. Die Forderung, daß die deutsche Stadt Birnbaum nicht von uns geräumt werden müsse, wurde abgelehnt, ebenso bezüglich Bentschen. Wir haben nur das eine erreicht, daß der Bahnhof Bentschen nicht von unseren Truppen geräumt werden muß. Die Alliierten haben ihrerseits die Verpflichtung übernommen, zu gewährleisten, daß auch die Polen sich streng an die verabredete Linie halten sollen. Die Bemühungen, zum Schutz der Deutschen in all diesen Gebieten Bestimmungen in den Waffenstillstandsvertrag aufzunehmen, waren erfolglos. Foch hat nur in Aussicht gestellt, daß er sich bemühen werde, für eine Lösung der Frage in unserem Sinne in der interalliierten Kommission einzutreten. Er erklärte positiv, daß das ganze Abkommen in seinem ersten Artikel eine rein militärische Maßnahme darstelle und keinerlei politische Folgewirkungen nach sich ziehen könne, daß also auch durch die Abgrenzung dieser Gebiete in keiner Weise der Erledigung des 13. Punktes des Wilsonschen Programms vorgegriffen werden sollte.

Wichtig ist, daß nach den Versicherungen der Verbündeten auch die Polen jede militärische und Offensivbewegung gegen Deutschland einzustellen haben. Artikel 2 enthält nur die Verlängerung für eine unbefristete kurze Zeitdauer, wobei die Verbündeten sich das Recht dreitägiger Kündigung vorbehalten haben. Mein Antrag, das Wort „kurz" vor Zeitdauer zu streichen, wurde vom Marschall Foch abgelehnt. Auf meine weitere Frage, ob der Ausdruck gewählt worden sei, weil man hoffe, in kurzer Zeit zu einem Präliminarfrieden zu kommen, antwortete Foch: „Ich denke, ich vermute es. Wie ich Ihnen mitteilen kann, wird in diesen Tagen in Paris über diese Frage eines Vorfriedens verhandelt."

Die Verhandlungen in Spaa haben sich in der letzten Zeit vielfach so zugespitzt, daß Vertreter der Verbündeten verlangten, daß sie das alleinige ausschließliche Recht über die Auslegung der Verträge hätten. Angesichts dieser neuen Forderungen habe ich es für richtig gehalten, über diese Frage eine Klärung herbeizuführen. In längerer Debatte ist festgestellt worden, daß an den bisherigen Verhältnissen in Spaa, wo wir in der Auslegung als Gleichberechtigte den Verbündeten gegenüberstehen, nichts geändert werden soll und deshalb keine neuen Erschwerungen eintreten werden. Ich habe das Vertrauen, daß Marschall Foch sein gegebenes Wort in Trier offen und loyal einhält.

Unsere Gegenvorschläge will ich nicht in allen Einzelheiten mitteilen. Da Marschall Foch erklärte, nicht in der Lage zu sein, irgendeine wesentliche Änderung an dem Entwurf der Verbündeten zu vollziehen, habe ich dem Marschall Foch eine Note mit unseren deutschen Vorschlägen, die sich insbesondere auf die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen beziehen, überreicht mit der Bitte, diese Note den verbündeten Regierungen zu unterbreiten. Marschall Foch hat sich bereit erklärt, diese Note bereits heute dem obersten Kriegsrat der Verbündeten zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Zu meinem Bedauern ist es nicht gelungen, irgendwelche definitiven Zusagen über die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen zu erlangen. Die Antwort des Marschalls Foch ging dahin, daß die verbündeten Regierungen diesen Beschluß über die sofortige Freigabe unserer Gefangenen nicht herbeigeführt hätten, daß aber Frankreich bereit sei, 2000 kranke und schwerverletzte Kriegsgefangene alsbald in die Heimat zu entlassen, und auch England würde 2000 nach Hause senden. Darauf erwiderte ich, daß diese Antwort in Deutschland mit tiefster Trauer und begründeter Entrüstung aufgenommen werden würde. Wenn von 800000 Gefangenen ganze 4000 zurückgegeben werden, so könne das als eine wohlwollende Behandlung der deutschen Forderungen nicht angesehen werden. Die Vertreter der Verbündeten drängten zum Abschluß des Abkommens. Auf meine Anfrage erhielt ich von der Regierung den Auftrag, das Abkommen zu unterzeichnen, aber vorher Marschall Foch folgende Erklärung zu übergeben:

„Die Regierung Deutschlands ist sich der Schwere der Folgen bewußt, die sowohl die Annahme wie die Ablehnung des Abkommens nach sich ziehen muß. Wenn sie ihre Delegierten angewiesen hat, zu unterschreiben, so geschieht dies in der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen jetzt ernstlich bestrebt sind, innerhalb kurzer Frist, für die sie den Waffenstillstand verlängert haben, der Welt den ersehnten Frieden wiederzugeben. Die deutsche Regierung ist aber genötigt, ihren Standpunkt zu den drei Bedingungen des Abkommens durch folgende Bemerkungen klarzustellen:

1. Das Abkommen ignoriert die aus dem Volkswillen in geordneten Formen hervorgegangene deutsche Regierung. Es legt den Deutschen in Form schroffer Befehle und Verbote zugunsten der aufständischen Polen die Pflicht auf, eine Anzahl wichtiger Plätze, darunter Birnbaum und Bentschen, ohne weiteres zu räumen. Diese Plätze sind in deutscher Hand, überwiegend von Deutschen besiedelt und von wesentlicher Bedeutung für den Verkehr mit dem deutschen Osten. Dabei leisten die alliierten und assoziierten Mächte nicht einmal Gewähr dafür, daß die Polen es ihrerseits unterlassen, neue Angriffe zu unternehmen oder vorzubereiten, daß sie die deutsche Bevölkerung, auf deren Schutz wir verzichten sollen, menschenwürdig behandeln, daß sie die deutschen Geiseln freigeben, deren Festhalten jetzt jeden Sinn verliert, und daß sie die bisherige Lebensmittelversorgung nach Westen hin

aufrechterhalten. Wenn wir auch bereit sind, jede militärische Angriffshandlung in Polen und anderen Gebieten einzustellen und die gegenwärtige militärische Lage dort als Basis anzuerkennen, so müssen wir doch erwarten, daß die aufständischen Polen die Demarkationslinie innehalten. Andernfalls müssen wir befugt sein, uns mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen.

2. Deutschland darf darauf hinweisen, daß es sich bis zur völligen Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte und bis zur Zerrüttung seiner Verkehrsverhältnisse bemüht hat, den Waffenstillstandsbedingungen nachzukommen. Es will auch jetzt versprechen, Punkte zu erfüllen, deren Durchführung bisher nicht gelungen ist. Dabei darf es aber annehmen, daß seine Verpflichtungen nicht in einer Weise ausgelegt werden, die mit der beiderseitigen Anerkennung der Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika unvereinbar ist und den Gedanken des Rechtsfriedens im voraus zunichte macht. Ob wir die in Aussicht gestellten Weisungen der alliierten obersten Heeresleitungen in vollem Umfange zu befolgen in der Lage sind, müssen wir abwarten.

3. Wenn Deutschland jetzt anstatt bestimmter Fristen für den Waffenstillstand, die es gestatten, sich auf die Erfüllung der Bedingungen einzurichten, nur eine kurze unbestimmte Frist mit einseitiger, dreitägiger Kündigung gewährt wird, die geeignet ist, Ruhe und Ordnung in Deutschland in hohem Maße zu gefährden, so bedeutet das eine ungerechtfertigte Erschwerung unserer Lage. Wir vermögen die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die alliierten und assoziierten Regierungen es für tunlich halten, unter Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum Präliminarfrieden in Verhandlungen über die deutschen Gegenvorstellungen einzutreten.

Scheidemann."

Diese deutsche Erklärung wurde vor der Unterzeichnung des Abkommens Marschall Foch übergeben und von ihm angenommen. Sie ist damit also nach unserem Standpunkt als ein Teil des neuen Waffenstillstandsabkommens anzusehen. Das ist die wenig erfreuliche, traurige Botschaft, die ich aus Trier mitzubringen habe. Die Welt weiß, daß Deutschland einen neuen Krieg nicht führen will und führen kann. Wenn man uns auch wehrlos machen kann, ehrlos darf man uns nicht machen.

Auf Vorschlag des Präsidenten vertagt sich hierauf das Haus.

18. Februar. Das Haus behandelt die Interpellation Dr. **Heinze** (Deutsch. Volksp.) über Vorlegung einer Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen (Auslieferung der deutschen Handelsflotte, Verhandlungen über die Kohlen- und Erzfragen).

Abg. Dr. **Vögler** (Deutsch. Volksp.) begründet die Interpellation. Durch die Vorgänge des letzten Sonntags sind wir eigentlich der Notwendigkeit einer Begründung überhoben. Dieser Tag hat wohl jedem die Augen darüber geöffnet, wohin wir steuern. Der Pulsschlag des deutschen Wirtschaftslebens wird schwächer und schwächer, schon stockt er hier und da. Mit grausamer Sicherheit weiß der Feind die Punkte zu wählen und zu treffen, die uns dem Ruin entgegenführen müssen. Große Kreise der Industrie, des Handels, der Schiffahrt und des Gewerbes haben längst gewußt, daß die Wilsonschen Bedingungen doch vielleicht nur gestellt worden sind, um uns zuerst zum Waffenstillstand zu bringen und dann zu vergewaltigen.

Schon die Ablieferung der Tausende von Lokomotiven und der Hunderttausende von Eisenbahnwagen hat durchgeführt werden müssen, ohne daß ein sachverständiges Programm aufgestellt worden wäre, um die Möglichkeit der Durchführung technisch zu sichern. Es war technisch unmöglich, in der gestellten kurzen Frist dieses ungeheure Material abzuliefern, und unter den nichtigsten Vorwänden, wegen kleiner Mängel an der Ausrüstung und selbst an der Lackierung hat der Feind die Abnahme verweigert, Tausende von Wagen haben wieder Tausende von Kilometern zurückfahren müssen und dadurch die erheblichsten Verkehrsstockungen hervorgerufen. Unser Eisenbahnverkehrsmaterial hatte einen vierjährigen Krieg durchgemacht, der Feind aber erhob daran Friedensansprüche. Die Eisenbahnwerkstätten haben Übermenschliches geleistet, aber gegenüber der schikanösen Art der Abnahme seitens unserer Feinde waren sie machtlos. Ich richte an den Reichsminister Erzberger die Frage, ob ihm diese Dinge bekannt sind. Wie will er das in Einklang bringen mit der ausdrücklichen Vereinbarung, die Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen würde im beiderseitigen Einverständnis erfolgen? Dann kam mit einemmal die Nachricht, wir seien wegen der Verzögerung in der Ablieferung der Wagen zu einer Konventionalstrafe insofern verurteilt worden, als nunmehr 10 Prozent aller Wagen und Lokomotiven mehr geliefert werden sollten. Ich frage weiter: war denn eine solche Konventionalstrafe im Vertrage ausgemacht, und wenn nicht, warum haben wir sie angenommen? Dann kam schließlich die Beruhigungsnachricht: es ist erreicht worden, daß wir statt 10 Prozent Wagen und Lokomotiven nur 50000 landwirtschaftliche Maschinen abzuliefern brauchten. Ich frage, hat der Reichsminister Erzberger sich davon überzeugt, ob unsere Stahlwerke und unsere Maschinenfabriken überhaupt in der Lage sind, diese Maschinen zu liefern? Ich bezweifle es. In Rheinland-Westfalen sind seit dem 9. November aus Mangel an Minetten schon 21 Hochöfen ausgeblasen worden.

Und nun der zweite Punkt, den ich auf das Schuldkonto des Leiters der Waffenstillstandskommission setzen muß. Von Anfang an hat der Verein der Stahlindustriellen immer und immer wieder dringend um die Zulassung von Sachverständigen gebeten. Er wurde von Woche zu Woche hingehalten. Redner gibt eine ausführliche Darstellung dieser Verhandlungen. Und schließlich haben wir durch Nachfrage bei der Regierung direkt festgestellt, daß bei den Verhandlungen in Spaa, Trier und Luxemburg Sachverständige der Kohlen- und Eisenindustrie, die doch in erster Linie dabei interessiert sind, überhaupt nicht zugezogen worden sind. Auch bei der Erneuerung des Waffenstillstandes im Januar ist Herr Erzberger in Verhandlungen eingetreten, ohne daß die Sachverständigen zur Stelle waren. Da ist der Augenblick, die von Marschall Foch gebotene Trennung zwischen Waffenstillstand und Wirtschaft herbeizuführen, verpaßt worden. Unsere Unterhändler haben, wie die Hamburger Reeder sich ausdrückten, in leichtfertigster Weise die Feinde geradezu eingeladen, uns in den Hauptpunkten Schwierigkeiten zu machen. Obwohl von Sachverständigen aufs schärfste Protest erhoben worden war, hat Herr Erzberger das Schiffahrtsabkommen unterschrieben. Wer gab ihm das Recht dazu? Marschall Foch war anfangs bereit, mit Sachverständigen zu verhandeln. Nur die unglaubliche Führung der Verhandlungen auf deutscher Seite brachte ihn zu der Forderung, daß unter allen Umständen schnell abgeschlossen werden müsse. Herr Erzberger ist jetzt wieder da und hat Vereinbarungen mitgebracht, die der Regierung wirklich schwere Stunden bereiten mußten. Vielleicht mußten sie angenommen werden, aber diese Abmachungen sind das Schlußglied in der Kette, die der Reichsminister Erzberger in den monatelangen Verhandlungen um

das deutsche Volk gelegt hat, der Kette, die das deutsche Volk erwürgen wird. Der Ministerpräsident verlangte, daß wir den Arm zur Arbeit freibekommen, Sie, Herr Reichsminister Erzberger, haben diesen Arm in Fesseln geschlagen.

Wenn heute ganz Deutschland unter einer gewaltigen Kohlennot leidet, so ist das nicht die Folge der wilden Streiks, sondern in erster Linie die Folge davon, daß die Erzeugung nicht dem Verbrauch zugeführt werden kann. Heute liegen allein im Ruhrrevier 2 Millionen Tonnen Kohlen auf den Zechen, die nicht abgefahren werden können, und Tausende von Arbeitswilligen müssen feiern, weil man ihnen keine Arbeit geben kann. Aus diesen Tausenden werden bald Hunderttausende werden. Wenn neulich der Politiker der „Vossischen Zeitung" das Wort prägte: „Den Krieg haben wir verloren, wir werden auch den Frieden verlieren", so füge ich hinzu: wir haben den Frieden verloren. Und gegen Sie, Herr Reichsminister Erzberger, erheben wir schwere Vorwürfe.

Wir werfen Ihnen vor, daß Sie in wichtigen Lebensfragen der Nation niemals Sachverständige zu Rate gezogen haben. Wir werfen Ihnen vor ... (Die nächsten Ausführungen des Redners gehen unter in lärmenden Kundgebungen des Zentrums.) Wir fragen den Reichsminister Erzberger: wie ist es möglich, daß dem deutschen Volke, das einen Wilsonschen Frieden erwartet hat, jetzt ein Waffenstillstand auferlegt wird, der einen solchen Frieden unmöglich macht? Wenn wir nicht zu einem Kirchhofsfrieden kommen sollen, dann müssen zu den weiteren Verhandlungen die besten Köpfe als Sachverständige hinzugezogen werden.

Reichsminister **Erzberger**: Die Rede des Interpellanten hätte sich statt an mich an Marschall Foch richten müssen. Die Begründung erfolgte mit einer Oberflächlichkeit und einer Leichtfertigkeit, wie ich sie bisher nicht kennen gelernt habe. Anklagen schwerster Art wurden auf völliger Unkenntnis und auf einer unerhörten Verschiebung der wirklichen Vorgänge aufgebaut. Der Vorredner meinte, die letzte Erneuerung des Waffenstillstandes habe ihm die Augen geöffnet. Uns sind die Augen längst geöffnet, seitdem gerade die Gruppe der heutigen Interpellanten mit ihrer Politik den Niedergang unseres Vaterlandes herbeigeführt hat. Angesichts dieser Sachlage ist es wirklich ein starkes Stück, wenn ein Vertreter der Gruppe Stinnes es wagt, in der Nationalversammlung von der Schuld eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Versöhnung eingetreten ist, während gerade diese Gruppe die Volksleidenschaften aufwühlte und unserem Volke neue Blutopfer auferlegte. Gerade die Rechte stand dem Wilsonfrieden entgegen, und heute klammert sich der Vorredner an den Wilsonfrieden, den er früher verhöhnt hat. Der Vorredner fragt, woher ich das Recht nehme, solche Verträge abzuschließen. Von Ihnen nicht! Ich bin beauftragt von der alten Regierung, habe die Verhandlungen weitergeführt im Namen der Revolutionsregierung und handle jetzt im Auftrage des neuen Kabinetts. Die Frage ist also überflüssig. Der Vorredner verlas Kundgebungen, die gar nicht von mir waren, und unterstellte mir Äußerungen, die ich nie gemacht habe, und wagt den dreisten Satz, ich hätte niemals Sachverständige gehört. Meine ganze amtliche Tätigkeit war, daß ich Tag für Tag Sachverständige gehört habe. Eine Denkschrift über die bisherigen Verhandlungen der Waffenstillstandskommission ist nahezu fertig und wird dem Hause zugehen. Die Verantwortung für die bisher getroffenen Abmachungen trägt die Reichsleitung mit folgender Maßgabe: für den ersten Waffenstillstandsvertrag trägt die Verantwortung die alte Regierung des Prinzen Max von Baden, die auf das Drängen der obersten Heeresleitung

sich zu diesem schweren Schritt entschlossen hat. Die Verantwortung für die Verlängerung des Waffenstillstandes trägt die Revolutionsregierung, für das neue Abkommen und für alle Verträge aber trage ich die Verantwortung vor der Nationalversammlung. Sachverständige sind in allen für das deutsche Wirtschaftsleben einschneidenden Fragen gehört worden. Zu den Luxemburger Abmachungen ließen die Verbündeten nur drei Personen zu. Mir ist es gelungen, noch zwei Sachverständige hinzuzubekommen. Die Verhandlungen in Luxemburg habe ich gar nicht geführt, sondern der Leiter des Reichswirtschaftsamtes. Seine Sachverständigen waren der Reichskohlenkommissar, der Kohlenreferent im Reichswirtschaftsamt, ein führendes Mitglied der linksrheinischen Textilindustrie und der Bearbeiter der Eisen- und Erzfragen im Demobilmachungsamt. Die Termine wurden vom Gegner einseitig festgesetzt, und die schlechten Verkehrsverhältnisse machten bisweilen das rechtzeitige Erscheinen unmöglich. Über das Schiffahrtsabkommen haben eingehende Besprechungen mit Schiffahrtskreisen stattgefunden. Die gegenteilige Behauptung ist eine unerhörte Anmaßung. Insgesamt waren in Trier 30 Sachverständige anwesend, nur Hugo Stinnes fehlte. Eine Unterstellung der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt ist nicht beabsichtigt. Jeder Minister ist der Nationalversammlung verantwortlich, und daher kann ein Minister nicht einem anderen verantwortlich sein. Lesen Sie die Verfassung durch, ehe Sie solche überflüssige Fragen stellen. Ob durch solche Reden die Stellung der deutschen Unterhändler erleichtert wird, stelle ich Ihrem Urteil anheim. Sie wird mindestens erschwert, wenn unrichtige Behauptungen in aller Welt verbreitet werden.

Das gilt auch von einer kleinen Anfrage, deren Charakter als der eines Ammenmärchens auf mehrere Kilometer ersichtlich ist. Die Anfrage, die von meinem lieben alten Freunde, dem Abgeordneten v. Gräfe, gestellt worden ist, stützt sich auf einen Artikel der „Schlesischen Zeitung" vom 25. Januar 1919, in welchem behauptet ist, daß bei den ersten Verhandlungen der deutschen Waffenstillstandskommission der Verband zu einem entschädigungslosen Frieden bereit gewesen sei, daß aber nach Ausbruch der Revolution Foch erklärt habe, dieses neue Faktum ändere die ganze Lage. Deutschland sei erledigt, das frühere Angebot hinfällig. Da eine amtliche Stellungnahme gegen diese Darstellung bis heute nicht erfolgt sei, werde an die Reichsregierung die Frage gerichtet, ob sie sie bestätige oder eine authentische Darstellung der Vorgänge am 7. November 1918 und an den folgenden Tagen zu geben bereit sei. An diesem ganzen Artikel ist nur das eine wahr, daß wir am 7. November die deutsche Front verlassen haben. Alles andere ist Dichtung. In den Verhandlungen ist vom Frieden und gar von entschädigungslosem Frieden keine Rede gewesen. Das Wort Friede ist überhaupt nicht gefallen. Es wurden uns sofort die wichtigsten Bedingungen verlesen, die am 11. November unter den von uns erreichten Änderungen Gegenstand des Abkommens gewesen sind. Daß der Ausbruch der Revolution eine Verschärfung der Bedingungen zur Folge hatte, ist ganz unbegründet. Es sind uns sofort die schwersten Bedingungen des Waffenstillstandes bekanntgegeben worden. Erst am Sonntag, den 10. November 1918, abends 8 Uhr erreichte mich der Funkspruch der obersten Heeresleitung, der in neun Punkten um Milderung ersuchte, aber den ausdrücklichen, allein bisher noch nicht veröffentlichten Satz enthielt: „Gelingt die Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen". Im übrigen hat mich General v. Winterfeldt soeben telephonisch ermächtigt, vor der Nationalversammlung zu erklären, daß die

Angaben in der „Schlesischen Zeitung", auf die sich die Anfrage von Gräfe stützt, von A bis Z erfunden sind.

Die Abgabe weiterer 10 v. H. an Lokomotiven und Eisenbahnwagen hätte unser Wirtschaftsleben sehr viel mehr erschwert, als die Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen, die sich wenigstens durchsetzen läßt, ohne daß irgendeinem deutschen Bauern auch nur eine einzige Maschine weggenommen werden muß.

Nun die Frage der Sachverständigen. Gegen meinen Willen und ohne daß ich vorher befragt worden bin, war zu den Verhandlungen nach Spaa Herr Hugo Stinnes entsandt worden. Ich habe seine Abberufung durchgesetzt, und ich vertrete dies, weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn anbieten konnte, der an der Ausbeutung Belgiens so hervorragend beteiligt gewesen ist, wie Herr Hugo Stinnes, und der vor allen Dingen die haupttreibende Kraft gewesen ist bei der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen. Nun hat uns Herr Dr. Vögler eine ganze Reihe von Depeschen des Vereins deutscher Stahlindustrieller verlesen — nur von einer hat er uns nichts mitgeteilt. Sie lautet: „Wenn Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen wird, entsendet der Verein überhaupt keinen Sachverständigen." Unter solchen Terrorismus stellen Sie (zu Dr. Vögler) die Regierung! Aber ich kann Ihnen sagen, Ihre Herrschaft ist vorbei.

Herr Dr. Vögler beklagt sich über die Verzögerung in der Herstellung des Protokolls. Daran bin ich jedenfalls nicht schuld; aber gelesen hat Dr. Vögler das Protokoll bis heute noch nicht, sonst müßte er wissen, daß ich gar nicht in Luxemburg gewesen bin, sondern daß der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes dort die Verhandlungen geführt hat. Die Interpellanten haben in ihrer Interpellation das bitterböse Wort von der Auslieferung der deutschen Handelsflotte eingefügt. Ich protestiere gegen diese Schlagwörteragitation. In dem Abkommen selbst heißt es nur, daß die deutsche Flotte der Kontrolle der Verbündeten unterstellt wird. Es ist nicht wahr, daß das Schiffahrtsabkommen von der Waffenstillstandskommission zu trennen war. Daß die Sachverständigen nicht rechtzeitig zur Stelle waren, hat niemand mehr bedauert als ich. Wir konnten aber den Waffenstillstand nicht daran scheitern lassen, daß wir die Schiffe nicht zur Verfügung stellten.

Unser Volk darf nicht verhungern. Hunger ist der Schrittmacher für den Bolschewismus. Um unser Volk über die schwerste Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzuführen, müssen einmal unsere Arbeiter das ihre tun, um Waren für die Ausfuhr zu schaffen, und dann müssen die Kapitalisten ihre fremden Werte dem Deutschen Reiche zur Verfügung stellen, und zwar in einem solchen Umfange, daß wir vor dem Hungertode vor der Ernte gerettet sind. An Arbeiter und Kapital geht der Ruf, das Höchste einzusetzen, um unser Volk vor dem Untergang zu retten. Nur eine kurze Frist ist uns noch gestellt, die Finanzierung der Lebensmittel sicherzustellen. Wenn der Appell der Regierung keine Wirkung hat, wenn fremdes Kapital in deutschem Besitz nicht genügend zur Verfügung gestellt wird, muß sich die Regierung vorbehalten, Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Jeder Deutsche muß sich klar sein, daß er sein Privatkapital nur retten kann, wenn er es in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Wir haben gegenüber dem Drängen der Verbündeten erreicht, daß die Handelsflotte nicht eher auszulaufen braucht, als bis Übereinstimmung über die Ernährungs- und Finanzfragen herbeigeführt ist. Wenn diese Übereinstimmung aber nicht bald, vielleicht in 14 Tagen, erzielt wird, dann laufen wir die große Gefahr, keine Lebensmittel zu kriegen und die Flotte schließlich doch loszuwerden.

In einem Interview, das ein Mitglied dieses Hauses gegeben haben soll, wird gesagt, Deutschland habe unter dem Vorwande, die Ostgrenze zu schützen, ein neues Heer von 600000 Mann aufgestellt. Dieses Interview, das im „Excelsior" veröffentlicht wurde, soll vom Abg. Haase stammen. (Abg. **Haase**, Unabh. Soz.: Es ist kein Wort davon wahr!) Es freut mich, daß die Behauptung dieses Blattes also unwahr ist.

Der Abgeordnete Vögler hat in seiner Rede immer noch die nicht ganz unwichtige Tatsache vergessen, daß wir den Krieg verloren haben, sonst hätte er eine solche Rede nicht halten können. Auf den Wellenberg der günstigen Entwicklung ist immer das Tal der Erniedrigung gefolgt. Nach meiner Überzeugung sind wir jetzt an der Talsohle angelangt, und es hängt vom deutschen Volke ab, ob es wieder aufwärts gehen soll. Dem Volke kann man keine Vorwürfe machen nach dem schweren über vierjährigen Kriege und der Nichterfüllung all der vielen glänzenden Verheißungen, die von den Gesinnungsfreunden des Herrn Vögler gegeben worden sind. Ich habe dennoch das Vertrauen zu unserem Volke, daß es sich wieder aufrichten wird. Ich glaube an unser Volk und an seine Zukunft.

In der anschließenden Besprechung der Interpellation erklärt Abg. **Müller** (Breslau, Soz.): Soweit die Interpellation die vermehrte Zuziehung von Sachverständigen fordert, unterstützen wir sie. Die Agitation der Interpellation geht von denselben Kreisen aus, die die Führer der sechs großen Verbände waren, die die Raub- und Plünderungspolitik gegen Belgien und Frankreich befürwortet haben. Der Zweck des Vorstoßes der Interpellation scheint mir nicht nur das „weg mit Erzberger", sondern auch der Ersatz Erzbergers durch einen den Interpellanten genehmen Herrn zu sein. Jetzt treten die Herren v. Gräfe, Warmuth, Dr. Stresemann als Verfechter des Wilsonfriedens auf, dieselben, denen früher der Brester Friede nicht scharf genug gewesen ist. Wenn uns der Gewaltfriede aufgezwungen wird, so handelt es sich nicht nur um Deutschland, sondern um den Untergang der ganzen europäischen Kultur.

Abg. **Groeber** (Ztr.): Von dem, was der Begründer der Interpellation beigebracht hat, ist nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Erzberger kaum ein Quentchen übriggeblieben. Und das Ziel der ganzen Attacke? Es ist ja schon gesagt worden: weg mit Erzberger! Das wäre viel kürzer und einfacher gewesen als die ganze lange Rede. Wir freuen uns, in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und so riesigem Fleiß für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre. Wir können nach dem Verlauf der Debatte an die Partei des Interpellanten nur die Bitte richten, in eine sachliche Erörterung, wie wir sie gern gehabt hätten, nicht eine solche persönliche Note hineinzutragen, wie es der Begründer der Interpellation getan hat.

Abg. **Haußmann** (Demokr.): Die Interpellation hat weniger das Abkommen selbst angegriffen, sie wollte vielmehr unserem Unterhändler in den Rücken fallen, wo alles darauf ankommen muß, seine Stellung zu stärken. Heute wollen wir auf die Generalabrechnung mit den Parteien der Rechten verzichten. Aber die Abrechnung kommt. Jetzt kommt alles darauf an, dem Ausland gegenüber geschlossen und einheitlich aufzutreten. Der Verband hat Angst selbst vor dem gefesselten Deutschland. Durch diesen Haß und dieses Mißtrauen des Auslandes werden nur der Bolschewismus und die Reaktion gefördert.

Abg. **v. Gräfe** (Deutschnat.): In der Reichstagssitzung im Oktober 1918 haben alle Parteien des damaligen und jetzigen Regierungsblockes, darunter auch der jetzige Präsident Ebert, erklärt, unsere Widerstandskraft sei noch

nicht gebrochen, und wir würden keine völlige Unterwerfung annehmen. Tatsächlich wurde sie von uns gefordert, und das Volk mußte glauben, daß ein solcher Waffenstillstand nicht geschlossen würde. Entweder wäre damals der Aufruf der nationalen Verteidigung erfolgreich gewesen, dann wäre freilich der sogenannte Erfolg der Revolution in Frage gestellt und das nationale Gewissen wieder gestärkt worden, oder aber die nationale Verteidigung war nicht mehr möglich, dann war vor aller Welt bewiesen, daß die Revolution sie unmöglich gemacht hat. Das war wohl der Grund, warum der tatsächlichen Unterwerfung das Mäntelchen eines sogenannten Waffenstillstandes umgehängt wurde. Das ist die traurige Situation, in die uns die Politik des Prinzen Max von Baden geführt hat. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat ausdrücklich erklärt, er würde niemals einen Frieden der Vergewaltigung annehmen. Da bitte ich doch, das Mittel zu nennen, wie man eine solche Vergewaltigung verhindert. Wer dem Volke solche Versprechen macht, der muß zeigen, daß er wenigstens den ernsten Versuch macht, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Ich kenne Herrn Erzberger ganz genau, und wenn er solche Worte macht und über das eigentliche Thema schnell hinweggeht, dann ist irgend etwas nicht ganz richtig. Deshalb steht Herrn Erzberger die Entrüstung schlecht, mit der er die Stimme des Volkes hier zurückweist. Einmütigkeit herrscht in allen beteiligten Kreisen darüber, daß Erzberger mit einer Souveränität ohnegleichen, ohne Sachverständigenrat die wichtigsten Entscheidungen getroffen hat. Wären Sachverständige geholt worden, vielleicht wäre die Zustimmung zu den neuen Bedingungen nicht erfolgt. Ministerpräsident Scheidemann hat doch gesagt, daß der Tag kommen könnte, wo wir nein sagen müßten; worauf wartet man denn noch? Wenn wir alles ruhig hinnehmen, dann lachen uns die Feinde ja aus, und wir schwächen die Stellung Wilsons. Wir machen es Wilson unmöglich, für uns einzutreten, wenn wir alles schlucken. Wann endlich wird, so fragen wir, das Nein erfolgen? Die letzte Rede Wilsons zeigt bereits unglaubliche Abänderungen von seinem Programm. Es ist die zwölfte Stunde, wollen wir nicht auch ehrlos zugrunde gehen. Es war längst geboten, daß unsere Vertreter dem Marschall Foch gesagt hätten: wenn ihr den traurigen Mut besitzt, das deutsche Volk jetzt, wo es im verblendeten Vertrauen auf eure Milde und eure edle Zusage freiwillig die Waffen niedergelegt hat, hinterhältig totzuschlagen, wir können es nicht hindern; aber wir weisen mit Verachtung die Zumutung zurück, daß wir selbst zu solchem Verbrechen demütig und wehmütig ja und amen sagen. Wir beschuldigen euch vor aller Welt und für alle Zeiten des feigen Meuchelmordes, für den in alle Ewigkeit das Wort des Großen Kurfürsten gilt: Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!

Ministerpräsident **Scheidemann**: Daß ich gesagt haben soll, es werde der Augenblick kommen, wo wir nein sagen müssen, mag sein; denn es entspricht ganz meiner Auffassung. Aber dem entspricht es auch ebenso vollkommen, daß wir in diesen Tagen zu den Bedingungen, so schwer sie waren und so schwer es unseren Unterhändlern angekommen sein muß, sie zu unterzeichnen, die Verantwortung für ein Nein nicht übernehmen konnten. An dem Ausbruch des Krieges und an seiner Fortsetzung tragen Sie (zur Rechten gesprochen) das gerüttelte Maß der Schuld daran. Am 9. November stellte sich aber auch heraus, daß das alte System total verrostet und verfault zusammengebrochen war, für das Sie heute noch Kraftworte zu finden suchen. Es ist so weit gekommen, daß es dank der Politik der vereinigten Drei: Schwerindustrie, Alldeutsche und Ludendorff zusammenbrechen mußte. Ich erfülle nur eine Pflicht der Loyalität, wenn ich feststelle, daß Sie der Politik des Prinzen Max von Baden Unrecht tun, wenn Sie

ihn nur zum geringsten für sich in Anspruch nehmen wollen. Er gehörte während des Krieges zu der kleinen Gruppe hochstehender Diplomaten, die für einen Verständigungsfrieden waren. Auch bei Kriegsende hat er keine Rolle gespielt, die ihm nicht zur Ehre gereichte. Es tut mir leid, daß auch ich in dieser Stunde noch nicht die ganze Wahrheit sagen darf. Nur das eine will ich Ihnen sagen: fassen Sie sich an ihre eigenen Nasen! Denken Sie an Ludendorff! Glauben Sie, Sie hätten bessere Bedingungen herausgeholt? Wären Sie zu Foch gekommen, Sie wären einfach zum Teufel gejagt worden. Mit Ihnen hätte man überhaupt kein Wort gewechselt! Ihre Rolle ist ausgespielt! Damit sich abzufinden fällt Ihnen schwer, ich verstehe das. Aber geben auch Sie sich Mühe, das zu verstehen. Die Demokratie ist jetzt in Deutschland so fest verankert, daß Ihre Zeit endgültig vorüber ist.

Reichsminister **Erzberger**: Als am 12. Dezember 1916 Herr v. Bethmann im Reichstag das erste Friedensangebot mitteilte, da war es Herr v. Graefe, der rief: Skandal! Unerhört! Herr v. Graefe ist der Auffassung, durch das Waffenstillstandsabkommen hätten wir bestimmte Punkte Wilsons aufgegeben. Das ist eine Behauptung, aber kein Beweis. Noch unerhörter ist es, wenn Herr v. Graefe hier auftritt und unsere Feinde geradezu aufstachelt, uns die Handelsflotte wegzunehmen, indem er sagt, er halte das für ganz selbstverständlich. Diese Sätze werden unsern Unterhändlern als aus der Nationalversammlung stammend entgegengehalten werden. Das ist nicht die Stimme eines Vertreters des deutschen Volkes, sondern eine Desperadopolitik. Herr v. Graefe meint, ich hätte das neue Abkommen nicht unterzeichnen sollen. Ich habe mir die Frage sehr eingehend überlegt, aber ich kann nur sagen, eine Politik des Würfelspiels mache ich nicht mit. Über die 14 Wilsonschen Punkte ist nicht hinausgegangen worden. Es ist mir von einem gegnerischen Führer mitgeteilt worden, daß die neuen Bedingungen zumeist nach schwerwiegenden Kämpfen innerhalb der Verbündeten zustandegekommen seien, daß sie aber schließlich doch die restlose Zustimmung der Amerikaner und auch des Präsidenten Wilson gefunden haben. Und was hätten wir erreicht, wenn wir nicht unterzeichnet hätten? Dann hätte Clémenceau triumphiert, denn damit wäre die ihm lästige Tatsache der 14 Punkte Wilsons mit einem Schlage beseitigt gewesen, und zwar durch unsere Schuld.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Auch die Mehrheitsparteien und die Rechtssozialisten waren nicht unschuldig an der Kriegspolitik. Gegen Unterhändler aus diesen Kreisen werden die Feinde immer Mißtrauen haben. Wir wollen nicht der alten Abenteuerpolitik eine neue hinzufügen.

Abg. Dr. **Stresemann** (Deutsche Volksp.): Unsere Interpellation ist nicht aus schwerindustriellen Kreisen hervorgegangen, sondern aus den Kreisen der hanseatischen Schiffahrtsvertreter, die mit Recht um das Schicksal der deutschen Schiffahrt besorgt waren. Der Kern der Interpellation ist auch nicht: weg mit Erzberger!, sondern bloß: weg mit der Souveränität des Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission und seine Unterstellung unter das Auswärtige Amt. In der Frage der Auswahl von Sachverständigen sollte man nicht an den großen geschichtlich gewordenen Organisationen unseres Wirtschaftslebens vorbeigehen. Die Gefahr der Auslieferung unserer Flotte wird nicht bloß von den Interpellanten an die Wand gemalt, sondern sie ist schon in den weitesten Kreisen unseres Volkes und in einem großen Teil der deutschen Presse zum Ausdruck gebracht worden. Die Zeit für die Entscheidung der Frage, wer die Schuld an dem Zusammenbruch trägt, ist noch nicht gekommen. Während des Krieges selbst ist in dieser Frage die Haltung fast aller Parteien des Reichstags nicht konsequent gewesen. Ich darf nur daran erinnern, daß kein geringerer als Herr Erzberger den Frieden von Brest-Litowsk verteidigt hat.

Reichsminister **Erzberger**: Ich habe das nur getan unter der Voraussetzung, daß dabei in vollem Umfange das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt werde, und das ist leider nicht geschehen.

Reichsminister Dr. **David**: Das Schlimme an der heutigen Interpellation ist, daß sie von Männern ausgeht, die die Schuld an unserem ganzen Jammer tragen. Herr Stresemann gehört in erster Linie dazu. Die Alldeutschen und die Vaterlandspartei haben durch ihre Politik den Zusammenbruch herbeigeführt. Wenn draußen der Eindruck erweckt wurde, daß Sie (zur Rechten) noch einen maßgebenden Einfluß haben, so könnte uns das in der Weltpsychologie außerordentlich schaden.

19. Februar. In allen drei Lesungen erledigt das Haus einen Gesetzentwurf wegen Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen vom 1. Februar 1919. Danach soll die Anmeldung der betreffenden Betriebseinrichtungen nicht bis spätestens zum 20. Februar erfolgen, vielmehr soll der Zeitpunkt vom Reichsamt des Innern festgesetzt werden.

Alsdann setzt das Haus die allgemeine Aussprache über die Politik der Regierung fort.

Reichsminister **Bauer** spricht über die Grundsätze, nach denen die Vergebung der zur Behebung der Wohnungsnot angeforderten Mittel erfolgen soll. Die hohen Rohstoffpreise und Löhne machen die Bautätigkeit zu einem völlig unrentablen Geschäft. Daher sind Staatszuschüsse notwendig. Sie sollen grundsätzlich nur für Flachbauten gegeben werden. Besondere Förderung soll den Siedlungsgesellschaften zuteil werden. Die Gewährung von Zuschüssen an die Hausbesitzer kann an die Übernahme der Verpflichtung zur Aufnahme kinderreicher Familien geknüpft werden. Die Beihilfe wird nur gegeben, wenn die Gemeinde oder der Gemeindeverband aus eigenen Mitteln einen Teil der Baukosten zu tragen bereit ist. Für Preußen ist dieser Satz ein Viertel, der Staat übernimmt ebenfalls ein Viertel, das Reich die andere Hälfte. Die Reichsregierung wird alles tun, um die Wiederbelebung der Bautätigkeit zu fördern. In ihrem Programm, welches bis jetzt die Behebung der Wohnungsnot, den Erlaß wegen Schaffung landwirtschaftlicher Siedlungen, die Gewährung von Baukostenzuschüssen im Betrage von 300 Millionen Mark, den Erlaß betreffend das Erbbaurecht und endlich die Errichtung einer besonderen Abteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen im Reichsarbeitsamt umfaßt, bildet diese Kreditforderung einen wesentlichen Teil. Ich bitte die Nationalversammlung, sie zu bewilligen.

Preußischer Kriegsminister Oberst **Reinhardt**: Die Verwendung der Truppen zur Aufrechterhaltung oder Herstellung der inneren Ordnung ist unerfreulich, und zwar ganz besonders für die beteiligten Gruppenführer und Soldaten. Als die Truppen nach den fast übermenschlichen schweren Schlußkämpfen und dem forcierten Rückzug in die Heimat kamen, waren sie bitter enttäuscht, statt des erhofften Friedens und der friedlichen Wiederaufnahme der Arbeit einen neuen Feind in der Gestalt des Spartakus sich gegenüber zu sehen. Von Rußland her mit Menschen und Geld und Werbemitteln unterstützt, entfachten die Spartakisten gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit des arbeitenden deutschen Volkes nach der Novemberumwälzung einen neuen Bürgerkrieg. Dieser Kampf, der militärisch

nicht leicht zu führen ist, wird häßlich verschärft durch die tückische bolschewistische Kampfesweise der Ruhestörer, die von ungemein gefährlichen Schwärmern angeführt werden. Auf diesem Untergrunde vollzog sich die Tötung der Frau Rosa Luxemburg und Liebknechts. Welches auch immer das rein menschliche und politische Urteil über die Bedeutung der Schuld und des Todes dieser beiden Persönlichkeiten für den Frieden in unserm Volke sein mag, als Soldat kann ich die Tatsache nur aufs tiefste bedauern, daß die Begleitkommandos nicht versuchten, die Häftlinge unversehrt den Richtern abzuliefern. Der kommandierende General v. Lüttwitz teilt meine Auffassung. Darin erblicke ich die Gewähr, daß bei der dem Korps des Generals unterstellten Gardekavallerie-Schützendivision alles mögliche zur Feststellung des Falles und zur Bestrafung der Schuldigen geschehe. Entsprechend der eigenartigen Bedeutung des Falles waren wir bemüht, ihm eine breitere Öffentlichkeit zu geben, und wir zogen deshalb je ein Mitglied des Berliner Vollzugsrats und des Zentralrats hinzu. Ich muß es entschieden ablehnen, mich über das Ergebnis des noch schwebenden Verfahrens auszusprechen. Das Gericht ist pflichtgemäß bestrebt, Klarheit und Sühne zu schaffen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei dem Vorgange im Tegeler Forste. Das Verfahren ist verzögert worden, weil auf Antrag des Rechtsanwalts Haase neue Zeugen vernommen werden müssen. Die Regierung weiß sich mit dem Volke einig in dem Wunsche nach Gerechtigkeit. Wir dürfen nicht vergessen, daß Offiziere keine Juristen und Soldaten keine gewiegten Polizeibeamten sind. Die Reichsregierung hat schon den Plan gefaßt, die Militärstrafgerichtsordnung so umzuwandeln, daß rein bürgerliche Straftaten vor die bürgerlichen Richter kommen sollen. Das zukünftige Heer wird sehr bescheiden sein, aber wir können es trotzdem jetzt noch nicht aufbauen, weil wir noch keinen Frieden haben. Wir müssen daher vorläufig mit den übernommenen Einrichtungen auszukommen suchen.

Frau Marie **Juchacz** (Soz.): Der Revolution verdanken wir unsere Sitze im Parlament. Für Deutschland ist die Frauenfrage damit gelöst. Die neuen Rechte können uns nicht wieder genommen werden. Wir werden aber niemals unser Frauentum verleugnen, weil nun auch wir in die politische Arena gestiegen sind. Bei Beratung der neuen Verfassung werden wir dafür zu sorgen haben, daß nun auch in der Verwaltung die Frau als gleichberechtigt mit herangezogen wird. Rednerin polemisiert dann eingehend gegen die Politik der früheren Konservativen. Die Beamtenschaft hat die Revolution mit einem befreienden Aufatmen begrüßt. Sie wird auch wirtschaftlich unter dem neuen Regiment besser fahren als bisher. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat die Spartakuspolitik unterstützt. Das befreite Deutschland sendet seinen Volksgenossen, die noch immer in Kriegsgefangenschaft im Auslande schmachten müssen, brüderliche Grüße. Im Namen der Menschlichkeit muß gefordert werden, daß sie baldigst ihren Familien und der Heimat zurückgegeben werden. Es ist das Furchtbarste, was die Verbündeten sich noch in dieser Stunde zuschulden kommen lassen, daß sie das wehrlose deutsche Volk noch weiter dem Hungertode überliefern.

Abg. **Mayer** (Kaufbeuren, Ztr.): Wir begrüßen die Zusammenarbeit von Mann und Frau in diesem Hause. Wir haben bei dem Dank an die Neutralen eine Erwähnung des Papstes vermißt, obwohl gerade dem Heiligen Stuhle die Internierung Tausender von Kriegsgefangenen auf neutralem Boden zu danken ist. Die definitiven Friedensverhandlungen dürfen nicht allein vom militärischen Standpunkt aus, sie müssen vielmehr auch vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus geführt werden. Der Entwurf des Völkerbundes enthält in den Bestimmungen, die seine Führung

durch die Verbündeten in Aussicht nehmen und über die Gesinnungsgarantäne derjenigen Völker, die ihm beitreten wollen, sowie über die künftige Verwaltung unserer Kolonien ebenso viele Erschwerungen der Verwirklichung seines idealen Grundgedankens. Aber auch sonst ist die deutsche Wirtschaft sehr krank. Finden wir den Anschluß an die neue Ernte nicht, so müssen Millionen Deutscher verhungern. Ein Defizit von 1,7 Milliarden bei den preußischen Eisenbahnen ist ein Sturmzeichen für die Lage der deutschen Volkswirtschaft. Wir leben heute auch wirtschaftlich in unverantwortlicher Weise von den allerletzten Reserven. Nur die sofortige Beseitigung der Ostseeblockade und die rascheste Herbeiführung des Vorfriedens und des definitiven Friedens kann uns retten.

Abg. **Falk** (Demokr.): Wenn jetzt der Übermut des Feindes die Hand nach rheinischem Gebiet ausstreckt, so mag er wissen, daß er das tut gegen den Willen auch des letzten Rheinländers. Separatistische Strömungen sind heute geradezu sündhaft. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die Rheinländer mit Gut und Blut an unserem Vaterlande hängen. Die Lasten des Waffenstillstandes dürfen uns nicht durch ungeeignete Maßregeln der Regierung erschwert werden. Die Behandlung, die wir seitens der Besatzungsarmee erfahren, ist verschieden. In Köln ist sie erträglich, anderswo nicht. Die Behandlung unserer zu Unrecht im Auslande zurückgehaltenen Gefangenen ist weit grausamer geworden, seitdem die Franzosen keine Repressalien mehr zu befürchten haben. Die Postverbindung ist beinahe aufgehoben. Die Angehörigen werden von dem Tode der Gefangenen nicht mehr benachrichtigt. Ebenso groß ist der Übermut der Polen, deshalb ist der Grenzschutz dringend notwendig. Würde uns das linke Rheinufer geraubt, so würde eine Irredenta entstehen, die weit über die italienische Irredenta hinausgehen würde.

Reichsminister **Erzberger**: Die linksrheinischen Gebiete ertragen die feindliche Besatzung, damit das übrige Deutschland die Vorteile des Waffenstillstandes einheimsen kann. Das dürfen und werden wir nie vergessen. Wir fühlen uns eins mit den Bewohnern des linken Rheinufers. Die Art, wie der Vorredner Wünsche und Beschwerden der besetzten Gebiete vorgetragen hat, erleichtert der Waffenstillstandskommission ihre Arbeiten ganz wesentlich. Das deutsche Volk hat das unveräußerliche Recht auf einen gerechten Frieden bereits in der Tasche. Das Saargebiet ist und bleibt deutsch und kann uns durch keinen Frieden genommen werden, dem wir innerlich zustimmen sollen. Ein Friede aber, dem wir nur äußerlich zustimmen, wäre kein Friede, sondern ein unerträglicher Zwang. Den Kampf gegen den Bolschewismus im Osten betrachtet die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Wir haben wohl unter dem 12. November die Verbündeten zu einer gemeinsamen Bekämpfung aufgefordert, die Verbündeten haben aber überhaupt nicht geantwortet. Aber nicht nur das: die Verbündeten lähmen uns auch in diesem Kampfe, den wir doch nicht für uns, sondern für die gesamte Kulturwelt führen. Unsere Bitte, einige kleine Kreuzer in Dienst stellen zu dürfen, damit wir von Libau aus den Kampf gegen die vorstürmenden Sowjettruppen aufnehmen können, ist von den Verbandsmächten abgelehnt worden. Unser Verlangen ist so selbstverständlich, daß es keiner weiteren Begründung bedarf. Wir können nicht warten, bis die Sowjettruppen in Ostpreußen stehen, der Heimat des Herrn Haase. Vor aller Welt stelle ich fest, daß Deutschland einen Krieg nicht mehr führen will und auch nicht mehr führen kann. Wenn gleichwohl einseitig unsere Kriegsgefangenen zurückbehalten werden, so ist das eine Barbarei, wie sie die Menschheitsgeschichte nicht kennt.

20. Februar. Die Debatte über die Regierungspolitik wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Traub** (Deutschnat. Volksp): Dem Vordringen der Südslawen in Österreich sollte man mehr Beachtung schenken. Wenn Österreich-Ungarn erst einmal von der Bildfläche verschwunden ist, werden sich noch viel größere Reibungsflächen in Mitteleuropa ergeben. Die Unterstellung, die man uns gemacht hat, daß wir die Waffenstillstandsfrage für Parteizwecke ausnutzten, weise ich zurück. Glaubt man denn, daß Frankreich uns noch einmal den Krieg erklären wird, wo es ganz genau weiß, daß es einer wehrlosen Bevölkerung gegenübersteht? Einmütig protestiert das deutsche Volk gegen die Aufrechterhaltung der Blockade und gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen. Ich schlage vor, daß die Kriegsgefangenen, wenn sie wirklich für unsere Feinde Fronarbeit leisten müssen, durch freiwillig gestellte Hilfskräfte aus Deutschland abgelöst werden. Graf Brockdorff-Rantzau sollte sich mehr in die Nähe des Wehrministers Noske setzen, um von dessen urwüchsigem, frischem und echt deutschem Stolz etwas zu übernehmen. Wenn sich die in weiten Kreisen auf Wilson gesetzten Hoffnungen erfüllen, so werde ich mich freuen, aber ich habe kein Zutrauen zu ihm. Er hat all die drückenden Waffenstillstandsbedingungen mitgemacht. Die Absicht des Verbandes geht dahin, uns als ein würdeloses Volk hinzustellen, dem der Eintritt in den Völkerbund unmöglich gemacht wird. Wir weisen die Pläne zur Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik zurück. Wir bedauern, daß die elsaß-lothringischen Abgesandten nicht in der Nationalversammlung ihre Stimme erheben konnten. Was wir in der Ostmark an Erniedrigung erleben, ist die Frucht der Revolution. Birnbaum darf den Polen nicht ausgeliefert werden. Den Anspruch auf unsere Kolonien halten wir aufrecht. Die Revolution hat uns nicht den Frieden gebracht, sondern uns weiter von ihm entfernt. Die Methode der Regierung und der Mehrheitsparteien war, die ganze Last des verlorenen Krieges auf die Rechtsparteien zu wälzen. Was ist eigentlich das alte System? Auch heute regiert noch der alte Bethmann-Block, und nach dem Militarismus sehnt sich unser Volk jetzt erst zurück. Die jetzigen Zustände sind die besten Schrittmacher für die Monarchie. Die Ausschußberatungen der Kreditvorlage sollten gerade die Parteien für nötig halten, die früher über jeden Pfennig peinliche Rechenschaft gefordert haben. Die 15 Milliarden alten Kredits bewilligen wir selbstverständlich, ebenso die 300 Millionen zur Förderung des Wohnungswesens. Daß wir aber auch die anderen Milliarden, die im Verfolg der Revolution ausgegeben worden sind, ohne weiteres bewilligen werden, kann niemand von uns verlangen. Wir verlangen, daß im Ausschuß darüber Auskunft gegeben wird. Wir haben vor allem die Riesenaufgabe zu lösen, unsere zukünftige Ernte militärisch zu sichern. Tun wir das nicht, dann ist alles müßig, was wir in Weimar zustande gebracht haben. Der alte Geist des alten Liberalismus ist nach rechts gewandert. Wir werden dieses Erbe des alten Liberalismus bewahren.

Das Haus wendet sich zur Erledigung der Kreditvorlage. Dazu liegen eine Reihe von Anträgen vor, die die Herabsetzung des Kredits von 25 auf 18 Milliarden bzw. die Ablehnung der 25 Milliarden fordern und nur die 300 Millionen für Bau- und Wohnungszwecke bewilligen wollen. Außerdem haben die Deutschnationalen ihre sämtlichen bisher gestellten Initiativanträge in einer zusammenfassenden Entschließung zur zweiten Lesung der Kreditvorlage wieder eingebracht.

Reichsminister der Finanzen **Schiffer**: Ich bitte, alle diese Anträge abzulehnen. Die Ablehnung des ganzen Kredits würde das Reich völlig mittellos hinstellen. Über diese Möglichkeit verliere ich weiter kein Wort. Aber auch die Herabsetzung auf 18 Milliarden ist nicht erträglich, weil von den 25 Milliarden 15 bereits verausgabt sind und durch die Wechselverpflichtungen des Reiches auch schon über weitere 3 Milliarden verfügt ist, weil auch eine Reserve für unvorhergesehene Fälle vorhanden sein muß.

Reichsminister **Gothein**: Der Abgeordnete Traub hat eine Verzweiflungspolitik darin finden wollen, daß wir die furchtbar schweren Waffenstillstandsbedingungen angenommen haben. Das ist uns wahrhaftig nicht leicht geworden, und wir haben es erst nach sehr eingehenden Erörterungen getan, weil wir uns eben in einer verzweifelten Lage befinden. Aber wir befinden uns dabei in Übereinstimmung mit der erdrückenden Mehrheit des Hauses; denn es ist nur die kleine Zahl der Anhänger des Herrn Traub, die einen anderen Standpunkt einnimmt. Wenn Herr Traub für diese Stellungnahme nüchterne Erwägungen in Anspruch nimmt, so kann ich nur sagen, vor dem Kriege und während des Krieges hat man von solchen nüchternen Erwägungen bei ihm und bei seinen Freunden nichts gemerkt, sondern sie haben eine Politik der Illusion geführt, die durch die Tatsachen auf das grausamste desavouiert worden ist. Und der Hauptfehler dieser Illusionspolitiker war, daß sie den inneren Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik nicht zu erkennen vermochten, daß sie eine innere Politik geführt haben, die uns schließlich die Sympathien der ganzen Welt gekostet hat. Nicht das deutsche Volk ist seitens der Regierung als schuldig und als unwürdig hingestellt worden, sondern die Methode des vergangenen Systems, das in der Haltung Deutschlands auf der Haager Friedenskonferenz ihren schärfsten Ausdruck gefunden hat; denn diese Haltung mußte in der übrigen Welt die Auffassung erwecken, als sei Deutschland das Staatswesen, von dem man erwarten müsse, daß es in dem ihm günstig erscheinenden Augenblick die Welt überfallen werde. Herr Traub hat sich in seiner politischen Entwicklung allmählich von der Linken zur äußersten Rechten gewendet. Die verfehlte Auffassung, daß allein ein scharfgeschliffenes Schwert die beste Sicherung des Friedens sei, die Großmannssucht unserer Flottenpolitik, die Tatsache, daß unsere auswärtige Politik schließlich nicht von Diplomaten, sondern von General- und Marinestäblern gemacht worden ist, das ist die Schuld des alten Regiments und all derer, die vor dem Kriege und während des Krieges zu ihm gestanden haben. Wir wissen, daß der Krieg von den Panslawisten in Rußland und von den Revanchepolitikern in Frankreich gewollt wurde. Zustimmen kann ich Herrn Traub, wenn er sagt, daß das schlechte System nicht in der Monarchie beruht hat. Aber wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß das monarchische System versagt hat, weil es sich auf die Seite derjenigen stellte, deren Politik jene unselige Mächtekonstellation gegen uns herbeigeführt hat und jede Möglichkeit verhinderte, den Krieg rechtzeitig zu liquidieren.

Reichsminister **Erzberger**: Wir treiben in der Waffenstillstandskommission keine Verzweiflungspolitik, wie uns der Abgeordnete Traub vorwirft, wir treiben eine Politik der kühlen Vernunft und des klaren Rechts. Die Grenzen für uns sind die 14 Punkte Wilsons mit allen darauffolgenden Erklärungen. Diese Grenzen sind nicht überschritten worden. Herr Traub hat dem deutschen Volke einen schlechten Dienst erwiesen, wenn er die Rechtsbasis unserer Verhandlungen zu durchlöchern sucht. Wer an den Abmachungen vom 5. November, welche die erste Voraussetzung des Waffenstillstandes waren, das geringste zu ändern sucht, erschwert die Lage des deutschen Volkes. Auch bei den Abmachungen über die Ostmark ist ausdrücklich von

Foch dargelegt worden, daß sie keinen Einfluß auf die Friedensverhandlungen und die endgültigen Abmachungen haben sollten. Wir sind verpflichtet, die Schäden an Privateigentum, nicht an Staatseigentum, die durch unsere Angriffe in den besetzten Gebieten angerichtet sind, zu ersetzen. Vollkommen unbegründet war der Vorwurf, daß wir eine Kommission zur Untersuchung der völkerrechtswidrigen Behandlung von Kriegsgefangenen eingesetzt haben. Gerade von unserem Standpunkt war diese Kommission notwendig, denn die Anklagen, die gegen Deutschland erhoben worden waren, haben sich in den allermeisten Fällen als ganz unrichtig herausgestellt. Diese Kommission ist auch der wirksamste Schutz für unsere eigenen noch in der Gefangenschaft schmachtenden Landsleute.

Abg. Dr. **Kahl** (Deutsche Volksp.): Die politische Betätigung der Frau ist keineswegs ein Monopol der Sozialdemokratie. In der nationalliberalen Partei sind wir längst dafür eingetreten. Allerdings ist jetzt der Sprung etwas groß. Jedenfalls sind wir der Meinung, daß das Frauenwahlrecht jetzt ein dauernder Bestandteil unserer politischen Rechte sein muß. Das Alter von 20 Jahren erscheint uns auch für die Wahlfähigkeit zur höchsten gesetzgebenden Versammlung des Reiches zu niedrig. Meine Fraktion beantragt die Überweisung des Nachtragsetats an eine Kommission. Die erste Aufgabe des Ministerpräsidenten wäre es nach meiner persönlichen Ansicht gewesen, beim Reichspräsidenten dahin vorstellig zu werden, daß er unmittelbar persönlich mit dem Verbande, vor allem aber mit Wilson sich in Verbindung setzte und versuchte, eine gerechte Verlängerung des Waffenstillstandes durchzusetzen. Daß es nicht geschehen ist, halte ich für einen schweren politischen Unterlassungsfehler des Ministerpräsidenten. Der Befehl zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes hätte von der Nationalversammlung ausgehen müssen, die Anhörung der Fraktionsführer war kein Ersatz dafür. Wir sind klein geworden durch das Verschulden einer Anzahl unserer früheren Führer. Der 19. Januar war nicht, wie unsere Gegner es darstellen, das entscheidende Volksgericht. Die Regierung der Parteien von heute kann keine endgültige sein. Ich glaube nicht daran, daß der heutige Mehrheitsblock lange zusammenhalten wird. Indem man unser Heer preisgab, gab man auch schon den Anspruch auf Gleichberechtigung vor der Weltgeschichte preis. Eine Vermehrung der Reichswehr zur Verstärkung des Grenzschutzes und zur Bekämpfung der Spartakisten überall im Reiche sowie zur Brechung des Generalstreiks im Ruhrrevier muß alsbald erfolgen. Die gänzliche Auflösung und Zertrümmerung unserer Wehrmacht ist eines der Verbrechen der Revolution. Die Nationalversammlung muß die Fehler der Revolution wieder gutmachen. Die Soldatenräte müssen als solche verschwinden, desgleichen die Arbeiterräte. Beide haben kein dauerndes Existenzrecht. Die Revolution soll der rücksichtslosen Ausübung der Klassenherrschaft im Obrigkeitsstaate, der Niederhaltung der arbeitenden Klasse, zu verdanken sein. Auch der ekelhafteste Obrigkeitsstaat ist nicht so schlecht regiert worden, wie der Volksstaat vom 5. November bis zum 6. Februar. Es war die vollendete Klassenherrschaft. Das Kaisertum hat ja zuletzt selbst die demokratischen Grundsätze proklamiert, und das Programm des Prinzen Max von Baden unterschied sich kaum noch von dem sozialistischen. Blieb die Entwicklung ruhig, so hätten wir die Volksfreiheit ohne Gewalttätigkeiten erhalten.

In der Frage, wer die Schuld am Kriege trägt, ist ein abschließendes Urteil noch nicht möglich. Die Schuld wird auf Tausende und aber Tausende von Schultern verteilt werden müssen. Die Schuld für den unglücklichen Ausgang des Krieges trägt, das liegt klar vor Augen, der Bolschewismus.

Das Elend des Waffenstillstandes war zu vermeiden, wenn bis zum 22. Oktober 1918 die nationale Verteidigung organisiert worden wäre. Nicht die Sozialdemokratie hat das Vaterland gerettet, sondern das Bürgertum und das deutsche Beamtentum.

Die Republik muß ihren Befähigungsnachweis erst erbringen. Die beste Ausstattung wird die junge deutsche Republik vom preußischen Königtum empfangen. Wir stehen frei gegenüber der Zukunft und treu gegenüber der Vergangenheit. Auch wir sind für baldigen Friedensschluß. Wir begrüßen insbesondere, daß seit dem Amtsantritt des Grafen Brockdorff-Rantzau gegenüber unseren Feinden wieder eine Sprache der Ehre, Würde und Wahrhaftigkeit gesprochen wird. Nur können wir nicht anerkennen, daß wir 1871 Frankreich ein Unrecht zugefügt haben. Wir hatten mit unserer Interpellation nicht die Absicht, Herrn Erzberger zu Fall zu bringen. In der Sache selbst billigen wir die Entscheidung der Regierung. Eine Ablehnung des neuen Waffenstillstandsabkommens hätte die Umwandlung des Okkupationsgebietes in ein Eroberungsgebiet bedeutet. Die wichtigsten Lebensmittel wären uns abgeschnürt worden, und wir wären dem Bolschewismus preisgegeben. Eine Ablehnung hätte auch die Vernichtung eines Rechtsfriedens auf der Grundlage wenigstens der Wilsonschen Punkte bedeutet. Wir lehnen jeden Anspruch auf Abtretung deutschen Bodens an Dänemark ab. Ein Völkerbund mit einem geknechteten Deutschland ist unmöglich. Wir vermissen im Programm der Regierung jeden Hinweis auf Reformen in der Rechtspflege. Die Forderung nach einer neuen Amnestie lehnen wir ab. Spartakisten haben bei der Erstürmung der Gefängnisse genug fragwürdiges Publikum auf die Straße gelassen, und es ist die höchste Zeit, daß die Justiz wieder ihr strenges und ernsthaftes Antlitz zeigt. Wir hoffen auf eine nationale, sittliche und tiefgehende Erneuerung unseres Volkes.

Reichsminister **Landsberg**: Herr Kahl bemängelt das Wahlrecht der Zwanzigjährigen. Ich bin demgegenüber der Meinung, die Politisierung unseres Volkes und damit der Jugend beiderlei Geschlechts kann gar nicht früh genug beginnen, und wenn man mit 18 Jahren König von Preußen werden konnte, so wird man schließlich auch mit 20 Jahren für das Reichswahlrecht reif sein. Herr Kahl meint ferner, wir würden ohne Revolution zu einer Monarchie mit freiheitlichen Institutionen gekommen sein. Ich will kein Wort über den Kaiser sprechen — es liegt mir fern, einen Mann anzugreifen, der vom Unglück schwer betroffen ist und von dem ich nicht verkennen will, daß seine Absichten gut und rein gewesen sind, wenn er auch seine Kräfte bei weitem überschätzt hat. Aber ich tue ihm sicher nicht unrecht, wenn ich sage, dieser Mann, der an der Schwelle der Sechzig stand, war nicht mehr imstande, umzulernen. Niemals würde er sich unter eine freiheitliche Verfassung gebeugt haben, und es hätten sich immer auch Parteien gefunden, die ihm plausibel gemacht hätten, daß es Pflicht des Königs sei, wenn nötig unter Durchbrechung der Verfassung das Gottesgnadentum wiederherzustellen. Der Redner polemisiert dann gegen die Behauptung des Abgeordneten Kahl, daß die nationale Verteidigung im Oktober noch möglich gewesen sei.

Frau **Zietz** (Unabh. Soz.) führt Beschwerde über die Unfreiheit in dem mit einem Heerlager besetzten Weimar, über die Behandlung politischer Gefangener, mit denen man wie mit Raubtieren umgehe, über Vergehen der Regierungstruppen, über Eingriffe in die Versammlungsfreiheit usw. Wegen der Bezeichnung des Eisernen Kreuzes als Blutzeichen erteilt ihr der Präsident einen Ordnungsruf, desgleichen für ihr Schlußwort, wonach die Regierung das Kainsmal des Brudermordes an der Stirn trage.

Reichswehrminister **Noske** hält den Übertreibungen der Vorrednerin gegenüber seine Feststellungen über die Spartakisten vom 15. Februar aufrecht.

Der Antrag auf Verweisung der Kreditvorlage an einen Ausschuß wird abgelehnt und die Vorlage nach weiterer, unwesentlicher Debatte unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Deutschnationalen verabschiedet.

21. Februar. Nachdem Ministerpräsident **Scheidemann** dem in München erschossenen bayrischen Ministerpräsidenten Eisner einen Nachruf gewidmet hat, nimmt das Haus in allen drei Lesungen ohne Debatte den Entwurf eines Diätengesetzes an, und zwar mit der von allen Parteien geforderten Abänderung, wonach ein Abzug für das Fernbleiben von einer Vollsitzung nicht stattfinden soll, wenn das betreffende Mitglied an dem gleichen Tage an einer Ausschußsitzung teilgenommen hat.

Hierauf wird die Besprechung der Politik der Reichsregierung fortgesetzt und beendet.

Präsident des Reichsministeriums **Scheidemann**: Abg. Kahl hat es mir zum Vorwurf gemacht, daß ich dem Reichspräsidenten nicht empfohlen habe, sich nach seiner Wahl direkt mit dem Präsidenten Wilson in Verbindung zu setzen zwecks Herbeiführung eines baldigen Friedens. Ich darf Herrn Abg. Kahl darauf aufmerksam machen, daß ich dem Reichspräsidenten und wahrscheinlich auch dem ganzen Lande einen sehr schlechten Dienst erwiesen haben würde, wenn ich seinem Vorschlage entsprechend verfahren wäre. Ich erinnere daran, daß Prinz Max von Baden seine verschiedenen Anregungen zur Herbeiführung des Waffenstillstandes und Friedens direkt an die Adresse des Präsidenten Wilson gerichtet hat, daß aber Wilson direkt verlangt hat, daß sich die deutsche Regierung an alle Verbündeten wenden möge. Dann ein Wort zur Rede der Frau Zietz. Es wird Frau Zietz nichts nützen, wenn sie noch kräftigere Töne anschlägt, solange sich die Unabhängigen mit Haut und Haaren Spartakus verschreiben.

Der Abg. Kahl und Frau Zietz haben auch über die Vorgänge im Ruhrgebiet gesprochen. Die größte Gefahr für die Nationalversammlung wäre es, wenn sie nicht die Stätte sein würde, bei der alle Schmerzen und alle Leiden Deutschlands ein Echo finden. Darum dürfen wir an nichts vorübergehen, mag es noch so beschämend sein. Das Reich, das Volk, seine Ernährungs- und Arbeitsmöglichkeiten sind auf das schwerste bedroht, nicht vom Feinde, sondern von den Landesgenossen, die jetzt unsere wertvollste, wichtigste Provinz, das rheinisch-westfälische Industriegebiet, mit Zertrümmerung bedrohen. Der Boden auf dem wir stehen, schwankt, er bricht vielleicht in kürzester Zeit zusammen, wenn es nicht gelingt, dem Wahnsinn und Verbrechen im Ruhrgebiet entschlossen ein Ende zu machen. Ich will ausdrücklich feststellen, daß die A.- und S.-Räte in den ersten Revolutionswochen viel Gutes geleistet haben, aber mehr als einmal hat es uns die Schamröte ins Gesicht getrieben, wenn wir von der Vergewaltigung der Preßfreiheit durch die A.- und S.-Räte hören mußten. Das Verächtlichste am Bolschewismus ist seine Feigheit. Er stellt sich erst dann, wenn er durch tückischen Handstreich die gegnerischen Preßorgane mundtot gemacht hat. Die „Bergische Arbeiterstimme" in Solingen hat ausdrücklich geschrieben: „Wir müssen uns in den Besitz dieser gegnerischen Zeitungen setzen, sie in

unsere Hand bringen und in diesen bisher gegnerischen Zeitungen einfach unsere Politik machen." Das ist ein Terrorismus, wie er toller nicht gedacht werden kann. Nach diesem Rezept begann der Spartakistenaufstand am Niederrhein. Die A.- und S.-Räte in den meisten Orten folgten dort dieser Aufforderung. Die blühende deutsche Stadt Düsseldorf ist in knapp sechs Wochen zu einer Bettlerin geworden. Die Spartakisten sind nicht die unschuldigen Gestalten, als die sie uns hier dargestellt werden: halb Kinderspiel, halb Gott im Herzen. Es sind ganz gemeine Räuber, Spitzbuben und Erpresser. Sie gehen bewaffnet von Zeche zu Zeche und zwingen die Arbeitswilligen zum Streik, obwohl 95 v. H. der Bergarbeiter gegen den Streik sind. In Duisburg ist gestern eine große Anzahl Arbeitswilliger getötet und schwer verwundet worden. Auf Arbeitswilligkeit ist die Strafe des Erschießens gesetzt worden. Das ist nur eine Handvoll von den vielen Meldungen, die uns täglich zugehen. Sie müßten die Regierung noch heute zum Teufel jagen, wenn sie nicht mit voller Kraft und Entschlossenheit Gewalt gegen Gewalt setzte, um den letzten Rest des spärlichen Volksvermögens vor Vernichtung und Zertrümmerung zu bewahren. Alle diese Gewaltstreiche, denen so viele Menschenleben zum Opfer fielen, haben sich abgespielt, ehe ein einziger Regierungssoldat im Industriegebiet aufgetaucht war. Wer hat also die Regierung in die bittere Notwendigkeit versetzt, einem unterdrückten Volksteile mit Waffengewalt zu seinem Rechte zu verhelfen? Nur diejenigen, welche einen Sklavennamen zum Kampfruf machen, um in diesem Kampfe die Bevölkerung erst zu Sklaven zu machen. Wir werden die gottgewollte Abhängigkeit in menschenwürdige Unabhängigkeit umwandeln, aber wir werden uns durch keine Hetze und keinen Terror davon abbringen lassen, die Straße der Demokratie freizumachen, die erst zum Sozialismus führen kann. Die Regierungstruppen kommen ins Ruhrrevier als Schutztruppe der Demokratie und der vergewaltigten Arbeiter, nicht als Weiße Garde. Ich bin überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, den Spartakisten und Gewaltmenschen in kürzester Zeit das Handwerk zu legen.

Von den Abg. Payer (Demokrat), Müller (Soz.), Gröber (Ztr.) geht eine Entschließung ein, worin es heißt:

„Das deutsche Volk erwartet einen Frieden des Rechts. Es hat seine Waffen erst niedergelegt, nachdem es sich mit seinen Gegnern über die vom Präsidenten Wilson aufgestellten Punkte verständigt hat. Das deutsche Volk rechnet auf die Unverletzlichkeit dieser Zusagen. Inzwischen behandelt Frankreich schon vor dem Friedensschluß Elsaß-Lothringen wie ein französisches Land. Die Wahlen zur Nationalversammlung sind dort verhindert worden. Wir hoffen aber, daß Elsaß-Lothringen durch eine Vertretung in der Reichsregierung gleichwohl in der Nationalversammlung zu seinem Rechte kommt. Ferner trifft Frankreich Maßnahmen im Saargebiet, die die Befürchtung rechtfertigen, daß eine Annexion dieses Gebietes beabsichtigt ist. Die Nationalversammlung weiß, daß alle Versuche, die Treue unserer Brüder im Saargebiet zu erschüttern, vergeblich sind. Sie legt aber gegen solche Versuche feierliche Verwahrung ein. Sie legt Wert darauf, daß der Entscheidung über Polen in der Friedenskonferenz nicht vorgegriffen wird. Sie stellt fest, daß innerhalb der Demarkationslinie Gebiete liegen, die als unbestreitbar deutsch anzusehen sind. Sie erwartet von der Regierung, daß sie weitere Versuche der Polen, in deutsches Gebiet einzudringen, abwehrt. Die Nationalversammlung fordert die Anwendung aller Mittel, um Angriffe bolschewistischer Truppen und Banden gegen unsere Ostgrenze abzuwehren. Noch immer lastet die Hungerblockade auf dem Volk und fordert Menschenopfer ohne Zahl, noch immer werden die für die Wiederaufrichtung unseres Wirt-

schaftslebens notwendigen Rohstoffe uns vorenthalten, noch immer wird der Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet fast völlig unterbunden, noch immer leiden Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener im Auslande an Leib und Seele. Jede Verlängerung des Waffenstillstandes wird ausgenutzt, um uns neue erdrückende Bedingungen aufzuerlegen. Eine solche Behandlung muß das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben, und die Nationalversammlung legt dagegen vor der ganzen Welt feierlichst Verwahrung ein."

Weiter wird von den Mehrheitsparteien folgendes Vertrauensvotum für die Regierung eingebracht:

„Die Nationalversammlung billigt den Arbeitsplan des Reichsministeriums und spricht dem Reichsministerium das Vertrauen aus."

Außerdem geht folgende Entschließung Löbe (Soz.), Gröber (Ztr.), v. Payer (Demokr.), Graf Posadowsky (Deutschnat. Volksp.) und Dr. Stresemann (Deutsche Volksp.) ein:

„Die Nationalversammlung nimmt mit lebhafter Genugtuung von den Beschlüssen Kenntnis, mit denen die Vertreter des stammverwandten Deutsch-Österreichs ihre Zugehörigkeit zum deutschen Gesamtvolk bekundet haben. Sie bestätigt den deutsch-österreichischen Brüdern, daß über die bisherigen Grenzen hinweg die Deutschen des Reiches und die Deutschen in Österreich eine untrennbare Einheit bilden, und spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die von den beiderseitigen Regierungen einzuleitenden Verhandlungen recht bald zu festen staatlichen Formen führen und daß die Zusammengehörigkeit in einer von allen Mächten der Welt erkannten Weise ihren Ausdruck finden möge."

Dieser Antrag wird nachträglich auch von dem Abgeordneten Haase unterschrieben und ist damit ein gemeinsamer Antrag sämtlicher Parteien.

Preußischer Justizminister **Heine** gibt Auskunft über das Verfahren wegen der Tötung der Frau Luxemburg. Radek sei auf Grund eines richterlichen Haftbefehls verhaftet worden. Es sei nicht richtig, daß sein Verkehr mit den Verteidigern auch nur den geringsten Schwierigkeiten unterliege. Was Ledebour anbelangt, so habe er ausdrücklich erklärt, daß er über seine Behandlung im Gefängnis keinerlei Klagen zu führen habe. Redner weist daher alle von Frau Zietz gegen die preußische Justizverwaltung erhobenen Angriffe als unberechtigt zurück.

Abg. **Meerfeld** (Soz.): Der Resolution, die der Regierung das Vertrauen ausspricht, werden wir zustimmen. Die Nationalversammlung hat schonungslos den ganzen Jammer der Unabhängigenpolitik enthüllt. Die Unabhängigen sind eingeschlossen zwischen uns und den Spartakisten, in deren Augen die Herren Haase und Genossen immer noch pflaumenweiche Opportunisten sind. Der linke Flügel der Unabhängigen liebäugelt sehr stark mit dem Putschismus. Die Sozialisten des Reichslandes protestieren gegen jede Schwächung und Lockerung des Gefüges von Deutschland. Wir wollen Stärkung des Reichsgedankens, aber keine eigene westdeutsche Republik. Sie wäre der Anfang vom Ende der deutschen Einheit. Wir wollen grundsätzlich keine Kulturkämpferei, wir wollen keine Unterdrückung irgendwelcher religiösen Überzeugung. Ich hoffe aber auf eine friedliche Lösung dieser Streitfragen, wie auch Kirche und Sozialismus einmal den Weg zueinander finden werden.

Abg. **Stegerwald** (Ztr.): Das deutsche Volk, insbesondere die Bevölkerung der besetzten linksrheinischen Gebiete, betrachtet den Krieg als beendet. Anders denkt und handelt der Oberbefehlshaber der feindlichen Besatzungstruppen. Besonders scharf treten die französischen Angliederungsbestrebungen im Saargebiet hervor. Die mehr als 50000 Saarbergleute und mehr als 25000 Hüttenleute an der Saar sind zum größten Teil in christlichen Gewerkschaften organisiert, und als ihr Generalsekretär sage ich den Franzosen: die Arbeiter an der Saar sind deutsch geboren und erzogen, und sie wollen auch deutsch bleiben. Die Anhänger der Bestrebungen zur Bildung einer westdeutschen Republik sollte man nicht als schlechte Deutsche und national unzuverlässig hinstellen. Der Gedanke ist bei allen: welches ist der sicherste Weg, daß wir unter allen Umständen deutsch bleiben? Im künftigen Deutschland wird eine Wirtschaftsform gesucht werden müssen, die sich sowohl dem gesunden Kapitalismus wie dem Sozialismus anpaßt. Wir halten die Staatsallmacht im Wirtschaftsleben für verkehrt. Wir wollen es auf gesellschaftlicher, ständischer und genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut wissen. Der persönlichen Initiative wollen wir einen breiten Spielraum einräumen.

Die Sozialpolitik erfordert auch eine weitere Entwicklung der Volksschule, Fortbildungs- und Fachschule. Niemand wird das Recht auf gleiche Bildung verlangen, aber erforderlich ist das gleiche Recht auf Bildung. Die Tätigkeit der Volksschullehrer muß besser bewertet werden als bisher. Noch heute gibt es Volksschullehrer, die mit allen Zulagen noch keine 5 Mark täglich verdienen. Die Durchführung des Achtstundentags wird keinen wirtschaftlichen Schaden stiften, wenn sie international erfolgt. Bei Staatsaufträgen wird auch der Mittelstand gebührend zu berücksichtigen sein. Der Kastengeist von oben hat bei uns den Kastengeist von unten hervorgerufen. Die Revolution hat hoffentlich endgültig aufgeräumt mit den überspannten Repräsentationspflichten der hohen Beamten. Die Arbeiterschaft, die jetzt zur Herrschaft erhoben ist, muß zeigen, daß die breiten Volksschichten Besseres zu geben haben als das alte System.

Fräulein Dr. **Bäumer** (Demokr.): Der Neuaufbau unserer Zukunft ist die Hauptsache. Wer in sittlicher Entrüstung und Überhebung macht wegen der Unfähigkeit und Schlechtigkeit von neun Zehnteln des Volkes, der muß durch positive Mitarbeit erst einmal zeigen, daß er es besser kann. Wir sehen in der Revolution den elementaren Ausbruch eines seelisch mißhandelten Volkes. Einen Gegensatz zwischen Liberalismus und Demokratie erkenne auch ich nicht an — Demokratie ist aktiver Liberalismus. Wir freuen uns, daß in dem neuen Regierungsprogramm das Wort Bevölkerungspolitik nicht vorkommt, weil es von seiner Verbindung mit dem Imperialismus her, den wir heute nicht wollen, ein Odium an sich trägt. Was die Betätigung der Frauen betrifft, so wünsche ich, daß man in alle Behörden, die mit Frauen- und Erziehungsangelegenheiten zu tun haben, sozial geschulte Frauen berufen möge.

Nachdem die Debatte durch einen Schlußantrag beendet worden ist, wird das Vertrauensvotum für die Regierung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der beiden Rechtsparteien angenommen. Die allgemeine Entschließung wird gegen die Stimmen der Unabhängigen ebenfalls angenommen. Die weitere, von Vertretern aller Parteien unterstützte Entschließung, die die Deutsch-Österreicher begrüßt, wird einstimmig angenommen.

24. Februar. Staatssekretär Dr. **Preuß** bringt den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches ein.

25. Februar. Die erste Lesung des von den Abgg. Löbe (Soz.), Groeber (Ztr.), v. Payer (Demokr.) und Dr. Rießer (Deutsche Volksp.) eingebrachten Gesetzentwurfes über Bildung einer vorläufigen Reichswehr führt zu folgender Debatte:

Abg. **Schöpflin** (Soz.): Es ist eine fast grausame Ironie des Schicksals, daß der Staat, der einst die stärkste Militärmacht der Welt war, der zuerst die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, jetzt genötigt ist, Freiwillige durch Zeitungsinserate zu werben. Bei dem moralischen Niederbruch, der leider große Teile des deutschen Volkes erfaßt hat, würde der Aufruf zur Wehrpflicht wohl völlig unnütz und zwecklos sein. Die neue Reichswehr muß die Reichsverfassung respektieren, um den Reichsgesetzen Geltung zu verschaffen. Notwendig ist auch, daß die Freiwilligen sich einer Kommandogewalt unterordnen, wofür die seinerzeit erlassene Verordnung des Kriegsministeriums eine gute Grundlage bildet. Auch eine starke Disziplin muß die Reichswehr haben, sonst wäre es schade um jeden Pfennig, den wir dafür ausgeben. Schon heute sehen unzählige Soldaten ein, daß die gegenwärtigen Zustände in den Kasernen unmöglich fortdauern dürfen. Die Verhältnisse sind ganz ungeheuerlich. Daraus entstehen große Gefahren. Die Offiziere sollten aus den Vorgängen seit der Revolution gelernt haben, daß sie auf manches werden verzichten müssen. Eine volle Kommandogewalt wird nicht mehr sein. Die Herren müssen lernen, an die neue Zeit Konzessionen zu machen. Es geht nicht an, den Zustand weiterbestehen zu lassen, daß polnische, tschechische oder irgendwelche andere Banden die Grenzen des Reiches bedrohen oder daß irgendwelche Fanatiker oder ein paar Verbrecher sich Banden sammeln, Städte terrorisieren, Werke stilllegen und eine Schreckensherrschaft aufrichten. Ein Volk, das sich das gefallen ließe, hätte jeden Anspruch auf die Zukunft verwirkt. Deshalb hoffe ich, daß sich auch aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft genug Leute finden, die freiwillig eintreten, denn Ruhe und Ordnung sind die Lebensbedingungen für das deutsche Volk. Zweifellos trägt eine angeworbene Truppe besonders bei längerer Dauer die Tendenz in sich, eine Söldnertruppe zu werden, aber da wir die neue Einrichtung nur für kurze Zeit schaffen wollen, so glaube ich, ist diese Gefahr nicht allzu schwer, namentlich wenn es gelingen soll, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Deshalb möchte ich die Tatsachen allen denen zu bedenken geben, die heute durch sinnlose Streiks und Sabotierung des Wirtschaftslebens die Gefahren einer solchen Truppe vermehren helfen. Wir empfehlen Ihnen einige Abänderungsanträge, wonach die Mitglieder des jetzigen Freiwilligenheeres, insbesondere die Unteroffiziere und Offiziere, den ersten Anspruch auf Übernahme in das spätere, dauernde Heer erhalten sollen. Bewährte Unteroffiziere sollen zu Offizieren befördert werden und den Angehörigen des Freiwilligenheeres dieselben Versorgungsgebührnisse zustehen, wie den Heeresangehörigen im allgemeinen zugestanden haben. Es gilt jetzt schnell und energisch zu handeln.

Abg. **Groeber** (Ztr.): Die Vertrauensausschüsse bei den Soldaten dürfen keinen politischen Charakter bekommen. Schaffen wir schnell das Gesetz, damit wir bekommen, was wir wünschen: Schutz für Ordnung und Schutz für unser Vaterland.

Abg. **Stehr** (Demokr.): Unser altes Heer, dem wir alle heißen Dank schulden, ist heute nicht mehr in der Lage, ein brauchbares Instrument

darzustellen. Auf welcher Grundlage wir später ein Heer auf allgemeiner Wehrpflicht errichten können, hängt von den Friedensbedingungen ab. Es wird bedeutend hinter der alten Friedensstärke zurückbleiben. Hier handelt es sich um ein vorläufiges, aus der Not der Zeit geborenes Gesetz. Spartakisten und Unabhängige bestreiten die Notwendigkeit eines Heimat- und Grenzschutzes. Was wir bei dem ersten Russeneinfall in Ostpreußen erlebt haben, wäre ein Kinderspiel gegen das, was unseren Grenzprovinzen heute drohen würde, wenn sie wieder schutzlos überfallen würden. Wir fordern von der Regierung mit aller Entschiedenheit, daß sie dem ostpreußischen Grenzlande hilft, es vor diesem Fürchterlichsten zu bewahren. Wir fordern, auch in Schlesien, Posen, Westpreußen ein weiteres Vordringen der Polen über die festgesetzte Demarkationslinie hinaus zu verhindern.

Abg. **Bärecke** (Deutschnat. Volksp.): Wir vermissen noch immer die Antwort vom Regierungstische auf die Frage, was geschehen soll, wenn uns eines Tages unannehmbare Waffenstillstandsbedingungen zugemutet werden. Spartakus erhebt jeden Tag frecher sein Haupt, und Deutschland wird allmählich ein Trümmerhaufen; wenn jetzt endlich etwas dagegen geschieht, so ist es reichlich spät. Die Vorlage zeigt, daß die Sozialdemokratie umgelernt hat. Es geht eben nicht ohne den Militarismus. Wir werden für das Gesetz stimmen.

Abg. **Henke** (Unabh. Soz.): Der Entwurf ist so wichtig, daß er nicht kurz, schnell und energisch erledigt werden darf, sondern mindestens in einer Kommission vorberaten werden muß. Mit dem Entwurf scheint man auch die Soldatenräte endgültig beseitigen zu wollen. Diese Vorlage ist nicht eine Erfüllung des Programmsatzes des Erfurter Programms, sie ist ein Stück Wiederbelebung des Militarismus. Deshalb bekämpfen wir diesen Gesetzentwurf und lehnen ihn ab.

Reichswehrminister **Noske**: Der Antrag der Parteien trägt lediglich der dringendsten augenblicklichen Notlage des Reiches Rechnung, und wer darin schon Schreckgespenster des Militarismus sieht, der hat wohl eine lebhafte Phantasie, aber kein Verständnis für die wirkliche Sachlage. Es wäre geradezu Tollheit, wenn die Regierung zusehen wollte, wie durch ein geradezu gemeingefährliches verbrecherisches Treiben einer geringen Minderheit unser Wirtschaftsleben weiter zugrunde gerichtet wird. Ich komme mit meiner sozialdemokratischen Vergangenheit nicht im mindesten in Widerspruch, wenn ich mich dafür einsetze, daß das Reich so rasch wie möglich in gewissem Maße eine militärische Wehrhaftigkeit erhält.

Mit diesem Gesetz wird hoffentlich der Anfang zu einer straffen Einheit auf militärischem Gebiet gemacht. Den Freiwilligenverbänden sind wir zu hohem Dank verpflichtet. Ich hoffe, in nicht allzu ferner Zeit Regel und Ordnung in unser Heerwesen zu bringen. Das alte Wehrgesetz besteht zurzeit noch durchaus zu Recht. Zum Schutz der eigenen Scholle sind in den letzten Wochen im Osten ein paar tausend Mann aufgerufen worden; auch die Reichswehr soll selbstverständlich in erster Linie dem Grenzschutz dienen. Es wäre eine verbrecherische Leichtfertigkeit, wenn die Regierung nicht darauf Bedacht nehmen würde, die vom Bolschewismus bedrohte ostpreußische Grenze zu schützen. Die Stärke der Reichswehr wird, wenn wir viel Glück haben, nicht ein Drittel der alten Heeresstärke betragen. Das ist ein so geringes Maß militärischer Macht, daß das Ausland keinen Anlaß zum Mißtrauen zu haben braucht. Die Abänderungsanträge der Parteien enthalten lediglich Selbstverständliches. Ihr Inhalt entspricht auch der Auffassung des Kriegsministers. Die Verhältnisse der Offiziere zu regeln wird schwer sein. Selbstverständlich darf der Führer militärischer Formationen

nicht der Spielball der Mannschaft sein. Das erforderliche Mitbestimmungsrecht, das sich mit der Schlagfertigkeit der Truppe vereinigen läßt, muß der Mannschaft zugestanden werden.

Abg. **Aßmann** (Deutsche Volksp.): Wenn es keine bolschewistische Gefahr gibt, was ist dann Herr Radek in Berlin? Wozu gab Joffe die Millionen? Wenn wir Ostpreußen nicht schützen, verlieren wir unser wichtigstes Ernährungsgebiet. Der Glaube an die Gegenrevolution ist ein Irrglaube. Wir im Osten haben ganz andere Sorgen. Früher herrschte bei uns Sicherheit und Ordnung, heute herrschen Mord und Totschlag.

Damit schließt die erste Lesung. In der sofort anschließenden zweiten Lesung tritt

Abg. Ritter **v. Langheinrich** (Demokr.) für den Antrag der Mehrheitsparteien ein, wonach besonders bewährten Unteroffizieren die Offizierslaufbahn eröffnet werden soll.

Abg. Dr. **Cohn** (Unabh. Soz.) befürwortet eine Reihe von Abänderungsanträgen zu § 2 und die Annahme eines besonderen § 2a. In diesen Abänderungsanträgen wird verlangt, daß die bestehenden Freiwilligenverbände und Formationen der vormaligen Reichswehr anzugliedern sind, daß die Gehälter und Löhne der zu Übernehmenden sich nach den organisatorischen Bestimmungen der Reichswehr regeln sollen.

Weiter wird für das Amendement Löbe und Genossen zu § 2 folgende Fassung vorgeschlagen: „Bewährten Unteroffizieren und Mannschaften ist die Offizierslaufbahn zu eröffnen." In dem neuen § 2a soll vorgeschrieben werden, daß die Regierung alle drei Monate öffentlich Bericht über die Zahl, die Verwendung und die Verpflegung erstatten soll.

Reichswehrminister **Noske** wendet sich gegen diese Abänderungsanträge der Unabhängigen, die er bis auf den über die Eröffnung der Offizierslaufbahn auch für Mannschaften abzulehnen bittet. In der Auswahl der Formationen, die in die vorläufige Reichswehr aufgenommen werden sollen, solle man die Regierung nicht binden. Es bestünden zahlreiche Formationen ohne jede militärische Eignung und ohne jeden militärischen Wert, die man nicht in die Reichswehr aufnehmen könne.

Die Abgeordneten Löbe, Groeber und Genossen ändern ihren Antrag zu § 2 dahin um, daß der letzte Satz nunmehr lautet: Offiziere und Unteroffiziere, die in die Reichswehr eintreten, sollen in erster Linie bei Übernahme in die künftige Wehrmacht berücksichtigt werden.

Nachdem noch Abg. **Boidt** (Deutschnat.) den Abänderungsanträgen Löbe, Groeber und Genossen zu § 2 lebhaft zugestimmt und der Anerkennung der Leistungen der Offiziere warmen Ausdruck gegeben hat, wird § 2 mit den Anträgen der Mehrheitsparteien unter

Anfügung der Worte „und Mannschaften", bei der Eröffnung der Offizierslaufbahn aber unter Aufrechterhaltung des Wortes „besonders" angenommen. § 2a wird abgelehnt, der Rest des Entwurfes nach den Anträgen Löbe, Groeber und Genossen ohne Debatte erledigt.

27. Februar. Der Gesetzentwurf über Bildung einer vorläufigen Reichswehr steht zur dritten Lesung.

Abg. Dr. **Fleischer** (Ztr.) verlangt die Beseitigung aller Hemmnisse, die der Ordnung entgegenstehen. Den aktiven Unteroffizieren, dem Rückgrat der neuen Truppe, müsse man eine Teuerungszulage gewähren. Ebenso sei erforderlich, den Militäranwärtern weit mehr als bisher entgegenzukommen. Die Freiwilligenwerbung müsse durch örtliche Werbeausschüsse unterstützt werden. Die bolschewistische wie die Polengefahr im Osten seien in stetiger Zunahme.

Reichswehrminister **Noske**: Den Fragen der Teuerungszulagen, Versorgungsansprüche und anderer Regelung der Gebührnisse werde selbstverständlich die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn Unteroffiziere nur durch gesteigerte Bezüge von dem Bolschewismus abzuhalten wären, würden sie eine schwache Stütze der Regierung sein.

Abg. **Braß** (Unabh. Soz.): Die Regierung will öffentlich Gewalt gegen Gewalt setzen. Durch Schauernachrichten wird eine Stimmung des Volkes gegen Spartakus erzeugt. Für das weitere Anwachsen von Spartakus sorgt die Regierung selbst. Die Reichswehr ist das ungeeignetste Instrument zur Schaffung der Ordnung. Das Sozialistengesetz erlebt jetzt eine Neuauflage. Wir werden die Arbeiter über die wahren Zwecke der Reichswehr aufklären.

Abg. **Laverenz** (Deutschnat. Volksp.): Sollen uns nicht wertvolle Kräfte unseres Volkes verloren gehen, so müssen Unteroffiziere und auch die Offiziere in ihre alten Rechte eingesetzt werden. Die Rangabzeichenfrage wird von den Offizieren anders aufgefaßt als vom Kriegsminister. Die Regierung will Gewalt gegen Gewalt setzen. Wir freuen uns dieses Geistes von Potsdam hier in Weimar.

Abg. **Schöpflin** (Soz.): Nicht gegen die Streikenden, sondern lediglich gegen Räuber, Mörder, Plünderer soll das Wort gelten: Gewalt gegen Gewalt! Es handelt sich um den Kampf gegen die Horden, die gegenwärtig Deutschland schänden und es in das größte Unglück stürzen müssen, wenn dieses Treiben so fortgeht. Im Ruhrgebiet waren nicht 10 v. H. der Arbeiterschaft für den Streik. Die Arbeitermassen sind mit Gewalt hineingetrieben worden.

Reichswehrminister **Noske**: Eine Anzahl Leute gibt es, die keine andere Aufgabe zu kennen scheinen, als das Reich direkt in den Ruin hineinzutreiben und russische Zustände in Deutschland zu schaffen. Herr Dr. Cohn kann ja am besten über die russischen Rubelscheine Auskunft geben. Wir wissen, daß russische Agenten und russisches Geld auch bei der jetzt im Lande in Szene gesetzten Bewegung eine Rolle spielen.

Abg. **Winnefeld** (Deutsche Volksp.): Die heutigen Zustände im Ruhrrevier sind nur auf das Konto der Unabhängigen und Spartakisten zu setzen. Durch das Vorgehen des Essener Arbeiter- und Soldatenrates sind diese unerhörten Zustände geschaffen. Mit Maschinengewehren und Handgranaten hat man die Leute aus den Gruben herausgeholt.

Abg. Dr. **Braß** (Unabh. Soz.): Wenn Abg. Schöpflin behauptet, ich hätte den Streik provoziert, so ist das eine glatte Unwahrheit. Anfang Januar ist auf meine Intervention der Streik nicht ausgebrochen.

Abg. **Schöpflin** (Soz.): Sobald man die Unabhängigen wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Spartakisten stellt, schlagen sie sich seitwärts in die Büsche und stellen sich als unbeteiligt hin. Dieses feige Ausweichen vor der Verantwortung ist für einen Arbeiter und Sozialisten tief beschämend. Tatsächlich haben die unabhängige Presse und die Redner der Unabhängigen fortgesetzt zum politischen Generalstreik aufgefordert.

Abg. **Hué** (Soz.): Herr Braß gehörte in Essen zu jener Gruppe, die die denkbar schärfsten Anträge gestellt hat. Aus seiner Ecke kamen die Generalstreiksanträge. Auf der Konferenz am 18. d. M. stellte es sich heraus, daß die ungeheure Mehrheit der Bergarbeiterdelegierten gegen den Generalstreik war. Von 520 Vertretern verließen 314 die Konferenz. Mit nur 170 Stimmen ist dann der unbeschränkte Generalstreik beschlossen worden. Von diesen Kämpfen hat den Nutzen nur die Bourgeoisie und der Kapitalismus.

Abg. Dr. **Cohn** (Unabh. Soz.) spricht über die Verwendung der russischen Gelder. Ich war Rechtsbeistand der russischen Botschaft, als am 5. November der russische Botschafter Joffe die Aufforderung erhielt, am nächsten Tage Berlin zu verlassen. Er übergab mir in der Nacht eine runde Million, damit ich mit diesem Geld die Gehälter der etwa 100 Angestellten der Botschaft bezahle und die übrigen Verpflichtungen der Botschaft deckte. $10^1/_2$ Millionen lagen bei Mendelssohn, sie sollten für die Unterstützung der russischen Gefangenen und Zivilpersonen verwendet werden. Dieses Geld wurde mir jedoch vom Bankhaus nicht ausgezahlt, und so mußte ich leider von der Million auch diese Kosten bestreiten. Ich bedauere, daß ich höchstens 50000 Mark für politische Zwecke habe verwenden können, für Flugblätter und dergleichen. Es ist nicht wahr, wenn Joffe behauptet, er hätte mir vier Millionen übergeben. Der Abg. Braun vom sozialdemokratischen Parteivorstand weiß ganz genau, wieviel Hunderttausende deutsche Parteigelder ins Ausland geflossen sind. Durch meine Hände ist kein russisches Regierungsgeld geflossen. Joffe hat mir nur Parteigelder gegeben. Von der Million habe ich auch nur 500000 Mark in die Hände bekommen, weil das übrige von der Bank gesperrt wurde.

Reichswehrminister **Noske**: Abg. Dr. Cohn hat in den letzten Tagen wiederholt versichert, daß er ein absoluter Feind der Unordnung im Lande sei und daß er und seine Freunde jeden Putschismus wie jede Gewalttätigkeit ablehnen. Wenn die Regierung aber den geringsten Versuch macht, sich ein Instrument zu schaffen, um der Unordnung und Gewaltätigkeit im Lande entgegenzutreten, dann schreien dieser Herr Cohn und seine Freunde Zeter und Mordio darüber, daß die Regierung vor Anwendung von Gewalt nicht zurückschreckt. Mit einer Demagogie, wie sie gemeingefährlicher und gewissenloser nicht gemacht werden kann, wird der Versuch gemacht, gegen die Freiwilligen Stimmung zu machen. Dann das Kapitel des russischen Geldes: die Tatsache steht fest und ist nicht bestritten worden, daß Barth russische Gelder in Empfang genommen hat zur Entfachung des Bürgerkrieges in Deutschland. Und nun frage ich vor dem ganzen Lande diese Gemütsmenschen da drüben (zu den Unabhängigen), die uns immer wieder einen Vorwurf machen, wenn wir vor Gewalt nicht zurückschrecken: zu welchem Zweck habt ihr damals den Arbeitern die Pistolen in die Hand gegeben, die mit russischem Geld angekauft waren? Doch nur zu dem Zweck, gegen eigene Volksgenossen den Kampf zu führen, und dann kommen Sie (zu den Unabhängigen) jetzt und machen uns einen Vorwurf daraus, daß wir versuchen, die großen Massen der Bevölkerung vor Gewalt zu schützen. Das ist ein Maß von Heuchelei, wie es krasser und toller gar nicht gedacht werden kann. Die Herren von der unabhängigen Sozialdemokratie mögen

sich winden und strecken, wie sie wollen: die Empfangnahme des russischen Geldes und seine Verwendung ist ein so peinliches Kapitel für sie, daß sie niemals imstande sein werden, sich vor dem deutschen Volke dafür zu rechtfertigen.

Ein Schlußantrag macht der Debatte ein Ende, und nach einer Flut persönlicher Bemerkungen wird das Wehrgesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Die Vorlage auf Zulassung von Hilfsmitgliedern zum Patentamt wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso das Notgesetz für Elsaß-Lothringen, das für die Maßregeln zur Abhilfe dringender Notstände eine rechtliche Grundlage schaffen will.

In der Nachmittagssitzung beschäftigt sich das Haus mit dem Übergangsgesetz. Es bezweckt, an die Stelle der beseitigten Gewalt der alten Verfassung neue Rechtsnormen zu setzen. So wird bestimmt, daß die früheren Befugnisse des Reichstags auf die Nationalversammlung, die des Bundesrats auf den Staatenausschuß und die des Kaisers auf den Reichspräsidenten übergehen. Anträge der deutschnationalen Volkspartei fordern die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes und eine möglichst weitgehende Einschränkung des Verordnungsgesetzes, Anträge der Unabhängigen eine Einschränkung der Rechte des Reichspräsidenten und des Staatenausschusses.

Reichsjustizminister **Landsberg** wendet sich gegen diese Anträge. Wer damit einverstanden gewesen sei, daß die Rechte des Reichstags auf die Nationalversammlung übergingen, müßte folgerichtig diese Übertragung auch beim Staatenausschuß und beim Reichspräsidenten vornehmen. Eine völlige Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes würde Bestimmungen beseitigen, deren Fortbestehen dringend notwendig sei.

Abg. **Becker** (Nassau, Ztr.): Der Tendenz der Vorlage stimmen wir zu. Dem Antrag auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes vermögen wir nicht beizutreten.

Reichsminister **Bauer** wendet sich gegen einen Antrag Ablaß, wonach alle Verordnungen der einstweiligen Regierung, die nach dem 10. Februar veröffentlicht worden sind, ungültig sein sollen.

Abg. Dr. **Zöphel** (Demokr.) befürwortet die Annahme der von Dr. Ablaß und ihm beantragten anderweitigen Fassung des § 1 des Übergangsgesetzes, wonach auch die vom Rat der Volksbeauftragten oder von der Reichsregierung erlassenen, vor dem 10. Februar 1919 verkündeten Verordnungen in Kraft bleiben, soweit ihnen nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt entgegensteht.

Abg. Dr. **Warmuth** (Deutschnat. Volksp.): Die Materie bedarf durchaus kommissarischer Beratung. Vielleicht ist darin der Auftakt zur Durchführung des sozialdemokratischen Programms in der Richtung zu erblicken, u. a. die bisherige Selbständigkeit der Beamtenschaft aufzuheben und sie zu Hörigen der Sozialdemokratie zu machen.

Abg. **Marezky** (Deutsche Volksp.): Das Gesetz ist ein Versuch, die gesetzgeberischen Akte der Revolution zu legalisieren. Wir erkennen ein Recht zur Revolution und ein Recht der Revolution überhaupt nicht an. Wir fordern Ausschußberatung für das Gesetz.

Reichsjustizminister **Landsberg** bittet, von einer Ausschußberatung abzusehen.

Nachdem noch eine Reihe weiterer Redner Einzelheiten vorgebracht hat, schließt die erste Lesung. Kommissionsberatung der Vorlage wird gegen die Deutschnationalen und Unabhängigen abgelehnt. Aus einer großen Reihe von Einzelanträgen geht schließlich § 1 in folgender Fassung hervor:

„Die bisherigen Gesetze und Verordnungen des Reiches bleiben bis auf weiteres in Kraft, soweit ihnen nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 entgegensteht. In Kraft bleiben oder treten auch die von dem Rat der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser Verordnungen ist der Nationalversammlung innerhalb der Frist von einem Monat nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzulegen. Eine Verordnung ist von der Reichsregierung außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung dies innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beschließt. Das Verzeichnis ist im Reichsanzeiger zu veröffentlichen. Verordnungen, die in diesem Verzeichnis fehlen, treten außer Kraft."

Der Antrag Groeber, Mayer und Becker wegen der Nachprüfung der Verordnungen in drei Ausschüssen wird angenommen. Der Rest des Gesetzes wird nach dem Entwurf ohne Debatte erledigt.

28. Februar. Das Haus beginnt die erste Lesung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs.

Die Bildung der neuen Reichsregierung.

12. Februar. Reichspräsident Ebert empfängt im Theater zu Weimar die Vertreter der deutschen und der österreichisch-ungarischen Presse und richtet an sie folgende Ansprache:

„Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Sie wissen, ich war ebenfalls Redakteur. Ich kenne aus eigener Erfahrung Ihre Aufgaben und Pflichten, Ihre Schwierigkeiten und Anstrengungen. Von mir können Sie jeder Unterstützung sicher sein. Ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, unter dessen vornehmsten Aufgaben die Wahrung der Preßfreiheit obenansteht. Unter den hier versammelten Herren sind alle Parteirichtungen vertreten. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit Ihnen allen in Beziehung zu treten ohne Rücksicht auf Ihre politische Parteizugehörigkeit. Sehen Sie bitte darin ein Zeichen für die Art, wie ich das Präsidentenamt verwalten will. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit eines großen Volkes hat mich erwählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer Partei bin. Ich glaube, wir alle, die wir im öffentlichen Leben politisch tätig sind, haben zu einem gewissen Teil diese Pflicht, uns nicht als Vertreter nur eines Teiles, sondern als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen. Der Einzelne kann nur gedeihen, wenn das Allgemeine gedeiht, und Parteiideale lassen sich nur durchführen und dürfen nur durchgeführt werden, wenn sie der Ansicht und dem Wohle des Ganzen entsprechen. Zur Demokratie gehört auch der Respekt vor einer anderen Ansicht, der dem Parteikampf feste Grenzen ziehen muß. Die große Mehrheit von Ihnen gehört ja den Parteien an oder steht ihnen nahe, aus welchen sich die neue Regierung bilden wird. Die anderen Herren

bitte ich, in unseren Taten nicht nur das Trennende, sondern auch das Gemeinsame se en zu wollen und bei mir das vorauszusetzen, was ich auch bei Ihnen voraussetzen will: eine tiefernste Auffassung von der Pflicht zum Vaterlande.

Zwei Aufgaben hat die neue Regierung vor allen anderen: den Frieden zu schließen und die Verfassung zu beschließen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit nach außen und nach innen für Deutschland gegenüber unseren bisherigen Gegnern, für jeden unserer Volksgenossen gegenüber bisheriger Bedrückung und Unfreiheit.

Das Arbeitsprogramm, auf Grund dessen die neue Regierung diese zwei Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident morgen vertreten. Ich will heute nur eines dazu sagen. Es ist kein Kompromißprogramm im schlechten Sinne. Alle drei Parteien, die daran mitgearbeitet haben, haben sich rückhaltlos auf den Boden unverfälschter und unverkürzter Demokratie gestellt. Wir können heute sagen: die Demokratie ist für Deutschland in einem Umfange gesichert, wie für kein anderes Land. Bei unserer ausschlaggebenden Beteiligung an Regierung und Programm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideale die Programmaufstellung wesentlich beeinflußt haben. Allerdings als wahrhafte Demokraten haben wir nicht daran gedacht, andere Ansichten und Auffassungen zu vergewaltigen, aber wir haben es ermöglicht, daß eine vollkommene Übereinstimmung erzielt wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei. Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen sein, und als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Sie sehen, daß die sozialdemokratische Partei ihren Idealen nicht untreu werden kann, aber sie lehnt es in echt marxistischer Weise ab, ein Vergewaltigungsprinzip des Wirtschaftslebens an die Stelle des Prinzips des organischen Wachstums zu setzen. Als die Zeit für die Demokratie reif war, ist das demokratische Deutschland entstanden, nun muß die Zeit für den Sozialismus reif werden und bis dorthin der sozialistische Gedanke alle Handlungen jeder Regierung bestimmen.

Meine Herren! Die Regierungsorgane, welche mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, diese ihre Arbeit im verständnisvollsten Sinne zu leisten, in einem Sinne, der nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzurufen. Ich würde mich freuen, wenn ich dabei Ihre Zustimmung fände, daß die Freiheit der Presse, ihre Kritik, ihre Mitarbeit, ihre Anregungen und ihre Vorschläge wie alles im heutigen Deutschland jeder Beschränkung entbunden sein soll, eine notwendige Fortsetzung unserer Arbeit in der Regierung bilden und uns Tag für Tag in lebendigen Zusammenhang mit Volksmeinung und Volkswillen setzen muß."

Der Vorsitzende der Pressevereinigung Bernhard dankt dem Präsidenten, der darauf nochmals versichert, daß er den Schutz der Pressefreiheit als seine höchste Aufgabe ansehen werde.

13. Februar. Das neue Reichskabinett bildet sich in folgender Zusammensetzung: Präsidium des Reichsministeriums: Scheidemann, Vertreter im Präsidium des Reichsministeriums und Reichsminister

der Finanzen: Schiffer, Reichsminister des Auswärtigen: v. Brockdorff-Rantzau, Reichsminister des Innern: Dr. Preuß; Reichsarbeitsminister: Bauer, Reichswirtschaftsminister: Wissel, Reichsernährungsminister: Robert Schmidt, Reichsjustizminister: Landsberg, Reichswehrminister: Noske, Reichskolonialminister: Dr. Bell, Reichspostminister: Giesberts, Reichsminister des Demobilmachungsamtes: Dr. Koeth, ferner drei Minister ohne Portefeuille: Dr. David, Erzberger und Gothein.

Das Deutsche Reich und Preußen.

3. Februar. Der Kriegsminister Reinhardt und der Unterstaatssekretär Göhre geben bekannt:

Dem Kriegsministerium sind im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlaß der Reichsregierung, des Zentralrates und des Kriegsministeriums vom 19. Januar 1919, betreffend „Vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer usw.", von allen Seiten zahlreiche Protestkundgebungen zugegangen. Es hat zu ihnen folgende Stellung genommen: Die verworrenen Zustände im deutschen Heere verlangen gebieterisch eine unverzügliche Regelung der Kommandogewalt. Die Regierung hat sich hierbei von dem Gedanken leiten lassen, daß Verhältnisse geschaffen werden, die von allen Seiten anerkannt werden konnten. Das hatte zur Folge, daß von beiden Seiten Ansprüche und Rechte geopfert werden müssen. Nur wenn dieses geschieht und sich beide Teile auf den Boden der Regierungsverfügung stellen, kann auf Wiederkehr eines geordneten Zustandes gerechnet werden. Die Opfer, die jetzt gebracht werden, sind nicht einer Partei oder einer Parteiregierung gebracht, sondern dem Wohl des Volkes und des Vaterlandes. Das deutsche Volk wird es den Offizieren und Unteroffizieren ebenso wie den Soldaten einst danken, wenn sie in schwerster Zeit zu ihr gestanden haben. Selbstverständlich muß es der Nationalversammlung überlassen bleiben, die endgültigen Bestimmungen für das spätere Friedens- bzw. Volksheer anzugeben.

In der „Roten Fahne", die zum erstenmal seit dem 16. Januar wieder erscheint, veröffentlicht die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) folgende Kundgebung:

„Im Anschluß an die Berliner Ereignisse, die großenteils falsch dargestellt und beurteilt werden und auf die wir in den nächsten Tagen ausführlich eingehen werden, glauben wir folgende Auffassung kundgeben zu müssen: Die mit mächtigen Schritten herannahende proletarische Revolution hat nicht zum Ziele den Sturz der Ebert-Scheidemann-Noske und ihre Ersetzung durch irgendeine andere Personenclique, sondern sie hat zum Ziele die Durchführung des Sozialismus schlechthin. Wir stehen auf dem Boden unseres Programms, wenn wir sagen: die Machtergreifung durch das Proletariat und die Durchführung des Sozialismus hat zur Voraussetzung, daß die überwiegende Mehrheit des Proletariats sich zum Willen durchringt, die Diktatur zu ergreifen. Wir glauben nicht, daß dieser Augenblick schon gekommen ist. Wir glauben, daß die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate erst das Proletariat als Gesamtheit zu der Auffassung wird heranreifen lassen, daß nur in seiner Diktatur sein Heil liegt. Die Regierung

Ebert-Scheidemann lauert auf die Gelegenheit, diese Entwicklung in Blut zu ersticken. Wie in Berlin, wie in Bremen wird sie versuchen, Revolutionsherde einfach zu ersticken, um so der allgemeinen Revolution zu entgehen. Das Proletariat hat die Pflicht, diese Provokation zuschanden zu machen, indem es vermeidet, in bewaffneten Aufständen den Henkern Opfer freiwillig anzubieten. Es gilt vielmehr, bis zu dem Augenblick der Machtergreifung die revolutionäre Energie der Massen in Demonstrationen, in Versammlungen, in Propaganda, Agitation und Organisation aufs höchste zu steigern, die Brandmarkung der Ebert-Scheidemann mit allen Mitteln fortzusetzen, die Massen in immer größerem Umfang zu gewinnen und die Geister bereit zu machen für die kommende Stunde. Vor allem ist überall auf Neuwahl der Arbeiterräte zu dringen unter der Parole: heraus mit den Ebert-Scheidemännern aus den Arbeiterräten, heraus mit den Henkern. Die Zeit arbeitet für uns. Die Ebert-Scheidemann sorgen für ihr Begräbnis selber. Die Stunde unseres Sieges naht. Nieder mit Ebert-Scheidemann!"

Am selben Tage faßt der Zentralrat der Marine im Reichsmarineamt in einer Vollversammlung zu der Forderung der Regierung, seine Mitgliederzahl von 25 auf 6 zu beschränken, folgenden Beschluß, den er der Regierung übermittelt:

„Die am 3. Februar tagende Vollversammlung der Marine hat von den Forderungen der Regierung Kenntnis genommen, die dahin gehen, daß an Stelle der bisherigen 25 Beauftragten der Marinestation und 2 Arbeitervertreter im Zentralrat der Marine in Zukunft nur noch 6 Vertreter (3 von Station Ost und 3 von Station Nord), ein Angestellter- und Arbeitervertreter der Reichsmarinebetriebe im Reichsmarineamt zugelassen werden sollen. Hierzu betont die Vollversammlung, daß sie schon im Dezember entsprechend dem Beschlusse des Rätekongresses ihre Mitgliederzahl von 53 auf 25 Personen reduziert hat, eine Zahl, die zur Durchführung der gestellten Aufgaben und zur wirksamen Kontrolle der einzelnen Departements im Reichsmarineamt und deren Arbeiten eher unzureichend als zu hoch gegriffen ist. Eine weitere Reduzierung im Sinne der Regierungsvorschläge würde das Beibehalten des Kontrollrechtes als oberste Aufsichtsbehörde unmöglich machen. Vielmehr würden die zugelassenen wenigen Vertreter nicht als dauernde Kontrollinstanz jedes einzelnen Ressorts, sondern nur dazu dienen, Anordnungen der Regierung durch ihre Mitunterzeichnung gegenüber den Stationen ein größeres Einflußrecht zu sichern. Der Zentralrat der Marine ist aber weiter der Ansicht, daß er nicht selbst in der Lage ist, über die Vorschläge der Regierung zu entscheiden, daß andererseits aber nicht die Regierung berechtigt ist, eine von der Allgemeinheit der Marine auf demokratischer Grundlage gewählte Organisation aufzulösen, ohne daß die Marineteile als auftraggebende Kreise hierzu ihr Einverständnis erteilt haben. Der Zentralrat wird daher die Forderung der Regierung zunächst den Stationen und Werften übermitteln und deren bestimmte Stellungnahme abwarten. Ebenso wird der am 7. Februar nach Hamburg einberufene allgemeine Marinekongreß, der sich mit der Frage der Kommandogewalt zu beschäftigen hat, mit der Angelegenheit des Weiterbestehens des Zentralrates in seiner bisher als notwendig anerkannten Form befassen. Erst nachdem die Stationen als die eigentlichen Auftraggeber und Gründer des Zentralrates der Marine zu bestimmten Entscheidungen über die Vorschläge der Regierung gelangt sind, wird der Zentralrat im Sinne dieser Beschlüsse weiter Unterhandlungen mit der Regierung zu pflegen haben. Bis zur Lösung dieser Angelegenheit bleibt der Zentralrat in seinen bisherigen Rechten und Formen belassen."

4. Februar. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik richtet an die deutsche Nationalversammlung in Weimar folgende Kundgebung:

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches hat schon vor der Revolution das gebieterische Bedürfnis erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.

2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfange bejaht und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Innen- und Außenentwicklung der deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die preußische Vorherrschaft beseitigt worden ist.

3. Die planvolle Verwertung der revolutionären Organisationen (Arbeiter- und Soldatenräte) bei der endgültigen Gestaltung der sozialen Republik als einheitlich wirkende Kräfte für den gesamten Neuaufbau Deutschlands hat die Richtung auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unumgänglichen Voraussetzung.

4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die jetzigen Freistaaten, wiederum so starke Ansprüche auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in der neuen Republik — und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung —, daß die Entwicklung zum Einheitsstaat ernstlich gefährdet erscheint und die möglichst rasche Erholung von den Schlägen des Weltkrieges und des wahrscheinlichen Friedensvertrages durch einzelstaatliche Zersplitterung verhindert zu werden droht.

5. Neben der Eingliederung der Arbeiter- und Soldatenräte in die künftige Reichsverfassung zur Verstärkung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen, sowie zur volkstümlichen Gestaltung des Wehrwesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands, die schädliche Wiedererstarkung einzelstaatlicher Hoheitsrechte, die über die Geltendmachung landsmannschaftlicher Selbstverwaltungs- und Kulturinteressen hinausgeht, auf das entschiedenste zu bekämpfen und alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt.

6. Der Reichs-Nationalversammlung liegt es ob, den Neuaufbau Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung vorzubereiten, sowie die territoriale Neugliederung des ganzen deutschen Gebietes vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft, insbesondere nicht von den Landesnationalversammlungen, beschränkt werden.

7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme.

8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse, insbesondere die ihm durch das neue Gesetz, betreffend Regelung der Kommandogewalt, überwiesene Stellung als oberste Berufungsinstanz für die Soldatenräte so lange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Am selben Tage treten in Berlin die Delegierten der Soldatenräte aller deutschen Armeekorps zusammen, um zu der vom Kriegsminister erlassenen Verfügung der Neuregelung der

Kommandogewalt Stellung zu nehmen. 27 Armeekorps sind durch je 2 Delegierte vertreten. Die Sitzung gestaltet sich von Anfang an äußerst stürmisch. Zunächst erheben zahlreiche Delegierte Protest dagegen, daß die Sitzung im geheimen geführt werden solle, daß man die Presse nicht zulassen wolle, während in der Einladung, die an die Korps, zumeist telegraphisch, ergangen sei, die Delegierten zu einer öffentlichen Konferenz eingeladen worden seien.

In seiner Eröffnungsrede weist Cohen-Reuß darauf hin, daß die Tagung nach Ansicht des Zentralrates lediglich als eine nichtöffentliche Besprechung anzusehen sei, eine Ansicht, gegen die von den meisten Anwesenden sofort Einspruch erhoben wird. Cohen-Reuß führt ferner aus, daß die Zusammenkunft lediglich einen nichtoffiziellen Charakter haben könne, da doch an einem einmal erlassenen Gesetz nicht mehr zu rütteln sei. Seine Ausführungen rufen schärfsten Widerspruch hervor, und die Delegierten erklären, daß sie, falls der Zentralrat auf Ausschluß der Öffentlichkeit beharre, sich selbst als Kongreß konstituieren und die Verhandlung zu Ende führen würden. Nach anderthalbstündigen, sehr heftigen Debatten siegt schließlich der Entschluß der Delegierten, und die Sitzung wird nunmehr als öffentlich erklärt.

Nachdem in einem Telegramm an Noske die Zurückziehung der gegen Bremen entsandten Truppen gefordert worden ist, berichtet der Delegierte Scholz über die Stellung und Bedeutung der Soldatenräte und die Schaffung einer Zentralorganisation aller Soldatenräte. Durch die Verordnung über die Neuregelung der Kommandogewalt werde die Bedeutung der Soldatenräte auf die der früheren Küchenkommissionen herabgedrückt. Wenn heute in Deutschland mit wenigen Ausnahmen überall Ruhe und Ordnung herrsche, so sei das vor allem das Verdienst der Soldatenräte. Die neue Verordnung versuche mit einem Schlage den alten Militarismus wiederherzustellen. Redner begründet zum Schluß die Notwendigkeit der Schaffung einer obersten Zentralstelle aller Soldatenräte. Die neue Zentralinstanz solle dem Kriegsministerium, wo noch immer der Geist der alten Zeit herrsche, beigeordnet werden. Ihre Aufgabe sei, den Erlaß neuer Bestimmungen in reaktionärem Geiste zu verhindern.

Über die Frage der Neuregelung der Kommandogewalt spricht Delegierter Frank. Er führt aus: „Wir Soldatenräte wollen nicht ewig bleiben, die meisten gingen lieber heute als morgen, aber die Soldatenräte haben allein für Ruhe und Ordnung, für Sicherstellung von Heeresgut in ungeheurem Werte gesorgt. Daher ist es auch undankbar, die Soldatenräte nun einfach beseitigen zu wollen."

Unterstaatssekretär Göhre teilt mit, daß zahlreiche Beweise dafür vorlägen, daß man ohne Eingreifen der Arbeiter- und Soldatenräte über die Schwierigkeiten der ersten Wochen der Revolution nicht hinweggekommen wäre, daß anderseits aber auch Material dafür vorhanden sei, daß ein ganzer Teil von Soldatenräten in einzelnen Fällen geradezu unverantwortlich vorgegangen sei.

Von mehreren Rednern wird scharf die Hetze gegen die Soldatenräte gegeißelt und darauf verwiesen, daß merkwürdigerweise zugleich mit dem Erlaß über die Neuregelung der Kommandogewalt auch ein Lügenfeldzug gegen die Soldatenräte eingesetzt habe.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen worden ist, begründet ein Vertreter des 9. Armeekorps einen Antrag auf Abberufung Noskes, indem

er das Verhalten Noskes bei den Verhandlungen mit den Vertretern des 9. Armeekorps scharf kritisiert. Dieser Antrag wird gegen einige Stimmenthaltungen angenommen.

5. Februar. Die Verhandlungen der Korps-Soldatenräte werden fortgesetzt und führen dazu, daß mit 45 gegen 15 Stimmen folgender Antrag angenommen wird:

„Die Konferenz lehnt es ab, über die gesetzliche Seite der Armeeverordnung, betreffend Wiedereinführung der Kommandogewalt, abzustimmen, bevor sie nicht bindende Erklärungen über die Stellung der Regierung und des Zentralrates sowohl zu der Verordnung selbst wie zu den von der Konferenz zu machenden Abänderungsvorschlägen und Ausführungsbestimmungen erhalten hat."

Die Annahme dieses Antrages wird vom Zentralrat der Republik telegraphisch nach Weimar an die Reichsregierung weitergegeben, die darauf folgende Antwort erteilt:

„Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß nach Klarlegung der Verordnung, betreffend vorläufige Regelung der Kommandogewalt, wo Zweifel auftreten, Rechnung getragen werden soll, ebenso, daß Beschwerden über Ausführung im Einzelfalle geprüft werden. Bei späteren Ausführungsbestimmungen, wo sie notwendig werden, werden die Ansichten der Soldatenräte mit herangezogen werden.

Was die Kommission, die der Zentralrat sich zur Unterstützung einberufen will, betrifft, so wird die Ansicht auch dieser Kommission mit in Betracht gezogen werden. Der Beginn der Ausführung der Verordnung, für die in Ziffer 8 Spielraum gegeben ist, kann aber nicht dadurch verhindert werden, daß in einzelnen Punkten Zweifel auftreten. Dem Wunsch, die Verfügung ganz auszusetzen, bis Ausführungsbestimmungen gegeben sind, kann nicht stattgegeben werden. Was die Beiordnung eines Landes-Soldatenrates in das Kriegsministerium betrifft, so ist dies eine Frage von so weitreichender Bedeutung, daß die Beantwortung Sache der Regierung und der Volksbeauftragten ist."

Durch diese Entscheidung sind die Forderungen der Soldatenräte in der Hauptsache abgelehnt. Die Versammlung der Korps-Soldatenräte stellt sich jedoch auf den Standpunkt, daß ohne Rücksicht auf die Stellung der Regierung ein solcher Reichs-Soldatenrat sofort zu wählen sei. Es wird beschlossen, daß dieser Rat sich aus je einem Vertreter der zum preußischen Befehlsbereich gehörigen Armeekorps zusammensetzen soll, und das Kriegsministerium ersucht, den Rat nach erfolgter Wahl der Mitglieder umgehend einzuberufen.

6. Februar. Der Delegiertentag der Korps-Soldatenräte beendet seine Verhandlungen, nachdem er folgende Beschlüsse gefaßt hat:

1. „Der Reichs-Soldatenrat ist die automatische Fortsetzung der Soldatenräte nach oben und die höchste Instanz für die Soldatenräte Deutschlands. 2. Er übt die Kommandogewalt paritätisch mit den anderen Kommandogewalten bei der Regierung aus. 3. Er ist das Mitbestimmungsorgan in allen militärischen Angelegenheiten und hat das Recht, alle mili-

tärischen Verfügungen gegenzuzeichnen, die erst dadurch Gesetzeskraft erhalten. 4. Eine der wichtigsten Aufgaben des Reichs-Soldatenrats ist es, die Verbindung zwischen Regierung und Soldatenräten wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten. 5. Der Reichs-Soldatenrat besteht aus je einem Vertreter aller deutschen Armeekorps. Diese Vertreter wählen einen geschäftsführenden Ausschuß von neun Mitgliedern, der seinen ständigen Sitz bei dem Kriegsministerium hat. Der Reichs-Soldatenrat tritt nach Bedarf, mindestens aber alle zehn Tage, am Sitze der Regierung zusammen. Seine Arbeiten regelt er nach einer Geschäftsordnung, die er sich selbst gibt. Zur praktischen Durchführung seiner Arbeiten kann der Reichs-Soldatenrat geeignete Kameraden aus den Soldatenräten hinzuziehen. Die Finanzierung und Einrichtung des Reichs-Soldatenrats ist vom Kriegsministerium durchzuführen.

Die Verordnung vom 19. Januar 1919, betreffend die Regelung der Kommandogewalt im Heere, ist auf rechtsungültiger und revolutionsverfassungswidriger Grundlage (siehe Rätekongreß der Arbeiter- und Soldatenräte) erlassen worden. Die Anwendung der erlassenen Verordnung muß daher abgelehnt werden. Die Verordnung ist zwar technisch als Gesetz anzusehen, da die Gesetzgebungsgewalt dem Rat der Volksbeauftragten vom Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte übertragen war und der Rat der Volksbeauftragten sie als Gesetz verkündet hat. Materiell dagegen ist die Verordnung ungesetzlich."

Der Zentralrat der Marine erhebt gegen seine von der Regierung verfügte Herabminderung von 25 auf 6 Mitglieder Widerspruch, indem er an die Regierung telegraphiert:

„Durch die brüske telegraphische Anweisung der Regierung, die eine vollständige Auflösung des Zentralrats in seiner bisherigen Form und seiner bisherigen Rechte bedeutet, ist es von heute an nicht möglich, die Arbeiten im Reichsmarineamt und den einzelnen Departements durch den Zentralrat in der notwendigen Weise weiter zu überwachen. Der gesamte Zentralrat weicht der Gewalt der Regierung und stellt sich nach einstimmigem Beschluß vorerst den Stationen zur Verfügung, die daraufhin neue Anordnungen über das Weiterbestehen des Zentralrates zu treffen haben werden. Der Zentralrat lehnt vom heutigen Tage jede Verantwortung für Maßnahmen des Reichsmarineamtes ab, da diese ohne Kontrolle und Genehmigung der Beauftragten seitens der Marineangehörigen, Werftangestellten und -arbeiter usw. erfolgen."

Demgegenüber wird halbamtlich der Wortlaut der Regierungsanweisung bekanntgegeben, wie sie an die Station Ostsee, Kiel, und die Station Nordsee, Wilhelmshaven, und an den obersten Marinerat der Niederelbe, Hamburg ergangen ist:

„Nachdem auf Grund des Beschlusses des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Zentralrat der deutschen Republik eine wesentliche Reduzierung des Zentralrats der Marine angeordnet hat, wird folgendes bestimmt: der Zentralrat der Marine in seiner bisherigen Form wird aufgelöst. Es ist umgehend in den Stationsbereichen ein Ausschuß zu wählen, der als beratender Ausschuß an Stelle des Zentralrats der Marine im Reichsmarineamt tritt und sich wie folgt zusammensetzt: Ostseestationsbereich zwei Soldaten, Nordseestationsbereich zwei Soldaten, aus beiden Stationsbereichen zusammen ein Arbeiter, ein Angestellter. Die Wahl hat durch das gesamte Soldaten-

bzw. Arbeiter- und Angestelltenpersonal, nicht durch die Arbeiter- und Soldatenräte zu erfolgen. Die Soldatenvertreter auf jeder Station sollen mindestens einen Deckoffizier oder Unteroffizier umfassen. Der neue Ausschuß tritt sofort nach erfolgter Wahl in Berlin zusammen. Bis zu diesem Zeitpunkte versehen sechs Mitglieder des bisherigen Zentralrats die Funktionen des neuen Ausschusses.

Gezeichnet: Die Reichsregierung."

Am selben Tage erläßt der Zentralrat folgende Erklärung an die Arbeiter- und Soldatenräte:

„In Blättern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und des Spartakusbundes wird gegen den Zentralrat der Vorwurf erhoben, er habe durch die an die Nationalversammlung gerichtete Kundgebung Verrat an den Arbeiter- und Soldatenräten verübt. Zu dieser falschen und unwahren Behauptung bemerkt der Zentralrat das Folgende:

Indem der Zentralrat die ihm übertragene Gewalt in die Hände der Nationalversammlung legte, hat er nicht nur keinen Verrat verübt, er hat vielmehr, wie sich das für wirkliche Sozialdemokraten von selbst versteht, die ihm vom Rätekongreß auferlegten Weisungen in demokratischer Weise befolgt und damit der ruhigen Weiterentwicklung des Landes, die endlich einmal beginnen muß, nach Möglichkeit den Weg geebnet. Der hier in Betracht kommende Beschluß des Rätekongresses lautet:

»Der Reichskongreß der Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die parlamentarische Überwachung des deutschen und preußischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht der Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch der Volksbeauftragten Preußens.

Die endgültige Regelung der Regierungsgewalt und selbstverständlich auch der diese kontrollierenden Körperschaft ist Sache der Nationalversammlung geworden. Diesen klaren Sinn des Beschlusses des Rätekongresses wird niemand verfälschen können. Die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands werden gewiß die von echt demokratischem Geist diktierte Haltung ihrer Zentralinstanz, die in der Nationalversammlung die wahre Vertretung des ganzen deutschen Volkes anerkennt, in übergroßer Mehrheit billigen.

Noch ein Wort zur Einberufung eines Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte. Die zentralen politischen Aufgaben, die der Zentralrat im Namen der Arbeiter- und Soldatenräte in allen Reichsangelegenheiten zu erfüllen hatte, sind nunmehr an die Nationalversammlung des deutschen Volkes übergegangen, deren Wahl der Rätekongreß selber beschlossen hat. Damit ist der Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in den Landessachen, die nicht Reichsangelegenheiten sind, noch kein Ende gesetzt. Dies Ende tritt vielmehr erst dann ein, sobald die neue Regelung der hier in Betracht kommenden Dinge durch die Nationalversammmlung oder die betreffende Landesversammlung erfolgt ist, wie denn auch der Zentralrat selber seine bisherige Tätigkeit in allen den preußischen Staat betreffenden Angelegenheiten bis zur Neuregelung durch die Nationalversammlung oder die preußische Landesversammlung fortsetzt. Außerdem aber gibt es noch wichtige wirtschaftliche Aufgaben für die Arbeiterräte. Sich mit diesen zu

befassen und die fernere wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiterräte in wirksamer Weise vorbereiten und gestalten zu helfen, könnte allerdings die Aufgabe eines zweiten Rätekongresses sein. Gegen dessen Einberufung hat der Zentralrat selbstverständlich grundsätzlich nichts einzuwenden, er wird im Gegenteil sobald wie möglich zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
Max Cohen."

Am gleichen Tage (6. Februar) wird eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, ob die Unabhängigen bereit seien, unter Ablehnung ihrer Trutztaktik nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie an der Regierung mitzuwirken, von den Unabhängigen durch folgendes Schreiben ablehnend beantwortet:

„Auf Ihr Schreiben vom 5. Februar erwidern wir folgendes: Für die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kommt der Eintritt in die Regierung so lange nicht in Frage, bis die gegenwärtige Gewaltherrschaft beseitigt ist und bis die sämtlichen Mitglieder der Regierung nicht nur das Bekenntnis ablegen, sondern auch den entschlossenen Willen betätigen, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militärautokratie sicherzustellen.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Fritz Geyer."

Ebenfalls am 6. Februar bricht in Kiel der Generalstreik in allen Großbetrieben Kiels und seiner Umgebung aus, nachdem es schon Tags vorher zu Schießereien bei einer Kaserne und dem Gouvernementsgebäude gekommen ist, weil der Gouverneur Garbe die Forderung des Spartakusbundes, des Roten Soldatenbundes und der Unabhängigen Sozialisten nach Bewaffnung der Arbeiterschaft abgeschlagen hat. Hierbei werden 6 Zivilisten und 1 Matrose getötet und 26 Personen verwundet.

7. Februar. In Kiel wird die Arbeit zum großen Teil wieder aufgenommen. Der Gouverneur erläßt einen Aufruf, worin er erklärt, fest entschlossen zu sein, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Bis mittags 12 Uhr wird die Abgabe der in unrechtmäßigem Besitz befindlichen Waffen verlangt, widrigenfalls die Entwaffnung mit Gewalt durchgeführt werden soll. Gleichzeitig wird der Belagerungszustand verhängt, jedoch schon am folgenden Tage wieder aufgehoben. Die Führer des Roten Soldatenbundes Blume und Wallach werden verhaftet.

Der in Hamburg beginnende Marinekongreß faßt folgende Entschließung, die der Nationalversammlung in Weimar übermittelt wird:

„Die auf dem heute in Hamburg tagenden Marinekongreß anwesenden Vertreter sämtlicher Marineformationen, Reichswerften, Reichsmarinebetriebe, denen die Sicherung des Friedens und der Aufbau des Wirtschaftslebens die Notwendigkeit des Tages ist, fordern von der in Weimar zusammen-

getretenen Nationalversammlung zur Durchführung ihrer sozialistischen Ideen und zur Fundierung der wirklichen Freiheit der Meere:

1. Anpassung an die veränderte Lage, die den Abbau einer deutschen Macht- und Weltpolitik erheischt. a) Restloses Beiseitestellen aller überlieferten Vorurteile gegen Demokratie und Sozialismus; b) Verzicht auf Pläne nach Wiedererrichtung einer Kriegsflotte. Ein Versuch zur Wiederherstellung einer solchen Flotte wäre politisch unklug und müßte das Mißtrauen der Welt gegen Deutschland stets wachhalten und insbesondere die zu ehrlicher Völkerverständigung bereiten Parteien in den Ententeländern von uns abdrängen.

2. Umwandlung der noch vorhandenen Kriegsflotte in eine Art Seepolizei, die den Wachdienst an der Küste zu versehen hat. Über die eventuelle Schaffung einer Seemacht als Teil einer Weltexekutive wird in einer Friedenskonferenz zu entscheiden sein.

3. Unverzügliche Berufung eines tüchtigen, organisatorisch befähigten Sozialisten als Staatssekretär ins Reichsmarineamt, der die Verpflichtung übernimmt, alle irgendwie entbehrlichen und gewissermaßen reaktionären Offiziere und Beamten zu entlassen. Er hat ferner den Verkauf des entbehrlichen Marinegutes unter vorzugsweiser Berücksichtigung staatlicher Betriebe in die Wege zu leiten und ungesäumt die Umstellung aller bisher nur Kriegszwecken dienenden Marinebetriebe zu friedlichen, den Aufbau der Volkswirtschaft fördernden Betrieben durchzuführen. Ihm liegt ferner ob, die Umorganisierung des schwerfälligen militärisch-bureaukratischen Systems in einen Betrieb nach kaufmännischen Grundsätzen durchzusetzen. Zur Erreichung dieses Zieles ist die weitgehende Heranziehung von geschulten Kaufleuten und Volkswirtschaftlern sozialistischer Richtung Voraussetzung.

Das künftige Seeamt an Stelle des Reichsmarineamts ist in Abteilungen zu gliedern: a) Handelsschiffahrt; b) Seepolizei (bisher Kriegsmarine); c) Abteilung für nautische Forschung und Wissenschaft (Meteorologie, Seewarte, Vermessungen und Kartenwesen); d) Lotsen- und Seezeichenwesen; e) Funkentelegraphie; f) Werften; g) Fischerei.

Die vorläufige Beibehaltung der Kontrolle ist durch Vertrauensleute, die von den einzelnen Stationen, Werften usw. auf demokratischer Grundlage gewählt werden, vorzunehmen. Das Kontrollsystem stellt selbstverständlich nur ein Provisorium dar, das zu beseitigen ist, sobald die Neuordnung im Sinne der obigen Punkte vollzogen sein wird. Bis zu diesem Zeitpunkt hat eine aus 25 Soldaten- und Arbeitervertretern bestehende Körperschaft, die sich „Marine-Zentralrat" nennt, als mitbestimmende Instanz im Reichsmarineamt zu verbleiben.

Für den Fall, daß die Nationalversammlung den obigen Forderungen des Reichsmarinekongresses nicht Rechnung tragen sollte, wird der „Marine-Zentralrat" beauftragt, sofort einen neuen Marinekongreß einzuberufen, und bis zu dessen Entscheidung sind die seitens des Reichsmarineamts ergehenden Verfügungen nicht mehr anzuerkennen."

Ferner wird folgender Beschluß der Reichsregierung übermittelt:

„Der Marinekongreß bedauert tief die Maßnahmen der Regierung und insbesondere die des Volksbeauftragten Noske, die zum blutigen Kampfe deutscher Soldaten und Bürger gegeneinander geführt haben. Im Interesse der Beruhigung weiter Volksmassen legt der Kongreß dem Genannten nahe, von seinem Amt zurückzutreten. Der Kongreß fordert die Zurückziehung der Division Gerstenberg. Sämtliche Vertreter der Marine und Werften betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe, selbst für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen."

12. Februar. Der russische Bolschewistenführer Karl Radek wird in Berlin von der Kriminalpolizei verhaftet.

Am selben Tage kommt es in Breslau und in Duisburg zu schweren Ausschreitungen und Straßenkämpfen mit Spartakisten und Arbeitslosen.

14. Februar. Das Präsidium der Groß-Berliner Soldatenräte legt seine Ämter nieder, weil die Soldatenräte nach Zusammentritt der Nationalversammlung kein Arbeitsgebiet und keine Arbeitsberechtigung mehr haben. Daraufhin wird auf Betreiben der Unabhängigen Sozialisten dem alten Präsidium gegen 6 Stimmen das Mißtrauen der Versammlung ausgesprochen und es durchgesetzt, daß die militärischen Mitglieder des Vollzugsrates Groß-Berlin die Leitung der Vollversammmlung der Groß-Berliner Soldatenräte übernehmen. Das neue Präsidium setzt sich wie folgt zusammen: Erster Vorsitzender Molkenbuhr, zweiter Vorsitzender Albrecht, ferner Stolt, Stuhr, Arndt, Seumen.

17. Februar. Das preußische Kabinett hält in Weimar eine Sitzung ab, die sich mit der Polenfrage, der preußischen Verfassung, dem Zeitpunkte des Zusammentritts der preußischen Nationalversammlung und der Frage der Beamtenräte beschäftigt.

Im Ruhrrevier greift der von den Spartakisten genährte Generalstreik immer mehr um sich. Mittelpunkt der Bewegung ist Mülheim. Dort, in Oberhausen, Hamborn, Sterkrade und Düsseldorf wird der allgemeine Ausstand verkündet, und alle größeren und kleineren Betriebe werden stillgelegt. Auch in Bochum reißen die Spartakisten die Gewalt an sich. Sie fordern außer Entfernung der Regierungstruppen aus dem Bezirk die Absetzung des kommandierenden Generals in Münster, die Neuwahl der Arbeiter- und Soldatenräte und im Gegensatz zur Nationalversammlung die Beibehaltung des Rätesystems.

Die vier großen Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, worin es heißt:

„Kameraden! Unverantwortliche spartakistische Elemente versuchen es, Euch durch wüste Arbeitseinstellungen zum Generalstreik zu zwingen. Unser ganzes Wirtschaftsleben, welches ohnehin vor dem Zusammenbruch steht, würde durch eine solche Streikbewegung zertrümmert und unmenschliche Not, Hunger und Elend für die Arbeiterschaft und die übrige Bevölkerung die Folge sein. Aus diesem Grunde fordern Euch die Bergarbeiterverbände auf, überall entschlossen und entschieden gegen das Vorhaben der Spartakisten Stellung zu nehmen. Die Regierung ersuchen wir im Auftrage des übergroßen Teiles der Belegschaften dringend, unverzüglich die geeigneten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu treffen und dafür zu sorgen, daß die Bergarbeiter ungestört ihrer Aufgabe nachgehen können."

Reichsminister Wissel tritt sein Amt an.

Der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamtes Admiral Ritter v. Mann tritt in den Ruhestand. Unter dem Reichswehrminister Noske führt Vizeadmiral Rogge die Geschäfte des Reichsmarineamtes. Er besitzt aber keine Stimme im Kabinett.

18. Februar. In Weimar empfangen die Minister Noske, Hoff und Reinhardt eine Abordnung von Eisenbahn-Unterbeamten, Handwerkern und Arbeitern aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die berichtet, daß auf den größeren Bahnhöfen Putsche an der Tagesordnung sind. Die Arbeiter- und Soldatenräte geben an, die von ihnen eingesetzten Wachmannschaften seien zur Bewachung des Bahngutes notwendig. Es ist aber festgestellt worden, daß gerade diese Wachmannschaften es sind, die die für die Beamten und Arbeiter bestimmten Lebensmittel der Wirtschaftsausschüsse einfach beschlagnahmten.

Angesichts dieser Vorkommnisse ist unter den Eisenbahnbediensteten eine große Erbitterung entstanden, die in einem allgemeinen Streik sich Luft schaffen soll, falls von der Regierung nicht entsprechende Gegenmaßregeln getroffen werden. Die Abordnung überreicht der Reichsregierung im Auftrage einer in Essen abgehaltenen Vertreterkonferenz der Direktionsbezirke Essen, Münster und Elberfeld folgende Forderungen:

1. Den bewaffneten Schutz der Bahnhöfe, den gesamten Wachdienst auf den Rangier- und Güterbahnhöfen und auf allen betriebswichtigen Punkten der Eisenbahn übernehmen fortan die Eisenbahner bis zur Wiederkehr geregelter Verhältnisse selbst. Geeignete militärisch ausgebildete und zuverlässige Eisenbahnbeamte und -arbeiter werden in der notwendigen Anzahl zu diesem Zweck mit Waffen versehen. Die Wachen der Soldatenräte werden aus den Bahnhöfen wie aus allen übrigen Betriebspunkten der Eisenbahnverwaltung entfernt.
2. Das Betreten der Bahnhöfe zum Zweck der Durchsuchung der Züge nach Freiwilligen für den Ostschutz ist den Soldatenräten mit Nachdruck und Erfolg zu untersagen.
3. Gesetzwidrige Haussuchungen, wie sie bei den Eisenbahnbeamten und -arbeitern in Hagen seitens der Organe der Arbeiter- und Soldatenräte geplant sind, haben zu unterbleiben.
4. Die Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen sind den Eisenbahnbeamten und Streckenarbeitern nach wie vor weiter zu gewähren.

Nach längerer Aussprache beschließen die Minister, telegraphisch an das Generalkommando in Münster die Weisung zu richten, im Bereich des VII. Armeekorps den von den Arbeiter- und Soldatenräten eingesetzten Wachdienst aufzulösen und ihn für ungesetzlich zu erklären. Der Sicherheitsdienst soll künftig von den Eisenbahnbediensteten ausgeübt werden.

Am selben Tage tritt in Königsberg die ostpreußische Provinzialversammlung zusammen und berät über die Friedenswünsche der Provinz und die Frage des Heimatschutzes.

18. Februar. Der Generalstreik im niederrheinischen Industriebezirk wird von den Spartakisten weiter aufrechterhalten, während die Mehrheitssozialisten und die in den freien, Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter einmütig durch Versammlungen dem widersprechen und erklären, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Regierung stehen. In Mülheim (Ruhr) werden Arbeitswillige durch die Spartakisten mit Gewehrschüssen auseinandergetrieben, wobei ein Mann getötet wird. Von Düsseldorf gekommene Spartakisten entwaffnen die Polizei. Die Geschütze und Minenwerfer der Garnison Mülheim werden zum Kampf gegen die Regierungstruppen dorthin geschafft. Die Unsicherheit in den verschiedenen Städten nimmt infolge der Entwaffnung der Polizei überhand. In Mülheim werden die Waffenläden geplündert. In Düsseldorf werden alle Druckereien besetzt und der Verkauf aller bürgerlichen Zeitungen unmöglich gemacht. In Gelsenkirchen werden die Spartakisten durch die städtische Sicherheitswehr und die Polizei von den öffentlichen Gebäuden vertrieben, größtenteils entwaffnet und aus den Arbeiter- und Soldatenräten entfernt. In Elberfeld wird das Gebäude der Eisenbahndirektion nach Feuergefecht von Spartakisten gestürmt und besetzt.

19. Februar. Der allgemeine Ausstand im Düsseldorfer Revier greift weiter um sich. Die Hauptmasse der Arbeiter weigert sich zwar, die Arbeitsstellen zu verlassen, wird aber von den spartakistischen Gewalthabern zum Streik gezwungen.

In Elberfeld wird der Hauptbahnhof und das Eisenbahndirektionsgebäude nach Kampf von Regierungstruppen wieder genommen.

In Hanau kommt es zu Unruhen, bei denen das Schloß Philippsruhe des Landgrafen von Hessen geplündert wird. Die Plünderer werden durch Truppen verjagt. Bei einem weiteren Zusammenstoß werden 8 Zivilisten getötet und mehrere verwundet.

20. Februar. In Hamborn teilt in einer nach Tausenden zählenden Versammlung der Arbeiterrat mit, daß die Durchführung einer neuen Revolution mit dem Ziel der Arbeiterdiktatur und Begründung einer freien sozialen Republik auf kommunistischer Grundlage beschlossen worden sei. Die Arbeiter dürften im äußersten Falle auch nicht vor der Sabotage zurückschrecken, falls diese nötig würde. Es wird die Gründung einer Zentralstreikkommission und einer Verteidigungskommission mit dem Sitz in Mülheim bekanntgegeben.

Truppen des Landesschützenkorps besetzen im Auftrag der Regierung Teile der Städte Wilhelmshaven und Rüstringen.

21. Februar. Der Generalstreik im Ruhrrevier kann als gescheitert gelten. Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates, die zur Verhandlung über die Vorgänge im Industriebezirk zum Generalkommando nach Münster gefahren sind, legen dort folgende Wünsche des Arbeiter- und Soldatenrates vor: 1. Zurückziehung der Regierungstruppen bis nördlich der Lippe, und zwar bis zum 25. Februar. 2. Das Generalkommando verpflichtet sich, bei der Regierung dafür einzutreten, daß für alle an den Kämpfen Beteiligten eine möglichst weitgehende Amnestie gewährt werde. Die Gefangenen werden gegenseitig ausgetauscht.

Darauf stellt das Generalkommando seinerseits folgende Bedingungen:

1. Sofortige Räumung von Bottrop durch die Truppen der Arbeiter und Besetzung Bottrops durch die Regierungstruppen.

2. Zurücklassung der Geschütze in brauchbarem Zustand.

3. Herausgabe sämtlicher beschlagnahmten Gelder und Lebensmittel.

4. Herausgabe sämtlicher Gefangenen bis zum 22. Februar abends. Alle Gewalttätigkeiten, u. a. Sabotage sind einzustellen. Sofortige Aufhebung der Bahnkontrolle und Unterlassung jeder Einmischung in den Bahnbetrieb. Wiederherstellung der Pressefreiheit, sofortiger Abbruch des Generalstreiks. Die Abgabe aller Waffen ist sofort in die Wege zu leiten.

Die vorstehenden beiderseitigen Bedingungen werden dann in einer gemeinsamen Beratung angenommen. Abends stimmt ihnen auch die Essener Streikkonferenz mit allen gegen 9 Stimmen zu und beschließt damit den sofortigen Abbruch des Generalstreiks. Dagegen beschließen am

22. Februar die Ausstandsleiter zu Mülheim, Oberhausen, Sterkrade, Düsseldorf und Kettwig, den in Essen vereinbarten Bedingungen nicht zuzustimmen, sondern einen verstärkten allgemeinen Ausstand zu verkündigen.

23. Februar. Der Generalstreik in Düsseldorf wird für aufgehoben erklärt, am

24. Februar geschieht das gleiche in Essen.

25. Februar. Wegen Ablehnung der Anerkennung der Betriebsräte durch die Reichsregierung beginnt ein allgemeiner Ausstand der mitteldeutschen Bergleute, der Belegschaften der großen chemischen Fabriken und Stickstoffwerke, der Eisenbahner und Metallarbeiter, der stündlich an Ausdehnung gewinnt und seinen Mittelpunkt in Halle a. S. hat.

26. Februar. Zum Protest gegen den spartakistischen Eisenbahnerstreik stellen in Halle die Telegraphen- und Fernsprechämter, die übrigen Behörden und auch die Ärzte ihre Tätigkeit ein.

Am selben Tage bricht in Erfurt der Generalstreik aus.

In Düsseldorf folgt einer vom Tage vorher vor sich gegangenen Revolution innerhalb der kommunistischen Partei eine abermalige Ablösung der neuen Gewalthaber. Der alte Vollzugsrat wird aus der Schutzhaft entlassen und dafür der neu gebildete Ausschuß, der durch Überrumpelung die Gewalt sich angeeignet hat, festgesetzt. Die Belästigungen Arbeitswilliger dauern fort, ebenso ist der Fernverkehr weiter unterbrochen.

In der Nacht zum

27. Februar greifen die Truppen der Division Gerstenberg Hamborn an und besetzen nach kurzem Kampf das Rathaus. Am Kampf nimmt auch die noch in der Nacht aus Arbeitern gebildete regierungstreue Sicherheitswehr teil. Die Verluste sind gering. Nun ist nur noch Düsseldorf unter spartakistischer Herrschaft.

In Düsseldorf kommt es zur Verkündung eines neuen Generalstreiks, da die Unternehmer die Lohnzahlung für die Tage des Ausstandes ablehnen. Schließlich wird eine Einigung dahin erzielt, daß 75 Prozent des Lohnes bei sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit gezahlt werden.

Dem sogenannten Sechser-Ausschuß, der für schleunige Sozialisierung der Betriebe nach russischem Muster wirkt, steht als volkswirtschaftlich-journalistischer Beirat ein gewisser Dr. Marchlewski alias Karski, ein ziemlich einflußreicher Mann, zur Seite. Dieser Marchlewski-Karski ist, wie sich herausstellt, Mitglied der russischen bolschewistischen Regierung und deren Vertreter beim polnischen Regentschaftsrat. Den Beweis für diese Behauptung bringt eine bolschewistische Zeitung mit dem Abdruck des Beglaubigungsschreibens, das vom russischen Auswärtigen Amt ausgestellt und von der russischen Regierung dem polnischen Regentschaftsrat überreicht worden ist. Marchlewski ist darnach das Haupt einer bolschewistischen Zentrale, die von Essen aus unter Mißbrauch der deutschen Arbeiterinteressen die Geschäfte des russischen Bolschewismus besorgt.

28. Februar. Regierungstruppen rücken in Düsseldorf ein. Die Säuberung der Stadt von Spartakisten vollzieht sich in aller Ordnung und Ruhe. Die öffentlichen Gebäude werden durch Regierungstruppen besetzt, die Mitglieder des Vollzugsrates teilweise verhaftet, teilweise können sie entfliehen.

Am selben Tage wird Halle von Truppen des Generals Maercker besetzt, wobei es zu einer schweren Straßenrevolte kommt, sodaß Maschinengewehre in Tätigkeit treten müssen.

Loslösungsbestrebungen in Preußen.

Posen und Oberschlesien.

1. Februar. Netzwalde und Schubin werden von den Deutschen genommen.

2. Februar. Ruden wird von den deutschen Truppen genommen, die bis zum Bagnosee vordringen.

Über den Festungsbereich Thorn wird vom Gouverneur im Einverständnis mit dem Thorner Arbeiter- und Soldatenrat der Belagerungszustand verhängt und besondere Kriegsgerichte eingesetzt. Gleichzeitig werden acht Personen wegen Landesverrats verhaftet.

3. Februar. Die preußischen Minister Ernst und Hirsch, Landrat Loehs vom Ministerium des Innern und zwei Mitglieder des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte treffen in Thorn ein, um sich in Verhandlungen mit den Behörden, sowie mit dem Arbeiter- und Soldatenrat über die Polengefahr zu unterrichten.

Nachts greifen etwa 300 Polen das Dorf Neukramzig an. Zwei deutsche Offiziere, ein Wachtmeister und ein Sergeant werden von den Polen mißhandelt und dann mit Gewehrkolben erschlagen. Nach Kampf wird das Dorf von den Deutschen wieder genommen, jedoch mittags wieder planmäßig geräumt. Die deutschen Truppen werden auf brandenburgischen Boden zurückgezogen.

In der Nacht zum

4. Februar werden Kolmar und Margonin von den Deutschen ohne Kampf besetzt.

Ein deutscher Erkundungsvorstoß, der von Grünthal auf Exin (30 Kilometer südwestlich von Bromberg) angesetzt ist, stößt bei Schmallbach, Ellisewo und Gr.-Suchorenz auf weit überlegene polnische Kräfte und kann daher nicht weiter durchgeführt werden.

Rawitsch wird von den Polen vergeblich angegriffen.

Nachts werden die deutschen Truppen, die einen Vorstoß auf Netzwalde und Schubin unternommen haben, zurückgenommen.

Der polnische Volksrat in Posen schreibt für den 20. März Wahlen zur großpolnischen verfassunggebenden Nationalversammlung in den polnisch sprechenden Gebietsteilen Preußens einschließlich Westpreußens und Danzigs aus.

5. Februar. Polnisches Geschützfeuer aus Richtung Görchen liegt auf der Straße Sarnowko-Görchen und Sarnowko-Laschin. Deutsche Artillerie streut den Wald südlich von Sarne und das Gelände an der Bahn Sarne-Görchen ab. Unter Mithilfe der polnischen Einwohner von Sarnowko gelingt es den Polen, das Dorf zu nehmen und ebenso Sarne zu gewinnen. Aus Friedrichsweiler werden sie jedoch sofort im Gegenstoß zurückgetrieben. Auch Laschin muß unter

starkem Druck der Polen vorübergehend von den Deutschen geräumt werden, wird jedoch im Gegenstoß zurückerobert. Ein mit Übermacht gegen Eichenbronn geführter polnischer Angriff wird glatt abgewiesen. Bis 11 Uhr vormittags sind außer Sarne und Sarnowko alle Orte wieder in deutscher Hand.

6. Februar. Über den Abschluß eines bedingten Waffenstillstandes wird von deutscher Seite amtlich bekanntgegeben:

„Bei den in den letzten Tagen mit Vertretern des polnischen obersten Volksrats zu Posen in Berlin stattgehabten Verhandlungen erklärte die preußische Regierung im Einverständnis mit der Reichsregierung, daß die durch die jüngste Entwicklung in der Provinz Posen entstandene Lage in keiner Weise den Entscheidungen des Friedensschlusses vorzugreifen vermöge, daß gemäß dem Waffenstillstandsvertrag im Osten die Reichsgrenzen vom August 1914 anzuerkennen seien und daß innerhalb dieser Grenzen die staatliche Souveränität beim Deutschen Reich bzw. preußischen Staat liege. In Konsequenz dieser Rechtslage hielt die preußische Regierung das Vorhandensein einer polnischen Armee unter polnischer Befehlsgewalt innerhalb der deutschen Reichsgrenzen für unmöglich und forderte ihre Auflösung. Ferner forderte sie die Wiedereinsetzung der preußischen Behörden, soweit sie an der Ausübung ihrer Amtstätigkeit durch die Polen behindert seien, und erklärte, nur solche Behörden für zuständig ansehen zu können, die von der preußischen Regierung eingesetzt seien oder anerkannt würden. Die Bevollmächtigten des polnischen obersten Volksrates erkannten zwar den Rechtsstandpunkt der preußischen Regierung nach der formalen Seite hin an, erklärten aber, die daraus preußischerseits hergeleiteten Forderungen angesichts der tatsächlichen, durch die entstandene Bewegung eingetretenen Verhältnisse nicht erfüllen zu können. Insbesondere lehnten sie die verlangte sofortige Waffenniederlegung ab. Statt dessen schlugen sie vor, die Verhandlungen auf zwei Wochen zu vertagen und während dieser Zeit beiderseits die Kampfhandlungen einzustellen.

Die preußische Regierung hat darauf im Einverständnis mit der Reichsleitung dem polnischen obersten Volksrat mitgeteilt, daß die Einstellung der Kampfhandlungen nur unter der Bedingung bewilligt werden könne, daß keine polnischen bewaffneten Formationen innerhalb der deutschen Reichsgrenzen verblieben.

Die „Dtsche. Allg. Ztg." begleitet den Abschluß des bedingten Waffenstillstandes mit folgenden Bemerkungen: „Das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen beweist, daß die Reichsregierung nicht gesonnen ist, den Entscheidungen der Friedenskonferenz über die deutschen Ostprovinzen vorgreifen zu lassen. In den Berliner Verhandlungen verlangten die Polen, an ihrer Spitze Herr Korfanty, mit der bei ihm bekannten Leidenschaftlichkeit, alle Gebietsteile mit noch so kleiner polnisch sprechender Minderheit,

während von deutscher Seite der Rechtsstandpunkt gewahrt wurde, daß der status quo vom 1. August 1914 wiederherzustellen wäre. Das anfängliche Auftreten der Polen war so radikal, daß man an einem Fortgang der Verhandlungen zweifeln mußte. Die Tatsache, daß die Entente eine Kommission nach den deutschen Ostprovinzen schickte, also auch ihrerseits den Polen nicht freie Hand lassen will, mag etwas Öl in die Woge großpolnischer Begeisterung gegossen haben, vielleicht auch die Erkenntnis, daß die unter dem Befehl des russischen Generals Dambor-Musnitzky stehenden polnischen Truppen zu stark von der bolschewistischen Bewegung erfaßt sind, um gegenüber den deutschen Truppen nennenswerte Erfolge zu erzielen. Die Reichsregierung beweist mit ihrer Entscheidung ihren festen Entschluß, allen Rechtsbeugungen von Ost wie von West fest entgegenzutreten. Es ist anzunehmen, daß sie auch der Ententekommission den Zutritt in die Ostprovinzen lediglich informandi causa gewähren wird. Ob der polnische oberste Volksrat auf die von der preußischen Regierung gestellte Bedingung eingehen wird, läßt sich im voraus nicht sagen. Wir suchen keine kriegerischen Verwicklungen mit den Polen, wir haben im Gegenteil ein Interesse daran, daß in den Ostprovinzen geordnete Zustände herrschen und daß die zahlreichen als Geiseln verschleppten Bürgermeister, Geistlichen, Mitglieder der deutschen und der preußischen Nationalversammlung in ihre Heimat zurückkehren können. Aber auch die Polen wissen, daß im Falle der Nichtannahme die bolschewistische Unordnung noch weiter um sich greifen und den Lebensnerv ihres Staatswesens lähmen wird. Sie mögen sich ferner dessen bewußt bleiben, daß Deutschland, wenn es mit anderen Mitteln nicht möglich ist, die Anerkennung seiner Rechte erzwingen wird."

Über Züllichau und einige Orte des Kreises Züllichau wird der Belagerungszustand verhängt.

7. Februar. Das Vordringen von Bolschewisten und Agitatoren der großpolnischen Bewegung aus Warschau über die Reichsgrenze macht es notwendig, daß für die Kreise Strasburg (Westpreußen), Briesen, Thorn und Teile des Kreises Graudenz Paßzwang eingeführt wird.

Ein polnischer Infanterieangriff bei Mieczkowo (Kreis Wirsitz) wird abgeschlagen.

Durch ein deutsches Flugzeuggeschwader werden Wurfgranaten auf Truppenansammlungen und feuernde Maschinengewehre bei Schubin und Netzwalde abgeworfen.

Deutsche Jäger mit Begleitbatterien, die Sarner Bürgerwehr und Pioniere gehen unter kräftiger Unterstützung der übrigen Artillerie zum Angriff auf Sarne vor. Kirchhof Friedrichsweiler, Karlsruhe und Vorwerk Folusz werden genommen. Um 12 Uhr mittags ist die Stadt Sarne und Sarnowko wieder in deutscher Hand.

8. Februar. Vom obersten polnischen Volksrat geht auf die deutsche Forderung, daß keine bewaffneten polnischen Formationen auf reichsdeutschem Gebiete verbleiben dürften, bei der preußischen Regierung nachstehende Antwort ein:

„Aus allgemeinen Menschlichkeitsrücksichten haben wir Ihnen Einstellung von Geiselpolitik, Repressalien, Einstellung von Luft- und Gasgift

angriffen und schließlich zwecks Vermeidens unnützen Blutvergießens Einstellung von Kampfhandlungen vorgeschlagen, haben gleichzeitig niemals den Standpunkt verlassen, daß wir Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgreifen wollen. Unsere Bewegung war elementarer Protest des Volkes gegen jahrzehntelange Unterdrückung, gegen Nichtaufhebung von Ausnahmevorschriften und Nichtabberufung von hakatistischen Beamten, gegen Greuel demoralisierter Grenzschutzbanden.

Während unserer Berliner Verhandlung bewiesen Sie volle Geneigtheit zum Abschluß von Waffenstillstand und weiteren Verhandlungen. Entgegen getroffenen Vereinbarungen machen Sie Abschluß von Waffenruhe abhängig von Auflösung unserer bewaffneten Formationen. Wir lehnen diese Forderung kategorisch ab. Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat gegen disziplinlosen Grenz- und Heimatschutz und eventuelle Kampftruppen gegen russischen Bolschewismus, weisen Ihnen alle Verantwortlichkeit für ferneres Blutvergießen zu und rufen die gesamte männliche Bevölkerung zur Verteidigung von Weib und Kind, Haus und Herd auf.

Oberster polnischer Volksrat. Korfanty. Poszwiński."

Vor überlegenen polnischen Kräften ziehen sich die deutschen Truppen aus Grüntal zurück. Ein polnischer Angriff auf Murowanitz hat vorübergehend Erfolg, wird aber durch einen Gegenstoß einer Kompagnie des Grenzschutzbataillons 3 abgewiesen und der Gegner bis Bislawy zurückgeworfen. Eine polnische Seitendeckung, die in Stärke von 30 Mann bei Ruden über den Kanal zu stoßen versucht, wird durch Maschinengewehrfeuer unter Verlusten zurückgedrängt. Der Bahnhof Nakel wird von polnischer Artillerie beschossen.

Gleichzeitig wird deutscherseits die Grenze nach dem vom Aufstande betroffenen Teil der Provinz Posen gesperrt, weil auffallend viele Polen in das aufständische Gebiet zurückzukehren versuchen. Es handelt sich dabei augenscheinlich um eine planmäßige Zurückberufung zahlreicher Polen aus dem Westen des Reiches, die den Zweck hat, die militärische Kraft der Polen nach Möglichkeit durch die Angekommenen zu verstärken, was natürlich verhindert werden muß.

9. Februar. Bei Rawitsch werden die Dörfer Sarne und Sarnowko von den Deutschen genommen.

Neudorf, Miroslaw und Hohendorf werden von den Deutschen besetzt. Bei Margonin erfolgreiche Patrouillengefechte. Der Netze-Brückenkopf bei Steinburg südlich Nakel wird von den Polen genommen.

Südwestlich Bromberg werden die deutschen Truppen hinter den Oberneße-Kanal zurückgenommen. Polnische Versuche, beiderseits der Straße Netzewald—Bromberg den Kanal zu überschreiten, scheitern.

Josefinen, Brückenkopf und Teile von Steinburg werden von den Deutschen wieder genommen.

10. Februar. Nakel wird von polnischer Artillerie beschossen.

Polnische Angriffe auf Josefinen, Laschin und Eichendorf werden abgewiesen.

11. Februar. Der am 28. Januar über Kulmsee verhängte Belagerungszustand wird auf eine Anzahl Orte der Umgegend ausgedehnt.

Die von Bromberg aus unternommene deutsche Offensive muß wegen innerpolitischer Streitigkeiten bei den Kampftruppen plötzlich abgebrochen werden. Die deutschen Truppen haben sich südlich der Bahnlinie Bromberg—Schneidemühl eine brückenkopfartige Stellung in der Linie Schmiedeberg—Neukirchen—Samoklensk geschaffen und sind dann erfolgreich auf Exil und Schubin vorgestoßen. Da treten politische Streitigkeiten hindernd in den Weg. Der Bromberger Soldatenrat erkennt den Kriegsministererlaß über die Kommandogewalt nicht an, die Truppen jedoch erkennen den Erlaß an, brechen die Gefechtstätigkeit ab und wollen einen neuen Soldatenrat. Infolge dieser Ereignisse in der vordersten Linie muß die Offensive abgebrochen und die Truppen hinter Steinburg zurückgenommen werden.

12. Februar. Generalfeldmarschall v. Hindenburg und die oberste Heeresleitung treffen von Wilhelmshöhe in Kolberg ein.

Brandenburgische und schlesische Regimenter greifen nach kurzer kräftiger Artillerievorbereitung zwischen Unruhstadt und Bentschen an. Die Stadt Bomst wird nach zäher feindlicher Gegenwehr genommen. Unruhstadt und Schloß Neudorf besetzt.

13. Februar. Romanshof und Walkowitz werden von den Deutschen besetzt, müssen aber Tags darauf unter starkem polnischen Druck wieder aufgegeben werden.

14. Februar. Generalfeldmarschall v. Hindenburg erläßt vom Hauptquartier Kolberg aus folgenden Aufruf:

„Nachdem der Grenzschutz Ost der obersten Heeresleitung übertragen ist, habe ich mit dem heutigen Tage mein Hauptquartier nach dem Osten verlegt.

Als ich im August 1914, zum Oberbefehlshaber der 8. Armee ernannt, im Osten eintraf, standen mir schwere Aufgaben bevor. Dank der Vortrefflichkeit von Führer und Truppen gelang es, bei Tannenberg und bei den Masurischen Seen unsere Ostmarken vor feindlichem Einfall zu bewahren. Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort im Auftrage der Reichsregierung das Kommando zu führen, so erfüllt mich schwere Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes. Nicht, weil wir, von der Übermacht unserer Feinde und der Hungerblockade erdrückt, um Frieden bitten mußten, sondern weil ich unser Volk in sich zerrüttet und erschlafft im Wollen sehe! Viele stehen abseits und haben mit der Freude am Vaterland auch jeden Opfersinn verloren.

Wohin soll uns dieser Zustand führen?

Wir müssen hindurch: entschlossen an die Arbeit zum Besten des Vaterlandes! Dazu gehört in erster Linie, daß wir eins sind in der Liebe zur Heimat und den alten deutschen Boden schirmen vor dem neuen Feinde, dem Bolschewismus, der die Kulturwelt bedroht.

Ihr freiwilligen und jungen Kameraden, die ihr zum Schutze der Ostmarken euer Leben einzusetzen entschlossen seid, denkt an die Getreuen vom Jahre 1914!

Und ihr, meine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und den Masurischen Seen, eilt herbei, um mir zu helfen!

Mein Appell an Deutschlands Söhne darf nicht ungehört verhallen; welchen Stammes ihr seid, ob Bayern, Sachsen, Schwaben oder Preußen, welcher Partei ihr angehört, wir sind alle Deutsche! Vergeßt, was uns trennen könnte, findet euch wieder zusammen in Liebe zur Heimat, in Selbstzucht, Disziplin und Vertrauen zu euren Führern!

v. Hindenburg."

15. Februar. Ein überlegener polnischer Angriff gegen Miroslaw südwestlich von Uch wird abgeschlagen. Ein Versuch der Polen, östlich des Waldes einen Steg über den oberen Netzekanal zu schlagen, wird vereitelt. Nördlich von Rawitsch und östlich von Züllichau scheitern stärkere Vorstöße der Polen.

In der Provinz Posen zeigt sich überall das Bestreben der Polen, das Aufstandsgebiet zu vergrößern. Ihr Hauptdruck richtet sich gegen die Abschnitte Rawitsch—Lissa—Meseritz—Züllichau und Bromberg—Nakel. Die Kämpfe in den beiden erstgenannten Abschnitten sind für die Deutschen durchweg erfolgreich. Die häufigen hartnäckigen Angriffe der Polen scheitern restlos und immer unter schweren Feindverlusten. Östlich von Züllichau führt ein von deutschen Truppen gegen den südlich Bentschen vorspringenden Teil der feindlichen Linien unternommener Angriff zu vollem Erfolg. Die Ortschaften Bomst, Narschalno, Kopnitz, Unruhstadt und Gr.-Greitzig werden wiedergewonnen, die deutschen Stellungen dadurch erheblich verbessert. Im Abschnitt Bromberg—Nakel müssen die Deutschen, dem feindlichen Druck nachgebend, ihre Truppen im allgemeinen in die Netzelinie zurücknehmen.

16. Februar. Bei Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier wird bestimmt, daß die Deutschen unverzüglich alle Angriffsbewegungen gegen die Polen im Gebiete von Posen oder in jedem anderen Gebiete aufgeben müssen und folgende Linie (nach der Lagekarte der obersten Heeresleitung vom 6. Februar) nicht überschreiten dürfen: von der russischen Grenze bei Luisenfelde über westlich Luisenfelde, westlich Großneudorf, südlich Brzoza, nördlich Schubin, nördlich Exin, südlich Samotschin, südlich Chodziesen (Kolmar), nördlich Czarnikau, westlich Miala, westlich Birnbaum, westlich Bentschen, westlich Wollstein, nördlich Lissa, nördlich Rawitsch, südlich Krotoschin, westlich Adelnau, westlich Schildberg, nördlich Vieruchow (Eichenbronn) bis zur schlesisch-russischen Grenze. Danach bleibt fast die gesamte Provinz Posen mit Ausnahme des nördlich der Netze liegenden und des westlich der Linie Birnbaum—Bentschen nach der Provinz Brandenburg einspringenden Zipfels einstweilen in Händen der Polen.

17. Februar. Obgleich nachmittags 5 Uhr der Waffenstillstand begonnen hat, unternehmen die Polen in den Abendstunden heftige Angriffe auf Sarne, Friedrichweiler, Laschin und Konarzewo, wobei sie schwere Artillerie verwenden.

18. Februar. Polnische Angriffe gegen Kattowski, Schneidemühl und Bromberg. Nakel wird von polnischer Artillerie beschossen.

19. Februar. Auf der ganzen Posenschen Front wird der Waffenstillstand von den Polen durch Angriffsunternehmungen weiter gebrochen. Dabei halten sie an Stellen, wo sich die deutschen Truppen zurückhalten, ganze Ortschaften besetzt; so z. B. die Orte Plin, Porzen und Juliustal nördlich von Kempen und Pegelsau südlich von Usch.

An anderen Stellen, wo deutsche Truppen den Polen den Vormarsch verwehren, kommt es zum Feuergefecht, das die Polen meistens zum Rückzuge veranlaßt; so bei Nakel und Filehne.

In der Gegend von Kolmar wird Radwonke (südwestlich von Margonin) von überlegenen polnischen Kräften angegriffen und genommen. Ein von Pietronke aus angesetzter deutscher Gegenstoß muß bei Adolfsheim angehalten werden, da gleichzeitig ein polnischer Angriff von Kirchdorf her auf Paulskolonie (südlich Kolmar) ansetzt.

20. Februar. Klein-Werdershausen wird von einer polnischen Abteilung erfolglos angegriffen und durch Artillerie beschossen. An der polnischen Front bei Tannhofen, Friedrichskron, Dombrowken und Jezewo lebhaftes Infanteriefeuer, das von den deutschen Truppen nicht erwidert wird.

In Kulmsee werden sieben polnische Bürger wegen großpolnischer Umtriebe verhaftet. Der Belagerungszustand wird wieder erheblich verschärft.

21. Februar. Ein polnischer Nachtangriff gegen Kolmar wird blutig abgewiesen.

22. Februar. Rege Patrouillentätigkeit auf polnischer Seite bei Nakel. In der Nacht und am folgenden Tage gelegentlich Feuer der Polen gegen die Straße Elsenort—Forsthaus, auf Nakel und Groß-Neudorf. Ein polnischer Angriff auf Klein-Werdershausen wird abgewiesen. Den Bewohnern von Jacobsdorf, das von keiner Seite besetzt ist, verbieten die Polen bei Todesstrafe, ihre Gehöfte zu verlassen.

24. Februar. Die Polen beschießen von Ruden aus die deutschen Postierungen bei Deutsch-Kruschin mit Maschinengewehr- und Infanteriefeuer. In Gegend Groß-Neudorf und Minutzdorf Patrouillenkämpfe. In der Nacht versuchen in Gegend Slesin und Josefinen mehrfach feindliche Patrouillen gegen die deutschen Linien vorzugehen, werden aber mit Gewehrfeuer abgewiesen.

28. Februar. In Thorn veranstalten Spartakisten und Polen wegen der Abschaffung des Soldatenrats und knapper Lebensmittel-

zuteilung Umzüge durch die Stadt, in deren Verlauf sie das Militärarresthaus in der Jakobstraße stürmen, um die Militärgefangenen zu befreien. Erst nach Eingreifen des Thorner Grenzschutzes und nach starkem scharfen Feuergefecht gelingt es, die Aufrührer zurückzutreiben. Hierbei gibt es bei Spartakisten und Polen Tote und Verwundete, auch wird Häuserschaden angerichtet. Infolge der Ausschreitungen wird für den Zivilbereich der Festung Thorn der Belagerungszustand verhängt.

Die übrigen deutschen Staaten.

Bayern.

1.—2. Februar. Der Landesvorstand der Deutschen demokratischen Partei (Deutsche Volkspartei in Bayern) tagt in München und stellt dabei die Richtlinien für die Landespolitik der Partei auf. Sie haben folgenden Wortlaut:

Die Deutsche demokratische Partei (Deutsche Volkspartei in Bayern) verlangt zur Erfüllung der nächsten staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten vor allem:

1. daß der bayrische Landtag unverzüglich einberufen wird,
2. daß alle der Volksvertretung vorgreifenden Verordnungen unterlassen werden,
3. daß beim Zusammentritt der vom Volke gewählten bayrischen Nationalversammlung die provisorische Regierung alsbald ihre Ämter der Volksvertretung zur Verfügung stellt, damit auf demokratischem Wege eine gesetzliche Regierung gebildet werden kann,
4. daß alle von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnungen, besonders das Staatsgrundgesetz, sofort der neuen Volksvertretung zur ordnungsgemäßen nachträglichen Prüfung und Erledigung unterbreitet werden,
5. daß insbesondere parlamentarische Kontrollkommissionen zur Prüfung der auswärtigen Politik und der Finanzgebarung der provisorischen Regierung gebildet werden,
6. daß jede Art von Nebenregierung beseitigt wird,
7. daß zur Sicherung der Regierungsgewalt und zur Herbeiführung der Ordnung ein Heer aufgebaut wird unter Wiederherstellung von Autorität und Disziplin,
8. daß das Finanzwesen unter sofortiger Herstellung öffentlicher Finanzgebarung und unter Aufstellung eines vorläufigen Finanzplanes geordnet wird,
9. daß der Landtag selbst ein neues Wahlgesetz beschließt,
10. daß Arbeitsgelegenheit geschaffen wird und die Auswüchse der Erwerbslosenunterstützung beseitigt werden,
11. daß für Industrie und Handwerk Rohstoffe beschafft werden zur Wiederaufnahme der Produktion,
12. daß die Volksernährung gesichert wird und die Preise abgebaut werden,
13. daß Berufsvertretungen mit demokratischem Wahlrecht und mit dem Rechte, an Volksvertretung und Regierung Anträge zu stellen, geschaffen werden.

Die schwere Not des Landes und die Gefahren, welche die Zukunft des bayrischen Volkes bedrohen, erfordern für die nächste Zeit ein Zusammenfassen aller Kräfte und ein Zurückdrängen aller Parteigegensätze. Daraus folgt die Verpflichtung der Parteien, gemeinsam die Verantwortung für die Führung der Geschäfte zu übernehmen und gemeinsam dem freien Volksstaat eine von demokratischem und sozialem Geist erfüllte Verfassung zu geben, entsprechend den im Wahlkampf übernommenen Verpflichtungen, für Ruhe, Ordnung und gesetzmäßige Zustände Sorge tragen zu helfen.

Der Landesvorstand nimmt ferner eine Entschließung gegen die Vergewaltigung Deutschlands an.

Die Annahme des deutschen Angebots auf Grundlage der 14 Punkte Wilsons gewähre Deutschland einen Rechtsanspruch auf ihre Erfüllung. Die Gegner aber drohen, durch die Aufrechterhaltung der Hungerblockade Deutschland der vollen wirtschaftlichen und physischen Vernichtung preiszugeben. „Wir appellieren", heißt es in der Entschließung, „an das Gewissen der ganzen Kulturmenschheit." Ein schreiender Hohn auf den Begriff der Gerechtigkeit sei vor allem auch die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen. Das deutsche Volk erwarte, daß nicht schrankenloser Militarismus und Imperialismus die augenblickliche Überlegenheit ausnutzen, um aus dem deutschen Volke ein Sklavenvolk zu machen, und erhebe ausdrücklich den Anspruch, seinen rechtmäßig erworbenen Kolonialbesitz wiederzuerringen.

Ferner wird eine Entschließung gegen die französischen Annexionsgelüste, vor allem auf Elsaß-Lothringen, die Pfalz und das Saargebiet, sowie ein Protest gegen die Ausübung der Zensur seitens der französischen Besatzung über die deutsche Presse angenommen. Die Forderung eines starken Ostschutzes bildet den Kern einer weiteren Entschließung, die die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auch in Süddeutschland auf die den deutschen nationalen Bestand bedrohende russisch-polnische Gefahr hinlenkt und auf die Notwendigkeit ihrer kraftvollen Abwehr verweist.

„Wir müssen verlangen" heißt es u. a., „daß alles, was möglich ist, ungesäumt und mit größter Energie geschieht, um das Unheil abzuwenden. Wir rufen dazu auf, daß sich auch in Bayern Freiwilligen-Bataillone zum Ostschutz bilden, als Symbol der deutschen Einigkeit vor dem In- und Auslande."

Die Aussprache über das Verhältnis von Reich und Bundesstaaten führt zur einstimmigen Annahme einer Entschließung, der zufolge die Partei für die unbedingte Erhaltung eines einigen Deutschen Reiches mit Einbeziehung der deutsch-österreichischen Lande eintritt.

Gegenüber dem Reichsverfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß erachtet es die Partei als unbedingt erforderlich, daß die Selbstbestimmung der Bundesstaaten in Fragen der Verfassung und Verwaltung, der Kulturpolitik und in wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik entschieden zur Geltung kommt.

2. Februar. Nach einem Referat Auers nimmt die bayrische Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei eine Entschließung an, in der gegen den Imperialismus, wie er jetzt auf seiten unserer Feinde bei den Friedensverhandlungen zur Geltung zu kommen suche, Protest erhoben wird. Unter Hinweis auf die tatsächliche militärische und wirtschaftliche Ohnmacht Deutschlands wird vom Auslande verlangt, daß die unmenschliche Blockade gegen Deutschland endlich aufgehoben, Eroberungsabsichten gegen deutsche Gebiete endgültig zurückgewiesen, daß die Härten der Waffenstillstandsbedingungen nicht fortwährend gesteigert und schnellens in Friedensverhandlungen eingetreten wird. Zum Schluß wird die Reichsregierung aufgefordert, entschieden dahin zu wirken, daß nur ein Völkerbund zustandekommt, in dem das proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein gilt.

3. Februar. Die frühere Königin Marie Therese von Bayern stirbt, 69 Jahre alt, im Schloß Wildenwart bei Prien am Chiemsee.

Die „Münchner Neuest. Nachr." schreiben dazu: „In schwerer Zeit zerriß der Tod das Band, das sie mit ihrem Gemahl zu einer mehr als 50jährigen Verbindung vereinigt hatte, er nahm den neun noch lebenden Kindern eine liebende Mutter.

Die neue Zeit hat den alten Thron der Wittelsbacher umgestoßen. Noch lebt aber in den Herzen vieler Bayern, auch bei solchen, die völlig auf dem Boden der Umwandlung Bayerns zum Volksstaat stehen, Liebe und Verehrung zum früheren Königshause und zum letzten Wittelsbacher auf dem bayrischen Thron. Dankbarkeit für vieles, was das Wittelsbacher Haus dem Bayernvolk im Laufe der Jahrhunderte an Gutem getan hat, erhält dem Hause Ludwigs III. die Achtung und Zuneigung im Bayernland über die Umwälzung hinaus. Tausende und aber Tausende betrauern mit dem früheren König und seiner Familie den Tod Marie Theresens.

Vor allem aber ersteht vor dem rückschauenden Auge das Bild der schon alternden Frau, die durch Blut und Tränen des Krieges sich gedrängt sah, mit den noch bei ihr weilenden Töchtern die Not zu lindern, wo und wie immer sie sich zeigte. Und das letzte Bild, das Bild der Pflegerin und Helferin in trauriger Zeit, wird am lebendigsten fortleben im Lande."

4. Februar. Die Finanzverwaltung veröffentlicht eine Übersicht über die bayrische Staatsschuld nach dem Stand vom 31. Dezember 1918, die folgendes Bild zeigt:

Schuldgattungen	Stand 31. 12. 18.	Stand 31. 12. 17.	Abnahme
Feste Schuld:	in 1000 Mk.		
Allgemeine Staatsschuld . . .	463018	463399	351
Eisenbahnschuld	1956218	1960151	3932
Grundrentenschuld	81398	83769	2371
Landeskulturrentenschuld . . .	60340	61975	1634
Summa	2561005	2569296	8291

Ein amtlicher Kommentar hierzu besagt: „Die bayrische Staatsschuld hat sich binnen Jahresfrist um 8291723 Mark gemindert.

Eine schwebende Schuld — durch Begebung von Schatzanweisungen, Inanspruchnahme von Bankkredit oder sonstige Darlehensaufnahme — besteht zurzeit nicht. Die laufenden Ausgaben konnten seither aus laufenden Einnahmen bestritten werden. Angesichts der gewaltigen Ausgaben, die in der letzten Zeit an die Staatskasse herangetreten sind (Erwerbslosenfürsorge, Notstandsarbeiten, Ersatz der Baukostenüberteuerung, Kriegsteuerungsbezüge, Lohnerhöhungen, Wirkungen des achtstündigen Arbeitstages, Deckung des Einnahmeausfalles der Staatsbahnen usw.) wird schon in der nahen Zukunft die Aufnahme einer schwebenden Schuld zur Bestreitung dringlicher Ausgaben sich nicht vermeiden lassen. Nach dem Muster der vorstehenden Übersicht wird künftig allmonatlich der Stand der bayrischen Staatsschuld veröffentlicht werden, sodaß jedermann die Entwicklung der Staatsschuld verfolgen kann. Ferner wird, solange Gutscheine der Staatsbank (Kriegsnotgeld) im Umlaufe sich befinden, allmonatlich eine Bilanz der Staatsbank veröffentlicht werden, aus der die Höhe der ausgegebenen Gutscheine und ihre Deckung zu ersehen sind. Außerdem werden in kurzen Zeitabständen, etwa vierteljährlich, Zusammenstellungen über die Einnahmen und Ausgaben des Staates bekanntgegeben werden, aus denen die Abwicklung des Staatshaushaltplanes ersichtlich ist. Die erste Veröffentlichung dieser Art wird demnächst erfolgen. Hiernach wird sich fortan die staatliche Finanzgebarung vor der breitesten Öffentlichkeit abspielen. Möge die Bevölkerung hieraus Anlaß nehmen, ihrerseits dazu beizutragen, daß die bayrischen Staatsfinanzen gesund erhalten bleiben. Es wird sich dies erreichen lassen, wenn von Forderungen an die Staatskasse abgesehen wird, welche die gegenwärtige Leistungsfähigkeit des Staates übersteigen."

4. Februar. Der Vollzugsausschuß des Landessoldatenrats tritt in München zusammen und lehnt es ab, den vom Garnisonsrat Ingolstadt für den 10. Februar einberufenen Kongreß der Soldatenräte zu besuchen. Am

5. Februar kommt es im Vollzugsausschuß zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen dem Vollzugsausschuß des Landessoldatenrats und dem Minister für militärische Angelegenheiten Roßhaupter. Dieser hält dem Vollzugsausschuß Punkt für Punkt unberechtigte Eingriffe in die Geschäfte des Ministeriums vor. Die politische Tätigkeit der Soldatenräte hält der Minister für beendet mit dem Ende der Demobilmachung und dem Zusammentritt des Landtages: dann käme nur noch eine Tätigkeit in sozialen Angelegenheiten in Frage. Für den Landtag selbst empfiehlt der Minister, ein Mehrheitssozialist, Zusammenarbeit aller Parteien und Bildung eines Koalitionsministeriums. Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses, der Radikale Sauber, kündigt noch eine gründliche Austragung der

Gegensätze an zwischen dem Vollzugsausschuß und dem Minister, den er als einen Feind des Rätesystems betrachtet. Den Schluß der Sitzung bildet der Empfang einer Delegation der linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft, deren Führer, der Anarchist Mühsam, einen Antrag auf Amtsentsetzung des Ministers Roßhaupter verliest. Am

6. Februar wird dieser Antrag durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Nur zwei Mitglieder der äußersten Linken stimmen dagegen. Ferner wird gegen vier unabhängige Stimmen eine Entschließung angenommen, worin die Meinungsverschiedenheiten zwischen Vollzugsausschuß und Ministerium als geklärt bezeichnet werden und dem Vollzugsausschuß sowie dem Ministerium das Vertrauen ausgesprochen wird.

Am selben Tage spricht im Landeseisenbahnrat Verkehrsminister v. Frauendorfer. Arbeit sei das höchste Gebot der Stunde. Ohne festgefügte Ordnung und Sicherheit in unserem ganzen öffentlichen Leben könne eine geregelte Tätigkeit nicht in Gang kommen. Ordnung und Sicherheit: das sei der Notschrei unseres ganzen Volkes, eine handvoll terroristischer Elemente ausgenommen, die nicht die Demokratie, sondern irgendeine Diktatur predigen. Die vorläufige bayrische Regierung habe die unabweisbare Pflicht, den neugebildeten Landtag möglichst bald einzurufen, dem sie dann wohl nach Erstattung eines Rechenschaftsberichtes sogleich ihre Vollmachten zur Verfügung zu stellen habe. Es sei zu hoffen, daß es gelingen werde, die ungeheuerlichen Anschläge gegen die Sicherheit der Landtagsverhandlungen, die in München gewisse Gruppen vorzubereiten scheinen, zuschanden zu machen. Auf neuer Verfassungsgrundlage werde dann das schwer geprüfte Volk in neu sich belebender Zuversicht den Wiederaufbau der gesamten Wirtschaft beginnen können, geführt von einer ihrer Verantwortlichkeit sich voll bewußten Regierung, die wohl auch über die ganze Machtfülle verfügen müsse, deren sie unbedingt bedürfe. Im übrigen vertritt der Minister nachdrücklich den Standpunkt auf Erhaltung der bayrischen Verkehrshoheit. Es scheine ihm nicht ausgeschlossen, daß mit der im Reichsverfassungsentwurf vorgesehenen Zentralisierung sogar positive Nachteile verbunden wären.*

7. Februar. Die Versammlung des Landessoldatenrates und der Garnison- und Korpsvertreter Bayerns bewilligt die Forderung des Vollzugsausschusses zur Frage des Grenzschutzes und zu dem Ersuchen, Freiwillige für den Schutz der Ostmark in Bayern anzuwerben. In der gegen sieben Stimmen (Demokraten und Mehrheitssozialisten) angenommenen Entschließung wird ausgeführt:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Versuche, eine Ostarmee zu bilden, auf Bestrebungen junkerlich-reaktionärer Kreise zurückzuführen sind. Es soll eine Truppe gebildet werden, die zur Verwendung gegen die

Revolution brauchbar ist. Die Lösung der im Osten schwebenden Fragen kann nicht im Wege der Gewalt erfolgen. Die dort zu neuem Leben erwachten Völker ringen nach staatlicher Selbständigkeit, zu welcher wir ihnen, gemäß den von uns selbst anerkannten Grundsätzen eines Rechtsfriedens, behilflich sein müssen. Es wird daher gefordert, daß die Verhandlungen mit den Polen von deutscher Seite nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker geführt werden und den Polen der Anspruch auf alle überwiegend von Polen bewohnten Landesteile zugesprochen wird, wenn die Bewohner sich selbst dafür entscheiden. Die Versammlung lehnt es ab, den Krieg gegen Rußland in irgendeiner Weise zu unterstützen. Es liegt keinerlei Grund vor, daß bayrische Soldaten ihr Blut für die baltischen Barone, die in den russischen Ostseeprovinzen nur eine winzige Mehrheit ausmachen, vergießen. Die Verständigung mit der russischen Regierung kann um so mehr durch Verhandlungen herbeigeführt werden, als selbst die Entente diesen Weg eingeschlagen hat. Die Versammlung fordert die bayrische Regierung auf, in dieser Weise auf die Reichsleitung einzuwirken."

12. Februar. Militärminister Roßhaupter erläßt im Auftrage des Ministerrats folgenden Aufruf an alle wehrfähigen Männer des Volksstaates Bayern:

„Das Volk hat in den Wahlen zum Landtag seinen Willen über die Gestaltung seines Staates zum Ausdruck gebracht. Es soll ein freier Volksstaat Bayern sein. Die Freiheit, die nur durch Ordnung blühen kann, gilt es sicherzustellen. Es sind Kräfte am Werke, welche die Ordnung stören wollen. Darum ruft die Regierung euch, die ihr in harten Kämpfen und Entbehrungen jahrelang den Krieg von unserer Heimat ferngehalten habt, auf, die Gefahr des drohenden Krieges im Lande, den der Bolschewismus entfesseln will, zu bannen! Wen sein Beruf nicht fesselt, der eile nach seinem früheren Standort oder zu seinem alten Friedensverband und melde sich zum freiwilligen Eintritt in den Volksheimatschutz. Straffe freiwillige Zucht und Ordnung herrschen in ihm. — Dann, aber auch nur dann schafft ihr der Regierung die Macht, die den Willen des Volkes zur Durchführung bringen kann."

13. Februar. Im Deutschen Theater zu München treten die Delegierten der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Bayerns zu einer Tagung zusammen, um auch einen Bericht Eisners über die Berner Konferenz entgegenzunehmen. Eisner macht in seiner Rede der Presse zum Vorwurf, daß sie die richtigen Berichte über die Berner Konferenz gefälscht habe. Des weiteren versteigt er sich zu derartig unerhörten Angriffen gegen die Presse im allgemeinen, wie auch gegen die anwesenden Pressevertreter, daß diese gezwungen die Tagung verlassen und die Berichterstattung einstellen. Sämtliche Münchener Blätter mit Ausnahme der „Bayrischen Staatsztg." veröffentlichen eine scharfe Protesterklärung gegen diese Behandlung der Presse.

Der Aufruf Roßhaupters vom 12. Februar gibt Anlaß zu einer Ministerkrisis. In der Tagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wird von radikaler Seite gegen Roßhaupter Sturm gelaufen und mit allen Mitteln des Terrors versucht, ihn zum Rücktritt zu bestimmen. Am

15. Februar gelingt es in einer Sitzung des Ministerrats, die vorher stark gelockerte Solidarität des Ministeriums wiederherzustellen. Als Ergebnis dieser Sitzung legt Ministerpräsident Eisner den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten folgende Erklärung vor:

„Alle militärischen Maßnahmen und Verordnungen der letzten Zeit bezwecken lediglich, die revolutionären Errungenschaften zu sichern und das demokratische und soziale Werk der Revolution in ruhiger und steter Entwicklung zu vollenden. Im besonderen soll die Schaffung einer freiwilligen Volkswehr nichts weiter bezwecken, als die Grundsätze in dem von der Regierung proklamierten Staatsgrundgesetz durchzuführen und alle Freiheiten, auch die der parlamentarischen Arbeit des Landtages, zu schützen. Diese Volkswehr soll möglichst aus älteren gewerkschaftlich organisierten, militärisch erfahrenen Arbeitern bestehen."

Diese Erklärung wird gegen 25 Stimmen zur Kenntnis genommen.

In Nürnberg kommt es am selben Tage zu lebhaften Kundgebungen gegen die Ausführungsbestimmungen Roßhaupters über die Neuorganisation des bayrischen Heeres. Diese Kundgebungen, die von Spartakisten veranlaßt worden sind, wiederholen sich Tags darauf, wobei einige Schüsse fallen und mehrere Soldaten getötet oder verletzt werden. Die Menge stürmt darauf das Generalkommando.

16. Februar. In München findet eine große Kundgebung zugunsten des Rätesystems statt. Auf der Theresienwiese halten verschiedene Redner, darunter Ministerpräsident Eisner und Dr. Levine, Ansprachen an die Versammelten. Letzterer stellt die Forderung auf, das gesamte Ministerium hinauszuwerfen, und tritt für die Errichtung einer Räterepublik ein.

17. Februar. In der Landeskonferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gibt Ministerpräsident Eisner die Antwort auf die von den Veranstaltern der Demonstration vom Tage vorher in der Form eines Ultimatums an die Regierung gerichteten Forderungen dahin bekannt, daß die vier den Mehrheitssozialisten angehörenden Mitglieder des Ministeriums erklären, eine Entscheidung über die folgenschweren Probleme nicht treffen zu können, ohne die Vertrauensmänner ihrer Partei befragt zu haben. Infolgedessen wird eine Landeskonferenz der sozialdemokratischen Mehrheitspartei für den 18. Februar nach München einberufen.

Der Landessoldatenrat stellt folgende Forderungen an das Ministerium:

„1. Der Erlaß, betreffend die Errichtung einer Volkswehr, ist sofort voll und ganz zu annullieren und durch einen neuen Erlaß im Einvernehmen mit dem Vollzugsausschuß des Landessoldatenrats zu ersetzen.

2. Sämtliche Erlasse sind vom Vollzugsausschuß des Landessoldatenrats gegenzuzeichnen.

3. Sämtliche als konterrevolutionär bekannte und dem Minister näher zu bezeichnende Offiziere sind sofort aus dem Militärministerium und den Generalkommandos zu entfernen.

4. Das Kadettenkorps ist sofort aufzulösen.

5. Die Ausarbeitung der neuen Heeresaufstellung darf nur im Einvernehmen mit dem Landessoldatenrat erfolgen; die Wahl der Führer muß den Soldaten vorbehalten werden.

6. Sämtliche Beschlüsse des Landessoldatenrats, die dem Militärminister bereits vorliegen und die in Zukunft vorgelegt werden, sind schnellstens im Benehmen mit dem Vollzugsausschuß des Landessoldatenrates ihrer Erledigung zuzuführen."

Minister Roßhaupter fügt sich den Forderungen in einigen wesentlichen Punkten. So sollen in den Werbebureaus für die Volkswehr Vertreter der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte und der Gewerkschaften mittätig sein. Dagegen entspricht Roßhaupter nicht dem Verlangen auf Verhängung der Schutzhaft über solche Leiter der Werbebureaus, die sich diesen Beschlüssen widersetzen würden, da in dieser Beziehung kein Widerstand zu erwarten sei. In Verbindung mit einigen weiteren, weniger wichtigen Zugeständnissen des Ministers werden diese neuen Vereinbarungen als Nachtrag der Ausführungsbestimmungen zum Erlaß über die Bildung einer Volkswehr den Militärbehörden bekanntgegeben, und zwar versehen mit der Unterschrift des Militärministers Roßhaupter und der Gegenzeichnung des Vollzugsausschusses des Landessoldatenrats. Diese Gegenzeichnung bildet gleichfalls die Erfüllung einer Forderung des Rätekongresses, wonach wichtige Entscheidungen des Militärministers künftig nur im Einvernehmen mit dem Landessoldatenrat getroffen werden sollen.

18. Februar. Die Landeskonferenz der Mehrheitssozialdemokraten, worin sich die vier mehrheitssozialistischen Minister Richtlinien für ihre Haltung zu den gegenwärtig schwebenden politischen Fragen holen wollen, tritt zusammen.

Das Organ der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, die „Münchener Post", beschäftigt sich in ihrem Leitartikel mit der Person Eisners und seiner Stellungnahme zu der Regierungskrise in Bayern und kommt dabei zu dem Schlusse: „Das ganze Verhalten Eisners steht unzweideutig im Widerspruch mit den Wünschen und Forderungen, die das bayrische Volk in der Wahl am 12. Januar zum Ausdruck brachte. Unzweideutig entschied sich in dieser Wahl das Volk für den Aufbau eines freiheitlichen Volksstaates durch die parlamentarische Demokratie, durch die Gesetzregelung eines souveränen Landtages. Es wählte natürlich nicht, um eine nur scheinkonstitutionelle Versammlung, die sich bedientenhaft der Räteversammlung unterordnen muß, zu schaffen. Durch sein Verhalten in den letzten kritischen Tagen hat sich Eisner vom bayrischen Volke völlig isoliert. Er ist als Minister, das heißt als Diener des Volkes, einfach unmöglich. Der Rücktritt Eisners ist deshalb eine politische Notwendigkeit. Seine sich auf das Rätesystem stützende Politik muß zu den schwersten Konflikten mit dem bayrischen Volke führen und damit die Gefahr einer Intervention des Feindes heraufbeschwören."

19. Februar. Die Landeskonferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte beschließt einstimmig, ihre Aufgabe erst dann als vorläufig

erledigt zu betrachten, wenn Garantien der Regierung gegeben worden seien, daß der Einbau der Räte in den Volksstaat in der von ihr geforderten Form erfolge, und auch seine Forderungen an das Gesamtministerium hinsichtlich der militärischen Fragen restlos erfüllt worden seien.

Am selben Tage machen bayrische Matrosen, die aus Wilhelmshaven zurückgekehrt sind, den Versuch, den Landtag und einige andere öffentliche Gebäude Münchens zu besetzen. Ihr Vorhaben gelingt ihnen aber nur zum Teil und hat außer mehreren Schießereien, die einige Opfer fordern, keine weiteren Folgen.

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei München faßt folgende Beschlüsse zum Antrage des Landessoldatenrates:

Punkt 1, Annullierung des Volkswehrerlasses, ist durch den Beschluß des Ministerrates erledigt.

Punkt 2, Gegenzeichnung aller Erlasse des Militärministers durch den Vollzugsrat, wird als eine technische Unmöglichkeit erklärt. Solange der Militärminister ein Sozialdemokrat ist, ist diese Forderung auch nicht nötig.

Punkt 3: Der Militärminister wird jeden Offizier, der ihm als Konterrevolutionär bekannt wird, entfernen. Voraussetzung ist, daß ihm die Beweise unterbreitet werden für die erhobene Anschuldigung.

Punkt 4 (Aufhebung des Kadettenkorps) gilt als erledigt, da das Kadettenkorps durch das Militärministerium zu einem Realgymnasium umgebildet worden ist.

Punkt 5, Ausarbeitung der neuen Heeresaufstellung: hier handelt es sich grundsätzlich um eine Reichssache. Soweit Bayern hierauf Einfluß ausüben kann, werden Anregungen gerne angenommen und mit den Anregern verarbeitet.

Punkt 6: Die dem Militärministerium unterbreiteten Beschlüsse des Landessoldatenrates werden so rasch wie nur möglich erledigt werden.

Ferner wird beschlossen: Die Konferenz ersucht die sozialdemokratische Landtagsfraktion, nach Möglichkeit nach folgenden Grundsätzen zu wirken:

Die A.- und B.-Räte wahren die gesamten Interessen des arbeitenden Volkes. Sie haben keine gesetzgebende oder vollziehende Gewalt. Sie entsenden nach Bedarf Vertrauensmänner in die öffentlichen Körperschaften und Behörden, um dort Wünsche und Beschwerden des arbeitenden Volkes zu vertreten. Die Zentralräte der A.- und B.-Räte haben das Recht, Erhebungen zu veranlassen und in besonders gelagerten Fällen selbst durchzuführen, dem Landtage Gesetzentwürfe zu unterbreiten und sie im Landtage durch einen Vertreter zu begründen. Die Mitglieder der Zentralräte genießen, abgesehen von ehrlosen Handlungen, bei Ausübung ihres Amtes Immunität. Organisation und Wahl der A.- und B.-Räte regelt ein Gesetz.

Ferner wird der Antrag angenommen: „Die Mehrheitsmitglieder des A.-, B.- und S.-Kongresses werden ersucht, im Kongreß den Antrag zu stellen, daß der Kongreß der A.-, B.- und S.-Räte sofort geschlossen wird."

Einstimmig wird ferner beschlossen, daß nur Soldaten Mitglieder von Soldaten- und Kasernenräten und des Vollzugsausschusses sein können.

Die Landeskonferenz vertagt sich alsdann.

20. Februar. Ministerpräsident Eisner teilt im Ministerrat mit, er werde am nächsten Tage im Landtag im Auftrage des Gesamtministeriums erklären, daß das Gesamtministerium von seinen Ämtern zurücktrete und sie dem Landtag zur Verfügung stelle. Ferner sei das Gesamtministerium bereit, die Geschäfte weiter zu führen, bis eine neue Regierung gebildet worden sei.

21. Februar. Ministerpräsident Kurt Eisner wird auf dem Wege nach dem Landtagsgebäude in München ermordet. Der Täter, angeblich ein Student Graf Anton Arco-Valley, wird von einem Infanteristen erschossen.

Kurz nach der Ermordung Eisners erläßt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in München folgende Aufforderung zum Generalstreik:

„Genosse Eisner ermordet! Heute vormittag kurz vor 10 Uhr, als sich Genosse Eisner in den Landtag begeben wollte, wurde in der Promenadenstraße vor dem Gebäude des Ministeriums des Äußern auf ihn geschossen. Genosse Eisner wurde von drei Schüssen in den Kopf getroffen und starb sofort. Der Täter, ein Graf Arco-Valley, Leutnant der Reserve, wurde von den Wachmannschaften sofort niedergeschlagen und liegt im Sterben.

Arbeiter und Soldaten! Die Gegenrevolution hat zum ersten großen Schlage ausgeholt, indem sie den gehaßtesten Führer der sozialistischen Revolution niederstreckte.

Die Bürgerwehr, die Weiße Garde, der Mittwoch-Putsch, das sind die Etappen zur Erwürgung der sozialen Revolution.

Ihren Ausdruck fand das Wühlen in der verleumderischen Hetze einer feilen Presse, die, heuchlerisch Ruhe und Ordnung predigend, die Atmosphäre für den Meuchelmord schuf.

Arbeiter und Soldaten! Man will euch wieder unter das alte militaristische, kapitalistische Joch beugen.

Jetzt gilt es zu handeln, die Revolution zu retten! Auf zum Generalstreik! Heraus aus den Betrieben! Nieder mit der Bourgeoisie und ihren verbrecherischen Helfershelfern. Hoch die sozialistische Revolution!

München, 21. Februar 1919.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.
Schröder, Kämpfer, Gärtner, Weiß, Paula Mayer, Fechenbach."

Am selben Tage tritt der Landtag zusammen. Unmittelbar, nachdem Minister Auer einen Nachruf für Eisner gesprochen hat, fallen mehrere Schüsse. Auer bricht schwer verletzt zusammen, der Abg. Osel (Bayr. Volksp.) wird getötet. Minister Roßhaupter wird in Schutzhaft genommen.

Der „Vorwärts" ist in der Lage, über den Täter des Mordanschlags auf Auer Aufklärung zu geben. Der Täter ist demnach angeblich Mitglied des ganz unter unabhängigem und spartakistischem Einfluß stehenden soge-

nannten „revolutionären Arbeiterrats", heißt Aloys Lindner und wohnt in München, Heßstraße 27. Er brüstet sich offen allenthalben mit seiner Tat, befindet sich aber trotzdem in Freiheit, und niemand denkt daran, ihn festzunehmen.

Die Münchener Arbeiter- und Soldatenräte und die noch in München anwesenden Mitglieder des am Tage vorher geschlossenen Rätekongresses schließen sich als revolutionäres Parlament zusammen. Die vollziehende Gewalt hat ein Elferausschuß der drei sozialistischen Parteien einschließlich der Kommunistischen Partei und der Vollzugsräte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Gandorfer, Hoffmann, Utzenhofer, Sauber, Simon, Goldschmidt, Niekisch, Kröpelin, Eisenhut, Levin, Hagemeister.

Über München wird der Belagerungszustand verhängt.

Der „Vorwärts" schreibt dazu: „Was soll nun in Bayern werden? Der Arbeiter- und Soldatenrat hat in München die Herrschaft übernommen und die Landesversammlung ihrer Befugnisse entkleidet. Inzwischen regiert in der bayrischen Hauptstadt wilder Terror. Wird der Arbeiter- und Soldatenrat den Willen und die Macht haben, ihn zu zügeln? Selbst wenn man optimistisch genug ist, dies anzunehmen, was wird aus dem übrigen Bayern, auf das sich die Herrschaft des Münchener Arbeiter- und Soldatenrats nicht erstreckt? Das bayrische Volk hat bei den Wahlen seinen fast einstimmigen Willen zur Demokratie zu erkennen gegeben, deren unabhängige Gegner eine unbeachtliche Minderheit blieben, und auch sie sind so wenig unbedingte Anhänger eines bolschewistischen Rätesystems, wie Eisner selbst einer gewesen ist. Eine Räteregierung hätte in ganz Bayern nur eine verschwindend geringe Anhängerschaft, in weiten Gebieten des Landes überhaupt keine, könnte also nur mit Gewalt gegen den Willen des Volkes herrschen. Wäre diese Gewalt eine »Diktatur des Proletariats«? Mit nichten, denn das Proletariat steht in Bayern noch geschlossener als sonstwo hinter den Mehrheitssozialisten und will von einer Diktatur in bolschewistischem Sinne nichts wissen. Was bleibt als Rettung? Die sofortige Einberufung der bayerischen Nationalversammlung nach einem anderen ruhigeren Ort, Bildung einer Regierung aus ihrer Mitte und Schaffung einer geordneten Gewalt, die der Regierung die Ausübung ihrer rechtmäßigen Macht ermöglicht."

In Augsburg kommt es aus Anlaß der Ermordung Eisners zu schweren Ausschreitungen, sodaß das Militär einschreiten und von der Schußwaffe Gebrauch machen muß. Über die Stadt wird der Belagerungszustand verhängt.

Auch in Nürnberg wird der Generalstreik verkündet.

22. Februar. Die Versammlung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte nimmt die Anträge auf Bewaffnung des Proletariats und auf Verkündigung der bayrischen Räterepublik einstimmig an. Der Vorsitzende erklärt, daß diese von den Arbeitern aller sozialistischen Richtungen auf demokratischer Grundlage errichtet werde.

Ferner teilt der Vorsitzende des Münchner Arbeiterrats einen Entwurf mit, auf dessen Grundlage die Einigung des Proletariats geschehen soll. Die vier wichtigsten Gruppen der Münchner Sozial-

demokratie, der sozialdemokratische Verein, die Unabhängigen, der Gewerkschaftsverein und der Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats, tun sich danach zusammen. Es sind 5 Punkte aufgeführt:

1. Die Arbeiter- und Soldatenräte werden in der bayrischen Verfassung anerkannt und verankert. Die Mitglieder der Räte genießen Immunität. Den Ministern wird je ein Arbeiter- und Soldatenrat mit beratender Stimme beigegeben.

2. Die vier Gruppen werden unter Beibehaltung der im Amte verbliebenen Minister ein sozialistisches Ministerium bilden, dem ein Landwirtschaftsministerium angegliedert wird. Dieses Ministerium wird bis zur Verabschiedung der Verfassung durch die Volksvertretung die Geschäfte auf Grundlage des Staatsgrundgesetzes weiterführen.

3. Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden.

4. Das jetzige stehende Heer wird unverzüglich entlassen und an seiner Stelle die Revolutionsschutzwehr ausgebaut, und zwar aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der frei organisierten Landarbeiter.

5. Die Freiheit der Presse wird grundsätzlich wiederhergestellt. Die Presse hat jedoch bis zur Rückkehr geordneter Verhältnisse alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Einheit des Volkes zu stören und dadurch den Bruderkrieg zu fördern. Dem Kultusministerium wird eine Aufklärungsabteilung beigegeben, die dafür zu sorgen hat, daß die Bevölkerung über alle Fragen ihres Lebensinteresses die Wahrheit erfährt.

Die Vorschläge werden zunächst von radikaler Seite als unannehmbar bezeichnet, am Nachmittage kommt jedoch eine Einigung auf dieser Grundlage zustande. Auch der Zentralrat, der sich durch Mehrheitssozialisten und Mitglieder der Gewerkschaften verstärkt hat, nimmt diese Vorschläge an. Infolgedessen treten die beiden bolschewistischen Mitglieder des Zentralrats Levin und Hagemeister zurück.

In Nürnberg einigen sich die beiden sozialdemokratischen Parteien auf Grund der Münchener Leitsätze und stehen entschlossen gegen den Spartakusbund.

Die „Münchener Post" wendet sich mit starken Worten gegen die Reaktion, führt dann aber eine ebenso heftige Sprache gegen das Auftreten der Spartakisten und stellt fest: „Am 22. Februar erklärten sich die Unabhängigen für den aufgestellten Grundsatz über die Einheitsfront des Sozialismus gemeinsam mit den Mehrheitssozialisten, daß das Programm des Sozialismus auf dem Boden der Demokratie verwirklicht werden soll. Sie fordern mit den Mehrheitssozialisten die Wiedereinberufung des Landtags, die Bildung eines sozialistischen Ministeriums unter Beibehaltung der im Amte verbliebenen Minister. Scharf erklärt sich bei der sozialdemokratischen Konferenz am Sonntag der unabhängige Sozialist Schröder gegen die spartakistischen Methoden, und gegen diese Kämpfe wendet sich auch der Satz der vereinbarten Einheitsgrundsätze, der so klar und fest von der Vermeidung des Bruder- und Bürgerkrieges redet. Die spartakistischen Methoden bedeuten aber völlige Einführung des Bruder- und Bürgerkrieges."

25. Februar. In München tritt der Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von ganz Bayern wieder zusammen.

In Aschaffenburg wird der Belagerungszustand verhängt.

Am selben Tage erscheinen zum erstenmal die „Münchener Zeitung", die „Münchener Neuesten Nachrichten" und die „München-Augsburger Abendzeitung" wieder. Sie tragen alle drei einen Vermerk, daß sie unter Aufsicht des Zentralrates erscheinen. Alle drei Blätter haben den gleichen, gleichsam offiziösen Leitartikel, der aus dem Zentralrat herrührt: „An Preußen". Der Anfang dieses Artikels lautet:

„Ungeheures ist geschehen. In dieser Stunde sei ein Wort gerichtet an Weimar und an Berlin, ein Wort der Warnung und der ernstesten Beschwörung. Hören und annehmen mögen es die Scheidemann und Noske, als die erlauchten Spieler auf der Weimarer Nationalbühne! Was auch die nächsten Tage München bringen mögen: eure Hände bleiben davon fern; keine Reichsinterventionsgelüste, keine eiserne Division: mehr denn irgendwo ist dies bayrisches Reservatrecht. Wage es niemand, sie anzutasten! Deutschland, das Reich könnte darüber in Trümmer gehen! Aber darüber hinaus: warten und schweigen, Zurückhaltung in Rede und Schrift, auch mit den Worten darf jetzt keine Verwirrung geschaffen werden. Schon klingen aus den Spalten der Berliner Regierungspresse die Stimmen zu uns herüber, die Zwietracht säen, verdunkelnd und entstellend die Zusammenhänge des entsetzlichen Geschehens, um Anklage und Gericht abzuhalten über die einzig Schuldigen. Wir wissen, daß es nicht gelingen wird. Aber im Namen des bayrischen Volkes, im Namen des gesamten deutschen Proletariats fordern wir die »Vorwärts«-Leute und ihre Drahtzieher auf, das Werk nicht zu stören, das aus dem Blute des Märtyrers der Revolution erstehen soll."

Am selben Tage erlassen sämtliche bayrische Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung ohne Unterschied der Parteirichtung folgende gemeinsame Erklärung:

„Der bayrische Landtag ist zurzeit mundtot. Deshalb nehmen wir Erwählte des deutschen Volkes zur deutschen Nationalversammlung das Wort. Wir sind sicher, zugleich im Namen unserer sämtlichen Parteifreunde zu sprechen.

Wir sind einig mit dem ganzen Volk in der rückhaltlosen Verurteilung der ruchlosen politischen Mordtaten, die in München geschehen sind, und beklagen deren Opfer ohne Unterschied der Partei oder der Person.

Wir fordern die volle Aufklärung über die Person der Täter und deren Beweggründe und rücksichtslose Strafverfolgung aller, die für die Verbrechen verantwortlich sind. Uneingeschränkte Preßfreiheit hat sofort wiederhergestellt zu werden. Deren Unterdrückung verhindert die Aufklärung, gibt den wildesten Gerüchten Raum und erweckt den Verdacht, daß die derzeitigen Machthaber die Wahrheit vergewaltigen wollen.

Wir verwerfen jede Art von Diktatur; wir fordern die Wiederkehr gesetzlicher Zustände für München und das Land. Die einzige legitime Gewalt liegt heute beim Landtag, der erst vor wenigen Wochen vom ganzen Volke auf Grund des freiesten Wahlrechts gewählt worden ist. Aus ihm muß die künftige Regierung hervorgehen, schleunigst muß er seine Sitzungen wieder aufnehmen, sobald die Gewähr für freien und ungestörten Verlauf seiner Beratungen gegeben ist. Diese Gewähr zu schaffen, ist die Aufgabe der Stunde. Wir fordern alle Volksgenossen auf, Bürger und Bauern, Arbeiter und Soldaten, insbesondere aber die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, sich gemeinsam auf den Boden der Gesetzlichkeit zu stellen und den Landtag bei seinem Werk zu unterstützen.

Die Errungenschaften der Revolution selbst werden gefährdet, wenn die Schreckensherrschaft, die sich in der Landeshauptstadt durchzusetzen sucht, nicht energisch gebrochen wird oder wenn sie gar das Land ergreift. Aus den Räten sollen gesetzliche Einrichtungen zum dauernden Besitz des Volkes werden; aber nur der verfassunggebende Landtag kann bestimmen, was nach dem Willen des Volkes in die Verfassung aufzunehmen ist.

Was jetzt die Kommunisten und Spartakisten in München treiben, ist Vergewaltigung des ganzen Volkes durch eine verschwindende Minderheit.

Deshalb bitten wir in dieser Stunde äußerster Gefahr insbesondere Euch Soldaten, die Ihr die Waffen führt: widersteht der Verführung solcher, die sich jetzt an Euch heranmachen und mit gewissenloser Ausbeutung der durch die Mordtat ausgelösten Stimmung, vielfach mit Fälschung der Tatsachen, die Leidenschaften aufzupeitschen suchen. Überlegt nur das eine: kann das, wofür man Euch gewinnen will, Bestand haben? Es muß in kurzer Zeit zusammenbrechen, würde aber unter seinen Trümmern das Lebensglück vieler Tausender, vielleicht die Zukunft eines braven, tüchtigen Volkes begraben. Das kann nicht Euer Wille sein. Deshalb noch einmal: schließt Euch zusammen auf dem Boden der Gesetzlichkeit zum Schutze der Volksvertretung, zur Sicherung der bayrischen Republik."

26. Februar. In Bamberg kommt es nach einer Trauerkundgebung für Eisner zu schweren Ausschreitungen, weil von den Kirchen das Glockengeläut verweigert worden ist. Militär stellt die Ruhe wieder her.

28. Februar. Der Zentralrat des freien Volksstaats Bayern erläßt folgende Kundgebung:

„An alle! Bayern, Deutsche, Arbeiter, Bauern, Soldaten! Die unglaublichsten Lügen werden über die Zustände in München verbreitet. Hört nun die Wahrheit! Diese Lügen dringen zu euch durch die Presse; sucht ihr den wahren Mörder Kurt Eisners, so hat er keinen anderen Namen als: die Presse. 4½ Jahre lang hat euch diese Presse aufs schimpflichste und blutigste belogen; nun, wo sie im Interesse ihrer Brotgeber den letzten Kampf um die Existenz der bürgerlichen Parteien führte, log sie erst recht und mißbrauchte damit aufs schnödeste die uneingeschränkte Pressefreiheit, die ihr gerade Kurt Eisner vom ersten Tage der Revolution zugestanden hatte. Sie verleumdete, sie entstellte, sie unterschlug die festgestellte Wahrheit; und besonders in der Zeit, die dem Zusammentritt des Landtags vorausging, betrieb sie dieses niederträchtige Handwerk aufs verbrecherischste. Das war zugleich die Zeit des Berner Sozialistenkongresses. Während dort Kurt Eisner Erfolg verheißend für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen eintrat, behauptete unsere Presse in schamloser Weise, Eisner habe unsere gefangenen Brüder verraten. Die Bundesgenossen dieser Helden der Feder, zu ihrer Schande sei's gesagt, waren deutsche Studenten. An dem Tag, an dem Eisner über seine Tätigkeit in Bern Bericht erstattete, verbreiteten sie ein Flugblatt, in dem sie nicht nur die Sprengung der Versammlung, sondern in unverhüllter Form Eisners Ermordung mit den Drohworten: „Fort mußt du, Landvogt, deine Uhr ist abgelaufen!" empfahlen. Und so geschah's.

Am Donnerstag, den 20. Februar, hatte Kurt Eisner im Ministerrat den Entschluß bekanntgegeben, sein Amt gleich den anderen Ministern dem Landtag zur Verfügung zu stellen. Dies im Landtag zu verkünden begab er sich am Vormittag des Freitag zu Fuß vom Ministerium in den Landtag. Auf dem kurzen Weg traf ihn von hinten die Kugel des Mörders, Studenten und Leutnants Grafen Arco-Valley, der nachweislich jener Ver-

schwörersippe angehörte und übrigens sich auch zum Mitglied einer Volkswehr gemacht hatte, die angeblich das deutsche Volk vor Schreckensmännern beschützen soll. Eisner war sofort tot, der Attentäter wurde von der Wache niedergeschossen. Des ganzen Münchener Volkes bemächtigte sich tiefe Trauer und ungeheuere Empörung. Als Minister Auer seinem Abscheu über die Tat im Landtag Ausdruck gab, stürzte ein Mann in Wahnsinnserregung über den Tod Kurt Eisners auf ihn los und schoß auf ihn; gleichzeitig wurde auch von der Tribüne in den Saal geschossen; man weiß nicht, ob die Schüsse dem Attentäter oder seinem Opfer galten. Auer brach schwerverwundet zusammen, doch hofft man sein Leben zu retten.

Schon in den unmittelbar vorhergehenden Tagen hatte sich der Bevölkerung großer Erregung bemächtigt, als im Zusammenhang mit dem von Offizieren geförderten Versuch, eine weiße Garde zu bilden, ein Putschversuch unternommen wurde, der sich gegen den im Landtag tagenden Rätekongreß, gegen das Telegraphenamt, die Stadtkommandantur und das Polizeipräsidium richtete. Der Anführer dieses gegenrevolutionären Anschlags war ein Agent der Bayrischen Volkspartei, der Obermatrose Lotter; seine Helfershelfer als Soldaten und Offiziere verkleidete, zur Volkswehr, das heißt „Weißen Garde", angeworbene Studenten. Sie wie ihre Anführer verfügten noch bei ihrer Verhaftung über Tausende von Mark. Keine edlere Rache kann man sich vorstellen als die, welche die Bevölkerung Münchens für die Ermordung Kurt Eisners nahm: sie nahm Kurt Eisners Werk auf, wie er es hinterlassen hatte, und führte es fort. Gewerkschaften und sozialistische Parteien aller Richtungen verkündeten in einigem Vorgehen sofort den Generalstreik für die nächsten drei Tage. Während von den Kirchtürmen die Glocken läuteten, zogen die Arbeiter in riesigen Zügen aus Fabriken und Werkstätten hinaus zur Demonstration auf die Theresienwiese. Als die Massen dann in den größten Sälen der Stadt zu ihren Versammlungen zusammentraten, hegte kein Mensch einen Zweifel, daß der Schuß, der Kurt Eisner tötete und mit ihm die Revolution vernichten sollte, vielmehr das Signal zur Sicherung und Fortführung von Eisners Werk sein mußte. Die Arbeiterschaft aller Richtungen war geschlossen, die gesamte Garnison Münchens stellte sich ihr zur Seite; auch der zurückgebliebene Teil des Ministerrats begriff, daß eine neue Periode der Revolution angebrochen sei. Er setzte sich sofort mit den Vollzugsausschüssen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Verbindung, die schon von sich aus einen Zentralrat und erweiterten Aktionsausschuß eingesetzt hatten, welche die Regierungsgeschäfte fortführten. Wohl kam es in der leidenschaftlich erregten Menge zu Gruppenbildungen und Umzügen, aber die öffentliche Ruhe und Sicherheit wurde nicht gestört. Euch hat man erzählt, daß wildestes Durcheinander herrsche in München, München brenne an allen Enden, nichts von alledem ist wahr. Nie noch hat in einer revolutionären Epoche die streikende Bevölkerung einer Großstadt sich ruhiger und würdiger verhalten! Zur Verhängung des Belagerungszustandes kam es, weil es nötig war, sich gegen die täglich wiederholten ernsthaften Drohungen der zu Komplotten organisierten Gegenrevolution zu schützen. In geheimnisvollen Wendungen verkündeten massenhaft an Häusern angeklebte Zettel, daß die Nester der Verschwörung noch nicht ausgehoben waren. Darum war es auch nötig, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sich bewaffnete. Die Organisation dafür ist in Vorbereitung. Ernst und entschlossen steht die gesamte bayrische Arbeiterschaft zu dem Werk, das sie der Menschheit schuldig ist. Für Dienstag, den 25. Februar wurde der Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte einberufen, der in revolutionärer Machtvollkommenheit den Zentralrat, den Aktionsausschuß und das von

ihnen eingesetzte Ministerium ohne Zweifel bestätigen wird. Die sofort eingesetzten Kommissionen für Ernährungswesen, Verteilung der Lebensmittel, Wohnungsfürsorge, Heereswesen und Arbeiterbewaffnung, Gerichtswesen, Volksaufklärung, Produktionsregelung und Arbeitslosenfrage arbeiten eifrig daran, der Not, die der Krieg über das Volk verhängt hat, ein Ende zu setzen und eine neue sozialistische Wirtschaft aufzubauen.

Männer und Frauen! Das bayrische Volk ist bisher in der deutschen Revolution vorangegangen; die das deutsche Volk auf dem Wege zum Sozialismus und zur wahrhaften Selbstbestimmung des Volkes hemmen wollen, haben schon lange und ganz besonders jetzt die Lüge in die Welt gesetzt, hier herrsche ein Schreckensregiment. Die einzige Handgranate, die seit dem 7. November in München platzte, wurde von einem Studenten, einem Gegenrevolutionär, in den Landtag geworfen, wo der Rätekongreß tagte, und tötete eine ganz unbeteiligte Frau. Seid versichert, wir werden auch fernerhin mit den Methoden, die der Sozialismus gebietet, mit den Waffen des Friedens und der Menschlichkeit in fester Entschlossenheit das revolutionäre Werk fortführen. Helft uns, Brüder und Schwestern, kämpft euch ihr für eure Sache, die unsere ist, wie unsere die eure ist!

Es lebe die internationale Revolution! Es lebe die Weltbefreiung! Es lebe die freie Menschheit!"

Am selben Tage werden aus der Sitzung des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Bayerns heraus Levin, Erich Mühsam, Kronauer und ein weiteres Mitglied der Linken von Bewaffneten der republikanischen Schutztruppe verhaftet, jedoch auf Eingreifen von Mitgliedern des Kongresses wieder freigelassen.

In derselben Sitzung wird ein Antrag Mühsam auf Ausrufung der Räterepublik mit 234 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Gegen 13 Stimmen wird folgender Antrag Eichenmüller angenommen:

„Der Rätekongreß erklärt:

1. Der Landtag bleibt vorerst vertagt.

2. Die Tagung des provisorischen Nationalrates wird für geschlossen erklärt.

3. Über den Termin der Wiedereinberufung des Landtages entscheidet das provisorische Ministerium in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß.

4. Die jetzige Tagung der A.-, S.- und B.-Räte stellt den provisorischen Nationalrat des freien Volksstaats Bayern dar. Doch soll von der nächsten Tagung ab der provisorische Nationalrat aus höchstens 250 Mitgliedern bestehen, die von den bestehenden A.-, S.- und B.-Räten der acht Kreise nach den von der provisorischen Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß herauszugebenden Richtlinien zu wählen sind.

5. Der zur Wahrnehmung der Geschäfte zu wählende Aktionsausschuß besteht aus 33 Mitgliedern. Diese setzen sich zusammen aus den je 7 Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der A.-, S.- und B.-Räte, je 3 Vertretern der sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, des revolutionären Arbeiterrates und des parlamentarischen Bauernrates. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom provisorischen Nationalrat abberufen werden. Der Aktionsausschuß wählt aus seiner Mitte einen siebengliedrigen Zentralrat, dessen Mitglieder wiederum dem Aktionsausschuß verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können.

6. Sobald es die Verhältnisse gestatten, wird dem gesamten Volk das am 4. Januar 1919 vom Gesamtministerium proklamierte Staatsgrundgesetz zur Abstimmung vorgelegt mit Abänderungen auf folgender Grundlage:

a) Dem Landes-Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat steht das Recht zu, Gesetzentwürfe vorzulegen und durch Veto gegen Parlamentsbeschlüsse die Entscheidung des gesamten Volkes anzurufen.

b) Die Räte wirken in der Verwaltung mit.

7. Die künftige Verfassung des freien Volksstaates Bayern wird von der provisorischen Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß ausgearbeitet und dem gesamten Volk zur Entscheidung vorgelegt.

8. Der Kongreß der A.-, S.- und B.-Räte wählt ein neues Ministerium unter Hinzuziehung eines Bauernbündlers als Landwirtschaftsministers. Dem Ministerium für Kultus und Unterricht wird eine Abteilung für Volksaufklärung angegliedert. Der Aktionsausschuß hat mit dem Ministerrat die Frage der Ernennung von Staatssekretären zu entscheiden.

9. Das Gesamtministerium ist dem Zentralrat beziehungsweise dem provisorischen Nationalrat verantwortlich.

München, 28. Februar 1919.

Eichenmüller. Fehrenbach. Hofmann."

Infolge Annahme dieses Antrags treten Levin, Sauber, Dr. Wadler und Hagemeister aus dem Zentralrat und dem Aktionsausschuß aus. Der Vorsitzende des revolutionären Arbeiterrates teilt mit, daß alle Mitglieder dieses Rates ihren Zusammenhang mit dem Aktionsausschuß lösen.

Der Vorsitzende des Korpssoldatenrats teilt mit, daß Kriegsminister Scheid sein Amt in die Hände des Zentralrates zurücklege. Scheid lege Verwahrung dagegen ein, daß er in irgendeiner Form an der Verhaftung von Kongreßmitgliedern beteiligt gewesen sei.

Sachsen.

2. Februar. Die Wahlen zur sächsischen Volkskammer finden statt und verlaufen überall ruhig. Sie haben folgendes Ergebnis: gewählt werden mit 296042 Stimmen 13 Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, mit 80200 Stimmen 4 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, mit 532805 Stimmen 22 Deutsche Demokraten, mit 881619 Stimmen 42 Mehrheitssozialisten und mit 254382 Stimmen 15 unabhängige Sozialdemokraten. Das Zentrum erhält 21508 Stimmen, aber keinen Sitz. Auf die einzelnen Kreise verteilen sich die Sitze wie folgt:

Wahlkreis	Deutschnat. Vp.	Dtsch. Vp.	Demokrat. Partei	Mehrh. Soz.	Unabh.
Leipzig	3	—	7	4	10
Dresden	5	4	7	17	2
Chemnitz	5	—	8	21	3

Es stehen demnach 57 sozialistischen 39 bürgerliche Abgeordnete gegenüber.

Im alten Landtage verfügte die Zweite Kammer über 91 Sitze. Sie verteilten sich wie folgt: 29 Konservative, 29 Nationalliberale, 8 Fortschrittler, 22 Mehrheits-Sozialdemokraten, 3 Unabhängige.

3. Februar. Zum sächsischen Gesandten in Berlin wird der frühere Minister des Innern Dr. Koch ernannt.

5. Februar. Vom Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat wird wegen der Maßregeln der Reichsregierung gegen Bremen folgendes Telegramm an diese gerichtet:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Leipzig protestiert gegen die Gewaltmaßregeln, welche die Reichsregierung gegen die Bremer Revolutionäre unternommen hat und gegen die Absicht, sie auf andere Städte anzuwenden. Sie führt damit den Bürgerkrieg in Deutschland herbei und zeigt, daß sie nicht gewillt ist, die Errungenschaften der Revolution zu erhalten. Sie hat damit ihr Urteil über sich selbst gesprochen. Fünf Versammlungen am 3. Februar in Leipzig haben sich diesem Protest angeschlossen und versprochen, sich mit den Revolutionären in anderen Städten solidarisch zu erklären."

7. Februar. Gegenüber Zeitungsmeldungen, die den Zustand der sächsischen Staatsfinanzen als besonders ungünstig und bedenklich schildern, erklärt die Staatsregierung, daß, wenn auch kein Zweifel darüber sein könne, daß durch den Umschwung der politischen Verhältnisse die sächsischen Finanzen, ebenso wie die der meisten anderen Einzelstaaten und der Gemeinden, ganz im allgemeinen in eine Lage geraten seien, die manchen der früher streng beobachteten Grundsätze einer soliden Finanzgebarung auf den Kopf gestellt habe und zu ihrer Überwindung die wirtschaftlichste Verwaltung, die Anspannung aller Kräfte und die Inanspruchnahme aller verfügbaren Reserven verlange, so könne doch bei Erfüllung dieser Voraussetzungen mit dem Wiederaufleben des Wirtschaftslebens eine Abkehr von dem gegenwärtigen, als vorübergehende, durch die Not gebotene Ausnahme zu bezeichnenden Zustand und ein Wiedererstarken der finanziellen Wirtschaftskraft ohne weiteres erhofft werden. Jedenfalls könne davon keine Rede sein, daß sich gerade in Sachsen die finanziellen Verhältnisse besonders ungünstig und bedenklich gestaltet hätten.

10. Februar. In Leipzig tritt ein Teil der städtischen Beamten, besonders Schutzleute und Mitglieder der Feuerwehr, in den Ausstand. Das Rathaus, das Polizeiamt und mehrere städtische Geschäftslokale in den Vorstädten werden von Streikposten besetzt, sodaß in den meisten städtischen Bureaus der Verkehr ruht.

11. Februar. Der Vollzugsrat der Landes-Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens überreicht der Regierung eine Denkschrift, worin sie ersucht wird, der verfassunggebenden Nationalversammlung sogleich nach ihrem Zusammentritt ein System von Gesetzentwürfen über die Sozialisierung der gesamten sächsischen Volkswirtschaft vorzulegen.

In der Denkschrift wird behauptet, der Zeitpunkt für eine Sozialisierung sei noch nie günstiger gewesen als heute und werde nach Menschen-

ermessen nie wieder so günstig sein. Wir seien jetzt in der Lage, auf allen Gebieten des volkswirtschaftlichen Lebens eine Rationalisierung und Ersparnis durchzuführen, und die Sozialisierung sei ohne Schwierigkeit auch im Rahmen des Teilstaates Sachsen mühelos durchzuführen. Als Mittel zur Durchführung eines solchen Planes werden in der Denkschrift folgende Einzelheiten gebracht: das Entscheidende ist die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes für das gesamte Gebiet der Republik Sachsen. Aufgabe dieses Amtes ist es zunächst, eine Übersicht der produktiven Kräfte des Landes, der Rohstoffe, der Energien und der Produkte zu schaffen.

Ferner soll es die durch Gesetz getroffenen Wirtschaftsmaßnahmen erzwingen und ihre Durchführung kontrollieren. Im einzelnen werden folgende Gesetzentwürfe gefordert: 1. Ein Gesetz über die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamts; 2. über dessen Befugnis, statistische Erhebungen zu veranlassen oder zu beeinflussen und Enqueten und Erhebungen durchführen zu lassen; 3. über allgemeine Auskunftspflicht gegenüber dem Zentralwirtschaftsamt; 4. allgemeines Arbeitspflichtgesetz für alle Sachsen; 5. Gesetz, das jedem Sachsen eine Mindestmenge an Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügungen sichert; 6. Gesetz über Erforschung und Durchführung der Betriebs- und Arbeitsrationalisierung; 7. über Zwangsorganisation der Erzeuger und staatliche Beaufsichtigung dieser Organisation; 8. über staatliche Beaufsichtigung der Zwangskartelle; 9. über gewerkschaftliche Zwangsorganisation; ferner über Zwangsorganisation der Verbraucher, die Enteignung von städtischem und ländlichem Grund und Boden, Enteignung der Forsten, der industriellen Betriebe (Zement, Zucker, Bausteine, Rohglaserzeugung, Erzeugung von Roheisen und Halbzeug aus Eisen, Zeitungs- und Packpapiererzeugung, künstliche Düngemittel, Verkehrsmittel); Gesetz über Enteignung der Verkehrsbetriebe, der Gasthöfe und Gastwirtschaften, über Zusammenlegung von Betrieben. Verpflichtung zu öffentlicher Rechnungsablegung für nicht verstaatlichte Betriebe, Lohnzuschläge für überdurchschnittliche wertvolle Leistungen, Aufschub der Entschädigungen für Enteignungen und über den Kompensationsverkehr mit nichtsächsischen Gebieten.

13. Februar. Im Bornaer Kohlenrevier kommt es zu einer ernsthaften Bewegung, in der Leipziger und Hallenser Einflüsse unschwer zu erkennen sind. Die Bergarbeiter fordern die sofortige Sozialisierung des Bornaer Reviers und wählen Betriebsräte, deren sofortige Anerkennung sie von der Regierung fordern, widrigenfalls sie mit dem Streik drohen.

14. Februar. Das Gesamtministerium nimmt das vorläufige Grundgesetz für den Freistaat Sachsen an.

15. Februar. Die oberen, mittleren und unteren Eisenbahnbeamten überreichen der Regierung unter Androhung des Ausstandes Forderungen auf Gehaltserhöhungen, die in kurzer Frist erfüllt werden sollen. Die Regierung bewilligt die Forderungen vorbehaltlich der Zustimmung der Volkskammer.

Die Ernährungsnot des Freistaates Sachsen veranlaßt die gesamte sächsische Presse zu folgender Kundgebung:

„Das sächsische Volk hungert seit Jahren und ist jetzt am Ende seiner physischen und moralischen Kraft. Ärztliche Urteile bescheinigen überein-

stimmend allgemeine Unterernährung, mangelnde körperliche Widerstandskraft und verminderte Arbeitsfähigkeit, starke Ausbreitung gefährlicher Volkskrankheiten und hohe Sterblichkeit. Zugleich vollzieht sich unaufhaltsam ein seelischer Niederbruch des Volkes. Geschwächte Willenskraft und verminderte Arbeitslust bereiten im Verein mit der fortschreitenden Erschöpfung der gesamten Wirtschaft den Boden für anarchistische Zustände. Die sächsische Presse appelliert an das Gewissen der Welt und erhebt im Namen der Menschlichkeit und zur Abwehr der immer deutlicher hervortretenden bolschewistischen Gefahr für die gesamte Zivilisation bei der Waffenstillstandskommission die dringende Forderung, sofort die verhängnisvolle Absperrung Deutschlands von der Nahrungsmittelzufuhr aufzuheben. Die Waffen ruhen; Völker der Erde, gebt Brot!"

16. Februar. Eine Versammlung der Leipziger Lehrerschaft stellt die dringliche Forderung auf zeitgemäße Besoldung und Selbstverwaltung jeder Schule unter Androhung passiver Resistenz und offenen Streiks bei Ablehnung dieser Forderungen.

18. Februar. Der Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen wird veröffentlicht.

Darnach übt die Volkskammer vorbehaltlich der in § 15 vorgesehenen Volksabstimmung die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Durchführung der Gesetze. Gesetzentwürfe werden vom Gesamtministerium bei der Volkskammer eingebracht oder von der Volkskammer dem Gesamtministerium überwiesen. Den ihm überwiesenen Entwurf hat das Gesamtministerium zu prüfen und abgeändert oder unverändert der Volkskammer zur endgültigen Beschlußfassung wieder vorzulegen.

Der Staatspräsident löst die Volkskammer auf, wenn sie das bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Zahl ihrer Mitglieder durch Mehrheitsbeschluß verlangt, sonst spätestens mit Ablauf des Jahres 1920. Die Volkskammer wählt mit absoluter Stimmenmehrheit den Staatspräsidenten. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des auf Grund der künftigen Verfassung gewählten Präsidenten. Der Staatspräsident ernennt den Ministerpräsidenten und auf seinen Vorschlag die erforderliche Zahl von Ministern. Der Staatspräsident hat das von der Volkskammer oder durch Volksabstimmung beschlossene Gesetz auszufertigen und zu verkünden. Alle im Namen des Freistaates ergehenden Anordnungen und Verfügungen des Staatspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten oder eines Ministers, der dadurch die Verantwortung übernimmt.

Der Staatspräsident hat das Recht, über Gesetze, die von der Volkskammer beschlossen sind, binnen eines Monats die Volksabstimmung anzuordnen. Die Volksabstimmung ist binnen zwei Monaten nach der Anordnung vorzunehmen. Sie kann nur auf ja oder nein lauten. Entscheidet die Volksabstimmung gegen die Volkskammer, so ist diese vom Staatspräsidenten aufzulösen. Sie muß binnen drei Monaten neu gewählt werden und wieder zusammentreten. Die Volkskammer kann mit Zweidrittel-Mehrheit beantragen, daß der Staatspräsident vor Ablauf der Zeit, für die er gewählt ist, abgesetzt wird. Der Antrag ist binnen zwei Monaten zur Volksabstimmung zu bringen. Die Volkskammer kann durch ausdrücklichen Beschluß die Entlassung des Ministerpräsidenten oder einzelner Minister fordern. Wird der Ministerpräsident entlassen, so ist das Gesamtministerium neu zu bilden.

24. Februar. In einer in Dresden tagenden Versammlung von Arbeiter- und Soldatenrats-Vertretern aus 20 Garnisonorten Sachsens wird beschlossen, alle Offiziere sofort nach ordnungsgemäßer Übergabe ihrer Dienstgeschäfte aus dem Truppendienste auszuscheiden.

In Pirna wird der Generalstreik verkündet, und zwar als Protest gegen die Ermordung des bayrischen Ministerpräsidenten Eisner. Es finden verschiedene Umzüge statt, wobei der Kommunist Kimmich Ansprachen hält, die sich gegen die Regierung richten. Eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates soll der Regierung die Wünsche der Streikenden übermitteln.

Die Mehrheitssozialisten der Volkskammer beginnen mit den Unabhängigen Verhandlungen darüber, unter welchen Bedingungen die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung bereit sein würden. Darauf faßt die Fraktion der Unabhängigen folgenden Beschluß:

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erklärt in Übereinstimmung mit der Landeskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens, daß sie bereit ist, zur Herbeiführung und zur Sicherung der sozialistischen Republik unter folgenden Bedingungen in die Regierung einzutreten:

1. Bildung eines sozialistischen Ministeriums unter Ausschluß der bürgerlichen Parteien.
2. Ablehnung eines Staatspräsidenten für Sachsen.
3. Grundsätzliche Anerkennung der deutschen Einheitsrepublik.
4. Völlige Demobilisierung des stehenden Heeres, Entlassung der Mannschaften und Offiziere, Beseitigung der alten militärischen Macht, Unterdrückung aller gegenrevolutionären Bestrebungen.
5. Sicherung der durch die Revolution errungenen politischen Freiheit.
6. Verfassungsrechtliche Anerkennung der A.- und S.-Räte.
7. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen.
8. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung. Darunter ist zu verstehen: die Überführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische muß unmittelbar in Angriff genommen werden. Die wichtigsten Produktionsmittel der Landwirtschaft und Industrie, des Handels und Verkehrs, des Grund und Bodens sowie die Bodenschätze sind als Nationaleigentum zu erklären und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen aufzubauen. Die Verteilung der Verbrauchsgüter ist nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln.

Nachdrückliche Vertretung der unter 1, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 erhobenen Forderungen bei der Reichsregierung, schärfster Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, die der Verwirklichung dieser Forderungen entgegenstehen. Die Landeskonferenz erklärt sich für den Zusammentritt des Landes A.- und S.-Rates, damit der Landes-A.- und S.-Rat Gelegenheit haben soll, sich über die Anerkennung der A.- und S.-Räte in der Verfassung auszusprechen und Beschlüsse darüber zu fassen.

In Plauen i. V. werden von den Unabhängigen nach einem Demonstrationszug das Rathaus, die Kaserne und andere öffentliche Gebäude besetzt und die beiden bürgerlichen Zeitungen am Erscheinen verhindert.

25. Februar. Die Volkskammer tritt zusammen. Minister Dr. **Gradnauer** betont in seiner Eröffnungsansprache, die **Wahlen** hätten den Beweis erbracht, daß das sächsische Volk seinen Staat auf der Bahn der Demokratie und des Sozialismus geführt wissen wolle. Er erhebt lauten Einspruch gegen die völkerrechtswidrige Zurückhaltung und Behandlung der deutschen Gefangenen und fordert die Aufhebung der Blockade. Weiter spricht er die Überzeugung aus, daß auch den Deutsch-Böhmen die freie Selbstbestimmung gewahrt werde, und begrüßt den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich. Dann richtet der Redner die dringende Ermahnung an die Arbeiterschaft, durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung das Land vor dem völligen Chaos zu bewahren, und fordert die Arbeiter- und Soldatenräte auf, ihre Macht nunmehr in die Hände der Volkskammer zurückzugeben. Die Sozialisierung könne nur organisch und in völliger Übereinstimmung mit dem Reiche vorgenommen werden. Zum Schluß drückt der Minister die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk, das schon so oft niedergebeugt worden sei, auch in Zukunft wieder zu hohen Leistungen erstehen werde. — Abg. **Demmler** (Soz.) übernimmt als Alterspräsident den Vorsitz mit einer Ansprache, worin er sagt, er habe als ältestes Mitglied die Ehre, die erste Sitzung der ersten Volkskammer des Freistaates Sachsen zu eröffnen, und begrüße die Mitglieder der Kammer wie die der Regierung. Seit genau 50 Jahren habe er für eine sozialistische Republik gekämpft; möge die Wiederaufrichtung Sachsens gelingen! Er schließt mit der Aufforderung: seid einig, einig, einig! Zum Präsidenten wird mit 88 von 91 abgegebenen Stimmen Abg. Fräßdorf (Mehrh.-Soz.) gewählt, zum ersten Vizepräsidenten Abg. Dr. Dietel (Deutsch. Demokr.) mit 84 von 94 abgegebenen Stimmen, zum zweiten Vizepräsidenten Abg. Lipinski (Unabh. Soz.) mit 84 von 94 abgegebenen Stimmen.

Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat gibt folgende Entschließung bekannt:

„Die Versammlung der Arbeiterräte, Arbeiterausschüsse und Betriebsvertrauensleute empfiehlt der gesamten Arbeiterschaft, den politischen Streik als Kampfmittel anzuwenden, um die Forderungen der Bezirkskonferenz in Halle in allen Punkten zu unterstützen. Sie beauftragt den Leipziger Arbeiterrat, in Gemeinschaft mit den Betriebsvertrauensleuten die Streikleitung zu übernehmen und in Verbindung mit der Streikleitung in Halle zu treten. Sie erklärt, daß die Entscheidung über den Streik der Arbeiterschaft in den Betrieben zusteht, spricht der Arbeiterschaft der Räterepublik Bayern ihre Sympathie aus und fordert die Arbeiterschaft Leipzigs und Sachsens auf, die bayrischen Arbeiter bei ihrem Kampf gegen die Reaktion zu unterstützen."

Der allgemeine Ausstand in Pirna wird beendet.

Das Gewerkschaftskartell und die Sozialdemokratische Partei von Groß-Dresden erlassen einen Aufruf, worin es heißt:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Dem deutschen Volke drohen schwere Gefahren. Die Hungersnot steht vor der Tür, wenn wir nicht so rasch wie möglich Waren schaffen, die wir dem Auslande für Nahrungsmittel in Zahlung geben können. In diesen schweren Stunden versuchen es die kurzsichtigen Parteiführer der Unabhängigen, die Arbeiter aus den Betrieben zu locken. Durch den Aufruf zu einer Kundgebung, die morgen stattfinden soll, wollen sie den »Demonstrationsstreik« entfachen. Weil in München ein halbverrückter Aristokrat den Ministerpräsidenten Kurt Eisner erschoß, entstanden in mehreren deutschen Städten Erschütterungen, die die Unabhängigen auch auf Sachsen übertragen möchten, um daran ihr Parteisüppchen zu kochen. Jeder Streik richtet sich gegenwärtig gegen das deutsche Proletariat und gegen die von ihm mit übergroßer Mehrheit gewählten Vertrauensleute. Was haben die Regierungen Deutschlands mit der Wahnsinnstat eines reaktionären Fanatikers zu tun? Wo aber bleibt die Entrüstung der Unabhängigen über die von den unabhängig-spartakidischen Fanatikern verübten Mordanschläge auf unsere Genossen Auer, Timm und Roßhaupter?

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wendet euch ab von dieser jetzt ebenso sinnlosen wie gefährlichen Streik- und Putschpolitik. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion steht in der Sozialisierungsfrage auf dem Standpunkt des Theoretikers der Unabhängigen Karl Kautsky und wird darauf dringen, daß alle heute möglichen Sozialisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Wem das Wohl unserer Frauen und Kinder am Herzen liegt, der bleibe bei seiner Arbeit! Der Arbeiter- und Soldatenrat wird, wenn es zum Schutze der Bevölkerung notwendig werden sollte, gegen Gewalt mit Gewalt vorgehen. Er besitzt die Machtmittel, jeden Terrorismus zu brechen.

Helft uns, unnötiges Blutvergießen zu vermeiden! Bleibt allen Ansammlungen fern, zu denen ihr nicht von den Gewerkschaften oder der sozialdemokratischen Partei gerufen werdet!"

26. Februar. In der Volkskammer wird der Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen von den Ministern Dr. **Graduauer** und Dr. **Harnisch** begründet, die sich beide für einen Staatspräsidenten aussprechen. In der Debatte äußern sich die Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen gegen und die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei für die Präsidialverfassung. Die Vorlage wird an die Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

In Leipzig wird der allgemeine Ausstand verkündet.

In Chemnitz beschließt eine vom Soldatenrat einberufene Militärversammlung die Absetzung sämtlicher Offiziere des Standorts Chemnitz und im Bereiche der 40. Division.

Auf die Bedingungen der Unabhängigen für den Eintritt in die Regierung gibt die sozialdemokratische Fraktion der sächsischen Volkskammer folgende Antwort:

„In ihrer Sitzung vom 23. Februar hat die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, den Unabhängigen die Möglichkeit nochmaliger Äußerung über den Eintritt in die Regierung zwecks Bildung einer sozialdemokratischen Regierung unter Verpflichtung auf die folgenden Bedingungen zu geben:

1. Anerkennung der Demokratie, das heißt der mit Mehrheit gefaßten Beschlüsse der Volkskammer.

2. Anerkennung der Notwendigkeit, Gewaltakte gegen die demokratische Staatsverfassung mit den Machtmitteln des demokratischen Staates abzuwehren.

Auf Grund dieses Beschlusses ergibt sich folgende Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den aufgeworfenen Fragen:

1. Auf Grundlage der Forderung unter 1 ist eine Verständigung möglich. Die Beteiligung an der Regierung hat sich nach der Fraktionsstärke zu richten.

2. Die Ablehnung des Staatspräsidenten für Sachsen ist von der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen.

3. Die sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Boden der deutschen Einheitsrepublik; Gliedstaaten unter zweckmäßiger territorialer Einteilung und auf demokratischer Grundlage zur Erfüllung der vom Reiche zuzuteilenden Aufgaben und zum Zwecke der Verwaltung im Namen des Reiches bleiben dabei Voraussetzung.

4. Endgültige und völlige Demobilmachung, Beseitigung des militärischen Systems und Schaffung einer Volkswehr ist unser selbstverständlicher Programmpunkt; Beibehaltung einer beschränkten Wehrmacht bis zur völligen Sicherung des demokratischen Staates gegen Gewaltakte und zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung bleibt als vorübergehende Maßnahme notwendig.

5. Sicherung der durch die Revolution errungenen politischen Freiheiten ist eine Selbstverständlichkeit, soweit damit die Sicherung der demokratischen Staatsform gemeint ist.

6. Die Arbeiter- und Soldatenräte müssen bis zur völligen Überführung der alten in die neuen Verhältnisse weiterarbeiten. Ihre verfassungsrechtliche Anerkennung widerspricht den Anforderungen der Demokratie.

7. Selbstverständlich ist die Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen.

8. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung ist ein Bestandteil unseres aktuellen Programms. Voraussetzung ist gewissenhafte Prüfung der Vorfragen, Klarstellung der Sozialisierungsmöglichkeit auf dem begrenzten Boden Sachsens, namentlich auch in Hinsicht auf die Struktur des Wirtschaftsorganismus, Rücksicht auf die allererste Notwendigkeit der Wiederbelebung des Wirtschaftslebens, der Schaffung von Lebensunterhalt und Arbeitsmöglichkeit."

In der Nacht zum

27. Februar wird in Leipzig der Hauptbahnhof von Matrosen besetzt und jeder Zugverkehr eingestellt. Am selben Tage beginnt dort der allgemeine Ausstand; demgegenüber tritt die Bürgerschaft in einen Gegenstreik ein.

In einer Konferenz der Arbeiterräte des Bezirks der Amtshauptmannschaft Zwickau wird gefordert, daß die Arbeiterräte in den Orten, in denen Zentralverwaltungsbehörden ihren Sitz haben, als Kontrollinstanzen der Beamtenbureaukratie weiter bestehen bleiben, ebenso in Orten mit größeren Industrieunternehmungen. Dagegen seien die Aufgaben der übrigen Arbeiterräte nach den neuen Gemeindewahlen als erledigt zu betrachten. Für das Weiterbestehen der bezeichneten Arbeiterräte werden gesetzliche Grundlagen gefordert.

28. Februar. Die sächsische Volkskammer nimmt den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen unter Ablehnung des im Entwurf vorgesehenen Staatspräsidenten an. Die Befugnisse des Staatspräsidenten werden dem Gesamtministerium und dem Ministerpräsidenten übertragen. Im Anschluß an die Annahme des Gesetzes erklärt der Volksbeauftragte Dr. **Gradnauer,** daß sich die Aufgabe, die der bisherigen Regierung durch die Revolution übergeben worden sei, erledigt habe, und daß infolgedessen das bisherige Gesamtministerium seine Ämter in die Hand der Volkskammer zurücklege. Auf Antrag des Abg. **Nitzschke**-Leutzsch (Demokr.) beschließt die Kammer, das Gesamtministerium zu ersuchen, bis zur Bildung einer neuen Regierung die Geschäfte weiterzuführen. Dr. **Gradnauer** erklärt sich namens des Gesamtministeriums hierzu bereit.

Die Wendenbewegung.

20. Februar. Der wendische Nationalausschuß erläßt folgende Erklärung:

„Am 5. Februar 1919 ist die Frage der Lausitzer Wenden der Friedenskonferenz offiziell vorgelegt worden, über die nun einzig und allein dort verhandelt und entschieden werden wird. Die Vertreter sämtlicher Großmächte haben sie sympathisch aufgenommen. Die Aussichten sind außerordentlich günstig. Wir sind imstande, alle unsere Forderungen in bezug auf Selbständigkeit der Wenden, Ausnahmestellung der wendischen Kriegsgefangenen, Befreiung von jedweder Kriegsentschädigung sowie baldige Einführung von Rohstoffen für die in der Wendei ansässigen Gewerbe und Industrien voll aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig haben wir Schritte unternommen, die notwendigen Lebensmittel für Arbeiter und Beamte in Stadt und Land schnellstens einzuführen."

22. Februar. Der wendische Nationalrat hält in Bautzen eine Versammlung ab, in der der frühere Abgeordnete Barth über seine Pariser Reise spricht. Er erklärt, daß die Aussichten für die Wenden sehr günstig seien und von dem Verband alle berechtigten nationalen Wünsche erfüllt werden dürften. Daran, daß die Wenden die Selbständigkeit erreichten, wäre kein Zweifel. Wilson und andere Verbandsführer hätten ihm unter Handschlag die Erfüllung aller Wünsche zugesichert. Ferner sei ihm versprochen worden, die wendischen Kriegsgefangenen sofort heimzusenden, bald Rohstoffe zu schicken und die Wenden von der Zahlung einer Kriegsentschädigung zu befreien.

26. Februar. In einer gewundenen Erklärung zu der Meldung des tschechischen Blattes „Prawo Lidu" vom 5. Februar, aus der hervorging, daß die Lausitzer Wenden nicht für eine Besetzung der Lausitz durch tschechische Truppen gestimmt haben, läßt Barth in vorsichtiger Weise durchblicken, daß er bzw. der hinter ihm stehende wendische Nationalausschuß sich mit dem Gedanken trage, die Entente

um Hilfe anzugehen, wenn die deutsche Bevölkerung sich den Forderungen der Wenden mit Gewalt widersetzen sollte. Er sagt zwar, daß an der Prager Versammlung im Auftrage des wendischen Nationalausschusses niemand teilgenommen habe, fügt aber dann hinzu, daß er die Mitteilungen des tschechischen Blattes dahin ergänzen könne, daß auch anderwärts solche Versammlungen stattfänden. Sie erfolgten aus dem Grunde, daß in den „Bautzener Nachrichten", also einem amtlichen Organ, die schwere Drohung der gewaltsamen Vernichtung der Wenden ausgesprochen worden sei. In wendischen Kreisen nehme man an, daß dieser Drohung offizielle Kreise nicht fernständen. Aus allen diesen Versammlungen heraus seien an die Friedenskonferenz Bitten um Schutzmaßregeln für den in dieser Weise bedrohten wendischen Volksstaat gesandt worden.

Württemberg.

1. Februar. In der verfassunggebenden Landesversammlung führt Präsident **Keil** vor Eintritt in die Tagesordnung aus: Der erste Tagungsabschnitt der verfassunggebenden Landesversammlung wird heute zu Ende gehen. Von der nächsten Woche ab werden die Blicke unseres Volkes nach Weimar gerichtet sein. Dort soll das neue Deutschland, das Deutschland ungehemmter, fleißiger, kultureller und sozialer Entwicklung, aufgerichtet werden. Ein solches Deutschland ist nur möglich, wenn alsbald ein Friede geschlossen wird, bei dem das deutsche Volk frei atmen und seine in den vergangenen Zeiten so glänzend bewährte Arbeitskraft entfalten kann. Der Geist, von dem die Feinde Deutschlands in den Waffenstillstandsverhandlungen geleitet waren und in dem die Friedensvorbereitungen geführt sind, bildet aber eine ungeheure Bedrohung des deutschen Volkes, und darum wollen wir, wenn wir heute zum erstenmal auseinandergehen, nicht versäumen, zuvor den Empfindungen Ausdruck zu geben, die der Druck dieser Bedingungen bei uns wachruft. Wir wollen aussprechen, daß die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen völkerrechtswidrig ist, daß die Aufrechterhaltung der Hungerblockade allen humanitären Grundsätzen widerspricht, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht gewahrt erscheint, daß der Raub der Kolonien ein unsern Lebensnerv verletzender Gewaltakt ist. Wir wollen aussprechen, daß alle diese Handlungen und Absichten ein Hohn sind auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson, die er als das große Ziel der Völkerversöhnung bezeichnet hat. Wir wollen aussprechen, daß es nicht mehr überkommene Obrigkeitsregierungen sind, die im Namen des deutschen Volkes sich für dessen Lebensrecht einsetzen, sondern daß der Urwille des deutschen Volkes, sein elemen-

tarer Lebenswille, durch uns spricht. Das deutsche Volk will leben und nicht untergehen, nicht nur um seiner selbst willen, sondern auch um Europas willen. Europa wird nicht mehr Europa sein, wenn Deutschland nicht mehr leben kann. Wir wollen der Reichsregierung zum Ausdruck bringen, daß wir hinter ihr stehen, wenn sie kraftvoll entschlossen sich als Organ des Lebenswillens des deutschen Volkes betätigt, und wir wollen die deutsche Nationalversammlung unterstützen, wenn sie alle Kräfte einsetzt gegen Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes. Von diesen Gesichtspunkten getragen, schlage ich Ihnen im Einvernehmen mit den Vertretern aller Mitgliedervereinigungen des Hauses vor, vor Eintritt in die Tagesordnung abweichend von der Geschäftsordnung die folgende Entschließung zum Beschluß erheben zu wollen:

„Die verfassunggebende Landesversammlung als die aus freien Wahlen hervorgegangene Vertretung des württembergischen Volkes gibt dem Gefühl der tiefen Enttäuschung und der wachsenden Empörung Ausdruck über die grausame Behandlung, die das Deutsche Reich bei den Waffenstillstandsverhandlungen erfahren hat. Im vollen Vertrauen auf die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson niedergelegten Grundsätze hat Deutschland um einen Waffenstillstand gebeten und alle ihm auferlegten Bedingungen, auch die drückendsten, in loyaler Weise erfüllt, soweit sie überhaupt erfüllbar waren. Trotzdem bringt jeder Tag neue Verschärfungen und neue Übergriffe des Feindes, die ebenso viele Verletzungen der Wilsonschen Grundsätze darstellen. Wenn die Friedensbedingungen von dem gleichen Geiste des Siegerübermuts diktiert werden, so wäre dies eine nie zu tilgende Schmach auf den Namen großer Völker, eine Vernichtung des guten Glaubens im Leben der Menschen. Dann würde das deutsche Volk der Lohnsklave der Feinde, und in seinem Herzen würde die Saat des Völkerhasses neu erstehen, und neue Kriege und Kriegsrüstungen würden die europäische Kultur bedrohen. Im Kampf gegen die drohende Vergewaltigung stellt sich die Landesversammlung einig und geschlossen hinter die Reichsregierung und die Nationalversammlung und fordert beide auf, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbehauptung, Freiheit und eigenes wirtschaftliches und geistiges Leben bei den Friedensverhandlungen mit allen Kräften zu verteidigen."

Die Begründung und die Entschließung werden einstimmig angenommen.

Dann beendet das Haus die erste Lesung des Verfassungsentwurfs. Abg. Dr. **v. Hieber** (Demokr.) tritt für eine Stärkung der Zentralgewalt bei Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches ein. Er fordert die baldige Vorlegung eines Landtagswahlgesetzes und empfiehlt dabei, das Land in 8 bis 10 Wahlbezirke einzuteilen. Ferner vertritt er die Forderung eines höheren Wahlalters als das 20. Lebensjahr und längere Legislaturperioden, etwa fünfjährige. Die Einführung einer Ersten Kammer lehnt er ab und tritt weiter für die Schaffung berufsständischer Beiräte bei den Ministerien sowie für die Wahl eines besonderen Staatspräsidenten

durch das Volk ein. Die Vorteile des Referendums erscheinen ihm größer als die Nachteile; Voraussetzung sei allerdings eine sehr gute Presse. Sehr entschieden tritt der Redner für einen engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Badens und Württembergs, womöglich mit Anschluß der Rheinpfalz, zu einem südwestdeutschen Staate ein. Ferner begründet er die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Kirche gerade vom religiösen Standpunkt aus, fordert aber die Beibehaltung des Religionsunterrichts mit Freiheit der Lehrer und Eltern. — Abg. **Belz** (Ztr.) stimmt der Schaffung eines besonderen Staatspräsidenten, der Hinaufsetzung des Wahlalters und der Verlängerung der Legislaturperioden zu, lehnt aber eine über die finanzielle Trennung hinausgehende Lösung der Kirche vom Staat ab. — Abg. **Schott** (Bürgerpartei) ist für Schaffung einer berufsständischen Ersten Kammer. — Abg. **Crispien** (Unabh. Soz.) erklärt den Entwurf für durchaus undemokratisch und unsozialistisch. Nach einigen Bemerkungen des Ministerpräsidenten **Blos** gegen die äußerste Rechte und die äußerste Linke wird der Entwurf einem 24gliedrigen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich dann auf unbestimmte Zeit, um den Ausschüssen Gelegenheit zu ihren Verhandlungen zu geben.

8.—9. Februar. In Stuttgart tagt die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten. Crispien spricht über Lage und Aufgaben, Schepperle über Agitation und Organisation, Reeber über die Presse, Heinzelmann über die Kasse, Engelhardt über die Gemeindewahlen. Die Unabhängigen wollen sich überall an den Gemeindewahlen beteiligen, und zwar völlig unabhängig und ohne jedes Kompromiß.

Zum Schluß werden folgende Erklärungen angenommen:

„Die Landeskonferenz brandmarkt den Verrat der Sozialpatrioten an der Revolution, den sie durch den weißen Schrecken systematisch betreiben und der in Württemberg dazu geführt hat, revolutionäre Führer wegen ihrer Gesinnung der Klassenjustiz auszuliefern. Die Landesversammlung erklärt allen politisch Verfolgten ihre volle Sympathie, sie ist der vollen Überzeugung, daß der Tag kommen wird, an dem die Arbeiterschaft Rechenschaft von den sozialpatriotischen Hochverrätern fordern und Gericht über sie halten wird.

Die Landeskonferenz beschließt, mit der Kommunistischen Partei Deutschlands die Fühlung nicht zu verlieren, dagegen jede Annäherung an die Mehrheitssozialisten abzulehnen."

12. Februar. Der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs protestiert in einer Entschließung an die württembergische Landesversammlung gegen die Versuche der Verfassungskommission und des Ausschusses für das Gemeindewahlrecht, die Beschlüsse gefaßt haben, wonach alle Angehörigen der übrigen deutschen Bundesstaaten vom Wahlrecht in Württemberg auszuschließen, außer-

dem das Wahlalter von 20 auf 21 Jahre hinaufzusetzen sei. Die Arbeiter- und Soldatenräte betonen, die bürgerlichen Parteien sollten sich über die Stimmung nicht täuschen, und sie seien, wenn nicht neue politische Erschütterungen ausgelöst werden sollten, gewarnt. Im Verfassungsausschuß der Landesversammlung kommt dieses Vorgehen zur Sprache, und die Regierung wird befragt, was sie gegen die in der Entschließung ausgesprochenen Drohungen zu tun gedenke. Ministerpräsident Blos erklärt, der Exekutivausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte sei keine bewaffnete Macht, und man brauche die Drohung nicht so gefährlich aufzufassen. Die Einführung der Wahlpflicht wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Bürgerpartei abgelehnt.

22. Februar. Die Regierung verbietet aufs neue öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und andere Kundgebungen und erläßt weiter folgende Bekanntmachung:

„An das württembergische Volk! Mit Abscheu und Empörung steht unser Volk den Ereignissen gegenüber, die in den letzten Tagen auf uns einstürmten. Gewissenlose Personen haben durch Anwendung des Terrors und der Gewalt den geordneten politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands aufs heftigste gestört. In den verschiedensten Teilen des Reichs, im Norden, im Ruhrrevier, im Süden in München, sind ruchlose Bluttaten verübt worden.

Wir wissen uns eins mit der Gesamtheit unseres schwäbischen Volkes in der Verurteilung dieses verbrecherischen Treibens, komme es, von welcher Seite es wolle.

Diese Gefühle in schärfster Form zum Ausdruck zu bringen, erscheint uns nötig. Hierzu wählen wir den Weg einer öffentlichen Kundgebung, nachdem uns das Vertrauen des Landes mit der verantwortlichen Leitung der Geschäfte betraut hat.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die zielbewußte und planmäßige Art, in der sich bei unserem Volke die Überleitung in die Friedenswirtschaft angebahnt hat, unsere engere Heimat vor gleichen Erschütterungen bewahren wird.

Wir vertrauen auf das Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen Mitbürgers und appellieren an das Bewußtsein, daß nur auf dem Boden aufrichtiger demokratischer Gesinnung eine ruhige Entwicklung des freien Volksstaates möglich ist.

Das Staatsministerium:
Blos, Baumann, Herrmann, Heymann, Kiene, Liesching, Schlicke."

24. Februar. Die Mehrheit des Landesausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte veröffentlicht in der „Schw. Tagw." folgende Erklärung:

„Der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs nahm in zwei Sitzungen zu den abscheulichen politischen Mordanschlägen in München Stellung. Es wurde der Plan erwogen, die Arbeiterschaft Württembergs zu einem Proteststreik gegen die verübten Schandtaten aufzurufen.

Bei der Beratung dieses Planes erhoben die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Spartakusgruppe Forde-

rungen, die eine einheitliche Aktion unmöglich machten. Der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte beschloß deshalb einstimmig, von der Aufforderung zu einem Proteststreik Abstand zu nehmen.

Der Verurteilung des Terrors und der Gewalt, von welcher Seite sie auch kommen mögen, wie sie in der Kundgebung der württembergischen Regierung zum Ausdruck kommt, schließen wir uns an. Unser darniederliegendes Wirtschaftsleben kann nur planmäßig und auf dem Boden der Demokratie zum Sozialismus übergeführt werden. Wir fordern die arbeitende Bevölkerung Württembergs auf, für die Festigung der Errungenschaften der Revolution zu arbeiten, sie nach jeder Richtung zu verteidigen, sich aber zu keinen unbesonnenen Handlungen hinreißen zu lassen."

Dieser Erklärung schließen sich vollinhaltlich an die Sozialdemokratische Partei und die Vereinigten Gewerkschaften.

28. Februar. Die Regierung erläßt eine Verordnung, wonach der Kriegsminister die oberste Kommandogewalt über die württembergischen Truppen ausübt. Bis zur endgültigen Neuordnung der Wehrverfassung wird das bisherige Generalkommando des XIII. (württembergischen) Armeekorps dem Kriegsministerium eingegliedert. Die Stelle des kommandierenden Generals des Armeekorps wird nicht mehr besetzt. An den Rechtsverhältnissen der Offiziere und Beamten wird hierdurch nichts geändert.

Baden.

1. Februar. Der engere Ausschuß der Deutschen demokratischen Partei in Baden hält in Karlsruhe seine erste Sitzung.

Die Verhandlungen werden eingeleitet durch einen umfassenden Bericht des Abgeordneten Hummel über die politische Lage. Redner geht aus von dem Ergebnis der Wahlen zur badischen und zur deutschen Nationalversammlung, das er als für die Demokratie sehr befriedigend bezeichnete. In der badischen Nationalversammlung sei die demokratische Partei nur mit 25 Mitgliedern ausschlaggebend. Wie draußen im Land für die Wahlen, so habe sich die Bildung der deutsch-demokratischen Partei auch für die parlamentarische Arbeit durchaus bewährt. Hummel teilt sodann mit, daß die Minister Dr. Haas und Dietrich ihre Ministerposten und ihre Mandate zur badischen Nationalversammlung der Partei zur Verfügung gestellt hätten, daß aber die Fraktion einstimmig der Meinung gewesen sei, das Ausscheiden der beiden Herren aus ihren Ämtern sei zurzeit unmöglich, weil es das Fortbestehen der gesamten vorläufigen Regierung gefährden würde. Angesichts dieser Sachlage habe die Fraktion die beiden Minister gebeten, ihre Ämter zu behalten, bis die Verfassung unter Dach und Fach sei und die Regierung dann ohnehin neu gebildet werde. Nachdem der Redner noch kurz auf die Lage im Reich eingegangen ist, schlägt er eine Resolution vor, in der zum Ausdruck kommt, daß der engere Ausschuß mit Genugtuung von der Protesterklärung der badischen Nationalversammlung und der Volksregierung gegen die unerhörte Vergewaltigung Deutschlands durch seine Feinde Kenntnis nimmt.

Nach einer Aussprache, in der alle Redner die grundsätzliche Übereinstimmung mit den Ausführungen des Berichterstatters betonen, wird die Entschließung einstimmig angenommen.

Im weiteren Verlauf der Tagung erstattet Abg. Dr. Glockner Bericht über die Stellung der demokratischen Fraktion zu den Aufgaben der badischen Nationalversammlung. Auf Vorschlag der Versammlung wird eine Resolution angenommen, in der der engere Ausschuß die Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung billigt und den demokratischen Ministern sowie dem Vollzugsausschuß Dank und rückhaltloses Vertrauen ausspricht.

15./16. Februar. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Baden hält unter Vorsitz von Adolf Geck-Offenburg in Karlsruhe eine Landeskonferenz ab und beschließt die Bildung einer Landesorganisation und die Einteilung Badens in vier Agitationsbezirke. Der Landesvorstand hat seinen Sitz in Karlsruhe. Zu Bezirksvororten werden Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz bestimmt. Ein Antrag, der deutsche Parteitag möge prüfen, inwieweit die Möglichkeit einer Einigung des auf revolutionärem Boden stehenden Proletariats möglich sei, wird angenommen.

17. Februar. Die Regierung ernennt den Ministerpräsidenten Geiß und den Minister des Äußern Dietrich zu Bundesratsbevollmächtigten, den Minister des Innern Dr. Haas, den Verkehrsminister Rückert und den Finanzminister Dr. Wirth zu stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten.

22. Februar. Infolge von Unruhen, die in Mannheim auf Betreiben spartakistischer und bolschewistischer Elemente ausgebrochen sind und an denen sich auch unabhängige Sozialisten beteiligt haben, wird über die Republik Baden der Belagerungszustand verhängt. Der Straßenverkehr ist in den Städten von abends 8 Uhr ab verboten. Die Beschränkungen der Strafprozeßordnung hinsichtlich der Verhaftung, Beschlagnahme und Durchsuchung sind aufgehoben. Die Erklärung, worin die vorläufige badische Regierung den Belagerungszustand veröffentlicht, schließt mit folgenden Worten:

„Mitbürger! Wir wissen, daß hinter diesen Anordnungen auch der Wille der Reichsregierung, des Reichspräsidenten Ebert und des Reichsministeriums Scheidemann steht. Wir wollen nicht Vorgänge wie die im Ruhrgebiet, die in München und Berlin."

Die Zentrumspartei, die Sozialdemokratische Partei und die Deutsche demokratische Partei der badischen Nationalversammlung, sowie die Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte wenden sich in Erklärungen an das badische Volk, worin sie bekanntgeben, daß sie diese Maßregel der vorläufigen badischen Volksregierung billigen.

In Mannheim wird von Unabhängigen und Kommunisten die Räterepublik ausgerufen, und es kommt zu wilden Ausschreitungen, wobei ein Schaden von etwa 300000 Mk. angerichtet wird. Am

23. Februar greifen jedoch bereits die Mehrheitssozialisten ein und stellen den Unabhängigen und Spartakisten scharfe Forderungen zur Herstellung von Ruhe und Ordnung. Es wird ein aus je

sieben Vertretern der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen gebildeter Ausschuß eingesetzt, der am

24. Februar zu folgenden Abmachungen kommt:

1. Die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei erklärte Räterepublik wird als nicht bestehend erklärt. Die Parteien erkennen die badische vorläufige Regierung an. Soweit sie dies nicht ausdrücklich tun, finden sie sich mit ihr ab. Der sog. revolutionäre Arbeiterrat tritt zurück. Das von ihm erklärte Standrecht und die von ihm getroffenen Verfügungen sind hinfällig. Der frühere Arbeiterrat besteht in der unten bezeichneten Form weiter.

2. Die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei besetzten privaten und öffentlichen Gebäude werden, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort freigegeben. Der Presse wird völlige Freiheit gewährleistet.

3. Sämtliche Waffen und Munition sind sofort an Vertrauensleute abzuliefern, die vom Vollzugsausschuß zu bestellen sind.

4. In dem Arbeiterrat tritt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von ihren bisherigen Sitzen an die Kommunistische Partei fünf Sitze ab. Der Vollzugsausschuß besteht von jetzt ab aus fünf Vertretern der Mehrheitsparteien, drei Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und einem Vertreter der Kommunistischen Partei, die bisher dem Vollzugsausschuß nicht angehört hat.

Der Belagerungszustand wird wieder aufgehoben.

Hessen-Darmstadt.

11. Februar. Der Volksrat der Republik Hessen faßt in seiner Schlußsitzung folgende Resolution: „Der Volksrat der Republik Hessen löst sich mit dem heutigen Tage auf, um der aus den freien Wahlen hervorgegangenen Volkskammer die gesetzgebende Gewalt zu übergeben."

13. Februar. Die hessische Volkskammer wird eröffnet. Ministerpräsident Ulrich eröffnet die Sitzung, da er zugleich Alterspräsident des Hauses ist.

Er erinnert in seiner Ansprache an die 34 Jahre, die er bereits dem Hause angehöre, eine Zeitspanne, in der sich zugleich der Aufstieg der Arbeiterklasse seines engeren Vaterlandes vollzogen habe. Nie aber hätte er in seinem Leben daran gedacht, daß diese Arbeiterbewegung zur schärfsten Bewegung des ganzen Landes werden könne. Es stimme ihn trübe, daß man zu diesem Aufstieg erst durch den furchtbaren Zusammenbruch gekommen sei. Doch das sei nun geschehen. Äußerlich seien wir geschlagen, aber im Innern müsse der Sieg unserer Gegner dazu führen, daß wir uns wiederfänden, damit wir uns zu neuen, besseren Zielen aufrafften und das Vaterland einer besseren Zukunft entgegenführen könnten. Als gleichberechtigtes und gleichwertiges Glied des Völkerbundes, der unzweifelhaft notwendig würde, sei in diesem Augenblick die deutsche Nationalversammlung in Weimar beisammen. Wenn diese Nationalversammlung als Wahrzeichen der Sozialdemokratie angesehen werden müsse, so würde er in dieser Volkskammer mit Recht sagen, daß sie das gleiche im Rahmen des inneren

Vaterlandes wolle: ein Wahrzeichen der Zeit, der gemeinsamen Arbeit und des Sieges der Menschlichkeit zu sein. Durch Demokratie müsse der Weg zum Sozialismus gehen. Alle Versuche von rechts oder links, diesen Weg zu verlegen, müßten scheitern in dem Grundsatz, den alle im Hause hätten: dem Wohl des Landes zu dienen. Es müsse möglich sein, in der Pflicht zur Arbeit das Recht des Lebens zu sichern.

Der Ministerpräsident läßt darauf die Wahl zum Präsidenten der Volkskammer vornehmen, die nahezu einstimmig auf den sozialdemokratischen Beigeordneten von Mainz Adelung fällt. Er übernimmt sein Amt mit einer Ansprache, worin er als Grundsatz der Arbeit des Hauses den Satz aufstellt: das Volkswohl ist oberstes Gesetz. Damit müsse jeder sich einverstanden erklären, wo er auch sonst stehen möge. Die Demokratie sei die Heilquelle, aus der wir den Mut und die Kraft schöpfen, ein neues Deutschland aufzubauen auf dem Fundament vollkommener staatsbürgerlicher Gleichberechtigung. Gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten. Adelung entbietet dann unter allgemeiner Zustimmung der deutschen Nationalversammlung den herzlichen Gruß der Volkskammer und fährt fort: „Als Präsident dieses Hauses lege ich feierlich und mit allem Nachdruck Verwahrung ein gegen alle Loslösungsbestrebungen."

Nahezu einstimmig werden der Zentrumsführer Justizrat Dr. Schmitt, Mainz, und der demokratische Abgeordnete Reh, Alsfeld, zu gleichberechtigten Vertretern des Präsidenten gewählt.

Vom früheren Großherzog liegt ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Ullrich vor, das folgenden Wortlaut hat:

„Sehr geehrter Herr Ullrich! Die Eröffnung der hessischen Volkskammer am morgigen Tage gibt mir Veranlassung, der neuen Volksvertretung meine aufrichtigsten Wünsche für eine gesegnete und gedeihliche Arbeit zum Besten unseres Vaterlandes auszusprechen. Wie mein Herz immer nur für das Wohl Hessens und seines Volkes geschlagen hat, wie ich nie eigennützige Bestrebungen gekannt habe, so soll auch fernerhin unter der Regierung der vom Volkswillen Beauftragten mein Bestreben und mein Denken nur dem Glück, der Wohlfahrt und der Entwicklung des Vaterlandes dienen. Nehmen Sie zu dieser Versicherung noch den Dank entgegen, den mit mir jeder wohlmeinende Hesse fühlen wird, den Dank für die würdige Art und Weise, mit der Sie unter den schwierigsten Verhältnissen und den sich vielfach durchkreuzenden Strömungen das Steuer des Staates geführt und es zu vermeiden gewußt haben, daß sich die ernstlichste Wandlung in der Geschichte Hessens ohne andere Härten als die durchaus notwendigen vollziehen konnte. Unter der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr Ernst Ludwig."

20. Februar. In der hessischen Volkskammer wird der Entwurf einer Notverfassung mit dem Antrage der Deutschen Volkspartei auf Wiedereinführung der Volksabstimmung gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Da nach dieser Notverfassung der Ministerpräsident von der Volkskammer zu wählen ist, erklärt Ministerpräsident Ullrich namens der Regierung, daß sie ihre Ämter

in die Hand der Volksvertretung zurücklege. Das Haus beschließt, die Regierung um Weiterführung der Geschäfte bis zur Neuwahl zu ersuchen.

21. Februar. Die Volkskammer wählt den Abg. Ullrich (Soz.) zum Ministerpräsidenten. Die Regierung, die er dem Hause vorstellt, setzt sich folgendermaßen zusammen: Ullrich, Ministerpräsident und Äußeres, Henrich (Demokr.), stellvertretender Ministerpräsident und Finanzen, Dr. Fulda (Soz.), Inneres, von Brentano (Ztr.), Justiz, Ministerialdirektor Neumann, Ernährung, Ministerialdirektor Raabe, Arbeit und Landwirtschaft, Ministerialdirektor Dr. Strecker, Bildungswesen, Ministerialdirektor Übel, Staatsschuldenamt. Das Ministerium wird vom Hause mit übergroßer Mehrheit gegen die Stimmen des Hessischen Bauernbundes und der Deutschen Volkspartei bestätigt.

Die Kammer lehnt den Antrag der Regierung, dem gewesenen Großherzog, der noch nicht abgedankt hat, die Zivilliste zu sperren, ab und nimmt dafür einen Ausschußantrag an, der die Regierung beauftragt, in neue Verhandlungen mit dem Großherzog einzutreten.

Finanzminister Henrich gibt eine Darlegung der Finanzlage Hessens. Die Einnahmen wiesen eine Verbesserung von 21 Millionen Mark auf, die Ausgaben eine Vermehrung von $19^1/_4$ Millionen Mark, wozu der budgetmäßige Fehlbetrag von rund $1^1/_4$ Millionen Mark hinzukomme. Allerdings seien 8 Millionen Mark für die neuen Teuerungszulagen nicht eingerechnet. Durch die ungünstige Gestaltung des Eisenbahnwesens bleibe aber ein Fehlbetrag von $8^1/_2$ Millionen zu decken. Was den Voranschlag für das Jahr 1919 betreffe, so könne der Wegfall der Zivilliste keine nennenswerte Hilfe bringen. Für die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft sei mit einem Fehlbetrag gerechnet, der 2 Milliarden Mark wohl übersteigen dürfte. Er könne sich dazu nicht verstehen, ohne weiteres lediglich auf den Wortlaut des Eisenbahnvertrages hin die Teilnahme Hessens an diesem Betriebsdefizit anzuerkennen, und es sei zu prüfen, ob das Reich die durch die Bedingungen des Waffenstillstandes und die Verkehrseinschränkung veranlaßten Schäden zu ersetzen habe.

27. Februar. In der Volkskammer wird eine Regierungsvorlage angenommen, wonach die hessischen Staatsbeamten eine einmalige Teuerungszulage von 70 Prozent der laufenden Kriegsteuerungszulage erhalten sollen. Dazu sind rund 8 Millionen Mark erforderlich. Die Kammer billigt ferner einen Antrag der Deutschen Volkspartei, die Regierung zu ermächtigen, die Mittel zur gleichen Teuerungszulage für die Hofbeamten zur Verfügung zu stellen. Weiter wird die Aufhebung der Gesetze über religiöse Orden und ordensähnliche Kongregationen vom 23. April 1875 und 4. Juli 1914 ohne Debatte

einstimmig beschlossen. Danach dürfen sich nunmehr Orden in Hessen niederlassen und Anstalten gründen. Sie unterstehen den allgemeinen Gesetzen. Im Verlauf einer heftigen Debatte mit dem Vertreter der Unabhängigen erklärt Ministerpräsident **Ullrich**, daß die hessische Regierung in der Frage der Bekämpfung des Spartakustreibens durch Gewalt fest und geschlossen hinter der Reichsregierung und dem Reichswehrminister Noske stehe. Zum Schluß bringt die weibliche Abgeordnete der Volkskammer einen von Mitgliedern sämtlicher Fraktionen unterschriebenen Einspruch gegen die Hungerblockade ein, der lebhafte Zustimmung des ganzen Hauses findet. Dann wird die Kammer bis Mitte März vertagt.

Mecklenburg.

2. Februar. Die Wahlen zum verfassunggebenden Landtag für Mecklenburg finden statt und haben folgendes Ergebnis: Sozialdemokratische Partei 3 Sitze, Deutsch-Demokratische Partei 18, Deutschnationale Volkspartei 8, Deutsche Volkspartei 3, Mittelstandspartei 1, Dorfbund 1 und außerdem noch 2 Sitze für die verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien des vierten Wahlkreises.

7. Februar. Die „Landesztg." meldet amtlich, daß der bisherige Reichstagsabgeordnete für Mecklenburg-Strelitz Dr. Peter Stubmann von seinem Amte als Staatsminister für Mecklenburg-Strelitz infolge von Gesundheitsrücksichten zurückgetreten und an seiner Stelle der bisherige Beirat im Staatsministerium Landrichter Dr. Weber aus Neustrelitz zum Staatsminister bestellt worden ist.

Oldenburg.

3. Februar. Die Regierung beantragt beim Landtage eine Anleihe von 46 Millionen Mark.

18. Februar. Der Regierung geht ein Antrag des früheren Großherzogs zu, der demnächst den Landtag beschäftigen soll. Der Großherzog fordert darin eine finanzielle Abfindung von jährlich 150000 Mk. Diese Summe soll 50 Jahre lang an ihn bzw. seine Erben gezahlt werden. Die Sozialdemokraten im oldenburgischen Landtage äußern sich dazu in ablehnendem Sinne.

23. Februar. Bei den Landtagswahlen werden (ohne Lübeck und Birkenfeld) 12 Sozialdemokraten, 12 Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei, 10 Mitglieder des Zentrums und 5 Mitglieder der Deutschen Volkspartei gewählt. (Bisher waren von 45 Abgeordneten 8 Sozialdemokraten.)

Braunschweig.

3. Februar. Das amtliche Organ der Braunschweiger Regierung, der „Braunschweiger Anzeiger", meldet die Verhaftung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und Mitgliedes der Nationalversammlung Rechtsanwalts Dr. Jasper. Die Verhaftung erfolgt unter dem dringenden Verdacht, daß Dr. Jasper gegen die Regierung konspiriere, um sie mit Hilfe der Militärmacht zu stürzen. Dr. Jasper steht an der Spitze der braunschweigischen Mehrheitssozialisten und wird von diesen und den Bürgerlichen als erster Präsident des braunschweigischen Landtags in Aussicht genommen.

4. Februar. Dr. Jasper wird wieder freigelassen.

Am selben Tage erläßt der Siebener-Ausschuß, der von der kürzlich in Braunschweig abgehaltenen Versammlung der nordwestdeutschen Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzt worden ist, wieder einen Aufruf an die Arbeiter- und Soldatenräte Nordwestdeutschlands. Als Zweck ist die Einrichtung des Widerstandes gegen die Gegenrevolution bezeichnet. Als Grundlagen dafür werden angegeben:

1. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die auf dem Standpunkt stehen, daß die politische Macht in ihren Händen bleiben muß, um die Revolution durchzusetzen, sollen zu einem einheitlichen politischen Zusammenschluß über das ganze Reich kommen. 2. Sie müssen die wirtschaftlichen Kräfte, die sie beherrschen, zusammenschließen und gegen die Reaktion ausnutzen. 3. Die Räte sollen in ihrem Machtbereich die Demobilmachung des stehenden Heeres durchführen und sozialistische Volkswehren einsetzen.

Alle Arbeiter- und Soldatenräte, die auf dem Boden stehen, daß die Macht in ihren Händen zu verbleiben habe, werden für den 10. Februar zu einer Zusammenkunft im Braunschweiger Schloß eingeladen.

5. Februar. In der Sitzung des Braunschweiger Landesrats der Arbeiter- und Soldatenräte teilt der Vorsitzende mit, daß die Einberufung des braunschweigischen Landtages auf den 10. Februar beschlossen sei. Volkskommissar Junke-Braunschweig weist darauf hin, daß dem Landtag ein Verfassungsentwurf mit den Richtlinien, nach denen die Verwaltung arbeiten soll, vorgelegt werde. Erkläre der Landtag sich bereit, nach diesen Richtlinien zu arbeiten, dann könne er zusammentreten, andernfalls werde er aufgelöst werden. — Volksbeauftragter Oerter äußert beim Punkt: „Stellungnahme zur Begründung einer nordwestdeutschen Bundes-Republik", daß, wenn es der Regierung Ebert-Scheidemann gelingen sollte, die Arbeiterschaft an der Wasserkante niederzuschlagen, auch für Braunschweig die Schicksalsstunde gekommen sei. Das Bürgertum habe sich an die Reichsregierung gewendet, damit sie in Braunschweig wieder Ordnung im kapitalistischen Sinne schaffe. Die weißen Garden begeistere man mit Schnaps und

Wein, um sie auf die Arbeiter zu hetzen. Die Nachmittagssitzung dreht sich im wesentlichen um die Möglichkeit eines Angriffes der Reichsregierung auf Braunschweig. Nachdem man sich darin einig geworden ist, daß Braunschweig eine sozialistische Republik werden solle, wird einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Wir wollen die Institution der Arbeiter- und Soldatenräte behalten, auch gegen den Willen des Reiches und gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung. Differenzen mit der Reichsregierung soll versucht werden, im Verhandlungswege zu erledigen. Einem bewaffneten Angriff auf Braunschweig ist sofort mit der bewaffneten Macht entgegenzutreten."

In den Ausführungen der Redner gelangt die Ansicht zum Ausdruck, daß die Verhandlungen abgebrochen werden sollen, sobald die Truppen der Reichsregierung einmarschieren würden.

6. Februar. Der Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte Braunschweigs berät den Entwurf einer Verfassung für die Republik Braunschweig.

Nach dem Entwurfe besteht der sozialistische Freistaat Braunschweig aus dem ehemaligen Herzogtum Braunschweig und den ehemaligen preußischen Gebieten, die sich freiwillig anschließen wollen. Sein Ziel ist völlige Beseitigung des Kapitalismus durch Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die politischen Rechte sollen nur von den geistig und körperlich produktiven Landesbewohnern ausgeübt werden; ausgeschlossen sind solche, die von der Ausbeutung anderer leben, z. B. die Hausfrauen, die ihren Haushalt nicht selbst führen, Mütter, die ihre Kinder nicht selbst nähren. Völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit, Versammlungsrecht und Pressefreiheit wird der werktätigen Bevölkerung gewährt. Wohnung und Haus eines jeden Bürgers sind unverletzlich. Das persönliche Eigentum ist geschützt. Grund und Boden, Hütten, Bergwerke, Flüsse, Seen, Felder, Lichtwerke und dgl. sollen in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden. Für die Zeit der Revolution hat gesetzgebende und ausführende Gewalt ausschließlich der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat; dieser hat die Volksbeauftragten zu wählen, die ihm verantwortlich sind. Zur Durchführung der Sozialisierung werden Betriebsräte bestimmt. Die Landesversammlung unterstützt die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte, sie hat ein Vorschlagsrecht, das Recht der Begutachtung der vom Arbeiter- und Soldatenrat erlassenen Gesetze und das Recht der Etatbehandlung. Sie kann die Regierung nicht bilden, tritt aber an die Stelle der Landes-Arbeiter- und Soldatenräte, sobald die Sozialisierung durchgeführt ist. Die Regierungsgeschäfte führt der Rat der Volksbeauftragten, dessen Vorsitzender das repräsentative Haupt der Landesregierung ist. Die Verteidigung des Landes übernimmt eine aus zuverlässigen Männern von 18 bis 50 Jahren gebildete Volkswehr.

Bei der Beratung des Entwurfs wird beschlossen, die Einberufung des Landtags so lange auszusetzen, bis der Verfassungsentwurf von dem hierzu berufenen Ausschuß durchberaten worden ist. Ferner wird mitgeteilt, daß die Einigungsverhandlungen zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen sich zerschlagen haben.

7. Februar. In einer Schlußbesprechung des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrats werden in vertraulicher Sitzung Maßregeln zur Verteidigung der Republik bei einem etwaigen Angriff durch die Reichsregierung behandelt.

8. Februar. In Braunschweig findet eine Beratung der Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte der nordwestdeutschen Armeekorps statt. Es wird verhandelt über Notwendigkeit der Ausgestaltung des Rätesystems und die dringende Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte. Die Versammlung beschließt, die Zentralräte der Armeekorps von ganz Deutschland zu einer Zusammenkunft am 20. Februar in Braunschweig einzuladen.

9. Februar. In Braunschweig wird eine vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufene Tagung zwecks Bildung einer nordwestdeutschen Republik eröffnet. Zur Widerlegung von irrtümlichen Auffassungen erklärt dabei ein Vertreter der braunschweigischen Regierung, sowohl hinsichtlich der Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik wie der Zusammenkunft der Korpsvertreter lägen Absonderungsbestrebungen fern. Es handele sich um den gemeinsamen Kampf gegen das Wiederaufwachen des preußischen Militarismus und gegen die von Ebert-Scheidemann-Noske verkörperte altpreußische Gewaltherrschaft und Reaktion im allgemeinen. Die Verhandlungen befassen sich nur mit Vorträgen, Entschließungen und Beschlüssen, die sich beziehen auf 1. notwendigen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der Arbeiter- und Soldatenräte, die auf dem Boden des Rätesystems stehen, 2. Demobilmachung des stehenden Heeres und Errichtung von sozialistischen Volkswehren, 3. Bildung von Ausschüssen zur Durcharbeitung der aufgestellten Pläne.

10. Februar. Der braunschweigische Landtag wird eröffnet. Nach Wahl eines Alterspräsidenten verliest der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats eine Kundgebung der Regierung, in der er u. a. ausführt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat sei heute noch der tatsächliche und richtige Inhaber der Regierungsgewalt. Der Landtag habe seine Aufgabe von dem Gesichtspunkt aus zu erfassen, daß er das Organ zur Durchführung der Revolution sei, d. h. die völlige Beseitigung des Kapitalismus und die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Arbeiterklasse werde im Besitz der politischen Macht bleiben, bis die Beseitigung des Kapitalismus durchgeführt sei. Die Grundlage einer jeden wahren Demokratie sei die sozialistische, wirtschaftliche Unabhängigkeit. Diese sei noch nicht durchgeführt. Deshalb sei der Landtag noch nicht der Ausdruck der wahren Willensmeinung des braunschweigischen Volkes. Daher werde er, bis das Ziel der Revolution erreicht sei, seine Tätigkeit der Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte unterwerfen müssen. Weil die Landesversammlung bei ihrer Wahl die wahren demokratischen Grundlagen und damit noch nicht alle souveränen Rechte des Volkes zum Ausdruck bringe, müsse auch fernerhin der Arbeiter- und Soldatenrat die oberste Regierungsinstanz des Landes darstellen. Die

Landesversammlung sei lediglich als Organ zur Demokratisierung und Sozialisierung des Landes aufzufassen und müsse, falls sie sich dazu unfähig oder nicht gewillt erweise, abtreten. Er hoffe aber, daß sie in dem angegebenen Sinne zur Demokratisierung und Sozialisierung des Landes beitragen werde. Als die wichtigste Aufgabe des Landes bezeichnet der Vorsitzende alsdann die Sozialisierung, worüber dem Landtage eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz zur Errichtung von Betriebsräten, zugehen werde; aller Grundbesitz, mit welchem die Ausbeutung von dritten Personen betrieben werde, sei in den gesellschaftlichen Besitz überzuführen. Am geeignetsten für die Sozialisierung in nächster Zeit seien die Kraft-, Licht-, Wasser- und Bergwerke, aber auch vor den anderen industriellen Betrieben werde die Sozialisierung nicht haltmachen. Die wichtigste Frage sei aber die Frage der Arbeitslosigkeit und der Beschaffung von Arbeit. Auch darüber werde dem Landtag ein Gesetzesvorschlag zugehen. Würde die Landesversammlung sich den großen Aufgaben der Revolution hindernd entgegenstellen, so würde der Unwille des Volkes sich ihr entgegenstemmen, und Streiks würden eintreten. Die Landesverteidigung sei durch die Volkswehr zu gewährleisten. Die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung sei durchgeführt, desgleichen die Trennung von Kirche und Staat; die Einheitsschule werde eingeführt, die Rechtsordnung reformiert, die indirekten Steuern nach Möglichkeit beseitigt, ebenso alle Steuervorrechte.

Nach der Verlesung der Regierungskundgebung wird zum Präsidenten der Mehrheitssozialist Dr. Jasper, zu Vizepräsidenten der Unabhängige Wassermann, die Demokraten Keck und Behrens vom Landeswahlverband gewählt.

In seiner Antrittsrede führt Jasper aus: „Die Revolution hat die Macht vorübergehend in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte gelegt. Durch die Landesversammlung ist die Macht des Volkes auf den Landtag übergegangen. Dieser ist berufen, eine neue Verfassung zu geben, in dem Bewußtsein, daß Braunschweig ein Glied des Deutschen Reiches ist. Wir entbieten der deutschen Nationalversammlung in Weimar unseren Gruß. Wir freuen uns, daß endlich auch Deutsch-Österreich im Deutschen Reich Aufnahme finden soll. Der Landtag hat eine sozialdemokratische Mehrheit, er muß sich bemühen, sozialistisch zu wirken. Es wird sich dies aber nur mit Hilfe des Reiches verwirklichen lassen."

Der neue Landtag besteht aus 17 Mehrheitssozialisten, 16 Mitgliedern der vereinigten bürgerlichen Parteien, 14 Unabhängigen und 13 Demokraten.

11. Februar. Vom Landtage wird gegen die Stimmen der Unabhängigen ein Antrag angenommen, der von der Landesregierung fordert, die Bildung eines nordwestdeutschen Freistaates nicht mehr zu fördern, vielmehr in Verbindung mit einem freien Ausschuß des Landtages die Bildung eines Freistaates Niedersachsen anzubahnen, der mindestens noch das ganze Hannover umfassen soll. Reichsgesetzliche Bestimmungen sollen dabei beachtet werden.

Am selben Tage wird der Kongreß zur Gründung einer nordwestdeutschen Republik geschlossen.

Offiziös wird darüber gemeldet, die Grundlagen für eine westdeutsche Republik seien gelegt. Die Aussprache habe mit wenigen Ausnahmen das

volle Einverständnis mit dem Zusammenschluß der westdeutschen Gebiete zu einer einheitlichen Phalanx gegen die „Konterrevolution" und zu einer Macht für die Durchführung der sozialen Revolution zum Ausdruck gebracht. Die rheinisch-westfälischen Arbeiterkreise beherrschten ein starkes Kampfgebiet. Die Arbeitermassen seien entschlossen, den Kampf um die Errungenschaften der Revolution bis zum äußersten zu führen und im Notfall den wirtschaftlichen Kampf in den schärfsten Formen aufzunehmen. Der Kongreß habe beschlossen, eine Zentralstelle in Hagen zu errichten für die Zusammenfassung der Arbeiter- und Soldatenräte Westdeutschlands und zunächst drei Kommissariate zu bilden, welche die gemeinschaftlichen Fragen zu erledigen und insbesondere auch die Errichtung einer Volkswehr sofort in die Wege zu leiten haben.

12. Februar. Der Landtag wird auf Antrag der Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte und im Einverständnis aller Parteien bis zum 19. Februar vertagt. Die Zeit der Vertagung soll für eine weitgehende Verständigung der beiden sozialistischen Parteien benutzt werden. Durch diese Verständigung sollen auch für den Landtag und das ganze Land alle durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse in der Weise geregelt werden, daß Stadt und Land auf die Dauer in guten und friedlichen Zuständen in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehung leben können und die Gefahr weiterer Konflikte mit der Reichsregierung beseitigt wird.

Die Hauptrichtlinien der Einigung gehen dahin, daß der Landtag ferner die oberste gesetzgebende Gewalt sein soll, während der Arbeiter- und Soldatenrat nur noch ein Vetorecht besäße und für die Durchführung der Gesetze zu sorgen hätte. Führer der Mehrheitssozialisten sollen in das Kabinett eintreten.

16. Februar. Auf Grund der vertraulich geführten Verhandlungen des Landes-Arbeiter- und Soldatenrats, an denen die Mehrheitssozialisten teilnehmen, legen sämtliche Volkskommissare und Präsident Merges ihre Ämter in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates zurück. Diese werden bis zum 1. April aufgelöst. Auf Grund eines neuen Verfassungsentwurfes soll der Landtag die neuen Volkskommissare wählen, die die Geschäfte führen. Dem neu zu wählenden Arbeiterrat soll ein Einspruchsrecht gegen die Beschlüsse des Landtages zustehen. Im Falle einer Einigungsunmöglichkeit entscheidet Volksabstimmung.

In dem Entwurf der vorläufigen Verfassung heißt es: Alle Macht ruht bei dem braunschweigischen Volke. Sie wird ausgeübt von der Landesversammlung, dem Arbeiterrat und dem Rat der Volksbeauftragten. Die Landesversammlung hat die Aufgabe, dem Land eine Verfassung zu geben, sowie den Rat der Volksbeauftragten zu wählen. Der Landes-Arbeiterrat ist auf demokratischer Grundlage bis zum 1. April zu wählen. Ihm liegt die Aufgabe der Sozialisierung ob. Für die Wahl zum Arbeiterrat gelten folgende Bestimmungen: Wahlberechtigt und wählbar sind alle Personen über 20 Jahre, die einer Kranken- oder Knappschaftskasse oder der Ange-

stelltenversicherung angehören oder im Genuß der Arbeiterversicherung stehen, ferner die Soldaten über 20 Jahre. Die Wahl ist geheim, sie findet am 16. März statt.

19. Februar. Die Sitzung des Landtags, worin über die Unterstützung der Erwerbslosen verhandelt wird, endet mit einem großen Krawall, da Arbeitslose, die vom Volksbeauftragten Oerter zu einer Kundgebung vor dem Landtagsgebäude aufgefordert worden sind, in den Sitzungssaal eindringen. Ein Teil der Abgeordneten muß sich fluchtartig zurückziehen. Erst nach längeren vergeblichen Versuchen gelingt es dem Präsidenten Merges, die Arbeitslosen einigermaßen zur Ruhe zu bringen, und die Marine-Schloßwache räumt den Saal. Einige Abgeordnete werden tätlich angegriffen, und auch der Präsident des Landtages, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Jasper, wird bedroht. Die Sitzung muß natürlich unterbrochen werden. Die Demonstranten geben sich schließlich damit zufrieden, daß demnächst in einer Versammlung bekanntgegeben werden soll, was der Landtag zur Linderung der Not der Arbeitslosen beschlossen habe. An den Kundgebungen ist der abgesetzte Berliner Polizeipräsident Eichhorn mit beteiligt, der unter dem Namen Kühl in Braunschweig weilt.

23. Februar. Im Landtage steht das Gesetz über die Arbeiterräte zur Beratung. Verschiedene Anträge der bürgerlichen Parteien, das Wahlrecht auch den Beamten und Angestellten zu gewähren, werden abgelehnt. Beschlossen wird, die Wahl zum Landes-Arbeiterrat auf den 23. März festzusetzen. Sie erfolgt für ein Jahr.

Die bisherigen Volksbeauftragten legen ihre Ämter in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats zurück, führen aber die Geschäfte bis zum Amtsantritt der neuen Regierung weiter.

In das neue Kabinett werden acht Sozialdemokraten als Volksbeauftragte gewählt, die Mehrheitssozialisten Landtagspräsident Dr. Jasper, der frühere Reichstagsabgeordnete Antrick, Stadtrat Steinbrecher und Arbeitersekretär Undeutsch, sowie die Unabhängigen, bisherigen Volksbeauftragten Oerter, Eckart, Gericke und Junke.

26. Februar. Die Verteilung der Ämter unter die acht neugewählten Vertreter der braunschweigischen Regierung stellt sich auf Grund der Einigung zwischen den Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokratie folgendermaßen dar. Inneres und Finanzen Oerter (Unabh.), Landwirtschaft Dr. Jasper (Mehrheitssoz.), Arbeit Eckardt (Unabh.), Handel und Gewerbe Antrick (Mehrh.), Ernährung Gericke (Unabh.), Schule und Kirche Steinbrecher (Mehrh.), Recht August Junke (Unabh.), Verteidigung Undeutsch (Mehrh.). Den Vorsitz führt Oerter.

Am selben Tage gibt die neue Regierung im Landtage ihr Programm bekannt. Danach steht der Rat der Volksbeauftragten auf dem Boden der vorläufigen Verfassung und des Gesetzes über die Arbeiterräte. Der Staat Braunschweig ist ein Glied des Deutschen Reiches. Er wird im Staatenausschuß vertreten sein; der Vertreter ist durch die Landesversammlung zu ernennen. Er wird für einen Freistaat Braunschweig eintreten. Einen Entwurf einer endgültigen Verfassung wird der Rat der Volksbauftragten vorläufig der Landesversammlung nicht vorlegen. Die Gestaltung der Verfassung ist abhängig von der Reichsverfassung. Die neue Regierung tritt für Mitwirkung aller Landeseinwohner auf demokratischer Grundlage ein, ferner für einen Ausbau der Jugend- und Schulbildung, Förderung des Arbeiterschutzes und Steuerung der Wohnungsnot. Die Volkswehr soll den Vorschriften des Reichswehrgesetzes angepaßt werden. Die Sozialisierung ist im Rahmen der Reichsverfassung durchzuführen. Experimente sind nicht gestattet.

Der bisherige Präsident des Freistaates Braunschweig Merges erklärt in einer spartakistischen Versammlung, daß er seine Mandate zur Nationalversammlung und zum Landtag niedergelegt habe. Merges bekennt sich offen zum Kommunismus, zum Rätesystem und zur Diktatur des Proletariats, die notwendig seien, um die revolutionären Errungenschaften zu sichern und jede fernere Klassenherrschaft unmöglich zu machen. Mit scharfen Worten wendet sich Merges nicht nur gegen die Mehrheitssozialisten in Braunschweig, sondern auch gegen die Unabhängigen, besonders gegen die unabhängigen Volksbeauftragten, die auch in die neue Regierung eingetreten seien. Den ganzen Parlamentarismus bezeichnet er als großen Schwindel und Humbug, der nur zur Volksverdummung führe.

Der Reihenfolge der Wahlliste nach tritt für Merges in die Nationalversammlung der Unabhängige Tischler Karl Aderhold in Hannover ein.

Sachsen-Altenburg.

25. Februar. Wegen des ausgebrochenen Streiks der Bergarbeiter erlassen die Sozialdemokratische Partei von Sachsen-Altenburg sowie die Gewerkschaften und der Arbeiter- und Soldatenrat Altenburgs folgenden Aufruf an die Arbeiter im Lande:

„Ohne die Belegschaften der Betriebe zu fragen oder zu unterrichten und ohne ihre Willenserklärung einzuholen, haben einzelne Personen zu veranlassen gesucht, teilweise auch erreicht, daß gestreikt wird. Da derartige wilde Streiks das Wirtschaftsleben lahmlegen, die Ernährungsfrage gefährden sowie das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter illusorisch machen, fordern wir die Arbeiter auf, der Parole einzelner unverantwortlicher Leute keinerlei Beachtung zu schenken. Aktionen sind nur durchzuführen, wenn es die

Arbeiterschaft in ihren Organisationen beschlossen hat. Jede Einmischung Unbefugter ist zurückzuweisen. Den im Bergbau des Meuselwitzer Reviers streikenden Arbeitern empfehlen wir, zu dem Streik in Belegschaftsversammlungen Stellung zu nehmen und da über die Fortdauer oder Beendigung zu beraten und zu entscheiden. Denn nur dadurch wird das Selbstbestimmungsrecht, dieses kostbare Gut der Demokratie, gewahrt."

Sachsen-Koburg-Gotha.

6. Februar. Staatsminister v. Bassewitz tritt zurück. Mit der einstweiligen Führung der Geschäfte wird der Volksbeauftragte Abg. Schauder betraut.

9. Februar. Bei den Wahlen zur gesetzgebenden Landesversammlung für den Staat Koburg werden für die Liste der Sozialdemokraten 20558, für die gemeinschaftlichen Listen des Bürger- und Bauernbundes 14503 Stimmen abgegeben. Die Sitze verteilen sich danach wie folgt: 7 Mehrheitssozialisten, 3 Demokraten und 1 Deutschnationaler (Bund der Landwirte).

19. Februar. In Gotha wird wegen Besetzung der Stadt durch Regierungstruppen der allgemeine Ausstand erklärt, der jedoch am folgenden Abend beendet wird.

21. Februar. In einer zu Gotha abgehaltenen, von den Unabhängigen einberufenen Volksversammlung wird beschlossen, sich vom Reiche loszusagen und sich als im „Kriegszustand mit Deutschland" zu betrachten, da die „Truppen Noskes Gotha im tiefsten Frieden überfallen" hätten. Ferner wird jedem Staatsbürger das Recht zugesprochen, sich mit Waffen zu versehen.

23. Februar. Für den Staat Gotha wird eine Landesversammlung gewählt, die bis auf weiteres an Stelle des in dem Staatsgrundgesetz vom 3. Mai 1852 vorgesehenen Landtages für das Herzogtum Gotha und in Vereinigung mit der auf Grund der Koburgischen Verordnung vom 14. Januar 1919 neu gewählten Koburger Landesversammlung an Stelle des gemeinschaftlichen Landtags tritt. Die Zahl ihrer Mitglieder beträgt 19. Gewählt werden 3 Deutschnationale, 4 Demokraten, 1 Mehrheitssozialist und 11 Unabhängige.

Anhalt.

5. Februar. Zu einer von demokratischer Seite in der Landesversammlung gestellten Anfrage, wie sich die Regierung zu den Beschlüssen der Braunschweiger Unabhängigen stelle, die, ohne jeden Rechtstitel zu besitzen, einfach über Anhalt verfügt hätten, wird regierungsseitig erklärt, das anhaltische Staatsministerium denke gar nicht daran, sich unter die braunschweigische Oberhoheit zu stellen.

Es werde alles geschehen, um Loslösungsbestrebungen, falls sie im Lande in die Erscheinung treten sollten, im Keime zu ersticken. Auch etwaigen Grenzregulierungen werde die Regierung nicht zustimmen. So sei zum Beispiel eine Vereinigung von Leopoldshall mit dem preußischen Staßfurt ausgeschlossen.

Lippe.

8. Februar. Den Landtagsabgeordneten geht der von Prof. Dr. Neumann-Hofer herrührende Entwurf einer Verfassung des Freistaats Lippe-Detmold zu. Darin wird das bisherige Fürstentum Lippe-Detmold als Freistaat innerhalb seiner bisherigen Grenzen anerkannt. Die gesetzgebende Verwaltung des Freistaates bleibt ausschließlich beim Landtag. Die Geschäfte führt das aus drei Personen bestehende Landespräsidium, dem die höchste Gewalt zusteht. Seine Mitglieder sollen vom Landtag mit einfacher Mehrheit gewählt werden und für die gesamte Geschäftsführung ihm verantwortlich sein. Verliert ein Mitglied das Vertrauen des Landtages, so wird dies ausdrücklich dargetan und das Mitglied als abberufen betrachtet.

10. Februar. Der Landtag tritt zusammen. Er besteht aus 11 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationalen, 4 Demokraten und einem lippischen Wahlverbändler. Zum Präsidenten des Landtags wird Abgeordneter Mademann (Soz.) gewählt, zum Vizepräsidenten Landgerichtspräsident Preuß (Deutschnatl.). Den Landtagsausschuß bilden die Abgeordneten Schmuck (Soz.), Staerke (Demokr.) und Krieger (Deutschnat.).

Die vorläufige Verfassung überträgt die Verwaltung des Landes einem aus drei Mitgliedern bestehenden Präsidium, für welches von der Landtagsmehrheit Dr. Neumann-Hofer (Demokr.), Konsumverwalter Becker (Soz.) und Schriftsteller Drake (Soz.) bestimmt werden. Den Posten eines Staatsministers übernimmt an Stelle des aus dem Amt scheidenden Frhrn. v. Biedenweg Geh.-Rat Ernst.

Mit dem Zusammentritt des Landtags stellt der Lippesche Volks- und Soldatenrat seine Tätigkeit ein.

Reuß ä. L.

2. Februar. Bei den Wahlen zum Landtag für Reuß ältere Linie werden gewählt: 2 Deutschnationale, 4 Demokraten, 2 Mehrheitssozialisten und 7 Unabhängige. Die Listen der bürgerlichen Parteien sind verbunden.

Reuß j. Linie.

2. Februar. Die Wahlen zum Landtag für Reuß j. Linie ergeben die Wahl von 5 Mitgliedern der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei, 3 Demokraten und 13 Sozialdemokraten. Die Listen der beiden sozialdemokratischen Parteien und die der bürgerlichen sind verbunden.

Bremen.

2. Februar. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bremer Volksbeauftragten, Vertretern des Bremer Soldatenrats und der Bremer Mehrheitssozialisten, Vertretern der Division Gerstenberg, Vertretern des obersten Soldatenrats Groß-Hamburg, des Arbeiter- und Soldatenrats Oldenburg und des Korpssoldatenrats des 9. Armeekorps unter dem Vorsitz des Genossen Lamp'l, ersten Vorsitzenden des obersten Soldatenrats Groß-Hamburg, gestaltet sich folgendermaßen:

Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korpssoldatenrat des 9. Armeekorps alle Waffen und Munition abzuliefern. Der oberste Soldatenrat Groß Hamburg und der Korpssoldatenrat des 9. Armeekorps verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung und für Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen. Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Auftrag restlos erfüllt ist. Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Hemelingen nicht einzumarschieren, falls kein Truppenzuzug von außen nach Bremen erfolgt. Die Genossen Rusch (Siebener-Ausschuß Groß-Hamburg), Wrede (Siebener-Ausschuß Groß-Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden der Stadtkommandantur Bremen zur Kontrolle beigeordnet und halten die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht. Genosse Lampl vom Zentralrat und Leutnant v. Pritzelwitz (letzterer als Vertreter der Division Gerstenberg) überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

3. Februar. Vom Rat der Volksbeauftragten, dem Vollzugsrat und den Vertretern der Hamburger und Bremerhavener Truppen werden folgende Vereinbarungen einstimmig angenommen:

1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien und im Verhältnis der abgegebenen Stimmen im Arbeiter- und Soldatenrat.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.
3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in ihren Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einrücken dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

Obgleich die Waffenruhe zwischen dem Rat der Volksbeauftragten Bremens und der Division Gerstenberg bis zum Abend des 3. Februar verlängert worden ist, kommt es doch schon in der vorhergehenden Nacht zu kleinen Plänkeleien der Vorposten, bei denen es nicht ohne einige Tote und Verwundete abgeht.

Am Nachmittag desselben Tages nähern sich auf dem südlichen Weserufer Regierungstruppen der Stadt Bremen, wobei es zu verschiedenen kurzen Gefechten kommt.

Am späten Abend finden im Hauptquartier der Division Gerstenberg zu Verden mit einer Abordnung von Bremer, Bremerhavener, Oldenburger und Hamburger Vertretern nochmals Unterhandlungen statt, die jedoch ergebnislos verlaufen.

4. Februar. Die Division Gerstenberg, die Bremen in einem großen Bogen von allen Seiten eingeschlossen hat, setzt sich in Bewegung. Der Aufmarsch vollzieht sich etwa in der Linie Arsten-Kattenturm-Moordeich-Kirchhuchting auf dem linken Weserufer und Mahndorf-Borgfeld-Blockland auf dem rechten Ufer. Nach heftigem Kampfe wird mittags 1 Uhr die Neustadt (auf dem linken Weserufer) genommen, sodaß die Bremer Regierung die Unmöglichkeit der Fortsetzung des Kampfes einsieht und die Einstellung des Feuers und Ablieferung der Waffen befiehlt. Die Arbeiter setzen jedoch gleichwohl die Kämpfe fort. Um 6 Uhr ist auch die auf dem rechten Ufer gelegene Altstadt in den Händen der Regierungstruppen. Abends erscheint folgende Bekanntmachung:

„An die Einwohner Bremens! Die Division Gerstenberg ist im Auftrage der Reichsregierung eingerückt. Ich habe den Oberbefehl in Bremen übernommen. Unsere Aufgabe ist es, das Leben und Eigentum jedes friedlichen Einwohners zu schützen. Helft uns dabei! In den ersten unruhigen Tagen bleibe jeder nach Möglichkeit zu Hause. Vermeidet Ansammlungen auf der Straße. Seht in den Soldaten der Division Eure Beschützer, deren Arbeit dem Wohle Bremens und seiner Einwohner gilt.

gez. Gerstenberg,
Oberst und Kommandeur der Freiw.-Division."

Im Anschluß an diese Bekanntmachung wird der Belagerungszustand über die Stadt Bremen und das Landgebiet verhängt. Die bisherige sozialistische Regierung Bremens tritt zurück, und eine neue mehrheitssozialistische Regierung wird ausgerufen, die folgenden Aufruf erläßt:

„Seit dem 10. Januar stand Bremen unter der Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit. Der Wille der Volksmehrheit wurde unterdrückt, die Presse in einer bis dahin in Deutschland unerhörten Weise geknebelt, der von der Gesamtheit der Arbeiterschaft gewählte Arbeiterrat entrechtet, die Waffen aus der Hand derer, denen sie gebühren, in unberufene Hände gegeben, das Privateigentum mißachtet, die Freiheit der Person verletzt, Tausende von Arbeitern mit Waffengewalt an der Arbeit gehindert.

Dieser Miß- und Gewaltherrschaft war es vorbehalten, das erste Blutvergießen in Bremen heraufzubeschwören. Damit nicht genug, haben sich die Gewalthaber offen gegen die Reichsregierung aufgelehnt, unbekümmert um die Gefährdung der deutschen Einheit, unbekümmert darum, daß unsere Feinde einem bolschewistischen Deutschland weder Frieden noch Brot gewähren werden, unbekümmert um die Zukunft Bremens, das vom In- und Ausland als Hochburg des Terrors, als Feind der Freiheit geächtet, dem wirtschaftlichen Untergang entgegenging.

Das Versprechen einer bremischen Nationalversammlung war nur taktisches Manöver, das haben die maßgebenden Führer selbst erklärt. In Wahrheit sollte am Räteinstem festgehalten werden, Bremen in einer bolschewistischen nordwestdeutschen Republik aufgehen.

Mit überwältigender Mehrheit hat Bremens Bevölkerung am 19. Januar gegen eine solche Diktatur entschieden.

Getragen von diesem Willen des Volkes, erklärt im Auftrage der Reichsregierung die von dieser eingesetzte provisorische Regierung den Rat der Volksbeauftragten und den Vollzugsrat für abgesetzt, die Volkskommissariate und den Arbeiterrat für aufgehoben.

Die provisorische Regierung wird unverzüglich nach demokratischen Grundsätzen eine verfassunggebende bremische Nationalversammlung berufen! Diese allein wird über Bremens Zukunft entscheiden, sie wird eine Regierung, die die Vollstreckerin des Volkswillens ist, einsetzen und die Verwaltung übernehmen.

Freiheit der Presse, Freiheit der Person, Sicherheit des Eigentums werden gewährleistet. Ungehemmt soll Bremens Wirtschaftsleben sich wieder entfalten können.

Männer und Frauen Bremens! Alle, die der freiheitlichen Entwicklung dienen und die Erfolge der Revolution sichern wollen, werden aufgerufen, an der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit, am staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Bremens mitzuarbeiten. Ans Werk! Zum Wohle des Volksganzen!

Bremen, im Februar 1919.

Die provisorische Regierung:

Rhein. Dammer. Deichmann. Wellmann. Winkelmann."

Gleichzeitig wird eine Regierungsschutztruppe für Bremen und eine Stadtwehr zur Verstärkung des Sicherheitsdienstes errichtet und die Ablieferung aller Schußwaffen angeordnet.

5. Februar. Mittags wird die Werft der Aktiengesellschaft „Weser" ohne Widerstand der Spartakisten besetzt. Damit ist auch der Rest der Stadt Bremen, in dem sich noch Spartakisten hielten, in der Hand der Division Gerstenberg.

6. Februar. Die provisorische Regierung richtet folgenden Aufruf an die Bevölkerung:

„Die Sicherheit in der Stadt ist wiederhergestellt. Eine Störung der öffentlichen Ordnung wird voraussichtlich nicht mehr erfolgen. Aus diesem Grunde richten wir an die Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die wirtschaftliche Lage erfordert ein unbehelligtes Fortarbeiten. Deshalb erwarten wir ein solidarisches Handeln aller Arbeitsgenossen."

In der Nacht zum

9. Februar werden Bremerhaven und Geestemünde von Teilen des Landesschützenkorps durch Handstreich genommen. Auch sämtliche Minensuchboote fallen in die Hände der Regierungstruppen.

14. Februar. Die vorläufige Regierung, gezeichnet Rhein, richtet folgendes Telegramm an den Präsidenten der Nationalversammlung in Weimar:

„Heutige telegraphische Vorstellung hiesiger Handelskammer, betreffend Auslieferung deutscher Handelsflotte, unterstützen wir auf das nachdrücklichste behufs Wahrung der Zukunft des deutschen Überseehandels und der Lebensbedingungen weiter Kreise der deutschen Bevölkerung. Wir bitten, jeder weiteren Nachgiebigkeit bei gegenwärtigen Verhandlungen mit Entente entschieden entgegenzutreten und vielmehr Sicherheiten zu verlangen für Wiederherausgabe der Schiffe nach Ausführung der Lebensmitteltransporte und für Beibehaltung deutscher Besatzung angesichts der unerhörten Nachricht, daß diese im nächsten Hafen entlassen werden soll."

Hamburg.

1. Februar. Der Große Arbeiterrat von Hamburg nimmt mit 232 gegen 206 Stimmen eine von Dr. Laufenberg (Unabh. Soz.) vorgelegte Entschließung an, worin er sich mit der Bremer Arbeiterschaft solidarisch erklärt und das vom Hamburger Soldatenrat der Reichsregierung gestellte Ultimatum bekräftigt und unterstützt, wonach die auf Bremen vorrückende Division sofort zurückgezogen werden soll. Der Große Arbeiterrat erwarte vom Soldatenrat des IX. Armeekorps, daß er unverzüglich alle durch die Umstände gebotenen Maßregeln ergreife; er verlangt: 1. sofortige Sicherung der Anmarschstraßen; 2. Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden; 3. Besetzung des Hafens und Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittellager; 4. Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln.

4. Februar. Bewaffnete Soldaten und Arbeiter fordern von den Eisenbahnbediensteten des Hannoverschen und des Hauptbahnhofs in Hamburg Züge für die Beförderung von Truppen nach Bremen. Da die Reichsregierung die Truppenbeförderung untersagt hat, weigern sich die Eisenbahnbediensteten, diese Züge zu stellen. Darauf droht der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats Siemer, jeden dritten Eisenbahner erschießen zu lassen, jeden fünften als Geisel zu verhaften und sämtlichen Beamten die Brotkarte entziehen zu wollen. Diesen Terror lehnt die gesamte Beamtenschaft einmütig ab, und sie stellt deshalb in allen Staats- und Gemeindebetrieben Hamburgs die Arbeit ein.

In der Nacht zum

5. Februar versuchen einige Gruppen von Spartakisten sich verschiedener Sicherheitswachen zu bemächtigen, um dadurch Munition

und Waffen zu erhalten. Bei vier Wachen gelingt es ihnen, die Mannschaften zu überwältigen und ihnen die Waffen fortzunehmen. Eine größere Anzahl von ihnen zieht dann zur Kaserne des Infanterieregiments Nr. 76, um sie zu stürmen. Sie werden aber dort abgewiesen, ebenso vor der Polizeiwache in der Davidstraße, die mit vielen Sicherheitsmannschaften besetzt ist.

Ferner werden von bewaffneten Spartakisten die Kasernen des Fußartillerie-Regiments in Bahrenfeld besetzt und die Truppen entwaffnet, weil das Regiment sich weigert, dem Arbeiter- und Soldatenrat 30 Pferde zu übergeben. Der Versuch, auch die Kasernen des Artillerie-Regiments Nr. 45 zu besetzen, scheitert.

Spät abends nimmt die Hamburger Beamtenschaft den Dienst wieder auf, nachdem sie vom Arbeiter- und Soldatenrat zufriedenstellende Zusicherungen erhalten hat.

Morgens zieht eine Anzahl bewaffneter Arbeiter nach dem Freihafen, um die großen Lebensmittellager zu besetzen. Sie werden dort ebenfalls zurückgewiesen. Die Arbeiter erklären, wenn es ihnen gelänge, in die Lager einzudringen, würden sie sie in Brand setzen.

6. Februar. Die vom Soldatenrat angeordnete Mobilmachung wird in Alarmbereitschaft umgeändert.

Zur Beendigung des Beamtenstreiks teilt der Zentralrat der Beamten u. a. mit, daß die Verhandlungen keine völlige Klärung gebracht hätten, daß aber die Beamten unter Berücksichtigung der weitgehenden Schädigungen durch den Streik die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit, daß entgegen der Beschwerde der Beamten der Schutz von Personen und Eigentum aufrechterhalten werde. Gegen die Bewaffnung von unberechtigten Zivilpersonen sei bereits kräftig eingeschritten worden und werde weiter eingeschritten werden. Auch die Lebensmittelversorgung werde in bisheriger Form gewährleistet. Ferner erklärt der Rat, er lege besonderen Wert auf ein Einvernehmen mit den mittleren und unteren Beamten.

7. Februar. In einer Vollsitzung des Soldatenrates von Hamburg, Altona und Umgegend werden die Ereignisse, die zu einer Bewaffnung der Arbeiterschaft geführt haben, in stürmischer Weise besprochen. Besonders die Mitglieder des Soldatenrates Rusch und Lampl, die während der Bremer Vorgänge in Bremen mit der Division Gerstenberg verhandelt und die Bremer Zustände aus eigener Anschauung kennen gelernt haben, wenden sich mit großer Entrüstung gegen das Vorgehen der Arbeiterschaft. Auf diese Weise könne keine Ruhe und Ordnung in Hamburg gewährleistet werden, sodaß ein Einmarsch regierungstreuer Truppen nicht vermieden werden könne. In der

Versammlung wird ein Beschluß der Delegiertenversammlung der Hamburger Truppen verlesen, worin es heißt, daß die Hamburger Truppen nach wie vor hinter der Reichsregierung stehen, selbst wenn sie einzelne Maßregeln mißbilligen müßten. Da die Reichsregierung erklärte, daß die Division Gerstenberg Hamburg nicht angreifen solle, so sei die Mobilisierung der Hamburger Truppen sofort rückgängig zu machen und die nach auswärts entsandten Truppen sofort zurückzuziehen. Es sei unzulässig, Werbebureaus zur Bewaffnung der Arbeiterschaft einzurichten.

Während des Tages werden die Einschreibungen für die Waffenausgabe an die Kommunisten fortgesetzt; nachmittags werden an alle, die sich melden, ohne Ausweis Waffen ausgegeben. Gegen Abend stürmen die Spartakisten das Stadthaus, wo sich das Hauptquartier der Sicherheitsmannschaften befindet, und bemächtigen sich aller dort vorhandenen Waffen und Munition. Gleich darauf wird der Rathausmarkt von bewaffneten Zivilisten und Matrosen abgesperrt, das Rathaus besetzt und auch die dort befindlichen Waffen mit Beschlag belegt.

7. Februar. In einer Sitzung der Soldatenräte wird bekannt gegeben, daß der Vorsitzende des Korps-Soldatenrates Pool seinen Posten niedergelegt und daß der für die Bremer Angelegenheiten eingesetzte Sonderausschuß des Korps-Delegierten-Rates sich aufgelöst habe. Es sei Pflicht, zur Hebung der wirtschaftlichen Interessen Hamburgs beizutragen, die nicht immer genügend berücksichtigt worden seien. Lampl betont unter lebhaftem Beifall, alle Drohungen würden ihn nicht abhalten, gegen spartakistische Umtriebe, die bis in den Dreißiger-Ausschuß und in den Korps-Delegierten-Rat sich bemerkbar machten, energisch vorzugehen.

Darauf werden Anträge angenommen, wonach die sofortige Entwaffnung der Arbeiter vorgenommen werden soll, daß der Soldatenrat nach wie vor auf dem Boden der Reichsregierung stehe, selbst wenn einzelne von ihr getroffene Maßregeln aufs schärfste mißbilligt werden müßten. Da die Reichsregierung erklärt habe, daß die Division Gerstenberg Hamburg nicht angreifen solle, seien die von Groß-Hamburg getroffenen Mobilisationsmaßnahmen sofort rückgängig zu machen. Die in Hamburg vorhandenen Truppen und Sicherheitsmannschaften sollten die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Alle nach außerhalb gesandten Truppen seien sofort zurückzuführen. Die Sicherheitsmannschaften seien so weit zu verstärken, daß Ruhe und Ordnung mit Sicherheit aufrecht erhalten werden könne. Ein weiterer Antrag fordert Lampl auf, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein Amt nicht niederzulegen. Die Delegierten-Versammlung billigt den von Lampl in der Angelegenheit Bremen eingenommenen Stand-

punkt, daß die Hamburger Truppen nicht aktiv gegen Gerstenberg eingreifen dürfen. Ferner fordert die Versammlung, daß die, die an der Desorganisation mit schuldig sind, sofort ihre Ämter und Mandate im Soldatenrat niederlegen. Im Anschluß hieran wird die Neuwahl des Siebener-Ausschusses und des Dreißiger-Ausschusses vorgenommen. Der Siebener-Ausschuß hat sofort alle erforderlichen Maßregeln zu treffen, um im Sinne der Reichsregierung in Groß-Hamburg geordnete Verhältnisse wiederherzustellen.

Bei der Neuwahl des Siebener-Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates werden 5 Mehrheitssozialisten und 2 Unabhängige gewählt. Lampl bleibt Vorsitzender.

Die Wahlen zur Hamburger verfassunggebenden Versammlung werden auf den 16. März anberaumt. Es gelten die Bestimmungen für die deutsche Nationalversammlung mit der Maßgabe, daß die Berechtigten am 15. Februar in Hamburg ansässig sein müssen. Das ganze Staatsgebiet soll nur einen Wahlkreis bilden, der in mehreren Stimmbezirken 460 Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung zu wählen hat.

11. Februar. Infolge der unsicheren Zustände wird über Hamburg der Belagerungszustand verhängt. In der folgenden Nacht wird die Entwaffnung der Arbeiterschaft energisch durchgeführt, wobei es stellenweise zu Schießereien kommt.

13. Februar. An den Lebensmittelausschuß der Waffenstillstandskommission in Spa sendet der Arbeiter- und Soldatenrat folgendes Telegramm:

„Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat erklärt hierdurch auf das bestimmteste, die volle Verantwortung dafür zu übernehmen, daß seitens keiner Partei sowie keiner militärischen oder sonstigen Stelle, insbesondere auch nicht seitens bewaffneter Arbeiter, in die planmäßige Lebensmittelversorgung, u. a. in die Bewachung, Verwaltung und Bewegung der Hamburger Lebensmittellager eingegriffen wird. Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat wird seine ganze Macht dafür einsetzen, daß die Einrichtungen der Lebensmittelversorgung in Hamburg ebenso unversehrt vor inneren Kämpfen bleiben wie die Einrichtungen des Roten Kreuzes, sodaß volle Gewähr für die unbedingte Sicherheit dieser Einrichtungen besteht."

Lübeck.

5. Februar. Die Beamten des Hauptpostamtes und des Telegraphenamtes stellen zeitweise den Dienst ein, weil der Lübecker Soldatenrat die bewaffnete Überwachung der Beamten verfügt hat, angeblich, um die Entsendung regierungstreuer Truppen nach Lübeck

und Hamburg zu verhindern und um zugleich den Verkehr mit Berlin zu überwachen. Erst als der Soldatenrat die überwachenden Soldaten zurückgezogen und seine Forderungen restlos fallen gelassen hat, wird der Dienst wieder aufgenommen. Die Soldaten der Garnison weigern sich zum Teil, dem Befehl des Soldatenrats, gegen die Division Gerstenberg zu marschieren, Folge zu leisten.

9. Februar. Bei den Bürgerschaftswahlen werden gewählt: 42 Sozialdemokraten, 29 Demokraten, 6 Deutsch-Nationale, 3 Vertreter des Landbezirks.

Alphabetisch geordnetes Namen- und Sach-Register.

Achermann, bayr. Gesandter in Deutsch-Österreich, Ernennung (2. Jan.) 434.

Adalbert, Prinz von Preußen, Gegenerklärung gegen Kundgebung des Prinzen Heinrich (4. Dezember) 35.

Adelung, (Soz.), zum Präsidenten der hessischen Volkskammer gewählt (13. Februar) 635.

Aderhold, tritt für Merges in deutsche Nationalversammlung ein (26. Febr.) 644.

Adolf, Fürst von Schaumburg-Lippe, dankt ab (15. November) 149.

Albrecht, Herzog von Württemberg, Abschiedsbefehl (20. November) 127.

Allgemeine demokratische Partei für Sachsen, Programm 379 f.

Anhalt, Mehrheit des Landtags verlangt Parlamentarisierung der Regierung (6. November) 148.
Ministerwechsel (7. November) 148.
Prinzregent erklärt Thronverzicht des herzoglichen Hauses (12. Nov.) 148.
Errichtung eines Staatsrats (13. November) 148 f.
Wahlen zur Landesversammlung (15. Dezember) 320.

Antrick (U. Soz.), wird braunschweig. Handelsminister (23./26. Febr.) 646.

Arbeiter- und Soldatenräte, Reichskonferenz der, in Berlin (16.—20. Dezember) 175, 201—259.

Aribert, Prinz von Anhalt, erklärt Thronverzicht des herzoglichen Hauses (12. November) 148.

Aschaffenburg, Belagerungszustand in (25. Februar) 614.

Auer (Soz.), wird bayr. Minister des Innern (8. November) 70.
Rede über politische Stellung Bayerns (28. November) 90 ff.
Rede im Landes-Soldatenrat (2. Dezember) 270 f.
Rede im Münchener Arbeiterrat (5. Dezember) 279 f.
Putschversuch gegen ihn (7. Dezember) 281.

Auer (Soz.), Rede im Landes-Arbeiterrat (9. Dezember) 284.
Rede im Nationalrat (13. Dezember) 288.
Attentat auf ihn (21. Febr.) 612.

Augsburg, Unruhen in (21. Febr.) 613.

Auguste Viktoria, deutsche Kaiserin, begibt sich nach Holland (28. November) 32.

Baden, Aufruf des Großherzogs an badisches Volk (9. November) 131 f.
nationalliberale Partei verlangt Einführung des parlamentarischen Systems (9. November) 132.
Bildung von Arbeiter- u. Soldatenräten (9. November) 132.
Ausrufung der Republik in Mannheim (10. November) 132.
Bildung vorläufiger Regierung in Karlsruhe (10. November) 132 f.
Großherzog enthebt die Minister ihres Amtes (10. November) 133.
mißlungener kommunistischer Anschlag gegen Schloß in Karlsruhe (11. November) 133.
Erklärung der sozialistischen Republik Baden (12. November) 134.
Großherzog verzichtet auf Ausübung der Regierungsgewalt (13. November) 134.
Thronverzicht des Großherzogs (22. November) 136.
Antworterlaß der Regierung darauf (22. November) 136.
Wahlaufrufe des Zentrums, der Nationalliberalen und Fortschrittler (15. u. 27. November) 135, 138 ff.
Anschluß der Nationalliberalen an demokratische Partei (1., 11. Dezember) 317 f.
Aufruf der Regierung zur Sicherung der Wahlen (4. Januar) 463 f.
Wahlen zur Landesversammlung (5. Januar) 464 f.
Austritt der Unabhängigen aus Regierung (8. Januar) 465.

Baden, Aufhebung des bisherigen Landtags (9. Januar) 465.
Grundlagen eines badischen Volksheeres 465.
Zusammentritt der Landesversammlung (15. Januar) 465f.
Tagung des engeren Ausschusses der Demokrat. Partei (1. Febr.) 632f.
Landeskonferenz der Unabhängigen (15./16. Februar) 633.
Belagerungszustand verhängt (22. bis 24. Februar) 633f.
Unruhen der Spartakisten in Mannheim (22. Februar) 633.
Einigung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen (24. Februar) 634.

Barth (Unabh. Soz.), Volksbeauftragter für Sozialpolitik 50.
über Stellung im Rat der Volksbeauftragten (17. Dezember) 219f.
Erörterung mit Joffe über Ursprung von Waffen und Geldern für deutsche Revolution (5.—24. Dezember) 397ff.

v. Bassewitz, koburg-gothaischer Staatsminister, Rücktritt (6. Februar) 645.

Bauer, wird Reichsarbeitsminister (13. Februar) 581.

Baumann, württembergischer Minister, Amtsantritt (11. November) 119.

Bautzen, Stadtrat protestiert gegen Errichtung des Lausitzer Wendenstaates (16. Januar) 449.

Bayern, Ausrufung der Republik in München (7. November) 6, 65f.
Aufruf an die Landbevölkerung (8. November) 67f.
Abreise des Königspaares nach Wildenwart (8 November) 68.
Bildung des ersten Parlaments der Republik (8. November) 71.
Proklamationen der neuen Regierung (8./9. November) 71f.
Kundgebung der Regierung an Amerika, Frankreich, England und Italien (10. November) 73.
Anfrage des vormaligen Kronprinzen Rupprecht, betreffend seine Rückkehr nach Bayern (10. November) 74.
Aufforderung an Militär zur weiteren Dienstleistung (11. November) 74.
Bayern, Verfügung des Soldatenrats, betreffend Stellung der Offiziere (12. November) 74f.
finanzielles Programm der Regierung 75.
Thronverzicht des Königs (13. November) 75.
Antwort des Ministerrats darauf (13. November) 75f.
Aufruf an das bayrische Heer (13. November) 76ff.
Protest des Kammerpräsidenten v. Fuchs gegen Beseitigung des alten Landtags (13., 20., 23. November) 78, 83f, 85.
die königliche Familie geht nach St. Bartholomä (14. Nov.) 78.
Programm des neuen Ministeriums (15. November) 78ff.
Einsetzung von Volksgerichten (16. November) 82.
Wiederaufnahme der Tätigkeit der Militärgerichte (15. Nov.) 82f.
Prof. Dr. Foerster zum Gesandten in Bern ernannt (18. November) 83.
Aufruf des Ministers des Innern an bayrische Bauernschaft (19. November) 83.
Verordnung, betreffend Übergang der Herrschergewalt an Ministerium (21. November) 84.
Erlaß einer Amnestie (21. Nov.) 84f.
Ministerium des Äußern bricht Verkehr mit Berlin ab (26. Nov.) 86.
Widerspruch der Presse dagegen 86f.
Prof. Weiß zum Gesandten in Prag ernannt (28. November) 87.
Reden Eisners im Arbeiter- und Soldatenrat über politische Stellung Bayerns (28./30. Nov.) 87ff., 93.
Rede Auers im Arbeiter- und Soldatenrat (28. November) 90ff.
Tagung des Landes-Soldatenrats (30. Nov.—3. Dez.) 93, 270ff.
verlangt Konferenz der deutschen Landesregierungen (2. Dez.) 275.
erhält abschlägige Antwort (5. Dezember) 275.
Rückkehr des Kronprinzen Rupprecht (3. Dezember) 277.
Festsetzung der Nationalwahlen (5. Dezember) 277f.
Wahlordnung dafür 281f.

Bayern, Tagung des Münchener Arbeiterrats (5.—10. Dezember) 278 ff.
Putschversuch in München (7. Dezember) 281.
Stellung zum tschechischen Staat 282 f.
Tagung des Landes-Arbeiterrats (9.—10. Dezember) 283 ff.
Zusammentritt des vorläufigen Nationalrats (13. Dezember) 287 f.
Verordnung, betreffend Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht (16. Dezember) 291.
Protest der bayrischen Bischöfe dagegen (18. Dezember) 294.
bürgerliche Parteien fordern Regierung zu größerer Energie auf (20. Dezember) 295.
Gesandter Dr. Muckle durch Dr. v. Preger ersetzt (23. Dez.) 295.
Besetzung der österreichischen Gesandtschaft in München (2. Jan.) 434.
Verordnung über Erwerbung der Staatsangehörigkeit (3. Jan.) 435.
offener Brief des Demobilmachungskommissars an Arbeiterschaft (3. Januar) 435 f.
Veröffentlichung des Entwurfs einer vorläufigen Verfassung (4. Januar) 436 f.
Arbeitslosenkundgebung in München (7. Januar) 438.
Aufruf der Arbeiterräte an Arbeitslose (8. Januar) 438.
Bekanntmachung des Gesamtministeriums dagegen (9. Januar) 438 f.
Telegramm des Vollzugsrats der Arbeiterräte an Reichsregierung (10. Januar) 439.
Telegrammwechsel Eisners mit Berlin (10. Januar) 439 f.
Landtagswahlen (12. Januar, 2. Februar) 440 f.
Einführung des Paßzwanges (14. Januar) 441.
Regierungserklärung gegen Loslösungsbestrebungen (21. Jan.) 441 f.
Zusammentritt des Sozialisierungsausschusses für Bayern (22. Jan.) 442.
Ministerialerklärung gegen Aufhebung der militärischen Reservatrechte Bayerns (23. Januar) 442.
Regierungserlaß, betreffend Religionsunterricht (25. Januar) 442 f.
Bayern, Widerspruch der Bischöfe dagegen (27. Januar) 443.
Neuregelung der Kommandogewalt (31. Januar) 443.
Kundgebung des Landes-Soldatenrats (31. Januar) 443 f.
Tagung der Demokratischen Partei in (1./2. Februar) 603 ff.
Landeskonferenzen der Sozialdemokratie (2., 18.—19. Febr.) 605, 610 ff.
Exkönigin Marie Therese † (3. Febr.) 605.
Staatsschulden 605 f.
Tagung des Vollzugsrats des Landes-Soldatenrats in München (4.—7. Februar) 606 ff.
Aufruf Kriegsministers Roßhaupter an wehrfähige Männer (12. Febr.) 608.
Ministerkrisis (13.—15. Febr.) 608 f.
Tagung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte (13.—19. Februar) 608 ff.
teilweise Aufhebung d. Roßhaupterschen Erlasses vom 12. Febr. (17. Febr.) 610.
Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner (21. Februar) 612.
Aufruf der Unabhängigen z. Generalstreik (21. Februar) 612.
Zusammentritt d. Landtags (21. Febr.) 612 f.
Attentat auf Minister Auer (21. Febr.) 612.
Bildung revolutionären Parlaments in München (21. Febr.) 613.
Belagerungszustand über München verhängt (21. Februar) 612.
Unruhen in Augsburg (21. Febr.) 613.
Generalstreik in Nürnberg (21. Febr.) 613.
Verkündung der bayr. Räterepublik (22. Februar) 613.
Einigung des Proletariats in München (22. Februar) 613 f.
neuer Zusammentritt d. bayr. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in München (25. Februar) 614.
die Münchner Presse „an Preußen" (25. Februar) 615.
Erklärung der bayr. Abgeordneten d. deutschen Nationalversammlung (25. Februar.) 615 f.

Bayern, Ausschreitungen in Bamberg (26. Febr.) 616.
Kundgebung d. Zentralrats f. Bayern (26. Februar) 616ff.
Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte lehnt Ausrufung der Räterepublik ab (28. Febr.) 618.
vorübergeh. Verhaftung von Kongreßmitgliedern (28. Februar) 618.
Austritt der Mitglieder des revolutionären Arbeiterrats aus Aktionsausschuß (28. Februar) 619.
Bayrische Volkspartei (Demokraten), Gründung und Programm 446ff.
Beck, Dr., sächsischer Kultusminister, Rücktritt (23. Oktober) 94.
Becker, Dr., hessischer Finanzminister, Rücktritt (11. November) 142f.
Bell, Dr., wird Reichskolonialminister (13. Februar) 581.
Bergarbeiter, Aufruf der Verbände gegen Streik im Ruhrrevier (17. Februar) 591.
Ausstand der mitteldeutschen (25. Februar) 594.
Berlin, allgemeiner Ausstand und Ausbruch der Revolution in (9. November) 35ff.
Unruhen in (10. November) 43f.
Einzug der ersten heimkehrenden Truppen in (10. Dezember) 165ff.
Straßenkämpfe in (23. - 26. Dezember) 178ff.
neuer Aufstand der Unabhängigen in (5. Januar) 406ff.
vom Terror befreit (12. Jan.) 412.
Bernhard, Herzog von Sachsen-Meiningen, dankt ab (10./12. Nov) 146f.
Bernstein (Unabh. Soz.), Unterstaatssekretär, stellt Amt zur Verfügung (1. Januar) 403.
Biedenweg, lipp. Staatsminister, Rücktritt (10. Februar) 646.
Bischöfe, Protest der preußischen, gegen Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht (2. Dezember) 416
Protest als formal berechtigt anerkannt (9. Januar) 416f.
Protest der bayrischen gegen Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht (18. Dezember) 294.
Protest der bayrischen gegen Erlaß über Besuch des Religionsunterrichts (27. Januar) 442f.
Bischöfe, Protest des sächsischen gegen Einschränkung des Religionsunterrichts (2. Januar) 444.
Blos, württembergischer Ministerpräsident, Amtsantritt (9. Nov.) 118.
Erklärung an württembergisches Volk (13. November) 122.
Braunschweig, Ausbruch der Revolution (8. November) 145.
Thronverzicht des Herzogs (8. November) 146.
Straßenkämpfe in Wolfenbüttel (8. November) 146.
Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats (10. November) 146.
Gründung eines Landes-Arbeiter- u. Soldatenrats (4. Dezember) 320.
Errichtung der Volkswehr (9. Dezember) 320f.
Stadtverordnetenwahlen (15. Dezember) 321.
Landtagswahlen (22. Dezember) 321.
Putsche in Braunschweig und Wolfenbüttel (7.—9. Januar) 470.
Aufruf zur Bildung mittelnorddeutscher Republik (13. Jan.) 470f.
allgemeiner Ausstand in Braunschweig (20.—22. Januar) 473.
Versammlung für Gründung nordwestdeutscher Bundesrepublik in Braunschweig (25. Januar) 473f.
Verhaftung des Abg. Dr. Jasper (3./4. Februar) 638.
Aufruf des Siebener-Ausschusses zum Widerstand gegen Gegenrevolution (4. Februar) 638.
Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte über Angriff der Reichsregierung auf Braunschweig (5. Februar) 638f.
Verfassung der Republik Braunschweig 639.
Arbeiter- und Soldatenrat über Bildung nordwestdeutscher Republik (9.—10. Februar) 640f.
Landtagseröffnung (10. Febr.) 640f.
Landtag für Bildung Freistaats Niedersachsen (11. Februar) 641.
Vertagung des Landtags (12. Februar) 642.
neuer Verfassungsentwurf 642f.
Krawall im Landtage (19. Febr.) 643.
Neubildung der Regierung (26. Februar) 643.

Braunschweig, Programm der Regierung 644.
v. Breitenbach, preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten, Rücktritt (8. November) 38.
Bremen, Ausbruch der Revolution in (6. November) 6.
Bürgerschaft beschließt Einführung gleichen Wahlrechts (6. Nov.) 149 f.
Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt politische Gewalt (14. Nov.) 150.
Kampfansage an Regierung in Berlin (18. November) 150.
Kundgebung des Bürgerausschusses gegen radikale Elemente (3. Dezember) 321 f.
Arbeiter- und Soldatenrat lehnt Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft ab (9. Dezember) 322.
Kaufmannskonvent zur Neugestaltung des Reichs (21. Dezember) 322.
Aufforderung zur Bewaffnung des Proletariats (28. Dezember) 323.
Verfügung, betreffend Fortfall des Religionsunterrichts (9. Jan.) 476.
kommunistische Kundgebung (10. Jan.) 476.
Belagerungszustand (13.–15. Jan.) 476.
Bewegung gegen Stadtkommandanten Ecks 476 f.
Durchführung der Spartakistenherrschaft in Vegesack und Blumenthal (15. Januar) 477.
Division Gerstenberg gegen Bremen entsandt (28. Januar) 477.
von Division Gerstenberg genommen (4. Februar) 648.
Belagerungszustand verhängt (4. Februar) 648.
Rücktritt der kommunistisch-sozialistischen Regierung (4. Febr.) 648.
Ausrufung neuer mehrheitssozialistischer Regierung (4. Febr.) 648 f.
Aufruf neuer Regierung an Bevölkerung (6. Februar) 649.
vorläufige Regierung gegen Auslieferung der Handelsflotte (14. Februar) 650.
Bremerhaven, von Landesschützenkorps genommen (9. Februar) 650.
Brentano, Prof. Dr., zum bayrischen Volkskommissar für Handel und Industrie ernannt (6. Dezember) 280.
v. Brentano (Ztr.), hess. Justizminister, Amtsantritt (21. Februar) 636.
Breslau, Spartakisten- und Arbeitslosentumulte in (12. Februar) 591.
v. Brockdorff-Rantzau, Graf, Staatssekretär des Auswärtigen, Ernennung (20. Dezember) 175.
übernimmt Amtsgeschäfte (2. Jan.) 403.
wird Reichsminister des Auswärtigen (13. Februar) 581.
über Aufgaben deutscher Außenpolitik (14. Februar) 530 ff.
Bromberg, Belagerungszustand in (14. Januar) 437.
Brümmer, badischer Kriegsminister, Amtsantritt (10. November) 132.
Rücktritt (8. Januar) 465.
Buck, sächsischer Kultusminister, Amtsantritt (15. November) 101.
Bürgerpartei, württembergische, Bildung der (5. Dezember) 308, 358 ff.

Chemnitz, Ausbruch der Revolution in (8. November) 96.
Wahlen zum Arbeiter- u. Soldatenrat in (9., 12. Dezember) 299, 301.
Vertretertag des nationalliberalen Landesvereins in (22. Dezember) 302.
Christlich-demokratische Volkspartei, Gründungsaufruf (20. November) 336 ff.
Tagung des Reichsausschusses (30./31. Dezember) 342 ff.
Cohen-Reuß (Soz.), berichtet auf Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte über Nationalversammlung u. Rätesystem (19. Dezember) 232 ff.
Cohn, Dr. (Unabh. Soz.), Erklärung zu Funkspruch Joffes, betr. Ursprung von Waffen und Geldern für deutsche Revolution (24. Dezember) 400 f., 577.
Erklärung des Auswärtigen Amts dazu (29. Dezember) 401 f.
Crispien, württemberg. Minister, Amtsantritt (9. November) 118.
Rücktritt (15. Januar) 453.
Cuxhaven, Ausrufung der spartakistischen Republik (11. Januar) 478.

David, Dr. (Soz.), zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt (7. Februar) 495.
Ansprache bei Wahl des Reichspräsidenten Ebert (11. Februar) 513 f.
legt Amt infolge Ernennung zum Reichsminister ohne Portefeuille nieder (13. Februar) 519, 581.

Delmenhorst, Putsch in (8. Januar) 469.

Demmler (Soz.), Alterspräsident der sächsischen Volkskammer, Ansprache (25. Februar) 624.

Demokratische Partei, Deutsche 362 ff.
Gründungsaufruf (16. November) 362 ff.
Wahlaufruf (Anfang Dezbr.) 364 ff.
Gründungsaufruf für Bayern (17. November) 366 ff.
Gründungsaufruf für Baden (24. November) 369.
Aufruf an Deutsche Österreichs (20. Dezember) 372 f.
konstituierender Parteitag für Bayern (21.—22. Dezember) 373 ff.
Handwerkerprogramm (28. Dezember) 376.
Aufruf an deutsches Landvolk (28. Dezember) 376 f.
Landeskonferenz in Bayern (1.—2. Februar) 603 f.
Tagung des badischen Landesausschusses (1. Februar) 632 f.

Deutsche demokratische Partei, siehe Demokratische Partei.

Deutsche Soziale Mittel-Gruppe, Programm 345 f.

Deutsches Reich, Ausbruch der Revolution 1 ff.
oberste Heeresleitung fordert Waffenstillstandsverhandlungen (24. September) 2.
Reichskanzler Prinz Max v. Baden ersucht Wilson um Herbeiführung des Friedens (6. Oktober) 2.
Unbotmäßigkeiten in der Marine (28., 30., 31. Oktober) 3.
Unruhen in Kiel (3. November) 4.
Aufstand der Marine (4. November) 4.
Unruhen in Hamburg und Lübeck (5./6. November) 5 f.
Ausbruch der Revolution in Bremen, Hannover, Köln usw. (6.—8. November) 6.
Deutsches Reich, Ausrufung der Republik in München (7./8. November) 6.
Debatte im Reichstag über Verfassungsänderungen (22.—26. Oktober) 7 ff.
letzte Sitzung des Reichstags unter dem Kaiserreich (26. Oktober) 20 ff.
Abdankung Kaiser Wilhelms II. (9. November) 23 ff.
Ausrufung der deutschen Republik durch Scheidemann (9. November) 36.
Ebert wird Reichskanzler (9. November) 36.
Erlasse Eberts an Bürger, Behörden und Beamte (9. November) 36.
Verhandlungen über Bildung einer sozialistischen Regierung (9./10. November) 37 ff.
Unterzeichnung von Fochs Waffenstillstandsbedingungen (10. November) 42.
Aufruf an das Heimatheer (10. November) 42 f.
Unruhen in Berlin (10. November) 43 f.
Preßstimmen zur deutschen Revolution 44 ff.
Proklamation des Berliner Arbeiter- u. Soldatenrats (11. November) 48 f.
Zusammentritt des Reichskabinetts (11. November) 49.
Reichskabinett konstituiert sich als Rat der Volksbeauftragten (11. November) 49.
Programm des Rats der Volksbeauftragten (12. November) 50 f.
Telegramm des Rats der Volksbeauftragten an oberste Heeresleitung (12. November) 51.
Verlegung des Großen Hauptquartiers von Spa nach Homburg v. d. H. (12. November) 51.
Besetzung der Reichsämter (14. November) 53.
Aufruf des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats an Frankreich, Italien, England u. Amerika (14. November) 54.
finanzielles Programm der Reichsregierung (15. November) 56.

Deutsches Reich, Kundgebung der Reichsregierung an heimkehrende Soldaten (21. November) 56.
Aufruf der deutschen landwirtschaftl. Verbände (23. November) 57.
Reichskonferenz der deutschen einzelstaatlichen Regierungen (25. November) 58 ff.
Aufrufe des Soldatenrats bei oberster Heeresleitung (25. November) 63 ff.
Reichsausschuß des Vollzugsrates der Arbeiter- u. Soldatenräte konstituiert sich (1. Dezember) 153.
Kundgebung Hindenburgs, betr. ländliche Ansiedlung heimkehrender Krieger (1. Dezember) 154 f.
Aufruf des Staatssekretärs Bauer an heimkehrende Landarbeiter u. Gewerbetreibende (1. Dezember) 155 f.
Straferlaß für nicht politische Straftaten (3. Dezember) 156.
Kämpfe in Berlin zwischen Spartakisten u. Truppen (6. Dezember) 158 ff.
sozialdemokratische Kundgebungen in Berlin (8. Dezember) 162 f.
Heimkehr der ersten Gardetruppen nach Berlin (10. Dezember) 165.
Erklärung der Sozialisierungskommission (10. Dezember) 167 f.
Verhaftung des Soldatenrats im Griechenlager zu Görlitz (10. Dezember) 168.
Aufruf des Rats der Volksbeauftragten gegen Losreißungsbestrebungen in Köln (11. Dezembr.) 168 f.
Bekanntmachung der Volksbeauftragten über Preßfreiheit (12. Dezember) 170.
(Gesetz, betr. Bildung freiwilliger Volkswehr (14. Dezember) 171 f.
Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen (14. Dezember) 172.
Rücktritt des Kriegsministers Scheüch (15. Dezember) 173 ff.
Reichskonferenz der Arbeiter- u. Soldatenräte in Berlin (16.—20. Dezember) 175, 201—259.
Staatssekretär Dr. Solf durch Graf Brockdorff-Rantzau ersetzt (17./20. Dezember) 175.
Deutsches Reich, Erklärung der Reichsregierung gegen Losreißungsbestrebungen (21. Dezember) 176.
Aufruf an Auslandsdeutsche (22. Dezember) 177.
Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik konstituiert sich (22. Dezember) 178.
Überfall der Volksmarinedivision auf Reichsregierung (23. Dezemb.) 178.
Straßenkämpfe in Berlin (24.—26. Dezember) 178 ff.
Krisis in der Reichsregierung (27. Dezember) 181 f.
Protest Hindenburgs gegen Beschlüsse des Zentralrats der A.- u. S.-Räte (27. Dezember) 182.
Kundgebung der Reichsregierung an Eisenbahner (28. Dezember) 182 f.
Austritt der Unabhängigen aus der Reichsregierung (29. Dezember) 183.
Eintritt Noskes u. Wissels ins Reichskabinett (29. Dezember) 183 f.
Rücktritt des Staatssekretärs Wurm (29. Dezember) 175.
Aufrufe des Zentralrats an Volk u. Soldaten (29. Dezember) 186 f.
Aufruf der Reichsregierung an deutsches Volk (29. Dezember) 187 f.
Steuerprogramm der Reichsregierung (30. Dezember) 188 f.
Reichskonferenz des Spartakusbundes (30. Dezember) 189 f.
Vertretertag der Frontsoldaten in Ems (1.—2. Dezember) 190 ff.
Protest des Reichstagspräsidenten Fehrenbach gegen Sperrung der Tagegelder (1., 4. Dezember) 195 f.
Fehrenbach bereitet Einberufung des Reichstags vor (12. Dezember) 196 ff.
Aufmarsch der Parteien zur Nationalversammlung 327 ff.
Verfügung gegen übermäßige Lohnforderungen der Arbeiter (2. Januar) 403 f.
Austritt der Unabhängigen aus preußischer Regierung (3. Januar) 404 f.
neuer Aufstand der Unabhängigen gegen Regierung Ebert-Scheidemann (5. Januar) 406 ff.
Noske zum Generalgouverneur von Berlin ernannt (6. Januar) 407.

Deutsches Reich, Aufruf der Reichsregierung (7. Januar) 408.
Aufruf des Zentralrats an Arbeiter- u. Soldatenräte (7. Januar) 408 f.
neue Aufrufe der Reichsregierung (8., 13. Januar) 409, 412 f.
Aufruf Noskes an Bewohner Berlins (14. Januar) 416 f.
Protest an Rußland wegen Unterstützung des Spartakus-Aufruhrs (17. Januar) 417.
Kundgebung der deutschen Presse für Groß-Deutschland (17. Januar) 418.
Kohlenbergbau unter Reichskontrolle gestellt (18. Januar) 418.
Wahlen zur Nationalversammlung (19. Januar) 419, 481 f., 483 ff.
Erlaß über Kommandogewalt im Friedensheer (19. Januar) 419.
Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar (20. Januar) 419.
Widerruf des Zentralrats dagegen (22. Januar) 419.
Aufrufe des Zentralrats an Arbeiter- u. Soldatenräte u. deutsche Männer (23., 28. Januar) 421 ff.
Verhandlungen des Reichsschatzsekretärs mit einzelstaatlichen Finanzministern in Weimar (28.–29. Januar) 422.
Kundgebung des Zentralrats an Eisenbahner (31. Januar) 423 f.
Wahlgesetz zur Nationalversammlung 481.
Zusammentritt der Nationalversammlung (6. Februar) 489.
Dr. David zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt (7. Februar) 495.
Gesetzentwurf über vorläufige Reichsgewalt vor Nationalversammlung (8., 10. Februar) 498 ff.
Rücktritt der vorläufigen Regierung (10. Februar) 511.
Ebert zum Reichspräsidenten gewählt (11. Februar) 513.
Programm der neuen Regierung 519.
Fehrenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt (14. Februar) 530.
Dritter Nachtragsetat auf 1918 541, 569.
Deutsches Reich, neues Waffenstillstandsabkommen (16. 17. Februar) 550.
Interpellation Dr. Heinze über Denkschrift, betr. Verhandlungen der Waffenstillstandskommission (18. Februar) 554 ff.
Debatte der Nationalversammlung über Regierungspolitik (13., 14., 15., 19., 20., 21. Februar) 519 ff., 562 ff.
Vertrauensvotum für Reichsregierung (21. Februar) 572.
Diätengesetz (21. Februar) 569.
Entwurf einer Reichsverfassung vor Nationalversammlung (24./28. Februar) 573, 579.
Gesetzentwurf über vorläufige Reichswehr (25./27. Februar) 573.
Übergangsgesetz (27. Februar) 578 f.
Reichspräsident Ebert empfängt Pressevertreter (12. Februar) 579 f.
Bildung des neuen Reichskabinetts (13. Februar) 580 f.
Kämpfe mit Spartakisten in Wilhelmshaven u. Rüstringen (27—31. Januar) 420 f.
Note an England, betr. Zukunft deutscher Ostgrenzen (17. Januar) 428 ff.
Gesetz über vorläufige Reichswehr vor Nationalversammlung (25., 27. Februar) 573 ff.
Übergangsgesetz vor Nationalversammlung (27. Februar) 578 f.
Bildung des Kabinetts Scheidemann (13. Februar) 580 f.
Stellung der Regierung zu Protestkundgebungen gegen Erlaß über Kommandogewalt (3. Febr.) 582.
Kundgebung des Spartakusbundes gegen Regierung (16. Febr.) 582 f.
Zentralrat der Marine gegen seine Verkleinerung (3.—5. Februar) 583, 587.
Erlaß der Regierung dagegen 587 f.
Kundgebung des Zentralrats Deutschlands an Nationalversammlung (4. Februar) 584.
Delegiertentag der Soldatenräte über Kommandogewalt (4./6. Februar) 584 ff.
Erklärung des Zentralrats an Arbeiter und Soldatenräte (6. Februar) 588.

Deutsches Reich, Generalstreik in Kiel (6./7. Februar) 589.
Marinekongreß in Hamburg (7. Februar) 589 f.
Verhaftung des russ. Bolschewistenführers Radek (12. Febr.) 591.
Straßenkämpfe in Breslau u. Duisburg (12. Februar) 591.
Wechsel im Präsidium der Groß-Berliner Soldatenräte (14. Februar) 591.
Ausdehnung der Streikunruhen im Rheinland (17.—20. Febr.) 591 ff.
Aufruf der Bergarbeiterverbände dagegen (17. Februar) 591.
Rücktritt des Admirals v. Mann (17. Februar) 592.
Vizeadmiral Rogge übernimmt Geschäfte des Reichsmarineamts (17. Februar) 592.
bedingter Waffenstillstand mit Polen (6./17. Februar) 597 ff., 602.
Abbruch deutscher Offensive gegen Polen (11. Februar) 600.
Großes Hauptquartier nach Kolberg verlegt (12./14. Februar) 600.
Aufruf Hindenburgs für Grenzschutz im Osten (14. Februar) 600 f.
Deutsch-hannoversche Partei, Aufruf (Anf. Dezember) 377 ff.
Deutschnationale Volkspartei, Gründungsaufruf (24. November) 329 ff.
weiterer Aufruf 332.
grundsätzlicher Zusammenschluß der gesamten Rechten (16. Dezember) 332.
Dietel, Dr. (Demokr.), zum 1. Vizepräsidenten der sächs. Volkskammer gewählt (25. Februar) 624.
Dietrich, badischer Minister des Auswärtigen, Amtsantritt (10. November) 132.
zum 3. Vizepräsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt (7. Februar) 498.
Dittmann (Unabh. Soz.), Volksbeauftragter für Verkehrswesen u. Rechtspflege (11. November) 50.
erstattet Bericht auf Reichskonferenz der Arbeiter- u. Soldatenräte (16./18. Dezember) 208 ff., 226 f.
Dortmund, Spartakistenputsche in (8. Januar) 411.
Dresden, Ausbruch der Revolution in (8. November) 96.
Krawalle in (15. Dezember) 301.
spartakistische Putschversuche in (9./10. Januar) 445 f.
Drews, Dr., preuß. Minister des Innern, Rücktritt (8. November) 35.
Duisburg, Straßenkämpfe in (12. Febr.) 591.
Düsseldorf, spartakistische Putschversuche in (8. Januar) 411.
Streikunruhen in (18.—28. Februar) 593 ff.
von Regierungstruppen besetzt (28. Februar) 595.

Ebert (Soz.), wird deutscher Reichskanzler (9. November) 36.
Erlasse an Bürger, Behörden und Beamte (9. November) 36 f.
wird Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten (11. November) 49.
übernimmt Inneres und Militärisches (11. November) 50.
erläutert Ziele der Revolution (1. Dezember) 153.
lehnt Ausrufung zum Präsidenten der deutschen Republik ab (6. Dezember) 160 f.
begrüßt heimkehrende Truppen (10. Dezember) 165.
eröffnet Nationalversammlung (6. Februar) 489 ff.
zum Präsidenten des Deutschen Reichs gewählt (11. Februar) 513 ff.
Preßstimmen dazu 515 ff.
legt Mandat zur Nationalversammlung nieder (11. Februar) 519.
Ansprache an Pressevertreter (12. Februar) 579 f.
Eckardt (Unabh. Soz.), wird braunschweig. Arbeitsminister (23./26. Februar) 643.
Eichhorn (Soz.), übernimmt preuß. innere Verwaltung (11. November) 50.
als Berliner Polizeipräsident abgesetzt (4. Januar) 405.
Flucht (12. Januar) 412.
v. Eisenhardt, preuß. Landwirtschaftsminister, Rücktritt (8. November) 35.
Eisner, Kurt (Soz.), wird bayrischer Ministerpräsident (8. November) 68 ff.

Eisner, Reden im Arbeiter- u. Soldatenrat über polit. Stellung Bayerns (28. u. 30. November) 87 ff., 93.
Erklärung im Landes-Soldatenrat (2. Dezember) 270 f.
erhält Absage von Prof. Dr. Foerster (2. Dezember) 275 f.
über Aufgaben der Räte (5. Dezember) 278 f.
Rede im Landes-Arbeiterrat (9. Dezember) 283 f.
Rede bei Münchner Spartakisten (12. Dezember) 286 f.
Rede über Pläne der neuen Regierung (13. Dezember) 287 f.
parlamentar. Duell mit Prof. Quidde (17. Dezember) 292 f.
Telegrammwechsel mit Berlin wegen Bürgerkriegs (10. Januar) 439 f.
über Sozialisierung (22. Januar 442.
ermordet (21. Februar) 612.

Elberfeld, Straßenkämpfe in (18. 19. Februar) 593.

Elsaß-Lothringen, Zweite Kammer konstituiert sich als Nationalrat (11. November) 151.
Telegrammwechsel des Landtags mit Poincaré (4. Dezember) 324.
Vertagung des Landtags (6. Dezember) 325.
vorläufige französische Verfassung für 326.
Besuch Poincarés in Straßburg (10. Dezember) 326.
Ankündigung eines alt-elsaß-lothringischen Ministeriums (18. Januar) 480.

Ems, Vertretertag der Frontsoldaten in (1.—2. Dezember) 190 ff.

Erfurt, Generalstreik in (26. Februar) 595.

Ernst, Eugen, preuß. Minister des Innern, Amtsantritt (11. November) 50.
übernimmt auch Berliner Polizeipräsidium (4. Januar) 405.

Ernst, lippescher Staatsminister, Amtsantritt (10. Februar) 646.

Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg, dankt ab (14. November) 147.

Ernst August, Herzog von Braunschweig, verzichtet auf Thron (8. November) 146.

Ernst Ludwig, Großherzog von Hessen-Darmstadt, für abgesetzt erklärt (10. November) 141.
Schreiben zur Eröffnung der Volkskammer (13. Februar) 635.

Erzberger (Ztr.), wird Reichsminister ohne Portefeuille (13. Februar) 581.
berichtet über Waffenstillstandsabkommen (17. Februar) 549 ff.
gegen Interpellation, betr. Denkschrift über Waffenstillstandsverhandlungen (18. Februar) 556 ff.

Essen, Streikkonferenz in (21. Februar) 594.

v. Ewald, hess. Justizminister, Rücktritt (11. November) 142 f.

Fehrenbach, Reichstagspräsident, protestiert gegen Sperrung der Tagegelder (1., 4. Dezember) 195 f.
bereitet Einberufung des Reichstags vor (12.—16. Dezember) 196 ff.
zum 1. Vizepräsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt (7. Februar) 498.
zum Präsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt (14. Februar) 530.

Fischer, württemberg. Kriegsminister Amtsantritt (15. November) 124.
Rücktritt (10. Januar) 453.

v. Fleischhauer, Dr., württemberg. Kultusminister, Rücktritt (7. Nov.) 116.

Fleißner, sächs. Minister für Militärwesen, Amtsantritt (15. Nov.) 101.
Rücktritt (16. Januar) 446 f.

Foerster, Dr., zum bayr. Gesandten in Bern ernannt (18. November) 83.

Fortschrittliche Volkspartei, Aufruf der württembergischen (11. November) 120 ff.
Aufruf der deutschen (12. Nov.) 361.
Aufruf der badischen (16. Nov.) 361.
Tagung der württemberg. (19. Nov.) 362.

Fräßdorf (Soz.), sächs. Abgeordneter, zum Minister ohne Portefeuille ernannt (1. November) 96.
Rücktritt (10. November) 98.
zum Präsidenten der sächs. Volkskammer gewählt (25. Febr.) 624.

v. Frauendorfer, bayrischer Verkehrsminister. Ernennung (8. Nov.) 70.

Friedberg, Dr., Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, mit Neubildung der Regierung beauftragt (8. November) 35.
Friedrich, Fürst von Waldeck, dankt ab (13. November) 149.
Friedrich II., Großherzog von Baden, Aufruf, betr. Ausbau der Verfassung (9. November) 131 f.
erläßt Gnadenakt (9. November) 132.
enthebt Minister ihres Amtes (9. November) 133.
verzichtet auf Ausübung der Regierungsgewalt (13. November) 134.
verzichtet auf den Thron (22. November) 136.
Friedrich August, Großherzog von Oldenburg, Thronverzicht (10. November) 145.
Friedrich August, König von Sachsen, des Thrones entsetzt erklärt (10. November) 98.
Thronverzicht (13. November) 99.
Beschlagnahme seines Vermögens (2. Dezember) 296.
Friedrich Franz IV., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, ordnet durchgreifende Verfassungsänderung an (5./8. November) 144.
verzicht. auf den Thron (14. Nov.) 144.
Frontsoldaten, Vertretertag der (1.—2. Dezember) 190 ff.
Fulda, Dr. (Soz.), hessischer Minister des Innern, Amtsantritt (21. Febr.) 636.

Geck (Demokr.) zum 1. Vizepräsidenten der württemberg. Landesversammlung gewählt (18. Januar) 457.
Geestemünde, vom Landesschützenkorps genommen (9. Februar) 650.
Geiß, badischer Ministerpräsident, Amtsantritt (10. November) 132.
übernimmt Militärwesen (8. Jan.) 465.
hält Programmrede (15. Jan.) 465 f.
Gericke (Unabh. Soz.), wird braunschweig. Ernährungsminister (23./26. Februar) 643.
Geyer, sächs. Finanzminister, Amtsantritt (15. November) 101.
Rücktritt (16. Januar) 446 f.
Giesberts, wird Reichspostminister (13. Februar) 581.
Gnesen, von Polen besetzt (29. Dez.) 268 f.
Gotha, Putsch der Radikalen in (28. Januar) 475.
allgem. Ausstand in (19./20. Febr.) 645.
erklärt Kriegszustand mit Deutschland (21. Februar) 645.
Wahlen zur Landesversammlung (23. Februar) 645.
Gothein (Demokr.), wird Reichsminister ohne Portefeuille (13. Februar) 581.
Gradnauer, Dr., sächs. Justizminister, Amtsantritt (15. November) 101.
zum einstweiligen vorsitzenden Minister bestimmt (17. Januar) 447.
übernimmt Inneres (21. Jan.) 447.
Ansprache bei Zusammentritt der sächs. Volkskammer (25. Febr.) 624.
Großhans, bad. Abgeordneter, wegen Schmuggelversuchs verhaftet (23. Januar) 466.
Günther, Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt, dankt ab (23. Nov.) 149.
Günther (Fortschr.), sächs. Abgeordneter, zum Minister ohne Portefeuille ernannt (1. November) 96.
Rücktritt (10. November) 98.
zum Vorsitzenden der demokrat. Partei Sachsens gewählt (18. Dez.) 302.
Gutknecht, Dr., anhalt. Staatsminister, Ernennung (7. November) 148.
Rücktritt (12. November) 148.

Haas, Dr., bad. Minister des Innern, Amtsantritt (10. November) 133.
Haase (Unabh. Soz.), wird Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten und übernimmt Auswärtiges und Kolonien (11. November) 49 f.
Erörterung mit Joffe über Ursprung von Waffen und Geldern für deutsche Revolution (5.—24. Dez.) 397 ff.
Halle a. S., großer Ausstand in (25. bis 28. Februar) 594.
Gegenstreik der Behörden u. Ärzte (26. Februar) 595.
von Truppen Generals Maercker besetzt (28. Februar) 595.
Hamborn, Ausrufung kommunistischer Republik in (20. Februar) 593.
von Division Gerstenberg besetzt (27. Februar) 595.

Hamburg, Unruhen in (5. Nov.) 5f.
Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt polit. Gewalt (13. November) 150.
Bürgerschaft bestätigt Verfassungsänderung (27. Dezember) 323.
Bürgermeisterwahl (31. Dez.) 324.
Gegenbewegung gegen Unabhängige (9. Januar) 478.
Spartakistenputsch (22. Januar) 479f.
Marinekongreß in (7. Febr.) 589f.
großer Arbeiterrat erklärt sich solidarisch mit Bremer Arbeiterschaft (1. Februar) 650.
Versuch eines Spartakistenputsches (5. Februar) 650f.
Beamtenausstand als Protest gegen Terrorismus (4.—6. Febr.) 650f.
Bewaffnung der Arbeiterschaft (7. Februar) 652.
Neuwahl des Siebener-Ausschusses (7. Februar) 653.
Belagerungszustand erklärt (11. Februar) 653.
Entwaffnung der Arbeiterschaft (12. Februar) 653.
Hanau, Unruhen in (19. Febr.) 593.
Harnisch, Dr. (Soz.), sächs. Justizminister, Ernennung (21. Januar) 447.
Haußmann (Demokr.), zum 2. Vizepräsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt (7. Febr.) 498.
Hebbinghaus, Vizeadmiral, zur Disposition gestellt (15. Dezember) 175.
Heinrich XXVII., Fürst von Reuß j. L., Thronverzicht (10. November) 149.
Heinrich, Prinz von Preußen, Kundgebung an Familienmitglieder des Königshauses (1. Dezember) 34.
Gegenerklärung des Prinzen Adalbert dazu (4. Dezember) 35.
Heinze, Dr., sächs. Justizminister, übernimmt auch Auswärtiges und Vorsitz im Gesamtministerium (26. Oktober) 94.
Rücktritt (10. November) 98.
Heldt (Soz.), sächs. Abgeordneter, zum Minister ohne Portefeuille ernannt (1. November) 96.
Rücktritt (10. November) 98.
zum Arbeitsminister ernannt (21. Januar) 447.
Henrich (Demokr.), hess. Finanzminister, Amtsantritt (21. Februar) 636.
gibt Finanzexposé (21. Febr.) 636.
Hergt, preuß. Finanzminister, Rücktritt (8. November) 35.
Herrmann, Prof., württemberg. Kriegsminister, Amtsantritt (15. Jan.) 455f.
Hessen-Darmstadt, Zweite Kammer fordert Parlamentarisierung der Regierung (6./9. November) 140.
Gründung eines Soldatenrats in Darmstadt (8. November) 141.
Ausrufung der Republik (9./10. Nov.) 141.
Absetzung des Großherzogs (10. November) 141.
Neubildung des Ministeriums unter Ulrich (11. November) 142.
Rücktrittserlaß der bisherigen Regierung (11. November) 142f.
Protest der neuen Regierung gegen Ausschaltung der Einzelstaaten (21. November) 143.
Wahlgesetz für gesetzgebende Volkskammer (3. Dezember) 319.
Gründung des Volksrats für Republik Hessen (10. Dezember) 319.
Wahlen zur Landesversammlung (26. Januar) 467.
Auflösung des Volksrats (11. Februar) 634.
Eröffnung der Volkskammer (13. Februar) 634f.
Schreiben des früheren Großherzogs dazu (13. Februar) 635.
Annahme der Notverfassung (20. Februar) 635.
Amtsniederlegung der vorläufigen Regierung (20. Februar) 635f.
Wahl der endgültigen Regierung (21. Februar) 636.
Verhandlungen über finanzielle Auseinandersetzung mit früherem Großherzog (21. Februar) 636.
Finanzlage 636.
Teuerungszulagen für Staatsbeamte 636.
Aufhebung der Ordensgesetze (27. Februar) 637.
Heymann, württemberg. Kultusminister, Amtsantritt (9. November) 118.
v. Hieber, württemberg. Kultusminister, Ernennung (7. November) 116.
Rücktritt (9. November) 117.
Hildenbrand, württemberg. Gesandter in Berlin, Ernennung (28. November) 130, 307.

Hilferding, Dr. (Unabh. Soz.), über Sozialisierung (20. Dezember) 248 ff.
Hindenburg, Feldmarschall, Kundgebung über ländliches Ansiedlungswerk heimkehrender Krieger (1. Dez.) 154 f.
Aufruf zu Weihnachten 1918, 177 f.
Protest gegen Beschlüsse des Zentralrats der A.- und S.-Räte (27. Dezember) 182.
Hirsch, Paul (Soz.), wird preußischer Ministerpräsident (11. November) 50.
v. Hofacker, Generalleutnant, zum stellvertr. württemberg. Kriegsminister ernannt (20. Dezember) 313.
Rücktritt (4. Januar) 452.
Hoffmann, Adolf, übernimmt preuß. Kultusministerium (11. Nov.) 50.
Äußerung, betr. gewaltsame Auflösung der Nationalversammlung (8./15. Dezember) 172.
zum Bundesratsbevollmächtigten ernannt (21. Dezember) 177.
Rücktritt (3. Januar) 495.
Hoffmann (Soz.), bayr. Kultusminister, Ernennung (8. November) 70.
Hohensalza, Plünderungen und Straßenkämpfe in (4./5. Dezember) 264.
Bildung deutschen Volksrats für (7. Dezember) 264.
Hohenzollern, Reformbewegung in (13. November) 151.
v. Hombergk, heil. Minister des Innern, Rücktritt (11. November) 142 f.

Jaffé, Prof. Dr., bayr. Finanzminister, Ernennung (8. November) 70.
über Aufgaben der Räte (9. Dez.) 285.
über Finanzlage Bayerns (17. Dezember) 293 f.
Jasper, Dr. (Soz.), braunschweig. Abgeordneter, verhaftet (3./4. Febr.) 638.
zum Präsidenten des Landtags gewählt (10. Februar) 641.
zum Landwirtschaftsminister ernannt (23./26. Februar) 643.
Joffe, russ. Botschafter in Berlin, revolutionäre Umtriebe gegen Deutschland 394 ff.
verläßt Berlin (6. November) 395.
Erörterung mit Haase und Barth über Ursprung von Geldern und Waffen für deutsche Revolution (5.—24. Dezember) 397 ff.
Johann Georg, Herzog zu Sachsen, Beschlagnahme seines Vermögens (2. Dezember) 296.
Junke (Unabh. Soz.), wird braunschweig. Justizminister (23./26. Febr.) 643.

Karl Eduard, Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, verzichtet auf den Thron (13. November) 148.
Katechismusunterricht, fällt in Sachsen weg 296.
Kautsky (Unabh. Soz.), Unterstaatssekretär, Rücktrittsgesuch (1. Jan.) 403.
Keil (Soz.), zum Präsidenten der württembergischen Landesversammlung gewählt (23. Januar) 456.
Ansprache bei Vertagung der Volkskammer (1. Februar) 628 f.
Kiel, Unruhen in (3. November) 4.
Aufstand der Marine in (4. November) 4.
Generalstreik in (6./7. Febr.) 589.
v. Kiene, württembergischer Minister des Äußern, Ernennung (7. Nov.) 116.
Eintritt in umgebildete Regierung (11. November) 119.
warnt vor Gewalttätigkeiten (13. Dezember) 310.
warnt vor Eingriffen in schwebende Verfahren (30. Dezember) 317.
Kirchenaustritt, preußisches Gesetz über Erleichterung des (13. Dezember) 172.
Koburg, Wahlen zur Landesversammlung in (9. Februar) 645.
Koch, Dr., sächsischer Minister des Innern, Ernennung (26. Okt.) 94.
Rücktritt (10. November) 98.
zum sächsischen Spezialbevollmächtigten in Prag ernannt (23. Dezember) 302.
wird sächsischer Gesandter in Berlin (3. Februar) 620.
Koeth, Dr., wird Reichsminister für Demobilmachung (13. Februar) 581.
Kohlenbergbau, deutscher, unter Reichskontrolle gestellt (18. Januar) 418.
v. Köhler, Dr., württemberg. Minister des Innern, Rücktritt (14. Dez.) 311.
Kommandogewalt, deutscher Erlaß über (19. Januar) 419.
bayrischer Erlaß über (30. Jan.) 443.
preußischer Erlaß über 582, 584 ff.
württemberg. Erlaß über (28. Febr.) 682.

Konservative Partei, Aufforderung des Hauptvorstandes zum Anschluß an Deutschnationale Volkspartei (3. Dezember) 331.
Kopf (Ztr.), zum Präsidenten der badischen Nationalversammlung gewählt (15. Januar) 465.
Krais, zum stellvertretenden württembergischen Kriegsminister ernannt (15. Januar) 456.
Kriegsteilnehmer, Schutz der, gegen Zwangsvollstreckungen (14. Dez.) 172.
Kuhnt, Präsident des Freistaats Oldenburg, beurlaubt (31. Januar) 469.

Landsberg (Soz.), Volksbeauftragter für Presse, Literatur und Kunst 50.
wird Reichsjustizminister (13. Februar) 581.
Langfeld, Dr., mecklenburgischer Staatsminister, Rücktritt (8. November) 144.
v. Laue, Dr., anhalt. Staatsminister, tritt zurück (7. November) 148.
Ledebour (Unabh. Soz.), verhaftet (12. Januar) 412.
Leipzig, Ausbruch der Revolution in (8. November) 96.
Massenausstand in (10. Jan.) 446.
allgem. Ausstand in (26. Febr.) 625.
Gegenstreik der Bürger (27. Febr.) 626.
Besetzung des Hauptbahnhofs (27. Februar) 626.
Leopold, Fürst von Lippe, dankt ab (12. November) 149.
Leutzsch bei Leipzig, Kämpfe auf Bahnhof (9. Januar) 445.
Liebknecht, Dr. Karl (Unabh. Soz.), verhaftet und bei Fluchtversuch getötet (15. Januar) 417.
Verhaftung seiner Familie (13. Jan.) 414.
Liesching, württembergischer Ministerpräsident, Ernennung (7. Nov.) 116.
übernimmt Finanzen in umgebildeter Regierung (11. November) 119.
amtl. Erlaß darüber (14. Nov.) 122 f.
Lindemann, Dr., württemberg. Minister für Demobilmachung, Ernennung (7. November) 116.
übernimmt Arbeitsministerium (9. November) 118.
übernimmt Inneres (15. Jan.) 455.
verliest Regierungsbotschaft (25. Jan.) 458 ff.
Linsingen, Generaloberst, Rücktritt (8. November) 35.
Lipinski, sächsischer Minister, Amtsantritt (15. November) 101.
erstattet Bericht der Regierung (3.—27. Dezember) 296 ff, 302 f.
über Festsetzung des Wahltermins in Sachsen (28. Dezember) 306.
Rücktritt (16. Januar) 446 f.
zum 2. Vizepräsidenten der sächsischen Volkskammer gewählt (25. Febr.) 624.
Lippe, Abdankung des Fürsten Leopold (12. November) 149.
Landtagswahlen (26. Januar) 476.
Verfassung 646.
Zusammentritt d. Landtags (10. Febr.) 646.
Lohnforderungen, übermäßige, Verfügung der Reichsregierung gegen (2. Januar) 403 f.
Lübeck, Ausbruch der Revolution in (5. November) 5.
Bürgerschaftswahlen (9. Febr.) 654.
Ludwig III., König von Bayern, Abreise von München nach Wildenwart (8. November) 68.
verzichtet auf den Thron (13. November) 75.
begibt sich nach St. Bartholomä am Königssee (14. November) 78.
Luxemburg, Rosa (Unabh. Soz.), verhaftet und getötet (15. Januar) 417.

Mademann (Soz.), zum Präsidenten des Lippeschen Landtags gewählt (10. Februar) 646.
Mandry, württemberg. Justizminister, Rücktritt (7. November) 116.
v. Mann, Admiral, Rücktritt (17. Febr.) 592.
Mannheim, Ausrufung der Räterepublik in (22. Februar) 633.
v. Marchtaler, württemberg. Kriegsminister, Rücktritt (3. November) 116.
Marie Therese, vormals Königin von Bayern, Tod (3. Februar) 605.
Marinekongreß in Hamburg (7. Febr.) 589 f.
Margloff, badischer Minister für Übergangswirtschaft, Amtsantritt, (10. November) 133.
Marum, badischer Justizminister, Amtsantritt (10. November) 133.

Mattutat, württemberg. Justizminister (9.—11. November) 118f.
Mauerer (Soz.), tritt für Saenger in deutsche Nationalversammlung ein (8. Februar) 498.
Max, Prinz von Baden, Reichskanzler, ersucht Wilson um Herbeiführung des Friedens (6. Oktober) 2.
Rede im Reichstag über Abänderung der Reichsverfassung (22. Okt.) 7ff.
erhält Ultimatum der Sozialdemokraten (7. November) 25f.
bietet seinen Rücktritt an (7. November) 26.
übergibt Ebert Reichskanzleramt (9. November) 36.
Erlaß, betr. Thronverzicht Kaiser Wilhelms (9. November) 26.
verzichtet auf badische Thronrechte (22. November) 136.
Mecklenburg, Ausarbeitung durchgreifender Verfassungsänderungen 144.
Bildung eines Arbeiter- u. Soldatenrats in Schwerin (7. Nov.) 144.
Neubildung des Ministeriums (11. November) 144.
Thronverzicht des Großherzogs (14. November) 144.
Wahlen zur Landesversammlung (15. Dezember) 319.
Stadtverordnetenwahlen (29. Dezember) 319f.
Änderungen in der Regierung (5. Januar) 468.
Putschversuch in Schwerin (7. Jan.) 468.
Wahlen zur Landesversammlung (26. Januar) 468.
Abkommen mit Haus Strelitz über Vermögen 468.
Landtagswahlen (2. Februar) 637.
Ministerwechsel (7. Februar) 637.
v. **Meinel**, bayr. Staatsrat, Abrechnung mit Eisner (15. Dezember) 290f.
v. **Melle**, Dr., zum ersten Bürgermeister von Hamburg wiedergewählt (31. Dezember) 324.
Merges, Präsident der braunschweig. Volkskommissare, legt Amt und Mandate nieder (16./26. Februar) 642, 644.
bekennt sich zum Kommunismus (26. Februar) 644.
Muckle, Dr., bayr. Gesandter in Berlin, tritt zurück (23. Dezember) 295.
Mülheim (Ruhr), Unruhen in (18. Febr.) 593.
v. **Müller**, Admiral, zur Disposition gestellt (15. Dezember) 175.
München, Ausrufung der Republik in (7. November) 6, 65f.
Muser (Demokr.), zum zweiten Vizepräsidenten der badischen Nationalversammlung gewählt (15. Jan.) 465.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands 357f.
Nationalliberale Partei, Aufruf der württembergischen (11. Nov.) 120ff.
Sitzung des Landesvereins für Sachsen (24. November) 353.
Beitritt der württembergischen zur demokratischen Partei (28. November, 5. Dezember) 130, 307.
Vertretertage der sächsischen in Leipzig und Chemnitz (18., 22. Dezember) 302, 357.
engerer Ausschuß der badischen für Anschluß an demokratische Partei (1./11. Dezember) 317f.
Nationalversammlung, deutsche, Wahlen zur (19. Januar) 419, 481ff.
Einberufung nach Weimar (20. Januar) 419.
Protest des Zentralrats dagegen (22. Januar) 419.
Zusammentritt (6. Februar) 489.
Präsidentenwahlen (7., 14. Februar) 495, 530.
wählt Ebert zum Reichspräsidenten (11. Februar) 513.
berät Entwurf deutscher Verfassung (24., 28. Februar) 573, 579.
Neuring, sächsischer Kriegsminister, Ernennung (17./21. Januar) 447.
Nitzsche (Soz.), sächs. Finanzminister, Ernennung (21. Januar) 447.
Nitzschke (natl.), sächs. Abgeordneter, zum Minister ohne Portefeuille ernannt (1. November) 96.
Rücktritt (10. November) 98.
zum Vorsitzenden der Demokratischen Partei Sachsens gewählt (18. Dezember) 302.
Noske (Soz.), Gouverneur von Kiel tritt ins Reichskabinett ein (29. Dezember) 183f.

Noske (Soz.), wird Generalgouverneur von Berlin (6. Januar) 407.
Aufrufe zum Einrücken der Truppen in Berlin, (11., 14. Jan.) 411 f, 416.
über Expedition gegen Bremen 477.
wird Reichswehrminister (13. Februar) 581.
über Reichsmilitärprogramm (15. Februar) 547 ff.
über russische Unterstützung der deutschen Revolution (27. Febr.) 577 f.
v. Nostiz-Drzewiecki, sächs. Gesandter in Berlin, Rücktritt (15. Nov.) 101.
v. Nostiz-Wallwitz, sächs. Gesandter in Wien, zum Kultusminister ernannt (26. Oktober) 94.
Rücktritt (10. November) 98.
Nürnberg, Unruhen in (15. Febr.) 609.
Generalstreik in (21. Februar) 613.
Einigung der Sozialisten gegen Spartakus (22. Februar) 614.

Oldenburg, Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrats und Thronverzicht des Großherzogs (10. November) 145.
Putsch in Delmenhorst (8. Jan.) 469.
Errichtung einer mehrheitssozialist. Regierung (11. Januar) 469.
Beurlaubung des Präsidenten Kuhnt (31. Januar) 469.
neue Anleihe 637.
finanzielle Auseinandersetzung mit früherem Großherzog (18. Febr.) 637.
Landtagswahlen (23. Febr.) 637.
Oerter (Unabh. Soz.), wird braunschweig. Finanzminister (23./26. Febr.) 643.

Paderewski, poln. Insurgentenführer, Ankunft in Danzig (24. Dez.) 266.
Ankunft in Posen (26. Dez.) 267.
Paßzwang, Einführung in Bayern (14. Januar) 441.
Einführung in Württemberg (18. Januar) 456.
Péus (Soz.), zum Präsidenten der anhalt. Landesversammlung gewählt (30. Dezember) 320.
Pfannkuch (Soz.), Alterspräsident der Nationalversammlung, Ansprache (6. Februar) 493 ff.
Pirna, Generalstreik in (24./25. Febr.) 623 f.
Plauen i. V., Kundgebung der Unabhängigen in (24. Februar) 623.
Poincaré, Präsident von Frankreich, Telegrammwechsel mit elsaß-lothr. Landtag (4. Dezember) 324.
Besuch in Straßburg (10. Dez.) 326.
Posen, Loslösungsbestrebungen in 262 ff, 424 ff, 596 ff.
poln. Volkstag in (3.—5. Dez.) 264.
Gründung deutschen Provinzialvolksrats für (12. Dezember) 265.
v. Preger, Dr., bayr. Generalstaatsanwalt, zum Gesandten in Berlin ernannt (23. Dezember) 295.
zum Bundesratsbevollmächtigten ernannt (12. Januar) 441.
Preßfreiheit, Bekanntmachung des Rats der Volksbeauftragten über (12. Dezember) 170.
Preuß, Dr., Staatssekretär des Innern, begründet Gesetzentwurf über vorläufige Reichsgewalt (8. Februar) 498 ff.
wird Reichsminister des Innern (13. Februar) 581.
bringt Reichsverfassung ein (24. Februar) 573.
Preußen, Beschlagnahme des königlichen Vermögens 13./30. November) 33 f.
Aufhebung des Geheimen Justizrats (30. November) 34.
Rücktritt des Ministeriums (8. November) 35.
Dr. v. Friedberg übernimmt Neubildung des Kabinetts 35.
Bildung des Volkskabinetts (11. November) 50.
Programm des neuen Kabinetts (13. November) 52 f.
Auflösung des Abgeordnetenhauses (15. November) 55.
Beseitigung des Herrenhauses (15. November) 55.
Protesterklärungen der Präsidenten dagegen (28. November) 55.
Amnestie für politische Straftaten (23. November) 58.
Zusammensetzung der Regierung 65.
Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht (27. November, 15./28. Dezember) 65, 173, 182.
Erleichterung des Kirchenaustritts (13. Dezember) 172.

Preußen, Rücktritt des Kriegsministers Scheüch (15. Dezember) 173 ff.
Aufhebung der Steuerfreiheit der vormaligen Königsfamilie (19. Dezember) 175.
Verordnung über Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung (21. Dezember) 176 f.
Aufhebung des Religionserlasses vom 27. November (28. Dezember) 182.
Loslösungsbestrebungen im Rheinland 259 ff.
Loslösungsbestrebungen in Posen und Oberschlesien 262 ff, 424 ff, 596 ff.
Erlaß gegen übertriebene Lohnforderungen (2. Januar) 403.
Oberst Reinhardt zum Kriegsminister ernannt (2. Januar) 403.
Austritt der Unabhängigen aus Regierung (3. Januar) 404 f.
Ministerbesprechungen über Polenfrage (4./14. Januar) 405, 416.
Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (4. Jan.) 405.
neuer Aufstand der Unabhängigen in Berlin (5.—13. Januar) 406 ff.
Niederschlagung des Aufstandes in Spandau (9. Januar) 411.
spartakistische Putschversuche in Düsseldorf und Dortmund (8. Jan.) 411.
Eisenbahnerstreik in Berlin (12.—14. Januar) 412, 415 f.
Verordnung über vorläufige Provinzialversammlung in Ostpreußen (19. Januar) 419.
Verordnung über Neuregelung des Gemeindewahlrechts (24. Jan.) 420.
Wahlen zur Nationalversammlung (26. Januar) 420.
Regierungserlaß gegen Loslösungsbestrebungen (30. Januar) 423.
Generalstreik in Kiel (6./7. Februar) 589.
Straßenkämpfe in Breslau und Duisburg (12. Februar) 591.
Wechsel im Präsidium der Groß-Berliner Soldatenräte (14. Febr.) 591.
Ministersitzung in Weimar (17. Februar) 591.
Ausdehnung des Generalstreiks im Ruhrrevier (17.—20. Febr.) 591 ff.
Zusammentritt der ostpreußischen Provinzialversammlung (18. Februar) 592.
Preußen, Ausrufung kommunistischer Republik in Hamborn (20. Februar) 593.
Straßenkämpfe in Düsseldorf, Mülheim, Elberfeld, Hanau (18./19. Februar) 593.
Abbruch des Generalstreiks im Ruhrrevier (21. Februar) 594.
Widerspruch dagegen (22. Febr.) 594.
Bergarbeiterausstand in Mitteldeutschland bzw. Halle (25. Februar) 594.
Gegenstreik in Halle (26. Febr.) 595.
allgemeiner Ausstand in Erfurt (26. Februar) 595.
neue Tumulte in Düsseldorf (25./26. Februar) 595.
neuer Generalstreik in Düsseldorf (27. Februar) 595.
Hamborn von Division Gerstenberg besetzt (27. Februar) 595.
Düsseldorf von Regierungstruppen besetzt (28. Februar) 595.
Halle durch Truppen Generals Maercker besetzt (28. Februar) 595.

Quarck (Soz.), Dr., zum Beigeordneten im Reichsamt des Innern ernannt (2. Dezember) 156.
Quidde, Dr., zum 2. Vizepräsidenten des bayr. Landtags gewählt (8. November) 71.
parlamentar. Duell mit Eisner (17. Dezember) 291 f.

Radek, Karl, russischer Bolschewistenführer, in Berlin verhaftet (12. Februar) 591.
Reichswehr, vorläufige deutsche 573 ff.
Reinhardt, Oberst, preußischer Kriegsminister, Ernennung (2. Jan.) 403.
Religionsunterricht, Erlasse über, in Preußen (27. Nov., 15., 28. Dez.) 65, 173, 182.
in Bayern (25. Januar) 443.
in Sachsen (2. Dezember) 296, 444.
in Bremen 476.
Remmele (Soz.), zum 1. Vizepräsidenten der bad. Nationalversammlung gewählt (15. Januar) 465.
Reuß, Abgeordnete verlangen Vereinigung der Fürstentümer (6. November) 149.
Thronverz. d. Fürsten Heinrich XXVII von Reuß j. L. (10. Nov.) 149

Reuß, Landtagswahlen (2. Febr.) 646 f.
Rheinland, Loslösungsbestrebungen im 259 ff.
Roedern, Graf, Reichsschatzsekretär, Rücktritt (8. November) 35.
Rogge, Vizeadmiral, übernimmt Geschäfte des Reichsmarineamts (17. Februar) 592.
Rosenfeld, Dr. (Unabh. Soz.), preuß. Justizminister, Amtsantritt (11. November) 50.
Rücktritt (3. Januar) 404 f.
Roßhaupter, bayr. Militärminister, Ernennung (8. November) 70.
Rückert, bad. Verkehrsminister, Amtsantritt (10. November) 133.
Rupprecht, Kronprinz von Bayern, Anfrage, betr. seine Rückkehr nach Bayern (10. November) 74.
Rückkehr nach Bayern (3. Dez.) 277.
Rußland, unterstützt heimlich deutsche Revolution 394 ff.
Verhaftung russischen Kuriers i. Berlin 4. November 395.
Abberufung der deutschen Vertreter aus 5. November 395.

Sachsen, Sitzung des Gesamtministeriums (22. Oktober) 94.
Rücktritt d. Minister Dr. Beck, v. Seydewitz und Graf Vitzthum (23. 26. Oktober) 94.
Ernennung d. Minister Dr. Schroeder, Dr. Koch und v. Nostitz-Wallwitz (26. Oktober) 94 f.
Berufung des Staatsrats (29. Oktober) 95.
Zusammentritt des Staatsrats (30. Oktober) 95 f.
Ernennung von 4 Ministern ohne Portefeuille (1. November) 96.
Ausbruch der Revolution in Leipzig und Dresden (8./9. November) 96.
Abreise der königlichen Familie nach Moritzburg, bzw. Sibyllenort (9./18. November) 96.
Bildung eines vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats in Dresden (9. November) 97.
der König des Thrones entsetzt erklärt (10. November) 97 f.
Amtsenthebung der Minister (10. November) 98.
Sachsen, Aufruf des Ministers des Innern zur Erhaltung der Ordnung (12. November) 98 f.
Thronverzicht d. Königs (13. Nov.) 99.
Bekanntmachung des Gesamtministeriums dazu (14. November) 99 f.
Aufruf der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz (14. November) 100.
Protest derselben gegen Bestimmungen der Reichsregierung über Vorgesetztenverhältnis der Offiziere (14. November) 101.
neue sozialist. Regierung übernimmt Ministerium (15. November) 101.
Rücktritt der Gesandten in Berlin und München (15. November) 101.
Bekanntmachung des Gesamtministeriums über A.- und S.-Räte (16. November) 102 f.
Aufruf der neuen Regierung an sächs. Volk (18. November) 103 f.
Parteikonferenz der unabhäng. Sozialisten in Dresden (18. Nov.) 105.
Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen (19. Nov.) 105 ff.
Bildung eines Landes-Arbeiter- und Soldatenrats (19. Nov.) 107.
Austritt der Kommunisten aus vereinigtem revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden (19. November) 108.
Aufruf der Handelskammern (20. November) 108 f.
Verordnung über Durchführung des Achtstundentags (22. Nov.) 109 f.
Bekanntmachung des Gesamtministeriums über Neuwahl der Stadtverordneten und Gemeinderäte (23. u. 28. November) 110 f., 114 f.
Amnestie für Militärpersonen (23. November) 111 f.
Neuwahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden und Leipzig (24. November) 112.
Verordnung über Erwerbslosenfürsorge (26. November) 112.
Zusammentritt des neuen Arbeiter- und Soldatenrats in Dresden (27. November) 112 f.
Bekanntmachung des Gesamtministeriums über weitere Tätigkeit der Gemeindevertretungen (27. Nov.) 113 f.

Sachsen, Einberufung des Landesrats der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens (28. November) 114.
Verordnung über Wegfall des Katechismusunterrichts (2. Dez.) 296.
Beschlagnahme des Vermögens des Hauses Wettin (2. Dezember) 296.
Zusammentritt des Landes-Arbeiter- und Soldatenrats (3., 27. Dez.) 296 ff, 302 ff.
Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat in Chemnitz (9./12. Dezember) 299, 301.
Arbeiter- und Soldatenrat Dresden verlangt frühere Wahlen zur Nationalversammlung (10. Dez.) 299 f.
Auflösung des Landtagsausschusses zu Verwaltung der Staatsschulden (10. Dezember) 300.
Krawalle in Dresden (15. Dez.) 301.
Landeskonferenz der Sozialdemokratie (15. Dezember) 301.
Verschmelzung der liberalen Parteien Sachsens (18./22. Dez.) 302, 357.
Minister a. D. Dr. Koch zum Spezialbevollmächtigten in Prag ernannt (23. Dezember) 302.
Festsetzung der Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung (24./28. Dezember) 302, 306.
Auflösung der Ordenskanzlei (31. Dezember) 306.
Protest der Nationalliberalen gegen Aufhebung d. Landtags (1. Jan.) 444.
Protest der Ersten Kammer gegen ihre Aufhebung 6./14. Januar) 444 ff.
Protest des Bischofs gegen Erlaß vom 2. Dezember 1918, betr. Aufhebung des Katechismusunterrichts (2. Januar) 444.
Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat fordert Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann (8. Jan.) 445.
Kämpfe auf Bahnhof Leutzsch (9. Januar) 445.
spartakist. Putschversuche in Dresden (9./10. Januar) 445 f.
Massenausstand in Leipzig (10. Januar) 446.
Kämpfe mit Spartakisten in Zwickau (12. Januar) 446.
Aufruf des Gesamtministeriums, betr. Durchführung der Nationalwahlen (14. Januar) 446.
Sachsen, Austritt der Unabhängigen aus der Regierung (16. Januar) 446 f.
Dr. Gradnauer zum einstweiligen vorsitzenden Minister bestimmt (17. Januar) 447.
Neubildung der Regierung (21. Januar) 447.
Aufruf des Vollzugsrats an Arbeiter- und Soldatenräte (22. Jan.) 447.
Regierung verfolgt keine Einverleibungspolitik 448.
Regierungserklärung zur Wendenfrage (31. Januar) 449, 451 f.
Anzeige von Errichtung des neuen Lausitzer Wendenstaats (1. Januar) 449.
Protest des Stadtrats von Bautzen dagegen (16. Januar) 449.
Wenden gegen Vermittlungsversuche deutscher Behörden (24. Jan.) 449 f.
Erklärungen des wendischen Nationalausschusses (25. Januar) 450 f.
Wahlen zur Volkskammer (2. Februar) 619 f.
Minister a. D. Dr. Koch zum Gesandten in Berlin ernannt (3. Februar) 620.
Protest des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates gegen Maßregeln gegen Bremen (5. Februar) 620.
Finanzlage 620.
teilweiser Beamtenausstand in Leipzig (10. Februar) 620.
Denkschrift, betreffend Sozialisierung 620 f.
Bewegung im Bornaer Kohlenrevier (13. Februar) 621.
Gesamtministerium nimmt vorläufiges Grundgesetz an (14. Februar) 621.
drohender Eisenbahnerausstand abgewendet (15. Februar) 621.
Kundgebung der Presse zur Ernährungsnot (15. Februar) 621 f.
Veröffentlichung des Entwurfs zu vorläufigem Grundgesetz (18. Februar) 622.
zwangsweise Ausscheidung der Offiziere (24. Februar) 623.
Generalstreik in Pirna (24./25. Februar) 623 f.
Verhandlungen mit Unabhängigen über Eintritt in Regierung (24., 26. Februar) 623, 625 f.

Sachsen, Kundgebung der Unabhängigen in Plauen i. V. (24. Februar) 623.
Zusammentritt der Volkskammer (25. Februar) 624 f.
Streikaufruf des Leipziger A.- u. S.-Rats (25. Februar) 624.
Aufruf des Gewerkschaftskartells und der Sozialdemokraten Groß-Dresdens (25. Februar) 624 f.
Volkskammer berät vorläufiges Grundgesetz (26., 28. Febr.) 625, 627.
allgemeiner Ausstand in Leipzig (26. Februar) 625.
Gegenstreik in Leipzig (27. Febr.) 627.
Besetzung des Hauptbahnhofs (27. Februar) 627.
bisheriges Gesamtministerium legt Ämter nieder (28. Februar) 627.
Sachsen-Altenburg, Neubildung der Regierung (11. November) 147.
Thronverzicht des Herzogs (14. November) 147.
Wahlen zur gesetzgebenden Landesversammlung (26. Januar) 475.
Aufruf an Bergarbeiter (25. Febr.) 644.
Sachsen-Koburg-Gotha, Ausbruch der Revolution in Gotha, Langensalza und Mühlhausen (9. Nov.) 147.
Thronverzicht des Herzogs (13. November) 148.
Abgeordnete erklären sich für Anschluß Koburgs an Bayern (15. November) 148.
radikaler Putsch in Gotha (28. Januar) 475.
Rücktritt des Staatsministers v. Bassewitz (6. Februar) 645.
Wahlen zur Landesversammlung für Koburg (9. Februar) 645.
allgemeiner Ausstand in Gotha (19./20. Februar) 645.
Lossagung Gothas v. Reich (21. Febr.) 645.
Wahlen zur Landesversammlung für Gotha (23. Februar) 645.
Sachsen-Meiningen, Ausbruch der Revolution und Thronverzicht des Herzogs (10. November) 146.
Ministerwechsel (12. November) 147.
endgültige Abdankung des Herzogs (12. November) 147.
Amnestie (19. November) 147.
Zusammentritt des Landtags (4. Dezember) 320.
Sachsen-Weimar, Rücktritt des Ministeriums (6. November) 145.
Thronverzicht des Großherzogs (9. November) 145.
Amnestie (19. November) 145.
Saenger (Soz.), Mitglied der deutschen Nationalversammlung, legt Mandat nieder (8. Februar) 498.
Schaumburg-Lippe, Thronverzicht des Fürsten Adolf (15. November) 149.
Scheid, bayr. Kriegsminister, Rücktritt (28. Februar) 619.
Scheidemann (Soz.), verkündet deutsche Republik (9. November) 36.
Volksbeauftragter für Finanzen (11. November) 50.
wird Präsident des Reichsministeriums (13. Februar) 580.
entwickelt Programm (13. Febr.) 519 ff.
zu Politik der Reichsregierung (21. Februar) 569 f.
erhält Vertrauensvotum (21. Febr. 571 f.
Scheüch, preuß. Kriegsminister, Rücktritt (15. Dezember) 173 f.
Schiffer (Demokr.), wird Reichsminister der Finanzen (13. Februar) 581.
über 25 Milliarden-Kredit (15./20. Februar) 541 ff., 566.
Schlicke, württemberg. Arbeitsminister, Amtsantritt (15. Januar) 456.
Schmidt, Dr., preuß. Kultusminister, Rücktritt (8. November) 35.
Schmidt, Robert (Soz.), wird Reichsernährungsminister (13. Febr.) 581.
Schmitt, Franz (Soz.), zum Präsidenten des bayr. Landtags gewählt (8. November) 71.
Schreiner, württemberg. Kriegsminister, Amtsantritt (9. November) 118.
Rücktritt (15. November) 124.
Verhaftung (15. Januar) 456.
Schröder, Fritz, zum ersten Vizepräsidenten des bayrischen Landtags gewählt (8. November) 71.
Schröder, Dr. Karl August, zum zweiten Bürgermeister von Hamburg wiedergewählt (31. Dezember) 324.
Schroeder, Dr., sächs. Finanzminister, Ernennung (26. Oktober) 94.
Rücktritt (15. November) 98.
Schulaufsicht, geistliche, Aufhebung in Preußen (27. November) 65, 173, 182, 416 f.

Schulaufsicht, geistliche, Aufhebung in Bayern (16. Dezember) 291, 442 f.
Aufhebung in Sachsen (2. Dezember) 296, 444.
Schulz-Ostpreußen (Soz.), zum ersten Vizepräsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt (14. Febr.) 530.
Schwarz, Adolf, badischer Minister für soziale Fürsorge, Amtsantritt (10. November) 132.
Rücktritt (8. Januar) 465.
Schwarz, sächsischer Arbeitsminister, Amtsantritt (15. November) 101.
übernimmt Wirtschaftsministerium (21. Januar) 447.
Schwarzburg-Rudolstadt, Thronverzicht des Fürsten Günther (23. Nov.) 149.
Schwarzburg-Sondershausen, Landtag genehmigt finanzielle Auseinandersetzung mit Fürst (3. Januar) 475.
neues Wahlgesetz 475.
Landtagswahlen (26. Januar) 475.
Schwerin i. M., Putschversuch in (7. Januar) 468.
v. Seydewitz, sächsischer Finanzminister, Rücktritt (23. Oktober) 94
Skalmierschütz, deutsch-polnisches Gefecht bei (29. Dezember) 269.
Solf, Dr., Staatssekretär, Rücktritt (17. Dezember) 175.
Sozialdemokratie, Verhandlungen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen über Bildung neuer Reichsregierung (9. Nov.) 37 ff.
Bildung der neuen sozialistischen Regierung im Reich (10. Nov.) 41 f.
Konferenz der Unabhängigen Sachsens (18. November) 105.
Erklärung der württembergischen, betreffend neue Verfassung Deutschlands (8. November) 116.
Parteitag der Unabhängigen Württembergs (17. November) 125 f.
Ausscheiden der Unabhängigen aus Reichsregierung (29. Dez.) 183.
Reichskonferenz des Spartakusbundes (30. Dezember) 189 f.
Landeskonferenz der sächsischen (16. Dezember) 301, 385.
Landeskonferenz der Unabhängigen Württembergs (21. Dezember) 313.
Landeskonferenz der Mehrheitssozialisten Württembergs (21.—22. Dezember) 313 ff.
Sozialdemokratie, Aufrufe des deutschen Parteivorstandes (6. u. 8. November) 380 f.
Kundgebung des sächsischen Parteivorstandes (19. November) 381 f.
Tagung des deutschen Parteiausschusses (28. November) 382 ff.
Kundgebungen der Unabhängigen (13., 27. Nov, 14., 23. Dez.) 385 ff.
Spartakusbund, Programm (14. Dezember) 390 ff.
Unabhängige verweigern Eintritt in Reichsregierung (6. Febr.) 589.
Landeskonferenzen der bayrischen (2., 18.—19. Februar) 605, 610 ff.
Aufruf der Unabhängigen in München zum Generalstreik (21. Febr.) 612.
Zusammenschluß der Münchener (22. Februar) 613 f.
Einigung i. Nürnberg gegen Spartakus (22. Februar) 614.
Verhandlungen mit Unabhängigen über Eintritt in sächsische Regierung (24., 26. Februar) 623, 625 f.
Tagung der Unabhängigen Württembergs (8.—9. Februar) 630.
Aufruf an Bergarbeiter Sachsen-Altenburgs (25. Februar) 644.
Spandau, Niederschlagung des Aufstands in (9. Januar) 411.
Spartakus-Gruppe, Forderungen, betreffend Neuordnung (9. Nov.) 41.
Reichskonferenz der (30. Dez.) 189 f.
Programm (14. Dezember) 390 ff
Steinbrecher (Soz.), wird braunschweig. Unterrichtsminister (23./26. Februar) 643.
v. Stieglitz, sächs. Gesandter in München, Rücktritt (15. November) 101.
Stockinger, badischer Unterrichtsminister, Amtsantritt (10. November) 133.
Straßburg, Besuch Poincarés in (10. Dezember) 326.
Ströbel (Soz.), wird Vorsitzender im preuß. Volkskabinett (11. Nov.) 50.
Rücktritt (3. Januar) 404.
Stubmann, Dr., mecklenburg. Ministerpräsident, Amtsantritt (11. Nov.) 144.
Rücktritt (7. Februar) 637.
Stuttgart, Ausbruch der Revolution in (9. November) 117.
Aufruf von Rektor und Senat der Techn. Hochschule (16. Nov.) 124 f.

Stuttgart, süddeutsche Finanzministerkonferenz in (2. 3. Dezember) 307.
Konferenz der süddeutschen Regierungen in (27.—28. Dez.) 315 f.
Krawalle in (4., 9., 10. Jan.) 452 f.
Südekum, Dr., übernimmt preußisches Finanzministerium (11. Nov.) 50.

Talheimer, württemberg. Finanzminister, Amtsantritt (9. November) 118.
Rücktritt (11. November) 119.
Thurow (Soz.), tritt für Ebert in deutsche Nationalversammlung ein (11. Februar) 519.
Timm, bayr. Justizminister, Ernennung (8. November) 70.
v. Trampczynski, zum polnischen Oberpräsidenten von Posen ernannt (9. Januar) 425.
deutscher Widerspruch dagegen (15. Januar) 427.
v. Trotha, Konteradmiral, wird Chef des Marinekabinetts (15. Dezember) 175.
Tübingen, Aufruf v. Rektor und Senat der Universität (11. November) 120.
Trunk, bad. Minister für Ernährungswesen, Amtsantritt (10. November) 133.
Tucher v. Simmelsdorf, bayr. Gesandter in Wien, Rücktritt (31. Januar) 443.

Übergangsgesetz, deutsches 578 f.
Ulrich, hessen-darmstädt. Ministerpräsident, Amtsantritt u. Proklamation an hessisches Volk (11. November) 142.
eröffnet hessische Volkskammer (13. Februar) 634 f.
endgültig zum Ministerpräsidenten gewählt (21. Februar) 636.
Undeutsch (Soz.), wird braunschweig. Verteidigungsminister (23./26. Febr.) 643.
Unterleitner, bayr. Minister für Sozialpolitik, Ernennung (8. November) 70.

Vaterlandspartei, deutsche, Auflösung (10. Dezember) 332.
Vitzthum v. Eckstädt, Graf, sächs. Minister des Innern, Rücktritt (26. Oktober) 94.
Volksbeauftragten, Rat der deutschen, konstituiert sich (11. November) 49.
Volkspartei, Badische, Anschluß an Demokratische Partei (1./11. Dezember) 317 f.
Bayrische, Gründung u. Programm 346 ff., 366 ff.
Deutsche 348 ff.
Gründungsaufrufe (22./23. November) 350 ff.
Verschmelzung mit Demokratischer Partei (4. Dezember) 353.
Widerstand des Zentralvorstandes der Nationalliberalen dagegen (15. Dezember) 354.
Volkswehr, Gesetz über Bildung einer freiwilligen (14. Dezember) 171 f.

Waffenstillstand, bedingter, mit Polen (6. Februar) 597 ff.
Waldeck, Thronverzicht des Fürsten (13. November) 149
v. Waldow, Staatssekretär des Reichsernährungsamts (8. November) 35.
Walter, Dr. (Ztr.), zum 2. Vizepräsidenten der württemberg. Landesversammlung gewählt (18. Januar) 457.
Weber, Dr., mecklenburgischer Minister, Ernennung (7. Februar) 468, 637.
Weiß, Prof., zum bayr. Gesandten in Prag ernannt (28. November) 87.
v. Weizsäcker, Dr., württemberg. Minister, Rücktritt (7. November) 116.
Wendenbewegung in Sachsen 305, 449 ff., 627 f.
Wermuth, Dr., Oberbürgermeister von Berlin, begrüßt heimkehrende Truppen (10. Dezember) 166 f.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser, Erlaß an Reichskanzler, betr. Verfassungsänderungen (28. Oktober) 23 f.
ausländische Preßstimmen dazu 24 f.
verweigert den Thronverzicht (6. November) 25.
Abdankung (9. November) 26.
Preßstimmen dazu 26 ff.
überschreitet holländische Grenze (10. November) 32.
errichtet Urkunde über seine Abdankung (28. November) 32.
erteilt Prinzen Eitel Friedrich Vollmacht in Familien- u. Vermögensangelegenheiten (23. November) 34.

Wilhelm II., Deutscher Kaiser, Beschlagnahme seines Vermögens (13./30. November) 33 f.
Wilhelm, deutscher Kronprinz, begibt sich nach Wieringen (10. November) 32.
Verzicht auf Thronrechte (1. Dezember) 32.
letzter Heeresbefehl (11. November) 32 f.
Wilhelm, König von Württemberg, Aufruf nach Parlamentarisierung der Regierung (9. November) 117.
entbindet Beamte und Heeresangehörige des Treueides (16. November) 125.
Thronverzicht (30. November) 130 f.
Wilhelm Ernst, Großherzog von Sachsen-Weimar, verzichtet auf Steuerfreiheit (7. November) 145.
verzichtet auf Thron (9. November) 145.
Wilhelmshaven, Unbotmäßigkeiten auf Kriegsschiffen in (1. November) 3.
Kämpfe mit Spartakisten in (27.—31. Januar) 420 f.
Wirth, bad. Finanzminister, Amtsantritt (10. November) 133.
Wissel (Soz.), tritt ins Reichskabinett ein (29. Dezember) 184.
wird Reichswirtschaftsminister (13. Februar) 581.
Wolfenbüttel, Putsche in (8. November u. 9. Januar) 146, 470.
Wurm, Staatssekretär des Reichsernährungsamts, stellt Amt zur Verfügung (29. Dezember) 185.
Württemberg, Ministerwechsel (6./7. November) 116.
sozialdem. Erklärung, betr. neue Verfassung Deutschlands (8. Nov.) 116.
Aufruf des Königs und des neuen Ministeriums (9. November) 117.
Ausbruch der Revolution in Stuttgart (9. November) 117.
Ausrufung der Republik (9. Nov.) 117.
Aufrufe der neuen Regierung (9./11. November) 117 ff.
Umbildung der sozialist. Regierung durch Eintritt bürgerlicher Minister (11. November) 119.
Aufruf des Aktionsausschusses der vorläufigen Arbeiterräte (11. November) 119 f.
Württemberg, Erklärung von Rektor und Senat der Universität Tübingen an Studentenschaft (11. November) 120.
Aufruf der Fortschrittler, der Nationalliberalen und des Zentrums (11. November) 120 ff.
Erklärung des vorläufigen Regierungsvorsitzenden Blos an württembergisches Volk (13. Nov.) 122.
Erlaß des Finanzministers Liesching (14. November) 122 f.
Amnestie (15. November) 123 f.
Wechsel im Kriegsministerium (15. November) 124.
Erklärung der Zentrumspartei (15. November) 124.
Aufruf von Rektor und Senat der Technischen Hochschule Stuttgart an Studentenschaft (16. Nov.) 124 f.
Zusammentritt der Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs (17. November) 125.
Parteitag der unabhäng. Sozialdemokratie Württembergs (17. November) 125 f.
Amnestie für Militärpersonen (19. November) 126.
Abschiedsbefehl Herzog Albrechts (20. November) 127.
Wahlaufruf des Zentrums (27. November) 128 ff.
Beitritt der Nationalliberalen zur Demokrat. Partei (28. Nov.) 130.
Abg. Hildenbrand zum württemberg. Gesandten in Berlin ernannt (28. November) 130, 307.
Thronverzicht des Königs (30. November) 130 f.
Antworterlaß der Regierung darauf 30. November) 131.
Wahlordnung für verfassunggebende Landesversammlung (2. Dez.) 307.
Konferenz der süddeutschen Finanzminister i. Stuttgart (2./3. Dez.) 307.
Zusammentritt der Landesversammlung der Arbeiterräte (8. Dez.) 307 f.
Anschluß der Nationalliberalen an Demokratische Partei (5. Dez.) 307.
Bildung der württemberg. Bürgerpartei (5. Dez.) 308, 358 ff.
Vorverlegung der Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung (11. Dezember) 309.

Württemberg, Aufhebung der Portofreiheit für Fürstlichkeiten (11. Dezember) 309.
Zusammentritt der Landesversammlung der Soldatenräte (11. Dezember) 309 f.
Errichtung einer evangelischen Kirchenregierung (12. Dezember) 310.
Warnung des Justizministers vor Gewalttätigkeiten (13. Dezember) 310.
Satzungen für Arbeiter-, Bauern- u. Soldatenräte (14. Dez.) 311.
Rücktritt des Ministers Dr. v. Köhler (14. Dezember) 311.
Aufruf an Arbeiter zur Tätigkeit (18. Dezember) 312 f.
Generalleutnant v. Hofacker zum stellvertr. Kriegsminister ernannt (20. Dezember) 313.
Landeskonferenz der unabhängigen Sozialdemokratie (21. Dez.) 313.
Landeskonferenz der Mehrheitssozialisten (21.—22. Dezember) 313 ff.
Justizministerialerlaß gegen Reichsamnestie vom 3. Dezember (24. Dezember) 315.
Konferenz der süddeutschen Staaten in Stuttgart (27.—28. Dez.) 315 f.
Justizminister warnt vor Eingriff in Strafverfahren (30. Dezember) 317.
Krawalle in Stuttgart (4./9. Januar) 452.
Aufruf der Regierung zur Sicherung der Nationalversammlungswahlen (7. Januar) 452.
Aufruf der Regierung gegen Terrorismus (10. Januar) 452 f.
Austritt der Unabhängigen aus Regierung (10. Januar) 453.
spartakistischer Angriff auf Stuttgarter Zeitungen (10. Januar) 453.
Verhaftung spartakistischer Führer (11. Januar) 454.
Wahlen zur Landesversammlung (12. Januar) 454 f.
teilweiser Wechsel im Ministerium (15. Januar) 455 f.
Württemberg, Verhaftung des früheren Kriegsministers Schreiner (15. Januar) 456.
Einführung des Paßzwanges (18. Januar) 456.
finanzielle Auseinandersetzung mit früherem König 456.
Auflösung des ständischen Ausschusses (22. Januar) 456.
Zusammentritt der verfassunggebenden Landesversammlung (23. Januar) 456 f.
Entwurf einer Verfassung 457 f.
Botschaft der vorläufigen Regierung (25. Januar) 458 ff.
Vertagung verfassunggebender Landesversammlung (1. Februar) 630.
Entschließung d. Landesversammlung gegen Behandlung Deutschlands bei Waffenstillstandsverhandlungen (1. Februar) 629.
Landesversammlung beendet erste Lesung des Verfassungsentwurfs 629 f.
Landesversammlung d. Unabhängigen Sozialdemokratie (8.—9. Februar) 630.
Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel (22. Febr.) 631.
Erklärung der Arbeiter- u. Soldatenräte zu Münchner Vorgängen (24. Februar) 631 f.
Verordnung über Kommandogewalt (28. Februar) 632.

Zentrumspartei, Aufrufe der württembergischen (11. und 27. November) 120 f, 128 ff.
Erklärung der württembergischen Landtagsfraktion (15. November) 124.
weiteres siehe Christlich-Demokratische Volkspartei.
Zwangsvollstreckungen gegen Kriegsteilnehmer 172.
Zwickau i. S., Spartakistenkämpfe in (12. Januar) 446.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. Friedrich Purlitz in Dresden
Druck von Carl Marquart in Leipzig.

BINDING SECT. MAY 17 1966

176827

HG
D 4864

Author

Title Die deutsche Revolution. vol.1.

DATE.

NAME OF BORROWER.

Aug 21/30 CTR

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED